Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 36
Chronik vom 20. Dezember 2024 bis zum 23. Januar 2025



Chronik vom

20.12.2024 - 23.01.2025

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 20. Dezember 2024 bis zum 23. Januar 2025	4-441
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	442-443

Danksagung und Widmung

> Das Reich Gottes ist in euch.
> *Lukas 17, 2)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Laura Aboli, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Henry Behrens, David Bendels, Werner Bergholz, Federico Bischoff, Ludger Bisping, Werner Bräuninger, Michael Brück, Petr Bystron, Boris Cherny, Bonner Cohen, Fabio Collovati, Felix Dirsch, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Jan von Flocken, Thomas Fuchs, Dirk Glaser. Frank Hauke, Thorsten Hinz, Hakon von Holst, Imad Karim, Birgit Kelle, Volker Kempf, Manfred Kleine-Hartlage, Einar Koch, Stefan Korinth, Günther Kriemel, Kuba Kruszakin, Johann Leonhard, Paul Leonhard, Pia Lobmeyer, Herbert Ludwig, Wim Lukowsky, Stefan Magnet, Christopher Mang, Marius Marx, Rainer Mausfeld, Martina Meckelein, Dirk Meyer, Elsa Mittmannsgruber, Meinrad Müller, Elon Musk, John O'Looney, Reiner Osbild, Daniell Pföhringer, Marie Rahenbrock, Sven Reuth, Hinrich Rohbohm, Paul Rosen, Valentina Schacht, Stefan Scheil, Marc Schmidt, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Martin Sellner, Fritz Söllner, Werner Sohn, Uwe Heinz Steimle, Dieter Stein, Robert Stein, Donald Trump, Fritz Vahrenholt, Sven Versteegen, Christian Vollradt, Curd-Torsten Weick, Alice Weidel, Gerhard Wisnewski, Jerome Wnuk, Michael Wolski und Kurt Zach.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Solang wir auf der Welt sind, / Es wechseln Nacht und Schein. / Erst wenn wir ganz erhellt sind, / Wird ewig Sonne sein.
> *Hafis, um 1320-1389, persischer Dichter und Mystiker*

In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.
Die Deutschen stehen bis zum heutigen Tag völkerrechtlich unter Vormundschaft der Besatzungsmächte, d.h. sie sind geschäftsunfähig und besitzen gegenüber den westalliierten Betreuern bei allen entscheidenden Fragen nach wie vor keine souveränen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte. Die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Rußland (Fortsetzerstaat der Sowjetunion) sind gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.
Um endlich den Wählerwillen des Volkes zu gewährleisten, ist zukünftig unbedingt eine Direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild, jedoch ohne Parteien, zu bilden. In dieser direkten Demokratie wird in jedem Wahlkreis zukünftig nur noch 1 Direktkandidat per Personenwahl gewählt.
Die sogenannte Energiewende, die Massenmigration bzw. Umvolkung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Wahrheit setzt sich bekanntlich immer durch, deshalb ist es nur eine Frage der Zeit, bis die furchtbaren Folgen der weltweit durchgeführten mRNA-Experimente nicht mehr verschwiegen werden können.
Alle macht- und profitgierigen Finanzoligarchen, die seit jeher den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf nehmen, müssen letzten Endes wegen ihrer andauernden Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch unabhängige nationale und internationale Gerichte zur Rechenschaft gezogen werden. Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, wird sich kein verantwortlicher Täter der juristischen Verfolgung entziehen können.
Um die verbrecherischen Machenschaften der Finanzeliten, die ewige Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen für alle Zeiten zu verhindern, müssen alle aktiven und passiven Anführer von NWO-Verbrecherorganisationen juristisch verfolgt, verurteilt, interniert und vollständig enteignet werden. Die beschlagnahmten Vermögen sind einem Wiedergutmachungsfonds für die Opfer der NWO-Terrororganisationen oder deren Hinterbliebene zuzuführen, um damit die zahllosen Schäden an Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum zu ersetzen.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 20. Dezember 2024 bis zum 23. Januar 2025

20.12.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Dunkle Wolken über Banken**

Bundesbank: "Für die Banken ziehen einige dunkle Wolken auf. Wir befinden uns in turbulenten Zeiten" - wegen Pleiten und Kreditausfällen. Prüfer fordert bessere Qualifikation von Aufsichtsräten bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Der für Bankenaufsicht zuständige Bundesbank-Vorstand Michael Theurer hat von Sparkassen und Volksbanken mehr Anstrengungen bei der Besetzung und Fortbildung ihrer Aufsichtsräte gefordert. "Die Qualifikation von Aufsichtsräten ist ein sehr wichtiges Thema für die Bankenaufsicht.

Die Institute sind verantwortlich dafür, sicher zu stellen, daß geeignete Personen für den Aufsichtsrat gefunden werden", sagte Theurer dem Handelsblatt in seinem ersten Interview als Bundesbank-Vorstand. "Sollte es bei der Qualifikation Lücken geben, müssen diese durch Schulungen und etwaige weitere Maßnahmen geschlossen werden", so Theurer. "Ich habe eine klare Ansage gemacht, daß sich Sparkassen und Genossenschaftsbanken stärker um dieses Thema kümmern müssen."

Nach mehreren Problemfällen bei Volksbanken wie der Volksbank Bad Salzungen Schmalkalden, der Volksbank in Dortmund sowie der Volksbank Düsseldorf Neuss, ist in der Branche eine Debatte darüber entbrannt, ob in den Aufsichtsräten kleinerer Institute genug Experten sitzen, um den Vorständen bei riskanten Geschäften Paroli zu bieten.

Für die Bankenbranche insgesamt rechnet Theurer mit wachsenden Herausforderungen. "Für die Banken ziehen einige dunkle Wolken auf. Wir befinden uns in turbulenten Zeiten", sagte er. Die Branche müsse sich "2025 auf mehr Kreditausfälle und härtere Zeiten einstellen". Die Banken hätten aber 2023 "hervorragend und im laufenden Jahr immer noch sehr gut verdient". Das gebe ihnen Spielraum, um Vorsorge für schlechtere Zeiten im Kreditgeschäft zu treffen. "Darauf achten wir bei unseren Bankprüfungen genau", sagte Theurer.

Eine Übernahme der Commerzbank durch den italienischen Konkurrenten Unicredit würde nach Theurers Einschätzung keine Verschlechterung der Kreditversorgung deutscher Unternehmen mit sich bringen: "Ich sehe diese Gefahr nicht. Und ich finde es falsch, eine solche Debatte entlang nationaler Kategorien zu führen.

Im Euro-Raum gibt es schließlich seit 2014 eine einheitliche Bankenaufsicht und gemeinsame Vorschriften. Das soll einen fairen Wettbewerb zu gleichen Bedingungen schaffen, an dem in Deutschland auch ausländische Institute teilnehmen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Mindestens 11 Tote und 80 Verletzte nach Anschlag in Magdeburg**

Nachdem ein Auto auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg gerast ist gibt es mindestens elf Tote und 80 Verletzte. Das verlautete aus Kreisen der Einsatzkräfte. Die Behörden gehen von einem Terroranschlag aus. Der mutmaßliche Fahrer wurde von der Polizei festgenommen.

Laut eines Berichts der "Welt" soll es sich um einen Mann mit Geburtsjahr 1974 aus Saudi-Arabien handeln. Demnach hatte dieser vor der Tat einen Pkw gemietet, den er dann auf den Weihnachtsmarkt steuerte. Dabei nutzte er offenbar eine Lücke zwischen den aufgestellten Betonblöcken.

Laut des Berichts der "Welt" wurde auf dem Beifahrersitz ein verdächtiges Gepäckstück gefunden, wobei unklar ist, ob sich darin womöglich ein Sprengsatz befindet - dieses Szenario schließen die Behörden bislang nicht aus. Auch prüft die Polizei, ob der Fahrer allein handelte

oder ob es womöglich Mittäter oder -wisser gibt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Erstmals absolute Mehrheit für volle Cannabis-Legalisierung**

Erstmals spricht sich laut Umfrageinstitut Infratest eine absolute Mehrheit der Deutschen für eine weitergehende Legalisierung von Cannabis aus, also eine regulierte Abgabe an Erwachsene, wie sie ursprünglich im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbart war. Eine ähnlich große Mehrheit widerspricht den Plänen von CDU/CSU, den Besitz geringer Mengen Cannabis und den Eigenanbau einiger Pflanzen wieder als Straftat zu verfolgen.

Nach drei Jahren Stagnation der Zustimmung zur Legalisierung knapp unterhalb von 50 Prozent klettere der entsprechende Wert nun auf 59 Prozent, wie der "Deutsche Hanfverband" am Freitag mitteilte, der die Umfrage seit zehn Jahren regelmäßig bei Infratest in Auftrag gibt. Dies sei überraschend, weil seit Antritt der Ampelregierung die Gegner der Cannabislegalisierung wie Bundesärztekammer und Polizeigewerkschaften regelmäßig mit hoher Medienreichweite Negatives über das diskutierte und umgesetzte Cannabisgesetz (CanG) verbreitet hätten.

Besonders groß ist die Zustimmung mit 78 Prozent unter Grünen-Wählern, dahinter folgen SPD-Wähler mit 63 Prozent, und selbst unter AfD-Wählern sind mit 53 Prozent mehr Personen für eine Cannabis-Legalisierung als dagegen.

Die Ablehnung überwiegt bei BSW-Wählern (52 Prozent dagegen, 48 Prozent dafür) und CDU/CSU-Wählern (53 Prozent dagegen, 46 Prozent dafür). Für FDP- und Linke-Wähler wurden keine Zahlen veröffentlicht. Weitere Ergebnisse der Umfrage: 37 Prozent der Bundesbürger sind dafür, den Besitz geringer Mengen wieder als Straftat zu verfolgen, 41 Prozent wollen den Eigenanbau entsprechend verfolgen lassen. Infratest hatte vom 11. bis 16. Dezember bundesweit 1.003 Personen befragt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Wärmepumpen vor allem bei jungen und einkommensstarken Hausbesitzern**

Wärmepumpen sind der Hoffnungsträger der Regierung auf dem Weg zum klimafreundlicheren Heizen, werden in der Bevölkerung aber kontrovers betrachtet. Zwar sagten in einer Umfrage des Nürnberg Instituts für Marktentscheidungen, über die der "Spiegel" berichtet, 75 Prozent der befragten Wärmepumpenbesitzer, sie würden beim nächsten Heizungstausch wieder ein solches Gerät wählen. Außerhalb dieser Gruppe sind die Vorbehalte jedoch groß.

So würden insgesamt nur 29 Prozent der befragten Immobilieneigentümer eine Wärmepumpe anschaffen, wenn sie sich für eine neue Heizung entscheiden müßten. Häufig genannte Gegenargumente sind hohe Anschaffungs- und Betriebskosten, Zweifel an der Leistungsfähigkeit sowie die Sorge vor Sanierungsausgaben.

Laut der Umfrage sind Wärmepumpen vor allem unter Immobilieneigentümern mit einem Monatseinkommen von mindestens 5.000 Euro und hohem Bildungsabschluß verbreitet. Auch setzten junge Eigentümer bis 39 Jahre deutlich häufiger auf Wärmepumpen als Ältere. Im Unterschied zu Hausbesitzern machen sich viele Mieter offenbar weniger Sorgen um die Art der Heizung.

So bewerteten die befragten Mieter die Bedeutung dieser Kategorie bei der Wohnungssuche auf einer Skala von 1 (sehr unwichtig) bis 5 (sehr wichtig) im Schnitt mit 3,46. Wichtiger finden die Befragten demnach Lage, Zustand und Preis der Wohnung, jeweils mit Werten über 4.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Städtetag erwartet Rekorddefizit für kommunale Haushalte**

Nach Angaben des Deutschen Städtetages ist die finanzielle Lage der Kommunen vielerorts dramatisch. "Die kommunalen Haushalte steuern in diesem Jahr auf ein Rekorddefizit von

über 13 Milliarden Euro zu, mehr als doppelt so viel wie noch im letzten Jahr", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städtetages, Helmut Dedy, der Mediengruppe Bayern (Freitagsausgabe). Bund und Länder würden den Kommunen seit Jahrzehnten immer mehr Aufgaben zuweisen, ohne für eine vernünftige Finanzierung zu sorgen. Inflation und steigende Sozialausgaben täten ihr Übriges.
"Durch die vorgezogenen Neuwahlen kommen weitere Unsicherheiten dazu", sagte der Städtetagschef. Er und seine Kollegen wüßten nicht, ob sie sich auf angekündigte Fördermittel des Bundes verlassen könnten. Dedy hofft, daß es in der Frage einer Altschulden-Regelung noch eine Lösung gibt. "Städte im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind besonders betroffen. Für sie ist das eine fast schon existentielle Frage. Sie kommen häufig aus eigener Kraft nicht aus der Schuldenspirale heraus", so der Hauptgeschäftsführer.
"Die anderen Bundesländer kostet das Ganze nichts. Kommunen in Bayern oder Baden-Württemberg hätten keine Nachteile." Für eine Altschuldenlösung mit Bundesmitteln bräuchte es aber eine Grundgesetzänderung. Wegen der prekären Finanzlage der Gemeinden stehe vor Ort vieles auf dem Prüfstand, fügte Dedy hinzu. "Die Zeit ausgeglichener kommunaler Haushalte ist vorbei."
Zwar würden die Städte ihre Pflichtaufgaben erfüllen wie Sozialleistungen, Grundschulen und Kitas oder Gesundheitsämter. "Freiwillige Aufgaben aus Kultur, Sport, Vereinsleben schauen sich die Städte genauer an. Die meisten Städte, die gerade ihre Haushalte aufstellen, fragen nicht mehr, ob sie bei freiwilligen Aufgaben sparen, sondern bei welchen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Kuhbestand verringert sich weiter**
Zum Stichtag 3. November 2024 gab es in Deutschland 15.600 schweinehaltende Betriebe. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Freitag nach vorläufigen Ergebnissen der Viehbestandserhebung mitteilte, nahm die Zahl der Betriebe damit im Vergleich zum 3. Mai 2024 um 1,0 Prozent (- 200 Betriebe) und im Vergleich zum 3. November 2023 um 3,4 Prozent (- 600 Betriebe) ab.
Im Zehnjahresvergleich wird die rückläufige Tendenz bei der Zahl der schweinehaltenden Betriebe noch deutlicher: Seit 2014 ging die Zahl der Betriebe um 41,7 Prozent (- 11.200 Betriebe) zurück. Die Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine lag zum Stichtag 3. November 2024 bei 21,2 Millionen Tieren. Damit blieb der Bestand sowohl im Vergleich zum Stichtag 3. Mai 2024 (+ 10.100 Tiere) als auch gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt (- 0,2 Prozent oder - 39.400 Tiere) nahezu unverändert.
Verglichen mit 2014 ging der Schweinebestand allerdings um 25,2 Prozent oder 7,2 Millionen Tiere zurück. Da die Zahl der Betriebe in dem Zeitraum deutlich stärker gesunken ist, hält die Entwicklung hin zu größeren Betrieben weiter an: Während im Jahr 2014 ein Betrieb durchschnittlich 1.100 Schweine hielt, waren es zehn Jahre später 1.400 Tiere pro Betrieb. Für die einzelnen Kategorien der Schweinehaltung ergibt sich folgendes Bild:
Zum Stichtag 3. November 2024 wurden in Deutschland mit 9,7 Millionen Mastschweinen 3,0 Prozent oder 282.900 Tiere mehr gehalten als ein halbes Jahr zuvor. Die Zahl der Ferkel und der Jungschweine hingegen verringerte sich um 2,5 Prozent oder 254.700 Tiere und lag bei 10,0 Millionen. Die Zahl der Zuchtsauen ging mit 1,4 Millionen gehaltenen Tieren gegenüber Mai 2024 um 1,3 Prozent (- 18.100 Tiere) zurück.
Die Zahl der in Deutschland gehaltenen Rinder ging zuletzt zurück. Zum Stichtag 3. November 2024 hielten die Betriebe in Deutschland 10,5 Millionen Rinder, darunter 3,6 Millionen Milchkühe. Das waren 1,6 Prozent oder 165.500 Rinder und 2,1 Prozent oder 78.900 Milchkühe weniger als am 3. Mai 2024. Gegenüber November 2023 sank der Rinderbestand um 3,5 Prozent (- 374.900 Tiere) und gegenüber 2014 um 17,9 Prozent (- 2,3 Millionen Tiere).
Der Milchkuhbestand reduzierte sich innerhalb eines Jahres um 3,3 Prozent (- 123.400 Tiere)

und im Zehnjahresvergleich um 16,4 Prozent (- 706.200 Tiere). Auch bei den Haltungen mit Milchkühen setzte sich der langjährige rückläufige Trend fort. Gegenüber Mai 2024 sank die Zahl der Haltungen um 1,6 Prozent (- 800 Haltungen) auf 48 600, gegenüber November 2023 ging sie um 3,8 Prozent (- 1.900 Haltungen) zurück. Das waren 36,4 Prozent (- 27.800 Haltungen) weniger Milchkuh-Haltungen als noch im Jahr 2014.
Zum 3. November 2024 hielten deutsche Betriebe insgesamt 1,5 Millionen Schafe und damit 3,4 Prozent oder 53.200 Tiere weniger als ein Jahr zuvor (3. November 2023). Im Zehnjahresvergleich nahm der Bestand um 5,9 Prozent oder 94.300 Tiere ab, so die Behörde.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Drogenbeauftragter: Ecstasy erlebt "Hype unter Jugendlichen"**
Der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, Burkhard Blienert, beobachtet einen steigenden Ecstasy-Konsum bei Jugendlichen. "Ecstasy erlebt aktuell einen Hype unter Jugendlichen", sagte der SPD-Politiker "Ippen-Media". "Das ist höchst alarmierend." In den vergangenen Jahren habe der Konsum stark zugenommen.
"Wir sprechen bei Ecstasy von einem Anstieg um fast 71 Prozent in zehn Jahren", so Blienert. Der vor kurzem veröffentliche Drogenbericht Reitox, den der Bundesdrogenbeauftragte zusammen mit der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht vorstellte, kommt zu dem Ergebnis: "Ecstasy ist in den Altersgruppen 12 bis 17 Jahre die am weitesten verbreitete Substanz", 0,6 Prozent hätten innerhalb eines Jahres Ecstasy konsumiert. Ecstasy ist damit die am stärksten konsumierte illegale Droge in dieser Altersgruppe (Cannabis ausgerechnet).
Laut Blienert sind die Gründe dafür vielschichtig: "Das liegt einerseits daran, daß sich junge Leute aus Neugier oder im Gruppenzwang ausprobieren, und daß wir andererseits in einer Leistungsgesellschaft leben und manche schon sehr jung ihr scheinbares Heil in einem Kick raus aus ihrem Alltag suchen". Das sei gefährlich. "So kommt es eben auch bei Jugendlichen zu Vergiftungen und Todesfällen durch Überdosierungen. Auch, weil die Substanzen immer potenter werden." Es brauche daher eine stärkere Prävention an Schulen. "Nur wer versteht, was durch Drogen im Körper passieren kann, läßt vielleicht die Finger davon", erklärte Blienert.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Gesundheitsministerium liefert Millionen Corona-Impfdosen aus**
Das Bundesgesundheitsministerium hat Praxen und Apotheken in diesem Herbst und Winter bislang mehr als acht Millionen Impfstoffdosen gegen das Coronavirus zur Verfügung gestellt.
Zunächst war ein an die Variante JN.1 angepaßter Impfstoff ausgeliefert worden, seit Mitte November wird zudem ein an die neue Variante KP.2 angepaßter Wirkstoff geliefert. Der Bund habe beim ersten Impfstoff vom Hersteller Biontech/Pfizer insgesamt rund sechs Millionen Dosen bekommen, davon seien rund 5,4 Millionen an den pharmazeutischen Großhandel ausgeliefert worden, sagte ein Ministeriumssprecher den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben).
Vom zweiten Wirkstoff habe der Bund insgesamt rund 8,2 Millionen Dosen bekommen, von denen bislang rund 2,6 Millionen an den Großhandel ausgeliefert worden seien. Darüber hinaus könne seit Mitte Dezember auch der an die Variante JN.1 angepaßte Covid-19-Impfstoff des Herstellers Novavax bestellt werden.
An den pharmazeutischen Großhandel seien bislang rund 43.000 Impfdosen dieses Impfstoffs ausgeliefert worden, so der Sprecher.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Rufe aus FDP nach Abschaffung des gesetzlichen Rentenalters**
Der FDP-Sozialexperte Johannes Vogel spricht sich für die Abschaffung des gesetzlichen

Renteneintrittsalters und die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente aus. "Jede und jeder soll zukünftig selbst entscheiden können, wann sie oder er in Rente geht", sagte Vogel der "Rheinischen Post" (Freitagsausgabe). Wer länger arbeite, bekomme mehr Rente - das sei "fair". Dabei sollten auch Teilrentenmodelle unkompliziert möglich sein.
"Schweden macht vor, daß die Menschen so freiwillig im Schnitt sogar länger arbeiten wollen. An diesem System wollen wir uns orientieren", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion. "Es ist klar, daß nicht jeder Beruf bis ins hohe Alter ausgeübt werden kann - in Schweden klappt das deshalb, weil Menschen, die im Leben hart gearbeitet haben, meist früher eingezahlt und so höhere Ansprüche aufgebaut haben. In vielen Berufen wollen und können die Menschen aber heute länger aktiv bleiben, das machen wir leichter und attraktiver", sagte Vogel.
In Schweden bekämen alle Versicherten ab 60 Jahren individuell ausgewiesen, wie hoch ihre Rente mit welchem Renteneintrittsalter wäre. "Je später jemand in Rente geht, desto höher die Rente - je früher desto niedriger. Die dortige Erfahrung zeigt: So binden wir die wertvolle Arbeitskraft von Fachkräften und erfahrenen Berufstätigen länger am Arbeitsmarkt, weil die Menschen freiwillig oft noch länger im Job bleiben", sagte Vogel.
Die von der FDP geplante gesetzliche Aktienrente sei der einzige echte Reformvorschlag der Parteien, der langfristig für ein stabiles Rentenniveau und geringere Beiträge sorgen könne. "Der Beitragsdruck entsteht ja durch die Abhängigkeit des Rentensystems vom demografischen Wandel. Genau diese Abhängigkeit reduzieren wir, indem wir die gesetzliche Rente auf zwei Standbeine stellen und endlich alle Menschen von der langfristigen Entwicklung am Kapitalmarkt profitieren", sagte Vogel.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Gericht stoppt politische Konto-Verweigerung der Sparkasse**
Das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt hat ganz im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs entschieden, daß Sparkassen als Anstalten öffentlichen Rechts dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 GG verpflichtet sind und Konten nicht willkürlich verweigern oder kündigen können.
Das Gericht schob auch dem einfachen Konstrukt, nach dem Geldwäschegesetz einen Ablehnungs- oder Kündigungsgrund zu haben, einen Riegel vor. Der freie Journalist Hakon von Holst hat die Entscheidung gelesen und auf der Seite von Norbert Häring analysiert. Wir danken ihm herzlich für die Erlaubnis, seinen Artikel zu übernehmen. (hl)
Der Bankenmacht Grenzen setzen
Der Gerichtsbeschluß, der freie Medien vor finanzieller Austrocknung schützt, exklusiv analysiert
Von *Hakon von Holst**
Ein Bankkonto ist wirtschaftliche Arbeitsgrundlage für kritische Publizisten. Viele konzernunabhängige Medien und freie Journalisten arbeiten auf Spendenbasis. Doch immer öfter kündigen Banken die Geschäftsbeziehung ohne Angabe von Gründen. Mit dem Umzug zu einer neuen Bank gehen Überweisungs-Daueraufträge von finanziellen Unterstützern verloren. Gut vierzig Fälle hatte ich für das Magazin Multipolar recherchiert. Der Artikel erreichte dort 85.000 Aufrufe und wurde von der Neuen Osnabrücker Zeitung übernommen.
Die Kündigungswelle rollt aber weiter. Ob es sich bei den Betroffenen um Medien aus dem patriotischen AfD- oder FPÖ-Umfeld handelt (Heimatkurier, Auf1) oder um regierungskritische Publikationen mit liberalen und egalitären Positionen (Manova-Magazin, Apolut, Die Krähe), spielt praktisch keine Rolle. Die fünf genannten Medien haben alle im Jahr 2024 ihre Girokonten verloren. Neu ist, daß auch Kunden deutscher Sparkassen mit einer Kündigung rechnen müssen. Diese öffentlich-rechtlich organisierten Banken besitzen eigentlich einen staatlichen Versorgungsauftrag und müssen der Bevölkerung Konten bereitstellen.

Auch Sparkassen kündigen Regierungskritikern

Im April 2024 berichtete Iris Hefets, daß die Sparkasse Berlin ihrem Verein Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost gekündigt habe. Zunächst sei das Konto lediglich gesperrt worden. Die Organisation sammelte in dieser Zeit Spenden für den Palästina-Kongreß in Berlin. Am 12. April beendete die Polizei die Veranstaltung kurz nach Beginn. Auf der Rednerliste stand unter anderem der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Die Behörden verweigerten ihm die Einreise.

Einen Monat zuvor war bekannt geworden, daß sich die Mittelbrandenburgische Sparkasse vom Compact-Magazin trennt. Hintergrund nach Darstellung von T-Online: Compact warb um Spenden zur Unterstützung der AfD vor den Wahlen in Ostdeutschland. Während der Palästina-Kongreß von der Jüdischen Stimme selbst organisiert wurde und sicherlich mit dem Vereinszweck zusammenpaßt, dürfte das im Fall von Compact anders ausgesehen haben: Die Herausgabe einer Zeitschrift als Unternehmenszweck hat mit Wahlkampf nicht direkt zu tun. Inwieweit das eine Kündigung rechtfertigt, kann ich nicht beurteilen.

Ende August bekam der Betreiber des politischen Blogs Fassadenkratzer, Herbert Ludwig, Post von der Sparkasse Pforzheim-Calw. Die Kündigung seines Spendenkontos wurde nicht begründet, Ludwig schaltete einen Anwalt ein. Am 12. Dezember teilte das österreichische Freilich-Magazin mit, ein Konto bei der Steiermärkischen Sparkasse zu verlieren.

Vier Wochen zuvor machte das Medium von sich reden, als es aus einer internen Videokonferenz deutscher Grünen-Politiker berichtete, in der ein AfD-Verbot erörtert wurde. Sparkassen in Österreich sind rechtlich anders organisiert als in Deutschland. Zur Rechtmäßigkeit der Kündigung in diesem Fall kann ich daher wenig sagen. In Deutschland gibt es jetzt aber Klarheit.

Gericht gebietet Sparkassen Einhalt

Bislang konnten sich nur Vereinigungen mit Parteienstatus eines Girokontos bei Sparkassen sicher sein. Parteien sind gezwungen, Spenden ab einer bestimmten Höhe ausschließlich unbar entgegenzunehmen. Außerdem können sie sich auf das Parteienprivileg (Art. 21 Grundgesetz) und den Gleichbehandlungsgrundsatz (Paragraph 5 Parteiengesetz) berufen. Wenn also eine Sparkasse der einen Partei ein Konto gewährt, muß sie auch einer anderen die Gnade erweisen.

Das kurzzeitig verbotene Compact-Magazin hat nun ein Firmenkonto am neuen Geschäftssitz im Burgenlandkreis erstritten. Die örtliche Sparkasse muß der GmbH ein Girokonto einrichten. In dem bemerkenswerten Beschluß, der mir vorliegt, argumentieren die Richter am Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt, daß jegliche Personenvereinigungen (e.V., GmbH usw.) ebenso wie Parteien ein Recht auf Gleichbehandlung besitzen. Die neue Rechtsprechung kommt allen kritischen Medien in Deutschland zugute.

Der Beschluß vom 21. November stützt sich auf Artikel 3 Grundgesetz - "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" - in Verbindung mit Artikel 19 Absatz 3, wonach die Grundrechte auch auf juristische Personen anwendbar sind. Hinzu tritt Artikel 2 Landessparkassengesetz. Dort steht, daß Sparkassen den Auftrag haben, die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in ihrem Geschäftsgebiet sicherzustellen. Dieser Versorgungsauftrag findet sich genauso in den Sparkassengesetzen anderer Bundesländer. Die Richter befanden:

"Auch wenn die Antragstellerin (also die COMPACT-Magazin GmbH) vom Verfassungsschutz des Bundes beobachtet wird, versperrt ihr dies nicht die Möglichkeit, sich auf ihre Rechte aus Art. 3 Abs. 1 GG zu berufen. Denn damit hat die Antragstellerin dieses Grundrecht nicht verwirkt. Unabhängig davon, daß Art. 3 GG nicht zu den in Art. 18 Satz 1 GG benannten Grundrechten gehört, die einer Verwirkung unterliegen können, fehlt es im Fall der Antragstellerin bereits an dem nach Art. 18 Satz 2 GG erforderlichen Ausspruch des Bundesverfassungsgerichts über die Verwirkung und ihr Ausmaß."

Die Sparkasse ist nach Ansicht der Richter an das Grundgesetz gebunden:
"Gemäß § 2 Abs. 3 SpkG-LSA führt sie (die Sparkasse) ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrags. Mit der Bereitstellung von Girokonten gewährt sie daher öffentliche Leistungen, ist im Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge als Teil der vollziehenden Gewalt i.S.d. Art. 1 Abs. 3 GG tätig und insoweit unmittelbar an die Grundrechte gebunden.
Dem steht eine privatrechtliche Natur der Vertragsverhältnisse zu den Kunden, insbesondere der Girokontoverträge, nicht entgegen (vgl. BVerfG, Beschluß vom 21. Februar 2019 - 2 BvR 2456/18, juris Rn. 8; BGH, Urteil vom 11. März 2003 - XI ZR 403/01, juris; OVG Sachsen, Urteil vom 19. August 2014 - 4 A 810/13 -, juris Rn. 28; OVG Niedersachsen, Beschluß vom 15. Juni 2010 - 10 ME 77/10 -, juris)."
Der Anspruch auf Gleichbehandlung besteht grundsätzlich dann, wenn die Sparkasse Geschäftsbeziehungen zu vergleichbaren Organisationen unterhält. Dabei kommt es aber nicht auf die politischen Ansichten an, sondern auf die Rechtsform. Wenn die Sparkasse wirtschaftlich aktiven Vereinigungen (etwa GmbHs) ein Konto gewährt, muß sie auch anderen wirtschaftlich tätigen Vereinigungen ein Konto einrichten:
"Gemessen daran (an den Bestimmungen des Grundgesetzes) setzt ein Anspruch auf Gleichbehandlung im Hinblick auf die Eröffnung und Führung eines Girokontos bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts voraus, daß die begehrte Leistung einem Anderen bereits tatsächlich erbracht wird, welcher - wie die sich auf eine Gleichbehandlung berufende Antragstellerin (Compact) - derselben Vergleichsgruppe angehört (vgl. OVG Sachsen, Urteil vom 19. August 2014 - 4 A 810/13 -, juris Rn. 29; OVG Niedersachsen, Beschluß vom 15. Juni 2010 - 10 ME 77/10 -, juris Rn. 26). Das ist hier der Fall.
Die Antragstellerin ist hier nicht - sowie die Antragsgegnerin (die Sparkasse) meint - mit Organisationen und Bestrebungen vergleichbar, die von den Verfassungsschutzämtern als erwiesen rechtsextrem beobachtet werden. Gemeinsamer Bezugspunkt der Vergleichsgruppen ist hier die Eigenschaft der Antragstellerin als Verein, der sich wirtschaftlich betätigt. Denn ob das hier in Rede stehende Differenzierungskriterium, nämlich die Beobachtung der Antragstellerin durch den Verfassungsschutz, tragfähig ist oder nicht, ist demgegenüber auf der Ebene der Rechtfertigung der Ungleichbehandlung zu klären.
Es ist methodisch unzulässig, dieses Kriterium auf die Ebene der Vergleichsgruppenbildung vorzuverlagern und damit eine Prüfung des Art. 3 Abs. 1 GG zu umgehen (vgl. BVerwG, Urteil vom 26. Oktober 2023 - 5 C 6.22 -, juris Rn. 26; Beschluß vom 31. März 2021 - 5 C 2.20 -, juris Rn. 101).
Es sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, daß die Antragsgegnerin in ihrem Geschäftsbereich keine Girokonten für sich wirtschaftlich betätigende Vereine führt."
Sodann beschäftigt sich das Gericht mit der Frage, ob ein sachgerechter Grund vorliegt, der eine Ungleichbehandlung von Compact gegenüber anderen Unternehmen dennoch rechtfertigen würde. Die Richter zitieren aus dem Verfassungsschutzbericht 2023, laut dem Compact regelmäßig antisemitische, minderheitenfeindliche, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Inhalte verbreite, und gehen auf das durch das Innenministerium im Sommer verfügte Verbot der Gesellschaft ein.
Den Richtern zufolge dürfe ein Verein im Lichte des Artikels 9 Absatz 2 Grundgesetz "nur unter engen Voraussetzungen verboten werden" und genieße "insoweit eine verfassungsrechtlich privilegierte Stellung hinsichtlich seiner Fortexistenz und deren Voraussetzungen". Da Compact derzeit nicht verboten ist, muß eine Ungleichbehandlung unterbleiben und das Girokonto als Voraussetzung der Fortexistenz des Vereins gewährt werden. Die Sparkasse sei nicht dazu berufen, die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot festzustellen.
"Allein die Beobachtung und Berichterstattung des Verfassungsschutzes kann die Vorge-

hensweise der Antragsgegnerin, d.h. die gleichheitswidrige Vorenthaltung eines Girokontos, nicht stützen, selbst wenn die Aufgabenwahrnehmung des Verfassungsschutzes wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen der Antragstellerin der Sache nach nicht zu beanstanden sein mag.
Die Antragsgegnerin ist als Teil der vollziehenden Gewalt i.S.d. Art. 1 Abs. 3 GG unmittelbar an die Grundrechte und nach Art. 20 Abs. 3 GG an Recht und Gesetz gebunden. Damit steht fest, daß sie sich verfassungstreu in dem Sinne zu verhalten hat, daß sie keine verfassungsfeindlichen Handlungen ihrer Kunden unterstützt. Anderseits hat sie aber auch die in Art. 9 Abs. 1 GG besonders geschützte Vereinigungsfreiheit, die in Art. 9 Abs. 2 GG hierfür gesetzten Grenzen und das in §§ 3 ff. VereinsG geregelte Verbotsverfahren zu beachten."
Bis zum Beschluß des Gerichts besaß das Compact-Magazin kein eigenes Bankkonto mehr. Doch die Richter zweifeln sogar daran, daß ein bestehendes Girokonto bei einer Drittbank den Anspruch auf ein Konto bei der örtlichen Sparkasse hätte verwirken können.
Besondere Bedeutung für freie Medien (und praktisch alle Unternehmen) hat die Feststellung des Gerichts, daß die Ein- und Auszahlung von Bargeld ein wichtiges Vergleichskriterium ist, um herauszufinden, ob ein gegebenenfalls bestehendes Girokonto mit dem Angebot der örtlichen Sparkasse "gleichwertig" ist. Denn Medien wie zum Beispiel Apolut, denen dutzendfach die Kontoeröffnung verweigert wurde, haben sich zu ausländischen Onlinebanken gerettet. Das macht das Einzahlen allfälliger Bargeldspenden äußerst schwierig.

Geldwäschebekämpfung ist keine Rechtfertigung

Brisant ist ebenso die letzte erörterte Frage: Kann die Sparkasse die Ungleichbehandlung mit dem Geldwäschegesetz (GwG) rechtfertigen? Bei Spendeneingängen ist meistens unbekannt, wer der Unterstützer ist. Doch das Argument, die Bank könne Schwierigkeiten haben, ihre Sorgfaltspflichten zu erfüllen, wenn Compact "Zahlungen unbekannter oder nicht verbundener Dritter" annehme, wies das Gericht zurück. Die Sparkasse habe nicht darlegen können, warum sie den Sorgfaltspflichten nicht nachkommen könne:
"§ 10 Abs. 9 Satz 1 GwG und § 15 Abs. 9 GwG statuieren die Nichtaufnahme neuer Geschäftsbeziehungen bei Nichterfüllung der Kernsorgfaltspflichten im Sinne von § 10 Abs. 1 Nr. 1 - 4 GwG und § 15 GwG. Die Rechtsfolge des § 10 Abs. 9 Satz 1 GwG, auf den § 15 Abs. 9 GwG verweist, greift allerdings erst, wenn ein Verpflichteter (die Sparkasse) die ihm obliegenden Sorgfaltspflichten in dem nach risikoorientierter Betrachtungsweise erforderlichen Umfang nicht erfüllen kann. Gemäß §§ 11 Abs. 6, 15 GwG besteht die Verpflichtung des Vertragspartners (Compact), die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen und Änderungen anzuzeigen (vgl. Figura, in: Herzog, GwG, 5. Auflage 2023, § 10 Rn. 143).
Zum einen vermochte die Antragsgegnerin als Verpflichtete im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 1 GwG mit ihrem Beschwerdevorbringen bereits nicht darzulegen, daß sie nicht in der Lage sein wird, den allgemeinen und besonderen Sorgfaltspflichten im Fall der Kontoeröffnung und Kontoführung für die Antragstellerin nachkommen zu können. Zum anderen sind derzeit keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, die Antragstellerin würde ihren vertraglichen Mitwirkungspflichten nicht nachkommen."

Fazit

Von Kontokündigungen sind Medien aus einem weiten politischen Spektrum betroffen. Der Beschluß des Oberverwaltungsgerichts stärkt die Menschenrechte und den kritischen Journalismus und erschwert es Sparkassen in ganz Deutschland, Beziehungen zu Kunden aus dem eigenen Geschäftsgebiet zu beenden.
**Hakon von Holst ist freier Journalist. Auf seiner Netzseite finden Sie Informationen von ihm und über ihn und erfahren, wie Sie sich für seine Arbeit erkenntlich zeigen können.*
Änderungshinweis (NH): Zunächst hatte ich im Vorspann irrtümlich "Oberlandesgericht" geschrieben. Das habe ich korrigiert zu "Oberverwaltungsgericht". Das Aktenzeichen lau-

tet(Az. 4 M 149/24)<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Neue SPD-Forderung**

Scholz will europäische Subventionen für Elektroautos

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) forderte nach dem EU-Gipfel in Brüssel am Donnerstag, daß es eine europaweite Förderung für den Kauf von Elektroautos geben solle. Damit setzt er sich für eine Forderung aus dem aktuellen SPD-Wahlprogramm ein.

Marie Rahenbrock

Olaf Scholz will eine europäische E-Autoförderung, weil der E-Automarkt ein europäischer sei

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte beim EU-Gipfel in Brüssel zwei zentrale Forderungen auf, die auch im aktuellen SPD-Wahlprogramm verankert sind. Am Donnerstag nach dem Gipfel sprach er sich für eine europäische Förderung von Elektroautos aus. Zudem drängte er darauf, daß die EU-Kommission Maßnahmen ergreift, um die Autoindustrie vor möglichen Strafzahlungen zu schützen, wenn im kommenden Jahr die neuen Flottengrenzwerte in Kraft treten. Dies berichtete die Rheinische Post.

Scholz forderte, man müsse "eine europäische Lösung finden, was Kaufanreize betrifft", weil der Markt für Elektroautos ein europäischer sei, mit vernetzten Liefer- und Produktionskapazitäten. "Wir brauchen auch Fördermaßnahmen", sagte er weiter. Als Beispiel nannte er Kaufprämien oder Steuervorteile. Er rechtfertigt den Vorstoß zur Förderung damit, daß manche Elektroautos zwar von deutschen Herstellern verkauft, aber nicht in Deutschland produziert werden. Wer ein französisches Auto kaufen wolle, bekomme es manchmal aus Deutschland. Deshalb sei ein gemeinsamer europäischer Ansatz zur Förderung der Elektromobilität angebracht.

Im Wahlprogramm der SPD heißt es dazu, daß man durch einen "Steuerabzugsbetrag" den Kauf von "in Deutschland produzierten E-Autos" fördern wolle. Das Prinzip ist einfach: "kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuß direkt aufs Konto". Um das umsetzen zu können, will die SPD im Falle einer künftigen Regierungsbeteiligung den "Weg gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn gehen". Daher erwarte die SPD von der EU-Kommission "kurzfristig eine entsprechende Initiative für die ganze Union oder die Freigabe einer solchen deutschen Lösung".

Die "finanzielle Liquidität der Unternehmen, die jetzt in Elektromobilität, in moderne Produkte und Fahrzeuge investieren müssen", dürfe nicht "beeinträchtigt" werden, so Scholz am Rande des EU-Gipfels am Donnerstag. Darum forderte er die EU-Kommission auf, dafür zu sorgen, daß die Autobranche nicht durch Strafzahlungen für die neuen Flottengrenzwerte belastet werde. Nach dem EU-Gipfel am späten Donnerstagabend sagte Scholz laut Rheinische Post: "Daß eine technologische Modernisierung auch allseits akzeptiert wird, das kann man nicht verordnen." Von Strafzahlungen abzusehen, sei darum gerechtfertigt.

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, daß der sogenannte "strategische Dialog zur Zukunft der Autobranche in Europa" im Januar 2025 beginnen solle. Mit europäischen Autoherstellern, Zulieferern und Gewerkschaften soll über die Entwicklung in der Autobranche geredet werden, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Ziel sei es unter anderem, die Dekarbonisierung der Autobranche zu unterstützen, damit Europa seine Klimaziele erreicht und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit europäisch produzierter Fahrzeuge auf globaler Ebene zu sichern.

Die aktuelle Regelung zu den Flottengrenzwerten sieht vor, daß 2025 das Flottenemissionsziel von 115 Gramm je Kilometer auf 98 Gramm je Kilometer sinkt und bis 2029 auf diesem Niveau verharrt. Im SPD-Wahlprogramm steht, daß die Partei sich dafür einsetzen will, daß "die deutschen Automobilhersteller aktuell keine Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO2-

Flottengrenzwerten an Brüssel leisten müssen". Weiter heißt es im Wahlprogramm: "Wir werden mit der EU-Kommission in Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu gestalten."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Wisnewski-Bombe: "Das Trump-Attentat war inszeniert"?**

Von *Jürgen Elsässer*

Das kann man nirgends sonst lesen: Das neue Jahrbuch von Gerhard Wisnewski "Verheimlicht-Vertuscht-Vergessen 2025" enthält die wohl ausführlichste Analyse des Attentats auf Donald Trump, die bisher vorgelegt wurde - nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Akribisch, wie man es von ihm gewohnt ist, geht der Investigativjournalist allen Spuren nach, trägt Hunderte Indizien zusammen, alles mit Quellen belegt. …

Für die absolute Seriosität von Wisnewski spricht, daß er auch einen in der Verschwörungsszene sehr beliebten Strang verfolgt - daß nämlich Trump das Attentat selbst inszeniert hat, um seine Siegchance zu erhöhen. Wisnewski gelingt es, auch diesen Ansatz mit Details zu belegen, die kaum einer kennt - und trotzdem am Ende herauszuarbeiten, daß es KEINE Inszenierung, sondern ein echtes Attentat war. …

KI: "Attentat hat nie stattgefunden"

Die künstliche Intelligenz des Facebook-Konzerns Meta, der diese zuvor als "intelligentesten KI- Assistenten" angepriesen hatte, erklärte, daß das Attentat habe gar nicht stattgefunden. "Der KI-Assistent von Meta behauptete, der versuchte Mordanschlag auf den ehemaligen Präsidenten Donald Trump sei ein ›fiktives‹ Ereignis gewesen", so die New York Post am 29. Juli 2024. Und Facebook hatte das ikonische Flaggenbild von Trump zunächst zum Fake erklärt. Schockierend!

Und wie das mit "Verschwörungsideologien" so ist, mußte sich nun plötzlich der Meta-Konzern rechtfertigen: "Angeprangert wurde, daß sich der Chatbot Meta AI erst weigerte, Fragen zu dem Attentat auf den Ex-Präsidenten zu beantworten - und dann zum Teil behauptete, es habe nie stattgefunden" , schrieb das Manager Magazin (online, 31.07.2024).

Wahrscheinlich war das ein Ausfluß seiner woken Programmierer bei den Techkonzernen. Flugs fand sich der Denkroboter nun aber in der Ecke der Verschwörungstheoretiker wieder und wurde quasi psychiatrisiert: Bei KIs nennt man "Falschinformationen" und Verschwörungstheorien, "Halluzinationen", die man nun mit "Leitplanken" in den Griff bekommen will (msn.com, 31.07.2024).

Genau wie menschliche Verschwörungstheoretiker sollen die Siliziumgehirne gegebenenfalls für verrückt erklärt werden sowie Scheuklappen und einen Meinungskorridor verpaßt bekommen. Denn nicht einmal, nachdem man den Chatbot mit zusätzlichen "Informationen" über das Attentat gefüttert hatte, ließ er sich seine Skepsis voll- ständig austreiben, sondern behauptete teilweise immer noch, der Anschlag "sei nicht passiert, räumte Meta ein" (Frankfurter Rundschau, 31.07.2024). Wörtlich erklärte die Maschine: "Es gab keinen realen Mordversuch an Donald Trump" (oversight.house.gov, 14.08.2024).

Blut am Ohr - oder doch nicht?

Verdammt: Irgendwie verloren alle die Bodenhaftung, sogar die Maschinen - und was macht man da? Antwort: Da hilft eigentlich nur noch Anfassen, sprich: "Begreifen". Und dafür kam nun einmal nur Trumps Ohr in Frage. Das Lauschorgan entwickelte sich über Nacht zum Politikum und zu einer Radnabe, um die sich das gesamte Denken drehte. Plötzlich tauchten Fragen auf: Wie hatte ein angeschossenes Hörorgan eigentlich auszusehen? Sollte ein Loch drin sein? Müßte es in Fetzen hängen? War es etwa aufgeschlitzt worden wie von einem Skalpell, oder war es nur oberflächlich verletzt, so daß lediglich die oberste Hautschicht beschädigt worden war?

Und wie stark bluten angeschossene Ohren eigentlich: tröpfchenweise oder in Sturzbächen?

Oder hatte Trump lediglich eine Blutkapsel zerdrückt? Und wie würde es aussehen, wenn man den Verband abnähme? Gäbe es einen Schorf? Oder eine Narbe? Oder würde es gar genäht worden sein? In zahlreichen YouTube-Filmchen stellten experimentierfreudige Amerikaner das Attentat mit identischen Gewehren, Munitionen, Schußwinkeln und mit künstlichen Köpfen nach, um die Wucht einer streifenden oder vorbeisausenden Kugel zu erforschen. Die angeblich lebensrettende Drehung von Trumps Kopf wurde in zahlreichen Videos und Animationen gezeigt.
Am 8. August 2024 wurde Trump bei einer Pressekonferenz in seinem Anwesen Mar-a-Lago schließlich von einem ungläubigen Mob umzingelt, wie weiland Jesus nach der Wiederauferstehung: "Ist Ihr Ohr vollständig abgeheilt?", hauchte eine Journalistin, die sich anscheinend nur mit Mühe beherrschen konnte, Trump an die Wäsche beziehungsweise an die Wunde zu gehen. "Ja, ziemlich gut abgeheilt", antwortete Jesus alias Trump.
"Ich bin ein schneller Heiler (…) Es war ein höllischer Schuß, aber ich bin ein schneller Heiler." Nun, das war Jesus schließlich auch schon, wenn auch ein aktiver Heiler. "Ich hatte großes Glück. Es hat einfach das Läppchen getroffen, wie man es nennt" (Washington Times, online, 08.08.2024).
Zu sehen war jedoch rein gar nichts, und so gab in Deutschland der Journalist Tilman Knechtel den ungläubigen Thomas und spottete: "Der streifendste Streifschuß, seit es Streifschüsse gibt. Je streifender und harmloser dieser Streifschuß wird, desto unrealistischer wird die Version mit dem vielen Blut, das sofort floß."
Trump-Kritiker glauben, daß das Trump-Attentat "nur eine Show" und eine Komplettinszenierung jüdischer Endzeitsekten war. Demnach sei Trump Freimaurer, Zionist und Jesuit sowie ein großer Täuscher und Verführer, der die messianischen Endzeitgedanken der stärksten jüdischen Lobby in den USA, der Chabad-Lubawitsch-Sekte, verwirklichen und die Welt ins Chaos stürzen soll, um den vermeintlichen Untergangs- und anschließenden Heilsfahrplan der Bibel zu erfüllen.
Denn wie wir auch in dem kommenden Kapitel über die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele noch sehen werden: Erst kommen der Bibel zufolge ja die Wirren und die Kriege, dann der Messias, und anschließend wird die Welt geheilt. Und nachdem wir Wirren und Kriege bereits haben, muß nun also der Messias kommen, damit sich diese religiöse Prophezeiung erfüllt.
Trump könne allerdings nur eine Art "Vor-Messias" sein, der Messias ben Joseph, der sich als der falsche Messias, der Antichrist, entpuppen werde. Erst nachdem er das "falsche Erwachen" ausgelöst und die Welt in Chaos und Verderben gestürzt haben werde, werde er sie dem jüdischen Messias ben David zu Füßen zu legen, auf daß dieser der endgültige Herrscher werde. Wieder andere glauben, der "Vor-Messias" ben Joseph werde die Welt schon mal auf Vordermann bringen, um sie dann aufgeräumt dem wahren jüdischen Messias ben David zu übergeben. (Auszugende aus Wisnewskis Jahrbuch)
Heiße Ware!
Wisnewskis Aufklärungs-Almanach "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2025" beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden. Die nunmehr 18. Ausgabe der inzwischen legendären Jahrbuchreihe entwirrt den Wahnsinn des Jahres 2024 - mit unglaublichen Ergebnissen. Und mit vielen Antworten auf immer atemloser werdende Fragen: Wo wurde gelogen, verdreht und verschwiegen - und warum?
Gerhard Wisnewskis neues Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2025" offenbart, was der Mainstream Ihnen vorenthalten will. Das unverzichtbare Enthüllungswerk erscheint Anfang Januar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Terroranschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt!**
Von *Michael Brück*
Am Freitagabend ist ein Fahrzeug in den Magdeburger Weihnachtsmarkt gerast und hat eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Überall liegen Menschen herum, es soll mehrere Tote und dutzende Verletzte geben. Sollte es sich um einen islamistischen Anschlag handeln - und dafür spricht die Tatausführung, fast auf den Tag genau 8 Jahre nach dem Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz - dürfte das einen Wendepunkt im Bundestagswahlkampf darstellen. Die Schuld für diese Zustände tragen die regierenden Politiker, sie haben die gescheiterte Einwanderungspolitik zu verantworten. …
Um 19.04 raste der Angreifer mit einem dunklen BMW in den Magdeburger Weihnachtsmarkt, überführ dabei dutzende Menschen. Derzeit ist der Weihnachtsmarkt weiträumig abgesperrt, überall in Magdeburg sind Polizeisirenen zu hören, der Nahbereich wird auch mit Sprengstoffsprühhunden abgesucht. Videos zeigen, wie ein Tatverdächtiger festgenommen wird, der ein südländisches Erscheinungsbild aufweist. Ersten Meldungen zufolge soll es sich um einen Syrer handeln.
Nähere Informationen folgen in Kürze!
Ergänzung 21.20 Uhr: Mindestens ein Toter wurde bestätigt, die Opferzahl könnte jedoch noch deutlich höher liegen. Es soll zwischen 60 und 80 Verletzte geben. Besonders perfide: Der Attentäter raste gezielt in den Märchenbereich des Weihnachtsmarktes, weil sich dort besonders viele Familien aufhalten. Insgesamt zog er eine 400 Meter lange Blutspur hinter sich her. Derweil gibt es neue Informationen über den Täter: Es soll ein Mann sein, der 1974 in Saudi-Arabien geboren wurde.
Ergänzung 21.30 Uhr: Die traurige Nachricht ist offiziell: Es gibt mehrere Todesopfer.
Ergänzung 22.10 Uhr: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff hat ein Pressestatement abgegeben. Demnach seien 2 Todesopfer bestätigt, darunter ein Kleinkind. Bei dem Täter würde es sich um einen 50-jährigen Arzt aus Saudi-Arabien handelt, der 2006 erstmals in die Bundesrepublik eingereist sei und in Bernburg (Salzlandkreis) wohnhaft sei. Außerdem kündigt Haseloff an, daß Bundeskanzler Olaf Scholz am Samstag in Magdeburg erwartet wird.
Ergänzung 23.50 Uhr: Mittlerweile ist die Identität des Magdeburg-Attentäters bekannt, es handelt sich um den 50-jährigen Taleb al-Abdulmohsen. In der Vergangenheit versuchte der Mann, möglichst viele Asylbewerber aus Saudi-Arabien nach Deutschland anzuwerben, betrieb dafür sogar eine eigene Internetseite. Noch 2019 gab er der Frankfurter Rundschau ein Interview - damals bezeichnete ihn die Zeitung als "Aktivisten".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**"Höcke muß weg"**
Von *COMPACT Redaktion*
… Der ehemalige Bild-Chefredakteur hat ein Drei-Punkte-Programm formuliert, mit dem er die AfD zur Raison bringen will. Im Folgenden typische Auszüge.
_ O-Ton Julian Reichelt
"Hier ist, was die AfD radikal ändern muß:
Erstens, Björn Höcke muß weg. Seine Sprache der "wohltemperierten Grausamkeiten" ist schlicht abschreckend, wenn man mehr will als einen wertlosen Wahlsieg in Thüringen. Ich weiß nicht, ob er die SA-Parole "Alles für Deutschland" ganz bewußt genutzt hat, aber ich weiß, was ein Mann meint, der sich seine Haare so aus dem Gesicht streicht, wie er es tut.
Björn Höcke ist auch nicht der Volkstribun, als der er sich gern ausgibt. Seine Reden sind flach, geistlos und zornig. Ein echter Volkstribun wie Gerhard Schröder würde Höcke zum Frühstück verspeisen. Höcke ist der mit Abstand bekannteste AfDler. Und er holte in Thürin-

gen nahezu das identische Wahlergebnis wie der mit Abstand unbekannteste AfDler in Sachsen. Björn Höcke ist sehr ersetzbar. Er ist nur sehr erfolgreich darin, seiner Partei das Gegenteil einzureden. (…)
"Rußland ist seit Jahrzehnten ein richtiges Kack-Regime." Julian Reichelt
Wenn es der AfD wirklich darum geht, ihren Wählern zu dienen und etwas zu verändern im Land, dann muß Alice Weidel den Mut finden, Björn Höcke zu entmachten und zu verbannen. Ich persönlich halte Höcke für einen überzeugten Nationalsozialisten. Aber es geht nicht darum, was ich denke. Jeder Mensch mit deutscher Lebenserfahrung weiß, daß Björn Höcke der AfD im Wege steht.
Er ist der Unterschied zwischen bundesweit 20 und 30 Prozent. Eine Partei, die ihren Wählern dienen will, läßt sich nicht von einem Provinz-Springteufel mit 30er-Jahre-Wortschatz, Großmannsgehabe und lächerlicher Hitler-Gestik tyrannisieren, der auch noch regelmäßig seinen Wahlkreis verliert. Ein Volkstribun, der nicht mal seinen Wahlkreis gewinnen kann? (…)
Björn Höcke ist nicht der einzige unzumutbare Charakter in der AfD. Aber an ihm entscheidet sich, ob eine Selbstreinigung gelingen kann. Mit ihm bleibt die AfD für breite Schichten unappetitlich. Ihn zu stürzen, wäre ein Signal der Vernunft und der Ernsthaftigkeit.

Für Netanjahu, gegen Putin

Zweitens, die AfD muß sich selbst den rechtsnationalen Herrenmenschen-Antisemitismus austreiben, der das deutsche Bürgertum schon immer befallen hat. Es gibt in der AfD viele Leute mit fabelhaften Ansichten zu Israel und dem jüdischen Leben in Deutschland. Aber es gibt eben auch diesen übel raunenden, antisemitischen Mief, den Geert Wilders, Viktor Orban oder Giorgia Meloni niemals dulden würden. Selbst Marine Le Pen hat das antisemitische Gezische ihres Juden-hassenden Vaters radikal beendet. (…)
Rechte Parteien in Europa, besonders in Deutschland, können nur als Schutzmacht des jüdischen Lebens und eiserner Verbündeter Israels Erfolg haben. Benjamin Netanjahu ist der wohl klügste und erfolgreichste Rechte der politischen Welt. Wer sich getrieben von Weltverschwörungs-Mythen gegen dieses Volk stellt, das den Überlebenskampf unserer Kultur am beeindruckendsten, klügsten, lebensfrohsten und entschlossensten führt, wird niemals regieren können. (…)
Drittens, die AfD mag dominiert sein von der seltsamen Kreml-Verklärung, die in Teilen Ostdeutschlands herrscht. Die bis heute nicht wahrhaben will, daß Wladimir Putin nicht so schön Deutsch spricht, weil er Goethe liebt, sondern weil er als KGB-Mann so besonders gut Deutsche überwachen, verhören und quälen konnte. Aber die Hinwendung nach Moskau und auch Peking ist ein Irrweg, der niemals in Verantwortung führen wird.
Das Zuhause Deutschlands ist der freie Westen. Man mußte Ossis mit Gewalt daran hindern, in Richtung Westen zu fliehen. Nicht umgekehrt.

Aufholjagd

Der nebenstehende Kommentar hat Achtung, Reichelt! bei Youtube etwa 50.000 Abonnenten gekostet. Bei Redaktionsschluß lag er noch bei 474.000 Abonnenten. COMPACT hat auf 415.000 aufgeholt - noch vor nicht allzulanger Zeit hatten wir nur die Hälfte. Die Unterschiede sind klar: Reichelt ist pro Netanjahu und contra Höcke, contra Putin. COMPACT-TV steht in allen diesen Fragen für das Gegenteil.
Das wirtschaftlich starke Deutschland, von dem die AfD träumt, ist im Westen und in der Freiheit verankert, nicht in der Tyrannei der östlichen Riesenreiche. Oder um es einfacher zu sagen: Rußland ist seit Jahrzehnten ein richtiges Kack-Regime. Kein Mensch ist je dorthin geflüchtet. (…) "
_ *Quelle: "Achtung, Reichelt!" auf der Webseite von "Nius", 22.10.2024 - Zwischenüberschrift von COMPACT.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/24-01/25" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Hausdurchsuchung bei 14jährigem**

Bestrafe einen, erziehe hundert

Kurt Zach

Es gibt sehr viele Methoden zur Demontage eines Rechtsstaats. Sonderstraftatbestände einzurichten und den Buchstaben des Gesetzes immer selektiver anzuwenden ist ein besonders effektiver Weg, den Deutschlands etablierte Politik und Justiz derzeit mit großer Hingabe beschreiten.

Geldstrafe wegen "Beleidigung" und bei Nichtbezahlung Haft und Jobverlust für einen Bürger, der einer amtierenden Ministerpräsidentin vorwirft, "dummes Zeug" zu erzählen: Das ist mehr, als mancher migrantische Vergewaltiger und Messerstecher jemals zu befürchten hat.

Erst recht jenseits jeder Verhältnismäßigkeit sind aber die Hausdurchsuchung bei einem Minderjährigen und die Beschlagnahme von Kommunikationsgeräten seiner Familie, weil der Beschuldigte eine angeblich verbotene Parole in den sozialen Medien verwendet haben soll.

Das zielt allein auf Einschüchterung, getreu dem Motto von Mao Zedong: "Bestrafe einen, erziehe hundert." Fragwürdiger noch als der Verfolgungseifer von privilegierten Politiker-Mimosen sind jedoch weisungsgebundene Staatsanwälte und apportierwütige Richter, die einer Exekutive im dauerhaften Verfolgungswahn die gewünschte Beute eilfertig vor die Füße legen.

Um in eine übergriffige Gesinnungsjustiz abzugleiten, bedarf es offenbar nicht erst einer totalitären Diktatur - das ist die ziemlich beunruhigende Botschaft der sich häufenden Fälle von Justizwillkür in unserem Land.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/24-01/25" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Energiewende und "Dunkelflaute"**

Auf schlechte Nachbarschaft

Fritz Vahrenholt

Die Verzehnfachung des Strompreises vergangene Woche auf bis zu 93 Cent pro Kilowattstunde zeigt, wie zerstörerisch die Energiewende sein kann. Die Stillegung der deutschen Kern- und Kohlekraftwerke hat zu einer Unterversorgung geführt, sobald Wind und Sonne mal nicht da sind. Daß die Sonne nachts und im Winter nicht scheint, hatten Grüne ebenso verdrängt wie die Tatsache, daß an 120 Tagen nahezu kein Wind in Deutschland weht. Kommt beides zusammen, werden wir zum Entwicklungsland.

Wir reißen dann unsere Nachbarn mit in den Abgrund, denn dort explodieren in diesem Fall handelsbedingt ebenfalls die Strompreise. Norwegen und Schweden wollen deshalb ihre Leitungen nach Dänemark und Deutschland kappen. Hohe Strompreise und wackelige Versorgungssicherheit sind Gift für industrielle Arbeitsplätze. Merkel und die Ampel haben mit der Energiewende die Deindustrialisierung des Landes herbeigeführt.

Investoren machen inzwischen einen Bogen um die Bundesrepublik. Doch Habeck macht weiter und läßt einen weiteren Block des Kohlekraftwerks Weisweiler schließen. Wenn Friedrich Merz meint, so einer könne unter ihm Wirtschaftsminister sein, hat er den Ernst der Lage nicht begriffen. Deutschland kommt dann vom rot-grünen Regen in die schwarz-grüne Traufe.

Fritz Vahrenholt, Chemiker, Unternehmer und Autor. www.vahrenholt.net<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/24-01/25" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**"Klar, daß viele nervös sind"**

Asylunterkünfte: In Bayern regt sich Unmut. Anwohner befürchten Unsicherheit und Wertverlust für ihre Häuser

Hinrich Rohbohm

Wie ein Fremdkörper stehen sie inmitten der schmucken Neubausiedlung. Frisch errichtete

Wohncontainer für knapp 200 Migranten, die am Schlehenring in der 13.000-Einwohner-Gemeinde Kirchheim bei München stehen. 33 Wohneinheiten, zwei Stockwerke hoch. Jeder der einzelnen weißen Kästen ist mit einer Tür und drei Fenstern versehen. Ein Bauzaun verläuft rund um das Containerdorf, in dem bisher noch gähnende Leere herrscht.

"Eigentlich hätten die Flüchtlinge schon Mitte Oktober einziehen sollen, aber bisher wohnen da nur ganz wenige", berichtet eine etwa 30 Jahre alte Anwohnerin der JUNGEN FREIHEIT von den unerwarteten Verzögerungen bei der Fertigstellung. Ihr gerade erst neu gebautes Haus befindet sich direkt neben dem Bauzaun. Keine angenehme Situation. Trotzdem bleibt die Frau optimistisch. Noch. "Bei einem Vor-Ort-Termin im September hatte uns die Gemeinde versichert, daß es sich bei den Flüchtlingen ausschließlich um Ukrainer handelt. Das glauben wir jetzt erstmal so und warten ab, was weiter passiert", erzählt sie.

Manch anderer Anwohner hingegen hat diesen Glauben längst verloren. "Die Stimmung kippt", meint ein 34 Jahre alter Familienvater, dessen Haus sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe zum Containerdorf befindet. "Erst hatte es geheißen, hier kommt ein neuer Kindergarten hin. Jetzt stehen hier diese Container", ärgert er sich. Das sei "schon das erste Versprechen, das die Gemeinde gebrochen hat. Wer sagt denn, daß sie es nicht ein weiteres Mal bricht?"

Ein Drittel aller Gemeinden befindet sich im Krisenmodus

Unberechtigt sind diese Sorgen nicht. Städte und Gemeinden geraten zunehmend unter Druck, weil sie einerseits gesetzlich dazu verpflichtet sind, Migranten unterzubringen, andererseits aber händeringend nach geeigneten Standorten und Wohnungen suchen. Waren Asylunterkünfte in den vergangenen Jahren noch in eher abgelegenen Gegenden an den Stadträndern errichtet worden, so entstehen sie mittlerweile aus Mangel an geeigneten Standorten zunehmend in attraktiveren Ortslagen.

Allein im vergangenen Jahr mußten Deutschlands Kommunen Wohnraum für 350.000 neue Migranten schaffen. In diesem Jahr werden es noch einmal mehr als 250.000 sein. Laut einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) gab ein Drittel von 600 befragten Gemeinden an, sich bezüglich der Unterbringung von Migranten im Krisenmodus zu befinden.

Mit der Folge, daß Orte wie Kirchheim aus allen Nähten platzen, die Gemeinde sich jetzt sogar gezwungen sieht, Container inmitten zweier Neubausiedlungen gut betuchter Einwohner zu errichten. Am Schlehenring sehen die Anwohner das bisher noch mit gemischten Gefühlen. Aber das Verständnis für solche Maßnahmen nimmt ab.

Zwar habe der Kirchheimer Gemeinderat einen Beschluß gefaßt, die Container nur bis Ende 2026 stehenzulassen. "Aber davon bin ich erst überzeugt, wenn die Dinger auch wirklich wieder abgeholt werden. Wenn der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert, kommen doch noch mehr Flüchtlinge, und das alles ist dann Schnee von gestern", befürchtet der Familienvater.

Auch an die ausschließliche Belegung mit Ukrainern will er nicht so recht glauben. "Das mag ja zunächst so sein, aber wer sagt uns denn, daß es so bleibt?"

Schließlich gebe es in Kirchheim bereits jetzt schon mehrere Asylantenunterkünfte, in denen auch Syrer und Afghanen untergebracht seien. "Und wir alle merken doch, es kommen mehr. Wenn die Container erst mal voll belegt sind und die Leute nichts zu tun haben, mache nicht nur ich mir echt Sorgen."

Beim Vor-Ort-Termin im September seien mehr als 150 dieser besorgten Anwohner erschienen. Verbunden mit der Befürchtung, daß letztlich doch nicht nur Ukrainer, sondern auch "potentielle Messerstecher aus Syrien oder Afghanistan" bald zu den neuen Nachbarn zählen könnten.

"Hier leben viele junge Familien mit ihren Kindern, und der Kindergarten ist gerade mal hundert Meter von dem Containerdorf entfernt. Ist doch klar, daß viele nervös sind." Wenn er mit seinen Nachbarn zusammenkomme, seien die Container stets Gesprächsthema. "Die haben

sich gerade ein neues Eigenheim gebaut, haben dafür hart gearbeitet und teilweise lange gespart.
Und dann stellt man dir plötzlich so einen Blechkoloß vor die Tür. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Leute immer weniger Verständnis für diese Politik aufbringen." Einige Nachbarn würden sogar einen Wertverlust ihres Hauses befürchten, sollte sich die Flüchtlingsproblematik im Ort weiter verschärfen.
Eine ältere Frau kommt vorbei, schaltet sich in das Gespräch mit der JF ein. "Irgendwo müssen die Leute ja nun mal unterkommen", argumentiert sie. Doch auch sie räumt ein: "In den letzten Jahren ist es doch schon arg viel geworden mit den Flüchtlingen, das hat den Ort verändert."
"Als Feuerwehrmann bekomme ich die Veränderungen in Kirchheim ja regelmäßig mit", schildert ein weiterer Anwohner der JF. Oft werde er zu Einsätzen in den einzelnen Asylunterkünften der Gemeinde gerufen. "Meistens wegen Rauchentwicklung in der Küche. Die haben einfach eine komplett andere Lebensweise als wir, eine ganz andere Kultur." Zumeist habe es sich dabei um Unterkünfte mit Afrikanern gehandelt. Afrikaner, die teilweise in hochwertigen Neubauwohnungen untergebracht seien. "In Kirchheim wurden in den letzten Jahren viele neue, teure Häuser gebaut, die sich die Menschen gar nicht mehr leisten können. Und jetzt bringen sie da Asylanten unter", beschreibt der Feuerwehrmann eine Situation, die auf zunehmendes Unverständnis im Ort stoße.
Knapp hundert weitere Ukrainer sind derzeit auf Steuerzahler-Kosten im Hotel Dormero im Ortskern von Kirchheim untergebracht. Die Hotelgruppe war deutschlandweit bereits mehrfach mit der Unterbringung von Flüchtlingen als Geschäftsmodell in die Schlagzeilen geraten (JF 48/23).
Ein Großteil von ihnen soll demnächst in die Container am Schlehenring umziehen. "Und dann kommen die nächsten ins Hotel", ist sich der Feuerwehrmann bereits sicher.
Auch im Nachbardorf Grub sind die Folgen der Massenmigration sichtbar. "Manchmal stehen hier am S-Bahnhof bis zu hundert Afrikaner. Ich bleibe dann immer in meinem Wagen auf dem Park-and-Ride-Parkplatz sitzen und warte, bis die abgefahren sind", schildert Jana der Jungen Freiheit, eine 26 Jahre alte Versicherungskauffrau aus dem Ort. Der Grund dafür: "Ich habe schon mehrfach dagestanden und wurde von den Migranten angemacht. Es ist sehr unangenehm, und die Stimmung unter ihnen habe ich oft als sehr aggressiv wahrgenommen."
Die Afrikaner sind in einem nur wenige hundert Meter vom S-Bahnhof entfernten weiteren Containerdorf untergebracht. Umgeben von einem Sichtschutzzaun und mit einem Wachdienst am Eingang zu den Unterkünften. Das Nachbargrundstück ist mit einem Bauzaun abgesperrt. Versehen mit einem Schild, das das Abladen von Müll auf dem Gelände untersagt. Trotzdem flattern dort die Reste zahlreicher Plastiktüten umher.
Sechzig Kilometer weiter südlich von Grub befindet sich die 3.000 Einwohner zählende Gemeinde Seeshaupt, ein idyllischer Ort am Starnberger See. Auf einem sechs Millionen Euro teuren Filetgrundstück direkt am Wasser sollte hier eine Asylunterkunft für hundert Migranten entstehen. Die Anwohner sind entsetzt, protestierten.
Ende Oktober lud die Gemeinde zur turnusmäßigen Bürgerversammlung. Es geht unter anderem um Sachstandsberichte zu Dorffeiern und um die Vorstellung einer neuen Schulleiterin. Doch nicht deshalb muß diese Versammlung in der örtlichen Turnhalle stattfinden, nicht deshalb müssen Mitarbeiter der Gemeinde immer weitere Stuhlreihen für immer mehr Zuhörer aufbauen.
"Die Leute sind sauer, sie wollen Dampf ablassen wegen der geplanten Asyl-Unterkunft", bringt es einer der rund hundert Zuhörer im Gespräch mit der JF auf den Punkt. Der volle Saal und die Proteste im Vorfeld hinterlassen Eindruck, der Bürgermeister des Ortes teilt plötzlich mit, daß die Ländrätin die Pläne auf Eis gelegt habe, die Unterkunft jetzt nicht mehr komme.

Aufatmen im Saal.
Doch auf Nachfrage eines Bürgers stellt sich heraus: Die Zusage sei bisher nur mündlich erfolgt. Argwöhnisches Grummeln im Saal. "Es soll schon vorgekommen sein, daß unsere Landrätin auch mal wieder was vergißt", bemerkt ein älterer Bürger spitz. Die Zweifel und das Mißtrauen in die Migrationspolitik sind auch in Seeshaupt längst nicht verschwunden.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31485" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Inszenierter Fuellmich-Prozeß blockiert die überfällige Aufarbeitung der Corona-Verbrechen**
(Moderation:) In Genf gab es am 30. November eine Demo der Bewegung FreeReinerFuellmich. Hier einige Impressionen.
Zunächst die Frage: Wer ist Dr. Reiner Fuellmich? Was sind seine Errungenschaften und was wird ihm zur Last gelegt?
Hier zunächst ein Blick auf unsere Sendung "Covid-19-Genozid schreit nach unabhängigem Weltgerichtshof (Nürnberg 2.0)". Dort heißt es: "Internationaler Lobbyismus, Filz und Korruption durch BigPharma bei Politik und Justiz machen deutlich, daß es eine von Grund auf neue, unabhängige Justiz braucht. Insbesondere im Zusammenhang mit den globalen Covid-19-Verbrechen, einem Genozid nie gekannten Ausmaßes, braucht es ein besonderes Tribunal, vergleichbar den Nürnberger Prozessen nach dem 2. Weltkrieg.
Eine Gruppe internationaler Anwälte, hochrangiger Experten und renommierter Wissenschaftler legt einer Grand Jury die Beweise dafür vor, daß es sich bei der COVID-19-Pandemie um eine kriminelle Operation mit dem Ziel der Errichtung einer weltweiten Diktatur handelt."
Treibende Kraft ist hier der Jurist Dr. Reiner Fuellmich. Doch was ist nach diesen Erfolg versprechenden Aufarbeitungsvorstößen geschehen?
Wir erinnern uns: Dr. Reiner Fuellmich wurde beim Beantragen eines neuen Reisepasses in der deutschen Botschaft in Mexiko widerrechtlich festgenommen, nach Deutschland überführt und dort in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf bei Kassel gesteckt. Dort wird Dr. Fuellmich seit mehr als einem Jahr unter unmenschlichen Bedingungen, wie Isolationshaft und Verweigerung Gesundheit erhaltender Maßnahmen, festgehalten. Die Menschenrechtsorganisation United For Freedom hat die widrigen Umstände dokumentiert und zur Anzeige gebracht.
Inzwischen hat die Bewegung FreeReinerFuellmich eine Petition für Dr. Fuellmich gestartet. Hier einige Auszüge aus dem Petitionstext:
(Sprecher:) (…) Der Fall Dr. Fuellmich wirft ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit seiner Inhaftierung und der Integrität des Gerichtsverfahrens auf. Von den ursprünglich 18 Anklagen gegen Fuellmich ist nur noch eine übrig geblieben, die sich auf Privatkredite bezieht. Nach deutschem Recht beträgt die Höchstdauer der Untersuchungshaft gemäß § 121 Abs. 1 StPO sechs Monate. (…) viele Beobachter, darunter auch seine Verteidigung, argumentieren, daß dieser Prozeß über ein gewöhnliches Gerichtsverfahren hinausgehe und zu einem politisch motivierten Versuch geworden sei, einen prominenten Kritiker der COVID-19-Maßnahmen zum Schweigen zu bringen. Der Prozeß hat besorgniserregende Veränderungen der rechtlichen Parameter gezeigt, die die Angelegenheiten noch komplizierter machen und die Grundsätze der Gerechtigkeit untergraben.
Angesichts dieser schwerwiegenden Anschuldigungen und der offensichtlichen Mißachtung eines ordnungsgemäßen Verfahrens, fordern die Unterzeichner dieser Petition die sofortige Freilassung von Dr. Reiner Fuellmich.
Diese Situation betrifft nicht nur eine Einzelperson, sondern ist auch eine deutliche Erinnerung an die Möglichkeit, daß politischer Einfluß in die Justiz eindringt und die Grundlagen von Gerechtigkeit und Fairneß untergräbt.
Angesichts der aufmerksamen Beobachtung der internationalen Freiheitsbewegung ist es von

entscheidender Bedeutung, daß Gerechtigkeit herrscht und daß Dr. Fuellmich die Freiheit erhält, die ihm zusteht - eine Freiheit, die nicht nur für ihn, sondern für die Integrität des Justizsystems selbst von wesentlicher Bedeutung ist. (…)
(Moderation:) Mit dieser Sendung soll bzgl. des Gerichtsprozesses weder für noch gegen Dr. Reiner Fuellmich Position ergriffen werden. Vielmehr wollen wir das Augenmerk darauf richten, daß unser Rechtssystem offensichtlich politisch gesteuert zu sein scheint, womit es in dunkelste Zeiten zurückgefallen wäre. Sehen Sie hierzu auch unsere Sendung "Reiner Fuellmich - in der Mühle dunkler Strippenzieher?" Insbesondere soll diese Sendung erneut die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der Corona-Verbrechen in Erinnerung rufen. Eine Aufarbeitung, für die sich Dr. Fuellmich verdient gemacht hat, die aber losgelöst von seiner Person zielführend fortgesetzt werden muß, um Schlimmeres zu verhindern. Die Anschuldigung der Grand Jury zur Aufarbeitung der Corona-Verbrechen lautet so:
(Sprecher:) Es wird zur Last gelegt, daß die Regierungen der Welt unter den kontrollierenden Einfluß korrupter und krimineller Machtstrukturen geraten sind, die gemeinsam eine Pandemie inszenierten, die sie seit Jahren geplant hatten. Zu diesem Zweck erzeugten sie absichtlich eine Massenpanik durch falsche Tatsachenbehauptungen und eine sozial konstruierte psychologische Operation, deren Botschaften sie über die Leitmedien verbreiteten. Diese Massenpanik verfolgte das Ziel, die Bevölkerung dazu zu bewegen, experimentellen Injektionen, so genannten "Impfungen", zuzustimmen, die aber keine Impfungen sind.
Diese haben sich weder als wirksam noch als sicher erwiesen, sondern als extrem gefährlich und sogar tödlich. Im Fokus der Anklage stehen insbesondere: Christian Drosten, Anthony Fauci, Tedros von der Weltgesundheitsorganisation WHO, Bill Gates, BlackRock und Pfizer. Das Endziel der inszenierten Pandemien sei die totale Kontrolle aller Menschen. Hierzu legen die Experten fundierte Fakten vor.<<

Frankreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/24-01/25" berichtet am 20. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**US-Rating-Agentur Moody's stuft Frankreichs Kreditwürdigkeit herab**

Zwei kranke Zugpferde

Dirk Meyer

Politische Instabilitäten machen aus Deutschland und Frankreich zwei kranke EU-Zugpferde. Der Rücktritt von Michel Barnier nach nur drei Monaten im Amt und die Ernennung des neuen Premierministers François Bayrou führte nun zu einer weiteren Herabstufung der französischen Kreditwürdigkeit durch die US-Rating-Agentur Moody's von Aa2 auf Aa3. Fitch Ratings senkte den Ausblick auf Negativ, eine Herabstufung könnte folgen. Während die deutschen Staatsfinanzen derzeit von den Märkten noch eher positiv bewertet werden, sieht es für unseren großen Nachbarn erheblich schlechter aus.
Wurde unter Barniers Vorgänger Gabriel Attal zunächst noch ein Rückgang des diesjährigen Haushaltsdefizits auf 3,7 Prozent prognostiziert, so kletterte es bis Herbst auf 5,6 Prozent - mit Sparmaßnahmen von 60 Milliarden Euro wollte Barnier gegensteuern. Die Bayrou-Regierung lehnt dies aus sozialen Gründen ab und plant mit einem Defizit von sieben Prozent für 2025. Damit würde sich ein Haushaltsloch von knapp 100 Milliarden Euro auftun - die Staatsschulden steigen damit auf 112 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
2029 könnten es 124 Prozent sein - bei einer EU-Vorgabe von maximal 60 Prozent. Auch in Deutschland gibt es noch keinen Haushalt für 2025, doch während deutsche Staatsanleihen weiterhin als ausfallsicher gelten, wachsen die Zweifel an Frankreichs Kreditwürdigkeit. Dies zeigt die Zinsdifferenz (Spread), die auf 0,8 Prozentpunkte und damit auf einen Höchstwert seit der Eurokrise 2012 angestiegen ist. Damit liegt Frankreich bei einem Zinssatz von 3,0 Prozent gleichauf mit Griechenland, während Portugal nur 2,7 Prozent zahlt. Nur Italien liegt mit 3,4 Prozent höher.

Eine schwindende Kreditwürdigkeit treibt die Zinskosten der Neuverschuldung. Damit steigt das Haushaltsdefizit und der Kreditbedarf. Diesen Teufelskreis könnte dann nur noch die EZB mit einem speziellen Anleiheaufkaufprogramm durchbrechen - gemäß dem legendären Spruch des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker: "Weil es Frankreich ist". Das sogenannte Transmissionsschutzinstrument TPI ist als möglicherweise EU-vertragswidrige monetäre Staatsfinanzierung einzelner Euro-Staaten nicht öffentlich, aber bereits in der EZB-Schublade. Deutsche Verfassungsklagen sind daher nicht ausgeschlossen.<<

21.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Stimmen zum Grauen von Magdeburg: Das Problem ist und bleibt die Einwanderung aus islamischen Ländern!**

Wie nach jedem Terroranschlag liefern die Altparteien-Politiker auch nach dem Grauen von Magdeburg ihre wohlfeilen Beileidsbekundungen aus dem Satzbaukasten ab. Dieses Mal allerdings scheint das Geschehen etwas komplizierter zu sein bzw. aus dem Rahmen zu fallen: Ein nach eigenem Bekunden "Islamfeind" greift einen Weihnachtsmarkt an - ein ehemals Linker, der laut "Bild" unter Drogen gestanden haben soll, will ein vermeintlicher AfD-Fan gewesen sein. Hier einige Stimmen, die die Dinge zurechtrücken.

- Ex "Bild-Chef" Julian Reichelt: "Ein Araber, der längst nicht mehr hätte hier sein dürfen, weil er angekündigt hatte, Deutsche abzuschlachten. Behörden, die jede Warnung ignoriert haben, während man verfolgt wird, wenn man einen Politiker 'Schwachkopf' nennt. Ein Bundesamt für Migration, das Menschen auch dann nicht abschiebt, wenn sie die Ermordung von Deutschen ankündigen. Kriege aus der islamischen Welt, die nun auf deutschen Weihnachtsmärkten ausgetragen werden. Ein Kind, das nun Weihnachten nicht mehr erlebt, weil jeder, wirklich jeder in diesem Land bleiben darf, egal wie mörderisch seine erklärten Absichten sind. DAS und nur das ist die Geschichte von Magdeburg."
- AfD-Vize Beatrix von Storch: "In diesem Land können 'Flüchtlinge', Wahnsinnige, Irre und Psychopathen öffentlich auf X jeden Massenmord an Deutschen ankündigen (…) Die Behörden können darüber informiert werden. Aber sie kümmern sich nicht. Sie sind zu beschäftigt, mit der Jagd nach alten, weißen Männern, die Memes über Schwachköpfe posten. Das ist das politische Problem. Ich bin SO WÜTEND!"
- Influencerin Anabel Schunke (achgut.com): "Halten wir fest, weil das verlogene linke Spektrum gerade aus seinem Dornröschenschlaf erwacht, weil es denkt, es könne die Tat jetzt zu seinen Zwecken ausschlachten: Es ist und bleibt ein Problem der Zuwanderung aus islamischen Ländern. Von Menschen wie Taleb Al Abdulmohsen genauso wie von radikalen Muslimen, die hier auf unseren Straßen auf unsere Kosten ihre Konflikte austragen. Abdulmohsen hatte ganz offenbar ein gewaltiges Problem mit dem Islam."
- Unternehmensberater Markus Krall: "Ich bin es leid, daß die VERSAGER DER DEUTSCHEN POLITIK AN DEREN HÄNDEN DAS BLUT DER OPFER VON TERRORANSCHLÄGEN KLEBT uns nach jedem Mordanschlag, der auf ihrem Gewissen lasten sollte erzählen, daß man das nicht 'politisch instrumentalisieren' dürfe. Die Wahrheit ist keine Instrumentalisierung und diese Wahrheit ist, daß viele Menschen noch leben würden in Deutschland und anderen europäischen Ländern, wenn man die Mörder nicht ins Land geholt hätte gegen den Willen des Volkes. Diese politische Klasse muß weg!"
- Publizistin Birgit Kelle: "Ich möchte nicht mehr weitere 'Sicherheitskonzepte', Merkel-Lego, Betonpoller oder Messerverbotszonen. Dies Land braucht eine Regierung, die alle Gefährder aus dem Land weist, die Grenzen schließt und die eigene Bevölkerung schützt. Ich möchte das Land zurück, bei dem man sich keine Sorgen machen muß, ob die eigenen Kinder lebend vom Abiball, dem Weihnachtsmarkt, dem Schwimmbad und der letzten Bahnfahrt nach Hause kommen. Wir hatten so ein Land, bevor die Politik beschlossen hatte, daß die Interessen der

halben Welt wichtiger sind, als die Interessen der deutschen Bevölkerung."
- Imad Karim, deutsch-libanesischer Filmemacher: "Was unsere linksversifften Medien nicht kapieren wollen, ist die Tatsache, daß dieser angebliche Islamhasser nicht eine Moschee, Fastenbrechenfest oder linkes Zentrum angegriffen hat, sondern Menschen, die einen Weihnachtsmarkt, Grundpfeiler einer urchristlichen Tradition, besuchten."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Magdeburger Weihnachtsmarkt: Jetzt schon fünf Tote! Alice Weidel (AfD):"Wann hat dieser Wahnsinn ein Ende?"**
Fast auf den Tag genau acht Jahre nach dem Terrorakt vom Berliner Breitscheidplatz (13 Tote) ist das Weihnachtsfest 2024 in Deutschland mit dem Blut der Opfer vom Magdeburger Weihnachtsmarkt getränkt. Die Zahl der Todesopfer stieg am Samstag (21. Dezember) von zunächst zwei auf vorläufig fünf Menschen, darunter ein Kleinkind. Das teilte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), mit.
Mehr als 200 Menschen wurden demnach bei der Amokfahrt am Freitagabend kurz nach 19 Uhr verletzt. Viele schweben dem Vernehmen nach noch in Lebensgefahr. Es wird befürchtet, daß die Zahl der Todesopfer in den nächsten Stunden und Tagen noch steigen könnte. Die Stadt Magdeburg bestätigte, daß es sich um "einen Anschlag" handelt.
AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel schrieb auf der Plattform X: "Die Bilder aus Magdeburg sind erschütternd! In Gedanken bin ich bei den Hinterbliebenen und Verletzten. Wann hat dieser Wahnsinn ein Ende?"
"Rache für Flüchtlinge"
In der Nacht wurden weitere Informationen über den festgenommenen Täter Taleb Abdulmohsen, einen 50 Jahre alten Facharzt für Psychiatrie aus Saudi-Arabien, bekannt.
Der Attentäter, der sich seit 2006 in Deutschland aufhält und über eine unbefristete Niederlassungs- und Aufenthaltsgenehmigung verfügt, hatte nach MDR-Informationen vor rund einem Jahr in einem mittlerweile gelöschten Post auf der Plattform X geschrieben, der deutsche Staat verfolge Flüchtlinge aus Saudi-Arabien, um deren Leben zu zerstören. Er soll "baldige Rache" angekündigt haben, berichtete die "Welt" ergänzend.
Nach vorläufigen Angaben der Ermittler soll es sich um einen "Einzeltäter" handeln, wie Ministerpräsident Haseloff (CDU) bestätigte. Aus Ermittlerkreisen verlautete: Es gebe wohl keine Mittäter. Hinweise, nach denen ein zweites, möglicherweise tatrelevantes Auto in der Innenstadt gesichtet worden sein soll, hätten sich nicht bestätigt. Anfängliche Meldungen, denen zufolge sich in dem BMW Sprengstoff befunden haben soll, bestätigten sich ebenfalls nicht.
Haß auf Deutschland!
Über das genaue Tatmotiv herrschte am Morgen noch Unklarheit. Es verdichtet sich aber der Eindruck, daß der Attentäter einen abgrundtiefen Haß auf sein Gastland Deutschland verspürte. Offen war zunächst, ob der Generalbundesanwalt die Ermittlungen wegen der herausragenden Bedeutung des Falles an sich zieht, selbst wenn ein islamistischer Hintergrund ausscheiden sollte.
"Wir wissen nicht, was ihn angetrieben hat, außer daß er Deutschland gehaßt hat", sagt die Frankfurter Islamwissenschaftlerin Prof. Susanne Schröter. Die Tat sei "in höchstem Maße wirr". Sie zeige, daß man auch als Arzt "nicht gut integriert" sein könne und die Gesellschaft hasse, "in der man lebt".
Wohnung durchsucht
Noch am Abend der tödlichen Amokfahrt durchsuchten Spezialkräfte der Polizei mehrere Stunden lang die Wohnung des Arabers in Bernburg (Saale).Details zu den sichergestellten Gegenständen wurden zunächst nicht bekannt gegeben.
Im Juli 2016 wurde Taleb A. als Flüchtling anerkannt. Laut "Spiegel" soll er vor allem Frauen aus Saudi-Arabien über Fluchtmöglichkeiten beraten und eine Internetseite mit Informationen

zum deutschen Asylsystem betrieben haben.

Warnungen aus Riad?

Reuters berichtete unter Berufung auf einen Insider aus Riad, das saudi-arabische Königreich habe die deutschen Behörden vor Taleb A. gewarnt. Dieser habe extremistische Ansichten auf X gepostet. Das Außenministerium Saudi-Arabiens verurteilte den Angriff.

Wurden Hinweise ignoriert?

Hätte der blutige Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg verhindert werden können? Laut einem Medienbericht (Nius) soll eine Frau aus Saudi-Arabien das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2023 vor dem Attentäter gewarnt haben!

Sie habe sich demnach auf X an die Behörden mit dem eindringlichen Hinweis gewandt: "Er sagte, er werde 20 Deutsche töten und er meint es sehr ernst." Sein Name sei Taleb Abdulmohsen, er sei 1974 geboren.

Die Antwort des BAMF soll auf die Onlinewache der Berliner Polizei verwiesen haben.

In einer Email vom September 2023 will die Zeugin die Berliner Polizei informiert haben: "Es ist sehr dringend. Ein Mann hat gesagt, daß er wahllos deutsche Bürger töten will…Er kommt aus Saudi-Arabien und ist Asylbewerber."

Email ging versehentlich in die USA

Wie die "Welt" berichtet, kam diese E-Mail aber offenbar nie bei der Berliner Polizei an. Statt dessen sei sie versehentlich an eine Email-Adresse verschickt worden, die in die USA führte, nämlich in die 7.500-Einwohner-Gemeinde Berlin im US-Bundesstaat New Jersey.

Ob der Hinweis via Online-Formular, unabhängig von der Email, trotzdem bei der Berliner Polizei einging, war zunächst unklar.

Angeblich soll auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen von einer anderen X-Userin (ehemals Twitter) 2017 auf den Saudi aufmerksam gemacht worden sein und die Hinweise ignoriert haben.

Perfide: Mainstream-Medien legen Spur zur AfD

Die Mainstream-Medien, allen voran das linksgrün-woke Gerüchtemagazin "Spiegel", versuchen, dem Saudi Sympathien für die AfD anzudichten - wohl vor allem deshalb: In einem FAZ-Interview 2019 beschrieb sich Taleb Abdulmohsen als "aggressivsten Kritiker des Islams in der Geschichte".

Abdulmohsen kündigte auf X Vergeltung gegenüber dem deutschen Staat an: "Ich versichere euch, daß zu 100 Prozent bald die Rache kommt. Auch wenn es mich mein Leben kostet."

Schlamperei bei Sicherheit?

Zu den ungeklärten Fragen gehörte am Samstag auch, wie der Attentäter überhaupt trotz aller Sicherheitsvorkehrungen für seine etwa 400 Meter lange Amokfahrt ein so hohes Tempo aufnehmen konnte, um so viele Menschen umzufahren. Terrorismus-Experte Shlomo Shpiro (Universität Tel Aviv) äußerte gegenüber "Welt.TV" die Vermutung: "Vielleicht wurde Magdeburg ausgewählt, weil es da weniger Sicherheit gab." Auch andere Terrorismus-Experten gehen davon aus, daß es eine Sicherheitslücke gegeben haben müsse.

Wirbel um Tweet von Elon Musk

Kanzler Scholz sprach bei einem Besuch am Samstagvormittag in Magdeburg von einer "wahnsinnigen Tat". In der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt finden am Wochenende mehrere Gedenkveranstaltungen statt.

Die Altparteien überboten sich mit den üblichen wohlfeilen Betroffenheitsfloskeln. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte: "Die Vorfreude auf ein friedliches Weihnachtsfest wurde durch die Meldungen aus Magdeburg jäh unterbrochen (…) Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen." Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) twitterte: "Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Ich danke allen Einsatzkräften, die sich vor Ort um die Verletzten kümmern."

Für Wirbel sorgte ein Post des künftigen US-Präsidentenberaters Elon Musk. Er griff den deutschen Regierungschef auf X scharf an: "Scholz sollte sofort zurücktreten", schrieb der Milliardär und X-Eigner. Musk bezeichnete den Kanzler als "incompetent fool", was so viel wie "unfähiger Narr" bedeutet.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Magdeburg: Attentäter war vorher schon kriminell**

Tatverdächtiger von Magdeburg wurde 2013 wegen "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten" verurteilt / Asylantrag erst 2016

Anfangs hieß es, der mutmaßliche Attentäter Taleb A. sei für die Behörden unauffällig gewesen. Das stimmt so nicht ganz: Schon am 4. September 2013 verurteilte ihn das Amtsgericht Rostock nach SPIEGEL-Informationen zu einer Strafe von 90 Tagessätzen. Grund war eine "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten".

Die Höhe der Tagessätze - zehn Euro - deutet darauf hin, daß Taleb A. damals noch von Hartz IV gelebt haben könnte. Auffällig auch: Nach Deutschland gekommen war Taleb A. zwar bereits 2006 - er reiste regulär mit seinem Reisepaß und einem Visum ein, um hier nach seinem Medizinstudium eine Facharztausbildung zu beginnen. Seinen Asylantrag stellte er aber erst 2016 - möglicherweise, weil er sonst das Land hätte verlassen müssen.

In der Anhörung in der Außenstelle Halberstadt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) trug er nach SPIEGEL-Informationen vor, er sei vom Islam abgefallen und schreibe ein Buch darüber, warum der Islam als Religion keine Grundlage habe. Für das Buch mit dem Titel "Kreative Widerlegung des Islam" hatte Taleb A. im Internet eine Crowdfunding-Kampagne gestartet, die aber kaum Unterstützer fand. Erschienen ist das Buch nie.

Seine drohende Verfolgung in Saudi-Arabien untermauerte Taleb A. gegenüber dem Bamf nach SPIEGEL-Informationen außerdem mit einem angeblichen Vorfall in der Botschaft von Saudi-Arabien in Berlin. Dort habe er 2013 den Kulturattaché Abdulrahman A. getroffen. Der habe ihm gesagt, wenn Taleb A. nach Saudi-Arabien zurückkehre, werde er sofort hingerichtet. Zuvor will Taleb A. dem Kulturattaché geschrieben haben, er glaube nicht mehr an den Islam.

Taleb A. erhielt auf seinen Antrag das Asyl nach Artikel 16a Grundgesetz, den höchsten Schutzstatus. Die Verurteilung aus dem Jahr 2013, die unter der Vorstrafengrenze geblieben war, war dabei kein Ausschlußgrund. Offenbar 2019 kam es zu einer Regelüberprüfung des Asyls durch das Bamf - so wie für alle Asylbescheide der großen Zuwanderungswelle 2015 und 2016. Das Asyl wurde dabei bestätigt. 2023 erhielt Taleb A. von der Ausländerbehörde des sachsen-anhaltinischen Salzlandkreises in Bernburg eine Niederlassungserlaubnis.

Zu seinen Familienverhältnissen sagte Taleb A. 2016, sein Vater sei schon gestorben, in seiner Heimat lebten noch Mutter, ein Bruder und zwei Schwestern. Gegenüber seiner Familie hatte er seine Abwendung vom Islam nach eigenen Angaben in seiner Crowdfunding-Kampagne lange Zeit geheim gehalten. Freunde, mit denen er darüber gesprochen habe, hätten das abgelehnt; er wolle seinen Weg gleichwohl weitergehen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Zahl der Todesopfer nach Anschlag in Magdeburg steigt auf fünf**

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg ist die Zahl der Todesopfer auf fünf gestiegen. Das sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) am Samstag in Beisein des Bundeskanzlers, der den Tatort besichtigte. Dort war am Vorabend ein 50-jähriger Mann mit einem BMW-SUV in die Menschenmenge gerast. Neben den Todesopfern gibt es auch über 200 Verletzte, darunter 41 Schwerstverletzte und 86 Menschen mit sonstigen ebenfalls schweren Verletzungen.

Es wird deswegen befürchtet, daß die Zahl der Todesopfer noch weiter steigt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Sachsen: Warum der Wendehals bleiben konnte**

Von *COMPACT Redaktion*

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer kann sich auf fünf weitere Jahre an der Macht einrichten. Das war sein Ziel. Der CDU-Politiker gilt als besonders rückgratloser Wendehals. …

Wie zuvor schon in Brandenburg und Thüringen hat es das Parteienkartell mit BSW-Gehhilfen geschafft, die AfD als große Siegerin aller Wahlen im Osten der Republik von Regierungsverantwortung fernzuhalten. Michael Kretschmer gelang dies sogar ohne parlamentarische Mehrheit und mit einer Minderheitenkoalition.

Der Merkelianer

Kretschmer ist ein besonders unangenehmer Polit-Typus unserer Zeit. Mit gerade einmal 27 Jahren wurde er im Herbst 2002 in seinem Heimatwahlkreis Görlitz als Direktkandidat der CDU in den Bundestag gewählt. Es war der Beginn einer politischen Erfolgsgeschichte, die lange nur eine Richtung kannte: nach oben. Unter Kanzlerin Angela Merkel wurde der Sachse sogar stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Sein Erfolgsrezept: immer mit dem Strom schwimmen. Als 2011 das Aus für die deutschen Atomkraftwerke beschlossen wurde, votierte auch Kretschmer dafür. Und als Merkel im Herbst 2015 ihr "Wir schaffen das" verkündete, waren von ihm keine Widerworte zu vernehmen.

Dann kam die Klatsche: Bei der Bundestagswahl 2017 verlor er sein Direktmandat in Görlitz, das er 2013 noch mit stolzen 49,6 Prozent gewonnen hatte, gegen den damals noch unbekannten Malermeister Tino Chrupalla. Kretschmer erzielte 31,4, der AfD-Kandidat 32,4 Prozent. Auch landesweit lagen die Blauen bei den Zweitstimmen mit 27,0 Prozent knapp vor der CDU mit 26,9.

Bei der folgenden Landtagswahl 2019 drohte der Union ein Debakel: Ihre Macht in dem Land, das sie seit 1990 als sichere Bastion gehalten hatte, war in Gefahr. An diesem christdemokratischen Tiefpunkt bot sich dann aber eine zweite Chance.

Unter dem Eindruck des katastrophalen CDU-Bundestagswahlergebnisses war nämlich der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich im Oktober 2017 zurückgetreten und hatte als seinen Nachfolger jenen Michael Kretschmer vorgeschlagen, dessen politische Karriere vier Wochen zuvor beendet gewesen zu sein schien. Zwei Jahre blieben dem Stehaufmann, um die CDU im Freistaat wieder nach vorne zu bringen und die Landtagswahl 2019 zu gewinnen.

Emsiger Kämpfer

Und er packte die Gelegenheit beim Schopfe: Von der ersten Sekunde an warf er sich ins Gefecht, ohne Pausen. Bundesweit blickten seine Amtskollegen ehrfürchtig auf diesen Sachsen, für den sechs bis acht tägliche Termine mit Bürgerkontakt bis heute keine Seltenheit sind. Der Ministerpräsident tourt von Stadt zu Stadt und suggeriert den Menschen, sich ihrer Sorgen anzunehmen.

Bei der Landtagswahl am 1. September 2019 setzte sich Kretschmer dann recht deutlich durch, die CDU wurde mit 32,1 Prozent wie früher stärkste Kraft und ließ die AfD (27,5 Prozent) rund fünf Punkte hinter sich. Daß der Wahlsieger anschließend eine gemeinsame Regierung mit SPD und Grünen - statt mit der AfD, die immerhin zweistärkste Kraft geworden war, - formierte, sorgte allerdings gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode für scharfe Kritik.

Corona: Zickzack-Kretschmer

Jahre, geprägt von zahlreichen Krisen, sind seither vergangen. Als im März 2020 die ersten Corona-Beschränkungen ausgerufen wurden, waren die Maßnahmen im Freistaat zunächst zurückhaltender als in den meisten anderen Bundesländern. Der Regierungschef selbst nahm ohne Maske an Veranstaltungen teil und diskutierte dort mit Gegnern der Maßnahmen, was

ihm in den Mainstream-Medien Kritik einbrachte. Er schien die Virus-Hysterie zunächst nicht mitzutragen.
Wäre Kretschmer - aus welchen Gründen auch immer - nicht Anfang 2021 plötzlich ins Lager der radikalen Corona-Jünger umgeschwenkt, wäre er aus der Fake-Pandemie als politischer Gewinner hervorgegangen. So brach jedoch ein Sturm der Entrüstung über ihn herein. Kein Wunder!
"Niemand wird in Deutschland gegen seinen Willen geimpft. Auch die Behauptung, daß diejenigen, die sich nicht impfen lassen, ihre Grundrechte verlieren, ist absurd und bösartig", hatte der CDU-Politiker im Mai 2020 versprochen. Im Januar 2021 klang das plötzlich ganz anders "Die Impfpflicht einzuführen, ist eine Aufgabe für die Koalition in Berlin."
Das war eine 180-Grad-Wende, die wie ein Brandbeschleuniger für die immer stärkeren Montagsproteste in Sachsen wirkte, zu deren personifiziertem Feindbild sich der Wendehals in dieser Zeit entwickelte.
Und er machte es den Protestlern leicht, diese Feindschaft auszubauen: Obwohl Kretschmer beispielsweise im Frühjahr 2021 die sogenannte Bundesnotbremse mit der Schließung von Schulen kritisierte, stimmte Sachsen im Bundesrat für das umstrittene Gesetz. Die Quittung folgte auf dem Fuße: Bei der Bundestagswahl im September 2021 erhielt die sächsische Union nur noch magere 17,2 Prozent der Zweitstimmen.
Mit der Eskalation des Rußland-Ukraine-Konflikts im Februar 2022 erkannte Kretschmer eine neue Profilierungschance und sondierte die Stimmungslage im Volk - möglicherweise, um einen Fehler wie mit seinem Kurswechsel in der Corona-Politik zu vermeiden.
Als einer der wenigen in der CDU spricht er sich seither gelegentlich für Verhandlungen mit Putin aus und protestiert gegen die Lieferung schwerer Waffen an Kiew. Freilich, Konsequenzen haben seine Worte nicht, schließlich ist er Landespolitiker und weit von den außenpolitischen Entscheidungszentren entfernt. Doch wieder gelingt es ihm, Vox populi zu sein und Sympathien aufzubauen.
Mit den Grünen im Bett
Als im Herbst 2022 die Energiepreisproteste beginnen, startet der Ministerpräsident einen Feldzug gegen die Grünen, denen er (berechtigterweise) vorwirft, die Wirtschaft des Landes zu zerstören. Wieder applaudieren die Massen, zu denen er bei Kundgebungen spricht, die von CDU-nahen Unternehmerverbänden als eine Art Scheinopposition organisiert worden waren. Und vielleicht wären seine Aussagen sogar glaubwürdig, wenn Kretschmer nicht bis zuletzt ausgerechnet mit genau dieser grünen Partei in Sachsen zusammen regieren hätte.
Abends wetterte er in Talk-Shows gegen ökosozialistische Planwirtschaftspolitik im Allgemeinen und gegen Habeck, und am nächsten Vormittag saß er wieder mit seinen grünen Ministern in der Staatskanzlei.
Ihm gelang es, durch populistische Ansprachen enttäuschte CDU-Wähler aus dem konservativen Milieu zurückzugewinnen. Am Ende landete die Kretschmer-CDU dann hauchdünn vor der AfD.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31495" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Robert Stein - Vom Nullpunkt zum Synergie-Durchbruch**
Moderator: Ja, bei mir steht Robert Stein.
Lieber Robert, danke für die Zeit, die du dir genommen hast. Du bist hier beim alternativen WEF, hast so einiges auch moderiert, hast eben dort eben auch jetzt unter anderem das Panel der Medien von morgen eben auch moderiert, so wie ich das mitbekommen habe. Und was ist so deine Erkenntnis, hast du schon jetzt was daraus ziehen können, irgendeine Lektion, was wir mitnehmen können oder was für die Zuschauer auch schon interessant wäre?
Robert Stein: Also zum einen ist es natürlich hier eine unglaublich tolle Veranstaltung. Also so ein Treffen ist mir bisher noch nicht untergekommen, wirklich. Also wir haben ja hier 30,

40 Leute aus der alternativen Medienszene, aus … So viel verschiedene Medienmachern und Aktivisten, Rechtsanwälte, Mediziner, das ganze Panel ist da. Alle, die jetzt in den letzten Jahren ihren Kopf raus gestreckt haben und gesagt haben, da mache ich nicht mit, die sind zum ersten Mal hier vereint. Und das ist natürlich unglaublich, jetzt alleine als Teilnehmer da dabei zu sein und diese Energie zu spüren, daß da alle sich einig sind: Jetzt muß endlich mal was passieren. Jetzt können wir nicht nur einzeln, ein jeder in unserem Keller und in seinem kleinen YouTube-Kanal, sondern das muß jetzt vernetzt werden.
Alleine das ist schon mal jetzt wirklich eine geniale Sache, daß da so eine Energie sich bündelt. Und das andere ist natürlich dann auch: Die konkreten Ideen oder Gedanken, die hier geäußert worden sind. Wir hatten ja am gestrigen Tag ein Planspiel durchgemacht, was so nach dem Motto, es wird wieder so eine bakterielle Epidemie ausgerufen und wir befinden uns quasi danach im Jahr, im Dezember 25 und die Arbeitsgruppen mußten dann mehr oder weniger herausfinden: Was haben wir getan als alternative Medien, als Aktivisten, als Mediziner, als Rechtsanwälte, um das zu verhindern.
Und das ging dann in Arbeitsgruppen. Und das wurde dann, … da wurden dann Dinge postuliert, die man dann machen könnte, damit man mit der Erfahrung von den letzten vier Jahren eben sagt: "So, das passiert uns nicht noch mal." Und das alleine war auch schon richtig, richtig stark.
Aber das Signal, das für mich einfach hier rausgeht, ist: Es gibt so viele Leute, die tun etwas und das wird Signalwirkung haben nach draußen. Das werden hunderttausende Leute sehen. Und ich bin auch schon gespannt, wie quasi die andere Seite diese Veranstaltung framen wird, ob sie es überhaupt aufgreifen wird. Also, das bleibt spannend.
Moderator: Und sehr viel Energie nehme ich persönlich auch wahr, indem man eben auch Spaltung überwindet, gemeinsam Synergien findet. Ich glaube, das Ziel war jetzt gar nicht, daß man hier in allen Punkten versucht, jetzt irgendwo einstimmig abzuschließen, sondern eben sich auf das zu fokussieren, was einen verbindet, oder?
Ich glaube, das spüre ich, das liegt in der Luft. Jeder will Frieden, jeder will die Wahrheit, jeder will irgendwo, daß wir gemeinsam hier vorwärtskommen. Also das ist auch das, was ich hier wahrnehme. Ganz herzlichen Dank dafür. Konkrete Schritte, habt ihr schon was erkannt, was jetzt eben die Medien von morgen machen, um halt jetzt in dem nächsten Jahr… Oder ist das noch nicht spruchreif?
Robert Stein: Spruchreif ist jetzt meiner Wahrnehmung nach noch nichts. Aber ich bin mir sicher, daß die einzelnen Gruppierungen, die sich da gefunden haben, oder auch, daß da konkrete Projekte gehen. Ich habe jetzt alleine, ich weiß nicht, wie viele neue Termine ausgemacht, schon mit anderen Medienmachern und Teilnehmern. Da gibt es natürlich jetzt schon Synergien, die sich da entwickeln. Aber was da jetzt konkret draus wird, das wird sich jetzt erst mal zeigen. Das ist ja die Auftaktveranstaltung für eine neue Reihe vielleicht auch.
Das ist jetzt zum ersten Mal dann eben ohne Publikum. Publikum - halt nur die geladenen Gäste und die Menschen, die im Anhang dabei waren. Das waren jetzt vielleicht so 100 Menschen insgesamt, die einzelnen Teilnehmer. Und beim nächsten Mal, wenn das stattfindet, dann wird das irgendwo sein, wo da vielleicht 1.000, 2.000 oder was weiß ich, wie viele Leute da sein werden. Und das ist dann natürlich auch etwas, was viele Leute anziehen wird. Da bin ich mir ganz sicher.
Wir haben gestern auch hier ein paar kleine Interviews gemacht. Ich hatte den Gerhard Wisnewski im Gespräch. Ich habe selber Kameramann gemacht in dem Moment.
Und im Hintergrund stand dann Paul Brandenburg mit Markus Haintz. Dann kam plötzlich noch Professor Bhakdi dazu. Und alleine das schon im Hintergrund, wenn ich als Zuschauer das gesehen hätte - so: "Wo war das? Wieso? Ich will da hin. Was haben die da gemacht? Was ist das?" Also alleine Signalwirkung ist, glaube ich, unglaublich wichtig von dem, was

hier ausgeht.
Moderator: Ja, das ist echt so eine Art "Walk of Fame" der Zukunft irgendwie. Man läuft hier durch und denkt: "Ah, den kenne ich, den kenne ich, den kenne ich." Fantastisch. Auch für mich eine Riesenehre, solche Leute hier auch interviewen zu dürfen. Fantastisch. Also danke auch für diese Veranstaltung, auch, daß du es hier mit moderiert hast. Eine Frage, die uns interessiert, die haben wir jetzt jedem hier gestellt: Wie ist das jetzt, wenn jetzt, ich sage mal, die Zensur um sich greift und das Ganze eben von dem ursprünglichen WEF - ich sage mal - in diesen Great Reset geführt wird?
Das heißt, wir haben eben verschiedene Krisen und haben nicht mehr die Möglichkeit, auf digitale Produkte zurückzugreifen. Kein YouTube mehr, keine Internetseiten, nichts mehr. Was rätst du unseren Zuschauern? Ist die unabhängige, die Internet unabhängige Vernetzung - also raus aus der Anonymität, rein in die regionalen Vernetzungen - ist das ein Schlüssel, ein wichtiger Punkt für die Zukunft?
Robert Stein: Also irgend jemand hat es gestern auf dem Panel mal gesagt: "Schmeißt die Druckerpressen an". Ja, also das, was ihr ja schon seit vielen Jahren macht, Stimme und Gegenstimme, das kann man nicht löschen. Das mußt du händisch in den Müll werfen. Das mußt du entsorgen. Das ist nicht nur ein Klick, wenn du das nicht haben möchtest und löscht es einfach als E-Mail, sondern das ist analog.
Und das ist natürlich eine der Möglichkeiten, daß man also sagt: Wir haben keine digitalen Möglichkeiten mehr, sondern wir müssen das dann analog wieder machen. Ja, mit Einwurfsendungen, mit quasi, mit guten alten, … wie nennt sich das? - Brief/Kettenbrief. Also, daß du halt einfach Menschen Zettel in die Hand drückst. Aufkleber zum Beispiel, das ist auch so eine Sache. Aufkleber mit schwer lösbarem Gummi. Weißt du, daß du da irgendwo was hinpappst, daß du schon eine Klinge brauchst, um das wegzukriegen. So ein bißchen Anarcho-Information. Das eine oder andere Logo dann.
Und auch natürlich, ganz wichtig, die Vernetzung im persönlichen Umfeld. Daß man sich traut, den Menschen im eigenen Umfeld auch,… - daß man die mit diesen Dingen konfrontiert. Viele sind ja noch in diesem –'Gedankenkerker' hat das jemand formuliert - verhaftet. Weil sie sich halt nur durch die Massenmedien informieren. Und das muß man behutsam aufbrechen. Das ist nicht einfach, das kennt ihr wahrscheinlich auch. Viele Menschen sind gewohnt, in diesem Kokon zu sitzen. Da ist es wohlig, da weiß man, wo man ist. Und man muß sich keine Gedanken machen über irgendwelche sinistren (sinister = unheilvoll) Kräfte, die da vielleicht im Hintergrund irgendwas machen. Aber man muß die Menschen halt dann langsam abholen auf der Ebene, wo sie sind.
Ich mache das immer so, das ist auch so ein Running Gag mittlerweile. Wenn ich in so Diskussionen bin, dann versuche ich immer so ein paar Testballons aufsteigen zu lassen. Zum Beispiel: Gebäude 7, World Trade Center 7. Das ist für mich so der klassische Test, so ein Lackmustest, wo ich genau weiß: Okay, wenn dann da plötzlich so eine Antwort kommt, wie so: "Wie bitte? Gebäude 7?" "Ja, World Trade Center 7 - 9/11 und so."
"Kann ich nicht sagen". "Dann vielleicht eher zur Champions League …", so sage ich immer. Weißt du, dann merkst du einfach, okay, du kannst den Menschen auf dem …, da kannst du den einfach nicht abholen. Und da gibt es kein Patentrezept dafür. Ich weiß aber, oder ich spüre und sehe auch, daß durch die unglaublichen Krisen, daß durch diese verrückte Zeit, wo ja eine Katastrophenmeldung nach der anderen kommt, die Bereitschaft oder die Lust an Informationen größer wird bei den Menschen. Ich habe gerade heute gehört, im nächsten Jahr werden 38 % der deutschen Firmen Stellen abbauen. Zusätzlich zu dem, was jetzt die ganze Zeit schon passiert ist.
Weil: Wir haben kein billiges Gas mehr, wir haben volatile (volatil = unbeständig, unsicher) Energien, wir haben ein instabiles Stromnetz, wir haben keine Sicherheit, wir haben Leute, die

an Positionen sitzen, die da überhaupt nicht hingehören. Politiker, die mit ihrem Spitznamen nicht erwähnt werden dürfen. Da sind vollkommen inkompetente Menschen an Positionen, die da einfach ideologisch total verbrannt sind. Und das merken natürlich Leute, die bisher nur Süddeutsche und Spiegel und Tagesschau gelesen und geguckt haben, merken das auch. Also die Zeit arbeitet für uns.
Ich habe nur ein Problem damit, daß man quasi durch die Talsohle, daß man da noch tiefer runter muß. Wir sind schon in so einer Talbewegung. Ich muß jetzt nicht noch ins größte, tiefste Tal absteigen. Ich habe von Eva Herman und Andreas Popp einen Spruch aufgeschnappt: "Wir müssen halt jetzt durch das Nadelöhr durch!" Könnte auch einfacher sein. Wenn genügend Leute dann halt schon anfangen mitzudenken. Aber ich glaube, deswegen sind wir alle hier angetreten.
Moderator: Aber wenn ich durch so ein Tal muß, dann bin ich dankbar, es mit solchen Leuten zu machen. Eben auch gemeinsam. Und daß wir auch immer mehr werden. Dann geht es danach auch wieder bergauf.
Robert Stein: Ja, das hört sich doch gut an, oder? Also nach dem Tal kommt ja dann auch der Berg nach oben. Ich bin voller "Hopium" (Hopium steht für den Glauben, daß sich die Situation eines Tages verbessern wird).
Moderator: Super.
Robert Stein: Das ist so eine Grundeigenschaft von mir. Einfach da … so richtig voranzugehen. Man macht ja auch im Leben manchmal so richtige Loopings oder so. Ich war bei euch am 27.11.2012 auf der AZK. Und das war für mich einer der größten Momente im Leben, wirklich. Das war so, wow, 3000 Leute, es hat alles gut geklappt. Und das Feedback. Und ich dachte, oh, liebes Leben, was kommt jetzt? Komm, zeig mir. Das war kurz vor dem 21.12.2012 und so weiter. Da dachte ich mir, ja, jetzt geht es los.
Kurz danach kam die Diagnose Krebs. Weißt du, da dachte ich mir, oh, liebes Universum, so habe ich es mir jetzt nicht vorgestellt. Und bin dann einen ziemlich krassen Looping geflogen, der gut ausgegangen ist, aber es war ein Schleuderwaschgang. Das war wirklich kraß. Und auch daraus aber konnte ich gewisse Dinge lernen, die halt eben wichtig waren. Und ohne diese krasse Erfahrung wäre ich jetzt nicht auf diesen Weg gekommen. Also es war im ersten Moment super schlimm. Und ein roter Nebel aus Feuer und Schmerz für lange, lange Zeit. Und auch die Ungewißheit so, was wird da jetzt eigentlich? Wie geht es eigentlich weiter? Klappt das überhaupt? Und im Nachhinein gesehen war das eine Glückssache.
Auch wenn es kraß klingt. Auf die Schmerzen kann man immer verzichten. Aber das war schwierig. Und im Nachhinein - sehr, sehr dankbar. Aber man hat es nicht in der Hand. Das kommt auf einen zu und die persönlichen Prüfungen, die man sich für seinen Inkarnationsvertrag, wie es so schön heißt, aussucht, das weiß man Gott sei Dank im Vorfeld nicht. Aber im Nachhinein, ich bin jetzt hier, ich darf noch mitmachen und ich bin wirklich - ich bin jetzt nicht jeden Tag, der ein Stoßgebet in den Himmel richtet.
Aber ich wache oft auf und danke der Schöpfung, der Mutter-Vater-Schöpfer-Kraft von allem, was ist. Ich bin jetzt nicht so religiös, daß ich das manifestiert oder personifiziert habe. Aber ich bin schon sehr dankbar für die Kraft, die mich hier hergeschickt hat. Und daß ich hier mitwirken darf, auch noch an so einer Position, macht mich unglaublich demütig momentan. Und auch demütig in dem Sinn, daß wir das in dieser so spannenden Zeit aktiv mitgestalten können. Weil das ist die Zeit, in der man sich später in den Geschichtsbüchern mal wieder zurückerinnert. Was haben die Leute damals gemacht, daß es eben nicht so ganz schlimm geworden ist.
Moderator: Davon bin ich fest überzeugt. Ich glaube, die Zuschauer auch. Ganz, ganz herzlichen Dank, daß du so dein Herz geöffnet hast, uns Anteil gegeben hast. Fantastisch, wirklich. Und auch für deine Arbeit, daß du dich so investierst und man spürt einfach diese Energie, du

strahlst sie aus. Du hast viel Positives, das ist sehr gut, das darf rausgehen an alle Zuschauer.
Robert Stein: Deswegen sind wir doch hier, oder? Deswegen leben wir doch auch so.
Moderator: Vielen, vielen Dank, Robert. Wir machen weiter.
Robert Stein: Danke, Mathias. Super.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31347" berichtet am 21. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Unwetter in Spanien: Stimmen gegen Wetterwaffen und Agenda 2030**
Am 29. Oktober 2024 haben verheerende Unwetter mit starken Regenfällen und Überschwemmungen in Spanien für dramatische Zerstörungen gesorgt und einige Tausend Menschenleben gefordert. Darüber hinaus wurden viele Menschen vermißt. Betroffen war vor allem die Region Valencia. Politiker und Leitmedien machten umgehend den menschengemachten Klimawandel für diese Katastrophe verantwortlich.
Sie verglichen die Verwüstungen mit dem Hurrikan "Milton" in Florida und schürten Panik vor künftigen Wetterereignissen dieser Art. Jeder, der Zweifel an diesem offiziellen Narrativ äußerte, wurde umgehend als Verschwörungstheoretiker dämonisiert. Auch der wegen Korruptionsskandalen in die Schlagzeilen geratene Ministerpräsident Pedro Sánchez verunglimpfte die sogenannten "negacionistas" (zu Deutsch Leugner), ein Begriff, der während der sogenannten "Corona-Pandemie" von Politik und Leitmedien kreiert wurde.
Der Wetter- und Klima-Aktivist Nauzet Morgade ist überzeugt, daß die Menschen in Valencia "Opfer eines feigen militärischen Angriffs wurden, der von den höchsten Institutionen und unter den Augen der ganzen Welt verübt wurde". Morgade spricht von einem "Massaker" und "Terrorangriff" durch Wetterwaffen, die Menschen seien kaltblütig ermordet worden. Und er warnt davor, daß Menschen auch weiterhin leiden und sterben werden, wenn die Öffentlichkeit nicht über diese kriminellen Machenschaften informiert wird und diese abstellt.
In einem Video beschäftigt er sich mit dem Tabuthema und beleuchtet die Hintergründe der Geschehnisse. Anhand von Satellitenbildern, die er acht Stunden vor der Katastrophe festgehalten hat, erläutert er die Entstehung des tödlichen Wetterphänomens. Interessanterweise berichteten spanische Leitmedien am 25. Oktober 2024, also nur wenige Tage vor der Tragödie, plötzlich darüber, daß Marokko nun offiziell Klimaexperimente durchführen werde. Ziel sei es, mehr Regen zu erzeugen.
Es wurde hierbei die Frage gestellt, ob dies ein Risiko für Spanien darstellt. Die staatliche spanische Wetteragentur AEMET mußte aufgrund öffentlicher Kritik schon im vergangenen Jahr zugeben, daß diese Wettermodifikationen seit vielen Jahren genutzt werden, um Regen zu provozieren oder zu verhindern. Aber wie sie das Wetter in Nachbarregionen beeinflussen, weiß man nicht genau.
Wetter- und Klima-Aktivist Nauzet Morgade weist zudem auf den alarmierenden Mißstand hin, daß in Spanien in den letzten Jahren zahlreiche Dämme und Stauseen abgerissen oder geöffnet wurden - und zwar, man höre und staune - auf Basis europäischer Anordnungen. Die Leitmedien berichteten schon 2022 darüber und erklärten, dies müsse getan werden, um die Flüsse von ihrer "ökologischen Fragmentierung zu heilen".
Fakt sei laut Morgade aber, daß diese Stauseen früher die großen Regenmassen der Gota Fría, die heute DANA heißt, aufgefangen und große Überschwemmungsschäden verhindert haben. DANA ist ein meteorologisches Phänomen, durch das große atmosphärische Störungen mit sehr intensiven Niederschlägen entstehen. Der Wetter-Aktivist erinnert daran, daß nach dem Bau der Stauseen und Dämme in den letzten Jahrzehnten Wohnsiedlungen und Häuser in Gebieten entstanden, die vorher als überschwemmungsgefährdet galten. "Seit der Zerstörung der Stauseen und Dämme muß es gar nicht mehr so dramatisch regnen, damit es zur Überschwemmung kommt, das Wasser hat keine Hindernisse mehr.
Das wird jetzt jedes Jahr passieren", betont Morgade. Das heißt im Klartext: Man wird den Eindruck nicht los, daß aufgrund einer EU-Verordnung im Namen des Umweltschutzes genau

die Fluß-Regulierungs-Bauwerke abgerissen oder geöffnet werden, die seit Jahren die Wassermengen regulieren und dadurch die Umwelt und natürlich auch die Menschen schützen.
Im Namen des Umweltschutzes werden aber durch den Abriß der regulierenden Bauwerke und unterstützt durch Wetterwaffen genau die Katastrophen heraufbeschworen, die mit dem Bau der regulierenden Maßnahmen eigentlich der Vergangenheit angehörten. Und diese wieder auflebenden, durch Wetterwaffen sogar verstärkten Katastrophen werden dann dem vorgeblich von Menschen gemachten Klimawandel in die Schuhe geschoben. Genau das würde dem Ganzen die Krone aufsetzen.
Auch der kritische Anwalt Aitor Guisasola, den die Leitmedien schon in der Corona-Zeit als Verschwörungstheoretiker ausgemacht haben, veröffentlichte sein Video mit dem Titel "MIGUEL BOSÉ platzt der Kragen wegen der DANA, des Klimawandels, der Überschwemmung von Valencia und der AGENDA 2030 - EIN ANWALT GEGEN DEMAGOGIE". Hierin äußert er seine Zweifel am offiziellen Narrativ. Guisasola wies in diesem Rahmen auf einen Instagram-Post des bekannten spanischen Musikers Miguel Bosé hin. Dieser schrieb:
"Ich bin erschüttert und überwältigt von der Katastrophe, die sich in Valencia, aber auch in Cuenca und Albacete ereignet hat. Aber vor allem bin ich voller Zorn, weil der Verlust all dieser Menschenleben, all dieser Häuser, Felder und Besitztümer unbestreitbar auf kriminelle Praktiken zurückzuführen ist, die von Regierungen durchgeführt werden. Dazu gehören die Zerstörung von Dämmen und Stauseen und vor allem der Einsatz von Geoengineering, Chemtrails oder HAARP, die außer Kontrolle geraten sind und nichts als Schmerz, Leid und Armut verursachen.
Das alles wird von einer kriminellen und bösartigen Bande nach Belieben ausgelöst. Die Menschen müssen aufwachen und aufhören zu glauben, daß dies alles auf den Klimawandel zurückzuführen ist, den man früher globale Erwärmung nannte (…) Sie sind wild entschlossen, uns etwas zu verkaufen, was sie selbst verursachen, um wieder einmal davon zu profitieren. Genauso wie sie es mit Masken und Impfstoffen während der Pandemie getan haben - auf Kosten der gutwilligen und schlecht informierten Bürger. (…)
Ich fordere alle auf, ihre Stimme zu erheben und ihrer Wut Ausdruck zu verleihen, um der Agenda 2030 ein Ende zu setzen. Diese begünstigt nur eine Elite, deren einzige Absicht es ist, alles zu zerstören, was ganze Familien auf dem Land und in den Städten über Generationen hinweg aufgebaut haben (…)"
Die Partei Iustitia Europa hat am Sonntag, 3. November 2024, vor dem Obersten Gerichtshof gegen den Regierungspräsidenten Pedro Sánchez und seinen Innenminister Fernando Grande-Marlaska Klage eingereicht wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht, unterlassener Hilfeleistung, fahrlässiger Tötung und Körperverletzung beim Umgang mit der DANA und deren Folgen.
Interessanterweise - und dazu darf sich nun wirklich jeder seine eigene Meinung bilden - kündigte der Gründer des World Economic Forum (WEF) Klaus Schwab im August 2024 an, daß sich die Menschheit in naher Zukunft auf eine "Ära der Schockereignisse" vorbereiten müsse. Sich global ereignende Überschwemmungen scheinen Klaus Schwab recht zu geben. Hier seien beispielhaft die Unwetter-Katastrophen und Starkregen in Dubai, in den USA (www.kla.tv/30932), in Österreich, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Polen, in der Slowakei und der Schweiz genannt.
Rein praktisch werden diese Schockereignisse möglich durch eine Waffentechnologie, über die wir in unserer Sendung ausführlich berichten: "Hat eine Geheim-Waffe die Tschernobyl-Katastrophe verursacht? Bedroht sie uns heute wieder?" (www.kla.tv/30914) Mit seiner "Prophetie" befeuert Schwab nicht zuletzt auch die Hysterie über den Klimawandel, Teil seiner Agenda 2030 (www.kla.tv/26985).
Mit dieser Agenda 2030 arbeitet das WEF im Verbund mit der UNO ganz gezielt auf einen

komplexen Umbau aller regionalen und globalen Strukturen hin mit dem Ziel einer alles umfassenden Weltdiktatur. Bei allen Unwetterkatastrophen sollte daher der Zusammenhang mit Wetterwaffen und der Agenda 2030 im Auge behalten werden (www.kla.tv/28095).<<

22.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**André (9), das jüngste Opfer von Magdeburg: "Laßt meinen Teddybär noch mal um die Welt fliegen"**

Es sind Worte, die einem das Herz zerreißen: "Laßt meinen kleinen Teddybär nochmal um die Welt fliegen. André hatte keinem was getan. Er war doch erst 9 Jahre bei uns auf der Erde. Wieso du?"

In den sozialen Medien geht das Foto eines Jungen viral, der uns mit neugierigen Augen anschaut. Der Facebook-Post stammt von Désirée Gleißner, wurde inzwischen tausendfach geteilt. Bei der Verfasserin soll es sich um die Mutter des jüngsten Opfers vom Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt handeln.

Weiter lesen wir: "Wieso nur? Ich versteh es nicht. Nun bist du bei Oma und Opa im Himmel, sie haben dich sehr vermißt. So sehr wie wir dich nun hier vermissen. Du wirst immer in unseren Herzen weiterleben, das verspreche ich dir."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Die Geheimdienst-Nazis**

Von *Daniell Pföhringer*

Wird irgendwo der Hitlergruß gezeigt, besonders übel gehetzt, zu Gewalt angestachelt oder Sprengstoff gehortet, ist meistens ein V-Mann des Verfassungsschutzes nicht weit. …

In den Jahren nach der Wende hatten Fernsehreportagen über Neonazis Hochkonjunktur. Für eine Kiste Bier oder 50 Mark hob so mancher Skinhead vor der Kamera den rechten Arm, Jugendliche marschierten im Braunhemd durch die Straßen, die Brandanschläge von Mölln und Solingen erschütterten die Öffentlichkeit. Hinzu kamen Wahlerfolge der Republikaner und der DVU. Die großen Politmagazine hatten also genügend Material, um das Heraufdämmern eines Vierten Reiches an die Wand zu malen.

Thüringer Panoptikum

Den Grusel vor Hitlers Enkeln kitzelte vor allem ein Beitrag, der am 20. September 1992 von Spiegel TV ausgestrahlt wurde: Auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz der NVA nahe Erfurt hatte sich eine Gruppe zumeist vermummter Gestalten versammelt, um, wie es heiß, "den Sturm auf ein Asylbewerberheim" zu üben. Vermeintliche Waffen und Sprengstoff wurden präsentiert, als Anführer des Trupps wurde ein gewisser Thomas Dienel vorgestellt.

Der damals 31-Jährige war für die Zuschauer von Spiegel TV kein Unbekannter: In einer anderen Reportage hatte der vormalige NPD-Mann, der nun Vorsitzender einer ominösen Deutsch-Nationalen Partei (DNP) war, vor Anhängern gegrölt:

"In Auschwitz wurde niemand umgebracht. Und ich sage es klipp und klar: Leider wurde niemand umgebracht."

Dieser Auftritt brachte Dienel nicht nur eine Verurteilung wegen Volksverhetzung ein, er empfahl sich damit offenbar auch als V-Mann des Inlandsgeheimdienstes. Nach Absitzen seiner Haftstrafe hatte er in den Jahren 1996 und 1997 insgesamt 93-mal Kontakt zum Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz.

In einem Interview sagte er später, ein Mitarbeiter des Dienstes habe sich ihm zunächst als Bewährungshelfer vorgestellt. Als Informant unter dem Decknamen "Küche" strich der gebürtige Weimarer ein Salär von rund 22.000 D-Mark ein (plus 6.800 D-Mark für "Essensaufwendungen"). Freilich schwor er seiner Gesinnung nicht ab, sondern hetzte munter weiter - nun auf VS-Ticket.

Zehn Jahre später saß Dienel mit 13 Kumpanen wegen Versicherungsbetrugs wieder auf der

Anklagebank. Mit dabei war auch eine der widerwärtigsten Gestalten, die die deutsche Neonazi-Szene je hervorgebracht hat: Tino Brandt. Der aus Rudolstadt stammende Pygniker war ein Multifunktionär der rechtsextremen Szene: Er hatte nicht nur hohe Posten bei der NPD inne, sondern war auch am Aufbau des berüchtigten Thüringer Heimatschutzes beteiligt, in dessen Umfeld sich das NSU-Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe tummelte.
Unter dem Decknamen "Otto" war er seit 1994 als Spitzel des LfV tätig. Als er und weitere V-Männer im Mai 2001 aufflogen, mußte Behördenchef Helmut Roewer seinen Hut nehmen. Der Spiegel schrieb damals, der Thüringer VS habe viel dafür getan, "die NPD-These zu stützen, daß der Verfassungsschutz die Partei in die militante Neonazi-Ecke treibe, um sie besser verbieten zu können".
Tatsächlich war die Akte Brandt - ohne Verweis auf dessen Spitzeltätigkeit - 2001 Kernstück des Verbotsantrags der Bundesregierung gegen die NPD. Welche menschlichen Abgründe sich bei dem Staatsnazi auftaten, wurde deutlich, als er im Dezember 2014 wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen, Beihilfe zu sexuellem Mißbrauch und Förderung von Prostitution in 66 Fällen zu fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Spitzel und Provokateure

Doch die Durchsetzung rechtsextremer Strukturen mit V-Männern des Verfassungsschutzes ist nicht erst seit den 1990er Jahren bekannt. Nachfolgend einige Fälle aus den beiden Jahrzehnten zuvor und den späten Neunzigerjahren:
- Werner Gottwald: Der vorbestrafte Betrüger und Pleitier aus Oldenburg in Niedersachsen spitzelte von 1973 bis 1977 für das Bundesamt für Verfassungsschutz und beschaffte mit Wissen der Behörde Faustfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Handgranaten und Plastiksprengstoff im Wert von ungefähr 250.000 Euro für die Neonazi-Szene.
- Hans-Dieter Lepzien: Bei dem V-Mann des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz handelte es sich um eine der Schlüsselfiguren der sogenannten Braunschweiger Gruppe, die 1977 mehrere Bombenanschläge in Norddeutschland verübte. Der Taxifahrer aus Peine, der auch Michael Kühnens Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) und der aus den USA gesteuerten NSDAP/AO angehörte, beschaffte Sprengstoff, bastelte Bomben und stiftete seine Gesinnungsfreunde zu Straftaten an.
1981 wurde Lepzien zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Das Innenministerium in Hannover betrieb daraufhin die Revision des Urteils beim Bundesgerichtshof, bezahlte sogar einen Top-Juristen aus der Münchner Kanzlei von Promi-Anwalt Rolf Bossi und stellte ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten. Schließlich wurde dem VS-Spitzel die Strafe erlassen.
- Werner Lock: Der sogenannte Sicherheitsbeauftragte der NSDAP/AO mischte in der Westberliner Neonazi-Szene mit. 1983 offenbarte er sich der Polizei und berichtete von einem konspirativen Treffen am 17. Juni 1977, bei dem Absprachen für Anschläge und Überfälle getroffen worden seien. "Ein Zehntel der Anwesenden Nazis bei diesem Treffen waren V-Männer", so der Journalist Burkhard Schröder bei Telepolis. Außerdem packte er über Querverbindungen von Rechtsextremisten zur CIA aus.
- Joachim Apel: Der Chefpropagandist der sogenannten Kampfgemeinschaft Nationaler Sozialisten aus Emden beschaffte Waffen und half bei Brandanschlägen mit. Bei einem Prozeß vor dem Landgericht Aurich gab er an, sich dem niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz verdingt zu haben.
- Norbert Schnelle: Der V-Mann des nordrhein-westfälischen VS-Landesamtes war zunächst bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, aktiv. Von 1983 bis 1985 erhielt er vom Amt rund 14.400 D-Mark, die er in den Aufbau der später verbotenen Nationalistischen Front (NF) steckte. Deren Sicherheitschef Michael Wobbe, der 1992 vom niedersächsischen VS angeworben wurde, sagte später, daß ohne Schnelle "so mache Kameradschaft gar nicht erst entstanden" wäre.

- Klaus Blome: Der DVU-Politiker wurde mit seinem Einzug in die Bremische Bürgerschaft 1991 vom BfV als Quelle abgeschaltet. Zuvor hatte er seine Partei jahrelang ausgeforscht.
- Mike Layer: Er arbeitete als JN-Funktionär 1996/97 dem VS in Baden-Württemberg unter dem Decknamen "Fritz" zu. Er war unter anderem Landesvorsitzender der NPD-Jugend im Ländle.
- Marcel Degner: Führungskader von Blood & Honour aus Thüringen, organisierte 1996 eine Randale-Fahrt von Neonazis zur Gedenkstätte Buchenwald, über die bundesweit berichtet wurde. Er war VS-Spitzel von 1996 bis 2000.
- Toni Stadler: Er arbeitete in den Jahren 2001/02 dem LfV Brandenburg zu. Während seiner Zeit war er Vertriebschef der Neonazi-Band White Aryan Rebels, die auf ihrer CD Noten des Hasses zum Mord an den Fernsehmoderatoren Alfred Biolek und Michel Friedman aufrief.
- Doris König: Sie wurde 2008/09 vom niedersächsischen VS unter dem Decknamen "Sandra Franke" als V-Frau geführt. Sie verbreitete über das European Brotherhood Radio unter ihrem Pseudoym "Gefjon" Antisemitismus und Holocaust-Leugnung.

Schlapphut und Schlagring

Mit der Zeit erweiterte sich das Aktionsfeld des Verfassungsschutzes enorm. 1993 drehte der Dokumentarfilmer Winfried Bonengel mit Steuergeldern den Streifen Beruf Neonazi, der den Rechtsextremisten Bela Ewald Althans porträtierte - neben Michael Kühnen damals eine der Führungsfiguren der Szene.

Schauriger Höhepunkt des Filmes ist eine Sequenz aus der Gedenkstätte Auschwitz. Althans bestreitet den Massenmord an den Juden, höhnt breit grinsend in die Kamera: "Die ganzen Läuse muß man vergasen. Flugläuse müssen ausgerottet werden."

Zu dieser Zeit war der blonde Hüne Kontaktmann des deutsch-kanadischen Holocaust-Leugners Ernst Zündel und betrieb in München einen Laden mit Propagandamaterial. Jahre später stieg er unter großem Bohei aus dem Neonazi-Milieu aus und offenbarte seine Zusammenarbeit mit den VS-Behörden. Über mehrere Jahre sollen ihm die Dienste insgesamt ein sechsstelliges Honorar gezahlt haben. Fortan organisierte er SM-Events für die Schwulenszene.

Aber wie in früheren Jahren beschränkten sich V-Leute nicht nur auf Hetze, sondern verübten schwere Straftaten. Diese Fälle stechen heraus:

- Bernd Schmitt: Der V-Mann des NRW-Verfassungsschutzes betrieb eine Kampfsportschule in Solingen. Im Prozeß um den Brandanschlag in der Stadt im Bergischen Land 1993 stellte sich heraus, daß er die jugendlichen Täter förmlich angestachelt hatte. Schmitt selbst war 17-mal vorbestraft, unter anderem wegen Diebstahls, Betrugs und Körperverletzung. Das LfV hatte ihn 1992 angeworben, er gründete einen Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband und infiltrierte rechtsextreme Strukturen, darunter die Nationalistische Front.
- Thomas Lemke: Unter diesem Decknamen wurde 1996 ein V-Mann des LKA Baden-Württemberg bekannt, der in den Jahren zuvor mit einer von ihm aus der Taufe gehobenen Kameradschaft Karlsruhe Jugendliche aufhetzte. Man konnte ihm später drei Morde nachweisen, die er zur Verdeckung von Sexualverbrechen begangen hatte. Nach eigenen Angaben habe er dabei "auf Befehl des germanischen Todesgottes Odin" gehandelt. Er landete in der Psychiatrie.
- Michael Grube: Der vormalige NPD-Kreisvorsitzende von Wismar war unter anderem an der Planung und Durchführung eines Brandanschlags auf eine Pizzeria in Grevesmühlen beteiligt und schlug einen Jugendlichen krankenhausreif. Über ihn kam Ende 1999 heraus, daß er sich 1997 als V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern anheuern ließ (Deckname "Martin"). 2001 berichtete der Spiegel: "Grube trat - auch auf Wunsch der Behörde - einer ultraradikalen Gruppierung bei. Begründung seines V-Mann-Führers: In der NPD gibt es schon genug Spitzel." Bei seiner neuen Truppe handelte sich um die Sozialistische Volkspartei (SVP).

Die Bombe platzt

Die wohl größte V-Mann-Bombe platzte 2002 während des ersten Verbotsverfahrens gegen die NPD, als bekannt wurde, daß mit Udo Holtmann und Wolfgang Frenz zwei führende Funktionäre der Partei, die viel an belastendem Material beigetragen hatten, jahrelang für den VS arbeiteten, Letzterer sogar seit 1961.

Das Bundesverfassungsgericht stellte 2003 das Verfahren ein, da man sich nicht mehr sicher sein konnte, ob nicht noch weitere V-Leute zu der "fehlenden Staatsferne", wie es in der Begründung hieß, beigetragen hatten. Wie viel an Neonazismus und Rechtsextremismus heute auf das Konto von VS-Spitzeln geht, kann nur gemutmaßt werden. Es dürfte aber - sieht man sich die Fälle der Vergangenheit an - einiges sein.

Mehr über die Infiltration von rechten und rechtsextremen Parteien durch Geheimdienste erfahren Sie in dem neuen Buch "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" von Karlheinz Weißmann.<<

23.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Klartext des Chefredakteurs - Die Zäsur von Magdeburg**

David Bendels

Liebe Leser,

mit unerbittlicher Grausamkeit hat der Terroranschlag von Magdeburg Deutschland und die Deutschen nicht nur aus der Hoffnung auf ein wenig Weihnachtsfrieden inmitten des politisch verursachten Niedergangs gerissen. Die Blutspur, die ein arabischer Attentäter über den Weihnachtsmarkt der Domstadt gezogen hat, offenbart in brutaler Unwiderlegbarkeit das von der etablierten Politik gewollte und herbeigeführte Versagen des deutschen Staates im Kernbereich seiner Migration: dem Schutz seiner Bürger vor innerer und äußerer Gefahr.

Die innere Sicherheit ist zerstört. Jeder kann jederzeit und überall zum Opfer des importierten Hasses auf Deutschland, auf die Deutschen und auf unsere Kultur werden. Harmlose Weihnachtsmärkte sind als eines der letzten sichtbaren Zeichen der christlichen Fundamente dieser Kultur zum bevorzugten Angriffsziel jener geworden, welche die etablierte Politik noch immer in Massen in unser Land holt und ungefragt auf Kosten der eigenen Bürger alimentiert und in selbstmörderischer Gleichgültigkeit gewähren läßt, obwohl nicht wenige von ihnen uns Deutsche, unser Land, unsere Traditionen und Lebensart offen verachten.

Ein neunjähriger Junge ist tot, vier Tage vor dem Weihnachtsfest, das er nicht mehr erleben darf. Vier weitere Menschen wurden aus ihren Familien gerissen. Dutzende sind schwer verletzt, hunderte weitere haben innere und äußere Verletzungen davongetragen, viele sind schwer traumatisiert und werden ein Leben lang an den Folgen des Erlittenen und Gesehenen zu tragen haben. Ihr Weihnachtsfest ist ein düsterer Alptraum geworden.

Sie sind es, sie allein, die jedes Recht haben zu trauern. Wer Herz und Anstand hat, fühlt und leidet mit ihnen und empfindet die hohlen Heuchlerkarawanen der verantwortlichen Politiker und ihre verlogenen Betroffenheitsbekundungen aus dem Phrasenbaukasten als niederträchtige Verhöhnung und Instrumentalisierung der Opfer.

Die empörten "Hau ab-Rufe!", mit denen die Magdeburger den vorbeieilenden Bundeskanzler empfangen hatten, waren ehrlicher als alles, was von Regierungspolitikern in Bund und Land in diesen Tagen zu hören war. Die Wut wächst, und mit ihr der gerechte Zorn der Bürger über eine Politik, die sie mit Verachtung behandelt, ihnen die Heimat nimmt und sie der importierten Gewalt als wehrlose Beute vorwirft.

Der etablierte Politik- und Medienbetrieb versucht sich dennoch auch nach diesem Terrorakt im routinierten Abspulen seines eingeübten Programms: Ausreden, Beschwichtigungen, Ablenken der Verantwortung auf ihre Kritiker, die zu Sündenböcken gestempelt werden. Das Sicherheitskonzept sei doch gut und "bewährt" gewesen, solch einen Fall hätte ja doch keiner

verhindern können, machen sich die örtlichen Behörden lächerlich.
Jetzt bloß keinen "Hass" und keine "Hetze", tönt es aus der "grünen" Ecke, die ihre Agenda der unkontrollierten Flutung Deutschlands mit Heerscharen aus aller Welt ungerührt weiter durchziehen will, notorisch blind für Deutschenhaß und Gewaltpropaganda ihrer gehätschelten Migranten-Klientel. Die üblichen Verdächtigen demonstrieren "gegen rechts", und Journalisten-Funktionäre beschweren sich über angebliche Belästigungen durch regierungskritische Demonstranten, statt den Versäumnissen und Lügen der Regierenden nachzuspüren.
Der mutmaßliche Attentäter sei doch "Islamkritiker" und "AfD-Sympathisant", streuen die einäugigen Vernebler und Faktenverdreher. Die Volksfront-CDU schreit nach dem EU-Zensor, weil "X-Chef" Elon Musk auf seiner eigenen Plattform seine Meinung zum Versagen der deutschen Nomenklatura sagt. Und Bundesinnenministerin Nancy Faeser mißbraucht als eine der Hauptverantwortlichen des Staatsversagens auch diesen Terroranschlag, um neue "Sicherheitsgesetze" durchzudrücken und die Repression gegen einheimische Bürger zu verstärken.
Damit meint sie wohl symbolpolitische Geniestreiche wie die von ihr ausgeheckten Waffen- und "Messer-Verbotszonen", in denen Polizeikommandos arglosen Rentnerinnen am Glühweinstand die Handtaschen durchwühlen und das Obstmesser wegnehmen, während syrische Islamisten zu Tausenden mit Triumphgeheul über die Weihnachtsmärkte ziehen und die dschihadistische Machtergreifung in Syrien bejubeln. Oder neue Internet-Zensurgesetze, mit denen vor allem Regierungskritiker niedergehalten werden sollen.
Wir lassen uns unsere Lebensart nicht nehmen, lautet eine weitere Standard-Politikerphrase nach Terrorangriffen wie dem Anschlag von Magdeburg. Das ist doppelt verlogen.
Unsere Freiheit, uns im eigenen Land zu bewegen und zu leben, wie wir es gewohnt sind und für richtig halten, wird uns längst genommen, Jahr für Jahr, Einwanderungswelle um Einwanderungswelle. Und es sind gerade die etablierten Parteien des Massenmigrationskartells, die sie uns nehmen, indem sie vorauseilend vor islamistischen Machtansprüchen kapitulieren, Weihnachtsbeleuchtungen in Berlin streichen, um genug Geld für die Versorgung illegaler Migranten zu haben, während nach Frankfurt jetzt auch München sich eine Festbeleuchtung zum Ramadan gönnt.
Sie lassen die Landnahme geschehen, geben den öffentlichen Raum dem Faustrecht der Neusiedler preis und konzentrieren ihre Kräfte darauf, kritische Bürger mit Strafbefehlen und Hausdurchsuchungen zu verfolgen, wenn sie sich abschätzig über die "grün-rot-schwarz-gelbe" Polit-Nomenklatura äußern. Um den mehrfachen eindringlichen Warnungen aus dem In- und Ausland vor den Terrorplänen des saudi-arabischen Mörders von Magdeburg nachzugehen, der ausdrücklich ankündigte, er wolle "Deutsche töten", blieb da wohl keine Zeit und kein Personal.
Der angebliche "Psychiater", wahrscheinlich eher ein Hochstapler, der wegen krimineller Vergehen seine Heimat verlassen hatte, war schon wegen Bedrohungen verurteilt worden, bevor er Asyl bekam, statt achtkantig aus dem Land geworfen zu werden.
Der mutmaßliche Attentäter war ein Profiteur und Kollaborateur der Asylindustrie, dem es mit dem Import von Frauen aus Saudi-Arabien nicht schnell genug ging und der daraus das Recht ableitete, sich mit Mord und Terror an Deutschland und den Deutschen zu "rächen". Wäre er der "Islamkritiker", als der er sich in einem seiner Tarnmanöver ausgab, hätte er eine Islam-Veranstaltung angreifen können; er zog es vor, auf einem christlich konnotierten Weihnachtsmarkt zu morden.
Die arrogante Blindheit der Behörden gegenüber allen Warnungen und die offenkundige Narrenfreiheit, die der Magdeburger Terror-Mörder wohl auch als Rädchen in der Asylindustrie genoß, sind Behördenversagen, das aufgeklärt werden muß. Der Untersuchungsausschuß im Bundestag, den die AfD-Fraktion fordert, ist dazu ein geeignetes Instrument. Erreicht die AfD

bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar mehr als ein Viertel der Mandate, kann sie einen solchen Ausschuß auch aus eigener Kraft einsetzen.
Doch das Versagen der Sicherheitsbehörden ist nur Teilaspekt und Symptom des Problems. Die tiefere Ursache liegt in der Bevölkerungstransformation durch Massenmigration, die das etablierte Parteienkartell in Gang gesetzt hat und ohne Rücksicht auf Verluste für die eigene Bevölkerung immer weiter vorantreibt. Es spielt daher auch eine untergeordnete Rolle, welche Ideologie oder welcher Irrsinn den Attentäter angetrieben hat.
Entscheidend ist: Er hätte gar nicht erst ins Land kommen dürfen und spätestens nach der ersten Verfehlung wieder herausfliegen müssen, statt ihn auch noch mit "Flüchtlings-Anerkennung" und Aufenthaltstitel zu überhäufen.
Es ist die Politik der Massenmigration, die Mörder wie den Attentäter von Magdeburg, den Polizisten-Messermörder von Solingen und unzählige weitere Sicherheitsrisiken ins Land gelassen hat und weiter hereinholt. Diese Politik muß ein Ende haben: Aufnahmestopp, Grenzschließungen, Zurückweisungen und Rückführungen in großem Stil sind das Gebot der Stunde.
Schluß mit der Massenmigration - nach dem Terroranschlag von Magdeburg ist diese Schicksalsfrage das beherrschende Thema des Wahlkampfes. Wut und Zorn sind nicht genug. Die Bürger haben am 23. Februar 2025 die Chance, das etablierte Kartell der Massenmigrationsparteien abzuwählen. Sie sollten diese Chance nutzen.
Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein friedliches Weihnachtsfest und im neuen Jahr die Entschlossenheit, in diesem Land etwas zu verändern.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Deutschland vernichtete 2024 weitere 64 Millionen Corona-Impfdosen**
Deutschland hat im Jahr 2024 weitere 64,1 Millionen Corona-Impfdosen vernichtet. Das berichtet das Portal "Business Insider" unter Berufung auf Angaben des Zentrums für Pandemie-Impfstoffe und Therapeutika, eine Unterorganisation des Paul-Ehrlich-Instituts. Insgesamt steigt die Zahl der vernichteten Corona-Impfdosen somit auf fast 200 Millionen, nachdem vergangenes Jahr bereits um die 132 Millionen Dosen entsorgt wurden.
Ein Grund für die Entsorgung ist beispielsweise das Erreichen des Verfallsdatums. "Die Kosten für die Vernichtung bisher abgelaufener Corona-Impfstoff-Dosen für den Zeitraum ab 2022 belaufen sich auf ca. 145.000 Euro", sagte eine Sprecherin des Zentrums für Pandemie-Impfstoffe und Therapeutika dem Portal.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Vertrauen in evangelische Kirche sinkt auf Rekordtief**
Das Vertrauen in die evangelische Kirche ist 2024 auf ein Rekordtief gesunken. Das ist ein Ergebnis des Rankings des Vertrauens zu Institutionen, das Forsa seit fast zwei Jahrzehnten für "Stern", RTL und ntv ermittelt.
Während der evangelischen Kirche 2005 noch 42 Prozent der Deutschen vertrauten und 2017 zwischenzeitlich sogar 48 Prozent, ist der Wert nun auf 27 Prozent gesunken. Das ist zum bisherigen Tiefstand von 28 Prozent im Jahr 2022 nochmal ein Verlust um einen Prozentpunkt. Die evangelische Kirche stand zuletzt wegen ihres Umgangs mit Mißbrauchsfällen in der Kritik.
Das Vertrauen in die katholische Kirche ist allerdings noch deutlich geringer, aber hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Der Wert ist gegenüber dem bisherigen Tiefstand im vergangenen Jahr leicht von 10 auf 11 Prozentpunkte gestiegen. 2005 dagegen vertrauten der katholischen Kirche noch 24 Prozent. Der höchste Wert wurde 2017 mit 29 Prozent erreicht. Damit hat sich das Ergebnis im Lauf der Zeit mehr als halbiert.
Das Ansehen des Papstes ist mit 16 Prozent nur geringfügig höher. Allerdings hat Papst Franziskus seinen zwischenzeitlichen Vertrauensvorschuß komplett verloren. 2016 hatten ihm

immerhin 60 Prozent das Vertrauen ausgesprochen. Auch hier dürften die Mißbrauchsskandale eine Rolle gespielt haben.
Vergleichsweise hoch ist mit 36 Prozent das Ansehen des Zentralrates der Juden. Allerdings hat sich der Wert gegenüber 2022 um fünf Prozentpunkte verringert - möglicherweise eine Begleiterscheinung der Kritik an Israels Vorgehen in Gaza. Unverändert am geringsten ist das Vertrauen in den Islam: Lediglich 6 Prozent vertrauen dieser weltanschaulichen Institution.
Auffällig sind die Abweichungen bei den 18- bis 29-Jährigen, bei denen der Migrationshintergrund eine größere Rolle spielen dürfte: Sie vertrauen dem Islam (16 Prozent) inzwischen mehr als dem Papst (13 Prozent) und der katholischen Kirche (11 Prozent).
Die Daten wurden vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa zwischen dem 6. und 13. Dezember 2024 telefonisch erhoben. Datenbasis: 4.004 Befragte. Die genaue Formulierung der Frage lautete: "Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie dieser Gruppe bzw. Institution sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, eher wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen entgegenbringen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**SPD-Chef verspricht Konsequenzen nach Magdeburg-Anschlag**
Nach dem Anschlag von Magdeburg mit bislang fünf Toten will SPD-Chef Lars Klingbeil eine schonungslose Aufklärung der Tat und stellt Konsequenzen für mögliche Versäumnisse in Aussicht. "Wenn irgendwo Fehler passiert sind, darf es keine ideologischen Blockaden geben, diese für die Zukunft abzustellen", sagte Klingbeil dem "Tagesspiegel" (Dienstagausgabe). "Es geht jetzt darum, alle Hintergründe und Einzelheiten zu dem Täter zu ermitteln." Die Sicherheitsbehörden machten ihre Arbeit.
"Es muß geklärt werden, ob und wenn ja welche Fehler gemacht wurden. Der Täter muß mit allen Konsequenzen für sein grausames Vorgehen bestraft werden", sagte Klingbeil. Der Täter paßte nicht in ein typisches Raster, er habe sich "gegen den Islam" geäußert und rechte Ideologien geteilt. "Zur Aufklärung gehört auch, Schwachpunkte zu identifizieren", sagte der SPD-Chef. Danach könne man Forderungen aufstellen, "nicht andersrum".
Die brutale Tat wenige Tage vor Heiligabend habe "uns alle zutiefst getroffen", sagte Klingbeil dem "Tagesspiegel". Die Wut über die Ereignisse und der Schmerz über den Verlust von Menschen durch diesen Anschlag säßen tief. "Wir bangen immer noch mit so vielen Verletzten und ihren Angehörigen, daß sie hoffentlich bald aus den Krankenhäusern entlassen werden können", sagte Klingbeil.
Es sei jetzt wichtig, "daß wir als Land nach solch schrecklichen Ereignissen zusammenbleiben. Daß wir uns gegenseitig Trost spenden, Solidarität mit den Opfern zeigen und Dankbarkeit für die Helfer ausdrücken." Man dürfe "nicht zulassen, daß die Falschen diese Tat für ihre Zwecke instrumentalisieren", sagte der SPD-Chef.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**US-Todeslager: Vernichtungspläne gegen Deutsche**
Schon während des Zweiten Weltkriegs hegten hochstehende Persönlichkeiten in den USA wie auch in der Sowjetunion Ausrottungspläne gegen die Deutschen. Diese wurden nach 1945 dann zum Objekt einer umfassenden Militärherrschaft gemacht. In unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir das Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.
_ von Dr. *Günther Kriemel*
Der Nobelpreisträger Ernest Hemingway, der sich nach dem Krieg ungestraft mit gravierenden Kriegsverbrechen rühmte, äußerte beispielsweise:
Deutschland sollte man nach dem Kriege so gründlich zerstören, daß wir es für hundert Jahre nicht mehr zu bekämpfen haben, aber überhaupt nicht mehr, wenn richtig aufgeräumt wird. Das kann wahrscheinlich nur durch Sterilisation geschehen.

(zitiert nach dem Buch Das Tribunal von Ludwig Leher).

Kaufman, Morgenthau und Nizer

Auch der 31-jährige Theodore Kaufman entwarf 1941 den Plan, die Deutschen und Österreicher durch Zwangssterilisation als Volk zu vernichten und das Staatsgebiet aufzuteilen (vergleiche hierzu sein 1941 veröffentlichtes Buch Germany must perish). Das sei eine recht humane Methode, die Operation sei kurz und relativ schmerzfrei. Nach der Sterilisierung seien Bücher, Zeitungen und Nachrichten in deutscher Sprache zu verbieten, Deutschunterricht in den Schulen entfalle, Deutsch zu sprechen solle verboten werden.

"Daß die Deutschen aus Europa verschwänden, würde keine nennenswerte Lücke hinterlassen, ähnlich dem Verschwinden der Indianer in Amerika: "Ich glaube, daß die Juden eine Mission im Leben haben. Lassen Sie uns alle Deutschen sterilisieren und die Weltbeherrschungskriege werden ein Ende haben!" (so im Canadian Jewish Chronicle im September 1941).

1943 forderte der pressewirksame Harvard-Gelehrte (Rassentheoretiker, Primatologe) Earnest Hooton die "Umzüchtung" und Auslöschung der Deutschen; zusätzlich Umvolkung durch Reduzierung der Geburtenrate, Deportation der deutschen Männer zur Zwangsarbeit und massenhafte Ansiedlung von Nicht-Deutschen.

Der Morgenthau-Plan

Eine scheinbar humanere Variante, den Seelenmord, vertrat 1944 Louis Nizer. Dieser Plan bestand darin, eine geistige Auslöschung, "Umerziehung" von bisher nicht vorstellbaren Dimensionen am deutschen Volk zu vollziehen. Für alle Altersstufen solle ein Zwangsunterricht eingeführt werden:

"Es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen."

Eisenhower, der auf den Rheinwiesenlagern eine Million Deutsche verhungern ließ, verteilte als Oberbefehlshaber das Buch an seine höheren Offiziere. Höchstrangige alliierte Politiker wie Churchill, Vansittart, Eisenhower und Truman stimmten dem Buch vorbehaltlos zu.

Der US-Finanzminister fügte alle diese Vorschläge zum Morgenthau-Plan zusammen, der dann in die Besatzungs-Direktive JC 1067 gefaßt und so (ohne die Urheber-Bezeichnung) verwirklicht wurde (vgl. hierzu das Buch von David Irving, Der Morgenthauplan, 1944/45, Amerikanische Deutschlandpolitik).

Er äußerte: Eine Zuteilung von 2.000 Kilokalorien täglich für arbeitende Deutsche erschien ihm viel zu hoch, Roosevelt stimmte begeistert zu: Deutschland müsse hart angepackt werden, und er meine damit ausdrücklich das deutsche Volk, nicht bloß "die Nazis": "Man muß die Deutschen entweder kastrieren oder sie so behandeln, daß sie nicht erneut Leute in die Welt setzen, die so handeln wollen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.

Weiter sagte er: Ich bin (…) nicht gewillt, zu sagen, wir beabsichtigten NICHT, die deutsche Nation zu vernichten.

zitiert nach James Bacque, Verschwiegene Schuld, Die alliierte Besatzungspolitik nach 1945. (Eine ausführliche Darstellung des Kaufman- und des Morgenthau-Plans finden Sie in COMPACT-Geschichte Die Todeslager der Amerikaner: Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen)

Geplante Massenerschießungen von Wehrmachtoffizieren

Ein Berater des US-Präsidenten, Samuel Rosenman, schloß sich der Forderung von Clemenceau von 1937 an, es seien "20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt". Er kündigte 1945 den Tod von 20 Millionen Deutschen an: "20 Millionen Deutsche müssen sterben!"

(zitiert nach Paul Stauffer: Sechs furchtbare Jahre …).

Der starke Mann des britischen Außenministeriums, der oberste Regierungsberater Robert Vansittart, forderte in seinen regelmäßigen Rundfunkansprachen die Ausrottung ("extermination") von 40 Millionen Deutschen (vgl. hierzu das Buch von Stefan Scheil: Churchill, Hitler

und der Antisemitismus).
Auf den Konferenzen von Teheran, Kairo und Jalta war offen davon die Rede, 50.000 - 100.000 führende Wehrmachtsoffiziere (commanding staff) physisch zu liquidieren (vgl. hierzu die Dokumentensammlung Foreign Relations of the USA. Diplomatic Papers: The Conference at Cairo and Teheran 1943).
Stalin schlug die summarische Erschießung von 50.000 vor, sogar Churchill protestierte, Roosevelt machte den Kompromißvorschlag, sich auf 49.000 zu beschränken. Weiter gingen Vorschläge der USA: es seien etwa 100.000 Deutsche zur Erschießung zu selektieren (vgl. hierzu Claus Nordbruch: Der deutsche Aderlaß).

An "Befreiung" dachte niemand

Es war offensichtlich, daß in den obersten Etagen der Alliierten 1945 nicht an eine normale Besatzungsherrschaft in Deutschland gedacht wurde und schon gar nicht an "Befreiung", sondern zunächst einmal an Machtpolitik, Massentötung und Austreibung.
Die Befugnisse einer Besatzungsmacht regelt die Haager Landkriegsordnung. Danach hätten die Alliierten die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherstellen müssen, und zwar unter Beachtung der in Deutschland bestehenden Gesetze. Leben und Eigentum der Deutschen hätten geachtet, der Bestand öffentlicher Güter treuhänderisch verwaltet werden müssen. Beschlagnahme und Vernichtung von Kulturgütern sei untersagt und müsse geahndet werden. Besondere Schutzgesetze gelten für die Kriegsgefangenen.
Roosevelt hatte zur Rechtfertigung seines Out-of-area-Krieges gegen Deutschland und Japan die Rhetorik von 1917 bemüht, die Welt müsse "sicher gemacht werden für die Demokratie". Nach dem "Krieg, der alle Kriege beenden würde", solle ein "verbindliches Völkerrecht" stehen. Als dann endlich die "bedingungslose Kapitulation" erzwungen werden konnte, war von "Demokratie" und "Völkerrecht" schon lange nicht mehr die Rede: vier Wochen nach dem Waffenstillstand (nämlich am 5. Juni 1945) wurde die autoritäre Regierungsform Deutschlands durch eine absolute Militärdiktatur der Alliierten abgelöst.

Errichtung einer Militärdiktatur

Die Herrschaft wurde dem Oberkommandierenden der Alliierten, dem Deutschenhasser Eisenhower übertragen; der "Kontrollrat" und die "Alliierte Hohe Kommission" führten die Maßnahmen durch. Die Alliierten haben nach der Kapitulation den Krieg einfach fortgesetzt, nun gegen die Zivilbevölkerung: der "Nachkrieg" des Zweiten Weltkriegs, der länger dauerte und etwa dreimal mehr deutsche Opfer forderte als der Weltkrieg selbst.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Entscheidet Elon Musk die Bundestagswahl?**
Von *Jürgen Elsässer*
Nach dem Magdeburger Terroranschlag wächst die Wut auf die Altparteien - und X ist der Katalysator.
Elon Musk macht ernst. Mit seinem Aufruf "Nur die AfD kann Deutschland retten" hat er die Etablierten geschockt und dem Volk Mut gemacht. Bei der direkt darauf erfolgten Umfrage ermittelte INSA für Alice Weidel erstmals die Spitzenposition im Kanzlerwettbewerb, ein Plus von drei Prozent, Merz verlor ein Prozent - jetzt steht es 24 % zu 21 %!
Diese Umfrage erfaßte die Stimmung vom 18. und 19. Dezember, hat also den Terror vom 20.12. noch nicht abgebildet. Auch hier legte Musk gleich wieder los und forderte Scholz zum Rücktritt auf. Die Schnelligkeit von Musks Reaktion zeigt, daß er bis zur Bundestagswahl nicht locker lassen will. Parallel unterstützt er übrigens in Großbritannien Nigel Farage, um Neuwahlen durchzusetzen - also sozusagen das Pendant von Alice Weidel. Er fördert mit seiner Medienmacht nicht die "kleineren Übel" - er fördert die grundsätzlichen Alternativen.
Die Linken und Liberalen heulen rum, daß der reichste Mann der Welt sich in die deutsche Innenpolitik einmischt. Sie selbst aber haben sich hemmungslos in die US-Innenpolitik ein-

gemischt und Joe Biden bzw. Kamala Harris unterstützt… Der antikapitalistische Schmäh nützt den Woken übrigens gar nichts: Gerade weil Elon Musk ein supererfolgreicher Unternehmer ist, ist seine Fürsprache für die AfD in den Augen vieler Deutscher wie ein Ritterschlag. Er macht die AfD repräsentabel für Leute, denen bisher von den Regimemedien eingeredet wurde, sie sei unseriös und rechtsextrem.
X hat seine Reichweite gestärkt, sogar Musk-Hasser wie Robert Habeck veröffentlichen ihre Propagandaclips über diese Plattform. Über X läuft die Gegeninformation, über tausende Kanäle, die den Regime-Bullshit widerlegen, der Magdeburg-Terrorist sei sozusagen der verlängerte Arm der AfD gewesen.
Die Wochen bis zur Bundestagswahl werden sehr spannend. Die AfD kann, wie ihre Spitzenkandidatin, auf Platz 1 spurten. Die Amtseinführung von Trump am 20. Januar wird einen weiteren Schub bringen - er hat schon angekündigt, als erste Amtshandlung die gesamte LGBTQ-Politik mit einem Federstrich zu verbieten …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Nach Magdeburg: Mehr Überwachung statt Remigration**
Von *Sven Eggers*
Nach dem Anschlag von Magdeburg fordern Politiker mehr Sicherheitsvorkehrungen für Weihnachtsmärkte, mehr Überwachung der Bürger. Allein Alice Weidel verlangt sichere Grenzen und Abschiebungen. Darum wird sie bekämpft. Unsere Ausgabe "Alle gegen Eine" setzt sich mit der Hetze gegen die AfD-Chefin auseinander. …
Die Bild-Zeitung will erkannt haben, daß Sicherheitsvorkehrungen rund um den Weihnachtsmarkt von Magdeburg nicht gegriffen hätten, Bundesinnenministerin Faeser kündigt neue "Sicherheitspakete" an. Daß wieder ein Ausländer in Deutschland durchgedreht ist, wollen sie nicht sehen. Wir brauchen keine höheren Zäune und Videoüberwachungen in allen Winkeln unseres Lebens, wir brauchen Sicherheit durch funktionierende Grenzen und konsequente Abschiebungen.
Weitere Gefahren drohen
Denn Probleme, die uns Tag für Tag begleiten, sind hausgemacht, allen voran die Messereinwanderung und die Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel, Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Die drohen weitere Eskalationen. Die nächste Silvesternacht steht bald an.
Bundesweit gibt es mittlerweile diverse soziale Hotspots, wie etwa die berüchtigte High-Deck-Siedlung in Berlin-Neukölln. Hier leben 6.000 Menschen in großen Wohnungsklötzen auf engstem Raum, in erster Linie Migranten. Einbrüche, Drogenhandel, Schlägereien, Überfälle: Jahr für Jahr muß die Polizei dorthin mehr als eintausend Mal ausrücken. Die Beamten werden dann nicht selten attackiert und manchmal auch mit einem Steinhagel empfangen.
Oder die Sonnenallee, eine verrufene, arabisch geprägte Meile in Berlin-Neukölln. Neue Zürcher Zeitung: "Die Sonnenallee ist eine Welt für sich. Fast alle Frauen tragen Kopftuch, es sind viele Männer auf der Straße, sie gehen Geschäften nach, Bargeldbündel werden übergeben. Zur bürgerlichen deutschen Gesellschaft scheint es keine Schnittstelle zu geben."
Die deutsche Sprache müsse man hier nicht einmal in Ansätzen kennen, geschweige denn können.
Es brennt an allen Ecken und Enden: Osdorfer Born und Steilshoop in Hamburg, das Bahnhofsviertel in Frankfurt am Main, Dortmunder Nordstadt, Düsseldorf-Garath, Duisburg-Marxloh, Essen-Altendorf, Bremen-Huchting, München-Neuperlach: Wir werden zu Fremden im eigenen Land. Die Frage nach Integration stellt sich dort schon gar nicht mehr.
Hoffnung versus Mordlust
Die Neue Zürcher Zeitung bringt mit Blick auf den Anschlag von Magdeburg heute sachlich auf den Punkt: "Weihnachtsmärkte sind immer wieder Ziele von Anschlagsplänen. Allein in

den vergangenen zwölf Monaten sind in Deutschland mindestens drei geplante Anschläge verhindert worden - alle mit islamistischem Hintergrund." Und dann:
"Die Christkindlmärkte, wie sie in Süddeutschland genannt werden, verkörpern neben kapitalistischem Kitsch nach wie vor auch die christlichen Wurzeln Europas: Glaube, Liebe und Hoffnung. Taleb A. hingegen wählte den Weg blinder Zerstörungswut und griff zu einer Waffe des islamistischen Terrors."
Und weiter: "Der Fall Taleb A. könnte ein weiteres Beispiel dafür sein, wie das gutgläubige deutsche Asylsystem ausgenutzt wurde. Möglicherweise hätte ihm nie so lange Asyl gewährt werden dürfen - dann hätten viele Menschen dieses Weihnachten wie geplant mit ihren Liebsten feiern können."
Keine Frage: Sicherheitspoller und Messerverbote können die Lösung nicht sein. Gefährder und natürlich auch Straftäter müssen konsequent abgeschoben werden. Die Journalistin Birgit Kelle formuliert es so: "Ich möchte das Land zurück, bei dem man sich keine Sorgen machen muß, ob die eigenen Kinder lebend vom Abiball, dem Weihnachtsmarkt, dem Schwimmbad oder der letzten Bahnfahrt nach Hause kommen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Die geweihten Nächte**
Von der Jul- zur Weihnachtsfeier. Das Weihnachtsfest hat sich bei unseren Ahnen durchgesetzt, weil es sich mit heidnischen Bräuchen verbinden ließ. Eine solche Mischung findet sich nirgendwo sonst und ist damit typisch deutsch. …
_ von *Pia Lobmeyer*
Die deutsche Weihnacht ist ein ganz besonderes Fest - und ein Exportschlager dazu: In alle Länder der Erde haben deutsche Einwanderer den geschmückten Tannenbaum mitgebracht, weil sie seinen Zauber fernab der Heimat nicht missen wollten. Ein fester Bestandteil des Festes ist die Adventszeit: Wochen der Besinnung und inneren Einkehr, des Beisammenseins in der dunklen Jahreszeit, in der man die Gemüter mit Kerzen, gewürztem Wein, Tannenduft und Plätzchen erhellt.
Die Kirche hat die Weihnachtsbräuche bisweilen als heidnisch verdammt.
In den katholischen Kirchen werden Krippen aufgestellt, aus den Kathedralen vieler deutscher Städte erschallen Oratorien, und auf den vielen schönen Weihnachtsmärkten im Land herrscht reges Treiben vor stimmungsvoll beleuchteter historischer Kulisse … Obwohl wir die Feiertage heute mit der Geburt Christi assoziieren, haben sie einen heidnischen Ursprung: Das wird zwar immer wieder bestritten, aber eigentlich ist es offensichtlich, denn im Gegensatz zu den Germanen kannten die frühen Christen dieses Fest noch gar nicht. Dazu kommt, daß die Kirche selbst die Weihnachtsbräuche bisweilen als heidnisch verdammte und versuchte, sie zu verbieten. Trotzdem haben sich germanisches Heidentum und Christentum im deutschen Brauchtum untrennbar vermischt und gehören zu unserem kulturellen Erbe.
Jesus und Wintersonnenwende
Schon der Kirchenvater Origenes weist darauf hin, daß das Feiern von Geburtstagen ursprünglich eine unchristliche Angelegenheit war: "In der Heiligen Schrift ist niemand erwähnt, der ein Fest oder großes Bankett zu seinem Geburtstag gehalten hat. Nur Sünder (wie der Pharao und Herodes) halten ein großes Freudenfest über den Tag, an dem sie in diese Welt geboren wurden."
Das Christentum hat dem Tod lange Zeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der Geburt und dem Werden: Neben dem Tod Christi am Kreuz stehen auch die Gedenktage der Märtyrer im Zeichen des Todes. Ohne die Geburt des Christkindes im exotischen Orient mit Engeln, Kometen und Magiern als vitalen Gegenpol zur christlichen Jenseits- und Leidfixierung hätten die lebensbejahenden Germanen das Christentum vielleicht gar nicht angenommen.
Es ist sehr wahrscheinlich, daß die christliche Heilsbotschaft die Vorstellung von der ewigen

Wiederkehr der Sonne in nordischen Gefilden überlagerte und die Geburt Christi deshalb als Lichtereignis umgedeutet wurde. Zeitlich fällt das Datum nämlich mit der Wintersonnenwende zusammen. In einem alten Bericht heißt es: "Die Nordländer senden in ihrer langen Winternacht am 35. Tage derselben Boten auf die Gipfel ihrer höchsten Berge, um die wiederkehrende Sonne zu erspähen, und wenn sie dieselbe erblicken, so verkündet man laut, daß nach fünf Tagen das neue Licht in die Täler dringen werde. Dann erhebt sich unermeßlicher Jubel, und man feiert ein großes Fest, das Fest der frohen Botschaft des Lichtes."

Raunächte und die Wilde Jagd

Auf den Weihnachtsmärkten im Erzgebirge werden von alters her handgeschnitzte Räuchermännchen feilgeboten, und das kommt nicht von ungefähr. In der Volksmythologie werden die "geweihten Nächte" auch als Raunächte bezeichnet, in denen Geister umgehen und das Tor zur Anderswelt offen steht. Schon der Plural von Weihnachten deutet daraufhin, daß es sich nicht um einen einzigen Tag handelt, sondern um ganze zwölf Tage (24.12. bis 5. Januar).

"Rau" könnte hier auch "Rauch" bedeuten, da in dieser Zeit gerne geräuchert wurde, wie eine Quelle aus dem 16. Jahrhundert belegt: "Die zwolff naecht zwischen Weihenacht und Heyligen drey Künig tag ist kein hauß das nit all tag weiroch rauch in yr herberg mache / für alle teüfel gespenst vnd zauberey" (Sebastian Franck).

Man soll in dieser Zeit keine weißen Laken auf der Leine hängen lassen, weil sich sonst Wotans Wilde Jagd darin verheddert, und der Stoff im nächsten Jahr als Leichentuch für den Hausbesitzer verwendet würde! Gemeinsam mit Frau Holle, wie sie in Mitteldeutschland heißt, oder Perchta in Österreich und Süddeutschland, braust der Allvater mit seinem Geisterheer durch die Lüfte. In Skandinavien heißt die Wilde Jagd explizit Odensjakt (Odins Jagd), die ebenfalls um die Zeit der Wintersonnenwende, zum Julfest, stattfindet.

Der deutsche Wald

Der Tannenbaum darf bei uns zu Weihnacht nicht fehlen. Vielleicht deswegen: "In keinem modernen Land der Welt ist das Waldgefühl so lebendig geblieben wie in Deutschland. Das Rigide und Parallele der aufrecht stehenden Bäume, ihre Dichte und ihre Zahl erfüllt das Herz des Deutschen mit tiefer und geheimnisvoller Freude. Er sucht den Wald, in dem seine Vorfahren gelebt haben, noch heute gern auf und fühlt sich eins mit Bäumen." (Elias Canetti, Masse und Macht, 1960)

Diese Periode soll besonders geeignet sein für die Orakelei - zur inneren Sammlung und zur Beobachtung von Zeichen und Geschehnissen, die uns Hinweise auf unser Schicksal im nächsten Jahr geben. Ein echt germanischer Brauch? Wie der römische Geschichtsschreiber Tacitus berichtet, gaben unsere Urahnen viel aufs Orakeln und Zeichendeuten - mehr als alle anderen ihm bekannten Völker. Wenn das stimmen sollte, dann wäre nicht einmal das Bleigießen zu Silvester eine moderne Erfindung, sondern würde auf uraltes Brauchtum zurückgehen. Noch archaischer muten die furchteinflößenden Perchten in Tirol und Österreich an: Es ist einer der rätselhaftesten Bräuche in der Alpenregion.

Die unheimlichen Figuren mit den scheppernden Glocken gehen ebenfalls in den Raunächten um, der Brauch der "Perchtenläufe" wird bis heute gepflegt: Die Zeit "zwischen den Jahren" ist eben auch eine Zeit "zwischen den Welten". Das hängt mit dem alten Kalender zusammen: als die Germanen noch nach "Monden" rechneten, blieb eine Anzahl von Tagen im Jahr übrig, die eine Zwischenzeit darstellten, in der der Alltag aufgehoben war: In den Raunächten soll keine Arbeit verrichtet werden, und die Spinnerinnen müssen ihre Werke fertig haben …

Der geheimnisvolle Baum

Wie lange der Tannenbaum schon ein Bestandteil des Festes ist, ist umstritten. In Bethlehem gab es ihn jedenfalls nicht, er wurde erst in unseren waldreichen Breiten als Element der Christfeierlichkeiten entdeckt. Schriftlich belegt ist er zum ersten Mal vor 600 Jahren: In den

Annalen des Jahres 1419 wird erstmals ein Weihnachtsbaum erwähnt. Er stand, mit Äpfeln, Nüssen und Lebkuchen behangen, im Freiburger Heilig-Geist-Spital und durfte an Neujahr geplündert werden. Ähnlich wie die Maibäume wurden im Mittelalter die meisten Tannen auch zum Christfest im Freien aufgestellt; sie hießen auch "Weihnachtsmaien".
Erst später wurden sie in die Wohnzimmer geholt, vornehmlich von Protestanten und Familien, die sich dies leisten konnten. Schon in der heidnischen Zeit war es üblich gewesen, die Häuser in den Raunächten mit immergrünen Zweigen von Tannen oder Misteln zu dekorieren. Der Baumschmuck wandelte sich im Laufe der Zeit: früher war er vor allem mit Eßbarem wie Oblaten, Datteln, Nüssen und anderen Süßigkeiten behangen, was ihm auch den Namen "Zukkerbaum" eintrug und bei Kindern besonders beliebt machte. Später kam Kunsthandwerk hinzu, zum Beispiel Glaskugeln aus dem thüringischen Lauscha oder Schnitzereien aus dem Erzgebirge. In vielen Familien ist es seit jeher üblich, den Weihnachtsbaumschmuck selbst zu basteln, beispielsweise Holz- oder Strohsterne.
Den Weihnachtsbaum gibt es erst seit 600 Jahren.
In vielen Liedern wird die Geburt des Christkindes im Heiligen Land besungen, aber eines der beliebtesten Lieder - "O Tannenbaum" - kommt ganz ohne Bezüge zur Bibel aus: Es lobpreist die "treuen Blätter" des Nadelbaumes und verkündet die Lehre, daß "Hoffnung und Beständigkeit (…) Trost und Kraft zu jeder Zeit" spenden.
Jacob Grimm vermutete, daß sich die Baumsymbolik aus der Weltenesche Yggdrasil entwikkelt hat und auf urgermanische Vorstellungen zurückgeht, zumal die Germanen ja ohnehin viel für Bäume übrig hatten. Gerade in der Kriegszeit diente das Weihnachtsfest dazu, den Zusammenhalt im Volk zu beschwören und die Hoffnung auf lichte Zeiten aufrechtzuerhalten. Die Feldpost war anfangs noch sehr gut organisiert, doch als später Päckchen und Grußkarten nur noch mit starker Verspätung ankamen, wuchs bei den Truppen der Unmut.

Die angelsächsische Taliban

Bei den calvinistischen Puritanern in England und Amerika finden sich mitunter erstaunliche Parallelen zu den Taliban und den Kommunisten. Ihr ideologischer Fanatismus richtete sich vor allem gegen die Volkskultur: Als sie 1647 in England die Herrschaft übernahmen, wurde das Weihnachtsfest tatsächlich verboten! Es erschien ihnen zu heidnisch, und sowieso stand davon nichts in der Bibel.
Jede Sinnenfreude, die das Leben lebenswert macht - traditionelle Feste, Musik, Tanz, Theater, Kunst, Dichtung - betrachteten sie mit großer Skepsis. Das Volk war über diese neue Regelung nicht gerade begeistert, es kam sogar zu Schlägereien auf den Straßen. Trotzdem wurde es zunächst durchgesetzt - bis es 1660 mit der Restauration der Monarchie wieder aufgehoben wurde.
Den Weihnachtsbaum bescherte den Engländern erst ein deutscher Prinz, der sich als tatsächlicher "Kulturbereicherer" erwies: Nach seiner Vermählung mit der englischen Königin Victoria führte Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha den Baum in England ein, der sich dort bis heute großer Beliebtheit erfreut. Keiner faßte seinen Zauber besser zusammen als der große Goethe:
Bäume leuchtend, Bäume blendend / Überall das Süße spendend / In dem Glanze sich bewegend / Alt und junges Herz erregend / Solch ein Fest ist uns bescheret / Mancher Gaben Schmuck verehret / Staunend schaun wir auf und nieder / Hin und her und immer wieder.
_ Die Kunsthistorikerin Pia Lobmeyer schrieb für COMPACT mehrere Beiträge zu Kultur und Geschichte.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Geschichte 22: "Die Germanen".<<

24.12.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Immer mehr Gewaltvorfälle in NRW-Kitas**

Die Zahl der offiziell dokumentierten Gewaltvorfälle in NRW-Kitas steigt. Das berichtet die "Rheinische Post" unter Berufung auf Zahlen, die das NRW-Familienministerium auf eine Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zusammengestellt hat. Demnach gingen bei den beiden nordrhein-westfälischen Landesjugendämtern allein im ersten Halbjahr 2024 insgesamt 1.206 Meldungen über Gewaltvorfälle unterschiedlicher Art ein. Im gesamten Vorjahr 2023 waren 1.943 Fälle dokumentiert worden, im ganzen Jahr 2022 waren es 1.027. Im Einzelnen gab es den Statistiken zufolge im ersten Halbjahr insgesamt 654 Meldungen zu körperlichen Übergriffen und Körperverletzungen.

In den weitaus meisten Fällen kam es den Angaben nach durch Kinder zur Gewalt, 116-mal durch Mitarbeiter der Einrichtungen. Insgesamt 202 Meldungen gab es im ersten Halbjahr zu sexuellen Übergriffen beziehungsweise sexueller Gewalt. 159-mal erfolgten Taten demnach durch Kinder, 39-mal durch Kita-Personal, einzelne Male durch Dritte. Im gesamten Vorjahr waren insgesamt 343 Fälle statistisch festgehalten worden. Zudem erfaßten die Landesjugendämter dem Zahlenwerk zufolge im ersten Halbjahr insgesamt 329 Fälle von "pädagogischem Fehlverhalten".

Im gesamten Jahr 2023 waren in dieser Kategorie 539 Vorfälle dokumentiert worden. Die SPD-Abgeordnete Nina Andrieshen sagte der Zeitung: "Sehen wir uns die aktuelle Kita-Politik an und gehen davon aus, daß Überforderung ein Nährboden für Übergriffe ist, dann bewegen sich die Bemühungen von Ministerin Paul in eine fatale Richtung." Denn aktuell überlasse man die Aufsicht über mehr Kinder weniger Fachkräften. "Damit entspannt sich die Situation in den Kitas für Kinder und für Beschäftigte nicht - und der Möglichkeit für übergriffiges Verhalten wird so eventuell mehr Raum gegeben. Das darf angesichts solcher Zahlen jedoch auf keinen Fall sein."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Terror**

Angebliche Instrumentalisierung von Magdeburg: Faeser attackiert "widerwärtige" AfD

Nach dem Terror in Magdeburg nimmt Innenministerin Faeser die AfD ins Visier. Die Partei würde ihrer Meinung nach die Tat instrumentalisieren. Auch machte sie klar, daß der Anschlag zu keinem grundsätzlichen Überdenken in der Sicherheitspolitik führen wird.

Jonas Aston

Nach dem Terroranschlag von Magdeburg geht Innenministerin Faeser auf die AfD los

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat gegenüber der Berliner Morgenpost Stellung bezüglich des Terroranschlags von Magdeburg genommen. Am Freitag hat der 50-jährige, aus Saudi-Arabien stammende Taleb-al-Abdulmohsen, 5 Menschen auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt getötet. Zudem wurden über 200 Personen verletzt.

Dabei richtet sie ihre Kritik insbesondere gegen die AfD. In dieser schweren Zeit gelte es, um die Verstorbenen zu trauern und ihre Angehörigen zu unterstützen. Alles andere sei ihrer Meinung zufolge fehl am Platz. In Richtung der Partei erklärt die Bundesinnenministerin: "Jeder Versuch, eine solch furchtbare Tat zu instrumentalisieren und das Leid der Opfer zu mißbrauchen, ist widerwärtig".

All jenen, die nun politisch Kapital aus dem Anschlag in Magdeburg schlagen wollen, könne sie nur ihre Verachtung aussprechen. "Das zeigt nur den Charakter derer, die so etwas tun." Angesprochen auf Elon Musk und seine öffentlich kundgegebene Unterstützung für die AfD, erklärt Faeser, daß man den "kruden Ansichten dieses Milliardärs weniger Aufmerksamkeit" schenken solle.

Zudem äußerte sich Nancy Faeser zu möglichen Sicherheitsrisiken in Deutschland. Auch kündigte sie jedoch an, daß der Anschlag von Magdeburg nicht zu einem grundsätzlichen Umdenken im Innenministerium führen wird. "Schon vor dieser furchtbaren Tat war völlig klar, daß wir die Sicherheitsbehörden weiter stärken müssen", erklärte Faeser.
Im kommenden Jahr werde man im Bereich der Polizeiarbeit eine Milliarde Euro mehr in die Hand nehmen. Außerdem wolle sie 1.000 weitere Polizeibeamte einstellen. "Unsere Gesetzentwürfe zur Stärkung der inneren Sicherheit liegen auf dem Tisch und sollten dringend beschlossen werden", so die Innenministerin. FDP und Union würden jedoch die Verabschiedung der Gesetzespakete verhindern. Außerdem müsse man hierzulande schnellstmöglich die "rechtssichere Speicherpflicht von IP-Adressen" einführen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Table Today**
Merkel fordert mehr Migranten wegen mangelnden Arbeitswillens bei "vielen, die schon über viele Generationen hier leben"
Altkanzlerin Merkel hat erneut ihre Politik der offenen Grenzen verteidigt. In einem Podcast behauptete sie, die Zurückhaltung "vieler, die schon über viele Generationen hier leben" bei der Arbeit mache Zuwanderung wichtiger denn je. Es brauche "mehr Offenheit".
Von *Redaktion*
Altkanzlerin Angela Merkel bleibt ihrer Linie treu und verteidigt weiterhin ihre umstrittene Migrationspolitik. In einem Interview mit Table Today bekräftigte sie ihre unveränderte Haltung zur Masseneinwanderung. Trotz der zahlreichen Probleme, die durch unkontrollierte Zuwanderung entstanden sind, fordert Merkel nach wie vor mehr "Offenheit" gegenüber Einwanderung. "Ich hoffe nicht nur, sondern ich denke und hoffe, daß die Offenheit für Fachkräftezuwanderung natürlich da ist, weil wir ja auch darauf angewiesen sein werden", erklärte die ehemalige Kanzlerin.
Es gebe ganze Dienstleistungsbereiche, die überhaupt nicht mehr betrieben werden können, "wenn nicht Fachkräfte von außerhalb diese Arbeiten übernehmen", so Merkel. Die Altkanzlerin behauptete weiter, daß "gerade viele, die schon über viele Generationen hier leben", nach Corona eine "Zurückhaltung" zeigten, "am Wochenende zu arbeiten und Dienstleistungen zu erbringen".
Als Lösung für die vermeintliche mangelnde Arbeitsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung sieht Merkel wenig überraschend eine verstärkte Zuwanderung. "Also wir brauchen die Offenheit für Fachkräfte", sagte sie und verwies dabei offensichtlich auf Migranten, die bereit seien, Aufgaben zu übernehmen, die angeblich vor allem von Deutschen gemieden werden. "Das würde ich schon für sehr wichtig halten für Deutschland", betonte Merkel. In Bezug auf die internationale Wahrnehmung Deutschlands sagte Merkel: "Ich hoffe nicht, daß Deutschland kein Land mehr ist, das Menschen willkommen heißt."
Wir haben ja nach Corona ja noch mal eine Zurückhaltung am Wochenende zu arbeiten und Dienstleistungen zu erbringen, gerade von vielen, die schon über viele Generationen hier leben. Also wir brauchen die Offenheit für Fachkräfte.
Merkels Ansatz zur Migrationspolitik wird zunehmend kritisch betrachtet. Aktuelle Umfragen zeigen, daß über 70 Prozent der Deutschen ihre Asylpolitik aus dem Jahr 2015 negativ bewerten. Seit der Veröffentlichung ihrer politischen Memoiren "Freiheit. Erinnerungen 1954-2021" am 26. November 2024 tingelt Angela Merkel durch verschiedenste Talkshows und öffentliche Auftritte. Fehler aus ihrer Amtszeit will sie im Nachhinein nicht erkennen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Hammerbande: Ungarn liefert Antifa-Mitglied aus!**
Von *Michael Brück*
Er ist die Nummer drei der berüchtigten Hammerbande, saß seit zwei Jahren in ungarischer

Haft. Jetzt wurde Tobias E. nach Deutschland ausgeliefert. Vom Flughafen ging es für die Schlüsselfigur des Antifa-Netzwerks direkt zum Haftrichter. …
Plötzlich ging alles ganz schnell: Am Montag wurde der Linksextremist Tobias E. am Flughafen Frankfurt am Main von Polizisten des sächsischen Landeskriminalamtes, die federführend mit den Ermittlungen gegen die Hammerbande betraut sind, festgenommen. Zuvor hatte die ungarische Justiz entschieden, E., der nach brutalen Überfällen auf vermeintliche Rechte seit Februar 2023 eine insgesamt dreijährige Haftstrafe verbüßen sollte, nach Deutschland auszuliefern. Hier droht ihm ein weiterer Prozeß, denn E. soll nicht nur Mitglied der berüchtigten Hammerbande gewesen sein, sondern auch an einem besonders brutalen Überfall Anfang 2019 in Dessau-Roßlau mitgewirkt haben.
Damals wurde Teilnehmer einer rechtsgerichteten Demonstration aufgelauert, durch den Einsatz von Schlagstöcken erlitten mehrere Personen zum Teil schwerste Verletzungen. Während jahrelang zunächst gegen Unbekannt ermittelt wurde, sind sich die Behörden mittlerweile sicher, den Angriff einzelnen Tätern zuordnen zu können. Eine maßgebliche Rolle dürften dabei auch die Aussagen eines Antifa-Aussteigers im erstinstanzlich bereits verhandelten Prozeß gegen die Hammerbanden-Anführerin Lina Engel gespielt haben.
Lina Engels Komplizen sitzen in U-Haft
Während sich Lina Engel derzeit auf freiem Fuß befindet und auf ihren Berufungsprozeß wartet, der ab Februar 2025 vor dem Bundesgerichtshof beginnen soll, befinden sich ihre wichtigsten Komplizen in Haft. Neben Tobias E., dessen Haftbefehl durch den Bundesgerichtshof in Kraft gesetzt wurde und der nun in deutscher Untersuchungshaft auf seinen Prozeß wartet, gelang es den Fahndern bereits im November 2024 Johann Guntermann festzunehmen.
Der mehrfach vorbestrafte Guntermann, der zuvor vier Jahre lang untergetaucht war, gilt neben Lina Engel als Kopf der Hammerbande und wird für eine Vielzahl von brutalen Gewaltdelikten verantwortlich gemacht. Auch er sieht seinem Prozeß entgegen, möglicherweise wird sogar gegen Tobias E. und Johann Guntermann eine gemeinsame Anklage erhoben.
Im linksextremen Untergrund wird es ungemütlich
Nicht nur die Führung der Hammerbande wird schrittweise für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen, auch der zweiten Reihe geht es langsam an den Kragen. Weiterhin in ungarischer Haft befindet sich der Linksextremist Simeon T., der sich selber mittlerweile als transsexuelle Person "Maja" sieht, was ihm jedoch bisher keine Vorteile verschafft. Vor dem Oberlandesgericht München beginnt ab Februar 2025 der Prozeß gegen Hanna S., der als Mitglied der Hammerbande die Beteiligung an diversen Überfällen vorgeworfen wird.
Bis Mitte 2025 sind alleine für diesen Fall 24 Verhandlungstage angesetzt. In Berlin wartet derweil Thomas J., der "Kampfsporttrainer der Hammerbande", auf seine Anklageschrift, seit Oktober 2024 sitzt der berüchtigte Linksextremist, der zwischenzeitlich für kurdische Milizen in Syrien als Scharfschütze tätig gewesen sein soll, ebenfalls in Untersuchungshaft. Weitere Mitglieder der Hammerbande sind zwar derzeit noch flüchtig, nach den Ermittlungserfolgen der letzten Monate (und mutmaßlich weiteren Aussagen von Antifa-Aussteigern) sollten sie sich im linksextremen Untergrund jedoch nicht mehr allzu sicher fühlen.
Die Hammerbande hat die schwelle zum Terrorismus erreicht. Grund genug, endlich genau hinzusehen.
COMPACT-Spezial "Antifa. Die linke Macht im Untergrund" nennt die Gefahr beim Namen, zeigt Strukturen auf, präsentiert Täter-Netzwerke und ermöglicht höchst aufschlußreiche Einblicke.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Hürth: Der militante Arm der SPD**
Von *Michael Brück*
Dieser Wahlkampf wird schmutzig und wohl auch brutal. Am frühen Samstagmorgen gab es

einen Vorgeschmack: In einer Gaststätte in Hürth griff der örtliche SPD-Fraktionschef einen AfD-Stadtrat brutal an. …
CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP und die Linke haben jüngst ein "Fairneß-Abkommen" geschlossen, wonach im anstehenden Bundestagswahlkampf untereinander auf allzu harte Kritik verzichtet werden soll. Das dürfte nicht schwer fallen, denn die Altparteien, wie das Sammelsurium der sechs Parteien meistens bezeichnet wird, unterscheiden sich ohnehin nur noch in Nuancen. Nicht an diesem Abkommen beteiligt sind das BSW und die AFD.
Im Gegenteil: Insbesondere die AfD wird regelmäßig Opfer massiver Angriffe, nicht nur verbal. Am frühen Samstagmorgen (21. Dezember 2025) erreichte die Gewalt jedoch eine neue Qualität: Lukas Gottschalk, ein Mandatsträger der SPD, schlug und trat in einer Gaststätte in Hürth (Rhein-Erft-Kreis) auf den AfD-Stadtrat Norbert Raatz ein. Schon zuvor war der Kommunalpolitiker von den Begleitern des SPD-Politikers Gottschalk, der auch noch Vorsitzender der örtlichen Stadtratsfraktion ist, als "Nazi" beleidigt worden.
Videoaufnahmen aus der Gaststätte zeigen, wie die Situation eskalierte und wie brutal die Angreifer agierten:
Kein Parteiausschlußverfahren gegen SPD-Schläger
Wer nun jedoch erwartet hätte, daß sich die SPD-Führung unmißverständlich von ihrem gewalttätigen Mandatsträger distanziert und ein hartes Durchgreifen ankündigt, irrt. In einer Presseerklärung behauptet der SPD-Stadtverband Hürth, es würde sich um "eine rein private Auseinandersetzung die nicht mit dem Wahlkampf oder dem politischen Engagement der Beteiligten zu tun hat" handeln, was nicht nur angesichts der Täter-Opfer-Personenkonstellation, sondern auch der vorausgegangenen Beleidigung als "Nazi" wenig überzeugend wirkt.
Weil ihr Fraktionsvorsitzender Lukas Gottschalk "in einem persönlichen Statement sein Bedauern über die Eskalation zum Ausdruck gebracht und sich für sein Verhalten entschuldigt" hat, gibt es jedoch aus SPD-Sicht derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf, der Fall würde aber "umfassend aufgearbeitet".
Wann und mit welchem Ergebnis steht dabei freilich in den Sternen. Einen baldigen Ausschluß scheint Gottschalk zumindest nicht fürchten zu müssen. Gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger erklärte der gewalttätige SPD-Politiker lediglich, sein politisches Engagement "bis zur Klärung des Vorfalls vorübergehend ruhen" zu lassen. Wenn ein bißchen Gras über die Sache gewachsen ist, dürfte es dann weitergehen, als wäre nichts gewesen.
Zumindest juristisch drohen jedoch Konsequenzen: Mittlerweile ermittelt der zuständige Staatsschutz der Kölner Kriminalpolizei gegen den SPD-Stadtrat wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung.
Ärger könnte aber auch den Gaststätten-Betreibern drohen: Zwar sind die Aufnahmen der Überwachungskamera ein wichtiges Beweismittel, sie sind aber möglicherweise rechtswidrig entstanden, insbesondere die Tonaufzeichnung der Lokalität könnte als "Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes" nach § 201 des Strafgesetzbuches strafbar sein. Und auch gegen angegriffenen AfD-Stadtrat wird jetzt ermittelt, ihm wirft der SPD-Schläger Lukas Gottschalk eine nicht näher konkretisierte Volksverhetzung vor. Für alle Beteiligten dürfte die Angelegenheit deshalb noch ein längeres Nachspiel haben.<<
25.12.2024
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**D: Öffentliche Verwaltung vor Kollaps**
Gemeindebund warnt vor Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes. "Fehlendes Personal wird die Arbeit der Kommunen massiv beeinträchtigen und kann die Daseinsvorsorge an den Rand des Zusammenbruchs bringen".
Der Städte- und Gemeindebund warnt vor einem Kollaps der öffentlichen Verwaltung. "Fehlendes Personal wird die Arbeit des öffentlichen Dienstes und vor allem der Kommunen mas-

siv beeinträchtigen und kann die Daseinsvorsorge an den Rand des Zusammenbruchs bringen", sagte Hauptgeschäftsführer André Berghegger den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochausgaben).
"In den kommenden zehn Jahren werden annähernd 500.000 der rund 1,65 Millionen Beschäftigten in den Kommunen in den Ruhestand gehen." Bereits heute seien mehr als 100.000 Stellen in den Kommunen unbesetzt, weil kein Personal gefunden werde. Bis zum Jahr 2030 würden in den Kommunen rund 230.000 Mitarbeiter fehlen. Das wirke sich nicht nur auf die Bearbeitungszeiten in den Behörden aus.
"In den nächsten fünf Jahren gehen beispielsweise mehr als 50.000 Busfahrer in den Ruhestand, zudem fehlen bereits jetzt mehr als 100.000 Fachkräfte in den Kitas", warnte Berghegger. Wenn man nicht schnell und entschieden gegensteuere, werde dies gravierende Folgen für die Bürger und den Standort Deutschland insgesamt haben.
Der Hauptgeschäftsführer sprach von einem "schleichenden Blackout". Um den Betrieb in der öffentlichen Verwaltung aufrechtzuerhalten, sei der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zwingend notwendig, sagte Berghegger. "Es ist daher mehr als fahrlässig, daß die Politik in Deutschland immer noch Vorbehalte bei der Digitalisierung hat.
Wenn es um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz geht, werden stets zunächst die Risiken diskutiert", kritisierte der Hauptgeschäftsführer. "Wenn Digitalisierung in Deutschland weiterhin im Schneckentempo umgesetzt wird, verspielen wir mutwillig unsere Zukunftschancen."
Die Politik dürfe Beschäftigung nicht mehr aus der Perspektive des letzten Jahrhunderts denken, mahnte Berghegger. "Wir sollten flexible, an die jeweilige Lebenssituation angepaßte Modelle entwickeln, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu halten." Neben digitalen Werkzeugen könne auch "eine gemeinsame oder geteilte Erbringung von Aufgaben" eine Rolle spielen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Skandalurteil: Bewährung nach tödlicher Attacke**

Von *Valentina Schacht*

Martin K. wollte nur ein Getränk am Kiosk holen, dann prasselten Schläge und Tritte auf ihn ein, wenig später verstarb er im Krankenhaus. Jetzt hat das Landgericht Paderborn das Urteil gegen zwei Nordafrikaner gesprochen, die für den Angriff angeklagt waren. Beide verließen den Gerichtssaal mit Bewährungsstrafen. Dieser Fall macht deutlich, wohin eine gescheiterte Einwanderungspolitik führt. …
Es war eine ebenso grausame wie grundlose Tat, die das ostwestfälische Paderborn in der Nacht auf den 1. Mai 2024 erschütterte: Ohne erkennbaren Anlaß schlugen zwei junge Männer zunächst auf den 30-jährigen Passanten Martin K. ein, ehe sie ihr nunmehr am Boden liegendes Opfer mit Fußtritten malträtierten. Zwei Tage später starb der Angegriffene durch eine Einblutung im Kopf.
Die Angreifer konnten schnell identifiziert werden, bei ihnen handelt es sich um einen Tunesier und Marokko. Rund ein halbes Jahr später wurde der brutale Angriff vor Gericht verhandelt. Mit einem skandalösen Urteil: Der mittlerweile 19-jährige Tunesier erhielt eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, sein 17-jähriger Mittäter aus Marokko sogar nur neun Monate auf Bewährung. Beide verließen den Gerichtssaal als freie Männer.

Richter konnten keine Tötungsabsicht erkennen

Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst einen versuchten Totschlag und eine vollendete Körperverletzung mit Todesfolge angeklagt, forderte gegen beide Männer Haftstrafen von mehr als vier Jahren, was freilich angesichts eines ausgelöschten Lebens auch noch als durchaus milde anzusehen ist. Doch nach 14 Verhandlungstagen blieb das Gericht mit seinem Urteilsspruch sogar weit unter dieser Forderung, verurteilte die Angreifer nur wegen gefährlicher

Körperverletzung.
Die Einblutung am Kopf hätte nach Ansicht eines Sachverständigen entweder durch Alkohol, Drogen oder hohen Blutdruck während des Angriffs ausgelöst worden sein können, die Angeklagten hätten somit nach Auffassung des Gerichts keinerlei Tötungsabsicht gehabt. Und wurden deshalb lediglich für die Schläge und Tritte, die angeblich kaum Verletzungen verursachten, wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Eine Entscheidung, die nicht nur für die Angehörigen wie eine Verhöhnung wirkt, sondern auch von potentiellen Nachahmern als Freifahrtschein für neue Gewaltattacken aufgefaßt werden können.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Bayrisches Dorf blockiert Asylheimbau!**
Von *Michael Brück*
In einem kleinen Ort im Landkreis Erding soll ein Asylheim für 150 Bewohner entstehen. Doch es gibt Widerstand, mitunter auch kreativ: Anwohner blockieren seit mehreren Tagen die Baustellenfahrzeuge, mit denen das Landratsamt den Heimbau vorbereiten möchte. …
Gerade einmal 180 Einwohner leben in dem Ortsteil der beschaulichen Gemeinde Moosinning (Landkreis Erding). Trotzdem plant das Landratsamt, ein Asylheim für 150 Einwanderer zu errichten, das Verhältnis zur Urbevölkerung würde nach der Heimeröffnung fast 1 zu 1 betragen. Es ist offensichtlich, daß in einer solchen Konstellation keine Integration gelingen kann und Konflikte vorprogrammiert sind.
Deshalb gibt es in dem Ort seit Wochen großen Widerstand, auch der Gemeinderat lehnt den Bau mehrheitlich ab. Doch die höheren Ebenen scheint das nicht zu interessieren. Als das Landratsamt kurz vor Heiligabend Fakten schaffen wollte und die Bagger anrollen ließ, griffen die Moosinninger deshalb zu einem Trick und konnten die Bauarbeiten bis jetzt erfolgreich blockieren.
Anwohner blockieren einzige Straße zum geplanten Asylheimstandort
Es gibt nur eine kleine Straße, die zur sumpfigen Wiese führt, auf der das Asylheim geplant ist. Und die führt an diversen Privatgrundstücken vorbei, auf denen die Anwohner ihre Grundstücksgrenze mit Betonblöcken abgegrenzt haben - PKWs können nach wie vor mühelos passieren, doch schwere Lastwagen, wie sie für den Heimbau benötigt werden, passen nicht mehr durch. Als am Samstagvormittag (21. Dezember 2024) gegen 7.30 Uhr ein LKW mit einem Bagger auf der Ladefläche vorfahren wollte, blieb dem Fahrer nichts anderes übrig, als seinem Chef mitzuteilen, daß eine Durchfahrt nicht möglich ist.
Kurzerhand wurde zwar die Polizei alarmiert, die griff jedoch nicht ein. Denn: Die Betonblöcke auf den Privatgrundstücken verstoßen gegen keine Strafgesetze. Dem Landratsamt dürfte deshalb nur noch übrig bleiben, mit den Mitteln des Verwaltungsrechtes zu versuchen, einen Zugang zu erstreiten. Aber das kann dauern und bis dahin stehen die Blockaden. Und die nächsten Aktionen der Bürgerinitiative Moosinning Aktiv Plus, die sich die Verhinderung der Asylheimerrichtung zum Ziel gesetzt hat, sind bereits geplant.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**US-Todeslager: Grauen auf sumpfigen Wiesen**
Während des Krieges hatten die Westalliierten Gefangene noch relativ gesetzeskonform behandelt. Nach dem Ende änderte sich die Praxis vollständig. …
_ von Dr. *Günther Kriemel*
Den zehn bis zwölf Millionen deutschen Gefangenen wurde 1945 ihr Rechtsstatus aberkannt und eine Kategorie vollständig rechtloser Kreaturen neu erfunden: "disarmed enemy forces" (DEF). Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat damals verlangt, daß diese Menschen weiterhin gemäß der Konvention von 1929 behandelt werden - die Amerikaner und Briten haben sich allerdings einen Dreck darum geschert.

Die Hölle der Rheinwiesenlager

Durch die schlechte Behandlung kamen in den meisten Kriegsgefangenenlagern der westlichen Alliierten viele der Gefangenen um. Ungeschulte Gefangene wurden zum Minenräumen gezwungen, in Frankreich, in Dänemark (Berichte über diese barbarische Praxis gab es in der Ausgabe des Focus vom 30. November 1998 sowie in der Preußischen Allgemeinen Zeitung vom 16. Januar 1999). Hunderte fanden den Tod.

Die Rheinwiesenlager nahmen eine Sonderstellung ein. Millionen Deutsche wurden auf sumpfigen Wiesen entlang des Rheins (Überschwemmungsgebiet) in Stacheldrahtverhaue getrieben, darunter Verwundete und Amputierte, auch Zivilisten Frauen, Kinder und alte Leute. In diesen "Cages" gab es keinerlei Infrastruktur, keine Baracken, Zelte oder Unterstände, Latrinen, Waschräume oder wenigstens Wasserstellen, weder Schlafpritschen noch Decken, keine medizinische Versorgung und oft tagelang weder Nahrung noch Wasser.

Eisenhower hatte den Befehl ausgegeben, die Gefangenen unter freiem Himmel zu belassen: "No shelter!". Wenn die Einwohner der Dörfer, selbst darbend, den Gefangenen einiges Eßbares bringen wollten, warfen die GIs alles auf einen Haufen, übergossen die Lebensmittel mit Benzin und zündeten sie an. Vielfach wurden solchen Helfern Tod durch Erschießen angedroht, Helfen wurde ausdrücklich durch Erlaß der Kommandantur verboten.

Die gequälten Gefangenen

Hilfszüge des Roten Kreuzes mit Lebensmitteln, Decken, Zelten und medizinischer Ausrüstung durften nicht entladen werden und mußten in die Schweiz zurückkehren … Zuweilen wurde auch ohne ersichtlichen Anlaß in die Menge der Gefangenen geschossen.

Die Gefangenen hausten trotz Kälte, Regen und Schnee auf nacktem Boden oder im Schlamm. In den Depots waren Zelte, Medizin, Lebensmittel reichlich vorhanden. Die Gefangenen gruben sich Erdlöcher, um ein wenig geschützt zu sein. Es kam sogar vor, daß Bulldozer durch die Lager fuhren und Erdlöcher samt den darin vegetierenden Gefangenen zuwalzten.

Der kanadische Historiker James Bacque beziffert in seinem Werk Der geplante Tod die Zahl der Todesopfer in diesen Lagern mit etwa einer Million. Zusätzlich forderten die Zustände in den Gefangenenlagern der Sowjetunion, Polen und Jugoslawien weitere anderthalb bis zwei Millionen Opfer.

Die geplante Hungerkatastrophe

In seinem zweiten zeitgeschichtlichen Werk Verschwiegene Schuld beschreibt Bacque das zweite monströse und vorsätzliche Verbrechen der Amerikaner und Franzosen gegen die deutsche Zivilbevölkerung in der Zeit der Militärdiktatur. Viele Wohnhäuser waren zerstört, die Menschen hausten hungernd und frierend in Kellern und Ruinen. In dieser Situation unterwarf die Besatzungsmacht die Deutschen einem akribisch geplanten systematischen Aushungerungsprogramm. Wie nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Import von Lebensmitteln durch Blockade verhindert. Die Fischereiflotte durfte nicht auslaufen, teilweise wurden die Fischerboote gesprengt.

Die Sieger konfiszierten deutsche Vorräte an Lebensmitteln und transportierten Lebensmittel, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen in großen Mengen ab. Kohle und Nutzholz mußten im Wert von 1,8 Milliarden Reichsmark abgeliefert werden. Ausländischen Regierungen wurde die Erlaubnis verweigert, den deutschen Zivilisten zu helfen. Hilfstransporte des Roten Kreuzes durften nicht entladen werden. Die Herstellung synthetischer Fette wurde verboten. Es gab umfangreiche Produktions- und Ausfuhrverbote, um zu verhindern, daß die Deutschen Lebensmittel im Ausland kaufen konnten.

Die gesamte Flotte an Handelsschiffen wurde gestohlen, ebenso wie jegliches Auslandsvermögen. Als Tagesration wurden den Deutschen vielfach nur tausend Kalorien gestattet, mitunter nur 400 (so beschreibt es Victor Gollancz in seinem Buch In Darkest Germany). Erfrierun-

gen, Hungerödeme, Tuberkulose, Mangelkrankheiten waren endemisch. In manchen deutschen Kinderkrankenhäusern mußten wegen totalen Mangels an Nahrung durch Triage 25 bis 50 Prozent der Kinder geopfert werden.

Menschheitsverbrechen Vertreibung

Große Teile des Staatsgebietes Deutschlands wurden auf andere Staaten aufgeteilt. Die lange geplante und stets von Roosevelt geförderte Vertreibung und Verschleppung wurde unter aktiver Mitwirkung der Westmächte befohlen.

Die Drecksarbeit wurde den "Alliierten fürs Grobe", den Sowjets, überlassen. Sie gestalteten den Einmarsch in die deutschen Gebiete als mörderische Strafaktion durch ihre durch die Mordpropaganda Ilja Ehrenburgs aufgehetzte Soldateska. Mord, Brandstiftung, Plünderung, Vergewaltigung wurden dermaßen zur gewohnten Beschäftigung der einrückenden Soldaten, daß sie an der Oderlinie nicht einhielten. Die Stadt Demmin in Vorpommern wurde kampflos eingenommen und zur Plünderung und Vergewaltigung freigegeben, anschließend niedergebrannt. Die Befreier wüteten so unbeschreiblich, daß Tausende von Einwohnern Selbstmord begingen.

Gleichartiges ereignete sich in vielen mitteldeutschen Städten. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in das kleine Gebiet Ostösterreich brachte über 60.000 einheimischen Zivilisten den Tod.

Edvard Benes: Der Liquidator

Die CSR-Exilregierung unter Edvard Benes hatte 1943 die bereits seit dem 19. Jh. geplante Vertreibung der Deutschen aus Böhmen als "totale Endlösung" (sic) gefordert:

"Das Ende des Krieges wird mit Blut geschrieben werden. Schlagt sie, bringt sie um, laßt keinen am Leben!"

(zitiert nach Heinz Nawratil: Vertreibungsverbrechen an Deutschen)

Betroffene waren die Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland, den Streu-Siedlungsgebieten in Polen, Rumänien, Jugoslawien und der Sowjetunion (Schwarzmeer-, Wolhynien- und Wolgadeutsche). Bis zu drei Millionen Deutsche wurden Opfer bestialischer Greueltaten bei der Vertreibung und in Tausenden von Konzentrationslagern in Polen, Jugoslawien und der CSR. Die Frauen unter den Vertriebenen erlitten Millionen von Vergewaltigungen.

Deindustrialisierung und Patentraub

Die nach dem Bombenkrieg (800.000 bis eine Million zivile Opfer) verbliebenen Fabriken wurden ihrer Maschinen beraubt und vielfach gesprengt (vgl. hierzu: Archiv der Stadt Salzgitter, Band 3, Salzgitter: Die Demontage der Reichswerke (1945-1951) und Wolfgang Popp: Wehe den Besiegten). Dabei wurden planmäßig auch viele Fabriken für Güter des zivilen Bedarfs zerstört, beispielsweise Werke zur Uhren-, Hausrat- und Spielzeugproduktion.

Speziell die Düngemittelfabriken waren Ziel der Vernichtung, was zum Hunger beitragen sollte. Im Einklang mit dem Morgenthau-Plan und den Beschlüssen von Potsdam war das Ziel der völkerrechtswidrigen Demontage die drastische Reduzierung der Industriekapazität Deutschlands und Österreichs, die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz ebenso wie die planmäßige, alle Grenzen übersteigende Bereicherung der Feindmächte.

Schiffsladungsweise wurden Geschäftsgeheimnisse, Verfahrensvorschriften, Prototypen neuer Maschinen abtransportiert, darunter 750.000 - 850.000 deutsche Patente (vgl. hierzu Friedrich Georg: Unternehmen Patentraub) sowie alle Warenzeichen, Kunst aus Museen, Kirchen und Sammlungen, das Gold der Reichsbank, Dokumente und Archive.

Der Raub der Patente sicherte den bis dahin in Forschung und Hochtechnologie rückständigen USA einen Vorsprung vor anderen Nationen von vielen Jahrzehnten in ungezählten Bereichen der Grundlagenforschung und Spitzentechnologie. Der materielle Wert eines einzigen Patentes übersteigt in vielen Fällen eine Milliarde Euro.

Stalins Raubzug in Mitteldeutschland
Eine akribische Vorarbeit und Planung der einrückenden Alliierten sicherte den Erfolg des gigantischsten Raubzugs aller Zeiten. Die USA quetschten 24.000 Wissenschaftler und Techniker nach verwertbaren technischen Informationen aus und verbrachten Tausende nach Amerika. Wer Informationen nicht preisgeben wollte, stand unter Todesdrohung.
Auch Frankreich und England verhörten unter Zwang deutsche Wissenschaftler, deportierten etwa 600 und transportierten an Erfindungen und Entwicklungen alles ab, was für sie greifbar war. Die UdSSR entsandte eine Sondertruppe von 70.000 Wissenschaftlern in sowjetischen Offiziersuniformen. Stalins Befehl: Rüstungswerke, wissenschaftliche Forschungsstätten, alle Fabriken sind in Besitz zu nehmen, sämtliche Geräte, Instrumente, Maschinen abzubauen; Wissenschaftler und Personal der Institute sowie alle Menschen, die die Geräte und Maschinen bedienen können, sind in die Sowjetunion zu verbringen. Die Sowjets deportierten 20.000 bis 50.000 Wissenschaftler, Ingenieure und Werkmeister.
Welche Ziele hatte die "Umerziehung"?
Dieses Vorhaben gehört keineswegs zu den Rechten, die das Völkerrecht einer Besatzungsmacht einräumt. Die militärischen Sieger sahen sich bis zum Exzeß ausdrücklich weiterhin als "Feindmächte". Ihr Ziel war nicht, die Deutschen dazu zu bewegen, innezuhalten und sich nun eine staatliche Ordnung nach den Grundsätzen des Kantschen Imperativs zu geben. Ziel war die Hinnahme völliger Rechtlosigkeit und die Willigkeit zu Selbstaufgabe und zur vollständigen seelisch-geistigen Unterwerfung.
Bereits das militärisch sinnlose Verbrechen der Vernichtung der historischen Altstädte und Kulturdenkmäler hatte den Zweck, das deutsche Antlitz zu entstellen. Konsequent bezeichnete Wolf Biermann die Bomben als "Himmelsgeschenke" und die Antideutschen weiden sich an "Bomber-Harris, do it again!"
Der Perpetuierung der Kriegspropaganda diente ein Schreiben (Februar 1944) des britischen Informationsministeriums an Presse und hohen Klerus über die kalkulierte Unmenschlichkeit der einrückenden Truppen Stalins: "Die Ablenkung der öffentlichen Meinung" von den "unvermeidlichen Greueln" müsse gelingen durch "gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda".
Denn "leider sei die Öffentlichkeit nicht mehr so vertrauensselig wie "in den Tagen der Leichenfabriken (sic!) und verstümmelten belgischen Babys". Es sei also dringend nötig, daß die Adressaten "volle Unterstützung leisteten bei den verschiedenen Anklagen gegen Deutsche und Japaner, die das Ministerium in Umlauf bringe" (vgl. hierzu Edward J. Rozek: Allied wartime diplomacy; a pattern in Poland).
Um das deutsche Volk in die "Neue Ordnung" der "Einen Welt" (Roosevelts Wunschtraum) einzuverleiben, sei zuallererst zu etablieren, daß der Einzelne sich in transethnische "Systeme" einzuordnen habe und daß die Begriffe "Volk", Nation", "Rasse" bloße Wahngebilde seien. Daran war den Vertretern des Liberalkapitalismus, der von Helmut Schmidt als "Raubtierkapitalismus" bezeichnet wurde, der Gedanke der solidarischen Volksgemeinschaft ganz besonders zuwider.
In unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir dieses Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31458" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**AUF1 und Kla.TV - "Kooperation ist der Schlüssel"**
(Interview mit *Stefan Magnet* und *Elsa Mittmannsgruber*)
1. Stefan Magnet)
(Kla.TV:) Ich habe die Ehre, mit Stefan Magnet zu sprechen, dem Organisator und Durchführer, dem Leiter der gesamten Veranstaltung, dem Chef von AUF1. Stefan, wie geht es dir jetzt

nach diesem glorreichen Tag, eben auch gestern? Da ist auch einiges gelaufen, du warst sehr viel gefragt. Es war unfaßbar viel Organisation, das sieht man, auch wenn man so was noch nie durchgeführt hat. Wie geht es dir? Hat es deine Erwartungen erfüllt? Hattest du eine Konferenz, die du wirklich vom inneren Auge so gesehen hast?
(Stefan Magnet:) Ja, ich bin erleichtert und überglücklich, und es ist lustig, daß du sagst, vor dem inneren Auge so gesehen, da sieht man wieder die Kraft der Gedanken. Ich habe mir wirklich vor einigen Monaten visualisiert, als ich mir klargemacht habe, daß ich das wirklich machen möchte, wie es ablaufen könnte. Und es ist genau so passiert. Es waren die Leute hier. Es ist die Lokalität wunderbar hier. Es ist die Stimmung, die Energie wirklich stark, und ich bin erleichtert, daß es ohne Probleme über die Bühne gegangen ist.
Auf der einen Seite Probleme, die uns ja von der Gegenseite hätten gemacht werden können. Durch unsere konspirative und auf Sicherheit bedachte Vorgangsweise haben wir das ausgeschlossen und verhindert. Aber auch natürlich, wir haben ja viele Prominente hier zusammengebracht, und das bedeutet auch viele Egos. Es war für mich auch spannend: Wie wirkt sich das denn aus? Wird das eine toxische Mischung oder wird das eine harmonische Mischung? Und es kann uns Hoffnung geben. Es war sehr harmonisch. Es war sehr konsensorientiert, und es hat wieder einmal gezeigt, daß der Mensch ein an Kooperation interessiertes Wesen ist. Das haben wir jetzt gelebt. Also ich bin wirklich froh, daß es geglückt ist.
(Kla.TV:) Wie schön. Du hast heute Morgen in deiner Eingangsrede auch gesagt, wenn ich mich richtig erinnere, daß das Volk, also wir gemeinsam, wir bestimmen jetzt quasi, von wo die Macht ausgeht, sie geht ja vom Volk aus. Das heißt, wir sind nicht mehr von Davos oder sonstigem abhängig, sondern in diesem Fall geht jetzt gerade die Macht von Prag aus und zunehmend wird sie aufs Volk übergehen. Hast du den Eindruck, da ist jetzt hier ein Start gesetzt worden? Ein erster Meilenstein, wo man sagen kann, da bauen wir drauf auf. Blickst du positiv auf 2025, was dieses Format hier angeht?
(Stefan Magnet:) Ja, also in den verschiedenen Panels wurde ja gesagt, wie du sagst, die Macht geht von uns aus, und die Macht geht vom Souverän aus. Und jemand anderer hat ein bekanntes Zitat gebracht: "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand bestimmt", und über den Ausnahmezustand haben wir uns ja ganz konkret Gedanken gemacht. Wir haben überlegt und durchgespielt, was tun wir, wenn wieder ein Ausnahmezustand droht, weil wir nicht mehr passiv die Opfer sein wollen, sondern wir wollen vor die Welle kommen. Und wir wollen vorausschauen, was kommen könnte und uns vernetzen und zusammenarbeiten.
Und es gab schon erste fruchtbare Ergebnisse, weil wir gesehen haben: Ja, wir wissen zwar seit fünf Jahren, daß es Corona gab, aber wir könnten selber noch mehr in die Kooperation kommen. Das hat uns Fehler aufgezeigt, die wir jetzt ausbessern werden. Und von dem her, glaube ich, war es wirklich sehr konstruktiv, auf der einen Seite von dem, was geboten werden kann bei den Inhalten, die wir allesamt ausstrahlen werden, aber auch von dem, was wir mitnehmen, wo wir weiter lernen, wo wir jetzt auch in den nächsten Monaten dranbleiben werden. Und ich blicke positiv auf 2025.
Auf der einen Seite wird es ein sehr hartes Jahr. Es werden viele Krisen für uns vorbereitet, von Krieg über Wirtschaftscrash und Enteignung ist alles mit dabei. Womöglich auch wieder eine neue Hygienediktatur. Wir wissen es ja nicht.
Aber was wir wissen ist, daß wir uns weiterentwickeln wollen, daß wir mehr zusammenarbeiten wollen, und deswegen bin ich positiv.
Mit jeder Krise verliert das System auch Leute, die an das System glauben, und das wurde heute sehr oft wiederholt. Wenn einmal jemand aus dem System weg ist, weil er aufwacht, weil er erkennt, daß hier die Lüge am Werk ist, dann ist er bereit, sich zu verändern. Und er geht vor allem nie wieder in das System zurück, das ist das Entscheidende. Mit diesen Leuten können wir dann in Zukunft arbeiten, und das werden wir mit jeder Krise mehr.

Ganz klar, es geht auf das Auge des Sturmes zu, in das Auge des Hurrikans geht es, und dort werden wir dann ganz klar sehen.
(Thomas Eglinski:) Entschuldigung. Wladimir Putin ruft gerade an.
(Stefan Magnet:) Oh ja, genau.
(Kla.TV:) Das ist natürlich wichtig.
(Stefan Magnet:) Er wird ja auch nächstes Jahr dabei sein.
(Kla.TV:) Nicht so wichtig wie Kla.TV. Das war natürlich jetzt super.
(Stefan Magnet:) Die Leute sind schon gut gelaunt. Ihr entscheidet, ob Ihr das rausschneidet. Also ja, so ist das eben. Man merkt, die Leute sind jetzt entspannt. Thomas stand 14 Stunden auf der Bühne. Der ist natürlich jetzt unterzuckert und muß irgendwas Lustiges machen. Das ist auch alles in Ordnung, so läuft's hier ab, das ist die Realität.
Ja, ich denke, wir gehen auf spannende Zeiten zu, und ich hoffe, daß es eine Fortsetzung geben wird. Wir sind jedenfalls vollkommen motiviert, und wir wollen weitermachen. Es wird halt von ein paar Faktoren, etwa auch von den Unterstützern, abhängen, ob es gehen kann, das Ganze ist ja spendenfinanziert. Aber ich glaube, wenn die Leute sehen, was wir auf die Beine stellen, dann unterstützen sie auch.
Wir haben ja so viele freie Medien eingeladen. Eben auch Kla.TV, Report 24, PI-News usw., weil wir daran interessiert sind, daß wir alle zusammenarbeiten. Wir haben unsere eigenen Projekte. Wir müssen selbst schauen, wie wir über die Runden kommen in diesen schwierigen Zeiten. Aber wir müssen zusammenarbeiten. Das bedeutet nicht, daß wir uns alle jetzt verheiraten. Ich habe da genügend Erfahrung. Ich habe eine Frau, ich habe Kinder, ich bin glücklich. Aber wir sollten absolut uns projektbezogen zusammenschließen.
Das ist ganz entscheidend. Wenn wir sehen, es gibt ein Projekt, wo wir zusammenarbeiten müssen, dann müssen wir das tun. Wenn es einen Ausnahmezustand gibt, dann müssen wir zusammenhelfen. Darum geht es doch. Und das ist der Punkt. Wir werden uns jetzt nicht alle drei Wochen treffen. Aber einmal im Jahr sollten wir es schaffen.
(Kla.TV:) Sehr schön. Das war der Eindruck, den man auch mitbekommen hat, wenn man hier mal so durchgegangen ist, auch in den Pausen, all die Leute, die hier rausgeströmt sind. Man hatte nicht den Eindruck, daß hier irgendwo um irgendwelche Details gestritten wurde, sondern es war immer der Eindruck da, man sucht den gemeinsamen Nenner, den gemeinsamen Fokus in der Sache, daß wir jetzt gemeinsam in Schwung kommen. Ich glaube, das ist die Energie, die jetzt davon ausgeht, ganz großartig. Ganz herzlichen Dank.
Wir haben eben noch eine Frage an verschiedene Referenten gestellt. Hier wurden jetzt Pläne gemacht auf großer Bühne, in großen Formaten, eben Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Medien. Der einfache Zuschauer, sage ich mal, zu Hause, der sitzt dort, der bekommt jetzt die Sendung mit. Was kann er konkret tun? Ich sage mal, jetzt in dieser Situation, wenn es in eine stärkere Zensur reinkommt und wir das Ganze eben vielleicht nicht mehr, irgendwann nicht mehr so online genießen können wie heute noch. Thema Krisenvorsorge, eben regionale Vernetzung. Bist du da ein Freund von? Sagst du: Liebe Zuschauer, ja, vernetzt euch vor Ort regional. Guckt, daß sie euch kennenlernen.
(Stefan Magnet:) Das ist der Schlüssel. Also Kevin hat gesagt, offline ist das neue Bio. Wir müssen einfach uns auch offline vernetzen. Da finde ich es ja großartig, was ihr bei Kla.TV macht mit S&G, also diese Verteilerkreise. Die Leute sollen selbst mithelfen. Ich habe das unbewußt schon vor vielen Jahren bekommen, habe aber das nicht zuordnen können, in welcher größeren Dimension das alles stattfindet. Das finde ich großartig, daß hier schon Pionierprojekte umgesetzt werden von euch. Und wir müssen uns vernetzen. Wir müssen uns zusammenschließen mit entsprechenden Tauschkreisen.
Wir müssen schauen, daß wir unsere Nahrung von regionalen Anbietern, optimalerweise von befreundeten Bauern, bekommen, von denen wir dann auch in der Krise was bekommen -

auch ohne Hygienezertifikat und ohne QR-Code. Also das sind so Dinge, wo man sich vernetzen muß. Krisenvorsorge sowieso. Also alles, was uns Vater Staat heute noch gestattet, was wir tun dürfen, um uns vorzubereiten auf die Krise, das sollten wir unbedingt machen. Ganz wichtig, daß man einfach auch bevorratet ist, wenn etwas kommt.
Und wir haben drei Dinge in unserer Mediengruppe ausgearbeitet, was jeder Einzelne tun kann, um vorzubereiten und um unsere alternativen Strukturen zu stärken.
Das war auf der einen Seite verweigern, wo es nur geht. Das bedeutet, nicht mitzuspielen, wo es nicht sein muß. Also alle Dinge, die vom System vorgegeben werden, gerade wenn es wieder neue Zwangsmaßnahmen sind, die zu verweigern.
Die Information, die Aufklärung, das Wissen, die Inspiration, aber auch alternative Medien verbreiten.
Und das Dritte war dann unterstützen. Unterstützen in vielfältiger Form. Ob das Aktivisten sind, die mal Unterstützung vor Ort benötigen, weil sie etwas tun. Ob das vielleicht Landwirte sind, die punktuelle Unterstützung benötigen. Ob das Demonstrationen oder alternative Medien sind, die auch mal Kohle brauchen, weil das 'Ohne Moos nichts los'. Also das ist ganz klar, wenn man große Dinge umsetzt, braucht man auch Geld. All diese Dinge.
Es gibt diese drei Dinge: verweigern, verbreiten und unterstützen. Das kann (!) jeder tun. Und mal selbst überlegen: Wie kann ich denn in die Eigenverantwortung und in die Ziehung kommen? Was kann ich denn tun? Kann ich mich in der Nachbarschaftshilfe mehr einbringen? Kann ich vielleicht einen Verein gründen? Kann ich irgendein Wissen weitergeben an andere? Überlegen, was man tun kann.
Es ist nicht jeder so extrovertiert, daß er ständig seinen Rüssel in eine Kamera halten muß. Es will nicht jeder immer unbedingt irgendwas mit Medien machen oder mit Widerstand oder mit Demo. Ist ja auch oft anstrengend. Aber dann gibt es andere Möglichkeiten: Überlegen: Was kann ich tun? Und was tun. Weil, wenn man nichts tut, tun es die anderen. Das ist das Schlimmste.
(Kla.TV:) Wir unterstützen das Ganze natürlich mit und sind in sehr großer Erwartung und Hoffnung. Und danke auch für dieses Schlußwort. Und viel Erfolg jetzt auch noch bei dem restlichen Abend, daß ihr einfach eine tolle Zeit habt. Vielleicht ist jetzt ein bißchen die Spannung weg. Ich kann mir vorstellen, du hast einiges getragen.
(Stefan Magnet:) Jetzt sage ich noch ganz kurz was. Auch danke, daß ihr hier seid. Ich bin sehr froh, daß ihr dem Ruf gefolgt seid, hier mitzumachen, zu berichten. Das ist einfach ganz wichtig. Also Kooperation ist wirklich der Schlüssel, und da bin ich wirklich froh. Weitermachen und unterstützen die Zuschauer, auch Kla.TV. Weil nur so kann es gehen. Danke.
(Kla.TV:) Sehr schön, danke schön, Stefan.
2. Elsa Mittmannsgruber
(Kla.TV:) Bei mir steht Elsa Mittmannsgruber von AUF1. Wie ich hörte, eine Initiatorin oder auch die Ideengeberin der Veranstaltung der diesjährigen Konferenz hier vom Alternativen WEF. Frau Mittmannsgruber, wie empfinden Sie die Konferenz bis hierher, Tag 2? Wie geht es Ihnen? Sind Sie zufrieden?
(Elsa Mittmannsgruber:) Ja, ich bin völlig begeistert. Es ist wirklich Aufbruchstimmung hier in den Räumen. Es wurden wirklich spannende, brisante Themen auf den Tisch gebracht. Man hat sich da wirklich ohne Maulkorb geäußert und auch versucht, Lösungen zu finden. Und ich bin da guter Dinge, daß man daran anknüpfen kann, daß sich da echt was Großes noch entwickeln kann.
(Kla.TV:) Ja, sehr schön. Also es macht Hoffnung. Man sieht die Energie, die ist positiv, das spürt man. Glauben Sie, daß es möglich ist, diese Spaltung zu überwinden, daß alle Medien, Wissenschaftler, Rechtsanwälte miteinander in eine Zukunft steuern, ohne jetzt alles gleich sehen zu müssen? Aber mal sich auf diesen einen Punkt, wie es vorhin auch hieß, sich zu fo-

kussieren?
(Elsa Mittmannsgruber:) Ich glaube, daß es immer schwierig ist, daß alle miteinander irgendwo hinsteuern. Aber es ist halt immer ein Gewicht oder eine Seite, die mehr Gewicht hat und die halt einfach dann den Ton angibt und wohin steuert. Jetzt war es lange Zeit die globalistische Seite, und ich bin guter Dinge, daß es jetzt die andere Seite ist, die entgegensteuert und wirklich was bewirken kann und auch sehr viele mitreißt.
(Kla.TV:) Zeit für einen Wechsel auf jeden Fall. Das ist sauber. Wir haben eine letzte Frage noch, die haben wir allen gestellt. Und zwar: Was halten Sie von der internetunabhängigen Vernetzung - also regional vor Ort? Ob jetzt AUF1-Zuschauer oder Kla.TV-Zuschauer, egal was, die Menschen vor Ort, daß sie sich nicht nur auf die Medien im Internet verlassen, sondern in Zeiten der Zensur sich auch regional vor Ort vernetzen. Ist das ein wichtiger Punkt, der Ihnen am Herzen liegt?
(Elsa Mittmannsgruber:) Es ist ein enorm wichtiger Punkt. Nur, das Problem ist ja das, daß es einfach verhindert wird. Also daß wir jetzt irgendwie ein Treffen machen oder einen Kongreß machen oder eine große Veranstaltung in Deutschland oder Österreich, ist kaum vorstellbar. Sobald der Veranstaltungsort bekannt wird, kriegen wir da Repressalien und wird der Veranstaltungsort wieder gekündigt, weil da einfach die Veranstalter zu viel Angst haben und zu viel Druck bekommen. Das ist halt leider das reale Problem.
Wenn man jetzt ausweicht auf andere Länder, so wie wir es ja auch jetzt gemacht haben, dann ist es möglich und natürlich enorm wichtig, daß wir uns real sehen, real vernetzen, miteinander reden. Es ist gleich ganz eine andere Chemie, eine andere Stimmung, wenn du dich mal echt siehst.
Ich habe auch heute viele getroffen, die ich bis jetzt nur per Zoom im Interview hatte, denen ich zum ersten Mal persönlich einfach die Hand geben konnte. Es war ein wunderbares Gefühl und es stärkt auch gleich viel mehr. Es gibt auch gleich viel mehr Kraft, viel mehr Antriebskraft, wenn man dann einfach die Energie spürt, wenn alle Menschen da sind.
Aber ja, wie gesagt, das ist halt leider ein bißchen problematisch, aber wir tun natürlich, was wir können, daß man das ändert.
(Kla.TV:) Das sieht man, es ist auch riesig und groß. Aber jetzt die Zuschauer vor Ort, daß die sich vernetzen, das ist schon sinnvoll auch vor Ort, regional, unabhängig von uns.
(Elsa Mittmannsgruber:) Unbedingt, ja natürlich. Natürlich, also das ist ganz wichtig und weg von dem Digitalen, weil, da drückt man einen Knopf, und man ist weg. Ja genau, also das ist halt wirklich sowieso - der Widerstand wächst. Wenn man kleine regionale Gruppen macht, alles fängt mal klein an, die können sich dann untereinander vernetzen, es wird alles immer größer und dann sieht man wirklich, wie viel man eigentlich sind, wie viel wir sind.
(Kla.TV:) Ich danke Ihnen ganz herzlich für das Interview. Ich weiß, Sie sind sehr gefragt hier, eben auch überall unterwegs. Danke für die Zeit und alles Gute und viel Erfolg auch noch hier mit der Konferenz.
(Elsa Mittmannsgruber:) Danke.<<
Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Syrien: Islamisten wollen Kurden entwaffnen**
Von *Michael Brück*
Nach dem Sturz von Bashar al-Assad beginnen die Islamisten von Haiʾat Tahrir asch-Scham (HTS) mit dem Aufbau ihres Staates. Jetzt wurde beschlossen, alle Milizen des Landes zu entwaffnen und in die reguläre Armee einzugliedern - auch die Kurden. Deren Demokratische Streitkräfte Syriens (SDF) werden die Waffen jedoch nicht kampflos abgeben, eine neue Eskalation droht. …
Annalena Baerbock und ihr türkischer Außenminister-Kollege Hakan Fidan sind sich einig: Die kurdischen Streitkräfte in Nordost-Syrien müssen entwaffnet werden, außerdem soll die

YPG-Miliz, die als Schwesternpartei der verbotenen Kurden-Terrororganisation PKK gilt, aufgelöst werden. Dabei sind die beiden Politiker ganz auf einer Linie mit dem neuen syrischen Machthaber Ahmed al-Sharaa, der mittlerweile seinen bürgerlichen Namen gegenüber dem bisherigen islamistischen Kampfnamen Abu Mohammad al-Dscholani bevorzugt.
Jener al-Dscholani verkündete jüngst, sämtliche Rebellengruppen, die zuletzt gemeinsam gegen Assad gekämpft hatten, aufzulösen und in die syrische Armee einzugliedern, Waffen sollten sich fortan nur noch in staatlichen Händen befinden. Dieser Prozeß solle explizit auch die kurdischen Milizen umfassen. Während diese Eingliederung in eine offizielle Armee bei den islamistischen Milizen vergleichsweise mühelos funktionieren dürfte, ist jedoch beim Auflösungsversuch gegen die kurdischen Einheiten mit massiver Gegenwehr zu rechnen, auch militärisch.
Schon jetzt kommt es immer wieder zu Kämpfen zwischen der türkeinahen Freien Syrischen Armee und kurdischen Verbänden, erst zu Wochenbeginn haben kurdische Kämpfer eine Offensive zur Rückeroberung der zuvor an die FSA verlorenen Stadt Manbidsch gestartet - kaum vorstellbar, daß beide Milizen ihre Waffen niederlegen und zukünftig teil einer gemeinsamen, syrischen Armee werden könnten.
Auch sonst dürfte sich die Bereitschaft der Kurden, ihre jahrelang erkämpften Errungenschaften, darunter den weitgehenden Autonomie-Status für Nordost-Syrien, sowie die Duldung bewaffneter Verbände, aufzugeben, in engen Grenzen halten. Nach dem Sturz von Assad droht der nächste Konflikt, dessen Ausmaß noch nicht absehbar ist.

Die Kurden als enger Bündnispartner der USA

Seit Jahrzehnten sind die Kurden- neben Israel - die engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten, wurden massiv aufgerüstet und bei der Festigung ihrer autonomen Regionen unterstützt. Sehr zum Mißfallen der Türkei, die sowohl mit eigenen Streitkräften, als auch durch die Unterstützung pro-türkischer Milizen versuchte, die kurdischen Einflußgebiete möglichst weit von der eigenen Landesgrenze zurückzudrängen.
Der Alptraum, die Bildung eines eigenen, kurdischen Staates, gilt als Worst-Case-Szenario, auf dessen Verhinderung die türkische Außenpolitik gerichtet ist. Koste es, was es wolle. Dementsprechend zufrieden dürfte die Türkei mit der Entwaffnungs-Initiative der neuen syrischen Regierung sein, die ohne türkische Unterstützung nicht an die Macht gekommen wäre und das in sie gesetzte Vertrauen wohl nicht enttäuschen möchte.
Unklar ist jedoch, ob die USA bereit sind, ihre langjährigen Bündnispartner aufzugeben und wenn ja, welche Zugeständnisse die Türkei für grünes Licht aus den USA machen muß. Daß die Entwaffnung der Kurden ohne militärische Auseinandersetzungen verlaufen wird, ist nahezu ausgeschlossen. Die Trump-Regierung dürfte das Problem der syrischen Kurden deshalb sehr schnell auf der geopolitischen Tagesordnung vorfinden.
Auch die neue Bundesregierung, der Annalena Baerbock wahrscheinlich nicht mehr als Außenministerin angehören wird, könnte zu Beginn ihrer Amtszeit mit einer Eskalation des Kurden-Konfliktes konfrontiert werden, möglicherweise wird das Thema sogar schon im Bundestagswahlkampf relevant. Gerade durch die hohe Zahl hier lebender Kurden ist zudem mit entsprechenden Begleiterscheinungen im Inland, etwa großen Protestdemonstrationen auf Deutschlands Straßen, zu rechnen.
Wurden die Kurden seit 2011 als Teil der Anti-Assad-Allianz vom Westen unterstützt, lassen Baerbocks jüngste Äußerungen jedoch bereits vermuten, daß die Kurden auf dem Altar der Geopolitik einmal mehr geopfert werden. Sie hätten es aus langjähriger Erfahrung wissen können, dem Westen ist nicht zu trauen und wer gestern noch nützlich war, muß das heute oder gar morgen längst nicht mehr sein. In Syrien droht derweil neues Chaos und eine Zersplitterung wie in Libyen, wo auch fast 15 Jahre nach dem Sturz von Gaddafi weiter zwischen einer Vielzahl von Konfliktparteien gekämpft wird.<<

26.12.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Ansturm auf deutschen Paß - Behörden überlastet**

Die Zahl der Anträge auf den deutschen Paß ist in verschiedenen deutschen Kommunen nach Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts vor einem halben Jahr stark angestiegen. Das berichtet die "Bild-Zeitung" in ihrer am Freitag erscheinenden Ausgabe.

Demnach könnten die Mitarbeiter der örtlichen Ausländerbehörden den Ansturm teils kaum bewältigen. "Die Bearbeitungszeit hat sich auf 18 Monate verlängert", erklärte etwa eine Sprecherin der Stadt München. In ganz Bayern wurden bis Ende November 82.724 Anträge auf Einbürgerung gestellt, teilte die Landesregierung mit.

Bis zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts am 27. Juni lag die Zahl bei knapp 6.000 Anträgen pro Monat. Im Juli waren es landesweit plötzlich 11.410 Anträge, im Urlaubsmonat August noch 7.333. Seitdem liegt die Zahl bei rund 9.000 im Monat.

In Stuttgart wurden bis Ende Oktober insgesamt 4.488 Anträge (2023: 3.234 Fälle) gestellt. Bis Juni lag die Zahl bei durchschnittlich 332 Anträgen im Monat, seit Juli sind es 625.

In Hessen stieg die Zahl der Anträge von 31.900 im Jahr 2023 auf 39.400 bis Mitte Dezember - ein Anstieg von 23,5 Prozent. Allein in Frankfurt waren es 8.838 Anträge (plus 42,2 Prozent).

In Düsseldorf (NRW) wurden in der Ausländerbehörde bis Ende November 6.395 Anträge registriert, 1.656 (+ 34,9 Prozent) mehr als im Vorjahr. In Braunschweig (Niedersachsen) waren es bis Mitte Dezember 1.831 Anträge (plus 27 Prozent), in der Region Hannover 3.424 (plus 6,1 Prozent).

In Köln wurden in diesem Jahr 4.600 Einbürgerungsverfahren vollständig eingeleitet, allerdings liegen 13.000 weitere Anträge vor. "Hierbei sind auch Mehrfachanfragen enthalten, so daß die tatsächliche Zahl der Anträge, die noch gesichtet und terminiert werden müssen, geringer ausfällt", sagte ein Stadtsprecher der "Bild-Zeitung". In Halle (Saale) und Magdeburg (beide Sachsen-Anhalt) blieben die Zahlen der Anträge weitgehend konstant.

Landkreistags-Präsident Achim Brötel (CDU) sagte derselben Zeitung, daß die Behörden neben den Einbürgerungen auch die aktuelle Dynamik bei der Migration stemmen müssen. "Insofern ist die Reform definitiv zur Unzeit erfolgt." Die Landkreise würden bei der Umsetzung bundesgesetzlicher Vorgaben allein gelassen. "Das Einbürgerungsrecht ist deshalb geradezu ein Paradebeispiel für den derzeitigen Verschiebebahnhof: Berlin beschließt, und wir sollen die Zeche zahlen. Das muß sich künftig dringend wieder ändern", kritisierte Brötel.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Magdeburg: Behördenversagen ohne Ende!**

Von *Michael Brück*

Nach dem Terroranschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt werden täglich neue Fehler der Behörden bekannt. Es ist längst mehr als eine Verkettung unglücklicher Zustände, es ist ein regelrechter Sicherheitsskandal. Während die Altparteien ihren Apparat auf harmlose Bürger hetzen, die den Bundeswirtschaftsminister kritisieren, verschließen sie beim importierten Terror beide Augen. …

Nein, es sind nicht nur wenige Fehler oder gar unglückliche Umstände, die dazu geführt haben, daß der 50-jährige Terrorist Taleb al-Abdulmohsen mit einem BMW-SUV in den Magdeburger Weihnachtsmarkt rasen, fünf Menschen töten und über zweihundert weitere verletzten konnte. Es ist vielmehr ein völliges Versagen der Behörden. Trotz Terrorankündigungen, öffentlich und über Monate hinweg immer wieder, ließ die Polizei al-Abdulmohsen unbehelligt, sah seiner Radikalisierung tatenlos zu. Möglicherweise, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß der angeblich doch so gut integrierte Arzt in das Raster eines gemeingefährlichen Terroristen fallen könnte. Ein verhängnisvoller Fehler.

Das sind die 5 größten Behördenversäumnisse im Vorfeld:
1.) Immer wieder kündigte Taleb al-Abdulmohsen im sozialen Netzwerk X vor mehreren zehntausend Lesern an, sich am deutschen Staat rächen zu werden, er konkretisierte die Tat sogar auf das Jahr 2024 und prognostizierte, wahrscheinlich dabei zu sterben. Dafür gab es nicht einmal eine Hausdurchsuchung. Und ein Gutachten von LKA und BKA kam zu dem Entschluß, daß von al-Abdulmhosen keine Gefahr ausgehen würde.
2.) Bereits 2014 wurde der spätere Terrorist durch das Amtsgericht Stralsund wegen einer "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhen eines gemeingefährlichen Verbrechens" verurteilt, weil er gegenüber der Ärztekammer gedroht hatte, es werde "etwas Schlimmes" geschehen, das "internationale Bedeutung" erfahren würde. Trotzdem gab es keinerlei Versuche, den Kriminellen in sein Heimatland Saudi-Arabien abzuschieben.
3.) Im Gegenteil: Aus Saudi-Arabien wurde sogar explizit vor Taleb al-Abdulmohsen gewarnt und seine Auslieferung beantragt. Es wäre die einfachste Möglichkeit gewesen, sich der tikkenden Zeitbombe zu entledigen. Doch die Behörden lehnten den Auslieferungsantrag einfach ab und die Akten verstaubten im Schrank.
4.) Nach immer mehr Drohungen, die auf dem X-Profil von al-Abdulmohsen zu finden waren, entschied die Polizei, nun doch eine Gefährderansprache durchzuführen. Eine hinlänglich bekannte Praxis, die z.B. vor besonders brisanten Fußballspielen bei bekannten Ultras oder Hooligans genutzt wird, um ihnen zu signalisieren, daß sie im Visier der Polizei stehen und bei Straftaten verfolgt werden.
Doch während die Polizei radikale Fußballfans an ihren Wohnort oder Arbeitsplatz aufsucht, erhielt al-Abdulmohsen die Gefährderansprache lediglich per Post. Der Arzt sei unauffindbar gewesen. Auf die Idee, an seinem Arbeitsplatz im Landesfachkrankenhaus für Psychiatrie in Bernburg nachzuschauen, kamen die Polizisten nicht.
5.) Nicht nur die Ermittlungsbehörden, die Hinweise nicht ernst genommen haben, sowie die Ausländerbehörden, die nicht auf die Idee gekommen sind, die Abschiebung von al-Abdulmohsen einzuleiten, haben geschlampt: Es ist unklar, ob der Mann überhaupt ein regulärer Arzt ist. Arbeitskollegen bezeichneten al-Abdulmohsen als "Dr. Google", der offenbar von einfachsten medizinischen Vorgängen keinerlei Kenntnis hatte und nicht einmal wußte, was eine Thrombose ist. Er soll Spritzen falsch gesetzt und Patienten lebensgefährliche Medikamente verschrieben haben. Doch auch hier wurden die Hinweise und Warnungen ignoriert, statt Nachforschungen zu unternehmen. Diese Ignoranz fügt sich in das Gesamtbild des Behördenversagens.
Daß die Tat selber schließlich nur durch Verhaltensfehler von Polizei und Stadtverwaltung ermöglicht wurde, insbesondere Stand ein zur Absperrung eingeplanter Polizeibulli nicht an der zugeteilten Stelle und ermöglichte dadurch die freie Fahrt auf den Weihnachtsmarkt, paßt ins Bild. Medial bisher kaum aufgegriffen ist zudem die Frage, weshalb zwar die ungesicherte Einfahrtstelle bei der Aufarbeitung des Anschlages thematisiert wird, aber nicht die Ausfahrtstelle.
Denn: Al-Abdulmohsen konnte eine Runde über den Weihnachtsmarkt fahren, verließ ihn wieder und wurde erst auf der danebenliegenden Straße gestoppt. Es muß daher mindestens zwei ungesicherte Zufahrten gegeben haben. Und damit ein Sicherheitskonzept, was seinen Namen nicht verdient.
Das Behördenversagen hat in unserem Land mittlerweile System, die Altparteien haben die innere Sicherheit für unkontrollierte Masseneinwanderung geopfert. Doch die verantwortlichen Politiker wollen ihre Fehler nicht einsehen. In unserem COMPACT-Spezial ihre Doppelmoral: "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" rechnen wir mit dieser Politik ab.<<

27.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Düsterer Ausblick auf 2025: Ökonomen erwarten weiteren Job-Kahlschlag!**

Das Weihnachts-Blutbad von Magdeburg hat andere bedrückende Nachrichten an der Schwelle zum neuen Jahr in den Hintergrund gedrängt. Eine davon lautet: Mit Deutschland geht es 2025 wirtschaftlich weiter bergab!

Das ifo Beschäftigungsbarometer sank im Dezember auf 92,4 Punkte, nach 93,3 Punkten im November. Die Daten basieren auf ca. 9.500 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Groß- und Einzelhandels und des Dienstleistungssektors.

Die Unternehmen werden demnach in ihrer Personalplanung immer vorsichtiger. Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo Umfragen, warnt: "Der Anteil der Betriebe, die Arbeitsplätze abbauen wollen, steigt. Nahezu alle Branchen ziehen einen Arbeitsplatzabbau in Betracht."

Vor allem in der Industrie hinterläßt die wirtschaftliche Krise ihre Spuren bei der Personalplanung. Am stärksten betroffen sind die Metallbranche sowie die Autobauer und ihre Zulieferer. Aber auch der Handel plant eher Stellen zu reduzieren, als sie neu zu besetzen. Ebenso setzte sich im Dienstleistungsbereich die negative Dynamik der letzten Monate fort. Insbesondere bauen Personaldienstleister und das Gastgewerbe Stellen ab.

FAZIT: Nach der Entlassungswelle 2024 planen viele Unternehmen auch 2025 den Abbau von Arbeitsplätzen. Einer Analyse der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zufolge wurden im ausklingenden Jahr in der deutschen Industrie rund 50.000 Arbeitsplätze abgebaut. Viele Unternehmen rechnen nicht mit einer Verbesserung der Lage und reduzieren ihre Investitionsbereitschaft für den Standort Deutschland in einem alarmierenden Tempo. Laut Ifo-Institut erwartet fast jedes dritte Unternehmen eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage.

Größtes "Sorgenkind" ist die Automobilindustrie

Die Automobilindustrie, einst das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, hat sich zunehmend zu einem "Sorgenkind" entwickelt. Eine ausgeprägte "Technologieverschlossenheit‟ und die einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität hat deutsche Hersteller ihre einstige Marktführerschaft gekostet. Hinzu kommen immer nachteiligeren Standortfaktoren der deutschen Wirtschaft: Horrende Energiepreise durch den Energiewende-Irrsinn, eine exorbitante Steuerbelastung sowie überbordende Bürokratie in Form von Regulierungen und Vorschriften. All diese Faktoren führen zu einer spürbaren Überforderung der Branche, warnen Ökonomen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Massenarbeitslosigkeit: Katastrophe unausweichlich?**

Rot-Grün vernichtete in fünf Jahren rund 2,6 Mio. Arbeitsplätze. Die politik-servile Propagandapresse ignoriert die Zahlen und die dramatische Tendenz. Berichte über Betriebsschließungen, Insolvenzen und Massenentlassungen tauchen nur als Randnotizen auf.

Von *Meinrad Müller*

Vom 21. September 2019 bis zum 14. Dezember 2024 gingen 2.570.200 Arbeitsplätze verloren. Hinter jeder Zahl stehen Existenzen, Betriebe und Familien. Falsche Wirtschaftspolitik hat gravierende Folgen. Für viele bedeutete das Ende ihrer Firma zugleich das Ende ihrer Lebensgrundlage. Eine Welle der Arbeitslosigkeit zeigt sich, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Folgen nach sich zieht.

Von der Betriebspleite in die Privatinsolvenz

Für die betroffenen Mitarbeiter ist der Verlust des Arbeitsplatzes oft nur der Anfang. Kredite für das Eigenheim oder das Familienauto laufen weiter, doch ohne Einkommen schrumpfen die Reserven schnell. Die Banken lassen keine Spielräume: Wer seine Raten nicht zahlen

kann, dem droht die Zwangsversteigerung. Am Ende bleibt nicht nur der Verlust von Eigentum, sondern ein Schuldenberg, der in die Privatinsolvenz führt.

Kein Unternehmer plant die Insolvenz

Wer ein Unternehmen aufbaut, tut dies nicht in der Erwartung zu scheitern. Doch die Kombination aus politischen Fehlentscheidungen und explodierenden Energiekosten treibt viele Betriebe an den Rand des Möglichen. Gläubiger und Banken machen Druck, bis die Insolvenz unausweichlich wird. Eine Kettenreaktion folgt, formal korrekt und festgelegt in endlosen Paragraphen. Hier endet nicht nur ein Unternehmen, sondern auch jahrelange Arbeit und Hoffnung.

Die unsichtbare Katastrophe

Wer heute in die Zeitungen blickt, findet diese Zahlen kaum. Berichte über Betriebsschließungen, Insolvenzen und Massenentlassungen tauchen höchstens als Randnotizen auf. Die öffentliche Aufmerksamkeit fehlt, während im Hintergrund immer mehr Betriebe die Tür abschließen. Einer, der das dokumentiert, ist der Journalist Kreutzer. Tag für Tag zählt er die Verluste. Wer sagt, er hätte von nichts gewußt, der hat nicht hingeschaut.

Know-how, das für immer verschwindet

Mit jeder Insolvenz geht auch unwiederbringlich deutsches Know-how verloren. Fachwissen, das über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte aufgebaut wurde, wird ausgelöscht. Mitarbeiter, die gezwungen sind, ihre Stelle zu verlassen, nehmen dieses Wissen mit - und oft bleibt es ungenutzt. Es ist, als würde man die Wurzeln eines alten Baumes kappen, ohne sich zu fragen, was danach noch wachsen soll.

Ein Weckruf, kein Nachruf

Kreutzers akribische Arbeit verdient nicht nur Anerkennung, sie ist ein dringender Appell. Was wir gerade erleben, ist nicht bloß ein wirtschaftlicher Rückgang. Es ist eine systematische Vernichtung dessen, was Deutschland stark gemacht hat. Die Zahlen sind da, die Warnungen liegen auf dem Tisch. Doch wo bleibt die Reaktion?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**US-Todeslager: Die Schaffung der "neuen Deutschen"**

In der jungen Bundesrepublik wachten die Alliierten darüber, daß Vergangenheitsbewältigung, Westbindung und Umerziehung von der Politik als primäre Aufgaben angesehen wurde. Die "Erinnerungsarbeit" mündete in einer regelrechten Charakterwäsche, so der Titel von Caspar von Schrenck-Notzings Klassiker aus dem Jahr 1965. In unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner" entreißen wir das Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme. …

_ von Dr. *Günther Kriemel*

Nach dem Horror der US-Todeslager … setzten die Besatzer künftig auf subtilere Methoden der Umerziehung. Die Alliierten verboten 1945 bis 1952 insgesamt 35.743 Werke der Literatur: Schul- und Kinderbücher, Poesie, Philosophie, Zeitschriftenbände, Märchen, Romane, geschichtliche Werke aller Epochen, Bildbände, Technik- und andere Fachliteratur. Jeder einzelne dieser Titel betrifft Tausende Exemplare aller Auflagen in Bibliotheken, Büchereien, Verlagen, Buchhandlungen und auch in privaten Beständen. Der Gesamtverlust kann nur in Dutzenden von Millionen Büchern abgeschätzt werden.

Verbote statt Bücherverbrennungen

Vielfach wurden von den Alliierten Titel "ausgesondert", die auch vor 1945 verboten gewesen waren, etwa die Werke von Arthur Moeller van den Bruck. Die geistlosen "Bücherverbrennungen" waren Demonstrationsakte, denen einige Dutzend oder Hundert einzelne Bücher zum Opfer fielen.

Nach JCS 1067 (vgl. Erich Kern: Verheimlichte Dokumente) wurden alle Schulen geschlossen, die meisten Lehrer und 70 Prozent der Hochschullehrer ohne Pension entlassen, viele

verhaftet und in eins der zahlreichen Lager eingeliefert, sie erlitten den sogenannten "automatic arrest". Diese Lager waren vielfach Folterstätten. Die Folge bei der Wiedereröffnung der Schulen waren oft Klassen mit 80 - 100 Schülern, unterrichtet nach dem Dafürhalten eines unausgebildeten "Hilfslehrers".
Nach 1945 entstanden zahlreiche Sonderwegsthesen zur deutschen Geschichte - viele ließen das Unheil schon mit Luther beginnen.
Nun folgte die "Charakterwäsche" (vgl. hierzu Caspar von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche). Es wurde vorausgesetzt, daß jeder Deutsch zu militärischer Aggression und einem autoritären "Nazismus" neige. Ziel der Informationskontrolle war ausdrücklich nicht eine "Entnazifizierung", alle Deutschen sollte es treffen. Der "Deutsche Sonderweg" seit Luther manifestiere sich in der "Unfähigkeit der Deutschen, sich selbst zu regieren" (zitiert nach Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1955).

Die Verteufelung der Deutschen

Damit widerlegten die Alliierten höchstselbst ihre seit 1939 vertretene These, der Nationalsozialismus sei keine Volksbewegung gewesen, sondern fuße auf der Unterdrückung durch eine winzige tyrannische Clique. Lord Vansittart faßte das Unternehmen in die Worte, die Deutschen müßten insgesamt "einer seelischen Heilbehandlung unterzogen" werden. Der Nationalsozialismus sei eine "Erscheinung der Dauerkrankheit der deutschen Seele". Wieder einmal sollte ein "neuer Mensch" geschaffen werden.
Die Sowjets errichteten ein kollektives Zwangssystem zur Meinungskontrolle; im Westen wurden alle Medien und öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten (bis hin zu Karneval, Zirkus, Konzerten) verboten; dann wurde die Meinungsmacht einzelnen Deutschen durch "Lizenz" übertragen, nach gründlichster Prüfung und psychologischen Tiefentests. Rückkehrer aus der Emigration wurden bevorzugt. Dieses lukrative Privileg konnte beim geringsten Verstoß auch wieder entzogen werden.
Die strikte Überwachung und Zensur durch alliierte Behörden waren auch bei den Hörigsten gefürchtet. Diese Übertragung der Kontrolle an hilfswillige Deutsche erfolgte aus psychologischen Gründen und diente allein der Effektivität, nicht etwa der Demokratisierung. Denn die Strukturen der Militärdiktatur wurden ja nicht etwa beseitigt. Erst 1949 wurde (im Westen) der totalen Rechtlosigkeit durch Kodifizierung als "Besatzungsstatut" ein Mäntelchen umgehängt.

Umerziehung über ein neues Bildungssystem

Jeder Erwachsene mußte seine gesamte Biographie in einem langen Fragebogen offenbaren. Spruchkammern nach Art von Revolutionstribunalen sortierten dann nach dem Grad der "Belastung" und verhängten Sanktionen von Vermögenseinziehung bis Berufsverbot und Kerker.
In den Zonen der Westmächte lag das Hauptgewicht der "Umerziehung" beim Bildungssystem.
Besonders Kinder und Studenten sollten dem Einfluß der Familie entzogen und zu den Auffassungen der Alliierten gebracht werden. Unter höchster Geheimhaltung berieten mehr als 200 Gelehrte von Eliteuniversitäten 1943-46 in der britischen Geheimdiensthochburg Bletchley Park im Auftrag der Westalliierten, wie man mit Psychologischer Kriegsführung die Dekonstruktion des deutschen Geistes auf Dauer erreichen könne.
Die Theorien dazu lieferte die "Frankfurter Schule". Die CIA finanzierte über verdeckte Stiftungen Jazzclubs, die Kunstrichtung des "Abstrakten Expressionismus" und "Kunst am Bau" (vgl. hierzu Saunders Frances Stonor: Wer die Zeche zahlt … Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg).
Der US-Professor William Toel brachte es wie folgt auf den Punkt: "Mit einer perfiden Psycho-Strategie, ausgearbeitet von einer großzügig finanzierten Denkfabrik, wurde die deutsche Seele und das Deutschsein im Verlauf von 75 Jahren beinahe ausgemerzt." Es war eine bleier-

ne Zeit. Und manchmal muß man sich fragen, wann sie eigentlich zu Ende ging.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Film des Jahres: "Plötzlich Staatsfeind" von Imad Karim**
Nach drei Jahren intensiver Arbeit, in denen sich der als Verteidiger der deutschen Kultur bekannt gewordene deutsch-libanesische Filmemacher Imad Karim körperlich und seelisch an seine Grenzen und finanziell über sie hinaus brachte, ist sein großes Projekt nun vollendet: sein mit Spannung erwarteter erster Spielfilm "Plötzlich Staatsfeind".
Er schreibt dazu: Er "ist der filmische Versuch einer frontalen Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Wahnsinn in meiner Wahlheimat Deutschland und zwar mit den Mitteln der bitteren Satire." Der Film zeigt am Beispiel des Schriftstellers Oskar Held das dramatische Anschwellen des Totalitarismus in Deutschland, den Übergang von der bereits beklemmenden Gegenwart in eine sehr nahe dystopische Zukunft.
Auf der speziell eingerichteten Webseite https://ploetzlich-staatsfeind.de/ notiert Imad Karim zur Handlung:
"Die Entscheidung ist gefallen! Auch der Protagonist Oskar Held muß, wie alle anderen 'Vielfaltsfeinde' seine gerechte Strafe bekommen. Der einst erfolgreiche linke Schriftsteller, Bestsellerautor und gefragte Talkshowgast gilt heute als 'Abtrünniger' und 'Ewiggestriger'."
Held hatte nämlich gewagt, die ruhmreiche Politik des regierenden 'Humanistarischen (nicht mit Humanistischen zu verwechseln) Volksrates' in 'den Dreck zu ziehen. Anstatt gemeinsam mit anderen 'Kulturschaffenden Werktätigen' auf den Ausbau des Ökosozialismus hinzuarbeiten, sabotiert Oskar Held den Ökosozialismus, in dem er beginnt, seine wichtigsten Eckpfeiler wie Multikulturalismus, Genderrichtlinien und Klimapolitik offen zu kritisieren.
Unter der Herrschaft des 'Humanistarischen Volksrates' geht kein Verurteilter ins Gefängnis, sondern das Gefängnis kommt zu den Verurteilten und zwar in Form von gesellschaftsgerechter Isolation wie Separierung des Vielfaltsfeindes von seiner gewohnten Umgebung, Familie, Freunden und Arbeitsplatz, Verordnung von Erziehungseinheiten in der Gedanken-Entwirrungs-Zentrale - GEZ - bis hin zur Einpflanzung von Überwachungs-Implantaten zur Unterbindung weiterer gutmenschenfeindlicher Aktivitäten.
Oskar Held ist einer von Millionen 'Staatsfeinden' in einem fiktiven Deutschland von morgen oder vielleicht in einem Deutschland von heute. Das muß jeder Zuschauer für sich entscheiden.
Die spannendste Frage bis zum Schluß: Wie wird sich Oskar Held, jener 'Staatsfeind', letztendlich entscheiden? Sich dem Druck beugen, dem System anpassen, klein beigeben oder weiterhin ein 'Staatsfeind' bleiben mit allen negativen Konsequenzen, die eine 'Staatsfeindhaltung' in repressiven Systemen stets mit sich bringt?"
Imad Karim hat dem Film einen kurzen Ausschnitt eines BBC-Interviews von George Orwell im Jahr 1948 vorangestellt, in dem dieser uns alle in die Pflicht nimmt:
Reporterin: "Ihr Roman '1984' ist ein sehr erschreckendes Meisterwerk, denke ich."
Orwell: "Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft machen möchten, stellen Sie sich einen Stiefel vor, der auf ein menschliches Gesicht stampft - auf ewig.
Die Moral, die man aus diesem gefährlichen Alptraum ziehen kann, ist einfach (und Orwell schaut die Zuschauer an):
Lassen Sie es nicht zu. - Es hängt von Ihnen ab!"
Der Link Zum Film: https://www.youtube.com/watch?v=CTOA7EQpxeY
Zur Person: Imad Karim - deutscher Regisseur, Drehbuchautor, Fernsehjournalist und Filmautor. Er ist libanesischer Herkunft und seit Ende 1977 in Südwestdeutschland ansässig. Seine Filme wurden in den Fernsehanstalten WDR, hr, BR, MDR, ORB, SR, SWR, NDR, 3Sat, Phoenix und im ersten ARD-Programm ausgestrahlt und mehrmals wiederholt. Somit erreichten die Themen seiner Dokumentationen Millionen Zuschauer. Imad Karim gehörte jahrelang

verschiedenen Filmjurys an und ist selber Träger verschiedener Fernsehpreisen. Seit 2001 arbeitet er als freier Fernsehautor für deutsche und internationale Medien.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Studie: Bezahlen mit Bargeld und Debitkarte am günstigsten**

Verbraucher in Deutschland bezahlen mit Bargeld oder der Debitkarte am günstigsten. Das ist das Ergebnis einer Studie der Bundesbank, die am Freitag veröffentlicht wurde. Grundlage ist eine Erhebung aus dem Jahr 2023, in der das Marktforschungsinstitut Forsa mehr als 2.000 Menschen zu ihren Kosten im Umgang mit Bargeld, Debitkarte und Kreditkarte befragt hatte. Bargeld verursacht demnach pro Bezahlvorgang die geringsten Kosten, im Verhältnis zum ausgegebenen Geldbetrag ist die Debitkarte hingegen am günstigsten.

Eine Zahlung mit der Kreditkarte wäre in jedem Fall deutlich teurer. Die Kosten von Bargeld und Debitkarte liegen aus Sicht der Verbraucher in Deutschland nahe beieinander, sagte Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Bundesbank. "Bargeld kann also in Bezug auf die Kosten durchaus mit digitalen Möglichkeiten zum Bezahlen mithalten." Erstmals wurden auch Kosten erfaßt, die durch die Preisgabe von persönlichen Daten entstehen.

"Die Studie legt die relativ hohen Kosten offen, die die Datenpreisgabe beim Bezahlen ohne Bargeld nach sich zieht", so Balz. Bei der Nutzung von Bargeld hingegen entstünden keine Kosten durch Datenpreisgabe. "Das unterstreicht, wie sinnvoll es ist, mit dem digitalen Euro eine datensparsame Alternative zu bestehenden digitalen Zahlungsmitteln zu schaffen." Erfaßt wurden für die Studie Gebühren für die Kontoführung, für Barabhebungen am Geldautomaten und für Zahlungskarten sowie der finanzielle Schaden bei Verlust oder Betrug.

Hinzu kommen Kosten in Form von Zeitaufwendungen im Umgang mit Zahlungsmitteln, etwa für das Abheben von Bargeld oder das Kontrollieren von Kontoauszügen, sowie die Kosten der Datenpreisgabe. Die Studie nutzt zur Bewertung der Kosten der Datenpreisgabe bei der bargeldlosen Bezahlung zwei Methoden: So wurden die Teilnehmer gefragt, wie viel sie bereit wären zu zahlen, wenn sie bei einem Einkauf mit Karte alle mit dem Kauf erhobenen Zahlungsdaten sofort löschen lassen könnten.

Der andere Ansatz besteht darin, sich den Nutzen anzuschauen, den Unternehmen den gewonnenen Daten zumessen. Rund 42 Prozent der Befragten wären der Studie zufolge bereit, 0,50 Euro für eine sofortige Löschung der Zahlungsdaten zu bezahlen, 28 Prozent würden einen Euro bezahlen, zwölf Prozent sogar drei Euro. Für den anderen Ansatz eignet sich die Betrachtung von Bonusprogrammen und den damit verbundenen Vergünstigungen, die Kunden für die Preisgabe ihrer persönlichen Zahlungsdaten erhalten: Nimmt man den Durchschnitt beider Ansätze, lägen diese Kosten bei 0,43 Euro je Kartentransaktion bzw. 0,86 Prozent des Kartenumsatzes.

Die Studie beziffert zudem den Nutzen von Bargeld für Verbraucher. Dazu wurde in der Erhebung gefragt, welche Geldbeträge Verbraucher bereit sind zu zahlen, um Bargeld nutzen zu können. Rund die Hälfte der Befragten war schon bei einem Preisnachlaß von 0,50 Euro bereit, statt mit Bargeld mit Karte zu zahlen. 26 Prozent gaben an, selbst bei einem Preisnachlaß von drei Euro nicht auf eine Barzahlung verzichten zu wollen.

Zudem wurde gefragt, ob die Menschen gegen Bezahlung bereit wären, zu einem Bankkonto ohne Möglichkeit zum Bezug von Bargeld zu wechseln. Ein solches bargeldloses Konto wäre für 72 Prozent der Befragten selbst bei einer Zahlung von bis zu 20 Euro im Monat uninteressant. Auf Bargeld verzichten möchten die meisten somit nicht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser immer schlechter**

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Deutschland ist nach einer Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) so schlecht wie seit 20 Jahren nicht. Wie aus dem "Krankenhausbarometer 2024" hervorgeht, über das die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks

Deutschland" berichten, haben im vergangenen Jahr 61 Prozent der Häuser Verluste geschrieben. Das ist der mit Abstand höchste Wert seit der Einführung des Fallpauschalen-Systems im Jahre 2003. 39 Prozent der Kliniken erwirtschafteten einen Überschuß oder ein ausgeglichenes Ergebnis. Für 2024 erwarten sogar 79 Prozent der Klinken einen Verlust.
Für das kommende Jahr prognostizieren 65 Prozent der Kliniken eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Nur sechs Prozent sehen eine Verbesserung, 29 Prozent rechnen nicht mit Veränderungen. Zusammenfassend beurteilen 80 Prozent der Kliniken in der Umfrage ihre Wirtschaftslage als unbefriedigend. Auch das ist ein Höchststand innerhalb der vergangenen 20 Jahre. Nur fünf Prozent sehen sich in einer guten Situation. Als Grund werden vor allem Preissteigerungen bei den Personal- und Sachkosten angegeben. Sie wirken sich laut Umfrage bei 88 Prozent der Krankenhäuser stark oder sehr stark auf die Finanzsituation aus.
"Die Situation der Krankenhäuser nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an", sagte der DKG-Vorstandschef Gerald Gaß dem RND. Ursachen seien die mangelhafte Investitionsförderung und ein weiterhin fehlender Inflationsausgleich. "Diese seit Jahren bestehende Schieflage wird die Krankenhausträger im kommenden Jahr vermehrt zu harten Konsolidierungsentscheidungen zwingen", warnte Gaß. Dies werde auch negative Auswirkungen auf die regionale Patientenversorgung haben.
"Krankenhäuser sind wegen der Defizitlage gezwungen, Einschnitte in der Patientenversorgung vorzunehmen, ohne daß dies noch mit der Krankenhausplanung der Länder abgestimmt werden kann", so Gaß. Die Ergebnisse des Krankenhausbarometers 2024 beruhen laut DKG auf der schriftlichen Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Allgemeinkrankenhäusern ab 100 Betten, die von Mitte Mai bis Mitte August 2024 durchgeführt worden ist. Daran haben sich insgesamt 366 Krankenhäuser beteiligt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Immer mehr Asylbewerber sind nach Rückführung plötzlich wieder in Deutschland**
Aus einer Antwort der Bundesregierung geht hervor, daß sich immer mehr Flüchtlinge, die ursprünglich in andere EU-Mitgliedstaaten überstellt worden waren, in Deutschland aufhalten. Auch die Zahl von Asylanträgen von Flüchtlingen, die bereits Schutzstatus in Griechenland haben, steigt.
Von *Redaktion*
Einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zufolge halten sich insgesamt 15.608 Flüchtlinge, die ursprünglich in andere EU-Mitgliedstaaten überstellt worden waren, in der Bundesrepublik auf. Noch brisanter ist, daß ein Drittel dieser Personen ausreisepflichtig ist, heißt es in der dpa vorliegenden Antwort.
Von den 15.608 registrierten Rückkehrern stammen die meisten aus der Russischen Föderation, gefolgt von afghanischen und irakischen Staatsangehörigen. Über 3.300 kehrten nach einer Überstellung nach Italien erneut nach Deutschland zurück, 2.192 aus Polen. Mehr als 4.000 Rückkehrer wurden allein in den Jahren 2023 und 2024 erfaßt, der Rest kehrte früher zurück. Zum Stichtag 31. Oktober 2024 galten 5.131 dieser Personen als ausreisepflichtig, während 1.747 eine Duldung hatten, etwa wegen fehlender Reisedokumente oder eines Asylfolgeantrags.
Ein anhaltender Trend ist die steigende Zahl von Asylanträgen durch Flüchtlinge mit Schutzstatus in Griechenland, die in Deutschland erneut Schutz suchen. Bis Oktober 2024 wurden über 21.110 solcher Anträge registriert. Ursache ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, das eine Rückkehr nach Griechenland aufgrund bürokratischer Hürden und mangelnder Unterstützung als unzumutbar ansieht. Dies führt zu wachsendem Druck auf das deutsche Asylsystem.
Apollo News sprach vor einigen Monaten mit Manuel Ostermann, dem stellvertretenden Bun-

desvorsitzenden der DPolG Bundespolizeigewerkschaft. Für Ostermann steht fest: "Schengen ist gescheitert", das jedoch nicht erst seit gestern. Schuld an dem Niedergang sei niemand anderes als Angela Merkel, diese hätte 2015 das Abkommen "komplett zerstört". Die Auswirkungen der Handlungen Merkels seien bis heute zu spüren.
Doch da hört es noch nicht auf. Laut Ostermann funktioniert kaum noch etwas in der Asylpolitik. Der Gewerkschafter spricht von fehlenden Abschiebehaftplätzen, Bürokratiewahnsinn und politischer Tatenlosigkeit. Die Tatsache, daß die meisten Abschiebungen scheitern, "spricht Bände". Ohne Kehrtwende wird die Abschiebepraxis weiter jeglicher Effektivität spotten.
Wie die Abschiebungen in der Praxis aussehen, zeigt eine Dienstanweisung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an die Bundespolizei am Flughafen Düsseldorf. Wie aus dem Dokument hervorgeht, dürfen Personen, die sich aktiv oder passiv ihrer Abschiebung widersetzen, unter bestimmten Umständen auf freien Fuß gesetzt werden. Konkret heißt es in der Anweisung: "Wenn sich der Betroffene weigert, in das Flugzeug zu steigen bzw. auf eine andere Art versucht, sich der Abschiebung zu widersetzen (aktiver/passiver Widerstand), kann dieser auf freien Fuß gesetzt werden und eigenständig zu der ihm zugewiesenen Unterkunft zurückreisen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**"Wokepedia": Wegen Diversity-Ausgaben ruft Musk zum Spenden-Boykott der Enzyklopädie auf**
Für die Jahre 2023 und 2024 hat Wikimedia, die Organisation hinter Wikipedia, Ausgaben in Höhe von 50 Millionen Dollar für Gleichheit, Sicherheit und Inklusion veranlasst. Elon Musk ruft deshalb zu einem Spendenboykott auf: "Wokepedia" solle erst wieder unterstützt werden, wenn die Autoren neutral sind.
Von *Redaktion*
Elon Musk brachte im Internet den Begriff "Wokepedia" in Umlauf.
Kurz vor Heiligabend hat Elon Musk dazu aufgerufen, nicht mehr an die Online-Enzyklopädie Wikipedia zu spenden. Grund dafür sind die Zahlen aus dem Jahresplan für 2023 und 2024 von Wikimedia, der übergeordneten Organisation: 50 Millionen Dollar sollen in diesem Zeitraum in den Bereichen Gleichheit beziehungsweise Gerechtigkeit, Sicherheit und Inklusion ausgegeben worden sein. Rund 30 Prozent des Gesamtbudgets von 177 Millionen Dollar wurden somit in Gleichstellungsmaßnahmen investiert.
Auf X rief Musk am 24. Dezember deshalb dazu auf, nicht mehr an "Wokepedia" zu spenden - bis "die redaktionelle Balance wieder ins Gleichgewicht" gebracht wird. Wikipedia sieht sich immer wieder mit den Vorwürfen konfrontiert, die einzelnen Einträge nicht ausgewogen zu prüfen und vor allem gegen rechte Inhalte strenger vorzugehen.
Im Juni hatte das Manhattan Institute, eine sich "für die Förderung von Chancen, individueller Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Amerika" einsetzende Denkfabrik, englischsprachige Wikipedia-Einträge untersucht: bei Berichten über Personen, die rechts der Mitte eingeordnet werden, stellte die Denkfabrik oft eine negative Konnotation fest.
Normalerweise werden Einträge bei Wikipedia überprüft, bei langjährigen, etablierten Autoren kann das schneller gehen. Immer wieder wird in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben, bei Wikipedia hätten sich Verfasser etabliert, die eher dem linken Spektrum angehören. Immer wieder wird auch vor der Vertrauenswürdigkeit der Online-Enzyklopädie gewarnt, denn: die Autoren schreiben überwiegend auf freiwilliger Basis, ihre Qualifikation kann daher nicht nachvollzogen werden.
An dieser Stelle schließt ein weiterer Kritikpunkt an: obwohl die Einträge kaum finanziell entlohnt werden, hantiert die Organisation mit Millionenbeträgen in dreistelliger Höhe. Laut dem Jahresplan für 2023 und 2024 wurden nur rund 50 Prozent des Budgets von 177 Millio-

nen Dollar in die Infrastruktur von Wikimedia gesteckt, 22 Prozent in die Effektivität der gemeinnützigen Arbeit. Gemeint sind vor allem strukturelle Abläufe.
Die 31 Millionen Dollar, die für Gleichheit vorgesehen sind, sollen vor allem "Wissensgleichheit unterstützen" und Wissenslücken schließen. "Um unsere Vision zu verwirklichen, müssen wir uns mit Menschen vertraut machen, die uns helfen, Gerechtigkeitslücken zu schließen", heißt es recht unspezifisch.
Weitere 20 Millionen Dollar sollen die Sicherheit und Inklusion verbessern. Darunter versteht Wikimedia vor allem den Schutz der eigenen Mitarbeiter vor "wachsenden externen Bedrohungen". Außerdem möchte die Organisation verstärkt gegen "Desinformation und schädliche staatliche Vorschriften" vorgehen.
Auch im kommenden Jahr möchte Wikimedia einen großen Teil des Budgets von 189 Millionen Dollar in diese Bereiche investieren, das offenbart der Jahresplan für 2024 und 2025. Rund 33 Millionen Dollar sollen für Gleichheit ausgegeben werden, 18,5 Millionen Dollar für Sicherheit und Integrität - das Wort Inklusion wurde an dieser Stelle ersetzt. Der Anteil der Gleichstellungsausgaben sinkt damit leicht auf etwa 27 Prozent.
Daß Musk kein Verständnis für die Ausgaben der Organisation hat, zeigte der X-Chef bereits im vergangenen Jahr. In einem Beitrag kündigte er zudem an, eine Milliarde Dollar an Wikipedia zu spenden, sollte sich die Plattform - die immerhin am vierthäufigsten im laufenden Jahr besucht wurde und damit vor Instagram liegt - in "Dickipedia" umbenennen. Auf Nachfrage eines Nutzers erklärte Musk jetzt: "Das Angebot steht immer noch".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Triumph der Freiheit**
Das Brandenburger Tor: Symbol der Spaltung und der Einheit. In Deutschlands Hauptstadt steht ein Stadttor für mehr als 200 Jahre wechselvolle Geschichte. Vor allem die Göttin mit ihrem Vierergespann wurde hin- und hergerissen. …
Berliner und ihre Touristen kennen sie nur als Quadriga. Das ist höchst kurios. Quadriga bedeutet ein von vier Pferden gezogenes Gespann. Doch seit wann werden Denkmale nach ihrem Fortbewegungsmittel benannt? Das wäre ja so, als würde des Alten Fritzens Reiterstandbild Unter den Linden "Das Pferd" betitelt. Wichtiger dürfte wohl die dargestellte Person sein, in diesem Tor-Fall eine Olympische Göttin. Jene Dame hat samt ihren vier treuen Rossen über mehr als 200 Jahre hinweg etliche Turbulenzen in Preußen-Deutschlands Metropole erblickt.
Der Traum vom Frieden
Friedrich Wilhelm II., keine besondere Leuchte in der Ahnenreihe der Hohenzollern, besaß zumindest ein sicheres Gespür für Kunst und Kultur. Daß Berlin unter seiner Ägide (1786-1797) zu einer der schönsten Städte Europas geriet, ist dem "dicken Wilhelm" und dessen Bauleidenschaft zu verdanken. Der Monarch vermochte sogar den altgewohnten Gegensatz zwischen höfischer und bürgerlicher Kultur zu überbrücken. Komödienhaus, Singakademie, Pfaueninsel, das Innere von Schloß Monbijou - überall erfuhr der Klassizismus seine reinste Ausprägung.
Jede Braut eines preußischen Prinzen fuhr vor ihrer Hochzeit durchs Tor.
Höhepunkt dieser Entwicklung war das 1791 vollendete Brandenburger Tor. Carl Gotthard Langhans errichtete den 20 Meter hohen und 65 Meter breiten Säulenbau auf dem Areal eines alten Spritzenhauses; die Idee dazu kam vom König höchstselbst. Drei Jahre später wurde das Tor vom Bildhauer Johann Gottfried Schadow mit dem berühmten Aufsatz versehen.
Über den tieferen Sinn schrieb Langhans damals: "Die auf der Attika stehende Figur stellt den Triumph des Friedens dar." Denn das Gespann lenkte zunächst Eirene, die antike Göttin des Friedens. Auch sollte die Gestaltung des Tores ganz bewußt an die Propyläen der Athener Akropolis erinnern. Sie wurden unter der Schirmherrschaft des Friedensfürsten Perikles errichtet und als solcher erachtete sich auch Friedrich Wilhelm II. Er wollte seinen Untertanen

ein goldenes Zeitalter bescheren. Gleichwohl war die ursprünglich geplante Vergoldung des göttlichen Gespanns dem König dann doch zu teuer…
Bald gehörte das Tor auch zu den beliebtesten Treffpunkten mit Prostituierten. Und das, obwohl der König 1790 in seinem sogenannten Lusthausreglement versuchte, Berlins Dirnen aus der Öffentlichkeit zu entfernen und unter staatliche Kontrolle zu stellen. Man weiß, wie so etwas endet. 1795 existierten 54 spezielle Einrichtungen mit 257 Liebesdienerinnen. "Bricht die Nacht herein, so gehen sie auf Verdienst aus, und da sind denn die Lindenallee mit dem Brandenburger Tore, der Lustgarten, der Schloßplatz und der Tiergarten ihre Hauptpromenade", notierte ein Berlin-Besucher um 1800.

Napoleon ad portam

Doch schon 1806 ging es mit dem fidelen Treiben jäh zu Ende. Nach der Niederlage der Preußen in Jena und Auerstedt besetzten französische Truppen am 25. Oktober Berlin. Kaiser Napoleon I., einer der ungeniertesten Kunsträuber aller Zeiten, ließ das bronzene Vierergespann vom Tor abmontieren und als Beute nach Frankreich verschleppen. Ende 1806 wurde das zerlegte Denkmal in 13 Kisten verpackt und auf dem Wasserweg über Hamburg nach Paris geschafft. Im Louvre stellte man das Raubgut als politisches Symbol zur Schau.
Nach der Niederlage Napoleons kehrte das Gespann Anfang Juni 1814 im Triumphzug an die Spree zurück. Die allzeit spottlustigen Berliner sprachen von einer "Retourkutsche". Nach der Restaurierung erhielt die Frauenfigur - mittlerweile Siegesgöttin Nike oder Victoria - im Juli das Eiserne Kreuz in ihren Eichenkranz sowie den gekrönten Preußenadler mit ausgebreiteten Schwingen, beides entworfen von Karl Friedrich Schinkel.
Der feierliche Einzug des siegreichen preußischen Heeres am 7. August 1814 sollte beileibe nicht das letzte Spektakel dieser Art sein. Umjubelte Paraden zogen auch nach den Kriegen gegen Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1871 durch das Brandenburger Tor. Es wurde gleichsam zum Symbol für die militärische Unbesiegbarkeit Preußens und Deutschlands.
Die Göttin mit ihrer Quadriga fand späte Gnade.
Namentlich die Siegesparade vom Juni 1871 wurde exemplarisch wie ein römischer Triumphzug begangen. Ein Augenzeuge berichtet: "Nachdem unser Heer durch das Brandenburger Tor trat, wurde es nicht nur mit dem Jubelruf der tausenden versammelten Einwohner begrüßt, sondern auch von den 63 Ehrenjungfrauen, die in weißer altdeutscher Tunika gekleidet waren." Und der bayerische Politiker Hohenlohe-Schillingsfürst bemerkte: "Keine Spur von der früheren Animosität gegen das Militär… Der gemeinste Arbeiter sah die Truppe mit dem Gefühl an, daß er dazu gehöre oder gehört habe."
Dagegen trat die funktionale Aufgabe des Tores allmählich in den Hintergrund. Ursprünglich wurden hier Binnenzölle eingenommen und registriert, welche Personen Berlin betreten oder verlassen. Die königliche Wache, untergebracht im südlichen Flügelbau, sollte Soldaten der Garnison am Desertieren hindern, die Steuerbehörde residierte im nördlichen Flügelbau. Nachts verschloß man das Tor mit Gitter- bzw. Holztoren. Endgültig abgeschafft wurden die eisernen Türflügel 1840. Die mittlere Durchfahrt durfte bis 1918 ausschließlich die kaiserliche Familie mit ihren persönlichen Gästen benutzen.
An Gedenktagen, vor allem zum Reichsgründungsdatum (18. Januar) und dem Sedantag (2. September) schmückte man das Tor prächtig mit Girlanden und Fahnen, an Trauertagen trug es schwarzen Flor, wie 1888, als Kaiser Wilhelm I. ins Charlottenburger Mausoleum seiner Eltern überführt wurde. Jede Braut eines preußischen Prinzen fuhr vor ihrer Hochzeit durchs Tor, weil im Jahre 1794 die spätere Königin Luise und ihre Schwester Friederike hier nach Berlin eingezogen waren. "Kein hoher Gast, kein Staatsoberhaupt, kein König oder Kaiser kam nach Berlin, ohne durch das Nationaldenkmal geführt zu werden", schreibt Barbara Demandt in ihrem Werk Metamorphosen eines Tores.

Symbol der Zerrissenheit
Dann brachen wilde Zeiten herein. Während der Revolution von 1918 besetzten aufständische Matrosen das Tor und lieferten sich im folgenden Januar heftige Kämpfe mit Regierungstruppen. Der erst fünf Jahre zuvor sorgfältig restaurierte Bau erlitt dabei viele Schäden, namentlich die Quadriga wurde regelrecht durchlöchert. In den 20er und 30er Jahren gab es mehrfach Diskussionen über eine Versetzung des Tores, weil es inzwischen schlicht als Verkehrshindernis galt. Der SA-Fackelzug vom 30. Januar 1933 läutete die Herrschaft des Nationalsozialismus ein.
"Macht das Tor auf!" Ronald Reagan, 1987
Zwölf Jahre später erreichten sowjetische Truppen das Tor und hißten am 2. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation Berlins, die rote Fahne mit Hammer und Sichel als Siegeszeichen neben den Überresten der Quadriga. Demonstranten rissen dieses Banner am 17. Juni 1953 herunter. Mehr als zehn Jahre stand das Gebäude als triste Halbruine zwischen den Besatzungszonen Berlins. Erst im September 1956 raffte sich der Ost-Berliner Magistrat auf und verkündete, man werde das einzige noch erhaltene Stadttor wiederaufbauen.
Auch die Göttin mit ihrer Quadriga fand späte Gnade: 1942 hatte man einen Gipsabdruck genommen, der alle Kriegsfolgen überstand. Im Westteil der Stadt fand sich eine Gießerei, die das Kunstwerk restaurieren konnte. Ende 1957 fuhr Victorias Wagen wieder gen Osten. Das war wohl manchen Genossen zu viel der Nostalgie. Anfang August 1958 verbrachte man in einer Nacht- und Nebelaktion die Quadriga zum benachbarten Marstall und entfernte Preußenadler nebst Eisernem Kreuz. "Embleme des preußisch-deutschen Militarismus" dürften nicht mehr öffentlich gezeigt werden, hieß es.
Der Mauerbau am 13. August 1961 veränderte die Funktion des Tores radikal. Nun stand es im Niemandsland - unerreichbar für Ost und West, allenfalls noch Schauobjekt für Staatsgäste. Parallel dazu stieg das Tor zum Erinnerungsort der deutschen Teilung auf, zum Symbol aber auch der Freiheit. Jahrelang verteilte das Kuratorium Unteilbares Deutschland Anstecknadeln mit seinem Bild und der Inschrift "Macht das Tor auf!" So wie es 1987 US-Präsident Ronald Reagan vom sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow forderte. Nach dem Mauerfall bildete das Tor eine Tribüne für die Feiern der endlich erreichten deutschen Einheit. Göttin Victoria bekam Adler und Kreuz wieder zurück.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Geschichte 3: "Jan von Flocken: Mythisches Deutschland".<<
Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Viktor Orbán zum Blutbad von Magdeburg: "Deutsche leben bereits in einer anderen Welt"**
Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat sich erstmals zum Blutbad von Magdeburg geäußert und einen direkten Zusammenhang zur Masseneinwanderung nach Europa hergestellt. In einem Interview mit der ungarischen Zeitung Magyar Nemzet stellte er fest, daß es solche Anschläge bis zum Beginn der Masseneinwanderung nach Europa nicht gegeben habe. Seitdem jedoch würden sie immer wieder geschehen.
Weiter sagte Orbán: "In Ländern, die keine Migranten aufgenommen haben, gibt es nur eine Schlußfolgerung: Man darf sie auch künftig nicht aufnehmen. Punkt. Ich weiß nicht, was schwieriger ist: sie nicht aufzunehmen - oder, wenn man sie bereits aufgenommen hat, sich dann zu schützen."
Weiter führte der ungarische Ministerpräsident mit Blick auf die Masseneinwanderung aus: "Wir Ungarn hatten zum Glück rechtzeitig den Verstand und den Mut, Nein zu sagen. Wenn man den Fehler macht, ist man mittendrin, und dann beginnt eine andere Welt. Die Deutschen leben bereits in dieser anderen Welt."
Orbán unterstrich: "Wir in Ungarn sollten dem lieben Gott danken, daß wir solche Dinge nicht

erleben müssen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31530" berichtet am 27. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Rumänien: Kriegsgegner als Präsident nicht erwünscht**

Am 06. Dezember hat das rumänische Verfassungsgericht die erste Runde der Präsidentschaftswahl annulliert und verfügt, daß der komplette Wahlprozeß wiederholt werden muß. Beim ersten Wahlgang hatte der parteiunabhängige Calin Georgescu die meisten Stimmen geholt und wäre gegen Elena Lasconi von der liberalen USR-Partei in der Stichwahl angetreten. Diese Stichwahl war bei den im Ausland lebenden rumänischen Staatsangehörigen bereits am Laufen und Georgescu hatte Umfragen zufolge gute Chancen, sie zu gewinnen, als sie dann überraschend durch das Gericht gestoppt wurde.

Diese Entscheidung ist im In- und Ausland hoch umstritten und stellt nach Ansicht vieler Beobachter einen unrechtmäßigen Eingriff in die demokratischen Prozesse des Landes dar. Lasconi klagte, die Demokratie werde mit Füßen getreten. Georgescu und der im ersten Wahlgang unterlegene Kandidat der Partei AUR, George Simion, sprachen von einem Staatsstreich. Auch die deutsche Zeitung "Die Welt" verwendete die Bezeichnung Staatsstreich und schrieb, daß erstmals in der Geschichte der EU eine Wahl abgesagt werde, "weil das falsche Ergebnis drohe".

Liegen ausreichende Gründe für diese Entscheidung vor?

Die Annullierung einer Wahl ist eine weitreichende Entscheidung, für die gewichtige Gründe vorliegen müssen. Gab es Manipulationen an den Urnen oder Wahlcomputern? Wurden Stimmen mehrfach gezählt? Wurden Ergebnisse verfälscht? Wurden Stimmzettel mehrfach ausgegeben? Wurden Menschen bei ihrer Wahlentscheidung unter Druck gesetzt?

Nichts dergleichen ist bekannt. Der Auszählungsprozeß läuft in Rumänien sehr transparent ab. Vertreter aller Parteien beobachten den Abstimmungsprozeß und nehmen an der Auszählung der Stimmzettel teil. Alles wird von Kameras festgehalten. Trotzdem ordnete das Verfassungsgericht, bei dem 8 von 9 Richtern aus den etablierten Parteien PSD und PNL kommen, nach der Wahl ohne Begründung eine Neuauszählung an.

Somit wurde die Wahl sogar doppelt geprüft. Die Nachzählung führte jedoch zu keinen anderen Ergebnissen. Am 3. Dezember, nur drei Tage vor der Annullierung der Wahl, erklärte das Verfassungsgericht die Wahl für rechtmäßig. Es gäbe keine Hinweise auf Wahlbetrug. Woher kam dann kurz darauf der plötzliche Sinneswandel des Gerichts?

Am Tag nach der Feststellung der Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses gab der amtierende rumänische Präsident Klaus Iohannis fünf Berichte von Geheimdiensten frei, die darauf hindeuten sollen, daß eine koordinierte Social-Media-Kampagne eines höchstwahrscheinlich staatlichen Akteurs die Wahl Georgescus ermöglicht habe. Es seien tausende, schon vor Jahren angelegte, aber dann nicht genutzte, sogenannte Schläferkonten auf der Kurzvideo-Plattform Tiktok und Telegram aktiviert worden, die Georgescu unterstützt und ihn massiv beworben hätten.

Auch soll es bezahlte Influencer (= Menschen, die in sozialen Netzwerken besonders bekannt sind und mit ihren Anregungen ihre zahlreichen Anhänger ("Follower") beeinflussen) gegeben haben, die Georgescu unterstützt haben. Mittlerweile wurden auch Razzien bei mutmaßlichen Unterstützern Georgescus durchgeführt. Georgescu selbst bestreitet, derartige Aufträge erteilt zu haben. Zudem gibt er an, kein Geld für den Wahlkampf ausgegeben zu haben.

Einmischung aus dem Ausland

Ob Calin Georgescu wirklich von den Russen unterstützt wurde, kann mit aktuellem Wissensstand nicht ausreichend beurteilt werden. Es ist aber durchaus denkbar - und ein Sieg Georgescus wäre sicher auch im Interesse Rußlands gewesen. Die Frage ist aber, ob die Bevorzugung eines Kandidaten auf einer Social-Media-Plattform wirklich ausreichend ist, um die Wahl zu annullieren. Denn es wurde ja deutlich geprüft, daß die Wahl selbst rechtmäßig

abgelaufen ist. Selbst wenn Georgescu wirklich massiv beworben wurde, liegt die Entscheidung immer noch beim Wähler, wo er sein Kreuz setzen will.
Hinzu kommt, daß Georgescu zwar auf TikTok stark präsent war, dafür aber nahezu an keiner TV-Debatte teilgenommen hat. Insgesamt waren in den Massenmedien vor allem die Kandidaten der etablierten Parteien präsent. So gleicht sich der vermeintliche TikTok-Vorsprung schnell wieder aus. Davon abgesehen gibt es sicher auch weitere Akteure aus dem Ausland, die sich mit Sicherheit in den Wahlkampf eingemischt haben.
Daß sich beispielsweise der Milliardär George Soros seit vielen Jahren in allen osteuropäischen Ländern massiv ins politische Geschehen einmischt, ein Geflecht an NGOs (NGOs = Nicht-Regierungs-Organisationen) aufgebaut hat sowie Medien, Hochschulen und vieles mehr über Spenden finanziert und so in die gewünschte Richtung lenkt, ist ein offenes Geheimnis. Die rumänischen Sozialdemokraten versuchten 2017 per Gesetz den Einfluß von Soros-NGO's einzudämmen, was zu blutigen Straßenprotesten führte. Politiker wie der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokraten, Liviu Dragnea, die Soros öffentlich kritisierten, wurden mit Klagen überzogen, erlebten Einschüchterungsversuche und wurden als Verschwörungstheoretiker und Schwachköpfe lächerlich gemacht.
Der ehemalige rumänische Ministerpräsident Victor Ponta erklärte, daß es Hinweise darauf gäbe, daß Soros eine Rolle beim Sturz seiner Regierung gespielt habe. Mittlerweile hat Soros die drei großen Parteien so weit auf Linie gebracht, daß der rumänische Politikwissenschaftler Bogdan Duca 2020 geäußert hatte, daß es für Soros in Rumänien keine Herausforderungen mehr gebe. Bezüglich der Partei USR ging er sogar so weit zu sagen, daß Soros in Rumänien seine eigene Partei, die USR, habe. Somit dominiert mit Soros seit Jahren ein Ausländer die politische Landschaft. Jedoch haben diese ausländischen Einmischungen das Verfassungsgericht noch nie bewogen, eine Wahl zu annullieren. Warum also gerade jetzt?
Eine gewichtige Erklärung dafür könnte die Position Georgescu's zum Ukraine-Krieg sein, die er während seines Wahlkampfes vertreten hat. Georgescu hat sich stets gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für Friedensverhandlungen ausgesprochen. Er plädiert für einen Dialog mit Rußland und will das rumänische Volk aus dem Krieg heraushalten und diesen auch nicht finanzieren. Das Geld gehöre dem rumänischen Volk und sollte auch für dieses verwendet werden.
Nach diesen Aussagen dürften in der NATO-Zentrale die Alarmglocken geläutet haben, als Georgescu die erste Runde der Wahl für sich entschieden hatte. Denn gerade in der Sicherheitspolitik hat der Präsident in Rumänien eine sehr starke Stellung inne. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und für die Außenpolitik zuständig. Er vertritt das Land auf NATO- und EU-Gipfeln. Zudem hat er ein Initiativrecht für Volksabstimmungen bei Fragen von nationalem Interesse.
Georgescu betonte, daß er nicht aus der NATO und auch nicht aus der EU austreten wolle. "Was ich jedoch will, ist, Stellung zu beziehen, nicht dort zu knien, nicht alles hinzunehmen."
Somit könnte ein Machtwechsel hin zu Georgescu der Allianz große Probleme bereiten, zumal Rumänien ein Schlüsselstaat für die NATO ist:
Über Rumänien hat das Bündnis Zugang zum Schwarzen Meer, wo sich auch die Halbinsel Krim befindet, die für Rußland eine große strategische Bedeutung hat. Sollte es zu einem Konflikt mit Rußland kommen, könnte Rumänien von seiner geographischen Lage her die Südflanke bilden.
Rumänien übertrifft mit seinen Militärausgaben das 2 %-Ziel der NATO (Absichtserklärung der NATO-Staaten, daß 2 % des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung investiert werden soll. Bis vor wenigen Jahren wurde das gerade nur von ca. der Hälfte der NATO-Staaten erreicht) und hat der Ukraine ein Patriot Raketenabwehrsystem geliefert.
In Rumänien wird derzeit für 2,5 Mrd. der größte NATO-Stützpunkt Europas errichtet, der

Platz für 10.000 Soldaten bieten soll.
Ebenso befindet sich im rumänischen Deveselu einer von zwei Standorten des NATO-Raketenschilds. Putin hat wiederholt deutlich gemacht hat, daß er diesen als Bedrohung empfindet, da Rußland die Befürchtung hat, daß von dort auch nuklearfähige Tomahawk-Marschflugkörper und Raketen abgeschossen werden können.
Georgescu hat diese Raketen als nationale Schande bezeichnet. So etwas hört man bei der NATO mit Sicherheit gar nicht gerne. Auch in weiteren Bereichen liegt Georgescu nicht auf Linie mit dem politischen Establishment. Er glaubt nicht daran, daß das CO2 für den Klimawandel verantwortlich ist und bezeichnete die Corona-Lockdowns als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Georgescu hatte als ehemaliger Präsident des Club of Rome (einflußreiche Denkfabrik mit dem Ziel der Bevölkerungs-Reduktion) für Europa und als "UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und gefährliche Abfälle" auch Einblicke in die höheren Kreise der globalen Machthaber und wurde zum Whistleblower. Er bezeugte, daß es ein weltweites Oligarchensystem gibt, das die Kontrolle über die wichtigsten globalen Schaltstellen ausübt, und dessen Mitglieder über ein System der Pädophilie miteinander verbunden seien.
Georgescu hat sich mit diesen Bezeugungen und Positionen auf offenen Konfrontationskurs mit den globalen Machthabern begeben, die offensichtlich nicht zuschauen wollten, wie dieser Mann die zentrale Position in einem der wichtigsten NATO-Staaten erobert. Es stellt sich daher die Frage, ob gewisse Kreise dem Verfassungsgericht nahegelegt haben, ihre Entscheidung zur Anerkennung der Wahl vom 3. Dezember nochmals zu überdenken.
Ob die eine Woche später überraschende Aufhebung des Langzeit-Vetos Österreichs gegen den Vollbeitritt Rumäniens zum Schengen-Raum als "Zuckerl" hinzugegeben wurde, darüber kann nur spekuliert werden.
Mit der nun getroffenen Entscheidung des Verfassungsgerichts startet der gesamte Wahlprozeß aufs Neue. Bis die Wahl wiederholt wird, wird erst mal viel Zeit vergehen, ein Termin Mitte bis Ende März ist im Gespräch, da nach den kürzlichen Parlamentswahlen noch keine Regierung gebildet ist, die diese Wahlen organisieren kann. Erst nachdem sich eine Regierungskoalition gebildet hat, wird das Datum für die neue Präsidentschaftswahl festgelegt werden. Dann beginnen die Fristen für die Erklärung der Kandidaturen und die Neueinreichung der Unterstützerunterschriften zu laufen.
Fraglich ist, ob Georgescu nochmals antreten kann, oder ob man bis dahin ausreichend Anklagepunkte findet oder konstruiert, um ihn komplett von der Wahl auszuschließen. Der bisherige Staatspräsident und WEF-Mann Klaus Iohannis, der dieses Jahr auch für das Amt des NATO-Generalsekretärs kandidiert hatte, hat bereits erklärt, das Amt bis zur Wahl weiterhin ausüben zu wollen. Iohannis hatte nach der Entscheidung des Gerichts ein ausführliches Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Beide erklärten danach übereinstimmend, "die Sicherheit der sozialen Netzwerke stärken zu wollen".
Im Klartext bedeutet das wohl, durch Zensur oder sonstige Methoden dafür zu sorgen, daß Georgescu bei einer erneuten Wahl keine große Reichweite auf den sozialen Netzwerken erzielen kann. Die übrigen Medien haben nun einige Monate Zeit, um sich auf Calin Georgescu einzuschießen und ihn beim Volk unmöglich zu machen. Die große Frage ist, ob das rumänische Volk diesen Bemühungen Folge leisten wird, oder ob es sich für einen größeren Kurswechsel entscheidet.<<

28.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Elon Musk ruft zur Wahl der AfD auf: "Die AfD ist der letzte Funke Hoffnung für Deutschland!"**
Nachdem US-Milliardär Elon Musk (53) kurz vor Weihnachten auf X mit der Aussage "Only

AfD can save Germany" für linksgrüne Schnappatmung gesorgt hatte, legt der künftige Chefberater von US-Präsident Donald Trump nun in einem Gastbeitrag für das Springer-Blatt "Welt am Sonntag" nach - und das nicht zu knapp!
Aus Musks Sicht kann nur die Alternative für Deutschland (AfD) für eine Wiederbelebung der Wirtschaft sorgen. Auch in Bezug auf eine Begrenzung der unkontrollierten Zuwanderung sieht Musk in der AfD buchstäblich die einzige Alternative: "Eine Nation muß ihre Grundwerte und ihr kulturelles Erbe bewahren, um stark und geeint zu bleiben."
Der Deutschland-Kurier dokumentiert die wichtigsten Passagen von Musk's bemerkenswertem Gastbeitrag in der "Welt am Sonntag":
- "Deutschland steht an einem kritischen Punkt - seine Zukunft taumelt am Rande des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs. Als jemand, der bedeutende Investitionen in die deutsche Industrie- und Technologielandschaft getätigt hat, glaube ich, daß ich das Recht dazu habe, offen über seine politische Ausrichtung zu sprechen. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist der letzte Funke Hoffnung für dieses Land."
- "Die deutsche Wirtschaft, einst der Motor Europas, versinkt heute in Bürokratie und erdrükkenden Vorschriften. Die AfD hat verstanden, daß wirtschaftliche Freiheit nicht nur wünschenswert, sondern notwendig ist. Ihr Ansatz zum Abbau staatlicher Überregulierung, zur Steuersenkung und zur Deregulierung des Marktes spiegelt die Prinzipien wider, die Tesla und SpaceX erfolgreich gemacht haben."

Make Germany great again

Elon Musk betont: Wenn Deutschland seine industrielle Stärke zurückgewinnen wolle, brauche es eine Partei, die nicht nur über Wachstum redet, sondern auch politische Maßnahmen ergreife, um ein Umfeld zu schaffen, in dem Unternehmen ohne starke staatliche Eingriffe gedeihen können.

Die AfD ist nicht fremdenfeindlich

- In Bezug auf die illegale Masseneinwanderung Zuwanderung stellt Musk fest: "Die AfD setzt sich für eine kontrollierte Einwanderungspolitik ein, die der Integration und dem Erhalt der deutschen Kultur und der Sicherheit Vorrang einräumt. Dabei geht es nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern darum, daß Deutschland seine Identität nicht im Streben nach Globalisierung verliert. Eine Nation muß ihre Grundwerte und ihr kulturelles Erbe bewahren, um stark und geeint zu bleiben."

Plädoyer für Atomkraft

In einer aller Deutlichkeit rechnet Tesla-Eigner Musk (E-Auto hin oder her) mit dem Energiewende-Irrsinn ab: "Die von der derzeitigen Koalition betriebene Energiepolitik ist nicht nur wirtschaftlich kostenintensiv, sondern auch geopolitisch naiv. Die Entscheidung Deutschlands, aus der Kernenergie auszusteigen und statt dessen ohne die für die Stabilität der Stromversorgung erforderlichen Batteriespeicher im Netz in hohem Maße auf Kohle und importiertes Gas sowie auf unbeständigen Wind- und Solarstrom zu setzen, hat das Land, vor allem im Hinblick auf Unterbrechungen der Stromversorgung, anfällig gemacht."

"Für mich klingt Alice Weidel nicht nach Hitler"

Dann eine Ohrfeige für die Altparteien, die gesessen hat: "Die traditionellen Parteien haben in Deutschland versagt. Ihre Politik hat zu wirtschaftlicher Stagnation, sozialen Unruhen und einer Aushöhlung der nationalen Identität geführt. (…) Die Darstellung der AfD als rechtsextrem ist eindeutig falsch, wenn man bedenkt, daß Alice Weidel, die Vorsitzende der Partei, eine gleichgeschlechtliche Partnerin aus Sri Lanka hat! Klingt das für Sie nach Hitler? Ich bitte Sie!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Unverschämt: Kriegstreiber Melnyk fordert von Deutschland 80 Milliarden Euro Militärhilfe für die Ukraine!**
Der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hat eine massive Ausweitung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert. Wenig überraschend: Große Hoffnung setzt er dabei auf eine "schwarz-grüne" Kriegstreiberkoalition unter einem möglichen Kanzler Friedrich Merz (CDU).
"Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, daß die Militärhilfe für die Ukraine im Koalitionsvertrag auf eine stabile Basis gestellt wird", sagte Melnyk den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Samstagsausgaben). Die künftige Koalition sollte für die nächsten vier Jahre "mindestens 80 Milliarden Euro einplanen, also 20 Milliarden Euro pro Jahr."
Die Summe wäre "eine gewinnbringende Investition auch für Deutschlands Sicherheit", behauptete Melnyk, ein Bewunderer des ukrainischen Ultra-Nationalisten und Nazi-Kollaborateurs Stepan Andrijovyc Bandera. Deutschland würde damit auch ein Signal der Stärke an den designierten US-Präsidenten Donald Trump senden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Zu wenig Stimmen für Altparteien, zu viele für die AfD: Bundespräsident droht mit Annullierung der Neuwahlen!**
Der Countdown zur Bundestagswahl am 23. Februar läuft, nachdem der Bundespräsident den 20. Deutschen Bundestag offiziell aufgelöst hat. Es ist ein mehr als befremdlicher Vorgang: In einem sechsminütigen Statement zur Begründung seiner Entscheidung hat sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ("Walter, der Spalter") offen in den Bundestagswahlkampf eingemischt und indirekt mit der Möglichkeit einer Wahl-Annullierung gedroht.
Sechs Minuten lang erläuterte SPD-Apparatschik Frank-Walter Steinmeier (SPD), warum er das Parlament aufgelöst und Neuwahlen abgeordnet hat. Seicht-frömmelnd wie immer salbaderte das Staatsoberhaupt über Demokratie - eine Demokratie, so wie sie dieser SPD-Apparatschik und Altparteien-Notar versteht. Im Grunde sprach Steinmeier zum Apparat, dessen Handlanger er zeitlebens war und dem er bis an das Ende seiner Tage eine Apanage ("Ehrensold") von rund 220.000 Euro im Jahr verdankt.
Der Bundespräsident forderte, daß der Wahlkampf "fair und mit transparenten Mitteln" geführt werde. So weit, so floskelhaft.
Doch dann kam "Walter der Spalter" unter Mißachtung seiner Neutralitätspflicht schnell zum Thema und verwies auf die Wahl in Rumänien. Diese wurde vor drei Wochen unter dem Vorwand annulliert, die Wahl sei "von außen" über die sozialen Medien (u.a. TikTok) manipuliert worden. Hintergrund: Der patriotische, nicht offen rußlandfeindliche und parteilose Kandidat Calin Georgescu hatte die Wahl klar gewonnen.
Angst vor Elon Musk
Eine angebliche Wahlmanipulierung findet laut Steinmeier aktuell "offen und unverhohlen" auch in Deutschland auf der reichweitenstarken Plattform X statt. Eine Anspielung darauf, daß der künftige Chefberater von US-Präsident Donald Trump und X-Eigner Elon Musk auf Englisch u.a. gepostet hatte: "Nur die AfD kann Deutschland retten."
Kaum verklausuliert ermahnte Steinmeier die Bürger, die Altparteien zu wählen, weil davon eine stabile Regierungsbildung abhänge.
Überdies positionierte sich der Bundespräsident gegen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Musk immerhin noch zugestanden hatte, daß die Meinungsfreiheit hierzulande "auch für Milliardäre" gelte, nachdem dieser den deutschen Regierungschef einen "unfähigen Narren" genannt und im Zusammenhang mit dem Magdeburger Weihnachts-Blutbad den Rücktritt von Scholz verlangt hatte.
Kann Steinmeier die Wahl annullieren?

Im Kern bleiben von der sechsminütigen Erklärung des Bundespräsidenten aber drei unverhohlene Anmaßungen übrig:
1. Die Wahl könnte aufgrund "äußerer Einflüsse" annulliert werden.
2. Diese "äußeren Einflüsse" würden bereits vorliegen.
3. Der Bürger solle gefälligst so wählen, wie es der SPD-Apparatschik Steinmeier erwartet.
Wir wollen jetzt einmal dahingestellt lassen, wie Steinmeiers Erklärung ausgefallen wäre, wenn Elon Musk gepostet hätte: "Nur die SPD kann Deutschland retten …"
Die Frage stellt sich: Kann der Bundespräsident die Wahl überhaupt annullieren? Die Antwort lautet ganz klar Nein. Im Grundgesetz findet sich hierzu nichts. ABER:
Der "grüne" Apparatschik und Habeck-Vertraute Klaus Müller, mächtiger Chef der Bundesnetzagentur, könnte, wenn ihm das Ergebnis nicht paßt (etwa zu wenig Stimmen für die "Grünen", zu viele für die AfD?), den Verdacht von Wahlbeeinflussung im Netz äußern und das Wahlergebnis öffentlich in Frage stellen.
Der EU-Netzmaulkorb "Digital Services Act" (DSA), für dessen Umsetzung Müller in Deutschland zuständig ist, räumt ihm weitreichende Vollmachten ein, darunter auch die Löschung von Inhalten im Internet. Die Wahlen selbst für "ungültig" erklären könnte allerdings auch dieser Habeck-Günstling nicht. Dafür bräuchte es einen formalen Einspruch.

Wie könnte es zur Wahl-Annullierung kommen?

Das Wahlergebnis anfechten könnte beispielsweise die Bundeswahlleiterin Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes. Ihre Behörde untersteht dem Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD). Aber auch "jeder Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft jeder Landeswahlleiter", so das Wahlprüfungsgesetz, könnte Einspruch einlegen.

Wie geht es dann weiter?

Zuerst befaßt sich der Wahlprüfungsausschuß des neu gewählten Deutschen Bundestages mit dem Einspruch oder den Einsprüchen. Das Gremium bereitet dann die Entscheidung des gesamten Parlaments vor. Der neu gewählte 21. Deutsche Bundestag könnte gegebenenfalls in letzter Konsequenz gegen seine eigene Wahl stimmen und die Wahl wäre annulliert.
Festzuhalten bleibt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat einmal mehr durchblicken lassen, wie tief die Verunsicherung des politischen Establishments angesichts der bevorstehenden Neuwahlen zu sitzen scheint. Mit seinen alarmistischen Warnungen vor angeblicher ausländischer Einflußnahme versucht "Walter, der Spalter" die Wähler massiv zu verunsichern.
Besonders irritierend muß dabei Steinmeiers Verweis auf die annullierte Präsidentschaftswahl in Rumänien erscheinen. Was als vermeintlich russische Desinformationskampagne behauptet wurde, riecht laut weitgehend totgeschwiegener Investigativ-Recherchen eher nach einer hausgemachten Manipulation der rumänischen Regierungspartei PNL.
Daß Steinmeier ausgerechnet das Beispiel Rumänien heranzieht, um vor ausländischer Wahlbeeinflussung zu warnen, mutet vor diesem Hintergrund geradezu grotesk an.
Noch fragwürdiger erscheint der Angriff des Bundespräsidenten auf die Plattform X, die angeblich "offen und unverhohlen" Einflußnahme betreibe. Diese dürfte aus Sicht des ehemaligen Linksextremisten Steinmeier wohl vor allem darin bestehen, daß auf dem Musk-Portal inzwischen auch konservative Stimmen unzensiert zu Wort kommen dürfen.
FAZIT: "Die Wahlentscheidung treffen allein die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland", betonte Steinmeier in seiner Rede. Angesichts der massiven Manipulierung der öffentlichen Meinung durch staatlich finanzierte Lügenportale ist diese Aussage des Bundespräsidenten an Zynismus kaum noch zu überbieten!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Anstieg der Grundsteuerlast laut Verband bei mehr als 100 Prozent**

Die zum 1. Januar in Kraft tretende Grundsteuerreform wird nach Berechnungen des Eigentümerverbands Haus & Grund zu massiven Mehrbelastungen der Eigentümer und Mieter führen. Wie die "Bild" (Samstagausgabe) unter Berufung Musterbeispiele des Verbands aus zehn Bundesländern berichtet, steigt die Grundsteuerbelastung um durchschnittlich 116 Prozent. Demnach würden bei rund 36 Prozent der Immobilien die Grundsteuerbelastungen sinken.

Bei rund 60 Prozent gebe es dagegen zum Teil Anstiege von mehreren hundert Prozent. Der Präsident von Haus & Grund, Kai Warnecke, machte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für die Mehrbelastung verantwortlich.

Zu "Bild" sagte Warnecke: "Es zeichnet sich eine massive Steuererhöhung ab. Die Verantwortung dafür trägt Olaf Scholz: erst als Finanzminister, jetzt als Bundeskanzler." Warnecke warnte zugleich, der "Scholzsche Grundsteuer-Wahnsinn" mache "Wohnen noch teurer". Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erklärte, die Anhebung der Hebesätze in vielen Kommunen sei der "katastrophalen Finanzlage" geschuldet.

Zu "Bild" sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Verbands, Uwe Zimmermann: "Die Städte und Gemeinden versuchen alles, um die Grundsteuer stabil zu halten. Wenn aber wegen der katastrophalen Finanzlage als letzter Ausweg nur eine Erhöhung der kommunalen Steuern bleibt, dann ist das der letzte Schritt, der in der aktuellen Situation unumgänglich ist. Klar ist: Kommunen wollen ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belasten."

"Wenn wegen der katastrophalen Finanzlage als letzter Ausweg nur eine Erhöhung der kommunalen Steuern bleibt, dann ist das der letzte Schritt, der in der aktuellen Situation unumgänglich ist."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Dramatische Warnung des französischen Geheimdienstchefs - islamistische Unterwanderung weit fortgeschritten**

Der Chef des französischen nationalen Polizeigeheimdienstes, Bertrand Chamouland, hat in einem bemerkenswerten Interview heftig vor islamistischen Kräften in Frankreich gewarnt. Durch seriöses Auftreten würden die Islamisten immer weiter in alle Bereiche des täglichen Lebens vordringen.

Von *Redaktion*

Der Chef des französischen Inlandsgeheimdienstes in Frankreich, Bertrand Chamouland, hat in einem Interview bei den französischen Zeitungen Le Monde und Le Figaro heftig vor dem immer stärker werdenden Islamismus in Frankreich gewarnt. Die beiden größten Gefahren für den nationalen Zusammenhalt Frankreichs seien demnach der Drogenhandel und "islamischer Separatismus", so der Sicherheitschef.

"Wir schätzen, daß es in Frankreich rund 100.000 sogenannte Muslimbrüder gibt, im Vergleich zu 55.000 im Dezember 2019. Das ist eine Verdoppelung in fünf Jahren!", so Chamouland warnend. Die Muslimbruderschaft ist eine der einflußreichsten sunnitisch-islamistischen Bewegungen im Nahen Osten, deren Ziel die Errichtung eines Kalifates ist.

Chamouland sieht die islamistische Gefahr dabei in allen Bereichen des täglichen Lebens: "Die Unterwanderung durch Islamisten erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche: Sport, Gesundheit, Bildung", so der Chef des französischen Polizeigeheimdienstes. Kritisch zeigte er sich vor allem auch gegenüber dem linken Gegenwind, den man immer wieder erleben müsse, wenn man die Gefahr des Islamismus öffentlich zum Thema mache: "Wenn der Staat durch die Ausweisung von Imamen, das Einfrieren von Vermögenswerten oder die Schließung von Moscheen an die Prinzipien der Republik erinnern will, werden Stimmen laut, die ihn der Islamophobie bezichtigen, ein Begriff, der ironischerweise von der Muslimbruderschaft geprägt wurde", so Chamouland.

Dies biete eine besonders gute Chance für die radikalen Muslime: Chamouland spricht von einer perfiden Strategie der Islamisten: Sie würden sich als Opfer einer angeblich islamfeindlichen Staatsmacht inszenieren und im Hintergrund längst die Bekämpfung des Staates planen. Die Opferinszenierung würde ihnen allerdings zu oft gelingen.
In dem Interview offenbart der Sicherheitschef, daß radikale Muslime längst sehr strategisch und sehr erfolgreich den Staat Frankreich unterwandern. "Langfristig gesehen machen uns die Muslimbrüder am meisten Sorgen", heißt es von Chamouland.
"In den letzten Jahren haben die Nachrichtendienste und Sicherheitskräfte ihre Aufmerksamkeit auf die terroristische Bedrohung (durch den politischen Islamismus) gerichtet. Die Bedrohung bleibt hoch", so die Worte des Geheimdienstchefs. "Über diese direkte Bedrohung hinaus haben wir jedoch weiterhin alle Gruppen, die den Grundsätzen und Werten der Republik Schaden zufügen wollen, aufgespürt und sind gegen sie vorgegangen. Mehrere Arten von Strukturen stellen eine Bedrohung dar, mit unterschiedlichen Zielen", so Chamouland.
Der Kampf gegen die Muslimbruderschaft sei im Gegensatz zu den üblichen Salafisten viel schwieriger, da sie ihre Ideen durch "Entrismus und einen sehr glatten Diskurs verbreiten" würden, sich also als gemäßigt tarnen. "Die Muslimbruderschaft setzt nicht auf Gewalt, um ihre Ziele zu erreichen, aber ihr Ziel ist klar: Frankreich und Europa sollen zu einem Kalifat werden, in dem die Scharia gilt", so Chamouland.
Frankreichs Polizeigeheimdienstchef Bertrand Chamouland
Organisationen im Umkreis der Muslimbruderschaft würden sich dabei sehr seriös geben: "Es handelt sich um sehr gastfreundliche Menschen, die die gesetzlichen Bestimmungen einhalten", so Chamouland. "Aber ihr Unterricht ist nicht mit den im Gesetz von 2021 verankerten Grundsätzen der Republik vereinbar, insbesondere was Antisemitismus oder die Stellung der Frau in der Gesellschaft betrifft". Dies beunruhige Chamouland, "da sie sich in allen Bereichen wie Sport, Gesundheit, Bildung usw. einmischen" und eine Verfolgung schwer machen würden. "Wenn der Staat die Regeln der Republik in Erinnerung rufen will, indem er Imame ausweist, Vermögenswerte einfriert oder Moscheen schließt, hört man Stimmen, die Islamophobie beklagen", so Chamouland.
Als Erbe des ehemaligen General Intelligence verfügt das National Directorate of Territorial Intelligence (DNRT), dessen Chef Chamouland ist, über 3.000 Agenten, die für die Sammlung, Zentralisierung und Analyse von Informationen im gesamten Staatsgebiet - mit Ausnahme des Zuständigkeitsbereichs der Polizeipräfektur Paris - verantwortlich sind.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**11 Monate Bewährung für Vergewaltigung - berufliche Perspektive des Täters sollte nicht beeinträchtigt werden**
Ein 28-jähriger Feuerwehrmann erhielt elf Monate auf Bewährung für die Vergewaltigung einer Freundin. Das Gericht urteilte milde, um seine berufliche Zukunft zu schützen - trotz des Traumas, das die Tat beim Opfer hinterließ.
Von *Redaktion*
Ein 28-jähriger Feuerwehrmann aus dem Münchner Umland ist wegen der Vergewaltigung einer Freundin vom Amtsgericht München zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten verurteilt worden, diese wurde zur Bewährung ausgesetzt. Trotz der Schwere der Tat zeigte das Gericht Milde, um die beruflichen Perspektiven des Täters zu schützen.
Der Täter, Thomas B., hatte Jennifer L. - beide kannten sich seit Jahren und teilten einen Freundeskreis - Anfang 2022 nach einer Geburtstagsfeier in ihre Wohnung begleitet. Er war an diesem Abend stark alkoholisiert, wie er selbst angab. Er trank "so fünf Bier" und mehrere doppelte Ramazotti an dem Abend. Nach einer emotionalen Unterhaltung über seine private Situation schlief Jennifer L. auf der Couch ein.
Was dann geschah, wurde für die 29-Jährige zu einem traumatischen Erlebnis. Sie erwachte,

als ihre Hose heruntergezogen war und Thomas B. sie im Intimbereich berührte. Sie flüchtete ins Bad und forderte ihn anschließend auf, die Wohnung zu verlassen. "Er lag auf der Couch und hatte unten rum nichts an", schilderte sie in ihrer Videoaussage.
Die Tat hatte gravierende Folgen für Jennifer L. Eine posttraumatische Belastungsstörung, Schlafstörungen und die Vermeidung körperlicher Nähe belasteten sie monatelang. Sie benötigte Therapie, die sich zusätzlich negativ auf ihre berufliche Situation auswirkte. Sie sei für ihr Leben gezeichnet, erklärte die Richterin.
Thomas B. behauptete, sich aufgrund seines Alkoholkonsums an die Tat nicht erinnern zu können, gestand sie jedoch ein: "Ich weiß, daß sie mich nicht zu Unrecht belasten würde." Eine Rechtsmedizinerin bestätigte, daß seine Erinnerungslücken plausibel seien, wies jedoch darauf hin, daß sein Handeln in der Tatnacht "zielgerichtet und sinnhaft" gewesen sei.
Im Prozeß bot man dem Opfer eine Entschädigungszahlung von 6000 Euro an, die angenommen wurde. Das Gericht bewertete dies strafmildernd.
Das Schöffengericht unter Vorsitz von Richterin Renate Partin entschied sich für eine Freiheitsstrafe von elf Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. In der Urteilsbegründung spielte die berufliche Situation des Täters eine entscheidende Rolle. Eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr hätte dazu geführt, daß Thomas B. seinen Beamtenstatus verliert. "Das wäre eine sehr große Härte", so die Richterin. Zudem bewertete das Gericht die "Unreife" des Täters zum Tatzeitpunkt strafmildernd. Thomas B. war 25 Jahre alt, als die Tat geschah. Auch zwei Schöffen stimmten der Bewertung zu.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Historisches Datenleck bei VW: Präzise Bewegungsdaten von 800.000 Elektroautos im Netz einsehbar**
Ein riesiges Sicherheitsleck bei den Elektroautos von Volkswagen ließ zu, das private Daten der Fahrzeughalter öffentlich einsehbar waren. Unter den Betroffenen sind auch der Nachrichtendienst, die Polizei und die US Air Force.
Jerome Wnuk
Es ist ein Schock: Umfassende Daten über die E-Autos von VW waren öffentlich abrufbar.
Bei den Elektroautos von Volkswagen ist es zu einem erheblichen Datenschutz-Versagen gekommen. Bei der Softwaretochter von Volkswagen, Cariad, habe es demnach ein gigantisches Datenleck gegeben, das die Bewegungsdaten von 800.000 E-Autos in Europa sowie die Kontaktinformationen zu deren Besitzern öffentlich gemacht hat.
Die privaten, hochsensiblen Daten seien, so die Recherche, in einer Cloud von Amazon ohne Sicherung einsehbar gewesen. Das berichtete der Spiegel, nachdem der "Chaos Computer Club" darauf aufmerksam gemacht hatte. Im Voraus gab es bei Elektroautos immer wieder Bedenken wegen der Cybersicherheit der elektrischen Fahrzeuge - mit dem Datenleck wird eine Angst Realität. Für Volkswagen ist es das nächste Desaster in der E-Autosparte.
Der "Chaos Computer Club" (CCC) deckte am Freitag auf, daß Volkswagen die genauen Bewegungsdaten von hunderttausenden Fahrzeugen der Marken VW, Audi, Skoda und Seat über lange Zeiträume systematisch erfaßt hatte und sie in einem Datensystem gespeichert wurden. Volkswagen hatte also, meist ohne das Wissen der Fahrzeughalter, Zugriff auf sämtliche Bewegungen des Autos - mit genauem Standort, so der CCC in seinem Bericht über die Enthüllungen.
Wäre das nicht schon Skandal genug, waren die gespeicherten Daten offenbar, zusammen mit den privaten Informationen über die Fahrzeughalter, ungeschützt im Internet zugänglich. De facto hätte also jeder einsehen können, wer wie mit seinem Volkswagen-Auto gefahren ist und problemlos über die Amazon-Cloud sensibelste Daten abrufen können.
BND und Air Force mit betroffen
Der CCC zeigt in seinem Bericht, daß es dabei weit über den Otto Normalbürger hinausgeht.

Betroffen von den zugänglichen Daten seien laut CCC nicht nur Privatpersonen, sondern auch "Fuhrparkverwaltungen, Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder von DAX-Konzernen sowie diverse Polizeibehörden in Europa". So seien beispielsweise die Bewegungsdaten von 35 elektrischen Streifenwagen der Hamburger Polizei erfaßt worden und auf der VW-Plattform für Dritte einsehbar gewesen.
Ebenfalls konkreteste Angaben zu nachrichtendienstlichen und militärischen Aktivitäten sollen einsehbar gewesen sein.
So fand der CCC laut eigenen Angaben "Datensätze aus dem Parkhaus des Bundesnachrichtendienstes (BND) und vom Militärflugplatz der United States Air Force in Ramstein". Das Datenschutz-Leck war so also auch ein akutes Sicherheitsrisiko.
"Das Problem ist, daß diese Daten überhaupt erhoben und über einen so langen Zeitraum gespeichert werden. Daß sie obendrein schlecht geschützt waren, setzt dem Ganzen nur die Krone auf", so Linus Neumann, Sprecher des "Chaos Computer Clubs". Die VW-Tochter Cariad sammelte der NGO zufolge "präzise Angaben zum Standort und Zeitpunkt des Abschaltens der Zündung". Die Bewegungsdaten seien zudem "verbunden mit weiteren personenbezogenen Daten. Dadurch erlauben sie auch Rückschlüsse auf Zulieferer, Dienstleister, Mitarbeiter oder Tarnorganisationen der Sicherheitsbehörden", so heißt es in dem Bericht des CCC.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Über 500 Millionen Euro: Kindergeldzahlungen ins Ausland steigen wohl auf neues Rekordhoch**
Die Kindergeldzahlungen ins Ausland erreichen 2024 voraussichtlich einen neuen Höchststand von 526 Millionen Euro. Allein die Eltern von über 170.000 in Polen lebenden Kindern erheben Anspruch auf die Zahlung von Kindergeld.
Jonas Aston
2024 fließt mehr als eine halbe Milliarde Euro ins Ausland
Die Kindergeldzahlungen, die von Deutschland ins Ausland transferiert werden, steigen 2024 wohl auf ein neues Rekordhoch. Insgesamt werden für das Kindergeld 54 Milliarden Euro auf Konten überwiesen. Rund ein Prozent dieser Zahlungen, also deutlich über eine halbe Milliarde Euro, fließen ins Ausland. Dies wurde von einem Sprecher der Bundesagentur für Arbeit gegenüber der Bild bestätigt.
Auf entsprechende Anfrage hieß es: "Bis Ende November wurden rund 470 Millionen Euro an ausländische Konten überwiesen". Die Zahlungen für den Monat Dezember stehen jedoch noch aus. Nachdem diese vollzogen sind, wird die Gesamtsumme der ausgezahlten Beträge sich auf 526 Millionen Euro belaufen. Die Auszahlungen belaufen sich demnach voraussichtlich leicht über dem Niveau des Vorjahres.
Aktuell erhalten etwa 10,4 Millionen Personen in Deutschland Kindergeld, wovon 8,3 Millionen deutsche Staatsbürger und 2,1 Millionen ausländische Staatsangehörige sind. Im Jahr 2023 wurde für ungefähr 313.000 Kinder mit Wohnsitz im Ausland Kindergeld überwiesen. Der Großteil dieser Zahlungen, für etwa 307.000 Kinder, floß in EU-Staaten. Die mit Abstand größte Summe der Kindergeldzahlungen geht nach Polen. Für 171.000 in Polen lebende Kinder zahlt Deutschland Kindergeld.
Von Seiten der Bundesagentur für Arbeit heißt es hierzu, daß ihre Eltern "in der Regel EU-Bürger" seien, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und "deren Kinder im Heimatland leben". Weiter heißt es nach Angaben der Behörde, daß Kindergeld nur erhalte, wer "seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat oder in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist".
In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Fälle von Kindergeldbetrug aufgedeckt. Im November 2024 berichtete der Focus über eine Razzia im Duisburger Hochhaus-Komplex "Weißer Riese", die darauf abzielte, Sozialbetrug aufzudecken. Bereits 2018 war das Thema

Gegenstand von Diskussionen im Bundestag, gefolgt von einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung von Sozialleistungsmißbrauch im Jahr 2019.
Die damalige CDU/CSU-Regierungsfraktion räumte ein: "Ja, Mißbrauchsfälle gibt es". Es wurden Fälle dokumentiert, in denen "ganz bewußt falsche Angaben" gemacht wurden. Betrüger haben beispielsweise Kindergeld für nicht existierende Kinder beantragt oder doppelt Leistungen für ein einzelnes Kind bezogen. In einigen Fällen wurde auch "Kindergeld beansprucht, ohne daß sich die Eltern überhaupt in Deutschland aufhalten und damit kein Anspruch auf Kindergeld vorliegt".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Mohammed beliebtester Name in Berlin - in NRW auf Platz zwei**
Mohammed ist im Jahr 2024 der beliebteste Jungenname in Berlin-Brandenburg, wie das Ranking von Knud Bielefeld zeigt. Auch in Nordrhein-Westfalen, wo der Name auf Platz zwei rangiert, und in Hessen, wo er zu den Top 10 gehört, zählt Mohammed zu den gefragtesten Vornamen.
Von *Redaktion*
In Berlin ist Mohammed der beliebteste Vorname für Neugeborene. In NRW ist Mohammed auf Platz zwei.
Mohammed ist der beliebteste Vorname in Berlin und Brandenburg im Jahr 2024. Die Zahlen gehen aus dem aktuellen Ranking des Namensexperten Knud Bielefeld hervor. Zum ersten Mal wurden die beiden Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam betrachtet, statt wie in der Vergangenheit getrennt.
Bei den Mädchen ist Hannah an der Spitze der beliebtesten Babynamen. Während bei den Mädchen Emma und Mia die weiteren Podiumsplätze einnehmen, folgen bei den Jungen Liam und Henry auf den Rängen zwei und drei.
Auch in Nordrhein-Westfalen zeigt sich ein ähnliches Bild. Im einwohnerstärksten Bundesland ist Mohammed, dem Ranking von Knud Bielefeld zufolge, der zweitbeliebteste Vorname für Jungen - nur Noah war beliebter. Auch in Hessen ist Mohammed bereits unter den zehn beliebtesten Vornamen für Jungen.
Ganz anders sieht es im Norden der Republik aus. Dort sind die Namen Emilia und Noah erneut die Favoriten in Hamburg und Schleswig-Holstein. Während Noah seine Spitzenposition bei den Jungen bereits seit 2023 verteidigt, hat sich bei den Mädchen ein Wechsel ergeben: Emma, im Vorjahr noch auf Platz eins, wurde von Emilia überholt. Der Name Mohammed ist dort lediglich auf Platz 15 zu finden.
Bundesweit ist Mohammed in einer Auflistung von Jungen- und Mädchennamen auf Platz 30. Lediglich in Thüringen und Sachsen-Anhalt hat es der Name nicht in die Auflistung der beliebtesten Vornamen geschafft. Ansonsten kommt der Name in allen Bundesländern, mal mehr und mal weniger häufig vor.
Eine offizielle staatliche, deutschlandweite Statistik zu Babynamen gibt es nicht. Das Ranking von Knud Bielefeld genießt jedoch Anerkennung, da es seit 2005 auf umfassenden Geburtenmeldungen basiert. In diesem Jahr wurden etwa 240.000 Meldungen ausgewertet. Damit deckt die Statistik etwa 36 Prozent der in diesem Jahr geborenen Kinder ab. Die Daten stammen aus knapp 400 Städten, wobei Standesämter und Geburtskliniken als Quellen dienen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Deutschland "taumelt": Die AfD sei "letzter Funke Hoffnung" schreibt Elon Musk in der WELT**
Elon Musk warnt vor Deutschlands "wirtschaftlichem und kulturellem Zusammenbruch" und nennt die AfD "den letzten Funken Hoffnung". Dies erklärte der Milliardär in einem Beitrag in der Welt.
Henry Behrens

Für den Tech-Milliardär Elon Musk ist die AfD die einzige Rettung für Deutschland.
Laut Elon Musk, "taumelt" Deutschland "am Rande des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs." Dies schrieb Musk in einem Gastbeitrag für die Welt am Sonntag. Die einzige Rettung der Bundesrepublik sieht der X-Besitzer in der AfD.
Für ihn ist die Partei "der letzte Funke Hoffnung für dieses Land". Diese Meinung bekräftigte Musk auch zuvor auf seiner eigenen Plattform. In einem Beitrag schrieb er zuvor: "Only the AfD can save Germany" (zu Deutsch: "Nur die AfD kann Deutschland retten"). Der ganze Beitrag war als Pro-Kontra-Diskussion zwischen Musk und dem zukünftigen Welt-Chefredakteur Jan Philipp Burgard gestaltet.
Die deutsche Wirtschaft sei "einst der Motor Europas" gewesen, schreibt Musk. Doch heute würde diese "in Bürokratie und erdrückenden Vorschriften" versinken. Doch die AfD habe verstanden, daß "wirtschaftliche Freiheit nicht nur wünschenswert, sondern notwendig" sei. Um seine wirtschaftliche und "industrielle Stärke" zu bewahren, brauche Deutschland eine Partei, die "politische Maßnahmen" ergreifen würde, um die Wirtschaft "ohne starke staatliche Eingriffe" zu stärken.
Auch die Zuwanderung thematisiert Musk in seinem Beitrag. Daß Deutschland seine Grenzen für "eine sehr große Zahl an Migranten", in "in humanitärer Absicht" öffnete, führte laut dem Milliardär "zu bedeutenden kulturellen und sozialen Spannungen". Die AfD würde sich laut Musk für den "Erhalt der deutschen Kultur und der Sicherheit" einsetzen. Dies sei in keinem Fall fremdenfeindlich, sondern wichtig, um zu sichern, "daß Deutschland seine Identität nicht im Streben nach Globalisierung" verliere. Laut Musk müsse eine Nation "ihre Grundwerte und ihr kulturelles Erbe bewahren, um stark und geeint zu bleiben."
Auch das Thema Energie wird von dem Tesla-Chef thematisiert. Die derzeitige deutsche Energiepolitik sei "kostenintensiv" und "geopolitisch naiv." Der Atomausstieg und der Fokus auf "Wind- und Solarstrom" habe Deutschland "anfällig gemacht". Die AfD würde in der "Energiefrage einen pragmatischen Ansatz" vertreten. Musk hofft, daß die AfD, sollte sie an die Macht kommen, "den Ausbau der sicheren Kernenergie kombiniert mit Batteriespeichern zur Abfederung großer Schwankungen im Stromverbrauch in Erwägung zieht". Dies sei laut ihm die "offensichtliche Lösung".
Die "traditionellen Parteien" hätten laut Musk "versagt". Es sei ihre Politik gewesen, die zu "wirtschaftlicher Stagnation, sozialen Unruhen und einer Aushöhlung der nationalen Identität" führte. Auch wenn die AfD als "rechtsextrem bezeichnet" wird, vertrete sie laut Musk einen "politischen Realismus", der bei den Bürgern "Anklang findet". Die Partei spreche die "aktuellen Probleme an - ohne die politische Korrektheit". Daß die AfD rechtsextrem sei, ist "eindeutig falsch". Laut Musk solle man bedenken, daß Parteichefin Alice Weidel "eine gleichgeschlechtliche Partnerin aus Sri Lanka hat". Er fragt: "Klingt das für Sie nach Hitler? Ich bitte Sie!"
Dann appelliert er an jene, für die die AfD extremistisch ist. Er fordert auf, sich nicht von einem "angehefteten Label" beirren zu lassen. Statt dessen solle man sich die Politik und Bemühungen um "den Erhalt der Kultur" ansehen. Denn Deutschland brauche eine Partei, die "sich nicht scheut, den Status quo in Frage zu stellen, die nicht in der Politik der Vergangenheit verhaftet ist", so Musk. Die AfD könne Deutschland "davor bewahren, ein Schatten seiner früheren Selbst zu werden", die Partei könne das Land wieder in eine Zukunft führen "in der wirtschaftlicher Wohlstand, kulturelle Integrität und technologische Innovation nicht nur Wunschvorstellungen, sondern Realität sind." Um das zu erreichen, sei "die AfD die einzige Partei, die diesen Weg" eröffnen würde.
Besonders in den sozialen Medien löste der Gastbeitrag einen Shitstorm aus. So erklärte die Ressortchefin im Bereich Meinung der Welt, Eva Marie Kogel, bei der Zeitung gekündigt zu haben. Dies verkündete sie auf X.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**"Giftspritze brauche ich noch für Weidel": Deutschlandfunk-Journalist schockiert mit X-Post**

Der DLF-Journalist Marcus Pindur bezeichnete AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel in einem inzwischen gelöschten X-Post als "Giftspritze". Erst kürzlich forderte DLF-Journalist Nils Schniederjann die Einführung der Todesstrafe für Superreiche.

Jonas Aston

Marcus Pindur bezeichnete AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel als "Giftspritze"

Der ÖRR-Journalist Marcus Pindur hat AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel am Freitag scharf attackiert. Konkret ist er auf die AfD-Fraktionsvorsitzende in einer Antwort unter einem Post seiner Kollegin beim Deutschlandfunk, Ute Welty, losgegangen. Welty schrieb: Begriffe, die ich 2025 nicht vermissen werde: "Dröhnendes Schweigen. Elfenbeinturm. Giftspritze." Pindur antwortete hierauf: "Giftspritze brauche ich aber noch für Weidel".

Inzwischen kann der Post nicht mehr abgerufen werden. Der Grund hierfür ist jedoch nicht, daß Pindur seine Aussage gelöscht hat. Vielmehr ist X selbst gegen den Tweet des DLF-Journalisten vorgegangen. Ruft man den entsprechenden Link auf, heißt es: "Dieser Post hat gegen die X-Regeln verstoßen."

Der Deutschlandfunk selbst hatte dabei Twitter vor rund einem Jahr verlassen. Am 2. Januar 2024 erklärte man auf dem X-Account: "Angesichts der Entwicklungen auf dieser Plattform haben wir uns dazu entschlossen". Einen konkreten Grund für die Verabschiedung von der Plattform nannte man nicht. Es liegt jedoch auf der Hand, daß der DLF sich insbesondere wegen Elon Musk und seiner Unternehmenspolitik von X zurückgezogen hat.

Erst kürzlich sorgte zudem der DLF-Journalist Nils Schniederjann mit einem Tweet für Aufsehen. Er forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe, allerdings nur für "Superreiche". Dieser Beitrag bezog sich auf den Mord an Brian Thompson, dem CEO des US-Krankenversicherers UnitedHealthcare, der am 4. Dezember 2024 in New York erschossen wurde. Der Tweet wurde kurz nach der Veröffentlichung gelöscht, aber Screenshots verbreiteten sich schnell im Internet.

Der Mord an Thompson wurde von Luigi Mangione, einem 26-jährigen Mann aus Pennsylvania, verübt. Mangione hinterließ ein Manifest, in dem er seine Wut über das US-Gesundheitssystem und die "Profitgier" von Unternehmen wie UnitedHealthcare zum Ausdruck brachte. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen "Mordes zur Verbreitung von Terrorismus" erhoben.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Messerstecherei mitten in Hamburger Innenstadt: 17-Jähriger tödlich verletzt**

In Hamburg kam es am Freitagabend zu einer Messerstecherei. Ein 17-Jähriger erlag seinen Verletzungen. Bei den Tätern soll es sich um Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft handeln.

Jonas Aston

In Hamburg kam es Freitagabend zu einer tödlichen Auseinandersetzung

Am späten Freitagabend wurde die Polizei von einem Autofahrer über eine gewalttätige Auseinandersetzung am Großmoordamm, Ecke Walter-Dudek-Brücke, informiert. Bei Eintreffen der Einsatzkräfte fanden diese einen schwer verletzten Jugendlichen mit mehreren Stichwunden vor. Trotz sofortiger Reanimationsmaßnahmen und Transport ins Krankenhaus erlag der junge Mann seinen Verletzungen, so ein Polizeisprecher gegenüber Tag24.

Verletzt wurde zudem eine weitere Person. Bei einem 19-Jährigen wurde eine Stichverletzung am Arm festgestellt. Lebensgefahr bestand hier jedoch nicht. An der tödlichen Auseinandersetzung war zudem ein weiterer Mann beteiligt. Die Polizei konnte den 34-Jährigen im Zuge einer Fahndungsaktion ausfindig machen. Am Tatort konnte die Polizei mehrere Messer auffinden und als mutmaßliche Tatmittel sicherstellen.

Die genauen Umstände und Zusammenhänge zwischen den Verletzten sind noch unklar und Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Wie Tag24 berichtet, wird jedoch vermutet, daß zwischen dem verstorbenen 17-Jährigen, seinem 19-jährigen Begleiter und dem 34-jährigen Mann eine wechselseitige gewalttätige Auseinandersetzung stattgefunden haben könnte.
Bei den Beteiligten soll es sich demnach um Asylbewerber und Bewohner einer oder mehrerer Flüchtlingsunterkünfte gehandelt haben. Die Polizei wollte jedoch keine spezifischeren Angaben zu den Tätern machen. Entsprechende Angaben wurden bisher weder bestätigt noch dementiert.
Zu der tödlichen Auseinandersetzung kam es gegen 10 Uhr abends auf offener Straße mitten in Hamburg. Entsprechend mußten auch zahlreiche Unbeteiligte das Geschehen mit ansehen. Das Deutsche Rote Kreuz leistete in der Folge mit seinem Kriseninterventionsteam psychologische Erste Hilfe für mehrere Augenzeugen am Tatort. Die Polizei hat nun weitere Untersuchungen eingeleitet, um die genauen Tatumstände zu ermitteln. Derzeit wird auch nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Personen an der tödlichen Auseinandersetzung beteiligt waren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**NRW führt Meldestelle gegen Islamfeindlichkeit ein**

Von *Valentina Schacht*

Während die importierte Gewalt in Deutschland weiter eskaliert, setzt die nordrhein-westfälische Landesregierung Prioritäten und führt eine "Meldestelle für muslimfeindliche Vorfälle in NRW" ein. Natürlich finanziert von unseren Steuergeldern, mit denen neue Arbeitsplätze für linksgrüne Langzeitstudenten geschaffen werden. Viel wichtiger wäre wohl eine Meldestelle für deutschfeindliche Übergriffe, denn seit dem Jahr 2015 hat sich unser Land fundamental verändert. …

Nach drei Jahren Vorbereitungszeit soll es im Frühjahr 2025 soweit sein: Unter dem Titel "Meldestelle zu antimuslimischem Rassismus", kurz MEDAR, nimmt das neueste Projekt des NRW-Integrationsministeriums seine Arbeit auf. Das Ziel: Muslime, die sich Rassismus ausgesetzt sehen, können zukünftig ihr Leid klagen und erhalten eine fachmännische Beratung, wie sie ihre Erfahrungen verarbeiten sollen.

Das CDU-regierte Land ist damit Vorreiter bei der Einführung einer solchen Meldestelle, nicht einmal Berlin, Hamburg oder Bremen sind bisher auf die Idee gekommen, entsprechende Anlaufstellen zu schaffen, weshalb die Notwendigkeit dieser Beratungsstelle durchaus kritisch hinterfragt werden kann. Auch unter lebensnaher Betrachtung erscheint es fraglich, ob ein solches Projekt selbst unter seiner Zielgruppe, Muslimen in Nordrhein-Westfalen, auf allzu großes Interesse stößt.

Wenn es tatsächlich Fälle von Rassismus gegen Muslime geben sollte (der Rassismus-Begriff wird bekanntlich immer weiter ausgedehnt und mittlerweile fallen selbst harmloseste Äußerungen aus Sicht der etablierten Politiker darunter), wird ein betroffener Moslem wohl eher mit seinen Glaubensbrüdern in der örtlichen Moschee über einen solchen Vorfall sprechen, als mit dem woken Malte-Sören von der staatlichen Beratungsstelle.

Für Roma, Queers und Co: NRW im Beratungsstellen-Rausch

Bereits seit April 2022 gibt es in NRW bereits eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle, bei der entsprechende Sachverhalte unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfaßt werden. Sprich: Vorfälle, die so banal sind, daß sich Behörden sonst nicht dafür zu interessieren brauchen. Doch die Landesregierung unter CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst scheint jetzt erst richtig auf den Geschmack gekommen zu sein und plant neben der "Meldestelle zu antimuslimischem Rassismus" bereits die nächsten Projekte dieser Art.

Eine Meldestelle für Sinti und Roma soll sich beispielsweise dem Themenbereich Antiziganismus widmen, eine andere die bunte LGBTQ-Community ansprechen und eine weitere alle

Personen, die von "anti-schwarzen, antiasiatischen und weiteren Formen von Rassismus" betroffen sind
Zeitgleich mit dem Start der "Meldestelle zu antimuslimischem Rassismus" (MEDAR) sollen drei weitere Einrichtungen aktiv werden, bei denen Fälle von Diskriminierung auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gemeldet werden können: Eine für Antiziganismus, also Haß gegen Sinti und Roma, eine für Queerfeindlichkeit und eine für verschiedenste Formen des allgemeinen Rassismus, die etwa als "anti-schwarz" oder "anti-asiatisch" beschrieben werden.
Es scheint, als würde jede Minderheit in Nordrhein-Westfalen demnächst noch fürsorglicher umgarnt, als ohnehin schon. Nur eine Meldestelle für Opfer deutschfeindlicher Übergriffe, ganz gleich, ob physisch oder verbal, ist nicht geplant. Für Wüst und Co paßt diese Form von antideutschem Rassismus offenbar nicht ins Bild.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Risse im Trump-Lager: Bannon gegen Musk**
Von *Jürgen Elsässer*
Donald Trump ist noch nicht im Amt - und schon geht eine Riesenstreiterei im eigenen Lager los. Elon Musk ist das Ziel wütender Angriffe der MAGA-Fraktion, unter anderem geführt von Steve Bannon. Tatsächlich ist das Trump-Kabinett von Widersprüchen durchzogen, es gibt mindestens zwei Linien …
Holla die Waldfee, was ist denn da los? Die einflußreichsten Trump-Unterstützer (Influencer) gehen öffentlich aufeinander los. Bei uns am bekanntesten unter den Musk-Kritikern ist Steve Bannon, in der ersten Amtszeit von Trump zeitweilig dessen Berater, dann aber vom Präsidenten kaltgestellt. Nach einer monatelangen Haftstrafe mischt er jetzt wieder kräftig mit.
Es geht um die künftige Einwanderungspolitik. Musk plädiert dafür, Talente aus der ganzen Welt in die USA zu ziehen, um das Land an die Spitze der Innovation zu bringen. Bannon lehnt das ab und will die einheimischen Arbeiter vor dieser Konkurrenz schützen, die einheimische Jugend fördern. Zum Teil wird schmutzig argumentiert: Musk frotzelt abfällig über die amerikanische Kultur, Bannon bezeichnet ihn im Gegenzug als "Lautsprecher der kommunistischen Partei Chinas" und geißelt den "Anarchokapitalismus" der Silicon-Valley-Libertären. "Wir sind ein Land und keine Firma", hält er Musks Utilitarismus entgegen.
Obwohl mir der Sozialpatriotismus von Bannon und Co. sympathischer ist, muß man sich doch die Frage stellen, was der Streit, vor allem in dieser Schärfe, soll. Wäre es nicht sinnvoller, jetzt zusammenzuhalten und erstmal Trump ins Amt zu bringen und ihm zu helfen, was schwierig genug wird, die illegale Zuwanderung zu stoppen und mit Abschiebungen zu beginnen - bevor man sich über die Modalitäten für die legale Zuwanderung zerstreitet?
Der unnötige Streit zeigt, wie fragil das Trump-Lager ist - und auch das Trump-Kabinett. In COMPACT 1/2025 zeigen wir, daß sich etwa in der Frage von Krieg und Frieden Tauben und Falken gegenüberstehen - sowohl in der Frage Nahost wie in der Frage Rußland. Ich ging bisher davon aus, daß sowohl Bannon wie Musk an diesem Punkt auf derselben Seite stehen, also Entspannungspolitik wollen. Auf diese Gemeinsamkeit sollten sie sich konzentrieren.<<

29.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Trotz Ampel-Aus: Merz-Union steht schlechter da als Ende 2023**
Gut sieben Wochen vor der Bundestagswahl kommt die Merz-Union trotz Ampel-Aus in den Umfragen nicht vom Fleck. CDU und CSU stehen sogar schlechter da als am Jahresende 2023, wie der letzte INSA-Sonntagstrend des Jahres 2024 für "BILD am Sonntag" zeigt.
- Demnach verlieren beide Unionsparteien zur Vorwoche einen Punkt und liegen mit jetzt 31 Prozent sogar einen Prozentpunkt hinter ihrem Umfragewerte von vor 12 Monaten.
- Die AfD verbessert sich innerhalb einer Woche um einen halben Prozentpunkt auf jetzt 20 Prozent und wäre unangefochten zweitstärkste politische Kraft, wenn bereits am kommenden

Sonntag gewählt würde.
- Die SPD legt um einen Prozentpunkt auf 17 Prozent zu.
- Die "Grünen" (12 Prozent) verlieren einen halben Prozentpunkt.
- Einen allerdings entscheidenden Punkt runter geht's für die FDP auf vier Prozent. Die sogenannten Liberalen wären damit im 21. Deutschen Bundestag nicht vertreten.
- Die Wagenknecht-Partei BSW gibt ebenfalls einen Prozentpunkt ab und notiert aktuell bei sieben Prozent.

Welche Mehrheiten sind möglich?

Satte 13 Prozent der Wählerstimmen fallen aktuell an Parteien, die allesamt an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden. Bedeutet: Schon mit zusammen etwa 44 Prozent wäre eine Regierungskoalition möglich. INSA-Chef Hermann Binkert erläutert: "Parlamentarische Mehrheiten gäbe es aktuell für Schwarz-Rot mit zusammen 48 Prozent. Für Schwarz-Grün mit zusammen 43 Prozent würde es knapp nicht reichen."

Mit anderen Worten: Deutschland kommt - so oder so - am 23. Februar vom Regen in die Traufe!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Bundestagswahl: Linksgrüne Schnappatmung nach AfD-Wahlaufruf von Elon Musk**

Der Wahlaufruf von X-Eigner Elon Musk zugunsten der AfD ("letzter Funke Hoffnung für Deutschland") in der "Welt am Sonntag" sorgt für anhaltende Schnappatmung beim links-grün-woken Polit- und Medienkartell. Laut ARD-Tagesschau "reißt die Kritik nicht ab".

Daß der Springer-Verlag Musk überhaupt eine offizielle Plattform biete, "um Wahlwerbung für die AfD zu machen, ist beschämend und gefährlich", sagte SPD-Generalsekretär Matthias Miersch dem Düsseldorfer "Handelsblatt".

Zum Thema Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt hierzulande noch so viel: Miersch lobte das Verhalten von "Welt-Journalisten", die gegen die Veröffentlichung des Artikels protestiert bzw. deshalb gekündigt haben.

Auch die "Grünen" echauffierten sich über den Namensbeitrag des künftigen US-Präsidentenberaters in einer deutschen Zeitung. Der ausweislich der RKI-Files der Lüge überführte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) meinte, warnen zu müssen: "Daß man sich politische Macht jetzt immer einfacher kaufen kann, wird der Demokratie noch sehr stark schaden. Wenn Zeitungen mitmachen, schaufeln sie ihr eigenes Grab und sind nicht besser als soziale Medien."

"Welt-Chefs" verteidigen Beitrag

Nachdem die Leiterin des (Einheits-) Meinungsressorts der "Welt", Eva Marie Kogel, mitgeteilt hatte, sie habe wegen Musks Gastbeitrag ihre Kündigung eingereicht, verteidigten der scheidende Chefredakteur Ulf Poschardt und sein designierter Nachfolger Jan Philipp Burgard die Veröffentlichung. Die Diskussion um Musks Text sei "sehr aufschlußreich. Demokratie und Journalismus leben von Meinungsfreiheit. Dazu gehört es, sich auch mit polarisierenden Positionen auseinanderzusetzen und diese journalistisch einzuordnen", betonten die "Welt-Chefs" in einem Statement.

Kritik an der Veröffentlichung kam auch vom Vorsitzenden des links-grün-woken Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Mika Beuster. Er rief Redaktionen dazu auf, sich im Bundestagswahlkampf "nicht instrumentalisieren" zu lassen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Göring-Eckardt rechtfertigt "Schwachkopf-Hausdurchsuchung"**

"Und dann kommen Drohungen, dann kommen Gewaltandrohungen, und dann kommt Gewalt" - mit diesen Worten rechtfertigt Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt die umstrittene Hausdurchsuchung bei einem Rentner, der Robert Habeck als "Schwachkopf" bezeichnet hatte.

Christopher Mang
Die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt hat in einem Interview mit dem Deutschlandfunk die zahlreichen Strafanzeigen ihrer Partei gegen Kritiker heruntergespielt. Führende Grünen-Politiker wie Robert Habeck und Annalena Baerbock haben Hunderte Anzeigen gestellt. Göring-Eckardt räumt ein, daß auch sie Strafanzeigen gestellt hat. Wie viele? Das wisse sie nicht. Sie erklärte: "Es gibt dann so einen Moment, wo man sagt, das geht jetzt nicht mehr, jetzt muß Strafanzeige erstattet werden. Es gibt ja auch eine Polizei, die dann sagt: 'Hier, wir haben folgendes Delikt. Wollen Sie Anzeige erstatten?' Und das ist schon das, was ich auch tue."
Auf die Frage von Moderator Friedbert Meurer, ob es notwendig sei, gegen einen Rentner vorzugehen, der Robert Habeck als "Schwachkopf" bezeichnete, entgegnete Göring-Eckardt: "Na ja, was da passiert ist, ist ja hinterher eigentlich das Entscheidende. Also das kann man immer nur im Einzelfall entscheiden." Und weiter: "Es ist ja auch nicht das Einzige gewesen. Und diese Person, wenn ich das richtig verstanden habe, die hat ja auch noch einiges andere gemacht." Was dieses "andere" umfaßt, erläutert sie nicht weiter.
Sie relativierte den Vorfall weiter: "Es hieß dann plötzlich, da hat dann die Polizei vor der Tür gestanden wegen dieses Wortes. So war es nicht, aber die Story hält sich natürlich fest." Beleidigungen wie "Schwachkopf" sieht sie als Teil einer gefährlichen Eskalationsspirale: "Und am Ende fängt es ja so an. Und dann kommen Drohungen, und dann kommen Gewaltandrohungen, und dann kommt Gewalt oder wie bei mir, daß Hundekot im Briefkasten ist oder irgend so was", behauptete sie. Es sei deshalb "nicht so einfach, die Grenze zu ziehen." Man wisse nicht, "wo es dann aufhört oder wo es eben leider nicht aufhört."
Meurer konfrontierte Göring-Eckardt mit der öffentlichen Wahrnehmung, daß die Grünen durch solche Anzeigen Kritik an ihrer Partei zu unterdrücken versuchten. "Das wird ja schon wieder als Munition gegen die Grünen verwendet, eben ‚ihr akzeptiert die Meinungsfreiheit nicht'", warf er ein.
Göring-Eckardt entgegnete, daß diese Wahrnehmung zwei zentrale Gründe habe. Sie sieht ihre Partei als Opfer. Erstens würden die Grünen eine Politik verfolgen, die Veränderungen wolle - etwas, das für viele Menschen bedrohlich sei. "Das andere ist aber, und das ist viel problematischer, daß diejenigen, die mit Falschinformationen, mit Spaltung unterwegs sind bis hin zum Kreml, die sich die Grünen ausgesucht haben."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Bei "falschem" Ergebnis: Bundestagswahl ungültig?**
Von *Michael Brück*
Nach dem Justizputsch in Rumänien könnte auch in Deutschland die Annullierung der Wahl drohen. Zumindest läßt sich die Rede von Frank-Walter Steinmeier, in der Bundespräsident am Freitag die Auflösung des Bundestages und die Durchführung von Neuwahlen ankündigte, dahingehend interpretieren. Damit würde die Bundesrepublik von einer faktischen Parteiendiktatur immer weiter in eine "echte" Diktatur steuern. …
Anfang Dezember 2024 annullierte das rumänische Verfassungsgericht mit der Begründung, es habe eine ausländische Einflußnahme auf den Wahlkampf gegeben, das Ergebnis der Präsidentenwahl. Überraschenderweise hatte es zuvor der parteilose Kandidat Calin Georgescu in die Stichwahl geschafft, der sich für einen Ausgleich mit Rußland einsetzt und seine Heimat Rumänien nicht weiter als Aufmarschort aggressiver NATO-Militärs sehen möchte.
Für den selbsternannten Wertewesten wäre ein Wahlsieg von Georgescu ein Super-GAU gewesen. Nach Ungarn und der Slowakei hätte ein drittes osteuropäisches EU-Land die "Allianz der Kriegswilligen" verlassen. Weil die Umfrageergebnisse für Georgescu, der - ähnlich wie Maximilian Krah zur Europawahl in Deutschland - durch seine Präsenz in sozialen Netzwerken auch als "Kandidat der Jugend" galt, auf einen klaren Sieg hindeuteten, konnte aus westli-

cher Sicht kein Risiko mehr eingegangen werden.
Die zweite Wahlrunde wurde kurzerhand mit Verweis auf eine angeblich russische Finanzierung von Georgescus Wahlkampf per Gerichtsbeschluß abgesagt. Eine Behauptung, für die es von Beginn an keine stichhaltigen Beweise gab und die spätestens nachdem Georgescu die eigenständige Finanzierung seiner Werbekampagne veröffentlichte, allgemein als widerlegt gelten muß. Doch das hindert den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nicht daran, explizit Bezug auf die abgesagte Wahl in Rumänien zu nehmen und damit indirekt anzudeuten, daß ein solches Vorgehen auch in Deutschland nicht unmöglich erscheint.
Steinmeier: "Entschieden gegen alle äußeren Einflußversuche"
Konkret heißt es in Steinmeiers Erklärung:
"Einflußnahme von außen ist eine Gefahr für die Demokratie - sie ist verdeckt, wie kürzlich offenbar bei den Wahlen in Rumänien, oder offen und unverhohlen, wie es derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird. Ich wende mich entschieden gegen alle äußeren Einflußversuche."
Im Klartext: Sollten bei der Bundestagswahl die Werte für AfD und BSW zu stark sein, wird als Grund dafür eine Desinformationskampagne, wahlweise aus dem Kreml oder von Elon Musk (oder gleich beides) herangezogen, gegen die sich Steinmeier dann "entschieden" wehren möchte.
Wie das genau aussieht, läßt der Bundespräsident zwar noch offen, der dezente Hinweis auf die Wahlannullierung in Rumänien weckt aber düstere Vorahnungen. Um sich bereits vorsorglich abzusichern, würde es nicht verwundern, wenn in den nächsten Tagen eine Debatte über neue Gesetze geführt wird, mit denen ausländische Meinungsbekundungen in deutschen Wahlkämpfen sanktioniert werden sollen. Denn während die Soros-NGOs stets ein willkommener Partner des Establishments gewesen sind, dämmert der bundesrepublikanischen Politelite wohl langsam, daß ein solches Propaganda-Spiel auch zwei spielen können. Oder drei.
So einen Bundestagswahlkampf hat es noch nie gegeben, Deutschland steht vor der richtungsweisenden Wahl.
In COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" zeigen wir, weshalb jetzt mit dem Parteienkartell abgerechnet werden muß. Wir stehen vor entscheidenden Wochen.<<
Georgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Georgien: Die Farbenrevolution ist gescheitert!**
Von *Valentina Schacht*
Es ist vorbei: Wochenlang versuchten vom Westen aufgestachelte Demonstranten, das Ergebnis der Parlamentswahl aus dem Oktober 2024 rückgängig zu machen. Die (nun ehemalige) Ministerpräsidentin Salome Surabischwili weigerte sich, ihre Niederlage anzuerkennen und versuchte mit ihren internationalen Komplizen Druck auf das Kaukasus-Land aufzubauen. Vergebens: Am Sonntag wurde der Wahlsieger Micheil Kawelaschwili von der Partei Georgischer Traum offiziell in sein Präsidentenamt eingeführt.
Die Farbenrevolution ist endgültig gescheitert. Doch die nächsten Versuche des Wertewestens stehen schon in den Startlöchern. …
Am Ende glich alles doch mehr dem Aufstand im Wasserglas: Die bisherige Ministerpräsidentin Salome Surabischwili, eine Erfüllungsgehilfin der Interessen von NATO und EU in Georgien, räumte am Sonntagvormittag ohne Widerstand den Regierungspalast in Tiflis. Noch zuvor hatte sie ihren Verbleib angekündigt, gar eine Mobilisierung des Militärs ins Spiel gebracht, während Wahlsieger Micheil Kawelaschwili, der bereits am 14. Dezember 2024 vom Parlament zum georgischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, Surabischwilis Verhaftung ankündigte, falls sie den Regierungssitz nicht freiwillig verlassen würde.
Nach wochenlangen Protesten, bei denen zwischenzeitlich mehrere zehntausend Menschen

auf die Straße gingen, zuletzt aber oftmals nur noch wenige hundert, verlief das politische Ende von Surabischwili fast unspektakulär. Sie und ihre Politik sind seit dem 29. Dezember 2024 Geschichte, Georgien steht vor einer neuen Epoche. Weg von der Umklammerung des Westens, hin zu politischer Neutralität und einer Kooperation in alle Richtungen, insbesondere auch mit Rußland. So, wie es Micheil Kawelaschwili, der als Fußballer im Übrigen Mitte der 90er-Jahre u.a. durch seine Tätigkeit für Manchester City internationale Bekanntheit erlangte, angekündigt hatte.

Ein Revolutionsversuch von den üblichen Verdächtigen

Für den Westen ist der Sieg von Kawelaschwili eine große Niederlage - eigentlich schien die Farbenrevolution doch bestens zu verlaufen, ein Maidan 2.0 stand in den Startlöchern. Doch irgendwie wollten die Georgier das Märchen der gefälschten Wahlen nicht so recht glauben, selbst die OSZE-Wahlbeobachter sprachen nur von kleineren Unregelmäßigkeiten, eine teilweise Neuauszählung der Stimmen führte zu keinen wesentlichen Veränderungen. Und dann verloren auch noch die aufgewiegelten Demonstranten die Lust, täglich auf die Straße zu gehen.

Insbesondere, als Versuche, das Parlament zu stürmen, durch die georgische Staatsmacht unverzüglich unterbunden wurden, es kam zur Verhaftung der Rädelsführer und Aufwiegler. Besonders interessant: Im Rahmen dieser Festnahmen erfuhren georgische Behörden, daß ein Drittel der Randalierer keine georgischen Staatsbürger gewesen sind, es handelte sich demnach ganz offenbar um eingeschleuste EU- und NATO-Krawallos. Auch das dürfte zu einem Rückgang Teilnehmerzahlen bei den Protesten geführt haben.

Am Ende blieben die, die auch in Deutschland für ihre transatlantischen Interessen auf die Straße gehen: Anhänger der LGBTQ-Community, Begünstigte pro-westlicher NGOs, radikale Feministen und ein studentisches Weltbürger-Klientel, das von natürlich entstandenen Nationen ohnehin wenig hält. Stets begleitet von einem riesigen Troß westlicher Medienagenturen und gelegentlich ergänzt um deutsche Scharfmacher wie den SPD-Außenpolitiker Michael Roth. Der normale georgische Bürger blieb diesem grotesken Treiben zunehmend fern oder war gar nicht erst mit dabei.<<

Rumänien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Empörung über Annullierung der Präsidentschaftswahl in Rumänien**

Die handstreichartige Annullierung der rumänischen Präsidentenwahlen durch das Verfassungsgericht hat massive Empörung ausgelöst und stürzt das südosteuropäische Land in eine Staatskrise.

Am Freitag hatte das Gericht die erste Runde der Präsidentschaftswahl für ungültig erklärt, nachdem überraschend der rechte Außenseiter Calin Georgescu gewonnen hatte.

Vorwand für die Annullierung sind "Enthüllungen" des rumänischen Geheimdienstes über eine angebliche Wahlmanipulation durch einen "aggressiven russischen hybriden Angriff", wobei insbesondere auf der Plattform TikTok Georgescu massiv gefördert worden sei. Georgescu, gegen den jetzt auch wegen Verdachts auf "organisierte Kriminalität" und "Geldwäsche", hat die Vorwürfe zurückgewiesen.

Für die Stichwahl am Sonntag hatten neueste Umfragen dem anfänglich als Außenseiter angetretenen rechten Kandidaten gute Aussichten auf einen Sieg vorhergesagt. Bei den Parlamentswahlen am 1. Dezember hatten die etablierten Pro-EU-Parteien eine schwere Niederlage erlitten, während mehrere national gesinnte Parteien deutlich zulegen konnten.

Noch am vergangenen Montag hatte das Oberste Gericht nach einer von ihm angeordneten Neuauszählung das amtliche Ergebnis der ersten Wahlrunde am 24. November als "korrekt" bestätigt. Nun muß der gesamte Wahlprozeß um die Nachfolge von Präsident Klaus Johannis, dessen Amtszeit am 20. Dezember endet, wiederholt werden. Ein neuer Wahltermin wird erst für März erwartet.

Beide Stichwahl-Kandidaten haben die Gerichtsentscheidung scharf kritisiert. Man hätte "den Willen des rumänischen Volkes respektieren sollen", erklärt die liberale Bewerberin Elena Lasconi, die überzeugt ist, daß sie die Stichwahl auch ohne Eingriff von außen gewonnen hätte.
Calin Georgescu verurteilte die Absage der Präsidentschaftswahlen mit noch härteren Worten: "An diesem Tag hat der rumänische Staat unsere Demokratie genommen und sie mit Füßen getreten (…) Das korrupte System in Rumänien zeigte sein wahres Gesicht und schloß einen Pakt mit dem Teufel."
Donald Trumps ältester Sohn Don Junior schreibt auf "X" von einem "Soros/Marxistischen Versuch, Wahlen zu fälschen und den Willen des Volkes zu negieren". Der deutsche AfD-Europaabgeordnete Tomasz Froelich prangert eine "Demokratiesimulation" an: Die "fremde Einmischung" sei offensichtlich, "aber sie kommt nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen".
Georgescu wird im Jargon der EU-Offiziellen und damit auch von den Mainstream-Medien in Deutschland als "prorussisch" denunziert, weil er sich für eine diplomatische Lösung im Ukraine-Krieg einsetzt. Zudem hatte er sich dafür ausgesprochen, die Nato-Mitgliedschaft seines Landes sowie die erhebliche militärische Präsenz der USA zu "überprüfen". In Rumänien wird derzeit der größte Nato-Stützpunkt Europas errichtet.
Aufgrund seiner geographischen Lage kommt Rumänien eine Schlüsselrolle für mögliche Nato-Operationen gegen Rußland zu. Im Norden und Osten grenzt das Land an die Ukraine und die zwischen beiden Ländern liegende Republik Moldau; zugleich hat es Zugang zum Schwarzen Meer, in dem die russische Flotte von ihren Stützpunkten auf der Krim und in Südrußland operiert.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Zweifel an Kennedy-Attentat: Trump beauftragt "RFK Jr." mit Aufklärung der Geschehnisse in Dallas**
Der künftige US-Präsident Donald Trump (feierliche Vereidigung am 20. Januar) will den von vielen als "Verschwörungstheoretiker" denunzierten Robert F. Kennedy Jr. nicht nur zum Gesundheitsminister machen - der 70-Jährige soll auch die Wahrheit über die Ermordung seines Onkels "JFK" ans Licht bringen!
John F. Kennedy, 35. Präsident der USA, wurde am 22. November 1963, also vor mehr als 60 Jahren, im texanischen Dallas von einem Heckenschützen erschossen. Laut offizieller Mordtheorie gab es einen Einzeltäter, und zwar den ehemaligen Scharfschützen der US-Marine Lee Harvey Oswald, der den Präsidenten mit einem Gewehr aus mehreren Dutzend Metern Entfernung niedergestreckt haben soll.
Doch an dessen alleiniger Täterschaft tauchten zuletzt immer öfter Zweifel auf. So erschien im Frühjahr ein Buch übersetzt mit dem Titel: "Die Ermordung von Präsident John F. Kennedy: Die endgültige Analyse".
Autoren des Werkes sind der Physiker und Radio-Onkologe David W. Mantik und der New-York-Times-Bestsellerautor Jerome R. Corsi. Beide haben eine erneute Analyse der Original-Röntgenbilder von der Autopsie John F. Kennedys vorgenommen. Demnach sollen forensische Beweise dafür sprechen, daß zwei Schüsse von vorne und ein Schuß von hinten John F. Kennedy töteten. Damit wäre die Einzeltäter-Theorie erschüttert und die Frage stellt sich: Haben CIA, FBI, Pentagon und Secret Service Jahrzehnte lang etwas vertuscht - und wenn ja, warum?<<

Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Syrien: Rußland soll bleiben**
Von *Michael Brück*
Seit dem Sturz des ehemaligen syrischen Präsidenten Bashar al-Assad galt die Zukunft der

russischen Militärstützpunkte in Syrien als ungewiß. Westliche Medien freuten sich schon, daß die nun regierenden Islamisten von Haiʾat Tahrir asch-Scham (HTS) die Schließung der Stützpunkte verfügen würden. Doch offenbar kommt es anders: Das russische Militär bleibt wahrscheinlich in Syrien. …
Die russische Nachrichtenagentur "Tass" meldet am Sonntag, daß die neue Regierung in Damaskus daran interessiert ist, ihre Beziehungen zu Rußland zu verbessern. "Syrien hat strategische Interessen mit Rußland", zitiert Tass den neuen syrischen Machthaber Ahmed al-Schaara, der mittlerweile seinen bürgerlichen Namen dem bisherigen islamistischen Kampfnamen Abu Mohammad al-Dscholani vorzieht.
Demnach sei es von syrischer Seite nicht gewünscht, Rußland aus dem Land zu drängen und zu verärgern, vielmehr solle eine "ausgewogene Beziehung" angestrebt werden. Klingt so, als gäbe es eine Grundlage für kommende Gespräche, wobei für Rußland insbesondere der Marinestützpunkt in Tartus am östlichen Rand des Mittelmeeres von großer Bedeutung ist.
Spannungen in Syrien nehmen weiter zu
Während sich die neue Regierung außenpolitisch diplomatisch gibt, kommt es im Landesinneren zu neuen Spannungen und Protesten. Anlaß sind zahlreiche Übergriffe von Islamisten auf Anhänger von Minderheiten, insbesondere Christen und Alawiten, die in sozialen Netzwerken kursieren und auf denen schwerste Mißhandlungen zu sehen sind. Hochburg der Proteste ist die Küstenstadt Latakia, das Zentrum der Alawiten. In der Region soll es zudem in den letzten Tagen zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen versprengten Resten der Syrisch Arabischen Armee und HTS-Milizen gekommen sein, bei denen insgesamt eine zweistellige Zahl an Todesopfern zu verzeichnen war.
Während im Nordosten Syriens die Situation zwischen pro-türkischen Milizen und pkk-nahen Kurden weiter eskaliert, kommt auch der Westen Syriens nicht zur Ruhe. Und im Süden hat die israelische Armee ihre sogenannte "Pufferzone", sprich eine Okkupation syrischen Staatsgebietes, weiter vorangetrieben. Mehrere Städte und Dörfer wurden in den vergangenen Tagen besetzt.
Daß die neuen Machthaber in Syrien deshalb versuchen, außenpolitisch in ruhigere Fahrwasser zu gelangen, ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Fraglich ist jedoch, wie lange es den Islamisten gelingt, das Pulverfaß, auf dem sie innenpolitisch sitzen, beisammen zu halten. In sozialen Netzwerken wünschen sich viele Syrer bereits die Zeit unter Bashar al-Assad zurück.<<
30.12.2024
BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**"Abschiebehammer" ist CDU-Nebelkerze: Mit uns kommen Kriminelle gar nicht erst ins Land!**
Der schreckliche Terroranschlag in Magdeburg führt erneut vor Augen, wohin uns die Migrationspolitik von CDU und Ampel geführt haben: Ein saudi-arabischer Migrant droht bereits 2013 der Ärztekammer mit einem Anschlag, bekommt aber dennoch Asyl. Trotz Verurteilung zu einer Geldstrafe macht er einfach weiter, stößt erneut Drohungen aus und beleidigt Richter als Rassisten.
Fast zehn Jahre später rast er in eine Menschenmenge auf einem Weihnachtsmarkt, tötet fünf Menschen und verletzt weitere 200 Personen zum Teil schwer. Die CDU, die als politischer Brandstifter zu den Hauptverantwortlichen dieser Zustände zählt und in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten stellt, spielt sich nun als Feuerlöscher auf.
CDU-Parteichef Merz und sein Generalsekretär Linnemann zünden eine weitere Nebelkerze: Das Asylrecht soll verschärft werden, um Straftäter nach der zweiten Straftat loswerden zu können - mit der AfD würden Kriminelle gar nicht erst ins Land kommen! Denn wir werden mit konsequent geschützten Grenzen dafür sorgen, daß der Massenimport von Kriminellen bereits im Vorfeld verhindert wird.

Die CDU hätte zur Umsetzung solcher Maßnahmen längst die Chance gehabt, wenn sie entsprechenden Initiativen der AfD zugestimmt hätte - doch es geht ihr eben nur um Wahlkampfspektakel, um nach der Wahl dann mit den Grünen zu koalieren und alles bei der alten Merkel-Politik zu lassen.
Im Übrigen fragt man sich, mit welcher Begründung Herr Linnemann erst bei der zweiten Straftat das Aufenthaltsrecht erlöschen lassen will. Warum nicht schon nach der ersten? Wer sich nicht an unsere Kultur und Werte hält und hier mit Kriminalität auffällt, den können wir nicht gebrauchen - und der sollte gar nicht erst zu uns kommen. Von der CDU, die in Sachsen-Anhalt seit mehr als 20 Jahren den Ministerpräsidenten stellt und dort im vergangenen Jahr bei mehr als 5.000 Ausreisepflichtigen lediglich 449 Personen abschieben ließ, haben wir für unsere Sicherheit nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Sondersitzung des Innenausschusses: Magdeburg-Attentäter 80 mal aktenkundig - Gottfried Curio (AfD) kritisiert "systemisches Behördenversagen"**
Im Deutschen Bundestag hat die sogenannte "Aufarbeitung" des Terror-Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt begonnen. Dabei geht es vor allem auch um Pannen bei den Sicherheitsbehörden. Noch vor Ende einer Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses sprach der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gottfried Curio, von einem "systemischen Behördenversagen".
Der Täter ist nach Angaben Curios an 80 Stellen durch Drohungen aktenkundig geworden. Jeder einzelne Vorfall hätte zu einer Beendigung des Aufenthalts führen müssen. Der Bundesnachrichtendienst (BND) habe sechs Warnungen aus Saudi Arabien zum Täter Taleb A. erhalten und diese nur beim ersten Mal an das Bundeskriminalamt (BKA) weitergegeben.
AfD-Innenexperte Curio sieht nicht mangelnde Vernetzung der Behörden als das Problem, sondern, so wörtlich, "bräsige Unwilligkeit der Behörden, Konsequenzen zu ziehen."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Talkshow: Elon Musk kündigt Live-Talk mit Alice Weidel (AfD) an - Linkspresse spuckt Gift & Galle**
Nach seinem spektakulären Wahlaufruf zugunsten der AfD hat der künftige US-Präsidentenberater Elon Musk angekündigt, mit AfD-Chefin Alice Weidel einen Live-Talk auf seiner Plattform X machen zu wollen. Auf eine entsprechende Empfehlung des Users "Wall Street Mav" antwortete Musk kurz und knapp: "Ok".
Unterdessen sorgt der Gastbeitrag des einflußreichen X-Eigners in der "Welt am Sonntag" weiterhin für Wirbel. Hier eine Auswahl von Stimmen aus der morgendlichen Presseschau des Deutschlandfunks:
Geheuchelt gönnerhaft schreibt die linksgrüne "SÜDDEUTSCHE ZEITUNG": "Elon Musk hat also auch eine Meinung zu Deutschland, und why not? Selbstverständlich darf der Milliardär seine Sicht in aller Öffentlichkeit vertreten. Das ist sein Recht (…) Musk hat nun wieder einmal seine persönliche Markenmacht zur Unterstützung antipluralistischer Kräfte genutzt."
Die ultralinke "TAZ" geifert: "Wer glaubt, einem der mächtigsten Männer weltweit noch eine weitere Plattform im eigenen Blättchen geben zu müssen, hat Meinungsvielfalt mit Stiefellekken verwechselt."
Der "REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER" sieht die Dinge dagegen differenzierter: "Der Gastbeitrag des US-Milliardärs in einer deutschen Tageszeitung hat eine Debatte in der Medienbranche ausgelöst, ob man Populisten wie Musk so eine große Bühne gewähren soll. Der Deutsche Journalisten Verband hat sich zu der Warnung hinreißen lassen, daß sich 'deutsche Medien nicht als Sprachrohr von Autokraten mißbrauchen lassen sollten.' Das ist absurd und stellt ohne Argumente die Legitimität der Wahl von Donald Trump in Frage. Genauso aus der Zeit gefallen ist es angesichts der Internet-Reichweite von Musk zu glauben, man könnte ihn

mundtot machen, indem man ihn einfach ignoriert."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Verkürzte Briefwahl: Kommt es am 23. Februar zum Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen AfD und CDU/CSU?**

Klingt kühn, erscheint aber möglich: Bei der Bundestags-Neuwahl am 23. Februar könnte es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen AfD und Unionsparteien kommen! Hintergrund sind massive Probleme bei der Briefwahl, von denen die AfD profitiert, während vor allem CDU/CSU und "Grüne" das Nachsehen haben dürften.

Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 stehen die Parteien schwer unter Zeitdruck und es gibt Probleme vor allem bei der Briefwahl. Davon werde die AfD massiv profitieren, glaubt Polit-Blogger Alexander Raue ("Vermietertagebuch").

Nach seinen Berechnungen könnte die AfD allein deshalb bei 25 Prozent landen, während CDU und CSU (laut INSA mit zusammen nur noch knapp über 30 Prozent ohnehin im Abwärtstrend) wegen fehlender Briefwahlstimmen noch einmal erheblich an Zustimmung verlieren könnten.

- Fakt ist: Die Bedeutung der Briefwahl hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte ihr Anteil (47,6 Prozent) einen Rekordwert. Mit über 22 Millionen Wählern gab nahezu jeder Zweite seine Stimme zum Teil schon mehrere Wochen vor dem Wahltermin ab.

Der von der CSU dominierte Freistaat Bayern hatte dabei mit 62,4 Prozent den höchsten Briefwähleranteil, die AfD-Hochburg Thüringen mit 32,4 Prozent den geringsten.

Auch bei der Europawahl im Juni gaben fast vier von zehn Wahlberechtigten in Deutschland ihre Stimme per Briefwahl ab.

- Vereinfacht gesagt gilt: Viele Briefwähler nutzen erfahrungsgemäß den Systemparteien, allen voran CDU/CSU und "Grünen". Hingegen sind AfD-Wähler aus Mißtrauen eher Urnenwähler.

Erste Wahlchefs raten von Briefwahl ab

Noch hat Bundeswahlleiterin Ruth Brand für die Bundestagswahl am 23. Februar keine genaue Briefwahl-Frist verkündet. Mehrere Landeswahlleiter (u.a. Bayern, Thüringen, Hessen, Berlin, Hamburg, Bremen) gehen aber davon aus, daß die Briefwahl erst zwei statt üblicherweise sechs Wochen vor dem Wahltermin möglich ist.

Einige Wahlchefs raten wegen der Unsicherheiten (Stichwort "Schneckenpost") sogar von der Wahl per Brief ausdrücklich ab - darunter die Landeswahlleiter aus Thüringen, Bremen, Berlin und Hessen.

Warum wird die Briefwahl dieses Mal verkürzt?

Vermutlich stünden erst Anfang Februar alle Kandidaten fest, heißt es zur Begründung. Erst dann können die Stimmzettel bei den Druckereien in Auftrag gegeben und danach an die Wähler versendet werden.

Laut der größten deutschen Stimmzettel-Druckerei Köllen Druck- und Verlag bleibt nach Erhalt der Wahlunterlagen vielfach praktisch nur noch eine Woche zur Stimmabgabe übrig.

Davon könnte statistisch gesehen vor allem eine Partei profitieren: die AfD! Denn: Die AfD ist die einzige Partei, die bei Briefwählern immer deutlich schlechter abschneidet als an der Wahlurne. Bei der Bundestagswahl 2021 holte die AfD in den Wahllokalen 13,4 Prozent der Stimmen. Bei den Briefwählern waren es nur 6,6 Prozent - weniger als die Hälfte!

Die relativ schlechten Briefwahl-Ergebnisse der AfD sind u.a. damit zu erklären, daß die Partei ihre Stammwähler seit Jahren aufruft, ihre Kreuze im Wahllokal zu machen - aus Sorge vor möglichen Tricksereien bei der Briefwahl. Dazu ein Beispiel: Vor den Ostwahlen im Herbst warf die AfD Brandenburg u.a. Seniorenheimen "betreutes Ankreuzen" vor.

- Der enge Zeitplan bei der vorgezogenen Bundestagswahl könnte jetzt zu einem Problem vor

allem für die Unionsparteien und die ihnen nahe stehenden "Grünen" werden.
In einer im August 2021 veröffentlichten Panel-Studie der Universität Hohenheim in Kooperation mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa hatten 45 Prozent der befragten CDU/CSU-Anhänger(innen) angegeben, bei der Bundestagswahl per Briefwahl abstimmen zu wollen. Briefwahl ist auch bei "Grünen-Wählern" deutlich beliebter als bei Anhängern anderer Parteien. So erhielten die Ökosozialisten bei der Bundestagswahl 2021 fast 16 Prozent der Briefwahl-Stimmen, aber nur etwas mehr als 12 Prozent der Stimmen an der Urne.
- Rechnet man mit Blick auf die Neuwahl am 23. Februar alle Faktoren zusammen, erscheint es durchaus möglich, daß die AfD, die laut aktuellen INSA-Daten auf 20 Prozent zugelegt hat, am Wahlabend bei bis zu 25 Prozent landen könnte - zumal in die aktuellen Erhebungen das Magdeburger Weihnachts-Blutbad noch gar nicht eingeflossen ist. Die Unionsparteien hingegen, die laut INSA mit ihrem Kriegstreiber-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU) aktuell sogar schlechter dastehen als Ende 2023, müssen befürchten, infolge der verkürzten Briefwahl weiter erheblich an Wählerstimmen zu verlieren.
FAZIT: Das könnte bedeuten, daß sich AfD und CDU/CSU am Wahlabend des 23. Februar so stark annähern, daß es möglicherweise sogar zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Stephan Brandner (AfD): Sexualdelikte in Bahnhöfen und Zügen haben sich seit 2019 verdoppelt!**
Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Brandner, ist die Zahl der registrierten Sexualdelikte in Bahnhöfen und Zügen der Deutschen Bahn seit 2019 alarmierend gestiegen.
Dazu erklärte Brandner: "Die Zahlen sprechen für sich. Allein im Jahr 2024 wurden bis November 1.035 Fälle in Bahnhöfen und 1.070 Fälle in Zügen registriert. Das sind traurige Höchststände. Seit 2019 haben sich die Zahlen fast verdoppelt!"
Besonders gravierend ist der hohe Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger. Laut den vorliegenden Daten waren von den 1.016 ermittelten Tatverdächtigen in Bahnhöfen 442 nichtdeutscher Herkunft, während in 271 Fällen die deutsche Staatsangehörigkeit (ob mit oder ohne Migrationshintergrund) festgestellt wurde. "Das ist ein klares Zeichen dafür, daß die völlig aus dem Ruder gelaufene Migrationspolitik der Ampelregierung maßgeblich zu den Sicherheitsproblemen beiträgt", betonte der AfD-Politiker und forderte:
"Es sind konsequente Maßnahmen nötig: Mehr Polizei- und Sicherheitskräfte in Bahnhöfen und Zügen, sofortige Abschiebung krimineller Ausländer, konsequenter Grenzschutz. Wir dürfen nicht länger wegsehen, wenn die Sicherheit unserer Bürger auf der Strecke bleibt."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Nehmen wir gerne auf Wiedervorlage, Herr Söder: "Kein Schwarz-Grün nach der Wahl!"**
Nur allzu wäre CSU-Chef Markus Söder Kanzlerkandidat geworden, ließ sich aber von Friedrich Merz (CDU) und den "schwarz-grünen" Merkelianern in der Union regelrecht übertölpeln. Nun will der bayerische Ministerpräsident nach eigener Aussage seinen Beitrag leisten, daß die Unionsparteien nach der Neuwahl am 23. Februar wieder an die Regierung kommen und verspricht in der Bild-Zeitung "felsenfest klar": Mit ihm werde es "Schwarz-Grün" nicht geben, das könne sich Friedrich Merz abschminken.
Wie sagt der Volksmund: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Deutschlands Stromsaldo über zwei Milliarden Euro im Minus**
Deutschland hat im Jahr 2024 deutlich mehr Strom aus dem Ausland importiert als ins Ausland verkauft. Wie die "Bild" in ihrer Montagsausgabe unter Berufung auf Daten der Bundes-

netzagentur berichtet, betrugen die Stromimporte in diesem Jahr fast 77.000 Gigawattstunden. Im Gegenzug wurden knapp 48.500 Gigawattstunden ins Ausland exportiert.
Wie die "Bild" weiter schreibt, ergibt sich daraus ein milliardenschwerer negativer Saldo. Demnach mußten die deutschen Versorger insgesamt 5,3 Milliarden Euro für den im Ausland eingekauften Strom bezahlen.
Der Stromexport brachte insgesamt drei Milliarden Euro ein. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo von 2,3 Milliarden Euro.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Wetterdienst bestätigt: 2024 wärmstes Jahr seit Meßbeginn**
Das Jahr 2024 ist in Deutschland das wärmste seit dem flächendeckenden Meßbeginn im Jahr 1881 gewesen. Das geht aus der am Montag veröffentlichten vorläufigen Jahresbilanz des Deutschen Wetterdienstes (DWD) hervor. Eine frühere Prognose wurde somit bestätigt. Es ist demnach nach 2023 das nächste "Rekordjahr".
Erschreckend sei vor allem, daß 2024 das Vorjahr gleich um 0,3 Grad übertroffen habe, sagte DWD-Sprecher Uwe Kirsche. "Das ist beschleunigter Klimawandel." Der sehr milde Winter 2023/2024 sowie das rekordwarme Frühjahr brachten zugleich ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen. 2024 sei in Deutschland ein deutlich zu nasses Jahr gewesen, so der Wetterdienst. Die Sonnenscheindauer lag unterdessen leicht über dem hierzulande typischen Mittel. Konkret lag das Temperaturmittel im Jahr 2024 mit 10,9 Grad Celsius um 2,7 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 (8,2 Grad).
Im Vergleich zur aktuellen und wärmeren Vergleichsperiode 1991 bis 2020 (9,3 Grad) betrug die Abweichung 1,6 Grad. Damit setzte sich der beschleunigte Erwärmungstrend fort, der bereits in den Jahren 2023 (10,6 Grad) und 2022 (10,5 Grad wie 2018) zu neuen Höchstwerten geführt hatte. 2024 sorgte zugleich dafür, daß der lineare Temperaturtrend seit Meßbeginn jetzt auf 1,9 Grad gestiegen ist. 2023 lag er noch bei 1,8 Grad.
Nach einem milden Jahresauftakt folgten in der zweiten und dritten Januarwoche eine teils sehr winterliche Phase mit dem Jahrestiefstwert von -19,5 Grad am 20. Januar im allgäuischen Leutkirch-Herlazhofen. Anschließend begann der Frühling bereits im Februar, der mit 6,6 Grad Mitteltemperatur eher einem kühleren April entsprach. Auch das Frühjahr selbst schrieb sich als das Wärmste seit Meßbeginn in die Klimastatistik des DWD ein. Laut DWD "auffallend warm" zeigte sich auch der Sommer - der August zählte sogar zu den vier wärmsten seit 1881.
Am 13. August wurde mit 36,5 Grad Celsius in Bad Neuenahr-Ahrweiler in Rheinland-Pfalz die bundesweit höchste Temperatur 2024 gemessen. Im September kamen Hitzerekorde im Nordosten hinzu und die anschließend "deutlich zu hohe Herbstmitteltemperatur vervollständigte den Charakter des rekordwarmen Jahres", so der Wetterdienst. Im Jahr 2024 fielen nach ersten Auswertungen des DWD zudem gut 903 Liter pro Quadratmeter Niederschlag. Das war deutlich mehr als im Mittel der Referenzperioden 1961 bis 1990 mit 789 Litern pro Quadratmeter und 1991 bis 2020 mit 791 Litern pro Quadratmeter.
Das Jahr begann mit einem Winterhochwasser in Niedersachsen, NRW und Sachsen-Anhalt. Besonders niederschlagsreich waren der Winter und das Frühjahr, wobei das hydrologische Winterhalbjahr (November 2023 bis April 2024) in Deutschland das nasseste seit Meßbeginn war. Im nordhessischen Trendelburg fiel am 1. August mit 169,8 Litern pro Quadratmeter die bundesweit höchste Tagessumme.
Im Jahresverlauf wurden vom DWD am Alpenrand und im Schwarzwald mit örtlich über 2.600 Litern pro Quadratmeter die höchsten Mengen gemessen, während der Nordosten der Republik mit regional unter 500 Litern pro Quadratmeter vergleichsweise trocken blieb. Mit knapp 1.700 Stunden lag die Sonnenscheindauer im Jahr 2024 über ihrem Soll von 1.544 Stunden (Periode 1961 bis 1990), so der Wetterdienst weiter.

Das gilt auch im Vergleich zur neueren Referenzperiode 1991 bis 2020 (1.665 Stunden). Insbesondere von der Leipziger Tieflandsbucht über die Oberlausitz bis zur Ostseeküste wurden mit bis zu 2.000 Sonnenstunden die höchsten Werte deutschlandweit gemessen. In Teilen Westdeutschlands hingegen schien die Sonne oft nur etwa 1.500 Stunden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Ex-Eon-Chef Teyssen sorgt sich um Industriestandort Deutschland**

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende des Eon-Konzerns, Johannes Teyssen, blickt mit Sorge auf die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. "Wir werden eine schleichende und sich leise beschleunigende Deindustrialisierung erleben", sagte er dem "Handelsblatt" (Dienstagsausgabe). Die neue Bundesregierung müsse daher "aussprechen, daß Deutschland auf der Kippe steht". Die Politik des Bundeskanzlers kritisiert Teyssen: "Olaf Scholz weigert sich, notwendige Prioritäten zu setzen, und will lieber nur neue Schulden machen."

Deutschland brauche grundlegende Reformen. Teyssen, der mittlerweile die Beteiligungsgesellschaft KKR als Senior Advisor berät, Verwaltungsratspräsident des Schweizer Stromproduzenten Alpiq ist und im Board des Ölkonzerns BP sitzt, spricht von einer "Entfesselungsagenda". Kein Mensch verstehe mehr "die ganzen Gesetze und Auflagen".

Auch Unternehmen müßten wieder mehr ins Risiko gehen, ohne daß der Staat für alles Garantien übernehme. Den deutschen Atomausstieg, der während seiner Zeit als Eon-Chef entschieden wurde, empfindet Teyssen als Fehler: "Laufende Atomkraftwerke abzuschalten, war und ist bekloppt." Trotzdem findet er Diskussionen um einen Wiedereinstieg in die Atomkraft in Deutschland unnötig: "Kein vernünftiger Mensch würde hier in Deutschland neue Atomkraftwerke bauen."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Mittelstand befürchtet wirtschaftliche Depression im Jahr 2025**

Bereits jetzt schrumpft die deutsche Wirtschaft seit zwei Jahren. Die meisten mittelständischen Unternehmen sehen jedoch keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil, einige befürchten gar eine wirtschaftliche Depression.

Von *Redaktion*

Der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie geht es nicht gut

Der deutschen Wirtschaft geht es nicht gut. Ein negatives Wirtschaftswachstum und kriselnde Industriegiganten belasten das Land. Derzeit sagen die großen Wirtschaftsinstitute noch ein leichtes Wachstum der Wirtschaft im Jahr 2025 voraus.

Bei den Unternehmen schwindet die Hoffnung auf einen Zuwachs der Wirtschaft jedoch zunehmend. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft (BVMW). Die meisten der 1273 Teilnehmer, die bis Ende Dezember zu ihren Prognosen befragt wurden, blicken pessimistisch in die Zukunft.

Demnach glauben 80 Prozent aller Mittelständler an ein stärkeres Schrumpfen der Wirtschaft als noch im laufenden Jahr. Bereits 2024 ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent gesunken; ebenso wie im Jahr davor. Erfüllen sich die Befürchtungen der Mehrheit der Befragten, so würde die Wirtschaftsleistung erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik drei Jahre hintereinander schrumpfen.

Doch es könnte noch schlimmer kommen. Zumindest wenn es nach einem Fünftel der Befragten geht. Diese erwarten nicht nur eine Schrumpfung der Wirtschaft, sondern im Jahr 2025 sogar eine wirtschaftliche Depression. Das würde die Lage im Land noch weiter verschlechtern. Ein Verlust an Arbeitsplätzen und weitere Deindustrialisierung wären wohl die Folge.

Für die desolate Lage macht der Verband vor allem die deutsche Politik verantwortlich. Diese hätte mit ihrem "Hin und Her" das "Vertrauen auf Besserung" erschüttert, so der Christoph Ahlhaus, Bundesgeschäftsführer des Verbandes gegenüber der dpa.

Seit Monaten warnen Wirtschaftsvertreter die Politik vor einer Verschärfung der Wirtschafts-

krise. Erst kürzlich ergab eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), daß die Mehrheit der Wirtschaftsverbände in Deutschland eine Verschlechterung der Lage in ihren Branchen feststellen. Dazu betonte etwa Marie-Christine Ostermann, Verbandspräsidentin der Familienunternehmer, daß ohne eine Wirtschaftswende nach der Wahl, wohl viele Unternehmen ins Ausland abwandern könnten.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Milliarden-Defizit: Deutschland mußte 2024 erneut massiv Strom importieren**

Auch 2024 hat Deutschland mehr Strom importiert als exportiert, was in einem negativen Saldo von zwei Milliarden Euro resultierte. Die Zahl des importierten Stroms stieg um 23.000 auf insgesamt 77.000 Gigawattstunden, die für 5,3 Milliarden Euro im Ausland eingekauft wurden.

Von *Redaktion*

5,3 Milliarden Euro kostete der importierte Strom 2024.

Nach 2023 hat Deutschland auch 2024 die Rolle des Stromimportlands behalten. Einem Bericht der Bild zufolge beziffert die Bundesnetzagentur die diesjährigen Stromimporte auf etwa 77.000 Gigawattstunden, die für 5,3 Milliarden Euro im Ausland eingekauft wurden. Hingegen wurden lediglich 48.000 Gigawattstunden für drei Milliarden Euro verkauft. Unter dem Strich bleibt ein negativer Saldo von 2,3 Milliarden Euro.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich dieser Trend abgezeichnet: Während 54.000 Gigawattstunden importiert wurden, exportierte Deutschland lediglich 42.000. Daß der Export wieder gestiegen ist, könnte auch an den Stromlieferungen an das Ausland liegen, bei denen Deutschland überschüssigen Strom zu einem negativen Preis abgeben mußte, weil hierzulande bereits alle Verbraucher versorgt waren.

Das passiert beispielsweise an besonders windigen Sonnentagen, an denen die erneuerbaren Energien unter Vollast produzieren können. Die deutschen Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen haben eine Leistung von 82 Gigawatt beziehungsweise 70 Gigawatt. Zur Einordnung: Deutschland verbraucht in der Stunde zu Hochzeiten meist 60 bis 70 Gigawatt.

Produzieren Photovoltaikanlagen überschüssigen Strom, muß dieser an Nachbarländer abgetreten werden, wofür der Abnehmer oft auch noch eine Entschädigung erhält. Für die Solar-Erzeuger ist das aktuell jedoch kein Nachteil, weil sie durch die von der Bundesregierung garantierte Einspeisevergütung für in das Netz eingespeiste Kilowattstunden mit einigen Cents entlohnt werden. Das soll die Attraktivität von Photovoltaikanlagen, von denen es derzeit etwa 3,7 Millionen in Deutschland gibt, erhöhen.

2023 mußten 325 Stunden Strom zu einem Negativpreis exportiert werden, im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es bereits 224 Stunden. Die daraus resultierende Summe der sozusagen verschenkten Einspeisevergütung ist relativ gering, aber letztlich dennoch Steuergeld, das ausgegeben werden muß, um das Stromnetz stabil zu halten.

Zwischen 2003 und 2023 war Deutschland immer Strom-Nettoexporteur, das änderte sich jedoch mit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke im April 2023. Weil ausländischer Strom teilweise günstiger war als beispielsweise deutscher Kohlestrom, setzte die Bundesregierung vermehrt auf Importe. Diese Praxis kann aber auch zu Problemen in den Exportländern wie Schweden oder Norwegen führen.

Nach der Dunkelflaute Anfang Dezember hatte sich Schwedens Energieministerin zu Wort gemeldet und Deutschlands Herangehensweise scharf kritisiert. "Bei jedem Treffen hat Deutschland die Möglichkeit blockiert, den Bau neuer fossilfreier Grundlastkraftwerke in der EU zu finanzieren", sagte Busch, die Parteivorsitzende der schwedischen Christdemokraten. "Es ist eine Sache, daß die Deutschen selbst keine Atomkraft wollen, eine andere ist es jedoch, andere Staaten am Zugang zu diesen Mitteln zu hindern." Das bezeichnete sie als "scheinheilig".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Wahlleiter warnen vor Briefwahl: Millionen Stimmen könnten nicht gezählt werden**
Aufgrund des hohen Anteils an Briefwählern könnte es bei der Bundestagswahl zu massiven logistischen Problemen kommen - Millionen Stimmen könnten betroffen sein. Einige Wahlleiter raten deshalb von der Briefwahl ab: Die Wähler sollen an der Urne wählen.
Von *Redaktion*
2021 gab es 22 Millionen Briefwähler - doch ihre Stimmen sind bei der kommenden Bundestagswahl in Gefahr.
Kurz nach dem Ampel-Aus hatten mehrere Stellen vor schnellen Neuwahlen gewarnt. Die fehlende Vorbereitungsdauer könnte zu logistischen und organisatorischen Problemen führen, so argumentierte auch die Bundeswahlleiterin Ruth Brand in einem Brief an Olaf Scholz. Brand ruderte zwar letztlich zurück - jetzt warnen jedoch zwei Landeswahlleiter vor der Bundestagswahl am 23. Februar.
Hintergrund ist die für unpäßliche oder nicht anwesende Personen eingeführte Option der Briefwahl. Während Magdeburgs Wahlleiter Tim Hoppe die Herausforderungen gegenüber dem MDR für lösbar erklärt, warnen andere vor gravierenden Problemen. So rät der Landeswahlleiter in Thüringen, Holger Poppenhäger, von der Briefwahl ab.
"Wer sichergehen will, daß sein Stimmzettel zählt und nicht am Montag nach der Wahl noch herumliegt, sollte im Wahllokal wählen oder die Unterlagen sofort nach dem Erhalt ausfüllen und zurückschicken", sagte Poppenhäger gegenüber der Bild. Noch deutlichere Worte findet der Dresdner Wahlleiter, Sven Mania: Die Wähler sollten nach Möglichkeit gänzlich von einer Briefwahl absehen und persönlich zur Wahlurne gehen.
Der Grund: Wegen der verkürzten Vorbereitungszeit können die Briefwahlzettel erst am 10. Februar an die Wähler ausgeliefert werden - nicht einmal zwei Wochen später müssen die ausgefüllten Zettel dann pünktlich zum 23. Februar wieder bei den Wahlämtern eingegangen sein, erklärte Berlins Landeswahlleiter Stephan Bröchler. Normalerweise sind für diesen Prozeß sechs Wochen vorgesehen.
Das ist 2025 jedoch nicht möglich: Bis zum 20. Januar können die Parteien ihre Wahllisten und weitere Formalien einreichen. Anschließend werden die Einsendungen kontrolliert und für die Wahl übernommen. Erst dann kann die finale Produktion der Wahlzettel eingeleitet werden, weshalb zahlreiche Wahlbriefe erst bis zum 10. Februar ausgeliefert werden könnten. Gegenüber Bild wollte die Bundeswahlleiterin die Unsicherheiten um die Briefwahl nicht kommentieren. Die Behörde wies jedoch darauf hin, es sei wichtig, "die Wahlberechtigten zu sensibilisieren, daß der Zeitrahmen für eine Briefwahl deutlich kürzer ist".
Weil es in Deutschland erfahrungsgemäß Millionen Briefwähler gibt, könnte es zu einer Überlastung der Post oder Ungereimtheiten bei der Logistik kommen, weshalb Briefwahlzettel verspätet zugestellt werden oder gänzlich verschwinden könnten. 2021 lag der Anteil der Briefwähler bei 47,3 Prozent. Gut 22 Millionen Menschen wählten damals - vermutlich auch aufgrund der Covid-Pandemie - per Briefwahl. 2017 lag die Briefwahlquote noch bei 28,6 Prozent, etwa 13 Millionen Menschen reichten ihre Stimme damals auf dem Postweg ein.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**CDU will nach der 2. Straftat abschieben**
Von *Valentina Schacht*
Der erste Übergriff ist frei, doch bei der zweiten Straftat soll das Bleiberecht in der Bundesrepublik entzogen werden - so fordert es aktuell der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Sein Kanzlerkandidat Friedrich Merz sieht derweil eine neue Gefahr: Er will verhindern, daß "Assads Schergen" nach Deutschland kommen. Na so was, 2015 / 16 konnten zahlreiche IS-Terroristen und Mitglieder anderer Terrororganisationen, die zuvor in Syrien ihr Unwesen trieben, ganz normal einreisen und erlebten eine grenzenlose "Willkommenskultur". …

Täglich grüßt zwar nicht immer das Murmeltier, aber die CDU. Regelmäßig verkünden Politiker der einstmals konservativen Partei, daß endlich wieder abgeschoben werden müsse, um die illegale Einwanderung zurückzudrängen. Selbstredend bleiben diese Phrasen ohne Folgen, im Bundestag sabotierte die CDU/CSU-Fraktion sogar Abstimmungen über entsprechende Anträge, weil ihnen der Antragssteller, die AfD-Fraktion, mißfiel.
Die Brandmauer steht schließlich. Deshalb sind auch die neuen Ankündigungen von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, zukünftig Einwanderer nach der zweiten vorsätzlichen Straftat abzuschieben, wohl eher Wahlkampfgetöse als eine tatsächliche politische Absichtsbekundung. Und überhaupt, wieso eigentlich nach der zweiten Straftat? Ist der erste Übergriff dann frei?

Gegen "Assads Schergen": Merz will volle Härte des Gesetzes

In den fast 15 Jahren des syrischen Bürgerkrieges gelangten zahlreiche Terroristen, die für verschiedenste islamistische Terrororganisationen gekämpft hatten, nach Europa. Auch und gerade in den Jahren der merkelschen Grenzöffnung 2015 / 16, in deren Chaos falsche Namensangaben und verschleierte Identitäten keine Seltenheit waren. Gelegentlich gelingt es der Generalbundesanwaltschaft, einige von ihnen zu ermitteln und Vorfälle aufzuklären, doch der Großteil dürfte unerkannt in Deutschland leben. Der westeuropäische Sozialstaat ist manchem Dschihadisten dann wohl doch lieber als das muslimische Kalifat.
Jetzt aber, wo die Einwanderung ehemaliger Mitarbeiter von Bashar al-Assad, immerhin bis Anfang Dezember 2024 noch legitimer Präsident Syriens, möglich erscheint, mimt CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz den Hardliner "Ich möchte jedenfalls die Mitglieder der Assad-Milizen, die in Syrien schlimme Verbrechen begangen haben, hier in Deutschland nicht sehen", teilt der Sauerländer mit und forderte Zurückweisungen an den Grenzen. Na komisch, plötzlich scheint das mit den Zurückweisungen kein Problem mehr zu sein. Zumindest, wenn es in das eigene transatlantische Feindbild paßt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Die Schande von Halbe**
Von *Michael Brück*
Es ist ein beispielloser Vorgang: Polizei und Ordnungsamt haben im brandenburgischen Halbe mehrere tausend LED-Kerzen entsorgt, die Angehörige vor den Weihnachtstagen auf dem Waldfriedhof, der größten deutschen Kriegsgräberstätte, niederlegt hatten. Eine rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen ist nicht erkennbar, von der moralischen Einordnung ganz abgesehen. Mehrere Politiker fordern nun in deutlichen Worten eine Aufklärung dieser skandalösen Vorgänge. Der Umgang mit den eigenen Opfern läßt auch sonst jeden Anstand vermissen. …
Halbe, am Vormittag des 27. Dezembers 2024: Auf dem Waldfriedhof, dem Ort, an dem 28.000 Tote des 2. Weltkrieges begraben sind, schleichen Polizisten und Mitarbeiter des Ordnungsamtes durch die schier endlosen Grabsteinreihen. In ihrem Visier: 5000 LED-Grablichter, die wenige Tage zuvor von Angehörigen der Kriegsopfer aufgestellt, wurden. In einer Erklärung auf der Facebookseite "Deutschlands Kriege und seine Soldaten 1813-1945″ heißt es zu der Gedenkaktion: "Von anderen Ländern übernommen, wollten wir ebenso unserer Vorfahren", es seien lediglich LED-Grablichter aufgestellt worden, keinerlei politische Spruchbänder oder Symbole.
Doch das scheint die sogenannten Gesetzeshüter nicht zu interessieren, routiniert entwenden sie Grablicht für Grablicht, sammeln die Lichter zunächst in Kisten, um sie danach in einen Abfallcontainer zu kippen. Es wirkt wie eine Verhöhnung der Toten, ein respektloses Verhalten, das jedem Verständnis von abendländischer Gedenkkultur widerspricht. Daß moralisch verkommene Linksextremisten Friedhöfe schänden und sich mit ihren Taten brüsten, ist hinlänglich bekannt, doch das Verhalten der Staatsdiener, das nicht weit von diesen Praktiken der

Antifa entfernt zu sein scheint, hat eine neue Qualität.

Polizei kann nicht begründen, warum die Grablichter entfernt wurden

Grund zur Aufregung gibt es daher genug. Was es jedoch nicht zu geben scheint: Eine rechtliche Grundlage für den Polizeieinsatz. Wie die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZI) berichtet, bestätigte die örtliche Polizei gegenüber der Regionalzeitung, daß keine Straftat vorgelegen habe. Auch ein Verstoß gegen die Friedhofsordnung ist nicht erkennbar, ganz abgesehen davon, daß es dann nicht zu den Aufgaben der Polizei gehören würde, tausende Gedenklichter von Soldatengräbern zu beseitigen.

Vielmehr wurde offenbar ohne Vorliegen einer Straftat aus politischem Kalkül beschlossen, die Gedenklichter zu entfernen, weil sich ein Verwaltungsmitarbeiter oder Politiker von der Erinnerung an die Kriegstoten des 2. Weltkrieges gestört zu haben schien.

Empörte Reaktionen aus der Brandenburger Politik

Noch sind die genauen Hintergründe und die Befehlskette, die zu einem solch skandalösen Einsatz geführt hat, unklar. Doch das könnte sich bald ändern. In einem Beitrag auf dem sozialen Netzwerk X ließ ein sichtlich verärgerter Dr. Christoph Berndt, Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg, seinem Unmut freien Lauf: "Unfaßbar! Andere Worte, meinen Abscheu auszudrücken, vermeide ich besser".

Sein Parteikollege, der Bundestagsabgeordnete René Springer, kritisierte nicht nur den Einsatz scharf, sondern forderte auch eine Aufklärung der Vorgänge: "Wenn die Polizei ohne Vorliegen einer Straftat zum Einsatz ausrückt, um sämtliche Grablichter zu entfernen, dann bewegt sich dies am Rande des behördlich veranlaßten Kulturbruchs.

Die Ehrung der Toten und Vorfahren durch Grabschmuck ist Teil unseres abendländischen Erbes. Der Vorfall muß aufgeklärt werden!". Wie genau diese Aufklärung erfolgen soll, ist jedoch noch offen. Eine mögliche Form auf Landesebene wäre neben parlamentarischen Anfragen etwa eine Sondersitzung des Innenausschusses im brandenburgischen Landtag, bei welcher durch den Innenminister das Handeln seiner Beamten begründet werden müßte.

Mit einem solchen Vorgehen würde zugleich weitere Öffentlichkeit geschaffen, was dringend notwendig erscheint: Abgesehen von der Märkischen Allgemeinen Zeitung versuchen die Mainstreammedien die Schande von Halbe auszusitzen. Damit sollten sie nicht durchkommen.

Ob vor oder nach dem 8. Mai 1945: Wir vergessen das Schicksal der Toten nicht. In unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir dieses Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.<<

Österreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Kopf hoch!**

Von *Martin Sellner*

Um es gleich vorwegzunehmen: Nein, das Land ist nicht verloren. Aber ich gebe zu: Es war enttäuschend, daß Norbert Hofer das Rennen um die Hofburg doch unerwartet deutlich verlor. Nach Donald Trumps Erfolg gingen wir recht hoffnungsvoll in den Wahlabend. Gerade als wir von der Identitären Bewegung (IB) der BBC ein Interview gaben, kamen die ersten Hochrechnungen herein - und die Niederlage stand fest. Gar nicht so leicht, in diesem Moment die Fassung zu bewahren!

Diese Chuzpe ist unsere Geheimwaffe gegen die Nazikeule.

Nüchtern betrachtet gibt es aber keinen Grund zum Verzweifeln. Die FPÖ, welche bisher immer an einer magischen Grenze von 30 Prozent festhing, hat mit Hofer gegen den Block von Altparteien, Mainstreammedien und Wirtschaft mehr als 46 Prozent geholt. Aber warum nicht über 50 Prozent? Alle Umfragen zu Sachthemen - also Grenzsicherung, Islamisierung und Multikulti - zeigen glasklar: Die Mehrheit vertritt die Positionen der IB und der FPÖ. Wir

wollen ein Ende der Masseneinwanderung, eine Festung Europa, eine christlich-abendländische Leitkultur und die Remigration der Illegalen.
Warum gelang es nicht, diese Meinungsmehrheit in eine Stimmenmehrheit umzuwandeln? Die emotionale Barriere im Hirn der Leute hindert sie daran zu wählen, wie sie denken. Die Multikultimedien spielen virtuos auf der Klaviatur der Komplexe. Die Nazikeule wurde monatelang geschwungen, und pünktlich zum Wahlfinale wurde eine "emotionale Atombombe" gezündet: Eine 89-jährige Holocaust-Überlebende wurde für politische Zwecke instrumentalisiert, sie warnte vor einem "neuen Faschismus" durch Hofer. Die unverhohlene Botschaft: "Wer nicht Van der Bellen wählt, wählt Hitler."
Mit diesen moralischen Triggerpunkten werden Vernunft und Eigeninteresse gezielt ausgeschaltet. Das gelingt nur, weil keine starke Gegenöffentlichkeit dagegenhält. Der Skandal, daß man das halbe Volk als "Nazis" abstempelt, wird nicht angeprangert. Die perfide Taktik wird nicht bloßgestellt. Es fehlen Stimmen, Gesichter und Plattformen des Protests, die das patriotische Lager aus der Defensive führen. Unzählige Künstler, Intellektuelle, aber auch private Initiativen zeigten im Lauf des Wahlkampfs Gesicht für Van der Bellen.
Die meisten FPÖ-Wähler hofften dagegen im Stillen auf eine Wende. Aber diese stille Wende wird uns keiner schenken. Wir werden Europa nicht vor der Islamisierung und dem großen Austausch bewahren, indem wir alle paar Jahre ein Kreuz in einer Wahlzelle machen. Eine Wende braucht den Druck von der Straße. Die Umsetzung der Meinungsmehrheit in die Stimmenmehrheit braucht mehr als einen Wahlkampf. Sie braucht eine Bewegung.
Die Zeit dafür drängt. Gegen uns steht der Faktor der "ethnischen Wahl". Der linksgrüne Kandidat der offenen Grenze schnitt dort am besten ab, wo die meisten Fremden an die Urnen gingen. Allein seit dem ersten Wahlgang im Mai kamen mit 49.000 Neuwählern viele Migrantenstimmen dazu, während tausende eher konservative Altwähler wegstarben. Das Prinzip ist einfach: Einwanderer wählen Einwanderungsparteien, die wieder mehr Einwanderer hereinholen - ein Teufelskreis, in dem die Demographie die Demokratie zerstört. Das Endergebnis lautet Islamisierung.
Gegen diese Gefahr setzte die IB wenige Tage vor der Wahl in Wien ein Zeichen. Um zwei Uhr nachts wurde mit Hilfe eines Hebekrans der 20 Meter hohen Maria-Theresia-Statue im Herzen Wiens eine Burka angezogen. Die Aktion wurde ganz öffentlich mit Warnwesten und eingeschalteten Signalleuchten durchgezogen. CNN filmte live mit, und die Bilder gingen um die Welt. Diese Chuzpe, das freche und freie Auftreten, ist unsere Geheimwaffe gegen die emotionale Barriere und die Nazikeule. Mit jeder Aktion ermutigen wir alle, Gesicht zu zeigen. Redet, handelt und wählt, wie Ihr denkt!
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2017.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31586" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Vermögensumverteilung durch gesellschaftliche Umbrüche**
Der Mauerfall vom 9. November 1989 ging als Ergebnis langanhaltender friedlicher Bürgerproteste in die Geschichtsbücher ein. Zeitzeuge Michael Wolski schildert den Mauerfall jedoch als geplanten strategischen Schritt von Kräften hinter einer "Nebelwand".
Aus eigenem Erleben und gründlicher Recherche beschreibt Michael Wolski eine gezielte Transformation der Gesellschaft ab Beginn der Oktoberrevolution 1917 bis in die Gegenwart.
Er war in den 1980er Jahren für den DDR-Außenhandel tätig und hatte dadurch internationale Kontakte zu Führungsebenen in Ost und West. So stieß er auf Ungereimtheiten rund um die Geschichte vom Mauerfall. Wolski mußte im Zuge seiner Untersuchungen verwundert feststellen, daß ausgewählte Führungskräfte, sowohl im Westen als auch im Osten, im Vorfeld über den Mauerfall Bescheid wußten. Seine Recherchen ergaben ein völlig anderes Bild als die Geschichtsbücher uns lehren.
Michael Wolski nennt mehrere Ereignisse, die ein koordiniertes Vorgehen von Führungskrei-

sen des Ostblocks und des Westblocks zum Mauerfall offenbaren.
Ereignis 1: Ende Mai 1987 forderten der Staatspräsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow und sein Außenminister Eduard Schewardnadse von DDR-Staatsoberhaupt Erich Honecker, er solle die Mauer öffnen. Honecker weigerte sich.
Ereignis 2: 14 Tage später sprach der damalige US-Präsident Ronald Reagan auf der Westseite vom Brandenburger Tor und forderte ebenfalls den Fall der Mauer. "Mr. Gorbatschow, Tamar down TCIs wall!".
Ereignis 3: 1989 wurden die Grenzanlagen in Ungarn abgebaut und DDR-Bürgern die Flucht über Österreich in den Westen erleichtert.
Ereignis 4: Am 9. Januar 1990 stoppte ein beim Ostberliner Außenhandelsministerium akkreditierter US-Konzern einen im Dezember 1989 erteilten Auftrag an Wolski. Dieser Auftrag war die Vorbereitung zur Gründung einer Tochtergesellschaft für den Vertrieb der Konzern-Erzeugnisse in der DDR. Begründung: Es wird keine DDR mehr geben.
Michael Wolski geht im ausführlichen Interview (www.kla.tv/31007) auf viele weitere Details rund um den "Mauerfall" ein, welche ein geplantes Vorgehen mit verborgenen Interessen der Führungsebene aus Ost und West erkennen lassen.
Wolski erläutert auch, wie die friedlichen Demonstrationen durch sowjetische und westliche Geheimdienste gefördert und instrumentalisiert wurden. Grund: Die DDR war an die Grenze der Unregierbarkeit und des wirtschaftlichen Zerfalls gelangt. Es war offensichtlich, daß die sozialistische Planwirtschaft nicht funktionierte. Aufgrund des rasanten Niedergangs der DDR waren die Hintergrundkräfte zu einem Strategiewechsel gezwungen. Doch welche Kräfte sind das?
Hören Sie dazu Michael Wolski:
(Wolski:) "Es gab 1917 die Oktoberrevolution, und es hat mittlerweile ja einige Bücher, besonders aus den USA gegeben, wo die Verbindung Wall Street und bolschewistische Revolution, hier zum Beispiel von Anthony Sutton, sehr detailliert geschildert wurde. Und wo auch beschrieben wurde, wie Trotzki und Lenin mit finanziellen Mitteln, der eine von den Gründern der Federal Reserve und der andere von der deutschen Abwehr ausgestattet, nach Petrograd gefahren sind, um dort diese Revolution anzuzetteln. Die einen, weil sie das Land reif zum Kippen gesehen haben, also die US-Banker, um das Land sozusagen unter ihre Fittiche zu bekommen."
"Und zu dieser Zeit haben also die Amerikaner einen Mann etabliert, der schon Lenin kannte, die ersten Verträge mit Lenin machte, das war Armand Hammer. Und der war bis zu seinem Tod 1990, also kurz vor seinem Tod, der Verbindungsmann des US-Kapitals zum Politbüro. Und alle diese großen Importprojekte der Sowjetunion an Anlagen, Wasserkraftwerken, aber eben auch dann das "Land and Lease-Abkommen" während des Zweiten Weltkrieges sind sozusagen unter seiner Ägide dann abgeschlossen worden. Ach so, und übrigens, Armand Hammer ist Milliardär gewesen, also über die Jahre. Sein Vater war Gründer der Kommunistischen Partei, der Mitgründer der Kommunistischen Partei der USA. Und er ist natürlich auch Träger des Lenin-Ordens gewesen."
Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer: Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Banker, die die Federal Reserve 1913 gegründet hatten, finanzierten 4 Jahre später die Oktoberrevolution und 1922 die Gründung der UdSSR.
Eine gewaltige Umverteilungswelle von russischem Vermögen in die Hände dubioser US-Banker war die Folge! Zuerst enteigneten die Sowjets Adel, Kirche, Bourgeoisie (wohlhabendes Bürgertum) und hohe Beamte. Damit schufen sie das sogenannte Volkseigentum, zahlten an die US-Banker Zinsen und schlossen zur Industrialisierung Verträge mit diesen Bankern. Die sowjetische Staatsbank gehörte damals wie heute Rothschild.
Wolski faßt die Zeit von der Oktoberrevolution bis zum Mauerfall wie folgt zusammen:

(Wolski:) "Niemand hätte gedacht, daß also diese russischen Kommunisten letztlich aus dem Westen finanziert worden waren in der Anschubphase und später dann kontrolliert wurden. Das ist ja auch der Grund, weshalb viele Leute das nicht fassen können, daß die Sowjetunion ihr System selbst abgewickelt hat."
Als der Sozialismus mit seinem Anführer Sowjetunion und den Ostblockländern wie der DDR verknöcherte und stagnierte, mußte ein Systemwechsel erfolgen. Hätte man zu lange gewartet, wäre das System unkontrolliert zusammengebrochen. Nur durch einen kontrollierten Zusammenbruch und einen sympathischen Neuanfang mit neuen Gesichtern konnten die Hintergrundkräfte die Kontrolle behalten. Nach dem Mauerfall wurde die Sowjetunion 1991 aufgelöst.
Dieser kontrollierte Strategiewechsel durch die Hintergrundmächte wurde im Institut für Systemanalyse in Wien vorbereitet, in dem Geheimdienste aus Ost und West schon seit 1972 zusammenarbeiten. Dort wurde die Abwicklung der Sowjetunion und damit auch des gesamten Ostblocks geplant. Dieses Institut bildete ausgewählte junge Nachwuchskader für die Zeit nach dem Mauerfall heran.
(Wolski:) "Und ein weiterer Punkt ist, daß man für die Abwicklung der Sowjetunion mit den Amerikanern ein gemeinsames Institut bei Wien gegründet hat, wo dann ab 1982 das politische Personal für die Zeit nach der Perestroika ausgebildet wurde. Das heißt also, da sind solche Namen wie Tschubais, Wechselberg, Arwen und so weiter, die sind dort ausgebildet worden und sind dann mit Ende dieser Perestroika beteiligt gewesen, das Volkseigentum, das Staatseigentum, zu privatisieren. Und das sind dann die Milliardäre oder Oligarchen, von denen wir sprechen, geworden."
"Und die Oligarchen aus dem Westen, die Finanzoligarchen, waren da auch beteiligt. Und die hatten sich die Filetstücke in der Rohstoffindustrie herausgesucht. Und Chodorkowski ist also so ein Beispiel, Abramowitsch ist so ein Beispiel, die also Kredite aus dem Westen bekommen, Kreditzusagen bekommen hatten, schon seit 1988"
Die Hintergrundmächte bedienten sich also der ausgewählten jungen Emporkömmlinge, die im Wiener Institut ausgebildet waren. Mit Hilfe westlicher Finanziers wurden sie in die Lage versetzt, das Volksvermögen der Sowjetunion an sich zu reißen. Männer wie Roman Abramowitsch konnten durch die Umverteilung des Volksvermögens in Rußland z.B. aus 100 Millionen Dollar wahnwitzige 13,5 Milliarden Dollar Gewinn machen.
(Wolski:) "Und was wir dann erlebt haben, ist, daß daraus dann die Oligarchenkaste kam und dieses Politbüro und die Partei mit allen Strukturen mit einem Mal verschwand. Und der Klassenkampf, den wir hatten, der mutierte dann zum Klimakampf."
"Und das, womit wir eingenebelt werden, bis 1990 hieß es im Ostblock Partei der Arbeiterklasse, Klassenkampf, Proletarier aller Länder vereinigt euch, alles solche Worthülsen, die sind nun ersetzt worden durch andere Worthülsen."
(Zwischenfazit:) Der Mauerfall sowie auch die Auflösung der Sowjetunion wurden also durch gezielte Steuerung sorgfältig geplant und durchgeführt. Das Wiener Institut lieferte das Knowhow, sprich die neue Ideologie von knappen Ressourcen und Klimaschutz, und die Großbanken lieferten das Geld. Diese Aneignung von Volksvermögen in die Taschen einiger Weniger läuft auch heute noch. Nur die Parolen haben sich geändert. Aus dem Klassenkampf wurde der Kampf ums Klima. Durch die vielen Maßnahmen aus Klimaschutzgründen profitieren wieder dieselben Personenkreise, so Wolski in diesem Interview.
(Wolski:) "Ja, und damit sind wir ja dann schon bei den Zielen, die 1966 in der Sowjetunion anvisiert wurden. Das erste Ziel war, den Westen hineinwachsen zu lassen. (Gemeint ist: Hineinwachsen lassen in ein totalitäres Gesellschaftssystem mit neuer Fassade)
Und das zweite Ziel war, mit dem Klima Geld zu verdienen. Das ist dann auch passiert."
"Jetzt wird also über diese CO2-Steuern, neues Heizungssystem - 40 % der Leute in Deutsch-

land haben ein Eigenheim, und ich weiß nicht, wie viele sich dann ein neues Heizungssystem leisten können - und dann stehen wahrscheinlich die berühmten Black Rocks und ähnliche Firmen da und sagen, okay, dann kaufen wir das aus der Konkursmasse, aus einer Zwangsversteigerung."
(Fazit-Schluß:) Zusammenfassend kann man sagen: Kreise der Hochfinanz hinter der Nebelwand bauen mit jedem historischen Umbruch ihr Vermögen und ihren Einfluß aus. Die vordergründigen Ereignisse wie Oktoberrevolution, Entstehung des Systems Klassenkampf, Zerfall des Ostblocks erweisen sich nüchtern betrachtet als Geschäftsmodell und Stufen zur Errichtung eines weltumspannenden totalitären Regimes.
Heute wird unter dem Deckmantel des sogenannten "Klimakampfes oder Klimaschutzes" dieselbe Agenda weiterverfolgt. Ein Umweltschutz ist dringend notwendig, jedoch nicht von diesen Krisenprofiteuren zu erwarten.
Durch persönliche Betroffenheit informieren sich immer mehr Menschen über derartige Zusammenhänge. Die Nebelwand lichtet sich und die Waage kippt.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Trumps neuer Klima-Kurs**
Der Dämpfer, den die jüngste UN-Klimakonferenz nach der Wahl Donald Trumps erhielt, war berechtigt. Das ist ein Vorgeschmack auf eine Regierung, die entschlossen ist, sich von den globalen Klimaschützern zu trennen …
_ von *Bonner Cohen*
Neben den obligatorischen Ankündigungen des drohenden Weltuntergangs ging es bei dem Treffen in Baku (Aserbaidschan) darum, Finanzmittel (also Steuergelder) zu beschaffen, um den ärmeren Ländern bei der Bewältigung der Folgen des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels zu helfen. Hysterische Rhetorik war angesagt, aber als es darum ging, daß die reichen Länder ihr Geld abdrücken, wurden die enthusiastischen Erwartungen nicht erfüllt.
Angeführt von Indien hofften die Länder des globalen Südens, bis zu 1,3 Billionen Dollar zu bekommen, mußten sich aber mit "Verpflichtungen" in Höhe von 300 Milliarden Dollar jährlich zufriedengeben. Wahrscheinlich werden sie weit weniger sehen.
E-Mobilität: Europas Irrweg
Europa befindet sich in einer selbst auferlegten Deindustrialisierung, die nicht zuletzt durch die grüne Politik ausgelöst wurde, die in Baku als Rettung des Planeten angepriesen wurde. Der Autogigant Volkswagen, der sich dem harten Wettbewerb durch chinesische Elektroautohersteller ausgesetzt sieht, hat kürzlich Pläne zur Schließung von drei Werken in Deutschland, zur Entlassung von 10.000 Mitarbeitern und zur Kürzung der Gehälter in der gesamten Belegschaft angekündigt.
Steigende Energiepreise, ausgelöst durch Deutschlands wachsende Abhängigkeit von Wind- und Solarenergie, haben es für VW unmöglich gemacht, mit den chinesischen E-Fahrzeugen zu konkurrieren (siehe dazu auch "Fluch und Segen der Elektro-Autos" in COMPACT 1/2025).
Northvolt, das einst vielversprechende schwedische Startup-Unternehmen für Elektroautos, meldete am 24. November Konkurs an und begründete dies mit den unerwartet hohen Produktionskosten und der nachlassenden Nachfrage nach Elektroautos in Europa und anderswo.
Führende Politiker in Großbritannien, Frankreich und Deutschland mögen sich zu allen möglichen Klimazielen bekennen, aber ihre Volkswirtschaften und Steuerzahler sind nicht in der Lage, "Sauberen-Energie-Projekte" in Ländern zu finanzieren, die einen wohlverdienten Ruf für Korruption haben.
Trump stoppt den Green New Deal
In den Vereinigten Staaten sind die Aussichten auf eine "Klimarettung" noch schlechter. Wäh-

rend die Biden-Regierung krampfhaft versucht, noch vor dem 20. Januar so viele Mittel wie möglich für Projekte im Rahmen des sogenannten Inflation Reduction Act bereitzustellen, wird die Trump-Regierung nach dem Tag der Amtseinführung so viel wie möglich von den nicht ausgegebenen Geldern zurückfordern. Angesichts von Trumps Ablehnung der gesamten Klima-Agenda werden die ausgestreckten Hände der selbsternannten globalen Opfer des Klimawandels wahrscheinlich nicht so bald mit amerikanischen Steuergeldern gefüllt werden.

Indem er armen Ländern grüne Almosen verweigert, erweist Trump den verarmten Menschen, die dort leben, einen echten Dienst. Das globale Klimakartell - Organisationen wie die Vereinten Nationen und das Weltwirtschaftsforum, linksgerichtete Regierungen, subventionierte Anbieter grüner Energie und Technologien sowie gut finanzierte Umweltgruppen - hat den Armen der Welt nichts zu bieten. Windmühlen und Sonnenkollektoren - das Handwerkszeug des Kartells - werden ihre Armut niemals lindern.

Trumps Versprechen, die globale Energiedominanz der USA zu erreichen, mag patriotisch klingen, aber die Politik wird den Amerikanern zugute kommen. So wird die Aufhebung des Moratoriums vom Januar 2024 für die Genehmigung neuer Flüssigerdgas-Exportterminals es interessierten Kunden in Europa, Asien und anderswo ermöglichen, auf eine zuverlässige und erschwingliche Energiequelle zurückzugreifen.

Ein Bundesrichter hat bereits den Genehmigungsstopp für geplante LNG-Exportterminals durch das Energieministerium aufgehoben. Sobald der Fracking-Pionier Chris Wright als Trumps Energieminister eingesetzt ist, kann das Energieministerium den Export von amerikanischem Erdgas in die ganze Welt vorantreiben.

Ein Segen für die ärmeren Länder

Wenn mehr amerikanisches Öl und Gas auf den Weltmärkten angeboten wird, wird dies dazu beitragen, die Energiepreise weltweit unter Kontrolle zu halten, was vor allem Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen zugute kommen wird. Dazu muß die amerikanische Energieinfrastruktur ausgebaut werden, einschließlich des Baus dringend benötigter Öl- und Gaspipelines - etwas, das Trump bereits zugesagt hat.

So wie Trump und sein Team sich weigern, die amerikanische Öffentlichkeit der grünen Sparsamkeit zu unterwerfen, die eine klimazentrierte Energiepolitik zwangsläufig mit sich bringen würde, sollten auch die Menschen in den ärmeren Ländern von den Fesseln befreit werden, in denen die globalen Umweltschützer sie halten wollen.

Trump sollte Druck auf die Weltbank ausüben, damit sie ihre Politik der Verweigerung der Finanzierung von Kohle- und Gaskraftwerken in unterentwickelten Ländern beendet. Einer der Gründe, warum diese Länder arm bleiben, ist der Mangel an ausreichender Elektrizität, um ihre Wirtschaft zu betreiben. Wenn man sie mit einer ständigen Diät aus unzuverlässiger Wind- und Solarenergie füttert, wie es die Weltbank und andere Kreditinstitute bevorzugen, wird sich ihre Armut garantiert verlängern.

Atomkraft? Ja, bitte!

Die Wiederbelebung der seit langem stagnierenden amerikanischen Kernkraftindustrie wird zwar nicht über Nacht geschehen, ist aber eine weitere Möglichkeit, die Energieunabhängigkeit der USA zu fördern und ein Vorbild für andere Länder zu schaffen. Die heimische Industrie wird durch eine dysfunktionale Atomaufsichtsbehörde, veraltete Vorschriften und staatliche Subventionen für Wind- und Solarenergie gelähmt. Infolgedessen ist der Bau eines Kernkraftwerks in den Vereinigten Staaten unerschwinglich teuer und dauert doppelt so lange, wie er dauern sollte.

Es ist eine große Aufgabe, die vielen bürokratischen Hürden zu überwinden, aber es gibt auch anderswo eine vernünftige Regulierungspolitik für Kernkraftwerke. Wie die Heritage Foundation kürzlich berichtete, hat Südkorea 19 Reaktoren gebaut und dabei die Kosten zwischen 1989 und 2008 um 13 Prozent gesenkt.

Indem die Trump-Regierung sich von Klimazwangsmaßnahmen, Vorschriften und Almosen abwendet, kann sie das Leben der Amerikaner verbessern und auch den Entwicklungsländern zeigen, daß es bessere Wege gibt, ihr Leben zu verbessern.
Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu.<<

31.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**WENDEZEIT: Warum das Jahr 2025 eine ECHTE Zeitenwende bringen wird!**

Was für ein Jahr, das da gerade zu Ende geht, und was für ein Jahr, das jetzt anbricht und mit allen seinen Möglichkeiten vor uns liegt. Veränderung liegt in der Luft, der Wind des Wandels pfeift durch die löcherig gewordenen "Brandmauern" und läßt die morsch gewordenen Bretterverschläge der "grünen" Ideologie wackeln, hinter denen sich die abgewirtschafteten linken Versager verzweifelt an die Macht klammern, die ihnen durch die klammen Finger rinnt.

Deutschland braucht frische Luft. Was unserem Land dringend fehlt, sind grundlegende Reformen, die den lähmenden bürokratischen Wildwuchs zurückschneiden und den Teufelskreis aus "grünem" Ideologie-Mief, Gesinnungsdiktatur und Denunziantentum, aus planwirtschaftlicher Verarmung und "grün-linken" Denkblockaden aufbrechen. Oder, in der Sprache erfolgreicher Geschäftsleute: Deutschland braucht Disruption.

Kaum einer hat das so klar erkannt wie das Unternehmergenie Elon Musk - der Mann, der seine Plattform "X" zu einem weltweit führenden Leitmedium und einem Leuchtturm der Meinungsfreiheit gemacht hat. Sein Rezept: Er hat aus Twitter "X" geformt, indem er erst einmal einen Großteil der vorgefundenen Belegschaft gefeuert hat - all jene, die vor allem mit Zensur, wokem "Bullshit" und anderen überbezahlten unproduktiven Tätigkeiten beschäftigt waren.

Als Vertrauter des designierten US-Präsidenten Donald Trump und als dessen Beauftragter für Regierungseffizienz hat Elon Musk Vergleichbares mit dem bürokratischen Wasserkopf der US-Verwaltung und des "tiefen Staats" vor, und auch für das "grün-gelähmte" Deutschland hat er ein Erfolgsrezept als guten Rat zur Hand: AfD wählen - denn "nur die AfD kann Deutschland retten".

In seinem Gastbeitrag für die "Welt am Sonntag" hat Elon Musk seine Meinung ausführlich begründet und damit am letzten Wochenende des alten Jahres den etablierten Hühnerstall noch einmal ordentlich aufgemischt. Redakteurs-Aufstand, Journo-Kollegen-Gezeter und hysterisches Politiker-Geschimpfe: Musks kurzer Frischluftstoß hat genügt, damit sich die abgehalfterten Anführer des polit-medialen Meinungskartells zur Kenntlichkeit selbst entlarven.

Scheinheiligkeit und Doppelmoral, wohin man schaut: Von der Empörung über einen "Milliardär", der sich zur deutschen Politik äußert, war bekanntlich nichts zu hören, als Bill Gates bei Maischberger im Zwangsgebührenfunk per Hofinterview seine Corona- und Klima-Propaganda verbreitete oder als George Soros vor Jahren dazu aufrief, die "Grünen" als einzige Pro-EU-Partei zu wählen.

Über Gastbeiträge dieser beiden Milliardäre in FAZ und "Spiegel" hat sich seinerzeit übrigens auch niemand aufgeregt. Wenn Bill Gates den "Spiegel" und prominente Impf-Propagandisten mit Millionen pampert, stört das die selbsternannten "Demokratie-Wächter" ebensowenig wie die Zahlungen von George Soros an die halbamtliche Lügenschleuder "Correctiv".

Der "schwarz-grüne" Möchtegern-Kanzler Friedrich Merz findet Elon Musks Meinungsbeitrag "übergriffig und anmaßend" - ja genau, derselbe Fritze Merz, der vor zwei Monaten die US-Amerikaner davor "warnen" zu müssen meinte, Trump zu wählen, und Anfang Dezember den Rumänen noch vorschreiben wollte, gefälligst für die "pro-europäische" Präsidentschaftskandidatin zu stimmen.

Eben dieser Friedrich Merz fand auch nichts dabei, als der SPD-Mann Michael Roth als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags nach Georgien pilgerte, um auf den Straßen für den Sturz der gewählten Regierung des Landes zu agitieren. Von all den Sozis, die nach USA gepilgert sind, um für die linke Verliererin Kamala Harris Wahlkampf zu machen, die ihr Parteichef Lars Klingbeil ganz offen zur SPD-Wunschkandidatin erklärt hatte, mal ganz zu schweigen.

Den Vogel abgeschossen hat ein gewisser Mika Beuster, seines Zeichens Chef des Deutschen Journalisten-Verbands, der dank Musk auch mal was sagen durfte und die Gelegenheit nutzte, um im selben Atemzug die vor einem Jahr von "Correctiv" in die Welt gesetzte "Deportations-Lüge" wiederholte und Elon Musk "Desinformation und Propaganda" vorwarf. Braucht es noch mehr, damit auch der letzte begreift, daß die etablierten Gesinnungswächter Meinungsfreiheit nur so lange ertragen, wie erwünschte und genehme Meinungen geäußert werden?

Das neue Jahr 2025 beginnt im Zeichen dieses Paukenschlags, und das ist ein gutes Zeichen. Denn vor uns liegt ein Schicksalsjahr, ein Jahr der Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen auf unsere Zukunft.

Die Amtseinführung des zum zweiten Mal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählten Donald Trump wird bereits am 20. Januar den ersten Meilenstein setzen. Die Präsidentschaft eines Mannes, der konsequent auf pragmatische Interessenpolitik setzt, eröffnet auch den Deutschen und Europäern neue Perspektiven für eine politische Wende zum Wohle des eigenen Landes und seiner Bürger.

Es steht viel auf dem Spiel: Wollen wir von Dunkelflaute zu Dunkelflaute weiter zusehen, wie in unserem Land die Lichter ausgehen und auch noch der letzte produktive Industriebetrieb verjagt wird, oder schaffen wir es, den ideologischen Ballast von "Energiewende", "Klimaschutz" und Windradwahn abzuschütteln? Lassen wir uns durch räuberische Energiepreise und Steuergeldverschwendung für "grün-linke" Klientelsubventionierung auch noch das letzte Hemd ausziehen, oder schaffen wir es, den Staat wieder auf seine Kernaufgaben zu beschränken?

Warten wir wie Schlachtlämmer auf den nächsten Messermord und den nächsten Terroranschlag eines importierten Fanatikers, überlassen wir unsere Städte und Straßen, unsere Frauen und unsere Jugend den wahllos ins Land geholten Deutschlandhassern, oder machen wir endlich ernst mit Grenzschließungen, Zurückweisungen und der REMIGRATION (!) all jener, die in unserem Land und auf unserem Kontinent nichts verloren haben?

Und vor allem: Wollen wir weiter für das hunderttausendfache Sterben in der Ukraine zahlen und uns von einem korrupten Kriegspräsidenten und seinen internationalen Helfershelfern erpressen und von dringend benötigten Energielieferungen aus Rußland abschneiden lassen, oder ergreifen wir die Chance auf Frieden und einen vernünftigen Interessenausgleich?

Mit dem Amtsantritt Donald Trumps öffnet sich ein Fenster dafür. Die etablierten Kräfte in Brüssel und Berlin wollen davon nichts wissen und den Wahnsinn der letzten Jahre noch auf die Spitze treiben. Geht es nach ihnen, führt die EU den russisch-amerikanischen Stellvertreterkrieg in der Ukraine auch ohne die USA auf eigene Faust weiter, und Deutschland zahlt und ruiniert sich dafür.

In Deutschland, dem immer noch stärksten Mitgliedsland der Europäischen Union, haben es die Wähler in der Hand, am 23. Februar in der vorgezogenen Bundestagswahl für eine politische Wende zu stimmen. Eine Stimme für die etablierten Parteien wäre allerdings eine Stimme für ein "Weiter so" in den Abgrund. Wer CDU/CSU wählt, bekommt die "Grünen" und den Krieg. Wer den politischen Neuanfang will, sollte auf Elon Musk hören: Nur eine AfD-Regierung kann Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Vor uns liegen harte Auseinandersetzungen. Das polit-mediale Kartell wird sich mit allen, auch den schmutzigsten Mitteln gegen seinen drohenden Machtverlust stemmen. Dennoch

lohnt es sich zu kämpfen, denn der Wind dreht sich und bläst den Etablierten ins Gesicht.
Das Jahr 2025 kann eine Wendezeit, eine ECHTE Zeitenwende einleiten: In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Start in das neue Jahr - auf daß 2025 für uns alle und für unser deutsches Vaterland ein gutes, glückliches und erfolgreiches Jahr werden möge!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**GEZ stoppen + Schadensersatz! So funktioniert's.**
Rundfunkbeitrag stoppen und sogar noch Schadensersatz kassieren? Das könnte möglich sein, denn der Beitragsservice handelt ohne rechtliche Grundlage und verstößt systematisch gegen die Datenschutzrechte der Bürger.
Im Jahr 2023 wurden bundesweit 2282 rundfunkbeitragsrechtliche Verfahren vor Gerichten anhängig gemacht. Kläger waren dabei tatsächliche oder vermeintliche Beitragsschuldner.
Der öffentlich-rechtliche Auftrag, den das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 18.07.2018 als Grundlage für die Rechtmäßigkeit des Rundfunkbeitrags definiert hat, wird von ARD und ZDF nicht mehr erfüllt. Die Voraussetzung, daß ein individueller Vorteil für die Bürger besteht - durch authentische, sorgfältig recherchierte und vielfältige Berichterstattung - ist nicht mehr gegeben.
Statt einer ausgewogenen Berichterstattung erleben wir Ideologie und Einseitigkeit. Forderung deshalb, daß der Rundfunk von Grund auf reformiert wird - ehrlich, transparent und frei von Manipulation.
Datenschutz-Verstoß
Der Beitragsservice handelt ohne rechtliche Grundlage und verstößt systematisch gegen die Datenschutzrechte der Bürger. Daten der Beitragszahler werden von den Kommunen weitergegeben - ohne rechtmäßige Zustimmung. Der Beitragsservice, als Teil einer nichtrechtsfähigen Körperschaft, ist gar nicht berechtigt, solche Vereinbarungen zu schließen.
Wir wehren uns gegen diese Verstöße - sowohl auf kommunaler Ebene als auch direkt bei den Rundfunkanstalten. Gemeinsam können wir dafür sorgen, daß Datenschutz wieder ernst genommen wird.
Infos: https://www.beitragsstopper.de
Programmbeschwerden: https://www.rundfunkalarm.de<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**RWE warnt vor Stromknappheit bei Dunkelflauten**
RWE-Chef Markus Krebber warnt vor Stromknappheit bei sogenannten Dunkelflauten. "Am 12. Dezember stiegen die Strompreise extrem stark an auf über 900 Euro je Megawattstunde, solche Ausschläge zeigen Knappheiten in der Versorgung", sagte Krebber der "Rheinischen Post". Es war demnach ein Tag mit wenig Sonne und kaum Wind. "Solche Dunkelflauten sind normal. Wir müssen uns besser vorbereiten, müssen neben Netzen und Erneuerbaren auch Speicher und Backup-Kraftwerke schneller ausbauen", so Krebber.
Er erwarte keine Blackouts, wohl aber weitere Eingriffe der Netzbetreiber: "Ungeplante Abschaltungen erwarte ich nicht. Die Netzbetreiber haben viele Mittel, um einen Blackout zu verhindern. Es gibt Reservekapazitäten und auch die Möglichkeit, daß industrielle Verbraucher Nachfrage vom Netz nehmen, um den Stromverbrauch zu senken und so die Lage zu stabilisieren."
Der Manager geht nach eigenen Angaben davon aus, daß die Strompreise nicht weiter steigen: "Auf der Erzeugungsseite wird der weitere Ausbau der Erneuerbaren und die Einführung eines notwendigen Kapazitätsmarkts nur geringe Kosteneffekte haben.
Entscheidend wird sein, die Kosten des Netzausbaus zu begrenzen und nicht immer auf das Maximum zu planen. Aktuell sehen wir, die Stromnachfrage wächst nicht so stark und schnell wie gedacht. Es kann dann gelingen, die Kosten in Summe stabil zu halten", so der RWE-Chef weiter. "Ziel muß es auf jeden Fall sein, weitere Steigerungen zu begrenzen, denn wir

haben schon jetzt ein hohes Niveau erreicht."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Merz geht auf Distanz zu Grünen - Mit Söder "vollkommen einig"**

Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Friedrich Merz, rückt von einer möglichen Zusammenarbeit mit den Grünen nach der Bundestagswahl im Februar deutlich ab. "Markus Söder und ich sind uns vollkommen einig, daß wir einen grundlegenden Politikwechsel vollziehen müssen, damit Deutschland wieder nach vorne kommt.

Diesen Wechsel werden wir in der Regierungsverantwortung umgehend einleiten", sagte Merz der "Welt" (Dienstagausgabe). "Eine Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der auseinandergebrochenen Ampel, der grünen Wirtschaftspolitik und der des derzeitigen Bundeswirtschaftsministers, wird es mit uns unter keinen Umständen geben."

Merz hob die Geschlossenheit der Unionsparteien auch in diesem Punkt hervor: "CDU und CSU sind sich diesmal in allen Sachenfragen einig, anders als im Bundestagswahlkampf 2021. Es hat selten in den vergangenen Jahrzehnten eine so große Übereinstimmung der beiden Unionsparteien gegeben wie derzeit", so der CDU-Chef. Söder hatte wiederholt Koalitionen mit den Grünen kategorisch ausgeschlossen, zuletzt nach den Weihnachtsfeiertagen.

Merz hatte sich nicht völlig festgelegt. Zu den Vorstößen des CSU-Vorsitzenden sagte Merz: "Wieso sollte ich mich `ärgern`, wenn sich Markus Söder zu Koalitionsfragen äußert? Er ist als CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident selbstverständlich Teil der bundespolitischen Meinungsbildung in der Union.

Entscheidend ist, daß wir diesen Wahlkampf gemeinsam führen und gemeinsam gewinnen." Die Entscheidung zu den möglichen Konstellationen einer Regierungsbildung nach der Bundestagswahl werde zunächst einmal durch die Wähler am 23. Februar getroffen, sagte der CDU-Chef.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Wärmepumpen-Absatz massiv eingebrochen: Bundesregierung bleibt weit hinter dem Ziel von 500.000 Geräten zurück**

Die Wärmepumpen-Verkäufe in Deutschland bleiben 2024 erneut weit hinter den Zielen zurück: Statt 500.000 wurden nur 200.000 Anlagen verkauft. Fehlende Planungssicherheit, Debatten um das komplexe Heizungsgesetz und hohe Einbaukosten schrecken Verbraucher ab.

Henry Behrens

Statt 500.000 wurden nur 200.000 Wärmepumpen in 2024 verkauft.

Die Verkaufszahlen für Wärmepumpen in Deutschland sind 2024 deutlich hinter den ambitionierten Zielen der Bundesregierung zurückgeblieben. Statt der angestrebten 500.000 Geräte wurden lediglich 200.000 Anlagen verkauft, wie der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) berichtete. Als Gründe nennt der Verband unter anderem das Gebäudeenergiegesetz (GEG), auch bekannt als Heizungsgesetz, das Verbraucher verunsichere und Modernisierungen verzögere.

2023 wurden noch 356.000 verkaufte Geräte registriert. Der BDH erwartet für 2025 bestenfalls eine Steigerung um bis zu zehn Prozent. Zu Beginn des Jahres wurden etwa 2,4 Millionen Wohnungen durch Wärmepumpen versorgt, was etwa sechs Prozent aller Wohnungen entspricht. 72 Prozent hingegen greifen noch auf Gas oder Öl zurück.

Das seit Anfang 2024 geltende Heizungsgesetz, das den Einsatz erneuerbarer Energien beim Heizungseinbau regelt, soll deshalb nach Ansicht des BDH überarbeitet werden. "Die komplexen Regelungen werden von vielen Verbrauchern als Zwang empfunden", kritisierte der Verband. Er forderte von der Bundesregierung eine Entbürokratisierung und mehr Praxisnähe, um das Gesetz verständlicher und umsetzbarer zu gestalten und so den Absatz von Wärmepumpen zu erhöhen.

Viele Verbraucher zögerten derzeit mit Modernisierungen und warteten auf die kommunale

Wärmeplanung, die noch in Arbeit ist. "Aktuell führen die Rahmenbedingungen nicht zu einer beschleunigten Heizungsmodernisierung", stellte der BDH fest. Die Unsicherheit in der Bevölkerung habe zudem durch die intensive Debatte um die Gesetzesnovelle zugenommen.
Das hat auch zur Folge, daß der gesamte Absatz von Heizgeräten zurückgefallen ist. Während im Rekordjahr 2023, auch bedingt durch Vorzieheffekte, 1,3 Millionen Heizgeräte verkauft wurden, sank die Zahl 2024 auf etwa 740.000. Damit erreichte der Absatz das Niveau der Jahre 2014 bis 2019.
Erdgasheizungen dominierten weiterhin den Markt: Sie machten 57 Prozent der Verkäufe aus, während Wärmepumpen 26 Prozent der installierten Geräte ausmachten. Trotz des Rückgangs bleibt die Heizungsbranche optimistisch: Für 2025 prognostiziert der BDH ein vergleichbares Absatzniveau wie 2024, rechnet aber mit einem leichten Wachstum.
In der aktuellen Heizperiode hat Deutschland mehr Gas verbraucht als im Vorjahr. Laut einer Auswertung der Bundesnetzagentur ist der Gasverbrauch in den Monaten Oktober bis Dezember 2023 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 5,8 Prozent gestiegen. Trotz der derzeit noch bis zu 80 Prozent gefüllten Speicher lohne es sich laut Netzagentur-Präsident Klaus Müller "auf jeden Fall weiterhin, Gas zu sparen und damit den Geldbeutel zu entlasten".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**"Migranten haben Angst, angegriffen zu werden": Landesbischof warnt vor angeblichem Bedrohungspotential für Migranten**
Nach dem Terroranschlag in Magdeburg rät das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt Migranten, abends nicht allein durch die Stadt zu gehen. Auch Landesbischof Friedrich Kramer warnt: Migranten "haben seit dem Anschlag in Magdeburg Angst, angegriffen zu werden."
Jonas Aston
Nach dem Terroranschlag in Magdeburg fürchten Verbände und die Kirche um die Sicherheit von Migranten.
Nach dem Terroranschlag in Magdeburg befürchtet das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) offenbar rassistische Übergriffe auf Ausländer. Der Verband rät "Menschen mit Migrationsgeschichte dringend davon ab, sich alleine und in den Abendstunden durch die Stadt zu bewegen". Weiter heißt es, daß "man durch zahlreiche Berichte über rassistische Aggressionen im Nachgang des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt alarmiert" sei.
Die Organisation hat kurz vor den Weihnachtsfeiertagen die Erklärung herausgegeben. Als Dachorganisation für Migrantenvereine in Sachsen-Anhalt fungiert LAMSA als zentraler Ansprechpartner für die Landesregierung in Fragen der Migration. Mit über 110 Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen versammelt LAMSA hinter sich immerhin rund 20.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt.
Doch LAMSA ist nicht die einzige Organisation, die das Sicherheitsgefühl von Migranten in Deutschland bedroht sieht. Dabei steht insbesondere die CDU und ihr Generalsekretär Carsten Linnemann in der Kritik. Dieser forderte, bei der zweiten vorsätzlichen Straftat das Aufenthaltsrecht von Ausländern zu entziehen. "Die CDU läutet den Wahlkampf mit unseriösen und populistischen Abschiebungsforderungen ein", so die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith hierzu gegenüber dem RND.
"Solche Forderungen passen zwar auf Wahlplakate, halten aber einer rechtlichen Prüfung nicht stand". Weiter erklärt sie: "Gerade, wenn es um Abschiebungen in Staaten geht, wo Folter oder unmenschliche Lebensbedingungen drohen, steht das internationale Recht dem klar entgegen." Auch die evangelische Kirche schlägt wegen des angeblichen Bedrohungspotentials, mit dem Migranten auf Deutschlands Straßen konfrontiert wären, Alarm.

Friedrich Kramer, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, appellierte in einer Erklärung zum Jahreswechsel, die Gesellschaft sollte das Zusammenleben "fremdenfreundlicher" gestalten. Er erklärte: "Migrantinnen und Migranten in unserer Mitte haben seit dem Anschlag in Magdeburg Angst, angegriffen zu werden, und trauen sich in diesen Tagen nicht aus dem Haus." Und weiter: "Dieser neuen Gewalt müssen wir entgegentreten".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**"Der Trottel hat versagt": Musk nimmt Bundeskanzler Scholz ins Visier**

Infolge der Kritik an Elon Musks Beitrag in der Welt hat der Unternehmer auf X "Bundeskanzler Olaf Schitz oder wie auch immer er heißt", attackiert. Außerdem kündigte Musk ein mögliches Gespräch mit Alice Weidel an und kommentierte, dann würden die regierenden Politiker den "Verstand verlieren".

Von *Redaktion*

Noch 2022 lächelten Elon Musk und Olaf Scholz gemeinsam - jetzt hat Musk den Bundeskanzler als "Depp" bezeichnet.

Nachdem sein Meinungsstück in der Welt für Aufsehen gesorgt hatte, hat Elon Musk seine verbale Offensive gegen Olaf Scholz und Co. auf X erweitert. Am Montag nahm der Tech-Milliardär zunächst den Bundeskanzler ins Visier, ehe er auch den Spiegel kritisierte und letztlich ein mögliches Gespräch mit Alice Weidel ankündigte.

Am Nachmittag kommentierte Musk eine Kritik an dem Vorgehen deutscher Akteure gegen den Unternehmer mit den folgenden Worten: "Bundeskanzler Oaf Schitz oder wie auch immer er heißt, wird verlieren" (sic). Gemeint ist zwar der Name Oaf Scholz, das englische Wort "oaf" bedeutet jedoch übersetzt auch so viel wie "Dummkopf", "Depp" oder "Trottel".

Die falsche Schreibweise des Nachnamens beschreibt in der englischen Aussprache den Stuhlgang oder dient als Einstufung des Scheiterns. Insofern läßt sich die falsche Schreibweise auch mit der "Depp hat verkackt" oder auch der "Trottel hat versagt" übersetzen. Musk setzte seine verbalen Ausführungen nur wenig später und unter demselben Beitrag fort.

Angesprochen auf die 5,4 Millionen Dollar, die der Spiegel durch die Stiftung des Microsoft-Gründers Bill Gates in den vergangenen Jahren erhielt, stellte Musk fest: "Interessant, daß Gates Geld an den Spiegel schickt, der dann Schlagzeilen über mich schreibt." Im Oktober hatte das Magazin den X-Chef wegen seiner Nähe zu Donald Trump als "Staatsfeind Nummer 2" betitelt und das Duo mit Adolf Hitler und Alfred Hugenberg verglichen.

Letzterer hatte sich in den 1920er Jahren ein Medienimperium zusammengekauft - was Hitler wiederum für seinen Wahlkampf zu nutzen wußte. Der Spiegel betitelt Hugenberg deshalb als "Steigbügelhalter für den Diktator" und weiter: "Hugenberg, Hitler? Überschätzt das Musks historische Rolle?". Musk nahm den Spiegel jetzt einmal mehr ins Visier. Seine Kritik endete mit den auf Deutsch ausgeschriebenen Worten "Der Spiegel ist korrupt!".

Musk ließ es sich in der Folge auch nicht nehmen, gegen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu schießen. Dieser hatte seine Weihnachtsansprache genutzt, um vor externen Einflüssen zu warnen: "Einflußnahme von außen ist eine Gefahr für die Demokratie - sei sie verdeckt wie kürzlich offenbar bei den Wahlen in Rumänien oder offen und unverhohlen, wie sie derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird". Musk nannte Steinmeier daraufhin am Montag einen "anti-demokratischen Tyrann".

Am Abend folgte dann die nächste Reaktion des Tech-Milliardärs auf die Kritik infolge des Welt-Beitrags. "Wartet ab, bis Alice (Weidel, Anm. d. Red.) und ich ein Gespräch in einem X-Space führen. Dann verlieren sie (die Politiker, Anm. d. Red.) den Verstand", schrieb Musk in einer Antwort auf einen anderen Beitrag. Ein Space (zu Deutsch: Raum) ist ein digitaler Treffpunkt auf Musks Plattform X, der von Nutzern eingerichtet werden kann, um Gespräche zu führen und zu moderieren.

Weidel selbst bestätigte eine solche Veranstaltung noch nicht. Jedoch thematisierte die AfD-

Politikerin den Welt-Beitrag und dessen Folgen immer wieder und teilte die Ankündigung von Musk per Zitierfunktion auf X. Musk hatte in den vergangenen Wochen immer wieder auf die AfD aufmerksam gemacht und sogar auf X geschrieben: "Nur die AfD kann Deutschland retten".
Diese Haltung offenbarte er auch in dem in der Welt am Sonntag veröffentlichten Beitrag, begleitet von einer Gegenrede des designierten Chefredakteurs der Welt, Jan Philipp Burgard. Dort kritisierte Musk die aktuelle Lage Deutschlands und legte oberflächlich einen Weg dar, wie sich die Situation bessern könnte. In den Augen des Unternehmers ist "die AfD die einzige Partei, die diesen Weg" ebnen könnte.
Vor allem in den Sozialen Medien löste der Gastbeitrag eine Reihe kritischer Reaktionen aus. Auch eine gesetzeswidrige Einmischung in die Bundestagswahl am 23. Februar wurde breit diskutiert. Zudem reagierten hochrangige Politiker auf die Veröffentlichung.
Der Bundesvorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, warf Musk unter anderem vor, er wolle, "daß Deutschland geschwächt wird und ins Chaos stürzt. Auch der Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, ging auf den Welt-Beitrag ein und nannte das Meinungsstück "Übergriffig und anmaßend" - ignorierte dabei jedoch, daß er selbst Anfang Dezember zur Wahl der proeuropäischen Kandidatin Elena Lasconi in Rumänien aufgerufen hatte.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**14-Jähriger zielt mit Feuerwerksbatterie in den Straßenverkehr - Einsatzwagen mit Pyrotechnik angegriffen**
Am Montag kam es erneut zu Angriffen auf Polizisten und Passanten mit Feuerwerkskörpern. In Berlin richtete ein 14-Jähriger eine ganze Batterie auf den Straßenverkehr. An anderer Stelle wurde ein Einsatzwagen mit Pyrotechnik beschossen und einer Holzlatte beworfen.
Jerome Wnuk
Die Silvesternacht könnte für die Berliner Polizei zum Alptraum werden.
In Berlin kam es bereits vor der großen Silvesternacht zu ersten Angriffen auf die Polizei. Allein am Montagabend registrierte die Berliner Polizei drei gewalttätige Vorfälle mit Pyrotechnik. Am Dienstag sollen 4.000 Beamte und damit noch einmal 800 mehr als im vergangenen Jahr die öffentliche Sicherheit gewährleisten.
In der berüchtigten Pallasstraße in Schöneberg kam es am Montag zu einem Einsatz. Ein 14-jähriger Junge richtete laut Angaben der Polizei eine Feuerwerksbatterie auf fahrende Autos, wodurch es beinahe zu einem Unfall gekommen wäre. Der Beschuldigte sowie weitere Personen wurden von der Polizei festgenommen.
Die Kreuzung, an der sich der Angriff auf den laufenden Verkehr abspielte, liegt in einem von der Polizei für Silvester als Böllerverbotszone ausgewiesenen Bereich. Zum Jahreswechsel ist der gesamte Steinmetzkiez seit vielen Jahren ein "absoluter Brennpunkt", so ein Polizeisprecher.
In Berlin-Kreuzberg folgte dann der nächste Angriff, der sogar explizit auf die Polizei gerichtet war. Eine Polizeistreife wurde den Angaben der Behörde zufolge von unbekannten Tätern in Kreuzberg mit Feuerwerk beschossen. So soll der Streifenwagen an einer roten Ampel an der Urbanstraße gehalten haben, ehe die Geschosse beim Losfahren des Fahrzeugs abgefeuert wurden.
Eine maskierte Person schleuderte anschließend eine Holzlatte auf das fahrende Einsatzfahrzeug, bevor das Auto von weiteren maskierten Personen erneut mit Pyrotechnik beschossen wurde. Verletzt wurde der Fahrer, der allein in dem Auto war, nicht. Er floh vor den Angreifern. Allein das Einsatzfahrzeug weist Beschädigungen auf. Die Tatverdächtigen konnten laut der Berliner Polizei unerkannt flüchten.
Auch außerhalb der Hauptstadt kommt es zu ähnlichen Vorfällen mit Pyrotechnik und Böllern. Bei einem Polizeieinsatz im baden-württembergischen Pforzheim erlitten ein Polizist

und ein weiterer Mann ein Knalltrauma, als Unbekannte bei einem Einsatz der Polizei in direkter Nähe einen Böller zündeten.
Schon in den Tagen zuvor war es in verschiedenen Städten zu Böller-Attacken gekommen. Wie viele es in der Silvesternacht werden, bleibt abzuwarten. Polizei, Feuerwehr und die Krankenhäuser bereiten sich auf eine unschöne Nacht vor.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Wegen angeblicher Wahlbeeinflussung: Scholz und Habeck gehen auf Elon Musk los**

Bundeskanzler Olaf Scholz und Vizekanzler Robert Habeck kritisieren in ihren Neujahrsansprachen Elon Musks Unterstützung für die AfD als Versuch der Wahlbeeinflussung. Musk wolle die Europäer demnach spalten. Diese "Kommunikationsmacht" müsse begrenzt werden, meint Habeck.

Jonas Aston

Scholz und Habeck werfen Musk vor, Europa schwächen zu wollen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich am Montagabend mit einer Neujahrsansprache an die Bürger gewandt. Dabei machte er einmal mehr auf die bevorstehenden Neuwahlen aufmerksam. Insbesondere wollte Scholz die Ansprache aber auch politisch für sich nutzen und warnte indirekt vor den Handlungen und Äußerungen des US-Milliardärs Elon Musk.

Scholz betonte, "was für eine riesige Errungenschaft freie und geheime Wahlen sind". Weiter erklärte er: "Wie es in Deutschland weitergeht, das bestimmen Sie - die Bürgerinnen und Bürger. Darüber entscheiden nicht die Inhaber sozialer Medien". Hierbei spielt der Kanzler offenbar auf Musk an. Dieser hat sich wiederholt öffentlich für die Wahl der AfD ausgesprochen. Auf seiner Plattform X veröffentlichte Musk kürzlich die Aussage "Nur die AfD kann Deutschland retten".

Scholz ist jedoch der Auffassung, daß die Bürger sich von solchen Meinungsäußerungen nicht beeindrucken lassen dürfen. In dem aktuellen Diskurs herrsche der Eindruck vor, es gelte: "je extremer die Meinung, desto größer die Aufmerksamkeit". In einer Demokratie würden jedoch nicht die lautesten, "sondern die ganz große Mehrheit der Vernünftigen und Anständigen" entscheiden.

Auch der Anschlag in Magdeburg dürfe politisch keinesfalls instrumentalisiert werden. Zudem hätten Falschnachrichten in den Sozialen Medien dazu beigetragen, die Bürger "gegeneinander aufwiegeln zu lassen". Kurz nach dem Anschlag haben auf Online-Plattformen teils falsche Mutmaßungen und Gerüchte die Runde gemacht. "So was spaltet und schwächt uns. So was tut unserem Land nicht gut", so Scholz.

Wichtig war es Scholz offenbar auch noch einmal, inhaltlich zu werden. An der Migrationspolitik Deutschlands dürfe demnach nicht gerüttelt werden. Die Einwanderung in der Vergangenheit sei ein Siegeszug gewesen, der wesentlich zur Stärkung der deutschen Volkswirtschaft beigetragen habe. Viele Migranten würden "hier bei uns mit anpacken" und seien "längst Teil der Erfolgsgeschichte Deutschlands". Eine Spaltung in der Migrationsfrage müsse man aus diesem Grund unbedingt vermeiden.

Doch nicht nur Olaf Scholz, sondern auch Robert Habeck sieht sich offenbar in der Position, eine Neujahrsansprache zu halten. Traditionell ist diese eigentlich dem Kanzler vorbehalten. In den Sozialen Medien will sich jedoch auch der Vizekanzler im Laufe des Dienstags zu Wort melden. Bisher liegt lediglich ein Manuskript der vorbereiteten Rede vor.

Habeck erklärt dort: "Wenn Elon Musk, ausgestattet nicht nur mit Milliarden und Abermilliarden, sondern auch mit ungebändigter Kommunikationsmacht, zur Wahl der AfD in Deutschland aufruft, ist das nicht aus Unkenntnis der AfD". Tatsächlich hätte Musk im Sinn, die Europäer zu verunsichern. "Es hat Logik und System. Musk stärkt die, die Europa schwächen", so Habeck. Weiter erklärte er: "Aber es braucht die Begrenzung der Macht. Kein Geschäftsmodell darf unsere Demokratie zerstören".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.468/…): >>**Kerzen gegen das Unrecht: Am Neujahrstag nach Halbe**

Von *Michael Brück*

Kleinlaut rudert die Polizei im brandenburgischen Halbe jetzt zurück: Das Entfernen von über 5.000 Kerzen, mit denen auf Deutschlands größtem Soldatenfriedhof an die Opfer des 2. Weltkriegs erinnert wurde, sei ein Fehler gewesen. Konsequenzen daraus zieht die Behörde jedoch nicht. Dafür schreiten Bürger aus der Region, unterstützt vom brandenburgischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Christoph Berndt, jetzt selber zur Tat.

Für den Neujahrstag rufen sie zu einer Kerzenaktion auf, um die Erinnerung zu bewahren. Auch wir leisten mit unseren Silbermünzen "Deutsche Ostgebiete" einen Beitrag, die eigene Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Hier mehr erfahren.

Nachdem die Polizei zunächst versucht hatte, die Entfernung tausender Kerzen auf dem Waldfriedhof in Halbe mit einem angeblichen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu begründen, brach das Ausredenkonstrukt der Behörde mittlerweile zusammen. Eine Versammlung hatte es nämlich zu keinem Zeitpunkt gegeben, vielmehr stellten engagierte Bürger in einer lautlosen Aktion vor den Weihnachtstagen tausende Kerzen entlang der schier endlosen Gräberreihen auf, um an die Opfer des 2. Weltkrieges zu erinnern.

Und selbst wenn es eine Versammlung gegeben hätte, wäre eine Auflösung bereits rechtlich fraglich gewesen, die Entfernung von abgestellten Gedenkkerzen ist aber ein offener Rechtsbruch. Eine kleinlaute Entschuldigung der örtlichen Polizei reicht nach solch einer skandalösen Aktion nicht aus, die Vorgänge müssen aufgearbeitet werden und es muß disziplinarrechtliche Konsequenzen für diejenigen geben, die den Einsatz zu verantworten haben.

Mehrere Politiker der brandenburgischen AfD, beispielsweise der Potsdamer Rechtsanwalt Gerhard Vierfusz, haben bereits angekündigt, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen. Sie wollen sondern bis ins letzte Detail aufzuklären, wie es zu dieser Schande gekommen ist. Einem würdelosen Schauspiel auf den Gräbern zehntausender Toter der Kesselschlacht von Halbe.

Doch es soll nicht nur bei der nachträglichen Aufklärung bleiben: In sozialen Netzwerken verbreitet sich ein Aufruf von Bürgern aus der Region, am Neujahrstag (1. Januar 2025) um 15 Uhr erneut Kerzen auf die Gräber des Waldfriedhofes zu stellen. Es ist ein Zeichen, daß sich Erinnerung und Gedenken nicht von den Schikanen eines immer übergriffigeren Staates, dessen Organe die Panik vor der eigenen Geschichte treibt, verhindern läßt.

Prominentester Unterstützer der Mitmach-Aktion, bei der die Bürger aufgerufen sind, selber Kerzen mitzubringen und die Erinnerung aktiv mitzuprägen, ist der AfD-Fraktionsvorsitzende im brandenburgischen Landtag, Dr. Christoph Berndt, der auf X für die Teilnahme wirbt.

Abzuwarten bleibt, ob während oder im Nachgang der Aktion, bei der es sich explizit um ein stilles, selbstständiges Niederstellen von Kerzen ohne Versammlungscharakter handeln soll, mit erneuten staatlichen Schikanen zu rechnen ist. Zumindest nachdem die Polizei in Halbe jedoch das Unrecht ihres Handelns öffentlich eingeräumt hat, soll es Versuche der Behörde gegeben haben, mit den Initiatoren der ursprünglichen LED-Kerzenaktion in Kontakt zu treten, um die - achtlos in einen Container hineingeworfenen - Kerzen zurückzugeben.

Eine gute Gelegenheit für diese Rückgabe wäre nun der Neujahrstag um 15 Uhr am Waldfriedhof in Halbe, wo direkt das erneute Aufstellen der Kerzen unterstützt werden könnte. Und wenn es unter den Beamten solche gibt, die ihr Verhalten rückwirkend reflektieren und ehrliche Reue zeigen, könnten sie gleich mit anpacken und die Gräberreihen mit Kerzen bestücken.

Erbe und Auftrag: Wir erinnern nicht nur in Halbe an die dort begrabenen Opfer des 2. Weltkrieges, zu denen im Übrigen neben Soldaten auch Zivilisten und ausländische Kriegsgefangene gehören, sondern tragen auch dazu bei, daß die Erinnerung an den alten deutschen Osten

nicht verblaßt.
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31581" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Verheimlicht, vertuscht, vergessen - Jahresrückblick 2024 - mit Gerhard Wisnewski**
Kla.TV: Ich stehe hier bei dem freien und investigativen Journalisten Gerhard Wisnewski. Ich habe das Vorrecht, ein Interview mit ihm zu führen. Vielen Dank für die Zeit, Herr Wisnewski.
Gerhard Wisnewski: Vielen Dank für Ihre Zeit, danke.
Kla.TV: Und zwar würde uns wirklich brennend interessieren, Sie veröffentlichen jetzt schon seit einigen Jahren eben auch Ihr Buch "Verheimlicht, vertuscht, vergessen - was nicht in der Zeitung stand" und auch aktuell ist ja wieder ein Buch über das vergangene Jahr herausgekommen. Unsere Zuschauer und auch uns interessiert natürlich brennend, ob Sie uns da vielleicht ein paar Highlights, ein paar Streiflichter daraus geben können, was dort vorkommen wird.
Gerhard Wisnewski: Ja klar, also dieses Jahrbuch erscheint ja schon jetzt zum 18. Mal tatsächlich, bald haben wir die 20 Jahre voll! Und es arbeitet wie immer bekannte und unbekannte Sachen auf, aus dem Vorjahr. Und die bekannten Sachen werden natürlich so behandelt wie sie vom Mainstream nicht behandelt wurden. Und da sehe ich das Buch eben auch als notwendiges Korrektiv, um diese Geschichte anders zu erzählen oder weiter zu erzählen oder Sachen zu erzählen, die bisher nicht in die Medien kamen. Und wir haben natürlich bekannte Sachen gehabt wie das Trump-Attentat.
Da bin ich natürlich ganz ausführlich darauf eingegangen. Da sind ja alle unheimlich geschwommen, was ist denn da nun wirklich gelaufen? Also wer hat das inszeniert und warum? Und war das nun der Deep State oder war es ein Einzeltäter? Oder manche ganz Extremen: "Trump hat das selber inszeniert, um seine Wahlchancen zu verbessern" - und da habe ich tatsächlich einen großen Schritt nach vorne tun können, bin auch zu einem Schluß dann gekommen.
Und vor allem, was ich erstmals gemacht habe: Alle haben immer nur in die Vergangenheit geblickt, das Attentat im Nachhinein analysiert, also was alles sehr verdienstvoll ist, das will ich gar nicht herabwürdigen! Habe ich jetzt auch gemacht, ist auch da drin. Muss man ja auch, jedes Detail sich anschauen und was ist hier wirklich gelaufen, aber ich habe da noch etwas Übriges getan, nämlich zu fragen: "Wenn das Attentat gelungen wäre, wie wäre es denn dann weitergegangen?"
Kla.TV: Gute Frage, ja!
Gerhard Wisnewski: Was wäre dann passiert? Und dann sehen wir plötzlich, wie sich ein ganzes System ineinanderfügt von einzelnen Elementen, die auf jeden Fall der demokratischen Regierung die Macht gesichert hätten, ja?
Trump wäre sowieso weg gewesen, aber man hätte auch keine Chance gehabt, bei den Republikanern da noch irgendjemanden aufzustellen. Die Frage wäre überhaupt gewesen, oder das Allerbequemste wäre gewesen: Die Wahl wird einfach ausgesetzt. Ende aus die Maus! Diese Frau da, diese unfähige Kamala Harris hätte sich nie einem Wahlkampf stellen müssen, ja? Also das alles hätte sich wunderbar gefügt, wenn das Attentat nur gelungen wäre, und da sieht man eigentlich, da steht natürlich noch mehr drin. Ich verrate noch nicht alles!
Kla.TV: Schade!
Gerhard Wisnewski: Aber man sieht also, wie jetzt dieses ganze System sich entfaltet hätte, das geplante System, ja? Dieses ist halt ein Pflichtthema, das mußte einfach sein. Klar, denn es ist ja von weltpolitischer Bedeutung, aber es gibt noch viele andere Themen. Ja, wir haben auch den Tod gehabt, den geheimnisvollen Tod dieses russischen Regime-Kritikers Nawalny, ja? Und was ist denn da passiert? Also der ist natürlich von Putin ermordet worden, sagen

natürlich die Mainstream-Medien, völlig klar.
Kla.TV: Selbstverständlich. Im Gefängnis, das hat ja auch jeder mitbekommen wahrscheinlich irgendwie.
Gerhard Wisnewski: Es war klar, daß Putin selber da mit einem Schlachtermesser auftaucht, ja? Das ist ja bekannt. Und ja, das war auch sehr interessant, es zu beobachten, weil das Problem, es war ja ein westlicher Verbündeter, der Nawalny. Seine ganze Anti-Korruptionsstiftung wird geleitet, ist durchsetzt von westlichen Drahtziehern, sage ich mal. Das ist also an allerletzter Stelle was Russisches, diese Anti-Korruptionsstiftung, ja?
Also Nawalny war eine westliche Provokations-Operation, ganz einfach. Und jetzt hatten die aber ein Problem, der war zu 19 Jahren Haft verurteilt worden. So, also was machen wir jetzt mit dem Mann? Der kann keine Demo mehr anführen, der kann sich nicht mehr öffentlichkeitswirksam verhaften lassen, es gibt auch keine tollen Prozesse mehr. Wie machen wir mit dem jetzt Propaganda? Und aus meiner Sicht hat man jetzt eine ganz schlaue Nummer gefahren, man hat ihn nämlich beseitigt von außen, und dann ist er aber wieder auferstanden, der Nawalny-Mythos, in Gestalt seiner Witwe.
Kla.TV: Die jetzt plötzlich in die Öffentlichkeit tritt, mehr denn je.
Gerhard Wisnewski: Also praktisch punktgenau mit seinem Ableben tauchte die bei der Münchner Sicherheitskonferenz auf, also dieser Kriegstreiber-Konferenz, und hat praktisch den Westen zu den Waffen gerufen gegen Rußland, gegen Putin! Also so, als wäre das jetzt ihre Privatarmee, die NATO oder so was, ja? In Wirklichkeit ist es umgekehrt, sie ist nur ein Privatasset der NATO und der westlichen Kräfte. Ein Instrument, ein Werkzeug. Aber man hat es geschafft, den Nawalny-Mythos aus dem Gefängnis zu befreien, indem er übergesprungen ist auf die Witwe. Und die Witwe soll jetzt weitermachen mit der Propaganda. Zum Beispiel solche Themen.
Kla.TV: Das heißt, mit der 19-jährigen Verhaftung wären da vielleicht irgendwo auch diese Bedenken, daß er anfängt auszuplappern oder sich zu verraten. Ich meine, das ist ja eine lange Zeit. Da wird man mürbe! Und bei Epstein haben wir es ja auch erlebt, daß er plötzlich Selbstmord begangen hat. So könnten ja auch Regime-Kritiker aus dem Weg geschafft werden.
Gerhard Wisnewski: Absolut, es ist sehr gut möglich. Wir wissen ja alle, daß sich Menschen in 19 Jahren auch verändern können, ja? Und da hätte er natürlich viel Zeit zum Nachdenken gehabt, was er eigentlich für eine Puppe gewesen ist, für ein Werkzeug, wie er benutzt wurde! Und es ist gut, daß Sie das sagen, das ist auch möglicherweise eine Vorsichtsmaßnahme gewesen und es ist auch nicht so absurd wie es klingt, weil im Gefängnis auch in Rußland kriegen Sie alles: Drogen, Waffen, Gift.
Da gibt es auch Agenten oder Sie können Häftlinge kaufen, daß sie ihn vergiften, kein Problem! Wirklich kein Problem. Und was noch dazukommt, was ich auch geschrieben habe, also es wurde ja auch viel geschrieben über die miese Behandlung in diesen Knästen und Lagern und wie er da drangsaliert wird und so weiter. Aber es gibt Videos, kurz vorher, vor diesem Todesfall, da ist er ganz fröhlich. Da hat er zwar noch eine Verhandlung gehabt, einen Prozeß vor einem Gericht, in der Nähe dieses Straflagers, ja?
Aber da hat er mit dem Vorsitzenden gescherzt, ja, hin- und hergescherzt, so nach dem Motto, also mir geht jetzt langsam mal das Geld aus, vielleicht können Sie mir mal etwas von Ihrem Richtergehalt überweisen? Hat er gesagt, ja! Und beide haben gelacht und so, ja? Man kann es auch in manchen Quellen tatsächlich nachlesen, ja sogar in westlichen Quellen, die nicht jeder kennt natürlich, daß er eigentlich ganz gut drauf war, gut gelaunt und kein Problem hatte. Nun er mußte auch damit rechnen, er hat sich diese Zukunft ja selbst geschaffen. Es war jetzt kein Wunder, daß er da drin saß!
Kla.TV: Er war ja sehr provokant, hat ja alle roten Linien überrannt, gar keine Frage! Es war

wie gewollt schon fast. Man hat sich echt gefragt, will der das?
Gerhard Wisnewski: Ich sag mal, jetzt war der ja praktisch erledigt für die ganze Propaganda-Operation, 19 Jahre Haft, aus die Maus. Und wie Sie schon erwähnt haben, die Gefahr, daß er vielleicht irgendwann kippt und auspackt. Vielleicht nach 10 Jahren, nach 15 Jahren, ja aber so was konnte man natürlich nicht brauchen. Mit anderen Worten, der Mann mußte abgeschaltet werden, ja? Ganz klar.
Kla.TV: Und wurde zum Helden gemacht gewissermaßen. Und über die Witwe lebt sein Geist, sein Mythos und alles weiter.
Gerhard Wisnewski: Ja, es war unglaublich. Also man muß sich das vorstellen, es war genau auf den Tag der Münchner Sicherheitskonferenz, als er gestorben ist, und die Witwe taucht ein paar Stunden später schon mit einer Rede auf bei dieser Sicherheitskonferenz. Zu dem Todesfall, ja? Da fragt man sich ... also so Spontanreden sind mir jetzt auch nicht so bekannt bei dieser Münchner Sicherheitskonferenz. War das vielleicht vorher schon geplant gewesen? Also dieser Auftritt, alles getimed, oder wie?
Kla.TV: Spannend!
Gerhard Wisnewski: Also das ist doch alles merkwürdig, oder?
Kla.TV: Absolut, ja also diese Verbindung reinzubringen, sehr interessant. Darauf gehen Sie dann noch ausführlicher ein im Buch, oder?
Gerhard Wisnewski: Ja, also es wird ja genau beschrieben und natürlich noch jede Menge andere Themen. Ach ja, ich habe eine Anti-Verschwörungstheorie.
Kla.TV: Oh ja, interessant, das wollen wir hören!
Gerhard Wisnewski: Ganz was Neues. Und zwar ist doch der iranische Präsident Raisi mit dem Hubschrauber abgestürzt. Und es ist ja eigentlich meine Spezialität, Attentate zu untersuchen, und alle haben gleich geschrien, auch in der alternativen Medienszene: "Attentat, Attentat von Israel" und so weiter und "Wetterwaffen" oder sonst was. Ohne Beweise selbstverständlich, und ich habe mir dann mal diesen Hubschrauber-Absturz ganz genau angeschaut und ich habe ein bißchen, ein kleines bißchen Expertise, weil ich früher schon so Experten begleitet habe bei der Untersuchung von Flugzeugabstürzen.
Früher hieß das Bundesanstalt für Flugunfalluntersuchung oder so was, ja? Und ja, da gibt es halt interessante Faktoren. Es wird zum Beispiel gesagt, ja also wieso ist der da abgestürzt? Das Wetter war doch schön und so, ja? Aber der Vorgang ist eben, wenn man den genau aufblättert, ein bißchen anders. Das heißt also, es war eine Dreier-Gruppe von Hubschraubern und der Präsident Raisi in dem mittleren Hubschrauber und der vordere, sie flogen über die Berge, ein dreitausend Meter-Gebirge, und plötzlich sagt der Pilot des vorderen Hubschraubers: "Wir müssen steigen, vor uns befinden sich Wolken."
Also was wir so als schönes Wetter sehen, zum Beispiel gemischt, blau-weiß und so, ist für Flieger ein bißchen anders zu sehen. Sie sollten nicht in Wolken reinfliegen. Das ist gefährlich. Und ja, dann hat der also diesen Befehl zum Steigen gegeben und nein, der mittlere Hubschrauber, pardon, das habe ich jetzt verwechselt, hat den Befehl zum Steigen gegeben, mit dem Präsidenten. Das war natürlich der Kommandohubschrauber, und alle sind gestiegen, die beiden anderen Hubschrauber, aber der nicht.
Der ist in die Wolken reingeflogen und das ist natürlich eine ganz wahrscheinliche Unfallursache, zumal wir im Gebirge waren, keine Sicht und dann geht es um das Thema Auftriebsverlust. Je höher ein Hubschrauber steigt, um so weniger kann er tragen und das habe ich also ausführlicher untersucht als wir das jetzt besprechen können. Und ich bin dann zu dem Schluß gekommen, das ist völlig klar ein Unfall gewesen, ein Wetterunfall. Weil was wir noch gar nicht als Wetter sehen, so schöne weiße Wölkchen, das ist Wetter.
Und das ist für Flieger nicht ungefährlich, weil innerhalb von Wolken unglaubliche Turbulenzen herrschen. Und deswegen hat er ja auch den Befehl zum Steigen gegeben. Nur er selber

hat es nicht geschafft. Und zwar weil er an der Grenze seiner Tragfähigkeit war, so nach meinen Recherchen.
Und auch die Iraner selber haben gesagt, nein, also nicht Attentat. Das habe ich auch eingesehen, die Berichte da und die Zitate, was sie vorgefunden haben, und tragischerweise hat sogar ein Insasse noch ein paar Stunden überlebt und mit dem konnten sie telefonieren. Und die haben ihn gefragt, was ist denn passiert und so? Es ging ja auch die Spekulation um, wurde der abgeschossen, der Hubschrauber, aber der Mann hat nur gesagt, das weiß er nicht, was passiert ist. Er hat nichts mitgekriegt, das ist ganz plötzlich geschehen.
Kla.TV: Das bleibt noch ein Rätsel, aber spielt gewissen Leuten natürlich in die Hände, ob es jetzt ein Zufall war oder ein Attentat. Ja, interessant, das haben Sie also auch nochmal begutachtet und in Ihrem Buch auch nochmal dargelegt, ja? Sehr gut!
Gerhard Wisnewski: Also da bin ich praktisch zum gegenteiligen Schluß gekommen der alternativen Medienszene, ausnahmsweise, weil meistens liegen wir ja alle so auf einer Linie. Daß es sich in diesem Fall nicht um ein Attentat gehandelt hat, so was kann passieren und die haben schon immer Probleme mit Hubschraubern gehabt, die Iraner. Tatsächlich, schon zwei Präsidenten mußten in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Hubschrauber notlanden, zwei iranische Präsidenten, weil sie da, weiß ich auch nicht, was die da für Probleme haben.
Kla.TV: Iraner haben die Probleme mit Hubschraubern wie die Deutschen mit Flugzeugen.
Gerhard Wisnewski: Ja genau, mit der Flugbereitschaft, der sogenannten.
Kla.TV: Ja stark, danke.
Gerhard Wisnewski: Ja also, Sie merken schon, es ist unheimlich viel Stoff, jedes Kapitel. Ich spreche nur ganz kurz noch ein paar Sachen an. Also Prinzessin Kate ist plötzlich verschwunden letztes Jahr. Und ward nicht mehr gesehen und wurde unter Verschluß gehalten und mit immer neuen Ausreden von der Öffentlichkeit ferngehalten, und die Frage war doch jetzt, was ist denn da los gewesen?
Und dann tauchte sie auf wie der Phönix aus der Asche, ein paar Monate später, als wäre nichts gewesen, obwohl man behauptet hat, sie hätte Krebs gehabt und sie hätte eine Chemo-Therapie gehabt. Und da habe ich natürlich haufenweise Widersprüche aufgedeckt, das alles stimmt so überhaupt nicht, das kann nicht stimmen. Und habe da auch Ärzte zitiert, Professoren, was diese Krebs-Geschichte angeht, die stimmt überhaupt nicht.
Oder anders gesagt, sie ist nicht stimmig, das ist besser formuliert. Sie ist einfach nicht stimmig. Und wir wissen bis heute nicht genau, was der Grund war für dieses Untertauchen. Die Frau ist für mich untergetaucht, fünf Monate oder so, und dem bin ich halt nachgegangen, dieser Schnitzeljagd nach der Prinzessin.
Kla.TV: Sehr stark, ja! Aber einen Schluß haben Sie jetzt noch nicht gefunden, was genau passiert ist, oder?
Gerhard Wisnewski: Es gibt da natürlich auch eine völlig irre Möglichkeit. Also es ist ja tatsächlich leider so, daß die Dinge, die hinter den Kulissen passieren, in Wirklichkeit hinter den offiziellen Versionen, manchmal äußerst bizarr sind. Äußerst bizarr. Und da habe ich mich getraut, so ein bißchen reinzugehen, was könnte denn noch passiert sein? Warum haben sie diese Krebs-Geschichte in die Welt gesetzt? Warum wurde sie unter Verschluß gehalten? Warum brauchte sie plötzlich absolute Ruhe? Abgeschiedenheit von der Öffentlichkeit und so weiter, und da kommt man dann auf eine ganz andere Spur, aber die will ich jetzt gar nicht verraten.
Kla.TV:: Sehr spannend, also es weckt auf jeden Fall das Interesse. Man will es lesen und Ihre Einschätzung da interessiert mich auf jeden Fall!
Gerhard Wisnewski: Es gibt noch eine andere wahnsinnige Geschichte, nämlich die okkulten Botschaften bei der Olympischen Eröffnungsfeier.
Kla.TV: Oh ja, die waren kraß. Wahnsinn, ja!

Gerhard Wisnewski: Absolut kraß. Also wenn sich manche Zuschauer noch erinnern, das war ja eine völlig bizarre Party, diese Olympische Eröffnungsfeier in Paris, und man hatte das Gefühl, ja hier herrscht eigentlich nur Dekadenz und Chaos. Das ist aber nur oberflächlich, in Wirklichkeit war das eine genau durchgeplante Inszenierung, und zwar alles verschlüsselt. Eine verschlüsselte Inszenierung, in der man aufgeblättert hat die Vergangenheit der Menschheit und ihre Zukunft. Man hat uns also gesagt, wo es hingehen wird. Symbolisch, alles nur symbolisch. Man könnte fast sagen, wie in einem verrückten Traum.
Also wenn man sich das mal angeschaut hat, das war fast wie ein wirklich verrückter Traum, aber wir wissen ja, daß Träume auch Bedeutungen haben können und daß Träume mit Bildern arbeiten, und dieses hat auch stark mit Bildern gearbeitet, mit bizarren Bildern, so wie in manchen Träumen alles bizarr erscheint und trotzdem einen Sinn ergibt - und das hier ergibt eben auch einen Sinn, der dahinter steckt. Und das Spannendste ist, wo dann die Reise hingehen soll. Das haben sie uns auch gesagt und ja, es ist unglaublich! Mich hat es selber bei der Recherche fasziniert, wie sich immer eins zum anderen fügte. Kann ich auch nur wärmstens empfehlen, das Kapitel.
Kla.TV: Sehr spannend! Wir haben es ja beim Gotthard-Tunnel erlebt, bei der Eröffnung. Da gab es ja auch solche Zeremonien, die man überhaupt nicht mehr nachvollziehen konnte. Keiner versteht es, es hat nichts mehr mit Kunst zu tun, es ist unheimlich. Jetzt reden Sie, ich sage mal, von diesen okkulten Botschaften, die dort rübergebracht werden. Sind das einfach Spinner oder sind das schon diese Globalisten? Ist das schon dieses Programm, was aktuell abläuft weltweit?
Gerhard Wisnewski: Also Paris war ja schon immer die Hauptstadt der Freimaurerei. Die Französische Revolution ist von Freimaurern arrangiert worden und auch durchgeführt worden. Robespierre, Danton, Desmoulins - Guillotin war, glaube ich, auch ein Freimaurer, der Erfinder der Guillotine … also die humane Massentötung war schon immer anscheinend, ich weiß es nicht, aber mir scheint es, deren Steckenpferd, keine Ahnung.
Dieser Schauplatz ist eben wichtig, die Hauptstadt der Freimaurerei, und was sie hier angerichtet haben in Paris, aber eigentlich auch dann mit der Menschheit insgesamt, denn es war ja dann die Geburtsstunde oder Wiedergeburt der europäischen Demokratie, nach dem antiken Griechenland. Also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und so weiter, ja? Und die Absetzung der Monarchien und der Ersatz der Monarchie durch die jederzeit korrumpierbare und käufliche Demokratie. Das sehen wir ja jeden Tag mit unseren Abgeordneten, also wie leicht es ist, die zu kaufen. Viele davon, nicht alle natürlich.
Kla.TV: Ja, wir haben da ziemlich unheimliche Beiträge mittlerweile. "Die Blutsekte", ich weiß nicht ob Sie die kennen, in drei Teilen mittlerweile eben über zahlreiche Opfer ritueller Gewalt, die sich ja inzwischen überhaupt gar nicht mehr zusammenfassen lassen. Es sind so viele, die sich melden. Das heißt, das ganze schaurige Spiel, das läuft ja scheinbar irgendwo über den Globus verteilt ab. Die Olympischen Spiele sind ja auch nicht klassisch französisch, sondern eben auch ein weltweites Event, und von daher laufen die roten Fäden da, glaube ich, schon zusammen irgendwo in einer Abteilung, scheinbar.
Gerhard Wisnewski: Ja, ich bedaure, daß ich viele Beiträge von Ihnen aus zeitlichen Gründen gar nicht anschauen kann. So spannende Geschichten wie diese Trilogie, die Sie erwähnt haben, finde ich ja unglaublich verdienstvoll, sehr, sehr gut, wie das oft aufbereitet ist. Toll, toll, also bewundernswert!
Kla.TV: Ja, war viel Arbeit. Da hat Lois Sasek mit einem Team von über 100 Mitwirkern auch diese Daten zusammengetragen, weil es doch so viele Zeugenaussagen waren. Das Ganze aber so runter zu kürzen, daß man es überhaupt senden kann, man hätte wirklich tagelanges Material gehabt.
Gerhard Wisnewski: Toll, toll!

Kla.TV: Danke, geben wir gerne weiter. Herr Wisnewski, an Sie noch die Frage, hatten Sie noch einen Punkt aus Ihrem Buch, den Sie bringen wollten?
Gerhard Wisnewski: Ja also, es gab den Untergang der Superjacht vor Sizilien, von diesem britischen Software Tycoon, Lynch hieß der, und da muß man also feststellen, daß da ja das reinste Geheimdienstnest abgesoffen ist, und jetzt muß man das Wrack bewachen, weil es geht um die Tresore dieser Jacht und was da drin sein könnte oder nicht und seltsame Zufälle, die es da gegeben hat. Es ist tatsächlich so, bis heute gibt es dafür keine Erklärung.
Alle Experten sagen, das geht gar nicht, daß so eine Jacht von einem Windstoß umkippt und dann aber auch noch sinkt. Weil Sie müssen sich vorstellen, eine Segeljacht ist normalerweise, wenn man sie dicht macht, fast so dicht wie ein U-Boot. Die kann praktisch durchkentern und wird dann nicht absaufen, also jedenfalls längere Zeit. Es wird sicher ein bißchen Wassereinbruch geben, aber daß die also in 10 Minuten runtersinkt … Oder Sie haben sicher schon mal gekenterte Boote gesehen, die auf der Seite liegen, weil da sammelt sich Luft im Rumpf, und das ist wie ein Luftkissen, und das Boot kann in dem Moment nicht sinken, jedenfalls nicht schnell.
Das dauert eine Weile und auch dieses bleiartige Sinken ist äußerst merkwürdig. Und da gibt es viele Stimmen, also auch Expertenstimmen, die sagen, da gibt es irgendein mysteriöses Element, das uns fehlt, das wir nicht kennen. Also so kann es nicht funktioniert haben, durch einen bloßen Windstoß oder eine Windhose kann es nicht passiert sein, und diese Nummer habe ich auch untersucht.
Kla.TV: Spannend, sehr schön. Da kommt ja noch einiges auf uns zu. Also das Buch, wieder einmal sehr zu empfehlen. Schauen wir es uns an und blenden es hier auch gerne ein. Herr Wisnewski, wenn wir jetzt mal einen Sprung aus dem Buch heraus wagen dürfen, aber wir bleiben im Jahr 2024. Syrien, als Stichwort, hat uns alle jetzt sehr geschockt. Es gab doch jetzt viele, viele Jahre diese Kämpfe dort. Letztendlich hat Assad mit seiner ganzen Regierung und dem Militär Ordnung wiederhergestellt, so hatte man den Eindruck.
Und jetzt überläuft plötzlich eine hochmotivierte Armee von Rebellen das ganze Land, die Armee flieht regelrecht, Assad verläßt das Land. Wie ist Ihre Einschätzung dazu? Haben Sie schon eine? Es ist sehr gewagt, weil es noch frisch ist, das ist mir klar, aber uns interessiert natürlich mal Ihr Eindruck, weil Sie die roten Fäden kennen.
Gerhard Wisnewski: Also wenn man sich das quasi aus der Vogelperspektive anschaut, sieht das alles aus wie abgesprochen. Also es ist kaum anders erklärbar, denn es sind ja zwei Sachen, die wie Zahnräder ineinander greifen: der Vormarsch dieser sogenannten Rebellen und der Totalrückzug und die Totalkapitulation der Regierungstruppen.
Also das ergänzt sich ja irgendwie sinnvoll. Und die Frage ist doch, warum? Normalerweise würde man natürlich erwarten, daß die Rebellen noch unglaublich kämpfen müssen. Daß es noch richtige Fronten gibt und alles und dann vielleicht irgendwann eine Flucht oder Kapitulation oder so, aber das lief ja wie am Schnürchen. Auch Assads Flucht und so. Also das hat er geschafft, das muß aber irgendwo vorbereitet sein, ist ja klar.
Gaddafi hat es nicht geschafft, Saddam Hussein hat es auch nicht geschafft. Die sind ja beide ermordet worden, ganz einfach. Und klar, aber es ist bedauerlicherweise ein Schritt in dieser Weltstrategie der NATO, der USA gegen Rußland. Dazu gehört jetzt auch eine neue Militärbasis der NATO in Rumänien, eine riesige Basis, die geplant wird. Also die Umzingelungsoperation, die geht weiträumig weiter und jetzt wird es richtig gefährlich, nicht weil ich jetzt Rußland so liebe oder Herrn Putin, sondern weil ich gerne Gleichgewichte habe. Weil die machen die Welt sicherer. Und wenn wir eine totale US-Diktatur irgendwann bekommen sollten, dann ist es nicht mehr lustig hier. Es ist ja jetzt schon nicht mehr lustig. Und dann gibt es keine Kontrolle der Macht mehr, keinen Gegenpart, und deswegen muß man das unterstützen, daß Rußland auch als Supermacht erhalten bleibt - meiner Meinung nach.

Kla.TV: Also Stichwort Rußland wäre auch mein nächster Punkt gewesen. Rußland stand ja Syrien bei der letzten Krise, bei den letzten Angriffen sehr stark zur Seite, wo die FSA usw. dann in Syrien eingefallen ist. Die haben sich dort sehr stark gegen ausländische Einflüsse gewehrt, oder ich sage mal, Assad unterstützt. Es kam Unterstützung aus dem Iran, aus allen Richtungen. Wie schätzen Sie das ein, daß jetzt plötzlich diese Gesamtunterstützung wie weggefallen ist?
Gerhard Wisnewski: Es könnte ein Zeichen sein für die Ukraine, daß einfach der Ukraine-Krieg jetzt so viele Kräfte gebunden hat, russische Kräfte, und daß das vielleicht sogar ein Teil dieser Ukraine-Strategie war, die Russen so zu binden dort, daß sie Syrien vernachlässigen müssen.
Das könnte auch ein Grund sein für diesen Umschwung, der nichtsdestotrotz nicht so chaotisch verlief, sondern wie gesagt sehr, sehr geschmeidig, auffallend geschmeidig.
Kla.TV: Das ist wahr. Und es soll ja von Anfang an auch in Aleppo, Hama, Homs, Damaskus, eben auch überall keine wirklichen Kämpfe gegeben haben. Es soll von Anfang an Befehle des syrischen Oberkommandos gegeben haben, nicht zu kämpfen. Das ist ja das, was Sie gerade sagten, also es war merkwürdig, daß die gesamte Armee wie einen Rückzug angetreten hat. Ich nehme an, an dieser ganzen Geschichte werden Sie auch dranbleiben.
Gerhard Wisnewski: Ja, also für mein jetziges Jahrbuch war das um einen Tick zu spät, das konnte ich nicht mehr mitnehmen, das Syrien-Thema.
Kla.TV: Absolut nachvollziehbar. Sie haben es exklusiv für uns aufbewahrt, um es hier live jetzt bei Kla.TV zu bringen, dankeschön. Nein, aber es ist ja tatsächlich ein wichtiger Punkt, ich glaube auch global-strategisch, also da dranzubleiben. Da werden wir auch gerne an Ihnen dranbleiben und schätzen Ihre Einschätzung dieser ganzen Lage und freuen uns, wenn Sie dann gerne mit neuen Erkenntnissen auf uns zukommen.
Gerhard Wisnewski: Vielen Dank!
Kla.TV: Herr Wisnewski, eine letzte Frage noch. Jetzt in der ganzen Zeit, die so schräg abläuft auf der ganzen Welt, und bei den ganzen Krisen, mit denen wir es zu tun haben - von denen Sie in Ihrem Buch schreiben - setzen sehr viele Menschen, die aufgewacht sind, noch auf Telegram, Social Media, auf Vernetzung auch online oder auf Kanäle wie die Online-Sender, die man auch so kennt. Wie stehen Sie zur internetunabhängigen Vernetzung, regional vor Ort. Sehen Sie da eine Notwendigkeit?
Gerhard Wisnewski: Ja, absolut, weil ich meine, die ganze Internetvernetzung ist ja erst mal ganz toll, klar. Aber sie ist eben virtuell und man sieht da so Videobilder von Menschen, von Kritikern, von Verbündeten, von Freunden, aber es fehlt halt die menschliche, die direkte Ebene. Denn aus der schöpft man ja sehr viel Kraft, das merke ich jetzt hier bei diesem Kongreß. Wenn man die alle sieht und trifft und Hand schüttelt und so weiter, dann wird man gestärkt, man fühlt also viel unmittelbarer, man ist nicht alleine.
Und natürlich kann es einem auch mehr Sicherheit bieten, speziell regional, lokal, wenn man da Verbündete hat, die ein bißchen gegenseitig auf sich aufpassen, was unbedingt notwendig ist, leider. Daher ist es sehr wichtig und wir wissen auch nicht, was sie noch so anstellen werden mit dem Internet, mit der Zensur und so weiter. Und wir haben ja auch gesehen, sie haben sehr viele Kanäle gelöscht, bei YouTube, woanders auch.
Donald Trump selber wurde ja Opfer der Zensur und mußte sich damit auseinandersetzen. Also selbst der damals amtierende US-Präsident wurde von Twitter abgeschaltet! Das ist natürlich eine nette Ironie, daß jetzt sein Kumpel das Ding gekauft hat, Elon Musk. Aber das können wir jetzt nicht alle machen, und deswegen ist es sehr, sehr wichtig.
Kla.TV: Ganz herzlichen Dank, Herr Wisnewski, auch für diesen Impuls noch an unsere Zuschauer, an uns alle, für Ihre Einschätzung und Ihre unermüdliche Arbeit.
Gerhard Wisnewski: Ja, Ihre Arbeit ist auch nicht zu unterschätzen, ist ja auch unermüdlich.

Also wirklich bewundernswert, toll, toll.
Kla.TV: Danke, gemeinsam machen wir weiter.
Gerhard Wisnewski: Ja, das tun wir.<<
USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Pharmariese genießt "Immunität": Millionenschwere Klage gegen Pfizer abgelehnt**
Ein Bundesgericht hat eine Klage des texanischen Generalstaatsanwalts gegen Pfizer abgewiesen. Der leitende Richter berief sich auf die Immunität, die Pfizer nach der Gesetzlage infolge der Pandemie zustehen würde. Die Klage bezog sich auf die von Pfizer vertriebenen Impfstoffe gegen Covid-19.
Jonas Aston
Eine millionenschwere Klage gegen Pfizer wurde abgewiesen.
Bereits im Juni hatte der texanische Generalstaatsanwalt Ken Paxton eine Klage gegen den Pharmariesen Pfizer eingereicht. Er wirft dem Unternehmen vor, die Wirksamkeit des Covid-19-Impfstoffs übertrieben und die Öffentlichkeit in die Irre geführt zu haben. Die Klage ging beim Bezirksgericht in Lubbock ein - die Klage wurde jedoch abgewiesen.
Zunächst hatte Paxton dem Pharmaunternehmen vorgeworfen, "falsche, täuschende und irreführende Handlungen und Praktiken begangen zu haben, indem sie unbewiesene Behauptungen über den Covid-19-Impfstoff des Unternehmens aufgestellt haben", wie einer Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts zu entnehmen war. Pfizer implizierte, daß die Wirksamkeit des Impfstoffs bei 95 Prozent liege. Außerdem sei mit der Zulassung des Impfstoffs und der Impfung der Bevölkerung die Beendigung des pandemischen Zustands suggeriert worden.
Diese Versprechungen habe die Impfung nicht halten können. "Entgegen den öffentlichen Erklärungen von Pfizer hat der Impfstoff die Pandemie jedoch nicht beendet", so Paxton. Und weiter: "Es kam noch schlimmer. Im Jahr 2021, als der Impfstoff von Pfizer zur Verfügung stand, starben mehr Amerikaner als im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Pandemie".
Pfizer erklärte die Ausführungen von Paxton jedoch von vornherein für falsch. "Die Darstellungen, die das Unternehmen über seinen Covid-19-Impfstoff gemacht hat, waren korrekt und wissenschaftlich fundiert", so der Pharmariese in einer Mitteilung. Vom leitenden Bundesrichter Sam Cummings wurde die Klage daraufhin abgewiesen. Nach dem Federal Public Readiness and Emergency Act würde Pfizer "Immunität" genießen.
Dieser Rechtsschutz wurde unter anderem eingeführt, um Impfstoffhersteller in einer Pandemielage vor Klagen zu schützen. Die Begründung, daß dieser Rechtsschutz auch bei vorliegender Entscheidung greift, wurde jedoch außerordentlich kurz gehalten. In der gerade einmal zweiseitigen Anordnung stützt sich Bundesrichter Cummings durchweg auf die von Pfizer vorgebrachten Argumente.
Als Strafzahlung für irreführendes Marketing stand eine Entschädigung in zweistelliger Millionenhöhe in Aussicht, wie Reuters berichtete. Eine Verurteilung hätte wohl Präzedenzcharakter für andere Staaten gehabt. Pfizer und BioNTech erhielten am 11. Dezember 2020 als erste Unternehmen eine Notfallzulassung (Emergency Use Authorization, EUA) der US-Arzneimittelbehörde FDA für ihren COVID-19-Impfstoff. Die US-Regierung bestellte insgesamt rund 300 Millionen Dosen des Impfstoffs von Pfizer.
01.01.2025
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Faeser kritisiert Beschimpfung des Bundespräsidenten durch Musk**
Der jüngste persönliche Angriff des Tech-Milliardärs Elon Musk auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in Berlin erheblichen Unmut ausgelöst. Musk hatte auf seiner Plattform X/Twitter geschrieben: "Steinmeier ist ein anti-demokratischer Tyrann." Er solle sich schämen.

Der Milliardär gilt als enger Berater des designierten US-Präsidenten Donald Trump. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte der "Süddeutschen Zeitung", man sollte "einige Diskussionen auf der Plattform X nicht mit dem verwechseln, was die allermeisten Menschen in unserem Land wirklich beschäftigt". Sie sei sich sicher, "daß die Äußerungen von Herrn Musk bei den allermeisten, die sich damit überhaupt beschäftigen, Kopfschütteln und Ablehnung hervorrufen".
Klar sei aber auch: "Wenn der Bundespräsident unseres demokratischen Staates als antidemokratischer Tyrann bezeichnet wird, dann ist das nicht nur grober Unsinn, sondern auch eine Diffamierung, die man sehr klar zurückweisen muß". Elon Musk habe "offenkundig Gefallen daran gefunden, liberale Demokratien zu destabilisieren und politisch extrem rechte Parteien und Politiker zu stärken", sagte Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz der SZ. Er forderte eine Debatte über die Macht sozialer Plattformen.
Deutschland habe nach der Naziherrschaft ein System etabliert, das die "Gleichschaltung des öffentlichen Diskurses" durch einzelne Parteien oder finanziell potente Akteure verhindern solle. Jetzt gebe es Versuche, dieses System zu zerstören. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, sagte der SZ, "statt mit Anstand und Respekt zu handeln", greife Musk "den Bundespräsidenten billig und respektlos an, seine Äußerungen spiegeln eine Mißachtung demokratischer Werte wider".
Damit trete Musk "alle Umgangsformen unserer Demokratie mit Füßen". Solche Aussagen seien "nicht nur unangemessen, sondern auch Hetze". Die richtige Antwort darauf sei, "wählen zu gehen und ihm zu zeigen, daß nicht sein Geld, sondern die Menschen in unserem Land entscheiden". Es sei gut, "daß die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das Sagen haben und nicht Tech-Milliardäre".
Aus der Unionsfraktion hieß es am Mittwoch, man wundere sich sehr über den Angriff auf den Bundespräsidenten. Außerdem verwies man darauf, daß CDU-Chef Friedrich Merz bereits in der vergangenen Woche eine Wahlempfehlung Musks für die AfD scharf kritisiert habe.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Mehrere Tote durch Silvesterböller**
In der Silvesternacht hat es in Deutschland mehrere Todesfälle durch Silvesterböller gegeben. In Hamburg ist ein 20-Jähriger ums Leben gekommen. Wie die dortige Polizei mitteilte, ereignete sich der Vorfall kurz nach Mitternacht im Stadtteil Ochsenwerder. Der junge Mann sei "durch die Detonation seiner Pyrotechnik tödlich verunglückt", hieß es.
Weitere Erkenntnisse zu den Hintergründen lägen nicht vor. Einen Todesfall gab es am Silvesterabend auch in Geseke im Kreis Soest (NRW). Dort starb ein 24-Jähriger durch die Explosion eines Feuerwerkkörpers. Nach ersten Erkenntnissen hatten sich einige Partygäste zwecks Zünden von Feuerwerk in die westliche Feldflur von Geseke begeben, wo es dann zu dem Unglück kam.
Da sich die weiteren Personen in einem ausreichenden Abstand zu der Person befanden, die die Explosion auslöste, sei niemand sonst verletzt worden. In der Silvesternacht kommt es immer wieder zu schwersten Verletzungen durch Böller, in den Notaufnahmen herrscht um den Jahreswechsel Hochkonjunktur.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Silvesternacht: Barrikadenkampf um Berlin**
Von *Michael Brück*
4.000 Polizisten waren im Einsatz, um in der Silvesternacht Krawalle in der deutschen Hauptstadt zu verhindern. Doch das Konzept ging nicht auf: Im gesamten Berliner Stadtgebiet kam es zu schweren Ausschreitungen, in mehreren Stadtteilen brannten Barrikaden. Sogar ein Parkhaus ging in Flammen auf. Mittendrin im Geschehen: Die Reporter von COMPACT-TV,

deren brisante Aufnahmen das Märchen der "ruhigen Silvesternacht" widerlegen, welches uns die Medien sicherlich zeitnah erzählen werden. Einmal mehr versinkt Berlin im Chaos, einmal mehr wird deutlich: Die Politik hat versagt. …

Zunächst begann der Berliner Silvesterabend mit einem Chaos anderer Art: Durch einen Wasserrohrbruch im Stadtteil Wedding fiel in weiten Teilen der Stadt die Wasserversorgung aus, während der Bereich um die Unglücksstelle an der Seestraße Ecke Guineastraße zunächst unter Wasser stand. Ob die Hautpwasserleitung aus den 1920er-Jahren dem überall sichtbaren Sanierungsrückstand zum Opfer gefallen ist, läßt sich noch nicht sicher sagen, liegt aber nahe - die Berliner Politik setzt eben andere Prioritäten, als unsere Infrastruktur instand zu halten. Zum Beispiel mit der Förderung von Gender- und Migrationsprojekten.

Fast schon erwartungsgemäß waren dann jedoch die Bilder, die wenig später im ganzen Stadtgebiet zu sehen waren: Schwere Silvesterkrawalle, Angriffe auf Feuerwehr und Polizei ebenso inklusive, wie brennende Barrikaden und Fahrzeuge. Und: Einmal mehr sind es, das legen die zahlreichen im Internet kursierenden Videos nahe, junge Männer mit Migrationshintergrund, die sich maßgeblich für diese Ausschreitungen verantwortlich zeigen. Das dürfte wohl auch der Grund sein, weshalb die Mainstreammedien bisher weitestgehend schweigen. Doch nicht mit uns: Wir zeigen die schlimmsten Gewalt-Hotspots von Berlin.

Massenrandale rund um den Alexanderplatz

Zum standesgemäßen Silvesterkrawall gehört natürlich die Randale im Herzen der Stadt, rund um den Alexanderplatz: Zwar versuchte ein Großaufgebot der Polizei, u.a. verstärkt durch Kräfte der Bundespolizei, Ausschreitungen vorzubeugen, doch das gelang nur mäßig. Immer wieder flogen Raketen unkontrolliert auf Passanten, nicht wenige junge Männer, teils die grün-weiß-schwarzen Fahnen des neuen islamistischen Regimes von Syrien schwenkend, suchten das Kräftemessen mit der Staatsmacht - manch einer fand es schließlich in Handschellen auf dem Weg zur Gefangenensammelstelle. …

Brennende Barrikaden im Stadtteil Reinickendorf

Immerhin: In Mitte konnte ein Großaufgebot der Polizei schwerste Krawalle gerade noch verhindern. Ganz anders wenige Kilometer weiter nördlich, im Stadtteil Reinickendorf: Brennende Barrikaden, Vermummte auf den Straßen, eine regelrechte Straßenschlacht. Offenbar hatte die Polizei diesen - im wahrsten Sinne des Wortes - Brennpunkt nicht auf dem Schirm, erst nach Rund einer Stunde beruhigte sich die Situation schrittweise.

In Kreuzberg brennt ein ganzes Parkhaus ab

Einer der schwerwiegendsten Vorfälle ereignete sich in Berlin-Kreuzberg: Zahlreiche Fahrzeuge wurden bei der Inbrandsetzung eines ganzen Parkhauses völlig zerstört. Der Sachschaden wurde zwar noch nicht genau beziffert, dürfte aber mindestens im höchsten sechsstelligen Bereich liegen, wahrscheinlich sogar in die Millionen gehen. Während die Feuerwehr die gesamte Silvesternacht mit Löscharbeiten beschäftigt war, fehlt von den Tätern jede Spur.

Video zeigt Schüsse auf ein Polizeifahrzeug

In sozialen Netzwerken kursieren Videos aus zahlreichen Berliner Stadtteilen, in denen Brandstiftungen und / oder Angriffe auf Einsatzkräfte zu sehen sind. Neben Neukölln war auch der Stadtteil Schöneberg einmal mehr Zentrum der Krawalle, durch einen sprengsatzähnlichen Böller wurden in der Belziger Straße mehrere Geschäfte und geparkte Fahrzeuge zerstört.

Räumlich noch nicht genau eingegrenzt ist jedoch ein Video, das ebenfalls in der Silvesternacht entstanden sein soll und zeigt, wie mehrmals mit eine Pistole, möglicherweise handelt es sich um eine Schreckschußwaffe, durch die geöffnete Fahrertür eines Polizeifahrzeuges geschossen wird. Verbreitet wurde das Video zunächst bei Snapchat durch den Nutzer "Abaschi", der sein Profil mit einer Fahne des afrikanischen Landes Kamerun schmückt, später griff es ein Nutzer mit türkischer Fahne im Profilbild bei X auf. Wie genau die Situation zu-

stande gekommen ist und ob dabei auch Polizisten verletzt worden sind, ist bisher unklar, die Behörde hat sich noch nicht zu diesem speziellen Vorfall geäußert.
In einer ersten Bilanz spricht die Berliner Polizei stadtweit von 390 Festnahmen, wobei unklar ist, wieviele Silvesterrandalierer bereits wieder auf freiem Fuß sind. Verletzt wurden nach bisherigem Stand 13 Polizisten, einer davon offenbar schwer. Die Vorfälle aus Berlin zeigen einmal mehr, daß die deutsche Hauptstadt zur Failed-City verkommt. Höchste Zeit, etwas zu verändern.<<
Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Januar 2025 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Offener Brief über die vorsätzliche Zerstörung der deutschen Energieversorgung**

Sehr geehrte Damen und Herren!
Um die langfristig vorbereitete und realisierte Zerstörung der deutschen Energieversorgung richtig einordnen zu können, muß zunächst die "Energiepolitik" der zurückliegenden Jahrzehnte betrachtet werden:
Privatisierung der deutschen Energiewirtschaft
Seit den 1960er Jahren wurden in der BRD entscheidende Schritte zur Privatisierung der Energiewirtschaft unternommen. 1965 privatisierte die BRD die Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile. Der Staat zog sich danach allmählich aus der Energieversorgung zurück, so daß alle Energieversorgungsunternehmen (EVU), wie z.B. PreussenElektra, Bayernwerk und RWE teilweise privatisiert wurden.
Nach der Teilprivatisierung der Stromversorgung war der Staat nicht mehr die treibende Kraft und Geldgeber für die Schaffung der Infrastruktur, sondern die privaten Kraftwerks- und Netzbetreiber. Sie mußten auf dem freien Markt das nötige Kapital für die großen Investitionen (Neubau von Kraftwerken und Netzen) beschaffen, die in den kommenden Jahren anstanden.
1983 und 1987 folgten nach EU-Vorgaben weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die BRD schließlich seine letzten Aktien. VEBA und VIAG wurden danach in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen.
Zivile Nutzung der Kernenergie in der BRD
Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gründeten am 25. März 1957 in Rom die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).
Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die BRD übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.
In der BRD entstand danach in erstaunlich kurzer Zeit eine sehr leistungsfähige und erfolgreiche Nuklearindustrie. Am 17. Juni 1961 lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk in Kahl/Main bereits erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.
Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der BRD errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.
Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU) baute seit den 1980er Jahren die wirtschaftlichsten und sichersten Kernkraftwerke (Druckwasserreaktoren), die weltweit expor-

tiert wurden.
Nach dem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl/Ukraine am 26. April 1986 führte die straff geführte Antiatomkraftbewegung fast wöchentlich friedliche Demonstrationen oder gewalttätige Krawalle gegen den Bau von neuen Kernkraftwerken und gegen die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf durch. Infolge der zahllosen gewalttätigen Ausschreitungen wurde schließlich das Projekt "Wiederaufarbeitungsanlage" am 31. Mai 1989 eingestellt.
Im September 1989 wurde auch der Hochtemperaturreaktor THTR-300 in Hamm-Uentrop wegen "technischer Probleme" stillgelegt. Dieser neuartige Hochtemperaturreaktor zählte zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Da der Thorium-Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen konnte, hätte man die hochradioaktiven Abfälle mehrheitlich sinnvoll nutzen und gleichzeitig die Energieversorgung Deutschlands jahrzehntelang sichern können.
Nach dem Ende der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und des Hochtemperaturreaktors THTR-300 in Hamm-Uentrop im Jahre 1989 verständigte sich die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Kernenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1989 in der BRD aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Deutsche Energieversorgungsunternehmen zählten damals zu den modernsten und sichersten der Welt

Der Energiebereich wurde nach der Teilprivatisierung durch betriebswirtschaftliche Managementmethoden ständig rationeller und optimaler ausgerichtet. Die Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich trotz ihres Versorgungsmonopols stets durch unternehmerische Dynamik aus.
In der BRD verlegte man z.B. seit den späten 60er Jahren Mittel- und Niederspannungsleitungen konsequent unter die Erde. Es war zwar doppelt so teuer wie oberirdische Freileitungen, aber die Zuverlässigkeit des Stromnetzes wurde entscheidend verbessert. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft zeichnete sich nach der vollständigen Privatisierung durch niedrige Strompreise aus, denn sie verzichtete zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.
Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In der BRD gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von etwa 12 Minuten.

Umweltschutz: Klimawandel

Begründer der weltweiten Umweltschutzbewegung

Die globale Umweltschutzbewegung wurde ursprünglich von Julian Huxley begründet. Sir Julian Huxley (1887-1975, britischer Biologe und Schriftsteller, 1946-48 Generaldirektor der UNESCO; befaßte sich vor allem mit Problemen des Bevölkerungswachstums und der Welternährung). Huxley, ein Begründer der globalen Umweltschutzbewegung, war von 1937-1944 und 1959-1962 Vorstandsmitglied der britischen Eugenik-Gesellschaft, erforschte die selektive Fortpflanzung, Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation.

CIA

Die CIA (Central Intelligence Agency, Geheimdienst der USA, 1947 mit dem Ziel gegründet, verdeckte Operationen im Ausland auszuführen, die den vermeintlichen Interessen der USA dienen**).**
Im Rahmen der skrupellosen US-Machtpolitik bereitete die CIA nicht nur weltweit völkerrechtswidrige Invasionen und Bürgerkriege vor, um "unbequeme" Länder zu destabilisieren oder völlig zu zerstören , sondern die CIA erstellte im Jahre 1960 auch ein "zukunftsweisen-

des" Memorandum mit dem Titel "Climate Control" (Klimakontrolle).

Club of Rome

1968 wurde der Club of Rome von David Rockefeller, Aurelio Peccei und Alexander King in Rom gegründet. Diese Vereinigung von Wissenschaftlern und Industriellen zur Erforschung der Menschheitsprobleme veröffentlichte 1972 "Die Grenzen des Wachstums". Danach war ab 1972 der Umweltschutz das Hauptthema des in Winterthur (Schweiz) ansässigen Club of Rome.

UNEP

1972 wurde während der "Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt der Menschen" die UN-Organisation UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) gegründet. Erster Generaldirektor der UNEP war der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong. Hauptaufgabe dieser UN-Organisation war es, die Klimaveränderung zu untersuchen und zu bewerten sowie globale Umweltschutzbewegungen zu unterstützen.

"Die Grünen"

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur deutschen Bundespartei "Die Grünen" zusammen. Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

In den folgenden Jahrzehnten verfolgte die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung konsequent die Errichtung einer totalitären öko-sozialistischen Klima-Diktatur.

IPCC (Weltklimarat)

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 in Genf (Schweiz) den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), um Klimaänderungen zu erforschen.

Albert (Al) Gore, (1948*-, amerikanischer Politiker, Demokrat**,** Mitglied des "Komitees der 300", 1993-2001 US-Vizepräsident, unterlag 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen G. W. Bush, erhielt 2007 den Friedensnobelpreis) und der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong (1929-2015, ab 1972 erster Generalsekretär des UN-Umweltprogramms, seit 1976 Unternehmer, u.a. auch als Treuhänder der Rockefeller Stiftung tätig) zählten zu den eigentlichen Begründern des IPCC.

Der IPCC war von Anfang an ein politisches Instrument zur Bekämpfung einer bevorstehenden fiktiven Klimakatastrophe. Der Weltklimarat und der ehemalige US-Vizepräsident Albert Gore wurden 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Der IPCC zeichnete sich später vor allem durch maßlos übertriebene oder manipulierte Berichte über den menschengemachten Klimawandel aus. Obgleich im sogenannten Climategate-Skandal bereits 2009 nachgewiesen werden konnte, daß man zahlreiche Klimamodelle zweifelsfrei manipuliert hatte, um die gewünschten Klimavorhersagen zu erreichen, behauptet der IPCC bis zum heutigen Tag, daß sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des

CO2-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten dramatisch erwärmen wird.

Klima

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Das Klima wird seit jeher hauptsächlich durch die gigantischen Urkräfte der Sonne, die Stärke der Sonnenstrahlung und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Veränderungen der Erdkruste, Erbeben und vulkanische Ausbrüche (Eruptionen), bei denen gewaltige Mengen von Magma und Gasen freigesetzt werden, beeinflussen ebenfalls seit Entstehung der Erde vor etwa 4,6 Milliarden Jahren das Klima unseres Planeten.

Ohne CO2 (Kohlendioxid) gibt es kein Leben auf der Erde

Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Klimakatastrophe zu erklären, ist vollkommen unsinnig, denn diese geringe Erwärmung und etwas mehr C02 sind unbedingt zu begrüßen, weil dadurch nachweislich die Erträge von Nahrungspflanzen und von nachwachsenden Rohstoffen gefördert werden.

CO2 ist ein wertvolles und lebensnotwendiges Gas, denn Pflanzen können ohne CO2 nicht leben. Pflanzen wiederum erzeugen den für Menschen und Tiere lebensnotwendigen Sauerstoff. Ohne CO2 würde es demnach kein Leben auf der Erde geben.

CO2 strömt aus aktiven Vulkanen, befindet sich in allen natürlichen Gewässern und in Teilen der Erdkruste. Das global freigesetzte CO2 auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %). Nur 3 % des global freigesetzten CO2 auf der Erde stammt demnach aus menschlicher Tätigkeit = Industrie, Landwirtschaft etc.

Die Lüge vom menschengemachten Klimawandel

Angesichts der Tatsache, daß die Umweltorganisationen, wie z.B. Club of Rome, Greenpeace UNEP oder IPCC, seit ihrer Gründung größtenteils durch Rockefellers Erdöl-Mafia finanziert werden, müßte eigentlich jeder normalbegabte Mensch erkennen, warum das Lügengebilde vom menschengemachten Klimawandel in die Welt gesetzt wurde.

Diese Pseudo-Umweltorganisationen der globalen Finanzeliten inszenierten offensichtlich das Lügenmärchen vom menschengemachten Klimawandel, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes weiterhin ungehindert schwerste Umweltverbrechen zu begehen.

Klimahysterie: Ein einträgliches Geschäftsmodell

Die Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht nachweislich auf unbewiesenen fiktiven Klimamodellen des selbsternannten "Weltklimarates" IPCC. Nach Meinung der "IPCC-Klimawissenschaftler" kann die Erde nur gerettet werden, wenn man den CO2-Ausstoß drastisch reduziert.

Bei dem besonders lukrativen Ablaßhandel mit den CO2-Emissionen handelt es sich in erster Linie um ein Riesengeschäft für die Klimawandel-Mafia. Mit dem Versprechen, das Weltklima zu retten, rechtfertigt man z.B. unbezahlbare Preise für Strom und Gas sowie die Abschaffung von bürgerlichen Freiheitsrechten als alternativlos.

In der BRD zeichneten sich die selbsternannten Klimaretter seit Jahren durch besonders rücksichtslose und zerstörerische Maßnahmen aus, ohne an die enormen Gefahren, Schäden und Kosten für die nachfolgenden Generationen zu denken. Obgleich seriöse Wissenschaftler den angeblich menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Der Ablaßhandel mit CO2-Emissionen ist lediglich ein perverses Geschäftsmodell, daß von den gemeingefährlichen Denkfabriken der Finanzeliten erfunden wurde, um unglaubliche Gewinne aus dem Nichts zu schaffen. Diesen geld- und machtgierigen Oligarchen ging es nie um die Rettung des Weltklimas, sondern es geht darum, gigantische Gewinne mit Betrug und

Täuschung zu schaffen.
Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue menschengemachte "Umweltprobleme" nachweisen kann, erwiesen sich diese willkürlich konstruierten fiktiven "Umweltgefahren" als ungemein wirksame Manipulationsinstrumente, um besonders energieintensive Industriestandorte zu destabilisieren und um Bevölkerungen durch überhöhte Energiepreise in den Ruin zu treiben.
Der arglistig inszenierte Klimaschwindel wurde in erster Linie als wirksames Machtinstrument genutzt, um die unbequemen deutschen Konkurrenten durch enorme Wettbewerbsnachteile völlig auszuschalten. Es handelt sich außerdem um eine gigantische Umverteilung von Eigentum zu Gunsten der Finanzeliten oder der angeblich "klimageschädigten" Entwicklungsländer.

Angst- und Schuldkult

Die einzige "Wahrheit" des Weltklimarats vom angeblich menschengemachten Klimawandel und dem drohenden Weltuntergang entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst und Schuld war seit jeher ein großartiges Machtmittel, um die Bevölkerung auszubeuten, zu unterdrücken und zu drangsalieren.
Im Mittelpunkt der satanistischen Klimawandelreligion steht der allgegenwärtige Angst- und Schuldkult. Die Menschen werden durch die allmächtigen Propagandamedien unentwegt in Angst und Schrecken gehalten, denn eingeschüchterte Duckmäuser und willenlose Schlafschafe befolgen gewöhnlich widerstandslos alle Anordnungen und Befehle.
Jeder Kritiker der Klima-Ideologie wird sofort als reaktionär, faschistisch oder als vergangenheitsorientiert verleumdet und gesellschaftlich geächtet.

CO2-Ablaßhandel

Der mit riesigen Geldmitteln geführte irrsinnige Propagandafeldzug der finanziell, politisch und ideologisch orientierten Klima-Sekte des IPCC gegen das lebensspendende Gas CO2 (Kohlendioxid), richtet sich eindeutig gegen das Leben überhaupt und gegen die bestehenden Naturgesetze.
Bei der radikalen Senkung der deutschen CO2-Emissionen handelt es sich zweifelsfrei um ein systematisch geplantes Umverteilungsprojekt. Die gegenwärtige Klimahysterie wurde maßgeblich von den weltweit führenden elitären NWO-Denkfabriken geplant und inszeniert, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen von geld- und machtgierigen Finanzoligarchen durchzusetzen.
Wir müssen endlich begreifen und realisieren, daß in der Scheindemokratie BRD nichts zufällig passiert, denn die fremdbestimmten Politiker sind lediglich Marionetten der Reichen. Nicht die gewählten Volksvertreter, sondern die im geheimen Hintergrund agierenden Finanzeliten, wie zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre, besitzen die gesamte Macht. Diese unsichtbaren Machthaber diktieren die Richtlinien der Politik und sie beherrschen die öffentlichen Massenmedien und alle wichtigen Wirtschaftsunternehmen.

Bekannte Profiteure der Klimalüge

Al Gore, Strong und viele andere Klima-Lobbyisten machten gigantische Geschäfte mit dem Klimawandel. Al Gore beteiligte sich direkt am Emissionsrechtehandel und erhielt Provisionen für CO2-Zertifikate. Gore wurde später von der US-Presse als der erste Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.
Weitere erfolgreiche Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffet, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

Senkung der deutschen CO2-Emissionen

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die BRD zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und ist gegenwärtig fast unbezahlbar geworden. Bei der angeblichen Rettung des Weltklimas handelt es sich zweifelsfrei um ein hochgradig unsoziales und völlig irrsinniges Projekt, bei dem in erster Linie spezielle Finanzoligarchen unglaubliche Profite erzielen.

Infolge der unsinnigen Maßnahmen zur vermeintlichen Rettung des Weltklimas wurden bis 2019 bereits mindestens 500 Milliarden Euro verpulvert. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinster Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in der BRD wurden systematisch zerstört.

Energiewende

Systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft

Nach der sogenannten Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 und der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 begann schließlich die verdeckte, systematische Destabilisierung der BRD.

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben (Wirtschaftsliberalismus) und das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) sowie weitere planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung (Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom) planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde der Betrieb aller konventionellen Kraftwerke zwangsläufig unrentabel. E.ON, der ehemals größte deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. später (im Jahre 2018) alle deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im sogenannten Kyoto-Protokoll vom 11. Dezember 1997 verpflichteten sich viele Industriestaaten, ihren Kohlendioxid-Ausstoß von 2008 und 2012 um rd. 5 % gegenüber 1990 zu senken. Die BRD hatte bereits 1990 beschlossen, die Kohlendioxid-Emission bis 2005 um 25 % zu reduzieren, um den durch angeblich menschliches Verhalten verursachten Klimawandel zu stoppen. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Ausstieg aus der Kernenergie

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.

Die BRD blieb danach jedoch trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Bei-

tragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), nahm aber nicht mehr an den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Kernenergiebereich teil.
Der 2011 beschlossene deutsche Atomausstieg leitete zwangsläufig den Niedergang der damals modernsten und sichersten Stromversorgung der Welt ein. Die ehemals unglaublich leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie wurde in den folgenden Jahren komplett zerschlagen. Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU), das einst die weltbesten Kernkraftwerke entwickelte und baute, existiert heute nicht mehr. Sämtliche Konstruktionspläne für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und für die Thorium-Reaktortechnik wurden regelrecht verramscht und von französischen, britischen sowie chinesischen Investoren kostengünstig erworben.
Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 30. April 2018 über den Atomausstieg (x1.002): >>**Milestones des Deutschen Atomausstiegs**
2000: Bundesregierung (SPD, Grüne) verhandelt eine Ausstiegsvereinbarung mit den 4 EVU (im sogenannten "Atomkonsens" werden sogenannte "Reststrommengen" mit den 4 EVUs vereinbart)
2002: Atomausstiegsgesetz tritt in Kraft
Dezember 2010: Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP werden die Laufzeiten verlängert. Die AKWs sollen durchschnittlich zwölf Jahre länger Strom produzieren
März 2011: Reaktorkatastrophe von Fukushima
März 2011: Moratorium (alle 17 AKW in Deutschland werden auf Sicherheit überprüft, 8 AKW werden vorrübergehend vom Netz genommen)
Sommer 2011: Der Bundestag beschließt im parteiübergreifenden Konsens (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie: 8 AKW wird Berechtigung zum Leistungsbetrieb entzogen, für die anderen 9 AKW werden gestaffelte Enddaten eingeführt; die letzten drei AKW werden spätestens 2022 vom Netz gehen.<<

Kohleausstieg

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.
Obgleich der BRD außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.
Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz (x1.002): >>**Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?**
Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) in Betrieb sein; 2030 dann nur noch insgesamt 17 Gigawatt (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf – wie vereinbart – 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. …
Wie sieht es nach dem Kohleausstieg mit der Versorgungssicherheit aus?
Durch den Ausstieg aus Kohle und Atom werden in der BRD nicht die Lichter ausgehen. Zentrales Anliegen der Bundesregierung ist, daß die Versorgungssicherheit in der BRD während und nach dem Kohleausstieg auch weiterhin auf gewohnt hohem Niveau gewährleistet bleibt. Zum einen erfolgt der Kohleausstieg schrittweise, gleichzeitig sollen die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden, zum anderen wird mit konsequentem Monitoring, kontinuierlich

sehr genau auf die Entwicklung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität in der BRD geschaut.
Im Übrigen gilt: Wie alle Länder in Europa steht die BRD im Stromaustausch mit seinen Nachbarn. Dies hilft allen am Verbundnetz Beteiligten, Versorgungssicherheit auf effizientere und kostengünstigere Art und Weise sicherzustellen. Durch ein Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Reserve- und Gaskraftwerken, Kurz- und Langzeitspeichern, flexiblen Lasten und dem Austausch mit dem Ausland wird ausreichend Leistung bereitgestellt um nicht nur in Deutschland, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern. …<<

Letzter Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung: Gaskraftwerke (ohne Gas) und Stromimporte

Die Kompensation der wegfallenden konventionellen Kraftwerksleistung in der BRD wird nicht ohne den Bau neuer Gaskraftwerke und der drastischen Erhöhung des Fremdstrombezuges aus dem Ausland möglich sein.
In der BRD gehören zurzeit die meisten konventionellen Stromerzeugungsanlagen ausländischen Unternehmen. Gegenwärtig und zukünftig wird mit Sicherheit kein privater Betreiber von konventionellen Kraftwerken neue Gaskraftwerke errichten. Aufgrund der Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom sind alle konventionellen Kraftwerke unrentabel. Die privaten Betreiber von konventionellen Kraftwerken planen deshalb eher Stilllegungen als Kraftwerksneubauten.
Neue Gaskraftwerke erfordern ferner die Errichtung von teuren Gasleitungen und langfristige Gaslieferungsverträge.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke (ohne Gas) und regenerative Energien. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich.
Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Die "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.
Windkraft- und Photovoltaikanlagen ersetzen wegen fehlender Stromspeicher kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.
Auch wenn man kurzfristig zusätzlich weitere 100.000 Windkraftanlagen errichten würde, wären diese 100.000 Windkraftanlagen wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes und wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht.

Fehlende Stromspeicher

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeitig nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.
Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher können Windkraft- und Photovoltaikanla-

gen nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet jedoch die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.
In der BRD gibt es vermutlich in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik, so daß der Industriestandort BRD dank des "Flatterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen schon bald nicht mehr existieren wird.

Ungenügende Grund- und Mittellast seit 2022

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern. Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden.
Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgingen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt (80 % der Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt) in der BRD zur Verfügung stehen müßten, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, waren 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.
Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung war es vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke (ohne Gas) ersetzt werden kann.
Infolge der Kürzung der konventionellen Reservestromerzeugung bzw. der konventionellen "Schattenkraftwerke" von 80 % der Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 fehlen in der BRD ständig etwa 50.000 Megawatt.
Ohne die unbedingt erforderlichen Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke wird diese ideologische Energiepolitik unumkehrbar ins Chaos führen.

Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter 2025 typische tagelange Dunkelflaute könnte bereits genügen, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.
Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und sind nicht in der Lage, während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom in die BRD zu liefern.
Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes zwangsläufig in eine äußerst bedrohliche Situation, denn die BRD benötigt wesentlich mehr Strom, als sie selbst produzieren kann. Falls die erforderliche Netzfrequenz von 50 Hertz wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.
Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, müssen sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten für eine gewisse Zeit vom Netz genommen werden (Brownout), um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches zu verhindern.
Falls es trotz der Notabschaltung von Hunderttausenden von Stromverbrauchern (Brownout) nicht gelingt, die erforderliche Netzstabilität zu erhalten, sinkt die Netzfrequenz des deutschen

Stromnetzes wegen nicht vorhandener Grundlaststromeinspeisung unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land kommt.

Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente mindestens fünf Jahre in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung war die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der damaligen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die von 2019 bis 2023 in Baden Württemberg, in Bayern, in Niedersachsen und in Schleswig Holstein vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn diese Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Verantwortlichkeit und Haftung wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten

Fehlende Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Haupttätigkeit des Staates ist es, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, zu bewahren und zu schützen.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebens-

wichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Schutzpflicht des Staates

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diente nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der BRD bereits gigantische Schäden zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es letzten Endes, innerhalb von 16 Jahren den ehemals vorbildlichen Industriestandort BRD systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die BRD folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* …) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Hochverrat wegen Mißachtung des grundgesetzlichen Schutzauftrages

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der BRD zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der BRD beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Da die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Schäden und Gefahren der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung bisher ignorierte, obgleich sie den Bestand der BRD nachweislich gefährden sowie die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, wurde bisher noch kein Politiker der beteiligten deutschen Altparteien wegen Mißachtung des grundgesetzlichen Schutzauftrages angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Vollständige Deindustrialisierung Deutschlands

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten und zur Deindustrialisierung Deutschlands.

Da die BRD außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flatterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der ehemals widerstandsfähige Industriestandort BRD zwangsläufig in ein Agrar- bzw. in ein Entwicklungsland mit hoher Massenarbeitslosigkeit, Armut, Hunger und geringer Lebenserwartung zurückentwickeln.

Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Wir benötigen endlich eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen. Um wenigstens das Schlimmste zu verhindern, müssen die Weichen für die zukünftige Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung unverzüglich gestellt werden. Aufgrund der langen Zeiträume für Planung und Errichtung von neuen konventionellen Kraftwerken dürfen die dringend erforderlichen Investitionsentscheidungen nicht weiter hinausgezögert werden, denn die Zeit drängt.

Weiterbetrieb aller noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke

Der Kohleausstieg bis spätestens 2038 muß sofort rückgängig gemacht werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis die Kohlekraftwerke durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Nutzung der Braunkohle

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in der BRD stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

Sofortiger Baustopp für alle neuen Windkraftwerke und Solaranlagen

Als im Jahre 1983 an der Nordseeküste die ersten Windkraftwerke errichtet wurden, dachte vermutlich noch niemand daran, daß man in den folgenden Jahrzehnten das gesamte Land verspargeln würde. Gegenwärtig werden sogar die letzten geschlossenen deutschen Waldgebiete vernichtet und uralte Waldflächen abgeholzt, um die Stromerzeugung aus Windenergie drastisch zu erhöhen.

Der gegenwärtige weitere Ausbau der Windenergie verursacht nachweislich wesentlich mehr Schaden als Nutzen, deshalb dürfen keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigt werden. Allein die Umweltzerstörung, die durch den Bau der mittlerweile über 30.000 Windturbinen und durch die Umstellung auf Solar und Maismonokulturen in der BRD herbeigeführt wurde, übertrifft alles, was sich wahre Umweltschützer in ihren schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen konnten.

Für den Bau und die Wartung der gigantischen Windkraftanlagen sind naturgemäß befestigte Straßen erforderlich, deshalb müssen nicht selten breite Schneisen quer durch die Wälder geschlagen werden, um die schweren Baumaschinen und die riesigen Bestandteile der Windkraftanlagen an die zukünftigen Standorte transportieren zu können.

Die hohen Windkraftwerke benötigen zwangsläufig stabile Stahlbetonfundamente, die große Flächen des Bodens versiegeln. Obgleich die jeweiligen Länderregierungen keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen, Zufahrtsstraßen und allen weiteren Bodenversiegelungen sehen und versichern, daß die Betreiber von Windkraftanlagen nach Baurecht verpflichtet sind, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben, bleiben große Zweifel, ob die riesigen Stahlbetonfundamente jemals entfernt werden.

Der Rückbau der Fundamente von Windenergieanlagen ist sehr aufwendig, denn es handelt sich je nach Höhe und Leistung der Anlagen um etwa 3-4 Meter tiefe Betonfundamente mit Stahlbewehrung, die einen Durchmesser von ca. 20 Metern besitzen.

Die Windkraftnutzung war nie klimaneutral und nie umweltfreundlich und brachte nachweislich keinerlei Energienutzen und keine Umweltentlastungen. Die "staatlich" verordnete "Umweltpolitik" der schwarz-rot-grünen Koalitionen hat unser Land in den letzten Jahren nicht "ökologischer", sondern "sehr viel ärmer" und häßlicher gemacht, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt. Die riesigen Windkraftwerke waren von Anfang an umweltfeindlich, denn sie fügten nicht nur unseren Landschaften unfaßbare Schäden zu, sondern sie zerhacken und erschlagen außerdem seit Jahren tagein und tagaus ungezählte Vögel, Fledermäuse und Insekten. Zukünftig sind ferner großflächige Verunreinigungen der Felder und Wiesen durch giftige Carbon-Fasern, Mikroplastik, Feinstäube und andere gefährliche Verbundstoffe zu erwarten, die aufgrund von Erosionsschäden an den Rotorblättern freigesetzt werden.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betoniert und kontaminiert, alle Vögel, Fledermäuse sowie Insekten durch Windräder getötet und der gesamte Industriestandort BRD vernichtet werden, <u>um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisen können</u>.

Wiederinbetriebnahme von vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerken
Die Zeit drängt, deshalb sind alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die noch reaktiviert werden können, wieder in Betrieb zu nehmen.
Da die vollkommen unsinnige Energiewende bisher bereits mehr 500 Milliarden Euro kostete, dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal keine Rolle spielen.
Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"
Um zukünftig eine **z**uverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, sollte sich die Bundesregierung umgehend für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.
Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV
Die neuartigen DFR-Kernreaktoren sind extrem kompakt, physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.
Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) nutzt als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können sinnvoll genutzt werden.
Der Dual Fluid Reaktor (DFR) ist physikalisch sicher. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) produziert keine hochradioaktiven Abfälle, die jahrtausendelang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.
Die Baukosten für einen Dual Fluid Reaktor (DFR) mit 1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung betragen etwa 1,5 Milliarden Euro.
Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind keine neuen Stromleitungen und keine weiteren Windkraftanlagen erforderlich.
Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle **(**etwa 20.000 Tonnen Atommüll) mehrheitlich sinnvoll entsorgt und damit endet auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung von abgebrannten Brennelementen.
Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken genutzt werden.
Abschaffung der CO2-Ablaßhandels
Um die Explosion der Strompreise nachhaltig zu verhindern, sollte die CO2-Bepreisung (alle ideologischen Strom- und Netzentgeltsteuern sowie alle CO2-Abgaben- und Gebühren) sofort abgeschafft werden.
Schlußbemerkungen
Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist. Hier geht es nicht darum, die Menschen in Panik zu versetzen, sondern das Volk hat ein Recht darauf, die Wahrheit über die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren eines längeren totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes zu erfahren.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß sie durch fremdbestimmte Politiker, durch gleichgeschaltete Massenmedien und durch allmächtige NWO-Lobby-Organisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" werden.
Ohne die Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung wird es für unsere Heimat keine Zukunft geben. Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht.
Die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis unserer Heimat wurde durch die global agierenden NWO-Finanzeliten bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Gegen diese gemeingefährlichen Psychopathen, die über keine Empathie und soziale Verantwortung sowie über kein Gewissen verfügen, gibt es keine Heilmittel, deshalb müssen sie unverzüglich konsequent strafrechtlich verfolgt und vollständig enteignet werden.
Für alle Menschen, die weiterhin die Realität ausblenden, wird sich spätestens während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls die uralte Lebensweisheit bewahrheiten:

"Not lehrt beten"! …<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Die Entschlüsselung des Elon Musk**
Von *Sven Reuth*
Er will die Welt retten, eine Kolonie auf dem Mars gründen - und könnte für die AfD die Bundestagswahl im Februar gewinnen. Wer ist Elon Musk? …
Elon Musk ist eine Persönlichkeit, die in keine Kategorie paßt und die es so wohl noch nie gab. Er will mit seiner Raketenfirma SpaceX den Mars erreichen und durch Menschen besiedeln lassen. Er will mit seiner Boring Company den Tunnelbau revolutionieren und ein Transportsystem von beispielloser Schnelligkeit erschaffen.
Er hat das kleine Start-Up Tesla zum größten E-Auto-Hersteller der Welt gemacht, der mit dem Modell Y auch das derzeit meistgebaute Auto der Welt produziert. Er will mit seinem Unternehmen Neuralink das menschliche Gehirn mit Maschinen vernetzen, damit dieses allen Formen der Künstlichen Intelligenz stets überlegen ist.
Der Heilige Gral der Künstlichen Intelligenz
Er will mit seiner Firma xAI den Heiligen Gral schaffen - also eine allgemeine künstliche Intelligenz, die verschiedene Fähigkeiten vereint und in der physischen Welt operieren kann. Sie soll die Menschen über die wahre Natur des Universums aufklären, sich aber auch mit einem Killswitch, einem effektiven Ausschaltknopf, jederzeit stoppen lassen.
Er kaufte mit X - vormals Twitter - für 44 Milliarden US-Dollar eine der größten Social Media-Plattformen der Welt. Es war eine feindliche Übernahme, die Musk einleitete, um die von woken Linksextremisten bedrohte Meinungsfreiheit zu retten.
Kurz: Elon Musk ist eine kaum mehr mit den herkömmlichen Methoden eines Historikers faßbare Persönlichkeit, er gleicht einer Figur aus einem Superhelden-Comic. Der US-Star-Biograf Walter Isaacson, der schon aufsehenerregende Lebensbeschreibungen über Steve Jobs, Leonardo da Vinci oder Albert Einstein verfaßt hat, versucht sich in seinem Buch "Elon Musk: Die Biographie" an der Entschlüsselung dieses Titanen.
Dämonen aus der Kindheit
Ganz wichtig für das Verständnis von Musk ist seine Kindheit und Jugend, die er in Südafrika verbrachte. Er ist das erste von drei Kindern eines Maschinenbauingenieurs und eines aus Kanada stammenden Models. Mit zwölf Jahren mischt er Antriebsstoffe für seine Modellraketen zusammen und schließt sein erstes erfolgreiches Geschäft ab: Er programmiert das Videospiel "Blastar" und verkauft es für rund 500 Dollar an ein Computerspielunternehmen. Ein Jahr später beschäftigt er sich schon mit den deutschen Philosophen Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche.

An der Schule wird der Außenseiter nicht nur gehänselt, sondern auch brutal zusammengeschlagen. Sein Vater schickt ihn dann auch noch in sogenannte "Veldskools", also in Überlebenscamps in der Wildnis, in denen sich der Zwölfjährige kaum behaupten kann.
Das schwierige Vater-Sohn-Verhältnis, so Isaacson, ist ein exorbitant wichtiger Schlüssel zum Verständnis des heutigen Elon Musk. Musks Ex-Frau Talulah Riley äußert beispielsweise in dem Buch: "Im Inneren des Mannes steckt immer noch ein Kind. Ein Kind, das vor seinem Vater steht."

Musk und seine Kinder

Musk wird von seinen Dämonen getrieben. Er schaltet oft in einen "Dämon-Modus", wie es die Sängerin Grimes nennt, die Mutter von zweien seiner insgesamt elf Kinder ist. Dieser Modus ist dadurch gekennzeichnet, daß er all das um sich herum ausschalten und sich nur um ein wichtiges Detail kümmern kann. Es kann sein, daß er an einem Arbeitstag in die Lackiererei ins texanische Austin fliegt, um dort Prozesse zu optimieren. Am Nachmittag fliegt er dann ins kalifornische Hawthorne, um dort Raketen-Triebwerke für SpaceX zu entwickeln.
hat ein hervorragendes räumliches Vorstellungsvermögen, ist ein enorm guter Programmierer und besitzt einen Sinn für die Anwendungsmöglichkeiten technischer Spielereien in potentiellen Massenmärkten. Vor allem aber ist er ein obsessiver Arbeiter, der weder Schlaf noch Wochenenden oder Urlaub zu benötigen scheint. Er ist hart und fordernd gegenüber Mitarbeitern, hat aber auch weiche Seiten. So äußert er beispielsweise: "Die traurigsten Momente in meinem Leben sind die, wenn meine Kinder nicht mit mir abhängen wollen."
Auch das ist ein enorm wichtiger Schlüssel zu seiner Persönlichkeit. Als sich sein Sohn Xavier einer Geschlechtsumwandlung unterzieht und fortan Jenna heißt, hat er noch den Segen von Trump. Doch als Jenna den Kontakt zu ihm vollständig abbricht und radikaler Marxist wird, da trifft Trump dies wie ein Keulenschlag. Und er reagiert nun auf eine für ihn typische Art und Weise: Er schlägt mit voller Wucht zurück.

Musks Damaskuserlebnis

Er glaubt, daß Jenna an der Schule von Linksextremisten mit dem "woken Gedankenvirus" infiziert wurde. Aus dem Technik-Unternehmer Musk wird der Politiker Musk, der schnell zum meistgehaßten Objekt der Linken neben Donald Trump aufsteigt.
Die Twitter-Übernahme ist ein regelrechter Feldzug, nachdem seine Kritik und Verbesserungsvorschläge zuvor von der Twitter-Führungsspitze ignoriert wurden. Bei einem Besuch in der Twitter-Zentrale in San Francisco gruselt er sich, er kommt sich vor wie in einer Schaltzentrale des Wokismus. In diesem Moment beschließt er, Twitter zu übernehmen.
Seine Begründung dafür: "Wenn wir das von Grund auf wissenschafts-, leistungs- und insgesamt menschenfeindliche Woke-Mind-Virus nicht aufhalten, wird unsere Zivilisation niemals multiplanetar."
Auch das dürfte in den Ohren vieler Zeitgenossen merkwürdig klingen. Doch niemand ist dem Traum vom "New Space", also der kommerziell betriebenen und wirtschaftlich einträglichen Raumfahrt ohne staatliche Unterstützung, so nahe gekommen wie der Mann aus Pretoria. Mittlerweile ist sein Unternehmen SpaceX sogar zu einer globalen Militärmacht ersten Ranges aufgestiegen, weil es über das engmaschigste bestehende Satellitennetz überhaupt im All verfügt.
Musk selbst sieht sich dabei immer nicht nur als Menschenfreund, sondern als einzige Person überhaupt, die den Untergang der Menschheit aufhalten kann. Er betont: "Ich bin pro Menschheit. Ich mag die Menschheit, verdammt noch mal."<<

02.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.470/…): >>**2025 wird ein Jahr der Teuerung: Zeit für ein bezahlbares Leben!**

Eigentlich wird ein Jahreswechsel von den Menschen gern zum Anlaß genommen, neue Hoffnung und Zuversicht zu schöpfen - eigentlich. Doch wenn man die Lage schonungslos betrachtet, dann ist Jedem klar: Dank der ruinösen Politik von Ampel-Parteien und CDU wird das Jahr 2025 vor allem ein Jahr der Teuerung und des wirtschaftlichen Abstiegs sein. Sprit, Strom, Lebensmittel, Mieten, Kassenbeiträge - einfach alles wird schier unbezahlbar. Nur die AfD kann diese Entwicklung stoppen, weil nur die AfD für steuerliche Entlastung steht und dem Öko-Sozialismus die rote Karte zeigt.

An den Zapfsäulen explodierten die Preise schon zu Silvester - teilweise mußte für einen Liter Treibstoff bis zu 13 Cent mehr bezahlt werden. Diese enorme Preissteigerung dürfte ein trauriger Vorgeschmack auf das Jahr 2025 sein, denn die unsägliche CO2-Abgabe steigt zum 1. Januar von bislang 45 auf nunmehr 55 Euro pro Tonne CO2.

Die Folgen dieser sinnlosen Klima-Abzocke treffen nicht nur Autofahrer, sondern auch Erdgas- und Heizölkunden! Auch unter einem CDU-Kanzler Merz würde sich daran nicht das Geringste ändern, denn erst kürzlich hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem 13-seitigen Positionspapier noch einmal klar zur CO2-Abzocke und zur planwirtschaftlichen Wärmewende bekannt.

Auch den Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernkraft in Deutschland lehnt Merz ab - mit dieser rückgratlosen Haltung macht er sich ebenfalls zum Mitschuldigen der Verteuerungs- und Verarmungspolitik in unserem Land. Gleichzeitig explodieren die Krankenkassenbeiträge; die Techniker Krankenkasse verdoppelt in diesem Jahr den Zusatzbeitrag.

Mit Merz wird auch diese Entwicklung genauso weitergehen wie bisher, denn an der Massenmigration wird er entgegen seinen hohlen Ankündigungen ebensowenig rütteln wie an der "Energiewende". Wir brauchen keine rot- oder schwarzlackierten Grünen, die diese Politik gegen die eigenen Bürger vorantreiben. Wir brauchen ein sensationelles Wahlergebnis für die AfD - denn nur dann kann die Energie- und Wärmewende endlich beendet und die Verteuerungswelle somit gestoppt werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Livetalk Alice Weidel/Elon Musk bestätigt: Beatrix von Storch (AfD) prophezeit "bundesweiten Notstand" in Nervenkliniken!**

Der politisch-mediale Komplex rastet völlig aus, die stellvertretende AfD-Fraktionschefin im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch, prophezeit auf X schon jetzt einen "bundesweiten Notstand" in Deutschlands Nervenheilanstalten: AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel und der künftige US-Präsidentenberater Elon Musk werden während des Bundestagswahlkampfes auf der Plattform X diskutieren!

Auf Nachfrage bestätigte das Büro von Alice Weidel: "Wir sind aktuell in Abstimmung über das Format. Selbstverständlich freut sich Frau Weidel über die Kontaktaufnahme und ein interessantes Gespräch."

Wann und wo dies stattfinden soll, blieb zunächst offen.

Spekuliert wurde in den sozialen Medien über ein Treffen am 10. Januar in New York. Dafür gab es jedoch keine Bestätigung.

Absehbar ist: Die linksgrün-woke Schnappatmung hierzulande nach den jüngsten Wortmeldungen des US-Milliardärs zur deutschen Innenpolitik dürfte sich noch um Einiges steigern!

Zuletzt hatte X-Eigner Musk die AfD in einem Gastbeitrag für "Welt am Sonntag" als "letzten Funken Hoffnung" für Deutschland bezeichnet.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nannte er nach dessen belehrender Weihnachtsan-

sprache mit einer Warnung vor angeblicher Wahlbeeinflussung durch Elon Musk einen "antidemokratischen Tyrannen": "Schande über ihn!"<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Emissionen durch deutsche Stromerzeugung seit 2014 halbiert - deutsche Industrie kollabiert**

Durch den steigenden Anteil erneuerbarer Energien und den Rückgang der Kohleverstromung ist die Stromerzeugung in Deutschland so CO2-arm wie nie zuvor. Das geht aus einer Auswertung hervor, die das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE am Donnerstag vorgelegt hat.

Seit 2014 haben sich die Emissionen aus der Stromerzeugung demnach halbiert - von 312 auf rund 152 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr. Die Kohlendioxidemissionen der deutschen Stromerzeugung lagen damit 58 Prozent niedriger als zu Beginn der Datenerhebung 1990.

Die Windkraft war nach der Auswertung des Forschungsinstituts auch 2024 wieder die wichtigste Stromquelle, sie trug 136,4 Terawattstunden (TWh) bzw. 33 Prozent zur öffentlichen Stromerzeugung bei. 2024 war damit ein schwächeres Windjahr als 2023 (139 TWh). Der Anteil der Onshore-Windkraft sank auf 110,7 TWh (2023: 115,9 TWh), die Offshore-Produktion lag mit 25,7 TWh etwas über dem Vorjahresniveau (2023: 23,5 TWh).

Der Ausbau der Windenergie bleibt weiterhin deutlich hinter dem Plan zurück: Bis November waren onshore 2,4 Gigawatt (GW) neu errichtet, geplant waren 7 GW. Der Ausbau der Offshore-Anlagen verlief etwas besser als in den Vorjahren. Hier wurden 2024 0,7 GW neu errichtet (geplant sind 5-7 GW jährlich bis 2026 und 30 GW gesamt bis 2030).

Photovoltaik-Anlagen haben im Jahr 2024 etwa 72,2 TWh erzeugt, wovon 59,8 TWh ins öffentliche Netz eingespeist und 12,4 TWh im Eigenverbrauch genutzt wurden, so die Studie. Die gesamte Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 10,8 TWh bzw. 18 Prozent erhöht. Ihr Anteil an der öffentlichen Nettostromerzeugung lag bei 14 Prozent. Der Juli 2024 war mit 10,3 TWh der Monat mit der höchsten solaren Stromerzeugung.

Der Photovoltaik-Ausbau übertraf im Jahr 2024 wie bereits 2023 die Ziele der Bundesregierung: Statt der geplanten 13 Gigawatt wurden bereits bis November 13,3 Gigawatt errichtet. Alle Daten für 2024 liegen noch nicht vor - voraussichtlich werden es bis Ende 2024 15,9 Gigawatt sein. Der PV-Ausbau in Deutschland liegt damit weiterhin auf einem zweistelligen Niveau.

Die Wasserkraft lag laut Frauenhofer-Institut mit 21,7 TWh etwa auf dem Niveau des Vorjahres (19,1 TWh). Die installierte Leistung von Laufwasseranlagen liegt bei 6,4 GW. Die Biomasse trug mit 36 TWh zur Stromerzeugung bei, wobei die installierte Leistung unverändert bei 9,1 GW lag.

Insgesamt produzierten die erneuerbaren Energien im Jahr 2024 ca. 275,2 TWh Strom und liegen damit 4,4 Prozent über dem Vorjahr (267 TWh). Der Anteil der in Deutschland erzeugten erneuerbaren Energien an der Last, also dem Strommix, der tatsächlich aus der Steckdose kommt, lag bei 56 Prozent gegenüber 55,3 Prozent im Jahr 2023.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**50 Organisationen kritisieren Verzögerung bei AfD-Verbotsverfahren**

Über 50 zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in der Kampagne "Menschenwürde verteidigen - AfD-Verbot Jetzt" zusammengeschlossen haben, haben das Zögern der Abgeordneten des deutschen Bundestages, ein Verbotsverfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten, deutlich kritisiert.

"Während wöchentlich neue Verstrickungen der AfD in die rechtsextreme Szene aufgedeckt werden, zögern die Fraktionsspitzen weiter beim AfD-Verbot", sagte Julia Dück, Pressesprecherin der Kampagne, am Donnerstag. Die Beweislage sei erdrückend. "Die nötigen Fakten, rechtlichen Bewertungen und der Verbotsantrag liegen auf dem Tisch", so Dück. Die zivilge-

sellschaftlichen Organisationen fürchten, daß sich das Zeitfester schließt, in dem der Bundestag eine Überprüfung der Partei durch das Bundesverfassungsgericht veranlassen könnte.
"Es wird zunehmend unwahrscheinlich, daß die Mehrheitsverhältnisse in der kommenden Legislaturperiode noch einmal die Einleitung des Verfahrens ermöglichen werden. Eine weitere Verzögerung des Verfahrens läßt eine historische Gelegenheit verstreichen, unsere Demokratie zu schützen", sagte Dück. "Dieser katastrophale Fehler darf in Deutschland nicht noch einmal passieren."
Die Zurückhaltung wird weiterhin damit begründet, daß nicht genügend Material vorliege und der Ausgang des Verfahrens zu unsicher sei. Die AfD-Verbotskampagne kritisiert dies als Scheinargumente. Bereits im November hatten 17 Verfassungsrechtler in einem Rechtsgutachten dem Verbotsverfahren Aussicht auf Erfolg bescheinigt. Zudem sei nach aktuellen Presseberichten die Hochstufung der AfD durch den Verfassungsschutz auf "gesichert rechtsextremistisch" auf Bundesebene sowie in Brandenburg behördenintern bereits beschlossen und werde lediglich nicht veröffentlicht.
"Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordern wir die Bundestagsabgeordneten auf, jetzt für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens zu stimmen", erklärte Malte Engeler, Pressesprecher der Kampagne. "Wir dürfen nicht zuschauen und warten, bis die AfD einmal an die Macht gekommen und es zu spät ist.
Der Bundestag muß jetzt den Weg frei machen, damit das Bundesverfassungsgericht endlich mit der Arbeit beginnen kann." Der Kampagne für ein AfD-Verbot haben sich unter anderem die Jugendverbände der Naturschutzverbände BUND und Nabu, die Omas gegen Rechts, das Zentrum für Politische Schönheit, die Verlage gegen Rechts, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) und Flüchtlingshilfe-Organisationen wie Sea Eye und Sea Watch angeschlossen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**2024 haben bundesweit über 4.300 Personen ihr Geschlecht geändert**
Im vergangenen Jahr haben bundesweit mehr als 4.300 Personen in Deutschland offiziell ihr Geschlecht gewechselt.
Das berichtet die "Bild" unter Berufung auf eine Umfrage in den 30 größten deutschen Städten. Demnach haben mindestens 4.361 Personen ihr Geschlecht ändern lassen. Am meisten beurkundete Änderungen gab es in Berlin mit 700 Geschlechterwechseln.
Danach folgt Leipzig mit 430 Geschlechterwechseln auf Platz zwei. Auf Platz 3 liegt München mit 278 beurkundeten Änderungen. Bundesweit sind Hunderte Anträge noch unbearbeitet, schreibt die Zeitung weiter. Alle betrachteten 30 Städte haben zusammen rund 19 Millionen Einwohner - die tatsächliche Zahl dürfte demnach noch höher liegen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Zuletzt fast 200 Reichsbürger mit Haftbefehl gesucht**
Die Polizei hat bundesweit zuletzt 189 sogenannte "Reichsbürger und Selbstverwalter" mit Haftbefehlen gesucht. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linken-Gruppe im Deutschen Bundestag hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Donnerstagsausgaben berichten.
Stichtag für die Auswertung ist der 30. September, die Zahlen werden halbjährlich zu Ende März und Ende September erhoben. Gegen die 189 als "Reichsbürger und Selbstverwalter" eingestuften Tatverdächtigen lagen demnach insgesamt 254 offene Haftbefehle vor. 20 dieser Haftbefehle wurden wegen politisch motivierter Gewaltdelikte ausgestellt, 77 wegen anderer politisch motivierter Straftaten wie Nötigung, Urkundenfälschung, Beleidigung oder Volksverhetzung.
Die übrigen Haftbefehle sind dem Ministerium zufolge "dem Bereich der Allgemeinkriminalität ohne politische Motivation zuzuordnen". Mehr als 20 der gesuchten mutmaßlichen

Reichsbürger hielten sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden im Ausland auf.
Ein Teil der Tatverdächtigen wird bereits seit mehreren Jahren per Haftbefehl gesucht. 72 der 254 Ende September 2024 offenen Haftbefehle stehen seit dem Jahr 2023 in den polizeilichen Fahndungsdatenbanken, 32 bereits seit dem Jahr 2022, und 21 seit den Jahren 2019 bis 2021. Im Zeitraum zwischen März und September 2024 wurden nach Ministeriumsangaben 93 Haftbefehle gegen Personen mit dem Vermerk "Reichsbürger und Selbstverwalter" vollstreckt.
"Die Gefährlichkeit von sogenannten Reichsbürgern sollte inzwischen niemanden mehr überraschen", sagte die Linken-Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Martina Renner dem RND. "Der Anteil der Gewaltkriminalität bei Personen aus diesem Spektrum ist doppelt so hoch wie bei der Polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt." Der Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden müsse deshalb weiterhin hoch bleiben.
"Denn trotz einer deutlichen Zahl an Verhaftungen und Erledigungen kommen halbjährlich mehr als 100 neue Haftbefehle gegen Reichsbürger neu hinzu", so Martina Renner. "Jegliches Nachlassen der Behörden wäre nicht nur fahrlässig, sondern würde vermutlich Menschenleben kosten und unsere Sicherheit gefährden", bekräftigte die Linken-Politikerin.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Der Tabubrecher**
Von *Daniell Pföhringer*
Der Historiker Rainer Zitelmann hat den "Welt-Beitrag" von Elon Musk verteidigt. Einst war er Maoist, wechselte später ins freiheitliche Lager.
Mit seinem Namen untrennbar verbunden sind zwei geschichtspolitische Vorstöße, die in der BRD für große Aufregung sorgten: sein Appell zum 8. Mai 1945 und seine zum Skandal aufgebauschte Biographie "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs", die inzwischen in einer erweiterten Neuauflage erhältlich ist. Nein, er ist kein Anhänger der AfD, doch als Liberaler vom alten Schlag verteidigte der Historiker und Unternehmer Rainer Zitelmann die Veröffentlichung des Gastartikels von Elon Musk in der Welt am Sonntag, der schon seit Tagen für Aufregung sorgt. In einem Meinungsbeitrag für den Focus bekundete Zitelmann:
"Ich bewundere Elon Musk sehr für seine unternehmerische Leistung. Er hat mit dem Starship etwas geschafft, was weltweit in Jahrzehnten keine staatliche Raumfahrtbehörde geschafft hat und damit schon jetzt Geschichte geschrieben. Und das ist nur eine von vielen grandiosen Leistungen des genialen Ausnahme-Unternehmers. Auch politisch liegt er aus meiner Sicht oft richtig, so etwa mit seiner Unterstützung für den libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei."
Über die Debatte um den Artikel von Musk schreibt er: "Die Aufregung verrät viel über die politische Unkultur in Deutschland." Und er weist darauf hin, daß es in der Welt schon Meinungsbeiträge von ausgewiesenen Linken wie Oskar Lafontaine, dem Mao-Bewunderer Slavoj Zizek oder Susanne Hennig-Wellsow gab, ohne daß dies irgendjemanden aufgeregt hätte. Doch wer ist der Mann, der eine Lanze für den US-Tech-Unternehmer brach?
Historiker und Immobilienunternehmer
"Was wir heute sind, stammt aus unseren Gedanken von gestern, und unsere Gedanken von heute erschaffen unser Leben morgen: Unser Leben entsteht aus unserem Geist" - Dieser Buddha zugeschriebene Ausspruch steht am Anfang von Rainer Zitelmanns Buch "Die Kunst des erfolgreichen Lebens".
Der Ausspruch gibt inhaltlich die Richtung des Werkes vor: Der Mensch sei für sein Schicksal selbst verantwortlich, er solle sein Leben bewußt in die Hand nehmen und könne dann alles erreichen. Als Beispiel dafür präsentiert der Autor sich selbst: mit Immobiliengeschäften konnte der Historiker und Buchautor ein zweites Standbein aufbauen.
Zitelmann ist Sohn eines evangelischen Pfarrers und besucht nach eigenem Bekunden jeden Sonntag ein Gotteshaus der Russisch-Orthodoxen Kirche, zu der er 1996 konvertierte. Er ist

nicht nur begeisterter Kraftsportler, sondern schwört auch auf autogenes Training und macht dieses auf Autosuggestion basierende Entspannungsverfahren für den Großteil seiner Erfolge verantwortlich.

Maoist mit Feuereifer

Im Jahr 1971 hätte es Zitelmann wohl selbst kaum für möglich gehalten, welchen Weg sein Leben einmal nehmen würde. Damals war er mit gerade einmal 14 Jahren Jugendkader der maoistischen KPD/ML, einer von zahlreichen K-Gruppen in der alten Bundesrepublik, denen in den 1970er Jahren insgesamt fast 85.000 Mitglieder angehörten.

Zitelmann, der bereits als Elfjähriger eine Schülerzeitung herausgab, war mit Eifer bei der Sache. Er ließ sich, wie er in seiner Autobiographie "Wenn du nicht mehr brennst, starte neu" (2017) schreibt, die langen Haare abschneiden, die von den Maoisten als "Zeichen kleinbürgerlicher Dekadenz" geschmäht wurden, und schon bald stand er in seiner Heimatstadt Frankfurt am Main früh morgens vor den Betriebstoren, um den Arbeitern die Parteizeitung "Roter Morgen" in die Hand zu drücken.

Die Schule fand Zitelmann zu dieser Zeit weniger interessant. Er fuhr lieber zu Demonstrationen und stieg innerhalb der KPD/ML schnell auf: Schon mit 15 war er Schulungsleiter der Jugendorganisation "Rote Garde" und unterwies Studenten, die wesentlich älter als er selbst waren, in marxistisch-leninistischer Theorie.

Bald jedoch zerstritt sich die Gruppe. Der einstige Heißsporn war desillusioniert und trat als 18-jähriger Gymnasiast aus der KPD/ML aus, ohne sich von seinen kommunistischen Ideen zu verabschieden. Nun fand er die Zeit, sich auf sein Abitur vorzubereiten.

Verharmlosung des Nationalsozialismus?

Das zweite Leben des Rainer Zitelmann begann, nachdem er sich 1978 als Student der Geschichte und Politikwissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt eingeschrieben hatte. Inzwischen von seiner marxistischen Verirrung weitgehend geheilt, beschäftigte sich intensiv mit der bekannten Hitler-Biographie Joachim Fests, die ihn davon überzeugte, daß die ihm bestens vertrauten linken Erklärungsansätze zur Entstehung des Dritten Reiches nicht überzeugend waren.

Er wollte der Sache selbst auf den Grund gehen und beschloß, auf diesem Feld zu promovieren. 1987 erschien das Ergebnis: "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs". Diese Doktorarbeit brachte Zitelmann nicht nur die Bestnote "Summa cum laude" ein, sondern erweiterte auch die NS-Forschung um wichtige Aspekte.

So brachte der Autor in seiner Hitler-Biographie Argumente dafür vor, daß der NS-Führer in vielerlei Hinsicht nicht dem Typus eines Reaktionärs entsprach, sondern das Bürgertum rundweg ablehnte und Althergebrachtes überwinden wollte. Hitler dürfe demnach "keineswegs im politisch rechten Spektrum eingeordnet werden", war Zitelmanns Schlußfolgerung.

So positiv die Rezeption von "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" unter Historikern ausfiel, so negativ war das Echo in Teilen der Presse, die eine Verharmlosung des Nationalsozialismus witterten.

Doch es gab auch positive Stimmen: So adelte der Historiker Andreas Hillgruber in der Welt Zitelmanns Buch zu "einem der wichtigsten Beiträge zur Hitler-Forschung der letzten Jahre", und Klemens von Klemperer schrieb im Journal of Modern History:

"Rainer Zitelmann bekennt sich zu einem Verzicht auf moralische Urteile, doch seine gewissenhafte und verantwortungsbewußte wissenschaftliche Arbeit spricht um so deutlicher. Sein Buch bildet einen Meilenstein in unserem Verständnis von Adolf Hitler."

Mit "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" empfahl sich Zitelmann für höhere Weihen. 1992 trat er eine Stelle als Cheflektor beim renommierten Ullstein-Verlag an, wo er mit der Einführung der dezidiert konservativen Reihe "Ullstein-Report" auch sein eigenes Profil zu schärfen wußte. Dies blieb auch der linksextremen Szene nicht verborgen: 1993 zündete

man sein Auto an und ließ über die Taz ein Bekennerschreiben veröffentlichten.
Noch im selben Jahr wechselte Zitelmann als Leiter des Ressorts "Geistige Welt" zur Tageszeitung Die Welt. Auch dort erwies er sich als streitbarer Geist und brachte viele seiner Kollegen gegen sich auf, so daß seine Entlassung unabwendbar schien. Doch irgendwann rief der Medienmogul Leo Kirch, damals Großaktionär des Springer-Konzerns, bei Verlagsvorstand Jürgen Richter an und sagte erbost: "Laßt den Zitelmann in Ruhe!" Damit war die Sache erstmal erledigt.

"Gegen das Vergessen"

Zitelmann blieb umtriebig, trat 1994 in die FDP ein und versuchte, gemeinsam mit vormaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, deren nationalliberalen Flügel zu beleben und ihm zumindest in Berlin zum Durchbruch zu verhelfen. Doch das Projekt blieb erfolglos. Zitelmann konnte zwar durch das maßgeblich von ihm verfaßte "Liberale Manifest" Aufsehen erregen, die Mehrheit der Partei wollte ihm und seinen Mitstreitern aber nicht folgen.
Allergrößte Aufmerksamkeit wurde Zitelmann 1995 zuteil, als zum 50. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ein von ihm formulierter und von über 300 Personen des öffentlichen Lebens unterzeichneter Aufruf als Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Der Titel: "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen".
In dem 128 Worte langen Text, zu dessen Erstunterzeichnern der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Alfred Dregger, und der ehemalige Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) gehörten, wurde zunächst Theodor Heuss zitiert: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Dann hieß es: "Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als 'Befreiung' charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes."
Schließlich kam Zitelmann mit den anderen Unterzeichnern zu dem Schluß: "Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."

Unabhängiger Geist

Wahrscheinlich war es der immense öffentliche Druck, der Zitelmann zur Entscheidung brachte, sich umzuorientieren. Entscheidender Wendepunkt sei seiner Aussage nach ein Gespräch mit Peter Gauweiler bei einem Spaziergang 1996 gewesen. "Querköpfe wie Sie und ich müssen ordentlich Geld verdienen, um frei unsere Meinung vertreten zu können", sagte ihm der CSU-Politiker.
Zitelmann, damals 38, hatte sich ein Vierteljahrhundert lang fast nur mit Politik und Geschichte befaßt und Geld lediglich als notwendiges Übel angesehen. Nun begann er neben seiner gutbezahlten Tätigkeit als Ressortleiter abends als Versicherungsvertreter zu arbeiten, um sich Vertriebsfertigkeiten anzueignen.
Im Jahr 2000 gab er schließlich seine journalistische Tätigkeit auf und gründete die Dr. Zitelmann PB GmbH, die sich auf Beratungstätigkeiten im Bereich Kommunikation und Markenpositionierung für Immobilien- und Fondsgesellschaften spezialisierte und bald Marktführer in Deutschland wurde.
In den folgenden Jahren machte Zitelmann viel Geld mit geschickten Immobilieninvestments, bis er 2016 im Alter von 59 Jahren reif für sein viertes Leben war: Er verkaufte seine Firma - und ist seitdem als finanziell unabhängiger Schriftsteller und Vortragsredner tätig. Im selben Jahr wurde er an der Universität Potsdam zum Dr. rer. pol. ("magna cum laude") promoviert. Seine Dissertation erschien 2017 als Buch unter dem Titel "Psychologie der Superreichen.

Das verborgene Wissen der Vermögenselite".
Doch bis heute sind mit seinem Namen vor allem seine beiden geschichtspolitische Vorstöße verbunden, die in der Bundesrepublik zu viel beachteten Aufregern wurden: der Appell zum 8. Mai und seine Biographie "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs", die den NS-Führer in einem vollkommen neuen Licht betrachtet.<<

03.01.2025

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Mitunter zu unmenschlich perfekt, um glaubwürdig zu sein**

Schöne neue Welt der KI-Influencer

Etwa 51 Prozent aller Internetnutzer in Deutschland folgen "Influencern", digitalen Meinungsführern. In der Alterskohorte zwischen 16 und 29 Jahren sind es sogar 81 Prozent, die sich von deren Videobotschaften, Bildern und Texten in ihrem Weltbild und Konsumverhalten steuern lassen. Seit 2022, als das US-Softwareunternehmen OpenAI das Computerprogramm ChatGPT der breiten Öffentlichkeit zu freier Verfügung stellte, haben diese menschlichen Beeinflusser zunehmend Konkurrenz durch Protagonisten bekommen, die vollständig mittels generativer Künstlicher Intelligenz erstellt werden.

Dank ChatGPT ähneln heute die meisten KI-Influencer stark menschlichen Vorbildern. Für die Medienwissenschaftlerin Amelie Duckwitz (TH Köln) wirft das die Frage auf, ob künstliche nicht bald echte Meinungssouffleure ersetzen. Ergebnisse der Roboterforschung zeigen jedoch Grenzen möglicher Verdrängung des Menschen durch Maschinen auf. Ist die Menschenähnlichkeit des KI-Modells zu groß, schlägt anfängliche Sympathie der Rezipienten in heftige Ablehnung um, denn sehr realitätsnahe KI-Influencer werden als "unheimlich" empfunden. Ein Effekt, der sich erst abschwächt, wenn die virtuelle Person "menschliche Unperfektion" zeigt.

Authentisch wirken KI-basierte Personas also nur so lange, wie sie als solche erscheinen. Somit genießen menschliche Ratgeber weiterhin höhere Glaubwürdigkeit. Darum sei es aufgrund der rasanten technischen Entwicklung zwar vorstellbar, aber unwahrscheinlich, daß "fake reality" zur neuen Normalität im Netz werden könnte (Die Politische Meinung, 587/2024).

www.kas.de/de/web/die-politische-meinung<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Befreiung von weißer Vorherrschaft als Kern des Evangeliums**

Black Power und Black Theology

Black Power, der militante Arm der in den 1960ern erstarkten afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, hat mit seinen im Zweifel auch gewaltsam durchzusetzenden Forderungen schwarze Christen in den USA eher abgeschreckt. Obwohl sie politisch mit dessen Ziel übereinstimmten, "diskriminierende rassistischen Strukturen" in der Gesellschaft zu überwinden, lehnten sie Black Power aus Glaubensgründen ab, weil Militanz der christlichen Botschaft der Nächstenliebe und Versöhnung zu widersprechen schien.

Diese Haltung änderte sich erst, als James H. Cone mit seinem Werk "Black Theology and Black Power" (1969) einen neuen theologischen Zugang zum radikaleren Teil der Bürgerrechtsbewegung eröffnete. indem er "Befreiung" als Kern des Evangeliums darstellte, die durch Jesus Christus bezeugt und bewirkt werde. Der Kampf der schwarzen US-Bevölkerung um Befreiung sei demnach "evangeliumsgemäß" und "Black Power" eine "Manifestation Gottes".

Cone löste damit nicht nur den vermeintlichen Widerspruch zwischen Nächstenliebe und Militanz, sondern legte den Grundstein für die eigenständige Richtung der Black Theology. Für den Theologen Max Tretter (Uni Erlangen-Nürnberg) sollte diese Deutung auch im deutschen Protestantismus größere Beachtung finden. Mit Cone ließe sich dann einfordern, daß Gemeinschaften, die nicht klar für "Befreiung" einstehen, nicht Kirche genannt werden dürften oder

sogar als "antichristlich" gelten müßten. Auch die gesamte theologische Ausbildung und kirchliche Bildungsarbeit wäre an der "Befreiung von den Strukturen weißer Vorherrschaft" auszurichten (zeitzeichen, 10/2024).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):

>>**Wie linke Studienmacher das Bild eines rechtsextremen Deutschlands zeichnen**

Leipziger Allerlei mit Gschmäckle

Werner Sohn

Daran kann sich der öffentliche Dienst ein Beispiel nehmen! Pünktlich zum 2023 anvisierten Termin, am 13. November 2024, stellte die Arbeitsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler (Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Leipzig) unter dem Titel "Vereint im Ressentiment" nach zwei Jahren wieder eine neue Forschungsarbeit vor.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie, pfiffig präsentiert in der Bundespressekonferenz und - welch ein günstiger Zufall - mit medialer Flankierung eines AfD-Verbotsantrages des CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz, fand sogleich Eingang in die Abendnachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender. Das vorgestellte Langzeitprojekt von Decker und Brähler ist nicht irgendeines der seit der berühmten Sinus-Studie von 1980 ("Fünf Millionen Deutsche wollen wieder einen Führer") im beschützten Milieu kritischer Universitätsforschung entstandenen Untersuchungen zum Rechtsextremismus, sondern das führende.

Das Besondere daran: Es besteht seit über 20 Jahren und ermöglicht - auf der Basis eines im wesentlichen gleich gebliebenen Fragebogens - Zeitreihenvergleiche, also die Betrachtung der Entwicklungsdynamik von autoritärem und rechtsextremem Denken, worauf es den Projektleitern vor allem ankommt.

Für den regelmäßigen Datennachschub sorgen repräsentative bundesweite Bevölkerungsumfragen, die sogar noch bis zur aktuellen zwölften Welle als teure Paper-Pencil-Befragung, also mit Papierfragebogen und persönlich vorsprechenden Interviewern, durchgeführt wurden. Das erklärt den aktuell bemerkenswert hohen Ausschöpfungsgrad von fast 40 Prozent, was seit 2002 freilich einem Teilnahmerückgang um 55 Prozent entspricht.

Trotz steigender Raten von Nicht-Antwortenden sind also immer noch viele Deutsche bereit, sich über den demoskopischen Seziertisch ziehen zu lassen. Allerdings werden die Fragen zur Enthüllung stigmatisierter Rechtsabweichungen freundlich eingeführt und in andere Bewertungen aus dem Spektrum der zahlreichen Krisenwahrnehmungen verpackt. Denn der Bürger, so sehen es die Leipziger Experten, wird von einer geradezu "nervösen Krisenbereitschaft" geplagt und mag daher bei der Vorstellung, auf diesem Wege der Wissenschaft zu dienen, eine gewisse Entlastung empfinden.

Zur Vermessung des rechtsextremistischen Weltbildes verbindet man je drei nach den Regeln der Stereotypenbildung versimpelte Äußerungen zu sechs anerkannt rechtsextremistisch eingestuften Themenkomplexen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Wie bei allen Untersuchungen dieser Art gibt es generell keine offenen Fragen, die Raum für ein eigenes Denken und Sprechen erlauben. Anmerkungen, Alternativen, Relativierungen oder gar Kritik sind unbeachtlich.

Schließlich könne man ja, so rechtfertigt sich der Methodiker souverän, alle überhaupt denkbaren Einwände gegen die gewählten Formulierungen durch eine fünfstufige Skala für die Kreuzchen abdecken, nicht wahr? (Ich) lehne völlig ab, lehne überwiegend ab, stimme teils zu, teils nicht zu, stimme überwiegend zu, stimme voll und ganz zu. Wo gibt es denn da eine Lücke?

Nun, die "Lücke" besteht darin, daß das Verfahren selbst und die gewählten Items nicht in Frage gestellt werden können. Der Befragte wird in der Position eines Automaten, eines blo-

ßen Objekts gehalten, das auf einen Reiz eine Reaktion zeigen soll. Während jedoch der Verhaltensforscher neugierig auf und offen für überraschende Antworten wäre, schematisiert und beschränkt der Leipziger Autoritarismus-Experte die Antworten seines Objekts auf Kreuzchen an fünf abstrakt-stereotypen Formeln.
Neben den sechs klassischen Themenkomplexen werden unter den Begriffen Antifeminismus, Sexismus, Antiziganismus und Muslimfeindlichkeit seit einigen Jahren - man geht mit der Zeit - weitere Schauplätze unter die Lupe genommen, auf denen sich die Ressentiments der Deutschen ausleben können.
Die neue Untersuchung berücksichtigt sogar eine ganz spezielle Transfeindlichkeit und mißt durch Items wie "Transsexuelle sollen aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen" die Ausprägung der feindlichen Einstellung. Dabei erweisen sich die Ostdeutschen als überdurchschnittlich transphob. "Aber auch in Westdeutschland ist die Zustimmung zur Transfeindlichkeit hoch, kann doch auch dort die Mehrheit der Befragten diese Aussagen zumindest nicht explizit ablehnen."
Man könnte eine solche Äußerung, bei der es sich ja um eine Aufforderung handelt, sicher auch zurückhaltender formulieren. Zum Beispiel: "Manche Transsexuelle machen einen Wirbel um ihre Sexualität." Im "Wirbelmachen um …" wird bereits eine kritische Distanz ausgedrückt, die aber selbst durch voreingenommene Analytiker kaum als Ressentiment mißdeutet werden könnte. Dann aber hätte man formal kein Stereotyp mehr und die Transfeindlichkeit ginge verloren.
Trotz der spannenden Neuerungen bleibt die Frage nach der Entwicklung des harten Kerns, des als Ungleichwertigkeitsideologie definierten Rechtsextremismus, zentral. "Zum Einlesen" präsentiert das Pressedokument der Heinrich-Böll-Stiftung den Merksatz: "Die Autoritarismus-Studie zeigt einen Anstieg der rechtsextremen Einstellung in Deutschland." Das ist allerdings nicht einmal die - natürlich gern zitierte - halbe Wahrheit.
Rechnerisch betrifft sie nur die Änderung von 2022 nach 2024. Selbst wenn man unterstellt, daß der Leipziger Baukasten etwas mißt, das die gesellschaftliche Brandmarkung der damit Etikettierten im Phänomenbereich Rechts begründet, gibt die lange Zeitreihe keinerlei Anlaß für den gewohnten Daueralarmton. Der "Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild" hat sich nämlich insgesamt von einem Niveau knapp unter zehn Prozent auf ein Niveau knapp unter fünf Prozent entwickelt (S. 50; bis dahin muß man allerdings lesen).
Jeder Mord ist ein Mord zuviel, gewiß. So zählt auch hier letztlich jeder Prozentpunkt. Wie aber ist denn diese sonderbare "Dynamik" zu erklären? Mit was korreliert, wissenschaftlich gesprochen, die geschrumpfte Reihe der Träger des geschlossen rechtsextremen Weltbildes? Wirkt vielleicht der ungebrochene "Kampf gegen rechts"? Oder befriedet gar der Erfolg der AfD den harten Kern? (Das kann natürlich nicht sein. Denn diese Partei instrumentalisiert nach Überzeugung der "Forschenden" die Krisen, die sie selbst mit herbeiredet.)
Die Initiatoren der Autoritarismus-Studie, gelernte Psychoanalytiker und Mediziner, haben von Anfang an einen psychopathologischen Ansatz zur Analyse der deutschen Mentalität verfolgt (Autoritarismus-Syndrom). So ist es naheliegend, die beinahe Erkrankten oder in Zukunft Erkrankenden in den diagnostischen Blick zu nehmen.
Die kritische Vorsorge zeigt sich seit 2018 darin, bei einzelnen Dimensionen wie Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit den offenkundig (manifest) Abweichenden die möglicherweise in Zukunft (latent) Abweichenden hinzuzufügen. Denn wer nicht resolut ablehnt, ist immer auch ein wenig dafür. Und das ist nach Überzeugung der Professoren nicht wenig, sondern viel.
Dieser methodische Taschenspielertrick hat unheilvolle Folgen. So bewegt sich beispielsweise die ausdrückliche (manifeste) Zustimmung zu einer Standardfloskel (Item 6: "Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen") zwischen 35,7 Prozent (2018) und

33,2 Prozent (2024). Eigentlich kein Grund zur Sorge für die Befürworter der Migration, sollte man meinen. Addiert man jedoch die entsprechenden Werte für die Wahl "teils, teils" hinzu, dann schwanken die Anteile an "dieser Dimension rassistisch motivierten Konkurrenzdenkens um Sozialleistungen", also der "von Neid getriebenen Ausländerfeindlichkeit", zwischen 57,8 Prozent und 66 Prozent.
Damit stößt die Forschung in ganz neue Größenordnungen vor, wenn bis zu zwei Drittel aller Deutschen als offene oder verdeckte Ausländerfeinde markiert werden könnten! Dann wäre es nur konsequent, den dieser Form der Zeichen setzenden Sozialforschung immer noch offen gegenüberstehenden Zeitgenossen auch für die Gesamtkategorie Rechtsextremismus den Fluchtweg in die (gefährliche) Mitte abzuschneiden.
Sie bewegen sich künftig nicht mehr im Dunkelfeld, sondern im Graubereich, sind untergründig (latent) rechtsextrem und können jederzeit ins Hellfeld treten. Auch den Antisemiten könnte das Versteckspiel nach den geplanten Befragungen 2025 schwerfallen. Denn wer die vorgelegten Aussagen nicht völlig ablehnt, beweist, daß er nicht frei von antisemitischen Vorurteilen ist.
Abgesehen von der ebenso im prätentiösen wie im tendenziösen Sinne beeindruckenden Autoritarismus-Studie beanspruchten die Macher stets die Qualität einer repräsentativen Befragung. 2004 und 2006 überschritt man bravourös die 60-Prozent-Hürde der Ausschöpfung, die noch Anfang der neunziger Jahre als wissenschaftlich geforderte Schwelle für persönlich-mündliche Befragungen galt. Seitdem ist die Ausfallquote allerdings ständig gestiegen.
Zuletzt erreichte man eine Ausschöpfung von 39,2 Prozent. Die Verweigerungsrate als Teil des Ausfalls kann man auf 15 bis 30 Prozent schätzen. Derzeit kalkuliert die Demoskopie für alle Umfragen dieser Art eine lineare Abnahme der Ausschöpfung von ein bis zwei Prozent pro Jahr. Um dem Teilnahmerückgang entgegenzuwirken, werden bei Face-to-face-Interviews bald vielleicht schon 50 und nicht nur 5 Euro als Vorab-Bonus fällig.
Solche Maßnahmen setzen die Leipziger seit 2014 ein. Das geht ins Geld der linken Stiftungen, die die Projekte finanzieren. Ob man demnächst auch dem Beispiel der Bielefelder Konkurrenz folgen und auf die kostengünstige Telefonbefragung umsteigen wird? Offenbar gab es dort, was auch bei den Leipzigern nicht auszuschließen ist, systematische Teilnahmeverweigerungen.
Die Spezialisten für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bielefeld erzielten zuletzt eine Ausschöpfung des erreichbaren Stichprobenanteils von knapp elf Prozent. Nun ja, das ist das zurzeit Übliche mit dieser Methode. Unter Berücksichtigung eines Schrumpfungsprozesses von ein bis zwei Prozent ließen sich anschließend noch drei bis vier Befragungswellen realisieren. Und warum sollte nicht auch ein Rücklauf von ein Prozent am Ende aussagekräftig sein?
Nach den Ergebnissen der siebten Befragungswelle (2014) - damals noch unter der Bezeichnung "Mitte-Studie", ein Markenname, den die Leipziger an die Bielefelder Kollegen abtreten mußten - spottete Uwe Backes, Direktor des Dresdener Hannah-Arendt-Instituts, über ein "Feuerwerk alarmierender Impressionen, Emotionen und Phantasien". Wir bevorzugen ein anderes Bild für die Datensammlungen und die (durchaus unterhaltsamen!) Spekulationen: Das alle zwei Jahre der Öffentlichkeit servierte "Leipziger Allerlei" ist richtig gut gewürzt. Aber es hat ein Gschmäckle, das vom Ressentiment nicht weit entfernt ist.
Werner Sohn, Jahrgang 1950, studierte Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik in Gießen. Zwischen 1986 und 2017 war er Angestellter der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden und zeitweise für das Bundeskriminalamt tätig.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Bestrafe einen, erziehe hundert**
Zwei Professorinnen beklagen einen ungünstigen Klimawandel an deutschen Hochschulen: Zu

Lasten einer freien Wissenschaft werden unangepaßte Geister von der Universität verbannt
Fritz Söllner

Heike Egner und Anke Uhlenwinkel, beide Professorinnen für Geographie, zeichnen im vorliegenden Buch ein erschreckendes Bild des Wandels, besser gesagt des Niedergangs, der deutschen Universität - ein Bild, in dem die Entlassung mißliebiger Professoren zwar ein zentrales, aber bei weitem nicht das einzige Element ist.

Den Hintergrund dieser Entwicklung stellt nach Ansicht der Autorinnen die zunehmende - manche würden sagen überhandnehmende - Ökonomisierung des deutschen Hochschulsystems dar. Diese macht sich direkt durch das Streben nach "verwertbarer" Forschung und Lehre bemerkbar. In der Forschung äußert sich dies durch das große Gewicht der Finanzierung durch Drittmittel, die ja nach Maßgabe der politischen oder wirtschaftlichen Interessen staatlicher beziehungsweise privater Geber zugewiesen werden.

In der Lehre kam es im Zuge und in der Folge der Bologna-Reform zu einer Verschulung und einer Überbetonung der "Praxisrelevanz". Indirekt findet eine Ökonomisierung durch die Einführung neuer, teils monetärer, teils dienstrechtlicher Leistungsanreize beim Lehrpersonal statt - etwa in Form leistungsabhängiger Besoldungselemente oder der Berufung von Professoren "auf Probe", also ohne sofortige Verbeamtung. Damit einher gehen eine wesentlich stärkere Position und eine wesentlich größere Macht von Präsidien oder Rektoraten.

Unter diesen Bedingungen tun sich natürlich kritische und unangepaßte Geister besonders schwer und erregen besonders leicht Anstoß. Denn sie sind - fast schon notwendigerweise - Anhänger des traditionellen Verständnisses von Wissenschaft, des Verständnisses im Sinn von Max Weber.

Demnach gilt "die Wahrheitssuche als oberster wissenschaftsinterner Wert, sie legitimiert jegliche Forschung, also auch jene, die keiner der Nützlichkeitserwartungen oder Relevanzvorstellungen gerecht wird, die etwa von der Politik an sie herangetragen werden. In diesem Sinne ist es geradezu zentrale Aufgabe von Wissenschaftlern 'unangenehme Wahrheiten' zu produzieren."

Und genau aus diesem Grund "galten das nonkonformistische Denken, der Drang zur höchsten Genauigkeit, die innere Unabhängigkeit des Professors, ja sogar die Renitenz (…) bis vor relativ kurzer Zeit als der Kern dessen, was eben auch einen 'guten Professor' auszeichnet."

Unverblümt in die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit eingegriffen

Wer als Wissenschaftler heute noch diesem Typ entspricht, hat es nicht einfach. Er riskiert nicht nur Anfeindungen von Kollegen oder Medienschelte, sondern auch, wenn er es denn überhaupt schafft, berufen zu werden, seine Entfernung aus dem Hochschuldienst - sofern er noch nicht verbeamtet ist. Und damit wären wir beim Kernthema des vorliegenden schmalen Bandes - der Entlassung kritischer Professoren. Beide Autorinnen haben diese oder eine ähnliche Erfahrung selbst gemacht.

Die eigenen und andere bekannte Fälle finden allerdings nur am Rand Erwähnung. Sie stützen ihre Diskussion der bei Entlassungen angewandten Methoden und der Hintergründe dieser Entlassungen vielmehr auf die Analyse von sechzig anonymisierten Fällen. Dabei unterscheiden sie zwischen zwei Phasen: In einer ersten Phase, etwa ab 2018, lautete der Vorwurf, mit dem die Entlassung begründet wurde, in aller Regel "Führungsfehlverhalten", wobei oft schon der bloße Vorwurf des Machtmißbrauchs zur Sanktionierung der Beschuldigten ausreichte und ein Nachweis des Fehlverhaltens als entbehrlich angesehen wurde.

In der zweiten Phase, ab 2021, wurde zunehmend der Vorwurf der ideologischen Unbotmäßigkeit (wenn nicht wörtlich, so doch sinngemäß) erhoben, wobei natürlich vor allem die in der jeweils aktuellen politischen Debatte zentralen Themen im Mittelpunkt standen - also insbesondere Corona-Politik, Ukraine-Krieg, Klimapolitik, Migrationspolitik und Genderfragen.

Die Autorinnen sehen einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Phasen dergestalt, daß

die Hochschulleitungen sich durch ihre "Erfolge" in der ersten Phase, die durch den mangelnden Rückhalt ermöglicht wurden, den die beschuldigten Professoren von ihren Kollegen erfahren haben, ermutigt fühlten, mißliebige Professoren direkt und nicht mehr nur unter dem Deckmantel des Führungsfehlverhaltens anzugehen.
"Während in Phase I die Praxis der Entlassung aus leichtfertigen Gründen als Normalität etabliert wurde, erfolgt der Eingriff in die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit nun völlig unverblümt." Nicht zuletzt deshalb spielen auch die Medien in dieser zweiten, noch aktuellen Phase eine größere Rolle - indem sie oft zur Entlassung dadurch Anlaß geben, daß sie die Positionen und Meinungen des betreffenden Professors skandalisieren. Überraschend für den Leser und der anekdotischen Evidenz widersprechend soll dies eher "linke" als "rechte" Professoren betreffen. Dieser Punkt hätte eine eingehende Diskussion verdient, in deren Rahmen die Autorinnen auch hätten erklären sollen, was genau sie unter "links" und "rechts" verstehen.
Die Autorinnen behaupten keineswegs, daß es kein Fehlverhalten von Professoren gebe oder daß diese nie aus dem Dienst entfernt werden dürften. Aber zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre, der in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes verbrieft ist, müßten solche Verfahren strengen Anforderungen an die Rechtsstaatlichkeit genügen. Erschreckenderweise wurden diese Anforderungen in allen untersuchten Fällen verletzt - einmal mehr, einmal weniger.
Der Verdacht, daß es bei diesen Verfahren letztlich um die Disziplinierung und Instrumentalisierung der Wissenschaft - und zwar mit dem Ziel der Durchsetzung bestimmter Ideologien - ging, ist nur schwer von der Hand zu weisen. Die Entlassung mißliebiger Professoren ist einerseits Folge des oben geschilderten Umbruchs in der Hochschullandschaft, andererseits trägt sie auch zu dessen Beschleunigung bei, so daß man durchaus von einer Art Teufelskreis sprechen kann.
Die Autorinnen weisen zu Recht darauf hin, daß es der Gesellschaft nicht gleichgültig sein kann, wo und wie dieser Teufelskreis ein Ende finden wird. Wie mit Professoren umgegangen wird, ist nicht nur Sache der jeweils direkt Betroffenen. Denn Freiheit von Forschung und Lehre ist ein wichtiges Gut, welches nicht ohne Grund unter dem Schutz des Grundgesetzes steht. Eine aus Angst vor Sanktionen eingeschüchterte, disziplinierte und unkritische Wissenschaft ist, insbesondere angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, das letzte, was das Land der Dichter und Denker brauchen kann.
Prof. Dr. Fritz Söllner lehrt Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Ilmenau und ist Mitglied im Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V.
www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de
Heike Egner, Anke Uhlenwinkel: "Wer stört, muß weg!" Die Entfernung kritischer Professoren aus Universitäten. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2024, broschiert, 100 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Die neue Gottheit Zivilgesellschaft**
Die Theologin Sonja Angelika Strube erklärt den Kampf gegen rechtes Christentum zum Bekenntnisfall
Felix Dirsch
Wer Programme katholischer Akademien und Katholikentage zur Problematik "Glaube und rechtes Christentum" untersucht, wird schnell fündig. Überall stößt man auf die gleichen Namen von Diskutanten, die überall die gleichen Argumente vorbringen. Man spricht gern über die andere Seite, nicht mit ihr.
Zu den ständigen Gästen bei solchen Veranstaltungen zählt die Theologin Sonja Angelika Strube. Ihre diversen Publikationen zur Thematik faßt sie nun in einer Monographie zusammen.

Ihre Vorgehensweise erscheint simpel: Alles, was jenseits des progressiv-liberalen Konzilgeistes, in seiner neuesten Spielart: des Synodalen Wegs, marschiert, wird in einen großen Sack gepackt, der zugeschnürt und mit der Aufschrift "Christentümler" versehen wird: neurechte, traditionalistische, identitäre, rechtskatholische, AfD-nahe, libertäre, den Lebensschutz befürwortende, rechtsextreme und vergleichbare Sorten von Christen werden als gefährlichste Versuchung, seit es Politik gibt, an den Pranger gestellt.
Nichts findet man über die Tatsache, daß aus dem Glauben heraus unterschiedliche politische Schlußfolgerungen gezogen werden können. Die katholische Lehre erörterte diese Konsequenzen lange Zeit im Rahmen der "Indifferenzlehre".
Geradezu abenteuerlich werden die Begrifflichkeiten durcheinandergeworfen. Der Verfasser dieser Zeilen kann froh sein, von der Autorin der Neuen Rechten, nicht der extremen zugeordnet zu werden, obwohl auch diese Kategorisierung nicht weiterführt.
Wie die Verfasserin schreibt, seien die meisten europäischen Neurechten, von Julius Evola über Dominique Venner bis Alain de Benoist, dezidiert nichtchristlich ausgerichtet. Extremismus, in den meisten öffentlichen Debatten ein inhaltsloser Kampfbegriff, fungiert in Wirklichkeit als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat, wie der Politologe Uwe Backes ("Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten") herausstellt.
Ein Extremist muß also in irgendeiner Weise den Verfassungsstaat überwinden wollen, ob in Wort oder Tat. Die meisten der inkriminierten Personen aus dem christlichen Spektrum hegen solche Absichten keinesfalls.
Ein zentrales Anliegen der Autorin besteht darin, Lebensschutz-Aktivitäten sowie Gender- und Feminismus-Kritik zu attackieren. Dabei wird gar nicht darauf eingegangen, was unter Gender-Mainstreaming überhaupt zu verstehen ist, lassen sich doch sehr verschiedene Definitionen finden. Ungemein perfide ist es, Holocaustleugnung und Lebensschutzaktivitäten miteinander in Verbindung zu bringen. Schnell werden unbekannte Randfiguren aus dem Hut gezaubert, die auf beiden Feldern aktiv sind oder waren.
Ebenso hanebüchen ist es, wenn Strube auf schmaler empirisch-quantitativer Basis von der Kritik an vielfältigen Erscheinungen des Feminismus auf eine veritable rechtsextremistische Haltung schließt. Das funktioniert nach dem bekannten Schema: Wer gegen positive Diskriminierung und Quotenregelungen votiert, außerdem nur zwei Geschlechter als zur Fortpflanzung nötig betrachtet, bei dem schlägt das Nazometer an.
Nehmen wir aus der Kiste konfuser Argumente nur zwei Beispiele: Der Althistoriker David Engels strebe den "identitären Umbau Europas" an. Eine Kernthese seines vielbeachteten Sammelbandes "Europa aeterna" lautet aber: Europa bedürfe neuer konföderiert-traditionsbewußter Strukturen, also genau das Gegenteil dessen, was Strube insinuiert.

Kirche soll als zivilgesellschaftliche Akteurin positioniert werden

"Modernismus" gilt als wichtige innerkirchliche Strömung seit dem 19. Jahrhundert, deren Vertreter, etwa Alfred Loisy, zentrale Glaubensdogmen hinterfragt haben, um Anschluß an die Moderne zu erreichen. Manche dieser Theoreme finden immer noch Widerspruch bei eher marginalen antimodernistischen Gruppen. Für Strube werden solche vielschichtigen Erscheinungen und Themen auf ein antisemitisches Verschwörungsnarrativ reduziert. Platter geht es kaum!
Die Erörterungen am Schluß sprechen ebenfalls für sich. Der Verkündigungsauftrag spielt - wenn überhaupt - in den Ausführungen nur eine randständige Rolle; vielmehr sieht die Theologin als kirchliche Hauptaufgabe die Extremismusprävention. Priorität hat die Überwindung des Antijudaismus. Davon ist aber weit und breit im Leben der Gegenwartskirche - sieht man von extremen Sonderlingen wie dem ohnehin exkommunizierten Bischof Richard Williamson einmal ab - nichts zu erkennen.
Jeder, der in der katholischen Welt von heute unterwegs ist, weiß, daß autoritäre Lebens- und

Frömmigkeitsstile längst auf dem Rückzug sind. Die Quintessenz ihres Kirchenbildes offenbart die Verfasserin ehrlich: Kirche habe sich als zivilgesellschaftliche Akteurin zu positionieren und müsse "sozialraumorientiert" sein. Man darf folgern, daß das überlieferte Credo demnach umzuschreiben ist. Die von der Autorin aufgespießten rechten und konservativen Katholiken dürften hier in der Tat ganz andere Überzeugungen vertreten.
Sonja Angelika Strube: Rechte Versuchung. Bekenntnisfall für das Christentum. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2024, gebunden, 280 Seiten …
Abtreibungsgegner beim "Marsch für das Leben", 2024 in Berlin: Bei allen Sorten von Christen jenseits des progressiv-liberalen Konzilgeistes schlägt Strubes Nazometer aus.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Klima mit Einsparpotential**
Volker Kempf
Vor dem Jahreswechsel geht die Suche nach Einsparpotentialen bei den öffentlichen Haushalten los. Denn die Ausgaben und Schuldenberge wachsen, gleichzeitig sprudeln die Steuereinnahmen nicht mehr wie gewohnt. So war es auch in Baden-Württemberg: Laut der Wirtschaftsauskunftei stieg 2024 die Zahl der Insolvenzen um ein Viertel auf 22.400 bzw. von 46 auf 61 je 10.000 Firmen.
Daher haben Regionalzeitungen das Institut für Demoskopie Allensbach fragen lassen, wo die Bürger im Ländle bei den staatlichen Leistungen eher sparen würden, wo weniger. Bei den Gesundheitseinrichtungen mit sieben Prozent kaum, bei der Ausstattung der Schulen mit neun Prozent kaum mehr. Es folgt die Polizei mit 21 Prozent. Selbst beim Ausbau von Straßen und Bahn sind nur 23 Prozent für Einsparungen.
"Ein wirklich nachhaltiger Landeshaushalt zwingt zur Setzung von neuen Prioritäten."
Es folgt das Mittelfeld mit Prozentwerten zwischen 30 und 40 Prozent: Da wären zunächst öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien (32 Prozent), die Forschungsförderung (36 Prozent) und die Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz (38 Prozent). Dafür, daß ständig klimatische Weltuntergangsszenarien beschworen werden, deutet sich hier eine Abkühlung der Gemüter an.
Leider ist die Umwelt nicht gesondert abgefragt worden, aber so schlecht kann es um sie in der Wahrnehmung der Bürger nicht bestellt sein. Das Nachsehen haben Sport- und Kulturförderungen mit 48 bzw. 63 Prozent. Die Einsparpotentiale werden im Klimaschutzbereich aber weit höher sein. Hier wird der Rotstift angesetzt werden müssen und auch Akzeptanz finden - außer im Milieu der Grünen. Allen kann man es eben nicht recht machen. Ein nachhaltiger Landeshaushalt zwingt zur Setzung von neuen Prioritäten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Einer geht noch, einer geht noch rein**
Einbürgerungen: Das neue Staatsangehörigkeitsrecht erleichtert es, Deutscher zu werden. Städte stöhnen über eine Flut von Anträgen
Sven Versteegen
Hochkonjunktur in Deutschland. Die Auftragslage ist dank der Bundesregierung besser denn je, und Mitarbeiter werden händeringend gesucht. Wovon die freie Wirtschaft nur träumen kann, ist Realität: in deutschen Einbürgerungsbehörden. Die JUNGE FREIHEIT hat bei den Städten mit der höchsten Ausländerquote, den größten Metropolen und den Landeshauptstädten nachgehakt. Beinahe alle zeichnen dasselbe Bild: Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes am 27. Juni vergangenen Jahres explodieren die Zahlen der Einbürgerungsgesuche.
Spitzenreiter ist Offenbach. 165 Prozent mehr Anträge verzeichnete die Stadt am Main im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, wie sie der JF mitteilte. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes waren es bis Mitte November 1.207 Anträge auf Einbürgerung. Damit fällt der Anstieg

deutlich höher aus als die von der Bundesregierung prognostizierten 130 Prozent. Und in noch einer weiteren Kategorie ist Offenbach Spitzenreiter. Unter Großstädten sticht es durch den höchsten Ausländeranteil hervor, der bei beinahe 50 Prozent liegt.
Mindestens verdoppelt hat sich die Zahl der Anträge auf eine deutsche Staatsbürgerschaft auch in Essen, München und Stuttgart. Essen verzeichnete einen Anstieg von 138 Prozent. In der bayerischen Landeshauptstadt sprang die Zahl von rund 3.600 auf 8.070 Einbürgerungsgesuche - ein Plus von 125 Prozent. Auf 2.500 verdoppelte sich die Zahl der Anträge in der Schwabenmetropole. Einen deutlichen Anstieg verzeichneten ebenfalls Bremen, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim und Potsdam.

Stark gestiegen ist auch die Zahl der Klagen

Auf den explosionsartigen Anstieg der Zahlen reagieren die jeweiligen Stadtverwaltungen unterschiedlich. Das häufigste Stichwort: Personalausbau. "Es wurde eine Verdreifachung des Personalkörpers vorgenommen", teilte eine Sprecherin der Stadt Essen der JUNGEN FREIHEIT mit. Künftig sollen 58 Vollzeitstellen und eine Teilzeitstelle für die Einbürgerung von Ausländern zuständig sein. Auch in Leipzig wurde die Mitarbeiterzahl verdreifacht. Stuttgart strebe ebenfalls eine "personelle Aufstockung der Einbürgerungsbehörde" an.
Doch der wachsende Verwaltungsapparat reicht angesichts der Antragsflut dennoch nicht aus. Bremen beklagt gegenüber der JF, daß der Personalaufwuchs in den vergangenen Jahren nicht ausreiche, "um mit den rasant gestiegenen Antragszahlen mithalten zu können". Wie will die Hansestadt das Problem lösen? Antwort: Noch mehr Mitarbeiter einstellen.
Angespannt erscheint auch die Situation in Dresden. Verkürzte Öffnungszeiten, gedrosselte Terminkapazitäten und das Abschalten der Telefone sowie E-Mail-Adressen für Externe sollen den Mitarbeitern die Ruhe geben, "so daß mehr Zeit zur Abarbeitung der Anträge" bleibt. Zudem wurden weitere Stellen geschaffen. Derzeit kämpft die Staatsangehörigkeitsbehörde Dresden gegen einen Rückstand von sage und schreibe 3.861 Anträgen.
In den anderen angefragten Städten ist der Berg von Anträgen nicht kleiner. Spitzenreiter Stuttgart sitzt auf circa 8.000 unbearbeiteten Formularen, Bremen spricht von höchstens 7.700 unbearbeiteten Gesuchen - eine Schätzung. Darauf folgen Essen und Düsseldorf mit einem Rückstand von jeweils rund 6.000 Anträgen. Im Zuge dessen häufen sich bei den Stadtverwaltungen auch die sogenannten Untätigkeitsklagen. Diese können bei Gericht eingereicht werden, wenn eine Behörde über einen Antrag oder einen Widerspruch nicht innerhalb einer angemessenen Frist entscheidet. In der Regel liegt diese bei drei Monaten.
Unter den abgefragten Städten, die solche Untätigkeitsklagen statistisch erfassen, liegt Bremen mit 95 vorne. Im Vorjahreszeitraum waren es 70 Klagen. Einen Anstieg beobachten auch die Dresdner Beamten. "Die Bereitschaft zur Klageerhebung hat deutlich zugenommen", sagt eine Sprecherin der Jungen Freiheit. Ein Grund dafür sei unter anderem die gezielte Werbung von Anwaltskanzleien in den sozialen Netzwerken. Auch in Düsseldorf, Hannover, Leipzig, Ludwigshafen, Mainz, München und Potsdam sind vermehrt Klagen eingegangen. Hochkonjunktur also nicht nur bei den Einbürgerungsbehörden, sondern auch bei Rechtsanwälten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):

>>**Zwischen Reichstag und Kanzleramt**

Wer wird denn gleich sparen?

Paul Rosen

Wer in Berlin vom Brandenburger Tor in Richtung Alexanderplatz spaziert, wird bald auf die Baustelle eines dieser typischen deutschen Bürohäuser stoßen: viel Beton und hohe Fenster. Aus denen werden schätzungsweise ab 2027 Beschäftigte des Bundestages schauen, denn trotz der gesetzlich beschlossenen Reduzierung der Abgeordneten von derzeit 733 auf 630 Mitglieder wächst die Zahl der Parlamentsbeschäftigten weiter.
Und diese müssen in Amtsstuben untergebracht werden, denn trotz des verbreiteten "Homeof-

fice" gilt in der Bundestagsverwaltung für Referenten nach wie vor der Grundsatz der Unterbringung in Einzelbüros.
Für die Bezeichnung des neuen Gebäudes wurde der Name einer Politikerin aus der Gründungszeit der Bundesrepublik gewählt. Es soll nach der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert (1896-1986) benannt werden. Die aus Hessen stammende Juristin gilt als eine der vier Mütter des Grundgesetzes und bemühte sich besonders um die Einfügung des Gleichberechtigungsartikels in den Text der Verfassung. Für die Baukosten des Gebäudes mit 200 Büros, Teeküchen und Gemeinschaftsflächen waren zunächst 90 Millionen Euro angegeben worden.
Doch im Haushaltsausschuß des Bundestages wurden die Abgeordneten kürzlich mit ganz anderen Zahlen konfrontiert. Die Baukosten für das Elisabeth-Selbert-Haus sind regelrecht explodiert. Das Bundesfinanzministerium geht in einer dem Ausschuß übermittelten Liste jetzt von 132,7 Millionen Euro aus.
Unter den diversen Bauprojekten des Bundes stechen die Parlamentsbauten schon seit dem Berlin-Umzug mit besonders hohen Kostensteigerungen und den längsten Bauverzögerungen hervor. Bestes Beispiel ist der 2010 begonnene Erweiterungsbau des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses, der im Jahr 2025 endlich eröffnet werden kann.
Massive Kostensteigerungen nennt der Bericht an den Haushaltsausschuß auch beim Neubau des Besucherzentrums am Reichstag, dessen Kosten von 192,5 auf 265,6 Millionen Euro steigen sollen, und beim Neubau der "Kältezentrale" am Reichstag, die jetzt mit 85,7 statt ursprünglich mit 60,3 Millionen Euro veranschlagt wird. In der nahe gelegenen Leipziger Straße wächst beim Bundesrat auch ein Besucherzentrum heran, dessen Kosten sich bereits von 131,9 auf 221,9 Millionen Euro erhöht haben.
Auch Bauvorhaben der Bundesregierung haben massive Kostensteigerungen zu verzeichnen. So wird in dem Bericht der Anbau des Arbeitsministeriums in der Berliner Taubenstraße erwähnt, der statt 91,5 Millionen jetzt 167,2 Millionen Euro kosten soll.
Ein Erweiterungsbau des Auswärtigen Amtes in der Kurstraße soll jetzt 229,5 Millionen Euro teuer werden. Geplant waren ursprünglich 166,7 Millionen Euro. Gelegentlich gab es Einsparvorschläge: So stoppte der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Erweiterungsbau des Finanzministeriums und verlangte einen Stopp der Erweiterung des Bundeskanzleramtes. Lindner ist weg, von Beschränkungen redet niemand mehr.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Der Wolf ist gerissen**
Naturschutz und Landwirtschaft: Der Wolf hält die Deutschen zum Narren. Das Land verwandelt sich für ihn in ein Freiluftbuffet. Bauern fürchten um ihr Vieh. Die Junge Freiheit auf Spurensuche
Martina Meckelein
Horst Stern erklärt 1991 in dem Film "Die ermüdete Wahrheit" seine Motivation, Umweltdokumentationen zu drehen: "Ich wollte immer den Menschen mit dem Tier konfrontieren." Es wäre spannend zu erfahren, was der begnadete Journalist und Mitbegründer des BUND heute dazu zu sagen hätte, daß wir in Deutschland mit einem Tier konfrontiert sind, das zu Sterns Zeiten ausgerottet war - der Wolf.
Canis Lupus trabt nicht nur als Durchreisender von Ost nach West und Süd nach Nord. Der Eurasische Wolf mit einem Stockmaß bis zu 90 Zentimetern, einer Länge von 140 Zentimetern und einem Gewicht von 50 Kilo ist hier wieder seßhaft geworden. Und das mit weitreichenden Folgen für eine Zivilisationsumgebung, die mit Natur nur noch herzlich wenig zu tun hat. Ihn selbst ficht das nicht an. Der große Räuber erobert sich ohne erkennbaren Widerstand das zersiedelte Land zurück. Das ist politisch so gewollt. Zum Schaden der Allgemeinheit.
"Geh mal gleich in den Kälberstall, sagte mein Mitarbeiter, und guck dir das Elend an." Landwirt Peter Guhl schildert diesen Morgen des 3. November, es ist gegen fünf Uhr in der

Früh, fast tonlos. "Mehrere Kälber lagen schwer atmend im Stroh. Normal sind die um die Uhrzeit gierig nach Milch." Kurz schaut Guhl aus dem Fenster. Er blickt auf die knorrigen Eichen, unter denen sich die Sauen im Herbst die Bäuche mit Eicheln vollfressen.
Auf den nassen Wiesen Mecklenburg-Vorpommerns liegt schwer der Novembertau, der Himmel ist grau. Es ist, als ob er wieder im Kälberstall ist und das Bild der sterbenden Kälbchen vor Augen hat. Dann wendet Guhl sich wieder seinem Gegenüber zu. "Die genauen Verletzungen erspare ich Ihnen. Nur so viel: Die Tiere waren voller Riß- und Bißwunden, manche Verletzungen drangen bis in den Pansen. Und zwischendrin stapften die unverletzten Kälbchen um die Liegenden rum." Der alarmierte Tierarzt verabreicht Schmerzmittel, fünf acht Wochen alte Kälber schläfert er ein. Es besteht keine Hoffnung mehr. Für den Veterinär steht nach Augenschein fest: Das war ein Wolf.

Wölfe vermehren sich in Deutschland wie die Karnickel

"Wissen Sie, daß Sie schon mal einen Besuch vom Wolf hatten?, fragte mich der Tierarzt, als er bei der Begutachtung der anderen Tiere ein Kalb mit einer Halsverletzung am Nacken entdeckte", erzählt Guhl. Er sei erstaunt gewesen.
Die Verletzung habe er zwar gesehen und behandelt, aber auf dem Hof waren bisher alle davon ausgegangen, daß das Kalb sich am Stallgatter leicht verletzt hatte. "Es schien nur oberflächlich", sagt der Landwirt. "Aber der Tierarzt sagte uns, daß es eine Biß-Quetschverletzung sei." Auch dieses Kalb mußte getötet werden. Unter dem Fell hatte sich das Gewebe schon durch die hohe Anzahl der übertragenen Mikroben infiziert.
"Sicher war", so Guhl, "nach der genauen Untersuchung, daß nicht ein Kalb im Stall nicht angeknapst worden war oder angetatscht." Der Bauer vermutet, daß es sich bei dem Angreifer um ein junges Tier handelt, das noch keinen tödlichen Kehlbiß gelernt hat. "Wir waren jedenfalls entsetzt", sagt er. "Die ganze Belegschaft saß zusammen und überlegte, wann es schon einmal solche Verletzungsmuster unter dem Vieh gegeben hatte."
Noch niemals, so die einhellige Meinung seiner Mitarbeiter. Dann fiel Guhl wieder ein, daß einer der beiden Berner Sennenhunde ein Vierteljahr zuvor mit zwei schweren Nackenbissen wieder auf den Hof gekommen war. "Heute vermuten wir, daß es ein Kampf mit dem Wolf war."

Für den Schutz von Nutztieren sind allein deren Besitzer zuständig

Seit 2006 leben wieder Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern. Aktuell sind es mindestens 19 Rudel und zehn Paare. "Uns war allen klar, daß es mal passieren würde, daß ein Wolf angreifen würde", sagt Guhl. "Aber doch nicht so, mitten auf dem Hof, direkt neben dem Wohnhaus steht der Stall, in den sie regelrecht eingedrungen sind." Nach dem Angriff mitten im Kälberstall meldete sich ein Jäger bei ihm. Der hat eine Wildkamera installiert, nur vierhundert Meter von seinem Hof entfernt. Auf drei Fotos sind Wölfe zu erkennen, im Hintergrund Guhls Stallungen.
Guhl ist kein Kuhromantiker, er verdient mit dem Vieh seinen Lebensunterhalt. Aber er achtet und hegt seine Tiere. Sie sind zutraulich, kommen ans Gatter, saugen, schlecken, lassen sich streicheln. Diese Tiere werden gepflegt. 400 Stück hält er in den Ställen auf dem 530 Hektar großen Hof. 200 Milchkühe, 200 Aufzuchtrinder, Weideochsenmast, eigene Molkerei. "Seit mindestens 25 Jahren habe ich keine Tiere mehr zugekauft, alles eigene Zucht." Zumeist Schwarzbunte.
Die Tiere haben frische Luft, mit vier Metern pro Sekunde streift der Wind durch die riesigen Laufboxen, freier Blick für jedes Tier inklusive. Von Frühling bis Herbst Weidegang. Die Neugeborenen bleiben bei der Mutter. Deshalb regt den Landwirt auch unsachliches Gerede von Schauspielern auf, die sich plötzlich Tieraktivisten nennen. "Die können im Fernsehen erzählen, daß wir lebende Kälber lagenweise in Container werfen, so daß sie ersticken." Guhl hatte übrigens gegen die Schauspieler geklagt - und verloren.

Der Rißgutachter nahm DNA-Proben von den Kadavern, die Bißverletzungen wurden vermessen und fotografiert. "Er schrieb auf seinem Untersuchungsbogen ausdrücklich, daß Hunde im Stall seien und man genauestens, wenn nötig mehrfach, die Proben untersuchen sollte." Die Proben wurden, wie bundesweit üblich, ins Senckenberg-Institut geschickt. Es untersucht seit 2010 alle im sogenannten Wolfsmonitoring gemeldeten genetischen Spuren.
Doch das Institut kam zu dem Ergebnis: Es war ein Hund! Ohne Frage ist das Senckenberg-Institut renommiert. Aber Kritik am Labor gibt es schon lange. So berichtete bereits 2022 das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt, daß "die DNA-Analysen zu lang dauerten und zu ungenau seien. So soll dieses Labor Rißverursacher und Freßnachfolger wie Füchse oder Hunde in den Proben nicht zuverlässig unterscheiden können."
Guhl holte ein zweites Gutachten ein. Er bekam am 19. Dezember die Ergebnisse des Spurengutachtens der ForGen (Forensische Genetik und Rechtsmedizin am Institut für Hämatopathologie GmbH). Die Hamburger Genetiker kamen zum Ergebnis: "Dabei weist die STR-Analytik auf (mindestens) einen Wolf in der Mischspur hin."
Deutschland ist der reinste Agar-Agar für den Isegrim. Wölfe vermehren sich hier wie die Karnickel. "In ganz Deutschland lebten nach den aktuellen Angaben der DBBW (Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf) im Monitoringjahr 2023/2024 insgesamt 209 bestätigte Rudel, 46 Paare und 19 territoriale Einzeltiere", so das Bundesministerium für Umwelt. "Anläßlich des Monitorings wurden im abgeschlossenen Monitoringjahr in den bestätigten Wolfsterritorien insgesamt 1.601 Wolfsindividuen nachgewiesen."
Den Ärger der Tierhalter scheint das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz nicht nachvollziehen zu können. Für die Wolfslobby ist der Tierhalter in der Bringpflicht. "Das Ausmaß der Schäden an Nutztieren ist dabei weder von der Größe des Wolfsbestandes noch von der Anzahl der Nutztiere in einem Gebiet abhängig."
Entscheidend sei, wie gut vor allem kleine Nutztiere geschützt würden. Das Ministerium: "Auch eine Zunahme der Schäden pro Wolfsrudel kann nicht festgestellt werden. Die Schäden treten vor allem dort vermehrt auf, wo sich ein Wolfsrudel neu niederläßt und die Nutztierhalter sich noch nicht auf die Anwesenheit von Wölfen eingestellt haben. In Gebieten mit längerer Wolfsanwesenheit gehen die Schäden häufig zurück."
Behörden und Ministerien haben ein Zauberwort für sich entdeckt. Es lautet "Herdenschutz". Und für den scheint einzig der Besitzer der Tiere zuständig. Wolfszäune, Stromlitzen und Herdenschutzhunde sollen bei der Abwehr des Wolfes helfen. "Wer sich die Vorgaben für Wolfszäune anschaut, kann doch nur lachen", sagt Guhl. "Die sollen um die 120 Zentimeter hoch sein und stromführende Litzen haben.
Ein Wolf springt doch locker aus dem Stand über 1,20 Meter. Schauen Sie sich mal besser die Zäune in Wolfsgehegen an." Ein Argument, das der Verein Wolfsschutz-Deutschland e.V. nicht gelten lassen will: "Unlogische Vergleiche mit den Hochsicherheitszäunen in Zoos dienen einzig und allein der Ausrede. Man will einfach gar nicht schützen und nutzt alle möglichen Formen der Propaganda, wie beispielsweise den Leuten weiszumachen, daß normale Weidezäune doch gar nicht funktionieren würden."
Natürlich wollen Bauern ihr Vieh schützen. Doch die Frage ist, wie teuer dieser Schutz ist und wer ihn bezahlt. Guhl fühlt sich außerstande, all seine Weiden zu umzäunen und Herdenschutzhunde anzuschaffen. "Wenn sich seitens der Politik nichts bewegt, muß ich meine Kühe im Stall lassen, dann können sie nicht mehr auf die Weide", sagt er. "Mit Tierwohl hat das dann aber nichts zu tun."
Jetzt scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Bisher war der Wolf streng geschützt. Das könnte sich bald ändern, denn am 2. Dezember wurde die sogenannte Berner Konvention gelockert, der zufolge der Wolf nur noch im Status "geschützt" ist.
Das Bundesnaturschutzgesetz und auch die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sind nun für Ände-

rungen offen, der Wolf könnte in Zukunft leichter bejagt werden. Solange sich nichts ändert, bleibt die Bundesrepublik für den Wolf ein riesiges Buffet. Rund vier Kilo Fleisch vertilgt er pro Tag. Zwar jagt Isegrim Rothirsch, Wildschwein, Reh, Elch und Rentier, doch wählt er den Weg des geringsten Widerstandes. Je wehrloser das Opfer, desto geringer sein Verletzungsrisiko.

In freier Natur trifft es kranke und alte, in Kulturlandschaften hingegen eingegatterte Tiere. Würde der Wolf freilaufendes Wild jagen, würde er 60 Rehe pro Jahr fressen. Diese Zahlen stammen vom Wolfsinformationszentrum Schleswig-Holstein. Bei ansteigender Wolfspopulation würde dies bedeuten, daß die Anzahl des Wildes sich reduziert. Doch das Gegenteil scheint der Fall. Die Zahl des von Jägern erlegten Rehwilds (Jagdstrecke) erhöhte sich.

Laut Statista belief sich die Jahresstrecke von Rehwild in der Saison 2022/23 auf 1.293.466 erlegte Tiere in Deutschland. In den Siebzigern waren es 600.000 Stück pro Jahr. Der Wolf weiß, wie es geht. Bei Bauer Guhl sind vergangene Woche im Kälberstall wieder fünf Tiere verletzt worden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):

>>**Speerspitze der Bundeswehr**

Heckler & Koch: Die 75jährige Geschichte des Waffenherstellers spiegelt den Zeitgeist wider

Paul Leonhard

Sturm-, Maschinen- und Präzisionsgewehre, Granatwerfer und Pistolen sind die Markenzeichen des württembergischen Waffenproduzenten Heckler & Koch (H&K) - ein Sortiment, das wieder gefragt ist. Folgerichtig stieg der Umsatz in den ersten neun Monaten 2024 um 17,7 Prozent auf 253,6 Millionen Euro.

Der Bestelleingang lag in den ersten drei Quartalen mit 277,2 Millionen Euro 46 Prozent über dem Vorjahreswert. Vor zwei Jahren hat H&K überdies einen Auftrag erhalten, um den auch mit juristischen Mitteln gerungen wurde: Der mit dem Bundeswehr-Beschaffungsamt geschlossene Vertrag über das neue "System Sturmgewehr" auf Basis des HK416 A8.

Mit knapp 119.000 Sturmgewehren, die meisten davon in der Variante Langrohr, bleibt H&K damit Hauslieferant der Bundeswehr und setzt eine Tradition fort, die in den 1950er Jahren begann. Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen deutsche Waffenexperten im Auftrag von Spaniens Staatschef Francisco Franco am staatlichen Centro de Estudios Técnicos de Materiales (Cetme) in Madrid Wehrmachtsprojekte fortzusetzen, darunter auch das Sturmgewehr Modell 45 M, von dem bis Mai 1945 lediglich 30 Stück gefertigt worden waren.

Spanien, im Krieg offiziell neutral geblieben und daher erst 1955 der Uno und 1982 der Nato beigetreten, brauchte das deutsche Wissen - und die deutschen Firmen suchten Wege, das alliierte Waffenentwicklungsverbot zu umgehen.

Das in Spanien entwickelte G3 wurde ein Verkaufsschlager

Edmund Heckler, einer der vier Gründer von H&K, signalisierte aber bereits 1952 Theodor Blank, der mit seiner Behörde die Bundeswehr-Gründung vorbereitete, daß man in der Lage sei, Pistolen und Sturmgewehre herzustellen. Blank wiederum empfahl H&K den deutschfreundlichen Spaniern. Da war H&K gerade einmal zwei Jahre existent. Am 28. Dezember 1949 gründeten die drei Ingenieure und Waffenspezialisten Edmund Heckler, Theodor Koch und Alex Seidel sowie der Vertriebsexperte Erich Unterkofler ihre Firma, um Nähmaschinen- und Fahrradteile zu produzieren.

H&K-Sitz war und ist Oberndorf am Neckar, Standort der berühmten Mauserwerke, die von der französischen Besatzungsmacht gerade demontiert worden waren. Seidel hatte als Gruppenleiter bei Mauser die HSc-Pistole entwickelt und sich von Herbst 1944 bis Kriegsende mit der Entwicklung einer "Volkspistole" beschäftigt.

Heckler hatte bei Mauser seine Ausbildung absolviert, dann aber bei der Hugo Schneider AG

(Hasag) in Leipzig die Panzerfaust mitentwickelt. Koch war Mauser-Betriebsleiter für den Werkstoff- und Vorrichtungsbau gewesen. Das ab 1956 bei der Guardia Civil und den spanischen Streitkräfte als Standardwaffe eingeführte Cetme-Schnellfeuergewehr ist letztlich ein Nachfolger des Sturmgewehrs 45 und ein Vorgänger des G3.
Die Spanier beauftragten H&K 1954 mit der Fertigung der Vorrichtungen, Lehren und Betriebsmittel für die ersten 5.000 Sturmgewehre. Die Endmontage fand in Spanien statt. Die Bundeswehr führte gleich drei Sturmgewehr-Modelle ein: das in Belgien gefertigte FN als G1, das spanisch-deutsche Cetme, für das man 1958 für zwei Millionen D-Mark eine Lizenz erworben hatte, sowie das von H&K weiterentwickelte Cetme-Gewehr, das die Bezeichnung G3 erhielt. Die entsprechende Ausschreibung für die Entwicklung hatte man schon 1956 erhalten. Der erste Auftrag umfaßte 150.000 Sturmgewehre.
Das G3 wurde ein Verkaufsschlager und auch für die Bundesrepublik - die seinerzeit die Patentrechte für ihre Vorfinanzierung erhielt - ein wirtschaftlicher Erfolg. Die Nachfrage auch aus den USA war so groß, daß 1975 eine Tochtergesellschaft in den USA gegründet und schließlich 1979 in Virginia ein eigenes Firmengebäude gebaut wurde. Aktuell wird in Georgia ein Pistolen-Montagewerk mit rund 100 Beschäftigten betrieben. Vom G3 wurden bis 2012 etwa sieben Millionen Stück produziert, von denen noch etwa drei Millionen offiziell im Umlauf sind.
Der Zusammenbruch des Ostblocks und das Ende des Kalten Kriegs traf H&K schwer. Im Mai 1990 stornierte die Bundeswehr die Entwicklung des G3-Nachfolgemodells G11. H&K stand mit 180 Millionen Mark Schulden vor dem Konkurs. Baden-Württemberg lehnte Staatshilfen wegen eines fehlenden Konversionskonzeptes ab.
Für H&K begann eine lange Durststrecke, in der die Firma mehrfach den Besitzer wechselte und immer wieder vor der Liquidation stand. Die Schulden kletterten 2018 auf 231 Millionen Euro. Das hielt die Luxemburger Finanzholding CDE, bereits seit 2015 Aktionär, nicht davon ab, 2020 die H&K-Mehrheit zu erwerben und auf den weltweiten Erfolg der Waffen zu setzen.
H&K sei eben eine "Premiummarke", sagt selbst Pieter Wezeman vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri. Die Bundeswehr bestellte das G36 sowie die Maschinenpistolen MP5 und MP7, die französische Armee das HK416, das Marine Corps der USA die M27. In mindestens 92 Ländern sind Sicherheitskräfte mit H&K-Waffen ausgestattet.
Dennoch legte sich H&K neue strategische Exportrichtlinien auf. Unter dem Werbemotto "Made for Safety" heißt es: "Wir wollen, daß Menschen sicher leben können. Unsere Produkte sollen Menschen in freiheitlich-demokratischen Ländern vor Bedrohung und Gewalt schützen." H&K sei daher der "führende Hersteller von Handfeuerwaffen für die Staaten der Nato und der EU".

Viele Staaten orientieren sich an der Bundeswehr-Ausrüstung

Konkret bedeutet das, daß nur noch an EU-, Nato- und assoziierte Staaten wie Australien und Neuseeland geliefert wird. Allerdings werden eine Vielzahl von H&K-Produkten auch in Lizenz in anderen Staaten wie Großbritannien, Pakistan, Thailand und Mexiko hergestellt. Die Richtlinie zur "Endverbleibskontrolle" erwies sich oft als unwirksam, wie mehrere internationale Prozesse zeigten. Die Erfolgsgeschichte des G36 fand allerdings ein jähes Ende, als die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) 2014 befand, Überhitzung habe die Treffgenauigkeit des Bundeswehr-Sturmgewehrs beeinträchtigt.
Es sei schwierig gewesen, Ziele über 100 Meter zu treffen, über 200 Meter sei es unwirksam und über 300 Meter unfähig, effektiv zu schießen. Das G36 wurde als ungeeignet für lange Gefechte bezeichnet. Afghanistan-Veteranen der Bundeswehr rieben sich verwundert die Augen. Während Untersuchungen einer Kommission diesen Vorwurf bestätigt, wies ein Gericht angebliche Präzisionsmängel und damit auch Schadenersatzforderungen des Ministeriums

zurück.
Die im Februar 2022 von Kanzler Olaf Scholz ausgerufene "Zeitenwende" und der Auftrag über das neue Sturmgewehr G95 für die Bundeswehr bedeutet für H&K nun Planungssicherheit - mit Außenwirkung: "Viele Staaten sehen sich an, welche Handfeuerwaffen die Bundeswehr nutzt und orientieren sich gegebenenfalls an dieser Entscheidung", freut sich H&K-Vorstandschef Jens Bodo Koch.
Das gilt auch für die gewonnene Ausschreibung für das halbautomatische Scharfschützengewehr G210 (Modell MR308A6). Die Lieferung von bis zu 500 Exemplaren für die Spezialkräfte der Bundeswehr ist schon für dieses Jahr 2025 vorgesehen: "Die Speerspitze der Bundeswehr verdient die besten Waffen der Welt", so Koch.
Die normalen Bundeswehr-Schützen haben dagegen das Nachsehen. Denn Erfahrungen mit dem Nachfolger des G36, dem G95, von dem in der Grundvariante HK416 bereits 250.000 Stück verkauft wurden, haben zwar 40 Akteure in 20 Staaten, darunter das Marine Corps, das KSK und die französische Armee, gemacht, aber nicht die deutsche Infanterie. Ursprünglich sollte es 2023 ausgeliefert werden, inzwischen ist 2026 vorgesehen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…):
>>**Eine Abschaffung der Witwenrente untergräbt die Familienbande**
Die Kinder der anderen
Reiner Osbild
Erneut hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Abschaffung der Hinterbliebenenrente gefordert. Sie wird an den überlebenden Partner eines Rentenbeziehers, meistens an die Ehefrau, gezahlt.
Monika Schnitzer, Ökonomieprofessorin und Chefin der "Wirtschaftsweisen", sagte jüngst dem Spiegel, die Witwenrente schmälere die Arbeitsanreize; der Staat brauche mehr Spielraum bei den öffentlichen Ausgaben, und es sei Singles nicht zuzumuten, die nicht erwerbstätige Frau quasi zu subventionieren. Doch schon jetzt beträgt die Hinterbliebenenrente nur 55 Prozent der Rente des verstorbenen Partners; nur bei Altfällen sind es 60 Prozent.
Bei ihrem Wegfall würden sich mehr für das mögliche "Rentensplitting" entscheiden, das die Rentenansprüche hälftig aufteilt. Das bedeutet in der Praxis, daß die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) nur fünf Prozentpunkte sparen würde. Bedenkt man, daß die durchschnittliche Witwenrente nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung im Schnitt nur 541 Euro beträgt, dann sprechen wir hier von Einsparungen zwischen 25 und 30 Euro je Monat.
Derzeit gibt es 5,1 Millionen Hinterbliebenenrenten, davon 86 Prozent für Frauen. Wenn demographisch bedingt eine Million hinzukämen, die das Rentensplitting in Anspruch nehmen müßten, dann reden wir über Einsparbeträge von etwa 330 Millionen Euro, knapp 0,1 Prozent der GRV-Gesamtausgaben von 340,4 Milliarden Euro. Es ist völlig unplausibel, wie bei solchen Kleckerbeträgen die öffentlichen Finanzen entlastet oder Anreize für eine Arbeitsaufnahme geschaffen werden sollen.
Es geht wahrscheinlich mehr um das steuerliche Aussaugen des produktiven Teils der Bevölkerung und den symbolischen und psychologischen Kampf gegen die Familie. Der Fachkräftemangel soll behoben werden, indem Mütter und Hausfrauen in großem Stil an die Werkbank gebracht werden wie einstmals in der DDR.
Erfreulicher Nebeneffekt für die politische Klasse wären höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge, die dann in großem Stile an Beamte, Bürgergeldempfänger, die EU oder die Ukraine weitergeleitet werden könnten. Wenn dann auch noch das Ehegattensplitting abgeschafft wird, wird die Familie endgültig nicht mehr als schützenswerte Gemeinschaft, sondern als loser Verbund von Individuen behandelt.
Unverzeihlich ist Monika Schnitzers Schnitzer, die Alleinlebenden würden den nicht erwerbstätigen Frauen quasi die Hinterbliebenenrente finanzieren. Dabei läßt sie völlig außen vor, daß

jene Frauen oft ihrer Kinder wegen zu Hause blieben und eben jene Kinder später den Alleinstehenden alimentieren. Der baut nämlich Rentenansprüche auf, ohne eigene Kinder aufgezogen und finanziert zu haben. Gerade die traditionelle Familie erbringt mit der Kindererziehung Leistungen für die Gesellschaft, die nur ganz unzureichend entgolten werden. Ökonomen sprechen hier von positiven externen Effekten, daß also Dritte von den Kindern anderer profitieren.
Das ist auch der Grund für den besonderen Schutz der Familie im Grundgesetz. Ohne Kinder ist mit dem Staat kein Staat zu machen, zumal hier in Deutschland, wo der Generationenvertrag eine solch tragende Rolle spielt. Nicht die Familien brauchen die Kinderlosen, und auch nicht sich selbst zelebrierende Minderheiten jedweder Couleur; vielmehr sind die Kinderlosen essentiell auf die Familien, ihre Kinder und deren Leistungen angewiesen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote!**
Die untragbaren Zustände zum Jahreswechsel haben eindringlich gezeigt, daß die Massenmigration gestoppt werden muß: Messerstechereien, Böller-Angriffe auf Polizisten und Einsatzkräfte, hunderte Festnahmen allein in Berlin. Und wie reagiert der Sprecher der Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP)? Er will rechtstreuen und friedlich feiernden Bürgern das Silvester-Feuerwerk vermiesen und fordert ein "bundesweites Böllerverbot".
Es wäre die Aufgabe der Polizeigewerkschaft, Klartext beim Thema Migration zu sprechen - doch nicht nur die etablierten Parteien und Massenmedien in unserem Land zelebrieren einen unvorstellbaren Realitätsverlust, sondern auch die Polizeigewerkschaften.
Was ist eigentlich so schwer daran zu verstehen, daß Verbrechen nicht von Werkzeugen oder Waffen, sondern von ihren Nutzern begangen werden? Nicht die Böller verletzen andere Menschen - sondern jene Migranten, die mit illegalen Böllern auf unsere Polizisten zielen. Nicht die Messer bringen andere Menschen um - sondern Messermigranten, die auf einfältige "Messerverbote" pfeifen.
Nicht Autos oder Sattelschlepper töten andere Menschen - sondern "Flüchtlinge" aus Saudi-Arabien oder Tunesien, die mit diesen Fahrzeugen in Weihnachtsmärkte rasen. Die Scheinlösung, die der CDU diesbezüglich vorschwebt: Abschiebung erst nach zwei Straftaten. Ein Angreifer darf also zweimal Polizeibeamte oder unbescholtene Bürger verletzten, bevor sein Aufenthaltsrecht erlischt.
Die Stellungnahmen der Feuerwerksbranche werden in der Diskussion übrigens ignoriert. "Durch legale Knallkörper kann kein Finger abgesprengt werden", sagt Klaus Gotzen, Geschäftsführer des Verbands der pyrotechnischen Industrie. Wer jetzt bereits illegal Feuerwerk kaufe, der werde dies auch in Zukunft tun.
Doch wir haben es in unserem Land mit bürgerfernen Ampel- und CDU-Politikern und ebenso bürgerfernen Polizeigewerkschaften zu tun, die die Rucksäcke harmloser Senioren nach Taschenmessern kontrollieren lassen, während die Staatsgrenzen sperrangelweit offenstehen. Die AfD wird dafür sorgen, daß diese Prioritäten umgekehrt werden: Zeit für Abschiebungen statt Böllerverbote!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.473/…): >>**DGB fordert Senkung der Strompreise für Jobsicherung**
Nach den im Dezember gestiegenen Arbeitslosenzahlen in Deutschland fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von der Politik Reformen, um Jobs zu erhalten. "Wer Wohlstand und Beschäftigung sichern möchte, muß die richtigen Weichen stellen.
Spätestens die nächste Bundesregierung muß die Netzentgelte in den Griff bekommen und die Stromsteuer senken", sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagsausgaben). Körzell ergänzte, daß günstiger, erneuerbarer Strom es-

sentiell sei, um Wohlstand und Beschäftigung zu fördern und gleichzeitig das Klima zu schützen. Im Dezember war die Arbeitslosenquote neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zufolge auf 6,0 Prozent gestiegen.
Derzeit sind 2,807 Millionen Menschen arbeitslos. Das sind 170.000 mehr als im Dezember 2023 und 0,1 Prozent sowie 33.000 Menschen mehr als im November 2024. Der DGB-Vorstand führt den geringeren Anstieg im Vergleich zum Vormonat auch auf die Verlängerung des Kurzarbeitsgeldes zurück. Das sei "zweifellos eine richtige Entscheidung" gewesen. "In wirtschaftlich unsicheren Zeiten bietet es Unternehmen und Fachkräften die nötige Sicherheit.
Dadurch können Unternehmen ihre Arbeits- und Fachkräfte halten und nach der Krise gestärkt zurückkehren", sagte er weiter. Körzell fordert darüber hinaus ein Ende der Sparpolitik und eine Reform der Schuldenbremse, was auch Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern würde. "Mindestens 600 Milliarden Euro sind in den nächsten zehn Jahren notwendig, um in moderne Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, Schulen, die öffentliche Verwaltung und Digitalisierung zu investieren", erklärte er.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.475/…):
>>**Nicht Vertrauen in die Regierung, ihre Kontrolle ist Demokratie**
Herbert Ludwig
In wachsendem Maße macht sich von den parteipolitischen Vertretern des Staates die Behauptung geltend, Vertrauen in den Staat sei die Grundvoraussetzung für das Funktionieren demokratisch legitimierter staatlicher Institutionen. So spricht der Verfassungsschutz schon bei fundamentaler Kritik am Handeln staatlicher Funktionsträger von einer angeblich verfassungsfeindlichen "De-Legitimierung des Staates". - Doch einer Demokratie freier Bürger ist wachsames, kritisches Verhalten immanent. Wer von vorneherein auf Vertrauen pocht, macht rückwärtsgewandt eine Autorität geltend, die heute vor dem Forum selbstbestimmter kritischer Bürger stets erworben werden muß.
Die Professorin für Slawische Literaturwissenschaft an der Universität Trier, Henrieke Stahl, ist in einer gründlichen Untersuchung den Ursachen nachgegangen, weshalb Regierungen immer mehr Vertrauen in ihr Handeln einfordern. Vertrauen in den Staat gelte, so eine weit verbreitete Annahme, als Grundvoraussetzung "für das gerechte und effektive Funktionieren staatlicher Institutionen" (OECD). Ein Mangel an politischem Vertrauen beeinträchtige die Regierungsfähigkeit. Insbesondere in Krisenzeiten sei der Staat auf "das Vorhandensein eines umfangreichen Vertrauensreservoirs" angewiesen.
Bei Vertrauensverlust sähen daher Regierungen Handlungsbedarf. So habe das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise in der Reaktion auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen im April 2021 einen neuen Phänomen-Bereich "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" eingerichtet.
Der neue Beobachtungsauftrag solle sich mit Akteuren befassen, welche, auch wenn sie keine "offene Ablehnung der Demokratie als solche" zeigen, diese dennoch gefährden, indem sie "das Vertrauen in das staatliche System zu erschüttern und dessen Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen" drohen. Solche Akteure untergrüben durch "ständige Verächtlichmachung" und "Agitation" das Vertrauen in "demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen", in "behördliche oder gerichtliche Anordnungen und Entscheidungen", in "demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates".
Diese führe dazu, daß der Staat zunehmend Einfluß auf die Meinungsäußerungen in den sozialen und alternativen Medien nehme. So stehe der neue Beobachtungsbereich des Verfassungsschutzes im Kontext internationaler "Informationspolitik". Seit 2020 nehme die "Informationssteuerung" mit dem Ziel des Erhalts von politischem Vertrauen nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU, in den USA sowie in vielen anderen Ländern weltweit immens

an Fahrt auf. Diese neue "Informationspolitik" verschreibe sich "Informationsintegrität", "Informationsmanagement" und Abwehr von "Wahrheitserosion" (Truth Decay).
- Also alles verschleiernde Vokabeln für staatliche Propaganda und Einschränkungen der Meinungsfreiheit. -
Diese neue "Informationspolitik" konkretisiere sich supra- wie international und national in "Codes", Abkommen sowie in Änderungen und Neueinführung von Gesetzen, welche den Bereich illegaler Äußerungen auf bisher legale Äußerungen hin ausdehnen. Dabei werden auch legale Äußerungen, wenn sie politisch als "schädlich" eingestuft werden, (z.B. "Haßreden") markierbar oder zensierbar gemacht mit der perspektivischen Tendenz, auch diese zu kriminalisieren.
Die Klage über Vertrauensverlust, der durch die Informationsvielfalt hervorgerufen werde und Subversionspotential in sich trage, werde auch für viele andere Themen mit Vehemenz vorgetragen, wie zum Beispiel: Vertrauen in die Wissenschaft und in neue Technologien, insbesondere im Bereich Gesundheit beim Thema Impfung und ggf. Impfpflicht.
Dabei würden Rufe nach Gatekeepern (Torwächtern, Kontrolleuren) für die Wissenschafts-Kommunikation laut. Gut in Erinnerung sei aus dem März 2022, als die Einführung einer Allgemeinen Corona-Impfpflicht im Deutschen Bundestag zur Abstimmung anstand (sie wurde am 7.4.2022 abgelehnt), eine Debatte um Drostens Überlegung zu einem "Mandat" und "Sanktionsmöglichkeiten" für die Wissenschaftskommunikation wichtiger Themen, insbesondere in Krisensituationen.
Der Ruf nach einer solchen Regelung sei seither nicht verstummt. Vor wenigen Monaten habe sich zum Beispiel Sandra Ciesek in der FAZ für die Einrichtung eines "Pathogen-Kompetenzgremiums" ausgesprochen, welches "für die Medien und für die Öffentlichkeit (…) Einschätzungen und Papiere veröffentlicht" und das "für größtmögliche wissenschaftliche Evidenz und Seriosität steht".
- Also eine Art Wissenschafts-Papsttum, mit letzter Entscheidungskompetenz darüber, was als gesicherter Stand der Wissenschaft zu gelten habe. -
So faßt Frau Prof. Stahl zusammen: "Der Kampf um das Vertrauen ist also zugleich ein Kampf um die Informationshoheit, welcher mit repressiven Mitteln geführt und durch Gesetzgebung verstetigt werden kann. Im Schoß der Demokratie scheinen sich damit totalitäre Tendenzen anzubahnen, welche nicht nur politische Oppositionsbildung, sondern grundsätzlich die Meinungs- und auch die Wissenschaftsfreiheit und damit am Ende durch Beschränkung der Freiheitsrechte auch die Demokratie selbst bedrohen könnten."
- Das ist noch sehr zurückhaltend formuliert, denn dieser totalitäre Prozeß ist schon sehr weit fortgeschritten.
Sie weist auch selbst ausführlich auf Entstehung und Anwachsen der weltweiten Informationskontrolle und -Lenkung, also der Propaganda, hin. -

Zur Entwicklung des Informationsmanagements

"Die modernen Formen der Meinungslenkung bauen auf der psychoanalytisch basierten Propagandaforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf. Wie Jonas Tögel unlängst in seinem Buch "Kognitive Kriegsführung" herausgearbeitet hat (vgl. S. 51 f.), gelang es 1914 dem PR-Spezialist Ivy Ledbetter Lee im Auftrag von John D. Rockefeller Jr. eine Propagandatechnik erfolgreich zu etablieren, deren Weiterentwicklung das heutige Informationsmanagement darstellt: die Korrektur ungewünschter, gegnerischer öffentlicher Meinung durch eine Art 'Pseudoaufklärung', indem Fakten - am besten durch Experten bzw., wie es Edward Bernays 1928 formuliert: 'trusted leader' - kommuniziert werden."
Der Propagandatrick bestehe im Anspruch auf eine - scheinbar gut überprüfbare - Wahrheit von Fakten. Denn dem erkenntnistheoretisch unaufgeklärten Bürger erschienen Fakten leicht als Tatsachen, deren Existenz evident sei. Daß dies nicht der Fall sei, sei ihm gewöhnlich

nicht bewußt. Fakten setzten grundsätzlich mehr oder weniger komplexe Konzepte voraus. In der Anwendung des Tricks würden entsprechend Sachverhalte so selektiert und präpariert, daß sie eine bestimmte gewünschte Ansicht stützen.
Erst eine umfängliche Überprüfung der sogenannten Fakten könne deren Bedeutung im jeweiligen Fall erschließen und eine mögliche Täuschung aufdecken. Diese Überprüfung verlange aber ein solches Ausmaß an Recherchen mit entsprechender fachlich-methodischer Kompetenz, wie es ein Bürger gewöhnlich nicht aufbringe.
Diese Manipulation der Bürger durch Vertrauen auf Fakten und Autoritäten flankiere Lee durch Wohltätigkeitsaktivitäten und Auszeichnungen, welche den Kritikern bzw. Gegnern das Gewicht entziehen und ein positiv wirkendes Image der Person bzw. Firma, damals: Rockefeller und seine Colorado Fuel & Iron Corporation, aufbauen.
Frau Prof. Stahl erinnere dies an die Corona-Zeit mit einerseits ihren Faktenchecks, Depublikationen und Formen von Stigmatisierung und Canceln sowie andererseits ihren medialen Hypes um ikonische 'Experten', die den Staatsdiskurs verkörperten und durch Preisverleihungen auch und gerade aus der akademischen Welt ausgezeichnet worden seien.
Der Faktencheck habe ein Image als "unabhängige" und "neue demokratische Institution" bekommen, die der Bildung und Pflege öffentlicher Meinung und freier Meinungsäußerung zuträglich sein solle, indem er Falschinformation und Haßrede abwehre. Und im neuen Jahrtausend sei der Faktencheck von der Prüfung von Tatsachenbehauptungen hin zur Aufdeckung von "Falschinformationen" und Entlarvung von sog. Verschwörungstheorien verlagert worden.
Die Corona-Krise sei zum Katalysator der Rechtfertigung einer Stärkung des Informations-Managements geworden. Denn "im Ernstfall, also dann, wenn eine akute äußere Bedrohung gegeben sei und Schutzmaßnahmen zu setzen seien, wirkten sich Fake-News existenzbedrohend aus" (Hervorhebung im Original). 2020 sei von den Vereinten Nationen (UN) der Begriff der "Informationsintegrität" bzw. eines "Informationsökosystems" installiert worden, das geschützt und präventiv gepflegt werden müsse.
Die WHO habe im Zuge von Corona zur Unterstützung der "Risikokommunikation" zum Schutz der Weltbevölkerung vor Fehlinformation insbesondere über Virus und Impfung systematisch das "Infodemic-Management" (Regelung einer übermäßigen Menge an Informationen zu einem Problem, die die Lösung erschwert) hochgefahren.
"In der Kooperation mit Big Data Plattformen kam es fast flächendeckend zur Zensur als ´irreführend` deklarierter Informationen sowie umgekehrt zur Flutung bzw. Propagierung mit ´gewünschter` Information. Es wurden quantitativ in einem wohl nie zuvor dagewesenen Ausmaß international auf den großen Internetplattformen die Reichweite von Einträgen beschränkt, Beiträge gelöscht und Nutzer blockiert."
Das "Infodemic Management" der WHO habe systematisch Handreichungen und Schulungen aufgebaut. Auf der Basis festgesetzter Kriterien der WHO und auch der Regierungen sei die Verbreitung von als "schädlich" erachteter Informationen durch De-thematisierung, Depublikation, Faktencheck mit Zensur sowie durch Propaganda bzw. Flutung "gewünschter" Information, Cancel Culture mitsamt Ausgrenzung und Stigmatisierung von Kritikern usw. eingedämmt worden.
"Über die großen Plattformen hinaus wurde die ganze Gesellschaft mitsamt ihren Einrichtungen in Kultur, Bildung und Wissenschaft von der Informationslenkung nach den jeweiligen Vorgaben zu den Corona-Maßnahmen erfaßt."
Die Phase der Informationssteuerung habe bereits vor Corona eingesetzt. Die EU beispielsweise habe seit 2018 gleich einen ganzen Komplex an Maßnahmen und Institutionen zur Bekämpfung von Desinformation geschaffen.
"Sie führte 2018 einen "Code of Practise" bzw. "Praxisleitfaden" ein, welcher "Online-

Plattformen, Handelsverbände und wichtige Akteure der Werbebranche" "verpflichtet, Desinformation einzudämmen und ihre Online-Politik zu verbessern." Der "Code" wurde 2022 noch strenger gefaßt und auf die Bekämpfung von Falschinformation hin zugespitzt ("The 2022 Code of Practice on Disinformation"). Er ist Teil eines "umfassenderen Rechtsrahmens in Verbindung mit den Rechtsvorschriften über Transparenz und Zielgruppenorientierung in der politischen Werbung und dem Gesetz über digitale Dienste."
Das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) geht auf die EU-Verordnung 2022/2065 zurück, die am 17.2.2024 in Deutschland in Kraft trat.
Auch die UN baue, analog zu ihrer Unterorganisation WHO, ein Informationsmanagement auf, das sich auf politisch als hochrelevant eingestufte Themen erstrecke. Die UN habe mit der Corona-Krise 2020 am Global Policy Centre for Governance das globale UNDP-Portfolio für Informationsintegrität eingerichtet. Der 22./23.9.2024 verabschiedete, unter Federführung von Deutschland und Namibia ausgehandelte UN-Zukunftspakt solle die "Verbreitung von Mißinformation, Desinformation und Haßrede" verhindern.
Das zentralisierte und hierarchisierte sowie durch ökonomische Vorteile gestützte Modell eines Zensur- und Propagandakomplexes, wie ihn die EU - zumindest für die Zensur von 'falscher' bzw. 'schädlicher Information' - bereits aufgebaut und die WHO mit dem Pandemievertrag noch umsetzen wolle, werde auf die UN Ebene ausgeweitet.
Hier beginnt man das ungeheure Ausmaß des globalen totalitären Kampfes gegen die Meinungsfreiheit, die für jede Demokratie konstitutiv ist, zu ahnen.
Robert Kogon (Pseudonym eines Journalisten) habe am 22.10.2024 in einem Artikel des Brownstone Institutes zum Transparenzbericht von X (Twitter) über die Anwendung des DSA durch das Digitale Dienste Gesetz Deutschland als "Zensur-Champion der EU" bezeichnet.
"Kein Land der EU stellte, wie der Transparenzbericht aus dem Oktober 2024 zeigt, so viele Anfragen zu den Urhebern möglicherweise "illegaler oder schädlicher Äußerungen", wie Deutschland, auf das, so Kogon (ebd.), fast 90 Prozent aller Meldungen aus allen Ländern entfallen. Auch in der Rubrik Meldungen "illegaler oder schädlicher Äußerungen" führt Deutschland mit Abstand - wie Kogon errechnet hat, stammen 42 % aller Berichte an X und fast 50 % der Berichte der Mitgliedstaaten aus Deutschland."
- Man sieht wieder: Wenn die Deutschen ihre eigene Kultur, die besonders auf die Entwicklung der freien Individualität gerichtet ist, verleugnen, werden sie zum schlimmsten Feind der freien Individualität. -
Was hat es mit dem Vertrauen in den Staat auf sich?
Die Behauptung, daß der demokratische Staat das Vertrauen seiner Bürger von vorneherein zur Funktionstüchtigkeit brauche, werde auch historisch widerlegt.
Auch wenn die griechische Antike in ihren demokratischen Anfängen das Vertrauen als wichtigen staatsstabilisierenden Faktor gekannt habe, so Frau Prof. Stahl, sei es hier keineswegs um Vertrauen im Sinne eines blinden Sich-Verlassens, sondern vielmehr um einen Glauben auf der Basis von "gnosis", (Er-)Kenntnis (Aristoteles) oder um das Verlassen auf Bewährtes (Demokrit), also auf erfahrungsgesättigtes Wissen gegangen, welches Zutrauen in die Erfüllung der Erwartung verleihe.
Nach Joh. Gottlieb Fichtes Grundlage des Naturrechts sei dem Staat grundsätzlich "nicht zu trauen." Auch in der modernen Demokratieforschung spiele das Mißtrauen gegenüber dem Staat eine konstitutive Rolle. So schreibe 1967 der Philosophieprofessor Karl Holzamer:
"Denn die Demokratie geht wesensgemäß von dem Vertrauen auf die Freiheit und Würde des Menschen aus. Aber gerade weil sie diese an den Anfang aller ihrer Funktionen stellt, hat sie auch darüber mißtrauisch zu wachen, daß sie nicht verletzt werden."
John Locke habe die Regierung in der Pflicht gesehen, sich das Vertrauen der Bürger zu verdienen und sich stetig um den Erhalt ihres Vertrauens zu bemühen. Nicht eine Regierung soll

für ihn die Bürger kontrollieren und ihr Vertrauen fordern bzw. durch Gesetzgebung und Formen der Überwachung erzwingen, sondern vielmehr umgekehrt die Bürger die Regierung, der sie ihr Vertrauen erst nach entsprechender Prüfung schenken.
Michaela Rehm spreche von einem "einseitigen Kontrollmechanismus", den Locke durch das Vertrauen im Staat etabliert sieht: "Die Gesellschaft überwacht, ob die Regierung ihren Aufgaben nachkommt; die Regierung dagegen kann nicht die Gesellschaft insgesamt einer Pflichtverletzung ihr gegenüber bezichtigen. Handelt die Regierung nicht im Sinne des 'trust', hat das schwerwiegende Konsequenzen: Sie ‚verwirkt (‚.) durch einen solchen Vertrauensbruch ('breach of trust') die Macht, die das Volk ihr zu völlig entgegengesetzten Zielen übertragen hatte` und das bedeutet die Auflösung der Regierung."
- Doch eine Auflösung der Regierung, die durch das Parlament erfolgen müßte, scheitert heute schon daran, daß durch das Parteiensystem die Legislative und die Exekutive in der Hand ein und derselben Partei sind, die Gewaltenteilung also de facto aufgehoben ist.

Das grundsätzliche Problem des Bildes vom Menschen

Mit Recht sieht Frau Prof. Stahl das grundsätzliche Problem in den heute wieder weitverbreiteten freiheitsfeindlichen Ideen von Mensch und Gesellschaft, denen letztlich ein Menschenbild zugrunde liege, das im Behaviorismus seine Wurzeln habe. Für diesen sei der Mensch ein steuerbares Tier, das in der transhumanistisch getönten Gegenwart analog zu einer programmierbaren Maschine gedacht werde.
Die WHO habe dieses Menschenverständnis in ihrem Schulungsprogramm für Infodemic-Manager in ein aussagekräftiges Bild gefaßt:
"Der Mensch ist ein Nashorn, das als dumm, potentiell aggressiv und damit schädlich vorgestellt wird.
Um es sozial tauglich zu machen, muß es zur programmierten Fabrikware werden. Ziel ist, daß der Einzelne Teil eines Kollektivs der Gleichen unter Gleichen wird. Individualität, Freiheit und Moral sind überflüssig, vielmehr der Anspruch auf sie schädlich - da hierin das Potential für Widerstand liegt und somit die Durchsetzung von Maßnahmen, welche die jeweilige Macht anstrebt, erschwert oder verunmöglicht wird."
- Dies setzt unausgesprochen und unbegründet voraus, daß die jeweiligen Machthaber, die ja auch Menschen sind, keine "dummen Nashörner", sondern höher entwickelt und daher berechtigt seien, die große Masse der "Nashörner" von außen zu steuern. -
Diese elitäre Anmaßung der Machthabenden, die auf uralte Kulturen zurückgreift, in denen eine solche Hierarchisierung ihre entwicklungsgeschichtliche Berechtigung hatte, ist in der Neuzeit immer der Boden für die gegen die Freiheitsentwicklung des Menschen gerichteten totalitären Gesellschaftsformen.
Der Mensch steht gegenwärtig vor der Entscheidung, sich als ein geistiges Wesen zu erkennen, das sich aus einer göttlich-geistigen Welt auf Erden inkarniert und, unabhängig vom physischen Leibe in sich selbst gegründet und fähig ist, sein Handeln aus eigener Erkenntnis selbst sinnvoll zu bestimmen - wovon noch das Grundgesetz vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Wahnsinns als Grundlage der Demokratie ausgeht.
Kann sich der Mensch nicht aus dem Bann schwachsinniger materialistischer Theorien befreien, die ihm vorgaukeln, nur ein höheres Tier zu sein, ist der Weg in den außengesteuerten Totalitarismus die unabwendbare Konsequenz, welche die Herrschaft des absoluten Bösen mit Lüge, Täuschung, Knechtschaft und ungeheurer Zerstörung bedeutet.
Die Menschen haben es selbst in der Hand, wohin ihre Entwicklung gehen soll. Jeder einzelne entscheidet durch sein Verhalten mit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Kindergeld ins Ausland: Die neuen Zahlen**

Von *Sven Eggers*

Immer mehr deutsches Kindergeld fließt direkt ins Ausland. Wer solche Unglaublichkeiten nicht länger hinnehmen will, der muß mit den Verantwortlichen abrechnen. …

Man faßt sich an den Kopf: Die Familienkasse hat im ausgeklungenen Jahr mehr als 500 Millionen Euro Kindergeld auf ausländische Konten ausbezahlt. Die jetzt offiziell von der Bundesagentur für Arbeit mitgeteilte Zahl lautet 470 Millionen Euro Steuergeld für im Ausland lebende Kinder bis Ende November 2024. Das bedeutet: Rechnet man die Zahl für den Dezember hoch, so ist sicher, daß 500 Millionen Euro überschritten worden sind. Schon im Vorjahr waren es 525,7 Millionen Euro gewesen.

Vervielfachte Zahlen

Zumeist handelt es sich bei den Empfängern um in der BRD sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus dem Bereich der Europäischen Union, deren Kinder im Heimatland leben. Die Bundesagentur teilt dazu mit: "Kindergeld erhält grundsätzlich nur, wer seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat oder in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist. Dann kann etwa für EU-Arbeitnehmer ein Anspruch auf Kindergeld für im Heimatland lebende Kinder bestehen."

Die genaue Auswertung erfolgt noch. Zum Vergleich: Ende 2023 wurde für rund 313.000 Kinder im Ausland Kindergeld gezahlt, darunter für 307.000 Kinder in EU-Staaten wie Polen, Rumänien, Tschechien, Kroatien oder Frankreich. Mit 171.000 Kindern wohnten die meisten davon in Polen.

Im Vergleich zu früheren Jahren haben sich die diesbezüglichen Zahlen vervielfacht. 2010 waren es beispielsweise 35,8 Millionen Euro. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel empört das:

"Solche Anreize zur Einwanderung in unser Sozialsystem müssen sofort beseitigt und Mißbrauch verhindert werden."

In der Tat haben die allermeisten Bundesbürger angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik kein Verständnis dafür, wenn Geld in diesem Umfang an ausländische Berechtigte ausgeschüttet wird.

Immer wieder erleben wir Fälle von krassem Mißbrauch dieses Umstandes. Denn das deutsche Sozialsystem lädt in Kombination mit EU-weiten Regelungen zu betrügerischen Machenschaften geradezu ein. Oftmals sind beispielsweise nur Schein-Wohnsitze in der BRD gemeldet, um sich Berechtigungen zu erschleichen.

Die Bild zitierte zum Thema vor einiger Zeit die CDU-Finanzexpertin Antja Tillmann: "Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, daß Eltern im Ausland lebender Kinder Kindergeld erhalten." Sie verweist auf Kinder in Deutschland lebender Familien, "die nur kurzfristig im Ausland leben", etwa für ein freiwilliges soziales Jahr. Das ist natürlich Unsinn, denn solche Berechtigte stellen kein Problem dar.

Tillmann dann weiter: "Eine andere große Gruppe besteht aus Kindern, die dauerhaft im europäischen Ausland leben und bei denen mindestens ein Elternteil in Deutschland erwerbstätig ist." Und dann sie ergänzt fast beiläufig: "Eine dritte Gruppe besteht aus den wenigen, ärgerlichen Mißbrauchsfällen (…)." Daß es hier oftmals bandenmäßig und hochgradig organisiert zugeht, verschweigt sie.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.472/…): >>**X soll unter Kontrolle: Ex-ZDF-Chefredakteur offenbart den autoritären Geist des ÖRR**

In einer Kolumne für den Deutschlandfunk fordert der ehemalige Chefredakteur des ZDF, Peter Frey, daß X reguliert werden müsse. Außerdem soll eine europäische Social Media-Plattform eingeführt werden, in öffentlich-rechtlicher oder privater Trägerschaft.

Von *Redaktion*
Peter Frey war von 2010 bis 2022 Chefredakteur des ZDF und ist nun Kolumnist beim Deutschlandfunk.
Peter Frey, Chefredakteur des ZDF von 2010 bis 2022, hat in einer Kolumne beim Deutschlandfunk (DLF) den medialen Einfluß der Social-Media-Plattform X kritisiert und eine stärkere Regulierung gefordert. In dem am Donnerstag veröffentlichten Beitrag schreibt er: "Nach Magdeburg und nach den Äußerungen von Musk kann es keine Alternative mehr geben: Der Staat muß als Hüter einer zivilen Öffentlichkeit einschreiten, seine Schutzfunktion auch im digitalen, öffentlichen Raum ausüben." Der Hintergrund: Elon Musk hatte in einem Gastbeitrag in der Welt seine Unterstützung für die AfD erklärt.
Frey kritisiert, daß auf X offen zu Gewalttaten aufgerufen werde, "wie zuletzt durch den Attentäter von Magdeburg", aber die Verantwortung dafür werde von X "mit dem Hinweis auf Meinungsfreiheit abgewehrt". Vom Behördenversagen im Fall von Taleb Al-Abdulmohsen spricht Frey nicht. Der ehemalige ZDF-Chefredakteur sagt, daß es "zum Kern der Demokratie" gehöre, daß radikale oder abwegige Meinungen geduldet und abgedruckt werden, aber "die Demokratie darf niemals wehrlos sein".
Vor allem bei Angriffen auf die "Kernwerte der Demokratie", wie den Schutz religiöser oder ethnischer Minderheiten, dürfe die Demokratie nicht wehrlos sein, so Frey. Die Europäische Union müsse ihre Anstrengungen, X zu regulieren, verstärken, weil ein Land alleine das nicht könne. Er geht sogar noch weiter und spricht sich dafür aus, daß europäische Politiker und Behörden nicht mehr per X kommunizieren, sondern daß eine eigene europäische Social-Media-Plattform gegründet wird.
"Es wäre ein starkes Zeichen", sagt er beim DLF, wenn eine Plattform errichtet werde, die den "europäischen Standards von Öffentlichkeit" entspreche, in öffentlich-rechtlicher oder privater Trägerschaft. Das Agieren von Konzernen wie X lehnt er hingegen ab: "Zweifellos gehört es schon jetzt zum Erfolg der Tech-Konzerne, daß sie die Öffentlichkeit, so wie wir sie bisher kannten, zerstört, professionellen Journalismus unter Druck gesetzt und aus kommerziellen Gründen Polarisierung und Empörung, Haß und Wut auf den sozialen Plattformen etabliert haben."
Zum Schluß zieht der Journalist noch einen Vergleich zu Rußland: "So wie wir uns gegen Putin militärisch absichern müssen, müssen wir den Kommunikationsraum Europa schützen gegen Trump, Musk und Co." Weiter sagt er: "Gegen populistische Allmachtsfantasien gibt es nur zwei Mittel: ignorieren und regulieren".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Putin: Zielscheibe von Lug und Trug**
Von *COMPACT Redaktion*
In Kürze übernimmt Donald Trump die Amtsgeschäfte in den USA. Wird er dann den Ukraine-Konflikt beenden? Der BRD-Mainstream ist deswegen schon in Sorge und ätzt massiv gegen Rußland; ohne jeden Respekt vor der Wahrheit. …
In den kommenden Wochen und Monaten werden westliche Medien dem russischen Präsidenten abermals Auffassungen und Zitate unterjubeln, die entweder komplett aus dem Zusammenhang gerissen oder sogar frei erfunden sind. Das gilt für aktuelle Vorgänge oder auch für frühere Äußerungen. Es ist von überragender Bedeutung, daß sich Wahrheitsliebende dagegen rüsten.
Unsere wertvolle COMPACT-Edition "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands" vermittelt diesbezüglich atemberaubende Erkenntnisse. Enthalten sind Ausführungen und Stellungnahmen, die Rußlands Präsident zu historischen Themen gemacht hat. Wir haben sie in mühevoller Kleinarbeit gesammelt und ins Deutsche übersetzt. An einigen Stellen haben wir, im Textbild abgehoben, einige Erläuterungen von uns eingefügt, die das Verständnis erleichtern sol-

len, sowie entsprechendes Kartenmaterial und Zeittafeln.
Auf diese Weise können Sie sich ein unverfälschtes Bild davon machen, wie Wladimir Putin selbst die Geschichte seines Landes sieht, und müssen sich nicht auf die verkürzten und oft verleumderischen Zusammenfassungen verlassen, die Sie in der westlichen Presse finden.
Für uns Deutsche ist sein Rückblick auf die Vergangenheit von besonderem Interesse. Putin behandelte das gemeinsame Schicksal unserer beiden Völker unter anderem bei seiner Rede vor dem Bundestag im Jahr 2001:
"Zwischen Rußland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Rußland und Deutschland liegt die große Geschichte. Das schrieb der deutsche Historiker Michael Stürmer. Ich möchte dazu feststellen, daß die Geschichte genauso wie die Ozeane nicht nur trennt, sondern auch verbindet. Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick."
Von solchen Tönen wollen einflußreiche Kreise heute nichts mehr wissen. Es gilt, Rußland und Putin weiterhin als Feindbild aufzubauen, um die Kriegsgelüste zu wecken. Dagegen aber steht die Wahrheit und wahre Zusammenhänge. …
In nächster Zeit wird sich die Hetze gegen Rußland und Putin weiter verschärfen, um Donald Trumps Friedensbemühungen gezielt zu torpedieren.<<
Österreich: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.471/…): >>"**Österreich-Ampel" geplatzt: Jetzt schlägt die Stunde von Herbert Kickl (FPÖ)!**
Die geplante "Ampel-Regierung" in Österreich kommt nicht zustande. Laut österreichischen Medienberichten steigen die links-liberalen NEOS aus den Koalitionsverhandlungen mit ÖVP und SPÖ aus.
Die Nationalratswahl am 29. September 2024 hatte die national-konservative FPÖ unter Herbert Kickl mit 28,8 Prozent der Stimmen klar gewonnen. Alle Parteien - auch die konservative ÖVP (26,3 Prozent), die bereits eine Regierung mit der FPÖ gebildet hatte - schlossen zunächst ein Bündnis mit den "Freiheitlichen" aus. ÖVP, SPÖ (21,1 Prozent) und NEOS (9,1 Prozent) wollten deshalb ein im Volksmund "Zuckerl-Koalition" genanntes Dreier-Bündnis nach dem Vorbild der gescheiterten deutschen "Links-Ampel" bilden.
NEO-Chefin Beate Meinl-Reisinger machte die Sozialdemokraten für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. Die reformunwillige SPÖ habe "mehr rückwärts als vorwärts" verhandelt.
Jetzt dürfte die Stunde von FPÖ-Chef Herbert Kickl schlagen!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Österreich: Wahlverlierer scheitern, Kickl lacht**
Von *Sven Eggers*
Ihr einziges Ziel war es, den Wahlsieger zu verhindern. Und sie scheitern. In Österreich sind die Verhandlungen zur Bildung einer ganz großen Koalition gegen die FPÖ geplatzt. …
Schon in der kommenden Woche wollte sich ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer als Häuptling seiner Regierung der Wahlverlierer präsentieren. Die Koalitionsverhandlungen mit der abgehalfterten SPÖ und den NEOS, die sich selbst als liberal verstehen, sei fast schon eingetütet, hieß es in den tonangebenden Medienorganen. Und nun? Im Zank um die künftige Steuerpolitik haben die NEOS den Verhandlungstisch verlassen. Knapp 100 Tage nach der Wahl liegt die Regierungsbildung damit in Trümmern.
Die ÖVP sieht in der SPÖ die schuldige Kraft an der Entwicklung. "Das Verhalten von Teilen der SPÖ hat zur aktuellen Situation geführt. Während sich Teile der Sozialdemokratie konstruktiv eingebracht haben, haben in den letzten Tagen die rückwärtsgewandten Kräfte in der SPÖ überhandgenommen", so ÖVP-Generalsekretär Stocker.

Es droht nunmehr die Unregierbarkeit, weil sich alle Parteien weigern, mit dem eigentlichen Wahlsieger, der FPÖ unter Herbert Kickl, zusammenzuarbeiten. Zur Erinnerung: Die Freiheitlichen hatten die Wahl Ende September gewonnen, wurden mit 28,8 Prozent stärkste Kraft in der Alpenrepublik vor der ÖVP (26,3 Prozent.) und der SPÖ (21,1 Prozent). NEOS waren bei 9,1, Grüne bei 8,2 Prozent gelandet.
Wie geht es weiter?
Bundespräsident Van der Bellen hatte im Anschluß Wahlverlierer Nehammer mit der Regierungsbildung beauftragt; ein absurdes Schauspiel. Begründet wurde dies mit der Erklärung, daß Sieger Kickl ja keine Partner beibringen könne. Nun ist es Nehammer, der ohne Regierung dasteht.
Was geschieht jetzt? ÖVP und SPÖ hätten eine hauchdünne Mehrheit, auf die man sich aber nicht verlassen will und wohl auch nicht kann. Eine Regierung mit den Grünen hatte die ÖVP im Vorfeld ausgeschlossen. Es bleibt also eigentlich nur, endlich auf die Realitäten anzuerkennen und auf Herbert Kickl zuzugehen. Ansonsten müßten Neuwahlen her. Jeder weiß aber, daß die FPÖ dann ungeahnte Höhen erreichen könnte. Jüngste Umfrage deuten auf einen möglichen 40-Prozent-Triumph hin.
Die Lage ist vergleichbar mit der Situation in der BRD, wo die AfD ausgegrenzt werden soll.<<

Italien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/25" berichtet am 3. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Unmut über die linksorientierte Justiz**

Italien: Der Prozeß gegen den ehemaligen Innen- und jetzigen Verkehrsminister Matteo Salvini offenbart die Probleme mit der Migrationspolitik

Fabio Collovati

Der Prozeß gegen Vize-Ministerpräsident und Verkehrsminister Matteo Salvini in Palermo - das Urteil lag zu Redaktionsschluß leider nicht vor - wegen des Vorwurfs der Freiheitsberaubung und des Amtsmißbrauchs in Zusammenhang mit der Festsetzung eines Migrantenschiffes spaltete Italien lange Zeit. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung hatten angekündigt, in Revision zu gehen. Die Staatsanwaltschaft, weil sie es für erwiesen hielt, daß der damalige italienische Innenminister Salvini im Jahr 2019 das Schiff einer spanischen Hilfsorganisation Open Arms mit 147 Migranten an Bord wochenlang am Einlaufen in einen Hafen hinderte.
Die Anklagebehörde wertete dies vor Gericht als Freiheitsberaubung und Amtsmißbrauch und forderte für den Vorsitzenden der Rechtspartei Lega sechs Jahre Haft. Der derzeitige stellvertretende Ministerpräsident sprach dagegen von einem "Showprozeß" und forderte die Einstellung des Verfahrens. "Ich habe nicht die Absicht, zurückzutreten, ich sehe es als meine Pflicht an, die Grenzen zu verteidigen", sagte Salvini, als er das Gerichtsgebäude betrat.
Rückendeckung erhielt Salvini von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni von den nationalkonservativen Fratelli d'Italia. Sie sah keinen Grund für einen Rückzug ihres Kabinettskollegen. Salvini habe nur die Grenzen der Nation verteidigt, sagte Meloni und stellte die Frage, ob die Justiz unterwandert sei. Die Opposition und der italienische Richterverband warfen der Regierung dagegen vor, unzulässigen Druck auf die Justiz auszuüben.
In zwei ähnlichen Fällen war der Lega-Chef freigesprochen worden, weil die Richter argumentierten, der Innenminister habe lediglich die damalige Regierungspolitik umgesetzt. Diesmal bewerteten Beobachter die Ausgangslage anders. Zahlreiche damals direkt oder indirekt Beteiligte haben zu Lasten Salvinis ausgesagt. Salvini focht das nicht an. Er habe die Würde Italiens verteidigt, doch eine linksorientierte Justiz sei ihm in den Arm gefallen.<<

04.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Neue Studie aus Labor der US-Arzneimittelbehörde findet deutliche Verunreinigungen von Covid-Impfstoffen**

Die Covid-Impfstoffe könnten mit einer 470-fach zu hohen Menge an Rest-DNA verunreinigt sein, befindet eine neue Studie aus einem Labor der amerikanischen Arzneimittelbehörde. Anders als bei früheren Studien mit ähnlichen Ergebnissen waren jetzt staatliche Wissenschaftler anwesend.

Wim Lukowsky

Möglicherweise sind die Covid-Impfstoffe mit DNA verunreinigt.

Immer wieder gibt es viele Fragen über die Verunreinigung der mRNA-Impfstoffe, die während der Pandemie entwickelt und innerhalb weniger Wochen zugelassen wurden. Vor allem der Biologe Kevin McKernan hat wiederholt Untersuchungen unternommen, die eine Verunreinigung beweisen sollen - von staatlicher Stelle gab es derartige Ergebnisse bislang nicht.

In Deutschland lag das auch mitunter daran, daß das für die Arzneimittelüberwachung zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) den Angaben der Hersteller vertraute, die bei den eigens durchgeführten Studien keine Warnsignale für eine Verunreinigung sahen. Private Labore haben hingegen immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Verunreinigung einiger Wirkstoffe vorliegen könnte.

Jetzt hat erstmals ein offizielles Labor der US-amerikanischen Food and Drug Administration (zu Deutsch: Lebens- und Arzneimittelbehörde, FDA) eine Verunreinigung nachgewiesen. Die FDA ist ein Äquivalent zum deutschen PEI und ebenfalls mit der Pharmakovigilanz beauftragt. Dennoch sind die Befunde keine offiziellen Ergebnisse: Die Untersuchung wurde zwar in dem Labor des White Oak Campus der FDA im US-Bundesstaat Maryland durchgeführt - allerdings von Medizinstudenten.

Dennoch wurde die Untersuchung unter Aufsicht zweier Wissenschaftler der FDA durchgeführt. Veröffentlicht wurde die Studie unter dem Titel "A rapid detection method of replication-competent plasmid DNA from COVID-19 mRNA vaccines for quality control" (zu Deutsch: Ein Schnellnachweisverfahren für die Qualitätskontrolle von mRNA-Impfstoffen gegen Covid-19 mit sich vervielfältigender Plasmid-DNA) im Journal of Highschool Science (JHSS), einem Magazin für Studenten, das zwar vergleichsweise viele Arbeiten annimmt, dennoch einen soliden Ruf im Bildungssystem der USA genießt.

In der Studie ging es also um die Darlegung einer Methode, um Rest-DNA oder andere Verunreinigungen festzustellen. Im Ergebnis zeigten die Untersuchungen der Pfizer-Präparate von BioNTech einen sechs- bis 470-fach höheren Anteil an Rest-DNA, als es von der Weltgesundheitsorganisation als sicher angesehen wird.

Was können die Verunreinigungen bewirken?

Diese Plasmide, so die Sorge, können durch den mRNA-Wirkstoff direkt in menschliche Zellen vordringen. Dadurch aktivierte Gene könnten dafür sorgen, daß Krankheiten ausgelöst oder nicht mehr verhindert werden.

Auch Autoimmunreaktionen können eine Folge dieses Eingliederungsprozesses sein, befand etwa Dr. Phillip Buckhaults, Professor für Pharmazie an der Universität von South Carolina, in der Vergangenheit. In der unter der Aufsicht der FDA-Wissenschaftler durchgeführten Studie kommen die Autoren zu dem Schluß: "das potentielle Gesundheitsrisiko, das von verbleibenden kleinen DNA-Fragmenten ausgeht, ist derzeit nicht bekannt".

Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen, etwa von Kevin McKernan, gehen die Autoren davon aus, daß "kleinere DNA-Fragmente immunstimulierend wirken können und zu lokalen Reaktionen nach der Impfung beitragen", es seien jedoch weitere Forschungsarbeiten erforderlich, um den tatsächlichen gesundheitlichen Einfluß von Rest-DNA zu erforschen. Denn: Ei-

gentlich sollten die verbleibenden DNA-Fragmente durch ein Enzym zerlegt werden. Und damit im Übrigen auch das Simian-Virus 40, dessen Verwendung in den Impfstoffen für viel Aufsehen sorgte.
Die Autoren gingen für die Studie davon aus, daß SV40 tatsächlich eine unbedenkliche Rolle spielt und wollten lediglich ein System darlegen, um die Menge der Rest-DNA zu bestimmen. Dafür setzten sie auf zwei Methoden: Die NanoDrop-Analyse und die Qubit-Analyse. Beide wurden bereits in einer im Mai veröffentlichten Studie von Brigitte König und Jürgen O. Kirchner verwendet und zeigten die bis zu 534-fache Menge an zulässiger Rest-DNA. Der geschäftsführende Direktor des Instituts für Pharmazeutische Biologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Rolf Marschalek, reichte gegen diesen Befund laut Correctiv Beschwerde ein.
Sind die Methoden sicher?
Seiner Ansicht nach war der Methodenteil unzureichend erklärt, wodurch die Falsifizierbarkeit nicht möglich sei. Marschalek nannte die angewendeten Methoden "wahrscheinlich unmöglich" - die Autoren der Studie aus Maryland kamen jetzt aber mit identischen Mitteln zu einem nur leicht niedrigeren Ergebnis.
Außerdem gingen sie auf die von Marschalek geäußerten Zweifel ein und merkten an, daß die Anzahl von Rest-DNA in den Impfstoffen durch die angewendeten Methoden tatsächlich überschätzt werden kann. Die Autoren erklärten aber auch, daß die Anzahl der Rest-DNA nicht zwingend über eine Immunreaktion entscheide - auch bei niedrigen Werten könnte es demnach zu Erkrankungen kommen, genauso könnten aber auch hohe Werte folgenlos bleiben.
Ein weiteres Argument, das oft gegen derartige Befunde ausgespielt wird, betrifft die Herkunft der für die Untersuchung verwendeten Impfdosen. So schreibt etwa die australische Arzneimittelbehörde, die Therapeutic Goods Administration, oft werden für derartige Untersuchungen veraltete, bereits angebrochene oder falsch gelagerte Dosen verwendet. Die Autoren der Studie aus dem FDA-Labor gaben an, die Dosen von BEI Resources bezogen zu haben - einer Organisation, die auch mit dem National Institutes of Health, einer Behörde des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums zusammenarbeitet.
Im Gegensatz zu früheren Studien arbeiteten die Autoren mit offiziellen Stellen zusammen und konnten die Ergebnisse früherer Untersuchungen bestätigen. Die einzige Frage, die auch diese Studie nicht abschließend klären kann, ist die nach der Wirksamkeit der Methoden: staatliche Stellen, wie etwa das Paul-Ehrlich-Institut, gehen oft davon aus, daß die angewendeten Methoden nicht geeignet sind, um schädliche Rest-DNA festzustellen.
Der Umstand, daß die neuerliche Studie in einem FDA-Labor unter Aufsicht zweier FDA-Wissenschaftler stattfand, spricht jedoch für die Anwendung solcher Methoden, zumindest um Sicherheitssignale zu prüfen und daraufhin weitere Untersuchungen einzuleiten. So wirklich untersucht wurden die gefundenen Verunreinigungen bislang jedoch nicht.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Zitelmann verteidigt "Welt-Beitrag" von Musk**
Von *Valentina Schacht*
Der Gastbeitrag von Elon Musk in der "Welt am Sonntag" sorgt seit Tagen für Aufregung in Politik und Mainstream: Mit deutlichen Worten hat sich der Tech-Unternehmer und Trump-Vertraute für die Wahl der AfD ausgesprochen. Während das Establishment zum verbalen Angriff über geht, hält der Historiker und Unternehmer Rainer Zitelmann jetzt mit einem Beitrag im "Focus" dagegen.
Jener Zitelmann, mit dessen Namen zwei der brisantesten geschichtspolitischen Vorstöße verbunden sind, die in der BRD für große Aufregung sorgten: Sein Appell zum 8. Mai 1945 und seine zum Skandal aufgebauschte Biographie "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs",

die nun in einer erweiterten Neuauflage erhältlich ist. …
Nicht nur die linksgrüne Medienblase tobt nach den jüngsten Veröffentlichungen von Elon Musk. CDU-Chef Friedrich Merz empfindet den Meinungsbeitrag etwa als "übergriffig", Noch-Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) meint, dies werde "der Demokratie noch sehr stark schaden". Doch Rainer Zitelmann, bekannt für einen klaren Blick auf die politischen Verhältnisse, hält nun im "Focus" dagegen. Er schreibt: "Die Aufregung verrät viel über die politische Unkultur in Deutschland."
Und er weist darauf hin, daß es in der "Welt" schon Meinungsbeiträge von ausgewiesenen Linken wie Oskar Lafontaine, dem Mao-Bewunderer Slavoj Zizek oder Susanne Hennig-Wellsow gab, ohne daß dies irgendjemanden aufgeregt hätte. Auch wenn Zitelmann kein Anhänger der AfD ist, so bricht er in seinem "Focus-Beitrag" doch eine Lanze für die Meinungsfreiheit und verteidigt in diesem Sinne die Wortmeldung von Elon Musk.

Werbung von Elon Musk ist ein Eisbrecher für die AfD

Elon Musk und seine wiederholten Pro-AfD-Aussagen wirken wie ein Eisbrecher in der verkrusteten BRD-Politlandschaft. Sie eröffnen neue Debattenräume und tragen zur Entdämonisierung der AfD und ihrer Kanzlerkandidatin Alice Weidel bei. Nun kündigte der Tech-Unternehmer auf seiner Plattform X sogar ein Gespräch (auf X-Spaces) mit Weidel an, was erneut für großen Wirbel sorgen dürfte. Das deutsche Politkartell steht dieser Wahlkampfunterstützung weitgehend hilflos gegenüber, beschränkt sich auf reflexartige Warnungen vor einer ausländischen Einmischung in den Wahlkampf.
Welch eine Scheinheiligkeit, wie auch der Journalist Moritz Eichhorn in einem Kommentar für die "Berliner Zeitung" treffend formuliert: "Denn deutsche Politiker, Journalisten und Aktivisten mischen sich andauernd ungeniert in den amerikanischen Wahlkampf ein und lassen Ausländer sich bei uns einmischen.
Vor wenigen Monaten erklärte Klingbeil im Radio: 'Wir wollen Kamala Harris im Weißen Haus.' Ralf Stegner und Luisa Neubauer machten in den USA Wahlkampf für die Demokraten". Gut möglich, daß es die etablierten Parteien mit ihrer offensichtlichen Doppelmoral einmal mehr übertreiben und damit letztendlich nicht nur Elon Musk weitere Aufmerksamkeit verleihen, sondern die AfD noch weiter stärken.
Doch zurück zu Zitelmann, der keinen Tabubruch scheut: Natürlich gibt es sein "Skandal-Buch" auch bei uns, sogar in neuer Auflage. Rainer Zitelmann kommt in "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" zu Erkenntnissen, die den heutigen Zeitgeist-Historikern nicht schmecken. Deswegen wird seine sensationelle Hitler-Biographie heute totgeschwiegen. Wir machen da nicht mit - und empfehlen Ihnen daher erst recht die um drei Aufsätze erweiterte Neuauflage dieses einzigartiges Werkes …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Wer glaubt's? CSU will durchgreifen**

Von *Sven Eggers*

Die CSU entdeckt jetzt, kurz vor der Wahl, ihre markige Seite und legt einen "Law-and-Order-Plan" vor. Wie peinlich ist das?! Die Täterparteien setzen weiter auf Wählertäuschung. …
Kein Witz: Das Papier, das die CSU-Landesgruppe zu Beginn der kommenden Woche im Rahmen ihrer Winterklausur im oberbayerischen Seeon verabschieden will, trägt den Titel: "Unser Sicherheits-Plan für ein Law-and-Order-Deutschland". Es folgen 21 Punkte, die irgendwie nach AfD klingen sollen. Es geht um härtere Strafen für Kriminelle, um Abschiebungen und dergleichen. Die SPD wirft den Schwarzen denn auch Anbiederung an die Blauen vor.
Ganz besonders gierig ist die CSU auf die Einrichtung immer weiterer Sicherheitsvorkehrungen. Da ist der gläserne Bürger dann nicht mehr weit: "Unsere Straßen und Plätze müssen

spürbar und sichtbar sicherer werden, mit einem Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten und Systemen zur automatischen Gesichtserkennung an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen Kriminalitätsschwerpunkten zur Identifizierung schwerer Straftäter."

Die CSU früher

Falschspielerei, Anbiederung, Verlogenheit: Was ist nur aus der Partei von Franz Josef Strauß geworden? "Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden." Dieses Zitat stammt nicht etwa von Björn Höcke, sondern so sprach CSU-Urgestein Strauß im Jahre 1977. Auch sonst setzte Strauß auf Klartext, erarbeitete sich insbesondere in der Ära der SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt den Titel als Sozialistenschreck.

Kostproben: "Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam." / "Wem es bei uns (…) nicht paßt, der kann ja hinüber gehen in die Sowjetzone." / "Irren ist menschlich. Aber immer irren ist sozialdemokratisch." / "Ich will lieber ein kalter Krieger sein als ein warmer Bruder." / "Was passiert, wenn in der Sahara der Sozialismus eingeführt wird? Zehn Jahre überhaupt nichts, und dann wird der Sand knapp." / "Was wir in diesem Land brauchen, sind mutige Bürger, die die roten Ratten dorthin jagen, wo sie hingehören - in ihre Löcher."

Keine Aufbegehrer

Die heutigen Unionsparteien haben kaum noch Gemeinsamkeiten mit solchen Charakterköpfen, aber eben auch nicht mit der nationalkonservativen Politik, für die Strauß und seine Gefährten standen. In einer Zeit, in der Gassenhauer wie "Schwarzbraun ist die Haselnuß" als "rechtsextremes Liedgut" gelten, Zigeunerschnitzel aus den Restaurants verbannt werden und die Suche nach einer künstlichen Geschlechteridentität wichtiger ist als die Frage nach der Zukunft unseres Landes, würde ein alter Haudegen und Weltkriegs-Veteran seines Formats ganz sicher mit den Bürgern gegen eine solche Politik aufbegehren.

Auch in der CSU wurde die von Strauß denkbar hoch gehängte Meßlatte nach ihm nicht mehr erreicht. Stoiber schlug sich 2002 als Kanzlerkandidat immerhin achtbar gegen den Amtsinhaber Gerhard Schröder und teilte mit ihm die Ablehnung einer deutschen Beteiligung am Irakkrieg.

Von Seehofer bleibt positiv in Erinnerung vor allem sein Bonmot aus dem Jahr 2010: "Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden." Nach zehn Jahren als bayerischer Ministerpräsident folgte er Anfang 2018 dem Ruf der Kanzlerin und übernahm das Bundesministerium des Innern, was auf seinen Wunsch hin noch um den Zusatz "und für Heimat" ergänzt wurde. Aber es blieb bei diesem symbolischen Akt, es folgte keine entsprechende Aktion.

Nichts als heiße Luft!

Zwar entwickelte Seehofer ein Gespür für die im Volk aufkommende Wut, doch seine Verbalattacken und Ultimaten in Richtung der Kanzlerin blieben Luftnummern. Noch als Ministerpräsident kündigte er im Frühjahr 2016 eine Verfassungsklage des Freistaates Bayern gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung an - um dann doch nicht nach Karlsruhe zu ziehen.

Auch die Forderung einer Obergrenze von 200.000 Asylbewerbern, mit der er im Bundestagswahlkampf 2017 auftrumpfte, opferte er am Ende auf dem Merkel-Altar. Im politisch so verheerenden Sommer 2018 drohte er schließlich sogar, seine Kompetenz als Innenminister zu nutzen, um die Grenzen auch ohne die Zustimmung von Merkel zu schließen. Doch als ihm Markus Söder in den Rücken fiel, knickte er ein.

Dabei wäre die CSU-Basis hinter ihm gestanden, wie Umfragen zeigten - er hätte sie nur mobilisieren müssen. "Heißluftplauderer" und "Drehhofer" waren zu dieser Zeit noch die nettesten Bezeichnungen, die er sich gefallen lassen mußte. Und damit liegt er noch deutlich über

den heutigen CSU-Gernegrößen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Wie Alice den Haß besiegt - und die Herzen gewinnt**
Von *Jürgen Elsässer*
Alice Weidel auf der Siegerstraße: Sie steht für das ruhige und friedliche Deutschland, das wir in den Zeiten von Helmut Schmidt und Helmut Kohl noch erleben durften. In ihr lebt deren Politik fort, die die Altparteien längst verraten haben. …
Ein NDR-Kommentator nannte sie "Nazi-Schlampe", ein CSU-Generalsekretär "Reichsbürgerin", der Rapper Farid Bang wollte ihr das Nasenbein brechen, sein Kumpan Tarek Ebéné schlitzte eine Puppe von ihr auf: Gegen Alice Weidel ist alles erlaubt.
Der Haß gilt ihrer Person, denn mit ihren Reden scheucht sie den Bundestag auf wie der Fuchs den Hühnerstall. Dabei bleibt die Blondine eiskalt wie Sharon Stone in "Basic Instinct". Ihre Rüstung ist der blaue Blazer, die gestärkte Bluse, die obligate Perlenkette. Keine kann Verachtung in ihrer Mimik so vernichtend zum Ausdruck bringen wie diese Frau.
Wenn sie den Namen Strack-Zimmermann ausspricht intoniert sie die Konsonanten wie Granatsalven. Ihr Blick ist schneidend, ihr Lachen höhnisch. Die Ampel-Männchen erkennen: Diese Domina macht sie notfalls mit der Peitsche gefügig. Den geschlechtslosen Ministerinnen ist sie die Nemesis aus der bipolaren Analogwelt, die Wiedergängerin von Maggy Thatcher. Die Bürgerliche ist zum Schrecken der woken Bourgeoisie geworden, die Lesbe zum Racheengel der verfemten Weiblichkeit.
Die letzte Chance
Mit ihren Qualitäten und ihrer konservativ-liberalen Prägung könnte Weidel an der Spitze der CDU oder der FDP stehen. Aber, und das ist der zweite Grund für den Haß, sie ist eben die Frontfrau der AfD. Die soll vernichtet werden - nicht, weil sie so rechtsextrem ist, sondern, gerade umgekehrt, weil sie so bieder ist: Sie hat die Programmatik der vormerkelschen Christdemokratie revitalisiert, das ist ihr Markenkern, deswegen der Haß gegen sie. Wer will schon an seine eigene bessere Vergangenheit erinnert werden, deren Ruinen er fortwährend schleift?
Die AfD ist Fleisch vom Fleisch der alten Bundesrepublik, und diese Erinnerung muß ausgebrannt werden. Weidel steht für die Klassik des rheinischen Kapitalismus, einer recht angenehmen Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Die entarteten Erben von Helmut Kohl und Helmut Schmidt aber wollen einen neuen Totalitarismus, der die schlechtesten Elemente von DDR, Drittem Reich und 68er Revolte kombiniert, Weltkrieg gegen Rußland inklusive.
Dagegen standen alle Bundeskanzler, die bis zum Jahr 2005 amtierten. Weidel ist die Einzige, die an deren Tradition anknüpfen kann, weil sie auch im Westen immer beliebter wird. Sie ist, um ein Bonmot von Björn Höcke zu variieren, "die letzte evolutionäre Chance" für die Bundesrepublik.
Mit dem Rückenwind von Elon Musk ist Alice Weidel, die schon aktuell bei der Kanzlerfrage in Führung liegt, der Sieg nicht mehr zu nehmen. Wer würde es wagen, ihr die Regierungsspitze zu verweigern, wenn die AfD über 30 Prozent bundesweit erhält und erkennbar die Unterstützung der neuen US-Regierung hat? Seien wir realistisch, denken wir das Unmögliche!<<
Österreich: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Österreich: Kanzler Nehammer (ÖVP) tritt zurück**
Österreichs Kanzlerpartei ÖVP hat Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ abgebrochen. Das berichtet die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf Parteikreise. Eine Große Koalition (Groko) aus Konservativen und Sozialdemokraten ist damit vom Tisch.
Österreichs Kanzler Karl Nehammer will als Regierungschef und als Chef der konservativen ÖVP zurücktreten. Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen werde er sich in den

kommenden Tagen von diesen Posten zurückziehen, sagte er in einer Videobotschaft.
"Wir haben lange und redlich verhandelt. In wesentlichen Punkten ist mit der SPÖ keine Einigung möglich", teilte Nehammer mit. "Die Volkspartei steht zu ihren Versprechen: Wir werden leistungs- und wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen oder neuen Steuern nicht zustimmen. Daher beenden wir die Verhandlungen mit der SPÖ und werden sie auch nicht fortsetzen."
Laut "Kronen-Zeitung" soll am Sonntag der ÖVP-Vorstand tagen. Als mögliche Nehammer-Nachfolger werden Karoline Edtstadler, Wolfgang Hattmannsdorfer gehandelt - und Ex-Kanzler Sebastian Kurz.<<

05.01.2025

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Karl Haushofer und die deutschen Stämme**

Von *Daniell Pföhringer*

Woher kommen wir eigentlich - und wie wurden wir zu einer Nation? Um Antworten auf solche Fragen zu finden, sollte man auf Quellen zurückgreifen, die das Deutschtum unverfälscht betrachten. Karl Haushofers "Die Geschichte der deutschen Stämme" empfiehlt sich hier besonders.

Stolze Sachsen, clevere Schwaben, urwüchsige Bayern, sturmerprobte Friesen: Das deutsche Volk lebt von der Vielfalt seiner Stämme. Man könnte auch sagen: "Diversity?" - Haben wir schon! Doch allzu sehr verschwimmen die Kategorien in einer Zeit, in der ein in Erfurt lebender Schwarzafrikaner kurzerhand zum "Thüringer" erklärt wird - oder ein Chinese in Frankfurt zum "Hessen". Außerdem: Auch Schlesier und Pommern zählen zu den deutschen Stämmen. Von denen redet heute keiner mehr.

Da lohnt es sich, auf alte Quellen zurückzugreifen, aus denen unverfälscht hervorgeht, wer die Deutschen sind - und wie ihre Stämme zu charakterisieren sind. Über Jahrhunderte gewachsen. Genau dies stellt das Buch "Die Geschichte der deutschen Stämme - Das Werden des deutschen Volkes" in einzigartiger Weise dar - ganz ohne politisch korrekten Filter. Denn: Bei dem Werk handelt es sich um eine inhaltlich originalgetreue Neuausgabe eines Werkes von 1941, herausgegeben von keinem Geringeren als Karl Haushofer.

Haushofer, im Ersten Weltkrieg Generalmajor, später Professor für Geographie, gilt als Vater der deutschen Geopolitik, einer Disziplin, die heutzutage eine Renaissance erfährt, hierzulande jedoch seit dem Zweiten Weltkrieg als verfemt gilt.

Der Herausgeber der "Geschichte der deutschen Stämme" unterhielt ein weltweites Netzwerk, das bis nach Japan und Tibet reichte, und gilt als Mentor von Rudolf Heß. Viel spricht dafür, daß Haushofer auch der Ideengeber für dessen Englandflug 1941 war. Seine "Geschichte der deutschen Stämme" ist die erste umfassende und wissenschaftlich fundierte, aber dennoch allgemeinverständliche Darstellung zu diesem Thema, die nun in einer Neuauflage vorliegt.

Tatsächlich ist die Identität des deutschen Volkes bis in unsere heutige Zeit hinein geprägt von der kulturellen Vielfalt der deutschen Stämme und ihren historisch gewachsenen Eigenarten. Daß Deutschland - anders Frankreich - keine zentralstaatliche Tradition hat und immer noch bundesstaatlich organisiert ist, liegt nicht zuletzt in seinem reichen stammesgeschichtlichen Erbe und dem immer noch vorhandenen Heimat- und Zugehörigkeitsbewußtsein vieler Menschen in ihren jeweiligen Regionen begründet.

Der Weg zur nationalen Einheit aller Deutschen konnte in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten nur gelingen, indem sowohl die vorhandenen stammesgeschichtlichen Gegensätze und Gegnerschaften überwunden wurden als auch die Stämme als identitätsstiftende Stützpfeiler des Volkes Anerkennung und staatliche Unterstützung fanden.

Das war ein schwieriger Prozeß, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist - gerade weil vielen politisch Verantwortlichen jegliches Gespür für die Bedeutung und den Wert kollektiver Identitäten und das Wissen über geschichtliche Zusammenhänge abgeht. Statt dessen ergeht

man sich in Multikulti und Fremdentümelei. So etwas findet man in "Die Geschichte der deutschen Stämme" selbstredend nicht. Es handelt sich um ein kerndeutsches Werk!
Haushofer war es 1941 gelungen, namhafte Wissenschaftler - Historiker, Germanisten, Volkskundler und Geographen - zusammenzubringen, die sich in dem 564 Seiten starken Werk der Geschichte der germanischen Stämme von der Frühzeit bis zur Gegenwart widmen. Viele der Autoren, die Beiträge zu "Die Geschichte der deutschen Stämme" beisteuerten, gelten heute als Fall für den Giftschrank.
In Haushofers Werk liest man, wie sich die "Altstämme" - Baiern, Franken, Schwaben, Thüringer, Sachsen und Friesen - schon zur Völkerwanderungszeit bildeten und sich im Zuge der deutschen Ostsiedlung neue Stämme entwickelten. Dies alles wird aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven beschrieben - und in ihren macht- und raumpolitischen Auswirkungen auf das Entstehen eines gesamtdeutschen Volksbewußtseins verdeutlicht. Ein erfrischend politisch unkorrektes Werk aus einer Zeit, in der man sich der eigenen Wurzeln noch bewußt war.
Die Wurzeln unseres Volkes - ohne politisch korrekten Filter! In seinem Werk "Die Geschichte der deutschen Stämme" zeigt uns der Karl Haushofer, der Vater der deutschen Geopolitik, woher wir stammen und worin unser historischer Auftrag besteht. Eine deutsche Stammesgeschichte ohne zeitgeistige Verzerrungen.<<
Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Lawrow: Was er wirklich sagte**
Von *Valentina Schacht*
Russische Medienvertreter haben mit Putins Außenminister Lawrow zum Jahreswechsel ein Grundsatz-Interview geführt. Westliche Medien berichteten, wenn überhaupt, verkürzt und vermeldeten zumeist nur die Kritik an Syriens vormaligem Machthaber. …
Es geht COMPACT hier nicht in erster Linie um einen Wahrheitsanspruch, sondern um die Möglichkeit, daß sich Menschen selbst ein Bild machen können. Die Übersetzung verdanken wir in diesem Falle der empfehlenswerten Seite anti-spiegel.ru. Zwischenüberschriften sind von der COMPACT-Redaktion.
Warten auf Trump
Frage: Gibt es Anzeichen dafür, daß die Verhandlungen über eine diplomatische Lösung des Konflikts um die Ukraine Anfang nächsten Jahres nach der Amtseinführung von Donald Trump wieder aufgenommen werden könnten? Hat die russische Seite die Absicht oder gibt es eine Notwendigkeit zur Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen mit den USA unter der neuen Regierung?
Lawrow: Wir haben keine offiziellen Signale zur ukrainischen Regulierung erhalten. Bis zum 20. Januar, dem Datum der Amtseinführung, hat Donald Trump den Status eines "gewählten Präsidenten", und alle Richtlinien in allen Bereichen werden vom derzeitigen Präsidenten Joe Biden und seiner Regierung bestimmt. Und bisher ist nur dieser befugt, im Namen der USA mit Rußland in Kontakt zu treten. Das kommt von Zeit zu Zeit vor, wie wir regelmäßig mitteilen, aber von Verhandlungen über die Ukraine ist bei solchen Kontakten keine Rede.
Den zahlreichen Leaks und dem Interview von Donald Trump mit dem Time Magazine vom 12. Dezember zufolge spricht er davon, die Kampfhandlungen entlang der Kontaktlinie "einzufrieren" und den Europäern weitere Verantwortung für die Konfrontation mit Rußland zu übertragen.
Wir sind natürlich nicht zufrieden mit den Vorschlägen der Vertreter des Teams des gewählten Präsidenten, die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO um 20 Jahre zu verschieben und ein Kontingent von Friedenstruppen "britischer und europäischer Streitkräfte" in der Ukraine einzusetzen.

Sind verhandlungsbereit!

Die prinzipielle Haltung Rußlands zu der Regulierung ist bekannt. Das wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin wiederholt geäußert, unter anderem während der Pressekonferenz zu den Ergebnissen des Jahres am 19. Dezember. Wir waren und sind stets verhandlungsbereit.

Es ist jedoch wichtig zu verstehen, mit wem und worüber man sprechen soll. Das sind keineswegs leere Fragen. Der Präsident hat sie auch bei dem von mir erwähnten Treffen mit Journalisten ausführlich dargelegt. Ich für meinen Teil möchte besonders betonen, daß wir nur über verläßliche, rechtsverbindliche Vereinbarungen sprechen können, die die Ursachen des Konflikts beseitigen und einen Mechanismus enthalten müssen, der verhindert, daß sie verletzt werden.

Was die Aussichten für die russisch-amerikanischen Beziehungen angeht: Wenn die USA dazu bereit sind, sind wir offen für die Wiederaufnahme des politischen Dialogs, den Washington nach Beginn der Militäroperation unterbrochen hat. Da es die Amerikaner waren, die ihn unterbrochen haben, und nicht wir, ist es an ihnen, den ersten Schritt tun.

Vielleicht hat irgend jemand noch Illusionen, ich habe sie schon lange nicht mehr. Urteilen Sie selbst. Selbst wenn Donald Trump versucht, die bilateralen Beziehungen wiederherzustellen, muß er "gegen den Strom schwimmen" und dabei den parteiübergreifenden Konsens berücksichtigen, der sich in den USA zur Eindämmung Rußlands entwickelt hat, auch durch die Unterstützung des Neonazi-Regimes in Kiew. Und das ist gar nicht so einfach.

Darüber hinaus wird Rußland in amerikanischen Doktrinen als "Gegner" bezeichnet. Also schauen wir mal. Wenn die Amerikaner unsere Interessen berücksichtigen, wird der Dialog schrittweise wiederhergestellt. Wenn sie sie nicht berücksichtigen, bedeutet das, daß alles so bleibt, wie es ist.

Frage: Selenski hat zugegeben, daß die ukrainische Armee nicht in der Lage ist, die verlorenen Gebiete zurückzuholen. Was sagt Rußland das? Glauben Sie, daß die NATO die russischen Warnungen hinsichtlich der Unzulässigkeit der Mitgliedschaft der Ukraine in der Organisation in irgendeiner Weise beachtet hat?

Lawrow: Wir glauben keinen Erklärungen, sondern Fakten, insbesondere wenn es um das Kiewer Regime geht.

Bisher hat Kiew die Aufgabe, die "territoriale Integrität der Ukraine" innerhalb der Grenzen von 1991 wiederherzustellen und die russischen Truppen über diese Grenzen hinaus zurückzudrängen, nicht aufgegeben. Diese Aufgabe steht in der "Selenski-Formel".

Im Oktober fanden Treffen zur Vorbereitung eines zweiten "Friedensgipfels" statt. Sie wollen, wie wir wissen, Rußland dazu einladen, um uns eine Art Ultimatum zu stellen. Ich habe mehrfach erklärt, daß wir nicht an dem "Friedensgipfel" teilnehmen werden, selbst wenn wir eine Einladung erhalten würden.

Es ist unmöglich zu erraten, was Selenskis öffentliches Eingeständnis über die Unmöglichkeit, die verlorenen Gebiete mit Gewalt zurückzuholen, bedeutet. Diese Figur verkündet ständig irgendwas. Um ehrlich zu sein, haben wir aufgehört, das zu verfolgen.

Was unsere Warnungen vor der Unzulässigkeit der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO in jedweder territorialen Konstellation betrifft, so besteht, soweit man das beurteilen kann, in dieser Frage keine Einigkeit unter den Bündnismitgliedern. Da die langjährige Expansion der NATO eine der Hauptursachen der Ukraine-Krise war, gehört die Sicherstellung des blockfreien Status der Ukraine weiterhin zu den Zielen der Militäroperation, die erreicht werden müssen.

Einmischung als Methode

Frage: Wann wird der Westen aufhören zu versuchen, "Farbrevolutionen" in der Nähe der russischen Grenzen durchzuführen? Wird Georgien Ihrer Meinung nach mit der aktuellen Situa-

tion zurechtkommen?
Lawrow: Diese Frage muß man den westlichen Politikern stellen. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, einschließlich unserer nächsten Nachbarn, gehört seit langem zu ihrem außenpolitischen Arsenal. Seit vielen Jahren nutzen Washington und seine Satelliten dieses Instrument, um geopolitische Rivalen einzudämmen und Unerwünschte auszuschalten. Die Beispiele Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien und die Ukraine sind der Beweis dafür.
Was in Georgien geschieht, ist eine Folge der Anwendung von "Doppelstandards", wenn unter dem Vorwand einer imaginären Sorge um Demokratie und Menschenrechte alles getan wird, um die Ergebnisse von Wahlen zu "umspielen", die sogar von einer solchen Struktur mit angeschlagenem Ruf, wie der OSZE-BDIMR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte) als frei bezeichnet wurden. Warum soll man sie "umspielen"? Nur weil den Strippenziehern in Washington und Brüssel die Wahl des Volkes nicht gefiel.
Die USA und die EU versuchen, Tiflis in das verlogene Dilemma "mit uns oder gegen uns" zu bringen. Unterdessen scheint die georgische Regierung eine souveräne Politik aufbauen zu wollen, die den nationalen Interessen entspricht, und nicht zum Spielball in den Händen der Westler werden zu wollen, die Georgien in Richtung Destabilisierung, wirtschaftliche Probleme und eine Verschärfung der Beziehungen zu Rußland drängen.
Ich habe keinen Zweifel daran, daß das georgische Volk alles versteht und vorwärts gehen wird. Wir unsererseits werden uns nicht in die inneren Angelegenheiten Georgiens einmischen. Wir sind entschlossen, die russisch-georgischen Beziehungen genau in dem Maße zu normalisieren, in dem Tiflis dazu bereit ist.

Strangulierung der syrischen Wirtschaft

Frage: Wie sehen Sie die Entwicklung der Ereignisse in Syrien nach dem Machtwechsel? Warum hat sich Ihrer Meinung nach die Situation in dem Land so schnell entwickelt? Stimmt es, daß im gesamten Nahen Osten eine globale Umverteilung der Einflußsphären stattfindet?
Lawrow: Wir beobachten die Entwicklung der Lage in Syrien aufmerksam.
Es ist noch zu früh, um weitreichende Schlußfolgerungen zu den dort stattfindenden Ereignissen zu ziehen.
Wir können jedoch bereits jetzt sagen, daß einer der Gründe für die Verschlechterung der Lage die Unfähigkeit der vorherigen Führung war, unter den Bedingungen des langwierigen Bürgerkriegs die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Nach überzeugenden Erfolgen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unter Beteiligung der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben sich die Hoffnungen der Syrer, daß sich ihr Leben zum Besseren verändern würde, nicht erfüllt.
Das ist größtenteils die Schuld Washingtons, das die rohstoffreichste nordöstliche Region Syriens faktisch besetzt hat und an der Spitze einer Koalition seiner Satelliten auch erheblichen Sanktionsdruck auf Damaskus ausübt. Diese Art der "Strangulierung" der syrischen Wirtschaft hat ständig soziale Unzufriedenheit hervorgerufen.

Der fehlende Dialog

In dieser Situation war die Regierung gezwungen, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere die Subventionen für gesellschaftlich wichtige Güter und Dienstleistungen zu kürzen oder abzuschaffen. Die Proteststimmung in der Gesellschaft wuchs und die Unterstützung der Bürger für die Regierung nahm stetig ab.
Wir haben dem befreundeten syrischen Volk vielfältige Hilfe geleistet, unter anderem durch die Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Wiederherstellung der während des Konflikts zerstörten sozialen Infrastruktur und die Schaffung einer materiellen Basis für die Rückkehr syrischer Flüchtlinge und vorübergehend Vertriebener. Wir haben tatkräftig zu einer politischen Lösung beigetragen, auch im Rahmen des Astana-Formats.

Man kann jedoch feststellen, daß es der früheren Regierung trotz unserer dringenden Empfehlungen und aktiven Unterstützung nicht gelungen ist, einen konstruktiven Dialog mit den Gegnern und einflußreichen regionalen Nachbarn aufzubauen, um einen vollwertigen politischen Prozeß einzuleiten und auch die schwerwiegenden sozioökonomische Probleme zu lösen.
Was den zweiten Teil der Frage betrifft, würde ich die Ereignisse im Nahen Osten und in Nordafrika anders charakterisieren. Die dramatischen und tragischen Ereignisse, die wir erlebt haben, sind unserer Meinung nach größtenteils das Ergebnis des unverantwortlichen und destruktiven Vorgehens der USA. Um seinen Einfluß in diesem Teil der Welt aufrechtzuerhalten, hat sich Washington aktiv in die inneren Angelegenheiten arabischer Staaten eingemischt und aggressiv künstliche Trennlinien gezogen.
Die Menschen im Irak und in Libyen kämpfen immer noch mit den Folgen der Abenteuer der USA und ihrer Satelliten. Die Quelle chronischer Spannungen ist der anhaltende palästinensisch-israelische Konflikt, in dem Washington eine alleinige Vermittlerrolle spielen wollte.

Eine Spur der Gewalt

Die Kombination der genannten Faktoren führte im Oktober letzten Jahres zur Destabilisierung der militärpolitischen Lage im Nahen Osten. Seitdem erstreckt sich der "Bogen der Gewalt" vom palästinensisch-israelischen Konfliktgebiet bis zum Libanon und zum Roten Meer. Die iranisch-israelische Konfrontation hat einen gefährlichen Punkt erreicht. Über das, was in Syrien passiert, habe ich bereits gesprochen.
Rußland ist stets bestrebt, in der Region die Entwicklung von Methoden zur Lösung von Konflikten voranzutreiben, die vor allem die direkt Beteiligten zufrieden stellen. Die führende Rolle im Prozeß der Normalisierung der Situation sollte den Staaten des Nahen Ostens selbst zukommen. Wir sind bereit, sie dabei zu unterstützen.
Frage: Im Westen spricht man ständig von der angeblichen Beteiligung von nordkoreanischen Soldaten an Kampfhandlungen der Militäroperation und bezeichnet das als eine neue Eskalation seitens Rußlands. Dabei ist ihre Rhetorik Moskau gegenüber kategorisch und anklagend. Wie können Sie das kommentieren?
Lawrow: Wir haben den Hype über dieses Thema, der im Westen ständig angeheizt wird, wiederholt kommentiert. In letzter Zeit sind medialen Leaks noch aggressiver geworden. Sie lassen sich kurz mit den Worten des berühmten russischen Sprichworts beantworten: "Des Diebes Mütze brennt."
Wer Rußland etwas vorwirft, muß sich selbst im Spiegel betrachten. Soldaten und Söldner der NATO beteiligen sich auf Seiten der ukrainischen Streitkräfte offen an der Planung und Durchführung von Militäroperationen. Die NATO ist an der Invasion der Region Kursk und an Angriffen mit Langstreckenraketen auf russisches Territorium beteiligt. Der russische Präsident Wladimir Putin hat dies in seinen jüngsten öffentlichen Reden deutlich zum Ausdruck gebracht. Von welcher Eskalation unsererseits kann überhaupt die Rede sein?
Unter den Bedingungen des Informationskrieges kann man von Vertretern des Westens keine Objektivität erwarten. Wir werden ihre antirussischen Unterstellungen ruhig und argumentativ widerlegen.
Was die Zusammenarbeit mit der Demokratischen Volksrepublik Korea betrifft, werden wir sie im Einklang mit dem bilateralen Abkommen über die umfassende strategische Partnerschaft aufbauen, das kürzlich in Kraft getreten ist. Es sieht unter anderem eine gemeinsame Reaktion auf Bedrohungen gegen eine der Vertragsparteien vor.

Und Taiwan?

Frage: Ein weiterer Spannungspunkt in der Welt ist Taiwan. China arbeitet daran, dieses Problem zu lösen. Gleichzeitig sind die USA in der Vergangenheit wiederholt mit provokativen Aktionen in diesem Bereich aufgefallen. Glauben Sie, daß die Trump-Administration diesen

Prozeß beeinflussen wird? Wie real ist die Gefahr eines größeren Krieges in der Region?
Lawrow: Wir spekulieren nicht über die Pläne der künftigen US-Regierung, das ist Sache der Politikwissenschaftler. Wenn wir die allgemeine Situation in der Region bewerten, verschlechtert sie sich weiter.
Die USA und ihre Satelliten erklären ihr Bekenntnis zum "Ein-China-Prinzip", bestehen jedoch auf der Aufrechterhaltung des Status quo, was bedeutet, daß die aktuelle Situation auf unbestimmte Zeit aufrechterhalten wird. Gleichzeitig gehen die Amerikaner in der Taiwanstraße provokativ vor, liefern Waffen nach Taipeh und entwickeln einen quasi-politischen Dialog mit der dortigen Regierung. Alles in allem trägt das sicherlich zum Anwachsen separatistischer Gefühle bei, und die Methoden sind denen sehr ähnlich, die die Amerikaner einst verwendet haben, um in der Ukraine ein antirussisches Sprungbrett zu schaffen.
Für uns ist es offensichtlich, daß eine derartige Linie Washingtons, die es unter Verletzung seiner Verpflichtungen gegenüber Peking in Bezug auf Taiwan verfolgt, auf dem Wunsch beruht, den militärpolitischen Druck auf die Volksrepublik China zu erhöhen, und zur Untergrabung der regionalen Sicherheit an der Ostspitze des eurasischen Kontinents führt.
Unsere grundsätzliche Position zur Taiwan-Frage hat sich nicht geändert.
Das wurde nach dem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Volksrepublik China erneut in der gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs Rußlands und Chinas dargelegt.
Da hier jedes Wort zählt, zitiere ich einen Auszug aus dieser Erklärung: "Die russische Seite bekräftigt ihr Bekenntnis zum 'Ein-China-Prinzip', erkennt an, daß Taiwan ein integraler Bestandteil Chinas ist, lehnt die Unabhängigkeit Taiwans in jeder Form ab und unterstützt entschieden die Maßnahmen der chinesischen Seite zum Schutz seiner eigenen Souveränität und territorialen Integrität sowie zur Vereinigung des Landes." Wir werden uns weiterhin an diesen Bestimmungen orientieren.<<

06.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Statistik-Tricks: Wie sich das Kanzleramt die Asylzahlen schönrechnet**
"Der Trend setzt sich fort: Die Zahl der Asylgesuche ist 2024 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken", posaunt Regierungssprecher Steffen Hebestreit auf X. Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD) rechnet vor: 2024 seien die Asylgesuche im Vergleich zu 2023 um 34 Prozent zurückgegangen, im Vergleich zu 2022 um 15 Prozent.
Das stimmt sogar - ABER: Die Regierungspropaganda unterschlägt, daß es vor der Scholz-Regierung erheblich weniger Asylgesuche gab. Tatsächlich gab es in drei Scholz-Jahren mehr Asylgesuche in Deutschland als selbst unter der letzten Merkel-Regierung. Von 2017 bis 2021 suchten insgesamt 769.565 Menschen Asyl in Deutschland, während es allein in den drei Jahren der Anti-Deutschland-Ampel 790.557 waren!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Inflationsrate steigt auf 2,6 Prozent**
Der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland hat sich im Dezember 2024 weiter beschleunigt. Die Inflationsrate wird voraussichtlich 2,6 Prozent betragen, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Im November hatte die Teuerung bei 2,2 Prozent gelegen, im Oktober bei 2,0 Prozent.
Gegenüber dem Vormonat erhöhten sich die Verbraucherpreise im letzten Monat des Jahres voraussichtlich um 0,4 Prozent. Die deutlich aussagekräftigere Inflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, oftmals auch als Kerninflation bezeichnet, ist unterdessen voraussichtlich von 3,0 Prozent im November auf 3,1 Prozent Dezember gestiegen.
Damit liegt sie weiterhin deutlich höher als der Gesamtindex. Die Energiepreise waren im Dezember erneut niedriger als im Vorjahresmonat (-1,7 Prozent). Der Preisauftrieb bei Nah-

rungsmitteln lag bei 2,0 Prozent. Die Preise für Dienstleistungen stiegen um 4,1 Prozent.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Deutschlands Wirtschaft verzeichnet 20-Jahres-Hoch an Insolvenzen**

Laut Steffen Müller, Leiter der Insolvenzforschung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), ist das Insolvenz-Niveau Deutschland erstmalig wieder seit 2009 auf einem neuen Hoch. Besonders auffällig sei dabei auch, daß immer mehr wirtschaftliche Substanz verloren gehe.

Von *Redaktion*

Galeria war eines der vielleicht bekanntesten Unternehmen, die im vergangenen Jahr Insolvenz anmelden mußten.

Die Zahl an Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist erstmalig wieder so hoch wie während der Finanzkrise 2009. "Wir sind in der Größenordnung, wo einzelne Monate durchaus 20-Jahres-Hochs abgeben", so der Ökonom Steffen Müller gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Er ist der Leiter der Insolvenzforschung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

"Wir hatten zu Zeiten der Finanzkrise 2009 um die 1400 insolvente Personen- und Kapitalgesellschaften pro Monat. Jetzt haben wir das Niveau wieder erreicht", so Müller weiter. Nur im Bereich der Kleinstunternehmen würden 2024 noch wesentlich weniger Pleiten verzeichnet als 2009. Da die Unternehmen jetzt im Vergleich oft größer sind, wenn sie Insolvenz anmelden, würde immer mehr wirtschaftliche Substanz insolvent gehen, so Müller.

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform hatte zuletzt ähnliche Befürchtungen formuliert. Nach ihrem Bericht hatte Deutschland im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand der Zahl der Unternehmensinsolvenzen seit 2015 verzeichnen müssen. 121.300 Insolvenzverfahren wären den Zahlen der Wirtschaftsauskunftei nach offiziell registriert worden und damit 10,6 Prozent mehr im Vergleich zu 2023. Auch der Leiter der Creditreform, Patrik-Ludwig Hantzsch, sah Ähnlichkeit mit der Finanzkrise 2009: "Damit könnten bald wieder Insolvenzzahlen nahe an den Höchstwerten der Jahre 2009 und 2010 in Sichtweite kommen", so Hantzsch bei der Publizierung des Creditreform-Jahresberichts im Dezember.

Die Gefährlichkeit dieses Trends hatte Steffen Müller in einem bereits im Dezember veröffentlichten Beitrag auf LinkedIn offengelegt. "Daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen seit zwei Jahren nach historischen Tiefständen wieder steigt, ist den meisten bekannt. Weniger bekannt ist jedoch, daß insbesondere die gesamtwirtschaftlich wichtigeren - weil größeren - Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften einen immer größeren Anteil an allen Insolvenzen ausmachen", hieß es damals von dem Leiter der Insolvenzforschung.

"Die Grafik auf Basis der amtlichen Statistik zeigt, daß dieser Anteil bis August 2024 (aktueller Rand) auf 73 % angestiegen ist. Sie verdeutlicht außerdem, daß die Zahl insolventer Kleinstunternehmen etwa auf dem Vor-Pandemie-Niveau verharrt, während bei Personen- und Kapitalgesellschaften im gleichen Zeitraum ein Anstieg von über 40 % zu verzeichnen ist", so der Bericht weiter. "Diese Entwicklung führt dazu, daß die gesamtwirtschaftliche Relevanz des Insolvenzgeschehens tendenziell stärker zunimmt, als es ein Blick auf die Zeitreihe der Gesamtzahl aller Unternehmensinsolvenzen vermuten ließe", so das damalige Fazit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Musks Deutschland-Chef gibt der AfD 30 %!**

Von *Daniell Pföhringer*

Der einst führende Tesla-Manager in Deutschland traut der AfD zu, aus der Bundestagswahl im Februar als stärkste Kraft hervorzugehen - mit dem Rückenwind von Elon Musk und Donald Trump. …

Es ist wahrscheinlich eines der wichtigsten Ereignisse in diesem Bundestagswahlkampf: Am 9. Januar treffen sich Tech-Unternehmer Elon Musk und AfD-Chefin Alice Weidel zum

Plausch auf X. Der Mainstream ist schon jetzt in großer Aufregung, zumal sich im benachbarten Österreich eine Kanzlerschaft von FPÖ-Chef Herbert Kickl anbahnt was den Blauen hierzulande weiteren Auftrieb verschaffen könnte.
Doch auch der Musk-Talk dürfte weiter zur Popularität der AfD und ihrer Kanzlerkandidatin Alice Weidel beitragen. Das meint zumindest Philipp Schröder, der frühere Deutschland-Chef von Musks E-Auto-Firma Tesla. Der heutige Vorstandsvorsitzende des Energie-Start-ups 1Komma5 schrieb nun in einem viel beachteten Post auf dem Karrierenetzwerk LinkedIn:
"Es gibt eine Grundregel mit Blick auf Elon. Wette niemals gegen ihn! Wenn er etwas tut, dann aus einer Position heraus in der er selbst die komplette Steuerung hat und mit der fundamentalen Überzeugung 'what ever it takes' in die Umsetzung zu gehen. Mit unbegrenzten Mitteln und Willen."
Schröder kennt Musk wie kaum ein anderer. 2013 stieg er beim Autobauer Tesla ein, amtierte dann fast zwei Jahre lang als dessen Deutschland-Chef und arbeitete eng mit dem Konzernboß zusammen. "Musk ist ein fanatischer Arbeiter und erwartet das auch von allen anderen", so Schröder vor einigen Jahren in einem Interview mit einem Finanz-Youtuber.

AfD könnte stärkste Kraft werden

Angesichts der Unterstützung Musks für die AfD zeigt sich Schröder überzeugt: "Sollte er gemeinsam mit Trump hinter die AfD treten und zwar mit dem Mitteln der USA samt Außenministerium in Kombination mit X/Twitter und der Unterstützung von Springer/Döpfner - dann stehen uns zwischen dem 20.01 und dem 23.02 heiße Tage ins Haus."
Inzwischen ist durchgesickert, daß Alice Weidel - neben anderen rechten Promis wie Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni, Ungarns Premier Viktor Orban, Brexit-Ikone Nigel Farage und Argentinien-Präsident Javier Milei - sogar zur Amtseinführung Trumps am 20. Januar eingeladen ist.
Schröder dazu auf LinkedIn: "Der Amtseid in Washington wird zur kolossalen Machtdemonstration werden und der Auftakt sein. Neben Auftritten mit Weidel, die sicher auch von Trump ins Weiße Haus eingeladen werden wird - samt Mediengewitter! Sollte Weidel mit beiden in Air Force One 'den Masterplan für Deutschland' präsentieren, übernehmen die Macht der Bilder den Rest!"
Der einstige Tesla-Manager ist sich deshalb sicher: "Sollte (Musk) jetzt also ernsthaft in den Wahlkampf - inklusive Campaigning in Deutschland - eingreifen, wird das m. E, dazu führen, daß die AfD (abseits aller Umfragen) stärkste Kraft wird am 23.02. mit 30 % und mehr."

Mehrheit sieht AfD als Abschiebe-Partei

Eine aktuelle Umfrage zur Bundestagswahl des Instituts INSA im Auftrag der Bild-Zeitung sagt der AfD nach wie vor 20 Prozent voraus, doch andere Erhebungen zeigen, daß das Potential der Blauen und ihrer Kanzlerkandidatin Alice Weidel deutlich größer ist. So befürwortet laut INSA zwar eine klare Mehrheit der Deutschen - nämlich 76 Prozent - die CDU-Pläne, nach denen Asylbewerber nach der zweiten vorsätzlichen Straftat automatisch ausgewiesen werden sollen.
Allerdings traut nur eine Minderheit der Befragten von 36 Prozent CDU-Chef Friedrich Merz zu, daß er als Bundeskanzler seinen Worten auch Taten folgen lassen würde. Eine Mehrheit von 45 Prozent geht davon aus, daß Merz in dieser Frage einknicken würde, 19 Prozent sind sich unsicher.
Hingegen glaubt eine große Mehrheit von 47 Prozent, daß die AfD unter Alice Weidel für effektivere Abschiebungen sorgen würde, während nur 24 dies der Union zutrauen. SPD (5 %), Grüne, FDP und BSW (jeweils 2 %) und die Linke (1 %) sind bei diesem Thema weit abgeschlagen.

Keine Brandmauer in den Köpfen

Und noch eine weitere INSA-Umfrage spricht für einen weiteren Aufschwung der AfD und

zeigt zugleich, daß die sogenannte Brandmauer nur in den Köpfen der Berliner Altparteienpolitiker existiert, nicht aber in den Köpfen der Bevölkerung. Wie das Institut nämlich im Auftrag von Nius ermittelte, würde eine Mehrheit der Deutschen eine schwarz-blaue Regierungskoalition nach der Bundestagswahl im Februar bevorzugen.
Demnach glauben 35 Prozent, daß die Union (eher) mit der AfD eine größere inhaltliche Schnittmenge als mit den Grünen hätte, während 30 Prozent mehr Übereinstimmungen der CDU mit den Grünen sehen. Elf Prozent halten beide Optionen für ähnlich tragfähig, 24 Prozent wollten dazu keine Einschätzung abgeben.
Große Unterschiede gibt es dabei zwischen Ost und West. Nius schreibt dazu: "Während Befragte aus Ostdeutschland relativ-mehrheitlich und entsprechend häufiger als jene aus Westdeutschland die Meinung vertreten, daß die CDU mit der AfD größere Schnittmengen hat (40 zu 33 Prozent), sind die Westdeutschen hier geteilter Ansicht (33 Prozent AfD, 32 Prozent Grüne), nennen die Grünen aber deutlich häufiger, als dies Umfrageteilnehmer aus Ostdeutschland tun (32 zu 22 Prozent)."
Laut der INSA-Umfrage sehen Anhänger der Union mit 40 Prozent, aber auch die Wähler von SPD (45 Prozent) und Grünen (61 Prozent) größere inhaltliche Schnittmengen zwischen CDU und Grünen, während Anhänger des BSW (36 Prozent), der FDP (39 Prozent) und vor allem der AfD (78 Prozent) die Übereinstimmungen zwischen CDU und AfD für größer halten.
Die Daten zeigen: Für die AfD und ihre Kanzlerkandidatin Alice Weidel ist noch ordentlich Luft nach oben - erst recht, wenn Elon Musk und möglicherweise auch bald Trump für die Blauen in die Bresche springen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Neue Rekordwerte: Vertrauen in Weidel wächst**
Von *Sven Eggers*
Weit über 40 Prozent der Deutschen trauen Alice Weidel und der AfD zu, Abschiebungen straffälliger Fremder konsequent voranzutreiben. Keine Frage: Die Deutschen vertrauen dieser Kandidatin. …
Eine überwältigende Mehrheit der Bundesbürger wünscht eine Wende in der Asylpolitik. 76 Prozent finden es richtig, straffällige Asylbewerber nach der zweiten vorsätzlichen Straftat auszuweisen. Das hatte CDU-Spitzenkandidat Friedrich Merz in der vergangenen Woche vorgeschlagen.
Allerdings trauen die Menschen Merz und der CDU in dieser Frage nicht über den Weg. 45 Prozent gehen nicht davon aus, daß die Schwarzen tatsächlich vorhaben, Straftäter abzuschieben. An die AfD glauben in diesem Zusammenhang satte 47 Prozent. Zum Vergleich: Auf eine Asylwende mit der SPD setzen noch fünf Prozent. Die CDU kommt in dieser Frage auf 24 Prozent.
Weidel im COMPACT-Interview
Gegenüber COMPACT hatte die AfD-Kanzlerkandidatin vor einiger Zeit die Gründe angeführt: "Wir geben die richtigen Antworten. Wir sind in einer Lage, in der es den Menschen um ihre Existenz geht. Sie haben Arbeitsplatzverlust-Ängste und einen eklatanten Kaufkraftverlust. Mit dieser Politik treibt die Ampel-Regierung die Unternehmen und den Mittelstand aus dem Land. Die Regierung deindustrialisiert unser Land, wodurch wir überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Das bemerken die Menschen."
Und speziell zur CDU führte Weidel damals aus: "Die CDU ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Angela Merkel war aus meiner Sicht eine grüne Kanzlerin und die CDU hat sich unter ihrer Herrschaft immer weiter nach links und grün drücken lassen. Darum haben wir auch schwarz-grüne Landesregierungen." Und weiter:
"Vor allem Baden-Württemberg und NRW, das sind Bundesländer, in denen sehr viel Industrie ist. Schauen Sie sich diese ganze Regierungsriege mal an: nichts gelernt, nichts gearbei-

tet. Die haben ihre Ministerien mit Lobbyisten durchsetzt, die einfach nur Lobbyarbeit auf Kosten der Bevölkerung machen. Die schweigende Mehrheit kann sich aktuell nicht dagegen zur Wehr setzen, zumindest noch nicht. Ich glaube mittlerweile auch, daß das volle Absicht ist: Die Leute so dermaßen über den Tisch zu ziehen, damit sie eigentlich mit nichts anderem beschäftigt sind, als sich um ihre Existenz zu ängstigen und bloß keine unabhängigen Gedanken mehr fassen können."
Weidel zu weiteren Themenfeldern: "Das hat mit Demokratie überhaupt nichts mehr zu tun, hier wird Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung gemacht. Verbrennerverbot, Ausstieg aus der Kernkraft, Verbot von Heizungen, das bedeutet: Reißt mal alle eure Gas- und Ölheizungen raus und ersetzt diese mit irgendwelchen schwachsinnigen Wärmepumpentechniken oder mit einer Stromheizung, bei der auch niemand erklären kann, woher denn eigentlich der zusätzliche Strom kommen soll. Wir haben ja bereits jetzt keinen mehr. Die Rechnung geht vorne und hinten überhaupt nicht auf."
Weidel brachte es schon damals auf den Punkt: "Ich halte es auch für katastrophal, daß unsere Bundesregierung keinen roten Faden in der Außenpolitik hat. Sie ist unfähig, vermittelnd einzugreifen. Diese Rolle hatte die Bundesrepublik Deutschland einmal, aber wir haben uns davon vollständig verabschiedet. Man bekommt den Eindruck, daß Deutschland sich als eine Art Vorposten der USA geriert."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Sachsen-Anhalt: AfD-Mitglieder werden entwaffnet**

Von *Daniell Pföhringer*

Dank Stephan Kramers Schnüffelbehörde: Hobby- und Sportschützen mit AfD-Parteibuch werden in Sachsen-Anhalt reihenweise die Waffenbesitzkarten entzogen. …
Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat mehreren AfD-Mitgliedern ihre Waffenbesitzkarten entzogen. Wie das Magdeburger Innenministerium auf eine parlamentarische Anfrage der Linken-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt mitteilte, haben bislang fünf Hobby- und Sportschützen mit AfD-Parteibuch einen entsprechenden Bescheid erhalten. Ein weiteres Mitglied der Blauen soll seine Waffenerlaubnis sogar freiwillig zurückgegeben haben, nachdem ein Widerrufsverfahren eingeleitet worden war. Insgesamt prüfen die Behörden laut Innenministerium derzeit 51 weitere Fälle im gesamten Bundesland.
Die Überprüfungen gehen auf eine Entscheidung des Thüringer Verfassungsschutzes unter seinem umstrittenen Präsidenten Stephan Kramer zurück, der den sachsen-anhaltischen Landesverband der AfD sowie deren Jugendorganisation Junge Alternative (JA) als "gesichert rechtsextrem" einstuft hatte.
Der Antwort auf die Anfrage der Linken zufolge haben landesweit 74 AfD-Mitglieder eine Waffenbesitzkarte. 49 von ihnen sind Sportschützen, 25 sind Jäger. Insgesamt verfügen sie laut Innenministerium über 330 Schußwaffen, darunter 99 Pistolen und 231 Gewehre.
Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag von Sachsen-Anhalt, lobte das Vorgehen der Behörden gegen Waffenbesitzer mit AfD-Parteibuch. Gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung erklärte sie: "Die ersten Widerrufsbescheide zeigen, daß von diesen Personen nach individueller Prüfung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht." Von der AfD Sachsen-Anhalt gab es bislang noch keine Stellungnahme. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**FDP: Lindners letzte Tage**

Von *Sven Eggers*

Das heutige Dreikönigstreffen der FDP kommt für Parteichef Lindner denkbar ungelegen. Die Stimmung bei den Liberalen ist am Tiefpunkt. Zu Recht! Die FDP ist nur ein Schatten vergangener großer Tage. …
Das traditionelle Dreikönigstreffen am heutigen Tag in Stuttgart hätte der FDP kurz vor der

Bundestagswahl Auftrieb geben können. Statt dessen aber geht es um Schuldzuweisungen und innerparteiliche Abrechnungen. Meinungsforschungsinstitute sehen die Freien Demokraten derzeit einheitlich unter fünf Prozent und damit bald schon nicht mehr im Bundestag vertreten.

Die Neue Zürcher Zeitung: "Die Stimmung sei 'ziemlich am Boden', viele Mitglieder an der Basis seien 'resigniert', berichtet ein gut vernetztes Parteimitglied. Gerade in ländlichen ostdeutschen Regionen fehle mittlerweile die Kraft für einen engagierten Wahlkampf." Keine Frage: Es droht die Bedeutungslosigkeit.

Toilette statt Lindner

Mit seiner ellenlangen Rede am heutigen Mittag hat Lindner das Ruder jedenfalls nicht herumreißen können. Zwar gab es keine Pfiffe, sondern höflichen Beifall für den angeschlagenen Parteivorsitzenden, aber Begeisterung sieht nun wirklich anders aus. Die Bild vermeldete in ihrem Liveticker: "Lindner redet jetzt schon gut 40 Minuten. Bislang war wenig Überraschendes dabei. Und auch im Saal scheint sich ein wenig Trägheit einzustellen trotz lautem Applaus zwischendurch. Saßen die Parteimitglieder lange Zeit still auf ihren Plätzen, wird es aktuell etwas unruhiger, hier und da verlassen Zuhörer den Saal, nutzen die Zeit, um auf Toilette zu gehen."

Im Grunde ist es sehr bitter, was aus der FDP geworden ist. Denn die Partei hat die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte durchaus mitgeprägt. Einer derjenigen, die sich nach dem Krieg leidenschaftlich für Aussöhnung und gegen einseitige Schuldzuweisungen einsetzten, war Thomas Dehler, von 1949 bis 1953 Bundesminister der Justiz und von 1954 bis 1957 Parteivorsitzender der FDP. Sein Schlußstrich-Plädoyer war um so bemerkenswerter, da er im Dritten Reich drangsaliert worden war, weil er eine Jüdin geheiratet hatte. Und doch setzte er in seiner Eigenschaft als Bundesjustizminister ein Amnestiegesetz durch, um das politische Leben in der Bundesrepublik "zu entgiften", wie er sagte.

Dehler, der aus Oberfranken stammte, war liberal - also freiheitlich - im besten Sinne und Patriot durch und durch. Unablässig suchte er nach Wegen zur Wiedervereinigung und war bekannt für seine Appelle zur Rückgewinnung des von den Franzosen annektierten Saargebiets - was 1957 gelang.

Heuss als Leuchtturm

Die herausragende Persönlichkeit der FDP damals war zweifelsohne Theodor Heuss. Der erste Bundespräsident (1949-1959) begeisterte sich schon in jungen Jahren für die Ideen des liberalen Vordenkers Friedrich Naumann und wirkte in dessen Nationalsozialem Verein mit. Als Reichstagsabgeordneter der DDP stimmte Heuss 1933 zwar dem Nazi-Ermächtigungsgesetz zu, doch erst ein Jahr zuvor hatte er mit seinem Buch Hitlers Weg den Nationalsozialismus historisch, politisch und soziologisch kritisiert. Die neuen Machthaber verbrannten die Schrift öffentlich. 1948 wurde Heuss auf dem Gründungsparteitag der FDP zu deren erstem Vorsitzenden gewählt.

Es gab nach dem Krieg einen starken nationalliberalen Flügel, der sich vor allem in Nordrhein-Westfalen um den dortigen Landeschef Friedrich Middelhauve gruppierte. Im Juli 1951 verabschiedete der Verband ein Programm, das sich klar für die Soziale Marktwirtschaft aussprach, ein Jahr später wurde auf einem Parteitag in Bielefeld der "Aufruf zur Nationalen Sammlung - Deutsches Programm" beschlossen.

Darin bekannten sich die NRW-Liberalen "zum Deutschen Reich als der überlieferten Lebensform unseres Volkes und der Verwirklichung seiner Einheit". Man erklärte: "Deutschland kann und wird nie auf das Recht der Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat verzichten."

"Für Fortschritt durch Vernunft"

Freilich gab es von Anfang an eine Gegenbewegung zur markt- und nationalliberalen Strömung. Den Höhepunkt des Wirkens dieses linken Flügels markierte 1971 - also zur Zeit der

sozialliberalen Koalition unter SPD-Kanzler Willy Brandt - die Verabschiedung der "Freiburger Thesen" als neues Grundsatzprogramm der FDP.
Maßgeblicher Verfasser war Karl-Hermann Flach, unterstützt wurde das Papier vom damaligen Parteivorsitzenden und späteren Bundespräsidenten Walter Scheel. "Liberalismus", hieß es in dem Papier, "nimmt Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung" sowie "für Fortschritt durch Vernunft". Und er "fordert Demokratisierung der Gesellschaft" sowie eine "Reform des Kapitalismus".
Neben Scheel war Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu dieser Zeit die prägende Persönlichkeit in der FDP. Später spielte auch Otto Graf Lambsdorff eine bedeutende Rolle - insbesondere 1982, als die Liberalen die Koalition mit der SPD unter Kanzler Helmut Schmidt aufkündigten und, CDU-Chef Helmut Kohl an die Macht brachten. Einmal mehr spielte die FDP den Mehrheitsbeschaffer.

Mit Mende nach vorn

Den Ruf als "Umfallerpartei" erwarb sie sich allerdings schon 1961. Als Gegner Konrad Adenauers hatte der damalige FDP-Chef Erich Mende zunächst eine Koalition mit CDU und CSU abgelehnt. Als die Union dann aber auf Adenauers Kanzlerschaft bestand, gaben die Liberalen nach; Mende trat zunächst nicht in das Kabinett ein. Erst nach dem versprochenen Rücktritt des Alten von Rhöndorf 1963 wurde er Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und zugleich Vizekanzler unter dem neuen CDU-Kanzler Ludwig Erhard.
Mende, der aus Oberschlesien stammte und als Offizier der Wehrmacht mehrfach ausgezeichnet worden war, kann als letzter großer Nationalliberaler der FDP bezeichnet werden. Nach dem Krieg trug er - übrigens auf Anregung von Theodor Heuss - bei öffentlichen Anlässen sein Ritterkreuz, das ihm im Februar 1945 verliehen worden war. Unter seiner Führung erreichten die Freien Demokraten bei der Bundestagswahl 1961 mit 12,8 Prozent das bis dahin beste Ergebnis.
Enttäuscht über die Rolle der Liberalen in der Regierung Brandt und in scharfer Gegnerschaft zu dessen neuer Ostpolitik, verließ Mende im Oktober 1970 die FDP in Richtung CDU, für die er 1972 und 1976 erneut in den Bundestag gewählt wurde.
Nach Genschers Abtritt fehlte der Partei eine Persönlichkeit von dessen Format. Die vom späteren Generalsekretär und Partei-Primus Guido Westerwelle nach der Jahrtausendwende erträumten 18 Prozent auf Bundesebene waren nie ernsthaft in Reichweite. Die 7,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2002 sorgten trotz Westerwelle-Hype für Katerstimmung.
Verantwortlich für das Debakel wurde Ex-Minister Jürgen Möllemann gemacht, der kurz vor dem Urnengang entmachtet worden war, nachdem er zuvor versucht hatte, die Freien Demokraten zu einer Volkspartei neuen Typs umzugestalten. Seine Kritiker warfen ihm eine Haiderisierung der FDP vor - ein Verweis auf den österreichischen Politiker Jörg Haider, der die frühere Schwesterpartei FPÖ auf rechten Kurs geführt hatte. Dieser kam 2008, ähnlich wie Möllemann 2003, unter mysteriösen Umständen ums Leben. Daß der Münsteraner sogar am Schuldkult gerüttelt hatte, wurde ihm nie verziehen.

Von Westerwelle zu Lindner

Bei der Bundestagswahl 2009 konnte die FDP mit ihrem Spitzenkandidaten Westerwelle den Rekord aus der Mende-Ära brechen. Mit 14,6 Prozent zog man in den Berliner Reichstag ein und diente sich Merkel als Koalitionspartner an. Bereits im Juni 2010 sagten Umfragen der Partei nur noch knapp fünf Prozent voraus, durch ihre Komplizenschaft bei der Eurorettungspolitik sank das Vertrauen innerhalb der Anhängerschaft weiter, so daß die Liberalen bei der Bundestagswahl 2013 nur noch 4,6 Prozent erreichten und damit erstmals seit ihrer Gründung nicht mehr im Hohen Haus vertreten waren. Der Parteivorstand trat komplett zurück - und machte den Weg für Christian Lindner frei. …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31460" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Warum es Bücher trotz Verbot von Zensur (!) nicht in den Buchhandel schaffen sollen**

Wie kommt es, daß man bestimmte Bücher in KEINER Auslage sieht? Nicht einmal Bestseller (!) aus der Sparte "Aufklärung" findet man dort, auch nicht im Regal der Buchhandlung unseres Vertrauens! Kann es sein, daß ein bestimmter Algorithmus selbst dem suchenden Buchhändler das Auffinden solcher Aufklärungsbücher verwehrt? Aber im Grundgesetz, Art. 5 steht doch: "Eine Zensur findet nicht statt." Oder doch?

Seit 17. Februar 2024 ist DSA - das neue "Digital Services Act-Gesetz" der EU - vollumfassend in Kraft. Es soll die Verbreitung "illegaler Inhalte" oder besser gesagt: dem Narrativ suspekte Bücher - verhindern.

Frau Gesa ist Verlegerin von etica media und erlebt hautnah, wie sich der DSA auf den Handel und letztlich auf die lesende Bevölkerung auswirkt. Am Beispiel eines brisanten Buches zeigt sie die verheerenden Folgen dieses Gesetzes: Zum Beispiel wollen Onlinedienste bestimmte Bücher aus Angst vor Strafen "nicht dem Handel übergeben". Doch hören Sie nun Frau Gesa selbst.

Hallo, mein Name ist Gesa, ich bin Verlegerin und eine Zensur findet nicht statt - es werden nur manche Inhalte nicht veröffentlicht. Und zwar Inhalte, die die Bevölkerung besser nicht konsumieren sollte, weil sie dann vielleicht ins Nachdenken geraten würde. Und wenn solche Inhalte doch möglicherweise gedruckt werden, dann wird alles Mögliche getan, um das zu blockieren, damit wenige Leute davon erfahren. Und um ein solches Buch handelt es sich, das am 26. März erschienen ist, vor einigen Tagen, von David Rogers Webb - Die große Enteignung, auch bekannt als The Great Taking.

Und zwar handelt es sich dabei um die Information von einem Whistleblower aus dem Finanzwesen. David Webb hat dort extreme Dinge beobachtet, die ihn veranlaßt haben, Stellung dazu zu beziehen und die Menschen zu warnen. Und er ist ausgestiegen, ich kenne ihn auch persönlich, ich halte ihn für absolut glaubhaft und authentisch. Und ich halte auch die Inhalte, die er zu sagen hat, für absolut wichtig, daß je mehr Leute das erfahren, desto besser - weil man dann erst eigentlich in der Lage ist, eben wirklich eigene Entscheidungen treffen zu können.

Aber das geht natürlich auch nur, wenn man diese Wahl hat - die Wahl zwischen Inhalten und Inhalten. Aber eine Zensur findet ja nicht statt. Dieses Buch ist im englischsprachigen Markt unter The Great Taking bekannt und ist dankenswerterweise übersetzt worden. Es gibt dazu auch ganz tolle Dokumentarfilme, die David Webb selber gemacht hat und die auch auf Deutsch übersetzt worden sind von "Augen Auf Medien Analyse", die diesem Buch auch beiliegen als DVD.

Dieses Buch hingegen ist aber auf den normalen Plattformen, den Buchplattformen, nicht zu finden. Wenn man also z. B. bei Thalia oder Hugendubel oder sonstigen was schaut, wird man dieses Buch oder diesen Autor oder diesen Menschen einfach nicht finden. Obwohl die Rahmendaten überall in allen gängigen Verzeichnissen hinterlegt sind und gut gepflegt sind und diese Informationen natürlich vorhanden sind, so ist da also eine Blockade entstanden, damit dieses Buch, also auf gedrucktem Wege, möglichst wenig Leute erreichen. Daß man das in einer Buchhandlung findet, wird wahrscheinlich selten der Fall sein.

Also habe ich gedacht, weil die Inhalte so sehr, sehr relevant sind, daß es doch eine gute Idee wäre, das als E-Book anzubieten. Damit kann man dann natürlich auch Menschen an verschiedenen Orten erreichen. Das Ganze kann dann auch noch günstiger passieren, weil man ja die Druckkosten zum Beispiel gar nicht hat und das nicht verschicken muß zum Beispiel. Und da gibt es also verschiedene Möglichkeiten, wie man sowohl als Verlag als auch als Selfpublisher Bücher veröffentlichen kann.

Denn das haben wir ja alle gelernt: Jeder kann ja Bücher schreiben und auch veröffentlichen, denn eine Zensur findet nicht statt. Und eine solche Plattform ist zum Beispiel tolino media. Die ist sowohl für Verlage als auch für Selfpublisher geeignet, um Bücher, E-Books vor allen Dingen, zu veröffentlichen. Könnte man jedenfalls meinen.
Und dort macht man sich dann einfach einen Account. Man lädt dann den Text da hoch, dann noch einen Klappentext und den Titel, und den Preis und das Cover und Daten usw. Dann klickt man auf OK, die Bestätigung. Dann geht es erst mal an das Tolino-Team. Und das wird dann in weniger Zeit dieser Titel dann auch tatsächlich in den ganzen Shops der Tolino-Allianz veröffentlicht, was relativ viele sind.
Da gehören halt auch Thalia und Hugendubel usw. mit dazu. Man kann auch noch bestätigen, daß man auch möchte, daß das vielleicht auch noch an Amazon ausgeliefert wird und an Apple Books und was es nicht alles noch gibt. Ganz toll! Habe ich also auch gemacht, damit dieses Buch zumindest in digitaler Form mehr Menschen erreichen kann. Zu den Inhalten komme ich nämlich gleich mal.
Dann gab es eine Rückmeldung von Tolino. Von der Selfpublishing-Plattform, wenn man so will, wo ja jeder (!) Bücher veröffentlichen kann.
Mit dem Titel: "Nicht zur Veröffentlichung geeignet: Die große Enteignung."
Ich zitiere: "Ihr Buch "Die große Enteignung" ist für eine Veröffentlichung nicht geeignet. Deshalb können wir Ihr Buch nicht an den Handel übergeben. Wir bitten Sie um Verständnis. Wir sind jederzeit für Ihr Feedback und Ihre Fragen da. Kontaktieren Sie uns über publishing@tolino.media."
Ja - eine Zensur findet nicht statt.
Ich habe oder es wurde zurückgeschrieben: "Warum nicht?" Und es kam dann auch sehr schnell eine Antwort zurück: "Vielen Dank für Ihre Mail. Wir haben das Buch gemäß Abschnitt 3.2 unserer AGB als "nicht zur Veröffentlichung geeignet" eingestuft."
Also, worum handelt es sich denn bei dieser AGB 3.2?
3 ist die Veröffentlichung und Vertrieb von tolino media.
3.2 Qualitätssicherung und Prüfung.
Jetzt wird es spannend, ich zitiere einmal:
"Gibt der Verlegende sein Werk für die Veröffentlichung und die Auslieferung an den Handel oder den Druck frei, durchläuft es eine Prüfung durch das Team der Qualitätssicherung von tolino media. Es handelt sich um eine manuelle, inhaltliche Überprüfung und nicht um einen automatischen Algorithmus.
Neben der Prüfung der Korrektheit und Vollständigkeit der Metadaten und der Benutzerfreundlichkeit für den Lesenden, überprüft die Qualitätssicherung das Werk nach folgenden Kriterien: Strafrechtlich bedenkliche Inhalte (nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen sowie Pädophilie und Inzest, Zoophilie, rechtsextremes Gedankengut, Gewaltverherrlichung, Verschwörungstheorien, Haßrede, Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Rassismus, Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Homofeindlichkeit, Hetze, Aufrufe zu Straftaten wie Steuerhinterziehung, Verletzung von Urhebermarken und Persönlichkeitsrechten, Verleumdung etc.)"
Ich kann versichern, daß in diesem Buch keine strafrechtlich bedenklichen Inhalte vorkommen. Ja, es ist faszinierend, denn eine Zensur findet nicht statt.
Dieser Autor David Rogers Webb, ich kenne ihn persönlich und ich halte ihn für absolut authentisch und glaubhaft. Und der hat wirklich einiges zu sagen. Das ist relevant im Grunde für uns alle, meiner Meinung nach. Dieses Buch hat auch stärkere biografische Züge, weil er nämlich aus dem Finanzsektor kommt. Er ist ehemaliger Hedgefonds-Manager und zwar auf einer Höhe von George Soros. Er kennt ihn sogar persönlich und er hat da Dinge erlebt, die er hier drin mitteilt und mit Quellen und Beweisen belegt. Und ich denke, es wäre nicht verkehrt,

wenn sich jeder ein eigenes Bild darüber machen könnte, um dann zu den eigenen Schlüssen zu kommen - wie auch immer die geartet sind.
Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei nicht um Inhalt, vor dem man eine Bevölkerung beschützen sollte. Sondern im Gegenteil - man sollte die Bevölkerung beschützen und ihnen deswegen diesen Inhalt zeigen. Also, warum ist dieser Inhalt hier so verboten worden - nicht zur Veröffentlichung geeignet. Nicht geeignet, daß das jemand liest. Worum geht es denn?
Der Titel Die große Enteignung sagt ja schon viel. David Rogers Webb hat in seiner Familie, und zwar seine Eltern und Großeltern, die haben schon die große Depression hauptsächlich in Amerika miterleben müssen. Die haben damals alles verloren. Die hatten florierende Firmen. Die waren da echt in einer guten Mittelschicht unterwegs. Und haben innerhalb von wirklich wenigen Wochen ihr gesamtes Hab und Gut verloren.
Die Kinder konnten nicht mehr zur Schule gehen. Die Kinder mußten arbeiten und dergleichen. Und nach den sogenannten "Bank Holidays", wo dann alle Banken geschlossen worden sind, haben danach eben nicht alle Banken wieder geöffnet. Sondern nur noch diejenigen, die der FED, der Federal Reserve, direkt unterstanden oder mindestens mit denen zusammengearbeitet haben - also ein Go! bekommen haben von der FED.
Die anderen blieben geschlossen und die Menschen haben daraufhin alles verloren. Aber die Schulden blieben natürlich. Und diese Enteignung hat also schon mal stattgefunden. Und er ist daraufhin in die Wirtschaft gegangen. Er ist in den Finanzsektor gegangen, um diese Mechanismen zu verstehen und hat dann irgendwie geguckt: Woran ist denn jetzt was gekoppelt? Und er ist ein absoluter, brillanter Experte in diesen Bereichen geworden. Und dann hat er Mechanismen und Muster erkannt von damals, die auch heute sich wieder finden lassen.
Und davor warnt er eindringlich. Also er sieht jetzt wirklich ein katastrophales Szenario auf uns zukommen. Denn dieser Satz, der vielleicht in vielerlei Köpfen auch noch rumschwirrt "You will own nothing." - da hat David Rogers Webb in diesem Buch mitgeteilt, wie das wohl zustande gebracht werden soll.
Daß diese kommende große Enteignung an also bestimmten Mustern auch gekoppelt ist, die man jetzt eben wieder finden kann. Es sind Gesetze verändert worden, so daß jetzt mittlerweile nicht nur Firmen oder Banken oder so was hopsgehen werden, sondern auch tatsächlich Privateigentum. Und das finde ich durchaus relevant, das mal zu wissen, damit man sich gegebenenfalls davor schützen kann. Da gibt es eben auch genug Hinweise, was man dann da tun kann.
Wie gesagt, man kann ja zu welchem Schluß auch immer kommen. Aber jetzt zu sagen: "Diese Inhalte werden komplett abgeschirmt zu unserer Sicherheit", das finde ich schon ganz schön heftig und das finde ich ganz schön bedenklich. Er hat, wie gesagt, viele Quellen und dergleichen da mit drin. Er gibt an einigen Stellen auch Interpretationen, was er meint, warum das Ganze passiert oder in welche Richtung das getrieben wird. Es gibt da auch Hinweise darauf. Aber auch das entspricht nicht dem, was tolino hier jetzt irgendwie meint.
Sondern es ist eben wichtig zu wissen, und eine Interpretation, eine Meinung und dergleichen, das auch als solche eben da herauszulesen. Also es ist meiner Meinung nach sehr bedrohlich, daß solche Inhalte komplett abgeschirmt werden. Ich erinnere daran, daß am 3. April 2024 der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein Manifest herausgegeben haben, wo sie eben Probleme mitteilen.
Leider muß ich sagen, ist nicht nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk davon betroffen, von dem man ja mittlerweile auch eh halten kann, was man möchte. Aber es ist jetzt eben auch die Problematik, daß seit dem 17. Februar 2024 der Digital Services Act vollständig in Kraft ist. Der ist schon 2022 beschlossen worden. Aber jetzt betrifft es wirklich alle und zwar hauptsächlich alle Plattformen, denn das ist ja ganz geschickt geregelt worden. Wir als Bevölkerung sollen ja schon wieder beschützt werden, denn eine Zensur findet nicht statt.

Also müssen wir für unsere Sicherheit bestimmte Mechanismen dann da haben. Und das ist hauptsächlich auf die Plattformen jetzt abgewälzt worden. Wenn da auch mögliche Inhalte mit Haßrede, mit Diskriminierung, mit Verschwörungstheorien usw. eventuell da stattfinden, dann sind die Plattformbetreiber in der Gefahr, daß sie hochgradige Strafen zahlen müssen, wenn sie sich nicht darum kümmern und diese Inhalte rauslöschen.
Und das führt sehr wahrscheinlich dazu - man sieht es an solchen Beispielen - daß es einen vorauseilenden Gehorsam gibt. Daß also Plattformbetreiber schon sagen: "Diese Inhalte sind uns zu brisant. Womöglich könnten wir da eine Klage oder sonst was da an den Hacken bekommen. Also bringen wir diese Inhalte nicht."
Manche Inhalte dürfen natürlich auch nicht gebracht werden. Aber andere, da sind die ja einfach vielleicht besorgt, daß sie nämlich sonst eben diese Strafen zahlen müssen. Und ich glaube, so ein Gerichtsverfahren kann sich auch nicht jeder leisten. Und nicht jeder hat da die Zeit und die Kapazitäten und sonstiges was dafür. Also sagt man dann lieber im Vorfeld raus, raus, raus. Dann gibt es ja auch noch so genannte Faktenchecker, die dann genau dafür eingesetzt werden. "Trusted Flagger" heißen die in diesem Fall, die dann sagen dürfen: "Okay, das ist jetzt hier diskriminierender Inhalt. Das muß weg oder beziehungsweise, wenn du das nicht sofort weglöscht, dann zahlst du so und so die hohe Strafe."
Die Frage, die sich mir jetzt stellt, ist, wie kommen wir auch als alternative Medien oder auch als freie Medien dagegen an? Wir sind ja auch an mancherlei Stellen durchaus immer noch in der Situation, daß wir auf solche Plattformen zugreifen wollen zumindest, weil wir ja auch Menschen erreichen wollen. Denn also auf eine einzelne Webseite kommt ja kaum jemand. Das muß also irgendwie Verbreitung finden. Und YouTube ist eine Plattform - okay, das ist Google, das ist nochmal ein anderes Thema. Aber selbst so was wie Telegram oder jetzt hier tolino, wo doch jeder ein Selfpublisher sein kann. Ja, da sind ja alle solche Sachen.
Und das wird problematischer, auch für alternative Medien, überhaupt noch Verbreitung zu finden, wenn dieser Digital Services Act erstmals so richtig in Kraft ist. Und es da vielleicht auch einige Juristen gibt, die darauf angesetzt werden, nach solchen Sachen zu suchen. Und wenn man bestimmte Inhalte nicht veröffentlicht und verbreitet haben möchte, dann findet man mit Gesetzen Mittel und Wege, das zu unterbinden.
Also selber denken wird möglicherweise immer schwieriger werden. Das heißt: Bleibt wachsam, bleibt neugierig, laßt euch nicht einschüchtern! Wir finden schon irgendwelche Mittel und Wege, aber müssen vielleicht ein bißchen durchs Gestrüpp. In dem Sinne, alles Gute und vielen Dank für die Aufmerksamkeit.<<

Österreich: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Offiziell: FPÖ-Chef Herbert Kickl soll national-konservative Regierung mit der ÖVP bilden**

Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat FPÖ-Chef Herbert Kickl offiziell den Auftrag zur Bildung einer Regierung mit der ÖVP erteilt. Das teilte das Staatsoberhaupt bei einer Pressekonferenz in Wien mit. Damit könnte die FPÖ in Österreich erstmals das Kanzleramt übernehmen.
Das Land brauche gerade in der aktuell wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage eine arbeitsfähige Regierung. Kickl habe ihm in dem Gespräch versichert, daß er sich die Aufgabe als Kanzler zutraue, sagte der linksgrüne Van der Bellen. "Der Respekt vor dem Wählervotum gebietet es, daß der Bundespräsident die Mehrheit achtet", auch wenn er selbst möglicherweise andere Wünsche und Vorstellungen habe. "Ich habe mir diesen Schritt nicht leicht gemacht", sagte er.
Das rund einstündige Treffen von Van der Bellen und Kickl in der Wiener Hofburg war von Protesten begleitet. Vor der Präsidialkanzlei waren Hunderte linksgrüne Demonstranten aufmarschiert, um vor einem "Rechtsruck" in der Alpenrepublik zu warnen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Felix Austria: "Volkskanzler" Herbert Kickl erhält den Regierungsauftrag!**
Das wird Friedrich Merz (CDU), Markus Söder (CSU) und den deutschen Altparteien ganz und gar nicht gefallen: In Österreich zerfällt die "Brandmauer" zu Staub, siegt die Vernunft über ideologischen Tunnelblick, setzt sich endlich Volkes Wille durch!
Heute (6. Januar) bleibt Österreichs linksgrün-sturem Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen nichts anderes mehr übrig, als FPÖ-Chef Herbert Kickl zu empfangen und den national-konservativen Politiker mit der Regierungsbildung zu beauftragen, nachdem die Bildung einer FPÖ-Verhinderungskoalition aus ÖVP, SPÖ und grün-libertären Neos krachend gescheitert ist.
"Zuerst das Volk, dann der Kanzler"
Kickl, der nach eigenen Worten ein "Volkskanzler" sein will, wandte sich auf Facebook an seine Landsleute. Er betonte, "daß die FPÖ der einzig stabile Faktor der österreichischen Innenpolitik war und ist."
Weiter schreibt er: "Ich kann Euch allen versichern, daß die Maßgabe für jeden weiteren Schritt neben den bekannten inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der FPÖ die Faktoren Ehrlichkeit, Klarheit, Berechenbarkeit, Stabilität und Glaubwürdigkeit sein werden. Unsere allererste Verpflichtung besteht gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Es geht dabei um elementare Dinge wie ein leistbares Leben, die Anerkennung von Leistung, Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden, den Schutz unserer Heimat, Freiheit und eine gute Zukunftsperspektive für die kommenden Generationen. Dem ist alles unterzuordnen."
Kickl schließt mit den Worten: "Ich bleibe bei dem, was ich immer gesagt habe: zuerst das Volk und dann der Kanzler."
Deutscher Mainstream in heller Aufregung
Die sich überstürzenden historischen Ereignisse in der Alpenrepublik sind ein beherrschendes Thema auch in den deutschen Medien.
Das patriotische Portal "JOUWATCH" schreibt: "Den Deutschen mögen die nächsten Tage, in denen die Brandmauern in Österreich in Stücke gehauen und endlich Vernunftpolitik gemacht wird, hoffentlich die Augen öffnen. Es wird höchste Zeit, daß die unverantwortliche, infantile und destruktive Verweigerungshaltung der Merz-Union gegenüber der einzigen Realopposition und bürgerlichen Kraft in Deutschland, deren Kanzlerkandidatin Alice Weidel im Direktvergleich die meisten Deutschen überzeugt, aufgegeben wird und endlich auch hier Politik für Deutschland gemacht wird."
Daß genau das passieren könnte, fürchtet die hiesige Mainstream-Presse, wie ein Blick in die morgendliche Presseschau des Deutschlandfunks zeigt: Die linke "FRANKFURTER RUNDSCHAU" sorgt sich, mit Österreich werde "ein weiteres EU-Land nach rechts driften. Keine gute Nachricht für fortschrittliche Kräfte innerhalb der Union".
Jetzt sei auch "die letzte Brandmauer gegen die Rechtspopulisten gefallen", meint "ZEIT ONLINE" und zetert: Die ÖVP mache sich "zum Steigbügelhalter eines Rechtspopulisten".
Die linksgrüne "SÜDDEUTSCHE ZEITUNG" ängstigt sich, die Entwicklung in Österreich "könnte der Modellfall sein, den man in einigen Monaten vielleicht auch in Deutschland beobachten kann."<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Elon Musk: Das Geheimnis seines Erfolgs**
Von *Daniell Pföhringer*
Ob technologisch oder politisch: Niemand erhitzt die Gemüter derzeit so wie Elon Musk. Der Journalist Ashlee Vance ist dem Tech-Milliardär so nah gekommen wie kaum ein anderer. In seiner Biographie "Elon Musk" entschlüsselt er das Geheimnis seines Erfolgs.
"Glauben Sie, daß ich verrückt bin? Diese Frage stellte mir Elon Musk gegen Ende eines lan-

gen Abendessens in einem edlen Fischrestaurant im Silicon Valley." Der Journalist Ashlee Vance ist dem Tech-Unternehmer so nah gekommen wie kaum ein anderer. Dabei hatte er zunächst Mühe, den Tesla-Chef zu einer Kooperation für seine Biographie "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" zu überzeugen.
Erst als Vance - wie Musk gebürtiger Südafrikaner - bereits hunderte von Freunden, Bekannten und Geschäftspartnern des Unternehmers interviewt hatte, ließ sich dieser breitschlagen und erklärte sich zu persönlichen Treffen bereit, meist Abendessen im Silicon Valley. "Dann war er jedoch ungewöhnlich offen, stellte nie irgendwelche Vorbedingungen", erinnert sich Vance in seinem Buch.
Auch das eingangs erwähnte Zitat stammt von einem dieser Treffen mit dem Autor, und natürlich erklärte ihn Vance damals nicht für verrückt - in seiner Musk-Biographie zeichnet er vielmehr das Bild eines großen Visionärs, der oft weit über das hinausdenkt, was andere Erfinder und Firmenchefs noch nicht einmal zu träumen wagen.
Und das mit Erfolg: Tatsächlich scheint es so, als würde alles funktionieren, was Musk sich in den Kopf setzt: Paypal, Tesla und schließlich auch sein Raumfahrtunternehmen SpaceX. In all diesen Konzernen spielte oder spielt Musk die tragende Rolle - und treibt die Entwicklungen zumeist höchstpersönlich voran.

Der Leonardo da Vinci des 21. Jahrhunderts

Vance geizt in seinem Buch nicht mit Superlativen: Für ihn ist Musk ist der Leonardo da Vinci des 21. Jahrhunderts. Seine Firmengründungen lesen sich wie das Who's who der zukunftsträchtigsten Unternehmen der Welt. Alles, was dieser Mann anfaßt, scheint zu Gold zu werden. Mit Paypal revolutionierte er das Zahlen im Internet, mit Tesla schreckte er die Autoindustrie auf und SpaceX ist aktuell das weltweit einzige Unternehmen, das ein Raumschiff mit großer Nutzlast wieder auf die Erde zurückbringen kann.
Vance hat den Tech-Milliardär für seine Biographie "Elon Musk" durch dessen Alltag begleitet. Eine Woche lang war er etwa bei SpaceX in Hawthorne, Kalifornien, vor Ort. Musk hat sich dort ein Imperium aufgebaut - nicht nur, weil einer der Schwerpunkte der US-amerikanischen Luft- und Raumfahrt im nahegelegenen Los Angeles liegt, sondern auch, weil im Silicon Valley in der Zeit um die Jahrtausendwende eine tiefe Depression herrschte.
Es schien, als könnten keine neuen Innovationen mehr erfunden, sondern nur noch an den bestehenden gearbeitet werden. Viele maßgebliche Akteure wie der Physiker Jonathan Huebner oder der Paypal-Mitgründer und Risikokapitalgeber Peter Thiel sahen damals im Silicon Valley eher eine Dystopie oder eine verlorene Welt als eine innovative Insel Technologiebranche. Musk hat sich dort beizeiten abgenabelt und ist seine eigenen Wege gegangen genau die richtige Entscheidung, wie Vance in "Elon Musk" aufzeigt.

Auf dem Weg zum Mars

Der Autor macht dabei deutlich: Die Raumfahrt-Ambitionen stehen bei Musk an erster Stelle. Dementsprechend könnte auch hinter der Kooperation des Tech-Unternehmers mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump mehr stehen als nur politische Gemeinsamkeiten. "Sollte Trump gewählt werden, könnte sich Musk lukrative Aufträge für SpaceX sichern - die Vormachtstellung der USA auch durch Weltraumtechnologie sicherzustellen, gehört zu den politischen Prioritäten Trumps", schrieb das Manager Magazin dazu vor der US-Wahl.
Die Pläne des Tech-Visionärs, der die Menschheit als "interplanetare Spezies" betrachtet, gehen allerdings noch viel weiter, wie Vance in seiner Musk-Biographie darlegt. Das große Ziel des aktuell reichsten Menschen der Welt ist die Kolonisierung des Mars. 80.000 Siedler will der erklärte Science-Fiction-Fan Musk zum Roten Planeten bringen, der mittels Terraforming bewohnbar gemacht werden soll.
DNA-Drucker sollen dabei Medizin, Lebensmittel und nützliche Mikroben für die Pioniere produzieren. Die Marspole sollen gesprengt und so genügend Kohlendioxid freigesetzt wer-

den, um eine erdähnliche Atmosphäre zu schaffen. Auch das klingt sicher für einige erst mal "verrückt". Doch Elon Musk ist es absolut ernst. Noch vor dem Jahr 2030 will er seine erste Mission zum Mars starten.
In seiner Biographie "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" erzählt der Journalist Ashlee Vance die persönliche Geschichte hinter einem der größten Unternehmer seit Thomas Edison, Henry Ford oder Howard Hughes.
Das Buch erzählt den kometenhaften Aufstieg des Tech-Unternehmers von Jugend in Südafrika bis heute. Das Werk ist ein gleichsam inspirierendes wie spannendes Porträt über den erfolgreichsten Querdenker der Welt.<<

07.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Berliner Silvester-Krawalle: Die Vornamen sagen eigentlich schon alles!**
Nach abschließenden Angaben der Berliner Polizei kam es zur Jahreswende in der Hauptstadt zu 1.453 "silvestertypischen" Straftaten mit insgesamt 670 erfaßten Verdächtigen. Bei den festgestellten Tatverdächtigen handelt es sich laut Polizei um 406 erwachsene Deutsche und 264 Verdächtige ohne deutsche Staatsbürgerschaft (was einem Ausländeranteil von knapp 40 Prozent entspricht).
Wie viele der erfaßten Deutschen einen Migrationshintergrund haben, teilte die Polizei nicht mit. Medien-Recherchen zufolge sprechen die meist muslimischen Vornamen vielfach für einen Migrationshintergrund. Dies gehe aus dem Verzeichnis aller "Ingewahrsamnahmen" der Berliner Polizei hervor. Von "Abdul" über "Mohammed" in allen Schreibweisen bis Youssouf (ebenfalls in allen Schreibweisen) liest sich das Register demnach wie ein arabisches Adreßbuch. Von 256 ausgewerteten Namen sollen maximal 90 Vornamen deutschen Ursprungs sein. Weitere Vornamen deuten auf eine osteuropäische Herkunft hin.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Wahlkampf: Polizei stoppt nicht genehmigten Habeck-Größenwahn am Münchner Siegestor**
Die größenwahnsinnige Habeck-Projektion am Siegestor in München (der Deutschland-Kurier berichtete) ist von der Polizei beendet worden. Für die Beamer-Wahlwerbung an dem historischen Bauwerk habe keine Genehmigung der Stadt vorgelegen, erklärte eine Sprecherin des Münchner Polizeipräsidiums.
Die Firma, die das bizarre Gottkanzlerlichtspiel ausführte, hatte angegeben, im Auftrag der "Grünen" zu handeln. Das Kreisverwaltungsreferat in der bayerischen Landeshauptstadt konnte zunächst nicht sagen, ob eine Genehmigung für die geschmacklose Aktion vorlag.
Zuvor hatten die Ökosozialisten eine Kampagne in deutschen Großstädten angekündigt, bei der Robert Habeck mit dem Schlagwort "Bündniskanzler" an Fassaden projiziert werden sollte. Daß dabei auch vor deutschen Kulturdenkmälern als billige Fläche für selbstverliebte Wahlwerbung nicht zurückgeschreckt wird, ist bemerkenswert insofern, als der "Grünen-Kanzlerkandidat" Vaterlandsliebe sonst "stets zum Kotzen" findet.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Getürkte Statistiken: Wie Nancy Faeser (SPD) sich ihre "rechtsextreme" Bedrohung zurechtbiegt**
Alle Jahre wieder: Die Zahl "rechtsextremer Straftaten" hat 2024 angeblich einen neuen Höchstwert erreicht. Fast 34.000 Delikte aus dem Bereich "politisch motivierte Kriminalität - rechts" (PMK-rechts) seien im vergangenen Jahr registriert worden, teilte das Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linken-Gruppe im Deutschen Bundestag mit.
Das entspreche einem Anstieg von 17,3 Prozent gegenüber 2023, wie das linksgrüne Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) alarmistisch betont. Die abschließende Zahl in der voraussichtlich für Mai erwarteten BKA-Statistik "dürfte wegen im Dezember begangener Straftaten und verspäteter Nachmeldungen noch höher sein."

Laut Faeser-Ministerium waren von den 33.963 registrierten Straftaten 1.136 Gewaltdelikte, 21.311 Propagandadelikte, 5.097 Volksverhetzungen und 1.942 Sachbeschädigungen.

Arabische und linke Judenhasser gelten als "Nazis"

Ebenfalls alle Jahre wieder: Kein Wort darüber, daß die Zahlen irreführend sind. Linke und "grüne" Politiker zeigen Bürger wegen Banalitäten an. "Schwachkopf" und "Hohlbratze" werden demnach als "rechtsextreme" Tat registriert.

Daß "muslimischer Antisemitismus" für den "rechten Popanz" herhalten muß, dürfte sich mittlerweile weitgehend herumgesprochen haben.

Was sonst noch unter die Kategorien "Propaganda" und "Volksverhetzung" fällt, ist inzwischen völlig beliebig. Arabische und linke Judenhasser werden als "Nazis" gezählt

Die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) schrieb dazu: "Sobald etwa ein Hakenkreuz oder ein Hitlergruß im Spiel sind, gilt die Tat als 'PMK-rechts' - egal, wer sie beging. Das gilt auch, wenn arabische Hisbollah-Anhänger 'Sieg Heil' oder 'Juden ins Gas' rufen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Insolvenzen: immer mehr große Unternehmen pleite**

2024 mußten 364 Firmen mit einem Umsatz von mehr als zehn Millionen Euro Umsatz Insolvenz anmelden. Das waren deutlich mehr als im ersten Jahr der Coronapandemie 2020. Dieses Jahr dürfte sich die Lage noch mal dramatisch verschlechtern.

Zunehmend sind große Unternehmen in Deutschland von Insolvenzen betroffen. Im abgelaufenen Jahr mußten 364 Firmen mit einem Umsatz von mehr als zehn Millionen Euro Umsatz Insolvenz anmelden.

Das ist ein Anstieg von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie eine Auswertung der Restrukturierungsberatung Falkensteg für das Handelsblatt zeigt. Das sind deutlich mehr als im ersten Jahr der Coronapandemie 2020, als 292 große Firmen pleite gingen.

Besonders betroffen war der Bereich Automotive: 2024 war fast jede sechste Großinsolvenz hierzulande ein Automobilzulieferer. Einen deutlichen Anstieg zählte Falkensteg im Bereich Gebäude. Die 40 Großinsolvenzen sind ein Plus von 186 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Über alle Unternehmensgrößen hinweg zählte die Auskunftei Creditreform nach einem Bericht aus dem Dezember vergangenes Jahr 22.400 Insolvenzen. Das war der höchste Wert seit 2015 und fast 25 Prozent mehr als 2023.

Im neuen Jahr fürchten Branchenkenner einen weiteren Anstieg der Insolvenzzahlen. Sie erwarten bei Autozulieferern und Maschinenbauern, in der Bauwirtschaft, aber auch im Gesundheitswesen mehr Pleiten.

Angeschlagenen Firmen fällt es auch zunehmend schwerer, sich durch das Insolvenzverfahren zu sanieren. Von den großen Unternehmen, die 2023 zahlungsunfähig wurden, konnten laut Falkensteg bis Ende 2024 nur 46 Prozent gerettet werden - durch einen Verkauf an einen Investor oder weil die Gläubiger einem Insolvenzplan zustimmten. Drei Jahre zuvor war das noch in 62 Prozent der Fälle gelungen.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.475/…):

>>**Laßt Euch nicht den Mund verbieten!**

Herbert Ludwig

Der Schauspieler und Kabarettist *Uwe Heinz Steimle* (* 20. Juni 1963 in Dresden) nimmt mit einem schönen Gedicht, in unverkennbarem sächsischen Akzent, die sich ausbreitende Sprachpolizei auf's Korn, Teil der immer mehr anschwellenden Zensur und des allgemeinen Kampfes gegen das fundamentale demokratische Grundrecht der Meinungsfreiheit.

Sein Video wurde zwar bereits am 26. Februar 2024 veröffentlicht, hat aber nichts an seiner hohen Aktualität verloren. Wir bringen nachfolgend das Transkript des Video-Vortrages, den zusätzlich anzuschauen und zu -hören man aber nicht versäumen sollte. (hl)

"Sie durchwühlen die Archive,

streichen hier, markieren dort,
argwöhnisch wie Detektive:
Böse Wörter müssen fort!

Denn sie fürchten, daß versteckt ist
in des Worts vertrautem Klang,
was politisch nicht korrekt ist:
freies Denken - ohne Zwang!

Bücher werden umgeschrieben,
heut ist Pipi Langstrumpf dran,
morgen suchen sie bei Goethe,
was man dort verbieten kann.

Ob bei Schiller oder Hegel,
ob bei Heine oder Kant,
sicher findet sich ein Flegel,
der ein böses Wort verbannt.

Ja sie würden, wenn sie könnten,
auch die Bibel revidieren,
oder wenigstens verbieten,
daraus weiter zu zitieren.

Selbst ernannte Tugendwächter
maßen sich ein Urteil an,
das man nur noch mit Gelächter
und mit Spott quittieren kann.

Laßt euch nicht den Mund verbieten!
Leute, redet, wie ihr wollt!
Auch wenn hochbezahlte Nieten
meinen, daß ihr das nicht sollt."
Uwe Heinz Steimle<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Deutschland halbierte seine Emissionen - und soll dennoch Milliarden zahlen, während Chinas CO2-Ausstoß weiter wächst**
Im Vergleich zu 1990 konnte Deutschland seine Treibhausgasemissionen fast halbieren. Doch das reicht nach EU-Vorgaben nicht: teure Milliardenzahlungen drohen dem Bund. Währenddessen stoßen China und Indien weiter ungehindert einen großen Teil der globalen Emissionen in die Luft.
Wim Lukowsky
Der Klimaschutz kostet Deutschland auf mehreren Ebenen mehrere Milliarden Euro.
Deutschland konnte die Emission von Treibhausgasen seit 1990 fast halbieren - und dennoch warnen Experten und Nichtregierungsorganisationen immer wieder, großspurige Klimaziele könnten verfehlt werden. Unerwähnt bleibt dabei meist das Mega-Wachstum in Industrieländern wie China oder Indien, die von den Vereinten Nationen (UN) immer noch als Entwicklungsländer eingestuft werden, mittlerweile aber gemeinsam fast 40 Prozent der weltweiten Emissionen ausmachen.

In Deutschland sieht das anders aus. Emissionen, für deren Berechnungen alle Treibhausgase in CO2-Äquivalente übersetzt werden, beliefen sich im vergangenen Jahr auf 656 Millionen Tonnen - noch einmal drei Prozent weniger als 2023. Damals gingen von Deutschland 674 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente aus, so die Klima-NGO Agora Energiewende in einem neuen Bericht für 2024.
Die Zahlen der Emissions-Datenbank für die globale Untersuchung der Atmosphäre der EU-Kommission (EDGAR) wiesen für 2023 leicht höhere Zahlen, ungefähr 682 Millionen Tonnen aus, was nur 1,29 Prozent der weltweiten Emissionen entsprach. Damit blieb Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt weit hinter den Kontrahenten aus den USA, Japan und vor allem China zurück. Und: Während in Deutschland die Emissionen von CO2-Äquivalenten seit 1990 stark rückläufig sind, legen andere Industrienationen und Entwicklungsländer mit einem ähnlichen Ausstoß wie Deutschland massiv zu.
Mit den im vergangenen Jahr emittierten 656 Millionen Tonnen erreicht Deutschland jetzt ein Rekordtief. Nicht nur sind Emissionen somit im Vergleich zu 1990 um 48 Prozent gesunken - sie waren auch seit den 1950er Jahren nicht mehr auf einem so niedrigen Niveau. Ein Grund zur Freude ist das für die Klimawandel-Bekämpfer offenbar dennoch nicht: Deutschland konnte damit zwar die eigenen Klimaziele erreichen, die sektorbezogenen Vorgaben der EU wurden jedoch um zwölf Millionen Tonnen verfehlt, so Agora Energiewende.
Im Zusammenhang mit dem Klimaabkommen von Paris 2015 hat die EU vereinbart, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden zu wollen. Dafür müssen schrittweise Einsparungen vorgenommen werden. Der Anteil fossiler Brennstoffe an der Energiegewinnung muß abnehmen, während der Anteil erneuerbarer Energien zunehmen muß. Gleichzeitig gibt es auf verschiedene Bereiche festgelegte Obergrenzen für Emissionen - und die hat Deutschland 2024 teilweise überschritten.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Vornamen der Silvestertäter: Deutliche Mehrheit mit Migrationshintergrund**
Wie eine Liste der Vornamen der deutschen Tatverdächtigen zeigt, haben 65 Prozent einen nicht-deutschen Vornamen. Viele der Verdächtigen tragen arabische Namen wie Mohammed oder Youssuf. Auch unter den ausländischen Tatverdächtigen gab es viele Afghanen und Syrer.
Von *Redaktion*
Wie viele der deutschen Tatverdächtigen eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, ist unklar.
Von den 670 Tatverdächtigen, die an Silvester Straftaten begangen haben, haben 40 Prozent keinen deutschen Paß. Von den 60 Prozent der deutschen Verdächtigen haben viele einen Migrationshintergrund, wie eine Liste der Vornamen zeigt, die Nius vorliegt. Am Montagmorgen lag dem Nachrichtenportal eine Liste mit 256 Vornamen von Personen vor, die von der Polizei in Gewahrsam genommen wurden.
Viele der Tatverdächtigen haben arabische Namen. In verschiedenen Schreibweisen kommt Mohammed insgesamt zwölfmal vor. Ali erscheint achtmal auf der Liste, sechs Tatverdächtige tragen den Namen Youssuf, teils in verschiedenen Schreibweisen. Die ersten Einträge der Liste lauten: Abdul Kerim, Abdulhamid, Abdulkadir, Abdul Karim und Abdullah. 65 Prozent der deutschen Tatverdächtigen haben einen Vornamen, der eindeutig nicht-deutschen Ursprungs ist. Es gibt auch einige polnische Vornamen, jedoch sind die meisten arabisch.
Nach Informationen von Nius sollen unter den Deutschen, die zeitweise festgenommen wurden, auch Mitglieder von arabischen Großfamilien sein. Wie viele der deutschen Tatverdächtigen eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, ist unklar. 334 von 450 ausgewerteten Verdächtigen waren laut dem Nachrichtenportal 1997 oder später geboren und sind Anfang oder Mitte zwanzig, also ziemlich jung. Unter den ausländischen Tatverdächtigen sollen vor allem Türken, Syrer und Afghanen sein, aber auch Spanier oder Italiener.

Insgesamt wurden an Silvester in Berlin 1453 "silvestertypische" Straftaten begangen. 44 Polizisten wurden verletzt - eine Steigerung gegenüber den zunächst gemeldeten 37 Verletzten. Obwohl der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Berlin 24 Prozent beträgt, beträgt der Anteil der Verdächtigen ohne deutschen Paß 40 Prozent. Zwischen dem 31. Dezember und dem 1. Januar, von 18:00 bis 06:00 Uhr, wurden 241 Körperverletzungen gemeldet, darunter 58 tätliche Angriffe auf Polizisten sowie auf einen Rettungssanitäter. Die Gesundheitsverwaltung meldete, daß 363 Menschen durch Feuerwerkskörper verletzt wurden, 52 davon so schwer, daß sie stationär behandelt werden mußten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Grüne Politik: Top-Ökonom zieht vernichtende Bilanz**

Von *Daniell Pföhringer*

Hans-Werner Sinn, einst Chef des renommierten Ifo-Instituts, hat scharf mit der grünen Politik abgerechnet. Die nennt er einen "Akt mutwilliger Zerstörung". …

Der frühere Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, hat in einem Interview mit der Welt eine vernichtende Bilanz nach mehr als drei Jahren grüner Politik gezogen. Besonders hart ins Gericht ging der Top-Ökonom dabei mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ins Gericht. So sagte Sinn unter anderem:

"Das Heizungsgesetz ist ein krankhafter Auswuchs einer zentralplanerischen Denkweise, die im krassen Gegensatz zu der liberalen Ordnung steht, die Deutschlands Erfolge in der Nachkriegszeit erklärt hat. Gut, daß es Parteien gibt, die dieses Gesetz abschaffen wollen."

Habecks Plan, einen Großteil des mehr als 500.000 Kilometer langen Gasnetzes abzubauen, sei ein "Akt mutwilliger Zerstörung". Hierzu erklärte Sinn: "Abgerissen werden soll eine Infrastruktur, die unter großen Entbehrungen und riesigem Aufwand von früheren Generationen errichtet wurde."

Damit würden zugleich "Vermögenswerte im Umfang von hunderten von Milliarden Euro" vernichtet. …

Ein Rückbau der Gasnetze sei auch aus umweltökonomischer Sicht "sehr fragwürdig". Die Energie, "die man aus dem Kohlenwasserstoff Erdgas gewinnt, kommt nur zur Hälfte aus der Verbrennung von Kohlenstoff", so Sinn. Die andere Hälfte entstehe aus der Verbrennung von Wasserstoff, bei der kein CO2 freigesetzt werde. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler mit einem klaren Appell an Habeck: "Also Hände weg von den Gasleitungen."

Der 76-Jährige weiter: "Die Zerstörung der Atomkraftwerke hat schon genug Schaden angerichtet. Es ist auch schon deshalb nicht sinnvoll, den gesamten Wärmemarkt auf Strom umzustellen, weil Deutschland damit im Kriegsfalle sehr verwundbar wäre. Mir graust es vor der Vorstellung, daß sich das Land in einem Cyberkrieg mit ein paar Mausklicks einfrieren ließe, weil es nur noch elektrische Energie gibt."

Erneuerbare? "Ziemlich belanglos"

Kritik übte Sinn im Interview mit der Welt auch an der Berliner Wirtschaftspolitik: "Überall schlagen die Unternehmer die Hände über den Köpfen zusammen. Angesichts der horrenden Stromkosten, der Strafzahlungen für die Autoproduktion und der stark rückläufigen Industrieproduktion verbreitet sich Entsetzen in den Chefetagen. Die Warnungen des BDI und der Unternehmensverbände werden in den Medien leider überhört."

Darüber hinaus gab er zu bedenken: "Wenn Europa international handelbare Brennstoffe wie Erdgas oder Öl nicht mehr kauft, ist das nicht einmal ein kleiner Beitrag zur Verringerung des weltweiten CO2-Ausstoßes, denn die Brennstoffe, die wir freigeben, werden in diesem Fall nur anderswohin geleitet und dort zu fallenden Preisen verkauft. In der Erde bleiben sie nicht. Der heimischen Industrie dreht man den Hahn zu, und die freigesetzten Brennstoffmengen stehen den Konkurrenten in aller Welt verbilligt zur Verfügung."

Daß der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung inzwischen auf 56 Prozent

gestiegen ist und es bis 2030 sogar 80 Prozent werden sollen, ist für den ehemaligen Ifo-Chef "ziemlich belanglos, wenn man bedenkt, daß vier Fünftel des deutschen Energieverbrauchs gar nichts mit Strom zu tun haben".
Sinn klärt auf: "Tatsächlich liegt der Anteil des Wind- und Solarstroms am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik nach den Angaben der Kraftwerksbetreiber bei etwa sieben Prozent. Der Löwenanteil fällt in Form fossiler Brennstoffe für Heizungen, Prozeßwärme und den Transport an. Im Übrigen ist zu bedenken, daß die 56 Prozent die weihnachtlichen Dunkelflauten aussparen und daß sie sich auf eine Strommenge beziehen, die durch das Weglassen des schmutzigen Eigenstroms der Firmen und durch die Deindustrialisierung der vergangenen Jahre verkleinert wurde."
Ferner werde "darüber hinweggetäuscht, daß ein wachsender Teil des grünen Stroms in der Mittagszeit bei negativen Strompreisen anfällt und im Ausland unter hohen Kosten als virtueller Elektronikschrott entsorgt werden muß", so der frühere Ifo-Präsident.

Union bleibt auf grünem Kurs

Grundsätzlich seien die Vorstellungen der Grünen unrealistisch und utopistisch. Sinn wörtlich: "Die großmundigen Versprechen von der schönen neuen Welt mit einem Wirtschaftswachstum aufgrund des Verbotes fossiler Brennstoffe erweisen sich nun ganz offenkundig als das, was sie sind: eine Mischung aus romantischen Narrativen und absurden Vorstellungen über die Mechanismen der Wirtschaft."
Mit Blick auf die Bundestagswahl und das Habeck-Heizungsgesetz hoffe er nun auf Parteien, "die dieses Gesetz abschaffen wollen". Die CDU kann er damit allerdings nicht gemeint haben, denn deren Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz liebäugelt nicht nur mit Schwarz-Grün, sondern hat darüber hinaus Habecks Energiepolitik schon für "irreversibel" erklärt.
Der klimapolitische Sprecher der Union, Andreas Jung, stellte ebenfalls klar: "Wir stehen zu den Klimazielen, das ist etwas Konservatives. Aber anders als bei den Grünen gehören bei uns die Fragen von sozialer Tragfähigkeit und wirtschaftlicher Bezahlbarkeit mit zum Begriff der Nachhaltigkeit."
CDU und auch CSU wollen den Irrweg der sogenannten Energiewende also nicht verlassen, sondern das Ganze lediglich effizienter kostengünstiger gestalten. Dies käme allerdings einer Quadratur des Kreises gleich.<<

Kanada: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Kanada: Woke-Premier Trudeau vor dem Aus - Donald Trump bietet Fusion mit den USA ab**

Schwerer Schlag für die Regenbogen-Internationale: Nach jahrelanger ideologischer Spaltung der kanadischen Gesellschaft durch seine linksgrün-woke Agenda und zunehmender Kritik wirft Kanadas Premierminister Justin Trudeau das Handtuch. Der Posterboy der globalen Elite hat seinen Rücktritt als Regierungschef und als Parteivorsitzender der Liberalen angekündigt; er wolle nur noch so lange im Amt bleiben, bis die Nachfolge geklärt sei, sagte der 53-Jährige bei einer Pressekonferenz in Ottawa. Neuwahlen gelten als wahrscheinlich.
An den desaströsen Zustimmungswerten von nur noch 13 Prozent in aktuellen Umfragen zeigt sich deutlich: Die Kanadier haben die Nase gestrichen voll von Trudeaus ideologisch getriebener Politik der gesellschaftlichen Transformation. Massiver Druck kommt auch aus den eigenen Reihen.
Für viele Kanadier, die nicht nur unter einer gesellschaftlichen Spaltung sondern auch unter hohen Preisen und Wohnungsnot in den Ballungszentren leiden, dürfte der Rücktritt wie eine Erlösung sein. Die Hoffnung auf eine Rückbesinnung zu einer Politik der Mitte, die sich wieder mehr an den Bedürfnissen der normalen Bürger orientiert, wächst landesweit.

Donald Trump erneuert Beitrittsangebot

Der künftige US-Präsident Donald Trump hat unterdessen seinen Vorschlag wiederholt, Ka-

nada solle mit den USA fusionieren. "Wenn Kanada mit den USA fusionieren würde, gäbe es keine Zölle, die Steuern würden deutlich sinken und sie wären vollständig sicher vor der Bedrohung durch russische und chinesische Schiffe, die sie ständig umgeben", schrieb Trump in seinem Onlinedienst Truth Social. "Zusammen - was wäre das für eine großartige Nation!", betonte Trump.<<

08.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Ausbau Erneuerbarer Energien geht weiter voran**

Die installierte Leistung von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Deutschland ist im Jahr 2024 um knapp 20 Gigawatt auf eine Gesamtleistung von knapp 190 Gigawatt gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von zwölf Prozent, teilte die Bundesnetzagentur am Mittwoch mit. Demnach sind der Hauptanteil an dieser Entwicklung die Energieträger Solar und Wind. Der Zubau der Solarleistung fiel 2024 mit 16,2 Gigawatt nochmal etwas höher aus als im Vergleich zum Vorjahreszubau.

Zwei Drittel des Zubaus erfolgte auf Hausdächern oder an Gebäuden und Fassaden, der Rest auf größeren Flächen. In Bayern wurde 2024 mit 4,0 Gigawatt die meiste Solarleistung installiert. Die aktuell größte Solaranlage Deutschlands wurde mit 162 Megawatt im Frühjahr 2024 in Sachsen in Betrieb genommen. Am Jahresende 2024 betrug die installierte Solar-Gesamtleistung in Deutschland 99,3 Gigawatt.

Die im Jahr 2024 an Land zugebaute Windleistung liegt mit 2,5 Gigawatt unter dem Vorjahresniveau. In diesem Zubauwert sind von den neu in Betrieb genommenen Anlagen die stillgelegten Anlagen abgezogen. Es wurden knapp 0,7 Gigawatt Windenergieleistung als endgültig stillgelegt registriert. An den Standorten werden dann im Rahmen des Repowerings häufig leistungsstärkere Anlagen in Betrieb genommen.

Die installierte Gesamtleistung am Jahresende 2024 beträgt damit 63,5 Gigawatt. Bis 2030 soll sie sich auf 115 Gigawatt steigern. Zwischen Mai und September 2024 sind 73 Windenergieanlagen auf See neu in Betrieb gegangen. Dabei handelt es sich um den in der Ostsee liegenden Windpark Baltic Eagle und den in der Nordsee liegenden Windpark Gode Wind. In 2024 wurde insgesamt eine Leistung von 0,7 Gigawatt in Betrieb genommen. Damit wurde 2024 mehr als doppelt so viel Windleistung auf See zugebaut wie im Vorjahr.

Insgesamt ist eine Leistung von 9,2 Gigawatt in Ost- und Nordsee installiert. Der Zubau der Biomasseanlagen hat sich im Jahr 2024 mit 110 Megawatt auf gleichem Niveau wie im Vorjahr entwickelt. In der Region Hannover wurden zwei große Biomethan-BHKWs mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 20 Megawatt in Betrieb genommen. Die gleiche Leistung hat auch ein Heizkraftwerk in Oberkirch in Baden-Württemberg, das 2024 von Steinkohle auf Biomasse umgestellt worden ist.

Damit sind insgesamt ca. neun Gigawatt Biomasseleistung in Betrieb. "Die erneuerbaren Energien übernehmen mittlerweile die Hauptaufgabe bei der Stromerzeugung in Deutschland - gemessen an der Gesamterzeugung in Deutschland entfielen 254,9 TWh oder fast 60 Prozent auf erneuerbare Energieträger", sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Gleichzeitig werde so wenig Kohle verstromt wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

"Der Boom beim Zubau von Photovoltaik hält an", sagte unterdessen Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller. Die Zubau-Leistung 2024 liege nochmal über dem bisherigen Rekordjahr 2023. Diese Investitionen bringen die Energiewende weiter voran. "Bei Wind an Land stimmt mich optimistisch, daß 2024 Genehmigungen für knapp 15 Gigawatt Leistung ergangen sind. Das wird sich in steigenden Zubauzahlen in den nächsten Jahren auszahlen."<<

Rumänien: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 8. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Annullierte Wahl in Rumänien: Regierungspartei hatte skandalisierte TikTok-Kampagne selbst finanziert**

Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer

Investigativ-Magazin belegt Falschinformation durch Nachrichtendienste und Innenministerium Rumäniens / Influencer-Kampagne war keine russische Einflußnahme, sondern von Regierungspartei beauftragt / Sieger der annullierten Wahl liegt in Umfrage deutlich vorn

Eine der TikTok-Kampagnen, die dem unabhängigen Kandidaten Calin Georgescu Ende November den Sieg in der ersten Runde der rumänischen Präsidentschaftswahlen verschafft haben sollen, wurde von der Nationalliberalen Partei (PNL) des noch amtierenden Präsidenten Klaus Johannis mit öffentlichen Geldern finanziert. Das hat das rumänische Investigativ-Magazin "Snoop" aufgedeckt.

So habe die PNL das in Bukarest ansässige Unternehmen für politisches Marketing Kensington Communication damit beauftragt, eine Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Präsidentschaftswahl ohne Nennung eines Kandidaten zu konzipieren. Kensington habe daraufhin eine Social-Media-Kampagne unter dem Titel "Echilibru și Verticalitate" (sinngemäß: Ausgewogenheit und Aufrichtigkeit) mit 130 rumänischen Influencern durchgeführt. Von diesen hätten jedoch einige den Namen "Calin Georgescu" in die Kommentare ihrer Videos geschrieben.

Ende November gewann der bis dahin als Außenseiter geltende Georgescu überraschend die erste Runde der rumänischen Präsidentschaftswahl mit knapp 23 Prozent Stimmenanteil. Auf Basis von Angaben der rumänischen Geheimdienste erklärte der oberste Gerichtshof des Landes daraufhin die Wahl Anfang Dezember für ungültig und ordnete eine Wiederholung an. Als Begründung erklärten die Richter, Rumänien sei Ziel eines "aggressiven russischen hybriden Angriffs" gewesen.

Die Investigativjournalisten von Snoop sind nach eigenen Angaben zunächst von einer anonymen Quelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß die rumänische Steuerbehörde die Finanzierung der vermeintlichen russischen Kampagne untersucht hat und auf die PNL als Geldgeber gestoßen ist. Nachdem die Journalisten einen Mitbegründer von Kensington Communication mit diesen Informationen konfrontierten, habe dieser die Durchführung der Kampagne und deren Finanzierung durch die PNL sowohl mündlich als auch schriftlich zugegeben. Demnach hätten die Influencer von dem Marketing-Unternehmen Skripte erhalten, deren Inhalte sie in einem täglichen 30 bis 50 Sekunden langen Video verbreiten sollten.

Das Magazin Snoop weist darauf hin, daß in einem vom obersten Rat der rumänischen Landesverteidigung freigegeben Dokument des Innenministeriums exakt diese Kampagne als ein Beleg für die russische Wahlbeeinflussung zugunsten Georgescus beschrieben wird. Sogar die von Kensington verwendeten Hashtag-Titel seien darin wiedergegeben. In dem Dokument heißt es, die analysierten Daten wiesen auf circa 130 TikTok-Konten von nationalen Influencern hin, die Videomaterial mit sich ähnelnden Inhalten verbreitet hätten.

An einer Stelle wird die Kampagne mit der Beeinflussung der Präsidentschaftswahl in Moldawien verglichen. An einer anderen Stelle wird behauptet, sie sei "identisch mit der Kampagne 'Bruder für Bruder'," die die Russische Föderation vor dem Krieg mit Hilfe von Influencern in der Ukraine über Telegram durchgeführt habe. Snoop macht darauf aufmerksam, daß Georgescu noch von einer weiteren TikTok-Kampagne profitierte, die von dem Rumänen Bogdan Peșchir mit mehreren Hunderttausend Euro finanziert wurde.

In vielen westlichen Medien, so auch auf Wikipedia, wird Georgescu, Dozent an der Polytechnischen Universität Bukarest und ehemaliger Sonderberichterstatter für Menschenrechte der UN, als "rechtsextremer" Politiker bezeichnet. Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" weist darauf hin, daß Georgescu Verbindungen zur "Orthodoxen Bruderschaft", einer "antiwestlichen Gruppe mit mutmaßlichen Verbindungen zu Nachrichtendiensten", pflegt.

Zudem verwende er die "eindringlich-messianische" Sprechweise des 1938 verstorbenen fa-

schistischen rumänischen Politikers Corneliu Zelea Codreanu und habe diesen zu einem Helden erklärt. Des Weiteren werden Georgescu eine prorussische und NATO-kritische Haltung sowie die Verbreitung von "Verschwörungstheorien" vorgeworfen.
Georgescu selbst weist die Vorwürfe zurück. In zwei Interviews mit dem Nachrichtensender Sky News Anfang Dezember bezeichnete er den obersten Gerichtshof in Rumänien als "mafiös" und verglich dessen Entscheidung mit einem Staatsstreich. Das politische Establishment in Rumänien stehe unter Druck von EU und NATO, einen Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Rußland zu verhindern. Die NATO sei von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsorganisation mutiert. Er selbst habe kein Problem mit der Mitgliedschaft seines Landes in diesen Bündnissen. Allerdings wolle er nicht, daß Rumänien in den Krieg in der Ukraine hineingezogen wird.
Ein Termin für die Wiederholung der Präsidentschaftswahl steht noch nicht fest. Einer aktuellen Umfrage zufolge würde Georgescu diese jedoch mit 40 Prozent noch deutlicher gewinnen als die annullierte Wahl Ende November.
Crin Antonescu (PNL) würde mit 22 bis 24 Prozent auf dem zweiten Platz und Nicuşor Dan, parteiunabhängiger Bürgermeister von Bukarest sowie Gründer und ehemaliges Mitglied der Partei "Union Rettet Rumänien" (USR), mit 16 bis 18 Prozent auf dem dritten Platz landen. Beide Politiker waren im November noch nicht angetreten. Elena Lasconi (USR), die in der annullierten Wahl mit etwas über 19 Prozent noch den zweiten Platz ergattern konnte, liegt laut der Umfrage nur noch bei sieben Prozent Wählerzustimmung.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Wirres Weidel-Interview? Lesen Sie selbst!**
Von *Daniell Pföhringer*
Ein Interview von AfD-Chefin Alice Weidel mit einem konservativen US-Magazin sorgt derzeit für Aufregung. Wir zeigen Ihnen, was Weidel wirklich gesagt hat - und wie ihr von bundesdeutschen Medien das Wort im Mund herumgedreht wird. …
Die Bild-Zeitung schoß mal wieder aus allen Rohren: Eine "wirre Sklaven-Theorie" habe AfD-Chefin Alice Weidel in einem "Brandsatz-Interview" mit einem "US-Kampfblatt" verbreitet unter der Überschrift "Slaves don‘t fight", also "Sklaven kämpfen nicht".
"Die Deutschen", so Weidel in dem Interview, seien "Sklaven der USA, gegängelt von der EU". Und: "Die Vereinigten Staaten spielten sich bei uns wie eine Kolonialmacht auf. Besonders schlimm: "Friedrich Merz und Markus Söder: kriegsgeil und impotent." Dazu brachte Bild ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Zitate.
Doch was hat die Kanzlerkandidatin der Blauen tatsächlich gesagt. Sie gab der in Washington D.C. ansässigen Zeitschrift The American Conservative ein Interview. Die Publikation wurde 2002 unter anderem von dem rechtskonservativen Haudegen Pat Buchanan als Gegengewicht zu den Neokonservativen und ihrer interventionistischen Politik gegründet. Das Magazin erhebt den Anspruch, den klassischen amerikanischen Paläokonservatismus zu vertreten - im Sinne von "America First!"
Wir präsentieren Ihnen nachfolgend eine deutsche Übersetzung des vollständigen Interviews, damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können.
Frau Weidel, vielen Dank, daß Sie sich bereit erklärt haben, mit The American Conservative zu sprechen. In einem Bloomberg-Interview haben Sie kürzlich erwähnt, daß Sie in Ihrer Haltung zur Besteuerung und zum Krieg in der Ukraine eine Libertäre seien. Und dennoch gelten Sie in Deutschland aufgrund Ihrer Haltung zur Einwanderung und Ihrer Position zur EU als rechtsextrem. Um es für die Öffentlichkeit klarzustellen: Sind Sie für einen Verbleib in der EU oder für einen Austritt aus der EU, da diese immer weniger reformierbar ist?
Ich muß Ihnen für die Möglichkeit danken, mit Ihnen über diese Dinge sprechen zu können. Um es klar zu sagen: Weder ich noch meine Partei sind Rechtsextremisten. Sie müssen wis-

sen, daß dieser Vorwurf in Deutschland ein Kampfbegriff der Linken ist, die den öffentlichen Diskurs dominieren. Die Linken halten es nicht einmal für nötig, Belege für diesen Vorwurf zu liefern. Egal, was passiert, in ihren Augen ist alles "rechtsextremistisch", was nicht so sein will wie sie.
Zu Ihrer Frage nach dem Austritt aus der EU: Eigentlich ist es eine einfache Rechnung. Deutschland braucht die EU nicht zum Überleben, das Gegenteil ist jedoch durchaus der Fall. Trotzdem verhält sich die EU, als sei es genau umgekehrt. Sie tut so, als müßten wir Deutsche unsere vitalen Interessen zurückstellen, um das "europäische Projekt" nicht zu gefährden. Das ist eine groteske Verzerrung. Entweder versteht es die EU, unsere nationalen Interessen zu berücksichtigen, oder sie wird verschwinden.
Die Entscheidung, wie sich Deutschland verhalten wird, liegt daher ganz bei der EU. Eines ist jedoch sicher: Die EU muß sich gründlich von ihrem Credo aus der Vergangenheit verabschieden, nach dem ein starkes Deutschland ein schwaches Europa bedeute. Darum will man verhindern, daß die Deutschen ein Bewußtsein für ihre nationalen Interessen zum Wohle aller entwickeln. Tatsache ist, daß dies historischer Unsinn ist. Wir sind und bleiben für immer das Herz Europas. An dem Tag, an dem dieses Herz aufhört zu schlagen, wird Europa sterben.
Ihr Co-Vorsitzender Tino Chrupalla sagte kürzlich, Deutschland sei gezwungen, Amerikas Befehlen Folge zu leisten, und die NATO sei kein Bündnis im Interesse Europas. In Wirklichkeit sehen wir jedoch, daß einerseits die meisten Amerikaner nicht bereit sind, die USA weiter einzubinden oder den Krieg in der Ukraine zu finanzieren, und daß andererseits die meisten Europäer - vom Baltikum über Polen bis hin zu Großbritannien und Frankreich - sowie der EU-Apparat mehr Unterstützung für die Ukraine wünschen. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um?
Die Sache ist ein bißchen kompliziert, also entschuldigen Sie bitte, wenn ich etwas aushole. Die Vereinigten Staaten sind zweifellos eine einzigartige globale Supermacht, die ihren enormen Einfluß weltweit durchgesetzt hat. Das ist das, was wir normalerweise ein Imperium nennen. Es ist jedoch ein seltsames Imperium: ein Imperium, das die Welt von Montag bis Mittwoch regiert, dies aber von Donnerstag bis Sonntag wiederum nicht tun möchte. Das ist der ewige Kampf zwischen Expansionisten und Isolationisten, der wahrscheinlich seit der Unabhängigkeit der USA tobt.
Das macht es für andere Nationen, insbesondere für uns Deutsche, ein bißchen schwierig. Einerseits beschwert sich die amerikanische Führung beispielsweise über die Energiepolitik Deutschlands, die - geopolitisch betrachtet ist das selbsterklärend - mit Rußland zu einer Einigung kommen will. Was für eine rasende Wut hat der Bau von Nord Stream auf amerikanischer Seite entfacht! Wie können wir es wagen! Wir alle haben noch immer die Bilder im Kopf, wie Präsident Joe Biden Bundeskanzler Olaf Scholz wegen Nord Stream auf unsägliche Weise öffentlich erniedrigt hat.
Nun, dann wurde Nord Stream in einem kriegerischen Akt ausgeschaltet. Die Angst der jetzigen Bundesregierung, unter keinen Umständen mit dem Finger auf den Angreifer zu zeigen, sagt alles. Ist es das, was die USA wollen? Deutschland als Kolonie? Eine Kolonie, die nicht das Recht hat, über ihre eigene Energiepolitik zu entscheiden? Eine Nation, die nicht das Recht hat, ihren eigenen Weg zu gehen, wohin er auch führen mag? All das können die USA als strahlender Sieger der Geschichte tun. Aber dann müssen sie es auch wollen, sie müssen es auch sagen, damit wir uns darauf einstellen können.
Denn wir Deutschen sind ein besiegtes Volk. "Wer seine Selbständigkeit verloren hat, hat zugleich die Fähigkeit verloren, in den Lauf der Zeit einzugreifen und ihren Inhalt frei zu bestimmen", schreibt der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte. Solche Menschen "haben von nun an keine eigene Zeit mehr, sondern zählen ihre Jahre nach den Ereignissen und Zeiten fremder Nationen und Reiche". Wir Deutsche haben lange in dieser Situation gelebt,

durchaus zum Vorteil der USA. Aber auch wir als Einzelne haben davon profitiert, das will ich nicht leugnen.
Ein Sklave zu sein hat auch Vorteile. Es ist das edelste Recht eines Dieners, nicht an den Schlachten seines Herrn teilzunehmen, sondern den Frieden zu genießen. Aber das gefällt der US-Führung auch nicht. Die vielen Kriege der letzten 30 Jahre, in Europa, im Nahen Osten, an allen sollten wir auf Wunsch der USA teilnehmen. Aber warum sollten wir? Wir müssen keine Kriege mehr führen, wir haben uns bereits aus der Geschichte verabschiedet. Dadurch haben wir unser Militär bis zur Unkenntlichkeit entstellt.
Doch jetzt, da wir den Punkt der absoluten Nichtigkeit erreicht haben, hat unsere politische Führung die Begeisterung für den Krieg entdeckt. Die Kriegslust ist zu einem staatlich verordneten Wahnsinn geworden, wie man ihn seit dem Ende des letzten Weltkriegs nicht mehr erlebt hat. Der Oppositionsführer CDU übertrumpft derzeit die Regierungsparteien beim lautesten, vulgärsten Kriegsgeschrei. Und das trotz völliger militärischer Inkompetenz. Was wir hier sehen, sind in Wirklichkeit die wilden sexuellen Fantasien impotenter Leute. Wir werden dieser grotesken Scharade so schnell wie möglich ein Ende setzen.
Wir werden uns diesbezüglich mit den USA abstimmen. Aber dafür müssen die USA wissen, in welcher Welt sie leben wollen. Denn wenn sie ein Imperium sein wollen, dann müssen sie selbst dafür kämpfen, ihr Blut und ihre Güter opfern. Erwarten Sie nicht, daß die Unfreien diesen Kampf für Sie übernehmen. Das ist unmöglich. So etwas wird es nicht geben. Ein Sklave, der kämpft, wird unweigerlich Freiheit als Belohnung verlangen. Aber Freiheit bedeutet auch, daß die Menschen ihren eigenen Weg gehen und ihr eigenes Glück suchen. Wenn sie das nicht tun, sind sie Sklaven. Und Sklaven kämpfen nicht. Machen Sie Ihnen deswegen keine Vorwürfe.
Wenn Präsident Donald Trump also fordert, daß Deutschland künftig die Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen müsse, sollte er auch die Konsequenzen deutlich machen: daß wir uns seine Bedenken wegen Nord Stream und unserer Energieversorgung wohlwollend anhören, aber unsere eigenen Entscheidungen treffen werden und er diese akzeptieren muß, ob er nun damit einverstanden ist oder nicht. Wir Deutsche haben diesen Geist der Freiheit verloren; andere Nationen haben dafür gekämpft und ihn bewahrt, etwa die baltischen Staaten, die Sie erwähnt haben.
Lassen Sie uns diesen baltischen Staaten Ihre volle Unterstützung zusichern. Aber sagen Sie ihnen, daß sie die Kontrolle über ihre Energieversorgung aufgeben müssen; darüber werden künftig amerikanische Konzerne entscheiden. Sagen Sie ihnen, daß sie ihre Grenzen aufgegeben werden müssen; wer auch immer in ihr Land einreist und sich dort niederläßt, wird künftig von der EU reguliert. Sie können sicher sein, daß diese freiheitsliebenden Völker unter solchen Bedingungen ihre Forderungen nach Unterstützung sofort einstellen würden. Der Widerspruch, den Sie zu erkennen glauben, hat viel mit dem widersprüchlichen Selbstbild der USA zu tun.
Elon Musk hat Ihnen seine Unterstützung zugesagt, ebenso wie Nigel Farage in Großbritannien. Erleben wir die Entstehung einer europaweiten Tech-Rechten? Wenn ja, welche Herausforderungen stehen bevor?
Für diese Unterstützung sind wir außerordentlich dankbar. Ich würde nicht von einer "europaweiten Tech-Rechten" sprechen. Tatsächlich hat die politische Linke über viele Jahrzehnte ein striktes Meinungsmonopol aufgebaut. Das gilt hier in Deutschland noch mehr als in den USA, vor allem weil es hier viel mehr staatlich kontrollierte Institutionen gibt, die von Linken dominiert werden. Wir haben zum Beispiel einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der jedes Jahr mit acht Milliarden Euro finanziert wird. Das ist weltweit einmalig. Man müßte also von einer "Tech-Linken" sprechen. Aber dieses Monopol bröckelt.
Heutzutage kann jeder mit wenig Aufwand eigene Programme produzieren und sie einem po-

tentiellen Millionenpublikum zugänglich machen. Nimmt man dann noch ein unternehmerisches Genie wie Elon Musk mit seiner brennenden Liebe zur freien Meinungsäußerung hinzu, dann kann Goliaths acht Milliarden Euro umfassende Geldbörse die öffentliche Meinung nicht mehr so formen, wie es sich die Linken wünschen. Das hat weniger mit irgendeiner "Tech-Rechten" zu tun als mit schlichter Meinungsfreiheit. Linke haben selten Argumente, sie beleidigen nur ihre Gegner. Bisher hat das gereicht. Aber der inspirierende Sieg von Präsident Donald Trump hat gezeigt, daß das Monopol bricht.
Dies ist der Grund für die ungeheuerliche Wut der EU-Eliten gegen Musk. Sie fürchten uns, sie fürchten die Freiheit. Vor allem fürchten sie die freie Meinungsäußerung.
Von Giorgia Meloni in Italien bis zu den Le Pens in Frankreich haben die Parteien ihre Wahlprogramme gemäßigt, um an die Regierung zu gelangen. Wenn Sie in Deutschland eine Koalition bilden müßten, so unwahrscheinlich dies auch sein mag, bei welchen Positionen Ihrer Partei wären Sie bereit, Kompromisse einzugehen, und wo sind rote Linien?
Wir müssen keine Kompromisse eingehen. Die einzige Partei, die in den Umfragen noch vor uns liegt, ist die CDU. Warum ist das so? Weil die CDU unser Parteiprogramm einfach als eigene Forderungen für den Wahlkampf kopiert. Das ist wirklich unglaublich, aber bis in einzelne Formulierungen hinein stimmt es tatsächlich. Umsetzen will man das alles natürlich nicht. Das ist einfach gelogen. Die CDU hat eine Koalition mit uns ausgeschlossen, also bleibt ihnen nur die Linke.
Vielleicht wird die CDU ihre Wähler erneut verraten, wie sie es schon oft getan hat. Aber ich glaube, dieses Mal wird es ihr letzter Verrat sein. Denn es gibt jetzt eine Alternative für Deutschland, ob wir nun die Mehrheit bekommen oder nicht. Vielleicht nutzt die CDU ihre allerletzte Chance, indem sie eine Koalition mit uns eingeht. Dann werden wir einfach das umsetzen, was die CDU selbst im Wahlkampf gefordert hat. So oder so werden wir unseren Willen durchsetzen.
Es gibt auch Diskussionen über die deutsche Wiederbewaffnung und die NATO-Reformen. Können Sie Ihre und die Positionen Ihrer Partei hierzu dem amerikanischen Publikum klar darlegen?
Der Reformbedarf ist immens. Sie müssen wissen, daß wir die wahrscheinlich ineffizienteste Armee der Welt haben. Es ist fast egal, welches Land uns angreifen würde, wir würden von fast jedem besiegt werden. Als die Ukraine nach dem russischen Einmarsch Waffen von Deutschland verlangte, haben wir ihnen zunächst nur Helme geliefert. Die ukrainischen Behörden dachten, wir wollten sie beleidigen. Aber mehr konnten wir eigentlich nicht hergeben. Was wir der Ukraine seitdem geliefert haben, waren die noch funktionsfähigen Waffensysteme aus unseren Depots. Jetzt können wir das nicht mehr. Alles ist fast aufgebraucht.
Erstaunlicherweise geben wir bereits jetzt über 50 Milliarden Euro pro Jahr für den Verteidigungsetat aus. Das sind immerhin zwei Drittel des russischen Verteidigungsetats. Diese Situation ist wirklich surreal. Wir können es uns nicht mehr leisten, so viel Geld für so wenig auszugeben. Ja, eine AfD-geführte Regierung wird den Verteidigungsetat deutlich erhöhen, aber wir werden das Geld sinnvoller einsetzen. Diese völlige Ineffizienz ist das eigentliche Problem. Die Bundeswehr ist dabei nicht unser einziges Sorgenkind. Im Bildungssystem ist es zum Beispiel genauso. Wir ersticken in allen Lebensbereichen an einer lähmenden, geldfressenden Bürokratie.
Die NATO ist gerade dabei, sich neu zu definieren. Wir sind gespannt, welche Richtung der neue amerikanische Präsident einschlagen wird. Viel können wir dazu selbst noch nicht sagen, das wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Eines steht aber jetzt schon fest: In der bisherigen NATO gab es eine sehr starke Arbeitsteilung. Verschiedene Nationen übernahmen unterschiedliche Aufgaben, wobei wir Deutsche uns einen Platz auf der großen Bühne sicherten. Wie gesagt, das hat gut funktioniert, solange die USA bereit waren, ihre Führungsrolle in Eu-

ropa zu behaupten. Wenn die USA sich jetzt zum Beispiel stärker auf den Pazifik konzentrieren, wird sich das ändern müssen.
Dann wird Eigenverantwortung angesagt sein. Aber unsere Streitkräfte sind darauf nicht vorbereitet. Wir haben der Logistik ein völlig ungesundes Übergewicht gegenüber der Kampfkraft gegeben. Dadurch sind wir nicht in der Lage, große militärische Operationen eigenständig durchzuführen. Deutsche Politiker verkaufen das dem Ausland gerne als Pazifismus. Aber in meinen Augen ist ein Pazifist jemand, der Krieg führen könnte, es aber nicht tut, sondern verzweifelt nach Frieden sucht, weil er ihn liebt. Andererseits ist ein Mann, der auf Frieden hofft, weil er sich nicht verteidigen kann, kein Pazifist. Er ist nur ein Schneemann, der auf einen möglichst langen Winter hofft.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.468/…):
>>**Neue Boykott-Attacke gegen COMPACT**
Von *Sven Eggers*
Der Berliner Tagesspiegel kann es nicht lassen. Nicht zum ersten Mal fühlt sich das Blatt berufen, Druck auf COMPACT-Verkaufsstellen auszuüben. …
Hingebungsvolle Regierungstreue zeichnet den Tagesspiegel seit Jahren aus. Jetzt hat offenbar ein Mitarbeiter entdeckt, daß der Handelskonzern Rewe auch das COMPACT-Magazin verkauft. Das darf natürlich nicht sein in seiner Welt der Einheitsmeinung. Wo kämen wir denn da hin, wenn jeder sich sein eigenes Bild zu verschiedenen Aspekten unseres gesellschaftlichen Lebens oder diversen politischen Fragen machen könnte?!
Boykott-Verlangen
Was also tun? Wo ist das nächste Petzportal? Das Tagesspiegel-Männchen entschied sich, Rewe direkt zu attackieren. Schließlich werbe der Konzern doch mit dem Slogan "Stark durch Vielfalt". Im Checkpoint-Newsletter des Tagesspiegels hieß es gestern schließlich:
"In öffentlichen Stellungnahmen betont das Unternehmen mit 155 Supermärkten in Berlin: 'Bei uns ist kein Platz für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hetze. Wir sind gemeinsam laut gegen Ausgrenzung, Haß und Intoleranz.' Seltsam nur, daß in Berliner Rewe-Filialen noch immer das rechtsradikale Magazin 'COMPACT' zum Verkauf bereit liegt, in einigen Märkten sogar extra vorne im Regal plaziert."
Der Tagesspiegler beruft sich auf Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die COMPACT als "zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene" bezeichnet hatte und erwähnt auch, daß das Verbotsverfahren zunächst gescheitert ist. Er fragt: "Muß es dennoch prominent an den Kassen von Supermärkten angeboten werden?"
Schließlich rief der Tagesspiegel-Mitarbeiter direkt bei der Rewe-Group an, um konsequenteren Boykott zu verlangen. Ein Rewe-Sprecher mußte ihn dann eher enttäuschen: "Wir wollen dieses Medium nicht im Sortiment haben, haben als Händler aber keine Handhabe, wenn wir nicht vertragsbrüchig werden wollen."
Mehr noch: Der Pressegroßhandel verantworte deutschlandweit die Auslieferung von Zeitungen und Zeitschriften und müsse "auch extremen Meinungen einen barrierefreien Zutritt zu Verkaufsstellen ermöglichen, solange sie nicht verboten sind". Dies erfuhr der Tagesspiegel-Newsletter-Verfasser dann dort auch: "Dieses Verfahren zum Schutz der Pressevielfalt bestätigt auch der Pressegrosso-Gesamtverband, der sich am Montag aber nicht offiziell äußern wollte."
Auch Vielfalt müsse "Grenzen kennen", quengelt der Tagesspiegel schließlich. Möglicherweise ist diese Attacke verpufft, ehe sie gefährliches Gift entfalten konnte. Wir müssen dennoch auf der Hut sein. Boykottforderungen beschädigen Meinungsfreiheit und Demokratie nachhaltig.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.468/…):

>>**Techno-Exot und Wahrheitskrieger**

Von *Daniell Pföhringer*

Mit seinen Pro-AfD-Posts sorgt er für Aufregung. Elon Musk ist vom Anhänger der Demokraten zum Migrationskritiker, Anti-Wokeness-Kämpfer und Trump-Unterstützer mutiert. Das hat auch persönliche Gründe, wie Walter Isaacson in seiner Musk-Biographie aufzeigt.

Am 29. September, gut eine Woche vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, veröffentlichte Elon Musk auf X (vormals Twitter) erstmals einen Post, der für einen Sturm der Entrüstung sorgte. Der Eigentümer der Plattform teilte das Video eines migrationskritischen Accounts namens Radio Genoa, das Aufnahmen von NGO-Schleppern im Mittelmeer zeigt.

Im dazugehörigen Text wurde in englischer Sprache darauf hingewiesen, daß zu jener Zeit acht Schiffe von sogenannten Seenotrettern in den Gewässern kreuzten, um Migranten aufzulesen und nach Italien zu bringen. Musk stellte die Frage: "Ist die deutsche Öffentlichkeit sich dessen bewußt?" Besonders pikant: Der Tweet von Radio Genoa war mit folgender Bemerkung versehen: "Hoffen wir, daß die AfD die Wahlen gewinnt, um diesen europäischen Selbstmord zu stoppen."

Es folgte ein regelrechter Shitstorm gegen Musk. Der Tech-Unternehmer aus den USA mische sich in die deutsche Innenpolitik ein, so der Tenor in vielen Medien. Selbst das Auswärtige Amt schaltete sich ein, antwortete auf die Frage des X-Chefs oberlehrerhaft: "Ja. Und das nennt man Leben retten."

Doch damit ließ es Musk nicht bewenden. Er holte zu einem Gegenschlag aus, der sich gewaschen hat. Dem Baerbock-Ministerium schrieb er ins Stammbuch: "Sie sind also tatsächlich stolz darauf. Das ist interessant. Ehrlich gesagt, bezweifle ich, daß die Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit dies unterstützt. Haben Sie eine Umfrage durchgeführt?" Und weiter: "Ist es nicht eine Verletzung der Souveränität Italiens, wenn Deutschland eine große Zahl illegaler Einwanderer auf italienischen Boden bringt? Das hat was von einer Invasion …"

Nun hatte der milliardenschwere Entrepreneur die linkswoke Blase erst recht gegen sich aufgebracht. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler schwadronierte auf X von "Meloni, Musk und anderen Faschisten", sein Parteigenosse Erik Marquardt, der für die Multikulti-Partei im EU-Parlament sitzt, unterstellte Musk, er verbreite eine "rechtsradikale Verschwörungstheorie".

Sein Weg nach rechts

Musks Mittelmeer-Post markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die den früheren Fans des Tesla-Gründers schon seit geraumer Zeit schwer im Magen liegt - seinen Seitenwechsel von links nach rechts. Diesen Sinneswandel, den Walter Isaacson in seinem Buch "Elon Musk. Die Biographie" akribisch nachzeichnet, hatte er bereits im Mai 2022, also einige Monate vor seiner Übernahme von Twitter, mit der Bemerkung unterstrichen, daß er, der früher Barack Obama und Hillary Clinton gewählt habe, künftig den Republikanern die Stimme geben werde, da die Demokraten unter US-Präsident Joe Biden zu einer "Partei des Hasses" mutiert wären.

Wenige Monate nach dem Kauf der heute X genannten Plattform setzte er gleich sein Versprechen um, dort wieder eine größere Vielfalt an Meinungen zuzulassen. Ausdruck fand dies in der Entsperrung mehrerer politisch mißliebiger Accounts, darunter auch des Nutzerkontos von Donald Trump, dem im Jahr zuvor wegen des sogenannten Sturms auf das Kapitol der Saft auf Twitter abgedreht worden war.

Seitdem zeigt sich Musk immer öfter als Freund der antiglobalistischen Opposition. Im Dezember 2022 setzte der Milliardär einen Tweet ab, in dem er den US-Chefvirologen Anthony Fauci anzählte und sich zugleich über die Gender-Kunstsprache lustig machte: "Meine Pronomen sind: Stellt ihn vor Gericht/Fauci."

Im Anschluß lieferte sich der SpaceX-Gründer ein Wortgefecht mit dem früheren NASA-Astronauten Scott Kelly, der sich über Musks Bemerkung mokiert hatte. Doch der von Kelly Angegriffene gab nicht etwa klein bei, sondern verteidigte seinen Post: "Anderen ihre Pronomen aufzuzwingen, wenn sie nicht danach gefragt haben, und diejenigen, die dies nicht tun, implizit zu ächten, ist weder gut noch freundlich. Was Fauci betrifft, so hat er den Kongress belogen und die Gain-of-Function-Forschung finanziert, die Millionen von Menschen getötet hat. Das ist nicht so toll."

Was viele nicht wissen: Musk twittert schon seit der Corona-Krise politisch unkorrekt. Offenbar war die Plandemie für ihn - wie für Millionen anderer Menschen - ein Erweckungserlebnis. Nur drei Beispiele:

Anfang 2020 bezeichnete er Covid-19 als eine "spezifische Form der Erkältung" und meinte, daß "die Coronavirus-Panik dumm" sei. "Die Panikgefahr übersteigt meiner Meinung nach die Gefahr von Corona", so der Tech-Unternehmer.

Nach dem Massaker an einer texanischen Grundschule im Mai 2022 mit 21 Toten mahnte Musk zwar "strenge Hintergrundüberprüfungen" bei Waffenkäufen an, bekundete jedoch zugleich, er sei "fest davon überzeugt, daß das Recht, Waffen zu tragen, ein wichtiger Schutz gegen eine mögliche Tyrannei der Regierung ist".

Im Mai 2023 verglich er George Soros mit dem jüdischen Marvel-Superschurken Magneto. Als sich ein Nutzer darüber echauffierte und behauptete, daß Soros gute Absichten hätte, bestritt Musk dies und schrieb: "Er möchte das Gefüge der Zivilisation untergraben. Soros haßt die Menschheit."

Immun gegen das Woke-Virus

Laut Musks Biograf Walter Isaacson spiegelt vor allem ein Tweet vom Dezember 2021 "seine politische Kehrtwende wider". Damals verwendete er erstmals den Begriff "Woke Mind Virus". Ausgelöst worden sei dieser Sinneswandel "teils von der Transition seiner Tochter Jenna". Elons ältestes Kind, geboren als Xavier, hatte sich kurz zuvor zu einer sogenannten Transfrau erklärt - und bei der Eintragung der neuen Geschlechtsidentität gleich den Geburtsnamen ihrer Mutter angenommen, um zu dokumentieren, daß sie sich von ihrem Vater lossagte.

Dabei hatte der Vater Vivian Jenna Wilson, wie sich der vormalige Sohn nun nennt, deswegen nie Vorwürfe gemacht. Doch Ex-Xavier hatte sich durch "progressive Indoktrination" an ihrer Schule in "eine linksextreme, woke, demokratische Aktivistin" verwandelt, zitiert Isaacson den Tech-Unternehmer in seinem Buch "Elon Musk. Die Biographie".

Fortan habe Musk einen regelrechten "Eifer gegen Wokeness" und eine "Tendenz zu Verschwörungstheorien der Alt-Right-Bewegung" entwickelt, so der Autor. Dies habe sich mit seiner "libertären Ader, die sich vor allem aus seiner natürlichen Abneigung gegen Vorschriften und Regeln" speise, zu einer explosiven Mischung verbunden.

Querdenker Musk

Als Kalifornien im März 2020 eine Ausgangssperre wegen Corona verhängte, stellte sich Elon Musk quer. Sein Tesla-Werk in Fremont werde offen bleiben, erklärte er. "Ich will ausdrücklich betonen, daß sich niemand gezwungen fühlen soll, zur Arbeit zu erscheinen, der sich auch nur annähernd krank oder unwohl fühlt", schrieb Musk in einer Rundmail an alle Mitarbeiter. Er fügte jedoch hinzu: "Ich persönlich werde zur Arbeit gehen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Panik um das Coronavirus mehr Schaden anrichtet als das Virus selbst."

Nachdem die lokalen Behörden damit drohten, das Werk schließen zu lassen, reichte der Chef Klage dagegen ein. "Wenn jemand zu Hause bleiben will, ist das völlig in Ordnung", sagte er. "Aber den Leuten zu sagen, daß sie ihr Haus nicht verlassen dürfen und verhaftet werden, wenn sie es tun, ist faschistisch."

Musk hielt das Werk weiter offen und schrieb auf Twitter: "Ich werde gemeinsam mit allen

anderen am Band stehen. Wenn hier irgend jemand festgenommen wird, dann bitte schön ich." Der Tesla-Boß setzte sich durch. Die Fabrik durfte offen bleiben - unter Auflagen, die "eher lax umgesetzt" wurden, wie Walter Isaacson in seiner Musk-Biographie schreibt.
Isaacson deutet in seiner Musk-Biographie an, daß die Wurzeln für Musks Rechtsruck allerdings schon in den 1990er Jahren bei Paypal gelegt worden sein könnten. Deren Mitgründer seien heute fast alle dem konservativen Lager zuzurechnen: von Jordan-Peterson-Kumpel Luke Nosek über Ken Howery, der unter Trump US-Botschafter in Schweden wurde, bis zu Peter Thiel, der schon 1995 ein Buch gegen Multikulturalismus veröffentlichte und sich heute um den rechten Republikaner-Nachwuchs kümmert. Diese Mannschaft hat nun auch ihren alten Kapitän mit an Bord.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31636" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Rechnung für Europa**
von *Thomas Fuchs*
"Rechnung für Europa" - unter diesem Titel veröffentlichte der ehemalige Schweizer Nationalrat und Berner Großrat Thomas Fuchs in der Zeitung DIE IDEE einen satirischen Text zur finanziellen Situation in Europa.
Zehn Männer - ein Grieche, ein Italiener, ein Franzose, ein Portugiese, ein Spanier, ein Zypriot, ein Finne, ein Österreicher, ein Holländer und ein Deutscher - treffen sich regelmäßig zum Essen.
So war es auch wieder in der letzten Woche. Die Rechnung für alle zusammen betrug genau 500 €, denn man speiste schon sehr gern auf hohem Niveau.
Die Gäste bezahlten ihre Rechnung - so wie wir unsere Steuern - und das sah ungefähr so aus:
- Vier Gäste (der Grieche, der Portugiese, der Spanier und der Italiener) zahlten nichts.
- Der Zypriot zahlte 1 €.
- Der Franzose 5 €.
- Der Österreicher 50 €.
- Der Finne 80 €.
- Der Holländer 100 €.
- Der Zehnte (der Deutsche) zahlte 264 €.

Das ging schon eine ganze Weile so. Immer wieder trafen sie sich zum Essen. Alle waren zufrieden, bis der Wirt Unruhe in das Arrangement brachte, als er vorschlug, den Preis für das Essen um 50 € zu reduzieren.
"Weil Sie alle so gute Gäste sind!" Wie nett von ihm! Jetzt kostete das Essen für die Zehn nur noch 450 €.
Die Gruppe wollte unbedingt weiter so bezahlen, wie das bisher üblich war. Dabei änderte sich für die ersten Vier nichts, sie aßen weiterhin kostenlos. Wie sah es aber mit den restlichen Sechs aus? Wie konnten sie die 50 € Ersparnis so aufteilen, daß jeder etwas davon hatte?
Die Sechs stellten schnell fest, daß 50 € geteilt durch sechs Zahler 8.33 € ergibt.
Aber wenn sie das von den einzelnen Teilen abziehen würden, bekämen der fünfte und der sechste Gast noch Geld dafür, daß sie überhaupt zum Essen gehen.
Also schlug der Wirt den Gästen vor, daß jeder ungefähr prozentual so viel weniger zahlen sollte, wie er insgesamt beisteuerte. Er setzte sich also hin und begann das für seine
Gäste auszurechnen.
Heraus kam Folgendes:
- Der Zypriot, ebenso wie die ersten Vier, zahlten ab sofort nichts mehr (100 % Ersparnis).
- Der Franzose zahlte 3 € statt 5 € (40 % Ersparnis).
- Der Österreicher zahlte 45 € statt 50 € (10 % Ersparnis).
- Der Finne zahlte 72 € statt 80 € (10 % Ersparnis).
- Der Holländer zahlte 90 € statt 100 € (10 % Ersparnis).

- Der Deutsche zahlte 239 € statt 264 € (11 % Ersparnis).
Jeder der Sechs kam bei dieser Lösung günstiger weg als vorher und die ersten Vier aßen immer noch kostenlos. Aber als sie vor der Wirtschaft noch mal nachrechneten, war das alles doch nicht so ideal, wie sie dachten.
"Ich habe nur 2 € von den 50 € bekommen!" sagte der Franzose und zeigte auf den Deutschen, "aber er kriegt 25 €!"
"Stimmt!", rief der Zypriote, "ich habe nur 1 Euro gespart und er spart mehr als zwanzigmal so viel wie ich."
"Wie wahr!", rief der Österreicher, "warum kriegt er 25 € zurück und ich nur 5 €? Alles kriegen mal wieder die reichen Deutschen!"
"Moment mal" riefen da der Grieche, der Portugiese, der Spanier und der Italiener aus einem Munde, "wir haben überhaupt nichts bekommen. Das System beutet die Ärmsten aus!" Wie aus heiterem Himmel gingen die Neun gemeinsam auf den Deutschen los und verprügelten ihn.
Am nächsten Abend tauchte der Deutsche nicht mehr zum Essen auf. Also setzten sich die übrigen Neun zusammen und aßen ohne ihn. Aber als es an der Zeit war, die Rechnung zu bezahlen, stellten sie etwas Außerordentliches fest: Alle zusammen hatten nicht genügend Geld, um auch nur die Hälfte der Rechnung bezahlen zu können!
Und wenn sie nicht verhungert sind, wundern sie sich noch heute.
So einfach geht EUROPA!<<
Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Paris: Linke feiern Party nach Tod von Jean-Marie Le Pen**
Von *Michael Brück*
Mehrere hunderte Anhänger des linken Spektrums haben sich am Dienstagabend auf dem Platz der Republik in Paris versammelt. Sie liegen sich jubelnd in den Armen, es wird mit Champagner angestoßen, Feuerwerk steigt empor. Grund für diese widerliche Party: Der Tod des Front National - Gründers Jean-Marie Le Pen, der gestern im Alter von 96 Jahren verstarb. Das Verhalten der Pariser Linken ist kein französischer Einzelfall, sondern zeigt die Verrohung des politischen Diskurses und eine neue Dimension des Menschenhasses. Auch in Deutschland erleben wir eine ähnliche Entwicklung. …
Stellen Sie sich vor, es ist Ende 2023 vor dem Brandenburger Tor in Berlin: Hunderte Anhänger rechtsgerichteter Parteien haben sich versammelt, um auf den Tod des CDU-Urgesteins Wolfgang Schäuble anzustoßen. Die Stimmung ist ausgelassen, Feuerwerk wird gezündet. Immer wieder ruft die Menge "Friedrich, Du bist der Nächste" - hätte es solche Bilder wirklich gegeben, wäre die Empörung gigantisch und Top-Thema aller Medien. Und das nicht zu Unrecht, denn es entspricht den zivilisierten Verhaltensweisen in unserem Kulturraum, daß Schmähkritik und eine Verrohung der politischen Debatte mit dem Tode aufhören, die Hemmschwelle für unwürdige Äußerungen deutlich ansteigt.
Zumindest normalerweise, denn die Bilder aus Frankreich zeigen, daß es im linken Spektrum zunehmend alle Hemmungen fallen. Es würde nicht verwundern, wenn diejenigen, die heute den Tod eines 96-jährigen Patrioten feiern, der sein Leben lang für Frankreich eingetreten ist, zumindest teilweise in Zukunft auch als Gewalttäter in Erscheinung treten. Der Ausruf "Marine, Du bist die Nächste", der in Richtung von Marine Le Pen, Chefin der in Rassemblement National umbenannten Front National, massenhaft skandiert wurde, kann einerseits als Hoffnung der versammelten Linksextremisten aufgefaßt werden. Andererseits aber auch als Drohung. Zweifelsfrei aber als völlig geschmacklose Entgleisung.
Frankreichs Innenminister kritisiert linksextreme Jubelorgie
Zur widerlichen Party aufgerufen hatte die Nouveau Parti anticapitaliste, eine kleine linksextreme Partei. Auch in weiteren Städten, etwa in Lyon und Marseille, kam es zu ähnlichen

"Todespartys". Deutlichen Gegenwind gab es dafür immerhin von Frankreichs Innenminister Bruno Retailleau (Les Républicains). "Nichts, absolut nichts rechtfertigt es, daß man auf einer Leiche tanzt", so Retailleau, der die Szenen zudem als "schändlich" bezeichnete.

Große Anteilnahme unter Konservativen und Patrioten in ganz Europa

Während die linke Szene einmal mehr ihr Gesicht zeigte, ist die Anteilnahme am Tod von Jean-Marie Le Pen unter konservativen und patriotischen Kräften in ganz Europa riesig. Viele Politiker würdigten das Lebenswerk von Le Pen, der als "Vater des Rechtspopulismus" gilt und ohne den der Aufstieg späterer Rechtsparteien kaum denkbar gewesen wäre. ...<<

09.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Januar 2025 (x1.471/…): >>**CDU-Merz: EU muß Facebook-Konzern Meta "regulieren"**

Wes Geistes Kind er ist, hat Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) mit dieser Forderung eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Nach der Ankündigung des Facebook-Konzerns Meta, die Zensur durch sogenannte "Faktenchecker" in den USA abzuschaffen, sieht Merz die EU in der Pflicht, dies in Europa zu verhindern!

Er beobachte "mit zunehmender Besorgnis, daß hier vor allem Plattformen geschaffen werden für Falschinformationen, für einseitige Kampagnen, für Halbwahrheiten, für Hetze, für Haß", sagte der CDU-Chef in dieser Woche bei der CSU-Klausur im bayerischen Kloster Seeon. Er befürworte deshalb, "daß sich die Europäische Union mit diesem Thema beschäftigt und daß sie das auch reguliert".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Neue Schockzahlen zur Deindustrialisierung**

Auftragseingang der Industrie sinkt rapide. Arbeitslosigkeit steigt. Regierung schaut nicht nur tatenlos zu, sondern verschärft das Problem. Besserung nicht in Sicht.

Der reale Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland ist im November 2024 gegenüber Oktober saison- und kalenderbereinigt um 5,4 Prozent gefallen. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Angaben am Mittwoch mit.

Ohne die Berücksichtigung von Großaufträgen war der Auftragseingang allerdings um 0,2 Prozent höher als im Vormonat. Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich lag er zwischen September und November 2024 insgesamt um 1,7 Prozent und ohne Großaufträge um 0,5 Prozent höher als in den drei Monaten zuvor.

Ausschlaggebend für die negative Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im November gegenüber dem Vormonat waren umfangreiche Großaufträge im Sonstigen Fahrzeugbau (Flugzeuge, Schiffe, Züge, Militärfahrzeuge) im Oktober. Dieses hohe Volumen an Großaufträgen blieb im November aus. Daher lag der Auftragseingang in diesem Bereich im elften Monat des Jahres saison- und kalenderbereinigt um 58,4 Prozent niedriger als im Vormonat.

Die Auftragseingänge in den anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes hatten dagegen vergleichsweise wenig Einfluß auf das Gesamtergebnis: So waren im Maschinenbau (+1,2 Prozent) und in der Chemieindustrie (+1,7 Prozent) leichte Anstiege gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen, während die Auftragseingänge in der Metallerzeugung und -bearbeitung (-1,2 Prozent) leicht sowie in der weniger gewichtigen Pharmaindustrie (-7,2 Prozent) etwas stärker zurückgingen.

Im Bereich der Vorleistungsgüter ergab sich für den Auftragseingang im November 2024 ein Anstieg von 1,8 Prozent im Vergleich zum Vormonat.

Bei den Konsumgütern und den Investitionsgütern fiel der Auftragseingang hingegen um 7,1 Prozent beziehungsweise 9,4 Prozent.

Die Aufträge aus dem Inland stiegen im Vormonatsvergleich um 3,8 Prozent. Die Aufträge aus dem Ausland fielen um 10,8 Prozent. Dabei fielen die Auftragseingänge aus der Eurozone

um 3,8 Prozent und die Aufträge von außerhalb der Eurozone um 14,8 Prozent.
Der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben im November 2024 saison- und kalenderbereinigt 1,4 Prozent höher als im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat November 2023 war der Umsatz kalenderbereinigt 2,3 Prozent geringer. Für Oktober 2024 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Rückgang von 1,5 Prozent gegenüber September 2024 (vorläufiger Wert: - 1,2 Prozent).<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Musk-Weidel-Gespräch**
"Nur die AfD kann Deutschland retten. Punkt": Musk erneuert Wahlempfehlung für die AfD
Im Gespräch zwischen Elon Musk und Alice Weidel kritisierte Musk die deutsche Migrationspolitik als "verrückt" und sprach sich erneut vehement für die AfD aus.
Jonas Aston
Elon Musk hat sich in dem gemeinsamen Gespräch mit Weidel erneut vehement für die AfD ausgesprochen
In dem schon im Vorfeld vielbeachteten Gespräch zwischen Elon Musk und Alice Weidel war unter anderem die Migration nach Deutschland Thema. Weidel umriß dabei unter anderem, daß Deutschland seit 2015 offen den Zustrom von Millionen von Flüchtlingen nach Deutschland zugelassen hätte. Außerdem würde die Regierung zulassen, daß Abschiebungen in zahlreichen Fällen unmöglich gemacht werden. Musk bezeichnete diese Politik als "verrückt".
Nicht zuletzt aufgrund dieser fatalen Migrationspolitik in den vergangenen zehn Jahren hat sich Musk ein weiteres Mal vehement für die AfD ausgesprochen. In Richtung an die deutschen Wähler erklärte er: "Meine Empfehlung für die Leute in Deutschland ist (…), wenn ihr unzufrieden seid mit der Situation, dann müßt ihr für den Wandel abstimmen und darum empfehle ich stark, daß die Leute die AfD wählen."
Weiter erklärte er: "Alice Weidel ist eine Frau, die weiß, was Sinn ergibt". In ihren bisherigen Ausführungen hätte sie keine außergewöhnlichen oder gar fatalen Forderungen aufgestellt, sondern vielmehr ausgesprochen, was dem "gesunden Menschenverstand" entspringe. In der Folge wurde Musk noch deutlicher: "Nur die AfD kann Deutschland retten. Fertig." Weiter erklärte er: "Die Leute müssen sich hinter die AfD stellen, sonst wird alles nur noch schlimmer".
Schon vor dem Gespräch mit Alice Weidel hat Elon Musk immer wieder seine Unterstützung für die AfD untermauert. In einem Gastbeitrag für die Welt erklärte Musk, daß die AfD "der letzte Funke Hoffnung" für Deutschland sei. Zudem erklärte er, daß die Darstellung der AfD als rechtsextrem falsch sei. Dabei verwies er unter anderem auf die gleichgeschlechtliche Partnerschaft der AfD-Bundesvorsitzenden und Kanzlerkandidatin Alice Weidel.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31668" berichtet am 9. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Transhumanismus - eine düstere Zukunft?**
(mit *Laura Aboli*)
"Auf 1- Moderator) Stefan Magnet erklärt in seiner Sendung "Der wahre Geheimplan":
"In den letzten Monaten ist eines immer offener zu Tage getreten: Die Ideologie des Transhumanismus schickt sich an, die Spezies Mensch auszulöschen. Der Satz, daß der Mensch überwunden werden soll, ist eine grobe Verharmlosung, denn überwunden, das klingt so passiv und unblutig."
Es besteht die Behauptung, der Transhumanismus sei eine weltweite Verschwörung, die die Menschheit vernichten will, um traditionelle Konzepte des Menschseins zu überwinden. Inwieweit diese Aussage stimmt, will die nachfolgende Sendung überprüfen.
Laura Aboli: Transhumanismus-Bewegung - was heißt Menschsein?
Die renommierte Rednerin Laura Aboli, eine Expertin auf dem Gebiet des Transhumanismus,

trat 2023 in England bei der "Better Way Conference" in Bath auf.
Ihr Statement zum Transhumanismus: "Transhumanismus ist lediglich die Übergangsphase zum Posthumanismus (Zukunft ohne Menschen). Das Endziel ist die Auslöschung der Menschheit, wie wir sie kennen. (…)
Die Transgender-Bewegung ist keine Graswurzelbewegung, sondern sie kommt von ganz oben. Sie ist ein Übel, das in Richtung Transhumanismus geht. Sie bringt uns dazu, den grundlegendsten Begriff der menschlichen Identität, unser Geschlecht, in Frage zu stellen. Die traurige Realität hierbei ist, daß diese fortschreitende Agenda bei einer zunehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen bereits körperliche, geistige und psychische Schäden verursacht hat. Und es wird nur noch schlimmer. Das muß gestoppt werden! (…)
Wenn Menschen nicht mehr wissen, wer oder was sie sind, wenn sie sich bereits als ein Hybrid zwischen männlich und weiblich sehen, werden sie leicht davon zu überzeugen sein, auch ein Hybrid zwischen Mensch und Maschine werden zu können."
Ein Cyborg, ein Mischwesen aus biologischem Organismus und Maschine. Damit werden Menschen beschrieben, deren Körper, bis auf das Gehirn, dauerhaft durch maschinelle Bauteile ergänzt werden.

Transhumanismus-Bewegung - in eine dystopische Zukunft

Im zweiten Teil ihrer Rede postuliert Frau Aboli sehr deutlich: "Wenn wir das Endziel des Transhumanismus erst einmal verstanden haben, ist es viel einfacher, zurückzublicken und die psychologische Konditionierung, die biologische Manipulation, die kulturelle Erziehung und die pädagogischen Vorbereitungen zu erkennen, denen wir seit Jahrzehnten ausgesetzt sind.
Das sind alles Vorbereitungen, um eine posthumane Zukunft zu akzeptieren. Es bedarf einer Menge physischer und psychischer Mißhandlung, um eine intelligente Spezies wie die unsere dazu zu bringen, ihrer eigenen Auslöschung zuzustimmen. Das meiste, wenn nicht sogar alles, was in den letzten 60 Jahren geschehen ist, sollte uns dazu bringen, eine solche dystopische Realität zu akzeptieren.
Wir leben in einer hyperkontrollierten Matrix. Unsere Wahrnehmung der Realität wird akribisch geplant, verwaltet und ausgeführt, um uns in die von ihnen gewünschte Richtung, in eine posthumane Welt, zu lenken. Dafür mußte die Menschheit zunächst mit allen Mitteln destabilisiert, entmenschlicht und demoralisiert werden."
Zu den Destabilisierungsmitteln zählt Laura Aboli:
- die Zerstörung der Kernfamilie
- die Indoktrination der Kinder durch den Staat
- Abtreibung
- die Leugnung Gottes
- die Auslöschung der Spiritualität in Bildung und Kultur
- das Leben in Megastädten, weg von der Natur
- vergiftete Lebensmittel, Luft und Wasser
- soziale Medien, die echte menschliche Verbindungen und Interaktionen ersetzen
- eine künstlich herbeigeführte Finanzkrise und Besteuerung
- endlose Kriege und Massenmigration
- Streß, Angst, Depressionen, Drogen und Alkohol
- sowie ständige Angstmacherei und moralischen Relativismus als die neue Religion.

"Und ich könnte noch lange darüber reden, wie die Menschheit beeinflußt und gezwungen wurde, sich von all dem zu entfernen, was uns Stärke, Sicherheit, Sinn und Zweck gibt. Eine schwache, unmoralische, unverbundene, unwissende und ungesunde Bevölkerung ist ein leichtes Ziel für die nächste Stufe, nämlich die Schaffung einer ganzen Generation androgyner (Vermischung von männlich und weiblich) Wesen.
Die Männlichkeit ist psychologisch, kulturell und biologisch angegriffen. Frauen werden in

Sport, Unterhaltung und Politik durch Männer ersetzt, die vorgeben, Frauen zu sein. Und Kindern wird in der Schule beigebracht, daß das Geschlecht eine Wahlmöglichkeit ist", so Laura Aboli zu der Bewegung des Transhumanismus.
Zum Abschluß dieser Sendung hören Sie noch einen Kurzbericht über die reale Gefahr durch digitale Medien für Kinder, den kürzlich eine Lehrerin über Ereignisse in ihrer Schule an Kla.TV übersandte:
"Ich finde es SEHR wichtig, daß über das aktuelle Ausmaß an Desorientierung der Kinder berichtet wird - über das Schlimmste, was ganz AKUT mit fast ALLEN Kindern geschieht!
Es gibt viele Schüler, die, durch das Internet gefördert, über ihr Geschlecht verunsichert sind. Der nächste Schritt: Sie sind depressiv und unzufrieden - und begehen Selbstmord oder versuchen es. Alles angestiftet und angeleitet aus dem Internet.
Und dann noch all die Jungs ... die STUNDEN Online Computerspiele spielen. Zwar treffen sie sich... aber es gibt fast NICHTS, was sie sonst noch machen. Die Müdigkeit zeichnet ihr Gesicht und die Aufmerksamkeit für den Unterricht schwindet."
Dieses Zeugnis bestätigt Laura Abolis Aussagen und ruft gleichsam uns alle auf den Plan. Es nötigt uns, aufzuwachen und zu sehen, welcher Gefahr Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Eltern, die glauben, ihren Kindern alles ermöglichen zu müssen, was "trendy" ist und "fortschrittlich" daherkommt, müssen zu der Erkenntnis kommen: Ihre Kinder brauchen ihren Schutz.<<

Belgien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Zensur: Bis zu 150 EU-Beamte sollen Elon Musks Livetalk mit Alice Weidel (AfD) "überwachen"**
Wie das zum Axel Springer Verlag gehörende US-Medium "Politico" berichtet, werden bis zu 150 EU-Beamte den Livetalk von AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel mit X-Chef Elon Musk "überwachen". Sie sollen dabei prüfen, ob sich Musk und seine Plattform X an EU-Regeln halten. Dahinter stehe die Befürchtung, daß Musk gezielt die Algorithmen von X beeinflussen lasse. So sei denkbar, daß Weidel bzw. der AfD mehr Aufmerksamkeit auf der Plattform zuteil werde als der politischen Konkurrenz.
Die EU-Beamten (Zensoren) sind dabei dem Bericht zufolge mit relativ umfassenden Befugnissen ausgestattet: Unter anderem ist es ihnen durch den "Digital Services Act" (DSA) möglich, von Plattformbetreibern Auskunft über die Funktionsweise der Algorithmen zu erhalten, die darüber entscheiden, welche Inhalte an die Nutzer ausgespielt werden.<<

10.01.2025

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Zwischen Reichstag und Kanzleramt**
Mit Mensch und Maschine
Paul Rosen
Kein Parlament der Welt kommt ohne internationale Kontakte aus - und der Bundestag gilt als besonders kontaktfreudig. In Wochen ohne Sitzungen oder in der Sommerpause verlassen Abgeordnete in großen Scharen Berlin, um sich die ganze Welt anzuschauen. Die Kommunikation auf solchen Reisen kann schnell zum Problem werden. Ein bißchen Englisch oder auch etwas mehr können die meisten Abgeordneten noch. Aber wenn es um Fachbegriffe und inhaltlich schwierige Kommunikation geht, müssen Dolmetscher her. Und die werden gleich aus Berlin mitgebracht.
"Wir decken die ganze Welt ab", sagte Bernd Gemmel vom Sprachendienst des Bundestages in einem Interview mit der Zeitung Das Parlament. Pro Jahr kommen auf den Sprachendienst etwa 800 Aufträge zu. Mit den sechs hauptamtlichen Kräften ist die Arbeit nicht zu stemmen. Deshalb werden freiberuflich tätige Dolmetscher engagiert, ebenso solche aus den Bundesministerien. Denn es kann passieren, daß der Sprachendienst in einer 14tägigen Sitzungspause

bei über zwanzig Auslandsreisen von Ausschußdelegationen oder Parlamentarier-Gruppen gefragt ist.
Die Teilnahme an Reisen ist nicht die einzige Aufgabe der Parlaments-Übersetzer. So wie Bundestagsabgeordnete ins Ausland fahren, treffen auch ausländische Delegationen im Reichstag ein. Dann müssen natürlich Dolmetscher für die Verständigung sorgen. Wenn Delegationen zum Beispiel aus Laos oder Kambodscha eintreffen, wird die Verpflichtung von geeigneten Sprachmittlern schon ein größeres Problem. Neben Reisen und Dolmetschereinsätzen kommt als weiteres Aufgabengebiet das Anfertigen schriftlicher Übersetzungen hinzu. Übertragen werden etwa vorbereitete Reden von Bundestagsabgeordneten, die diese im Ausland halten wollen.
Pro Jahr werden rund 1.100 Aufträge bearbeitet, was etwa 20.000 übersetzten Seiten entspricht. Zumeist sind es Übersetzungen von englischen Texten, gefolgt von französischen. Andere Sprachen sind weitaus seltener gefragt.
Thomas Santelmann, der beim Sprachendienst für die Übersetzung von Texten zuständig ist, erwartet nicht, daß Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) den Sprachendienst eines Tages überflüssig machen werden: "Mit KI können Texte schon flüssig und kohärent übersetzt werden, das heißt aber nicht, daß sie auch immer inhaltlich richtig sind". Es fehle das Feingefühl für diplomatische Nuancen. Auch zwischen den Zeilen lesen "kann die KI noch nicht", sagte Santelmann.
Allerdings mache sie mit jeder neuen Version große Fortschritte. Es könnte daher sein, daß in den Dolmetscher-Kabinen der Sitzungssäle des Bundestages eines Tages keine Menschen mehr sitzen, sondern ein Rechner steht, der das Übersetzen übernimmt. Woanders könnte die künstliche Intelligenz helfen, den Personalmangel zu beheben: Gebärdendolmetscher sind nur extrem schwer zu finden. Um mehr Veranstaltungen inklusiv auszurichten, könnte dort dann die Technik einspringen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Die Lüge lebt fort**
Blick zurück im Zorn: Ein Jahr nach dem Correctiv-Skandal
Frank Hauke
Auch nach einem Jahr lebt der Mythos der angeblichen Correctiv-Recherche zum "Potsdamer Treffen" fort. Am 10. Januar 2024 sorgte der Bericht über geplante Abschiebungen auch deutscher Staatsbürger für eine Welle der Empörung im Land. Hunderttausende gingen "gegen Rechts" auf die Straße. ARD und ZDF sowie die anderen großen Medien drehten die Geschichte über eine "Wannseekonferenz 2.0", wie Innenministerin Nancy Faeser (SPD) die Veranstaltung in der brandenburgischen Landeshauptstadt nannte, über Monate weiter.
Fast das gesamte Kabinett um Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Faeser marschierte mit führenden CDU-Politikern und selbsternannten Antifaschisten durch Deutschland, um, wie sie proklamierten, die "Demokratie zu retten". Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lud die Correctiv-Redaktion ins Schloß Bellevue ein und übermittelte seinen Dank und seine Freude, daß die Journalisten das Land "aufgerüttelt" hätten.
Ihr gemeinsames Ziel: die damals in den Umfragen bei 23 Prozent stehende AfD zu marginalisieren und in die Tradition der NSDAP zu stellen. Pikanterweise trafen sich in Potsdam mindestens genauso viele CDU- wie AfD-Mitglieder mit Unternehmern. Doch der Protest konzentrierte sich ausschließlich auf eine der beiden Parteien. Und das hatte Erfolg: Die AfD stürzte in den Umfragen so brutal ab, daß die 15,9 Prozent und der zweite Platz bei der Europawahl im Juni schon als Überraschungserfolg galten.
Gericht: Correctiv erweckt "unzutreffenden Eindruck"
Das Problem an dem Correctiv-Bericht: Er war eine Räuberpistole. In den vergangenen zwölf

Monaten haben zahlreiche Gerichte Entscheidungen und einstweilige Verfügungen gegen den Kern der Behauptungen erlassen. In die Enge getrieben, hatte Correctiv ziemlich schnell vor dem Landgericht Hamburg eingeräumt, daß "die Teilnehmer*innen nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben".

Dennoch hält sich die Legende weiter hartnäckig. Noch heute behauptet Steinmeier auf der Webseite des Bundespräsidenten, Correctiv habe "die Absicht von Rechtsextremisten, Millionen von Menschen aus Deutschland zu deportieren", aufgedeckt. Und der in der Branche wichtige Mediendienst "kress" zeichnete die Redaktion erst im Dezember als "Journalistinnen und Journalisten des Jahres" aus. Denn sie hätten "das Thema des Jahres gesetzt".

Das mag durchaus sein. Aber mit welchen Mitteln? In der Medienbranche ist ein tiefer Unwille verbreitet, anzuerkennen, daß die Geschichte widerlegt ist. Doch weil dem eben doch so ist, scheiterte das mit Steuergeldern finanzierte Unternehmen im Dezember mit seiner Klage gegen die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch, die von "dreckigen Correctiv-Lügen" gesprochen hatte.

Das Landgericht Berlin entschied, daß die Politikerin für den "gravierenden Vorwurf" durchaus berechtigte Gründe hatte. Mit dieser Formulierung habe sie "eine besonders schwerwiegende und verachtenswerte Lüge" unterstellt. Dennoch beanstandeten die Richter von Storchs Aussage nicht. Es falle nämlich "maßgeblich" ins Gewicht, ob es hinreichende Anknüpfungstatsachen für den Lügenvorwurf gebe.

Das Urteil vom Dezember 2024 ist der wahrscheinlich schwerste Schlag, den Correctiv bisher hinnehmen mußte. Denn das Gericht prüfte erstmals konkrete Anhaltspunkte, ob der Bericht "falsche Tatsachen" verbreitet habe und ob die Redaktion dies wisse. "Beides bejahte das Gericht", wie das renommierte Juristen-Portal LTO schrieb. Die Richter entschieden, Correctiv habe bei vielen Lesern, gerade auch Journalisten, einen "unzutreffenden Eindruck" vom Potsdamer Treffen erweckt.

Schon in den Monaten zuvor war der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, der in Potsdam dabei war, mit zahlreichen Klagen gegen Correctiv und andere Medien vorgegangen, die behauptet hatten, dort sei über die Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen worden. Und er feierte mit Hilfe seines Anwaltes Carsten Brennecke von der Kanzlei Höcker einen Sieg nach dem anderen. Unter anderem die "ARD-Tagesschau" und das "ZDF-Heute-Journal" wurden gerichtlich gezwungen, ihre Berichte mit den Falschbehauptungen zu löschen.

Anwalt: Desinformation mit Falschbehauptungen

Niederschlag in den Medien, die im Frühjahr wochenlang über die Mär berichtet hatten, fanden diese Gerichtsentscheidungen nicht. So ist bis heute nur ein kleiner Kreis von Menschen darüber informiert, daß die Geschichte, die das Land erschütterte, so nicht stimmte. Mit anderen Worten: Der "Geheimplan gegen Deutschland", wie die Überschrift lautete, war so geheim, daß er nicht einmal in Potsdam geplant wurde.

Bisher hatte Vosgerau nicht gegen die Correctiv-Kernaussage geklagt, es habe einen "Masterplan zur Ausweisung deutscher Staatsbürger" gegeben und der österreichische Identitäre Martin Sellner habe eine "Ausbürgerungsidee" geäußert. Denn dies mag zwar falsch sein. Aber Gerichte ordnen in der Regel solche "grenzwertigen Aussagen als Meinungsäußerungen" ein, wie es sein Anwalt Brennecke begründete.

Doch nach dem Urteil von Berlin und weil diese Formulierungen von anderen Medien als Tatsachenbehauptungen verstanden worden seien, ändert Vosgerau nun die Strategie. Gerade auf Basis der vielfach gerichtlich verbotenen Falschberichterstattung der Medien glauben er und Brennecke, "nun gute Argumente dafür zu haben, daß es sich bei diesen Aussagen doch nicht nur um Wertungen handelt, sondern die Grenze zur Behauptung und damit zur unzulässigen Falschbehauptung überschritten sein dürfte", wie der Anwalt der JUNGEN FREIHEIT sagte.

Am vergangenen Freitag reichte die Kanzlei Höcker für Vosgerau die Klage ein.
Tatsächlich zieht die Falschbehauptung weiterhin solche Kreise, daß sich sogar die 17 Verfassungsrechtler, die Ende November für ein AfD-Verbot eine rechtliche Stellungnahme an den Innen- und den Rechtsausschuß des Bundestages schickten, darauf bezogen. Sie schrieben, daß es in Potsdam um die "Umsetzbarkeit einer Abschiebung von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern" gegangen sei. Weiterhin behaupteten sie, daß "ein Teil des Staatsvolkes nach Art. 20 Abs. 2 GG entlang rassistischer Zuschreibung von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen und deportiert werden soll".
Journalisten zitierten wiederum aus diesem Papier und hielten damit die vor Gerichten längst widerlegte Falschaussage am Köcheln.
Wie schwer es politischen Akteuren fällt, vom Kern der Correctiv-Geschichte Abschied zu nehmen, bewies im Dezember die Grünen-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Mit aller Macht wollte sie an dem Narrativ festhalten und weigerte sich hartnäckig, die Falschbehauptung von ihrer Webseite zu löschen. Vor Gericht rechtfertigten die Grünen ihr Anliegen damit, die Fraktion sei ein "maßgeblicher Faktor der politischen Willensbildung" und es sei "nicht nur ihr Recht, sondern ihre Aufgabe", zur "Willensbildung beizutragen".
Brennecke, selbst Mitglied der Grünen, zeigte sich ob dieser Chuzpe gegenüber der Jungen Freiheit verwundert: "Die Desinformation mit Falschbehauptungen sollte ernsthaft als politische Willensbildung der Bürger gerechtfertigt werden." Das Landgericht Hamburg sah es ähnlich und verbot der Fraktion, die ihre Pressemitteilung auch noch mit der Überschrift "Verteidigung der Demokratie" versehen hatte, die Formulierung.
Dieses Verhalten der Grünen in der Correctiv-Affäre hat sich in den vergangenen zwölf Monaten als symptomatisch für den Umgang von Politik und Medien damit herauskristallisiert. Nur deshalb konnte sich eine fragwürdige Geschichte ins kollektive Gedächtnis der meisten Deutschen einbrennen. Correctiv steht dort weiter für Enthüllung - nicht für den größten Medienskandal seit dem Claas-Relotius-Desaster des Spiegel. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Ausweitung der Kampfzone ins Museum**
Anschläge der Letzten Generation: Nicht mehr die bürgerliche Kunst, der bürgerliche Lebensstil ist das Angriffsziel
Dirk Glaser
Am 29. Mai 2022 warf ein Besucher im Pariser Louvre auf Leonardo da Vincis "Mona Lisa", das wohl berühmteste Gemälde der Welt, eine Sahnetorte. Das Backwerk konnte dem von dickem Panzerglas geschützten Gemälde zwar nichts anhaben, und der Täter wurde umgehend von Sicherheitskräften abgeführt.
Aber nicht ohne in den Wald der Handyvideos, der die "Mona Lisa" täglich umgibt, hineinzurufen, die Menschheit sei dabei, die Erde zu zerstören.
Dieser Anschlag war der Anfang einer neuen Serie "zivilen Ungehorsams" der endzeitlich gestimmten "Klimabewegung", die in Gruppen wie "Letzte Generation" und "Just Stop Oil" medienwirksame Protestaktionen inszenierte. Davon blieb kaum ein großes europäisches Museum zwischen Juni und Dezember 2022 verschont.
So wurde bald nach dem Vorfall im Louvre William Turners "Thomsons Äolische Harfe" in der Manchester Art Gallery Ziel einer ähnlichen Aktion. Danach erfolgten Angriffe auf ebenfalls bestens geschützte Kunstwerke wie Leonardo da Vincis "Das letzte Abendmahl" in der Londoner Royal Academy of Arts, auf Botticellis "Primavera" in den Florentinischen Uffizien, auf Vermeers "Mädchen mit dem Perlenohrring" im Den Haager Mauritshuis.
Bilderstürmerei soll neue Bilder hervorbringen
Insgesamt wurden in elf Ländern 38 Museumsaktionen militanter, in einem internationalen Netzwerk verbundener "Klimaschützer" gezählt. Ein regionaler Schwerpunkt lag dabei auf

Großbritannien, Italien und Deutschland, wo eine Attacke der "Letzten Generation" im Potsdamer Museum Barberini das stärkste Medienecho erzeugte. Dort hatten am 23. Oktober 2022 zwei mit orangenen Warnwesten drapierte Klimahysteriker, ein Mann und eine Frau, Kartoffelbrei über Claude Monets "Heuschober" ausgeschüttet.
Das kurze Video, aufgenommen von im Internet für die Logistik solcher präzise geplanten Spektakel angeworbenen Helfern, dokumentiert auch die politische Botschaft, wie sie die Frau laut schreiend dem empörten Publikum entgegenschleudert: "Menschen hungern, Menschen frieren. Menschen sterben. Wir sind in einer Klimakatastrophe. Und alles, wovor ihr Angst habt, sind Tomatensuppe oder Kartoffelbrei auf einem Gemälde."
Für die an der TU Dresden "Bildwissenschaft im globalen Kontext" lehrende Kunsthistorikerin Kerstin Schankweiler sind diese aufsehenerregenden Proteste der Versuch, die Singularität weltberühmter Kunstwerke für propagandistische Zwecke der Klimabewegung zu nutzen und zugleich mit dieser Bilderstürmerei neue machtvolle Bilder hervorzubringen (Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Band 37, Heft 3). Tatsächlich zielen die Brei- und Tortenangriffe nur auf symbolische Zerstörungen der Objekte.
Die Angreifer weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie nur Bilder mit Glasscheiben auswählen, um die Originale nicht zu beschädigen. Die durch diverse Substanzen verunzierten Gemälde löschen deren Motive zudem nur kurzzeitig aus. Insoweit stünden sie nicht in einer Tradition von Protesten, die sich primär gegen Bildinhalte richteten. Wie etwa jenen der britischen Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, als die Suffragetten in der Londoner National Gallery Diego Velásquez' "Venus vor dem Spiegel" aufs Korn nahm, weil solche sexualisierte Darstellung des Frauenakts allzu provozierend den Voyeurismus männlicher Besucher befriedige.
Den heutigen Aktivisten gehe es hingegen nie um die Motive der Kunstwerke, sie instrumentalisierten sie lediglich als Plattform zur Verbreitung ihrer Klima-Ideologie. Dies geschehe durch neue, während ihrer "performativen Akte" in Museen entstandene Bilder. Diese sind für Schankweiler selbst wiederum eine Form von Kunst, weil sie an jenes "Actionpainting" erinnern, aus dem sich in den 1950er und sechziger Jahren, als Künstler mit großer Geste und vollem Körpereinsatz Farbe auf Leinwand tropften, spritzen oder schütteten, der Abstrakte Expressionismus entwickelte.
Daher sei nicht verwunderlich, wenn sich heute Malerinnen wie die US-Amerikanerin Jacqueline Humphries von den "fast schon malerischen Qualitäten" der Interventionen der "Letzten Generation" inspiriert fühlen. Als Reaktion auf deren Farb- und Brei-Attacken schuf die Künstlerin, die bekannt ist für ihre abstrakte, die digitale Gegenwart reflektierende Malerei, umgehend eine Serie von Gemälden, die sie "pre vandalised" nannte.
Darin läuft Farbe von einer Leinwand, die scheinbar mit einem Farbbeutel darauf geschleudert wurde, so als würde sie in einem Akt des Vandalismus ein darunterliegendes Gemälde verunstalten. Andere ihrer Leinwände zeigen am Rand eine kleine Hand, die auf die festgeklebten Hände der Klimaaktivisten anspielen. Insofern scheine Humphries Befragung abstrakter Malerei die Vandalisierung ihrer eigenen Werke schon vorwegzunehmen, wenn sie vielleicht in Zukunft Zielscheibe von Protest werden.
Daß gerade Museen bevorzugte Spielstätten für die Protagonisten auf der Klimabühne sind, folgt für Schankweiler aus dem simplen, von ihr mit Sympathie kommentierten Kunstbegriff dieser "Letzten Generation". Im Unterschied zu Surrealisten oder Kubisten vor hundert Jahren, die gegen das bürgerliche Kunstverständnis opponierten und "den Louvre anzünden" (Le Corbusier) wollten, weiten die selbsternannten Klimaretter ihre Kritik von der bürgerlichen Kunst auf den gesamten bürgerlichen, weil nicht "nachhaltigen" Lebensstil aus, den sie für den Hauptverursacher der Klimakrise halten.
Aus dieser Sicht sei die Institution Museum Symbol eines die Ressourcen des Planeten Erde

verschwendenden Lebensstils. Wobei der Kunstgenuß als verächtliches Beispiel für den bildungsbürgerlichen Eskapismus stehe, für eine Flucht aus der Wirklichkeit, "während außerhalb der Museen die Welt brennt".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Der einzige Blaue im Ersten**

Macht der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Bogen um AfD-Politiker?

Sven Versteegen

Wo ist Alice Weidel?", geistert es durch den Kopf des einen oder anderen Zuschauers der öffentlich-rechtlichen Talkformate. Wo ist die Kanzlerkandidatin der AfD? Auf den Sesseln bei "Caren Miosga", "Hart aber fair", "Maischberger", "Markus Lanz" und "Maybrit Illner" ist sie jedenfalls nicht zu finden. Kein einziges Mal war Weidel dort im vergangenen Jahr zu Gast. Macht sich die Parteivorsitzende rar?

"Dann fängt man an, Mist für Gold zu verkaufen und Unsinn zu reden"

Nein, heißt es zumindest vom ARD und ZDF auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Die Redaktionen würden darauf achten, "daß sie unterschiedliche Positionen zu dem Thema haben", teilt ein ZDF-Sprecher mit. Darunter seien auch Vertreter der AfD - etwa AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla. Zudem führen die Sender ein weiteres Argument ins Feld: ARD und ZDF verstünden sich als "Vollprogramm" und bildeten die Positionen der AfD in anderen Formaten und ihrer Berichterstattung ab.

Weidel trat unter anderem im "ZDF-Morgenmagazin", "ZDF-Mittagsmagazin", der Sendung "Berlin direkt", den Sommerinterviews und "ARD-Tagesthemen" auf. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Talkrunden, sondern um Interview-Formate. Dort trifft sie nicht auf andere Politiker, um Argumente auszutauschen, sondern auf Journalisten, die Fragen stellen.

Zuletzt war Weidel am 20. September 2022 bei "Maischberger" im Ersten zu Besuch. Damals stritt die Ampel über die Lieferung deutscher Kampfpanzer an die Ukraine, und Deutschland sorgte sich vor einer Energieknappheit im Winter. Beim Schlagabtausch mit Talkshow-Liebling Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) flogen die Fetzen. Moderatorin Maischberger entglitt die Debatte.

Von der AfD in den Flimmerkisten und auf den Bildschirmen mobiler Endgeräte zu sehen waren Tino Chrupalla, Beatrix von Storch, Leif-Erik Holm und Rüdiger Lucassen, wie eine exklusive Auswertung der Jungen Freiheit ergibt. Thema war dann meist eine mutmaßliche "Kreml-Nähe" der AfD, Verbindung zum "Rechtsextremismus" und ein vermeintlich entgleitender Diskurs. Dabei glänzte der Co-Parteichef mit fünf Auftritten. Auf von Storch entfielen drei, auf Holm zwei, und Lucassen war einmal bei ARD und ZDF zu Gast. Insgesamt kommt die AfD somit auf zwölf Auftritte.

Im Parteienranking belegt sie damit den letzten Platz - noch hinter der Linkspartei. Letztere konnte ihre Politiker 22mal auf den Talkshow-Sesseln wissen, während sie in Umfragen konstant unter der Fünf-Prozent-Hürde dümpelt.

Spitzenreiterin war die Union. CDU und CSU entsendeten 156mal ihre Politiker. Das entspricht rund einem Drittel aller Politiker-Auftritte, spiegelt also auch die Umfragewerte der Oppositionsführerin im Bundestag wider.

Dahinter folgte die Partei des Noch-Bundeskanzlers, die SPD. 128mal beglückten Sozialdemokraten die deutschen Fernsehzuschauer mit ihren Weisheiten. In den Umfragewerten hat sich das bisher nicht positiv bemerkbar gemacht. Der SPD ist es das ganze Jahr nicht gelungen, die AfD als zweitstärkste Kraft abzulösen.

Welchen Anteil die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken an den durchschnittlich 16 Prozent trägt, wurde auch parteiintern diskutiert. Im September forderten ihre Genossen sie auf, die Runden bei ARD und ZDF zu meiden. "Es ist unerträglich", sagte Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) damals. Dem zum Trotz war Esken im Oktober bei "Maybrit Ill-

ner", im November bei "Markus Lanz" und im Dezember bei "Hart aber fair".
Selbstreflexion legte hingegen die ehemalige Grünen-Parteichefin Ricarda Lang an den Tag. "Dann fängt man an, Mist für Gold zu verkaufen und so einen Unsinn zu reden, wie ich ihn da erzählt habe", gab sie bei der letzten "Caren Miosga-Sendung" des Jahres 2024 zu. Ihre Partei verzeichnete 87 Auftritte.
Die Koalitionssprenger der FDP saßen 59mal und die Linksparteisprenger des BSW 28mal in den gebührenfinanzierten Sesseln von ARD und ZDF. Beinahe die Hälfte der Talkshowauftritte des Bündnisses ging auf das Konto von "Kanzlerkandidatin" Sahra Wagenknecht. Damit sicherte sie sich den zweiten Platz in der Politikerrangfolge. In diesem Jahr hätte die Kronprinzessin dann die Chance, den König der öffentlich-rechtlichen Talkformate Kevin Kühnert zu beerben.
Der frühere SPD-Generalsekretär trat insgesamt 16mal auf und verteidigte somit seinen Titel aus 2023. Seinen Posten gab er hingegen bereits im Oktober 2024 aus gesundheitlichen Gründen ab. Am 3. Oktober trat er bei "Markus Lanz" bisher zum letzten Mal auf.
Auf den dritten Platz quetschen sich zwei weitere Sozialdemokraten sowie ein Christdemokrat. SPD-Parteivorsitzender Lars Klingbeil, sein Bundestagsgenosse Ralf Stegner und der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn waren allesamt zwölfmal zu sehen. Der frühere Gesundheitsminister ist somit der Unionspolitiker mit den meisten Auftritten.
Das Duell Wagenknecht-Weidel wird wohl nicht im ÖRR gezeigt
Für die FDP ging ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Christian Dürr, am häufigsten an den Start. Mit elf Auftritten sicherte er sich den vierten Platz im Ranking. Kuschelig wird es dann mit Ricarda Lang und Omid Nouripour. Die früheren Grünen-Co-Vorsitzenden durften jeweils zehnmal ihre Argumente darlegen und sich nun über den fünften Platz freuen.
Neben die Grünen-Schwergewichte tritt dann noch ein vollbepackter sechster Platz im Deutschlandlook. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen, Bundesgesundheitsminister und Sozialdemokrat Karl Lauterbach, die FDP-Europaabgeordnete Strack-Zimmermann sowie FDP-Parteichef und Ex-Bundesfinanzminister Christian Lindner.
Fehlt da wer? Ja, die Kanzlerkandidaten. Der Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck trat siebenmal auf, CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz war fünfmal zu lauschen und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz war zweimal zu sehen.
Unter den Kanzlerkandidaten - ein inflationär gebrauchter Begriff - sticht Wagenknecht als Talkshow-Liebling hervor. Auf ihre Gegenspielerin Alice Weidel, die bei den Öffentlich-Rechtlichen seit Jahren nicht zu Gast war, traf sie beim Privatsender Welt-TV. Eine Revanche werden beide Frauen im Gebührenfunk voraussichtlich nicht bekommen. ARD und ZDF planen derzeit lediglich Kanzlerduelle zwischen Scholz und Merz.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Gamechanger der Weltgeschichte**
Der Historiker Yuval Noah Harari erörtert die Macht von Informationsnetzwerken vom Urmenschen bis zur KI unserer Tage
Felix Dirsch
Der Kultautor Yuval Noah Harari gilt nicht nur als der weltweit meistgelesene unter den lebenden Historikern; auch als Zukunftstheoretiker und als Berater, etwa des Davoser Weltwirtschaftsforums, ist er einer der einflußreichsten Vertreter seiner Zunft. Wie kaum ein zweiter besitzt der überzeugte Transhumanist die Fähigkeit, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einer großen Erzählung zu verweben und eindrucksvoll zu präsentieren.
Dieses Können stellt er auch in seiner neuesten Darstellung unter Beweis. Der Parforceritt durch verschiedene Epochen der Weltgeschichte (von der Steinzeit bis ins 21. Jahrhundert) findet diesmal anhand des roten Fadens von Medien und Informationsfluß statt. Die im Wandel der Zeit deutlich veränderten Gesellschaftsformationen werden auf diese Weise größten-

teils plausibilisiert.
Jäger und Sammler kannten andere Kommunikationsnetzwerke als seßhaft gewordene Kulturen. Erst recht bedurfte es in den großen Hochkulturen neuer Narrationen, etwa der vom gottgleichen Herrscher, um die mittlerweile zahlenmäßig deutlich gewachsenen Völker adäquat zu organisieren.
Mittelalterliche Medien, beispielsweise die Anfertigung von Abschriften der Bibel, unterschieden sich stark von frühneuzeitlichen. Die Folgen des Buchdrucks wurden seit jeher als schwer zu ermessen dargestellt. Die Reformation, aber auch die Gegenreformation sind ohne diese Umwälzungen kaum vorstellbar. Eine ursprünglich überschaubare, aber stetig wachsende Schicht von Schriftkundigen konnte sich nunmehr unmittelbar mit der Bibel beschäftigen und verzichtete gern auf Vermittlung durch den Klerus.
Seit der Zeit der Aufklärung nimmt die Alphabetisierungsrate immer schneller zu. Die Buchproduktion wächst parallel dazu. Das Bürgertum reklamiert mehr und mehr Machtanteile. Davon sind auch politische wie wirtschaftliche Umbrüche, etwa die Französische Revolution und die Industrialisierung, maßgeblich bestimmt. Die demokratisch-egalitär angelegten Formen des Zusammenlebens organisieren sich zumeist in dezentraleren Netzwerken als herkömmliche Monarchien. Dieser Sogwirkung kann sich keine politische und soziale Kraft im 19. und 20. Jahrhundert entziehen.
Noch dramatischer verlaufen die Umbrüche im 20. Jahrhundert. Die Gewaltregime dieses Zentenniums wären wohl noch brutaler gewesen, hätten sie über mehr Medien als nur über Volksempfänger, Telefon und Telegraph verfügt.
Die technische Rückständigkeit von Systemen wie den realsozialistischen, die sich gegen den Markt und gegen die Öffnung nach außen entschieden hatten, war entscheidend für deren Niedergang verantwortlich. Es fehlten Selbstkorrekturmechanismen. Doch Kommunikationsnetzwerke müssen kein Feind autoritär-diktatorischer Herrschaft sein, sondern können als effektive Kontrollinstrumente gebraucht werden, wie das Beispiel China besonders pointiert zeigt.
Seit den 1940er Jahren macht sich erneut eine technische Revolution von weltgeschichtlichem Ausmaß bemerkbar: Elektronische Rechner und deren Fortentwicklung lassen Menschen immer schneller antiquiert aussehen, wie es schon in den 1950er Jahren der Philosoph Günther Anders beschrieben hatte. In immer mehr Bereichen ist der Mensch Unterstützer der Maschine, nicht umgekehrt.
Wer "Krone" im Datenmeer wird, zeichnet sich immer klarer ab. Noch können sogenannte Captchas als Tests fungieren, um Menschen von Robotern zu unterscheiden. Man wird wohl nicht allzu lange warten müssen, bis auch dieser Vorsprung gegenüber der Künstlichen Intelligenz verschwindet. Harari hat diesen Verlauf erneut wortreich antizipiert. Alle können sich darauf einstellen. Die Zukunft hat also schon begonnen.
Yuval Noah Harari: Nexus. Eine kurze Geschichte der Informationsnetzwerke von der Steinzeit bis zur künstlichen Intelligenz. Penguin-Verlag, München 2024, gebunden, 656 Seiten
…<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Der Wolf und die Politik**
Naturschutz und Landwirtschaft Teil II: Angriffe durch Wölfe nehmen zu
Kuba Kruszakin
Vor einem Vierteljahrhundert wurden wieder die ersten Wolfswelpen in Deutschland geboren. Das war in der Oberlausitz, in Sachsen. Zehn Jahre später wuchs dort der Bestand auf vier Einzeltiere, zwei Paare und sieben Rudel an. Sie lebten in 13 sogenannten Wolfsterritorien. Heute gibt es 274 Siedlungsgebiete in ganz Deutschland, Tendenz steigend. Kaum ein Bundesland bleibt von den Folgen der großen Einwanderung verschont. Überall fürchten Landwir-

te um ihre Tiere - und ihre Existenz. Die JUNGE FREIHEIT fragte nach, wie Landesregierungen mit dem Wolf umgehen.
"Deutschland hat mit 2.000 Wölfen die höchste Wolfsdichte, und jetzt halten Sie sich fest, weltweit die meisten Wölfe pro Quadratkilometer gibt es im dicht besiedelten Deutschland", sagte im Juli 2024 Hubert Aiwanger, der bayerische Staatsminister für Wirtschaft auf einer Kabinettssitzung. Der Bundesvorsitzende der Freien Wähler (FW) berief sich auf Schätzungen des Deutschen Bauernverbandes (DBV), wie sein Ministerium später erklärte. Die Bandbreite der Schätzung ist groß, und Aiwanger nannte nur einen geringen Wert: 1.800 bis 3.300 Wölfe sollen hier schon leben.
Aus den Zahlen der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) geht hervor, wie stark die Gefahr für Nutztiere wächst. Gab es im Jahr 2018 noch 638 Wolfsübergriffe auf Nutztiere, stieg die Zahl fünf Jahre später auf 1.268 - fast das Doppelte. Nahezu eine Verdreifachung gab es bei den Opferzahlen. 2018 fielen 2.067 Nutztiere dem Isegrim zum Opfer, 2023 stieg die Zahl auf 5.727.
Auch die finanzielle Belastung nahm zu. 2010 lagen die Ausgaben für Ausgleichszahlungen an die geschädigten Tierbesitzer noch im fünfstelligen Bereich. 2018 betrugen sie bereits 232.000 Euro, im vergangenen Jahr wurden es 638.000 Euro. Noch stärker füllten sich die Fördertöpfe für den Wolfsschutz, von 2,38 Millionen auf 21,26 Millionen Euro.

Eingeschränkter Anspruch auf staatlichen Schadensersatz

Doch wer kann mit dem Ausgleich rechnen? In den meisten Bundesländern ist entscheidend, wo der Wolf genau zuschlug. "Der Anspruch auf Schadensersatz ist davon abhängig, ob sich ein Rißereignis innerhalb oder außerhalb der Fördergebiete Wolfsprävention ereignet hat", teilte etwa das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft von Baden-Württemberg der JUNGEN FREIHEIT mit. Im Klartext: In den zur Prävention gekennzeichneten Landkreisen sind die Zahlungen daran gekoppelt, ob die betroffenen Tierbesitzer über Schutzanlagen oder Herdenschutzhunde verfügen. Anderswo im Ländle ist dies nicht notwendig.
In Thüringen sind die Zahlungen hingegen flächendeckend an Vorsorgemaßnahmen gekoppelt. In Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Niedersachsen und Brandenburg gilt eine grundsätzliche Ausgleichsbindung an Vorsorgemaßnahmen für Schafe und Ziegen; im letzteren Bundesland sowie in Sachsen-Anhalt setzen die zuständigen Umweltministerien zudem auf die Einhaltung "guter fachlicher Standards" für den Tierschutz und umweltschonenden Betrieb.
Auch die Präventionsförderung selbst fällt unterschiedlich aus. Brandenburg subventioniert die Anschaffungskosten der als wolfsabweisend geltenden Zäune und von Herdenschutzhunden, während Sachsen-Anhalt ausschließlich für Zäune zahlt. Nahezu überall hängt der Umfang der Förderung davon ab, ob es sich bei den zu schützenden Tieren um Schafe und Ziegen oder anderes Nutzvieh handelt.
"Prävention ist sinnlos, beziehungsweise hat sie sich als sinnlos herausgestellt, wie man am Beispiel des Risses in einem geschlossenen Stallgebäude auf dem Hof Weitenfeld sehen kann", sagt Reinhard Jung, Sprecher der Freien Bauern gegenüber der Jungen Freiheit. In dem Kälberstall auf Hof Weidenfeld in Mecklenburg-Vorpommern wurden fünf Tiere Ende des Jahres getötet. "Deshalb wäre höhere Präventionsförderung nicht angemessen, sondern ebenfalls sinnlos", so Jung. Auch die Ausgleichsmaßnahmen könnten nur den monetären Wert der gerissenen Tiere ersetzen, "sofern man sich auf das aufwendige Antragsverfahren mit unsicherem Ausgang überhaupt einläßt".
Ausgleichszahlungen setzen allerdings voraus, daß die getöteten Weidetiere dem Wolf zuzurechnen sind. Dies zu untersuchen ist alleinige Aufgabe des Senckenberg-Zentrums für Wildtiergenetik. "Eine zentrale Auswertung aller anfallenden Wolfsproben aus Deutschland in ei-

nem Labor ist sinnvoll, da wolfsgenetische Untersuchungen bislang nicht genormt sind, so daß Daten, die in unterschiedlichen Laboren erzeugt wurden, nicht ohne weiteres vergleichbar sind", so Sina Schreiner, Presse-Referentin des hessischen Ministeriums für Landwirtschaft gegenüber der Jungen Freiheit.
"Dies trifft insbesondere auf den genetischen Fingerabdruck ("Genotyp") zu. Da es für wolfsgenetische Untersuchungen keine Akkreditierung gibt, eine Aufteilung der Analysen aus oben genannten Gründen nicht sinnvoll wäre und es keinerlei fachlich begründete Zweifel an der Arbeit Senckenbergs gibt, ist für die genetische Analyse von amtlichen Wolfsproben in Hessen ausschließlich Senckenberg zuständig."
Diese Einschätzung teilt der Sprecher der Freien Bauern, Reinhard Jung, nicht: "Die Zweituntersuchung des Risses auf dem Hof Weitenfeld hat ja gezeigt, daß das Senckenberg-Institut keine zuverlässigen Ergebnisse liefert." Das offiziell zuständige Senckenberg-Zentrum hatte das Rißgeschehen auf dem Bauernhof in Mecklenburg-Vorpommern eben keinem Wolf zugeordnet. Peter Guhl, der betroffene Landwirt, hatte allerdings eine Vergleichsprobe an ein Hamburger Institut gesendet (JF 2/25).
Die Hamburger untersuchten und kamen zum Ergebnis: Wolfsriß. "Ganz unabhängig davon, wie man sonst zur Arbeit dieser Institution steht, wurde dadurch belegt, daß das Senckenberg-Institut nicht für die Untersuchung des Rißgeschehens in Frage kommt und durch einen seriösen Dienstleister ersetzt werden muß", fordert Jung.

Begrenzte Wolfsjagd zur Gefahrenabwehr ermöglichen?

Laut DBBW richten sich 79 Prozent der Wolfsübergriffe gegen Schafe, während nur 14 Prozent Rinder und fünf Prozent Gehegetiere betroffen sind. Das haben Auswertungen des Monitoringjahreszeitraums 2023/24 ergeben.
"Die Schafhalter sind wohl am stärksten betroffen", sagt auch Jung. Er gibt allerdings zu bedenken: "Aber da es inzwischen aus verschiedenen Gründen ohnehin kaum noch Schafe in Deutschland gibt und die Wölfe deswegen nicht weniger Hunger haben, richtet sich ihr Interesse logischerweise vermehrt auf Rinder und Pferde."
Auf Prävention und Ausgleich würden Jungs Kollegen, so sagt er, gern verzichten. Allerdings fordern die Freien Bauern, dringend die Übernahme des Artikels 16 Absatz 1 der FFH-Richtlinie der EU ins deutsche Naturschutzrecht. Nach ihr dürfen Wölfe zur Gefahrenabwehr in Siedlungen und an Viehweiden getötet werden. "Auf diese Weise regulieren andere EU-Länder wie Schweden oder Frankreich ihren Wolfsbestand und schützen die Weidetierhaltung", so Jung, doch die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke blockiere nach wie vor diese "vernünftige Regelung".
senckenberg.de/de/institute/senckenberg-gesellschaft-fuer-naturforschung-frankfurt-main
www.dbb-wolf.de/Wolfsmanagement<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/25" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Fleisch ist ihr Gemüse**
Von einem Extrem ins andere: Die Anti-Veganer essen ausschließlich Fleisch und andere tierische Lebensmittel. Obst und Gemüse lehnen sie ab. Was ist das für ein neuer Trend?
Ludger Bisping
Bei einem Koch-Event komme ich mit einer Teilnehmerin ins Gespräch. Ihr erstaunlicher Kommentar zur Gemüsebeilage: "Gemüse ist viel zu ungesund und vollkommen sinnlos - ich esse nur Fleisch, am liebsten roh!"
Sie überreicht mir ein Faltblatt der "Carnivoren-Bewegung", deren Anhänger sich "Carnitarier" nennen und für eine "fleischbasierte Ernährungsweise" werben. Darin findet sich ein Link zur Internetseite www.carnitarier.de und zum Podcast "Fleischzeit".

Fleisch, Fisch und Milchprodukte enthalten kaum Kohlenhydrate

Zunächst hielt ich das Ganze für Satire, eine gelungene Persiflage auf den Vegantick. Essen

die Gemüseersatzprodukte aus Fleisch? Mett-Brokkoli statt Tofu-Würstchen, haha! Doch meine Tochter, die aus Tierliebe Vegetarierin ist, klärte mich auf: "Ja ja, das sind die Carnivoren - die sind in den sozialen Medien sehr präsent."
Hauptsächlich geht es dabei um den Diät-Aspekt: Fleisch, Fisch und Milchprodukte sind sehr sättigend und enthalten weder Zucker noch Kohlenhydrate. Berichte über positive Effekte auf Körper, Gesundheit und Verdauung beruhen allerdings nicht auf neutralen Untersuchungen, sondern auf begeisterten Schilderungen der Anhänger des neuen Trends, wie sie sich auch auf der Internetpräsenz finden: "Dirk: Als Veganer mit 54 dem Tod nahe, durch Fleisch gerettet" oder "Amira hat ihre Migräne mit Fleisch besiegt".
Und wie sieht die Fleischfresser-Diät im Alltag aus? Die Kochkursteilnehmerin erklärt ernsthaft: "Morgens drei bis fünf Eier, mittags ein Steak und abends Mett. Als Snack zwischendurch getrocknetes Rindfleisch und zum Trinken am liebsten selbstgekochte Fleischfonds und Brühe aus Rinderknochen."
Das ist nebenbei nicht die preiswerteste Art, sich zu ernähren, wenn man kein Gammelfleisch essen möchte, von Wild oder Bio-Qualität gar nicht zu reden.
Doch für Glück und Gesundheit braucht es nicht nur Fleisch, sondern auch Fett! Wir lernen auf der Webseite: Mageres Muskelfleisch allein macht krank und führt zu Kollagenmangel ("Kaninchenhunger"). Deshalb gilt: "Den Fettrand am Steak abzuschneiden ist das Dämlichste, was man nur tun kann, weil man dadurch seinem Körper zur Produktion von Bindegewebe und Haut das Wichtigste entzieht."
Doch nicht jeder mag Fett und Knorpel. Im Kommentarbereich klagt 'Ramona': "Mein Mann mag absolut kein Fett am Fleisch, es ekelt ihn. Hat jemand einen Tip?" Die Gemeinde rät zu Schmalz, Knochenbrühe und krosser Hähnchenhaut.
Zur Unterstützung ihrer Thesen berufen sich die Fleischenthusiasten auf die Ernährungsgeschichte antiker Völker. Diese erschöpft sich hier aber in einigen fragwürdigen Zitaten von Cäsar und Tacitus über die angebliche Ernährungsweise der Germanen, die offenbar nicht die Spur von Ackerbau betrieben und sich ausschließlich wie Obelix ernährten.
Fleisch sollte zudem möglichst roh verzehrt werden, sagt die Carnivoren-Community, da das Erhitzen zu viele Proteine "denaturiert". Angst vor Salmonellen und Bakterien müsse man nicht haben, denn "die meisten Parasiten bekommen Menschen höchstwahrscheinlich durch Obst und Gemüse".
Natürlich und unter hygienischen Bedingungen fermentiertes Fleisch ("High Meat") dagegen sei nicht nur unbedenklich, sondern beeinflusse auch die mentale Stimmung positiv.
Nicht alle sehen das unkritisch. Die AOK warnt vor gesundheitlich negativen Folgen, da der carnivore Trend ebenso eine einseitige Mangelernährung darstellt wie die vegane Variante. Dem Fleisch fehlen Vitamine und Ballaststoffe - was die Anhänger des Carnivorismus leidenschaftlich bestreiten.
Ist dieser überdrehte Hype ein ziviler Abwehrreflex auf die penetrante "Veggie-Beschallung" aus den Medien? Ist es eine "Zurück zur (vermeintlichen) "Natur-Sehnsucht"? Es gibt jedenfalls nichts, was es nicht gibt. Das gilt auch für den Witz mit dem Gemüseersatz aus Fleisch: Im Netz finde ich tatsächlich das Rezept einer carnivoren Pizza, bei welcher der Teigboden aus Hühnchenbrust besteht!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Politbarometer: AfD springt über 20 Prozent - BSW rutscht ab**
Die AfD kann im neuen ZDF-Politbarometer zulegen. Wenn schon diesen Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die Partei auf 21 Prozent, zwei Punkte mehr als bei der letzten Umfrage vor drei Wochen. Die Grünen klettern in der Umfrage um einen Punkt auf 15 Prozent. Auch die FDP kann auf vier Prozent zulegen (+ 1).
Nach unten geht es dagegen für die Union, die einen Zähler verliert, aber mit 30 Prozent wei-

ter stärkste Kraft bleibt. Die SPD sowie das BSW büßen ebenfalls je einen Punkt ein. Die Kanzlerpartei rutscht mit 14 Prozent nun auf den vierten Platz, das BSW sogar unter die Fünf-Prozent-Hürde. Die Linke bleibt als einzige Partei unverändert und kommt weiter auf vier Prozent. Alle anderen Parteien erreichen zusammen acht Prozent, einen Punkt weniger als kurz vor Weihnachten.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.475/…): >>**Prof. Mausfeld: Der totale Zivilisationsbruch des Krieges und der Weg zur Friedenssicherung**

Herbert Ludwig

Kriege sind in der Zivilisationsentwicklung der Menschheit ständige Einbrüche brutaler Zerfleischung auf die Ebene des Tieres und noch darunter. Prof. Rainer Mausfeld geht in seinem Vortrag vom 21.11.2024 den Ursachen nach und entwickelt auf eindrucksvolle Weise, wie in der Entwicklung des inner- und außerstaatlichen Rechts ein Schutz entstanden ist, der nur noch durch die Durchführung der breiten gesellschaftlichen Selbstbestimmung in der Begründung des Rechts vervollkommnet werden muß. Wir bringen nachfolgend das Transkript des 1. Teiles dieser bedeutenden Gedanken. Die Zwischenüberschriften sind von mir. (hl)

Einleitende Worte zum Vortrags-Video auf Youtube:

"Die Zivilisationsgeschichte ist durchzogen von leidvollen kollektiven Erfahrungen schwerer Zivilisationsbrüche. Nur sehr mühsam und langsam gelang es, gegen die Ursachen von Kriegen und Bürgerkriegen gesellschaftliche Schutzinstrumente zu entwickeln. Die normativen Leitideen einer egalitären Demokratie und ein egalitäres Völkerrecht sind dabei die bedeutendsten zivilisatorischen Errungenschaften einer Friedenssicherung, des innergesellschaftlichen Friedens und des Friedens zwischen den Völkern.

Beide Leitideen wurden in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend ausgehöhlt oder zerstört. Die Demokratie wurde in eine zunehmend autoritäre Eliten-Wahloligarchie verwandelt und das Völkerrecht dem hegemonialen Gewaltanspruch des militärisch, ökonomisch und propagandistisch Stärksten unterworfen. Durch diese Entwicklungen haben beide Leitideen ihre friedenssichernde Kraft mehr und mehr eingebüßt. Gegenwärtig verschärft sich dieser Abbau zivilisatorischer Errungenschaften in einer Weise, die die Zukunft der menschlichen Zivilisation insgesamt bedroht."

Prof. Rainer Mausfeld

Teil 1: Das Recht als Schutzinstrument gegen Bürgerkrieg und Krieg

Ursachen des Krieges

Frieden gilt bekanntlich als das höchste gesellschaftliche Gut. Und wie so oft, wird der Wert des Friedens auch erst durch seinen Verlust schmerzlich erfahrbar. Über Frieden zu sprechen, bedeutet also stets, über den Verlust von Frieden zu sprechen, also über Krieg. Das sollte eigentlich einfach sein, denn ist nicht die Abscheu vor dem Krieg Teil unserer Humanität?

Erasmus von Rotterdam bemerkte schon 1515: "Vom größten Teil des Volkes wird der Krieg verflucht. - Einige wenige nur, deren gottloses Glück vom allgemeinen Unglück abhängt, wünschen den Krieg."

Warum aber schaffen es dann immer wieder die nur Wenigen, so großes Unheil über ein ganzes Volk zu bringen? Das ist das dunkle Geheimnis des Krieges, das schon Erasmus bedrängte. Es ist jetzt schon wieder so weit gekommen, daß man den Krieg allgemein für eine annehmbare Sache hält und sich wundert, daß es Menschen gibt, denen er nicht gefällt. Es ist jetzt schon so weit gekommen, daß die größten Kriegshetzer medial gefeiert und sogar ganz orwellsch mit Friedenspreisen ausgezeichnet werden. Bereits das Wort Frieden ist in weiten Teilen der politischen und intellektuellen Klasse zum Gegenstand von Diffamierung und Ächtung geworden. Nun haben sich die Dinge so entwickelt, daß man dem Frieden einen Grabstein setzen muß.

Wie konnte es dazu kommen? Wie konnte es dazu kommen, daß wir trotz aller gewaltigen Zerstörungsspuren des Krieges und trotz der tiefen Einsichten, die seit Erasmus in die Ursachen von Krieg gewonnen werden konnten, in die gegenwärtige höchstbedrohliche Situation eines dritten und vermutlich letzten Weltkriegs gekommen sind?
Die Frage von Krieg und Frieden begleitet die Menschheit seit ihren Anfängen, und sie ist so komplex und unergründlich wie der Mensch selbst. Es gibt in den verschiedenen Disziplinen eine Fülle von Belegen für Kriege im engeren Sinne, in Archäologie, in der Anthropologie, Evolutionsbiologie. Es gibt keine Belege für Gesellschaften, die länger als 300 Jahre ohne Krieg gelebt haben. Ich kann diese Dinge nur ganz kurz andeuten.
Sicherlich würden Sie dazu gerne genauere Belege wünschen. Ich werde die Folien des Vortrages als PDF auf der Videoaufzeichnungsseite des Westend Verlages zum Download stellen und habe dabei eine ganze Reihe wegen der Komplexität des Themas, eine Reihe weiterer Befunde und Beobachtungen, eingefügt und zugleich Literatur angegeben, wo sie eine Fülle weiterer Belege finden. Das, weil ich hier das nur kurz andeuten kann.
Was sind nun die Gründe für Krieg? Albert Einstein schrieb in seinem berühmten Briefwechsel mit Freud zu genau dieser Frage, warum Krieg im Menschen lebt, ein Bedürfnis zu hassen und zu vernichten. Diese Anlage ist in gewöhnlichen Zeiten latent vorhanden, kann aber leicht geweckt und zur Massenpsychose gesteigert werden. Das ist sicherlich eine wichtige psychologisch-anthropologische Einsicht. Aber bereits ein grober Blick auf die Ursachen des Krieges zeigt, wie komplex diese tatsächlich sind.
Die Bedingungs-Faktoren des Krieges sind vor allem
- anthropologische der Beschaffenheit des Menschen,
- soziologische der Funktionslogik von Macht,
- politologische der Funktionslogik von Staatlichkeit (Der Staat neigt dazu, sich zu einem Selbstzweck zu machen) und
- ökonomische der Funktionslogiken von Wirtschaftsformen, insbesondere des Kapitalismus.
Von den anthropologischen Faktoren wurde eine schon sehr früh identifiziert, nämlich die Neigung des Menschen zu einem unersättlichen "mehr haben wollen" auf Kosten anderer. Das ist ein Thema, was ich sehr ausführlich im Hybris-Buch behandelt habe. Es war eine der ersten Einsichten in der Antike, daß ein unersättliches, parasitäres "mehr haben wollen" den Zusammenhalt einer Gesellschaft zerstört und die Ursache von Bürgerkrieg und Krieg ist. Das gilt insbesondere für gesellschaftliche Eliten.
Das führt uns dann zu der soziologischen Komponente, denn Macht drängt nach mehr Macht, und Reichtum drängt nach mehr Reichtum. Auch die soziologische Komponente wurde sehr früh identifiziert. Adam Smith, der Begründer er Nationalökonomie und ein Moralphilosoph der Aufklärung, schrieb:
"Der niederträchtige Leitsatz der Herren der Welt lautete zu allen Zeiten: Alles für uns und nichts für andere."
Auch diese Einsicht hat viele Vorläufer und reicht weit, weit zurück. So schrieb der griechische Dichter Hesiot, daß die Herrschenden durch ihre Korruptheit zu Gabenfressern und Volksgutverzehrern geworden seien. Und Machiavelli stellte fest:
"Das Verlangen der Eliten nach Macht und Besitz ist so gewaltig, daß es ein Gemeinwesen bald zum Untergang führt, wenn es nicht durch geeignete Mittel und Wege abgewehrt wird."

Das Recht als Schutzinstrument

Es wurde sehr früh untersucht: Welche zivilisatorischen Schutzinstrumente kann man eigentlich gegen Krieg entwickeln, und wie müssen die beschaffen sein für eine Kriegsverhinderung. Und das Wichtigste dieser Schutzinstrumente ist das Recht. Das wird uns hauptsächlich beschäftigen. Was ist das Recht eigentlich? Woher kommt es? Und wieso kann es als Schutzinstrument gegen Krieg wirksam sein?

Auch da gehen die Betrachtungen weit, weit zurück. Die ältesten Mythen über die Gründe von Bürgerkrieg und Krieg finden sich im Prometheus-Mythos. Von denen gibt es ganz viele ganz unterschiedliche Varianten. Was sie gemeinsam haben, ist, daß der Mensch ein Mangelwesen ist im Vergleich zu Tieren. Der Mensch ist gegen die Unbill der Natur schutzlos.
Wie kam es dazu? Es kam dazu, daß Prometheus, der zum Göttergeschlechte der Titanen gehörte und der zugleich der erste und größte Rebell in der Geschichte des Weltalls ist, weil er sich gegen den tyrannischen Zeus aufgelehnt hatte, Prometheus hat aus Lehm, weil er ein Menschenfreund war, er hat aus Lehm den Menschen geschaffen.
Und da ist was schief gegangen. Prometheus hat seinen Bruder um Hilfe gebeten, der heißt Epimetheus. Epimetheus heißt derjenige, der erst nachdem er gehandelt hat, zu denken anfängt. Epimetheus hat geschlampt, und Menschen sind sozusagen nur eine fehlerhafte Beta-Version. Menschen sind mißglückt. Das wissen wir natürlich alle aus dem Alltag, also zumindest die anderen, die anderen sind mißglückt. -
Die Menschen waren schutzlos, und Prometheus - das hängt jetzt ein bißchen ab, welche Prometheus-Sage wir nehmen - Prometheus hat also, weil die Menschen schutzlos waren, und sie Hilfsmittel brauchten, ohne Hilfsmittel waren sie nicht lebensfähig, Prometheus hat also das Feuer vom Sonnenwagen geholt oder gestohlen, sagen einige, hat das Feuer vom Sonnenwagen geholt und es als Prometheus, der Menschenfreund, zu den Menschen gebracht. Und er hat den Menschen auch die technischen Fertigkeiten, das Handwerk, gegeben, daß sie sich selber schützen können. Das war schon ganz wichtig.

Menschliches Recht - Die Prometheus-Sage

Aber es blieb ein fataler Mangel. So und jetzt steigen wir ein in die Prometheus-Sage des Protagoras, - es blieb ein Mangel, daß die Menschen sich weiter in die Köpfe eingeschlagen haben. Das hat ja nichts mit Handwerk zu tun. So oft sich Menschen nun zusammengefunden hatten, schädigten sie jedesmal einander, weil sie die Fähigkeit, in Gemeinschaft zu leben, nicht besaßen.
Da geriet Zeus in Besorgnis um unser Geschlecht, daß es vollständig zugrunde gehe und schickte Hermes, den Götterboten, zu den Menschen, der Ihnen Scham und Respektieren des anderen und den Sinn für Gerechtigkeit und des Rechts brachte, damit die Ordnung der Städte auf ihnen beruhe und sie als Gemeinschaft stiftende Bande dienten.
Zeus mußte das Recht den Menschen geben, weil sie sich sonst selbst vernichtet hätten. Das heißt nach dem Prometheus-Mythos des Protagoras bzw. des Protagoras, den Platon beschrieben hat, hat Zeus die Menschen von Mangelwesen zu Überschußwesen gemacht, indem er sie mit einem Gerechtigkeitssinn ausgestattet hat und damit mit dem Vermögen, sich selbst Normen zu geben, die alle als gerecht und als rechtlich bindend ansehen können.
Damit hat Protagoras einen ganz wichtigen emanzipatorischen Schritt getan. Denn was ist jetzt die Quelle des Rechts? Die Gesetze und die politische Ordnung menschlicher Gemeinschaften sind weder durch die Götter vorgegeben, noch durch die Natur. Ein ganz entscheidender emanzipatorischer Schritt: Das Recht gehört zum Menschsein, es ist eine anthropologische Konstante, die selbst
wiederum in den moralischen Kapazitäten des Menschen ihre Wurzeln haben. Menschen haben die Befähigung, sich selbst die Gesetze zu geben, durch die sie ein friedliches Zusammenleben sichern wollen. Hier kommt die Bedeutung des Rechts für die Kriegsverhinderung. Das Recht ist also ein Produkt menschliche Entscheidung.

Recht gegen die Gewalt des Stärkeren

Jetzt sind wir aber noch nicht raus aus dem Sumpf, sondern jetzt stecken wir erst richtig drin. Rechts- und Verfassungsfragen sind also Machtfragen, wenn die Menschen sich das Recht selbst geben können. Dann sind wir wieder dabei gelandet, wer hat die Macht, sich da durchzusetzen?

Nur das Recht kann die willkürliche Gewalt des Stärkeren zivilisieren. Zivilisierung bedeutet den Übergang vom illegitimen Zwang willkürlicher Gewalt zum legitimen Zwang des Rechts. Dieser Gegensatz führt dann genau auf unsere Frage: Recht oder Macht des Stärkeren. Und im Zentrum aller Friedensbemühung, im Zentrum aller Friedensbemühung steht die Frage: Wie kann man dem Anspruch auf ein Recht des Stärkeren die Legitimation entziehen?
Auch diese Frage wurde schon sehr, sehr früh gestellt durch den griechischen Historiker Thukydides, der sie an einem Beispiel vorgeführt hat, das bis heute eine gewaltige Nachwirkung hat. Worum ging es? Es ging um den Krieg zwischen Sparta und Athen, den Peleponesischen Krieg. Das war eine Art - heute würde man sagen - geopolitischer Konflikt im Kleinen. Es gab eine kleine Insel in der Ägäis, Melos, die war seit 700 Jahren neutral, war auch nur ganz schwach bewaffnet, war klitzeklein. Und diese Insel wollte ihre seit 700 Jahren bestehende Unabhängigkeit behalten.
Athen bestand aber darauf und gab den Meliern die Wahl: neutral gibt es nicht, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Neutral gibt es nicht, entweder ihr werdet jetzt Teil der NATO - nein, damals Attischer Seebund - oder wir müssen Euch vernichten. Die Melier wollten das nicht einsehen und waren naiv genug, die große Seemacht Athen zum Gespräch zu bitten. Dabei konnten die Melier gute Gründe anführen, daß ihre Neutralität für Athen nicht von Nachteil sein würde, und sie hofften, ihre Gründe auch den Athenern einsichtig machen zu können. Athen jedoch erklärte jede Form von Argumenten für belanglos und antwortete, daß Recht nur zwischen gleich starken Parteien gelten könne.
"Denn ihr wißt ebenso gut wie wir, daß das Recht nur bei gleichem Kräfteverhältnis zur Geltung kommen kann. Ansonsten aber setzen die Starken durch, was Ihnen möglich ist, und erleiden die Schwachen, was sie zu erleiden haben." (Thukydides)
Danach belagerte Athen den Hauptort der Insel so lange, bis der Stadt die Vorräte ausgingen und sie sich unterwerfen mußten. Das erste Beispiel für radikale Sanktionen. Anschließend wurden alle männlichen Einwohner getötet und Frauen und Kinder versklavt. Thukydides schildert diesen Dialog ganz lang und ganz ausführlich. Der eigentliche Vorfall hatte für den Ausgang des Krieges überhaupt keine Bedeutung, war belanglos.
Thukydides schildert ihn so ausführlich, weil er die Struktur des Argumentes, das Recht des Stärkeren, bloßlegen will und ein Mahnmal gegen das Recht des Stärkeren setzen will. Der sogenannte "Melier-Dialog" legt beispielhaft die Grundmuster von Realpolitik offen, daß nämlich für Hegemonialmächte nur das Recht des Stärkeren gelten könne und somit moralische und rechtliche Fragen irrelevant seien. Das Recht des Stärkeren ist aber nichts anderes als rohe Gewalt.
Heute erscheint uns ein Recht des Stärkeren als rohe Barbarei. Wenn wir aber genauer hinsehen, können wir erkennen, daß die Intuitionen und Vorurteile, die dem Recht des Stärkeren zugrunde liegen, tief in unserer eigenen Kultur verwurzelt sind. Und sie treten in vielköpfigem Gewande auf, wie eine Hydra mit vielen Köpfen, sie treten in vielköpfigem Gewande auf: etwa als Sozialdarwinismus, als die Ideologie des freien Marktes, als Freihandel oder - damit werden wir uns noch beschäftigen - als regelbasierte Weltordnung. Auch Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus sind nichts anderes, haben an der Basis nichts anderes als das Recht des Stärkeren.
Hier haben Sie ein historisches Beispiel in dem Bericht von Bartolomé de las Casas. Das war der bedeutendste Whistleblower des europäischen Kolonialismus. Der illustriert, wie die Soldaten des Columbus die Ureinwohner von der Überlegenheit der europäischen Zivilisation überzeugten. (Bildeinblendung min. 20:03) Diese Haltung ist in der Neuzeit selten so offen ausgedrückt worden wie hier (20:24). Stets hat vor Gott und der Welt der Stärkere das Recht, seinen Willen durchzusetzen. Die Geschichte beweist: Wer nicht die Kraft hat, dem nutzt das Recht an sich gar nichts.

Die ganze Natur ist ein gewaltiges Ringen zwischen Kraft und Schwäche, ein ewiger Sieg des Starken über die Schwachen. Nichts als Fäulnis wäre in der gesamten Natur, wenn es anders wäre. Verfaulen würden die Staaten, die gegen dieses Elementargesetz sündigen, sagte 1923 Adolf Hitler. -
In unserer Gegenwart findet diese Haltung, man muß sagen, fast wörtlich ein Echo, hier: (Text wird eingeblendet):
Es sei eine "schlichte Wahrheit" der Geschichte, daß es in ihr "keinen Platz für die Schwachen gibt; die Schwachen zerbröseln, werden abgeschlachtet und aus der Geschichte gelöscht, während die Starken überleben und respektiert werden", sagte - Benjamin Netanjahu. -
Wie das Auslöschen der Schwachen aus der Geschichte konkret aussieht, können wir gegenwärtig live als Zeugen miterleben im israelischen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.

Wie läßt sich das Recht durchsetzen?

Wie läßt sich dem Recht des Stärkeren die Legitimation entziehen? Nun ein Kulminationspunkt dieser Bemühung ist, zumindest im Prinzip, die Institution der UNO und der UN-Charta von 1945, die genau dieses Ziel verfolgt, - vergeblich, wie wir nicht erst heute erfahren müssen. Die Gründe dafür lassen sich leicht ausfindig machen, weil zivilisatorische Leitideen wie Demokratie und Völkerrecht auf den aggressiven und erbitterten Widerstand der Starken stoßen, die sich ihren Handlungsspielraum nicht einschränken lassen wollen.
Das führt uns also in eine Art Teufelskreis. Mit diesem pessimistischen Schluß könnten wir den Vortrag eigentlich beenden, würde es nicht einen winzigen Spalt der Hoffnung geben durch die großen gedanklichen Einsichten in die Beziehung von Recht und Macht, die in der Zwischenzeit errungen werden konnten.
Um diese Einsichten nutzen zu können, müssen wir zumindest im Kern zunächst verstehen: Welche Einsichten sind denn da gewonnen worden, und wie könnte man diese Einsichten fruchtbar machen. Ich will ihnen das Ergebnis hier schon einmal vorwegnehmen.
Die wichtigste Einsicht ist, daß Frieden und gesellschaftliche Selbstbestimmung also Demokratie im ursprünglichen Sinne als radikale gesellschaftliche Selbstbestimmung untrennbar miteinander zusammenhängen. Nur eine wahre Demokratie kann den Frieden sichern.
Diese Einsicht, die sehr komplex ist, ist untrennbar mit dem Namen Kant verbunden, und ich möchte versuchen, ihnen den Kern dieser Einsicht etwas näher zu bringen. Thukydides, hatten wir gesehen, hatte die Grundfrage gestellt, das ist der "Melier-Dialog", das ist bis heute die Grundfrage, um die es geht. Und die Frage ist, wie kommen wir aus diesem Teufelskreis raus. Denn der Starke kann immer sagen: Ich pfeife auf das Recht. Und dann nützt alles Recht natürlich gar nichts.
Ich möchte, ganz kurz und verkürzt, zwei weitere Denker anführen, die das Recht als ein Schutzinstrument gegen den Krieg angesehen haben, und schließlich im zweiten Teil einen Verteidiger des Rechts des Stärkeren, der der Auffassung ist, daß nur durch Gewalt, nur durch die Gewalt des Stärkeren Frieden gewonnen werden kann.

1. Thomas Hobbes

Kommen wir zum ersten, Thomas Hobbes. Wenn wir über Recht sprechen, dann müssen wir zunächst fragen: Was muß eigentlich gelten, damit etwas Recht ist, wie kann man eigentlich Recht bestimmen, und welche Kriterien gibt es, durch die sich festlegen läßt, was eigentlich Recht ist? Hobbes hat wichtige Bausteine dazu geleistet.
Hobbes ist ein englischer Mathematiker und Staatstheoretiker, der einer der brillantesten und bedeutendsten Köpfe der politischen Philosophie ist und durch die tiefe Komplexität und Strenge seines Denkens ganz wichtige Bausteine (beigetragen hat); er hat das Fundament der gesamten politischen Philosophie der Neuzeit gelegt. Sein bekanntestes Werk ist der Leviathan. Der beschäftigt sich mit dem innenpolitischen Problem, wie sich durch Frieden Bürgerkrieg vermeiden läßt.

Hobbes ist vielfach mißverstanden worden. Hobbes hat einen sehr, sehr komplexen Ansatz, er ist vielfach mißverstanden worden. Hobbes ist eben kein realpolitischer Machtpolitiker, als der er gelegentlich dargestellt wird, sondern Hobbes ist einer der bedeutendsten Rechtstheoretiker, der durch Herrschaft des Rechts den inneren und äußeren Frieden zu sichern suchte.
Frieden läßt sich nur erreichen, sagt Hobbes, durch Gesetze und eine vertraglich legitimierte Zwangsgewalt zu ihrer Durchsetzung.
Hobbes wird vielfach, da kommen wir auch nachher nach der Pause drauf, Hobbes wird vielfach von den Stärkeren mißbraucht, um ihren hegemonialen Bedürfnissen den Anschein einer Rechtfertigung zu geben, also die Macht des Stärken zu rechtfertigen. Ich will nur ein Beispiel geben für diese Art von Mißbrauch, ganz kurz, damit Sie sehen, in welche Richtung das geht. Der bekannteste Aphorismus von Hobbes ist: "Der Mensch ist des Menschen Wolf." Da kann man jetzt viel reinlesen, welches Bild Hobbes eigentlich hat und worauf er zielt.
Hobbes sagt gleichzeitig aber - die Stelle wird nicht zitiert, obwohl sie an der gleichen Stelle ist, die stehen in einem Zusammenhang - "Der Mensch ist ein Gott für den Menschen" und sagt: Beide Sätze sind wahr, beide sind wahr. Und was den Unterschied zwischen dem einen und dem anderen ausmacht, ist gerade die Herrschaft des Gesetzes.
Hobbes liefert gleichzeitig Kriterien, eine Vielfalt von Kriterien: Was muß eigentlich etwas erfüllen, damit es als Gesetz gelten kann. Also es müssen normative Anforderungen sein, was kann denn ein Gesetz sein. Und ich will nur ein Beispiel dafür geben, und so ein bißchen den Geschmack, in welche Richtung das geht. Man muß an das Gesetz normative Anforderung stellen. Z.B. sagt er: "Beim Eintritt in den Friedenszustand soll niemand ein Recht für sich verlangen dürfen, das er nicht auch allen übrigen Menschen zugestehen will."
Das ist das Prinzip der Reziprozität, die spielt im formalen Völkerrecht heute immer noch eine ganz, ganz wichtige Rolle. Was also diese formalen Kriterien, für die Sie hier nur ein Beispiel sehen, was diese formalen Kriterien erfüllt - oder was sie nicht erfüllt, kann nicht als Gesetz gelten.
Und jetzt kommen wir zu einer ganz wichtigen, ganz, ganz wichtigen Unterscheidung, die immer wieder verwischt wird, natürlich aus gutem Grund: Eine Handlungsvorschrift oder Regel, die nicht bestimmte normative Anforderung wie Reziprozität erfüllt, kann nicht als Gesetz gelten und ist ungeeignet, die bloße Willkür der Gewalt des Stärkeren zu überwinden. Bloße Regeln und Anordnungen sind noch keine Gesetze. Regeln gibt es auch bei einer Gewaltherrschaft des Stärkeren.
Und jetzt sehen Sie schon im Titel der "regelbasierten Weltordnung": Das sind keine Gesetze, das ist ungeeignet, den Frieden zu sichern, weil ja gerade Regeln auch der Stärkere aufstellt. Denn eine Regel ist z.B.: Ich kann machen, was ich will, die anderen nicht. Das ist kein Gesetz, damit läßt sich kein Frieden sichern.

2. Immanuel Kant

Den zweiten Vertreter hatte ich schon genannt, Immanuel Kant, der ebenfalls Frieden durch Recht sichern will und die ausgefeilteste Konzeption hat:
"Das Recht der Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten."
Seine berühmteste Schrift ist die "Zum ewigen Frieden". Kant gilt als sehr trocken, sehr schwierig. Kant hat aber auch einen feinen Humor, denn er hat den Titel entnommen einem Gasthaus an einem Friedhof, das so hieß, an dem er vorbeigekommen ist, und er sieht natürlich die Ironie, die in diesem Titel steckt.
Auch Kant ist ganz, ganz wichtig, daß er von einem realistischen Menschenbild ausgeht, Kant ist kein naiver Friedensträumer. Wenn wir doch alle nett zueinander wären und uns alle an der Hand halten, dann ist Frieden. Kant sieht genau, versucht zu sehen, wie der Mensch ist, er startet von einem realistischen Menschenbild. Und gerade weil es realistisch ist, hat Kant

nicht ein so in der Tat pessimistisches Menschenbild wie Hobbes es hatte.
Kant sieht genau (Text wird eingeblendet, min. 33:22), daß zu einem realistischen Menschenbild gehört, daß der Krieg die dunkelsten Seiten aus uns herausholt, die im Menschen verborgen sind. Das muß man berücksichtigen, wenn man eine realistische Friedenskonzeption haben will. Er sieht die Bösartigkeit der menschlichen Natur - der Nachsatz ist das wichtige - "die sich im freien Verhältnis der Völker", also im Krieg, "unverhohlen blicken läßt."
So jetzt schauen wir uns die Konzeption von Kant kurz an - eine unmögliche Aufgabe, aber wir versuchen es. Kant startet von zwei Prämissen oder von zwei Beobachtungen, muß man sagen. Eine Beobachtung bezieht sich auf die Staatsoberhäupter, die zweite Beobachtung bezieht sich auf das Volk.
Was die Staatsoberhäupter angeht, betont er, daß besonders die Staatsoberhäupter des Krieges nie satt werden können. Das ist eigentlich nichts anderes als die antike Beobachtung. Macht drängt nach mehr Macht und Reichtum nach mehr Reichtum. Das ist unersättlich, die gesellschaftlichen Eliten, das war die Einsicht der Antike, sind unersättlich, und das wiederholt Kant.
Die zweite Einsicht, die ebenfalls ganz wichtig ist, bezieht sich jetzt auf uns, auf die Staatsbürger. Kant sagt - ist ein bißchen jetzt komplizierter Kantscher Satzbau -:
"Wenn die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein soll oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten, sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen."
Das Volk will keinen Krieg.
So, das haben sie gerade nicht mitgekriegt, ich habe Göring in seiner Gefängniszelle zitiert. Das ist allen bekannt, selbst denen, die kriegssüchtig sind, ist bekannt: Das Volk will keinen Krieg. Und deswegen braucht man gewaltigste Indoktrinations- und Propagandamethoden, um das zu erreichen.
An der Stelle setzt Kant an, er sagt: Wenn wir eine gesellschaftliche Selbstbestimmung haben - er ist Realist genug, daß er weiß, das ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung überhaupt dafür, wenn man Kriegsvermeidung betreiben will. Staaten tun das nicht, Staaten können das nicht, das liegt daran, Staaten sind keine moralischen Akteure, das wäre ein Kategorien-Fehler. Staaten haben keine Moral, Menschen haben eine Moral. Staaten sind keine moralischen Akteure, ich kann nicht aufrufen, daß die Staaten doch bitteschön friedlich miteinander umgehen, da fehlt der Adressat.
Staaten können indirekt zu moralischen Akteuren werden, wenn es eine ungeteilte radikale gesellschaftliche Selbstbestimmung des Volkes gibt, wenn der Staat sozusagen verschwindet in der Selbstbestimmung des Volkes. Das heißt durch Demokratie kann unsere natürliche Kriegsabneigung des Volkes auch auf Staatsebene wirksam werden.
Kant bindet also Demokratie und Frieden, hatten wir schon eingangs gesagt, ganz eng aneinander. Das hat jetzt radikale, eine ganze Reihe von radikalen Konsequenzen. Das bedeutet insbesondere:
Entscheidungen, die Fragen des Kriegs betreffen, so Kant, die haben das größte Risiko für den Einzelnen für sein Leben, für seine Freiheitsrechte. Krieg ist der größte Eingriff ins Privatleben. Das heißt, Verfahren zur Entscheidung von Krieg und Frieden müssen nach Kant den schärfsten demokratischen Legitimationsansprüchen genügen.
Eine Demokratie verdient ihren Namen nur, wenn sie sicherstellt, daß in allen Entscheidung zur Frage, ob Krieg sein solle oder nicht, das Votum - Kant wird jetzt sehr strickt - das Votum jedes Einzelnen, der potentiell die Lasten des Krieges zu tragen hat, in irgendeiner Weise in das Entscheidungsresultat mit eingeht.
Und Kant spricht etwas an, was natürlich in seiner Zeit nicht so dramatisch war wie heute:

Diese Entscheidung muß selbstverständlich ohne massenmediale Beeinflussung und Erzeugung von Angst, Feindbildern und Kriegsfieber getroffen sein.
Springen wir kurz in die Gegenwart und die Realität, obwohl das eigentlich erst nach der Pause ansteht. Im Juli gab Bundeskanzler Scholz am Rande des NATO-Gipfels in Washington die "bilaterale Entscheidung" der USA und der deutschen Bundesregierung - bilaterale Entscheidung ist natürlich ein Euphemismus, daß Berlin Befehle entgegennimmt, die Washington gegeben hat - bekannt, daß ab dem Jahr 2026 US-amerikanische weitreichende Angriffswaffen in Deutschland stationiert werden sollen. Alles ohne vorherige Diskussion - das sind die strikten demokratischen Legitimationsregeln, die Kant einfordert - und ohne Abstimmung des Bundestages. - Soviel zur Frage der Demokratie.
Jetzt kommen wir zum Kant'schen Modell, was wir im Prinzip ja jetzt bereits kennen: Frieden ist nur durch Recht möglich. - Das ist das Zivilisierungsinstrument von roher Gewalt.
Und Kant nimmt den Ausgangspunkt noch sehr viel abstrakter, indem er sich damit beschäftigt, was der Mensch ist, was die Freiheit des Menschen ausmacht und daß der Mensch Selbstzweck ist und nicht verzweckt werden kann.
Das Höchste für Kant ist die gesellschaftliche Selbstbestimmung einer Person. das ist die wahre, … das macht Humanität aus, das ist die wirkliche Freiheit in der berühmten Formel:
Eine Person darf keinen anderen Gesetzen, als denen, die sie sich selber gibt, unterworfen werden.
Wir können uns Gesetze geben, das ist ein freiwilliges Unterwerfen unter Gesetze, denen ich zugestimmt habe. Das ist die berühmte Kant'sche Formel, die steht für Kant ganz oben, die gesellschaftliche Selbstbestimmung einer Person. Zu dieser Selbstbestimmung gehört das auch - gehen wir wieder zurück zum Prometheus-Mythos - Recht ist Menschen-gemacht.
Das bedeutet, Recht, was Recht ist, - und was Werte sind und all diese Dinge - kann allein durch die gesellschaftliche Basis bestimmt werden. Das wiederum bedeutet die gesellschaftliche Selbstbestimmung des Staatsvolks über Fragen von Krieg und Frieden. All diese Aussagen sind in gewisser Weise gleichbedeutend, oder unter leicht verschiedenen Aspekten drükken sie immer wieder dasselbe aus.
Das heißt, um einen Eintritt in den Friedenszustand zu ermöglichen, darf die gesellschaftliche Selbstbestimmung des Staatsvolks - weil sie damit auch die gesellschaftliche Selbstbestimmung des Einzelnen, die für Kant ganz oben steht, gefährdet - durch keine innere, etwa massenmediale und äußere Intervention eingeschränkt werden.
Und jetzt kommen die radikalen Konsequenzen, die Kant auch ausbuchstabiert, ganz explizit. Die sind wirklich radikal. Und wenn es die UNO-Charta nicht gäbe, die sie genau materialisiert, würden Sie sagen: Das kann doch nichts werden. Kant spricht ein regides Verdikt gegen jede fremde Intervention in die inneren Angelegenheiten eines Staates aus. Das ist sein erster Präliminarartikel: Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates einmischen.
Das ist eine Grundvoraussetzung einer Bemühung, Frieden zu sichern. Wenn die nicht erfüllt ist - auch das spricht Kant deutlich aus - dann kann es mit der Friedenssicherung nichts werden.
Jetzt hatten wir vorhin schon gesagt: Gesellschaftliche Selbstbestimmung ist, daß eine Gesellschaft selbst bestimmen kann, was sie als Recht ansieht und auch was sie an Werten ansieht. (Einblendung min. 43:26): "Wie eine Gesellschaft ihre Vorstellung von Menschenrechten konkretisiert, kann allein durch die gesellschaftliche Basis bestimmt werden."
Menschenrechte sind nicht Gott gemacht oder durch die Natur gegeben - auch ein ganz wichtiger Aspekt - Menschenrechte werden von uns Menschen festgelegt. Sie unterliegen selbst der gesellschaftlichen Selbstbestimmung.
"Weder innere, noch äußere Mächte dürfen in diesen Prozeß gesellschaftlicher Selbstbestim-

mung von Rechten und Werten eingreifen."
Das sind Forderungen, die bekommen viele Spannungsverhältnisse, die müssen weh tun und mit denen müssen wir uns ernsthaft auseinandersetzen. Kant sagt weiterhin: Für diesen Prozeß haben alle Staaten das Recht auf ihren eigenen Zeitbedarf und auf eigenständige, selbstbestimmte Entwicklungspfade.
Wir können nicht unsere Werte mit Militärgewalt anderen Völkern, anderen Nationen aufzwingen. Mit einer solchen Haltung wird ein Friede verunmöglicht.
Die Forderung, kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen, ist für Kant eine Grundvoraussetzung des Friedens, ohne deren Garantie alle Überlegungen zu einer zukünftigen Friedensordnung sinnlos wären. Das ist genau wieder das, was die UN-Charta sagt. Kant verteidigt die Autonomie aller Staaten, weil eine Intervention in die inneren Angelegenheiten durch auswärtige Mächte in der Regel die Möglichkeit der Selbstbestimmung - das ist Kants eigentliches Anliegen - die vernichtet die Möglichkeit der Selbstbestimmung des Volkes und damit des Einzelnen.
Das ist genau, was die UN-Charta sagt: Alle Völker haben das Recht - das jetzt nicht die UN-Charta aus dem Pakt, aber entsprechende UNO normative Bestimmung - alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. Die kann kein Staat der Welt einem anderen Staat vorschreiben, (nicht) welche Moralvorstellung, welche Werte und so weiter er zu verfolgen hat.
Das führt uns zur UN-Charta, die in der Tat historisch ganz, ganz eng (damit verbunden ist). Nach dem Zweiten Weltkrieg war man nach der gewaltigen Blutspur bereit, auf diese Einsichten von Kant Rücksicht zu nehmen und sie trotz ihrer Radikalität umzusetzen.

Das Völkerrecht

Nun hatten wir ganz am Anfang schon gesagt, Rechtsfragen sind auch Machtfragen. Deswegen eine ganz kurze Bemerkung zum Völkerrecht:
Das steht ja bei uns immer im Hintergrund. Frieden durch Recht zu sichern, heißt ja in dem Fall - weil es eine zwischenstaatliche Geschichte ist, das heißt Völkerrecht - Rechtsfragen sind auch Machtfragen. Jetzt kommen wir in die Problematik wieder rein.
Die Entwicklung des Völkerrechts diente seit ihren Anfängen zwei ganz prominenten Namen: Victoria und Hugo Grotius. Das ist ein interessanter dialektischer Punkt der Weltgeschichte, daß das Völkerrecht vorrangig der moralischen Rechtfertigung der kolonialen In-Besitznahme von Ländern außerhalb Europas diente. Grotius war der Ansicht, daß die Europäer durch ihre zivilisatorische Überlegenheit jedes Volk der Welt anzugreifen auch zu vernichten (berechtigt seien), wenn sie es als unzivilisiert betrachten, als Strafe dafür, daß sie sich durch ihre Unzivilisiertheit gegen die Natur versündigt haben.
Bis heute dient die sogenannten Weiterentwicklung des Völkerrechts oft dazu, das Völkerrecht … - man nennt das dann: wir flexibilisieren, wir flexibilisieren mal das Völkerrecht, indem wir die UN-Charta abschaffen, also zu entkernen, um es an die faktisch gegebenen Machtverhältnisse anzupassen und um Kriege, die aus imperialistischen, kolonialistischen und hegemonialen Bedürfnissen resultieren, zu "gerechten" Kriegen zu erklären.
Und die Skala der Argumente wird ihnen vertraut sein. Im Kolonialismus hieß das "zivilisatorische Mission" - da hatten wir das Beispiel, die Illustration, wie man zu Kolumbus-Zeiten zivilisiert hat; "die Sicherung von Fortschritt und Freiheit"; " humanitäre Intervention" - prototypisches Beispiel Kosovo; "Kampf für Demokratie und Menschenrechte"; und heute "Kampf gegen Autokraten".
Trotz dieser Belastetheit des Völkerrechts gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg mit der UN-Charta ein normatives Regelwerk aufzustellen, was diese Erfahrungen alle berücksichtigt. Und das wichtigste ist, ganz kurz nur:

Die UN-Charta ist ein egalitäres Völkerrecht. Sie gilt für kleine und große und mächtige und ökonomisch mächtige und militärisch mächtige, ökonomisch schwache und militärisch schwache Staaten gleichermaßen. Die UN-Charta ist ein vollständig egalitäres Recht, wie natürlich auch zumindest in der Theorie auch das bürgerliche Recht ein egalitäres - alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Das ist, mit Hobbes könnten wir wieder sagen, das ist eine normative Voraussetzung dafür, daß etwas überhaupt ein Gesetz ist.
In der UN-Charta steht genau das, was wir gerade schon bei Kant hatten. Alle Mitglieder unterlassen, jedes in ihren Beziehung, jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der UN unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt. Das ist strikt verboten. Das schärfste Mittel, die militärische Intervention, ist ausschließlich selbst wiederum zum Schutz der Souveränität eines jeden Staates vorgesehen. Ich kann aber nicht eine Intervention machen, indem ich die Souveränität eines Staates brutal verletzte mit dem Hinweis, daß ich sie schützen will.
Jetzt haben wir den normativen Rahmen und sind jetzt bei der Pause beim zweiten Teil, wo wir uns ansehen: Wie ist denn die Realität beschaffen? Ansonsten aber setzen die Starken durch, was Ihnen möglich ist. Wir sind wieder beim Melier-Dialog - und wie der Melier-Dialog heute eigentlich genau die Situation ist eines durchgängigen Völkerrechts-Nihilismus der Starken.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**AfD im Umfragehoch: Ein Jahr später bleibt von der Correctiv-Recherche nichts**
Vor einem Jahr dachten viele die Potsdam-Recherche von Correctiv wird der AfD dauerhaft zusetzen. Ein Jahr später ist die Partei zurück in einem Umfragehoch - mit über 20 Prozent in den Sonntagsfragen.
Boris Cherny
Es sollte ein "Geheimplan gegen Deutschland" gewesen sein, ein Vorhaben, Millionen von Menschen aus Deutschland zu vertreiben. So stellte Correctiv in einer vor genau einem Jahr veröffentlichten Recherche ein vermeintliches Geheimtreffen verschiedener rechter Aktivisten und Politiker dar. Die Recherche würde der AfD nachhaltig politisch schaden, dachte damals viele. Doch nach einem Jahr wird deutlich: Davon bleibt nichts übrig.
Gegen den "Geheimplan gegen Deutschland", wie es Correctiv nannte, gingen in den Wochen nach der Veröffentlichung Hunderttausende auf die Straße. Gleichzeitig sanken die AfD-Umfragewerte von einem Allzeithoch von durchschnittlich 22 Prozent. Bei der Europawahl im Sommer des vergangenen Jahres erhielt die Partei nur noch 15 Prozent der Stimmen.
Doch nun, ein Jahr nach der Veröffentlichung, wird offensichtlich: Von den Auswirkungen der Correctiv-Recherche ist kaum etwas geblieben. Entscheidende Aussagen, etwa die Behauptung, daß über die Ausweisung deutscher Staatsbürger diskutiert wurde, wurden zudem durch Gerichte untersagt. Mittlerweile ziehen immer mehr Medien die Ausrichtung der Recherche in Frage.
Auch die AfD hat sich nach einem Jahr Correctiv-Recherche wieder erholt. 44 Tage vor der Bundestagswahl befindet sich die Partei wieder im Aufwind. In fünf der sechs Umfragen, die von verschiedenen Umfrageinstituten in diesem Jahr erhoben wurden, legte die AfD deutlich zu. Mittlerweile erreicht sie in den Umfragen von vier Instituten die 20-Prozent-Marke, bei INSA liegt sie sogar bei 21,5 Prozent.
Mit solchen Zahlen rangiert die AfD wieder in etwa dort, wie vor rund einem Jahr - bei der 20-Prozent-Marke. Dabei hat die Partei mit dem BSW mittlerweile aufgrund ähnlicher Außenpolitik und Anti-Establishment-Außendarstellung einen weiteren Konkurrenten auf der politischen Bühne gewonnen. Die Gründe für den plötzlichen Anstieg der Zahlen sind wohl vielfältig.
So geht nach der Ruhe zwischen den Jahren der politische Betrieb wieder los; die AfD profi-

tiert dabei vermutlich von den politischen Folgen nach dem Anschlag von Magdeburg, bei dem ein Saudi-Araber in einen Weihnachtsmarkt raste und sechs Menschen tötete.
Ein weiterer Einflußfaktor könnte außerdem das Engagement des Multimilliardärs und X-Besitzers Elon Musk sein. Dieser veröffentlichte erst vor einigen Wochen in der Welt am Sonntag einen Kommentar, in dem er für die AfD warb. Am Donnerstag unterhielten er und die designierte Kanzlerkandidatin der Partei, Alice Weidel, sich in einem live übertragenen Gespräch. Hunderttausende Menschen verfolgten den Stream, die mediale Aufmerksamkeit war enorm.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Weidel und Musk: War Hitler Kommunist?**
Von *Daniell Pföhringer*
Der NS-Führer sei "ein Kommunist", weil er alle Unternehmen verstaatlicht hätte, so Alice Weidel im gestrigen Gespräch mit Elon Musk. "Und wir sind genau das Gegenteil." Ihr Talk-Gastgeber stimmte ihr zu, doch nun hat mit dem Historiker Rainer Zitelmann ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet Einspruch erhoben, gab beiden jedoch in einem Punkt Recht. Zitelmanns vom Mainstream skandalisierte Biographie "Hitler. …
An dem gestrigen Talk zwischen Alice Weidel und Elon Musk auf X (das vollständige Gespräch mit deutscher Simultanübersetzung finden Sie hier) wird vom Mainstream vor allem eine Passage bemängelt, die man wahlweise als "wirr" oder "Geschichtsklitterung" bezeichnet. Weidel versuchte, den permanenten Nazi-Vorwürfen gegen ihre Partei zu begegnen, indem sie die ideologischen Unterschiede zwischen NSDAP und AfD aufzeigen wollte. "Damals, während des Dritten Reiches, gab es die Nationalsozialisten, und wie das Wort schon sagt, waren sie Sozialisten."
Musk sekundierte: "Ja, sie verstaatlichten Industrien wie verrückt." Daraufhin erklärte die AfD-Kanzlerkandidatin: "Ja, absolut. Er war ein Kommunist und betrachtete sich selbst als Sozialist. Was sie also taten: Sie verstaatlichten die privaten Unternehmen. Und dann verlangten sie Steuern, hohe Steuern. Und dann wurde die ganze Industrie verstaatlicht."
Hitler, so Weidel weiter, sei nicht rechts oder konservativ gewesen. "Er war ein Kommunist. Ein Sozialist. Und wir sind genau das Gegenteil."
Keine Verstaatlichung der Unternehmen
Gegen diese Deutung erhob ein absoluter Experte auf diesem Gebiet nach der X-Debatte Einspruch. Der Historiker Rainer Zitelmann hat mit "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" eine der profundesten und gleichsam (unter Mainstream-Geschichtsforschern) umstrittensten Biographien über den NS-Führer vorgelegt und dabei einen Schwerpunkt auf die antikapitalistische Rhetorik Hitlers gelegt.
Zitelmann kommentierte den Talk-Post auf dem X-Profil von Alice Weidel folgendermaßen: "Hat Hitler die privaten Unternehmen verstaatlicht? Nein, die meisten Unternehmen blieben formal in den Händen privater Eigentümer. Die Behauptung von Musk und Weidel, Hitler habe die Unternehmen verstaatlicht, stimmt nicht.
Richtig ist jedoch: In wirtschaftlichen Fragen waren Hitlers Ansichten von einem ausgeprägten Antikapitalismus geprägt. Hitler war zwar gegen eine 'Vollsozialisierung', weil er als Sozialdarwinist das Ausleseprinzip auch im Wettbewerb der Wirtschaft schätzte. Doch wandte er sich scharf gegen den Wirtschaftsliberalismus und wurde im Laufe der Jahre zu einem vehementen Anhänger planwirtschaftlicher Vorstellungen."
Als Beispiel, wie sich Hitler das Verhältnis von Staat und Wirtschaft vorgestellt habe, zitierte Zitelmann aus dessen Denkschrift zum Vierjahresplan von 1936: "Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen."

Bewunderung für das Sowjetsystem

Außerdem dokumentierte der Historiker und Verfasser von "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" eine Stelle aus Hitlers Tischgesprächen von 1941: "Freilich läßt sich ein sinnvoller Einsatz der Kräfte eines Volkes nur mit einer Planwirtschaft von oben erreichen. (…) Was die Planmäßigkeit der Wirtschaft angeht, stehen wir noch ganz in den Anfängen."

Zitelmann weiter: "Zunehmend wurde Hitler zu einem Bewunderer des sowjetischen Wirtschaftssystems, das nach seiner Meinung dem kapitalistischen System weit überlegen war. Aus den Aufzeichnungen von Wilhelm Scheidt, dem Adjuanten von Hitlers Beauftragtem für die Militärgeschichtsschreibung Scherff, wissen wir, daß Hitler immer stärker 'die innere Verwandtschaft seines Systems mit dem so heiß bekämpften Bolschewismus' erkannt und ausgesprochen habe. Auch vor Stalin müsse man unbedingten Respekt haben, erklärte Hitler im inneren Kreis, 'seine Wirtschaftsplanung' sei so umfassend, 'daß sie wohl nur von unseren Vierjahresplänen übertroffen' werde."

Hitler sei, wie er in einem Gespräch mit Mussolini 1944 bekannte, schließlich zu der Überzeugung gelangt: "Auch der Kapitalismus hätte seine Rolle ausgespielt, die Völker würden ihn nicht mehr ertragen. Als Sieger würden die Ideen des Faschismus und des Nationalsozialismus übrig bleiben - vielleicht des Bolschewismus im Osten."

Star-Ökonom der Libertären

Zitelmann wies schließlich auf den Lieblingsökonomen der Libertären hin (auf die sich sowohl Weidel als auch Musk in ihrem Talk mehrfach berufen hatten): "Der Ökonom Ludwig von Mises hat die Unterschiede zwischen Kapitalismus, Kommunismus und Nationalsozialismus sehr klar herausgearbeitet. Während der Kapitalismus auf Privateigentum beruht, wurde in kommunistischen Ländern das Privateigentum beseitigt. Im Nationalsozialismus blieb es formal bestehen, wurde jedoch inhaltlich immer mehr ausgehöhlt, wie Mises schrieb."

Konkret heißt es dazu bei von Mises: "Das deutsche Modell des Sozialismus (Zwangswirtschaft) zeichnet sich dadurch aus, daß es, wenn auch nur nominell, einige Einrichtungen des Kapitalismus beibehält. Die Arbeit ist natürlich keine 'marktgängige Ware' mehr; der Arbeitsmarkt ist feierlich abgeschafft worden; die Regierung legt die Lohnsätze fest und weist jedem Arbeiter den Ort zu, an dem er arbeiten muß."

Und weiter: "Das Privateigentum ist nominell unangetastet geblieben. Tatsächlich aber sind die ehemaligen Unternehmer auf den Status von Betriebsführern reduziert worden. Die Regierung schreibt ihnen vor, was und wie sie zu produzieren haben, zu welchen Preisen und von wem sie einkaufen und zu welchen Preisen und an wen sie verkaufen sollen. Die Unternehmen können gegen unbequeme Anordnungen protestieren, aber die endgültige Entscheidung liegt bei den Behörden."

Der Revoluzzer aus Braunau

Zitelmann - früher selbst Maoist - weiß, wovon er schreibt. Als Historiker beschäftigte er sich schon früh mit der bekannten Hitler-Biographie Joachim Fests, die ihn davon überzeugte, daß die ihm vertrauten marxistischen Erklärungsansätze zur Entstehung des Dritten Reiches nicht überzeugend waren.

Er wollte der Sache selbst auf den Grund gehen und beschloß, auf diesem Feld zu promovieren. 1987 erschien das Ergebnis: "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs". Diese Doktorarbeit brachte Zitelmann nicht nur die Bestnote "Summa cum laude" ein, sondern erweiterte auch die NS-Forschung um wichtige Aspekte.

In seinem Werk bringt er zahlreiche Argumente dafür vor, daß Hitler in vielerlei Hinsicht nicht dem Typus eines Reaktionärs entsprach, sondern das Bürgertum rundweg ablehnte und Althergebrachtes überwinden wollte. Hitler dürfe demnach "keineswegs im politisch rechten Spektrum eingeordnet werden", war Zitelmanns Schlußfolgerung. Hier stimmt er mit Musk und Weidel überein.

Ein skandalisiertes Buch

So positiv die Rezeption unter manchen Historikern auf "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" ausfiel, so negativ war das Echo in Teilen der Presse, die völlig eine Verharmlosung des Nationalsozialismus witterten.

Der Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Uwe Backes kam indes zu einem ganz anderen Urteil. Im Tagesspiegel schrieb er: "Das wichtigste Ergebnis der Arbeitet lautet: Hitler verstand sich selbst ohne Wenn und Aber als Revolutionär. Dahrendorfs und Schoenbaums These, wonach der Nationalsozialismus im sozialen Bereich revolutionierend und modernisierend gewirkt habe, ohne dies eigentlich beabsichtigt zu haben, muß revidiert werden. Vielmehr gelingt Zitelmann anhand zahlreicher Hitler-Äußerungen der Nachweis, daß ‚der Führer' auf politischer, sozialer wie auch ökonomischer Ebene eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse anstrebte."

Zitelmanns essentiell wichtige Schrift war jahrelang vergriffen. Doch nun ist eine erweiterte Neuauflage dieses Standardwerks erschienen. Die aktuelle Ausgabe von "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" umfaßt drei weiteren Aufsätzen Zitelmanns zum Thema. In einem ausführlichen Beitrag über "Hitler in der jüngeren Geschichtsschreibung (1996-2016)" verdeutlicht er zudem die Aktualität der in seinem Klassiker aufgeworfenen Fragen.

Gegenüber dem Finanzportal Wallstreet Online gab der Autor, der heute als erfolgreicher Unternehmer tätig ist, dazu zu Protokoll: "Als Historiker war die Hitlerforschung mein Spezialgebiet. Ich hatte mich jedoch 25 Jahre nicht mehr damit befaßt. Jetzt wollte ich sehen, was die Forschung Neues erbracht hat und ob meine Forschungsergebnisse über Hitler noch Bestand haben. Diese Frage kann ich uneingeschränkt positiv beantworten. 'Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs' ist ja keine herkömmliche Biographie, sondern sozusagen die innere Biographie über Hitler, die seine Weltanschauung rekonstruiert - vor allem auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik."

Rainer Zitelmann kommt in "Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs" zu Erkenntnissen, die den heutigen Zeitgeist-Historikern nicht schmecken. Deswegen wird seine sensationelle Hitler-Biographie heute totgeschwiegen. Wir machen da nicht mit - und empfehlen Ihnen daher erst recht die erweiterte Neuauflage dieses einzigartiges Werkes …<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 10. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Ukraine beendet Gastransit nach Europa**

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Druschba-Pipeline war vorletzte noch genutzte Gasverbindung zwischen Rußland und EU / Deutliche Gaspreissteigerungen in Österreich und Slowakei / Transnistrien von Gasversorgung abgeschnitten

Die ukrainische Regierung hat den Ende 2024 ausgelaufenen Vertrag über die Durchleitung russischer Gasexporte nach Europa nicht verlängert. Dies teilte der russische Konzern Gazprom am Neujahrstag mit. Damit wurde am 1. Januar 2025 nach "Jamal" und "Nord Stream" auch die vorletzte große Ost-West-Pipeline namens "Druschba" (Freundschaft), die russisches Gas nach Westeuropa transportiert, stillgelegt.

Übrig bleibt nur noch der Balkan-Zweig der "Turkstream-Pipeline", die "Balkan Stream", erklärte der ungarische Auslandsjournalist Gábor Stier in einem Beitrag für die "Nachdenkseiten". "Turkstream" umgeht die Ukraine und führt von Rußland über das Schwarze Meer, die Türkei, Bulgarien und Serbien nach Ungarn.

Der Anteil der russischen Gas-Exporte, die vor Februar 2022 fast 40 Prozent der europäischen Importe ausmachten, sei bis 2023 mittlerweile auf unter zehn Prozent gesunken, erläutert Stier. Derzeit transportiert laut Angaben des ungarischen Wirtschaftsforschungsinstituts "Makronóm Intézet" die Ukraine noch russisches Öl über die "Druschba-Pipeline" durch ihr Gebiet nach Europa.

Der derzeitige Vertrag sei bis Ende 2029 gültig. Besonders betroffen von Kiews Entscheidung sind laut Stier die mitteleuropäischen Länder ohne Küsten, für die Flüssigerdgas (LNG) eine teure Alternative darstellt. Trotz der Bemühungen der betroffenen Staaten um eine Diversifizierung ihrer Bezugsquellen seien die Hauptbezugsquellen für LNG weiterhin die USA und Rußland.
Der Transitstopp treffe innerhalb der Europäischen Union (EU) insbesondere die Slowakei, erläuterte Stier. Das Land habe zwar Zugang zu Gas aus dem Westen und über Ungarn, aber die Marktbeteiligten müßten für alternative Lieferungen einen Transitzuschlag von rund 177 Millionen Euro zahlen, während dem Land selbst Einnahmen in Höhe von rund 500 Millionen Euro aus dem Transit von Gas aus der Ukraine nach Westeuropa entgehen. Premierminister Robert Fico kritisierte, der ukrainische Transitstopp bedeute für die EU zusätzliche jährliche Kosten in Höhe von 40 bis 50 Milliarden Euro direkt und weitere 60 bis 70 Milliarden Euro durch Sekundäreffekte auf die Strompreise.
Österreich gleiche das Defizit durch Gaslieferungen aus Deutschland und Italien aus, aber die erhöhten Transitgebühren hätten dazu geführt, daß die Gaspreise auch dort sofort über den europäischen Durchschnitt gestiegen sind. Die Versorgung Ungarns wird über die "Turkstream" gesichert, sagte Stier und kritisierte: Die Ukraine als EU-Beitrittskandidat habe mit dem Transit-Stopp gegen das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine verstoßen, das unter anderem die Aufrechterhaltung der Energietransportrouten vorsieht.
Am Mittwoch hat das Parlament der Ukraine einen Gesetzentwurf zum Verbot des Transits von russischem Öl und Gas durch die Ukraine während der Geltungszeit des Kriegsrechts angenommen. Der Text des Gesetzentwurfs ist Medienberichten zufolge jedoch noch nicht veröffentlicht worden. Nach Berechnungen der Nachrichtenagentur Reuters bedeutet diese Entscheidung für die ukrainische Industrie zusätzliche Kosten in Höhe von 38,2 Millionen US-Dollar pro Jahr. Auch die Einnahmen des Landes werden durch entgangene Transitgebühren in Höhe von fast einer Milliarde US-Dollar geschmälert.
Moldawien stehe im neuen Jahr vor einer Energiekrise, hebt das ungarische Makronóm Institut hervor. Dies liege nicht allein am ukrainischen Transitstopp. Denn bereits kurz zuvor hatte Gazprom angekündigt, die Lieferungen an Moldawien einzustellen, betonte das ungarische Institut. Der Konzern nannte demnach verspätete Zahlungen als Grund dafür. Die moldawische Regierung sei laut eigenen Angaben lediglich mit Zahlungen von acht Millionen US-Dollar in Verzug, während Gazprom erklärte, Moldawien sei mit annähernd dem Hundertfachen in Rückstand: etwa 700 Millionen US-Dollar.
Der Gaslieferstopp schränkt die Nutzung von Heizung, Gas und Warmwasser besonders in der abtrünnigen moldawischen Region Transnistrien stark ein, außerdem ist die Region von Stromausfällen betroffen. Transnistrien habe von Rußland über Moldawien mehr als 30 Jahre lang Gas erhalten, ohne dafür zu bezahlen, sagte der Rußlandexperte Alexander Rahr in einem noch nicht veröffentlichten Interview mit dem Magazin "Hintergrund". Der Deal mit der moldawischen Regierung sei gewesen, daß das Gas über die Ukraine und Transnistrien ins Land gelangt und Chisinau dafür günstigere Preise erhält als im Westen.
Durch den Lieferstopp habe Transnistrien nun seine einzige Quelle für die Stromerzeugung vollständig verloren. Den in einem einheimischen Gaskraftwerk erzeugten Strom hatte Transnistrien teilweise an Moldawien verkauft. Rahr zufolge ist "ein großes politisches Spiel" im Gang, bei dem der Westen darauf abzielt, daß Transnistrien aufgrund der wirtschaftlichen Notlage seine Unabhängigkeit aufgibt und sich mit dem Rest Moldawiens wiedervereinigt.
In der Tageszeitung "Welt" heißt es hingegen, Rußland nutze Energie "als Waffe". Moskau könne Transnistrien über die "Turkstream-Pipeline" versorgen, wenn es wolle. Die leitende EU-Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten, Anitta Hipper, sagte, die EU werde Transnistrien "ermutigen, mit Chisinau zusammenzuarbeiten, um die Situation im Interesse der loka-

len Bevölkerung anzugehen".<<

Rußland: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Hoffnungsschimmer: Kreml reagiert positiv auf Trumps Friedens-Vorstoß im Ukraine-Krieg**

Der Kreml hat positiv auf Berichte reagiert, denen zufolge sich der kommende US-Präsident Donald Trump bereits auf ein Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorbereiten soll. Die offiziellen Kontakte zwischen Trump und Putin sollen aber erst nach dem Amtsantritt des designierten US-Präsidenten am 20. Januar beginnen, teilte Kreml-Sprecher Dimitri Peskow laut der staatlichen Nachrichtenagentur Ria Novosti mit.

Peskow betonte: Man begrüße Trumps Wunsch nach einem Dialog und "höchstwahrscheinlich wird es Bewegung geben, nachdem Trump das Weiße Haus betreten hat."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31675" berichtet am 10. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Prof. Dr. Werner Bergholz: Wer hat wann was über die Covid-19-Injektionen gewußt**

"So lautet der Titel des folgenden Beitrags, den Prof. Dr. Werner Bergholz beim MWGFD-Pressesymposium "Medizin nach Corona - Aufarbeitung und Vision" am 26.10.24 gehalten hat.

https://www.mwgfd.org/2024/09/pressesymposium-medizin-nach-corona-aufarbeitung-und-vision/)

Dr. Bergholz ist ehemaliger Professor für Electrical Engineering an der Jacobs Universität Bremen, Partner des ISC; das ist die "International Standards Consulting GmbH und Co. KG", Experte auf dem Gebiet der Qualitäts- und Risikobewertung mit langjähriger Erfahrung in der Industrie und Vorstandsmitglied der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., kurz MWGFD."

MWGFD-Symposium: Medizin nach Corona

Wer hat wann was gewußt

von Prof. Dr. *Werner Bergholz*

https://rumble.com/v5keyzd-medizin-nach-corona-wer-hat-wann-was-gewußt-von-prof.-dr.-werner-berholz.html

(…)

Prof. Dr. Bergholz: Ja, vielen Dank, daß ich das hier darstellen kann! Als Elektrotechniker ist das ja nicht unbedingt das Naheliegende, daß man sich mit so etwas befaßt. Aber ich sage den Leuten immer, ich habe mich mit Chip-Epidemien, Kranken-Chips befaßt. Und so, wie man das Thema angeht mit statistischen Analysen und sich überlegt, was ist jetzt hier eigentlich wirklich wichtig - das ist sehr ähnlich. Mit den Methoden arbeite ich. So. Ich lese jetzt mal einen Satz vor. Ja, gut. Also.

Und sie "Gleichwohl kann eine zunächst verfassungskonforme Regelung später mit Wirkung für die Zukunft (merken: für die Zukunft!) verfassungswidrig werden, wenn ursprüngliche Annahmen des Gesetzgebers nicht mehr tragen, weil sie durch nachträgliche Erkenntnisse oder Entwicklungen erschüttert werden." Das ist ein Zitat aus dem Beschluß des Verfassungsgerichts, ob denn die einrichtungsbezogene Meldepflicht, also Impfpflicht, verfassungsgemäß wäre, sind ja zu dem Schluß gekommen, ja, es ist, weil die Leute, die in Pflegeheimen arbeiten, wenn sie geimpft sind, eine deutlich geringere Gefahr, Infektionsgefahr, für die Leute, die nicht mehr so gut drauf sind, darstellen.

Und das hat natürlich eine enorme rechtliche Auswirkung. Josef Finger hat vor zwei Jahren schon erkannt, das ist die Hintertür in diesem Beschluß. Und nachdem das Osnabrücker Verwaltungsgericht jetzt diese Frage - ist es denn noch verfassungskonform - im Verfassungsgericht vorgelegt hat, ein sogenannter Vorlagebeschluß, sind wir gespannt, ob sie diese Hintertür jetzt ausnutzen. Für die Zukunft! Das ist ein ganz wichtiger Satz.

Das heißt mit anderen Worten, die haben indirekt gesagt, ja, wir wußten es halt nicht besser, also zu dem Zeitpunkt, als dies veröffentlicht wurde, 27. April 2022. Einen Tag später, am 28. April, gab es in dem RKI-Wochenbericht eine Grafik, die zeigte, die Impfeffektivität ist null. Und zwar für die Leute unter 60, also die, die betroffen sind davon. Null. Das heißt, wenn man diese Formulierung ernst nimmt, dann wäre genau einen Tag später schon das verfassungswidrig geworden.
Und meine Aufgabe ist jetzt, zu zeigen, das war eben nicht so. Die sind getäuscht worden, wobei ich offenlasse, ob die gemerkt haben, daß sie getäuscht wurden. Aber einige Leute müssen es gewußt haben. Und jetzt gehe ich mal diesen ganzen Corona-Komplex durch. Also, wir fangen an mit dem Lockdown. War ja im März, Mitte März ungefähr. Und Ende April gab es eine Veröffentlichung von der ETH Zürich (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich), in der stand zwar eine Untersuchung, eine Sero-Prävalenz-Studie (Häufigkeit von Antikörpern im Blutserum): "Das Ding ist nicht schlimmer als eine mittlere Grippe."
Nächster Punkt, Risikoabschätzung oder Einschätzung des RKI - das steht in den RKI-Files drin - wurde von Mittel auf Hoch hochgesetzt. Und zwar nicht auf der Basis irgendwelcher Erkenntnisse, sondern auf Anweisung. Das geht überhaupt nicht!
Und die Inzidenzen, die sogenannten, gingen hoch, aber nicht, weil deutlich mehr und explosionsartig - es wurde ja gesagt, Exponentialfunktion, das ist so wie eine Explosion - sondern weil einfach mehr getestet wurde. Und als der Lockdown in Kraft gesetzt wurde, da ging der sogenannte R-Wert (Reproduktionszahl, die angibt, wie viele Menschen eine infizierte Person in einer bestimmten Zeiteinheit im Mittel ansteckt) schon runter. Also war absolut für die Katz, wenn man es mal wertfrei sich anschaut.
Der ehemalige Gesundheitsminister Spahn muß es gewußt haben, weil er hat ja Kenntnis von den RKI-Files und hat ja auch die hohe Pflicht, sich alle möglichen Veröffentlichungen zutragen zu lassen. Ich kann von ihm nicht erwarten, daß er medizinische Fachliteratur so richtig gut versteht, aber er hat ja genügend Mitarbeiter. Und das von der ETH Zürich, das war also Ende April bekannt. Ihm mußte auch klar sein, daß die Inzidenzzahl (relative Häufigkeit von neu auftretenden Krankheitsfällen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne), das habe ich dann, als ich mal im Gesundheitsausschuß war, allerdings erst im November 2020 oder Oktober 2020, (gesagt) - es ist keine vernünftig definierte Meßgröße, weil sie manipuliert werden kann. Warum?
Wenn ich 10.000 Leute in einem Landkreis teste, dann bekomme ich zum Beispiel 500 positive (Werte). Teste ich anlaßlos die doppelte Zahl, kriege ich die doppelte Zahl. Also man muß es immer beziehen auf die Anzahl der Getesteten. Haben sie nicht gemacht. Ich habe bei unserem Landkreis mal spaßeshalber angefragt. Die haben keine Ahnung, wie viele Tests es gab. Also Hausnummer, nicht mehr und nicht weniger.
Der nächste Punkt war Masken. Christian Drosten hat gewußt, daß sie nichts taugen und nichts bewirken. Warum? Er hat im Februar gesagt, ja also mit den Masken, das sieht er nicht so effektiv. Selbst im September hat er noch im Gesundheitsausschuß bei einer Anhörung nochmal dasselbe gesagt.
Und trotzdem wurde im Juni - glaube ich, oder jedenfalls um den Zeitraum - die allgemeine Maskenpflicht wider besseres Wissen verhängt. Und da bin ich ja selber auch Experte. Was geht durch die Masken durch? Aufgrund meiner Tätigkeit in der Mikroelektronik im Reinraum (Raum, in dem die Konzentration luftgetragener Teilchen sehr gering gehalten wird), da kann man das direkt messen. Es ist ein Schwachsinn.
Und das, was ich als Ganzkörperkondom, den ich mal in einem Reinraum anhabe inklusive - natürlich gucken nur die Augen raus - diesen Reinraumstoff, der ist ja viel besser als so eine lächerliche FFP2-Maske - so ein zusammengeklebtes Zeugs, was Löcher von zehn Mikrometer oder mehr hat. … Es ist ganz klar, wenn ich ein Schlafzimmer gegen Mücken abdichten

will, aber Fenster aufmachen, dann würde ich mir sicher nicht einen Maschendrahtzaun nehmen. Aber so ist es ungefähr.
Also ich war ja auch in dieser Sachverständigenkommission. Ich habe meinen lieben Kollegen es leider nicht vermitteln können, obwohl ich es ihnen deutlich gesagt habe, daß das ein Schwachsinn ist und aus elementaren Gründen eine Maske bei Viren und auch bei den ganz kleinen schwebefähigen Partikeln nichts bringen kann.
Schnelltests: die gleiche Geschichte! Da war ich dann auch hier mal noch in dem Gesundheitsausschuß: die Fehlerrate, die Falsch-Positivrate - insbesondere auch bei den regulären Tests - exorbitant hoch bei einer niedrigen Inzidenz! Also im Sommer 2020, wir erinnern uns noch, waren trotzdem alle möglichen Maßnahmen inklusive Maskenpflicht noch in Kraft. 90 % falsch-positive (Tests) mindestens, vielleicht sogar mehr. Und dieser Wahnsinn - 45 Zyklen! Also wo man hinguckt - alles dünnes Eis oder keine wissenschaftliche Evidenz (beweisbare Grundlage)!
Jetzt kommen wir zu dem Schlimmsten von allem, den Impfungen. Wann war bekannt, daß die Impfungen nicht vor Verbreitung schützen? Dezember 2020. Das stand in den EMA-Papieren drin. Also ich sag mal, jeder in der Regierung, der da mitgetan hat, hatte die Pflicht, sich das ganz genau anzuschauen und entsprechend die Konsequenzen zu ziehen. Haben sie nicht gemacht. Es ging so weiter.
Die Impfung hatte … das war eine Pressekonferenz des Paul-Ehrlich-Instituts: Die Frau Keller-Stanislavski hatte Ende Januar schon ausgesagt, zehn Tote bisher. Ach, jetzt ist da noch ein neuer Toter. Das ist Aussage im Corona-Untersuchungsausschuß in Brandenburg. Aber es ist noch viel schlimmer. September 2021: Zahlen des RKI - die Quelle. Ich kann alles, was ich sage, auch belegen. Original-Datenbank des Paul-Ehrlich-Instituts, die dann später abgeschaltet wurde. Wieviel mal mehr Tote? Nicht zehn Prozent mehr Tote als bei normalen Impfungen, nicht 20 Prozent - ein Faktor 50! Man hätte sofort aufhören müssen, sofort!
Das wurde aber irgendwie unter den Tisch gekehrt - oder unter den Teppich - wie man will. Schwere Nebenwirkungen! Diverse Publikationen als Quelle, peer-reviewed (qualitätsgesichert durch unabhängige Gutachter), circa fünf Prozent Betroffene! Rechnen wir mal aus, wie viele das sind in Deutschland. Da reden wir von 1 - 2 - 3 Millionen - je nachdem, wie man rechnet - ob man pro Dosis oder pro Person rechnet.
Jetzt geht es weiter. Sieht man das auch an irgendwelchen Sachen? Invalidität: In Deutschland gibt es keine ordentlichen Daten. Aber dafür in England. Absolut wunderbar korrelierend (einander bedingend) mit dem Zeitpunkt der Impfung oder des Impfbeginns - wenn man das Impfung nennt - stieg die Anzahl der genehmigten Invaliditätsanträge an. Eine perfekte Korrelation (Wechselbeziehung). Und zwar erheblich. Und dasselbe ist natürlich in Deutschland der Fall.
Nächstes Indiz: Es hat jetzt vor kurzem eine Anfrage von einer Frau Tatti von BSW oder von der Linken gegeben an die Regierung: Wieviel mehr Nebenwirkungsmeldungen hat es denn gegeben im Vergleich zu den normalen Impfungen? Faktor 20, 21 genau genommen. Faktor 21. Dasselbe hatte ich auch schon im September 2021 veröffentlicht, öffentlich verkündet. Also die Verantwortlichen müssen das alles gewußt haben. Und die Spitze natürlich der Sache, das ist jetzt eine persönliche Erfahrung.
Ich hatte die Ehre, auch als Sachverständiger Zeuge in dem sogenannten Soldatenprozeß im Juni, Juli 2022 in Leipzig vor dem Bundesverwaltungsgericht zu sein. Unter anderem hatten wir dem Zuständigen für die Freigaben der Impfungen, also sozusagen Qualitätskontrolle, die Frage gestellt: "Im Mikroskop sieht man irgendwelche Objekte - haben Sie das schon mal angeschaut?" Die Antwort war: "Wenn das keine peer-reviewed Veröffentlichung ist, dann interessiert es mich nicht." Und ich sage, das ist Arbeitsverweigerung.
Dieser Mann wäre verpflichtet gewesen, solchen Hinweisen nachzugehen. Neben dem auch

allen anderen Hinweisen. Sie haben versäumt, das - was dann auch veröffentlicht war, daß es dort irgendwelchen Müll, organischen Müll, der Kollege hat es ja gerade dargestellt - woher das kam, dem nachzugehen. "Nö, interessiert uns alles nicht." Verschiedene Fragen hatte ich ihm gestellt, was man bei so einem Problem immer machen würde.
Haben sie alles verweigert. "Nö, müssen wir nicht machen, dürfen wir nicht machen, sind wir nicht zuständig." Also meine Schlußfolgerung ist, das RKI, und das habe ich danach auch öffentlich gesagt, meine Schlußfolgerung aus diesem Erlebnis, da bin ich ja Gott sei Dank Zeitzeuge, das Paul-Ehrlich-Institut war auch nicht im Ansatz, nicht im Ansatz in der Lage, die Gefährlichkeit oder Sicherheit von diesen Injektionen zu beurteilen, weil sie… das war Arbeitsverweigerung.
Absolut, so hart muß man das sagen. Und das haben alle Leute gewußt, alle, die in Verantwortung waren. Und es hat auch Rechtsverstöße gegeben. Wenn Sie es nachlesen wollen, nicht meine Schlußfolgerung, sondern in dieser Sachverständigenkommission nach § 5 Absatz 9 des Infektionsschutzgesetzes, die sind zum Schluß gekommen - da war zum Beispiel der Professor Kingreen aus Regensburg dabei - sind zum Schluß gekommen: Massive Verstöße gegen das Grundgesetz: Nicht gedeckt zum Beispiel, daß man diese Bundesnotbremse; zum Beispiel, daß diese unsägliche … die Kanzlerrunde … geht nicht!
Und eben - sozusagen das Schlimmste - daß der Herr Spahn, später der Herr Lauterbach, und die haben das alle gewußt, und das ist auch gleich noch mein Fazit, daß die Grundgesetze außer Kraft setzen könnten, vorbei am Parlament - geht überhaupt nicht!
Also ich fasse zusammen: Alle Verantwortlichen in höheren Stellen, und das ist auch alles belegbar, haben von Anfang an gewußt, daß das alles völlig daneben war. Und da nenne ich mal, was der Rainer Füllmich immer so genannt hat: Vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung. Das ist es. Und das muß natürlich auch rechtlich aufgearbeitet werden. Und da wird meine liebe Kollegin neben mir sicher was dazu sagen. Ist sicher nicht so einfach, wie es sich jetzt anhört. Aber es gibt beliebig viele Evidenz, daß die lieben Leute, die dort die Verantwortung trugen, alle sträflich versagt haben. Und ich sage, man wird ihnen sogar Vorsatz nachweisen können. Danke!<<

11.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.473/…): >>**X streamt AfD-Parteitag: Über 6 Mio. schauten zu / Musk Talk mit Weidel hörten 11 Mio.**
US-Milliardär Elon Musk streamt auf seiner Plattform "X" den AfD-Parteitag. Seit den frühen Morgenstunden (Ortszeit) läuft die Übertragung, die der Unternehmer von AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel teilte. Einen Kommentar fügte Musk jedoch nicht an.
Gegen 19 Uhr deutscher Zeit verfolgten über 6,2 Millionen Menschen den Stream über diesen Weg. Das Gespräch zwischen Elon Musk und Alice Walde haben mittlerweile mehr als 11 Millionen Menschen gehört.
In Anbetracht dessen und des Gesprächs zwischen Weidel und Musk am Donnerstag beschloß die Partei in Riesa auch eine stärkere Annäherung an die USA unter Bald-Präsident Donald Trump. In Trumps Regierung wird Musk dann für Regierungseffizienz zuständig sein.
Im Sachantrag 44.1 zur Äußeren Sicherheit entschieden sich die Deligierten, folgenden Passus einzufügen: "Die AfD setzt sich für eine Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein, deren neue Administration das Ende der Klimaideologie und der Wokeness einläutet. In der neuen US-Regierung sehen wir auch einen starken Partner in unserem Einsatz für die Meinungsfreiheit und gegen die Internet-Zensur." Zuvor war in Riesa unter anderem Alice Weidel per Akklamation zur AfD-Kanzlerkandidatin bestimmt worden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**AfD-Parteitag kürt Weidel zur Kanzlerkandidatin**
AfD-Chefin Alice Weidel ist offiziell zur Kanzlerkandidatin ihrer Partei gekürt worden. Beim Bundesparteitag in Riesa wurde sie am Samstagmittag ohne Gegenstimmen per Akklamation gewählt. Eine Bewerbungsrede hielt Weidel vor der Abstimmung nicht, Statt dessen brachte ihr Co-Chef Tino Chrupalla den Tagesordnungspunkt ein. Er sprach dabei von einem "historischen Tag".
Weidel selbst äußerte sich erst nach der Kandidatenkür. Sie sagte, daß die AfD einen "Zukunftsplan" für Deutschland habe. Insbesondere ging sie auf das Thema Migration ein. Man wolle "die Grenzen lückenlos schließen" und "jeden illegal und ohne Papiere Einreisenden zurückweisen". Die Versorgung von Asylbewerbern werde man von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für nicht Aufenthaltsberechtigte streichen und Rückführungen "im großen Stil" durchführen.
"Wenn das dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration", sagte sie. Mit Blick auf die Wirtschaft sagte Weidel, daß man "Technologieoffenheit" wolle. Verbote von Verbrennermotoren sowie von Öl- und Gasheizungen werde man aufheben. "Wir werden das Ende der Energiewende und den Ausstieg aus der EU-Klimapolitik einläuten", fügte sie hinzu. "Funktionsfähige Kernkraftwerke werden wir natürlich wieder ans Netz nehmen und in zukunftsfähige Reaktoren der neuen Generation investieren."
Zudem wolle man die Pipeline Nord Stream wieder in Betrieb nehmen, kündigte die AfD-Kanzlerkandidatin an. Es ist das erste Mal, daß die Partei mit dem eigenen Anspruch auf die Übernahme des Amts des Regierungschefs in die Bundestagswahl geht. Da alle anderen Parteien bisher eine Zusammenarbeit ausschließen, sind Weidels Aussichten dem Vernehmen nach aber gering.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31391" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.469/…): >>**WLAN, Bluetooth, Mobilfunk und Co. - totale Zerstörung unserer Zellen (Film von James Russell)**
Mehr und mehr Menschen leiden an Gesundheitsbeschwerden wie Schwindel, Kopfschmerzen, Herzrhythmusstörungen oder Schlaflosigkeit. Als Ursache wird häufig Streß angeführt.
Der folgende Dokumentarfilm aus dem Jahr 2012 zeigt auf, daß derartige Symptome häufig noch mit ganz anderen, weniger bekannten Ursachen zusammenhängen.
Der Film nimmt uns mit auf eine Reise von unserer Entstehung an bis in die 1990er Jahre, als der Ausbau der drahtlosen Kommunikationstechnologie begann. Seither ist die Menschheit in einen Ozean künstlicher Frequenzen eingetaucht. Für das bloße Auge scheint der Planet derselbe zu sein, aber auf zellulärer Ebene ist es die größte Veränderung, der das Leben auf der Erde ausgesetzt ist. Die Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen!
Kla.TV hat diesen Film für Sie auf Deutsch übersetzt und nachvertont.
Es kommen Wissenschaftler, Industrievertreter, Ärzte und Betroffene zu Wort.
Wir wünschen Ihnen viel Gewinn beim Ansehen des nun folgenden Dokumentarfilms von James Russell: "RESONANZ - Geschöpfe der Frequenz"!
Erzähler: Mitte der achtziger Jahre benutzten in den meisten Ländern etwa 3 Prozent der Menschen Mobiltelefone, heute nutzen fast hundert Prozent Mobiltelefone. Wenn sie 19 oder 20 Jahre alt sind, haben sie das Mobiltelefon 10 Jahre lang benutzt, und wir haben keine Ahnung, was das für ein Risiko birgt.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Wir sind in ein Meer elektromagnetischer Strahlung eingetaucht. Sie ist jetzt überall um uns herum. Unsichtbar, wir können sie nicht sehen. Aber wir wissen, daß sie da ist. Jedes Mal, wenn Sie Ihr Mobiltelefon zur Hand nehmen, wissen Sie, daß sie da ist.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es ist extrem schwierig, die Uhr zurückzudre-

hen. Unmöglich. Aber wir müssen uns dieser gesundheitlichen Einflüsse bewußt sein, so daß wir Sicherheitsvorkehrungen treffen können.
Dr. Erica Mallery-Blythe, Ärztin in der Notaufnahme: Zur Zeit ist die Aussage der WHO hierzu, daß es Realität ist.
Eileen O'Connor, Wishaw-Mobilfunkmast-Opfer: Wir waren nicht die einzigen Krebscluster um einen Mobilfunkmasten herum, es gab viele Krebscluster um Masten herum.
Dr. Andrew Goldsworthy, Biologe und ehrenamtlicher Dozent am Imperial College London: Die meisten Krebsarten, die kommen werden, sind noch nicht da.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Wie konnten wir nur denken, daß wir sicher sind, wenn wir unser Gehirn mit Mikrowellen bestrahlen?
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Wir verstehen einfach noch nicht ganz, was wir da tun.
Radiostimme: Wir haben nun endlich eine Ansage dazu, ob Mobiltelefone Krebs verursachen.
Resonanz - Geschöpfe der Frequenz
Erzähler: Ein unbekannter Wissenschaftler ist im Begriff, eine Entdeckung zu machen, die alles verändern sollte. Sein Name war Winfried Otto Schumann. Von jenem Tag an lehrte er seine Studenten die Physik der Elektrizität. Wie eine Sphäre in einer Sphäre eine elektrische Spannung erzeugen kann. Und als Folge davon: eine Frequenz. Schumanns Klasse tat sich schwer, das Thema zu verstehen.
Um es einfacher zu machen, wies der Professor sie an, sich vorzustellen, die Erde sei eine Sphäre und die Ionosphäre eine andere. Dann bat er sie, die Spannung zu berechnen, die dazwischen bestehe. Da er selbst keine Ahnung hatte, begann auch Schumann zu rechnen. Schließlich kam er bei einer Frequenz von etwa 10 Hertz an.
So unglaublich es Schumann auch erschien: Unser Planet hatte einen Puls, eine meßbare Frequenz, die das Leben auf der Erde umgab. Obwohl der Professor stolz auf seinen Fund war, sagte er, daß er nicht von großer Bedeutung sei. Zumal er nur in einer kleinen Wissenschaftszeitschrift veröffentlicht wurde, begrenzt auf die hinteren Seiten mit der Überschrift "Schumann-Resonanz". Es würde mehrere Jahre einschließlich einer unglaublichen Laune des Schicksals brauchen, bevor der Professor die wahre Bedeutung der Schumann-Resonanz erkennen würde.
Diese Laune des Schicksals hatte 30 Jahre zuvor mit einem anderen deutschen Wissenschaftler namens Hans Berger ihren Anfang genommen. Mit einem selbstgebauten EEG-Gerät hatte Berger die erste Aufzeichnung der vom menschlichen Gehirn übertragenen elektrischen Frequenz gemacht. Anfangs wurde vorgeschlagen, die Welle nach dem Mann zu benennen, der sie entdeckt hatte, aber Berger, der ein bescheidener Mann war, wählte einen alphabetischen Namen. Er nannte sie: "Die Alpha-Welle".
Kurz nach Professor Schumanns Entdeckung stolperte einer von Hans Bergers Kollegen, ein Mann namens Ankermüller, zufällig über ein zerfleddertes Exemplar des kleinen wissenschaftlichen Journals; genau jenes kleine wissenschaftliche Journal, in dem die Entdeckung von Professor Schumann einige Jahre zuvor veröffentlicht worden war. Er las den Artikel mehrmals und schüttelte ungläubig den Kopf. Er erkannte sofort das Ausmaß dessen, was vor ihm lag. Die Frequenz der von Hans Berger aufgezeichneten Alphawellen war fast identisch mit der Schumann-Resonanz: Der Frequenz der Erde.
Dr. Ankermüller nahm sofort Kontakt zu Schumann auf, um ihn zu weiteren Untersuchungen zu bewegen. Schumann willigte ein und entwickelte zusammen mit einem seiner Studenten seine Entdeckungen weiter. Sie studierten im Detail, wie sich die Spannung durch Blitze im Hohlraum der Ionosphäre entlädt. Schließlich kamen sie auf eine genaue Frequenz: Der Puls der Erde, die Schumann-Resonanz, betrug genau 7,83 Hertz.
Die Entdeckung war erstaunlich. Ähnelte die Schumann-Resonanz bloß den Alpha-Wellen

des menschlichen Gehirns? Nein - sie war identisch! Die Frequenz des Gehirns, die unsere Kreativität, unsere Leistungsfähigkeit, unseren Streß, unsere Ängste und unser Immunsystem steuert, hatte sich irgendwie auf die Frequenz des Planeten abgestimmt. Der Puls der Erde war zum Puls des Lebens selbst geworden.
Die Frequenz einer Welle wird in Hertz gemessen. Dies bezieht sich auf die Anzahl der Schwingungen, die die Welle pro Sekunde macht. Frequenzen reichen von einem Billionstel eines Atoms bis zur Länge des Universums selbst. Theoretisch sind Frequenzen unendlich, absolut endlos. Wenn das ein Zufall war, dann einer der spektakulärsten der Natur!
Was also hatte all das zu bedeuten? Es dauerte nicht lange, bis jemand versuchte, das herauszufinden. Sein Name war Rütger Wever, ein renommierter Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts. In den frühen 1960er Jahren baute der Professor einen unterirdischen Bunker, um den zirkadianen Rhythmus des Menschen zu untersuchen. Der zirkadiane Rhythmus ist der Tag-Nacht-Rhythmus, der in alles Leben eingraviert ist.
Über einen Zeitraum von dreißig Jahren führte der Professor Experimente durch, bei denen studentische Freiwillige sieben Wochen lang in dem Bunker lebten, völlig abgeschirmt von den natürlichen Erdresonanzen. Seine Ergebnisse liefern uns einige erstaunliche Erkenntnisse. Er entdeckte, daß die körperliche und geistige Gesundheit der Studenten litt, sobald die Schumann-Resonanz aus dem Bunker herausgefiltert wurde.
Ingrid Dickenson, Biomagnetismus-Forscherin: Er brachte Studenten dort runter. Dabei traute er sich nicht, das Experiment mit kranken oder alten Menschen zu machen. Er brachte junge Studenten dort hinunter, weil er wußte - Wever wußte, daß es eine Wirkung haben würde. Also offensichtlich hat man unter der Erde keine Schumann-Resonanz. Man hatte nur transversale Magnetfelder aus dem Erdinneren. Indem er sie also unter die Erde brachte, fingen sie an, sich krank zu fühlen, Kopfschmerzen zu haben, ihr zirkadianer Rhythmus wurde komplett durcheinandergebracht. Das Interessante war, als er die 7,83 Hertz Frequenz mit einem magnetischen Impulsgeber zuführte, hörte das sofort auf.
Erzähler: Wever führte die Frequenz von 7,83 heimlich durch einen künstlichen Sender in den Bunker ein. Er stellte jedes Mal, wenn er das tat, fest, daß die schädlichen Auswirkungen, an der die Freiwilligen litten, entweder verschwanden oder sich verringerten. Ihr Streß, ihre Kopfschmerzen und ihre emotionale Belastung nahmen ab, und ihr Wohlbefinden wurde wiederhergestellt. Alles durch die Zuführung der Schumann-Resonanz.
Durch die Forschung von Wever wurde eine unglaubliche Verbindung zwischen der menschlichen Gesundheit und der natürlichen Frequenz des Planeten aufgedeckt. Und im Jahr 2011 legten bahnbrechende Forschungen etwas noch Beeindruckenderes nahe: Die Schumann-Resonanz könnte mit dem Beginn des Lebens selbst verbunden sein.
Der Durchbruch gelang Luc Antoine Montagnier, dem nobelpreisgekrönten Wissenschaftler, der als erster das HI-Virus entdeckte. Der Professor führte Experimente zum Wassergedächtnis durch und untersuchte, wie Wasser die Erinnerung an Substanzen behalten kann, die zuvor in ihm gelöst wurden. Dabei stieß er auf etwas, das die Prinzipien der Wissenschaft in Frage stellen sollte. Alles Leben kommt vom Leben.
Das ist ein fundamentales Prinzip der Wissenschaft, gegen das noch nie ein Experiment verstoßen hat. Leben kann nur dort entstehen, wo vorher Leben vorhanden war. Und der Mechanismus dafür wurde schon immer als ein materieller verstanden. So also wie Ei und Sperma oder Sporen und Zellteilung. Doch die Experimente von Luc Montagnier stellten eine ganz andere Hypothese auf.
Der Professor zeigte, daß DNA-Sequenzen, die eigentlichen Bausteine des Lebens, im Wasser miteinander kommunizieren, indem sie niederfrequente elektromagnetische Wellen aussenden. Selbst wenn die DNA in getrennten Reagenzgläsern aufbewahrt wurde, registrierte der Professor immer noch elektromagnetische Kommunikation zwischen ihnen. Wie hochentwik-

kelt könnte diese Kommunikation sein? Nun, Luc Montagnier zeigte, sie sind in der Lage Nukleotiden zu bilden - das sind die Bestandteile aus der die DNA besteht - und sich zu völlig neuer DNA zusammenzusetzen.
Wissenschaftler haben diese Bestandteile schon unzählige Male miteinander kombiniert, aber in keinem Experiment ist es ihnen jemals gelungen, den Funken des Lebens neu zu entfachen und Nukleotide in tatsächliche DNA zu verwandeln, ohne daß bereits DNA vorhanden war. Leben kann schließlich nur dort existieren, wo schon zuvor Leben existierte.
Doch bei den Experimenten von Luc Montagnier war die DNA komplett aus dem Wasser herausgefiltert worden. Dennoch wurde neue DNA gebildet. Wie war das nur möglich? Wie schaffte Luc Montagnier das, was kein anderer Wissenschaftler konnte? Und wie erschuf er Leben, wo kein Leben vorhanden war? Was war so anders an Luc Montagniers Experimenten?
Es war eine Frequenz vorhanden. Eine Frequenz, die, wenn sie entfernt würde, das Experiment scheitern ließe. War sie aber vorhanden, sorgte sie dafür, daß es gelang. Diese Frequenz betrug 7,83 Hertz: die Schumann-Resonanz. Der empfindliche Zusammenhang zwischen dem Leben und der Frequenz des Planeten war hier getroffen worden. Ein Zusammenspiel von lebenden Organismen und elektromagnetischen Frequenzen. Eine Abhängigkeit, eine Verbindung. Beweise dafür kann man finden, wenn man die wissenschaftlichen Beiträge liest, aber noch offensichtlichere Beweise kann man finden, wenn man einfach nach draußen geht.
Wie sonst könntest du dich so gut fühlen? Wie ist das alles passiert?
Nun, wenn man sich die Geschichte der Erde ansieht, scheint es ziemlich offensichtlich zu sein. Schumann-Wellen sind von Anfang an ein Teil dieses Planeten gewesen. Das Leben entwickelt sich, umgeben von ihnen und stimmte sich unweigerlich auf sie ein. In der Tat wurde unsere Sensibilität der Frequenz gegenüber tief mit unserer Fähigkeit verknüpft, die uns ein weiteres Phänomen des Planeten wahrnehmen läßt.

Magnetfelder

Erzähler: Vor zwei Milliarden Jahren bildeten magnetotaktische Bakterien die einfache, aber faszinierende Beziehung zum Magnetfeld der Erde. Der einzellige Organismus enthielt Teilchen aus magnetischem Material. Dies ermöglichte es ihm, wie die Nadel eines Kompasses zu agieren und sich entlang der magnetischen Linien der Erde zu orientieren. Mit der zunehmenden Komplexität der Organismen wuchs auch ihre Abhängigkeit von den Magnetfeldern der Erde.
Norman Carrick, British Beekeepers Association (BBKA):
Wir wissen, daß Bienen empfindlich gegenüber Magnetfeldern sind. Wir wissen, daß sie in ihrem Körper Partikel aus Erdmagnetit haben. Und Laboruntersuchungen haben gezeigt, daß sie in der Tat empfindlich auf Magnetfelder reagieren. Man kann in Laboren nachweisen, daß man die Art, wie sie ihre Waben bauen, steuern kann, wenn man ein künstliches Magnetfeld erzeugt und es scheint naheliegend, daß Bienen Magnetfelder zur Orientierung nutzen.
Erzähler: Das empfindliche Gleichgewicht des Lebens auf der Erde wird durch die Abhängigkeit von den Bienen und deren Bestäubung der Pflanzen perfekt veranschaulicht. Es wird vermutet, daß das Leben ohne Bienen kaum eine Chance hätte. Die Bestäubung durch Insekten ist so ziemlich für alles nötig, was Essen interessant macht; also Früchte, Nüsse, all das benötigt Bestäubung durch Insekten, und Bienen sind die wichtigste Gruppe der Bestäuber.
Rund 70 % der Nahrungspflanzen weltweit werden von Bienen bestäubt.
Unsichtbarer Interviewer: Wenn keine Bienen da wären ...
Norman Carrick, British Beekeepers Association (BBKA): Ja, wenn die Bienen nicht da wären, hätten wir eine sehr langweilige Ernährung, ja wir hätten eine sehr magere Existenz. Ich denke, daß ist der Punkt, ohne Bienen… Und natürlich bestäuben sie neben den Pflanzen, die wir zum Essen brauchen, auch die Wildpflanzen, und in vielen Fällen kennen wir die Details

der Bestäubung gar nicht, aber wir können sicher sein, daß viele unserer Wildpflanzen ohne Bienen, die sie bestäuben, verschwinden würden.
Titelstimme: 2006 geschah das Undenkbare: Bienenvölker rund um den Erdball begannen auszusterben und niemand konnte erklären, weshalb.
Bienenvölker rund um die Erde fingen an zu kollabieren und niemand konnte erklären warum.
Landwirtschaftsradio USA: Wissenschaftler sind verblüfft wegen sterbender Bienenvölker
Als Bienenzüchter begannen Verluste von 30 bis 90 Prozent ihrer Bienenstöcke zu melden...
Wirtschaftsminister besucht örtliche Imker
Das Ministerium stellt Nachforschungen zur Honigbienen-Colony-Collapse-Disorder an
Die meisten der weltweiten Nutzpflanzen sind auf die Bestäubung durch Bienen angewiesen. Findet keine Bestäubung statt, ist die Menschheit dem Verderben preisgegeben.
…wo Bienen in bis jetzt 25 Staaten ihre Stöcke verlassen und nie wieder zurückkehren

Bienensterben sticht Imker

Und doch wurde nach all den Jahren keine Ursache für das Bienensterben gefunden.
Warum werden Bienenstöcke plötzlich verlassen?
Das hat sich auf Europa ausgeweitet, und es wurde festgestellt, daß die Bienenpopulation in 10 Jahren ausgelöscht sein könnte.
Unsichtbarer Interviewer (Landwirtschaftssender USA): "Bei uns hier ist Maryann Frazier, die Senior Extension Associate für Bienenzucht der Staatlichen Universität von Pennsylvania. Was sind die klassischen Kriterien für das Bienensterben anhand derer ein Bienenzüchter rausgehen kann, sich die Bienen anschauen und sagen, das sieht nach einem klassischen Fall dafür aus?
Maryann Fraizer, Senior Extension Associate für Bienenzucht der Staatlichen Universität von Pennsylvania: Die Symptome sind, daß die Bienen relativ gesund und kräftig sind und innerhalb einer recht kurzen Zeit der Bestand an erwachsenen Bienen in dem Stock schwindet; er verläßt die Kolonie. Und was zurückbleibt ist viel Brut, das meint die jungen Bienen, Honig und Pollen.
Unsichtbarer Interviewer: Auf welchen Kontinenten ist dieses Bienensterben beobachtet worden?
Maryann Fraizer, Senior Extension Associate für Bienenzucht der Staatlichen Universität von Pennsylvania: Der Rückgang an Honigbienen ist faktisch weltweit aufgetreten. Viele andere Länder berichten vom Rückgang der Honigbienen. Ob es wirklich an dem sogenannten Bienensterben CCD (Colony collapse disorder) liegt, für das es einen spezifischen Kriterienkatalog gibt, ist eine andere Frage. Und das ist einer der Punkte, die wir versuchen durch Kommunikation mit anderen Menschen aus anderen Teilen der Welt zu verstehen.
Norman Carrick, British Beekeepers Association (BBKA): Diese aktuelle Sorge existiert etwa seit 2006 und insbesondere in den Vereinigten Staaten, wo viele Berufsimker plötzlich feststellten, daß ihre Bienen, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt des Jahres gesund waren, dann im Spätsommer spektakuläre Verluste erleiden mußten. Und die schienen sich von allem zu unterscheiden, was man bis dahin gesehen hatte. Die Leute kamen also zu ihren Bienenstökken und stellten fest, daß gar keine Bienen mehr da waren.
Erzähler: Das Bienensterben dieser Art, auch unter dem Begriff CCD (Colony Collapse Disorder) bekannt, wirkt sich auf Bienenvölker rund um den Globus aus, wobei einige Länder Verluste von bis zu 70 % meldeten. Eine Vielzahl von Gründen wurde als Auslöser benannt. Doch keiner von ihnen konnte abschließend erklären, warum Bienen plötzlich nicht mehr zu ihren Stöcken zurückkehren - mit einer Ausnahme: Eine sensationelle Forschungsarbeit von Jochen Kuhn und seinem Team.
In einem Experiment arbeitete der Doktor mit acht Bienenvölkern und plazierte ein gewöhnliches DECT-Telefon in vier von ihnen. Die Wissenschaftler überwachten dann, ob die Gegen-

wart eines DECT-Telefons darauf Einfluß hätte, ob die Bienen zu ihrem Stock zurückkehrten. Die Ergebnisse waren erstaunlich. Zu den Bienenstöcken, in denen keine DECT-Telefone plaziert waren, kehrten die Bienen in normaler Anzahl zurück. Aber zu den Bienenstöcken, die ein DECT-Telefon enthielten, kehrten kaum Bienen zurück. Zu einem der Bienenstöcke, die ein DECT-Telefon enthielten, kehrte keine einzige Biene zurück.
Um die Tragweite von Dr. Kuhns Experiment vollumfänglich zu verstehen, müssen wir zuerst verstehen, wie ein DECT-Telefon funktioniert. Der Grund, warum Sie in Ihrem Haus herumlaufen und mit Ihrem DECT-Telefon telefonieren können, ist, daß die Basisstation Ihres DECT-Telefons elektromagnetische Wellen, Mikrowellen genannt, zu Ihrem Mobilteil sendet. Das ist exakt die gleiche Art, wie ein Mobilfunkmast mit dem Mobiltelefon kommuniziert. Ein DECT-Telefon ist im Wesentlichen eine Miniaturversion eines Mobilfunkmastes.
Wenn eine Biene durch das beeinflußt wird, was von einem DECT-Telefon kommt, wird sie ganz gewiß auch durch das beeinflußt, was von einem Mobilfunkmast kommt. Und mit weltweit 4 Milliarden Mobilfunknutzern gab es plötzlich erschreckend viele Mobilfunkmasten.
Der magnetische Orientierungssinn der Biene ermöglicht es ihr, sich anhand der Magnetfeldlinien der Erde zu orientieren. Eine Fähigkeit, in die sie Jahrmillionen an Feinabstimmung und Entwicklung investiert hat. Ist es da nicht naheliegend, daß eine so hohe Empfindlichkeit schon von den geringsten Änderungen des elektromagnetischen Umfeldes beeinflußt wird? Was bedeutet dann erst diese gigantische Veränderung, die fast über Nacht geschehen ist?
Gibt es noch andere Spezies, die diese Empfindlichkeit gegenüber Magnetfeldern haben? Eine Empfindlichkeit, die sie letztlich für menschengemachte Frequenzen angreifbar macht? Unglücklicherweise deutet die Entdeckung eines neuen Proteins, das sich Cryptochrom nennt, darauf hin, daß alles Leben einen Magnetsinn hat.

Cryptochrome

Peter Hore, Chemieprofessor der Universität Oxford: Sie wurden in den 1990ern in Pflanzen entdeckt. Ihre Funktion ist blaues Licht aufzunehmen, das für die Regulierung des Wachstums benötigt wird. Seither wurden sie in Insekten gefunden, in Tieren, Säugetieren, dem Menschen und in Vögeln.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Cryptochrome sind biologische Moleküle, die man Proteine nennt. Sie werden von einigen unserer Gene hergestellt, CRY-Gene genannt. Und das Cryptochrom-Molekül reguliert tatsächlich unseren zirkadianen Rhythmus (innerer Rhythmus, der eine Periodenlänge von circa 24 Stunden und bei vielen Lebewesen großen Einfluß auf die Funktionen des Organismus hat), einschließlich der Melatonin-Produktion.
Peter Hore, Chemieprofessor der Universität Oxford: Einige der Cryptochrome scheinen die Funktion zu haben, Licht zu absorbieren, als Detektor für die zirkadiane Uhr, sie sind also ein Input für den Tag-Nacht-Rhythmus, den viele Spezies zu haben scheinen; Pflanzen ebenso wie Tiere.
Erzähler: Doch im Jahr 2000 zeigte Thorsten Ritz eine noch erstaunlichere Rolle der Cryptochrome auf. In einer Folge von Experimenten mit Rotkehlchen bewies er, daß ihr Orientierungssinn nicht nur auf Magnetismus beruht, sondern direkt von Cryptochrom-Zellen herrührt, die hinter dem Auge plaziert sind.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Ich denke, daß die Veröffentlichungen von Ritz einer dieser Meilensteine in der Wissenschaft darstellt. Denn er legt nahe, daß dieses Cryptochrom-Molekül - wir erinnern uns, es ist verantwortlich die zirkadianen Rhythmen zu beeinflussen und zu kontrollieren - und genau dieses Molekül ist verantwortlich für das, was den Vögeln einen Kompaß, einen magnetischen Kompaß gibt.
Peter Hore, Chemieprofessor der Universität Oxford: Vögel sehen die Erdmagnetfelder buchstäblich, vielleicht wie einen hellen oder dunklen Fleck, der sich auf ihr Blickfeld legt. Und wenn sie dann ihren Kopf oder ihren Körper bewegen, bewegt sich der Fleck oder Spot - so

ähnlich wie ein Head-up-Display bei einem Kampfpiloten. Sie haben dieses Ding, das sie sehen, das ihnen erlaubt, sich zu orientieren, während sie fliegen.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Die Art und Weise, wie er das testete, war, Vögel Hochfrequenzfeldern auszusetzen, um zu sehen, ob das tatsächlich ihren magnetischen Kompaß stören würde. Es kam heraus, daß nicht nur das hochfrequente Feld tatsächlich den Zug der Rotkehlchen störte, sondern dies sogar bei sehr, sehr geringen Feldstärken der Fall war. Und das ist wirklich wichtig und sehr interessant, daß bereits sehr schwache Hochfrequenzfelder den Kompaß der Rotkehlchen beeinträchtigen.
Erzähler: Die Experimente von Ritz zeigten deutlich, daß die Chryptochrom-Zelle, die bei der Navigation eingesetzt wird, ernsthaft von menschengemachten Frequenzen beeinträchtigt wird - und zwar bereits von Frequenzen, die weit unter denen liegen, die von der Aufsichtsbehörde ICNIRP für sicher gehalten werden.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Alle Studien zur Navigation von Tieren, bei Kakerlaken, Zebrafinken, Hühnern, Rotkehlchen - bei allen wurde festgestellt, daß ihr magnetischer Kompaß durch Hochfrequenzfelder gestört wurde, die weit unter den Werten liegen, die die ICNIRP als Grenzwerte angibt.
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: Ich arbeite an Vögeln, insbesondere an Vögeln und Insekten. Ich habe gezeigt, daß sie empfindlich auf Felder reagieren, die weit unter den ICNIRP-Werten liegen, von denen behauptet wird, daß sie für uns Menschen sicher sind. Wenn man sich diese Werte anschaut, bei denen die Forschung zeigt, daß die Tiere empfindlich reagieren - dazu gibt es sehr gute Literatur, die aufzeigt, daß diese Werte deutlich niedriger liegen, als die Werte, denen wir ausgesetzt sein dürfen und demzufolge auch Tiere in der Umwelt ausgesetzt sind.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es gibt durchaus solide wissenschaftliche Gründe für die Annahme, daß Magnetfelder, künstliche Magnetfelder den Lebensraum einer Reihe von Arten zerstören werden.
Titelstimme: In den letzten 25 Jahren (Anmerkung: Stand: 2011) sind auf mysteriöse Weise verschiedene Arten, die die Magnetfelder der Erde zur Navigation nutzen, zurückgegangen:
Dramatischer Rückgang von 109 Arten arktischer Zugvögel
5 Schmetterlingsarten in Großbritannien ausgestorben
36 Arten australischer Küstenvögel um 75 % zurückgegangen
10 % der weltweiten Schmetterlingsarten vom Aussterben bedroht
45 % der gängigen europäischen Vogelarten zurückgegangen
50 % Rückgang der europäischen Wiesen-Schmetterlinge
die Hälfte aller bekannten britischen Schmetterlinge vom Aussterben bedroht
Bienen: bis zu 70 %iger Rückgang
62 % der wandernden Wasservögel in Asien rückläufig bzw. ausgestorben
australische Wattvögel: Rückgang um 80 %
Hälfte der britischen Bienenarten: Rückgang um bis zu 70 %
4 amerikanische Bienenarten: zahlenmäßiger Rückgang um bis zu 98 %
Ackerlandvögel um bis zu 79 %
1 von 8 Vogelarten der Welt sind bedroht
190 Vogelarten akut vom Aussterben bedroht
Interviewer: Wie sehr hat sich unsere Umwelt durch die elektromagnetischen Felder verändert?
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: In den letzten 25 Jahren war es eine Veränderung bis zur Unkenntlichkeit ... Es ist das Millionenfache im Hinblick auf die elektromagnetische Energie.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Die frühere nationale Strahlenschutz-

behörde sagte in einem ihrer Dokumente, daß sie schätzt, daß sich die Strahlungsumgebung - wenn man es so nennen will - im Vergleich zu dem, wie sie vor 50 Jahren war, um viele Millionen Mal erhöht hat - viele Millionen Mal.
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: Es ist eine enorme Veränderung der Umwelt auf der Erde, und es überschwemmt vollständig all diese natürlichen Signale einschließlich der Schumann-Wellen, mit denen wir uns entwickelt haben.
Titelstimme: (liest Bildschirminhalt vor) "Die Schumann-Resonanz in oder um eine Stadt herum zu messen, ist absolut unmöglich geworden. Die elektromagnetische Verschmutzung durch Mobiltelefone hat uns gezwungen, unsere Messungen auf See durchzuführen." Zitat von Dr. Wolfgang Ludwig, Physiker
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Einer der Gründe, warum Cryptochrome sehr interessant sind, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß der Mensch Magnetfelder erkennt, ist, daß es eine aktuelle Studie von Dr. Lauren Foley und Kollegen gibt, die zeigt, dass, wenn man menschliche Chryptochrome in die Fruchtfliege gibt, die Fruchtfliege aufgrund der Anwesenheit dieser menschlichen Chryptochrome magnetisch empfindlich ist. Dies zeigt also tatsächlich, daß menschliche Chryptochrome magnetisch empfindlich sind, daß sie Magnetfelder erkennen.
Erzähler: Durch die Entdeckung der Cryptochrom-Zelle wurde ein neues Interesse am magnetischen Sinn des Menschen geweckt, einen Sinn, den Robin Baker (Biologe) schon vor 40 Jahren vorausgesagt hatte.
Fernsehstimme: Dies ist kein wissenschaftlicher Blindflug. Es ist ein Experiment, um herauszufinden, ob Kinder einen Orientierungssinn besitzen. Mit verbundenen Augen und Ohrenschützern wird die Versuchsperson auf einem speziellen Stuhl so lange gedreht, bis sie sich nicht mehr erinnern kann, in welche Richtung er gerade zeigt. Der Stuhl hält an und die Versuchsperson rät, ob sie nach Osten, Westen, Norden oder Süden schaut.
Die Vermutung wird in einem kleinen Computer aufgezeichnet. Wenn Kinder keinen Richtungssinn hätten, wären ihre Vermutungen zufällig. Aber das sind sie nicht. Kinder im Alter von zehn oder elf Jahren können ziemlich gut raten. Es scheint, als hätten sie einen echten Richtungssinn. Und es scheint ein magnetischer Sinn zu sein. Wenn die Wissenschaftler den Versuchspersonen einen Magneten an den Kopf schnallen, stört das ihren Richtungssinn erheblich.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es stellt einen riesigen Fortschritt dar, hinsichtlich des Verständnisses. Und es wirft natürlich alle Arten von Fragen auf, z.B. ob Menschen tatsächlich im Magnetfeld der Erde navigieren können, und im Falle, daß sie das heute nicht tun, haben sie es vielleicht vor Tausenden von Jahren getan? Natürlich wirft es auch die Frage auf, ob es möglicherweise einen Prozeß darstellt, durch den Magnetfelder tatsächlich im menschlichen Körper erkannt werden, der zu dieser Störung der zirkadianen Rhythmen führt. Was all die negativen gesundheitlichen Auswirkungen erklären würde, von denen wir in den epidemiologischen Studien über Gesundheit und Magnetfelder so viel sehen.
Erzähler: Wenn die Menschheit die Fähigkeit besitzt, magnetische Felder wahrzunehmen, wenn sie die gleiche Fähigkeit besitzt wie Bienen, Vögel u. Schmetterlinge - bedeutet das, daß wir auch ebenso anfällig für menschengemachte Frequenzen sind wie sie?
Werden Veränderungen in unserer Umwelt uns in gleicher Weise beeinträchtigen, wie sie davon beeinträchtigt werden?
Interviewer: Wie beschreiben Sie Elektrosensibilität?
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Elektrosensibilität ist, wenn Leute anfangen zu reagieren, ihr Körper beginnt auf elektromagnetische Felder zu reagieren. Allgemein gesagt sind die elektromagnetischen Felder, auf die sie reagieren, drahtlos. Es ist also drahtlose

Kommunikation, es ist WLAN, es sind schnurlose Telefone, DECT-Telefone, Mobiltelefone, Mobilfunkmasten.
Sie alle senden Signale aus, die unser Körper zuvor nie erlebt hat. Und wenn es anfängt, Leute damit zu beeinträchtigen - als es mich anfing zu betreffen - meistens ist es zuerst der Kopf - du fängst an Schmerzen im Kopf zu empfinden - ich sage ungern Kopfschmerzen, denn es sind Schmerzen in deinem Kopf, die nicht zu vergleichen sind mit jedem Kopfschmerz, den du je hattest.
Dr. Erica Mallery-Blythe, Ärztin in der Notaufnahme: Die meisten Menschen klagen über Beschwerden wie Herzrhythmusstörungen, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Sehstörungen, Schwindel, verschiedene Arten von Mißempfindungen oder Neurosen. Sie beschreiben, daß sie in ihrem Körper ungewöhnliche Empfindungen wahrnehmen. Es kann in der Tat auch das Hormonsystem, die Schilddrüsenfunktion beeinflussen. Die Liste ist wirklich endlos.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: In meinem speziellen Fall, und das ist nicht jedermanns Fall, wenn ich dann nicht aus der Umgebung herauskomme, fange ich an, ziemlich starke Schmerzen im Bauch zu bekommen - und das heißt dann, es ist zu spät, ich bekomme innerliche Blutungen.
Dr. Erica Mallery-Blythe, Ärztin in der Notaufnahme: Ich denke, die Symptome sind so vielfältig und die Assoziationen, die die Leute haben, sind sehr schwer zu akzeptieren, wenn man kein Wissen über das Thema hat, was die meisten Ärzte nicht haben. Und das ist nicht ihre Schuld. Wir sind nicht darauf geschult, diesen Zustand zu erkennen. Es ist sehr neuartig, und unser Verständnis ist in diesem Stadium noch völlig unausgereift - mit den allerersten Schritten, diesen Zustand zu entwirren und vollständig zu verstehen.
Erzähler: Brian ist, wie viele Menschen, die unter Elektrosensibilität leiden, gezwungen worden, radikale Veränderungen in seinem Zuhause vorzunehmen.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Diese beiden Räume wurden komplett abgeschirmt, mit Metallfolie. Dieser Raum und das Schlafzimmer sind also ein Faradayscher Käfig. Und wenn Sie tatsächlich die elektromagnetischen Felder oder die Mikrowellen überprüfen - und dieses Gerät wandelt einfach Mikrowellen in Tonsignale um - dann finden Sie heraus, daß der Mast dort drüben, der etwa eine halbe Meile entfernt ist, mir keine Probleme bereitet. Bei der Abschirmung des Raumes habe ich metallbedampftes Fensterglas eingebaut - so kann ich einen Großteil der elektromagnetischen Felder eliminieren.
Dr. Erica Mallery-Blythe, Ärztin in der Notaufnahme: Die Aspekte eines Organismus, die es ihm ermöglichen, elektromagnetische Felder zu erkennen und darauf zu reagieren - man könnte sagen, diese Worte werden in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet und wenn man es aufteilt in "elektrosensibel" - man könnte sagen, daß das eigentlich eine Antwort auf das Leben selbst ist.
Wenn wir zum Beispiel einen Organismus untersuchen, um festzustellen, ob Leben vorhanden ist, suchen wir in Wirklichkeit nach dem Vorhandensein von Elektrizität - zum Beispiel mit dem Elektro-Kardiogramm (Herzaktivität), dem EKG und dem Elektro-Enzephalogramm, dem EEG. Das, was wir dabei untersuchen, ist das Vorhandensein von Elektrizität aus diesen Zielorganen, dem Gehirn und dem Herz. Und wenn wir das sehen, ist das ein Zeichen dafür, daß Leben vorhanden ist.
Gewissermaßen sind elektromagnetische Felder also auf zellulärer Ebene Teil des Lebens selbst. Man könnte sagen, daß alles Leben elektrosensibel ist.
Erzähler: Verzweifelt bemüht, die Leute davon zu überzeugen, daß es Elektrosensibilität tatsächlich gibt, meldeten sich Brian und eine Reihe anderer Betroffener zu einem bahnbrechenden Experiment an der Essex-Universität an. Das Experiment, das unter Elaine Fox durchgeführt wurde, war traurigerweise das endgültige Werk zum Thema.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Man muß in einen abgeschirmten Raum hinein-

gehen. Man geht da für eine relativ kurze Zeit hinein und der Mast ist 10 Minuten an und 10 Minuten aus und wieder 10 Minuten an - und man kann dann schauen, ob man das merkt oder nicht. Und ich bin in den Raum reingegangen und ich hatte ihnen gesagt, daß ich nicht in der Lage wäre zu sagen, ob der Mast an- oder ausgeschaltet wäre.
Interviewer: Warum das?
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Weil ihr Verständnis, wie man darauf reagiert, falsch ist. Denn bei den meisten Leuten ist das nicht der Fall, daß man den Masten anschaltet und sie sagen: Oh, ich merke das. Und dann stellen sie den Masten ab und derjenige sagt: Ah, jetzt geht's mir wieder gut. So funktioniert das nicht.
Ich leide an Heuschnupfen. Wenn ich in ein solches Pollenfeld komme, dann dauert es eine Weile, bis ich eine Beeinträchtigung spüre. Aber es braucht eine lange Zeit, bis ich nichts mehr davon spüre, nicht mehr davon beeinträchtigt bin. Ich kann vom Pollenfeld weggenommen werden, aber ich werde nach 24 Stunden immer noch den Heuschnupfen spüren. Elektrosensibilität spielt sich bei den meisten Menschen in etwa so ab.
Erzähler: Die Art und Weise, wie das Team das Experiment aufgebaut hatte, bedeutete für Brian und die anderen freiwilligen Teilnehmer, daß es fast unmöglich sein würde nachzuweisen, daß sie unter Elektrosensibilität leiden. - Es schien keine Rolle zu spielen, denn das Team hatte unerklärlicherweise beschlossen, jegliche Art von Überprüfung abzulehnen.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Auf der einen Seite scheint es, daß Menschen sensibel auf verschiedene Dinge reagieren. Ich reagiere sensibel auf 3G-Handys, zum Beispiel auf GSM-Handys. Es gibt Unterschiede, wie die Modulation funktioniert - ich habe keine Ahnung, ob sie recht haben, daß sie empfindlich sind, aber wenn man einen Fall hat, dann macht es Sinn, daß man die Leute, die man in seiner Studie hat, auch genau dem Signal aussetzt, von dem sie sagen, daß sie darauf reagieren.
Hat man z.B. jemanden, der immer empfindlich auf WLAN reagiert, aber nicht auf Handys - wenn es so jemanden gibt - dann stellt man besser sicher, daß das, dem er ausgesetzt ist, auch WLAN ist und nicht Handys. Denn man will ja beweisen, daß sie auf das reagieren, was sie angeben. Und keine dieser Arten von Unterscheidung wurde hier vorgenommen. In Wirklichkeit war es so, dass, wenn man behauptete, man reagiere elektrosensibel auf irgendwas - dann warst du dabei.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Ein Grund, warum ich es für sehr wichtig hielt, war: Ich half Menschen, die elektrosensibel waren. Und ein paar Monate zuvor war ich in der Tat bei einer Dame - sie hielt sich für elektrosensibel - und ich war dort, einfach um zu versuchen, ihr zu helfen; um zu erklären, was Elektrosensibilität ist und was ihr Problem hervorrufen könnte.
Um es kurz zu machen, es wurde deutlich, daß diese Frau ein Problem hatte, aber sie war nicht elektrosensibel. Sie war eindeutig nicht elektrosensibel. Aber während des Gesprächs wurde klar, daß sie sich bei den Essex-Studien angemeldet hatte, um herauszufinden, ob sie elektrosensibel sei. Mein Herz blieb fast stehen. Hier ist jemand, der nicht elektrosensibel ist, und diese Person hat sich an der Essex Uni angemeldet. Und Essex sagt mir, sie hätten kein Prüfverfahren!
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Was sie tatsächlich herausfanden - und das basiert auf den Texten des Aufsatzes selbst - ich fasse das in eigene Worte. Da heißt es, sie bräuchten bei dem Grad an Reaktion, den sie erwarteten, etwa 132 Teilnehmer an ihrer Studie um einen statistisch-signifikanten Effekt nachzuweisen. So viel Leute der Bevölkerung, so viel Daten würden sie benötigen für ihre Studienrecherchen, um eine Aussage zu treffen, daß diese Gruppe eindeutig sensibler als jene Gruppe ist. Sie bekamen 44 Leute. Damit stand ihnen von Anfang an nur ein Drittel der Daten zur Verfügung, die sie erwartet hatten, um überhaupt etwas herausfinden zu können.

Das Ergebnis war, daß sie ein der Statistik sowieso naheliegendes, statistisch signifikantes Risiko herausbekamen - bei allen Leuten, die sagten, sie wären sensibel, zeigte es sich auch mit einer Signifikanz von ungefähr 90 %. Also, die Grenze, wonach ein wissenschaftliches Papier etwas als statistisch signifikant anerkennt, liegt bei 95 %. Wenn man nicht diesen Grad an Sicherheit erreicht, gilt es nicht als statistisches Ergebnis.
Es könnte Zufall, Glück oder sonst was sein. Sie hatten eine 90 %ige Sicherheit einer Zunahme des Risikos und natürlich verfehlt es die magische Marke, ab dem es als ein statistisch bedeutsames Ergebnis gilt, und so wurde es abgetan mit den Worten "dies zeigt, daß die Leute nicht sensibel sind". Wobei das doch gar nicht die Aussage war.
Erzähler: Die beständige Belastung durch den Masten hinterließ seine Spuren bei etlichen der Probanden. Einige wurden so krank, daß sie aus dem Experiment aussteigen mußten. Brian bekam die Folgen des Experimentes noch lange, nachdem er Essex verlassen hatte, zu spüren.
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Meine erste Darmspiegelung hatte ich vor sieben Jahren, meine zweite vor vier Jahren und meine dritte etwa vor einem Jahr. Es ist alles in Ordnung mit mir. Es ist alles in Ordnung mit mir. Genau, Sie ahnen es: Ich habe Darmkrebs.
Also, als ich das erste Mal blutete bis zu dem Zeitpunkt, an dem mein Darm entfernt wurde, waren genau sieben Jahre.
Als ich den Arzt fragte, wie lange braucht dieser Krebs, um sich zu entwickeln, antwortete er: "sieben Jahre". Sie können also praktisch die Zeit nachverfolgen, in der ich in Essex war, und es gab schon einmal eine Gelegenheit davor, bei der ich eine Blutung hatte, bei dieser Blutung, wo der Darmkrebs begann.
Erzähler: Wie konnte ein so stümperhaftes Experiment als eine "maßgebliche Forschungsarbeit" hochgehalten werden? Warum sollte ein so erfahrenes Team so grundlegende und offensichtliche Fehler in seiner Arbeit machen? Könnte es mit denjenigen zu tun haben, die die Finanzierung bereitgestellt haben? Das Essex-Experiment ist eines von einer Reihe von Experimenten, die vom MTHR finanziert wurde. Diese Firma wird von der Mobilfunkindustrie selbst betrieben und finanziert.
Interviewer: Können Sie uns sagen, was das MTHR tut und wie das MTHR finanziert wird?
David Coggan, Wissenschaftlicher Leiter des MTHR: Ja, das MTHR-Programm wird gemeinsam von der britischen Regierung und der Mobilfunkindustrie finanziert und dient der Erforschung möglicher gesundheitsschädlicher Auswirkungen im Zusammenhang mit der Mobilfunktechnologie.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Die Frage, wer die Telekommunikationsforschung finanziert, ist ein heikles Thema. Ich kenne viele Wissenschaftler wie mich selbst, die, wenn sie eine neue Studie zu lesen bekommen, als erstes die Rückseite aufschlagen, wo steht, wer sie finanziert hat.
Interviewer: Denken Sie, es könnte ein Interessenkonflikt bestehen hinsichtlich der Finanzierung durch die Mobilfunkindustrie, was die Forschung zu den Schäden betrifft?
David Coggan, Wissenschaftlicher Leiter des MTHR: Nun, natürlich gibt es potentielle Interessenkonflikte, und deshalb muß ein Forschungsprogramm dieser Art sorgfältig verwaltet werden.
Michael Connarty, Parlamentsabgeordneter im Europarat: Ich habe viel mit der Telekommunikationsindustrie gearbeitet, weil ich die Kommunikationsarbeit als Vertretung hier organisiere, also habe ich mit diesen Leuten eine lange Zeit gesprochen. Ich denke, sie würden gerne objektiv sein, aber sie werden vor allem in einem Markt, in dem sie gegenseitig um Marktanteile kämpfen, vom Profit getrieben und deshalb finanzieren sie vielleicht Forschung, aber sie sind der Pharmaindustrie sehr ähnlich. Man stellt fest, daß sie Leute anstellen, die bereits auf ihrer Seite stehen.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Wissenschaftler sind keine Popstars;

sie verdienen nicht viel Geld. Sie haben Häuser zu finanzieren, sie haben Familien, um die sie sich kümmern müssen. Wer könnte es ihnen verübeln, wenn sie merken, daß sie auf falsche Ergebnisse kommen. Sie finden ja - zumindest dort - keine andere Arbeitsstelle.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es gibt psychologische Drücke, auch ohne wirklichen Druck, der in Einzelfällen vorhanden sein kann oder eben auch nicht. Aber psychologischer Druck, sich der Organisation, die sie finanziert, anzupassen und ihr zu gefallen, spielt auf jeden Fall eine Rolle.
Interviewer: Fühlt man sich verpflichtet?
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Ja, man fühlt sich verpflichtet. Man fühlt sich verpflichtet.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Es gibt einige wirklich solide Statistiken, die zeigen, daß dort, wo es um die Wirkung elektromagnetischer Felder geht, dort zeigt sich, daß Studien, die von den Versorgungsunternehmen finanziert werden, also von der Stromindustrie oder der Funkindustrie oder von der Mobilfunkindustrie, von ihnen finanziert werden. Diese Studien neigen dazu, signifikant negativ zu sein. Unabhängig finanzierte Studien innerhalb von Universitäten und so weiter hingegen eher nicht.
David Coggan, Wissenschaftlicher Leiter des MTHR: Es ist ein anspruchsvolles Gebiet, auf dem geforscht wird. Es ist nicht einfach, Studien dieser Art durchzuführen, und aufgrund der Einschränkungen bei der Forschung an menschlichen Probanden wird es keine perfekte Forschungsumgebung geben. Es wird immer Einschränkungen geben.
Dr. Erica Mallery-Blythe, Ärztin in der Notaufnahme: Ist dies eine wirkliche Erkrankung? Ja, absolut, das ist es. Derzeit sagt die WHO dazu, daß dies real ist und die Symptome schwerwiegend und einschränkend sein können. Die Zahlen in Bezug auf Elektrohypersensibilität liegen bei etwa 2-3 %. Das sind Menschen, deren Leben durch diesen Zustand extrem beeinträchtigt wird.
Aber wie ich bereits erwähnt habe, reagieren auf zellulärer Ebene 100 % der Menschen darauf. Das bedeutet, daß die Folgen für das Gesundheitswesen, wenn man dies nicht ernst genug nimmt oder nicht erkennt, potentiell riesig sind, und eine Zahl von Menschen, die eine leichte oder mittlere Elektrosensibilität haben, ist wahrscheinlich viel höher als wir bisher annehmen.
Titelstimme: Obwohl die WHO die Elektrosensibilität anerkennt, ist Schweden das einzige Land, das seinen Betroffenen hilft. Dort werden derzeit 2,5 - 3 % der Bevölkerung behandelt.
Verzerrte Stimme: Was heißt das für uns?
Ankündigerstimme: Es bedeutet für uns eine Kassettenaufnahme einer experimentellen Verbindung zwischen einem normalen Telefon und einem einzigartigen Mobilteil.
Lustiger Mann: Ein Wählton - und das ist eine ziemliche Errungenschaft! Denn es ist eine Sache, ein Gespräch zu übertragen, jedoch eine ganz andere, akkurate digitale Information zu übertragen.
Nun kommt eine Durchwahl beim Forschungsinstitut in Chelmsford (Grafschaft Essex in England), welche diese Technik perfektioniert hat. Am anderen Ende sollte Liz Charnock sein.
Erzähler: Mit der Einführung des Mobiltelefons in den 80er Jahren wurde ein Netzwerk von Antennen dafür gebraucht. Seither haben die Telekommunikationsfirmen über 5 Millionen Masten auf der ganzen Welt aufgestellt. Stolz darauf, die ganze Luft mit Mikrowellenfrequenzen zu füllen, haben sie keine einzige Studie durchgeführt, um sicher zu gehen, daß es keine Langzeitfolgen für die Gesundheit haben würde, wenn man diesen ausgesetzt ist. Das Netz wurde gebaut, ohne vorher sicherzustellen, daß es sicher war.
Lustiger Mann: Danke für Ihre Hilfe.
Interviewer: Ziemlich unschön, nicht wahr?
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Ja, und es ist auch ständig da, etwas,

was auffällt ist, daß es nicht aufhört. Es strahlt ständig - das kommt von dem Mast - wenn man den Masten sehen kann, ist man dem ausgesetzt. Ehrlich gesagt, auch wenn nicht, ist man dem in dieser Entfernung ausgesetzt, da es durch Betonwände und anderes durchgeht, es wird ein wenig gedämpft, aber nur wenig. 200-300 Meter von dem Mast dort entfernt, ist man dem unentwegt ausgesetzt.
Interviewer: Wenn man es hören kann, ändert es alles.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Das tut es.
Interviewer: Stellen Sie sich vor, man könnte es sehen.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Es wäre, als würde man täglich einen Smog sehen.
Erzähler: Mit einem uns beständig umgebenden Smog aus menschengemachten Frequenzen und ohne deren Sicherheit zu überprüfen - verwundert es noch, daß der menschliche Körper beginnt, darauf zu reagieren?
Eileen O'Connor, Wishaw-Mobilfunkmast-Opfer: Es ist etwa 10 Jahre her. Ich war in den 30igern. Es gab keine Vorgeschichte von Brustkrebs in meiner Familie. Ich hatte einen sehr gesunden Lebensstil. Ich wohnte seit vielen Jahren neben einem Telefonmasten, sieben Jahre lang zu der Zeit. Er stand 100 Meter von meinem Haus entfernt. Jahrelang hatte ich Symptome, die nicht mit dem Masten in Verbindung gebracht wurden, denn damals wußte ich noch nichts von Elektrosensibilität.
Ich hatte Schwindel, Schlafprobleme, Kopfschmerzen, stechende Schmerzen in meinem Kopf, und ich ging häufig zum Arzt. Mir wurde gesagt, es sei Streß oder ein Virus. Und dann aus heiterem Himmel erhielt ich die Diagnose Brustkrebs. Es war der größte Schock meines Lebens. Zuerst dachte ich, ich habe halt Pech, es liegt an mir.
Dann begann die Behandlung. Und ich stieß dort im Krankenhaus auf einige Nachbarn - ich lebte in einem sehr kleinen Dorf. Und ich traf auch auf diese Nachbarinnen, junge Frauen - ich war die jüngste, in meinen Dreißigern, die anderen waren in den Vierzigern oder frühen Fünfzigern. Fünf von uns waren dort, alle zur gleichen Zeit innerhalb von 6 Monaten mit der gleichen Diagnose Brustkrebs.
Erzähler: Es waren nur 18 Häuser in unserem Dorf, die um den Mobilfunkmasten herum standen. So entschied sich Eileen, eine Umfrage zu starten, um zu sehen, ob andere auch an plötzlicher Erkrankung litten.
Interviewer: Das Ergebnis ließ uns erschaudern. Viele Menschen berichteten von den gleichen Symptomen, an denen ich schon Jahre litt. Die Kopfschmerzen, der Schwindel. Aber es gab auch andere junge Frauen im Dorf, die Fruchtbarkeitsstörungen hatten und Vorstufen von Gebärmutterhalskrebs - oder eine Frau, die Brustkrebsknoten hatte. Und noch andere Krebsarten gab es in der Gegend. Ein Nachbar, der erst 51 Jahre alt war, entwickelte eine Motoneuron-Erkrankung und verstarb leider daran. Um ehrlich zu sein: ein entsetzlicher Skandal. Es betraf 77 Leute aus diesen Häusern.
Eileen O'Connor, Wishaw-Mobilfunkmast-Opfer: Geschätzt waren es etwa 70 %, die über die Jahre biologische Wirkungen an sich erlebten - Schlafprobleme, Hautausschläge, Brustknoten oder Krebs. Ja, es hatte eine große Auswirkung auf die Menschen in diesem Dorf.
Ich denke, es ist ein weltweites massives Problem. Wir haben seither herausgefunden, daß wir nicht die einzige Häufung von Krebsclustern rund um einen Mobilfunkmasten sind. Es gibt viele Krebscluster in der Nähe von Mobilfunkmasten. Wir haben mit einem Wissenschaftler vor Ort gearbeitet, wo wir andere Mobilfunkmasten untersucht haben, die schon lange in anderen Gebieten standen. Und wir haben andere Umfragen durchgeführt und stießen ebenso auf andere Krebscluster.
Erzähler: Bei so vielen Mobiltelefonen und Masten und einer Mobilfunkindustrie, die billionenschwer ist, würde man hoffen, daß mittlerweile eine strenge Regierungsstelle eingerichtet

wurde, eine Behörde, die sicherstellt, daß die Telekommunikationsindustrie auf der sicheren Seite sendet. Jemand, der strenge Grenzwerte festlegt, die die Bevölkerung schützen - jemand, der sicherstellt, daß das, dem wir ausgesetzt sind, absolut sicher ist. Leider gibt es nichts von alldem. Was wir haben, ist ICNIRP.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Oh, ICNIRP wurde vor ungefähr 20 Jahren in Europa gegründet, um nicht-ionisierende Strahlung zu untersuchen. Es ist das internationale Komitee für den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung, und seine Aufgabe ist es, alle Literatur, die veröffentlicht wird, durchzuschauen und grundsätzlich zusammenzufassen: Das ist es, was die Wissenschaft definitiv sagt.
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: Man kann nicht da hineingewählt werden. Man wird eingeladen, dem beizutreten, wenn man zu den bevorzugten Personen gehört. Es wird also immer die Seite der Industrie senden, denn dort liegen seine eigentlichen Wurzeln.
Interviewer: Richtig.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Also, was wir haben, ist ein Richtwert, den sie festgelegt haben und der von den meisten europäischen Ländern übernommen wurde, und das ist etwas, was von der Europäischen Kommission selbst empfohlen wird, dem Expertengremium eingeschlossen. Aber diese Richtwerte basieren auf Erkenntnissen, von denen wir wissen, daß sie Ursache und Wirkung in der Hochfrequenzstrahlung haben.
Das einzige Szenario, das jetzt existiert hinsichtlich der Energie, die uns auf jener Frequenz wie die Strahlung von Mobiltelefonmasten, Mobiltelefonen und DECT-Schnurlostelefonen umgibt - drahtlose Kommunikationsgeräte, an die wir täglich gewöhnt sind, ist die gleiche, die wir von Mikrowellenöfen her kennen. Wenn wir also genug Energie erzeugen und sie auf eine genügend kleine Fläche konzentrieren, dann erhitzt man Gewebe, dann erhitzt man alles, was einen gewissen Gehalt an Wasser in sich hat.
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: Keine der gegenwärtigen Richtwerte hat irgend etwas mit chronischen Gesundheitsschäden oder Krebs zu tun. Keiner davon, kein einziger. Sie sind alle auf Hitzewirkungen oder sofortige Wirkungen wie Hautkribbeln oder Augenbrauenzucken oder so ausgerichtet. Keiner kann langfristige Gesundheitsschäden feststellen.
Interviewer: Also meinen Sie, unter 40 ist es unbedeutend, es ist bedeutungslos …
Alasdair Philips, Elektro- und Agraringenieur, UK Health Protection Agency-Mitglied: Es ist bedeutungslos. Es besteht keine Absicht, vor langfristigen Gesundheitsschäden zu schützen.
Professor Denis Henshaw, Bristol University: ICNIRP ist … nun, ICNIRP ist völlig bedeutungslos. Zum Beispiel: Wenn Sie sichergehen wollen, daß niemand die Geschwindigkeitsbegrenzung an der Schule überschreitet, setzen Sie die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 1000 Meilen pro Stunde. So wird sich jeder dran halten, keiner wird zu schnell fahren. Man kann mit 999 km/h an der Schule vorbeifahren, und der "Grenzwert" wird eingehalten.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Das Beratungsgremium ist im Endeffekt nicht dafür eingesetzt, die Nachweise im Hinblick auf den Schutz der Bevölkerung zu prüfen.
Interviewer: Also existiert ICNIRP eigentlich nur, um sicherzustellen, was zu 100 % Fakt ist, und alles, was nicht 100 % Fakt ist, geht sie nichts an.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: So ist es. Sie werden darüber reden, sie werden zusammenfassen, was es gibt, was es nicht gibt und was man noch herausfinden muß. Und das war es dann. Dabei belassen sie es. Keine Empfehlungen - nichts, weil sie sich dafür nicht zuständig sehen.
Titelstimme: Fast jedes Land legt ihre öffentlichen Grenzwerte für Funktechnik auf Grundlage der Richtlinien von ICNIRP fest. Haben nichts mit langfristigen Gesundheitsschäden zu tun,

die durch die Exposition gegenüber Funktechnik entstehen.
Interviewer: Lassen Sie mich versuchen, einen Anruf zu tätigen.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Wenn Sie versuchen, einen Anruf zu tätigen, wird es fast konstant sein, als wenn die Hochfrequenzübertragung in beide Richtungen beginnt.
Interviewer: Okay, probieren wir es aus. Oh, wow!
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Sobald es sich also anspringt und das ist, sobald es eingeschaltet ist; das ist der Anrufmodus, das ist das, was das Mobiltelefon macht.
Interviewer: Das sind Wellen, die von meinem Handy zur Basisstation gehen und von da aus übertragen werden?
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Das ist im Grunde das, was Ihr Handy die ganze Zeit macht, wenn Sie Empfang haben und Ihr Handy benutzen.
Interviewer: Fürchterlich.
Graham Lamburn, Technischer Leiter von Powerwatch: Und das sendet Ihr Mobiltelefon eigentlich die ganze Zeit in Ihren Kopf, wenn Sie die Basisstation anwählen und so Ihr Mobiltelefon benutzen.

Mobiltelefone

Erzähler: Es ist schwer, sich ein Stück Technik vorzustellen, was so schnell in unser Leben eingedrungen ist wie das Mobiltelefon. Vor 25 Jahren hielt man es für kaum mehr als eine Spielerei. Heutzutage besitzen 4 Milliarden von uns eines. Kinder haben im Durchschnitt schon mit 8 Jahren ihr erstes Handy. Handys funktionieren, indem sie von der Basisstation Mikrowellenfrequenzen senden und empfangen. Wenn Sie ein Handy ans Ohr halten, ist Ihr Gehirn unvermeidlich diesen Wellen ausgesetzt.
Reagiert das Gehirn auf diese Einwirkung? Eine neue amerikanische Studie zeigt, daß es auf jeden Fall so ist. Dr. Nora Volkow hat diese Studie durchgeführt. Dr. Volkow und ihr Team haben 47 gesunde Personen ein ganzes Jahr lang untersucht. Die Teilnehmer hatten Mobiltelefone am rechten und linken Ohr. Eins davon war in Betrieb, aber auf stumm geschalten, das andere war ausgeschaltet. Dr. Volkow benutzte Geräte zur Hirn-Bildgebung um herauszufinden, wie viel Glukose das Gehirn während der Einwirkung nutzen würde.
Dr. Nora Volkow, US-amerikanische Hirnforscherin und Suchtexpertin: Es ist eine sehr sensible Kennzeichnung, um anzuzeigen, ob es Veränderungen in der Gehirntätigkeit gibt, die durch einen Stimulator hervorgerufen werden können - in diesem Fall durch das Mobiltelefon.
Erzähler: Wenn das Gehirn stimuliert wird, verbraucht es Glukose, genauso wie ein Auto Kraftstoff verbraucht.
Dr. Nora Volkow, US-amerikanische Hirnforscherin und Suchtexpertin: 15 Minuten dem Mobiltelefon ausgesetzt zu sein, war mit einem Anstieg des Glukose-Verbrauchs im Gehirn verbunden, was anzeigt, daß das Gehirn durch die Radiofrequenzen des Mobiltelefons aktiviert wurde.
Die rechte Seite des Gehirns, die sehr nah an der Antenne war, zeigte den größten Anstieg der Stoffwechseltätigkeit im Vergleich dazu, wenn die Telefone ausgeschaltet waren.
Obwohl die Radiofrequenzen, die von den jetzigen Mobiltelefon-Technologien ausgesendet werden, sehr schwach sind, sind sie in der Lage, das menschliche Gehirn zu aktivieren, eine Wirkung zu haben.
Erzähler: Bei der Nutzung eines stummgeschalteten Mobiltelefons zeigte Dr. Volkow's Experiment, daß das menschliche Gehirn eine Stoffwechselreaktion auf Mikrowellen eines Handys zeigt. Eine Stoffwechsel-Reaktion bei Werten, die weit unter dem gesetzlichen Grenzwert liegen. Etwas, von dem viele behaupten, es sei unmöglich. Und die Reaktion, die von Dr. Volkow aufgezeichnet wurde, steht erst an zweiter Stelle hinter einem größeren Bedenken:

Die Art und Weise, wie diese Mikrowellenstrahlen vom Gehirn tatsächlich aufgenommen werden. Dies wurde als SAR-Wert bekannt.
SAR-Mann: SAR steht für spezifische Absorption. Und das ist die Messung, wie viel Radiowellen vom menschlichen Körper in einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Volumen absorbiert werden. Es ist die Messung des Erhitzungseffekts, die ein Radiosender auf den menschlichen Körper hat.
Erzähler: SAR wird auf folgende Weise gemessen. Man benutzt einen künstlichen Kopf. Er wird mit einer Glukosemischung gefüllt, die das menschliche Gehirn darstellen soll. Das Testgerät mißt die Menge von Mikrowellenstrahlung, die durch den Schädel des Modells eindringt. Dann wird der SAR-Wert berechnet, basierend darauf, wie viel Energie absorbiert wird.
SAR-Mann: Für die EU ist die Grenze bei 2 Watt pro Kilogramm für einen 10g-Durchschnitt von Gewebe. Für die USA liegt sie bei 1,6 W/kg über 1 g Durchschnitt von Gewebe. Die USA hat eine strengere Obergrenze als die EU, aber andere Länder wie Australien und Neuseeland nutzen den EU-Grenzwert.
Erzähler: Manche der beliebtesten Mobiltelefone auf dem Markt senden so viel Mikrowellenstrahlung aus, daß ihr SAR-Wert gerade am äußersten Limit liegt.
Jeder Millimeter des Schädels hilft das Gehirn vor Mikrowellenstrahlung zu schützen und senkt somit den SAR-Wert des Mobiltelefons. Kinder bekommen durchschnittlich mit 8 Jahren ihr erstes Handy. Ein 8-jähriger Schädel ist deutlich dünner als der eines Erwachsenen. Man möchte hoffen, daß die Handys mit einer Schädeldicke getestet werden, die der eines Kindes entspricht.
SAR-Mann: Der SAM-Kopf ist ein durchschnittlich geformter und großer menschlicher Schädel. Es wurde der Durchschnitt von 10.000 Kopfabmessungen an Menschen genommen, und dieser SAM-Phantomkopf wurde geschaffen, der einen durchschnittlichen menschlichen Schädel darstellt...
Erzähler: Natürlich ist der Kopf eines durchschnittlichen Menschen deutlich größer als der eines achtjährigen Kindes. Aber als wir die Firma befragten, die den SAM-Phantomkopf herstellt, mußten wir feststellen daß die Wahrheit noch schlimmer ist. Das SAM-Testmodell ist nicht einfach der Durchschnitt von 10.000 Menschen, sondern der Durchschnitt von 10.000 Soldaten der US-Armee. Und das Personal der US-Armee hat mit Sicherheit einen größeren und dickeren Kopf als ein durchschnittlicher Achtjähriger. Es ist recht wahrscheinlich anzunehmen, dass, wenn die meisten Mobiltelefone am Schädel eines Achtjährigen getestet würden, die meisten durchfielen.
Interviewer: Wer legt die Richtlinien fest?
SAR-Mann: Eine Gruppe von Leuten des Komitees ICNIRP.
Dr. Andrew Goldsworthy, Biologe und ehrenamtlicher Dozent am Imperial College London: Die Leute, die an Mobiltelefonen arbeiten, sind Bioingenieure. Sie haben keine Ahnung, was im Inneren einer lebenden Zelle vor sich geht, aber sie reden hochtrabend darüber. Sie gehen davon aus, daß das Einzige, was das Wohlbefinden eines lebenden Organismus beeinträchtigen kann, die Frage ist, ob es stark genug ist, das Gewebe zu erhitzen. Aber das ist, als ob man sagen würde: "Wir wissen, wenn wir ein Ei kochen, wird es hart." Was sie nicht wissen, ist, dass, wenn sie das Ei nicht kochen, es zu einem Huhn wird. Sie haben nicht die geringste Ahnung, wie das passiert. Aber trotzdem reden sie so, als ob sie es wüßten.
Erzähler: 2011 änderte die Weltgesundheitsorganisation die Gefahreneinstufung von Mobiltelefonen und stufte sie neu als möglicherweise krebserregend für den Menschen ein - aufgrund eines erhöhten Risikos, an einem Gliom zu erkranken, die Art Hirntumor, die mit der Nutzung eines Mobiltelefons in Verbindung gebracht wird. Was war der Auslöser für diese abrupte Statusänderung?

Es gab unzählige Studien zu den möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Mobiltelefonen. Einige zeigen eine Auswirkung. Einige zeigen keine Auswirkung. Aber die schlüssigste Studie kam von Lennart Hardell. Er hat die größte und aufschlußreichste Forschungsarbeit geleitet, die jemals durchgeführt wurde. Er kombinierte seine eigene Arbeit mit der von anderen aus der ganzen Welt. Seit den frühen 1990er Jahren haben sie die Telefongewohnheiten von mehr als 2000 Menschen auf der ganzen Welt untersucht.
Menschen mit Tumoren wie dem eines Astrozytoms und Akustikusneurinoms, den Hirntumoren, die aufgrund ihrer Nähe zur Luft am meisten mit dem Gebrauch von Mobiltelefonen in Verbindung gebracht werden. Die Ergebnisse sind schockierend. Sie kamen zu dem Schluß, daß der Gebrauch von Mobiltelefonen tatsächlich das Risiko für einen Hirntumor erhöht. Und sie entdeckten auch, warum frühere Untersuchungen keinen Effekt zeigten.
Dr. Andrew Goldsworthy, Biologe und ehrenamtlicher Dozent am Imperial College London:
Ich denke, es gibt mehr Beweise, daß es krebserregend ist, als nur möglicherweise krebserregend. Aber ich denke, ich verstehe es in gewisser Weise, weil die meisten Krebsarten, die kommen werden, noch nicht da sind. Die Leute haben die Mobiltelefone noch nicht lange genug benutzt, damit die wahre Wirkung sichtbar wird.
Erzähler: Wie bei anderen Karzinogenen dauert es mindestens zehn Jahre, bis man eine Wirkung gegenüber der Exposition sieht. Da die Mobiltelefon-Explosion erst in den späten 1990er Jahren einsetzte, ist es nicht überraschend, daß wir gerade erst beginnen, die Auswirkungen zu sehen. Und zwar genau jetzt. Was tut also die Telekommunikationsindustrie, um ihre Nutzer vor einem Hirntumor zu schützen? Ein Blick in die Sicherheitshandbücher läßt vermuten, daß sie eher um ihren eigenen Schutz besorgt sind.
Titelstimme: Dieses drahtlose Gerätemodell erfüllt die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Belastung durch Funkwellen. Wenn es, wie in diesem Abschnitt beschrieben, verwendet wird, erfüllt es die gesetzlichen Richtwerte. Halten Sie das BlackBerry-Gerät mindestens 2,5 cm von Ihrem Körper entfernt, einschließlich des Unterleibs von Schwangeren und Teenagern! Reduzieren Sie die Anrufzeiten!
Erzähler: Auf der Rückseite fast jedes einzelnen Mobiltelefons sind Anweisungen, wie weit man es vom Körper entfernt halten sollte. Anweisungen, die in den meisten Fällen völlig unpraktikabel sind. Und was passiert, wenn die Telekommunikationsindustrie Forschungen zu den Schäden finanziert, die sie verursacht? Und diese Forschung kommt zu dem Schluß, daß es eine Auswirkung hat, daß die Nutzung eines Mobiltelefons eine Rolle bei der Entstehung von Krebs spielt. Doch tendieren sie dazu, diese Forschung für sich zu behalten.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Wir wissen einfach nicht, was wir mit EMFs anrichten, weil die Auswirkungen größtenteils langfristig sind, und wir haben, wie Sie sagen, diese flächendeckende Exposition. Und eine absolute Abhängigkeit von diesen Expositionen. Wir verstehen einfach noch nicht ganz, was wir da tun.
Erzähler: Obwohl die Epidemiologie eindeutig zeigt, daß die Nutzung eines Handys das Risiko, an einem Hirntumor zu erkranken, erhöht. Was die Leute der ICNIRP sehen müssen, ist eine eindeutige Ursache und Wirkung; wie es passiert, was der Mechanismus ist und wie genau der Krebs verursacht wird. Es mag offensichtlich erscheinen, daß ein Wesen, das so sehr auf die Frequenzen der Erde eingestimmt ist und so empfindlich auf ihr Magnetfeld reagiert, natürlich eine Reaktion auf menschgemachte Mikrowellen haben würde. Aber jahrelang hat die Telekommunikationsindustrie ihr Handeln damit verteidigt, die gleiche Frage zu stellen. Wie verursacht ein Mobiltelefon Krebs?
Wie sich herausstellte, haben sie die falsche Frage gestellt.
Wie hindert ein Mobiltelefon den menschlichen Körper daran, Krebs zu heilen?
Die Antwort ist: Melatonin.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Wissen Sie, Melatonin ist ein Hormon,

und ob Sie es glauben oder nicht, es wird im Gehirn produziert. Es wird in der Zirbeldrüse des Gehirns gebildet und hat einen sehr starken Antioxidationscharakter, verglichen mit Vitaminen zum Beispiel: Melatonin ist fünfmal so stark wie Vitamin C und doppelt so stark wie Vitamin E. Und es wird nur in der Nacht ausgeschüttet. Und es ist gerade in der Nacht, wenn wir es brauchen, denn dann gehen wir schlafen und unser Gehirn repariert die Zellen unseres Körpers. Und das geschieht, wenn Melatonin ausgeschüttet wird.
Erzähler: Jeden Tag verliert unser Körper etwa eine halbe Milliarde Zellen. Und es geschieht nachts, daß unser Körper diese Zellen ersetzt, durch einen Prozeß namens Zellmitose, die Teilung der Zellen.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Was es bewirkt, ist, daß es die sogenannten freien Radikale auffängt. Diese freien Radikale sind in Wirklichkeit die überschüssigen Elektronen, die vom Prozeß der Energiegewinnung übrig geblieben sind, die wir brauchen, um uns überhaupt zu regenerieren.
Erzähler: Jede Nacht, wenn unser Körper sich selbst regeneriert, entstehen Millionen von freien radikalen Zellen als Nebenprodukt der Zellmitose. Diese freien radikalen Zellen greifen gesunde Zellen an.
Es ist allgemein anerkannt, daß die freie radikale Zelle die Hauptursache oder der Faktor für die meisten Krebserkrankungen ist. Die wichtigste Verteidigung unseres Körpers gegen diese freien Radikale ist sein stärkstes Antioxidans: nämlich Melatonin.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es tritt in den Blutkreislauf ein, und es hat die Aufgabe, als natürliches Antioxidans zu wirken, ein natürliches Anti-Krebs-Mittel. Melatonin ist ein sehr, sehr wirkungsvolles Anti-Krebs-Mittel.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Es wirkt als sogenannter onkostatischer Wirkstoff, der Sie vor Krebs schützt, und es steuert den Schlaf-Wach-Rhythmus, so daß Sie eine gute Nachtruhe und die passende Dosis Melatonin bekommen. Es ist ein Anti-Aging-Molekül. Das bedeutet mit anderen Worten, es fängt die freien Radikale ab und läßt Ihre Haut jünger erscheinen.
Titelstimme: Melatonin ist das Wundermittel des Körpers, das die krebsverursachenden freien Radikale auffängt.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Wir haben in unserem Labor 12.000 Studien, die wir im Laufe der Jahre gesammelt haben, und das sind mehr Studien, als jemals über Paracetamol veröffentlicht wurden, was ein häufig verwendetes Kopfschmerzmittel ist.
Es gibt deutlich mehr wissenschaftliches Interesse an Melatonin als an Paracetamol.
Interviewer: Was sind die Folgen einer verminderten Melatonin-Ausschüttung?
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Also, wenn Sie eine reduzierte Menge an Melatonin haben, dann läßt Ihr Immunsystem nach. Am Anfang neigen Sie zu Schlafstörungen, d.h. Sie können nicht einschlafen oder wenn Sie es tun, können Sie nicht wieder einschlafen. Sie können Herzprobleme haben, weil Melatonin auch Ihr Herz schützt. Und Sie sind viel anfälliger für Krankheiten, weil Ihr Immunsystem nicht optimal funktioniert.
Dies sind einige Dinge, die geschehen, wenn Sie einen niedrigeren Melatonin-Spiegel haben. Und zum Beispiel hat die durchschnittliche Frau mit Brustkrebs nur ein Zehntel des Melatonins im Vergleich zu einer normalen Frau in ihrem Alter. Und bei Menschen mit Prostatakrebs, sie haben weniger als die Hälfte des Melatonins, das sie haben sollten. Autistische Kinder haben weniger als die Hälfte des Melatonin-Spiegels, den sie haben sollten.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Ein reduzierter Melatonin-Spiegel bei Nachtschichtarbeitern, weil sie nachts arbeiten und dem Licht ausgesetzt sind. Sie produzieren kein nächtliches Melatonin, und es ist bekannt, daß das das Brustkrebsrisiko um 50 % erhöht.
Und wegen dieser Melatonin-Reduktion hat die Internationale Agentur für Krebsforschung IARC die Nachtschichtarbeit schrittweise als vermutlich krebserregend eingestuft.

Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Es gibt inzwischen viele Studien, die zeigen, daß Menschen, die in Nachtschichten arbeiten oder Menschen, die blind sind, andere Krebsraten haben als die Durchschnittsbevölkerung. Und die meisten dieser Studien unterstützen die Ansicht, daß ein fehlender oder abgesenkter Melatoninspiegel einen negativen Einfluß auf die Gesundheit hat.
Erzähler: Da der Körper sich nur nachts regeneriert, wird Melatonin nur dann produziert, wenn die Zirbeldrüse spürt, daß kein Licht vorhanden ist.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Und das geschieht, weil die Zirbeldrüse lichtempfindlich ist. Sie befindet sich genau dort, wo Ihr Gehirn Signale von Ihren Augen empfängt und sich am Punkt in der Mitte kreuzt. Man nennt ihn Nucleus suprachiasmaticus.
Und die Verbindungen von dort gehen direkt zur Zirbeldrüse, um ihr mitzuteilen, ob Licht vorhanden ist oder nicht. Wenn Licht vorhanden ist, gibt es gleichzeitig eine Interferenz mit den Signalen, die das Gehirn an unsere Zellen senden möchte, um sie zu reparieren. Es macht also keinen Sinn, daß das Gehirn diese Signale an unsere Zellen sendet, um ihnen zu sagen, daß sie sich reparieren sollen, während es so viele Störungen gibt, daß sie es nicht hören würden. Also wartet es, das Gehirn wartet, bis es dunkel ist.
Interviewer: Welche Forschung hat gezeigt, daß es einen Effekt auf die Melatonin-Produktion durch elektrische Felder, Magnetfelder oder Radiowellen gibt?
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Nun, das Battelle-Institut in Amerika hat schon seit den späten 1970er Jahren eine Menge Arbeit zu diesem Thema geleistet. Und seine Wissenschaftler, Barry Wilson, Dick Stevens und diese Leute begannen darüber nachzudenken, weil wir wissen, daß das Gehirn aufhört, Melatonin zu produzieren, wenn man das Licht anschaltet.
Sie dachten also, na ja, vielleicht kann unser Gehirn nicht unterscheiden zwischen elektrischen Feldern, die wir selbst künstlich erzeugen und dem natürlichen Licht, von dem wir alle wissen, daß es tagsüber vorhanden ist, da wir tagsüber einfach kein Melatonin produzieren; sehr gute biologische Gründe.
Also dachten sie, daß diese elektrischen Felder die Synthese von Melatonin unterdrücken würden, was wiederum zu Krebs, besonders zu Brustkrebs bei Frauen, führen würde, weil sie nicht mehr den immunologischen Schutz hätten wie er üblicherweise vorhanden ist.
Interviewer: Also interpretiert das Gehirn Radiowellen als Lichtwellen?
Titelstimme: Sichtbares Licht hat auch eine Frequenz.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Ja, wir können diese nicht unterscheiden.
Die Hypothese, daß die Zirbeldrüse nicht zwischen Lichtfrequenzen und menschengemachten Frequenzen unterscheiden kann, ist auf jeden Fall durch eine Fülle von Forschungsarbeiten bewiesen.
Direkte suppressive Wirkungen schwacher Magnetfelder (50 Hz und 16 2/3 Hz) auf die Melatoninsynthese in der Zirbeldrüse von Dsungarischen Hamstern (Phodopus sungorus)
Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, daß niederfrequente Magnetfelder in der Lage sind, die Melantonin-Produktion in isolierten Hamster-Pinealdrüsen zu reduzieren.
… reduzieren die Melantoninproduktion …
… Wirkungen elektromagnetischer Felder auf den photophasischen zirkulierenden Melatonin-Gehalt bei amerikanischen Turmfalken …
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß EMF das Plasmamelatonin bei männlichen amerikanischen Turmfalken beeinflußten, ...
EMF können ihre Wanderungen beeinflussen …
… Abwesenheit einer chronischen Wirkung der Exposition mit Kurzwellen-Rundfunksignalen auf die Melatoninkonzentration im Speichel von Milchkühen.

Somit ist eine verzögerte akute Wirkung von EMF auf die Melatoninkonzentration …
Ein 0,5 G, 60 Hz Magnetfeld unterdrückt die Melatoninproduktion in Pinealozyten.
… eine durchschnittliche 46 %ige Reduktion der Noradrenalin-induzierten Produktion von Melatonin in den Pinealozyten. Die Ergebnisse unterstützen die Hypothese, daß EM-Exposition eine Melatonin-Suppression in der Zirbeldrüse erzeugen kann, indem sie einzelne Zellen beeinflußt. …
Interviewer: Denken Sie, es ist beweiskräftig, daß elektrische Felder, Magnetfelder und Radiowellen die Produktion von Melatonin beeinflussen?
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Diese Forschung, die zeigt, daß der Melatonin-Spiegel von Turmfalken mit der Exposition sinkt; daß Wildstörche, die auf Gebäuden in der Nähe von Funkmasten nisten, verglichen mit Storchennestern, die weit entfernt von Funkmasten sind, weniger Nachkommen haben; Studien an Ameisen, an Bienen und an Vögeln verschiedener Arten und Studien an Meeres-Säugetieren, weisen alle in die gleiche Richtung.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Aber dann gibt es Laborstudien von Zellen der Zirbeldrüse, die das Melatonin in der Tat synthetisieren, und man untersucht die Auswirkungen von Magnetfeldern auf diese Zellen. Und praktisch bei jeder Phase der Melatonin-Synthese zeigt sich, daß Magnetfelder die eigentliche Produktion von Melatonin stören. Sie sehen also, daß die Beweisführung in sämtlichen Aspekten der Melatonin-Produktion, der Behinderung von Melatonin-Produktion durch magnetische Felder offensichtlich ist. Die Forschung deckt wirklich jeden Aspekt dieses Pfades ab.
Interviewer: Würden Sie sagen, das es fast beweiskräftig (genug) ist?
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Ja, ich würde sagen, das es nahezu eindeutig ist.
Erzähler: Das geniale an unserem Körper ist die Fähigkeit, der Produktion von freien Radikalen durch die Produktion von Melatonin entgegenzuwirken. Wir haben in uns selbst ein präzises Gleichgewicht, ein perfektes Verteidigungssystem geschaffen. Unser Körper hat Millionen von Jahren gebraucht, um diese Technik zu perfektionieren. Eine Technik, die auf der Grundlage der Umgebung geschaffen wurde, in der wir uns entwickelt haben. Aber hat sich unsere Umgebung in den letzten Jahrzehnten nicht verändert und zwar exponentiell verändert? Für das bloße Auge scheint die Welt die gleiche zu sein, aber auf Zellebene ist es die größte Veränderung der Umwelt, welche unserem Leben jemals widerfuhr.
Es liegt auf der Hand, daß eine solch gigantische Veränderung so ein empfindliches Gleichgewicht unweigerlich aus der Balance bringen würde. Und die Folgen, wenn unser Körper nicht die richtige Menge an Melatonin produziert, könnten fatal sein. Wissenschaftler auf der ganzen Welt glauben inzwischen, daß freie Radikale die Ursache oder der Faktor für jede bekannte Krankheit sein könnten. Nicht nur für Krebs.
Dr. Roger Coghill, Bioelektromagnetische Forschung: Anfang des 20. Jahrhunderts war Kinder-Leukämie eine medizinische Seltenheit. Seitdem sehen wir nur noch eine Zunahme von Leukämie bei Kindern. Sie steigt jedes Jahr um etwa zwei Prozent an. Und das trifft auch auf viele andere Erkrankungen zu: Autismus, Hirntumore, Krebs. Die Krebsraten waren in den 1910er Jahren wahrscheinlich nur halb so hoch wie heute.
Und viele andere Krankheiten werden durch Studien, durch wissenschaftliche Untersuchungen mit der Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern und Strahlungen in Verbindung gebracht; nicht nur Stromleitungen, sondern auch gegenüber Funk- und Mikrowellen-Feldern. Denn in den letzten 50 Jahren sind wir eingetaucht in einen Ozean elektromagnetischer Strahlung. Sie umgibt uns überall. Unsichtbar, wir können sie nicht sehen. Aber wir wissen, sie ist da. Jedes Mal, wenn Sie Ihr Mobiltelefon benutzen, wissen Sie, daß sie da ist.
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es ist sehr, sehr schwierig, die Uhr zurückzu-

drehen, wenn nicht sogar unmöglich, aber wir müssen uns ihrer bewußt sein, dieser gesundheitlichen Auswirkungen, damit wir die Möglichkeit haben, Sicherheitsvorkehrungen gegen die Gefahren zu treffen.
Wenn es das ist, was wir tun wollen, ist es das, wir das tun müssen.
Dr. Andrew Goldsworthy, Biologe und ehrenamtlicher Dozent am Imperial College London:
Was mich beunruhigt, sind die Dinge, die jetzt gerade (Anmerkung: 2013 auf Youtube gestellt) am Geschehen sind. Wir haben womöglich nicht genug aufgepaßt und eines der Dinge, die auftreten, ist Autismus oder benennen wir es richtig: Autismus-Spektrum-Störungen.
Interviewer: Glauben Sie, daß wir in der Wissenschaft an einem Punkt angelangt sind, an dem wir fast keine Kontrollgruppe mehr haben, um solche Dinge testen zu können, weil fast jeder ein Mobiltelefon hat, fast jeder WLAN hat und fast jeder elektromagnetischen Feldern ausgesetzt ist?
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Ja, wir alle erreichen einen Punkt, wo so viele Menschen elektromagnetischen Feldern ausgesetzt sind von Mobiltelefonen, von WLAN, so daß wir keine Kontrollgruppe mehr haben, um den Unterschied zwischen der Gesundheit von Menschen, die dem ausgesetzt sind gegenüber der Gesundheit von Menschen, die dem nicht ausgesetzt sind, zu untersuchen.
Wenn ich mal eine Analogie aufzeigen darf: Wir fanden heraus, daß Rauchen Lungenkrebs verursacht. Und das nur deshalb, weil einige Menschen nicht rauchten, und die stellten die Kontrollgruppe dar. Wenn jeder geraucht hätte, hätten wir vielleicht nie herausgefunden, daß Rauchen Lungenkrebs verursacht. Und jeder wäre an Lungenkrebs gestorben, und es wäre ohne Bezugspunkt gewesen; eine Art natürliche Krankheit, ohne jemals mit dem Rauchen in Verbindung gebracht zu werden.
Was mit der Exposition durch Mobiltelefone passiert, ist, daß wir alle diese Gruppe von Menschen verlieren, die dem nicht ausgesetzt ist. Sogar die wenigen Leute, die kein Mobiltelefon besitzen, werden von der Strahlung durch Mobiltelefone umgeben, wenn sie einkaufen, im Zug sitzen und wo immer sie auch hingehen!
Brian Stein, an Elektrosensibiltät Leidender: Es ist nicht nur der "Kanarienvogel im Bergwerk", wie ich selbst.
(Redewendung: Kanarienvögel wurden im Bergbau als Frühwarnung eingesetzt zum Schutz gegenüber Giftgasen bzw. Sauerstoffmangel und ermöglichten den Bergleuten das rechtzeitige Erkennen der Gefahr und eine sofortige Flucht).
Schlußendlich, wenn man einfach die elektromagnetischen Felder in der Atmosphäre erhöht, was wir tatsächlich tun, und wir haben jetzt eine Million Mal mehr elektromagnetische Felder, Mikrowellen in der Umwelt, als wir vor 30 Jahren hatten. Irgendwann wird es anfangen, auch SIE zu beeinflussen!
Professor Denis Henshaw, Universität Bristol: Es ist ziemlich schwierig vorherzusagen, wo wir in 15 Jahren sein werden, aber ich würde sehr wohl sagen, daß wir innerhalb weniger Jahre erkennen werden, wie viel diese gesundheitlichen Auswirkungen die Gesellschaft tatsächlich gekostet haben. Und dann wachen wir vielleicht auf und schauen uns die Auslöser an. Und wir werden etwas gegen die Ursachen unternehmen müssen.
Erzähler: Wir sind ein genialer und doch komplexer Organismus. Die Art und Weise, wie unser Körper funktioniert, ist weder zufällig noch etwas, das über Nacht passiert ist.
Wie jedes andere Lebewesen auf diesem Planeten haben wir uns dem Umfeld angepaßt, in dem wir leben. Ein Umfeld, das seit Anbeginn der Zeit ein empfindliches Gleichgewicht von Feldern und Resonanzen aufweist. Diese Phänomene umgeben uns nicht nur, sie machen uns zu dem, was wir sind.
Die Zellen unseres Körpers kommunizieren miteinander, indem sie Lichtfrequenzen nutzen; wie unsere DNA elektromagnetische Frequenzen nutzt, um sich zu reproduzieren.

Im Kern von all dem sind Protonen und Elektronen, positiv und negativ gepolt, was alles Leben magnetisch macht. Wir sind, wie alles Leben ebenso, mit Cryptochrom-Zellen ausgestattet, was uns befähigt, diese Felder auf eine Art und Weise zu wahrzunehmen, die wir kaum verstehen.
Wir sind Wesen der Frequenz, der Elektrizität, des Lichts und des Magnetismus.
Und um das zu werden, brauchte es Millionen von Jahren; ein Prozeß, der mit der allerersten Zelle begann. Obwohl wir die drahtlose Technologie umarmt und in unser tägliches Leben aufgenommen haben, haben unsere Körper das auf zellulärer Ebene nicht nachvollzogen. Die Frequenzen, die uns jetzt umgeben, sind unseren Zellen so fremd, wie sie es für unsere Augen wären, wenn wir sie nur sehen könnten. Unsere Kinder werden in eine Welt hineingeboren, die ihre Körper einfach nicht verstehen können.
Wohin wird dies alles führen?
Während dieser Film entsteht, wird die 4G-Technologie auf der ganzen Welt ausgebaut.
Um das zu ermöglichen, werden die Grenzwerte erhöht. WLAN ist in fast jedem Einzelhaus, jeder Schule und jedem Geschäft vorhanden und umgibt uns ständig. Die DECT-Telefon-Technologie ist in fast jedem Haushalt zu finden. In einer Zeit, in der die Industrie verantwortlich ist und Vorsicht walten lassen sollte, zeigt sie eine rücksichtslose Mißachtung unserer langfristigen Gesundheit. Geld regiert die Welt. Und daß sie ein Gewissen dafür entwickeln, ist ungefähr so wahrscheinlich, wie es die Tabakindustrie tat.
Wenn es also eine Veränderung geben wird, wird sie nicht von ihnen kommen. Sie muß von uns aus kommen! Wir müssen einfach nur die Augen öffnen und das Problem erkennen.
Interviewer: Haben Sie vor, mit der MTHR Forschung über die Wirkung von Radiowellen auf das Melatonin zu finanzieren? Wenn man bedenkt, daß dies DER Mechanismus ist, auf den die Leute offensichtlich hinweisen, daß Mobiltelefone die Produktion von Melatonin beeinträchtigen. Melatonin ist ein Antioxidans, ein Staubsauger für freie Radikale, wenn Sie so wollen.
MTHR-Mann: Wenn wir eine Aufforderung zur Einreichung von Forschungsvorschlägen herausgeben, was wir im Moment gerade tun, heben wir Bereiche, die von besonderem Interesse sind, hervor und laden zu Bewerbungen und Vorschlägen aus dem gesamten Spektrum ein. Diese müßten jedoch neben den anderen Anträgen, die wir bekommen, priorisiert werden, wenn man nur ein begrenztes Geldkontingent zur Verfügung hat. Aber wir streben derzeit keine Finanzierung zu einer Forschung über Melatonin an.
Das ist momentan kein Bereich, den wir als prioritär ansehen.
(Die MTHR muß noch in Forschung investieren, die untersucht, wie sich Mobiltelefone auf das Melatonin auswirken.)<<
Belgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Wegen Musk: Kippt EU die Bundestagswahl?**
Von *Daniell Pföhringer*
Kein Ort, an dem deutsche Interessen vertreten werden. EU-Fahnen vor dem Brüsseler Berlaymont-Gebäude, dem Sitz der Europäischen Kommission. Hier startet man angesichts der guten Wahlergebnisse sogenannter populistischer Parteien immer neue Attacken auf die Meinungsfreiheit.
Der frühere EU-Kommissar Thierry Breton droht: Wegen angeblicher Einmischung von Elon Musk könnte die Bundestagswahl im Februar annulliert werden. Als Blaupause führt er das Beispiel Rumänien an.
Es ist unfaßbar: Der ehemalige französische EU-Kommissar Thierry Breton hat damit gedroht, die Bundestagswahl in Deutschland zu kippen. Grund: Elon Musks angebliche Einmischung zugunsten der AfD und ihrer Kanzlerkandidatin Alice Weidel. Breton brachte dabei den rumänischen Präzedenzfall ins Spiel.

In einem Interview mit dem französischen Fernsehsender RMC sagte der Ex-Kommissar: "Bewahren wir einen kühlen Kopf und setzen wir die Gesetze in Europa durch. Wenn die Gefahr besteht, daß sie umgangen werden, und wenn sie nicht durchgesetzt werden, könnte dies zu Einmischung führen."
Demnach könne auch eine Annullierung der Wahlergebnisse in Deutschland nicht ausgeschlossen werden. Breton wörtlich: "Wir haben es in Rumänien getan und wir werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen."
Mit seiner Wortmeldung offenbarte Breton nicht nur erneut die antidemokratische Fratze der Europäischen Union, sondern gab damit auch indirekt zu, daß die EU für die Absage der Stichwahl in Rumänien verantwortlich war.

Präzedenzfall Rumänien

Dort war "der rechtsradikale und Rußlandfreundliche Kandidat" (Tagesschau) Calin Georgescu in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl am 24. November völlig überraschend mit knapp 23 Prozent an die Spitze gestürmt.
Für den Stichentscheid am 8. Dezember gaben die Umfragen dem Parteilosen die satte Mehrheit von 58 Prozent. Doch es kam nicht dazu. Am 6. Dezember wurde die Wahl vom Obersten Gericht für ungültig erklärt, nachdem der Geheimdienst "Dokumente" präsentiert hatte, denen zufolge das Land Ziel eines "aggressiven russischen hybriden Angriffs" geworden sei.
Moskauer Hacker sollen demnach nicht die Auszählung gefälscht, sondern - man glaubt es kaum - über Tiktok die Wähler manipuliert haben. Für wie dumm erklärt man die Menschen?
Selbst Georgescus Gegenkandidatin, die prowestliche Elena Lasconi, war empört: "Der rumänische Staat hat die Demokratie mit den Füßen getreten."

Berechtigte Warnung

Nun steht also die Bundestagswahl in Deutschland im Fokus der EU-Diktatoren. Vor genau diesem Szenario hat COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer schon in einem Beitrag vom 11. Dezember 2024 auf COMPACT gewarnt.
Elsässer dazu: "Kann so etwas auch bei uns passieren? Selbstverständlich. Wenn der Bundestag den Kriegsfall ausruft, werden die Bundestagswahlen abgesagt. Dazu genügen zwei Drittel der Abgeordneten - die stimmten ja damals auch locker für die Corona-Diktatur."
Und weiter: "Und eine russische Einmischung kann, wie in Rumänien, schnell erfunden werden. BND-Präsident Bruno Kahl warnte Ende November, daß der Kreml den Wahlkampf in Deutschland durch vermeintlich hybride Aktivitäten beeinflussen könnte. Der Faschismus ist das letzte Mittel des Regimes."
Statt Putin und Rußland wird jetzt Elon Musk ins Feld geführt - ansonsten hat sich diese Warnung, die manche als übertrieben bezeichnet haben, als realitätsnah und vollkommen berechtigt erwiesen. Allerdings dürfte es sich der nächste Präsident der USA nicht so einfach gefallen lassen, wenn einer seiner engsten Vertrauten und Unterstützer als Grund für eine Annullierung einer Wahl in einem fremden Land angeführt wird. Der Showdown zwischen Trump und Brüssel dürfte höchst spannend werden.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.472/…): >>**"Es war brutal" - Zuckerberg berichtet von extremer Corona-Zensur der Biden-Regierung**

Im Gespräch mit US-Podcaster Joe Rogan schildert Facebook-Gründer Zuckerberg die Härte, mit der die Biden-Regierung Corona-Zensur durchsetzen wollte und auch wahre Informationen zensierte. "Es war brutal", gesteht Zuckerberg.
Von *Redaktion*
Meta-Chef Mark Zuckerberg, zu dessen Konzern unter anderem Facebook und Instagram gehören, hat sich erstmals öffentlich umfassend über die radikale Zensurforderungen der Biden-Regierung in der Coronazeit geäußert. Im Interview mit dem amerikanischen Podcaster Joe

Rogan erklärte Zuckerberg, daß sein Unternehmen vom Weißen Haus wiederholt "unter Druck gesetzt" wurde, humorvolle Inhalte und auch wahrheitsgemäße Aussagen zum Impfstoff während des Höhepunkts der Pandemie zu löschen.
Er berichtete, daß Facebook "brutalen" Repressalien ausgesetzt war, nachdem es sich gegen die Zensur gewehrt hatte. "Im Grunde kam es zu diesem Punkt, an dem wir sagten: Nein, wir werden keine Dinge löschen, die wahr sind. Das ist lächerlich", so Zuckerberg.
Als Beispiel nannte er ein Meme mit einem Bild von Leonardo DiCaprio, der in seinem Film "Once Upon A Time in Hollywood" auf einen Fernseher zeigt. Die dazugehörige Bildunterschrift: "In 10 Jahren werden Sie eine Werbung sehen, die besagt, daß Sie Anspruch auf eine Entschädigungszahlung haben, wenn Sie sich gegen Covid impfen ließen."
Solche Werbungen mit dem Satz: "Sie könnten Anspruch auf eine Entschädigungszahlung haben" sind in den USA mit Blick auf Verfahren üblich, in denen Pharmakonzerne wegen schädlichen Nebenwirkungen von Produkten verklagt werden. Das Meme ist also eine Anspielung auf teils schwere Nebenwirkungen der Corona-Impfung. Das humoristische Bild brachte die Regierung aber in Rage: "Diese Leute aus der Biden-Administration haben unser Team angerufen und es angeschrien und verflucht", damit solche Inhalte entfernt würden, behauptete Zuckerberg.
Die Antwort des Meta-Teams lautete: "Nein, wir werden das nicht entfernen, wir werden keinen Humor und keine Satire entfernen, wir werden keine Dinge entfernen, die wahr sind."
Nachdem sich Facebook weigerte, solche Inhalte zu löschen, so Zuckerberg, erhöhte der US-Präsident den öffentlichen Druck und erklärte, daß Memes in sozialen Medien wie Facebook, die sein Pandemie-Narrativ bekämpften, "Menschen töten" würden.
Der amerikanische Staat begann, Meta ins Visier zu nehmen, berichtet der Chef weiter. "All diese verschiedenen Agenturen und Zweige der Regierung begannen Untersuchungen einzuleiten und waren hinter unserem Unternehmen her… Es war brutal, brutal", sagte Zuckerberg gegenüber Rogan.
Im Rahmen von parlamentarischen Aufklärungsverfahren hatte Zuckerberg in dieser Frage bereits Stellung bezogen: Im vergangenen August zitierte das Wall Street Journal aus einem von ihm unterzeichneten Brief, der an den Vorsitzenden des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses gerichtet war. Darin beschrieb der Meta-Chef, wie Facebook während der Pandemie unter Druck gesetzt wurde, Inhalte zu zensieren, und sagte, er bedauere die Entscheidung seines Unternehmens, daß es den Forderungen der US-Regierung nachgegeben hat.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Musk ohne Maske**
Von *Valentina Schacht*
Mit seiner Musk-Biographie ist dem Journalisten Ashlee Vance ein ganz großer Wurf gelungen. Wir sagen Ihnen, was das Buch so einzigartig und besonders macht.
Über Elon Musk ist schon viel geschrieben worden. Mit seiner Biographie "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" hat der Journalist Ashlee Vance dieser Masse an Texten nicht nur 384 weitere Seiten hinzugefügt, sondern einen großen Wurf hingelegt.
Anders als andere Schriften über den Tech-Unternehmer und Trump-Unterstützer stellt das Buch von Vance nicht nur die herausragenden Leistungen seines Protagonisten deutlich heraus, sondern bietet darüber hinaus Einblicke in das Leben des Milliardärs, die bislang vor der Öffentlichkeit verborgen waren. Kein Wunder, denn Vance hat Musk gut drei Jahre lang begleitet, hat in seinem Umfeld recherchiert und ist dem "Leonardo da Vinci des 21. Jahrhunderts" so nah gekommen, wie kein anderer Autor zuvor.
Die Biographie "Elon Musk" ist daher mehr als nur ein Buch über einen Unternehmer - es ist

eine Reise durch die Visionen, Höhen und Tiefen eines der einflußreichsten Innovatoren unserer Zeit. "Dieses Werk wird wahrscheinlich die endgültige Darstellung eines Mannes sein, den wir bisher nur als Witzfigur wahrgenommen haben. Spätestens beim Lesen der letzten Seiten wird jeder die Notwendigkeit erkennen, sich von Vergleichen mit Steve Jobs zu verabschieden. Glauben Sie Musk. Es gibt niemanden wie ihn", urteilte ein Rezensent der New York Times nach der Lektüre des Werkes, das nun in einer preiswerten Taschenbuch-Ausgabe erhältlich ist.

"Eier aus Stahl"

Doch was bietet dieses einzigartige Werk dem Leser? Vance hat nicht nur zahlreiche Interviews mit Musk geführt, sondern auch mit seinen Kollegen, der Familie und Freunden geführt, um ein vielschichtiges Bild zu zeichnen. Die Biographie "Elon Musk" bietet daher die wohl gründlichste Untersuchung seines Lebens von seiner Kindheit in Südafrika bis hin zu seinen bahnbrechenden Projekten wie Paypal, Tesla oder SpaceX.

Für Technologie- und Wissenschaftsbegeisterte bietet das Buch darüber hinaus detailreiche Beschreibungen der technischen Herausforderungen und Innovationen, die hinter Musks Unternehmen stehen. Vance erklärt in "Elon Musk" komplexe Konzepte auf eine Weise, die auch für Laien verständlich ist.

Darüber hinaus schafft es der Autor, auch die menschlichen Facetten seines Protagonisten zu präsentieren - mit all seinen Stärken und Schwächen. In Biographie "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" erzählt Vance vieles über Musks schier unermüdlichen Eifer, der ihn oft schon an den Rande des Zusammenbruchs brachte, über seine unkonventionelle Arbeitsweise, seine Beziehungen und seine Entschlossenheit.

Die Zeitschrift Business Punk kommt daher zu einem klaren Urteil: "Eier aus Stahl habe Elon Musk. So zitierte dieses Magazin einmal dessen Ex-Frau. Die Biographie beschreibt weitere Tugenden des Extremunternehmers: etwas Wahnsinn und absolute Kompromißlosigkeit." Sein Einsatz für Donald Trump, seine mutigen Einlassungen über die AfD und der geplante Talk mit Alice Weidel bestätigen dieses Urteil. Das traut sich sonst keiner in der Liga, in der Musk spielt!

Mut, Innovation und Risikobereitschaft

Doch was macht das Buch so besonders? Vance balanciert perfekt zwischen journalistischer Objektivität und erzählerischem Fluß. Seine Biographie "Elon Musk" liest sich oft wie ein Abenteuerroman, was die Lektüre unglaublich fesselnd macht. Die Mischung aus Biographie, Technologiegeschichte und Unternehmer-Porträt ist in dieser Form einzigartig.

Vance kann dabei eine gewisse Bewundert für Elon Musk nicht verhehlen. In seinem Buch hebt er dessen Fähigkeit hervor, große, scheinbar unmögliche Visionen zu verfolgen und diese in die Realität umzusetzen. Die Insbesondere die Darstellung der Fortschritte des Raumfahrtunternehmens SpaceX bei dessen Hauptziel, eine bemannte Mission zum Mars zu schicken, versetzen einen in Staunen.

Musk wird von Vance darüber hinaus als Vorbild für andere Unternehmer dargestellt - als jemand, der zeigt, daß man mit Mut, Innovation und Risikobereitschaft die Welt verändern kann. Trotz aller technischen und geschäftlichen Erfolge wird Musk in dieser Biographie als ein Mensch dargestellt, der auch Fehler macht, aber ebenso als Visionär voller Leidenschaft und einem ausgeprägten Sinn für Humor, was Musk überaus sympathisch und zugänglich erscheinen läßt. "Dieses Buch bietet allen, die sich für Zukunftstechnologien und Unternehmertum interessieren, einen faszinierenden Einblick in Musks Leben. (…) Viele Anekdoten bringen einem Musk tatsächlich näher", urteilte die Washington Post.

"Einsichten in die Arbeit des Technik-Titanen"

Kein Wunder also, daß viele Rezensenten voll des Lobes über "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" von Ashlee Vance sind. Als eine "lebendige

und fesselnde Biographie" bezeichnete das Wall Street Journal das Buch. Und die New York Times bemerkte: "Vance liefert ein exaktes Porträt von Musk. Ganz nebenbei bietet das Buch aber auch Vergnügliches und der Leser ist upt to date, was (…) die Weltraumfahrt angeht. (…) Das eigentliche Verdienst des Autors ist es aber, Musks Werdegang und Ziele verständlich und gut zu erzählen."
Die Financial Times meint: "Ashlee Vances Porträt des Entrepreneurs Musk in der Mitte dessen Lebens muß man gelesen haben. (…) Ein fesselndes Porträt von Silicon Valleys ehrgeizigstem Unternehmer seit Steve Jobs."
Das Wirtschaftsmagazin Forbes kam zu dem Schluß: "Wirklich gute Biographien stechen auf zwei Arten hervor. Erstens beinhalten sie viele pikante Geschichten, die vorher noch nie erzählt wurden. Zweitens erklären sie alle Umwege und Fehlschlüsse im Leben einer prominenten Persönlichkeit auf eine Art, die das komplette Bild in den Fokus rückt. Klar ist, daß diese Musk-Biographie beiden Aspekten genügt. (…) Ashlee Vance hat eine Vielzahl an Einsichten in die Arbeit dieses Technik-Titanen zu bieten."
In seiner Biographie "Elon Musk: Tesla, Paypal, Space X - Wie Elon Musk die Welt verändert" erzählt der Journalist Ashlee Vance die persönliche Geschichte hinter einem der größten Unternehmer seit Thomas Edison, Henry Ford oder Howard Hughes.<<

12.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**"Bürgergeld-Sanktionen": Sozialminister Heil (SPD) hat die Steuerzahler für dumm verkauft!**
Vor einem Jahr kündigte Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) vollmundig ein strengeres Vorgehen gegen arbeitsunwillige Totalverweigerer im sogenannten "Bürgergeld-Bezug" an. Laut Medien-Recherchen wurde bisher offenbar nicht ein einziges Mal das "Bürgergeld" komplett gestrichen. Auch der Plan, so Millionen Euro einzusparen, erwies sich inzwischen als ein "Heilloses" Versprechen.
Seit einem Dreivierteljahr können erwerbsfähige Stütze-Empfänger, die unbegründet Arbeitsangebote ablehnen, bis zu zwei Monate lang vom "Bürgergeld-Bezug" gesperrt werden. Doch wie oft ist das bisher passiert? "Wahrscheinlich gar nicht", sagt ein Jobcenter-Chef, der anonym bleiben will.
Eine Umfrage von "Welt am Sonntag" unter insgesamt 60 Jobcentern in Groß- und Mittelstädten aus allen 16 Bundesländern ergab jedenfalls: Keine einzige Behörde kann auch nur einen dokumentierten Fall nennen, in dem das "Bürgergeld" komplett gestrichen wurde.
Die gesetzliche Grundlage zur "Regelsatzminderung bei unbegründeter Verweigerung der Arbeitsaufnahme", wie es im Amtsdeutsch heißt, trat im April 2024 in Kraft, nachdem Heil angekündigt hatte, härter durchgreifen zu wollen. Nur Miete und Heizkosten würden noch übernommen. "Wer nicht mitzieht und sich allen Angeboten verweigert, muß mit härteren Konsequenzen rechnen", tönte Ankündigungsminister Heil im Frühjahr des vergangenen Jahres.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Baerbock verspricht weitere 50 Millionen Euro für Syrien**
Am Mittwoch kündigte Annalena Baerbock neue Hilfszahlungen an Syrien an - jetzt legte die Außenministerin nach. 50 Millionen Euro versprach Baerbock auf einer Syrien-Konferenz in Saudi-Arabien. Ihr Ministerium fordert eine Entwicklung zu einem "inklusiven politischen System".
Von *Redaktion*
In Riad traf Annalena Baerbock auch Syriens Außenminister, Asaad Hassan Al-Schaibani.
Gut einen Monat nach dem Sturz von Bashar al-Assad in Syrien hat Außenministerin Annalena Baerbock weitere Fördergelder für Syrien zugesagt. Bei einer internationalen Konferenz in Riad versprach die Grünen-Politikerin weitere 50 Millionen Euro, diesmal für die Versorgung

des Landes mit Nahrung und Medikamenten. Sie forderte zudem einen "smarten Ansatz", um die Produktverfügbarkeit für die syrische Bevölkerung zu verbessern.
Bereits am Mittwoch hatte die Außenministerin auf einer Pressekonferenz "akut zusätzliche acht Millionen Euro an humanitärer Hilfe" versprochen und angekündigt, die HTS-Miliz, die faktisch die Führung des Landes übernommen hat, "an ihren Taten messen" zu wollen.
Vor allem der Umgang mit Frauen spielte für die Grünen-Politikerin eine große Rolle - offenbar gab sie sich jetzt mit der Lage zufrieden und versprach bei der Konferenz in Saudi-Arabien weitere Mittel. Zuvor hatte auch Entwicklungsministerin Svenja Schulze großzügige Zusagen gemacht. Auch die SPD-Politikerin legte ihren Fokus auf den Umgang mit Frauen.
Daher versprach sie bereits Ende Dezember 60 Millionen Euro, die über Programme der Vereinten Nationen, Unicef und UNDP an Syrien vermittelt werden sollen. Drei Millionen Euro waren außerdem explizit für die Förderung von Frauen in Syrien vorgesehen, weitere Millionen gingen an verschiedene Nichtregierungsorganisationen. "Wir haben unsere Erwartungen klar formuliert", so Schulze im Dezember. "Ein Bildungssystem frei von Ideologie, Diskriminierung und Ausgrenzung. Wenn die Entwicklung in die richtige Richtung geht, sind wir bereit, auch in anderen Bereichen mehr zu tun."
Auch Baerbock erklärt ihre neuerliche Unterstützung mit den Entwicklungschancen in Syrien: "Die Chance auf eine Zukunft in Syrien dürfen wir als internationale Gemeinschaft bei allen berechtigten Zweifeln nicht verstreichen lassen", so die Außenministerin. Das Auswärtige Amt betonte, die syrischen Machthaber müßten jetzt einen Übergang zu einem "inklusiven politischen System" ebnen.
Auf der Konferenz in Riad ist auch Syriens derzeitiger Außenminister, Asaad Hassan Al-Schaibani, vertreten. Al-Schaibani war unter Assad als Oppositioneller tätig und wurde von den Milizen Ende Dezember zum Außenminister ernannt. Er fordert auch die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien, so daß der Wiederaufbau wirtschaftlich schnell vonstatten gehen kann.
Seit dem Fall von Assad am 8. Dezember und der Übernahme der Milizen unter Führung der HTS und deren Anführer Muhammad al-Dscholani verspricht die syrische Regierung Mäßigung und möchte auch Völkervielfalt in Syrien akzeptieren. Das müssen die Milizen jedoch zunächst unter Beweis stellen: Die EU, aber auch die Vereinten Nationen stufen die Miliz nach wie vor als Terrororganisation ein.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Weidel-Rede: Die 10 kernigsten Aussagen**
Von *COMPACT Redaktion*
Es war das vierte große Interview, das COMPACT mit Alice Weidel geführt hat. Ihre Positionen haben sich in den letzten Jahren kaum verschoben.
AfD-Parteitag in Riesa. Die Rede der blauen Kanzlerkandidatin sorgt in Mainstream-Medien für reichlich Aufsehen.
Wir dokumentieren die 10 prägnantesten Aussagen …
- "Wir stehen für die Meinungsfreiheit in diesem Land. Jeder soll frei seine Meinung äußern dürfen."
- "Wir haben einen Plan: Wir Grenzen lückenlos schließen und jeden Illegalen, jeden ohne Papiere Einreisenden zurückweisen!"
- "Eine klare Ansage an alle Welt: Die deutschen Grenzen sind dicht! Rückführungen im großen Stil durchführen! Und wenn das denn Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration!"
- "Funktionsfähige Kernkraftwerke werden wir natürlich wieder ans Netz nehmen und in zukunftsfähige Reaktoren der neuen Generation investieren."
- "Wir werden Nord Stream wieder in Betrieb nehmen."

- "Wer wissen will, was uns nach dem 23. Februar mit jeder Stimme für Merz blüht, der schaue nach Berlin. Die CDU-Stadt versinkt in Kriminalität, in queer-woken Wahnsinn, in ungebremster Zuwanderung und Einbürgerung."
- "Wenn wir am Ruder sind: Wir reißen alle Windkraftwerke nieder! Nieder mit diesem Windmühlen der Schande!"
- "Wir schließen alle Gender-Studies und schmeißen Professoren raus. Unsere Kinder und unsere jungen Leute müssen wieder etwas Vernünftiges an den Schulen und Universitäten lernen. Der Staat hat einen Bildungsauftrag."
- "Fluten Sie die Wahlurnen und machen Sie uns zur stärksten Kraft. Laßt uns die CDU, diese Betrüger-Partei, überholen!"
- "Die Deutschen wollen Normalität, und sie haben das Recht darauf. Sie wollen Arbeit, die wollen Sicherheit, sie wollen Wohlstand, sie wollen von den Früchten ihrer Arbeit leben können. Sie wollen Sicherheit auf unseren Straßen. Sie verlangen eine vernünftige und verläßliche Politik, die dafür die Voraussetzungen schafft. Die Deutschen wollen Freiheit. Wir wollen die Freiheit!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Die Walhalla: Ruhmeshalle der Deutschen**

Von *Jan von Flocken*

Die bedeutendsten Heroen unserer Vorfahren präsentieren sich in der Nähe von Regensburg. Bayernkönig Ludwig I. schuf ihnen ein patriotisches Pantheon. Mehr über die Walhalla und die dort ausgestellten Persönlichkeiten lesen Sie in dem Prachtband "Die Schönheit unserer deutschen Kultur". Unser unsterbliches Erbe im Großformat.

Der nordisch-germanischen Mythologie entnehmen wir: "Der größte Saal in Odins Haus heißt Walhalla. Er hat 540 Türen und ist von großer Pracht und Herrlichkeit. Säulen und Pforten sind von purem Golde, und an den Wänden hängen Waffen aller Art. Da sitzen in langen Reihen die Einherier, einst ruhmreiche Helden auf Erden, und reden von Kampf und Siegeskränzen."

Auch das weibliche Element belebt die Szenerie. "Odins wunderschöne Schildmädchen, die Walküren, reichen ihnen die Trinkhörner gefüllt mit schäumendem Met. Unzählbar sind die Scharen der Männer, die in Walhalla sitzen, und jeder von ihnen ist ein Kriegsmann, der auf dem Kampfplatze gefallen ist." Der erwähnte Met stammt übrigens aus dem Euter von Odins Ziege Heidrun.

Im Reich des Bayernkönigs

Der seit 1825 regierende König Ludwig I. von Bayern war ein Romantiker auf dem Thron und gefiel sich besonders in seiner Rolle als Kunstmäzen und Bauherr.

Allein seine Hauptstadt München verdankt ihm die Alte Pinakothek, den Königsplatz mit Glyptothek und Antikensammlung, die Feldherrenhalle, das Siegestor und die Bavaria-Statue bei der Theresienwiese.

Auf Ludwig geht, wie man in dem Prachtband "Die Schönheit unserer deutschen Kultur" von Eduard Klaus nachlesen kann, auch der Plan zurück, den "rühmlich ausgezeichneten Teutschen" einen Ehrentempel zu bauen. "Kein Stand, auch das weibliche Geschlecht nicht, ist ausgeschlossen", hieß es. Um Walhallas Gefährte zu werden, müsse man aber "teutscher Zunge" sein. Denn, so Ludwigs Hinweis:

"Sprache ist das große Band, das verbindet; wäre jedes andere gleich vernichtet; in der Sprache währt geistiger Zusammenhang."

Bloß gut, daß der König schon lange tot ist und die heutigen denglisch plappernden oder genderndern Fernseh- und Radiomoderatoren nicht hören muß.

Der geeignete Ort für das Gebäude fand sich acht Kilometer unterhalb von Regensburg bei Donaustauf auf dem Bräuberg. Von hier aus würde der Tempel auch aus großer Entfernung

sichtbar sein. Zum Architekten wurde der schon mehrfach bewährte Leo von Klenze gewählt.
Im Bauauftrag war festgelegt: "Zum allgemeinen Augenmerke diene, daß nicht Zierlichkeit, sondern gediegene Größe die erste Bedingung ist." Und weiter: "Er zeige sich als würdige Nachahmung des Großen im Altertum." Klassizismus sollte demnach als Vorbild dienen.
Die Bauarbeiten begannen 1830 und erstreckten sich über zwölf Jahre. Am 18. Oktober 1842, dem Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig, fand die feierliche Eröffnung statt. König Ludwig hielt die Festansprache und sagte: "Möge Walhalla förderlich sein der Erstarkung und der Vermehrung deutschen Sinnes! Möchten alle Deutschen, welchen Stammes sie auch seien, immer fühlen, daß sie ein gemeinsames Vaterland haben, ein Vaterland, auf das sie stolz sein können."
So dachte man eben in Deutschland vor mehr als 150 Jahren.

Hellas als Vorbild

Daß der Walhalla-Bau die Gestalt eines antiken griechischen Tempels erhielt, ist keineswegs willkürlich. Griechenland führte zu jener Zeit einen bewaffneten Befreiungskampf gegen die türkische Fremdherrschaft, der von vielen Europäern enthusiastisch gefeiert wurde. Die sogenannten Philhellenen (Griechenfreunde) waren groß in Mode - allen voran König Ludwig I. von Bayern, dessen Sohn Otto sogar 1832 König von Griechenland wurde.
Man half den Hellenen, wo es nur ging, mit Geld, Technik, Waffen, Verwaltungsbeamten, Juristen, Kunstkennern. Als Resultat erklärte die griechische Regierung dreimal den Staatsbankrott und wurde so ihren Schuldenberg auf billige Weise los.
Zeitreise: Das Buch "Die Schönheit unserer deutschen Kultur" entführt sie in verschiedene Epochen deutscher Geschichte und führt Ihnen deren Glanzleistungen vor Augen. Hier bestellen.
Trotz der im Land grassierenden korrupten Cliquenwirtschaft samt ihrer faulen Bakschisch-Mentalität pumpte Europa unverdrossen weiter Geld nach Athen. Man kennt das aus jüngsten Tagen. Lehren aus der Geschichte wurden offenbar nicht gezogen.
Imposant war und ist die von Eduard Klaus vorgestellte Anlage bei Regensburg allemal. 250 Marmorstufen führen den Besucher auf die Höhe der Walhalla. Auf ihrem vorderen Giebeldreieck thront eine kolossale Germania, umrahmt von 15 allegorischen Figuren, die die deutschen Bundesstaaten repräsentieren; das hintere Feld zeigt Szenen aus der Varusschlacht. Die gesamte Anlage ist 125 Meter lang und 55 Meter hoch. Der Tempel selbst erhebt sich bis in 20 Meter Höhe.
In der monumentalen, 16 Meter hohen Ruhmeshalle waren zunächst 96 Marmorbüsten zu sehen. Diese Ehre wurde den Berühmtheiten jedoch frühestens 20 Jahre nach ihrem Tod zuteil, so eine der festgelegten Bedingungen. In dem Großformat-Band "Die Schönheit unserer deutschen Kultur" finden Sie herrliche, von einem Künstler gestaltete Abbildungen von einigen der Büsten. Den Reigen eröffnet in chronologischer Hinsicht König Heinrich I. (919-936), auch "der Vogler" genannt.
Es erstaunt heutzutage, wer da alles deutscher Sprache mächtig gewesen ist: die flämischen Maler Jan van Eyck und Peter Paul Rubens, der Schweizer Mystiker Niklas von Flüe, der niederländische Freiheitsheld Wilhelm von Oranien und dessen Landsmann, der Rechtsgelehrte Hugo Grotius, der aus Norditalien stammende Paris Graf von Lodron, Fürsterzbischof von Salzburg.
An gekrönten Häuptern sieht man unter anderen König Karl X. Gustav von Schweden den (aus dem Geschlecht Pfalz-Zweibrücken) und Zarin Katharina die Große von Rußland, geboren als preußische Generalstocher Sophie Friederike von Anhalt-Zerbst.

Die Ruhmeshalle der Deutschen

Für wichtige deutschsprachige Persönlichkeiten, von denen niemand weiß, wie sie aussahen, hat man 64 Gedenktafeln angebracht. Es beginnt mit Arminius alias Hermann dem Cherusker

und der germanischen Seherin Veleda. Neben den Minnesängern Walther von der Vogelweide und Wolfram von Eschenbach findet man auch den Dichter des Nibelungenliedes, von dem wir nicht einmal den Namen kennen. Den Abschluß macht der Nürnberger Peter Henlein, um 1520 Erfinder der Taschenuhr.
Nur mit Martin Luther hegte das katholische Bayern gewisse Schwierigkeiten. Ludwig I. insbesondere konnte den aufsässigen Wittenberger nicht leiden. Als sein historischer Berater, der Schweizer Johannes von Müller, auf der ersten Vorschlagsliste auch die drei Reformatoren Luther, Philipp Melanchthon und Ulrich Zwingli anführte, strich der König die letzten beiden sofort. Von Luther bestellte er nach langem Zögern schließlich eine Büste, die aber erst fünf Jahre nach der Walhalla-Eröffnung ohne jedes Aufsehen installiert wurde. Immerhin steht sie neben Goethe.
Hin und wieder fanden die jetzt 130 Marmorbüsten zeitgeistkonforme Ergänzungen. 1990 etwa stellte man hier das Bildnis von Albert Einstein auf, der allerdings aussieht, als stünde er schwer unter Drogeneinfluß. Altbundeskanzler Konrad Adenauer folgte 1999. Genehmigt wird das jeweilige Verfahren vom bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Bei der Finanzierung hält sich die Bürokratie aber vornehm zurück. Ausdrücklich ist festgelegt:
"Die mit der Anfertigung und Aufstellung der Büste verbundenen Kosten werden traditionell nicht vom Freistaat Bayern, sondern von den an der Aufstellung interessierten Persönlichkeiten und Vereinigungen getragen."
Heinrich Heine spottete weiland heftig über die Walhalla. In einem ironischen Loblied auf König Ludwig I. bezeichnete er sie 1844 als "marmorne Schädelstätte", wo vom Teutates bis zum Schinderhannes nur Mittelmäßigkeiten repräsentiert würden. Viele Jahrzehnte später rächte sich das. Im Juli 2010 stellte man Heines Büste als Nr. 130 in der Halle auf. Auch er ist nur noch ein marmorner Schädel von 70 Zentimeter Höhe, aber mit Zottelbart, verdrehten Augen und liederlicher Krawatte. …<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Soros und Todesstrafe: So rechts ist Musk wirklich**
Von *Daniell Pföhringer*
Noch vor einiger Zeit wurde Tesla-Gründer Elon Musk dem linksliberalen Lager zugerechnet. Nun steht er an der Seite Trumps und sagt den Woke-Wahnsinnigen den Kampf an. Wie es dazu kam, lesen Sie in der umfassenden Musk-Biographie von Walter Isaacson.
Im Mai 2022 zündete Elon Musk eine politische Bombe: Der Tech-Unternehmer, als Produzent von Tesla-Elektroautos einst Liebling der Wokeness-Fraktion, ätzte auf X, das damals noch Twitter hieß, gegen die US-Demokraten von Präsident Joe Biden: Diese seien zur "Partei der Spaltung und des Hasses" geworden. Er werde daher künftig Republikaner wählen. Die Aufregung im linken Hühnerstall war groß: Was ist nur mit Elon los?
Nur wenige Monate später übernahm Musk Twitter und setzte gleich sein Versprechen um, auf der Plattform wieder eine größere Vielfalt an Meinungen zuzulassen. Ausdruck fand dies in der Entsperrung mehrerer politisch mißliebiger Accounts, darunter auch des Nutzerkontos von Donald Trump, dem im Jahr zuvor wegen des sogenannten Sturms auf das Kapitol der Saft abgedreht worden war.
Zuvor hatte der neue Twitter-Eigner eine Umfrage gestartet, an der über 15 Millionen Nutzer teilnahmen: Für eine Rückkehr des Ex-Präsidenten sprach sich eine knappe Mehrheit von 51,8 Prozent aus. Musk kommentierte das Votum mit den Worten "Das Volk hat gesprochen" und veranlaßte umgehend die Freischaltung des Trump-Accounts.
Fauci: Millionen Menschen getötet
Seitdem ist Musk immer weiter nach rechts gerückt. Im Dezember 2022 setzte der Milliardär einen Tweet ab, in dem er den US-Chefvirologen anzählte und sich zugleich über die Gender-

Kunstsprache, in der mit Pronomen um sich geschmissen wird, lustig machte:
"Meine Pronomen sind: Stellt ihn vor Gericht/Fauci"
Zur Erklärung: Leute aus der LGBTQ-Community ändern auf ihren Profilen in sozialen Netzwerken gerne ihre Pronomen - beispielsweise "Er" in "Sie" -, um damit eine angeblich geänderte Geschlechtsidentität zu dokumentieren. Teilweise werden auch komplett abstruse Pronomen angegeben. Ein Kauderwelsch, das außerhalb der Regenbogen-Fraktion kaum einer versteht.
Im Anschluß lieferte sich Musk ein Twitter-Gewitter mit dem früheren NASA-Astronauten Scott Kelly, der ihn wegen seines Fauci-Tweets kritisiert hatte. Darauf antwortete der Tesla- und SpaceX-Gründer:
"Ich widerspreche deutlich. Anderen ihre Pronomen aufzuzwingen, wenn sie nicht danach gefragt haben, und diejenigen, die dies nicht tun, implizit zu ächten, ist weder gut noch freundlich. Was Fauci betrifft, so hat er den Kongress belogen und die Gain-of-Function-Forschung finanziert, die Millionen von Menschen getötet hat. Das ist nicht toll."
Musks Gender- und Fauci-Disput rief damals sogar das Weiße Haus auf den Plan. Bidens Sprecherin Karine Jean-Pierre (die erste Schwarze und die erste Lesbe in diesem Amt, wie der US-Präsident betonte) giftete: "Diese Aussagen sind widerlich und haben mit der Realität nichts zu tun. Wir werden nicht aufhören, das öffentlich klarzustellen."
Daß man in Washington einen Rochus auf den Tech-Unternehmer hat, ist kein Wunder. Schließlich hatte Musk die sogenannten "Twitter-Files" (auch "Biden-Files" genannt) aufgedeckt. Dabei handelt es sich um interne Dokumente des Social Media-Konzerns, anhand derer nachvollzogen werden kann, wie Twitter im Wahljahr 2020 Enthüllungsartikel über skandalöse Inhalte auf der Festplatte des Laptops von Präsidentensohn Hunter Biden, die in der New York Post erschienen waren, eiskalt zensierte.

Für freien Waffenbesitz

Doch wie kam Musks Sinneswandel zustande? Warum empfiehlt er nun die Lektüre von Ernst Jünger (den in den USA sonst kaum einer kennen dürfte)? Warum hat er einen Wehrmachtssoldaten mit Brieftaube getwittert? Wie wurde aus dem einstigen Wähler der Demokraten ein überzeugter Anhänger der Republikaner, genauer gesagt: des rechten Flügels um Trump und DeSantis? Dies erklärt Walter Isaacson in seiner Biographie "Elon Musk. Die Biographie" - und führt dabei auch familiäre Gründe an.
Da wäre zum einen Elons Vater Errol: Nach eigenem Bekunden hat der Junior den Kontakt zu seinem Erzeuger zwar abgebrochen, weil dieser jähzornig gewesen sei und ihn früher oft schikaniert habe. Dennoch beginne Elon, die politische Haltung seines Vaters zu "imitieren", wie Isaacson in seinem Buch schreibt. Als Kronzeugin führt der Autor sogar Elons Mutter Maye an. Diese befürchte, so Isaacson, daß ihr Sohn "wie sein Vater werden könnte".
Doch wie ist der Südafrikaner Errol Musk drauf? Isaacson nennt unter anderem dieses Beispiel: 2022 schickte der Vater seinem Sohn Elon eine E-Mail, in der er die Corona-Pandemie als "Lüge" bezeichnete und Joe Biden einen "durchgeknallten, kriminellen, pädophilen Präsidenten" nannte, der die USA zerstören wolle, "auch dich".
Laut Isaacson habe die rechte Gesinnung des Vaters auf den Sohn abgefärbt, was zum Beispiel folgende Aussagen erklären könnte:
- Anfang 2020 bezeichnete Elon Musk Covid-19 als eine "spezifische Form der Erkältung" und meinte, daß "die Coronavirus-Panik dumm" sei. "Die Panikgefahr übersteigt meiner Meinung nach die Gefahr von Corona", so der Tech-Unternehmer.
- Nach der Schießerei an der Robb-Grundschule in Uvalde, Texas, mahnte Musk zwar eine "strenge Hintergrundüberprüfungen" bei allen Waffenkäufen an, bekundete jedoch gleichzeitig, daß er "fest davon überzeugt" sei, "daß das Recht, Waffen zu tragen, ein wichtiger Schutz gegen eine mögliche Tyrannei der Regierung ist".

- Im Mai 2023 verglich Musk George Soros auf Twitter mit dem jüdischen Marvel-Superschurken Magneto. Als sich ein Nutzer darüber echauffierte und behauptete, daß Soros gute Absichten habe, antwortete Musk: "Sie gehen davon aus, daß es gute Absichten sind. Das sind sie nicht. Er möchte das Gefüge der Zivilisation untergraben. Soros haßt die Menschheit." Die Anti-Defamation League kritisierte Musks Tweets als antisemitisch.
- Nachdem Anfang August 2023 mehrere Kliniken in den USA von einem Cyberangriff attakkiert wurden und Notaufnahmen geschlossen werden mußten, stimmte Musk einem Twitter-User zu, der erklärte, die Täter sollten "auf jeden Fall" die Todesstrafe erhalten.

Angriff auf die Neomarxisten

Zum anderen wäre da aber auch noch Elons ältestes Kind: Geboren wurde es als Xavier, definiert sich nun jedoch als Transgender und nennt sich Vivian Jenna Wilson. Mit dem Vater will die 19-jährige "Transfrau" nichts mehr zu tun haben, nahm bei der Namensänderung sogar den Geburtsnamen der Mutter an.

Elon hat das schwer getroffen. Im vergangenen Jahr machte er dafür gegenüber der Financial Times "Neomarxisten" im amerikanischen Bildungswesen verantwortlich. Seine Tochter sei Opfer des "totalen Kommunismus" geworden, der in den Schulen gelehrt werde. "Sie ging über den Sozialismus hinaus und wurde zu einer echten Kommunistin, die jeden, der reich ist, für böse hält", zitiert Isaacson den Vater in "Elon Musk. Die Biographie". Er habe "viele Annäherungsversuche" unternommen, sie aber sei vom Woke-Virus" befallen.

Isaacson hat für sein Buch zahlreiche Gespräche mit Elon Musk geführt und offenbart Seiten des Tech-Unternehmers, die bislang - zumindest in dieser Form - der Öffentlichkeit kaum bekannt waren. Dazu zählt nicht zuletzt, daß Elon Musk inzwischen sehr weit nach rechts gerückt ist und, wie es der Autor ausdrückt, eine "wachsende Neigung" zeige, "verrückte Fake-News-Seiten zu lesen, die Verschwörungstheorien verbreiten". Isaacson runzelt deswegen die Stirn, manch Kritiker des Tesla-Gründers dürfte nach der Lektüre von "Elon Musk. Die Biographie" allerdings ein wesentlich positiveres Bild von ihm haben.<<

13.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.471/…): >>**"Abschiebungen im großen Stil": 2024 gab es nur drei Rückführungen nach Italien - mehr als 10.000 hätten es sein müssen!**

Deutschland nimmt von allen EU-Ländern mit Abstand die meisten Migranten auf. Fast alle bleiben, obwohl es nach den sogenannten Dublin-Regeln rechtlich möglich wäre, sie in die jeweiligen EU-Einreiseländer zurückzuschicken. Wollte Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) nicht "im großen Stil" abschieben?

Das Dublin-Abkommen legt eindeutig fest: Das EU-Land, in welches ein Migrant zuerst eingereist ist, ist für ihn zuständig. Zieht er von dort in ein anderes EU-Land weiter, darf dieses ihn ins Einreiseland abschieben.

Neue Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) belegen jetzt, daß dieses Regelwerk ständig zum Nachteil Deutschlands mißachtet wird bzw. daß Deutschland selbst die Möglichkeiten kaum ausschöpft.

Abschiebequote nach Italien: 0,02 Prozent!

So stellte Deutschland im Jahr 2024 exakt 12.841 Übernahmeersuchen an Italien, um dort zuerst registrierte Migranten abzuschieben. Italien akzeptierte in 10.402 Fällen die deutschen Ersuchen. Tatsächlich wurden aber nur drei Migranten nach Italien abgeschoben, schreibt die "Bild-Zeitung" unter Berufung auf das BAMF. Italien nahm also nur 0,028 Prozent der Migranten zurück, für die es nach eigenen Angaben zuständig war!

Abschiebe-Versagen auch nach Griechenland

Auch in Bezug auf andere Ersteinreiseländer herrscht Abschiebe-Versagen auf breiter Front: Nach Griechenland gab es nur 22 Rückführungen, nach Bulgarien gerade einmal 290. Kroati-

en nahm 533 Migranten zurück, obwohl es fast 13.000 Rücknahmen aus Deutschland zugestimmt hatte!
Umgekehrt hält sich Deutschland penibel an das Dublin-Abkommen: 45 Prozent der Migranten, für die Deutschland als Ersteinreiseland (Flugzeug) zuständig war, konnten im Jahr 2024 aus einem anderen Land in die Bundesrepublik abgeschoben werden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Die CDU hat schon lange keine Seele mehr, Herr Merz!**
Die Schere schließt sich: In den Umfragen verlieren die Unionsparteien und ihr Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) an Zustimmung, die AfD springt in nur einer Woche auf 22 Prozent - der beste Wert seit einem Jahr! Politische Beobachter halten sogar für möglich, daß es bei der Bundestagswahl in knapp sechs Wochen noch zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Union und AfD kommen könnte.
Bei der CDU-Vorstandsklausur in Hamburg räumte Generalsekretär Carsten Linnemann nach DK-Informationen ein, daß ein nach den Umfragen mögliches "schwarz-grünes" Bündnis auf breite Ablehnung an der Basis stößt, eine Zusammenarbeit mit der AfD hingegen auf wachsende Zustimmung.
Trotzdem hält CDU-Chef Merz an seinem "Brandmauer-Wahn" fest. Begründung: Die CDU würde in einer Koalition mit der AfD "ihre Seele verlieren". DK-Gastautor Einar Koch ist da ganz anderer Meinung - und zwar aus mehreren Gründen.
Friedrich Merz, die Krämerseele
VON *EINAR KOCH**
Wäre der Bundestagswahlkampf ein Schützenfest, dann hätte Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz gleich zu Beginn den Vogel abgeschossen - mit seiner an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbietenden Aussage, die CDU würde "ihre Seele verkaufen", wenn sie sich auf ein Regierungsbündnis mit der AfD einlassen würde.
Man kann ja von der "Süddeutschen Zeitung" halten, was man will. Aber in ihrem "Streiflicht", einer zuweilen noch immer unterhaltsamen Kolumne, stellt das im Volksmund auch "Alpen-Prawda" genannte linksgrüne Blatt eine sehr berechtigte Frage: "Hat die CDU eine Seele? Und sollte dies der Fall sein: Steht sie zum Verkauf?"
Um die Antwort vorwegzunehmen: Nein, die "Seele der CDU" steht nicht zum Verkauf. Kann sie auch gar nicht. Weil die CDU schon lange keine Seele mehr hat! Die Seelenverkäufer heißen Angela Merkel, Daniel Günther, Hendrik Wüst und Friedrich Merz.
Sollte die Merz-CDU aber doch noch eine "Seele" haben, dann ist es eine schäbige Krämerseele - bereit, für die Macht jeden noch so billigen Preis zu zahlen. Wofür Thüringen das jüngste und abstoßendste Beispiel liefert. Dort hat die CDU ihre Wähler nicht nur für dumm verkauft, sondern verraten!
In seinem Streben nach der Kanzlerschaft ist Friedrich Merz, der in Sachen Opportunismus längst CSU-Chef Markus Söder das Wasser reichen kann, gefangen in einer Partei, die ihr einst konservatives Weltbild in 16 Merkel-Jahren auf dem Altar des Zeitgeistes geopfert hat, die heute mit ihrer Führungsclique aus tiefer Überzeugung linksgrün tickt.
CDU-Ministerpräsidenten in Kiel und Düsseldorf geben sich her für Koalitionen mit den ökofaschistoiden "Grünen" genauso wie in Erfurt für direkte Bündnisse mit der Stalinistin Sahra Wagenknecht bzw. deren Statthalterin und indirekt mit den SED-Nachfolgern der Linkspartei.
In der jüngsten Sonntagsfrage (INSA) erreicht die AfD aktuell 22 Prozent.
Es ist der beste Wert seit einem Jahr, als die Hetz- und Lügenkampagne rund um das sogenannte "Potsdamer Geheimtreffen" begann. In den jüngsten Umfragen ist der historische Livetalk zwischen Alice Weidel und Elon Musk, dem laut ZDF 4,6 Millionen Nutzer folgten, noch gar nicht berücksichtigt.
Fakt ist: Schon jetzt kämen CDU/CSU und AfD im Deutschen Bundestag auf eine satte bür-

gerlich-konservative Mehrheit von 52 Prozent, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Eine schwarzblaue Deutschland-Koalition würde einem breiten Wählerwillen entsprechen.
Was in der Mitte des Volkes längst offen diskutiert wird, darf für die Union nicht länger eine verbotene Zone sein. Denn die "Brandmauer" von Friedrich Merz ist längst zu einer Gefängnismauer geworden. Sie sperrt die Vernunft ein und grenzt jeden bald schon vierten, im Osten sogar dritten Wähler aus.
Dabei könnten die Unionsparteien im Bündnis mit der AfD etwas unschätzbar Wertvolles zurückgewinnen.
Etwas, das sie seit mindestens 20 Jahren verloren haben: ihre konservative Seele! Diese verkörperten einst Namen wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Karl Carstens, Edmund Stoiber und selbst sogar Helmut Kohl noch.
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.475/…): >>**Das herrschende "Faustrecht" des Stärkeren und seine absolute Rechtsverachtung**
Herbert Ludwig
Im 2. Teil des Vortrages von Prof. Mausfeld behandelt er die gegenwärtige Haltung insbesondere der Weltmacht USA und ihrer Verbündeten und Vasallen gegenüber dem offiziell geltenden Völkerrecht, ihre absolute Rechtsverachtung, die sich zu einem regelrechten Nihilismus, der Verneinung jeglichen Völkerrechts steigert.
Er legt einen erschreckenden permanenten Rückfall in das "Faustrecht" des primitiven Egomanen offen und die psychische Verdrängung eines gespaltenen Bewußtseins der Öffentlichkeit. Die Zivilisierung durch das moralische Recht könne nur von uns selbst durch den politischen Kampf an der Basis errungen werden. Wir bringen nachfolgend das Transkript des zweiten Teiles mit eingefügten Zwischenüberschriften. (hl)
Rainer Mausfeld
Rechtsverachtung und Rechtsnihilismus des Stärkeren
Der erste Teil war sozusagen der etwas schwierigere Stoff, weil er systematisch eigentlich war. Er sollte dahin führen, daß wir versucht haben, in der Friedenssicherung ein normatives Gerüst zu entwickeln über das Recht. Und - das ist der ganz wichtige Punkt - dieses normative Gerüst muß realistisch sein, es muß dem Menschen, wie er ist, Rechnung tragen, und es muß dem Verhalten von Staaten, wie sie sind, Rechnung tragen.
Kant hatte enorm viel auch zu seiner Zeit Beobachtungen selbst gemacht und hatte versucht, einen sehr realistischen Ansatz zu wählen, sonst hätte der auch nicht den Weg in die UN-Charta gefunden.
Im zweiten Teil möchte ich jetzt die Realität, die gegenwärtige, kurz behandeln. Er hat einen ganz anderen Charakter. Ich möchte Ihnen mehr exemplarisch ein paar Schlagzeilen aus der Tagespresse oder aus anderen Berichten vorführen, um ihnen zu zeigen:
Wie geht man denn heute eigentlich mit dem Völkerrecht und mit der UN-Charta um?
Die Beispiele, die ich bringe, will ich nicht inhaltlich diskutieren. Da komme ich später drauf. Mir geht es hier um etwas ganz anderes, nämlich: Wie gehen wir mit diesen Verletzungen, mit diesen gewaltigen Verletzungen, die im Grunde dem Recht überhaupt die Basis entziehen, wie gehen wir mit diesen Verletzungen um? Deswegen werde ich die Beispiele nur ganz kurz ansprechen, und es geht mir dann im Wesentlichen um diesen psychologischen Punkt. Also gehen wir kurz durch einige Beispiele, die auch in der Tagespresse vorkommen, durch.
- 18. September 24: Die UN Generalversammlung fordert von Israel die Beendigung der

rechtswidrigen Präsenz im besetzten palästinensischen Gebiet.
Das macht sie schon seit - man kann fast sagen - seit Jahrzehnten. Die wurde mit überwältigender Mehrheit der Generalversammlung verabschiedet, unverzüglich die Besetzung, die Präsenz im palästinensischen Gebiet zu beenden, alle Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungs-Aktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus besetztem Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer abzubauen, die im besetzten Jordanland errichtet wurde.
Auch dazu gibt es schon vor einigen Jahren eine entsprechende Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs. Was ist die Reaktion auf eine solche Resolution und Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs durch die betroffenen Staaten?
Die Reaktion ist immer dieselbe, und kürzlich hat sie noch einmal der Sprecher des Repräsentantenhauses ganz offen zum Ausdruck gebracht:
Wir stellen kein internationales Gremium über die amerikanische Souveränität. Und Israel tut das auch nicht.
Das ist eine Verhöhnung des Völkerrechts insgesamt. Denn Völkerrecht bedeutet gerade eine freiwillige Souveränitäts-Beschränkung durch internationale Gremien zum Zwecke einer Sicherung des Friedens. Die Tageszeitungen sind voll mit weiteren.
- Guterres warnt vor Kriegsverbrechen an UN-Truppen, weil israelisches Militär wiederholt auf UNO-Truppen schießt.
Das wird weitgehend - unsere Zeitungen sind ja der Objektivität verpflichtet - wird weitgehend nüchtern und kommentarlos berichtet. Der SPIEGEL (wird eingeblendet, min. 4:29) wagt sich sogar ein bißchen vor und sagt: Dieses Schießen auf UNO-Soldaten ist "kein Versehen, Israel bekämpft die internationale Rechtsordnung". Das ist faktisch genau das, was der Fall ist. Und die Süddeutsche berichtet: "Israel vertreibt die UN".
- Human Rights Watch hatte kürzlich einen Bericht: "Israel foltert medizinisches Personal".
Die UN-Kommission stellte am 10. Oktober - wir sind ganz aktuell - fest: "Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Angriffe auf Gesundheitseinrichtung in Form ethnischer Ausrottung mit unerbittlichen und vorsätzlichen Angriffen auf medizinisches Personal und Einrichtungen".
- Auch das war in der Tagespresse: "Die UN-Kommission erhebt schwere Vorwürfe gegen Israel wegen Folter, sexueller Gewalt und den gezielten Beschuß von Krankenwagen".
- Kürzlich erschien ein Bericht der Sonderberichterstatterin mit dem Titel: "Völkermord als koloniale Auslöschung". Dieser Bericht stellt in schockierendem Detail die Art von Menschenrechts-Verbrechung fest, die in diesem Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser begangen werden.
Alles ist öffentlich, alles ist nachlesbar. Klage also keiner dann, wenn es wieder passiert ist, man habe es nicht gewußt, und man habe es nicht wissen können. Und kürzlich hat die höchste Stelle, der UN-Kommissar für Menschenrechte, aufgerufen: "Staaten müssen den Genozid verhindern."
Diese Berichte gibt es - wenn Sie dafür ein Auge haben - jeden, jeden Tag und werden immer dramatischer, die Aufrufe der UNO werden immer dramatischer. Manches findet auch seinen Weg in die Tagespresse. Was machen wir eigentlich damit?

Spaltung unseres Bewußtseins

Jetzt möchte ich zu dem psychologischen Punkt kommen, der mir wichtig erscheint. Unser Umgang mit derartigen Fakten spiegelt eine Spaltung unseres Bewußtseins wider, die sich in einer eigenartigen Gleichzeitigkeit des Wissens und des Unwissens zeigt.
Wir wissen alles, und sogleich wissen wir es nicht. Wir haben gleichsam eine Mauer im Kopf, die uns vor einem Wissen schützt, das unser Selbstverständnis und unseren Glauben erschüttern könnte, daß wir moralisch auf der richtigen Seite stehen.
Und auch die monströsesten Verbrechen von Staaten, denen wir uns zugehörig fühlen, können

offensichtlich unseren Glauben, daß wir auf der richtigen Seite stehen, nicht erschüttern. Das ist ein ganz tiefes, im Übrigen in der Psychologie auch gut untersuchtes fundamentales Phänomen, daß wir alles einfach abtrennen und gleichzeitig wissen und nicht wissen.
Und wir können beides, durch diese Mauer im Kopf können wir das sorgfältig trennen und uns schützen vor einem Wissen, das von uns Handlung erfordern würde.
Was passiert nun bei den Berichten, mit denen die UNO täglich und immer dramatischer die gegenwärtige Situation berichtet. Was sind die Konsequenzen?
- UN-Sanktionen durch den Sicherheitsrat?
- Humanitäre Intervention?
- Entzug der Militärhilfe?
Das ist in der Tat etwas, wozu die UNO ausdrücklich aufruft: "Alle Waffenexporte nach Israel müssen sofort gestoppt werden!"
Und es gibt sogar europäische Länder, die die Situation für so dramatisch halten - und der UN- Außenbeauftragte Borell hat ja dazu aufgerufen - es hat ja einen Aufschrei gegeben - dazu aufgerufen, alle Verbindung zu Israel im Moment zu kappen. Also es gibt den Aufruf, sofort alle Waffenexporte nach Israel einzustellen.
Deutschland genehmigte im Jahr 2023 Waffenexporte im Werte von über 300 Millionen Euro an Israel, 10 Mal mehr als im Vorjahr. Und die Tagesschau berichtete jüngst, daß Deutschland seine Rüstungsexporte noch einmal ausweitet. Was bedeutet das?
Die UNO ist bei allen Belangen, die die USA und ihre Verbündeten betreffen, institutionell korrumpiert und faktisch funktionsunfähig.
Das ist unzweifelhaft. Und einer der einflußreichen Neokons stellte dann in den USA auch begeistert und erleichtert fest (wird eingeblendet, min. 10:10):
"Die UNO ist tot, Gott sei Dank" (Richard Perle).
Im Jahre 2003. Das ist ein führender Kopf der Neokonservativen.

Die "US-Neokonservativen"

Nur kurz als Nebenbemerkung: Die Neokonservativen sind weder "Neo" noch "konservativ".
Die Neokonservativen sind Befürworter eines Faustrechts des Marktes. Das nennt man Neoliberalismus. Und die Neokonservativen sind Befürworter eines alleinigen Faustrechts außenpolitisch, Befürworter eines alleinigen Faustrechts der USA.
Sie sind Befürworter der aggressivsten Form des Neo-Imperialismus. Die Neokonservativen sind geradezu kriegssüchtig. Und die Neokonservativen haben seit den 70er Jahren praktisch den gesamten politischen Apparat (in der Hand), haben sich immer tiefer in die politischen Strukturen der USA (eingearbeitet). Sie sind immens einflußreich. Und unabhängig davon, wer der Präsident ist, bestimmen sie de facto die Außenpolitik. Die Neokonservativen bestimmen die Außenpolitik der Biden-Regierung.
Und wenn sie sich die Besetzung unter Trump ansehen, bestimmen wieder die Neokonservativen, also die schärfsten Kriegsfalken, die man sich denken kann, bestimmen wieder auch da die Außenpolitik. -
Perl bietet auch gleich eine Antwort an: "Dieses jämmerliche Versagen führt zu Anarchie.
Die Welt braucht aber Ordnung." - Wir werden gleich sehen, was damit gemeint ist.
Hier bietet sich der Täter als Retter an, hier bietet sich sozusagen der Fuchs an, Ordnung im Gänsestall zu schaffen.
Das führt zum Hegemonialanspruch des Stärkeren, (zum Weg zu einer Weltgewaltordnung).
Was ist eigentlich die Ursache des Völkerrechts-Nihilismus der USA? Die Ursache des Völkerrechts-Nihilismus der USA liegt in diesem Hegemonialanspruch.
Und einer der auch heute immer noch einflußreichsten Neokons - damit kommen wir zum vierten Kopf unserer Portrait-Galerie vom Anfang - ist Robert Kagen - vielleicht kennen Sie, weil sie öffentlich mehr im Mittelpunkt steht, seine Ehefrau Victoria Newland - der ein im-

mens einflußreiches Buch geschrieben hat "Of Paradise and Power", auch auf Deutsch erschienen, immens einflußreich, weil es eine Deutung der Weltlage liefert, indem Kagen den Mars - Mars und Venus, das ist schön gendergerecht - Mars und Venus gegenüberstellt. Mars steht für Machtwillen und Machtrealismus, und Venus steht für naive Friedensträumerei. Das ist der Gegensatz, den Kagen darin aufbaut.
Dabei geht es Kagen nicht einmal mehr um Macht, es geht Kagen um ein Plädoyer für rohe Gewalt.
Er schreibt in seinem Buch: "Die Amerikaner sind vom Mars und die Europäer von der Venus. Die Europäer sind aus der Hobbesschen Welt der Anarchie in die Kant'sche Welt des ewigen Friedens eingetreten".
Das ist nicht einmal falsch, das ist Unsinn. Denn für Hobbes - ganz kurz nur zur Erläuterung, es würde wieder alles zu weit führen - für Hobbes war die Situation, die er schildert, nämlich die Situation der vollständigen Gesetzlosigkeit, war ein rein fiktives Gedankenexperiment, die hat es nie gegeben. Es hat nirgendwo auf der Welt, weder historisch, eine Situation der vollständigen Gesetzlosigkeit gegeben, weil Menschen und alle menschlichen Gesellschaften immer dazu geneigt haben, sich irgendwelche normativen Regeln für den Umgang miteinander zu geben. Das war für Hobbes ein fiktives Gedankenexperiment. Mathematiker lieben Grenzwertbetrachtungen, durch die er zeigen wollte, was die Rolle von Gesetzen ist. Also Kagen stellt Hobbes vollständig auf den Kopf.
Kagen stellt auch Kant auf den Kopf, indem er ihn als einen naiven Friedensträumer deformiert.
Er läßt dann relativ schnell die Katze aus dem Sack, worum es wirklich geht:
"Das Problem ist, daß die Vereinigten Staaten manchmal nach den Regeln einer Hobbesschen Welt spielen müssen, auch wenn sie dabei gegen die postmodernen Normen Europas verstoßen."
- Ich weiß nicht, was Europa für postmoderne Normen hat, aber es klingt erstmal gut. -
"Die Vereinigten Staaten müssen sich weigern, sich an bestimmte internationale Konventionen zu halten, die ihre Fähigkeit, wirksam zu kämpfen, einschränken könnten."
- Auch das ist ein Argument, das man in Ruhe betrachten sollte, weil jeder Mafia-Boß würde sagen, daß die Gesetze doch irgendwie sein wirtschaftliches Handeln sehr stark einschränken und deswegen abzulehnen sind. -
"Die Aufgabe sowohl der Europäer als auch der Amerikaner besteht darin, sich auf die neue Realität der amerikanischen Hegemonie einzustellen."
Und für alle, die die es immer noch nicht verstanden haben, worum es geht, hat ein anderer, einer der einflußreichsten Berater, einer der einflußreichsten Architekten, muß man sagen, der amerikanischen Außenpolitik, hat ein anderer, nämlich Karl Rove, das noch mal ganz einfache Wort, so daß es jeder, bitteschön, endlich auch versteht, auf Punkt gebracht. Rove sagt:
"Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität. Und während ihr diese Realität studiert, werden wir wieder handeln und andere neue Realitäten schaffen, die ihr ebenfalls studieren könnt, und so werden sich die Dinge regeln. Wir sind die Akteure der Geschichte, und ihr, ihr alle, werdet nur noch studieren, was wir tun."
Einer solchen Allmachts-Phantasie würde man normalerweise nur klinische Bedeutung beimessen. Das ist hier aber einer der einflußreichsten Architekten der US-Außenpolitik, das ist hier durchaus wörtlich gemeint, mit allen Folgen für die Welt.
Schauen wir uns an, wie das in offiziellen Dokumenten formuliert wird. Dasselbe Prinzip: Bereits direkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs gibt’s ein berühmtes Dokument (Truman-Doktrin) NSC 68, in dem ganz klar und sehr aggressiv formuliert wird, daß die USA die Verantwortung für eine Welt-Führerschaft haben. Das war das Gründungs-Dokument überhaupt und wurde zu diesem Zweck auch, wenn man so will, geschaffen, das war das Gründungs-

Dokument des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg entstand nicht irgendwie in der Realität, der wurde konstruiert und zwar mit diesem Gründungs-Dokument.
Seit 1991 streben die USA ausdrücklich eine hegemoniale Weltgewaltordnung an.
Sie können das in jeder der offiziellen Regierungs-Doktrin nachlesen. Besonders berüchtigt ist die sogenannte Wolfowitz-Doktrin - auch einer der führende Neokons. Die USA beanspruchen globale Hegemonie und das alleinige Recht, jederzeit und an jedem Ort der Welt militärische Interventionen durchführen zu können.
Das ist die Formulierung des Faustrechts des Starken.
Das gab's bei jeder Präsidentschaft. Die Wolfowitz-Doktrin war eigentlich die Blaupause für jede nationale Sicherheitsstrategie bis heute. Auch das ist alles nachlesbar, auch das ist alles öffentlich und auch das wurde alles - für die, die es immer noch nicht verstanden haben, in einfachen Worten immer wieder gesagt.
So auch von Obama:
"Amerika soll die Regeln schreiben.
Amerika soll das Sagen haben.
Andere Länder sollen sich an die Regeln halten, die Amerika und unsere Partner aufstellen, und nicht anders herum."
Denken Sie wieder an die Hobbessche Unterscheidung von Regeln und Gesetz. Das ist die inverse Formulierung der Reziprozitäts-Forderung von Hobbes.
Jede dieser Regierungs-Doktrin ist eine explizite Verhöhnung der UN-Charta, die die UN-Charta auf den Müllhaufen der Geschichte entsorgen möchte.
Aber wie immer, finden sich intellektuelle Befürworter. Unmittelbar nach dem unprovozierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und ihrer Koalition der Willigen auf den Irak im Jahre 2003 meldeten sich entsprechende Stimmen zu Wort.
Ich gebe Ihnen hier einen renommierten deutschen Soziologen (Karl Otto Hondrich), der gesagt hat:
Na klar, wir sind auf dem Weg zu einer Weltgewaltordnung, denn die Welt ist - von Natur Gottes - die Welt ist US-hegemonial verfaßt, weil es eine Ordnung ohne Gewalt nicht gibt. Wer von ihrer Hegemonie nichts wissen will, der kann die Hoffnung auf Weltfrieden begraben.
Und seither haben sich im Völkerrecht, in der Soziologie, in den politischen Wissenschaften zunehmend Stimmen zu Wort gemeldet, die genau das für die einzige Möglichkeit des Friedens halten, nämlich härteste Gewalt.
Das zeigt noch einmal eine andere wichtige - auch nur am Rande - eine andere wichtige Beobachtung, nämlich das Verhältnis der Intellektuellen zur Macht.
Intellektuelle neigen dazu, sich wie Eisenspäne in den Kraftfeldern der Macht auszurichten.
Das können wir jeden Tag immer wieder neu beobachten.

Die regelbasierte Weltordnung

Auch die wurde schon früh von zwei - das ist schon fast redundant (überflüssig, hl) (zu sagen) - Neokonservativen, zwei ganz führenden (beschrieben):
"Die amerikanische Hegemonie ist der einzig verläßliche Schutz gegen einen Verlust des Friedens und den Zusammenbruch der internationalen Ordnung."
Aus US-Sicht hat nämlich die UN-Charta zwei ganz schwere Mängel. Der eine Mangel der UN-Charta ist: Die UN-Charta verbietet die Androhung und Anwendung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten. Jede Gewalt eines Staates gegen einen anderen ist völkerrechtswidrig. Das kann man so nicht akzeptieren.
Die regelbasierte Ordnung überwindet diesen Mangel, sie erlaubt die freie Androhung und Anwendung von Gewalt ausschließlich durch die USA und ihre Verbündeten.
Der zweite Mangel der UN-Charta ist, daß internationale Institutionen wie UN-Sicherheitsrat

und Weltgerichtshof die Gesetze und die Regeln festlegen. Die regelbasierte Weltordnung überwindet auch diesen Mangel. Die USA allein legen die Regeln fest, an die sich der Rest der Welt zu halten hat.
Das ist genau das, was Obama in einfachen Worten formuliert hat.
Jetzt schauen wir uns ein paar Fakten der regelbasierten Weltordnung an, kennen sie alles, wir wissen es und wir wissen es nicht, alles ist bekannt und nachlesbar.
Es gab kürzlich einen Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des amerikanischen Kongresses, der untersucht hat militärische Interventionen der USA in diesem Zeitraum 1798 - 2022. Dann könnte man sagen: 1798 das ist "water under the bridge" (Schnee von gestern, hl), das ist längst vergangen. Es ist aber so, daß 60% der fast 500 Militärinterventionen zwischen 1950 und 2017 durchgeführt wurden und über ein Drittel dieser Missionen nach 1999. Da war die UNO-Charta schon in Kraft.
Und Jimmy Charter hat vor ein paar Jahren gesagt:
Die USA - wörtlich - "sind die kriegerischste Nation der Weltgeschichte. Sie waren nur in 16 Jahren ihrer gesamten Geschichte nicht im Krieg", so Jimmy Charter.
Hier die Einmischung in innere Angelegenheiten:
US-Interventionen in ausländische Wahlen umspannen praktisch den gesamten Globus. Und es gibt zig Organisationen, die dazu dienen, Systemwechsel, sogenannte Farbrevolutionen in Ländern zu erzeugen, die sich weigern, sich dem hegemonialen Willen der USA unterzuordnen. So hat das National endowment for democracy in seinem eigenen Bericht, der erschienen ist, gesagt, daß sie im Jahre 2022 in 101 Ländern mit über 300 Millionen Euro Systemwechsel versucht haben durchzuführen. - Es ist alles nachlesbar, wir wissen es, und irgendwie bleibt es ein isoliertes Wissen. -
Für die USA, für die US-Politik ist die Idee einer Souveränität - auch das wird explizit auch in den nationalen Sicherheits-Doktrinen (gesagt) - ist die Idee einer Souveränität anderer Länder schlicht irrelevant. Alle Kriege und Interventionen der USA richteten sich gerade gegen den Anspruch anderer Länder auf Souveränität.
Ein anderes Beispiel:
Das sind übrigens alles Sachen, die ich auch hier geschildert habe, das steht alles bei Wikipedia. Das ist der Wahrheit verpflichtet. Das können Sie nachlesen. Bei Wikipedia steht auch die regelbasierte US-Bombardierung von Ländern seit 1945 (Einblendung min. 28:07). Da haben sie die Wikipedia Adresse. All diese Länder sind regelbasiert bombardiert worden.
Auch hier sehen sie wieder unser psychologisches Phänomen:
Wir wissen es, wir wissen es genau. Sie haben auch zig davon mitbekommen, wir wissen es, und trotzdem wissen wir es nicht, oder es ist uns wurscht.
Harold Pinter hat in seiner Nobelpreisrede 2005 diese Dinge sehr schmerzhaft in Erinnerung gerufen. Er listet sie auf und sagt dann:
"Es ist nie passiert, nichts ist jemals passiert, sogar als es passierte, passierte es nicht. Es spielte keine Rolle, es interessiert niemand." Und er stellt die bedrückende Frage: "Was ist aus unserem sittlichen Empfinden geworden? Hatten wir je eines?"
Ja eben nur hinter der Mauer im Kopf.
Die große Völkerrechts-Theoretikerin Ingeborg Maus beschreibt die gegenwärtige Situation so:
"Der aktuell herrschende Unilateralismus" (Handeln nur im eigenen Interesse, hl) - Unilateralismus ist nur ein technischer Ausdruck für regelbasierte Weltordnung - "hat die Welt in die internationale Steinzeit zurück gebombt und ´westliche` Verfassungsprinzipien für lange Zeit diskreditiert."
Die Befürworter einer regelbasierten Weltordnung wollen sie natürlich nicht als das darstellen, was sie ist, nämlich die Herrschaft roher Gewalt, sondern sie wollen sie moralistisch ver-

brämen. Denn wir machen das ja nur, um das Gute in der Welt zu verbreiten und das Böse auszumerzen. Um diese Arten von gravierendsten Verletzungen von Menschenrecht, von Völkerrecht, zu verbrämen, erfolgreich zu verbrämen, muß man in den Köpfen eine Reihe von notwendigen Unterscheidungen verankern. Das ist die Aufgabe der Medien und aller Sozialisations-Instanzen, diese Unterscheidung hinreichend stabil in unseren Köpfen zu verankern, sehr erfolgreich, wie wir sehen.

Willkürliche Unterscheidungen

Zu diesen Unterscheidungen gehört: Wir müssen differenziert sein.

Wir müssen konstruktive Blutbäder von schändlichen Blutbädern unterscheiden, wir müssen die notwendige Vernichtung von Terroristen, die sich als Zivilisten tarnen, von verdammungswürdigen Massakern an Zivilisten unterscheiden, wir müssen überhaupt unterscheiden zwischen einem wohlwollenden Terrorismus und einem verdammungswürdigen Terrorismus.

Der wohlwollende Terrorismus hat ein positives, moralisch wertvolles Ziel. Er dient zur Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten. Der moralisch gerechtfertigte Terrorismus sind beispielsweise Drohnen-Morde, wie sie in extremer Weise durch Obama ausgeweitet und betrieben wurden, die Bombardierung der Zivilbevölkerung, die Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur.

Die offizielle Militärdoktrin der USA heißt "Shock and Awe" (Schrecken und Furcht, hl).

Die wurde in Jugoslawien betrieben, die wurde im Irak betrieben, erstmal die Infrastruktur zu zerstören, Krankenhäuser, Schulen und so weiter.

Und in Israel heißt sie "Dahya-Doktrin". Das ist das, was in Gaza und im Libanon gemacht wird - ganz explizite Militärdoktrin. Das sehen sie am Beispiel des Gesundheitssystems, das hatte ich kurz angesprochen, daß das israelische Militär systematisch erstmal die Dialyse-Station im Gazastreifen zerstört.

Das ist die "Shock and Awe"(-Doktrin), das ist der wohlwollende Terrorismus, und wir müssen lernen, betrauerbare Opfer, nämlich 'unsere' Opfer, von nicht betrauerbaren Opfern, nämlich ´ihre` Opfer (zu unterscheiden). Es gibt Opfer, über die wir empört sind, und es gibt Opfer, die wir achselzuckend hinnehmen.

Das sind Jahrhunderte alte - das ist ganz tief in unserer Kultur - das sind jahrhundertelange Unterscheidungen, die die kaum noch hinterfragbare Grundlage des westlichen Exzeptionalismus (nationalistische Ideologie der Sonderstellung, hl) und seines moralistisch verbrämten moralischen Nihilismus.

Wir dürfen das unterscheiden, weil wir was Besonderes sind, wir sind einzigartig, und deswegen dürfen wir diese moralische Unterscheidungen machen. Und die durchziehen die gesamte Geschichte, von den Kreuzzügen über den Kolonialismus und seine zivilisatorische Mission. Das war das Hauptthema der moralistischen Verbrämung des Kolonialismus bis zur heutigen regelbasierten Ordnung.

Und Obama bekannte, wie jeder andere amerikanische Präsident, ganz stolz: "Ich glaube an den amerikanischen Exzeptionalismus mit jeder Faser meines Seins."

Zur regelbasierten Ordnung gehört auch die Unterscheidung zwischen folterbaren Opfern und nicht folterbaren Opfern.

Menschen werden folterbar, wenn sie zu Untermenschen erklärt werden.

Auch das hat eine ganz lange Tradition im europäischen Kolonialismus bis heute. Denken Sie etwa - auch das ist bekannt und ist nicht bekannt - die "School of the Americans" war das offizielle Folter-Trainings Ausbildungszentrum für faschistische Diktatoren in Südamerika.

Im Vietnamkrieg, Müy Lay Massaker" sagte der Verantwortliche: "Niemand hat uns gesagt, daß die Vietnamesen Menschen sind".

Im Guantanamo-Folterprotokoll - die Foltertechniken waren weitgehend von Psychologen entwickelt und die Sitzungen wurden von Psychologen begleitet, brav protokolliert.

Und eine dieser Foltertechniken ist eben "he was reminded", er wurde daran erinnert, daß er weniger als ein Mensch ist, damit ist er folterbar.
Und Israel hat im Umgang mit Palästinensern und Arabern wiederholt - bis heute können Sie Listen mit füllen - daß die Ungeziefer, Untermenschen, Unkraut (sind).
Das willkürliche Erschießen, was ja seit Jahren im Gazastreifen von Zeit zu Zeit immer wieder stattfindet, heißt in Israel offiziell, "den Rasen mähen".
Auch das können sie wieder bei Wikipedia nachlesen, das ist bekannt.
Wir haben also eine weitere notwendige Unterscheidung, wir haben einen entschuldbaren Rassismus, und wir haben einen verdammungswürdigen rechten Rassismus. Und es ist bezeichnend, daß dieser faschistische Rassismus in dem von oben verordneten Kampf gegen Rechts überhaupt nicht vorkommt.
Ich habe das Thema der Folter im letzten Kapitel des "Lämmer-Buches" ausgiebig behandelt.
Folter ist die höchste Form des Totalitären. Wir können am Beispiel der Folter und der Folterpraktiken sozusagen unterm diagnostischen Brennglas unsere eigenen Werte studieren. Folter ist die höchste Form des Totalitären, und kein Staat, kein westlicher Staat bekennt sich so offen dazu wie Israel.
Seit Jahren, seit vielen, seit Jahrzehnten weisen israelische und internationale Menschenrechts-Organisation darauf hin. Denn "in Israel wurde 1987 bereits die Folter legalisiert", schreibt Amnesty International, "Palästinenser, Libanesen und andere nicht-israelische Staatsangehörige wurden als ´akzeptable` Folteropfer angesehen, und die Methoden wurden als 'akzeptabel' angesehen."
Die renommierte israelische Menschenrechts-Organisation weist seit Jahrzehnten Jahr für Jahr in ihren Handbüchern, wie viele andere auch, darauf hin, und stellte bereits im Jahr 2000 fest, daß 85 % der palästinensischen Gefangenen gefoltert werden, so auch in diesem Jahr.
Gerade erschien der Bericht "Welcome to Hell" von B'Tselem (Menschenrechtsgruppe). Darin schildern sie auf 100 Seiten im Detail die extremen Grausamkeiten. Vor allen Dingen die Techniken, die tödlichen Techniken sexueller Folter werden im Detail geschildert.
Und auch das ist wieder in der Tagespresse (wird eingeblendet min. 38:43), sowohl im amerikanischen Bereich: "Tödlicher Mißbrauch", "Es ist Guantanamo". Diese Techniken, die Israel anwendet, steigern alles noch mal, was wir in Guantanamo und Abu dhabi an Foltertechniken kennengelernt haben.
Und hier als Beispiel aus dem Freitag: "Israel foltert und tötet Palästinenser im Gefängnislager."
Wir wissen es, wir können es in der Tagespresse lesen. Auch das erscheint wieder kommentarlos - die Presse ist der Neutralität verpflichtet und darf das nicht kommentieren - auch das erscheint in der Tagespresse. Wir wissen es, aber wir haben eine Mauer im Kopf. Wir wissen es, und wir wissen es nicht. Unser Gewissen bleibt rein. Das erleichtert uns später wieder einmal zu sagen: Wir konnten es ja nicht wissen, und, wir haben es nicht gewußt.
Wohin führt eine solche Ordnung der Gewalt?
Die "regelbasierte Weltordnung" ist eine Ordnung der Gewalt.
Goya hat um 1810 die Schrecken des Krieges seiner Zeit in einem graphischen Zyklus, der genau diesen Titel trägt, schonungslos geschildert. Und das erste Bild in diesem Zyklus, das er übrigens erst als letztes nach Vollendung des Zyklus schuf, dieses erste Bild in dem Zyklus trägt den Titel "Traurige Vorahnung von dem, was kommen wird". Und es ist auch heute ein Sinnbild für die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden.
Kehren wir noch einmal zu Kant zurück, der die Ursache beschreibt, warum das ein Angriff auf jede Rechtsordnung insgesamt ist. Kant schreibt:
Wer öffentliche Verträge verletzt, "von welchen man voraussetzen kann, daß sie die Sache aller Völker betrifft, deren Freiheit dadurch bedroht ist", indem er durch Wort oder Tat eine

Haltung bekundet, "nach welcher, wenn sie zur allgemeinen Regel gemacht würde, kein Friedenszustand unter Völkern möglich" wäre, das würde den gesetzlosen "Naturzustand verewigen."
Kant sagt also, eine US-hegemoniale regelbasierte Weltordnung bahnt den Weg in den ewigen Krieg. Das ist ein gewaltiger zivilisatorischer Regreß (Rückfall, hl) in unserer Zeit, dessen wir Zeuge werden, ein gewaltiger zivilisatorischer Regreß. Und der tarnt sich mit der rhetorischen Formel "regelbasiert".
Wir müssen uns klar machen - noch mal, das hatten wir schon bei Hobbes -:
Jede Macht, wie willkürlich sie auch ist, ist regelbasiert, sie basiert nämlich auf den Regeln des jeweils Stärkeren. Regelbasiert ist auch die Organisation der Mafia. Auch der Faschismus stützt sich auf eine regelbasierte Ordnung. Regeln sind noch kein Recht, und nur Recht kann ein Instrument der Zivilisierung von Gewalt und der Friedenssicherung sein.

Die Überwindung des Völkerrechts-Nihilismus

Damit stellt sich die Frage: Hat das egalitäre Völkerrecht, wie es in der UN-Charta kodiert ist, überhaupt heute noch eine Chance? Die Vertreter, Verteidiger der "regelbasierten Weltordnung" diffamieren dieses egalitäre Völkerrecht als naive Friedensträumerei.
Die Frage ist jetzt: Wie läßt sich der gegenwärtige Völkerrechts-Nihilismus überwinden, der überwältigend ist. Der ist überwältigend, es gibt praktisch, wohin wir schauen, nur noch einen Völkerrechts-Nihilismus.
Das Problem liegt nicht in der UN-Charta, das sollte deutlich geworden sein, die ist weiterhin gültig, deren normative Kraft bleibt bestehen. Das müssen wir uns klar machen, auch die massenweise Verletzung einer Norm bedeutet nicht, daß die Norm an Gültigkeit verloren hat. Die UN-Charta bleibt weiterhin normativ gültig.
Das Problem liegt also woanders, es liegt in der Organisationsform der UNO und besonders in der Beschaffenheit des Sicherheitsrates. Wissen Sie, der Sicherheitsrat ist so gebaut, so ist er entstanden, daß die ehemaligen Kolonialmächte alles so festgezurrt haben in der Organisation der UNO, daß sie ihren übermäßigen Einfluß auf die Weltordnung behalten. Die UNO hat gewaltige Defizite in ihrer Organisationsform, nicht in der UN-Charta.
Und ich will das nur ganz kurz ansprechen, weil da gerade frisch erschienen ist ein Buch von zwei, die intern lange Zeit in der UNO mitgearbeitet haben, nämlich Richard Falk und Hans von Sponeck. Die Namen kennt vielleicht der eine oder andere. Die haben gerade ein Buch geschrieben und haben Vorschläge unterbreitet, wie sich - es geht sehr ins Detail - wie sich auf allen Organisationsebenen dieses Problem vielleicht beheben läßt.
Ich will nur ein Beispiel von einer anderen Person, Jeffrey Sachs, (erwähnen). Jeffrey Sachs ist einer der renommiertesten Ökonomen, der den Maschinenraum der UNO ganz von innen kennt. Das ist jemand, der lange Zeit auf allen Ebenen der UNO mitgearbeitet hat und den das Time Magazine vor 20 Jahren zu einem der 100 einflußreichsten politischen Denker der Welt gezählt hat. Jeffrey Sachs hat kürzlich, vor wenigen Wochen, einen Artikel veröffentlicht, aus dem will ich nur einen Punkt zitieren, weil er genau unseren roten Faden, den wir jetzt verfolgt haben, aufgreift:
"Die größte Bedrohung für den Weltfrieden ist die Einmischung einer Nation in die inneren Angelegenheiten einer anderen Nation im Widerspruch zum Buchstaben und Geist der UN-Charta."
Die UN-Staaten sollten illegale Interventionsmaßnahmen einer Nation in die inneren Angelegenheiten einer anderen Nation beenden. Und keine Nation sollte sich durch Finanzierung und sonstige Unterstützung politischer Parteien, Bewegungen oder Kandidaten in die Politik eines anderen Landes einmischen.
Sie sehen, wir landen immer wieder bei dem Kant'schen Punkt. Wenn Sie das interessiert, ist auch gerade im Westenverlag von Sachs das Buch erschienen "Diplomatie oder Desaster".

Radikale gesellschaftliche Selbstbestimmung
So fassen wir zusammen: Was tun?
Wir haben einen geradezu herkulischen Kampf gegen das Recht des Stärkeren seit 2000 Jahren, ein herkulischer Kampf vom Melier-Dialog bis heute. Das Recht des Stärkeren kommt in vielerlei Gewand und hat so viele Formen wie die Hydra, das Ungeheuer, das unbesiegbare Ungeheuer in der antiken Mythologie. Immer wenn sie einen Kopf abschlagen, wachsen zwei neue nach. Zwischen dem Recht des Stärkeren und der egalitären UNO-Ordnung besteht ein unaufhebbarer Widerspruch. Was ist unsere Aufgabe bei einer Friedenssicherung?
Wir hatten gesagt: Frieden kann nur durch De-Legitimierung des "Rechts des Stärkeren" erreicht werden. Das ist das Ziel jeder Bemühungen um Friedenssicherung.
Unser Instrument dabei, wie man das macht, kann nur ein egalitäres Völkerrecht sein und zwar - ganz wichtig, der Kant'sche Punkt - auf der Basis gesellschaftlicher Selbstbestimmung.
Das Problem dabei ist nun, daß die politische Wirksamkeit des egalitären Völkerrechts durch die rohe Gewalt des Stärkeren blockiert wird. Was bedeutet das? Es bedeutet das, was wir am Anfang schon angedeutet haben: Wir stecken heute noch in demselben Teufelskreis wie vor 2000 Jahren. Wir haben uns im Kreis gedreht, wir haben uns im Kreis gedreht. Denn wenn der Stärkere einfach sagt, er pfeift auf das Recht, dann nützt alles Recht überhaupt nichts.
Damit bleibt uns nur der Ausweg, den Kant so konsequent entwickelt hat, nämlich die strikte Anbindung der Friedenssicherung an eine radikale gesellschaftliche Selbstbestimmung. Das bedeutet aber: Wir sind für die Friedenssicherung verantwortlich. Verantwortlich sind wir, also die gesellschaftliche Basis. Das ist die Kant'sche Botschaft.
Wir sind für die Sicherung des Friedens verantwortlich. Und die De-Legitimierung einer auf dem "Recht des Stärkeren" beruhenden Gewaltordnung - das ist das Ziel der Friedenssicherung - kann nur und muß in politischen Kämpfen durch die gesellschaftliche Basis geleistet werden.
Kaum jemand nach Kant hat die Beziehung zwischen gesellschaftlicher Selbstbestimmung, also radikaler Demokratie, und Frieden so präzise herausgearbeitet und den gegenwärtig herrschenden Völkerrechts-Nihilismus so schonungslos analysiert wie Ingeborg Maus, insbesondere in diesem Band von ihr. Das heißt:
Die Sicherung des Friedens kann nicht durch Völkerrechtler passieren, sie kann auch nicht durch die UNO passieren. Wir sind es, die dafür verantwortlich sind, indem wir erst einmal überhaupt gesellschaftliche Selbstbestimmung herstellen müssen!
Solange wir das nicht schaffen, ist jede Friedenssicherung zum Scheitern verurteilt. Denn noch nie in der Geschichte haben die Mächtigen freiwillig auf ihr "Recht des Stärkeren" verzichtet.
Alle emanzipatorischen und zivilisatorischen Errungenschaften der Geschichte mußten den Mächtigen in langen Kämpfen abgetrotzt werden und konnten nicht auf dialogischem Wege erreicht werden.
Damit auch wir diese Kämpfe führen können, müssen wir nicht nur wissen, wogegen wir kämpfen, sondern wir müssen auch wissen, wofür wir kämpfen. Dabei können wir von dem Mut und der Entschlossenheit derjenigen profitieren, die mit großem überpersönlichen Einsatz vor uns diese Kämpfe geführt haben und uns ein reiches Erbe einer langen emanzipatorischen Tradition hinterlassen haben, das immer noch auf seine Umsetzung wartet.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.468/…): >>**BSW: Kurs abwärts**
Von *Sven Eggers*
Alles spricht über die AfD. Daß auch das BSW am Wochenende zum Parteitag in Bonn zusammenkam, ging beinahe unter. Tatsächlich setzt die Truppe ihren Negativlauf fort, sackt in Umfragen ab. Zur Lage bei den Wagenknechten ist im aktuellen Januar-Heft des COMPACT-

Magazins ein bemerkenswerter Beitrag erschienen.
Während Alice Weidel in Riesa mit einer 20-Minuten-Rede die ganze Republik aufmischte, redete BSW-Chefin Wagenknecht eine ermüdende Stunde lang. Daß in dieser Republik viel falsch läuft, hat sie dargestellt, aber warum das BSW davon nicht profitiert, konnte sie der ungeduldigen Mitgliedschaft nicht erläutern können.
In Meinungsumfragen zur Bundestagswahl liegt das BSW nur noch bei fünf Prozent, gelegentlich auch darunter. Das Verhalten der BSW-Fraktionen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen hat geschadet, keine Frage. Diese Steigbügel-Politik zu Gunsten der abgehalfterten Parteien schreckt Wähler natürlich ab. Entsprechend mau war die Stimmung auf dem Parteitag. Ein linker Berichterstatter will "Zerfallstendenzen" erkannt haben, von Geschlossenheit kann keine Rede sein.

Neue Vorwürfe

Der BSW-Europaabgeordnete Friedrich Pürner warf der Parteichefin undemokratische Vorgehensweisen bei der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl vor. Die Ergebnisse seien angeblich "schon vor der eigentlichen Abstimmung klar" gewesen. BSW-Gründungsmitglied Torsten Teichert veröffentlichte einen offenen Brief, in dem er Wagenknecht "komplett irre" nannte und sich gegen "undemokratische Parteistrukturen" wandte.
Die rote Parteiführerin hatte direkt nach den Ost-Wahlen zunächst jedwede Regierungsbeteiligung ihrer Truppe an strenge Bedingungen geknüpft. Sie wußte: Jede Aufgabe von Kernforderungen gefährdet den Einzug in den Bundestag. Doch ihre BSW-Statthalter in Thüringen und Brandenburg gierten vom ersten Tag an nach Macht und Posten und schmissen sich Typen wie Mario Voigt von der CDU oder dem abgehalfterten SPD-Onkel Dietmar Woidke in Brandenburg an den Hals. Der innige Schwur, die Ablehnung von Waffenlieferungen und neuen US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden müsse in Koalitionsverträgen verankert sein, wurde in hohem Bogen über Bord geworfen.

BSW mit NATO-Parolen

In Thüringen war der Verrat besonders offensichtlich, denn die dortige BSW-Chefin Katja Wolf segnete schließlich sogar eine sogenannte Friedenspräambel zusammen mit CDU und SPD ab, in der eine "gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur" und die "Verteidigungsfähigkeit" der Bundeswehr hochgelobt werden - reines NATO-Kauderwelsch.
Dann wurde es fast schon peinlich. Die drei Koalitionsparteien verkündeten unisono: "Wir erkennen aber auch an, daß viele Menschen in Thüringen die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen kritisch sehen bzw. ablehnen." Man trete diesbezüglich für eine "breit angelegte Debatte" ein. Für den Frieden bleibt also nur ein bedeutungsloser Stuhlkreis. Welch ein entwürdigendes Schauspiel, das sich Wagenknecht auch persönlich anlasten muß: Trotz anfänglicher Kritik ließ sie Katja Wolf diesen Verrat am Frieden letztlich durchgehen.

Eigene Forderung abgelehnt

In Brandenburg kuschelt das BSW mit der SPD. Auch hier wurden eherne Prinzipien über den Haufen geschmissen, um Ministerpräsident Woidke, seit 2013 im Amt, die Steigbügel zu halten. Federführend vor Ort: Robert Crumbach, zuvor über 40 Jahre in der SPD. Im zurückliegenden Wahlkampf hatte er zwischenzeitlich ein Verbot der AfD gefordert.
Die Brandenburger Landtagsfraktion brachte es Anfang Dezember fertig, einen AfD-Antrag ("Frieden in Europa schaffen - für eine Politik der Deeskalation") abzulehnen, obwohl dieser eins zu eins die Positionen des BSW enthielt.
Zur Erinnerung: Im Wahlkampf konnte die neue Partei mit dem Versprechen punkten, bei inhaltlicher Übereinstimmung auch AfD-Eingaben zuzustimmen und sich nicht von Brandmauern leiten zu lassen. Aber das wurde mit einem Federstrich annulliert: BSW und SPD haben sich per Koalitionsvertrag gegenseitig verpflichtet, keinem AfD-Antrag zuzustimmen,

ganz gleich, zu welcher Thematik; ein beinahe sittenwidriges Vertragswerk, das die - per Gesetz! - nur ihrem Gewissen verpflichteten Abgeordneten fesselt.
Auch in Sachsen hat es das BSW fertiggebracht, den unbeliebten CDU-Ministerpräsidenten und Corona-Hardliner Michael Kretschmer im Amt zu halten und ermöglicht ihm nunmehr ein "Weiter so!" per Minderheitenregierung mit der SPD. In allen drei Ost-Bundesländern hat es das Parteienkartell mit BSW-Gehhilfen also geschafft, die AfD als große Siegerin aller Wahlen im Osten der Republik von Regierungsverantwortung fernzuhalten. Michael Kretschmer gelang dies sogar ohne parlamentarische Mehrheit und mit einer Minderheitenkoalition.
Gegen AfD in Stellung
Jetzt muß sich das BSW auch noch Vorwürfen stellen, undemokratisch aufgestellt zu sein. Wagenknecht überdehne die Vorgaben von Grundgesetz und Parteiengesetz nicht nur, sondern überschreite diese teilweise klar, so Parteienrechtler. Das BSW sei ein "autoritäres Projekt".
Schon vor der BSW-Gründung hatte sich der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke im Sommer 2023 skeptisch gegeben. Im COMPACT-Interview auf Wagenknecht angesprochen, führte er aus, daß es ihr vermutlich ausschließlich darum gehe, die AfD "als einzig wirklich relevante Oppositionskraft schwächen" zu wollen. Die Rechnung ging zumindest bedingt auf: Das BSW hat in Thüringen ein AfD-Ergebnis im Bereich der 40 Prozent verhindern können, in Brandenburg soll jeder dritte potentielle AfD-Wähler sein Kreuz am Ende bei den Wagenknechten gemacht haben.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31696" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Autismus und Impfung: Erschreckende Zusammenhänge**
Leider ist es eine Tatsache, daß die Häufigkeit der Diagnose von Autismus bei Kindern seit Jahren ziemlich parallel zur Anzahl der Impfungen steigt.
Ausnahme: Wo leben die gesündesten Kinder der USA?
Ausgenommen von dieser Entwicklung sind allerdings Gruppen, die Impfungen generell ablehnen wie zum Beispiel die Amischen. Die Amischen sind eine täuferisch-protestantische Glaubensgemeinschaft, die überwiegend in den USA leben. Sie sind bekannt dafür, daß sie moderne Techniken ablehnen. Sie zählen aktuell knapp 400.000 Menschen in 32 US-Bundesstaaten.
Chronische Krankheiten, die bei US-amerikanischen Kindern typisch sind wie Autoimmunerkrankungen, Herzkrankheiten, Diabetes, Asthma, ADHS, Arthritis, Krebs und Autismus gibt es unter den Amischen nicht.
Steve Kirsch, Gründer der Vaccine Safety Research Foundation bestätigte bei einer Anhörung im Senat des Bundesstaates Pennsylvania:
"Wir können in der amischen Gemeinde kein autistisches Kind finden, das ungeimpft ist."
Was ist Autismus?
Autismus ist eine Störung der Entwicklung des Gehirns. Autismus zeigt sich in der Regel in der frühen Kindheit durch Probleme in der Kommunikation, dem Aufbau von sozialen Kontakten und auffälligen Verhaltensweisen. Viele betroffene Menschen benötigen aufgrund dieser Einschränkungen Hilfe und Unterstützung.
Anstieg der Autismus-Rate
In einer Querschnittsstudie mit elektronischen US-Gesundheits- und Versicherungsunterlagen für über 9 Millionen Personen pro Jahr in einem Zeitraum von 2011 bis 2022 war der Anstieg der Autismus-Diagnoseraten bei Kindern erheblich. Die Häufigkeit der ASD-Diagnose ist bei den 5- bis 8-Jährigen am höchsten. Diese hat sich im Zeitraum von 2011 bis 2022 verdreifacht. …
John Gilmore, geschäftsführender Direktor des Autism Action Network, sagte: "Die Studie bestätigt, was wir aus vielen anderen Datenquellen gesehen haben, daß es eine anhaltende ka-

tastrophale Epidemie von Autismus gibt."
Der bekannte amerikanische Wissenschaftler und Arzt Dr. Peter McCullough drückte dasselbe wie folgt aus: "Als ich ein Kind war, lag die Autismusrate bei einem von 10.000. Heute ist diese Rate laut CDC ein Notfall. Sie liegt bei 1 zu 36. Es ist eine Epidemie."
Ist Autismus offensichtlich eine der Folgen der Flut an Impfungen?
In der erwähnten US-Studie wurden Impfstoffe nicht als möglicher Faktor genannt.
Wer schon älter ist hat nur wenige Impfungen als Kind bekommen. Heute enthalten die diversen nationalen Impfvorschriften bereits bis zu 50 Impfungen in den ersten 15 Lebensjahren!
Die Impfstoffe werden zu immer intensiveren Paketen gebündelt. Es sind die Additionen von Impfungen, diese Bündelung, die ziemlich eindeutig mit Autismus in Zusammenhang zu stehen scheint.
Immer mehr wissenschaftliche Studien bekräftigen, daß generell Gifte wie Metalle und ihre Verbindungen die Ursache von Autismus sind und da vor allem die Wirkverstärker in den Impfstoffen.
Zitat des Arztes Peter McCullough: "Eine Überimpfung führt also zu einer Dysregulierung des Immunsystems. (…)
Und tatsächlich gibt es etwa 200 Arbeiten über die Dysregulation des Immunsystems und der Entwicklung von Autismus."
Es geht also bei Autismus um eine Krankheit, die durch Schäden im Gehirn verursacht wird. Vorrangig sind dafür die hoch-toxischen Aluminium-Adjuvantien verantwortlich.
Die CDC, die in den USA Impfstoffe fördert und die Sicherheit von Impfstoffen überwacht, hat nie offengelegt, daß ein einstiger medizinischer Experte der Regierung, der Neurologe Dr. Andrew W. Zimmerman, zu dem Schluß gekommen ist, daß Impfstoffe Autismus verursachen können.

Fazit: Ein äußerst lukratives Geschäftsmodell

Erkennen Sie einmal mehr das lukrative Geschäftsmodell der Pharma? Erst werden der Bevölkerung als Gesundheitsschutz möglichst viele Impfungen verkauft und danach möglichst lebenslang die Medikamente zur Behandlung aller Art von deren gesundheitsschädigenden Nebenwirkungen! Gemäß einer eher tief angesetzten Schätzung vom Marktforschungsunternehmen Fortune Business Insights, soll sich der Weltmarkt für die ASD-Behandlung von derzeit etwa 7,5 Milliarden Dollar bis 2030 mehr als verdoppeln.
Wie kriminell ist das, wenn die Pharma-Profiteure unter dem Anschein von Gesundheitsfürsorge Kinder und Erwachsene sowohl gesundheitlich als auch geistig und seelisch ruinieren, um des Gewinnes willen? Offensichtlich zählt nicht das Wohl der Menschen, sondern Profite und Macht mehr als alles andere. In dieselbe Kategorie zählen auch die Kriegstreiber und deren Rüstungsindustrie. Dazu gehört jede Art von verdeckter Ausbeutung.
Diesen kriminellen Machenschaften muß entschlossen Einhalt geboten werden, indem sie aufgedeckt und die Verantwortlichen vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden. Vernetzen auch Sie sich mit wahrheitsliebenden Menschen zur gemeinsamen Durchsetzung eines weltweiten Krisenprofitverbotes.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Musk: Seine kernigsten Aussagen**

Von *COMPACT Redaktion*

Elon Musk ist in aller Munde, sein Wort zählt. Das Gespräch des Visionärs mit Alice Weidel hat hiesige Vertreter verbrauchter Parteien auf die Palme gebracht. Wie tickt der Mann? Wir haben die krassesten Musk-Zitate der jüngeren Vergangenheit zusammengetragen. …
- "Die Coronavirus-Panik ist dumm". (Elon Musk, X, 6.3.2020)
- "mRNA ist die Zukunft der Medizin. Man kann im Grunde alles mit mRNA behandeln. Es ist wie ein Computerprogramm, sozusagen ein synthetisches Virus. Und man kann es so pro-

grammieren, daß es alles tut, was man möchte. Man könnte sich sogar in einen Schmetterling verwandeln." (Elon Musk, Welt, 5.12.2020)
- "Bin fast fertig mit Jüngers 'In Stahlgewittern'. Sehr intensiv. Tolles Buch." (Elon Musk, X, 1.11.2021)
- "Wenn man den Menschen genug Angst macht, werden sie die Beseitigung der Freiheit fordern. Das ist der Weg zur Tyrannei." (Elon Musk, X, 28.1.2022)
- "Habeck ist ein Narr." (Elon Musk, X, 10.11.2024)
- "Olaf ist ein Narr." (Elon Musk, X, 7.11.2024)
- "Nur die AfD kann Deutschland retten." (Elon Musk, X, 20.12.2024)
- "Deutschland steht an einem kritischen Punkt - seine Zukunft am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Als jemand, der bedeutende Investitionen in die deutsche Industrie- und Technologielandschaft getätigt hat, glaube ich, daß ich das Recht dazu habe, offen über seine politische Ausrichtung zu sprechen." (Elon Musk, Welt am Sonntag, 29.12.2024)
- "Zuwanderung und nationale Identität: Deutschland hat seine Grenzen für eine sehr große Zahl an Migranten geöffnet. Dies geschah zwar in humanitärer Absicht, führte jedoch zu bedeutenden kulturellen und sozialen Spannungen." (Elon Musk, Welt am Sonntag, 29.12.2024)
- "Eine Nation muß ihre Grundwerte und ihr kulturelles Erbe bewahren, um stark und geeint zu bleiben." (Elon Musk, Welt am Sonntag, 29.12.2024)
- "Die deutsche Wirtschaft, einst Motor Europas, versinkt heute in Bürokratie und erdrückenden Vorschriften." (Elon Musk, Welt am Sonntag, 29.12.2024)
- "Die traditionellen Parteien haben versagt. Ihre Politik hat zu wirtschaftlicher Stagnation, sozialen Unruhen und einer Aushöhlung der nationalen Identität geführt." (Elon Musk, Welt am Sonntag, 29.12.2024)
- "Der Spiegel ist korrupt" (Elon Musk, X, 31.12.2024)
- "Steinmeier ist ein antidemokratischer Tyrann! Schande über ihn." (Elon Musk, X, 31.12.2024)
- "Keir Starmer ist mitschuldig an den Vergewaltigungen Großbritanniens!" (Elon Musk, X, 4.1.2025)
- "Habeck ist ein Verräter am deutschen Volk" (Elon Musk, X, 3.1.2025)
- "Ich möchte hier ganz klar sagen, daß nur die AfD Deutschland retten kann. Fertig!" (Elon Musk, Gespräch mit Alice Weidel, X, 9.1.2025)
Wer mehr über Elon Musk erfahren will, der kommt an der ausführlichen Musk-Biographie von Walter Isaacson nicht vorbei.<<

14.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**AfD bringt neuen krassen Fall von Staatsversagen ans Licht: Afghanischer Messer-Killer war mehrfach vorbestraft!**
Neue Details zum bestialischen Messermord im baden-württembergischen Hochdorf (Landkreis Esslingen): Der Täter, ein 24 Jahre alter Afghane, war polizeibekannt und mehrfach vorbestraft! Das kam jetzt durch eine AfD-Anfrage im Stuttgarter Landtag heraus.
Das brutale Gewaltverbrechen geschah Mitte November des vergangenen Jahres: Ein 56-jähriger Franzose, der mit seiner Partnerin seit sieben Jahren in Deutschland lebte, wurde beim Spaziergang nahe einer Flüchtlingsunterkunft am helllichten Tag niedergemetzelt. Immer wieder hatte der 2022 nach Deutschland eingereiste Messer-Killer in dem 5.000 Einwohnerort für Angst und Schrecken gesorgt.
Am 15. November rastete der 24-Jährige komplett aus: Zweimal stach der Asylbewerber seinem nichtsahnenden Zufallsopfer ins Herz, einmal in die Niere. Der Franzose, der zurückgezogen am Ortsrand wohnte, erlag noch am Tatort seinen schweren Verletzungen.
Wieso war der Typ noch in Deutschland?

Eine Anfrage der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat jetzt die ganze Wahrheit ans Licht gebracht. Und wieder handelt es sich um einen krassen Fall von Staatsversagen!
So wurde der Afghane, der sich seit Oktober 2022 in Deutschland aufhält, im Mai 2023 wegen Betrugs sowie im Juli 2024 wegen Körperverletzung und Bedrohung zu einer Geldstrafe verurteilt.
Außerdem heißt es in der Antwort des Stuttgarter Justizministeriums: "Darüber hinaus führte die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen den Tatverdächtigen zwei Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung bzw. wegen Erschleichens von Leistungen, die sie jeweils nach § 170 Absatz 2 der Strafprozeßordnung (StPO) mangels zureichender Anhaltspunkte für eine Anklageerhebung einstellte." Auch wegen Sachbeschädigung wurde gegen den Afghanen ermittelt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Carolin Bachmann (AfD): Flüchtlingskosten steigen auf 85 Milliarden Euro - Kommunen bluten aus!**
Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik verzeichnen die Kommunen nach den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 ein Finanzierungsdefizit von 25,9 Milliarden Euro. Damit hat sich das Defizit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14,5 Milliarden Euro mehr als verdoppelt! Grund sind die im Vergleich zu den Einnahmen (+ 5,2 Prozent) überproportional gestiegenen Ausgaben (+ 10,6 Prozent). Die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann führt dies vor allem auf eine Überforderung der Kommunen durch die Masseneinwanderung zurück.
Bachmann kommentierte die neuen Zahlen in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung wie folgt: "Die Städte und Gemeinden Deutschlands bluten aus. Die neuesten Zahlen der Kassenstatistik sind katastrophal und bestätigen einmal mehr die Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion. Die Ausgaben, zu denen vor allem der Bund die kommunale Ebene zwingt, sind viel zu hoch und zu zahlreich."
Flüchtlingskosten laufen aus dem Ruder
Insbesondere die Kosten für soziale Leistungen werden aufgrund der massiven sogenannten Fluchtzuwanderung immer größer. Die Ausgaben dafür beliefen sich für das Jahr 2023 auf über 75 Milliarden Euro, für das Jahr 2024 werden über 80 Milliarden Euro geschätzt und "für dieses Jahr sollen es über 85 Milliarden werden", erklärte Bachmann.
Die sächsische AfD-Politikerin weiter: "Zugleich haben unsere Kommunen kein Geld für Investitionen in Schulen, Sportstätten und Straßen. Der Investitionsrückstand beläuft sich aktuell auf insgesamt 186 Milliarden Euro. Für Millionen von Flüchtlingen ist Geld da, während der einheimischen Bevölkerung die Infrastruktur zerbröselt. Dieser Zustand ist skandalös und nicht mehr hinzunehmen!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Migrations-Tourismus: Faeser (SPD) will Syrern "Erkundungsreisen" in die Heimat ermöglichen**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will syrischen Migranten eine einmalige Reise in ihr Heimatland gestatten, ohne daß diese ihren Schutzstatus in Deutschland verlieren. Syrer sollten sich "ein Bild machen können, ob Häuser noch stehen, ob Familienangehörige zum Teil noch leben, zu denen vielleicht lange kein Kontakt mehr bestand und ob sie in ihrer Heimat wirklich sicher sind", sagte Ministeriumssprecher Maximilian Kall in Berlin. Faeser sehe dies ähnlich wie Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne").
Das Innenministerium prüft demnach gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) "pragmatische Wege", damit Syrer "einmal schauen" können, wie die Bedingungen vor Ort sind. Bei den Überlegungen für eine Sonderregelung gehe es um eine einmalige Reise nach Syrien. Wer diese bezahlt, sagte der Sprecher nicht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Union und FDP kritisieren Absprachen zum Atom-Aus**

Führende Politiker von Union und FDP kritisierten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für ihre mutmaßlichen Absprachen zum Atomausstieg. "Das Kernkraft-Aus entpuppt sich mehr und mehr als rot-grünes Schmierentheater", sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Jens Spahn, dem "Tagesspiegel".

FDP-Vize Wolfgang Kubicki sagte über Scholz und Habeck: "Offensichtlich glauben beide, daß Täuschen und Tricksen zum politischen Handwerkszeug gehört." Hintergrund ist eine Recherche der "Welt am Sonntag", die nahelegt, daß Scholz und Habeck vor dem Machtwort des Kanzlers im Atomstreit im Herbst 2022 im Geheimen miteinander verhandelt haben. Dabei soll FDP-Chef Christian Lindner angeblich explizit umgangen worden sein.

In einem Brief hatte Scholz mit Verweis auf seine Richtlinienkompetenz einen Streckbetrieb der verbliebenen drei Atomkraftwerke angeordnet und so einen Streit zwischen FDP und Grünen gelöst. "Die Bürger wurden mehrfach getäuscht", kritisiert nun Spahn und spricht von einem "Machtwort-Schauspiel". Er kündigte an, daß Scholz und Habeck, die am Donnerstag in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Atomausstieg vorgeladen sind, "viele unangenehme Fragen beantworten müssen".<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31708" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Werbung für satanische Künstlerin mit unseren Zwangsabgabe-Gebühren?**

Die jetzt 78-jährige, aus Serbien stammende Marina Abramović ist eine der umstrittensten "Künstlerinnen" dieser Zeit. Ihre Werke, in denen es unter anderem um Gewaltverherrlichung und dem Zufügen oder Erleiden körperlicher Qualen (=Sadomasochismus) geht, wirken verstörend. Das gibt auch das größte Kunstmuseum der Schweiz in einer Trigger-Warnung zu. Dort nämlich, im Kunsthaus Zürich, wird noch bis Februar 2025 eine Retrospektive (= Rückblick) auf Abramovićs Lebenswerk gezeigt.

(Kunsthaus Zürich, Trigger-Warnung zur Marina Abramović-Ausstellung: "Bitte beachten Sie, daß in der Ausstellung, während den Performances Darstellungen von Nacktheit sowie Kunstwerke zu den Themen Tod und körperlichem Schmerz zu sehen sind, die möglicherweise als verstörend empfunden werden können.")

Das Schweizer Radio und Fernsehen - SRF - titelt dazu: "Nackte Haut und blutige Körper - Marina Abramović sprengt im Kunsthaus Zürich jeden Rahmen". Die Kunst von Abramović, die als "Grande Dame der Performance-Kunst" bezeichnet wird, wäre "lebensbedrohlich und schmerzvoll". Liest man dies, könnte man meinen, das SRF benennt die Perversionen und Gewalt als das, was sie wirklich sind. Sieht man aber genauer hin, muß man feststellen, daß das SRF Abramović und ihre blutrünstigen und gewaltverherrlichenden Darstellungen nicht brandmarkt, sondern in einer unkritischen und sachlichen Art darüber berichtet.

So wird der Eindruck erweckt, daß diese Art Kunst zwar etwas extrem ist, aber sich doch in einem zulässigen Rahmen bewegt. Geschickt verknüpft der SRF seine Berichterstattung dann noch mit der Aussage, daß Abramović heute zu den Stars gehört, mit der alle zusammenarbeiten wollen würden und suggeriert damit dem Zuschauer, daß es sich bei der vermeintlichen Kunst von Abramović um etwas Wertvolles handeln würde.

Doch wie kann es sein, daß gerade die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten, die von ihren Zuschauern und Zuhörern Zwangsgebühren eintreiben, ausgerechnet das als "Kunst" hochjubeln, was in der Tat "verstörend", "lebensbedrohlich und schmerzvoll" ist? Was das SRF zudem verschweigt: Abramović zelebriert in ihrer Kunst die gesamte Symbolik des Satanismus: Kindesmißbrauch, Kannibalismus und Blut-Kult - perverse Scheußlichkeiten mit Verherrlichung von Gewalttätigkeit und Tod.

Eine Spezialität von ihr sind sogenannte "Spirit Cooking-Events": Veranstaltungen, bei denen Speisen in Form von menschlichen Körperteilen aufgefahren und verspeist werden. Spielt das auf satanisch-rituelle Opferungen an? Aber nein, schreibt das SRF in einem weiteren Artikel: Abramović wäre keine Satanistin - und Kritiker werden vom SRF sogar als Verschwörungstheoretiker und rechte Trolle dargestellt. Kla.TV hat jedoch aufgedeckt, daß gerade das SRF den weltweit stattfindenden satanisch-rituellen Mißbrauch leugnete und die Berichte der Opfer als "Satanic Panic", also als "eingebildete Panik", verspottet. (www.kla.tv/26202, REUPLOAD: Skandal um SRF und Robin Rehmann - Satanic Panic)
Genau jenem SRF-Reporter, welcher in angeblichen Aufdeckungs-Serien den satanisch-rituellen Mißbrauch als "Fake-News" deklarieren wollte, konnte man Verbindungen zu Satanismuspraktizierenden Gruppen nachweisen. Sehen Sie selbst in eingeblendeter Sendung, wir haben sie auch unterhalb des Videos verlinkt. (www.kla.tv/26577 SRF-Skandal nur Spitze des Eisbergs: Weltweite Vertuschung rituellen Mißbrauchs)
Und nun bekommt - mit Abramović - wieder eine offensichtliche Satanistin eine Plattform vom SRF! Haben die öffentlich-rechtlichen Medien, die von uns Bürgern zwangsweise bezahlt werden, überhaupt von uns den Auftrag für so etwas bekommen? Darf mit unseren Gebühren dieser öffentlich zur Schau gestellte Satanismus auch noch verharmlost werden? Mit dem Geld, das sie uns zuvor aus der Tasche gezogen haben?
Wäre es nicht vielmehr der Auftrag von objektiven und neutralen Medien, daß sie sich kritisch äußern und auch die grausamen Hintergründe dazu recherchieren und aufzeigen? Fordern wir es ein!<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Noch vor seiner feierlichen Vereidigung: Donald Trump läutet das Ende der "Wokeness" ein!**
Huch, immer mehr US-Konzerne wollen plötzlich nicht mehr "woke" sein! Ob das vielleicht etwas mit dem 20. Januar zu tun hat?
Noch vor seiner feierlichen Vereidigung als 47. Präsident der USA hat Donald Trump das Ende des linksgrünen Kultur-Moralismus und der Klima-Hysterie unter dem Regenbogen-Banner der "Wokeness" eingeläutet. Von einem "meltdown", einer Kernschmelze, ist in den USA die Rede. Die linke Szene dreht am Rad.
Fast fünf Jahre lang tanzten Unternehmen und Banken in den USA nach der linksgrünen "Wokeness-Pfeife", verpflichteten sich zu mehr "Klimaschutz, Vielfalt und Toleranz". Jetzt die große Kehrtwende:
- US-Großbanken verlassen die sogenannte Klima-Allianz, Firmen schaffen ihre Diversitätskriterien ab. Immer mehr Konzerne beugen sich dem knallharten Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump.
Auch die größte US-Bank JP Morgan steigt als letzte amerikanische Großbank aus der von den Vereinten Nationen initiierten "Net Zero Banking Alliance" (NZBA) aus. Das verkündete das Unternehmen am Dienstag (13. Januar).
Beim sogenannten "Net Zero Banking" geht es darum, die Geschäftsportfolios von Banken am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Unternehmen, die nicht auf "Dekarbonisierung" setzen, sollen etwa bei der Kreditvergabe das Nachsehen haben.
Mit dem Ausstieg jetzt auch von JP Morgan verfestigt sich ein Trend bei US-Unternehmen, noch vor der offiziellen Amtseinführung des neuen und alten US-Präsidenten Donald Trump am 20. Januar dem unseligen "Wokeness-Kult" zu entsagen. Dieser Irrsinn hatte jahrelang Personalentscheidungen und Investitionen bestimmt.
Die Liste wird immer länger
Die Liste der US-Unternehmen und Banken mit plötzlicher Kehrtwende in ihrer "Nachhaltigkeits- und Diversity-Strategie" wird jeden Tag länger: J. P. Morgan, Goldman Sachs, Citi-

group, Amazon, McDonalds, Meta, Ford, Toyota. Sie alle haben sich innerhalb in kürzester Zeit aus sogenannten Nachhaltigkeitsprogrammen zurückgezogen und erklärt, sie würden ihre "Diversitätsstrategie" überdenken. Dafür dürfte es einen ganz profanen Grund geben: "Woke" scheint sich mit Blick auf den triumphalen Wiedereinzug von Donald Trump in das Weiße Haus nicht mehr zu lohnen!
Das "linksgrün-woke" Milieu in den USA ist schon jetzt im Ausnahmezustand: Auf TikTok rasieren sich Frauen die Haare ab, um "ein Zeichen zu setzen". Trump-Gegner dokumentieren ihr Entsetzen mit hysterischen Wutausbrüchen in den Sozialen Medien und bei Protesten auf den Straßen.<<

15.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Faeser droht AfD-Polizisten: Zeit für Meinungsfreiheit statt Einschüchterung!**
Die Ministerin der Meinungs-Unterdrückung schlägt wieder zu: Mit einem Spezial-Erlaß ihres Hauses bedroht Innenministerin Faeser (SPD) Bundespolizisten, die sich für die AfD engagieren, faktisch mit einem Berufsverbot. Der Erlaß sieht vor, daß Wahlkandidaturen für die AfD "die zwingende Einleitung eines Disziplinarverfahrens gem. § 17 Abs. 1 Bundesdisziplinargesetz (BDG) begründet".
Laut einem Vermerk im Intranet der Bundespolizei müssen Beamte "in diesen Fällen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zu ihrer Entlassung rechnen". Während der Chef der Bundespolizei selbst CDU-Mitglied ist, werden Beamte wegen des Engagements für die aktuell mit Abstand zweitstärkste politische Kraft unter Druck gesetzt.
Vergessen wir nicht: Es war Innenministerin Faeser, die höchstpersönlich für ein verfassungsschutzbekanntes Antifa-Magazin zur Feder griff und deshalb erhebliche Zweifel an ihrer eigenen Verfassungstreue aufkommen ließ. Es war Faeser, die die Zeitschrift "Compact" über den Umweg des Vereinsrechts verbieten und somit die Pressefreiheit angreifen wollte.
Niemand Geringeres als das Bundesverwaltungsgericht hatte das Verbot sofort gekippt und die Rechtswidrigkeit von Faesers Vorgehen festgestellt. Diese Frau hätte schon x-fach zurücktreten müssen, wenn politisches Scheitern und Skandale in unserem Land noch zu personellen Konsequenzen führen würden.
Der neuerliche Angriff Faesers auf die Grundrechte von Polizeibeamten unterstreicht erneut: Unser Land braucht dringend eine politische Großoffensive für die Meinungsfreiheit - und dafür steht nur die AfD.
Wir brauchen keine einschüchternden Erlasse gegen politisch mißliebige Polizeibeamte, keine Zeitschriftenverbote, keine Online-Zensurgesetze, keine Geheimdienst-Instrumentalisierungen gegen die Oppositionspartei und keine sogenannte "Cancel Culture". Wir wollen, daß die Menschen in Deutschland ihre Meinung endlich wieder frei und ohne Furcht vor Repressalien äußern können!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Merz gegen verläßliche Kernkraft: Zeit für bezahlbaren Strom mit der AfD!**
Die Maske fällt: Unverhohlen hat CDU-Parteichef Merz sich zu einem gigantischen Wählerbetrug seiner Partei bekannt. Obwohl im CDU-Wahlprogramm "die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke" in Aussicht gestellt wird, hat Merz einem solchen Wiedereinstieg in die Kernkraft nun eine Absage erteilt.
"Die werden abgebaut, die werden dekontaminiert", sagte Merz über die drei zuletzt abgeschalteten drei Kernkraftwerke. Hinsichtlich einer Rückkehr zur Kernkraft sei "wahrscheinlich nichts mehr zu machen." Das heißt im Klartext: Auch unter einem CDU-Kanzler Merz geht es weiter mit grüner Stromverteuerung, mit Windrad-Kult und systematischer Industriezerstö-

rung! Das CDU-Wahlprogramm ist das Papier nicht wert, auf dem es steht.
Es war die CDU, die bereits 2011 den sachlich völlig unbegründeten Ausstieg aus der Kernenergie in die Wege leitete und damit einen entscheidenden Grundstein für unseren dramatischen wirtschaftlichen Niedergang legte.
Im November des vergangenen Jahres war zudem ein Skandalpapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Energiepolitik bekannt geworden. Die Unionsfraktion, die nach außen hin eine Ablehnung der grünen Klima- und Energie-Agenda vorgaukelt, bekannte sich in diesem Papier ausdrücklich zur "Energiewende" einschließlich CO2-Bepreisung und Heizungsgesetz. Man müsse das Heizungsverbot von Robert Habeck lediglich technologieoffener und handwerklich besser gestalten.
Lassen wir Friedrich Merz und die CDU mit ihrem dauernden Wählerbetrug nicht durchkommen! Es ist das Geschäftsmodell dieser Partei, die AfD verbal zu kopieren, um dann tiefgrüne Ideologie-Politik umzusetzen. Die AfD ist die einzige Partei, die die "Energiewende" immer abgelehnt hat und ablehnen wird.
Die Geschichte hat uns mit dieser Position auf ganzer Linie Recht gegeben, denn längst hält eine deutliche Mehrheit der Bürger den Kernkraft-Ausstieg für einen Fehler. Deutschland hat keine Zeit mehr für die miesen Wahlkampf-Tricksereien der Merz-CDU. Es ist Zeit für bezahlbaren Strom mit der AfD!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Asyl, Familiennachzug, Arbeitsvisa: Rund eine Million Nicht-EU-Ausländer kamen 2024 nach Deutschland!**
Allein von Januar bis September 2024 verzeichnet die vorläufige Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes rund 850.000 Personen aus Nicht-EU-Ländern, die nach Deutschland kamen! Hochgerechnet auf das gesamte Jahr dürften es laut Experten somit gut eine Million gewesen sein.
Asyl, Familiennachzug, Westbalkan-Regelung: Allein auf diesem Weg schafften es 2024 fast 400.000 Menschen aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland!
- Rund 230.000 Migranten stellten laut BAMF im vergangenen Jahr einen Erstantrag auf Asyl. Davon waren 67 Prozent männlich.
- Gleichzeitig reisten nach Angaben des Auswärtigen Amtes 120.000 Menschen aus Drittstaaten über den Familiennachzug ein.
- Weitere 50.000 Personen jährlich können zudem über die sogenannte Westbalkan-Regelung u.a. mit Albanien, Bosnien, Kosovo und Serbien eine Arbeitsgenehmigung und einen Aufenthaltstitel in Deutschland erlangen. Dafür reicht ein Arbeitsangebot einer deutschen Firma. Die diesbezügliche offizielle Statistik für 2024 erscheint zwar erst im Februar, aber in den vergangenen Jahren wurde das Kontingent stets ausgeschöpft.
Laßt not least: Eine erhebliche Zahl der Zuwanderer (Nicht-EU) kommt über diverse Aufnahmeprogramme u.a. für Afghanen nach Deutschland sowie mit Arbeitsvisa infolge sogenannter Migrationsabkommen etwa mit Indien, Kenia, Georgien und Marokko.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Bundestagswahl: CDU will mit dem Verfassungsschutz gegen "ungefilterte Meinungen" vorgehen**
Die CDU offenbart einmal mehr, wes linksgrünen Geistes Kind sie ist: Gegen "ungefilterte Meinungen" soll jetzt im Bundestagswahlkampf mit dem Inlandsgeheimdienst vorgegangen werden! Stasi-Chef Erich Mielke läßt grüßen!
Es ist eine zutiefst befremdliche Mitteilung, die der hessische Innenminister Roman Poseck (CDU) in dieser Woche in Wiesbaden verbreiten ließ: "Im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 sensibilisieren das Innenministerium und die hessischen Sicherheitsbehörden für zunehmende Versuche der Instrumentalisierung, Einflußnahme und Desinformation

durch ausländische und inländische Akteure."
Denn: "Auf den Plattformen der sozialen Medien sammeln sich zum Teil ungefiltert Meinungen." Desinformationen, so heißt es im besten "Correctiv-Jargon" weiter, "sind gerade bei Wahlen ein großes Problem. Ausländische Akteure versuchen, Wahlen und demokratische Prozesse zu beeinflussen."
Poseck nimmt in diesem Zusammenhang ausdrücklich Bezug auf US-Präsidentenberater Elon Musk, der sich in "politische Inhalte in Europa" einmische.

Sondereinheit beim Verfassungsschutz

Dann kommt Hessens CDU-Innenminister schnell zum Kern der Sache: "Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen hat eine spezielle temporäre Organisationsstruktur geschaffen, um noch schneller Informationen auszuwerten und Maßnahmen zu koordinieren. Eine eigens eingerichtete Sonderauswertungseinheit bündelt Erkenntnisse aus den Bereichen Spionageabwehr und Extremismus im Zusammenhang mit der Bundestagswahl und bereitet diese für zuständige Stellen in Hessen, aber auch für den bundesweiten Austausch auf."
Kann es sein, daß hier jemandem der sprichwörtliche A. ... auf Grundeis geht?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.471/…): >>**"Panzertrulla": FDP-Kriegstreiberin Strack-Zimmermann stellte 105 Anzeigen wegen "Politiker-Beleidigung**"
Die FDP-Europaabgeordnete und Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, eine der übelsten Kriegstreiber*innen in Deutschland, läßt das Netz automatisiert nach Beleidigungen durchforsten, um dann strafrechtlich dagegen vorzugehen.
Laut einem Medienbericht ("Apollo News") geht aus einer Liste von Anzeigen der FDP-Politikerin hervor, daß diese in 105 Fällen über die Rechtsanwaltskanzlei Brockmeier-Faulhaber-Rudolph Strafantrag stellte.
Der dort tätige Alexander Brockmeier ist Partner-Anwalt der FDP-nahen Abmahn-Agentur "So Done". Die Agentur verfolgt angebliche Beleidigungen gegen ihre Kunden im Netz automatisiert mit einer KI.
Die Liste belegt, daß abgesehen von eindeutigen Schmähungen wie "Waffenhure" oder "Frau Hitler" oft schon vergleichsweise harmlose Spitzen wie "Panzertrulla" oder "verbitterter alter Mann" zur Anzeige gebracht werden. Selbst die auf ein Foto der FDP-Politikerin Bezug nehmende Frage, wer denn "dieser Trans-Mann in der Mitte" sei, ließ Strack-Zimmermann strafrechtlich verfolgen. Ein User, der polemisch formulierte, der "Rüstungslobbyistin" werde mit Blick auf die Lieferung von Waffensystemen "endlich mal wieder feucht im Höschen", mußte sich dem Bericht zufolge vor Gericht verantworten.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.475/…): >>"**Sie haben das perfide Spiel mitgemacht" - Brief eines Arztes an die Krankenkasse**
Herbert Ludwig
Der Arzt für Allgemeinmedizin Ralf Tillenburg führt eine Schwerpunktpraxis für die Behandlung von Impfschäden der "Corona-Impfung". Er nahm wahr, daß die Techniker-Krankenkasse zunehmend Patienten von ihm unter Druck setzte, bestimmte Fachärzte aufzusuchen oder bestimmte Medikamente zu fordern. Ihm hielt die Techniker-Krankenkasse insbesondere vor, daß er das Ersetzen von verordneten Arzneimitteln durch eine kostengünstigere wirkstoffgleiche Alternative (aut-idem-Regelung) ausschließe und lud ihn mit Schreiben vom 6.1.2025 zu einem Gespräch ein. Ralf Tillenburg antwortete noch am selben Tag mit einem geharnischten Brief, dessen Wortlaut wir nachfolgend veröffentlichen. (hl)
Ralf Tillenburg (info-medico.de)
"Guten Tag,
ich erlaube mir, auf Ihre Anfrage ganz offen zu antworten.

Vor 2020 konnte man Ihre KK mit gutem Gewissen empfehlen, aufgrund guter Erfahrungen, die sowohl meine Patienten wie auch ich mit Ihnen machten. Heute jedoch empfehle ich Ihre Kasse nicht mehr.
Die Aufgabe einer Krankenkasse ist vor allem, die Kosten für notwendige Therapien zu übernehmen. Nicht jedoch ist es Ihre Aufgabe, sich in meine Therapiehoheit einzumischen.
Immer häufiger berichten mir Patienten, daß sie von Ihnen schriftlich unter Druck gesetzt werden bzw. Sie sich in der Form in meine Arbeit einmischen, daß Sie Patienten zu zwingen versuchen, bestimmte Fachärzte aufzusuchen, unnötige Rehas zu beantragen oder die Einnahme bestimmter Medikamentengruppen fordern (z.B. Antidepressiva). Die Patienten legen mir Ihre Schreiben vor, und diese werden Bestandteil der Patientenakte.
Damit überschreiten Sie eindeutig Ihre Kompetenzen, auch wenn Sie sich hinter dem MdK verstecken. Mit Vertretern einer KK, die sich in meine Aufgaben einmischt, werde ich sicher kein Gespräch führen, ich halte dies für reine Zeitverschwendung. Insbesondere brauche ich von Ihnen auch keine Ratschläge, wann ein aut-idem-Kreuz zu setzen ist und wann nicht. Insofern stehe ich für ein Gespräch nicht zur Verfügung!
Ich habe Verständnis dafür, daß Sie sparsam sein wollen. Aber Sie hätten es an der richtigen Stelle tun können, dann wäre Ihre finanzielle Situation deutlich besser als jetzt.
Seit 2020 fährt die Politik unser Gesundheitssystem an die Wand. Es war von Anfang an klar, daß die Corona-Pandemie eine künstliche Pandemie war, es war von Anfang an klar, daß die Impfung zu massiven Gesundheitsschäden in der Bevölkerung führen würde. Heute haben vermutlich 30-50 % der Corona-Geimpften einen schweren gesundheitlichen Schaden, der zum Tod, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, Zerstörung des Immunsystems (ständige Infekte, Krebs, Turbokrebs) führen wird oder bereits geführt hat. Ich kann dies aufgrund der wissenschaftlichen Studien und meiner Eigenschaft als Schwerpunktpraxis für Impfschäden eindeutig beurteilen. Die dadurch entstehenden massiven Kosten spüren Sie jetzt.
All dies wußten die Krankenkassen bereits 2020 zu Beginn der Pandemie. Zum Schutze Ihrer Versicherten wäre es Ihre Pflicht gewesen, die Versicherten vor der Impfung zu warnen, es wäre Ihre Pflicht gewesen, sich beratend gegen die staatlichen Anordnungen zu stellen. Stattdessen, wie mir durch entsprechende Infos bekannt ist, haben Sie das perfide Spiel mitgemacht.
Auch heute noch weigern Sie (und andere Kassen) sich, Impfschäden als solche anzuerkennen, setzten Statt dessen meine Patienten unter Druck, sind damit mitverantwortlich für Verschlimmerungen und unsägliches Leid der Betroffenen. Erst wenn sich das ändert, und Sie wieder auf Seiten der Betroffenen sind, bin ich zu einem Gespräch bereit, vorher definitiv nicht!
Mit freundlichem Gruß<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Mit einer Million dotiert: Ursula von der Leyen erhält den Internationalen Karlspreis**
Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Aachener Karlspreis verliehen bekommen - erstmals auch mit einem Geldgeschenk von einer Million Euro. Die Jury lobt insbesondere ihre Corona-Politik und den "Green Deal".
Marie Rahenbrock
Nach Preisträgern wie Konrad Adenauer, Winston Churchill oder zuletzt Wolodymyr Selenskyj hat nun Ursula von der Leyen den Karlspreis verliehen bekommen.
Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird 2025 mit dem Aachener Karlspreis für ihre Verdienste um Europa geehrt. Der Karlspreis ist erstmalig mit einer Million Euro dotiert. Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Hendrik Wüst (CDU), sagte in einer Pressemitteilung: "Ursula von der Leyen ist eine leidenschaftliche Streiterin für Europa - und gerade deshalb im 75. Jubiläumsjahr des Karlspreises eine würdige Preisträgerin."

Weiter sagte er: "Es gibt nur wenige Menschen, die sich so sehr der europäischen Integration verschrieben haben wie sie, die so überzeugt und überzeugend für ein geeintes, starkes und selbstbewußtes Europa kämpfen." Die Kommissionspräsidentin wolle "Europas Gewicht und Stimme in der Welt" stärken. In der Begründung der Jury heißt es zur Situation der Europäischen Union: "Die Europäische Union wird bedroht - von außen durch den Aggressionskrieg Rußlands, von innen durch Demagogen, Rassisten, Antisemiten, Anti-Europäer."
Über Ursula von der Leyen sagt die Jury: "Sie ist auch die Führungskraft, die aufgrund der im Amt erworbenen Anerkennung in der Lage ist, die bestehenden und künftigen Aufgaben zu meistern." Vor allem wird ihr Eintreten für den Green Deal und die Bekämpfung der Corona-Pandemie gelobt. Ziel des Green Deals ist es, daß die Wirtschaft bis 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstößt. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.
Der Karlspreis wird seit 1950 für besondere Verdienste um Europa verliehen. Erstmals ist er angesichts des 75. Jahrestages mit einer Million Euro dotiert, zuvor war er undotiert. Andere Preisträger waren zum Beispiel Angela Merkel (2008), Martin Schulz (2015), Papst Franziskus (2016) oder der aktuelle Präsident der Vereinten Nationen, António Guterres (2019). Zu den ersten Preisträgern gehörten 1954 Konrad Adenauer und 1955 Winston Churchill.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Wahlbeeinflussung? Demokratieförderung!**
Von *Johann Leonhard*
Elon Musk macht Werbung für die AfD? Das geht gar nicht, fauchen Ampel-Politiker und Qualitätsjournalisten empört. Daß dieselben Vorzeigedemokraten sich von Milliardären wie Bill Gates oder George Soros unterstützen lassen, verschweigen sie. …
Die Doppelmoral kennt in Deutschland keine Grenzen. Wenn Politiker etablierter Parteien und Journalisten alteingesessener Medien den Tech-Milliardär und Medienunternehmer Elon Musk für seine Äußerungen zur AfD geißeln, zeigt das: Wahlbeeinflussung machen immer nur die anderen. Wenn man selbst in anderen Ländern gegen mißliebige Politiker schießt oder sich von Milliardären pampern läßt, dann ist das angeblich Demokratieförderung.
Wäre die Empörung vergleichbar groß, wenn Musk die Grünen unterstützt hätte? Wohl kaum. Die Demokratie ist offensichtlich nur dann gefährdet, wenn die AfD von offenem Meinungsaustausch profitiert. Insofern wird auch verständlich, warum das Gespräch zwischen Elon Musk und Alice Weidel von Berlin bis Brüssel Wutanfälle auslöste.
Einspruch von Bystron
Von COMPACT nach seiner Meinung zu dem künstlichen Skandal befragt, erklärt der AfD-Europaabgeordnete Petr Bystron: "Elon Musk hat die Zensur durchbrochen. Bisher wurde die AfD in den Medien systematisch benachteiligt - entweder beschwiegen oder mit negativen Themen behaftet. Das Establishment hat Angst davor, daß die AfD ihre Botschaften ungefiltert an die Wähler bringen kann."
Im Interview mit dem großen tschechischen Mainstream-Medium Plus sprach Bystron gerade ohne Umschweife den Elefanten im Raum an: Die Empörung über Musks Wahlempfehlung sei völlig verlogen, denn: "Es ist nicht ungewöhnlich, daß ausländische Politiker oder Akteure verschiedene Parteien und Strömungen unterstützen. Bill Gates, zum Beispiel, gibt dem Magazin Der Spiegel 5 Millionen, unterstützt NGOs usw."
Wer im Glashaus sitzt …
In der Vergangenheit haben zahlreiche Politiker, die sich gerade über die angebliche Einmischung von Musk aufregen, Wahlkampfhilfe befreundeter Milliardäre gerne angenommen oder sogar selbst Wahlempfehlungen ausgesprochen. Hier die entlarvendsten Beispiele:
1. Der Software-Milliardär und die SPD
Ende Januar 2013 titelte die Berliner Morgenpost: "SPD holt sich Hilfe von Microsoft-

Gründer Bill Gates." Weiter lesen wir: "Die SPD-Spitze hatte auf ihrer Klausurtagung einen prominenten Gast: Bill Gates unterstützt die Sozialdemokraten bei der Finanzmarktsteuer."
Der damalige SPD-Chef Sigmar Gabriel gab sogar eine gemeinsame Presseerklärung mit Bill Gates ab, in der gefordert wurde, die deutsche Entwicklungshilfe in ein "europäisches Gesamtkonzept" einzubetten. Ob davon am Ende auch die Bill & Melinda Gates Foundation profitiert hat. Wer weiß!

2. Der Mega-Spekulant und die Grünen

Anfang 2019 veröffentlichte der Milliardär und Vorsitzende der Open Society Foundations, George Soros, auf der Webseite Project Syndicate eine Abhandlung, in der er die Grünen mit viel Lob bedachte. Sie hätten sich "zur einzigen konsequent pro-europäischen Partei im Lande entwickelt, und sie legen in den Meinungsumfragen weiter zu, während die AfD ihren Zenit erreicht zu haben scheint", so das Gewäsch. Daß sich die Öko-Partei damals mit Händen und Füßen gegen den PR-Beitrag des Großspekulanten gewehrt hätte, ist nicht überliefert.

3. Engagement für "liberale Werte" und offene Grenzen

Mitte 2019 berichtete die Welt über Soros und die Pläne seiner Stiftung, sich - explizit gegen die AfD - in Deutschland zu engagieren. Wir lesen: "Die Stiftung des US-Milliardärs George Soros erwägt, sich angesichts des Erstarkens der AfD auch in Deutschland zu engagieren."
Die Direktorin der Soros-Filiale in Deutschland, Selmin Caliskan, erklärte: "Wir schauen uns Möglichkeiten an, Akteure im Osten Deutschlands, die unsere Werte teilen, zu unterstützen". Konkret geplant sei eine Initiative zur "Bekämpfung von Haßverbrechen". Offen gab man zu, daß "in Deutschland etwa 50 zivilgesellschaftliche Organisationen" gefördert würden. Interessant: Die Bekanntmachung und der Umzug der Stiftung nach Berlin folgte auf den Rauswurf aus Ungarn. Die Soros-Büros in Budapest hatte Premier Viktor Orban zuvor geschlossen - mit Verweis auf die kritikwürdige Wühlarbeit des Milliardärs.

4. Scholz trommelt für Macron

Im April 2022 machte Bundeskanzler Olaf Scholz mit einer Wahlwerbung für den französischen Präsidenten Macron von sich reden. "Per Zeitungsartikel rufen Bundeskanzler Scholz und seine Amtskollegen aus Spanien und Portugal die Wählerinnen und Wähler auf, für Macron zu stimmen", berichtete damals die Tagesschau. Ziel der gezielten Kampagne: einen Wahlsieg der "Rechtspopulistin Marine Le Pen" verhindern helfen.
In dem Gastbeitrag, den die französische Zeitung Le Monde abdruckte, hieß es wörtlich zum damals bevorstehenden Urnengang:
"Es ist die Wahl zwischen einem demokratischen Kandidaten, der weiß, daß Frankreichs Stärke in einer mächtigen und unabhängigen Europäischen Union zunimmt. Und einer Kandidatin der extremen Rechten, die sich offen mit denen solidarisiert, die unsere Freiheit und Demokratie angreifen."
Die Tagesschau bezeichnete den Vorgang als "ungewöhnlich". Wahlbeeinflussung? Iwo!

5. Merz mischt bei Wahlen in Rumänien mit

Erst Anfang Dezember 2024 sprach CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz eine Wahlempfehlung für die Präsidentschaftswahl in Rumänien aus.
Via X verkündete er in gebieterischem Ton: "Stimmen Sie für Europa, für Freiheit, Freizügigkeit, Freihandel und gegenseitige Unterstützung. Stimmen Sie für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie, für Meinungsfreiheit, für unseren European Way of Life. Simmen Sie für die pro-europäische Kandidatin @ElenaLasconi."
Das ist auch deshalb witzig, weil Merz sich über die angebliche Wahlbeeinflussung des Tech-Milliardärs Elon Musk schwarz geärgert hat. Nach dem Musk-Gastbeitrag in der Welt erklärte er, daß er sich "nicht erinnern" könne, "daß es in der Geschichte der westlichen Demokratien einen vergleichbaren Fall der Einmischung in den Wahlkampf eines befreundeten Landes gegeben hat".

6. Steinmeier ätzt gegen Trump

Im August 2016 machte der damalige SPD-Außenminister Steinmeier (heute unser Bundespräsident) mit Bemerkungen von sich reden, die man ob seines Amtes wohl kaum als private Meinungsäußerungen bezeichnen konnte. Den damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump nannte er einen "Haßprediger", wie die Deutsche Welle berichtete.

Im Rennen um die Macht im Weißen Haus sah er das "Ungeheuer des Nationalismus" heraufziehen. Populisten wie Trump oder auch Brexit-Befürwortern warf er vor: "Sie spielen mit den Ängsten der Menschen, sie machen mit Angst Politik." Auch hier: Keine Wahlbeeinflussung, nirgends!

7. Wahlbeeinflussung durch milliardenschwere Staatsmedien?

Was in diesem Zusammenhang ruhig erwähnt werden darf: In Deutschland werden alle Bürger zu einer monatlichen Zwangsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (18,36 Euro, bitte!) verpflichtet. Ausgewogene oder zumindest politisch neutrale Berichterstattung können sie dafür jedoch nicht erwarten. Die AfD als stärkste Oppositionspartei des Landes war in den Talkshow-Formaten der regierungsnahen Sender kaum vertreten. Ein X-Nutzer kommentierte: "Wenn das keine Wahlmanipulation und kein krasser Bruch des Medienstaatsvertrages ist, was dann?"

Besonders hervorgetan haben sich zwei Journalisten der Öffentlich-Rechtlichen, die durch ihre Objektivität weltbekannt sind: Georg Restle und Anja Reschke. Erster erklärte zu Musks angeblicher Einmischung (ausgerechnet auf X!) allen Ernstes:

"Halt's Maul Elon! Wir wollen deinen Faschismus in Europa nicht!"

Anja Reschke spielte auf derselben Klaviatur: "Hey @elonmusk - halt dich raus - es ist nicht deine Sache. Es ist unser Land - Du hast absolut keine Ahnung - wenn irgend jemand ein Experte in Sachen Faschismus ist, dann sind wir das - verzieh dich und spiel mit deinen Raketen." Das war natürlich unfreiwillig komisch und entlarvend.

Meloni sagt, was Sache ist

In den Streit um angebliche Wahlbeeinflussung durch Elon Musk hat sich gerade auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eingemischt. Sie erklärte: "Musk ist keine Bedrohung für die Demokratie. Musk ist eine berühmte und wohlhabende Person. Das Problem ist nicht, daß Reiche ihr Vermögen nutzen, Parteien und Politiker zu finanzieren. Musk tut es nicht, Soros tut es, aber dann heißt es Philanthropie."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Faesers neue Idee: Heimaturlaub für Syrer**

Von *Michael Brück*

Wer tausende Kilometer flieht, um in Deutschland Asyl zu beantragen - und geltend macht, in seinem Herkunftsland verfolgt zu werden - sollte eigentlich froh sein, dieses Land nicht mehr betreten zu müssen. So zumindest die Theorie. In der Praxis gibt es immer wieder Asylbewerber, die in ihrem Heimatland Urlaub machen, was jedoch zum Verwirken des Aufenthaltsrechtes in der Bundesrepublik führen kann. Bundesinnenministerin Nancy Faeser stößt das auf: Sie will syrischen Asylbewerbern jetzt einen "Erkundungsurlaub" ermöglichen, um sich anschauen, ob es ihnen nicht vielleicht doch wieder in der Heimat gefallen könnte.

Solche Irrsinns-Ideen verwundern kaum: In COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" zeigen wir, wer die Verantwortlichen der gescheiterten Asylpolitik sind. Und die Bundestagswahl eine Möglichkeit bietet, den Kurs endlich zu ändern. Hier mehr erfahren.

Konkret plant Faeser, eine Sonderregelung für syrische Asylbewerber zu erlassen, mit der ein "pragmatischer Weg" gefunden werden soll, um Syrien-Reisen zu ermöglichen, ohne daß Asylbewerber ihr Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik verlieren. "Es ermöglicht erst freiwillige Rückkehr nach Syrien, wenn sich Menschen auch ein Bild machen können, ob Häuser

noch stehen, ob Familienangehörige zum Teil noch leben, zu denen vielleicht lange kein Kontakt mehr bestand und ob sie in ihrer Heimat wirklich sicher sind", zitiert die Frankfurter Allgemeine Faesers Ministeriumssprecher Maximilian Knall.

One-Way-Ticket statt "Schnupperbesuch" in der Heimat

Die neuesten Ideen aus dem Hause Faeser machen einmal mehr deutlich, wie wenig Interesse die Bundesregierung daran hat, massenhaften Asylmißbrauch zu beenden. Nach dem Putsch gegen die Assad-Regierung dürfte für viele syrische Asylbewerber, die geltend gemacht haben, vor dem ehemaligen Präsidenten geflohen zu sein, der Fluchtgrund entfallen sein. Doch während Außenministerin Annalena Baerbock bereits großzügig Geldgeschenke an die neue Islamisten-Regierung verteilt und mit Assads Nachfolgern auf Tuchfühlung geht, sollen in Deutschland lebende Syrer erst einmal einen Schnupperbesuch machen, um zu schauen, ob es ihnen in ihrer Heimat noch gefallen könnte.

Tatsächlich braucht es aber keinen Schnupperbesuch in Syrien, sondern bei den allermeisten Asylbewerbern, die geltend gemacht haben, als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen zu sein, die Heimreise per One-Way-Ticket. Wenn es die offizielle Sprachdoktrin ist, den Krieg in Syrien für beendet zu erklären (obwohl es weiterhin in Landesteilen Spannungen gibt, die jedoch auch in absehbarer Zeit nicht beendet sein werden), gibt es keinen Grund, den Aufenthalt weiterhin zu gestatten.

Ein Asylanspruch im Sinne von Artikel 16 GG, sprich geltend gemachte politische Verfolgung, liegt nämlich nur bei einem sehr geringen Teil der syrischen Asylbewerber vor und selbst dort sollte jetzt, nach Änderung der politischen Verhältnisse in Syrien, eine umfangreiche Prüfung durchgeführt werden. Die Rechtslage ist eindeutig, sie müßte nur umgesetzt werden.

Die Forderung nach Remigration wird ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf sein.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31723" berichtet am 15. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Inflation: Warum alles immer teurer wird**

Immer wieder wird in den Leitmedien über das Thema Inflation berichtet. Die Inflationsrate sei in Deutschland überraschend kräftig gestiegen. Waren und Dienstleistungen verteuerten sich um durchschnittlich 2,0 % - bei weitgehend gleichbleibenden Löhnen und Gehältern. Grundsätzlich habe die hohe Inflation die deutschen Haushalte im vergangenen Jahr vor große Herausforderungen gestellt - so die Aussage einer Studie, die von der TeamBank AG Nürnberg in Auftrag gegeben wurde.

Dies gilt insbesondere für die Preissteigerungen bei Lebensmitteln. So sei z.B. der Preis für Olivenöl seit Juni 2021 um 108 % gestiegen, Zucker sei seit 2021 um 74 % teurer, Kartoffeln um 49,2 %, der Brotpreis sei von 2019 bis 2024 um rund 37 % gestiegen - nur um einige Zahlen zu nennen. Neben den Preissteigerungen bei Strom und Heizung fühlten sich 52 % der Deutschen durch die Preisanstiege im Lebensmittelsektor am stärksten belastet.

Die Massenmedien führen als Ursachen stets allerlei plausibel klingende Begründungen an. Interessant ist dabei aber, daß eine Ursache dabei stets umschifft wird, die aber wohl eine der gewichtigsten überhaupt ist, da sie alle Lebensbereiche gleichermaßen betrifft:

Der Zusammenhang der steigenden Preise mit unserem Schuldgeldsystem - ein Geldsystem, das sich massiv auf die Preise von Waren, Dienstleistungen und Lebensmitteln niederschlägt! Welche Ausmaße das hat, sieht man anschaulich an den USA. Die Staatsverschuldung lag dort 2023 bei 32,9 Billionen US-Dollar. Somit mußten sie in 2024 die unvorstellbare Summe von über einer Billion US-Dollar nur für Zinsen auf die öffentlichen Schulden bezahlen!

Die Zinsen stellen damit nach den Sozialausgaben den zweithöchsten Wert im US-Haushalt dar und Experten prognostizieren, daß sie in Kürze der größte Haushaltsposten sein werden. International wird laut dem IWF die weltweite Staatsverschuldung Ende des Jahres 2024 die Marke von 100 Billionen Dollar (!) überschreiten.

Was diese enorme Schuldenlast mit den aktuellen Preissteigerungen zu tun hat, hören Sie nun in einem bereits 2013 ausgestrahlten, aber immer noch brandaktuellen AZK-Vortrag. Er bringt weitere brisante Fakten, die Ihnen in den Leitmedien weitgehend vorenthalten werden.<<

16.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Magdeburg-Attentäter war 105-mal aktenkundig beim BKA: Zeit für Innere Sicherheit!**

In was für einem Land leben wir, wenn Innenministerin Faeser (SPD) trotz einer solchen Zahl im Amt bleiben kann? Sage und schreibe 105-mal ist der Magdeburger Weihnachtsmarkt-Attentäter seit 2013 beim BKA aktenkundig gewesen. 14 Ermittlungsverfahren liefen gegen den Migranten aus Saudi-Arabien, der bereits vor dem Attentat mehrfach straffällig wurde. Behörden in sechs Bundesländern waren mit dem Mann befaßt - darunter auch Bundesländer wie Berlin und Nordrhein-Westfalen, die aktuell von der CDU regiert werden. Das Ergebnis: Sechs Menschen sind tot, Hunderte sind verletzt, Dutzende schwer.

Und wie reagieren die Verantwortlichen auf dieses unfaßbare Desaster? Sie diskreditieren die Kritiker und bauen - wie aktuell der mit CDU-Parteibuch ausgestattete Innenminister von Hessen - an einem Kontroll- und Überwachungsapparat gegen mißliebige Bürger und vermeintliche "Desinformation". Faeser droht mit einem Skandal-Erlaß Polizeibeamten, die sich für die AfD engagieren. Gleichzeitig bleibt die CDU bei den Themen Grenzschutz und Abschiebungen auf ganzer Linie untätig!

Wenn wir die etablierten Parteien nicht stoppen und wenn auf ihre faulen Ausreden und Beschwichtigungen weiterhin hereingefallen wird, dann wird Magdeburg bald immer und überall sein. In einem solchen Land wollen wir nicht leben! Wir sorgen dafür, daß illegalen Migranten gar nicht erst in unser Land kommen und Straftäter schon beim ersten Mal sofort abgeschoben werden. Es ist Zeit für die Wiederherstellung der Inneren Sicherheit mit der AfD!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Totalitäre Praktiken der CDU stoppen, Meinungsfreiheit schützen!**

Hessens Innenminister Roman Poseck hat eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, um Desinformation zu bekämpfen. Dazu gehören Sonderauswertungseinheiten, staatlich orchestrierte "Sensibilisierung" und eine engmaschige Überwachung vor der Bundestagswahl 2025.

Die Maßnahmen von Hessens CDU, angeblich zum Schutz vor Desinformation, greifen frontal die Meinungsfreiheit an. Mit Sonderauswertungseinheiten, staatlich orchestrierter "Sensibilisierung" und einer immer engmaschigeren Überwachung wird versucht, den Informationsfluß zu kontrollieren und kritische Stimmen mundtot zu machen. Das Ziel scheint klar: Eine staatlich regulierte Meinungsbildung, die mit einer offenen und freien Demokratie nichts mehr zu tun hat.

Was hier geschieht, ist ein klarer Bruch mit den Grundsätzen demokratischer Werte. Unter dem Vorwand, Desinformation zu bekämpfen, wird ein Klima der Einschüchterung geschaffen. Bürger müssen zunehmend fürchten, daß ihre Meinung sie ins Visier bringen könnte. Das Vertrauen in staatliche Institutionen, das ohnehin bröckelt, wird durch diese ideologisch getriebenen Eingriffe endgültig zerstört.

Und was macht die CDU? Sie geht Hand in Hand mit den Grünen. Diese Maßnahmen zeigen, daß es zwischen den beiden keine echte politische Alternative mehr gibt. Es ist nur eine weitere Manifestation derselben ideologischen Agenda - gegen die Interessen der Bürger. Wer CDU wählt, wählt letztlich die Ideologie der Grünen - mit all den Konsequenzen für Meinungsfreiheit und Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Eingeladen: AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla wohnt Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump bei**

Der AfD-Bundessprecher und Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, folgt am 20. Januar einer Einladung zur Amtseinführung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, nach Washington D.C. Begleitet wird er von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beatrix von Storch.

Dazu teilte Chrupalla mit: "Der Amtseinführung von Präsident Donald Trump beizuwohnen, zeigt einmal mehr, daß wir unsere interessengeleitete Politik umsetzen. Diese Präsidentschaft wird die Welt nachhaltig verändern. Mit unserer Kanzlerkandidatin Alice Weidel, stehen wir als Alternative bereit, ein starker Partner auf dem Kontinent Europa zu sein. Deutschland muß gute und friedliche Beziehungen zu allen Ländern unterhalten."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Bundestagswahlkampf: Impfopfer stellt Scholz bloß - "Lauterbach hat mein Leben zerstört!"**

Bei einem Wahlkampfauftritt im westfälischen Lünen hat ein Impfopfer Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) bittere Vorwürfe gemacht. Dessen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) habe Entschädigungen versprochen - "bis heute nichts passiert", klagte Katharina König, die laut eigener Aussage schwer krank in Rente gehen mußte - wegen einer Impfung, die sie nicht freiwillig bekommen habe. Nun kämpfe sie für Impfgeschädigte und deren finanzielle Entschädigung. Lauterbach habe auch ihr Leben zerstört.

Scholz war am Montag (13. Januar) bei einer Wahlveranstaltung im Kreis Westfalen-Lippe aufgetreten, als Katharina König das Mikrofon ergriff und über Corona-Impfschäden sprach.

Sie erzählte: "Ich bin ein Arbeiterkind, meine Mutter war 40 Jahre in der SPD. Ich habe immer SPD gewählt, aber Herr Lauterbach hat mein Leben kaputtgemacht. Und meine Frage ist: Ihr Gesundheitsminister hat am 12.3.2023 den Impfgeschädigten - ich bin eine von Millionen - Entschädigungen versprochen. Bis heute hat er nichts getan."

Die Worte des Impfopfers perlten an Scholz ungerührt ab. Statt darauf einzugehen, lenkte der Noch-Kanzler ab und sprach über die Folgen von Long-Covid.

Sodann lobte Scholz das Impfregime: "Ich bin froh, daß sehr früh und gerade auch in Deutschland Impfstoffe entwickelt worden sind, die uns geholfen haben, daß mehr Menschen am Leben geblieben sind."

Tobias Ulbrich, ein auf Impfschäden spezialisierter Rechtsanwalt, hat den empathielosen Auftritt des Noch-Kanzlers auf X dokumentiert und stellt dabei so einiges klar.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Alice Weidel (AfD) zu neuen Faeser-Plänen: "Politische Säuberungen bei der Polizei werden wir nicht hinnehmen!"**

AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel hat entschiedenen Widerstand gegen Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu politischen Säuberungen bei der Bundespolizei angekündigt. Diese seien eine "Gefahr für die Demokratie", erklärte die AfD-Chefin in Berlin und ließ keinen Zweifel daran: "Das werden wir nicht hinnehmen!"

Medienberichten zufolge will Faeser per Erlaß Beamte der Bundespolizei, die sich in der AfD engagieren, aus dem Dienst entfernen. Weidel sprach von einem "gravierenden Amtsmißbrauch" der Innenministerin und ihres untergeordneten Bundespolizeipräsidenten Dieter Romann. Die Pläne seien "alarmierend" und stellten einen "grundrechtswidrigen Angriff auf die politische Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit unserer Sicherheitsbehörden" dar.

"Wir werden uns juristisch wehren"

Die AfD-Bundessprecherin betonte: "Politisch motivierte Säuberungen in Behörden kennt man nur aus Diktaturen und sind eine Gefahr für die Demokratie. In einem funktionierenden

Rechtsstaat müssen Polizisten mit keinen Konsequenzen rechnen, allein weil Sie als Beamter Mitglied in der AfD und vielleicht sogar politisch aktiv sind. Nur die schuldhafte Verletzung der Verfassungstreue stellt ein Dienstvergehen dar, welches disziplinarrechtlich geahndet werden kann."
Die AfD-Kanzlerkandidatin kündigte an: "Wir werden uns daher mit allen rechtlichen Mitteln gegen diesen verfassungswidrigen Versuch wehren, die Bundespolizei und andere staatliche Institutionen von politisch unliebsamen Bürgern zu 'säubern'. Es ist ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, den wir nicht hinnehmen werden."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Geld im Gefrierfach: Großrazzia bei Anbietern von Uber und Bolt**

Bei dutzenden Personen, die über Uber und Bolt Personenbeförderungen anbieten, hat es am Donnerstag eine Großrazzia gegeben. Nach monatelangen verdeckten Ermittlungen wurden seit dem Morgen insgesamt 49 Objekte durchsucht, hauptsächlich im Rhein-Main-Gebiet mit Schwerpunkt im Stadtgebiet Frankfurt am Main, aber auch in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin.
Es gehe dabei um den Verdacht "der besonders schweren illegalen Beschäftigung, der besonders schweren Steuerhinterziehung und der bandenmäßigen Urkundenfälschung", wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main mitteilte. An der Maßnahme seien insgesamt mehr als 150 Einsatzkräfte sowie zwei Spürhunde für elektronische Geräte beteiligt, um Beweismittel sicherzustellen und Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Die laufenden Ermittlungen richteten sich aber ausdrücklich nicht gegen die Unternehmen Uber Germany GmbH und Bolt Services DE GmbH selbst, betonte die Staatsanwaltschaft.
Die insgesamt 30 Beschuldigten sollen seit 2022 und bis heute über die Plattformen vermittelte Personenbeförderungsfahrten nahezu ausschließlich mit Arbeitnehmern durchgeführt haben, die nicht zur Sozialversicherung gemeldet sind. In einer Vielzahl von Fällen wird den Beschuldigten zudem zur Laßt gelegt, Fahrer beschäftigt zu haben, die nicht im Besitz eines hierzu benötigten Personenbeförderungsscheines sind; vielmehr sollen die Fahrer vielfach mit Fälschungen ausgestattet worden sein. Schließlich wird den Beschuldigten auch noch vorgeworfen, die auf die Personenbeförderungsfahrten hin angefallene Umsatzsteuer nicht abgeführt zu haben.
Die der Tätergruppierung zur Laßt gelegte Gesamtschadenssumme liegt nach Angaben der Ermittler bei etwa zwei Millionen Euro. Deswegen wurde auch ein sogenannter "Vermögensarrest" über etwa 1,8 Millionen Euro vollstreckt. Deshalb wurden über 100 Kraftfahrzeuge der beschuldigten Haupttäter gepfändet, die von diesen bislang für die inkriminierten Personenbeförderungsfahrten eingesetzt wurden. Im Zuge der Durchsuchungen konnte auch Bargeld im sechsstelligen Bereich gepfändet werden. Alleine 238.000 Euro wurden in der Wohnung des Hauptbeschuldigten gefunden - deponiert war es in einem Gefrierfach, wie die Staatsanwaltschaft weiter mitteilte.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**NRW: Immer höhere Kosten für unbegleitete angeblich minderjährige Flüchtlinge**

Die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen haben sich in zwei Jahren mehr als verdoppelt. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" (Freitagsausgabe) unter Berufung auf das NRW-Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration berichtet, stiegen die Ausgaben von 123,6 Millionen Euro im Jahr 2022 auf 284,4 Millionen im Jahr 2024.
2023 lagen die Kosten den Angaben zufolge bei 164,4 Millionen Euro. Die Entwicklung korrespondiert mit stark gestiegenen Fallzahlen. Nach den Angaben wurden 2020 in NRW noch 1.796 Mädchen und Jungen "in Obhut" genommen.
2023 waren es 7.668 Minderjährige. 2021 kamen 2.490, im Jahr darauf 6.529 Kinder und Ju-

gendliche nach Nordrhein-Westfalen. Die meisten von ihnen werden in Köln untergebracht: Bereits 2020 waren es 346, im Jahr 2023 stieg die Zahl auf 478. Zum Vergleich: In Düsseldorf waren es 2023 insgesamt 364, in Bonn 118, in der gesamten Städteregion Aachen 452 und in Leverkusen 65.
Den finanziellen Aufwand bekommen die Kommunen vom Land erstattet. "Seit dem Anstieg der Zuzugszahlen Ende 2021/Anfang 2022 stehen die Kommunen in der Tat vor großen Herausforderungen", sagte eine Ministeriumssprecherin. Um auf die "enormen Belastungen der Jugendämter" zu reagieren und den Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze zu vereinfachen, habe die Landesregierung im März 2022 sogenannte "Brückenlösungen" zugelassen. In der Praxis bedeutet dies, daß die Jugendämter übergangsweise auch Einrichtungen vor Ort nutzen können, die "kurzfristig vor Abschluß einer Betriebserlaubniserteilung" stehen, so die Sprecherin.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**124 Beförderungen in Ministerien nach Ampel-Aus**
Nach dem Aus der Ampel-Koalition wurden im Dezember 2024 in den Bundesministerien 124 Beamte befördert, die zuvor mindestens der Besoldungsstufe A15 angehörten. Dies geht aus einer bislang unveröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Matthias Hauer hervor, über die die "Welt" (Freitagausgabe) berichtet.
Die meisten Beförderungen gab es demnach im Auswärtigen Amt unter Leitung von Annalena Baerbock (Grüne) sowie in den SPD-geführten Ministerien für Entwicklung, für Arbeit und für Inneres. Im Außenministerium wurden im Dezember 48 Beamte befördert, von insgesamt 130 hochgestuften Beamten im Jahr 2024.
Im Entwicklungsressort unter Leitung von Svenja Schulze (SPD) gab es im Dezember 26 Beförderungen von insgesamt 27 im Jahr 2024. Hubertus Heils (SPD) Arbeitsministerium beförderte im Dezember 16 Beamte, im gesamten Jahr 28. Im Innenressort wurden unter Nancy Faeser (SPD) im Dezember elf Beamte befördert, im Jahr 2024 insgesamt 24 Beamte. Hauer sprach von einer "unanständigen Beförderungsoffensive auf den letzten Ampel-Metern" sowie einer "Selbstbedienungsmentalität" bei SPD und Grünen.
"Statt nach dem Bruch der Koalition bei Beförderungen Zurückhaltung zu üben, schöpfen SPD und Grüne aus dem Vollen", sagte der Finanzpolitiker. Angesichts des Zeitpunkts nach dem Koalitionsbruch und der hohen Zahlen dränge sich der Eindruck auf, "daß bei den Beförderungen nicht ausschließlich fachliche Erwägungen ausschlaggebend" gewesen seien. Die Zeche für diese "Operation Abendsonne" zahlten die Steuerzahler, sagte er. Die betroffenen Bundesministerien wiesen die Vorwürfe entschieden zurück.
Über die Beförderungen sei im Rahmen regulärer Beförderungsrunden entschieden, die vor dem Ausscheiden der FDP aus der Bundesregierung initiiert worden seien. Eine Präjudizierung der künftigen Bundesregierung sei nicht gegeben. Alle Beförderungen seien "unter Beachtung der personal- und haushaltsrechtlichen Vorgaben langfristig geplant" worden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Magdeburg-Attentäter hatte 105 Akten-Einträge in sechs Bundesländern**
Insgesamt 105 Mal tauchte der Magdeburg-Attentäter, al-Abdulmohsen, vor seinem Anschlag auf in Behörden-Akten auf, enthüllt nun ein BKA-Bericht. In sechs verschiedenen Bundesländern hatten sich Behörden mit ihm beschäftigt.
Von *Redaktion*
Wenige Wochen nach dem tödlichen Anschlag von Magdeburg ist klar: Daß der Täter in den Weihnachtsmarkt der Stadt rasen konnte und dabei sechs Menschen tötete, war auch das Resultat von Behördenversagen. Eine Recherche des Spiegels zeigt, wie groß das Ausmaß davon wirklich war - ein Bericht des BKA an den Bundestag spricht von 105 aktenkundigen Vor-

gängen und Behörden aus sechs Bundesländern, die sich mit dem Täter, Taleb al-Abdulmohsen, beschäftigten und ihn am Ende doch nicht stoppten.
Dieses laut Spiegel vertrauliche Dokument, das für die Sitzung des Innenausschusses am Donnerstag vorgesehen ist, zeigt al-Abdulmohsens Kontakt mit den verschiedenen Behörden. Es ist bereits bekannt, daß er immer wieder Ärger mit der Justiz hatte.
2013 wurde er wegen der Androhung von Straftaten rechtskräftig verurteilt, nachdem er am Telefon gegenüber einer Mitarbeiterin der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern mit einem Anschlag gedroht hatte. Zuletzt lief ein Verfahren wegen des Mißbrauchs von Notrufen, bei dem er am Tag vor seinem Anschlag noch von einem Gericht in Berlin verurteilt wurde.
Laut dem Bericht des BKA liefen insgesamt in den vergangenen Jahren 14 Ermittlungsverfahren gegen den Täter von Magdeburg, meistens ohne Folgen. 18 Anzeigen soll er laut dem Bericht selbst gestellt haben.
Immer wieder, in insgesamt acht Sachverhalten, befaßte sich auch das BKA mit al-Abdulmohsen, das zeigte kürzlich die Antwort auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Martin Sichert. Auch mit seinen Anzeigen gegen Andere zeigte al-Abdulmohsen sein verzerrtes Weltbild. So zeigte er mehrmals Richter und Staatsanwälte an, von denen er sich ungerecht behandelt gefühlt hatte.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Asyl & Steuern: Deutsche setzen auf Weidel**
Von *Daniell Pföhringer*
Die AfD-Chefin kann bei den Deutschen auf immer mehr Kompetenzfeldern punkten. Das zeigt eine neue Umfrage von INSA. …
Alice Weidel, die Kanzlerkandidatin der AfD, wird nicht nur immer beliebter bei den Deutschen, ihr trauen laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA auch immer mehr Menschen zu, die drängendsten Probleme in unserem Land lösen zu können.
Laut INSA liegt Weidel nicht nur mit einem Zustimmungswert von 24 Prozent an der Spitze aller Kanzlerkandidaten, eine Mehrheit von 41 Prozent ist auch der Ansicht, daß die AfD-Frontfrau als Regierungschefin am ehesten dazu in der Lage werde, die Zahl der Asylbewerber zu senken.
Damit liegt Weidel meilenweit vor Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz, auf den in dieser Frage nur 19 Prozent setzen. Noch weiter abgeschlagen sind Olaf Scholz (SPD), dem nur acht Prozent zutrauen, am konsequentesten gegen Asylmißbrauch vorzugehen, und Robert Habeck (Grüne), der hier nur von fünf Prozent der Befragten als bester Problemlöser gesehen wird.
Auch bei dem Thema Steuersenkungen für Arbeitnehmer legen die meisten Befragten die größte Hoffnung auf Weidel (20 Prozent). Nur 17 Prozent setzen hier auf den amtierenden Kanzler Scholz. Merz rangiert mit zwölf Prozent erst auf Platz drei, während sich von Robert Habeck nur neun Prozent die größten Entlastungen erhoffen.
Nur beim Thema Wirtschaft trauen die meisten Befragten, nämlich 26 Prozent, Merz zu, die Lage am ehesten zu verbessern. Doch auch hier liegt Weidel mit 19 Prozent schon auf Platz zwei. Auf Amtsinhaber Scholz setzen in dieser Frage nur noch zehn Prozent. Damit liegt der Sozialdemokrat sogar noch hinter Habeck, dem zwölf Prozent zutrauen, das Land aus der Rezession zu holen.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump: Keine neuen Windräder in den USA**
Von *Daniell Pföhringer*
In wenigen Tagen tritt Donald Trump sein Amt als US-Präsident an. Nun kündigte er an, künftig den Bau von Windrädern in Amerika unterbinden zu wollen. Diese seien ein "wirtschaftliches und ökologisches Desaster". …
Der designierte US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, den Bau weiterer Windräder in

Amerika unterbinden zu wollen. Am Mittwoch schrieb Trump auf seiner Plattform Truth Social:
"Windräder sind ein wirtschaftliches und ökologisches Desaster. Ich möchte nicht, daß während meiner Amtszeit auch nur eines gebaut wird. Die Tausenden von ausrangierten und kaputten Windrädern sollten so schnell wie möglich abgerissen werden. Das ist die teuerste Energie, die nur mit massiven staatlichen Subventionen funktioniert, die wir nicht mehr zahlen werden!"
Damit unterstreicht der Republikaner einmal mehr, daß er gewillt ist, künftig wieder verstärkt auf fossile Energieträger wie Öl und Gas setzen will. Auf der anderen Seite will der Bald-Präsident die steuerliche Förderung von E-Autos und erneuerbarer Energien abschaffen.
Unter dem Schlagwort "Drill, baby, drill" hatte Trump im Wahlkampf immer wieder versprochen, die Förderung fossiler Energieträger anzukurbeln. Personell unterfüttert hat er dies mit der Benennung von Chris Wright zum neuen US-Energieminister. Wright ist Gründer und CEO von Liberty Energy, einem Unternehmen für Ölfelddienstleistungen.
Der 59-Jährige ist scharfer Kritiker der These des menschengemachten Klimawandels und bezeichnete sogenannte Klimaaktivisten als "Panikmacher". Die Bemühungen der US-Demokraten, erneuerbare Energien und E-Autos im Rahmen des sogenannten Green New Deal zu fördern, um so die Erderwärmung zu bekämpfen, verglich er mit dem Kommunismus in der Sowjetunion.
Neben Öl und Gas will Trump künftig auch verstärkt wieder auf Atomkraft setzen und damit die Branche neu beleben. Fünf Bundesstaaten hatten unlängst schon ihre jahrzehntealten Baustopps für Kernkraftwerke aufgehoben. Wie aus dem Umfeld der Republikaner zu hören ist, SMR, Small Modular Reactors. Das sind Mini-AKW, die schneller und günstiger herzustellen sind als die Großmeiler.<<

17.01.2025

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**So was fürs Internet wäre toll**
Meta-Chef Zuckerberg will mehr Freiheit auf Insta und Co. / Helfen "Community Notes" weiter?
Christian Schreiber
Meta-Chef Mark Zuckerberg hat in der vergangenen Woche eine "institutionalisierte Zensur" beklagt und angekündigt, in den konzerneigenen Diensten Facebook und Instagram insbesondere auf professionelle Faktenchecks zu verzichten und Statt dessen ein Community-Notes-System wie bei X einzuführen.
Seitdem ist die Aufregung groß. Verschwiegen wird zunächst einmal, daß sich die Ankündigung des Facebook-Chefs zunächst auf die USA bezieht. Die Verträge mit den "Faktenchekkern" in Deutschland laufen noch bis Ende des Jahres 2025. Dazu gehören unter anderem die Nachrichtenagentur dpa, die staatliche Förderung genießt, sowie das "Recherche-Team" Correctiv, das spätestens seit den "Enthüllungen" über ein vermeintliches Geheimtreffen von Potsdam einen eher zwielichtigen Ruf genießt.
Forscher sehen Faktenchecks wie auch Community Notes skeptisch
Die Faktenchecker, die bislang freiwillige Verträge mit Meta haben, berufen sich vorwiegend auf die neuen Regelungen in der EU durch den Ende 2022 in Kraft getretenen Digital Services Act (DSA), der konkrete Verfahren zur Bekämpfung von Haß und Desinformation auf sehr großen Online-Plattformen vorschreibt.
Als "sehr große Plattform" muß Meta etwa zweimal im Jahr einen Bericht an die EU-Kommission einreichen, aus dem hervorgeht, wie die Plattform arbeitet, welche Systeme sie einsetzt, um zu verhindern, daß Nutzer Haß und Hetze ausgesetzt sind. Zudem muß das Unternehmen ein Meldesystem bereitstellen, über das Nutzer, Behörden sowie zivile Organisa-

tionen rechtswidrige Inhalte einfach und schnell melden können.
Zuckerberg dagegen schwebt eine ähnliche Kontrolle vor, wie sie der amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk seit seiner Übernahme von X betreibt. Dort setzt man auf sogenannte "Community Notes". Damit können Nutzer kennzeichnen, welche Aussagen sie für falsch halten, statt wie bisher auf verifizierte Faktenchecker zu vertrauen. Die EU-Kommission setzt bislang eindeutig auf die "Faktenchecker", wobei der Digital-Pakt DSA ausdrücklich auch andere Ansätze für möglich hält.
Ob die von X auch in der EU eingesetzten Community Notes dazugehören, prüft die Kommission schon seit längerem, bisher aber ohne Ergebnis. Meta hat bisher mitgeteilt, das neue System zunächst in den USA testen zu wollen. Ob es auch im europäischen Raum zum Einsatz kommt, dürfte von der Einschätzung der Kommission maßgeblich abhängen.
Die FAZ hat sich kürzlich mit dem Stand der Forschung in diesem Bereich beschäftigt und brachte dabei erstaunliche Resultate zutage. Eine Gruppe Forscher am renommierten MIT habe bereits 2020 nachgewiesen, "daß eine große, politisch ausgeglichene Gruppe untrainierter Laien ähnlich effizient Nachrichtenartikel überprüfen kann wie professionelle Faktenprüfer". Die Gruppe kam allerdings auch zu der Einschätzung, daß ein System lediglich von Laien am Ende nicht zielführend sei. Ein Zusammenspiel mit Faktencheckern könnte durchaus sinnvoll sein.
Forscher der Universität in Luxemburg wiesen darauf hin, "daß Community Notes nicht die Interaktionen mit markierten Beiträgen mindern". Demnach würden die Faktenchecks in der Regel erst durchgeführt, nachdem sich die Beiträge mit Falschinformationen schon verbreitet haben. Und eine Analyse der Universität Gießen ergab, daß über alle Bevölkerungsgruppen hinweg den Community Notes mehr Vertrauen geschenkt wird.
Dafür führten die Forscher eine Umfrage in den USA durch. Interessant ist dabei aber die politische Gemengelage. Eher konservative Nutzer haben sich bereitwilliger mit den Community Notes auseinandergesetzt, während Angehörige des linken Spektrums auf die Faktenchecker setzten.
Die Forscher sehen übrigens bei beiden Ansätzen ein Problem: "Traditionelle, professionelle Faktenchecks werden immer dadurch limitiert sein, daß es nicht genug Experten gibt. Das gleiche trifft auch bei einem Community-basierten Ansatz zu, wenn auch in abgeschwächter Form", heißt es. Das bedeutet, daß eine verbreitete Meldung, die "viral" geht, teilweise kaum noch einzufangen ist. Alle Forscher kamen aber auch zu dem Ergebnis, daß Faktenchecker generell als oberlehrerhaft wahrgenommen werden. Daher sei es wichtig, daß Eingriffe auch ausreichend erläutert würden.
Die Meta-Entscheidung würde professionelles Faktenchecken in ein falsches Licht rücken, heißt es vom European Factchecking Standard Network, kurz EFCSN. "Factchecking bietet Gegenrede, bietet Kontext, bietet zusätzliche Informationen dafür an, daß sich Nutzerinnen und Nutzer selbst ein Urteil und eine Meinung bilden können." EFCSN verifiziert Faktencheck-Unternehmen und überprüft alle zwei Jahre, ob die sich an die offiziellen Standards halten.
Interessant ist dabei folgende Aussage: Um als Faktencheck-Unternehmen vom Verband verifiziert zu werden, wird überprüft, für wen die Faktenchecker arbeiten, woher sie Gelder beziehen und ob sie überparteilich sind.
Eine zu enge Parteibindung sei demnach ausgeschlossen. In Deutschland wurde vor allem die Rolle von Correctiv kritisiert. Die Ko-Geschäftsführerin Jeannette Gusko verließ vor einigen Wochen die Mediengruppe, um mit dem grünen Kanzlerkandidaten Robert Habeck in den Wahlkampf zu ziehen.
Und Meta-Chef Zuckerberg hatte in den USA eine große Einflußnahme des scheidenden US-Präsidenten Joe Biden kritisiert, als es um die Nebenwirkungen der Corona-Impfung ging.

Zuckerberg kündigte zudem an, Beschränkungen bei Themen wie Migration und Geschlechterfragen aufheben zu wollen. Diese seien nicht mehr im Einklang mit der öffentlichen Meinung.
Wird der Trend für mehr Freiheit im Netz auch die EU erreichen?
"Wir werden zu unseren Wurzeln zurückkehren, Fehler reduzieren, unsere Regelwerke vereinfachen und die freie Meinungsäußerung auf unseren Plattformen wiederherstellen", sagte Zukkerberg. Spätestens in diesem Punkt dürfte ihm innerhalb der EU Ärger drohen.
Die bisherigen Verträge mit den Faktencheckern innerhalb der EU beruhten auf der freien Vertragsgestaltung von Meta und seinen Partnern. Sollte man diese Verträge auslaufen lassen, dann könnten im Rahmen des DSA die sogenannten Trusted Flaggers viel stärker zum Einsatz kommen.
Trusted Flaggers sind durch die Bundesnetzagentur zertifizierte Hinweisgeber, die tatsächliche oder vermeintlich illegale Inhalte im Netz bei Plattformen melden. Mit der Meldestelle "REspect!" gibt es derzeit eine solche Organisation in Deutschland.
Sie wird von der Jugendstiftung Baden-Württemberg betrieben und vom Land finanziell unterstützt. Grundsätzlich hätten auch die bisherigen Faktenchecker die Möglichkeit, sich als Trusted Flaggers zu bewerben. Dann würde das Spiel von vorne losgehen. Die EU-Kommission hat vorsorglich schon mal darauf hingewiesen, daß bei einer Zuwiderhandlung gegen den Digital-Pakt hohe Strafen drohen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Das Trauma Magdeburgisierung**
Im Januar 1945 wurde die Elbestadt von alliierten Bombern vernichtet - nicht das erste Mal
Stefan Scheil
Bücher haben ihre Schicksale", lautet ein geflügeltes Wort. Städte haben sie zweifellos auch, bei manchen kann man gar den Eindruck gewinnen, sie sollten geradezu verhindert werden. Dieser Gedanke drängt sich beispielsweise auf, wenn man durch die weitläufigen, von keinem städtebaulichen Gedanken geprägten Straßen Magdeburgs streift. Es mischen sich die Baustile der letzten hundert Jahre, nur sehr spärlich gibt es noch Gründerzeitbauten und überall scheint viel Platz zu sein. Ein wirkliches Stadtzentrum fehlt jedoch. Es fiel vor achtzig Jahren dem Krieg zum Opfer.
Im Januar 1945 standen die deutschen Kriegsgegner vor dem Sieg. Zwar gab es im Westen gerade aktuell Schwierigkeiten, da die deutsche Ardennenoffensive die Alliierten noch einmal unerwartet hart getroffen hatte. Sie mußten am Boden alle Kräfte aufbieten, um einen deutschen Erfolg zu verhindern. Dessen ungeachtet ging in der Luft allerdings die Bomberoffensive gegen deutsche Städte unverdrossen weiter, ohne sich um direkt militärische Belange zu kümmern. Dabei ging es Briten und US-Amerikanern immer weniger um die deutsche Industrieproduktion oder militärische Ziele und immer mehr um die Zerstörung von Kulturgut und die Tötung von Zivilisten.
Kriegsrechtlich legitime Ziele lagen nicht im Stadtzentrum
Man schrieb den 16. Januar 1945, als Magdeburg im Rahmen dieses alliierten Programms zum Ziel eines solchen Angriffs wurde. Viele deutsche Städte wurden im Lauf ihrer langen Geschichte mehrfach zerstört, in den vielen europäischen Kriegen, die immer wieder in Deutschland als der Zentralstelle ausgetragen wurden, an der sich alle Ansprüche trafen. In dieser Reihe nimmt Magdeburg aber einen besonderen Platz ein. "Magdeburgisierung" gab es als Begriff auch schon vierhundert Jahre vorher. Er stand für besondere Brutalität der Kriegsführung.
Treten wir an dieser Stelle aber kurz zurück und blicken auf die Rolle, die Magdeburg innerhalb Deutschlands eigentlich hätte spielen können, aber nie spielen sollte. Heutzutage suchen Archäologen im Umfeld des Doms nach den Resten mittelalterlicher Bebauung. Die gibt es

kaum noch, zum einen, weil Magdeburg schon einmal im Jahr 1207 fast vollständig abgebrannt ist. Zum anderen gibt es solche Überreste nicht, weil Magdeburg durch politische Entscheidungen nie das Zentrum werden konnte, als das die Stadt im Hochmittelalter eigentlich konzipiert war.

Im Magdeburger Dom liegt deshalb mit Otto dem Großen zwar der erste Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation begraben. Jedoch tut er das etwas einsam, da die Nachfolgedynastien den politischen Schwerpunkt Deutschlands eher im Südwesten sahen und in Speyer das Zentrum einrichteten. Über solche Entscheidungen mit Blick auf die Rolle Magdeburgs und die versäumten Gelegenheiten für die deutsche Nation wurde früher unter Historikern heiß diskutiert, woran hier wenigstens erinnert werden soll.

Dessen ungeachtet hatte Magdeburg etliche Phasen von Wachstum und Wohlstand, und so traf die Verwüstung der Stadt im Dreißigjährigen Krieg durch die Feldherren Tilly und Pappenheim eine der damals eindrucksvollsten deutschen Städte. Sie geriet zwischen die Fronten und hielt, von den protestantischen Verbündeten im Stich gelassen, der Belagerung nicht stand. Zwanzigtausend Menschen sollen die einziehenden Truppen im Mai 1631 ermordet haben, die übrigen mußten oder konnten fliehen.

Die Stadt wurde eine Wüste und ihr Untergang hatte ein europaweites Echo. Dieses mag die Gedanken an eine Verrechtlichung des Krieges und der Kriegspraktiken mit befördert haben, die dann siebzehn Jahre später Teil des Westfälischen Friedens wurde. Einstweilen war davon wenig zu spüren. Es seien durch das Plündern und Morden immerhin "all unsere Soldaten reich geworden" soll Feldherr Pappenheim notiert haben und schloß mit den Worten "Gott mit uns".

Wirkliche Gewissensbisse sind auch weder von den alliierten Bomberpiloten noch ihren Kommandeuren von 1945 überliefert. Während des ganzen Kriegs war Magdeburg immer wieder aus der Luft angegriffen worden. Als große Garnisonsstadt und industrielles Zentrum gab es dort auch genügend kriegsrechtlich legitime Ziele. Wie an vielen anderen Orten Deutschlands ließ das britische Bomberkommando am 16. Januar 1945 aber alle militärischen Rechtfertigungen beiseite und griff ausschließlich das Stadtzentrum an, wohlwissend, daß dort nur Zivilisten zu treffen waren.

Noch am Morgen des Tages hatten amerikanische Bomber wieder einmal Industrieanlagen angegriffen. Gegen halb zehn abends fielen dann die ersten Luftminen, mit denen die britische Luftwaffe nach dem üblichen Verfahren erst einmal die Häuser im Zentrum abdeckte und Fenster zum Platzen brachte, damit genug brennbares Material offen lag und Durchzug möglich war. Wie in vergleichbaren Fällen dauerte der eigentliche Angriff weniger als eine halbe Stunde. Die zuletzt abgeworfenen Brand- und Phosphorbomben entfalteten dann allmählich und unaufhaltsam einen Feuersturm, der von der Innenstadt nichts übrigließ.

Magdeburg harrt eines Aufbaus mit städtebaulichen Ideen

Natürlich gibt es auch im Fall Magdeburg die heutzutage üblichen innerdeutschen Diskussionen über möglichst nach unten zu korrigierende Opferzahlen und angebliche "Instrumentalisierung des Gedenkens durch Rechts". Zum Jahrestag 2025 plant beispielsweise die Evangelische Domgemeinde und die Stadt Magdeburg eine "Mahnwache für Frieden und Menschlichkeit", um damit "öffentliche Räume vor rechten Gruppen zu schützen".

Dazu kommen Rechtfertigungsversuche des eigenen Untergangs, weil den Krieg doch angeblich Deutschland angefangen habe.

Es scheint allerdings, als sei die Zeit für diese Form der Geschichtsverzerrung langsam abgelaufen, und ein wirkliches Gedenken für die eigenen Opfer rücke etwas näher an den Bereich des Möglichen heran, wer auch immer nun genau wem den Krieg erklärt hat und warum. Darüber werden sicher noch heiße Debatten zu führen sein.

Vielleicht findet sich dann in Zukunft auch einmal eine Gelegenheit zum Wiederaufbau mit

entsprechenden städtebaulichen Ideen. Was in Dresden ging, sollte in Magdeburg nicht unmöglich sein. Als Stadt kann man ein Schicksal haben. Sich ihm ergeben muß man nicht.

Bombenangriff auf Magdeburg am 16. Januar 1945

Trotz seiner zehn Betonbunker und beachtlicher Luftschutzerfahrungen nach dreizehn Angriffen allein im Vorjahr verlor Magdeburg am 16. Januar 1945 zwischen 4.000 und 16.000 Bewohner, Tausende blieben vermißt und etwa 16.000 wurden verletzt. Die höhere Opferzahl beruht auf mündlicher Überlieferung, ist jedoch ohne belastbare Quellenbasis. Realistischer erscheinen daher 4.000 bis 6.000 Bombentote (Militärhistoriker Olaf Groehler mit detaillierter Begründung). Um 21.28 Uhr begann die Bombardierung durch die Briten.

Bei dem 28minütigen Flächenbombardement mit zwei Angriffswellen warfen 297 viermotorige Halifax-Maschinen 881 großkalibrige Minenbomben, 419 Tonnen Sprengbomben, 25.638 Stabbrandbomben und 5.024 Flüssigkeitsbrandbomben ab. Die Innenstadt wurde zu neunzig Prozent zerstört. Bis Kriegsende zerstörten 14 weitere alliierten Bombardements die unzerstörten Wohnviertel. Am Ende waren 200.000 Magdeburger obdachlos. Die kriegswichtigen Elbbrücken wurden erst von der Wehrmacht im April kurz vor Eintreffen der US-Amerikaner gesprengt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Ein Plädoyer für mehr Vernunft**

Ein lesenswertes Buch über Atomkraft als Ausweg aus der gescheiterten "Energiewende" / Realistische Alternativen

Marc Schmidt

Der Buchtitel ist ein wenig irreführend. Atomenergie ist eigentlich die Summe der in einem Atom enthaltenen Energie. Kernenergie ist jene Energie, die freigesetzt wird, wenn ein Atomkern (etwa Uran-235) gespalten wird. Die Verwendung des umgangssprachlichen Begriffs Atom- statt Kernenergie spricht daher eigentlich gegen Fachkompetenz.

Auf "Atomenergie - jetzt aber richtig" trifft dies nicht zu, zumal mit Manfred Haferburg und Klaus-Dieter Humpich zwei ausgewiesene Experten die Autoren sind. Und: Schließlich wurde auch der spätere CSU-Chef Franz Josef Strauß vor 70 Jahren "Bundesminister für Atomfragen", der die "Deutsche Atomkommission" gründete, die sich der "friedlichen Verwertung der Atomenergie" widmete.

Haferburg und Humpich liefern nun einen wichtigen Beitrag zum energiepolitischen Diskurs und Munition im Kampf gegen die von falschen Annahmen und Ängsten überlagerte deutsche Debatte um die Atomkraftwerke (AKW). Diese bereichern sie durch eine fundierte Problemanalyse und einen konstruktiven Lösungsansatz. Sie legen entsprechend nicht nur die Schwächen der "Energiewende" offen, sondern bieten zugleich praxisorientierte Ideen, die auf technischem Wissen, jahrzehntelanger Erfahrung und der inzwischen ins Ausland abgewanderten Forschungsarbeit beruhen.

Unschlagbare Vorteile in Bezug auf Zuverlässigkeit und Effizienz

Haferburg studierte an der TU Dresden Kernenergetik, arbeitete danach im AKW Greifswald, und nach 1990 kümmerte er sich für eine internationale Organisation um die Sicherheitskultur von Kernkraftwerken. Humpich studierte Maschinenbau sowie Energie- und Verfahrenstechnik und arbeitete am Institut für Kerntechnik der TU Berlin. Bereits ihre Einleitung verdeutlicht die hohe Dringlichkeit des Themas. Beide setzen dabei konsequent auf Fakten und wissenschaftliche Analysen, um die Fehlentwicklungen seit dem 2011 von Angela Merkel verkündeten beschleunigten Atomausstieg darzustellen.

Seit dieser energiepolitischen Volte einer schwarz-gelben Bundesregierung zu Lasten der Bürger, der Unternehmen und der europäischen Nachbarn taumelt die deutsche Energieversorgung wie die deutsche Wirtschaftsleistung durch den Verzicht auf CO2-freie Grundversorgung durch die ehemals sichersten AKW der Welt auf einem absteigenden Pfad. Insbesondere

Haferburg ist dabei ein Experte, der fehlgesteuerte Energiemärkte, Produktionssysteme und die Folgen einer zusammenbrechenden Energieversorgung bereits in der DDR kennengelernt hat.
Seine Expertise fußt auf einer Karriere in der DDR-Stromerzeugung durch Druckwasserreaktoren sowjetischer Bauart und später internationalen Einsätzen für die AKW-Sicherheitskultur. Seine praktische Erfahrung und seine detailreichen Berichte machen ihn zu einem einzigartigen Chronisten der AKW-Geschichte.
Humpich bringt tiefgreifendes Wissen aus der Forschung im Bereich der Kerntechnik ein und vereint Theorie und Praxis der Reaktortechnik wie der Energieversorgung und Netzstabilität. Ihre Expertise macht beide Autoren wenig überraschend zu Befürwortern der Atomenergie und zu Verfechtern von deren Ausbau über die verschiedensten neuartigen Reaktortypen der unterschiedlichen Generationen.
Dabei erklären sie anschaulich, warum AKW im Vergleich zu Wind- und Solarenergie unschlagbare Vorteile in Bezug auf Zuverlässigkeit, Energieeffizienz und CO_2 -Reduktion bieten. In den Kapiteln zu den einzelnen Reaktortypen zeigen die Autoren mit beeindruckender technischer Tiefe auf, welche wirtschaftlichen und technischen Pfade der Energieproduktion durch Kernspaltung oder Zerfall beschritten werden können. Das energiewirtschaftlich wie sicherheitstechnisch sinnvolle Ziel, die Energieproduktion weg von großen Einheiten in Richtung der Verbraucher zu dezentralisieren wird erfolgreich als Kernelement einer zukunftsfähigen Energieversorgung dargestellt.
Dabei gehen sie umfassend auf verschiedene Reaktortypen ein, von klassischen Leichtwasserreaktoren (etwa die 2023 abgeschalteten AKW Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2) bis hin zu fortschrittlichen Konzepten wie den Generation-IV-Reaktoren. Diese werden sowohl technisch als auch bezüglich der Auswirkungen auf Netze und Umgebung detailliert und keineswegs einseitig erläutert.
Besonders hervorgehoben werden die innovativen Eigenschaften von Hochtemperaturreaktoren, deren Steuerung zwar aufwendiger ist, die jedoch die vielerorts gesuchte Abwärme liefern können, die ein langfristiger Verzicht auf kohlebasierte Heizkraftwerke erforderlich machen wird. Auch die Vielseitigkeit von schnellen Brutreaktoren, die zur effizienteren Nutzung von Brennstoffen und zur Reduktion von strahlenden Reststoffen beitragen, wird anschaulich dargestellt. Zudem beleuchten die Autoren die Chancen, die sich durch den Einsatz von Flüssigsalz-Reaktoren ergeben, die eine inhärente Sicherheit und Flexibilität bieten.
Die weltweite AKW-Entwicklung ist sehr dynamisch, so daß sich vereinzelt Details weiterentwickelt haben. Der erste Flüssigsalzreaktor chinesischer Bauart hat Tests wie Probeläufe erfolgreich absolviert und befindet sich im Dauerbetrieb. Dies findet leider keine angemessene Erwähnung. Dagegen werden die Planungen des bleigekühlten Sealer-Reaktors vorgestellt, allerdings ist das Projekt "Swedish Advanced Lead Reactor" hinter seinen ambitionierten Zeitplan zurückgefallen.

Konkrete, erforschte und de facto umsetzbare Maßnahmen aufgezeigt

Anstatt einen Prototypen zu bauen, wurde erst eine Kooperationsvereinbarung mit dem schwedisch-schweizerischen ABB-Konzern durch die Entwickler unterzeichnet. Zudem werden in der Einleitung mittels historischer Beispiele die Folgen von Schwankungen der Stromversorgung, volatiler Einspeisungen und eines Blackouts beschrieben. Kontrollierte wie unkontrollierte "Brownouts", die viel häufiger sind, und ihre potentiellen Folgeschäden in Milliardenhöhe werden allerdings nicht explizit erwähnt.
Dennoch ist das Buch eine exzellente Beschreibung des Fiaskos der deutschen Energiewende und der aktuellen wie bedauerlicherweise auch nach der Bundestagswahl weiter zu erwartenden Energiepolitik. Die beiden Autoren verfallen allerdings nicht in Stillstand, Resignation oder Akzeptanz des deutschen Irrwegs. Und die internationalen Entwicklungen geben ihnen

recht: Wichtige EU-Staaten, China, Japan und Südkorea oder die USA und Kanada setzen weiterhin auf die Verwertung der Atomenergie, wie es Deutschland sieben Jahrzehnte lang auch getan hat.
Haferburg und Humpich nutzen den energiepolitischen Königsweg der Kernenergienutzung, um konkrete, erforschte und de facto sofort umsetzbare Maßnahmen aufzuzeigen. Sie tun dies in einer technisch anspruchsvollen und trotzdem leicht verständlichen Sprache, die den klar gegliederten Text mit allen Grafiken verständlich und gut lesbar macht.
"Atomenergie - jetzt aber richtig" wird so zu einem leidenschaftlichen Plädoyer für wissenschaftsbasierte Entscheidungen und in der Folge ein deutsches energiepolitisches Umdenken. Das Buch ist eine exzellente Argumentationsgrundlage und bietet zugleich Überzeugungspotential für alle Realisten in der Wirtschaft, die der Atomenergie immer noch skeptisch gegenüberstehen.
Manfred Haferburg, Klaus-Dieter Humpich: Atomenergie - jetzt aber richtig. Verlag der Achgut Media GmbH, Augsburg 2024, broschiert, 240 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Bühnenreifer Vegetarismus**
Volker Kempf
Die kalte Jahreszeit ist für die volkstümlichen Theaterbühnen gut. Das bestehende, aber im Schwinden begriffene Vereinsleben macht das möglich. Aufgegriffen werden Themen der Zeit. So auch in Freiburg mit dem Bühnenstück "Laß die Sau raus! ... jetzt sind wir tierisch vegetarisch". Darin kommt eine Ehefrau auf die Idee, den Vegetarismus zur Weltanschauung zu erhöhen. Beim Essen hört für ihren Mann aber der Spaß auf.
Eine Lösung muß her. Diese lautet, sich eine Sau im Anbau zu halten, der früher als Stall diente. Eifersuchtsszenen folgen. Dies nicht nur wegen der vielen Zeit, die der Ehemann nun im Stall verbringt, sondern auch weil der weibliche Name des Tieres im Austausch mit Freunden zu Mißverständnissen führt. Das Publikum lacht. Die Sau wird liebgewonnen, sie schlachten zu lassen fällt schwer. Am Ende gibt es keine Sau mehr im Stall, aber es wird darauf geachtet, nicht gedankenlos Fleisch auf den Teller zu bekommen, sondern solches, das auf hohen Tierhaltungsstandards beruht.
Heute dient das Weltklima vor allem dazu, um mit dem moralischen Zeigefinger zu missionieren.
Der Gedanke, Tiere wieder selbst zu halten, um zu wissen, wie gut das Tier gehalten wird, liegt nahe. Aber verallgemeinerbar war das auch für das Umland einer badischen Unistadt nicht. Einen alten Stall am Haus, den man als solchen wieder nutzen könnte, mag es hier und da geben. Aber das bleibt die Ausnahme. Nun mag der Vegetarismus ein urbanes Phänomen sein, das das Land erreicht, aber der bodenständige Landbewohner bleibt bei seiner Blutwurst, sie ist ihm selbstverständlich.
Da hilft auch kein Erziehungsprogramm, wie es sich einige ausdenken, nicht nur zwischen den eigenen vier Wänden. Dabei muß es gar nicht nur um die Haltung der Tiere gehen, auch Fleischskandale werden in Erinnerung gerufen. Heute dient noch mehr das Weltklima dazu, um mit dem moralischen Zeigefinger für den Vegetarismus zu missionieren. Spätestens hier droht eine Ökodiktatur, die für ein Theaterstück gut wäre. Nur würde das kaum staatlich gefördert, dafür bedarf es schon der lebendigen Vereinskultur, die die Bühne nicht scheut. Die Zeit wäre reif dafür.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Wenn sich der Wind dreht**
Dieter Stein
Was sehen wir da gerade - quer durch den gesamten Westen? Während die Corona-Jahre bei Politikern Phantasie für Zwang und Umerziehung weckten, "Transformations-Ideen" Hoch-

konjunktur hatten und ins Profil global gesteuerter "Klima-Politik" zu passen schienen, erleben wir jetzt den breiten Bankrott dieser Ideologien.
Wer sich dem hehren Ziel verschrieben hatte, nichts weniger als den Untergang des Planeten abzuwenden, konnte Gegner dieser Politik zum Feind erklären, wurde jedes Mittel zu ihrer Bekämpfung legitim.
So wurden abweichende Ansichten als "Fake News" geächtet, "gebannt", gelöscht, zum Verstummen gebracht. Zur Kontrolle der freien Rede machte der Meta-Konzern (Facebook/Instagram) auf Druck Brüssels und Berlins hierzulande linke Aktivisten der Plattform "Correctiv" als "Faktenchecker" zu Zensoren. Bis jetzt.
Am Verhalten der Opportunisten ist abzulesen: Die linke Diskurslenkung ist am Ende.
Die Macher von "Correctiv" erlebten vor einem Jahr ihren größten Triumph, als sie mit einer orchestrierten Enthüllungsstory über ein rechtes "Geheimtreffen" mit "Deportationsplänen" in Potsdam die Republik in Hysterie versetzten. Es entpuppte sich als Musterbeispiel von "Dirty Campaigning", um mit schmutzigen Methoden die öffentliche Stimmung zugunsten der rot-grünen Agenda und "gegen Rechts" zu drehen.
Die Sache endete auch nach gerichtlichen Faktenchecks in einem totalen Desaster. Die enttarnten Fälscher von "Correctiv" bilden dabei jedoch nur ein Puzzlestück im großen Bild, das für das Scheitern links-woker Steuerung öffentlicher Meinung steht.
Ob sich der Wind wirklich dreht, ist am Verhalten von Opportunisten abzulesen, die sich wie Wetterfahnen verhalten. "Correctiv" lassen jetzt auch Medien fallen, die am längsten derem Narrativ folgten und verstärkten.
Selbst im Deutschlandradio durfte jetzt ein Kommentator "journalistisches Versagen auf mehreren Ebenen" anprangern. Und das linksliberale Zentralorgan Zeit zerlegte soeben die "Correctiv-Räuberpistole" hanseatisch kühl Punkt für Punkt.
Die "Correctiv-Truppe" ist nur einer der widerwärtigsten Fälle eines riesigen Filzes linker Initiativen und Medien, die mit Steuermillionen alimentiert werden. Allein im Rahmen des orwellesk titulierten "Demokratie leben-Programms" pumpt der Bund über 180 Millionen Euro jährlich in diese Szene. Sie verstärkt die mit GEZ-Milliarden zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien, die den demokratischen Diskurs permanent einschränken und ihm eine rot-grüne Schlagseite geben. Dieser Sumpf muß endlich trocken gelegt werden.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Woke ist tot**
Hinter dem Regenbogen ist wieder Realität in Sicht
Birgit Kelle
Was wir derzeit erleben, sind Endzeitgefechte einer linken Regenbogenblase, die den Zusammenbruch ihres Meinungsimperiums noch nicht begreifen will und sich um so heftiger gegen ihren unausweichlichen Niedergang wehrt. Der Ruf nach Reglementierung von Internetkommunikation, nach Hatespeech-Gesetzen, Parteiverboten oder gar Umkehrung von freien Wahlen in der EU demonstrieren nackte Panik unter jenen, die sich ihres Marsches durch die Institutionen zu sicher gewesen waren.
Die Anzeichen kommen noch vereinzelt, aber von nicht unerheblichen Akteuren. Gerade erst ist Justin Trudeau nach neun Jahren als kanadischer Premierminister zurückgetreten, nur um zu verhindern, bei der nächsten Wahl mit Schande vom Hof gejagt zu werden. Kriminalität durch illegale Migration, staatlich verordnete LGBT-Politik, Klimarettung bei gleichzeitiger Explosion der Energiepreise, steigende Steuern und Neuverschuldung sowie ein rigoroses Corona-Regime mit drakonischen Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung haben ihm die finale Quittung ausgestellt.
Das Schema klingt bekannt auch in deutschen Landen. Sein konservativer Herausforderer wirbt mit dem Slogan "Axe the tax". Diese Axt an die Steuerlast knüpft gedanklich schnell an

Mileis Kettensäge in Argentinien an.
Am deutlichsten zeigt sich der Beginn einer neuen Ära aber mit der Wiederwahl von US-Präsident Donald Trump. Nicht zufällig brach an diesem Tag auch die deutsche Ampel-Regierung auseinander, die mit ihrer Agenda noch viel schneller als Kanada ein Land in den identitätspolitischen Totalitarismus, die innere Unsicherheit und den wirtschaftlichen Niedergang geführt hat. Sicherlich hat dieser Wahlsieg gegen jede Wahrscheinlichkeit, trotz medialer Dämonisierung, Attentatsversuchen und Milliardenbudget seiner politischen Gegner aber das Ende eines linken Zeitgeistes eingeläutet.
Ermöglicht wurde dieser Sieg auch durch eine neue, befreite Kommunikation auf dem sozialen Netzwerk X, das durch seinen neuen Besitzer Musk von einem radikalen Zensurregime und der "Cancel Culture" befreit wurde.
40 Milliarden ließ er es sich kosten, um die Torwächter der Meinungsfreiheit, ihre Faktenchecker und Dauerbeleidigten mit ihren frei erfundenen Geschlechtern und die selbsternannten "Haß und Hetze-Polizisten" nach Hause zu schicken. Trump zog im Wahlkampf ohne Berührungsangst zu jenen Medienmachern und neuen Sprachrohren, die vom Tagesschau-Spießer verachtet, vom Volk aber konsumiert werden. Wer braucht noch CNN oder die New York Times, wenn man mit einem Podcast bei Joe Rogan drei Stunden ungestört ein deutlich größeres und jüngeres Millionenpublikum bespielen kann?
Die alternativen Medien sind die neuen Lagerfeuer, um die sich jene versammeln, die das Vertrauen in die immer plumperen Propaganda-Nachrichten staatlicher Sendeanstalten schon lange verloren haben. Eine ganze Generation wandert zu Podcasts, Influencern, TikTok und Youtube-Kanälen ab und durchbricht damit das Machtmonopol etablierter Medien. Ein Elon Musk bittet auf seiner Plattform X genau jene Alice Weidel zum Gespräch, der im eigenen Land die Wahrnehmung verweigert wird. Warum Musk das macht? Weil er es kann.
Gerade zieht Meta-Inhaber Mark Zuckerberg nach und gestand nicht nur, dem Druck der Biden-Administration nachgegeben und Kritiker von Corona-Maßnahmen und Impfungen auf Facebook, Instagram und Co. geblockt und gelöscht zu haben.
Er verzichtet künftig auch auf Zensur durch Fakten-Checker und steigt mit Meta aus den selbstauferlegten DEI-Programmen aus, mit denen man jahrelang sinnlos Geld verpulverte, nur um sich dem Zeitgeist von "Diversity, Equality & Inclusion" (Diversität, Gleichheit und Inklusion) zu ergeben. Die Regenbogenfähnchenschwenker und Diversitybeauftragten sind jetzt arbeitslos. Bei Facebook gibt es wieder nur zwei Geschlechter. Ein Domino-Effekt ist schon sichtbar. Die ersten Apple-Aktionäre rufen laut Richtung Management nach Nachahmung, Unternehmen wie McDonalds haben bereits vorgelegt.
Wie ein Kartenhaus brechen bisherige Gewißheiten, Machtkonstellationen und sogar Brandmauern zusammen. Disruption ist das Schlagwort der Stunde. So, als habe etwas lange genug gegärt, um sich aus der Enge eines Einschlusses nahezu eruptiv zu entfesseln. Und jetzt wird man den neuen (Zeit-)Geist nicht mehr in die Flasche zurückbekommen. Die Ursachen sind vielfältig, und doch haben sie eines gemeinsam: Sie atmen den Geist der Freiheit.
Neue Medien, politische Akteure und Gedanken brechen sich weltweit Bahn, und sie pfeifen alle auf die etablierten Strukturen, die ihnen vorher mit allen Mitteln des Rechtsstaates, aber auch des Unrechtes, der Täuschung und der Unterdrückung den Weg versperrten. Rechts sein ist nicht mehr tabu, seit auch Liberale und selbst Linke begreifen, daß diese Kategorie nur jene beschreibt, die sich im Widerstand zum Wahnsinn einer Politik befinden, die mit totalitärer Manier angetreten war, die Welt bunter, diverser, geschlechtsloser, grenzenloser, klimaneutraler und "gerechter" zu machen.
Man muß den Typus Musk, Milei, Trump, Zuckerberg oder auch Orbán, Meloni, Le Pen, Kickl und Weidel nicht mögen, aber doch zur Kenntnis nehmen, daß die Veränderungen in der Welt gerade maßgeblich von Menschen eingeläutet werden, die sich vor allem durch Ei-

gensinn auszeichnen. Nichts fürchtet das Establishment mehr als Akteure, die den sich selbsterhaltenden und lähmenden Bürokratenmoloch zerschlagen oder wahlweise ignorieren.
Deutschland wird ein bißchen länger brauchen als andere Teile der westlichen Hemisphäre. Die kindliche Bockigkeit, aber auch der narzißtische Zug zahlreicher linker Protagonisten wird den Wandel in Deutschland verzögern, aber - und das ist entscheidend - nicht aufhalten können. Die Welt sollte am deutschen Wesen genesen. Jetzt muß Deutschland durch die Vernunft anderer Länder und die normative Kraft des faktischen Wirtschaftsniedergangs selbst gerettet werden. Am Ende des Regenbogens ist wieder Realität in Sicht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Wider Windräder und Woke**
AfD-Parteitag: Randale davor, Schulterschluß drinnen. Im Wahlprogramm dominiert der Konsens - und eine große Mehrheit stimmt für die Scheidung von der Jungen Alternative
Christian Vollradt
Draußen Chaos, drinnen Kür. Auf der Straße Demos mit rüden Rempeleien und Haß, in der Halle demonstrative Harmonie. Vergangenes Wochenende in Riesa. In dem sächsischen Städtchen an der Elbe, fast genau mittig zwischen Leipzig und Dresden, fand der Bundesparteitag der AfD statt.
Bei der jüngsten Landtagswahl hatte die Partei hier knapp vierzig Prozent der Zweitstimmen erzielt. Man kann also davon ausgehen, daß ihre über 500 Delegierten nicht sonderlich unwillkommen waren. Die "AfD stoppen" lautete dagegen das Ziel der geschätzt 10.000 Gegendemonstranten, die extra zum Parteitag ebenfalls nach Riesa angereist waren. Bereits in den frühen Morgenstunden strömten Busladungen aus dem ganzen Bundesgebiet herbei. Die gut vernetzten, mit Signalwesten und warmer Kleidung ausgestatteten Protestler besetzten zunächst sämtliche Verkehrsknotenpunkte in der Stadt.
Über Brücken und an Kreuzungen ging zeitweise nichts mehr. Auf Anraten der Polizei hatte die AfD für ihre Mitglieder Sammelparkplätze mit Bustransfer organisiert; doch auch die waren vorab bekannt geworden. Mancher Delegierte mußte für Entfernungen von einem Kilometer Luftlinie dreißig Kilometer Umweg fahren.
In den Straßen gerierten sich zuweilen Linksextreme wie Kontrollposten, bepöbelten einzelne Parteitagsbesucher und beschädigten ihre Fahrzeuge. Sogar der Konvoi von AfD-Chefin Alice Weidel wurde attackiert, so daß ihre Personenschützer des Bundeskriminalamts einschreiten mußten.
Als mit zweistündiger Verspätung der Parteitag beginnen konnte, dankte der Parteivorsitzende Tino Chrupalla in seiner Begrüßungsrede den Einsatzkräften der Polizei, die ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt hätten, um den Parteitag zu ermöglichen. Heftige Kritik übte er am Deutschen Gewerkschaftsbund, der die teilweise gewaltsamen Gegendemonstranten unterstützt habe. Wer mit Gewalt den Parteitag zu verhindern versuche, sei kein Aktivist, sondern Antidemokrat.
Der Stimmung in der Halle hatten die Widrigkeiten vor den Toren keinen Abbruch getan, im Gegenteil. Von Einigkeit war viel die Rede, vom gemeinsamen politischen Kampf, von guter Zusammenarbeit. Der Saal nahm die Euphorie am Rednerpult begeistert auf. "Ich halte Alice Weidel den Rücken frei", so Chrupalla. Daß mit Elon Musk ein bedeutender Unternehmer aus Amerika, "der Raketen rückwärts einparken lassen kann", sich für die Wahl der AfD ausgesprochen hat, nannte Chrupalla ein Signal. Daran solle sich auch der deutsche Mittelstand ein Beispiel nehmen: "Bekennen Sie sich zur AfD, es geht um Ihre Unternehmen, es geht um Ihr Land", forderte der Parteichef.
Höhepunkt am Samstag war dann die Bestätigung Weidels als Kanzlerkandidatin. Nicht per Stimmzettel - das "Amt" gibt es ja gar nicht -, sondern per Akklamation im Stehen. Die so Gekürte dankte es mit einer Rede, die die Stimmung an den Tischen im Plenum offenbar traf.

Es ging um "Freedom of Speech" und wirtschaftliche Freiheit, gegen die Energiewende und linke Wokeness, für Grenzkontrollen - und häufig gegen die CDU.
Die bediene sich am "wunderbaren blauen Programm", wolle das dann aber "mit Saskia Esken und Claudia Roth umsetzten - das ist Comedy pur", rief Weidel. "Laßt uns die Betrügerpartei CDU überholen", gab die Spitzenfrau als Wahlziel aus. Zusammen wolle man nun in den Wahlkampf ziehen, "für unsere Partei, unser Land und unsere Kinder", rief Weidel in den Jubel ihrer Anhänger.
Konnten in der Vergangenheit Antragsberatungen in der AfD schon mal zu wütenden Wortgefechten eskalieren, blieb man bei der Abstimmung über das Wahlprogramm selbst dann, wenn es kontrovers zuging, sachlich. Manches, das im Vorfeld des Parteitags für reichlich Diskussionsstoff gesorgt hatte, wurde wie erwartet "abmoderiert".
Sei es, daß der Antrag in die sprichwörtlichen Ausschüsse verwiesen wurde oder daß Kompromisse gefunden wurden. So fand der intern umstrittene Begriff "Remigration" Eingang ins Programm, allerdings mit dem Zusatz versehen, er umfasse "Maßnahmen, die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen". Zu diesen Maßnahmen zählt etwa die Ausweisung vollziehbar Ausreisepflichtiger, vor allem aber die Abschiebung ausländischer Straftäter und Extremisten.
Verzichtet wurde auf die ausdrückliche Forderung, aus der EU auszutreten ("Dexit"). Was man anstrebe, sei ein "Bund europäischer Nationen", eine "neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft". Viel Diskussionsbedarf gab es, als es um Familienpolitik und insbesondere den Schutz des ungeborenen Lebens ging. Häufig erinnerte die Detailverliebtheit, mit der um einzelne Formulierungen gerungen wurde, eher an eine Grundsatz- als an eine Wahlprogramm-Debatte. Hinter vorgehaltener Hand fragte mancher, wie viele Wähler dieses so intensiv beratene Papier wohl lesen würden.
Mehrheit stimmt dafür, Junge Alternative aufzulösen
An Tag zwei der Verhandlungen stand dann der mit größter Spannung erwartete Antrag auf der Tagesordnung: das Ende der Nachwuchsorganisation Junge Alternative mit dem Ziel, eine neue Parteijugend zu gründen. Bis zuletzt war hinter den Kulissen um ein möglichst konsensfähiges Vorgehen gerungen worden. Denn wegen der zu ändernden Satzung brauchte es eine Zweidrittelmehrheit der Delegierten. Schon während der teilweise emotionalen Debatte wurde absehbar: diese Mehrheit steht. Am Ende sind es fast 72 Prozent.
Der künftige Parteinachwuchs wird also in die AfD integriert. Die Mitglieder des Verbands, dessen Name noch zu wählen ist, sind dann auch Mitglied der Partei. Zunächst war vorgehen, daß "alle Parteimitglieder bis zur Vollendung des 36. Lebensjahrs" automatisch Mitglied der Jugendorganisation sein sollten, es sei denn, sie widersprächen dem ausdrücklich. Diese sogenannte Widerspruchslösung wurde abgeräumt. Nun müssen die Parteimitglieder aus dieser Altersgruppe der künftigen Jugendorganisation bewußt beitreten.
Die große Mehrheit stärkte damit die Position des Bundesvorstands, der den Antrag gestellt hatte. Hintergrund ist die Kritik, daß einzelne JA-Mitglieder, die nicht Mitglied in der Partei sind, der AfD geschadet hätten, ohne daß die Partei dagegen disziplinarisch vorgehen konnte. Die AfD brauche eine disziplinierte und attraktive Nachwuchsorganisation, um künftige Mandatsträger heranzubilden, und kein "Greenpeace von Rechts", meinte im Vorfeld der Abstimmung ein AfD-Landesvorsitzender im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT. Der verbreitete Wunsch nach mehr Professionalität - er war in Riesa mit Händen zu greifen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Sag zum Regenbogen leise Servus**
Krise der Wokeness: Den Anhängern von Diversity, LGBTQ und übersteigerter Klimapolitik geht es gehörig an den Kragen. Nicht erst seit dem Sieg von Donald Trump distanzieren sich

viele Konzerne von der modischen linken Agenda

Sven Versteegen

In den Vereinigten Staaten kursiert eine Weisheit: Weiße Schwule stehlen schwarzen Frauen ihre Kultur. Später gelange diese dann über die besten Freundinnen der warmen Brüder in die amerikanische - und europäische - Mehrheitsgesellschaft. Ob es sich dabei um eine selbstverherrlichende Torheit des eigenen kulturellen Schaffens handelt, steht zur Debatte. Fest steht, daß der Begriff "woke" diese Kulturwanderung durchlaufen hat. Und nach nun rund zehn Jahren in der breiten Öffentlichkeit scheint der ideologisch aufgeladene, zunächst schwarze Begriff zu verenden.

"Im Jahr 2021 habe ich mir vorgenommen, den Woke-Mind-Virus zu zerstören, und jetzt ist er gelöscht worden", prahlte Elon Musk am 11. Januar diesen Jahres auf "X". 2021 zur Hochphase des Wokeismus, betrat der Multimilliardär als ausgesprochener Gegner der woken Ideologie die politische Bühne.

Zuvor war er nur als Chef des E-Auto-Unternehmens Tesla bekannt. Mit seiner Akquise von Twitter im Oktober 2022 stieß er einen der ersten Dominos an.

Der Wokeismus erreichte einen Höhepunkt nach dem Tod von George Floyd. Der Afroamerikaner starb unter dem Einfluß einer Mischung der Drogen Methamphetamin, Fentanyl und Cannabis während einer Polizeikontrolle.

Der Sommer 2020 sah daraufhin gewaltsame Ausschreitungen in zahlreichen amerikanischen Städten und Massendemonstrationen im globalen Westen. Durch den gesellschaftlichen Druck verpflichteten sich bisher politisch neutrale Unternehmen für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI). Beinahe 60 Prozent der Amerikaner führten 2021 Unterschiede zwischen den Ethnien auf rassistische Diskriminierung zurück.

Oberstes US-Gericht verbietet Unis, farbige Studenten zu bevorzugen

Nach der Gipfelstürmung läßt sich nun ein langsamer Abstieg beobachten. Eine Auswertung der Wochenzeitung The Economist zeigt einen Rückgang woker Begriffe wie "Intersektionalität", "Mikroaggression", "Unterdrückung", "weißes Privileg" und "Transphobie" in Zeitungsartikeln.

Analysiert wurden insgesamt 154 solcher Wörter in den US-Zeitungen Los Angeles Times, New York Times, New York Post, Wall Street Journal, Washington Post und Washington Times zwischen 1970 und 2023. Beispiel "weißes Privileg": Im Jahr 2020 fiel der Begriff auf eine Million Wörter 2,5mal in der New York Times. 2023 sank die Frequenz auf 0,4mal ab. Einen ähnlichen Trend beobachtet The Economist auch in Buchtiteln von Bestsellern und akademischen Artikeln. An den Universitäten und Hochschulen ging auch die Zahl der Zensur-Versuche zurück, blieb jedoch weiterhin über dem Niveau vor dem Tod Floyds.

Ebenso verabschiedete sich mit JP Morgan jüngst die letzte große US-Bank aus dem Klimabündnis "Net Zero Banking Alliance" (NZBA). Konkret verfolgt die Allianz das Ziel, Kohlenstoff-emissionen bis 2050 aus den Kredit- und Investmentportfolios zu eliminieren. Die Citigroup, Bank of America, Goldman Sachs und Wells Fargo traten bereits im Dezember aus, im Januar folgte Morgan Stanley. Somit fiel der NZBA-Anteil an den globalen Bank-Vermögenswerten um fünf Prozentpunkte auf rund 35 Prozent.

"Wir wollen Gleichheit nicht nur als Recht, sondern als Tatsache."

Im selben Zug veränderten zahlreiche US-Unternehmen, wie zuletzt McDonalds, ihre "Diversity, Equity und "Inclusion-Zielsetzungen", kurz DEI. In einem offenen Brief an Franchisenehmer, Mitarbeiter und Lieferanten kündigte der Fast-Food-Riese an, seine Quotenziele für Toppositionen, DEI-Trainings sowie externe Bewertungen abzuschaffen. Damit folgte die Fastfood-Kette Meta, dem Konzern hinter Facebook und Instagram, JP Morgan, dem Einzelhändler Walmart, den Autokonzernen Ford und Toyota und dem Motorradhersteller Harley-Davidson.

Hintergrund der Anpassungen ist ein Urteil des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten im Sommer 2023 gegen die Harvard-Universität. Die Richter untersagten positive Diskriminierung zugunsten "unterrepräsentierter" Bevölkerungsgruppen. Daraufhin sank der Anteil schwarzer Erststudenten am Massachusetts Institute of Technology (MIT) von 15 Prozent auf fünf Prozent ab. An den acht alten Ivy-League-Universitäten der Ostküste, darunter Yale, Harvard und Princeton, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab.

Mit ihren Anpassungen wollen Amerikas Großunternehmen nun ähnlichen Urteilen zuvorkommen, schreibt McDonalds in dem offenen Brief. Unverhohlen betont die Restaurantkette auch, "unser Engagement für Inklusion ist unerschütterlich". Diese Zielsetzung begrüßt auch die Mehrheit der Amerikaner. Rund drei Viertel wollen laut dem Meinungsforschungsinstitut Gallup, daß Unternehmen Diversität fördern, auch gegen möglichen Widerstand. Beim Blick in die Zukunft kommt es darauf an, was junge Generationen wollen.

In den Vereinigten Staaten besteht bis 2023 die Tendenz, je jünger, desto woker. Beinahe die Hälfte aller Zoomer (von 1995 bis 2010 geboren) widersprach 2020 der Aussage: Schwarze sollten sich hocharbeiten. Implizierend, daß sie dies aufgrund von Diskriminierung nicht können. Der Economist erwartet daher trotz des aktuellen Einbruchs einen weiteren Anstieg woker Ansichten in den kommenden Jahrzehnten.

Der Ursprung des heutigen Wokeismus beruht auf der Argumentation der Gleichheitsthese, die bereits 1965 von US-Präsident Lyndon B. Johnson bekräftigt wurde: "Wir wollen nicht nur Gleichheit als Recht und Theorie, sondern Gleichheit als Tatsache und Gleichheit als Ergebnis."

Der Grundgedanke veränderte sich seitdem nicht: Ethnien und Geschlechter hätten die gleiche angeborene Verteilung an Potential heißt die irrige Grundannahme - die Gleichheitsthese. Daher müssen alle Gruppenunterschiede auf Außeneinwirkungen zurückzuführen sein. Angesichts der anhaltenden massiven Ungleichheiten bestehe ein moralischer Notstand, diese äußeren Einflüsse zu verändern, um letztlich gleiche Ergebnisse zu erzielen.

Solange Gleichheit zwischen den Gruppen nicht erreicht wurde, müssen die Bemühungen intensiviert werden. Die aktuellen Namen ändern sich, doch der Trend dahinter bleibt. Vor 20 Jahren war es die "Political Correctness". In diesem Licht erscheint dann alles, was mit Wokeismus in Verbindung gebracht wird, wie Hexenjagden, "Cancel Culture" und "Critical Race Theory".

An den Begriff "woke" waren diese Ideen zu Zeiten von Johnson noch nicht gekoppelt. Seine Anfänge hatte der Begriff in den Aufrufen des jamaikanischen Publizisten Marcus Garvey, der 1923 proklamierte: "Wach auf Äthiopien! Wach auf Afrika!" Wenige Jahre später tauchte die Phrase "stay woke" erstmals im Wortlaut am Ende eines Liedes auf. In "Scottsboro Boys" sang Leadbelly von neun schwarzen Jugendlichen aus Scottsboro in Arkansas, die 1931 zwei weiße Frauen vergewaltigt haben sollen.

Am Ende des sieben Jahre später erschienenen Liedes sprach - nicht sang - der schwarze Folksänger: "Also rate ich jedem, ein wenig vorsichtig zu sein, wenn er da durchfährt - best stay woke und die Augen offenhalten." Woke ist afroamerikanisches Englisch für awake, was wiederum wach, wachsam oder erwacht - auch durchaus mit einem religiösen Unterton - bedeutet. Erstmals dokumentiert wurde der Jargon in den verschriftlichten afroamerikanischen Volkserzählungen vom weißen Journalisten Joel Chandler Harris 1891.

Dekaden später erschien der Begriff in einem Meinungsbeitrag der New York Times. Unter dem Titel "If You’re Woke You Dig It" kritisierte der schwarze Schriftsteller William Melvin Kelley 1962, daß schwarze Begriffe - beispielsweise "cool" - von weißen Amerikanern übernommen werden. Dabei definierte Kelly den Begriff "woke" nicht abschließend, deutete jedoch an, daß es sich um einen sich seiner selbst bewußten Schwarzen handele, der diesen weißen Kulturraub verstehe und sich darüber amüsiere.

Somit umriß Kelly "woke" als ein tieferes Verständnis des schwarzen Amerikas und prognostizierte die spätere Übernahme des Begriffes durch weiße Linksintellektuelle regelrecht. Neben der ausdrücklich politischen Verwendung nutzt man das Wort im 20. Jahrhundert noch in zwei weiteren Spielarten.
Erstens als Jargon für das buchstäbliche Wachsein. Zweitens als Ausdruck des Mißtrauens gegenüber einem Partner, der fremdgeht. Während der Begriff "woke" als Massenphänomen verhältnismäßig neu ist, ist die Gleichheitsthese seit spätestens den 1960er Jahren die Orthodoxie der intellektuellen Elite in den Vereinigten Staaten - und durch ihre kulturelle Vormachtstellung auch in Europa. Wieso erschien Wokeismus dann erst Jahrzehnte später?
Ist das Ende im Streben nach Gleichheit wirklich erreicht?
Erstens mußte der Glaube an die Gleichheitsthese über die Jahrzehnte jeder neuen Generation beigebracht werden. Zweitens mußte zunächst alles versucht werden, um Gleichheit zu erreichen - und scheitern. In den 1960er Jahren begann die Reise mit der Bürgerrechtsbewegung, später folgten Fördermaßnahmen zugunsten benachteiligter Gruppen und zahlreiche Sozialhilfeprogramme.
Im 21. Jahrhundert begann dann der Siegeszug des Wokeismus. 2008 griff die R&B-Musikerin Erykah Badu in ihrem Lied "Master Teacher" die Phrase in allen drei Verwendungen erneut auf. Daraufhin fand "stay woke" vermehrt Verwendung auf Social Media. Im selben Jahr gewann Barack Obama mit Hilfe seiner Koalition der Unterdrückten - Schwarzen, Frauen, Homosexuellen und anderen Minderheitengruppen - die Präsidentschaftswahlen.
Mit der zweiten Amtszeit Obamas erreichten die Vereinigten Staaten einen Wendepunkt. Die messianischen Erwartungen, die viele Liberale in ihn gesetzt hatten, hatte er natürlich nicht erfüllen können. Ihnen wurde klar, daß auch eine weitere Generation positiver Diskriminierung die Unterschiede zwischen den Ethnien nicht ausmerzen würde. Die Generation der Millennials kam an die Universitäten und fordert ein sofortiges Ende aller Einflüsse, die Ungleichheit erzeugen.
Dies nahm unweigerlich die Form einer hysterischen Suche nach verstecktem "Rassismus", Unterdrückung durch Sprachkonventionen und "struktureller Gewalt" an. Durch den Charthit "Redbone" des Musikers Daniel Glover verbreitete ein schwarzer Musiker erneut die Phrase "stay woke". Im Refrain warnt der als Childish Gambino bekannte Künstler vor untreuen Partnern und anderen Männern, die auf einen Moment der Schwäche lauern.
Als dann 2014 der 18jährige Michael Brown von dem Polizisten Darren Wilson in Ferguson erschossen wurde, erreichte der Begriff "woke" durch die "Black Lives Matter-Bewegung" in den USA erstmals eine nationale Bedeutung. Weiße Amerikaner griffen ihn auf, um ihre Solidarität auszudrücken. Bis zur vollkommenen "Wokeheit" ist es ein weiter weg. Erreicht ist das Ziel erst, wenn die Gleichheitsthese vollständig in die Tat umgesetzt wurde und alle Unterschiede nivelliert sind. Bis dahin wird es wohl bald wieder den Regenbogen-Boulevard hinauf gehen. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Der Sozialstaat ist am Limit**
Prognosen: Gesetzliche Versicherungsbeiträge steigen bis 2035 von 41,9 auf 51 Prozent
Dirk Meyer
Die 2021 vom Merkel-Kabinett als "Sozialgarantie" definierte Sozialabgabenquote von höchstens 40 Prozent ist Geschichte. Aktuell betragen die Beiträge zur Renten- (18,6), Kranken- (14,6 plus durchschnittlichem Zusatzbeitragssatz 2,5), Pflege- (3,6 ohne Kinderlosenzuschlag) und Arbeitslosenversicherung (2,6) in Summe 41,9 Prozent vom Lohn.
Dazu stieg die Beitragsbemessungsgrenze und Rücklagen wurden aufgelöst. Nach Prognosen des Verbands der Privaten Krankenversicherungen (PKV) und des IGES-Instituts werden 2035 ohne Reformen 51 Prozent erreicht sein - jeweils hälftig von Arbeitnehmern und Arbeit-

gebern zu tragen.
Neben einem massiven Verlust der Wettbewerbsfähigkeit "Made in Germany" droht ein handfester Generationenkonflikt, denn welcher Arbeitnehmer wird Abzüge von durchschnittlich 45 Prozent akzeptieren (25 Prozent Sozialbeiträge, 20 Prozent Einkommensteuer)? Demographisch bedingt wird zudem die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer bei zunehmendem Fachkräftemangel steigen, so daß zwecks Sicherung gleichbleibender Nettobezüge höhere Bruttoentgelte durchsetzungsfähig werden.

Eine einschneidende Reform der Pflegefinanzierung unumgänglich

Deutsche Unternehmen geraten demnach nicht nur nachfrageseitig mächtig unter Druck (Verbrenner-Aus), sondern auch kostenseitig neben steigenden Bürokratie- und Energiekosten durch explodierende Arbeitskosten, deren Anstieg nicht durch entsprechende Produktivitätsfortschritte gedeckt sein dürfte. Ein Haupttreiber des Beitragsanstiegs sind - neben der Gesetzlichen Rentenversicherung - die Pflegekosten. 2023 waren 5,6 Millionen Personen pflegebedürftig. 84 Prozent werden zu Hause versorgt, allein 52 Prozent aller Fälle ausschließlich von Angehörigen gepflegt.
16 Prozent sind vollstationär in Heimen untergebracht, was etwa 48 Prozent der gesamten Pflegekosten verursacht. Mit 83 Milliarden Euro beansprucht die Pflege im Alter knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Vergleich dazu ist die volkswirtschaftliche Nettoinvestition nur etwa doppelt so hoch. Doch während diese die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten zugunsten aller erweitert und Wachstum ermöglicht, zählen Pflegeleistungen zu den rein konsumtiven Ausgaben.
Hinzu tritt die Frage der Verteilung bzw. der Finanzierung. Ein Beispiel: Die Gesamtkosten für einen Platz im Pflegeheim der Diakonie Hamburg betragen im Durchschnitt zwischen 3.026 Euro (Pflegegrad 1) und 5.406 Euro (Pflegegrad 5). Davon sind monatliche durchschnittliche Kosten für Unterkunft (560 Euro), Verpflegung (470 Euro), Investition (583 Euro) und Ausbildung (190 Euro) - zusammen 1.803 Euro - selbst zu tragen.
Hinzu kommen die Pflegekosten bei Pflegegrad 2 bis 5 in Höhe von durchschnittlich 1.599 Euro. Diese werden je nach Aufenthaltsdauer mit 15 bis 75 Prozent bezuschußt. Somit verbleibt ein Eigenanteil des Pflegebedürftigen im ersten Jahr von 3.162 Euro, der im vierten Jahr auf 2.203 Euro sinkt. Insbesondere dieser Eigenanteil ist Stein des gesellschaftlichen Anstoßes, denn er kommt zumeist unerwartet, und übersteigt die bisherigen Ausgaben von Dauer. Zudem reduziert er "Omas Erspartes" für die späteren Erben schnell gegen null.
Doch als "Teilkasko-Versicherung" 1995 konzipiert, ist die soziale Pflegeversicherung (SPV) auf Eigenbeteiligung ausgerichtet, auch um Fehlanreize und ausufernde gesellschaftliche Belastungen zu vermeiden. Neben Pflegehilfsmitteln, Sachleistungen und anderem trägt die Pflegekasse bereits einen Teil der Pflegekosten als Festzuschuß abhängig vom Pflegegrad zwischen 175 und 2.005 Euro.
Außerdem übernimmt das Sozialamt mit der "Hilfe zur Pflege" den Eigenanteil im Falle eines geringen Einkommens und Vermögens, der dann aus Steuermitteln gezahlt wird. Bereits der ab 2022 gezahlte Pflegezuschuß der Pflegekassen zum Eigenanteil war eine Reaktion auf entsprechende Forderungen nach Entlastung (§ 43c SGB XI), der mit 5,4 Milliarden Euro jährlich zu Buche schlägt. Neuere Vorschläge gehen sogar erheblich weiter.
So brachte SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine Begrenzung der Eigenanteile ins Gespräch. Während derzeit der Pflegekostenzuschuß prozentual gedeckelt ist und damit der Eigenanteil absolut nach oben hin offen ist, würde ein "Sockel-Spitze-Tausch" dieses Verhältnis umkehren. Konkret schlägt die SPD in ihrem Wahlprogramm vor, "die hohen Eigenanteile in der stationären Langzeitpflege durch eine Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat (sogenannter Pflege-Deckel) maßgeblich reduzieren" zu wollen. Alle darüber hinausgehenden Kosten trüge die SPV - Pflege in Luxusheimen inbegriffen. Die Kosten für Miete und Essen wä-

ren weiterhin selbst zu tragen.
Alle Leistungen künftig aus Beiträgen und Steuern finanzieren?
Der frühere Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann, und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (beide CDU) wollen die SPV in eine Pflegevollversicherung umbauen, die alle Leistungen aus Beiträgen und Steuern übernimmt.
Die Leistungen dürften sich allerdings vom Umfang, der Qualität und den Preisen her auf ein verordnungsmäßig festgelegtes Pflegesortiment beschränken. Dennoch würden die Pflegekosten erheblich ansteigen, da nicht nur die Eigenanteile "sozialisiert" werden, sondern auch die Anreize zur Nichtinanspruchnahme bzw. zur kostengünstigeren häuslichen Pflege vollständig entfallen. Die Pflegeknappheit (Wartezeiten in Heimen, Pflegenotstand) würde sich entsprechend zusätzlich verschärfen.
Diese Wählerstimmen fangenden Unterstützungen wirken verteilungspolitisch als Gießkanne. Da auch wohlhabende Personen ohne Bedürftigkeitsprüfung in den Genuß kommen, letztendlich auch die Erbmasse geschont wird, entsteht eine Sozialpolitik, die ihrem sozialen Anspruch nicht gerecht wird. Das durchschnittliche Nettovermögen der Haushalte mit mindestens einer Person im Alter von über 65 Jahren liegt bei 320.000 Euro.
Gemäß einem Gutachten im Auftrag der PKV wäre "das Gros der Haushalte in der Lage, (die) Kosten der stationären Pflege für ein Mitglied auch über längere Zeiträume aus eigener Kraft" zu finanzieren. Oder anders ausgedrückt: Ist ein Erbenschutzprogramm zu Lasten der jungen Beitragszahler durch eine ausgeweitete SPV wirklich sozial? Allerdings: Wer aus dem Bürgergeld oder in der Grundrente zum Pflegefall wird - oder wer sein Erspartes rechtzeitig "verjubelt" hat -, der hat schon heute dank Sozialamt praktisch eine Pflegevollversicherung.
Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Wir steuern auf den Kipp-Punkt zu**
Kommunen: Finanzierungsdefizit liegt bei 17 Milliarden Euro / Investitionsrückstand auf 186 Milliarden Euro gestiegen
Paul Leonhard
Rottenburg am Neckar muß sich verschulden. "Uns geht die Puste aus", räumt die grüne Stadtratsfraktion unumwunden ein. Was Stephan Neher, der CDU-Oberbürgermeister der württembergischen 45.000-Einwohner-Stadt als "Haushaltsoffensive" ankündigt, bedeutet die erste Kreditaufnahme seit zehn Jahren. In Balve, einer Stadt im Sauerland, redet sich die CDU die Situation schön: "Krisen bieten auch Chancen." Nur 13 von 427 NRW-Kommunen konnten ausgeglichene Etats verabschieden. Laut KfW-Kommunalpanel sind sie insgesamt mit sieben Milliarden Euro verschuldet.
Selbst in Dresden, das 2006 seinen gesamten kommunalen Wohnungsbestand für fast eine Milliarde Euro an den US-Investor Fortress verkaufte, um schuldenfrei zu sein, wird über eine Neuverschuldung nachgedacht. Niedersachsens Städte fordern eine "Reform" der Schuldenbremse. Die Kommunen erledigten 25 Prozent der staatlichen Aufgaben, erhielten aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen, kritisiert Jürgen Krogmann (SPD), Präsident des Niedersächsischen Städtetags und Oberbürgermeister von Oldenburg: "Es kann nicht sein, daß die kommunale Ebene sich immer weiter verschuldet, während Bund und Land sich der Einhaltung der Schuldenbremse rühmen."
Funktionierendes System werde irreversibel Schaden nehmen
Das Finanzierungsdefizit der Kommunen betrage insgesamt mehr als 17 Milliarden Euro, der wahrgenommene Investitionsrückstand liege bei 186 Milliarden Euro, wobei sich dieser Wert in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB).

"Wir steuern in verschiedenen Bereichen auf Kipp-Punkte zu, an denen ein bislang funktionierendes System irreversibel Schaden nimmt. Wenn Städte und Gemeinden nicht mehr handlungsfähig sind, steht unser demokratisches Gemeinwesen am Abgrund", schreiben DStGB-Präsident Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer André Berghegger: "Wir leben seit dem Jahr 2002 von der Substanz. Der Werteverzehr bei der kommunalen Infrastruktur, also bei Schulen, Sportstätten oder Straßen, beträgt jeden Tag 13 Millionen Euro."
Verschuldet sind auch die Landkreise. André Schröder, CDU-Landrat von Mansfeld-Südharz, fehlen selbst die 600.000 Euro, um das Deutschlandticket im Verkehrsverbund weiter anbieten zu können. Dabei ist der 55jährige eigentlich ein Profi im Auffinden von Geldquellen, er war bis 2019 Finanzminister von Sachsen-Anhalt. Der Deutsche Landkreistag (DLT) vermeldet für 2024 ein Rekorddefizit aller 294 Kreise von 2,6 Milliarden Euro.
Man habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem durch gesetzlich verordnete Ausgaben: "Alle Schrauben, an denen auf unserer Ebene gedreht werden kann, sind schon längst am Anschlag. Die Landkreise sind ausgepreßt wie eine Zitrone", erklärte DLT-Präsident Achim Brötel in der Welt. "Insbesondere in unseren Sozialhaushalten reichen die Ansätze vielfach nicht aus", so der CDU-Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises.
Er verlangt eine Verdopplung des kommunalen Mehrwertsteueranteils von zwei auf vier Prozent (von 8,2 auf 17,5 Milliarden Euro), ein Ende des Bürgergeld-Bezugs für Ukrainer und eine Reform der Sozialleistungen - daß seit 2015 Millionen Kostgänger aus aller Welt nach Deutschland kamen, denen eine Vollversorgung zusteht, verschweigt Brötel.
Mehr Mehrwertsteuer für die Kommunen bedeutet weniger für Bund und Länder. Doch deren Finanzierungsdefizit lag in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 bei 58,2 bzw. 7,3 Milliarden Euro. Daran können auch Richter nichts ändern. Dennoch hat das Oberverwaltungsgericht Magdeburg den Haushalt des Mansfeld-Südharz-Kreises für rechtswidrig erklärt, da den Städten und Gemeinden "eine finanzielle Mindestausstattung" bleiben müsse.
Mansfeld-Südharz und der Salzlandkreis haben inzwischen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie berufen sich dabei auf Artikel 28 und ihr Recht auf Selbstverwaltung. Andere Kreise haben sich der Klage angeschlossen. Das Thema ist für Karlsruhe aber nicht neu. 2019 haben der Kreis Kaiserslautern und die Stadt Pirmasens eine ähnliche Verfassungsbeschwerde eingereicht, über die noch nicht entschieden wurde.
Den kommunalen Unmut hat der DStGB nun in einem Forderungskatalog an die künftige Bundesregierung unter dem Slogan "Starke Kommunen möglich machen" kanalisiert. Immer neue Aufgaben, hohe Standards und Fachkräftemangel überfordern die Ressourcen, heißt es darin. Ursachen seien eine überbordende Bürokratie, ausgelöst von Vorschriften der EU, des Bundes und der Länder, sowie immer mehr Aufgaben, die den Kommunen übertragen würden, ohne daß es eine Gegenfinanzierung gebe.
Allein bei den Sozialausgaben gebe es jährliche Anstiege im zweistelligen Prozentbereich. "Wir werden im Jahr 2025 erstmals mehr als 80 Milliarden Euro für diesen Bereich aufwenden müssen", rechnen die DStGB-Funktionäre Brandl und Berghegger vor.
Streichen, kürzen, schließen und höhere Gebühren für die Bürger?
Die Sozialleistungen müßten "zielgenauer und effizienter" gestaltet werden. Die Tatsache, daß "kaum noch finanzielle Kapazitäten verbleiben, um die Infrastruktur in Deutschland zu sanieren, geschweige denn zu modernisieren, sollte deutlich mehr Alarmbereitschaft auf allen politischen Ebenen hervorrufen". Überall, von der Straße über die Schulen bis hin zu den Sportstätten, mache sich der Substanzverlust bei der technischen und bei der sozialen Infrastruktur deutlich bemerkbar.
Zu letzterem gehören auch die kommunalen Kliniken. Diesbezüglich hatte Bayerns Landkreistagspräsident Thomas Karmasin, seit 1996 CSU-Landrat von Fürstenfeldbruck, kurz vor Weihnachten seinen Ministerpräsident Markus Söder vor einer "dramatischen Unterversor-

gung" gewarnt.
Das CSU-geführte Gesundheitsministerium erkenne nicht im Ansatz die "politische Sprengkraft", die vom Überlebenskampf etlicher Kliniken im Freistaat ausgehe. Doch die Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) passierte dank Unionsstimmen im November 2024 auch den Bundesrat. Das Netz der etwa 1.700 Krankenhäuser in Deutschland dürfte damit in den kommenden Jahren spürbar kleiner werden.
"Es braucht eine Rückbesinnung auf Kernaufgaben, mehr Eigenverantwortung und eine kritische Überprüfung bestehender Standards, um Vertrauen in den Staat und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern", verlangt der DStGB. Forderungen, die auch Bundeskanzler Olaf Scholz vertraut sind.
Im Dezember hatte er sich die Klagen von zwei Dutzend Oberbürgermeistern in seinem Amtssitz angehört. Auf über 154 Milliarden Euro hätten sich 2023 die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände summiert, berichteten diese. Scholz versprach, die am stärksten verschuldeten Kommunen von ihren Altschulden zu befreien. Doch die Finanzausstattung der Kommunen ist Ländersache.
Inzwischen kommt weiteres Ungemach auf die Kommunen zu. Die Gewerkschaft Verdi und der Beamtenbund verlangen acht Prozent mehr Einkommen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, mindestens aber 350 Euro pro Monat. Dazu unter anderem drei zusätzliche freie Tage und einen weiteren für Gewerkschaftsmitglieder.
Dies würde entweder zu Stelleneinsparungen führen oder man müsse "streichen, kürzen, schließen bei den kommunalen Angeboten", sagte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer der Bild. Es gibt aber auch noch eine andere Alternative, auf die Götz Ulrich, Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt aufmerksam macht: "Höhere Gebühren, die der Bürger für Verwaltungsleistungen zahlen muß - zum Beispiel für einen Personalausweis, für die Autozulassung oder die Abfallentsorgung." …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Auf Steuerzahlerkosten: Nancy Faeser (SPD) lobt bis zu 4.000 Euro Rückkehr-Prämie für Syrer aus**
Syrer, die dauerhaft in ihr Heimatland zurückkehren, werden von der Bundesregierung (sprich: von uns Steuerzahlern!) seit dem 13. Januar mit einer Geldprämie als Starthilfe belohnt. Das geht aus einer offiziellen Mitteilung des Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) unterstehenden Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor.
Darin heißt es: "Ihre Reisekosten können übernommen werden und Sie können eine finanzielle Unterstützung für die Reise sowie eine einmalige finanzielle Starthilfe erhalten." Die Starthilfe könne bis zu 1.000 Euro betragen. Für Familien liegt die Ausreisehilfe bei maximal 4.000 Euro. Dazu sollen in Syrien unter Umständen auch medizinische Leistungen übernommen werden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Syriens Außenminister: Migranten sollen in Deutschland bleiben!**
Seit dem Sturz von Diktator Baschar al-Assad wird hierzulande heftig darüber diskutiert, ob und wann syrische Migranten in ihr Heimatland zurückkehren sollen. Bei den neuen islamistischen Machthabern in Damaskus sind sie offenbar gar nicht erwünscht. Der Außenminister der syrischen "Übergangsregierung", Asaad al-Schaibani, sieht jedenfalls keine Notwendigkeit für eine rasche Rückkehr seiner Landsleute aus Deutschland in die alte Heimat.
"Sie sind dort in Sicherheit", sagte er laut dpa diese Woche am Rande eines Treffens mit Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) in Damaskus. Den rund eine Million Syrern, die in Deutschland aufgenommen worden seien, gehe es zudem besser als vielen ihrer Landsleute in anderen Regionen, etwa der Türkei.
Mit anderen Worten: Die syrischen Migranten sollen bleiben, wo sie sind!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Polizei-Säuberung: Christian Wirth (AfD) zeigt Faeser wegen Nötigung und Erpressung an!**
Der Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion für Staats- und Verfassungsrecht, Christian Wirth, hat bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafanzeige gegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wegen Nötigung und Erpressung gestellt. Anlaß ist ein Erlaß des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), der jetzt im Intranet der Bundespolizei veröffentlicht wurde. Demnach wird allen Bundesbeamten ein Dienstverfahren bis hin zur Entlassung angedroht, wenn sie AfD-Mitglied sind, sich in der Partei engagieren oder sogar auf Listen für die AfD kandidieren.
Der Faeser-Erlaß basiert auf dem seit April 2024 geltenden, höchst umstrittenen neuen Disziplinarrecht. Es ermöglicht jeder Bundesbehörde bei Umkehr der Beweislast, unliebsame Beamte ohne Disziplinarverfahren per Verwaltungsakt aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen.
Zu der von Faeser geplanten politischen Säuberungsaktion bei der Bundespolizei und zur Begründung seiner Strafanzeige erklärte Christian Wirth: "Hier handelt es sich um eine weitere parteipolitische Maßnahme der Innenministerin Faeser, die bekanntlich keine Berührungsängste mit linksextremen Kreisen hat, so auch mit der gewaltbereiten Antifa."
Der AfD-Politiker warf Faeser vor, sie beschneide den Beamten das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes sowie auf Vereinigungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes. Die Innenministerin greife somit in das Recht der freien Berufsausübung nach Artikel 12 der Verfassung ein. Dies verletze die Beamten zudem in ihren Gleichbehandlungsrechten auf die Freiheit der politischen Anschauung gemäß Artikel 3 Absatz 3.
Wirth resümiert: "Da diese Verletzungshandlung durch Drohung mit dem Verlust des Dienstverhältnisses und der Bezüge einhergeht, werden die Tatbestände der Nötigung und Erpressung, Paragraphen 240 und 263 Strafgesetzbuch, erfüllt."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.471/…): >>**AfD-Europaabgeordneter Petr Bystron: "Trump hat in Europa viele Partner!"**
Der AfD-Europaabgeordnete Petr Bystron wird als einziger deutscher Vertreter der ESN-Fraktion des EU-Parlaments Gast bei der Inauguration des US-Präsidenten Donald Trump am Montag kommender Woche sein.
Bystron befindet sich bereits seit Donnerstag in Washington, D.C., zu Treffen mit hochrangigen Vertretern der Trump-Administration sowie des MAGA-Movements, sowohl aus den USA als auch aus dem Ausland. Dazu erklärt der AfD-Europaabgeordnete:
"Die jahrelange, beharrliche internationale Arbeit und Kooperation steuern auf einen neuen Höhepunkt zu, und so ist es mir eine große Ehre, als einziger Europaabgeordneter der ESN-Fraktion an der Amtseinführung des US-Präsidenten Donald Trump teilnehmen zu dürfen. Die Amtseinführung des US-Präsidenten Donald Trump ist ein historisches Ereignis. Es zieht Gleichgesinnte aus der ganzen Welt an.
Die Vernetzungstreffen im Vorfeld dieser Veranstaltung sind von unschätzbarem Wert für unsere Partei, wie die jüngsten Ereignisse um Elon Musk bestätigen. Sie stärken auch unsere Position im Europäischen Parlament. Über Jahre hinweg habe ich zusammen mit konservativen Kräften in den USA, wie zum Beispiel dem ehemaligen Trump-Berater Steve Bannon, an einem guten deutsch-amerikanischen Verhältnis gearbeitet.
Die AfD verfolgt einen multipolaren außenpolitischen Ansatz und das Ziel guter diplomatischer Verbindungen in alle Richtungen. Die Amtseinführung von Donald Trump ist für alle Patrioten in Europa ein guter Tag. Ich wünsche dem neuen Präsidenten viel Erfolg bei seiner zukünftigen Regierungsarbeit. Er hat in Europa viele zuverlässige Partner."
Neben Bystron werden auch AfD-Abgeordnete der Bundestagsfraktion in Washington erwartet, darunter Dr. Christina Baum und Kay Gottschalk. Ab Sonntag wird auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD, Tino Chrupalla, in Washington eintreffen.

Petr Bystron: Petr Bystron ist der ranghöchste Außenpolitiker der AfD: Er war 2017-2024 Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages und von 2021 bis 2024 Außenpolitischer Sprecher seiner Partei sowie ihr Vertreter im Europarat und bei der Interparlamentarischen Union (IPU). Seit 2024 ist er Mitglied des Council of Foreign Affairs im Europäischen Parlament.
Im Jahr 2028 besuchte er mit Steven Bannon den amtierenden Präsidenten Milos Zeman. Er ist der erste Europäer, der mit dem "Eagle Award" der konservativen US-amerikanischen Phyllis Schlafly Foundation ausgezeichnet wurde.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Syrien-Heimkehrer sollen bis zu 1.700 Euro erhalten**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) fördert ab sofort wieder syrische Migranten, die dauerhaft in ihr Heimatland zurückkehren.
Das geht aus einer internen Mitteilung der Behörde hervor, über die der "Spiegel" berichtet. Demnach wurde Syrien vorige Woche als weiterer Zielstaat in das Rückkehrprogramm aufgenommen. Mittellose Syrer, die sich etwa im Asylverfahren befinden oder ausreisepflichtig sind, können beim Bamf von Bund und Ländern finanzierte Übernahmen von Flugtickets oder sonstigen Reisekosten beantragen.
Zusätzlich können Teilnehmer bis zu 1.700 Euro als einmalige Unterstützung erhalten. Gedeckelt ist die Starthilfe bei maximal 4.000 Euro pro Familie. Hinzu kommen laut Programm unter Umständen weitere Unterstützungen für medizinische Leistungen in Syrien. Diese könnten maximal 2.000 Euro pro Person betragen und innerhalb der ersten drei Monate nach Ankunft abgerufen werden.
Die Förderungen im Rahmen des Programms waren für Syrer seit 2012 nicht möglich. Die Rückkehr in das vom Bürgerkrieg gezeichnete Land galt als zu gefährlich. Das Bamf half Bundesländern mit eigenen Rückkehrprogrammen bisher nur durch anteilige Kostenerstattungen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**RWE: Rückbau der Atommeiler weit fortgeschritten**

In der Debatte über die umstrittene Entscheidung der Ampelregierung zum Atomausstieg in Deutschland hat der Energieversorgungskonzern RWE bekräftigt, daß für einen Weiterbetrieb der Meiler hohe Hürden hätten überwunden werden müssen.
"Wir hatten immer betont, daß ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eine politische Entscheidung gewesen wäre", sagte ein RWE-Sprecher dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
"Zugleich wäre sie mit hohen regulatorischen, technischen und personellen Hürden verbunden gewesen." Diese Hürden gelten demnach gleichermaßen für die politische Debatte über einen Wiedereinstieg, "wobei der Rückbau der Anlagen inzwischen weit fortgeschritten ist". Zu möglichen Kosten einer Rückkehr zur Atomkraft sagte er: "Am Ende wäre auch die Frage der Wirtschaftlichkeit zu beantworten."
Ein Untersuchungsausschuß des Bundestags beschäftigt sich derzeit mit dem Atomausstieg 2023. Die Union kritisiert das Abschalten der letzten Meiler.
RWE bündelt seine Kernenergiesparte in der Nuclear GmbH. Gegenstand des Unternehmens sind nach eigenen Angaben die Stilllegung und der gesetzlich vorgeschriebene Abbau der Rückbauanlagen Biblis, Emsland, Gundremmingen, Lingen und Mülheim-Kärlich sowie die fachgerechte Verpackung von radioaktiven Abfällen und die Nutzung von Wertstoffen aus dem Rückbau.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Bericht enthüllt wacklige Beweise für das Compact-Verbot**

Die Beweise gegen Compact sind dünn: Keine Hinweise auf russisches Geld, und die abgehörten Telefonate belegen keine aggressiv-kämpferische Grundhaltung. Doch das Bundesin-

nenministerium setzt weiter auf ein Verbot.

Christopher Mang

Ein Morgen im Juli 2024: Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsradikalen Magazins Compact, tritt im schwarzen Bademantel vor die Tür seines Hauses. Vor ihm stehen vermummte Polizisten, bereit, das Verbot seiner GmbH durchzusetzen. Fotografen halten die Szene fest - ein Bild wie aus einem Film. Doch hinter der Inszenierung des Bundesinnenministeriums (BMI) zeigt sich eine juristische Argumentation, die auf wackligen Beinen steht. Ob ein Verbot noch erwirkt werden kann, ist fraglich.

Am 14. August 2024 setzte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das Verbot im Eilverfahren vorläufig aus. Das BMI hatte argumentiert, die Compact-Magazin GmbH sei nicht nur ein Verlag, sondern ein "Personenzusammenhang" im Sinne des Vereinsgesetzes, was die rechtliche Grundlage für das Verbot bilden sollte. Das Gericht ließ diese Einstufung offen und erklärte, daß dies erst im Hauptsacheverfahren vollständig geprüft werden müsse. Außerdem wies das Bundesverwaltungsgericht darauf hin, daß der Pressefreiheit "ein besonderes Gewicht" zukommt.

Für ein Verbot nach dem Vereinsgesetz muß das BMI nachweisen, daß die Compact-Magazin GmbH nicht nur verfassungsfeindlich denkt, sondern aktiv und kämpferisch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorgeht.

Es reicht nicht, daß das Magazin extremistische Inhalte publiziert; es muß eine konkrete Gefahr für die demokratische Ordnung bestehen.

Im Zuge des Verbots wurden 14 Objekte in vier Bundesländern durchsucht, darunter die Redaktionsräume von Compact und Privatwohnungen führender Akteure. Vermögenswerte und Beweismaterialien wurden beschlagnahmt, um unter anderem mögliche Verbindungen zu ausländischen Geldgebern aufzudecken. Doch bisher blieb die Suche erfolglos. Recherchen von NDR und WDR ergaben keine Hinweise auf russische Finanzierungsströme.

Die Ermittlungen des BMI gegen Compact gehen bis ins Jahr 2021 zurück. Seitdem gilt das Magazin als "gesichert rechtsextrem" und darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln abgehört werden. Sicherheitsbehörden hatten die Redaktion umfassend überwacht, darunter auch Telefongespräche. Auszüge aus diesen Gesprächen dienen nun als Beweise, um die Verfassungsfeindlichkeit des Magazins zu untermauern.

So soll Stephanie Elsässer, Ehefrau und Geschäftspartnerin des Chefredakteurs, in einem Gespräch von einer "genetischen Überlegenheit der weißen Rasse" gesprochen haben. Zudem seien Begriffe wie "Systemsturz" und "Revolution" gefallen, die das BMI als Indizien für eine "aggressiv-kämpferische Haltung" interpretiert. Das Magazin verteidigt sich mit der Argumentation, der Begriff "Systemsturz" sei im Kontext eines demokratischen Wandels durch Wahlen zu verstehen. Die Anwälte von Compact monieren zudem, viele der abgehörten Aussagen seien aus dem Zusammenhang gerissen worden.

Das Ministerium sieht in den etwa 40.000 Abonnenten nicht nur Leser, sondern Unterstützer einer politischen Bewegung, die einen "Systemsturz" anstrebe. Aussagen Elsässers, in denen er seine Abonnenten als "wichtig für unsere Revolution" bezeichnete, werden als Beleg für diese Zielsetzung gewertet.

Ein weiteres Indiz für die Gefährlichkeit des Umfelds soll die Aussage des Hausmeisters des Verlags sein, der angeblich geäußert habe, man müsse dem Vizekanzler Robert Habeck "ein Auge ausschießen". Diese Äußerung dient dem BMI als Beleg für die Gewaltbereitschaft.

Das BMI betont außerdem, daß mildere Mittel wie die Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht ausgereicht hätten, um die vermeintliche Gefahr zu bannen. Laut Ministerium sei Compact eine "Radikalisierungsmaschine" mit "politischem Einfluß und ökonomischer Stärke", gestützt durch eine stabile Auflage, eine starke Internetpräsenz und gut besuchte Veranstaltungen. Ein Totalverbot wird somit als einzige Möglichkeit dargestellt.

Das Hauptverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht soll nun im Juni 2025 beginnen, nachdem es ursprünglich für Februar 2025 angesetzt war. Grund für die Verschiebung seien laut einer Gerichtssprecherin Baumaßnahmen. Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet in erster und letzter Instanz über das Verbot von Compact.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.472/…): >>**"Deutschland hat einen historischen Fehler begangen": Energieagentur-Chef schlägt wegen Atomausstieg Alarm**

IEA-Chef Fatih Birol kritisiert Deutschlands Atomausstieg scharf und bezeichnet ihn als "historischen Fehler". Laut IEA-Bericht erreicht die globale Atomstromproduktion 2025 einen neuen Höchststand. Zudem würden immer mehr Staaten auf die Kernkraft setzen.

Jonas Aston

Der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA) hält den Atomausstieg für einen historischen Fehler

Die Internationale Energieagentur (IEA) sieht ihre jüngsten Prognosen bestätigt und die Kerntechnik im Aufwind. In einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht spricht sie im Zusammenhang mit der Technologie von einem "starken Comeback, mit steigenden Investitionen, neuen technologischen Fortschritten und unterstützenden politischen Maßnahmen in mehr als 40 Ländern". Kernkraftwerke produzierten dieses Jahr so viel Strom wie nie zuvor. Das Interesse an der Technik sei auf dem höchsten Stand seit den Ölpreiskrisen der Siebzigerjahre.

Es werden neue konventionelle Kernkraftwerke gebaut, zugleich verändert die Entwicklung kleiner modularer Reaktoren die Innovationslandschaft, schreibt die in Paris ansässige IEA. Die ersten dieser im Fachjargon Small Modular Reactors (SMR) genannten Kleinanlagen werden voraussichtlich um das Jahr 2030 den kommerziellen Betrieb aufnehmen. Daß die Stromnachfrage in den kommenden Jahrzehnten nicht zuletzt durch Rechenzentren stark ansteigen dürfte, untermauert die Bedeutung ausreichend neuer Quellen für stabile, emissionsarme Elektrizität.

"Es gibt viele Anzeichen dafür, daß wir in eine neue Ära der Kernenergie eintreten", so IEA-Chef Fatih Birol gegenüber der FAZ. China ist der Hauptmotor im globalen Aufschwung der Kernenergie, so Birol. Ende 2024 befanden sich weltweit 63 Reaktoren im Bau, wovon etwa die Hälfte auf China entfällt. Mit einem durchschnittlichen Alter von nur neun Jahren verfügt China bereits über den drittgrößten Atomkraftwerksbestand weltweit, während die Anlagen in den USA und Frankreich im Schnitt 40 Jahre alt sind.

IEA-Chef Birol prognostiziert, daß China sein schnelles Wachstum im Nuklearsektor fortsetzen wird und bereits 2030 den größten Kernkraftwerkspark der Welt besitzen könnte. Die Aussichten für Deutschland schätzt Birol hingegen düster ein. "Deutschland hat einen historischen Fehler begangen", so der IEA-Chef. Sowohl in Sachen der Kosten, der Energiesicherheit und dem Klimaschutz habe Deutschland den falschen Weg eingeschlagen. Die Rückkehr zur Atomkraft müsse aus diesem Grund auch weiterhin "eine Option" für Deutschland bleiben.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31744" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Geleakte Akten über weltweit größten Transgender-Ratgeber**

Anfang März 2024 wurden durch "Environmental Progress" - einer von Michael Shellenberger gegründeten und geleiteten Non-Profit-Organisation - geleakte Akten veröffentlicht. Die geleakten Dokumente und ein Video enthüllen das Innenleben der Organisation "World Professional Association for Transgender Health" (Weltverband für Transgender-Gesundheit), besser bekannt als "WPATH".

Kla.TV hat die deutsche "Epoch-Times-Veröffentlichung", zusammen mit Auszügen aus den "WPATH-Akten", für Sie zusammengefaßt und kommentiert.

Der "WPATH-Verband" gilt als führende Autorität auf dem Gebiet der Pflege und Behand-

lung von Personen, die sich als Transgender identifizieren oder an Genderdysphorie leiden, das meint, an einer Abweichung zwischen ihrem biologischen und dem psychisch gefühlten Geschlecht.
Nach eigenen Angaben veröffentlicht "WPATH" international anerkannte Pflegestandards, die einen professionellen Konsens (Übereinstimmung in Fachkreisen) über die psychiatrische, psychologische, medizinische und chirurgische Behandlung von Genderdysphorie darstellen. Fachkräfte sollen diese Richtlinien als die besten Ratgeber anerkennen, welche sie bei der Behandlung von Transgender-Patienten anleiten. Doch überprüfen Sie selbst, liebe Zuschauer, um welche Art "Richtlinien" es sich tatsächlich handelt.

Geschlechts-OP ohne ordnungsgemäße Aufklärung

Die meisten "Patienten" wissen in der Regel gar nicht, worauf sie sich durch ihre Zustimmung zu Pubertätsblockern oder einer geschlechtsangleichenden OP einlassen. Die geleakten Akten zeigen, daß "WPATH-Ärzte" und andere Mediziner hinter verschlossenen Türen zugeben, daß sie überhaupt keine ordnungsgemäß informierte Zustimmung von Eltern und Kindern erhalten können!
Denn hierzu heißt es im Shellenberger-Bericht: "Die "WPATH" tritt öffentlich dafür ein, daß Minderjährige und ihre Familien in diese hormonellen und chirurgischen Behandlungen auf der Grundlage einer schwammigen inneren Selbstwahrnehmung einwilligen. Im Geheimen aber geben einige Mitglieder zu, daß eine informierte Einwilligung gar nicht möglich ist." Im Klartext heißt das: Jugendliche oder Eltern stimmen einer Behandlung zu, die sie nicht verstanden haben. Sie können die Folgen und den Umfang, z. B. lebenslange Unfruchtbarkeit, Schmerzen, eine Stimme, die nie wiederkehrt, Inkontinenz u.v.m., in keinster Weise abschätzen.
Aus den Leaks geht hervor, daß Dr. Daniel Metzger, ein kanadischer Endokrinologe (Erforschung, Untersuchung und Diagnostik von hormonell bedingten Vorgängen und Erkrankungen) und hochrangiges "WPATH-Mitglied" unter seinesgleichen sagte, daß Gender-Ärzte "diese Art von Dingen oft Kindern erklären, die noch nicht einmal Biologie in der High School (9.-12. Klasse) hatten". Metzger fügte hinzu, daß selbst Erwachsene nur sehr begrenzte Kenntnisse über viele dieser medizinischen Eingriffe haben. Shellenberger bemerkt in seiner Veröffentlichung hierzu: "Es ist keine Medizin, denn die erste Regel lautet, keinen Schaden anzurichten. Und das erfordert eine informierte Zustimmung."
Das ist unethisch und fahrlässig! Trotzdem setzen "WPATH-Ärzte" ihre Behandlungen - die man eigentlich "Verstümmelungen" nennen muß - fort.

Aufklärung zu Verlust der Fruchtbarkeit

Die "WPATH-Leitlinie" besagt, daß Ärzte ihre Patienten über den möglichen Verlust der Fruchtbarkeit aufklären und über die verfügbaren Möglichkeiten zur Erhaltung der Fruchtbarkeit informieren müssen. Dr. Metzger jedoch erklärt dem "WPATH-Gremium" hinter verschlossenen Türen: "Es ist immer eine gute Theorie, daß man mit einem 14-Jährigen über Fertilitätserhaltung (Fruchtbarkeitserhaltung) spricht. Aber ich weiß, daß ich gegen eine leere Wand rede. (...) Die meisten Kinder sind noch nicht in der Lage, ernsthaft über Fruchtbarkeit zu sprechen."
Dianne Berg, eine Kinderpsychologin und ebenfalls "WPATH-Referentin", gab auf dem Podium diesbezüglich offen zu, daß Experten gar nicht erwarten, daß Kinder und Jugendliche die eigentlichen Auswirkungen von Transgender-Eingriffen in vollem Umfang verstehen.
Wir halten in aller Deutlichkeit und mit Nachdruck fest: Kinder und Jugendliche willigen in geschlechtsumwandelnde Behandlungen ein, können deren Umfang aber in keiner Weise einschätzen.

Der Mythos vom: "Alles ist umkehrbar"

Sogenannte "Gender-affirming-Ärzte" sind Ärzte, die die Geschlechtsidentität einer Person

unterstützen und bestätigen sollen. Diese Ärzte und befürwortende Politiker propagierten in Kalifornien öffentlich, die Gabe von Pubertätsblockern sei eine sichere und vor allen Dingen rückführbare Behandlung. Sie diene dazu, die Selbstmordgefährdung von mit sich selbst uneinigen Jugendlichen zu senken. Der Rechtsstreit des "Center for American Liberty" (Gemeinnützige Organisation zur Verteidigung von Freiheitsrechten Ungehörter) jedoch zeigt, daß die Einnahme von Pubertätsblockern "absolut dauerhaft schädlich" ist, so Frau Dhillon (Gründerin und Geschäftsführerin des Center for American Liberty).
"Durch die "WPATH-Ideologie" ermöglichen wir es 9-Jährigen, zu entscheiden, ihr Geschlecht zu ändern."
Ein kalifornisches Gesetz ermöglicht es 12-jährigen Kindern sogar, "von zu Hause wegzulaufen" und in LGBTQ-Heimen Zuflucht zu suchen, um sich zu emanzipieren. Medizinische Eingriffe, wie die Verwendung von Pubertätsblockern, eine Hormonersatztherapie und Operationen, können ohne elterliche Zustimmung durchgeführt werden, und das ist gesetzlich verankert. Die Folgen solch irreversibler Eingriffe (wie eine lebenslange Unfruchtbarkeit, nicht reversible Stimmlagen, medizinische Probleme im Alltag u.v.m.) bleiben bei der Gesetzgebung völlig unberücksichtigt.
"WPATH-Ärzte" geben (teils privat, teils öffentlich) zu, daß sie nicht alle langfristigen Auswirkungen der geschlechtsumwandelnden Operationen kennen. Statt der sonst im medizinischen Bereich geltenden Sorgfaltspflicht - mit umfassender Aufklärung für Patienten - herrschen hier "sexuelle Experimente", erklärt Frau Dhillon weiter. Um diesen Praktiken ein Ende zu setzen, sollten ihrer Meinung nach Ärzte, die ihre Patienten wissentlich belogen haben, wegen ärztlichen Fehlverhaltens angeklagt werden.
Erin Friday, Anwältin und Co-Leiterin von "Our Duty" (Hilfsorganisation, die mit Informationen und Rechtsschutz gegen den Transgender-Trend unterstützen), sagte ebenfalls aus, daß die "WPATH-Akten" ein Eingeständnis dafür seien, daß Geschlechtsumwandlungsverfahren "ein riesiges Experiment" sind. Friday bezog sich auf den Fall eines 16-jährigen Mädchens, welches nach der Einnahme von Testosteron (männliche Hormone) und anderen Medikamenten große Lebertumore entwickelte.
Ein Onkologe und ein Chirurg führten das auf die Hormongabe zurück. In den geleakten "WPATH-Dokumenten" wurden auch viele andere bekannte oder potentielle Komplikationen erörtert. Ein ebenso eklatanter Mangel an notwendiger Forschung und insbesondere das Fehlen von Langzeitstudien erschüttern die "WPATH-Fassade".
Gemäß Erin Friday seien die "WPATH-Akten" nicht allein die Enthüllung einer Organisation, die ihre Grenzen überschritten habe; sie seien vor allem das Offenbarwerden groben medizinischen Fehlverhaltens und verbreiteter Lügen.

Politisierung und Lobbyarbeit

Die amerikanische Psychologin Shannae Anderson betont, daß die "WPATH-Standards" in vielen Staaten die einzige erlaubte Behandlung sind, was sie für besorgniserregend hält. Problematisch sei vor allem, daß die Politik Therapeuten daran hindere, frei mit Patienten über Geschlechtsdysphorie (Uneinigkeit mit dem eigenen Geschlecht) zu sprechen. Damit werde die Meinungsfreiheit und jeder Hilfsversuch mit Füßen getreten.
Wie andere Kritiker erwartet Anderson, daß die Enthüllung der "WPATH-Akten" zu Anhörungen im US-Kongreß und zu weiteren Rechtsstreitigkeiten führen wird. Sie hofft, daß so die Redefreiheit wiederhergestellt wird, damit Therapeuten ihre Arbeit machen können. Diesen wurde sogar mit Lizenzentzug gedroht, wenn sie eine andere Meinung vertreten, als die gängige "WPATH-Ideologie" dies vorgibt.
Anderson argumentiert weiter, daß die offene Thematisierung und Unterrichtung der Transgender-Ideologie an Schulen unangemessen und für Kinder gefährlich sei. Politischer Aktivismus und Medizin sollten sich nicht vermischen. Eine Organisation, die politische Ziele

verfolge, kümmere sich nicht um die Gesundheit der Patienten.
Auch hier zeigt sich, daß die "WPATH-Akten" zahlreiche Beweise dafür enthalten, daß es sich bei der Organisation um eine Aktivistengruppe und nicht um eine wissenschaftliche Organisation handelt.

Operative Eingriffe ohne Berücksichtigung psychischer Störungen

Erschreckend sei gemäß Psychologin Anderson auch, daß die "radikalen lebensverändernden Eingriffe an Personen mit schweren psychischen Störungen" vorgenommen würden. Auch Anwältin Friday kritisiert, daß "gender-affirming-Ärzte" (Geschlechtsidentität unterstützend und bestätigend) die psychischen Probleme der Patienten ignorieren, obwohl die "WPATH-Richtlinien" vorsehen, diese ganzheitlich zu behandeln. Gravierende psychische Erkrankungen, wie zum Beispiel eine schwere Schizophrenie, Depressionen oder Bipolarität, würden bei der "Behandlung" nicht ausreichend berücksichtigt werden.
Friday sagt des Weiteren, Kinder seien außerstande, informierte Entscheidungen über geschlechtsspezifische Behandlungen zu treffen. Die Mehrheit der geschlechtsdysphorischen Minderjährigen würde ihren natürlichen Körper zu einem späteren Zeitpunkt schlußendlich akzeptieren. Auch nach Andersons Meinung fehle es an ausreichender Forschung zu den langfristigen psychischen Auswirkungen solcher Verfahren.

Wider besseres Wissen

In einem Interview zwischen Jordan Peterson, einem weltbekannten kanadischen Psychologen und Autor, und Michael Shellenberger, der die geleakten "WPATH-Akten" veröffentlichte, wirft Shellenberger den "WPATH-Ärzten" vor: "Und dann legen sie einfach die Hände in den Schoß und sagen: 'Wir wissen nicht wirklich, wie wir dieses Problem (der informierten Zustimmung, Anmerkung der Redaktion) lösen können.' (…)
Was ist los mit ihnen, daß sie so sehr von einer Ideologie beherrscht werden, daß sie diese Mißhandlungen begehen und niemals in Frage stellen - statt zu erwägen, daß sie sie vielleicht gar nicht begehen sollten?" Studien des Psychologen Ken Zucker zeigten, daß von den 2- bis 12-jährigen Jungen und Mädchen, die in zwei separaten Studien klinisch als genderdysphorisch eingestuft, aber nicht sozial umgewandelt wurden, 88 Prozent später als Jugendliche und junge Erwachsene berichteten, daß sie nicht mehr unter dem Zustand litten und sich mit ihrem ursprünglichen Geschlecht wohlfühlten.
"Laßt sie in Ruhe, bis sie 18 sind." Das war Ken Zuckers Empfehlung für die Behandlung, doch er wurde durch Radikale vor 10 Jahren aus dem Geschäft gedrängt", so Peterson. Nun sei das genaue Gegenteil gängige Praxis. "Extremste Behandlungen und chirurgische Eingriffe werden nun empfohlen. Eltern wird Angst gemacht, ihre Kinder könnten sich umbringen, wenn sie nicht auf sie hörten - was unbelegt, eine Lüge ist.
Dann bietet man diese absolut katastrophale Behandlung mit unvorstellbar schlimmen Folgen an (…) und sagt ihnen, daß sie so ihr wahres Selbst finden werden."
Dies käme einem der größten Medizin-Skandale Amerikas gleich: der Lobotomie. Oder es übertreffe sie sogar noch.
Kleiner Einschub: Die Lobotomie war Mitte des 20. Jahrhunderts ein brutaler chirurgischer Eingriff, bei dem scharfe Instrumente in das Gehirn eingeführt wurden, um die Verbindungen der Frontallappen zu durchtrennen. Manchmal wurde dazu ein Eispickel durch die Augenhöhle ins Gehirn gehämmert. Es kam zu vielen Verstümmelungen und Toten. An dieser Stelle wäre es zu viel, Lobotomie eingehender zu beleuchten. Darum haben wir für Sie, liebe Zuschauer, eine Folgesendung über Lobotomie im Vergleich zu Gender-Operationen produziert (kla.tv/31745), die Sie sich unbedingt anschauen sollten.

Doch "WPATH" tut es trotzdem

Trotz all dieser warnenden Stimmen rechtfertigte die amtierende Präsidentin der "WPATH", Dr. Marci Bowers, sich und die Organisation und gab am 5. März 2024 folgende Erklärung

ab: "Die "WPATH" ist und war schon immer eine wissenschafts- und evidenzbasierte Organisation, deren Empfehlungen von großen medizinischen Organisationen auf der ganzen Welt befürwortet werden. Wir sind die Fachleute, die die medizinischen Bedürfnisse von transsexuellen und geschlechtshomogenen Menschen am besten kennen - und wir stellen uns gegen Personen, die die vielfältigen Identitäten und komplexen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe durch Panikmache falsch darstellen und delegitimieren. (…)"
Einige Tage, nachdem Shellenbergers "Environmental Progress" die "WPATH-Akten" veröffentlicht hatte, stoppte sogar der britische "National Health Service" die Anwendung von Pubertätsblockern bei Kindern. Vermutlich schwante ihnen Böses.
Während einige europäische Länder chirurgische Eingriffe oder die Behandlung mit Hormonen bei Minderjährigen zumindest kritisch sehen oder diese sogar verboten haben, soll der Wechsel ins andere Geschlecht in Deutschland durch das nun beschlossene Selbstbestimmungsgesetz so leicht wie nur möglich gemacht werden. Risiken und langfristige Folgen könne derzeit niemand absehen, bestätigt sogar der Deutsche Ärztetag, um vermutlich seinen Kopf noch rechtzeitig aus der Schlinge zu ziehen.
Dieser hat sich nämlich gegen eine Behandlung von Jugendlichen mit Pubertätsblockern oder geschlechtsumwandelnden Hormonen außerhalb wissenschaftlicher Studien ausgesprochen. Die Gabe von Pubertätsblockern oder gegengeschlechtlichen Hormonen sei "eine Form experimenteller Medizin an Kindern, die u.a. den Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit zur Folge" habe. Es handele sich bei den Behandlungen "um irreversible Eingriffe in den menschlichen Körper bei physiologisch primär gesunden Minderjährigen. Die Sorge um das Kindeswohl müsse überwiegen."
Zusätzlich verabschiedeten die Delegierten des Ärztetages auch eine Beschlußvorlage, die die Bundesregierung auffordert, das Selbstbestimmungsgesetz zu ändern.
Wir fassen zusammen:
Während in Deutschland Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht selbstständig Autofahren oder Alkohol konsumieren dürfen, weil ihnen der Weitblick für mögliche Konsequenzen fehlt, wirbt die Gender-Lobby für Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige. Kinder sollen Entscheidungen für ihr ganzes Leben treffen, die sie weder überblicken noch einschätzen können. WPATH-Ärzte verstümmeln blindlings gesunde Körper, angeblich, ohne die Langzeitfolgen zu kennen.
Doch würden sie sich nur schon ernsthaft mit den bestehenden Fakten auseinandersetzen, wie den Tumoren nach Hormongaben und den lebenslangen Entstellungen und Behinderungen nach OPs, müßten sie sich eine gewaltige Schuld eingestehen. Bei männlichen Patienten z.B. bleibt nach einer operativ aufgebauten Vagina im besten Fall ein Hohlraum zurück, der lebenslang geweitet werden muß, sowie eine drastisch eingeschränkte Sexualfunktion.
Andere erleiden schwerwiegende Komplikationen wie blutgefüllte Becken, Probleme beim Wasserlassen und Fisteln. "So kann man nicht in Würde leben", sagte ein 32-jähriges Opfer des medizinischen Verbrechens, das unter ständigen Schmerzen, Taubheitsgefühlen und Harnwegstörungen leidet. Ein Leben im Albtraum!
Experten, die den Leidenden wirklich helfen könnten, werden mundtot gemacht. Eltern, die ihre Kinder vor Kurzschlußentscheidungen mit unüberschaubaren, lebenslänglichen Folgen schützen wollen, wird das Sorgerecht entzogen.
Abschließend fassen wir die treffliche Aussage der renommierten Rednerin Laura Aboli folgendermaßen zusammen. Die Transgender-Bewegung ist keine Graswurzelbewegung (Initiative, die aus der Basis der Bevölkerung entsteht), sondern sie kommt von "ganz oben". Sie ist ein Übel, das in Richtung Transhumanismus geht. Sie bringt uns dazu, den grundlegendsten Begriff der menschlichen Identität, unser Geschlecht, in Frage zu stellen. Die traurige Realität hierbei ist, daß diese fortschreitende Agenda bei einer zunehmenden Zahl von Kindern und

Jugendlichen bereits körperliche, geistige und psychische Schäden verursacht hat und es wird noch schlimmer. Das muß gestoppt werden!<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Trump. Macht. Politik.**

Europa und die USA: Ohne Einigkeit und eigene Stärke bleibt der alte Kontinent handlungsunfähig

Thorsten Hinz

Auf brutale Weise hat der designierte US-Präsident Donald Trump klargestellt, worin das Kerngeschäft der internationalen Politik besteht: Es geht um Interessen und um Macht, die es braucht, um selbige durchzusetzen. Er hat den Anspruch auf Kanada und Grönland proklamiert und will den Panamakanal wieder den USA zuschlagen. Um die Kanadier zur Einsicht zu bringen, soll ökonomischer Druck genügen. Im Fall von Grönland und Panama mag er militärischen Einsatz nicht ausschließen.

Trumps Äußerungen bedeuten einen Qualitätssprung in den internationalen Beziehungen. Lateinamerika haben die USA seit jeher als ihren Hinterhof betrachtet. Doch Kanada ist ein enger Verbündeter, ein Mitglied der Nato; Grönland gehört als autonomes Gebiet zum Nato-Partner Dänemark. Indirekt hat Trump auch Großbritannien düpiert, denn der britische Monarch ist in Personalunion König von Kanada.

Die Perspektiven, die Trumps Rhetorik eröffnet, überbieten das Prozedere, das Rußland im Umgang mit der Ukraine und den Chinesen gegenüber Taiwan als völkerrechtswidrig vorgeworfen wird. Das internationale Regelwerk verliert seine Gültigkeit und wird auf brachiale Weise neu ausgehandelt. Trump geht es um Handelsrouten, Bodenschätze, Märkte. Ihn treibt die Einsicht, daß die USA nach wie vor die stärkste, aber nicht mehr die einzige Weltmacht sind, und der Westen - als deren Führungsmacht sie auftreten - im globalen Maßstab rasant an Bedeutung verliert.

Er fürchtet, die Chinesen könnten Hand an den Panamakanal legen und zusammen mit den Russen bei der Ausbeutung der Arktis uneinholbare Vorteile erlangen. Die USA kämpfen um den Erhalt ihres angestammten Platzes. So wie Rußland, das seinen Abstieg mit grobschlächtigem Neoimperialismus umzukehren versucht, und China, das militärisch, aber auch wirtschaftlich und technologisch seinen historischen Wiederaufstieg betreibt.

Die Mechanismen der Geo- und Machtpolitik, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Schleier des ideologischen Ost-West-Konflikts verhüllt worden waren, treten wieder scharf hervor.

Die Europäer hatten sich seit 1945 eine sentimentale Sicht auf die USA gestattet. Sie fokussierten sich auf ihre Rolle als Befreier vom Nationalsozialismus und als Schutzmacht vor der Sowjetunion und wollten eine idealistische Kraft in ihr erkennen, die uneigennützig danach strebt, die demokratisch-liberale Zivilisation über die ganze Erde auszubreiten.

Das war stets weniger als die halbe Wahrheit. Von Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) stammt der Satz: "Sprich sanft und trage einen großen Knüppel, dann wirst du weit kommen". Er ergänzte die Monroe-Doktrin, die den Europäern die Einmischung auf dem amerikanischen Kontinent verbot, um das "Roosevelt-Corollary", das ein aktives Interventionsrecht in inneramerikanische Konflikte verkündete. Darüber hinaus schickte er eine Armada aus Kriegsschiffen - die "Große Weiße Flotte" - um die Welt, die demonstrativ den Suezkanal und das Mittelmeer passierte.

In den dreißiger Jahren sprach sein entfernter Verwandter Franklin D. Roosevelt von der "westlichen Hemisphäre", die im Westen tief in den Pazifik, ostwärts bis nach Westafrika hinein und an die europäische Atlantikküste reichte. Sogar der Rhein wurde als Verteidigungslinie genannt. Das geostrategische Interesse Washingtons bestand in den Worten des US-Politikwissenschaftlers Nicholas Spykman darin, "die Vereinigung der Machtzentren der Al-

ten Welt zu einer feindlichen Koalition zu verhindern".
Den Demokratie-Export hat Trump als zu kostspielig und sinnlos verabschiedet. Desto unbefangener kann er die liberalen Normen, die Europa unverdrossen beschwört, beiseite schieben, um das zu tun, was Amerika wieder "groß" macht.
Relevant im Machtspiel sind aus US-Sicht die Chinesen und - aufgrund ihrer Atomrüstung - mit Abstand die Russen, während das einst weltbeherrschende Europa zu einem Hinterhof der Weltpolitik schrumpft. Kanada ist selbst für die USA ein zu großer Brocken, aber denkbar ist folgendes Szenario: Die Chinesen und Russen stimmen den Grönland- und Panama-Plänen zu.
Im Gegenzug verpflichten sich die USA, die globalen Interessen Pekings zu berücksichtigen und gestehen Putin die Krim, die Ostukraine und den Nicht-Beitritt Kiews zur Nato zu. Den Europäern bliebe der Abwasch überlassen. Sie müßten das restliche ukrainische Armenhaus durchfüttern, weiterhin teures LNG-Gas aus den USA kaufen und hilflos ihrer Deindustrialisierung und der Kapitalflucht nach Übersee zusehen. Für Trump wäre das eine großartige Startbilanz.
Angesichts der macht- und geopolitischen Realitäten müßten die kleinen und mittleren Staaten auf dem Appendix der eurasischen Landmasse, um nicht zerrieben zu werden, sich nach außen als Interesseneinheit präsentieren. Das würde die Emanzipation von den USA erfordern, ohne allerdings dem Antiamerikanismus zu verfallen. Zu akzeptieren wären die Eigenheiten des unverrückbaren Nachbarn Rußland und die Rückkehr zu einem sachlichen Verhältnis. Voraussetzung wäre natürlich die Wehrhaftigkeit Europas.
Damit betritt man den Bezirk der frommen Wünsche. 1989 sahen viele die "Stunde Europas" gekommen. Die Herausbildung neuer, größerer Machtgebilde geht von vorhandenen Machtzentren aus. Deutschland und Frankreich waren dazu berufen, sich gemeinsam dieser Aufgabe zu stellen, aber beide taktierten nur.
Frankreich ging es darum, das Machtmittel der Deutschen, die D-Mark, zu neutralisieren, und den Deutschen schien es am wichtigsten, den Verdacht zu zerstreuen, ein Viertes Reich anzustreben. Sie verzichteten darauf, auf föderalen Institutionen und der wirtschaftlichen Harmonisierung der Teilnehmerstaaten zu bestehen als Voraussetzung für die Gemeinschaftswährung. Der Sieg der gallischen List über germanische Tumbheit hat niemand glücklich gemacht. Europa ist nach außen schwächer und im Innern zerstrittener als je seit 1990.
Zur Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs beim Bau eines zur Machtpolitik befähigten Europa gibt es keine Alternative. Als Dritter im Bunde müßte Polen hinzutreten. Nur wird Deutschland von niemandem mehr ernst genommen, das bankrotte Frankreich träumt von der Schuldenunion, und Polen starrt wie hypnotisiert auf den russischen Erbfeind.
Nötig sind neue Politiker und Denkschulen auf der Höhe der Zeit. Anders gesagt: Ein Elitenaustausch ist fällig. Bis dahin können wir nur hoffen, daß Trump es beim rhetorischen Knüppel beläßt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/25" berichtet am 17. Januar 2025 (x1.476/…): >>**"Für die AfD stimmen"**
Das Gespräch von Elon Musk und AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel auf X: Der US-Unternehmer entfacht mit seiner Wahlempfehlung viel politischen Wirbel / Auch Weidels Aussagen sorgen für einigen Gesprächsstoff
Curd-Torsten Weick
Als hätte es die Kritik von Robert Habeck (Grüne), Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz (CDU) nicht gegeben, wiederholte der US-Unternehmer und Berater des designierten Präsidenten Donald Trump, Elon Musk, seine Unterstützung für die AfD. Habeck hatte betont: "Wir können nicht zulassen, daß ein amerikanischer Techmilliardär und chinesische Algorithmen entscheiden, was für eine Regierung Deutschland bekommt." Eine solche Einmi-

schung von außen in deutsche Angelegenheiten verbiete sich, erklärte Klingbeil, und Merz kritisierte Musk als "übergriffig und anmaßend".
Vor geschätzten 20 Millionen Zuhörern bei seinem Gespräch mit der AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel auf X am vergangenen Donnerstag erklärte er: "Wenn Sie mit der Situation unzufrieden sind, müssen Sie für den Wandel stimmen. Und deshalb empfehle ich den Menschen wirklich dringend, für die AfD zu stimmen. (...) Ich denke, Alice Weidel ist eine sehr, sehr vernünftige Person, und hoffentlich können die Leute allein aus diesem Gespräch erkennen, daß nichts Unverschämtes vorgeschlagen wird, sondern nur gesunder Menschenverstand, also, wie gesagt, ich denke, nur die AfD kann Deutschland retten."
Im Anschluß kündigten nicht nur die Gewerkschaften Ver.di und GEW an, ihre Accounts bei X löschen zu wollen. "Die beiden haben sich wirklich blamiert", erklärte Welt-Kolumnist Henryk M. Broder. Über die AfD-Chefin sagte er: "Wer dauernd sagt, 'um ehrlich zu sein', zeigt schon an, daß er zwischendurch ein bißchen schwindelt."
"Anzeige ist raus! Heute habe ich die Vorsitzende der rechtsextremen Partei AfD, Alice Weidel, für ihre Aussage 'Hitler war ein Kommunist' angezeigt", teilte der Stuttgarter Luigi Pantisano (Die Linke) auf Musks Plattform X mit. Die Aussage sei eine "Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und eine deutliche Relativierung der Verbrechen der Nationalsozialisten".
Auch die EU will ihre Ermittlungen gegen Musk und Weidel ausweiten. Das kündigte die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Henna Virkkunen, gegenüber dem Sender "Bloomberg TV" an. Es gehe nun noch intensiver um mögliche Verstöße gegen EU-Regeln, konkret den Digital Services Act (DSA). Die Kommission untersuche, ob das auf X live übertragene Gespräch in unlauterer Weise aufgebauscht worden sei, um einem politischen Kandidaten einen Vorteil zu verschaffen.
Vor allem bei Migration und Wirtschaft habe Weidel falsche Behauptungen aufgestellt und es mit Geschichtsrevisionismus versucht, erklärten die ARD-Faktenfinder Carla Reveland und Pascal Siggelkow in der "Tagesschau".
Hier nun Auszüge der wichtigsten Passagen und Themen des Gesprächs von Elon Musk und Alice Weidel: "Willkommen"
Elon Musk: Willkommen Alice Weidel. Ich freue mich auf diese Diskussion, und vielleicht könnten wir damit beginnen, daß Sie die AfD skizzieren. Was die wichtigsten Dinge sind, die Sie anstreben, wo Deutschland Veränderungen braucht und einfach, um Menschen aufzuklären, die noch nie von der AfD gehört haben.
Alice Weidel: Okay, vielen Dank, Elon, daß ich hier sein und die Gelegenheit nutzen darf, offen über verschiedene Themen zu sprechen. (…) Um unsere Partei zu erklären, muß ich leider damit beginnen, die recht negativen Umständen in Deutschland zu beleuchten. Unser Land ist ein großartiges Land mit hoch motivierten Menschen, aber unser Land wurde in den letzten 20 bis 25 Jahren nicht richtig regiert.
Thema: Energie
Alice Weidel: Angela Merkel, die erste grüne Bundeskanzlerin, hat unser Land im Grunde ruiniert. Sie hat 2015 ohne die Bevölkerung zu fragen unsere Grenzen für illegale Einwanderung geöffnet. Deutschland ist das einzige Industrieland, das aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Das Ziel von Angela Merkel war es, nur Solar- und Windenergie durchzusetzen, und man muß nicht sehr schlau sein, um zu erkennen, daß man ein Industrieland nicht nur mit Wind- und Solarenergie betreiben kann.
Musk: Ich bin ein großer Fan von Solarenergie, aber wenn ein Land auf einem sehr hohen Breitengrad liegt, dann wird die Menge an Solarenergie im Winter natürlich erheblich reduziert. (…) Ein Großteil der Energie kann also mit Solarenergie und mit großflächigen Netzenergiebatterien erzeugt werden, aber sie muß durch andere Energieformen ergänzt werden,

da es im Winter in Deutschland nicht viel Sonnenschein gibt. Die Lösung muß also offensichtlich eine vielschichtige Lösung sein. Es gibt sicherlich erneuerbare Energien, aber es muß auch eine Form von Energie aus fossilen Brennstoffen und insbesondere aus Kernenergie geben. Ich denke, die Kernenergie wird sehr unterschätzt.

Ukrainekrieg und Energie

Weidel: Während des Krieges in der Ukraine wurde unsere Gasversorgung einfach zerstört - das wirft tatsächlich ein wenig Licht auf unsere starke Abhängigkeit von russischem Gas. Doch was hat die Regierung in dieser Krise beschlossen, als die Energiepreise in die Höhe schossen? Sie hat das letzte Kernkraftwerk abgeschaltet. Entweder muß man sehr dumm sein oder man haßt einfach sein eigenes Land.

Musk: Ich dachte, das ist verrückt. Gerade jetzt, wo Deutschland am meisten Strom braucht, schaltet es eine der besten Stromquellen ab, nämlich die Kernenergie.

Bürokratieabbau

Weidel: Wir werden von den Mainstream-Medien als sogenannte extremistische Partei extrem negativ dargestellt. Dabei sagen wir einfach: "Schaut mal, wir müssen die Bürokratie abbauen. Wir müssen unsere Firmen, unsere Unternehmen und die Einzelpersonen von den bürokratischen Bedingungen befreien. Wissen Sie, wie lange es dauert, wie viele Tage es dauert, um in Deutschland eine Geschäftserlaubnis zu bekommen?"

Musk: In der Nähe von Berlin haben wir eine gigantische Autofabrik gebaut. Wir hatten viel Unterstützung von der lokalen und nationalen Regierung. Trotz all dieser Unterstützung ist allein die schiere Anzahl an Regeln, die die Leute befolgen müssen, völlig verrückt. Um eine Genehmigung zu bekommen, mußten wir 25.000 Seiten auf Papier drucken. Dazu noch viele, viele Kopien. Es buchstäblich ein Lastwagen voller Papier. (…)

Ich will nicht die Art von Personen beschuldigen, die das tun, weil sie nur die Regeln befolgen. Also müssen wir die Regeln ändern. Vor allem für Länder, die seit langem Wohlstand genießen, ist es äußerst wichtig, eine, wie ich es nenne, Art Müllabfuhr für Regeln, bei der die Regeln und Vorschriften überprüft werden und sichergestellt wird, daß sie eindeutig von Vorteil sind. Wenn Zweifel daran bestehen, sollten wir sie abschaffen, da wir sonst an einen Punkt gelangen, an dem alles illegal ist, und das ist einfach absolut verrückt.

Bildung

Weidel: Deutschland hat die höchsten Steuern von allen OECD-Ländern. Der normale deutsche Arbeitnehmer arbeitet die Hälfte des Jahres oder mehr für diesen dysfunktionalen Staat. Denn der Staat stellt nicht die lebenswichtigen Dinge für die Menschen bereit, er sorgt nicht für Sicherheit, so daß wir hier eine rasante Kriminalitätsrate haben.

Nun haben wir diese verrückte, wokistische, linkssozialistische Agenda in unserem Bildungssystem, so daß die jungen Leute in der Schule, an der Universität usw. nichts lernen. Sie lernen nur etwas über Gender Studies. (…) Das ist auch der Grund, warum junge Menschen jetzt für die AfD stimmen, weil sie eine angemessene Bildung wollen und weil sie ein angemessenes Bildungssystem wollen, das den jungen Menschen Fähigkeiten vermittelt. Wir müssen zu einem leistungsbasierten Anreizsystem zurückkehren.

Musk: Sicher. Ich meine, der Sinn der Schule ist es, nützliche Fähigkeiten zu erlernen, die einem im Leben helfen, produktiv zu sein und die Welt zu verstehen, sonst ist es keine Schule, sondern eine reine Propaganda-Institution.

Migration

Weidel: Der Staat wirft das Geld einfach aus dem Fenster, zum Beispiel für die Einwanderung in unser Sozialsystem. Seit 2015 hatten wir einen Zustrom von fast sieben Millionen Menschen. Und parallel dazu erlaubt unser Staat den Menschen, ihre Pässe wegzuwerfen, bevor sie unsere Grenzen überqueren, die nicht geschützt und kontrolliert sind. Also werfen fast 60 Prozent der Menschen, die über eine offene Grenze in unser Land kommen, ihre Papiere weg.

Warum tun sie das? Weil sie, sobald sie in unser Land, unser komisches Land mit dieser komischen Einwanderungspolitik eingereist sind, nicht mehr abgeschoben werden können.
Musk: Es ist sehr verrückt, aber genau das passiert auch in den USA. Es gibt dort eindeutig eine Art linksradikales Programm, das in der gesamten westlichen Zivilisation vorangetrieben wird. Es gibt auf der mexikanischen Seite der Grenze in den USA einen riesigen Haufen weggeworfener Pässe und Führerscheine, einen riesigen Haufen. Genau wie in Deutschland gibt die demokratische Regierung riesige Summen Geld und Unterstützung für Menschen, die sie als "undokumentiert" bezeichnen. Aber wenn sie undokumentiert sind, haben wir eigentlich keine Ahnung, ob sie Mörder oder Vergewaltiger sind. (…) Wir haben einen massiven Anstieg der Kriminalität in den USA erlebt.

Einmischung in die Politik und die Redefreiheit

Weidel: Wissen Sie, daß der Kanzlerkandidat der CDU über Einmischung gesprochen hat und Ihre Interessen an der deutschen Politik als aufdringlich und anmaßend bezeichnete? (…) Friedrich Merz warnte gar die Welt vor den Folgen einer Wahl von Donald Trump. Also, was die Einmischung aus dem Ausland angeht, ist es wirklich unglaublich, wie Donald Trump von deutschen Medien und deutschen Politikern während seines Wahlkampfs behandelt wurde. (…) Während wir uns unterhalten, beobachten uns 150 EU-Bürokraten. Um dieses lächerliche Gesetz über digitale Dienste durchzusetzen, das nichts anderes als eine Zensur der Redefreiheit ist.
Musk: Ja, genau. Ohne Redefreiheit sind die Menschen nicht in der Lage zu sagen, was sie sagen wollen, und dann können sie keine informierte Wahl treffen. Wenn die Menschen also einfach nur mit Propaganda gefüttert werden und keinen Zugang zu den tatsächlichen Geschehnissen haben, können sie keine informierte Wahl treffen, und dann haben sie keine echte Demokratie. Die Redefreiheit ist das Fundament der Demokratie.
Weidel: Wissen Sie, was Adolf Hitler als erstes getan hat? Er hat die Redefreiheit abgeschafft. Er kontrollierte die Medien, und ohne sie wäre er nie erfolgreich gewesen, ja, genau, nie erfolgreich gewesen.
Musk: Ja, absolut. Eines der ersten Dinge, die er tat, war, die Medien zu kontrollieren. Er führte eine extreme Zensur ein. Und was er wirklich versuchte, war, alle pro-semitischen Medien niederzumachen, alles Pro-Semitische oder jede Verteidigung des jüdischen Volkes zu unterbinden. Diejenigen, die Zensur wollen, sollten vorsichtig sein mit dem, was sie verlangen, denn wenn man erst einmal eine Zensur eingeführt hat, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Zensur gegen einen selbst richtet. Und genau das ist die Gefahr. Jetzt gibt es viele Medien, die die AfD irgendwie mit dem Nationalsozialismus verbinden. Vielleicht könnten Sie auf diese Bedenken eingehen, denn Sie wissen, daß die Leute, wenn sie etwas von rechts in Deutschland hören, natürlich ein bißchen negativ reagieren.
Weidel: Danke, danke für die Frage. Zunächst einmal möchte ich etwas Licht auf die Idee werfen, wenn wir über Hitler und die Idee der Nationalsozialisten sprechen. Damals, im Dritten Reich, waren die Nationalsozialisten, wie das Wort schon sagt, Sozialisten. Er war Kommunist und betrachtete sich selbst als Sozialisten. Die gesamte Industrie wurde verstaatlicht. Der größte Erfolg nach dieser schrecklichen Ära in unserer Geschichte war es, Adolf Hitler als rechts und konservativ zu bezeichnen. (…) Wir sind eine libertäre konservative Partei, die die ganze Zeit über fälschlicherweise in ein schlechtes Licht gerückt wird.

Der Ukraine-Krieg

Weidel: Schauen Sie sich den Krieg in der Ukraine an. Es besteht eine große Gefahr für unsere nationale Sicherheit und für die gesamte europäische Sicherheit. Das ist auch meine Hoffnung in Donald Trump und in Sie in Ihrer Regierung, daß Sie dieses sinnlose Sterben junger Menschen so schnell wie möglich beenden.
Musk: Ja, ich denke, daß Präsident Trump diesen Konflikt lösen wird, und zwar sehr schnell.

Die Ukraine ist ein viel kleineres Land, sie kann sich die Verluste im Vergleich zu Rußland einfach nicht leisten. Es ist einfach so, je länger sich das hinzieht, desto schlimmer ist es für die Ukraine. Und dann gibt es all diese armen Männer, die für nichts sterben. Warum? Also, ich hoffe, daß dieser schreckliche Konflikt schnell gelöst werden kann, und ich denke, das wird unter der Ägide von Präsident Trump der Fall sein.

Israel und die Palästinenser

Musk: Zu einem anderen Reizthema. Wie sind Ihre Ansichten zu Israel?

Weidel: Oh, sehr kompliziert. Je mehr ich über den Nahen Osten und die Situation in Israel lese, desto komplizierter wird es. Um ehrlich zu sein, wollte ich Sie nach einer möglichen Lösung fragen, denn um ehrlich zu sein, sehe ich meiner bescheidenen Meinung nach keine Lösung. Vielleicht muß Israel, wenn möglich, einige Allianzen mit den sunnitischen Staaten eingehen. Um ehrlich zu sein, aus meiner Perspektive ist es eine sehr komplizierte Situation. Ich möchte sehr offen sein, ich weiß nicht, wie man den Konflikt zum jetzigen Zeitpunkt lösen kann. Es tut mir leid, daß ich unbefriedigend bin, aber es ist so kompliziert, und ich möchte eine umsichtige Antwort geben.

Musk: Man könnte es vielleicht auch anders ausdrücken: Unterstützen Sie die Existenz des Staates Israel?

Weidel: Ja, natürlich. Wir müssen die Existenz Israels schützen. Ich denke auch, daß Benjamin Netanjahu in der Vergangenheit viele Fehler gemacht hat. Aber wir müssen auch unsere Verantwortung als deutscher Nationalstaat wahrnehmen, um jüdisches Leben, jüdische Menschen in unserem Land zu schützen, die gerade muslimischer Kriminalität ausgesetzt sind. (…) Wir haben ein enormes Potential an antisemitischen Straftaten gegen das jüdische Volk, und um ganz ehrlich zu sein, die AfD ist der einzige Beschützer.

Denn alle anderen Parteien haben genau das Gegenteil getan, indem sie Millionen von Menschen ins Land gelassen haben. (…) Wir setzen uns für diese Menschen ein, auch wenn in den Mainstream-Medien das Gegenteil behauptet wird. Ja, ich weiß ganz genau, daß das nicht wahr ist, es ist nur eine Lüge über unsere Partei.

Musk: Die AfD wird massiv falsch dargestellt, insbesondere in den westlichen Medien. Natürlich unterstütze ich den Staat Israel. Aber ich glaube auch, daß wir achtsam sein und Mitgefühl für Zivilisten haben sollten, die ebenfalls sterben. Ich habe mich mit Premierminister Netanjahu unterhalten und ich denke, wir sind uns weitgehend einig. Ich meine, es gibt drei Schritte: Man hat keine andere Wahl, als diejenigen zu eliminieren, die den Staat Israel eliminieren wollen, also im wesentlichen die Hamas.

Aber dann ist der zweite Schritt, die Bildung zu verbessern, damit die Palästinenser von Kindesbeinen an nicht darauf trainiert werden, Israel zu hassen und seinen Tod zu wollen. Man muß also das Bildungssystem verbessern. Und der dritte Punkt ist, die palästinensischen Gebiete wohlhabend zu machen. Dieser Schritt ist vielleicht der schwierigste. (…) Dabei ist es erforderlich, daß man den natürlichen menschlichen Instinkt der Gegenseitigkeit überwindet, der im Grunde genommen auf das Prinzip Auge um Auge hinausläuft.

Das Problem mit dem Auge-um-Auge-Prinzip ist, daß, wenn man das immer wieder macht, alle blind werden. Man braucht sowohl Stärke als auch Mut zur Vergebung. Aber das ist der einzige Weg, um den endlosen Kreislauf der Gewalt zu stoppen.

Weidel: Das ist ein sehr schöner Satz, "Auge um Auge macht alle blind". Ja, genau. Das ist die beste Zukunftsvision, die ich mir vorstellen kann.<<

18.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Grüner Rufmord: RBB räumt falsche Berichterstattung über Gelbhaar ein**

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) hat seine Verdachtsberichterstattung über den Grü-

nen-Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar im Wesentlichen zurückgezogen. Der Sender hatte in den letzten Wochen über verschiedene Vorwürfe gegen Gelbhaar berichtet, was letztlich dazu führte, daß der Grünen-Bundestagsabgeordnete nicht mehr für einen sicheren Listenplatz bei der vorgezogenen Bundestagswahl kandidierte und auch die Kandidatur für ein Direktmandat verlor - obwohl er alle Vorwürfe zurückwies.
Ein besonders schwerer Vorwurf bezog sich auf eine angeblich abgegebene Eidesstattliche Versicherung einer Frau. Nun räumte der RBB ein, daß es diese Frau vermutlich gar nicht gebe.
Offenbar hatte der Sender die Identität der Person nicht ausreichend geprüft. Der Tagesspiegel, der zuerst Zweifel an der RBB-Berichterstattung angemeldet hatte, schreibt, daß es vor der ursprünglichen Veröffentlichung der Vorwürfe "anscheinend nur telefonischen Kontakt" zwischen RBB und der Person, die die Vorwürfe erhoben haben soll, gegeben haben soll.
Der Sender teilte mit, daß die Pressestelle am Wochenende nicht besetzt sei, Fragen wurden daher zunächst nicht beantwortet. Neben der offensichtlich mangelnden journalistischen Sorgfalt steht nun auch die Frage im Raum, wer den RBB mit mutmaßlich gefälschten Informationen versorgt haben könnte. Nach Angaben des Senders stehe "zweifelsfrei" fest, daß eine Grünen-Bezirkspolitikerin dahinter stecke, die dies aber bestreitet.
Die Grünen-Chefs Franziska Brantner und Felix Banaszak erklärten auf Anfrage der "Welt am Sonntag": "Der Verdacht, daß gegenüber der Presse eine falsche Erklärung gegen ein anderes Parteimitglied mit schweren Vorwürfen erhoben wurde, ist gravierend." Weiter heißt es: "Wer in einem solchen Verfahren falsche Aussagen an Eides statt tätigt, begeht im Zweifelsfall nicht nur eine Straftat, sondern fügt der gemeldeten Person, der Partei, aber auch den auf Vertrauen aufbauenden Strukturen und den anderen meldenden Personen erheblichen Schaden zu."
Eine falsche Eidesstattliche Versicherung ist laut Paragraph 156 Strafgesetzbuch allerdings nur strafbar, wenn sie "vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde" abgegeben wird - von Journalisten ist dabei keine Rede.
Ungeachtet dessen werden von Brantner und Banaszak parteiinterne Konsequenzen angekündigt: "Sobald die Person, gegen die sich dieser schwere Verdacht richtet, uns namentlich bekannt wird und der schwerwiegende Verdacht nicht unverzüglich ausgeräumt wird, werden wir ein Parteiausschlußverfahren einleiten. Bis zur Entscheidung des Parteischiedsgerichts wird diese Person von der Ausübung aller Mitgliedschaftsrechte ausgeschlossen."
Daß der RBB auch selbst strafrechtliche Schritte eingeleitet habe, halten die Grünen-Chefs für richtig. Die ehemalige Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Kerstin Müller, hält die Vorwürfe gegen den Grünen-Bundestagsabgeordneten Gelbhaar wegen sexueller Belästigung und seine darauffolgende Abwahl als Wahlkreiskandidat in Berlin-Pankow für das Ergebnis einer Intrige.
"Es bestätigt sich immer mehr, daß hier wahrscheinlich mit einer Intrige eine nicht genehme Person beschädigt und aus dem Verkehr gezogen werden sollte", sagte sie dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Müller, die von 1998 bis 2002 Vorsitzende der Bundestagsfraktion war und heute einfaches Parteimitglied in Berlin-Pankow ist, fügte hinzu: "Es kann kein Zufall sein, daß einen Tag vor der Listenaufstellung die Beschwerden bei der Ombudsstelle auflaufen und das auch noch der Presse gesteckt wird. Für mich gilt die Unschuldsvermutung." Die Frau, die offenbar falsche Anschuldigungen erhoben hatte, habe sich "auf jeden Fall strafbar gemacht".
Der 48-jährige Gelbhaar, der dem Bundestag seit 2017 angehört und den Wahlkreis Berlin-Pankow 2021 direkt gewonnen hatte, war im November erneut mit rund 98 Prozent der Stimmen nominiert worden. Kurz bevor die Berliner Landesliste der Grünen bestimmt werden sollte, zog er wegen der Vorwürfe nach Druck aus der Partei seine Kandidatur für die Liste

zurück, obwohl er die Vorwürfe als erlogen bezeichnete.
Anfang Januar trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes abermals, wählten Gelbhaar ab und kürten Julia Schneider zur Kandidatin. In ihrer Bewerbungsrede hatte sie gesagt: "Ich kandidiere heute, damit wir uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren können, und für einen Kreisverband, in dem Frauen sich sicher fühlen können und gehört werden."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Renten-Chaos programmiert**
Die Versprechen der Parteien zur Rente lassen nicht erkennen, wie diese finanziert werden sollen. Das Problem wird einfach in die Zukunft verschoben und endet im Chaos.
Eine aktuelle ifo-Analyse mit Bezug auf die Programme der SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die GRÜNEN und AfD offenbart große Defizite in Sachen Rentenfinanzierung. "Alle größeren Parteien sind offensichtlich darum bemüht, mögliche Belastungen für die Rentnerinnen und Rentner zu vermeiden und Statt dessen die Laßt auf die aktuellen und kommenden Beitragszahler zu verlegen", sagt Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden.
Das Wahlprogramm der SPD sieht ein dauerhaftes Rentenniveau von 48 Prozent vor, ohne die Lebensarbeitszeit verlängern zu wollen. "Mit dem Vorschlag werden die Kosten der Alterung ausschließlich der erwerbsfähigen Generation auferlegt, die diese über höhere Beiträge oder Steuern zu tragen hat", sagt Marcel Thum, Leiter der ifo Niederlassung Dresden. Demnach würde der Beitragssatz bis 2045 um 1,5 Prozentpunkte auf 22,7 Prozent steigen.
Bündnis 90/DIE GRÜNEN sprechen sich ebenfalls für ein stabiles Rentenniveau sowie gegen ein höheres Renteneintrittsalter über 67 Jahre aus. Zudem sollen Beamte und Selbständige künftig in die Rente einzahlen, sowie eine kapitalgedeckte Vorsorge in Form eines "Bürger*innenfonds" eingeführt werden.
Dabei bleibe unklar, wie die kurzfristige Finanzierung der Renten sichergestellt werden kann. "Insbesondere eine Ausweitung der Rentenversicherungspflicht auf Beamte würde kurzfristig zu einer Doppelbelastung der öffentlichen Haushalte führen, die dann sowohl die laufenden Pensionszahlungen als auch die Beiträge für das aktive Personal zu schultern hätten", sagt Ragnitz.
CDU/CSU halten in ihrem Programm an der "Rente mit 63" sowie am Renteneintrittsalter mit 67 Jahren ab 2031 fest. Das Rentenniveau sowie der Beitragssatz sollen "durch Wirtschaftswachstum" stabil gehalten werden. "Durch allgemeine Produktivitäts- und Lohnsteigerungen steigen zwar die Beiträge, aber letztlich auch der Rentenwert und damit die Ausgaben. Aus dem Finanzierungsproblem der deutschen Rentenversicherung kann man daher nicht einfach herauswachsen", sagt Thum. Die weiteren Vorschläge zur Stärkung von betrieblicher und privater Vorsorge, sowie eines Kapitalstocks aus staatlichen Mitteln für Kinder, würde die Rentenkassen erst ab 2070 entlasten.
Das Wahlprogramm der AfD zielt auf eine mittelfristige Erhöhung des Rentenniveaus auf gut 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens ab. Finanziert werden soll dies durch eine Erhöhung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses an die Rentenversicherung. Politiker sollen künftig ebenfalls in die gesetzliche Rente einzahlen.
Beitragssatzerhöhungen sollen über Entlastungen bei der Einkommensteuer ausgeglichen werden. Die Vorschläge würden zu einer Umschichtung der Finanzierung der Rente führen und das Finanzierungsproblem durch die Rentenerhöhung sogar noch verschärfen, so das Urteil der ifo-Forscher. Der Effekt durch die Einbeziehung von Politikern in die Rentenversicherung sei darüber hinaus vernachlässigbar.
Die FDP hält sich mit konkreten Vorschlägen und Versprechungen zur Rente bisher zurück, deshalb ging dies nicht in die vorliegende Analyse mit ein.
Als langfristig wirksamer Weg, die gesetzliche Rentenversicherung zu stabilisieren, schlagen

die Autoren vor, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anzupassen. So ließe sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern angesichts der demografischen Schieflage annähernd stabil halten. Zudem empfehlen die Autoren, die Renten künftig lediglich an die Inflationsentwicklung anzugleichen, statt an die Zuwachsrate der Nettolöhne.
"Sowohl die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung als auch die Inflationsindexierung der Renten sind Regelungen, die in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich eingeführt wurden. In Deutschland traut sich aktuell keine der großen Parteien an eine solche Reform heran", sagt Thum.
Im Jahr 2023 lagen die Gesamtkosten der Alterssicherung bei 429 Milliarden Euro und damit bei rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bis zum Jahr 2038 würden die Ausgaben zur gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber dem aktuellen Wert um mehr als 75 Prozent steigen, während die beitragspflichtigen Einkommen lediglich um 50 Prozent zunehmen.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Die Spur der Grünen Teufel**

Alles Dschihad? Nicht den Tiefen Staat vergessen!. Vorabdruck aus der Februarausgabe von COMPACT-Magazin. Drei Anschläge - drei Mal Dschihad? Die Bluttaten von Magdeburg, New Orleans und Las Vegas wurden allzu schnell mit dieser These zusammengefaßt. Vor allem die Sprengung des Tesla-Trucks weist in eine ganz andere Richtung.

_ von *Federico Bischoff*

Neujahrstag, 8:40 Uhr Ortszeit: Ein Cybertruck von Tesla explodiert vor dem Eingang des Trump-Hotels in Las Vegas. In dem Fahrzeug findet sich die völlig verkohlte Leiche des US-Elitesoldaten Matthew Livelsberger (37). Die Symbolik - gleichzeitig gegen Trump und gegen Musk gerichtet - war auf den ersten Blick überwältigend. Augenscheinlich sollte ein Zeichen gegen den Politikwechsel in den USA gesetzt werden, den der neue Präsident angekündigt hatte.
Laut Pentagon hat er auch in der Ukraine gedient.
Um das Offensichtliche zu verschleiern, versuchte der Spiegel den gleichen Propaganda-Trick wie bei dem Magdeburg-Terror am 21. Dezember: Dort hieß es, der Todesfahrer sei Anhänger der AfD gewesen, es gebe "Extremismusbezüge nach Rechts" (so Thüringens Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer). Über Livelsberger schrieb das ehemalige Nachrichtenmagazin, er sei ein "Trump-Fan" gewesen.
Die abgefeimte Masche, alles für den Kampf gegen Rechts zu instrumentalisieren, wurde mit einer Gegenthese gekontert: Die drei Schreckenstaten stünden für eine koordinierte Dschihad-Offensive. Schließlich seien die Täter in Sachsen-Anhalt und Kalifornien Moslems gewesen, und auch Livelsberger, ein weißer Christ, könnte von Islamisten indoktriniert worden sein. Oder er sei schon vorher ermordet und dann nur seine Leiche in den Tesla gesetzt worden, der dann per Fernbedienung zum Ziel gesteuert wurde.
Zugespitzt wurde die Dschihad-These von der ehemaligen CIA-Zielfahnderin Sarah Adams in der reichweitenstarken Shawn Ryan Show: Mehrere tausend Schläfer von al-Qaida hielten sich in den USA auf, bereit zur Entfesselung einer großen Offensive. Die Biden-Regierung habe sie ins Land gelassen und die mit ihnen verbündeten Taliban sogar kräftig unterstützt. Adams sah eine Verbindung zu den Anschlägen von 9/11, die sie, ganz der Propaganda der damaligen Administration von George W. Bush folgend, ebenfalls al-Qaida in die Schuhe schob und erneut den Eindruck erweckte, die Terroroperationen würden vom Hindukusch aus gesteuert - 2001 ebenso wie 2024/25.

Der Feind im Innern

Tatsächlich führen die Spuren nicht nur der rauchenden Trümmer der Twintowers, sondern auch des ausgebrannten Cybetrucks zum amerikanischen Tiefen Staat. Livelsberger trägt auf einem Foto ein T-Shirt mit dem Schriftzug "Slava Ukraini", dem Schlachtruf der Bandera-

Faschisten aus den 1940er Jahren und deren heutiger Nachfolger in Kiew. In einem Post, angeblich vom Sommer 2024, reagiert er positiv auf ein Angebot, in dem Söldner für die Selenski-Truppen gesucht wurden.
Diese Parteinahme ist die gleiche wie bei Ryan Routh, der im September 2024 ein Attentat auf Trump versuchte (aber rechtzeitig gestoppt wurde), und bei Juraj C., der im Mai 2024 auf den slowakischen Premier Robert Fico schoß und ihn lebensgefährlich verletzte. Fico und Trump treten für einen Ausgleich mit Rußland ein - offenbar gefällt das einigen Leuten nicht. Livelsberger als Russen-Hasser und Trump-Gegner? Dem widerspricht auch nicht, daß ein Onkel ihn als einen "glühenden Patrioten" bezeichnete, denn es gibt sehr wohl Rechte - in den USA nennt man sie Neocons - die kriegswütigen Imperialismus mit dem Eintreten für die eigene Nation verwechseln.
Die Einheit operierte auch auf dem Territorium der Ostblockstaaten - mit Entführungen, Morden, Sabotage.
Livelsberger jedenfalls gehörte zu den Strukturen, die den Kern des Tiefen Staates bilden: den US-Spezialeinheiten. Er war bis zuletzt im aktiven Dienst (der Anschlag in Las Vegas fiel in seine genehmigte Urlaubszeit), und zwar als hochdekorierter Offizier bei der in Böblingen stationierten 10th Special Forces Group. Diese wiederum gehört zu den sogenannten Green Berets mit ihrem Hauptstützpunkt Fort Bragg (heute Fort Liberty) im US-Bundesstaat North Carolina. Dort war von 2007 bis 2020 auch der New-Orleans-Attentäter Shamsud-Din Jabbar stationiert gewesen, aber eine Bekanntschaft der beiden ist nicht nachgewiesen - Kunststück, denn auf dieser Basis sind über 40.000 GIs untergebracht.

Spezialaufträge für Gladio

Die Green Berets - ursprünglich benannt nach der Farbe ihrer Barette, die Ende der 1960er Jahre jedoch verschwanden - stehen seit ihrer Gründung 1951 für Schmutzaufträge des Tiefen Staates. Sie waren an der gescheiterten Invasion Kubas in der Schweinebucht 1960 beteiligt, an der Ermordung des Revolutionärs Lumumba im Kongo im selben Jahr, am Vietnam-Krieg sowie an der gescheiterten Geiselbefreiung in Teheran 1979.
Nach diesem blutigen Debakel wurden 1980 die teils rivalisierenden Sondereinheiten unter einem gemeinsamen Oberkommando, dem Joint Special Operations Command (JSOC) zusammengefaßt. In Folge des 11. September 2001 erhielt JSOC praktisch vollkommene Unabhängigkeit vom Oberkommando der US-Streitkräfte und wurde direkt aus dem Weißen Haus von Vizepräsident Dick Cheney geführt. Aktionen im Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien wurden oft zusammen mit CIA-Einheiten und den Killertrupps von Privatfirmen wie Blackwater durchgezogen.
"Er war das, was man einen Super-Soldat nennen könnte." Onkel
Der deutsche Ableger der Green Berets ist Teil der 10th Special Forces Group. Er war ab 1953 zunächst in Bayern (Bad Tölz und Lenggries) stationiert und wurde 1991 nach Böblingen verlegt. Aufgaben waren vor allem unkonventionelle Kriegführung und Aufstandsbekämpfung. Zum ersten Mal wurde die Truppe 1955 von der New York Times beschrieben: Ihre Mission bestünde in "Befreiungsaktionen (…) hinter den feindlichen Linien".
Auf dem Portal Specialforceshistory heißt es etwas genauer, im Kalten Krieg sei sie für "Partisanenkriegführung hinter den feindlichen Linien im Falle einer Invasion des Ostblocks in Westeuropa" zuständig gewesen. Das war im Übrigen auch die Aufgabe der sogenannten Stay-Behind-Kräfte, die die "NATO-Geheimarmee" (Daniele Ganser) bildeten und unter der Bezeichnung Gladio bekannt wurden. Dazu paßt, daß die 10th Special Forces Group zusammen mit den meisten europäischen NATO-Partnern trainierte.
Zumindest in Italien und der Türkei war Gladio an politischen Morden beteiligt - hat also ihren Auftrag, "hinter den feindlichen Linien" zu operieren, auch ganz ohne sowjetische Invasion wahrgenommen. In Deutschland wird die Geheimtruppe von Daniele Ganser etwa mit dem

Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 in Verbindung gebracht. Eine besondere Rolle spielte der Westberliner Ableger der 10th Special Forces Group, das Detachment A. Während des Kalten Krieges unternahm die 90-Mann-Truppe Operationen auf dem Territorium der Ostblockstaaten - Informationsbeschaffung, Entführungen, Morde, Sabotage -, die bis heute strengster Geheimhaltung unterliegen.
In Böblingen unterstand die Truppe dem US-Oberkammando Europa (Eucom) im nahegelegnen Stuttgart, in den letzten Jahren zusätzlich dem ebenfalls dort eingerichteten Africom. Livelsberger wird von Bild als "Drohnenpilot" bezeichnet und dürfte, neben Kill-Flügen in Somalia und anderen afrikanischen Staaten, vor allem unbemannte Aufklärungsflüge an der Ostfront dirigiert haben, etwa im Schwarzen Meer.
Zuletzt war er mit der Entwicklung eines Systems zur Fernaufklärung befaßt. Er hatte 2006 als Jüngster seines Jahrgangs die Aufnahmeprüfung abgeschlossen, wurde Scharfschütze, später Platoon-Führer mit der Verantwortung für 40 Soldaten. Neben dem Einsatz in Böblingen ab 2012 wurde er auch zu Army-Aufträgen in Afghanistan, Tadschikistan, Georgien und Kongo abgeordnet. Laut AP hat das Pentagon bestätigt, daß er auch "in der Ukraine diente", wobei der genaue Zeitpunkt unklar ist.

Rätselhafte Mitteilungen

Zu den größten Ungereimtheiten des Anschlags gehört seine dilettantische Ausführung - zur Explosion kamen Feuerwerkskörper und Benzin beziehungsweise Spiritusbehälter, die dem massiven Tesla-Truck nichts anhaben konnten: Die Druckwelle verpuffte nach oben, im Hotel ging nicht einmal eine Schreibe zu Bruch. "Er war das, was man einen Super-Soldat nennen könnte. Wenn man sieht, wofür er ausgezeichnet wurde, welche Erfahrungen er gemacht hat, macht manches keinen Sinn, wenn er doch die Fähigkeiten hatte, etwas, sagen wir, effizienter zu machen", sagte Livelsbergers Onkel dem Independent.
Den Verlautbarungen der Behörden sollte man nicht allzuviel Glauben schenken. Das obligatorische Auffinden von Personalpapieren nach Anschlägen ist in diesem Fall zwar nicht besonders verdächtig, da die Identität Livelsbergers auch durch DNA-Tests und Tattoo-Reste bestätigt wurde. Seltsamer schon, daß die Polizei von einem Selbstmord kurz vor der Sprengung ausgeht, während ein Video der letzten Sekunde nahelegt, daß er bei Zündung zumindest noch den Kopf gedreht hat.

Der dritte Anschlag

Mitten in der Silvesternacht raste ein Pick-up-Truck in New Orleans Ausgeh- und Touristenviertel French Quarter in eine Menschenmenge. 15 Menschen wurden getötet, 35 weitere verletzt. Der mutmaßliche Täter, der 42-jährige Shamsud-Din Jabbar, eröffnete im Weiteren das Feuer auf die Besucher und wurde von der Polizei erschossen. An seinem Fahrzeug soll eine Flagge des Islamischen Staates befestigt gewesen sein.
Jabbar hatte, wie der Tesla-Bomber in Las Vegas, der fünf Stunden später zuschlug, bei den Spezialeinheiten in Fort Bragg gedient, war aber zuletzt als Immobilienmakler tätig. Noch eine Überschneidung: Beide mieteten ihr Fahrzeug bei derselben Auto-Leasing-Plattform.
Sehr mysteriös sind die Aufzeichnungen, die die Ermittler nach einigen Tagen auf Livelsbergers Handy fanden. Dieses soll das Flammeninferno in dem Fahrzeug weitgehend unbeschadet überstanden haben… In einer E-Mail, die angeblich von Livelsberger an den pensionierten Geheimdienstoffizier der US-Armee, Sam Shoemate, gesendet wurde, behauptete er, daß die Drohnen, die seit Oktober über New Jersey und anderen Teilen der Ostküste gesichtet wurden, chinesischen Ursprungs seien.
Diese könnten bewaffnet sein, überall angreifen und stellten die "gefährlichste Bedrohung der nationalen Sicherheit dar, die jemals existiert hat". Diese und weitere wirre Inhalte könnten einerseits auf "Schraube locker" hinweisen - eine "posttraumatische Störung", so die Polizei. Andererseits gehört die China-Hysterie auch zu den Narrativen, die der Tiefe Staat seit der

sogenannten Ballon-Affäre 2023 immer wieder verbreitet. Jetzt wurde es mit einem Big Bang gekoppelt.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.468/…): >>**18. Januar: Bismarck als Jahrtausend-Persönlichkeit**
Von *Sven Eggers*
Der 18. Januar erinnert die Deutschen an eine ganz besonders große Stunde. 1871 erfolgte die Gründung eines neuen, des zweiten Deutschen Reiches. …
Wie neun Jahrhunderte zuvor brachte erneut ein großer Deutscher mit Namen Otto das titanische Werk zustande. War es einstmals Otto I., deutscher König und Kaiser des Heiligen Reiches, der sich gegen den Widerstand heimischer Separatisten und fremder Imperialisten durchzusetzen vermochte, so konnte Deutschland nun durch Otto von Bismarck wiedererstehen.
Geniestreiche des Eisernen
Bismarcks Wirken versetzt auch heute noch in Staunen. Wie der Zimmermann des Deutschen Reiches den Zaren zur wohlwollenden Neutralität bewegte, ohne die es nicht zur neuen Reichsgründung hätte kommen können! Wie er durch den Versöhnungsfrieden mit Österreich Habsburg für seine Pläne einnehmen konnte! Wie er Widerstände querköpfiger und parteihadernder deutscher Parlamentarier überwand! Wie er den in Nostalgie der Wiederherstellung französischer Herrschaft in Europa schwelgenden Napoleon III. ausschaltete! Jeder dieser Leistungen Bismarcks war für sich alleingenommen: ein Geniestreich!
Der Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles, dem Hauptquartier des französischen Imperialismus, vorausgegangen war der deutsche Waffengang gegen Napoleon III. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 hatte das deutsche Eisen zum Erglühen gebracht, so daß es von Bismarck zum neuen Reich geschmiedet werden könnte. Bei aller Freude über die Reichsgründung empfanden es die nationalen Kräfte als bitter, daß das neue Reich die Deutschen der Habsburgermonarchie aussperrte. Den von Wien aus regierten Vielvölkerstaat in den neuen Nationalstaat der Deutschen einzufügen, erwies sich als unmöglich.
Bismarck, der zeitweise mit dem Gedanken an eine Konföderation mit Österreich spielte, schuf durch den Zweibund immerhin einen engen Schulterschluß von Reichsdeutschen und Österreich-Deutschen. Für die Majestät auf dem Wiener Thron, Kaiser Franz Joseph, gab es ohnehin keinen Zweifel an seiner deutschen Bestimmung: "Ich bin ein deutscher Fürst."
Die alten Reichslande Elsaß und Lothringen kehrten 1871 nach Deutschland zurück. Sie waren in den Jahrhunderten zuvor vom französischen Imperialismus dem Deutschen Reich entrissen worden. Bismarck war eigentlich kein Freund der Heimholung Elsaß-Lothringens. Ihm schwante, daß dadurch Frankreichs Revanchegelüste angestachelt werden würden.
Deutschland ging mit dem besiegten Frankreich, wie auch 1815 und 1940, sehr viel maßvoller um als Paris das besiegte Deutschland zu behandelt pflegte, zum Beispiel bei den Friedensschlüssen nach dem Dreißigjährigen Krieg, nach Ludwig XIV. und Napoleons I. Raubzügen oder 1945.
Unermüdliches Streben
Die Jahrzehnte vor der Reichsgründung 1871 waren gekennzeichnet vom erbitterten Ringen um Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. Die vom Wiener Kongress verfügte 38-fache Spaltung des Vaterlandes hatte die nationalen Kräfte auf den Plan gerufen.
Sie stritten unermüdlich für die Überwindung der Teilung und wurden deshalb von separatistischen Herrschenden brutal verfolgt. Nationale Aktivisten wurden hingerichtet und zusammengeschossen.
Das Jahr 1848 hatte einen ehrenwerten Versuch gezeitigt, ein nationales und demokratischen Reich zu schaffen. Aus freien Wahlen im gesamten deutschen Gebiet, einschließlich der

deutschbesiedelten Teile der Habsburgermonarchie, ging eine Deutsche Nationalversammlung hervor. Sie tagte in der alten Reichsstadt Frankfurt am Main, dem Krönungsort deutscher Majestäten des Heiligen Reiches.
Die Deutsche Nationalversammlung wählte Österreichs Erzherzog Johann zum Staatsoberhaupt mit dem Titel eines Reichsverwesers, also Verwalters. Er sollte das einigende Band um Deutschland knüpfen. Doch auch dem der deutschen Seite vollends verpflichteten Johann gelang es nicht, den Zusammenschluß aller Deutschen zu verwirklichen.

Die Wucht der Nationalbewegung

Schließlich gewannen die "Kleindeutschen" das Übergewicht. Meistens waren auch die für den großdeutschen Gedanken, doch erkannten sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung in jener Epoche. Deshalb wollten sie zumindest das Deutsche Reich unter Führung des größten Teilstaates, Preußen, aber notgedrungenermaßen ohne die Deutschen in Österreich.
Die nationalfreiheitliche Reichsverfassung wurde erarbeitet und am 27./28. März 1849 vom Frankfurter Parlament angenommen. Auch gelang es, die Zustimmung der Mehrzahl der deutschen Teilstaaten einzuholen; eine beachtliche Leistung, bedenkt man die traditionelle deutsche Eigenbrötelei. Die deutsche Nationalbewegung hatte die Teilstaatfürsten mächtig unter Druck gesetzt.
Die Deutschen Nationalversammlung in der altehrwürdigen Frankfurter Paulskirche wählte Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum erblichen Kaiser des neuen Reiches. Der preußische Monarch jedoch winkte ab. Die Kaiserwürde vom Parlament zu empfangen und nicht etwa von seinesgleichen, den deutschen Fürsten, erschien ihm als unannehmbar. Auch argwöhnte der König, wohl nicht zu Unrecht, daß es zum militärischen Eingreifen feindlicher Nachbar, allen voran Frankreichs, kommen würde, wofür das neue Reich nicht gewappnet gewesen wäre.
Wenn auch das erste gesamtdeutsche Parlament in seinem Grundanliegen letztlich scheiterte, belebte es dennoch entscheidend das nationalfreiheitliche Gedankengut in Deutschland und schuf mit seiner Verfassung ein heute noch vorbildliches Grundgesetz. Deutschland Kampf um Einheit und Freiheit hatte einen schmerzhaften Stoß, nicht jedoch den Todesstreich empfangen.
Versuche, das einige und freie deutsche Vaterland auf der Straße zu erzwingen, durch Erhebungen und deutsche Revolutionen der Jahre 1848/49, endeten im Kugelhagel der Truppen Mächtiger; auch in Berlin und Wien.
Die vielfache Spaltung Deutschlands nach dem Wiener Kongress 1815 brachte nicht nur die Unterdrückung demokratischer und nationaler Bestrebungen. Sie bescherte Deutschland auch gesellschaftlichen und kulturellen Rückschritt, biedermeierliche Verödung. Zudem wurde Deutschlands Wirtschaftskraft geschmälert. Während andere europäische Mächte industriell zur Weltgeltung durchbrachen und den Handel auf den Meeren des Erdballs beherrschten, mußten in Deutschland auf dem Weg von der Nordseeküste bis zu den Alpen Dutzende Zollhürden genommen werden.

Freie Hand für Bismarck

Als Vordenker eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes erwarb sich der Nationalökonom Friedrich List große Verdienste. In den 1820er Jahren kam es zu ersten Zollvereinigungen in Deutschland. Bayern und Württemberg beseitigten die Schranken, siebzehn deutsche Staaten, darunter Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Braunschweig und Bremen, fanden sich 1828 zum Mitteldeutschen Handelsverein zusammen. Die Abschaffung der Binnenzölle war bereits in den Befreiungskriegen vom Freiherrn vom Stein gefördert worden.
Der bedeutendste Schritt zur ökonomischen Überwindung der innerdeutschen Teilungsgrenzen erfolgte 1834 durch die Gründung des Zollvereins - unter maßgeblicher Beteiligung Preußens. Die war vor allem das Werk des preußischen Finanzministers Motz und seines Nachfol-

gers Maaßen. Österreichs Handels- und Finanzminister Bruck strebte 1849 ohne Erfolg einen Großdeutschen Zollverein an. In den Grenzen des späteren Bismarck-Reiches jedoch konnte sich allmählich eine deutsche Nationalwirtschaft bilden.
Doch weder das unermüdliche Wirken der Nationalgesinnten noch die wirtschaftlichen Erfordernisse allein hätten ausgereicht, das neue Deutsche Reich zu begründen. Es bedurfte des Eingreifens der deutschen Jahrtausendpersönlichkeit Otto von Bismarck.
Das Treiben deutsche Separatisten sowie die ständige Einmischung auswärtiger Machthaber in deutsche Belange hatte Bismarck als preußischer Gesandter beim Deutschen Bundestag, dem schwachen Organ des Deutschen Bundes, beobachten können. Auch wußte er ganz genau, wie man in Sankt Petersburg, dem Machtzentrum Rußlands, in Paris und in Wien über Deutschlands Einheit dachte.
Preußens König Wilhelm, der Sohn der trefflichen Königin Luise, ernannte Bismarck zum Ministerpräsidenten. Überhaupt muß man es dem ehrwürdigen Wilhelm hoch anrechnen, daß er dem genialen Bismarck weitgehend freie Hand ließ.

Entscheidende Weitsicht

1864 konnte er in einer gesamtdeutschen Anstrengung, unter Beteiligung von preußischen wie österreichischen Truppen, verhindert werden, daß Schleswig-Holstein endgültig unter dänische Herrschaft fiel. 1866 folgte die bewaffnete Auseinandersetzung Preußens mit Österreich, die darüber entscheiden mußte, wer im deutschen Gebiet nördlich des Habsburgerreiches das Sagen hat. Auf den Schlachtfeldern verbluteten Deutsche auf beiden Seiten der Front. "Wir sind doch alles Deutsche", rief der preußische General Hiller von Gärtringen auf dem Schlachtfeld von Königgrätz aus, einen zu Tode verwundeten österreichischen General umarmend.
Bismarck setzte nach dem Sieg über Österreich einen Versöhnungsfrieden durch - gegen heftigen Widerstand einflußreicher Kräfte, die den Triumph weidlich ausnutzen wollten. Doch Bismarck dachte nicht nur ans Heute, sondern auch ans Morgen und Übermorgen.
Österreich schied nach dem Deutschen Bund aus und erkannte dessen Auflösung an. Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt am Main wurden preußisch. Der Friede brachte den Zusammenschluß der nördlich vom Main gelegenen deutschen Staaten unter Führung Preußens sowie ein Schutz- und Trutzbündnis Norddeutschlands mit Süddeutschland.
Nun fühlte Napoleon III. seine Zeit gekommen. Er wollte sich dem Rad der Geschichte in die Naben werfen, scheiterte aber an der deutschen Kampfkraft. Es kam zur Sternstunde der deutschen Geschichte, zur Gründung des Zweiten deutschen Reiches 1871.
"Schicksalstage der Deutschen. Von Karl dem Großen bis zum Fall der Mauer". Dieses COMPACT-Geschichtsheft hat es in sich, lebendige Texte, faszinierende Bebilderung.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Ungesühnt: Massenmord an Deutschen**
Von *Daniell Pföhringer*
Unser Volk soll wegen Hitler auf ewig dazu verdammt sein, das Büßergewand zu tragen. Das millionenfache Leid, das Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und danach widerfuhr, wird hingegen unter den Tisch gekehrt. Günter Zemella dokumentiert diesen Völkermord an den Deutschen - und gibt den Opfern eine Stimme.
Die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudentenland und anderen Gebieten im Osten zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben. Heute ist dieser genozidale Akt im öffentlichen Bewußtsein bestenfalls noch eine Randnotiz.
Die Republik Polen fordert horrende Reparationszahlungen von Deutschland. Dabei waren gerade die Vertreibungen durch polnische Behörden besonders verlustreich. Nach Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen nur

unter polnische "Verwaltung" gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen "in geordneter und humaner" Weise aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland übergesiedelt werden.
Für den Zeitpunkt und die Organisation der Umsiedlung war vor allem der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Laut Absatz 3 des Artikels XIII galt ein Vertreibungsmoratorium, bis die Besatzungsmächte in Deutschland für die Aufnahme, Ernährung und Unterkunft der "Auszusiedelnden" sorgen konnten. Nur Ungarn hielt sich an das Moratorium, und von "geregelt und human" kann nicht die Rede sein, wie ein ausführlicher Bericht des US-Repräsentantenhauses 1950 feststellte.

Polens verschwiegene Schuld

Doch Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung begann nicht erst nach dem Potsdamer Kommuniqué, wie Günter Zemella in seinem Aufklärungswerk "Völkermord an den Deutschen. Ein ungesühntes Verbrechen" nachweist. Bereits im Frühjahr 1945 wurden deutsche Dörfer in Jugoslawien, Polen, Ostpreußen, Pommern und Schlesien "gesäubert". Die dort lebenden Deutschen wurden zur Flucht gezwungen oder durch die Milizen wild vertrieben. Wie die Ost-Dokumentation des Bundesarchivs belegt, wurden dabei Tausende ausgeplündert, vergewaltigt und ermordet.
Selbst den Westalliierten ging das mörderische Treiben der Polen zu weit. Am 19 Oktober 1945 veröffentlichte die Londoner Times einen Brief des britischen Philosophen Bertrand Russell, in dem es hieß:
"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."
In einem Telegramm an das US War Department, das auf den 18. Oktober 1945 datiert ist, beschwerte sich General Eisenhower:
"In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. (…) Viele, die nicht weggehen können, werden in Lagern interniert, wo es unzureichende Rationen gibt und schlechte Hygiene vorherrscht. (…) Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen in keiner Weise der Potsdamer Vereinbarung. (…) Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent wird berichtet."
Die Worte Eisenhowers dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch unter seiner Ägide ein wahres Massensterben von deutschen Kriegsgefangenen einsetzte, wie Zemella in "Völkermord an den Deutschen" dokumentiert. Die Westalliierten standen in dieser Hinsicht Polen und Sowjets nichts nach.

Tod unter freiem Himmel

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen laut dem kanadischen Historiker James Bacque mehrere hunderttausende Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Ein heute weitgehend verschwiegenes Verbrechen, das auch Zemella in seinem Werk dem Vergessen entreißt.
Zahlreiche Zeitzeugenberichte verdeutlichen die Dimension der Greuel. Bei der Einweihung einer Erinnerungskapelle im Juni 1985 sagte etwa Johannes Stöber, Diözesanreferent im Erzbistum Köln, der im Remagener US-Lager eingesperrt gewesen war:
"Zu mehr als 250.000 Männern und auch Frauen sind wir hier wie eine große Herde Vieh auf einem riesigen Ackerfeld zusammengetrieben und gehalten worden, ohne jede Unterkunft, darauf angewiesen, mit Eßlöffeln und Taschenmessern, soweit noch vorhanden, Erdlöcher zu graben und diese dann mit hier und da in die Gefangenschaft geretteten Zeltplanen, Decken oder Mänteln zu schließen."

Und weiter:
"Das zweitschlimmste äußere Übel nach dem Hunger waren Regen und Kälte, und das im ausgesprochen feuchten und kühlen Frühjahr 1945. Die meisten waren der naßkühlen Witterung völlig schutzlos ausgeliefert. Dazu kam, daß unsere Erdlöcher, in denen wir hausen mußten, vom Regen immer wieder überflutet wurden, sozusagen absoffen. Das dritte große Übel waren die Nächte. Man konnte auf dem Erdboden nur jeweils ein bis zwei Stunden liegen und ruhen. Dann begannen die Glieder zu schmerzen, oder die Nachtkälte drang bis auf die Haut. Als eine vierte Härte möchte ich die hygienischen beziehungsweise sanitären Verhältnisse nennen. Waschen war wegen des Wassermangels unmöglich."

Ein US-Soldat klagt an

Der Philosoph Martin Brech gehörte als junger US-Soldat bei Kriegsende zur Wachmannschaft des amerikanischen Gefangenenlagers bei Andernach am Rhein. Ermutigt durch die Enthüllungen von Bacque über die Rheinwiesenlager entschloß er sich, mit seinen eigenen Erlebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen, um Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit Geltung zu verschaffen. Er nannte seine früheren US-Army-Kameraden "kaltblütige Killer voller Haß".
In seinem Bericht hielt Brech fest:
"Etwa 60.000 Gefangene aller Altersklassen waren in Andernach auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Die Frauen hielt man in einem separaten Großkäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Dekken; viele hatten auch keine Mäntel. Sie mußten im kalten und nassen Schlamm schlafen."
Und weiter:
"Besonders schockiert war ich vom Anblick der Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten. Sie sagten zu mir, damit wollten sie ihren Hungerschmerz stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schon schliefen sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin."
Brech fährt fort: "Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei Offizieren. Doch die Reaktion waren Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei 'höherer Befehl'. Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich. Man drohte mir mit Strafe."
Und er schreibt: "Doch ich wiederholte mein 'Vergehen'. Nun drohte mir ein Offizier die Erschießung an. Ich konnte das nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Kaliber-45-Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoß. Ich fragte: 'Warum?' Er sagte: 'Zielübung' und feuerte, bis das Magazin leer war. Jetzt wurde mir klar, daß ich es mit kaltblütigen Killern voller Haß zu tun hatte. Sie betrachteten die Deutschen als Untermenschen, die vernichtet werden müssen."
Die gnadenlose Unterversorgung der Kriegsgefangenen in den Lagern wie auch der Zivilbevölkerung im übrigen besetzten Deutschland entsprach einem alliierten Bestrafungskalkül, wurde also bewußt herbeigeführt.
Der genozidale Charakter dieses bis heute ungesühnten Verbrechens ist so offenkundig wie die Vertreibungsverbrechen der Polen. Wer dazu schweigt, hat kein Recht, den moralischen Zeigefinger in Richtung der Deutschen zu erheben.
Antideutsche Historiker rechnen die Zahl der deutschen Opfer schamlos herunter (Bomben auf Dresden, Vertreibung, Lager-Terror) oder leugnen sie gar (Tiefflieger auf Zivilisten). Günter Zemella bringt diese verschwiegenen Verbrechen in seiner Dokumentation "Völkermord an den Deutschen" schonungslos zur Sprache und gibt den Opfern eine Stimme. Lesen Sie, wie unserem Volk millionenfaches Leid angetan wurde.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31659" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Zur Amtseinführung am 20.1.2025: Welchen Fahrplan lassen Trumps Wahl und Kabinett II zu?**

Wichtiger Hinweis: Kla.TV weist ausdrücklich darauf hin, daß mit der Erwähnung der in dieser Sendung genannten Personen, Hintergründe und Verflechtungen nicht angestrebt wird, den Zuschauer zu einem antisemitischen Urteil zu verleiten. Selbst wenn die in dieser Sendung genannten Personen und Interessengruppen unter der Flagge der israelischen Regierung agieren und sich als Juden ausgeben, sollte jeder Zuschauer im Bewußtsein behalten, daß Gewalt, egal von welcher Seite sie verübt wird, ganz grundsätzlich nicht zu rassistischen Urteilen verleiten darf. Denn oft läßt sich nach einer genaueren Untersuchung folgendes feststellen: Personen, die durch investigativen Journalismus ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, lenken von ihren Gewalttaten ab, indem sie dann ihre Religionsgruppe oder Nation als Sündenbock oder Schutzschild ins Feld führen.

So wird bewußt Haß und Folgegewalt unrechtmäßig auf die Religionsgemeinschaft oder Nation gelenkt. Daß man es in vielen Fällen gar nicht mit echten Juden bzw. echten Anhängern sonstiger Religionen zu tun hat, sondern mit einer luziferischen Ideologie, wird ausführlich in den Sendungen "Wider Rassismus und Verschwörung" (www.kla.tv/23509) und "Das Geheimnis der Obelisken" (www.kla.tv/14340) dargelegt. Diese Dokumentation belegt ebenfalls genau diesen Zusammenhang.

Teaser

Der US-amerikanische Wissenschaftler und Unternehmer Dr. Eli David am 13. November 2024: "Trumps Kabinett ist jetzt offiziell pro-israelischer als das israelische Kabinett."

Die Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion) glaubt, daß die Erklärung von Trump am 6. Dezember vergangenen Jahres (6. Dezember 2017) - in der Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannt wird - den US-Präsidenten in eine ähnliche Rolle, wie die des damaligen Königs Kyros gebracht hat.

"Präsident Trumps rechtes Ohr wurde in einer symbolischen Geste nach Exodus 21, 6 gestreift und verletzt, wie es in der Tora heißt, daß ein Diener, der bei seinem Herrn bleiben will, sein rechtes Ohr durchbohren lassen muß. Trump wurde als Gottes Diener und Gesalbter bezeichnet, genau wie Kyros der Große vor fast 2.400 Jahren."

Gemäß dem Nachrichtenportal "Israel365News" hat Donald Trump, als nicht jüdischer Führer der USA, eine prophezeite Rolle beim Bau des Tempels zu spielen.

Am 20. Januar 2025 wird Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Die Person Donald Trump scheidet die Gemüter wie kaum eine andere. Für die Einen ist er der lang ersehnte "Retter", der "den Sumpf trockenlegt" und "den Tiefen Staat zerstört". Für andere ist er ein unberechenbarer "Demokratie-Zerstörer" und "Haß-Verbreiter".

In der Dokumentation "AKTE TRUMP - Retter oder Teil des Deep-States?" (www.kla.tv/-30489) von Oktober 2024 werden Trumps Verbindungen zum Tiefen Staat und zur luziferischen Hochgrad-Freimaurerei aufgezeigt.

In dieser Sendung soll nun ein Blick in die Zukunft geworfen werden. Aufschluß darüber geben zum einen Stellungnahmen zur Wahl Trumps und zum anderen die Zusammenstellung seiner Regierungsmannschaft für seine zweite Amtszeit. Diese besteht einerseits aus dem sogenannten Kabinett der Vereinigten Staaten - welches sich aus Präsident, Vizepräsident und 14 Ministern zusammensetzt - und anderseits aus weiteren Personen, die für Schlüsselpositionen vorgesehen sind. Läßt sich aus der Zusammensetzung von Trumps Regierungsmannschaft ein möglicher außenpolitischer Fahrplan für die kommenden vier Jahr ableiten? Gibt es einen großen gemeinsamen Nenner, der die von Trump eingesetzten Personen verbindet? Und welche Schlüsse läßt solch ein gemeinsamer Nenner zu?

Kla.TV hat die von Trump eingesetzten Personen untersucht und dabei einen gemeinsamen

großen Nenner entdeckt. Und zwar geht es um den Israel-Gaza-Krieg, ein bewaffneter Konflikt zwischen Israel und der Hamas seit dem 7. Oktober 2023. Bei der Hamas handelt es sich um eine "Islamische Widerstandsbewegung", welche die Regierung im Gazastreifen stellt und international von 41 Staaten als Terroristische Vereinigung eingestuft wurde.
Die internationalen Reaktionen zum Israel-Gaza-Krieg fallen unterschiedlich aus. Die einen pochen seit dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 - mit 1.139 toten Israelis und der Verschleppung von 239 Geiseln - auf das Selbstverteidigungsrecht Israels. Andere stellen angesichts der über 45.000 (Stand Januar 2025) toten Palästinensern die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der israelischen Angriffe. - Dies nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte; eine knappe Mehrheit davon seien Frauen und Kinder.
Der irisch-kanadische Völkerrechtler William Schabas sagte im Januar 2024, "für ihn werde immer klarer, daß Israel nicht das Ziel habe, die Hamas zu besiegen, sondern vielmehr, die Bevölkerung des Gazastreifens zu entwurzeln oder auszulöschen".
Der Dokumentarfilm von David Sorensen (www.kla.tv/27342) zeigt schwerwiegende Ungereimtheiten des vermeintlichen Überraschungsangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf, daß er von "einer geplanten Operation an allen Fronten" spricht. Sorensen wörtlich: "Ich habe das Gefühl, daß die Menschen in Israel und Palästina wieder einmal an die höheren Mächte verkauft worden sind." Sorensen zeigt auch auf, daß die Hamas gegründet wurde, um Israel einen Vorwand für die vollständige Übernahme der Kontrolle über den ganzen Gazastreifen zu geben.
Im März 2019 hatte Netanjahu auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud zu seinen Likud-Kollegen gesagt: "Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muß die Hamas unterstützen und Geld an die Hamas überweisen. (…) Das ist Teil unserer Strategie, die Palästinenser im Westjordanland zu isolieren."
Aber nun zurück zu den von Trump eingesetzten Personen für seine Regierungsmannschaft und zu dem einen großen gemeinsamen Nenner. Sie alle sind in dem Sinne "pro-Israel", indem sie z.B. den - Anfang Dezember 2024 - veröffentlichten Bericht von Amnesty International mit dem Urteil "Israel begehe Völkermord" in den Wind schlagen. Sie nehmen das unverhältnismäßige Vorgehen der israelischen Regierung in Schutz und sprechen sich gegen einen Waffenstillstand aus.
Laut einem Artikel der US-Non-Profit-Organisation "The Palestine Chronicle", vom 13. November 2024, sei "jeder Einzelne (von Trumps Kabinett) entweder ein christlicher Zionist oder ein jüdischer Zionist, und alle sind sie Hardliner in ihrer Haltung zu diesem Thema."
Der Begriff "Zionist" bezieht sich dabei in erster Linie auf Personen, welche die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten befürworten oder aktiv unterstützen. Das Wort leitet sich ab von Zion, dem Namen des Tempelberges in Jerusalem. Viele Zionisten verfolgen nach der Staatsgründung 1948 das Ziel, ein biblisches Großisrael wiederherzustellen. Dazu soll auch der Tempel auf dem Tempelberg wieder aufgebaut werden.
Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu zeigte vor der UN-Vollversammlung im September 2024 eine Israel-Karte, die auch die palästinensischen Gebiete einschließt.
Die jüdisch-amerikanische Tageszeitung "Forward" am 13. November 2024: "Trumps erste Kandidaten sind eingefleischte Israel-Befürworter und verhöhnen die pro-palästinensischen Protestwähler"
Die israelische Tageszeitung "Haaretz" am 13. November 2024: "Nur Netanjahu hätte ein komfortableres außenpolitisches Team für Trump wählen können.
Die bisherigen Ernennungen Trumps - von Mike Huckabee bis Pete Hegseth - machen deutlich, welche Priorität der Nahe Osten für ihn haben wird. Israel-Befürworter freuen sich …"
Das unabhängige Nachrichtenportal "InformationLiberation" am 12. November 2024: (Der

US-amerikanische Chefredakteur) "Ben Shapiro feiert Trump für die Zusammenstellung eines Kabinetts, das Israel den Vorrang gibt."
Der US-amerikanische Wissenschaftler und Unternehmer Dr. Eli David am 13. November 2024: "Trumps Kabinett ist jetzt offiziell pro-israelischer als das israelische Kabinett."
Nicht nur in Trumps Regierungsmannschaft, sondern auch im US-Kongreß ist der große gemeinsame Nenner einer kritiklosen Israel-Unterstützung offensichtlich:
Die israelische Tageszeitung "The Jerusalem Post" am 7. November 2024: Von (der pro-israelischen Lobby in den USA) AIPAC unterstützte Kandidaten gewinnen bei den US-Wahlen und stärken die pro-israelische Präsenz im Kongreß.
Das pro-israelische politische Aktionskomitee AIPAC hat bei den jüngsten US-Wahlen bisher 318 zionistischen Kandidaten zum Sieg verholfen.
Bevor nun einige der von Trump eingesetzten Regierungsmitglieder unter die Lupe genommen werden, befassen wir uns zuerst mit der Person Trump. Gibt es aktuelle Äußerungen von Persönlichkeiten, die darauf hinweisen, was für eine Rolle er in den nächsten vier Jahren seiner Amtszeit im Nahen Osten spielen könnte?
Möglicher Fahrplan für die 2. Amtszeit von Donald Trump und seine denkbare Rolle darin:
Donald Trump erhielt für seinen Wahlkampf 100 Millionen Dollar von der israelisch-US-amerikanischen Ärztin und bekennenden Zionistin Miriam Adelson. Das Schweizer Nachrichtenportal "watson" schrieb, Adelson sei eine Hardcore-Israel-Lobbyistin und eine vehemente Gegnerin einer Zwei-Staaten-Lösung.
Die israelische Internet-Zeitung "The Times of Israel" listete am 27. Oktober 2020 100 Punkte auf, wie Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit Israel unterstützte.
Hier nur die ersten zehn Punkte:
1. Präsident Trump erkannte Jerusalem als Hauptstadt Israels an
2. Präsident Trump verlegte die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem
3. Präsident Trump schloß das Jerusalemer Konsulat und machte es zu einer Botschaftsstelle
4. Präsident Trump hat Israel nie öffentlich kritisiert
5. Präsident Trump zog Amerika aus dem Iran-Deal zurück
6. Präsident Trump erhöhte die Militärhilfe für Israel um 400 Millionen Dollar
7. Präsident Trump verhängte Sanktionen gegen den Iran, sobald er aus dem Abkommen ausgezogen wurde
8. Präsident Trump erkannte die Souveränität Israels auf den Golanhöhen an
9. Präsident Trump bezeichnete IRGC (iranische Spezialeinheiten) als ausländische Terrorgruppe
10. Präsident Trump verbannte den Mitbegründer der politischen Kampagne BDS Omar Barghouti aus Amerika (BDS-Boycott, Divestment and Sanctions - will den Staat Israel boykottieren, um das Ende der "Okkupation allen arabischen Landes" zu fordern).
Punkt 1 ist von weitreichender Bedeutung: Am 6. Dezember 2017 sprach US-Präsident Donald Trump die offizielle Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA aus.
"Dies ist ein historischer Akt, für den das jüdische Volk dankbar ist", sagte Professor Hillel Weiss dem israelischen Nachrichtenportal "Arutz Sheva". Weiss ist Vorsitzender der israelischen Tempel-Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion).
Weiss warnte jedoch, daß Trump jetzt nicht aufhören dürfe, wenn seiner Regierung Gottes voller Segen verliehen werde. "Die Trump-Erklärung muß mit einer Erklärung der Rolle der Juden bei der Errichtung des Tempels an seiner Stelle fortfahren. Nur dann werden Trumps internationalen Ambitionen im Nahen Osten wahr werden."
Professor Hillel Weiss spricht die Errichtung des sogenannten "Dritten Tempels" auf dem Tempelberg in Jerusalem an. In der Erwartung auf den kommenden Messias (hebräisch משיח Mashiach) ist u.a. eine Bedingung in der jüdischen Religion, daß der "jüdische Tempel in Je-

rusalem" ("Dritter Tempel") wieder aufgebaut worden ist (Mi. 4,1 EU). Dafür müßten die islamischen Stätten, die Al-Aksa-Moschee und der Felsendom, weichen - versetzt oder gänzlich zerstört.
Eine der zahlreichen israelischen Gruppen, die sich auf den Bau des Dritten Tempels vorbereiten, hat eine halbe Schekel Münze mit den Bildern des persischen Königs Kyros (um 590/580 v. Chr. - 530 v. Chr.) und des amerikanischen Präsidenten Donald Trump herausgegeben.
Kyros gestattete den Juden nach ihrer Gefangenschaft in Babylon, im Jahr 539 v. Chr., in das Land Israel zurückzukehren und ermöglichte ihnen dadurch den Bau des zweiten Tempels.
Die Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion) glaubt, daß die Erklärung von Trump am 6. Dezember vergangenen Jahres (6. Dezember 2017) - in der Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannt wird - den US-Präsidenten in eine ähnliche Rolle, wie die des damaligen Königs Kyros gebracht hat.
So ist denn auch auf der neuen Münze unter den Köpfen von Kyros und Trump eingraviert: "Und Er (Gott) beauftragte mich, Ihm ein Haus in Jerusalem zu bauen."
Eine detailliertere Ausführung, wie unter Trumps 2. Amtszeit der Dritte Tempel in Jerusalem errichtet werden soll, gibt Rabbi Isser Zalman Weisberg in einer Videobotschaft. Diese erschien am 24. Juli 2024 - kurz nach dem vermeintlichen Attentat auf Donald Trump - auf dem X-Kanal von Adam Green.
Donald Trump, so Rabbi Weisberg, sei der zweite nicht jüdische Messias (nach Kyros):
"Aber wie der erste nicht jüdische Messias, Kyros - der auserwählt wurde, den Juden zu helfen, sich nach ihrem 70-jährigen Exil in Babylon wieder im Land Israel niederzulassen - wurde auch der aktuelle nicht jüdische Messias auserwählt, dem jüdischen Volk und dem jüdischen Messias zu dienen."
Rabbi Weisberg gab dem Schuß, der Trump am rechten Ohr getroffen haben soll, eine rituelle Bedeutung, die erfüllt worden ist. Im Alten Testament symbolisiert ein durch das Ohr eines Dieners gebohrter Pfriem, für ewig Gottes Knecht zu sein (2. Mose 21, 6).
"Präsident Trumps rechtes Ohr wurde in einer symbolischen Geste nach Exodus 21,6 gestreift und verletzt, wie es in der Tora heißt, daß ein Diener, der bei seinem Herrn bleiben will, sein rechtes Ohr durchbohren lassen muß. Trump wurde als Gottes Diener und Gesalbter bezeichnet, genau wie Kyros der Große vor fast 2.400 Jahren."
Rabbi Weisberg sagte weiter, daß die sogenannte "Erlösung" mit Sicherheit während der zweiten Amtszeit von Donald Trump stattfinden wird. Der Rabbi meint damit eine zukünftige endgültige "Erlösung", eine erwartete Zeitperiode des Weltfriedens, Wohlstands und der Weisheit. Diese messianische Zeitperiode wird nach jüdischer Tradition von einem jüdischen "Erlöser" eingeleitet, der allgemein als Mashiach oder Messias bezeichnet wird. Dieser wird den heiligen Tempel in Jerusalem wieder aufbauen, das jüdische Volk in Israel versammeln und die Nationen der Welt anführen. Allgemein wird vom Mashiach erwartet, daß er Mensch sein wird.
Rabbi Isser Zalman Weisberg sagte dazu wörtlich: "Wir haben in mehreren Videos klargestellt, daß die absolute Frist für die Erlösung bis zum Ende des jüdischen Jahres 5.787 läuft, was dem 2. Oktober 2027 entspricht - also in 1.167 Tagen von heute an. Die Erlösung wird also mit Sicherheit während der Amtszeit von Donald Trump stattfinden. Und ich habe guten Grund zu glauben, daß Donald Trump dazu auserwählt wurde, die Sünden Esaus zu erlösen, indem er seine Hilfe beim Wiederaufbau des heiligen Tempels auf dem Tempelberg anbietet und das jüdische Königreich über die gesamte Menschheit in Jerusalem errichtet."
Rabbi Yosef Berger enthüllte gegenüber "Breaking Israel News" eine 600 Jahre alte jüdische Quelle, die besagt, daß der Dritte Tempel von den Nachkommen Edoms errichtet werden wird. Dies als "Wiedergutmachung" für die Zerstörung des zweiten Tempels. Weitere Hinweise aus esoterischen Quellen deuten darauf hin, daß US-Präsident Donald Trump diesen Prozeß

bereits eingeleitet hat.
In der rabbinischen Literatur bezieht sich Esau bzw. Edom auf Rom. Edom bestand größtenteils aus den Nachkommen Esaus. Edom steht gemäß rabbinischer Auslegung auch für das Christentum.
Rabbi Hillel Weiss, der Sprecher des Sanhedrins, stellte nach Trumps Wahl fest, daß seine Rolle beim Aufbau des Dritten Tempels unerläßlich sei. Der Sanhedrin oder "Hohe Rat" war eine religiöse und/oder politische Instanz. Im Jahr 2005 wurde sie im Zuge des geplanten Aufbaus des Dritten Tempels wieder eingeführt. Rabbi Weiss wörtlich: "Die Juden werden den eigentlichen Bau des Dritten Tempels durchführen, aber damit der Dritte Tempel ein Haus des Gebets für alle Nationen sein kann, müssen die Nationen an seiner Entstehung beteiligt sein."
Das in Jerusalem ansässige Tempel-Institut plant seit geraumer Zeit eine Wiedererrichtung des jüdischen Tempels - und zwar an seinem ursprünglichen Platz. Dafür müßten die islamischen Stätten, die Al-Aksa-Moschee und der Felsendom, weichen. Das Tempel-Institut befaßt sich mit der aktiven Vorbereitung auf diesen Tempel-Neubau.
Damit der Dritte Tempel Realität werden kann, scheut das Tempel-Institut keine Kosten. Die 1987 von Rabbi Yisrael Ariel gegründete Einrichtung hat unter anderem einen originalgetreuen goldenen Räucheraltar und einen siebenarmigen Leuchter aus 24-karätigem Gold hergestellt. Zu sehen sind die für den Tempeldienst nötigen Utensilien im hauseigenen Museum in der Jerusalemer Altstadt. Auch die Baupläne für den Bau des Dritten Tempels in Jerusalem sind komplett vorhanden. Chaim Richman vom Tempel-Institut sagt, daß das Gebäude in weniger als einem Jahr gebaut werden könnte.
Darüber hinaus versteht sich das Tempel-Institut als Ausbildungszentrum. Priesternachkommen sollen in den rituellen Abläufen für den Dienst im Tempel geschult werden.

Der Fahrplan im Lichte endzeitlicher "Prophezeiungen" religiöser Sekten

Gemäß dem Nachrichtenportal "Israel365News" hat Donald Trump, als nicht jüdischer Führer der USA, eine prophezeite Rolle beim Bau des Tempels zu spielen. Laut dem deutschen Historiker und Publizisten Wolfgang Eggert gibt es Gruppen, die ganz bewußt auf Prophetien zugreifen und versuchen, diese in der Tat umzusetzen. Es sind messianisch getarnte Gruppen, die unter dem Deckmantel des Christentums - und genauso des Judentums - zu finden sind. Messianische Gruppen sind stark auf einen zukünftigen Erlöser - oft Messias oder Mashiach genannt - fokussiert.
Im Folgenden soll nun ein grober Fahrplan aufgestellt werden, der zum "Kommen des Mashiach" führen soll.

Armageddon

(Erklärung = laut Bibel endzeitliche Entscheidungsschlacht; auch: sehr große, alles zerstörende Katastrophe)
Laut dem deutschen Historiker Wolfgang Eggert sowie jüdischen und christlichen messianischen Gruppen, sei eine notwendige Voraussetzung, daß sich zuvor das Armageddon als riesiges Blutbad ereignet hat. Dies durch große Trübsal, moralischen Verfall, Invasionen und Verwirrung und - vor allem - gewaltige Kriege. Anhänger einer solchen Ideologie sind daher folgerichtig nicht an Deeskalation und Frieden für beide Völker interessiert, da dies - ihrem Weltbild zufolge - das Kommen des Messias nur herauszögern würde.
Es gibt eine Aufnahme des jungen Netanjahu mit dem ehemaligen Chabad Lubawitsch-Oberhaupt Rebbe Menachem Mendel Schneerson. Schneerson fordert von Netanjahu, das Kommen des Messias herbeizuführen. Könnte es daher sein, daß Netanjahu dem Kommen des Messias dadurch nachhelfen soll, indem er den Nahostkrieg so lange eskalieren läßt, bis daraus ein Flächenbrand wird, der sich über die ganze Welt ausbreitet? Denn gemäß einer Prophezeiung Schneersons aus den 90er Jahren wird Netanjahu der Premierminister sein, der das

Zepter an den Messias überreichen wird.
Viele jüdische Chabad Lubawitsch-Rabbiner behaupten, Netanjahu sei der Messias ben Joseph, der die Schlüssel an den Messias ben David abgeben soll, wenn Netanjahus Regierungszeit zusammenbricht!
Mashiach ben Joseph soll das Kommen des letzten Erlösers - Messias ben David - vorbereiten. Er wird Krieg gegen die Mächte des Bösen führen, die Israel unterdrücken.
Bereits 1871 skizzierte der US-Kriegsgeneral und Satanist Albert Pike in einem Brief an den Illuminati-Anführer Mazzini drei kommende Weltkriege. Nach dem 1. und 2. Weltkrieg kommt er auch auf das Armageddon zu sprechen: "Und dann einen Dritten Weltkrieg. Der soll im mittleren Osten entstehen, und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon herbeiführen."
Verschiedene geopolitische Experten unterstützen diese These:
Der US-amerikanische Ökonom und Publizist Paul Craig Roberts schrieb in einem Artikel vom 23. Dezember 2024: "Meine Befürchtung ist, daß Trump, der eine Regierung von Zionisten zusammengestellt hat, nichts anderes erreichen wird, als einen Krieg gegen den Iran im Interesse Israels zu führen."
In einem Artikel vom 19. Dezember 2024 legte die unabhängige, auf US-Politik spezialisierte Journalistin, Caitlin Johnstone dar, wie Trump und Israel es kaum erwarten können, den Iran zu bombardieren: "Israelische Medien berichten, daß Israelische Verteidigungsstreitkräfte (IDF) Luftangriffe auf den Iran nun als viel leichter durchführbar ansehen, da sich ihre Piloten auf dem Weg dorthin nicht mehr um die syrische Luftabwehr kümmern müssen. Das Wall Street Journal berichtet, daß das Trump-Team seine Optionen für Luftangriffe auf den Iran abwägt, um ihn daran zu hindern, eine vermeintliche Atomwaffe zu erhalten."
Ein Artikel der Washington Post vom 17. Dezember 2024 titelt "Syriens Zusammenbruch und israelische Angriffe lassen den Iran ungeschützt". Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu habe den Wunsch geäußert, aus den Erfolgen gegen die Hamas und die Hisbollah Kapital zu schlagen und Teheran unter einer neuen US-Regierung aggressiver anzugreifen. In dem Artikel heißt es, Trump habe sich offen für einen Krieg mit dem Iran gezeigt und gesagt, daß "alles möglich sei".
Auch der deutsche Finanzexperte Ernst Wolff prognostiziert einen Kriegsschauplatz im Nahen und Fernen Osten: "Ich prognostiziere, daß Trump den Ukraine-Krieg tatsächlich beenden wird und da die Aufbauphase einleiten wird und damit also BlackRock praktisch "carte blanche" geben wird. Ich glaube aber, daß er dafür sorgen wird, daß der Krieg in Georgien und im Balkan weiter vorangetrieben wird. Und ich glaube vor allem, daß er den Krieg gegen den Iran ganz stark forcieren und daß er auch die Auseinandersetzung mit China weiter suchen wird."
Angesichts des nun aufgezeigten Fahrplans - eines im Nahen Osten entfachten Armageddons und der Errichtung des Dritten Tempels - machen die Nominierungen Trumps für seine Regierungsämter durchaus Sinn. Auch der Hinterste und Letzte seiner Nominierungen scheint diesen Fahrplan bedingungslos und kritiklos zu unterstützen.
Im Folgenden nur einige Beispiele:
Minister in Trumps Kabinett II, Vizepräsident JD Vance
Vance unterstützt Israel im Gazastreifen voll und ganz, fordert aber Vorsicht gegenüber dem Iran, eine Konzentration auf China und weniger Unterstützung für die Ukraine.
In der Tat hat Vance jegliche Begrenzung der Hilfe für Israel abgelehnt und bestand darauf, Israels Krieg gegen Gaza zu unterstützen.
Außenminister Marco Rubio
Der designierte Außenminister Marco Rubio hat 1 Million Dollar von der Israel-Lobby erhalten. Die Republican Jewish Coalition begrüßte Rubios wahrscheinliche Nominierung, als

erstmals darüber berichtet wurde. "In diesen außerordentlich gefährlichen Zeiten ist Senator Rubio ein ausgesprochener Verteidiger Israels, der dem jüdischen Staat immer den Rücken freigehalten hat", sagte die Gruppe in einer Erklärung.

Verteidigungsminister Pete Hegseth

Die Tattoos, die Hegseth am Körper trägt, sprechen Bände über sein Weltbild und seine Pläne. Auf seiner rechten Brust prangt ein großes Jerusalemkreuz, das Wappen des Königreichs Jerusalem, das 1099 von Kreuzfahrern errichtet worden war. Die mittelalterlichen Kreuzzüge richteten sich in erster Linie gegen die Muslime im "Heiligen Land", und tatsächlich hat sich der Afghanistan-Veteran für eine noch stärkere Unterstützung Israels ausgesprochen.

Hegseth sprach auf der Arutz Sheva-Konferenz 2018 (des gleichnamigen israelischen Nachrichtenportals Arutz Sheva) in Jerusalem, wo er erklärte: "(Im Jahr) 2017 war die Ernennung Jerusalems zur Hauptstadt ein Wunder und es gibt keinen Grund, warum das Wunder der Wiedererrichtung des Tempels auf dem Tempelberg nicht möglich sein sollte."

Der in den USA ansässige Geopolitik- und Sozialanalyst Mike Whitney faßte die Person Hegseth wie folgt zusammen: "Er ist ein Förderer des evangelikalen Zionismus. Hegseth hat behauptet, an der bizarren, Dritten Tempel-Prophezeiung' festzuhalten, die die Zerstörung muslimischer heiliger Stätten in Jerusalem fordert. Hegseths Beispiele für wilde und schreckliche Drohungen gegenüber fremden Nationen sind zu zahlreich, um sie alle aufzuzählen. Ebenso wie etwa sein im Fernsehen ausgestrahlter Aufruf an die Vereinigten Staaten, iranische Kulturstätten zu bombardieren."

Justizministerin Pam Bondi

In einem Interview auf Fox News am 14. Mai 2018 sagte Pam Bondi: "Und Israel ist einer unserer, wenn nicht sogar unser größter Verbündeter in der Welt. (...) Ich war als Generalstaatsanwältin zweimal in Israel. Und Jerusalem ist die Hauptstadt Israels."

Im Oktober 2023 sagte Pam Bondi zum Nachrichtensender Newsmax, daß Studenten, die die Hamas unterstützen, deportiert werden sollten, egal, ob sie mit einem Studentenvisum oder als amerikanische Staatsbürger hier seien.

Trump selbst äußerte ähnliche Ansichten während des Wahlkampfs 2024.

Innenminister Doug Burgum

Doug Burgum sagte in einer Erklärung nach seinem Israel-Besuch im September 2024:

"In einer Zeit, in der der Iran an sieben Fronten im Krieg mit Israel ist, ... ist es jetzt an der Zeit, an der Seite Israels zu stehen. (…) Wir müssen die Politik der derzeitigen Regierung (Biden) der Beschwichtigung des Iran und des Drucks auf Israel stoppen und die Politik des maximalen Drucks auf den Iran mit maximaler Unterstützung für Israel wiederherstellen."

Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr.

Am 14. Juni 2024 bestätigte Kennedy Jr. seinen Widerstand gegen einen Waffenstillstand in Gaza. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters vom 21. März 2024 bot Kennedy Israel uneingeschränkte Unterstützung an und nannte es eine "moralische Nation", die zu Recht auf Hamas-Provokationen mit ihren Angriffen auf Gaza reagierte. Die Notwendigkeit eines sechswöchigen Waffenstillstands, der von Präsident Joe Biden unterstützt wurde, stellte er in Frage.

Auf einer Pressekonferenz vom 1. Juni 2023 antwortete Kennedy Jr. auf die Frage, warum er einen Tweet über den ehemaligen Pink Floyd-Musiker Roger Waters gelöscht habe: "Ich habe den Tweet verfaßt, in dem ich Roger Waters für seinen Mut lobte, sich gegen die Covid-Mandate und den Krieg in der Ukraine zu stellen. Seine Haltung zu Israel war mir nicht bekannt. Und als ich das erfuhr, habe ich ihn sofort gelöscht."

Ministerin für Innere Sicherheit Kristi Noem

Nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat Gouverneurin Kristi Noem eine Unterstützungserklärung für das israelische Volk und Premierminister Benjamin Netanjahu

abgegeben: "In den kommenden Tagen müssen alle Amerikaner - und die ganze Welt - fest an unserer Entschlossenheit festhalten, das israelische Volk zu unterstützen. (…) Viel Glück für Sie, mein Freund Ministerpräsident Netanjahu, und für Ihr Volk. Sie werden gewinnen, und Sie haben unsere Unterstützung bei jedem Schritt des Weges."

Weitere Schlüsselpositionen

Direktor der CIA John Ratcliffe

Ratcliffe sagte, "der Iran habe 'Kriegshandlungen' gegen die USA begangen, indem er angeblich die E-Mails des Trump-Wahlkampfs hackte und angeblich ein Attentat auf Trump plante". Er sagt, "die USA sollten gemeinsam mit Israel Angriffe auf den Iran durchführen".

Leitung des Department of Government Efficiency (zu Deutsch: Abteilung für Regierungseffizienz) Elon Musk

Der Tech-Milliardär Elon Musk hat mehr als 250 Millionen Dollar zur Unterstützung des Wahlkampfs von Donald Trump gespendet. Er nahm auch eine aktivere Rolle in der US-Politik ein, insbesondere wenn es um den Nahen Osten ging. Bei einer Wahlkampfveranstaltung für Donald Trump kritisierte er den Iran und sprach sich für eine starke Unterstützung für Israel aus.

Kurz nach dem Wahlsieg von Trump postete Musk über einem Foto mit Trump die Worte "Novus Ordo Seclorum". - Als Anspielung auf die Aufschrift auf dem Dollar unter der Pyramide mit dem "Allsehenden Auge" Luzifers - zu Deutsch "Eine Neue Weltordnung".

US-Botschafter in Israel Mike Huckabee

Ein weiteres klares Zeichen in der Nahostpolitik setzt Donald Trump mit der Berufung von Mike Huckabee zum US-Botschafter in Israel. Huckabee ist seit vielen Jahren einer der prominentesten Stimmen der "christlichen Zionisten". Auch nach seiner Nominierung beharrt der frühere Baptistenpfarrer und Gouverneur von Arkansas auf seiner Linie, nicht vom "Westjordanland", sondern von "Judäa und Samaria" zu sprechen. Auch für eine Okkupation der palästinensischen Autonomiegebiete hat Huckabee mehrfach Sympathien gezeigt.

Hinter Mike Huckabee stehen mächtige Lobby-Organisationen wie "Christians United for Israel" (CUFI) mit Millionen von Mitgliedern. Die Unterstützung Israels dient der heilsgeschichtlichen Hoffnung auf die Wiederkehr Jesu, den dann auch die Juden als ihren Messias erkennen sollen.

Bis dahin aber werde Israel zum endzeitlichen Schlachtfeld Armageddon werden, verkündete erst im Oktober der Vorsitzende von CUFI, John Hagee, vor Tausenden seiner Anhänger.

Soweit nur einige wenige Beispiele. Dieser große gemeinsame Nenner der kritiklosen Unterstützung Israels, zieht sich durch die von Trump eingesetzten Personen in seiner Regierungsmannschaft. Trump und seinen Hintermännern steht also nichts im Weg, einen Dritten Weltkrieg im Nahen Osten zu entfachen, damit der Dritte Tempel auf dem Tempelberg errichtet werden kann. Dies alles mit dem ultimativen Ziel einer Eine-Welt-Regierung mit Hauptsitz in Jerusalem.

Die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung mit Hauptsitz in Jerusalem

In seinem Dokumentarfilm "Enthüllung eines Mysteriums" sagt David Sorensen, daß er mit mehreren Personen in Kontakt stehe, die aus den Finanzeliten und deren luziferianischen Ritualpraktiken ausgestiegen sind: "Und sie alle sagen das Gleiche. All diese Menschen bezeugen, daß ihr ultimatives Ziel die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung ist. - Eine globale Regierung. Und sie wollen, daß der Hauptsitz in Jerusalem ist."

Der Zionismus sei in der Tat die Philosophie oder die Bewegung von Menschen, die ein neues Israel als Zentrum einer einzigen Weltregierung errichten wollen, so Sorensen.

Ihr Plan ist es, einen Weltkrieg anzuzetteln, damit sie diesen als Vorwand für die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung nutzen können, die dann angeblich Frieden bringen würde. Wir haben die Wahl, in diese Falle zu tappen oder unsere Augen zu öffnen und den Mut zu haben,

für das Richtige einzutreten und ihre Agenda zu verhindern.

Fazit:

Die Stellungnahmen der verschiedenen Rabbis, Trumps Kabinett II und seine Regierungsmannschaft lassen offensichtlich nur einen Schluß zu: Trump ist so eine Art Wegbereiter:

Erstens, um die Kriegsschauplätze in den Nahen Osten zu verlagern und die "Feinde" Israels zu besiegen.

Zweitens, damit die Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Dritte Tempel auf dem Tempelberg in Jerusalem gebaut werden und in Betrieb genommen werden kann. Was zwangsläufig zu einem blutigen Konflikt bzw. dem von Albert Pike vorausgesagten 3. Weltkrieg - oder mit anderen Worten gesagt - zum Armageddon führen muß.

Drittens, daß eine Art zentrale Weltregierung mit Sitz in Jerusalem installiert werden kann, samt einer okkult praktizierten Einheitsreligion.

Wenn man sich die markanten Äußerungen der in dieser Dokumentation zitierten Persönlichkeiten vor Augen führt, kann man sich nicht vorstellen, daß dieses Zentrum in Jerusalem den ersehnten Weltfrieden mit sich bringen wird. Im Gegenteil, macht es den Eindruck, daß dann mit eiserner Rute geherrscht, kontrolliert, überwacht, jede Individualität unterdrückt wird und Andersdenkende ausgegrenzt werden.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob der hier noch als Prognose aufgezeichnete Fahrplan in Realität umgesetzt wird.

Wie aber kann es wirklich zu einem von allen Menschen ersehnten Weltfrieden kommen?

Bereits am 21. September 2018 legte Kla.TV-Gründer Ivo Sasek am 37. Weltfriedenstag das Geheimnis dar, wie ein dauerhafter Frieden erreicht werde kann - ob nun persönlich, interreligiös oder weltweit. Wichtig sei zu unterscheiden, Friede ist nicht ein Ziel - weder ein himmlisches noch ein irdisches Jerusalem in der Zukunft. Friede ist der Weg, Friede IST die Power - im "Hier und Jetzt"!

"Es ist eine Energiemaschine, der Friede Gottes, und er ist im Moslem genauso drin wie im Christen, wie im Juden, wie im Hindu. Der ist in jedem Menschen drin, aber es hängt davon ab, richte ich mich auf das aus oder nicht. Ich muß mich auf dieses Experiment, kraftorientiert zu leben, muß ich mich einlassen, das ist wie ein Vertrag, wie ein Handschlag, wie eine Heirat. Und so lange ich das nicht beachte, daß diese Energiequelle da ist, werde ich immer dem Frieden hinterherhängen, ich werde immer einen Kampf haben."

"Ich habe dieses Geheimnis gefunden und habe es Tausenden beigebracht und heute bringen wir es Tausenden von Menschen bei und diese Energie ist der Weg, die Ursache, warum wir Frieden haben, der Friede als Weg begleitet uns. Es ist nicht ein Ziel, das wir irgendwann erreichen. Das ist unser Startkapital, unser Weg, unsere Energie in allem."

(Die ausführliche Rede ist zu sehen unter: Ivo Sasek bei UPF Switzerland "Der Weg zum interreligiösen Weltfrieden" https://www.kla.tv/13316)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31397" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Alarm! Rettet Eure Kinder! Masturbationsräume und Dragqueen-Shows für Kleinkinder**

Gehen Sie einmal in sich: Woran denken Sie, wenn Sie sich ein 4-jähriges Kind vorstellen? Vielleicht sehen Sie in Gedanken ein spielendes Kind oder ein Kind, das von der Mutter umarmt wird. Eventuell sehen Sie auch Kinder in einer Gruppe spielen oder die großen neugierigen Augen eines Kindes, das die Welt kennenlernt. Woran Sie vermutlich nicht denken im Zusammenhang mit kleinen Kindern sind folgende Szenen.

Bei diesen Szenen handelt es sich um öffentliche Dragqueen-Shows, speziell für sehr junge Kinder. Diese Shows gibt es mittlerweile in vielen Ländern der Welt, auch in Deutschland. Unter dem Deckmantel der Toleranz und Akzeptanz der sogenannten Geschlechtervielfalt sollen unsere Kinder bereit für eine "bunte" Zukunft gemacht werden. Was diese Darbietun-

gen jedoch in den Kinderseelen anrichten können, wird mit keinem Wort erwähnt. Kinderschützer und Sozialpädagogen warnen eindringlich, daß Kinder durch diese Shows massiv verunsichert und u.U. auch schwer traumatisiert werden können.
Die Lebens- und Sozialpädagogin Margreth Tews berichtet in einem Interview aus ihrer Berufspraxis. Dabei geht es um die Folgen einer zu frühen Konfrontation mit dem Thema Sexualität. Durch das Nahebringen von Themen wie Transsexualität und Genderfluidität würde man den Kindern "ihre natürliche Entwicklung nehmen". Es komme zu massiven Verunsicherungen und auch Verhaltensauffälligkeiten der Kinder. Diese werden häufig weiter bei Psychologen und Therapeuten behandelt. "Es bedingt ein Problem nach dem anderen", so Tews wörtlich.
Dragqueen-Buchlesungen für Kindergartenkinder finden bereits seit Jahren in vielen Städten Deutschlands statt. Sie sind teilweise fest etabliert im öffentlichen Stadtgeschehen und werden regelmäßig in Bildungseinrichtungen durchgeführt.
Dort werden die Kinder mit den grell geschminkten und häufig auch sexualisiert gekleideten Dragqueens konfrontiert. In den Büchern, die dort von ihnen vorgetragen werden, geht es häufig um das Thema Transgender.
Das bedeutet im Klartext, um Kinder oder Tiere, die sich in ihrem natürlichen Geschlecht nicht wohl fühlen und ins andere Geschlecht wechseln möchten.
Auf der Seite der Vereinigung Demo für alle findet man fundierte Hintergrundinformation zu diesen sogenannten "Vorlesestunden". So liest man dort:
"Einige der Künstler sind in erster Linie Aktivisten und haben die Klassiker der Gender-Ideologie gelesen. Sie verstehen, daß die Pervertierung der Sexualität und der geschlechtlichen Identität das Mittel der Wahl zur "subversiven Unterwanderung" (subversiv = zersetzend/zerstörend/umwälzend) (der gesellschaftlichen Ordnung) ist.
Ihre Agenda ist keine heimliche Verschwörung, sondern sie folgt "wissenschaftlicher Methodik", die etwa in dem Beitrag "Drag pedagogy: The playful practice of queer imagination in early childhood" ("Drag Pädagogik: Das spielerische Einüben queerer Fantasien in der frühkindlichen Bildung") nachzulesen ist. Ziel sei es, die queere Pädagogik tief in den Erziehungseinrichtungen für Kinder zu verankern und dabei die Stereotype der Lehrkräfte und überhaupt sämtliche Regeln und Grenzen zu brechen."
Kommen wir an dieser Stelle zurück zum Gedankenspiel am Anfang der Sendung.
Fragen Sie sich: Was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an die wichtigsten Bedürfnisse denken, die ein kleines Kind hat? Liebe, Geborgenheit, Versorgung, Raum sich frei zu entfalten, Zeit zum Spielen, … mögen die Dinge sein, an die Sie denken. Hört man dazu jedoch die sogenannten Experten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, bekommt man eine ganz andere Auflistung: Kinder im Alter zwischen null und vier Jahren seien sexuelle Wesen. Sie sollen über "frühkindliche Masturbation" aufgeklärt werden und lernen, wie man "Vergnügen und Lust" empfindet, wenn man "den eigenen Körper berührt". Sie sollen "Körper und Genitalien" entdecken und "lustvolle Erfahrungen körperlicher Nähe" kennenlernen. …
Dies ist nicht nur eine Theorie, sondern wird heute schon in Deutschland und anderen Ländern im Auftrag der UN umgesetzt.
Im Folgenden berichtet eine junge Frau darüber, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in einem Kindergarten begonnen hat. Sie mußte allerdings den Kindergarten vorzeitig verlassen, da sie mit dem Sexualerziehungs-Konzept, welches dort umgesetzt wurde, nicht einverstanden war. Wir zeigen Ihnen nun einen kurzen Ausschnitt aus ihrem Videobericht:
"Und zwar an einem Tag kam eine Frau von einer gewissen Hilfsorganisation, die allgemein bekannt ist - die werde ich nicht nennen. Diese Hilfsorganisation hat ein blaues Logo. Und das Ganze ist in Rheinland-Pfalz passiert, an der Grenze zu Baden-Württemberg. Ich kam in die Kita, ganz normal, und an diesem Tag ist eine Frau von dieser Hilfsorganisation gekommen

und hat den Zukunftsplan für alle Kitas in Deutschland vorgestellt. Bedeutet, das wurde schon beschlossen, bestätigt, und das wurde halt nur noch vorgestellt sozusagen. Und ja, es fing an mit: "Wir wollen in Zukunft Kindern erklären und die Möglichkeit bieten, sich zu masturbieren."
Ich war komplett geschockt, komplett geschockt! Ich wurde rot, mir war heiß, also ich habe gedacht: What the fuck geht hier ab? Was soll das, so was? Absolut krank!! Ich schaue nach rechts, nach links… Und eine der Erzieherinnen war Pfarrerin übrigens… Alle waren voll zufrieden, voll glücklich, "finden wir super, wow"… Ich war so: Okay, das kann doch nicht wahr sein, oder? Und dann erzählt sie so … - und zwar war das in dieser Kita so, es gab einen Sportraum, da haben die Kinder geturnt, und das war ziemlich groß.
Und dann haben die gesagt, also diese Frau von der Hilfsorganisation hat gesagt: "Was ihr zum Beispiel machen könntet, ist, ihr könnt diesen Raum, diesen Sportraum, zur Hälfte teilen und Zelte, so kleine Zelte kaufen und aufstellen." Und den, weil ich habe online gesehen, viele reden von ab Dreijährigen, nein, für die Zwei- bis Sechsjährigen war das die Rede, daß Zwei- bis Sechsjährige die Möglichkeit haben, in diesen Zelten sich zu masturbieren und wenn sie nicht wissen, was das ist, wird es denen erklärt und die Möglichkeit geboten, ihre Sexualität im Kindergarten zu erkunden.
Denkt ihr, daß die Eltern davon erfahren? Nein, es wird besprochen, daß das Alltag sein soll, die Eltern sollen auch nichts davon wissen, weil es ist ja normal, daß Kinder über Sexualität Bescheid wissen. Nein, es ist nicht normal!"
Die UN führt dieses Konzept in den Grundschulen fort. Hier geht es noch viel weiter in der sogenannten "Aufklärung" der Kinder. Ein umfangreicher Bericht der Internet-Plattform Stop World Control (https://stopworldcontrol.com/de/kinder/) berichtet über die UN-Agenda und deren Umsetzung in den Schulen. Neben genauen Details über Oralsex, homosexuelles Sexualverhalten wie Analverkehr usw. gibt es Spiele, die Kinder an das Thema heranführen.
Auch wenn es schwer zu glauben ist, es gibt Memory-Spielkarten, auf denen männliche Genitalien in verschiedenen Größen abgebildet sind. Die Kinder sollen dann die passenden Paare finden. Die Bilder dazu dürfen und wollen wir an dieser Stelle nicht abbilden. Bedenken Sie jedoch: Unsere Kinder sind diesen Bildern schutzlos ausgeliefert!
Eltern, deren Kinder mit solchen "Konzepten" in Berührung gekommen sind, berichten folgende verstörende Dinge: "Kleine Kinder befummeln sich gegenseitig, nehmen die Genitalien des anderen in den Mund oder schauen unter die Toilettentür." Eine Mutter aus den USA bestätigte diese Aussagen. Auch ihr Kind erlebte während dem Sexualunterricht Schreckliches: "Ein anderes Mädchen hat meine Tochter angefaßt (Masturbation), sie hat schlimme Worte gesagt und ihr Handy für Pornographie benutzt." Sie wandte sich an die Behörden, um ihr Kind zu schützen. Dabei stieß sie auf eine "abschreckende Härte". Niemand wollte ihr helfen …
Es wird deutlich, daß sich unsere Kinder in großer Gefahr befinden! Schon die Allerkleinsten werden sexualisiert und Dingen ausgesetzt, die sie nachhaltig schädigen. Sie werden systematisch traumatisiert. Jegliches Schamgefühl, jegliche Orientierung wird ihnen damit gänzlich genommen.
Nimmt man Kindern ihr natürliches Schamgefühl, können sie nicht mehr auf ihren natürlichen Instinkt hören, der ihnen klar sagt, daß sie ihren Körper schützen müssen. Dies macht sie extrem verletzlich und zu einer leichten Beute für Sexualstraftäter.
Kla.TV hat in der Sendung "WHO und UNO - Pädofinger weg von unseren Kindern" die Hintergründe dieses Sexualumerziehungskonzeptes genauestens aufgezeigt. Studieren Sie diese wichtige Sendung angesichts dieser dramatischen Entwicklungen!
Liebe Eltern und Verwandte! Rettet Eure Kinder und steht auf gegen diese Verbrechen! Erhebt Eure Stimme und äußert laut Euren Unmut, wenn Ihr mit solchen Konzepten in Berüh-

rung kommt. Sagt "Nein!" zu jeglichem Mißbrauch der Kleinsten! Sie brauchen Euch und Euren Schutz mehr denn je!<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.471/…):

>>**Elon, der Etablierten-Schreck: Ein amerikanischer Milliardär mischt Europas linke Nomenklatura auf**

Erst war er der geniale Pionier der Elektromobilität und der Weltraum-Visionär. Dann wurde Elon Musk zum Spielverderber, der den linken Zensoren und Meinungswächtern die Twitter-Spielwiese wegnahm. Als er Donald Trumps Wiederwahl erfolgreich unterstützte, wurde er für das Kartell der Woken und Wohlerzogenen endgültig zum Gottseibeiuns.

Und als er den Deutschen auch noch empfahl, die AfD zu wählen, weil nur sie das Land noch retten könne, und sich mit deren Kanzlerkandidatin Alice Weidel im Netz zum gesitteten Meinungsaustausch unter Erwachsenen ganz ohne Inquisitionsgehabe traf, da war es um die Rest-Beherrschung in der etablierten Blase endgültig geschehen.

Elon Musk bringt das polit-mediale Establishment zum hochtourigen Durchdrehen. "Diskursvergiftung", schreit ein bayerischer "Digitalminister", lustigerweise von den "Freien Wählern", der mit der Meinungsfreiheit auf Kriegsfuß steht. Der "grüne" Märchenbuchautor Robert Habeck erneuert seine wüsten Drohungen gegen Musk und seine Plattform "X": Meinungsfreiheit ohne Einschränkungen sei ein "vulgäres Freiheitsverständnis", und er, Habeck, "kenne Leute, die ich anrufen kann, die Dinge in Bewegung setzen können".

Das Establishment dreht durch

Leute wie die Agitprop-Spezialisten von der Grünen-Hilfsagentur "Campact" vielleicht: Die würden "X" am liebsten gleich ganz verbieten lassen. Thierry Breton, der ehemalige EU-Zensur-, pardon: Digitalkommissar, ist schon von selbst aktiv geworden. Breton droht nicht nur mit Zensur über das von ihm maßgeblich ausgebrütete EU-Digitalgesetz "DSA", er läßt die Deutschen auch schon mal prophylaktisch wissen, daß mit "ausländischer Einmischung" als Vorwand und dem DSA als Handhabe auch eine Bundestagswahl kassiert werden könne, wenn die Bürger falsch wählten: "Wir haben es in Rumänien getan und wir werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen."

In Rumänien reichte bekanntlich eine von der Regierungspartei selbst inszenierte "russische Einmischung", um eine ganze Präsidentenwahl für ungültig erklären zu lassen. Gegen Musk sammelt die EU-Kommission schon fleißig Material: Sie fordert die Offenlegung der - längst veröffentlichten - "Algorithmen", weil sie "X" verdächtigt, über sein Empfehlungssystem "rechte" Inhalte zu begünstigen.

Zuviel Meinungsfreiheit für die Gesinnungswächter

Was sie in Wahrheit stört: Musk hat bei "X" die Zensurmechanismen abgeschaltet und die Zensoren gefeuert, die auf "Twitter" noch dafür gesorgt hatten, daß regierungsamtliche Narrative gefördert und Kritik daran ausgeblendet wurde. Zuviel Meinungsfreiheit für die Gesinnungswächter, denen die Felle zusehends davonschwimmen: Auch Facebooks Marc Zuckerberg hat auf die neue Lage nach der Wahl Donald Trumps schon reagiert, frühere Zensur-Zumutungen offengelegt und die Kehrtwende verkündet: Statt als "Faktenchecker" getarnte Zensoren sollen auch bei Facebook, jedenfalls in den USA, künftig die Nutzer selbst über "Community Notes" Falschbehauptungen effektiv richtigstellen.

So funktioniert unzensierte, freie Meinungsbildung im klassischen Sinn. Warum also ist die EU-Nomenklatura so aufgeregt, und warum bezeichnet jetzt auch der Nicht-mehr-lange-Bundeskanzler Olaf Scholz Elon Musk als "Gefahr für die Demokratie in Europa"?

Die "Einmischung von außen" und Unterstützung der "extremen Rechten" allein kann es wohl nicht sein; schließlich sieht auch niemand "die Demokratie" in Gefahr, wenn George Soros in Deutschland die "Grünen" zur Wahl empfiehlt, in anderen Ländern die linke Opposition sponsert und Unsummen für Wokeness- und Migrationspropaganda ausgibt. Oder wenn Bill Gates

deutsches Steuergeld abgreift, den "Spiegel" mit Millionen füttert und im Zwangsgebührenfunk Logenplätze für die Verbreitung von Impfpropaganda bekommt.

"Unsere Demokratie" in Gefahr …

Offenkundig ist nicht "die Demokratie" in Gefahr, sondern die spezielle Variante von "UnsereDemokratie", an der die Macht der etablierten Nomenklatura in Deutschland und in der EU hängt: "Demokratie" herrscht nur, wenn alles nach der "grünen" Klima-Transformations-Kriegstreiber-Pfeife tanzt; jeder Abweichler könnte das Lügen-Kartenhaus zum Einsturz bringen.

Elon Musk hat mit seinen Holzhammer-Ansagen nicht nur bewirkt, daß der Kampf um die Meinungsfreiheit zum beherrschenden Wahlkampfthema in Deutschland geworden ist. Auch in anderen europäischen Ländern bringt er Mißstände mit deutlichen Worten zur Sprache. Dank Musk diskutiert ganz Großbritannien endlich wieder über den jahrelangen systematischen sexuellen Mißbrauch junger einheimischer Mädchen durch "asiatische", sprich: muslimisch-pakistanische Einwandererbanden.

Musk mischt die Nomenklatura auf

Den linken Labour-Premier Keir Starmer könnte das in ernste Bedrängnis bringen. Mit seiner offen inländerfeindlichen Repression gegen Bürger, die nach dem Southport-Massaker an drei kleinen Mädchen gegen die eskalierende Messergewalt von Migranten protestiert hatten, hat er sich bereits maximal unbeliebt gemacht.

Jetzt fällt ihm die Ausrede auf die Füße, bei Mißbrauchsskandalen wie dem von Rotherham handele es sich um "alte Fälle": Denn gerade Starmer selbst hatte maßgeblichen Anteil daran, daß die Aufarbeitung und die ganze Dimension des Mißbrauchs - hunderttausende minderjährige Mädchen sollen betroffen sein - all die Jahre unter den Teppich gekehrt wurde.

Zwei-Klassen-Justiz, die einheimische "Gesinnungs-Straftäter" mit aller Härte unterpflügt, während sie migrantische Schwerverbrecher mit Samthandschuhen anfaßt, gibt es nicht nur in Großbritannien. Im "Fall Mia" - die zwölfjährige Wienerin war über Monate hinweg von einer Gruppe vorwiegend arabischer junger Männer brutal vergewaltigt worden - ist kürzlich bereits der zweite syrische Täter straffrei davongekommen. Kommentar Elon Musk: "This is crazy!"

Der Meinungsfreiheit gehört die Medien-Zukunft

Ist das "Einmischung", steckt "Berechnung" dahinter? Zweifellos: Elon Musk wäre nicht Milliardär geworden, hätte er nicht bei allem, wofür er sich engagiert, auch seine eigenen Interessen im Sinn. Dennoch darf man ihm, der selbst ein Kind an den "Transgender-Wahn" verloren hat, durchaus abnehmen, daß es ihm ernst ist mit seinem Einsatz gegen den woken Gesinnungsterror und für die Meinungsfreiheit.

Vor allem aber hat Elon Musk eines erkannt: Ohne "Social Media", soziale Medien und Netzwerke wie "X", ist die Medienrealität der Zukunft nicht zu denken. Niemand kommt an den neuen Medien vorbei. Und diese neue Medienwelt kann nur erfolgreich sein, wenn sie den freien Austausch von Meinungen und Informationen als Grundprinzip akzeptiert.

Die EU ist auf dem Holzweg, wenn sie glaubt, Innovationen zensieren und regulieren zu können, die in ihrem Einflußbereich gar nicht erst entstehen, weil Dirigismus und planwirtschaftliches Bürokratendenken das nicht zulassen. Der Wettbewerb ist im vollen Gange: Die Zukunft gehört der Meinungsfreiheit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Die Spur der Grünen Teufel**

Alles Dschihad? Nicht den Tiefen Staat vergessen!. Vorabdruck aus der Februarausgabe von COMPACT-Magazin. Drei Anschläge - drei Mal Dschihad? Die Bluttaten von Magdeburg, New Orleans und Las Vegas wurden allzu schnell mit dieser These zusammengefaßt. Vor allem die Sprengung des Tesla-Trucks weist in eine ganz andere Richtung.

_ von *Federico Bischoff*

Neujahrstag, 8:40 Uhr Ortszeit: Ein Cybertruck von Tesla explodiert vor dem Eingang des Trump-Hotels in Las Vegas. In dem Fahrzeug findet sich die völlig verkohlte Leiche des US-Elitesoldaten Matthew Livelsberger (37). Die Symbolik - gleichzeitig gegen Trump und gegen Musk gerichtet - war auf den ersten Blick überwältigend. Augenscheinlich sollte ein Zeichen gegen den Politikwechsel in den USA gesetzt werden, den der neue Präsident angekündigt hatte.
Laut Pentagon hat er auch in der Ukraine gedient.
Um das Offensichtliche zu verschleiern, versuchte der Spiegel den gleichen Propaganda-Trick wie bei dem Magdeburg-Terror am 21. Dezember: Dort hieß es, der Todesfahrer sei Anhänger der AfD gewesen, es gebe "Extremismusbezüge nach Rechts" (so Thüringens Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer). Über Livelsberger schrieb das ehemalige Nachrichtenmagazin, er sei ein "Trump-Fan" gewesen.
Die abgefeimte Masche, alles für den Kampf gegen Rechts zu instrumentalisieren, wurde mit einer Gegenthese gekontert: Die drei Schreckenstaten stünden für eine koordinierte Dschihad-Offensive. Schließlich seien die Täter in Sachsen-Anhalt und Kalifornien Moslems gewesen, und auch Livelsberger, ein weißer Christ, könnte von Islamisten indoktriniert worden sein. Oder er sei schon vorher ermordet und dann nur seine Leiche in den Tesla gesetzt worden, der dann per Fernbedienung zum Ziel gesteuert wurde.
Zugespitzt wurde die Dschihad-These von der ehemaligen CIA-Zielfahnderin Sarah Adams in der reichweitenstarken Shawn Ryan Show: Mehrere tausend Schläfer von al-Qaida hielten sich in den USA auf, bereit zur Entfesselung einer großen Offensive. Die Biden-Regierung habe sie ins Land gelassen und die mit ihnen verbündeten Taliban sogar kräftig unterstützt. Adams sah eine Verbindung zu den Anschlägen von 9/11, die sie, ganz der Propaganda der damaligen Administration von George W. Bush folgend, ebenfalls al-Qaida in die Schuhe schob und erneut den Eindruck erweckte, die Terroroperationen würden vom Hindukusch aus gesteuert - 2001 ebenso wie 2024/25.

Der Feind im Innern

Tatsächlich führen die Spuren nicht nur der rauchenden Trümmer der Twintowers, sondern auch des ausgebrannten Cybetrucks zum amerikanischen Tiefen Staat. Livelsberger trägt auf einem Foto ein T-Shirt mit dem Schriftzug "Slava Ukraini", dem Schlachtruf der Bandera-Faschisten aus den 1940er Jahren und deren heutiger Nachfolger in Kiew. In einem Post, angeblich vom Sommer 2024, reagiert er positiv auf ein Angebot, in dem Söldner für die Selenski-Truppen gesucht wurden.
Diese Parteinahme ist die gleiche wie bei Ryan Routh, der im September 2024 ein Attentat auf Trump versuchte (aber rechtzeitig gestoppt wurde), und bei Juraj C., der im Mai 2024 auf den slowakischen Premier Robert Fico schoß und ihn lebensgefährlich verletzte. Fico und Trump treten für einen Ausgleich mit Rußland ein - offenbar gefällt das einigen Leuten nicht. Livelsberger als Russen-Hasser und Trump-Gegner? Dem widerspricht auch nicht, daß ein Onkel ihn als einen "glühenden Patrioten" bezeichnete, denn es gibt sehr wohl Rechte - in den USA nennt man sie Neocons - die kriegswütigen Imperialismus mit dem Eintreten für die eigene Nation verwechseln.
Die Einheit operierte auch auf dem Territorium der Ostblockstaaten - mit Entführungen, Morden, Sabotage.
Livelsberger jedenfalls gehörte zu den Strukturen, die den Kern des Tiefen Staates bilden: den US-Spezialeinheiten. Er war bis zuletzt im aktiven Dienst (der Anschlag in Las Vegas fiel in seine genehmigte Urlaubszeit), und zwar als hochdekorierter Offizier bei der in Böblingen stationierten 10th Special Forces Group. Diese wiederum gehört zu den sogenannten Green Berets mit ihrem Hauptstützpunkt Fort Bragg (heute Fort Liberty) im US-Bundesstaat North Carolina. Dort war von 2007 bis 2020 auch der New-Orleans-Attentäter Shamsud-Din Jabbar

stationiert gewesen, aber eine Bekanntschaft der beiden ist nicht nachgewiesen - Kunststück, denn auf dieser Basis sind über 40.000 GIs untergebracht.

Spezialaufträge für Gladio

Die Green Berets - ursprünglich benannt nach der Farbe ihrer Barette, die Ende der 1960er Jahre jedoch verschwanden - stehen seit ihrer Gründung 1951 für Schmutzaufträge des Tiefen Staates. Sie waren an der gescheiterten Invasion Kubas in der Schweinebucht 1960 beteiligt, an der Ermordung des Revolutionärs Lumumba im Kongo im selben Jahr, am Vietnam-Krieg sowie an der gescheiterten Geiselbefreiung in Teheran 1979.

Nach diesem blutigen Debakel wurden 1980 die teils rivalisierenden Sondereinheiten unter einem gemeinsamen Oberkommando, dem Joint Special Operations Command (JSOC) zusammengefaßt. In Folge des 11. September 2001 erhielt JSOC praktisch vollkommene Unabhängigkeit vom Oberkommando der US-Streitkräfte und wurde direkt aus dem Weißen Haus von Vizepräsident Dick Cheney geführt. Aktionen im Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien wurden oft zusammen mit CIA-Einheiten und den Killertrupps von Privatfirmen wie Blackwater durchgezogen.

"Er war das, was man einen Super-Soldat nennen könnte." Onkel

Der deutsche Ableger der Green Berets ist Teil der 10th Special Forces Group. Er war ab 1953 zunächst in Bayern (Bad Tölz und Lenggries) stationiert und wurde 1991 nach Böblingen verlegt. Aufgaben waren vor allem unkonventionelle Kriegführung und Aufstandsbekämpfung. Zum ersten Mal wurde die Truppe 1955 von der New York Times beschrieben: Ihre Mission bestünde in "Befreiungsaktionen (…) hinter den feindlichen Linien".

Auf dem Portal Specialforceshistory heißt es etwas genauer, im Kalten Krieg sei sie für "Partisanenkriegführung hinter den feindlichen Linien im Falle einer Invasion des Ostblocks in Westeuropa" zuständig gewesen. Das war im Übrigen auch die Aufgabe der sogenannten Stay-Behind-Kräfte, die die "NATO-Geheimarmee" (Daniele Ganser) bildeten und unter der Bezeichnung Gladio bekannt wurden. Dazu paßt, daß die 10th Special Forces Group zusammen mit den meisten europäischen NATO-Partnern trainierte.

Zumindest in Italien und der Türkei war Gladio an politischen Morden beteiligt - hat also ihren Auftrag, "hinter den feindlichen Linien" zu operieren, auch ganz ohne sowjetische Invasion wahrgenommen. In Deutschland wird die Geheimtruppe von Daniele Ganser etwa mit dem Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 in Verbindung gebracht. Eine besondere Rolle spielte der Westberliner Ableger der 10th Special Forces Group, das Detachment A. Während des Kalten Krieges unternahm die 90-Mann-Truppe Operationen auf dem Territorium der Ostblockstaaten - Informationsbeschaffung, Entführungen, Morde, Sabotage -, die bis heute strengster Geheimhaltung unterliegen.

In Böblingen unterstand die Truppe dem US-Oberkammando Europa (Eucom) im nahegelegnen Stuttgart, in den letzten Jahren zusätzlich dem ebenfalls dort eingerichteten Africom. Livelsberger wird von Bild als "Drohnenpilot" bezeichnet und dürfte, neben Kill-Flügen in Somalia und anderen afrikanischen Staaten, vor allem unbemannte Aufklärungsflüge an der Ostfront dirigiert haben, etwa im Schwarzen Meer.

Zuletzt war er mit der Entwicklung eines Systems zur Fernaufklärung befaßt. Er hatte 2006 als Jüngster seines Jahrgangs die Aufnahmeprüfung abgeschlossen, wurde Scharfschütze, später Platoon-Führer mit der Verantwortung für 40 Soldaten. Neben dem Einsatz in Böblingen ab 2012 wurde er auch zu Army-Aufträgen in Afghanistan, Tadschikistan, Georgien und Kongo abgeordnet. Laut AP hat das Pentagon bestätigt, daß er auch "in der Ukraine diente", wobei der genaue Zeitpunkt unklar ist.

Rätselhafte Mitteilungen

Zu den größten Ungereimtheiten des Anschlags gehört seine dilettantische Ausführung - zur Explosion kamen Feuerwerkskörper und Benzin beziehungsweise Spiritusbehälter, die dem

massiven Tesla-Truck nichts anhaben konnten: Die Druckwelle verpuffte nach oben, im Hotel ging nicht einmal eine Schreibe zu Bruch. "Er war das, was man einen Super-Soldat nennen könnte. Wenn man sieht, wofür er ausgezeichnet wurde, welche Erfahrungen er gemacht hat, macht manches keinen Sinn, wenn er doch die Fähigkeiten hatte, etwas, sagen wir, effizienter zu machen", sagte Livelsbergers Onkel dem Independent.
Den Verlautbarungen der Behörden sollte man nicht allzuviel Glauben schenken. Das obligatorische Auffinden von Personalpapieren nach Anschlägen ist in diesem Fall zwar nicht besonders verdächtig, da die Identität Livelsbergers auch durch DNA-Tests und Tattoo-Reste bestätigt wurde. Seltsamer schon, daß die Polizei von einem Selbstmord kurz vor der Sprengung ausgeht, während ein Video der letzten Sekunde nahelegt, daß er bei Zündung zumindest noch den Kopf gedreht hat.

Der dritte Anschlag

Mitten in der Silvesternacht raste ein Pick-up-Truck in New Orleans Ausgeh- und Touristenviertel French Quarter in eine Menschenmenge. 15 Menschen wurden getötet, 35 weitere verletzt. Der mutmaßliche Täter, der 42-jährige Shamsud-Din Jabbar, eröffnete im Weiteren das Feuer auf die Besucher und wurde von der Polizei erschossen. An seinem Fahrzeug soll eine Flagge des Islamischen Staates befestigt gewesen sein.
Jabbar hatte, wie der Tesla-Bomber in Las Vegas, der fünf Stunden später zuschlug, bei den Spezialeinheiten in Fort Bragg gedient, war aber zuletzt als Immobilienmakler tätig. Noch eine Überschneidung: Beide mieteten ihr Fahrzeug bei derselben Auto-Leasing-Plattform.
Sehr mysteriös sind die Aufzeichnungen, die die Ermittler nach einigen Tagen auf Livelsbergers Handy fanden. Dieses soll das Flammeninferno in dem Fahrzeug weitgehend unbeschadet überstanden haben… In einer E-Mail, die angeblich von Livelsberger an den pensionierten Geheimdienstoffizier der US-Armee, Sam Shoemate, gesendet wurde, behauptete er, daß die Drohnen, die seit Oktober über New Jersey und anderen Teilen der Ostküste gesichtet wurden, chinesischen Ursprungs seien.
Diese könnten bewaffnet sein, überall angreifen und stellten die "gefährlichste Bedrohung der nationalen Sicherheit dar, die jemals existiert hat". Diese und weitere wirre Inhalte könnten einerseits auf "Schraube locker" hinweisen - eine "posttraumatische Störung", so die Polizei. Andererseits gehört die China-Hysterie auch zu den Narrativen, die der Tiefe Staat seit der sogenannten Ballon-Affäre 2023 immer wieder verbreitet. Jetzt wurde es mit einem Big Bang gekoppelt.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Geheimakte Beatles: Die dunkle Seite der Pop-Titanen**
Von *Daniell Pföhringer*
Jetzt wieder stark nachgefragt: Sie sind die erfolgreichste Band in der Pop- und Rockmusikgeschichte. Doch kaum einer kennt ihre dunklen Seiten. …
Keine Frage: Die Beatles sind legendär! Egal ob Musik, Mode oder gesellschaftliche Entwicklungen - die Fabulous Four prägten die Popkultur wie keine andere Gruppe. Vor genau 60 Jahren, im Januar 1963 erschien ihr Debütalbum "Please please me" mit einem ziemlich skandalträchtigen Titelsong… Denn der war nichts anderes als eine Aufforderung zum Oralsex - für damalige Zeiten empörend!
Um die Beatles zu beschreiben, werden oft Superlative bemüht: Mit 1,3 Milliarden verkaufter Tonträger sind sie die erfolgreichste Band aller Zeiten - und das, obwohl sie nur über einen Zeitraum von acht Jahren gemeinsam Platten aufnahmen.
Keine andere Musikgruppe und kein Einzelinterpret hatte zudem so viele Nummer-eins-Hits: In ihrer Heimat Großbritannien gelangten 17 Songs in die Top-Ten, in Deutschland 11, in den USA 22 und in den Niederlanden und in Australien sogar 23. Notabene: Auch John Lennon

und Paul McCartney gehören als Solokünstler mit insgesamt 28 Nummer-eins-Singles bis heute zu den erfolgreichsten Komponisten der Popgeschichte.

Die dunklen Seiten der Pop-Titanen

Das ist die eine Seite der Beatles, doch es gibt noch eine andere - eine dunkle Seite. Diese wird vom Mainstream entweder konsequent verschwiegen oder heruntergespielt. Wußten Sie zum Beispiel,

- daß der Erfolg der Beatles kein Zufallsprodukt war, sondern das sogenannte Tavistock-Institut, eine Einrichtung zur psychologischen Kriegführung und Kulturbeeinflussung, dabei eine tragende Rolle spielte,
- daß dieses Institut eng mit berüchtigten Sozialforschungsinstituten und -projekten in den USA - unter anderem dem Radio Research Project von Paul Lazarsfeld und Theodor W. Adorno - zusammenarbeitete,
- daß es sogar Verbindungen zur CIA und anderen Geheimdiensten oder zur Rockefeller-Stiftung gab,
- daß die Beatles und insbesondere John Lennon Teil einer kulturmarxistischen Agenda waren, um One-World-Globalismus, ungehemmten Sex und Drogenkonsum zu propagieren,
- daß die Beatles in ihren Liedern, auf ihren Plattencovern, in ihren Filmen (z. B. "Yellow Submarine") und an anderen Stellen okkulte Anspielungen, Symbole und Zeichen verwendeten, die sonst nur "Eingeweihte" erkennen können,
- daß John Lennon - wie auch andere Rockstars zu dieser Zeit - ein Anhänger des britischen Okkultisten Aleister Crowley war, den viele als Begründer des modernen Satanismus ansehen,
- daß ebendieser John Lennon nicht nur Flower Power im Sinn hatte, sondern aktiv linksextremistische Organisationen und sogar Terrorgruppen unterstützt hat,
- daß die Beatles in den USA Teil einer Blase im Laurel Canyon nahe Los Angeles waren, in denen sich wie von Geisterhand die Söhne hochrangiger Militärs und Geheimdienstler zusammenfanden, um den Soundtrack für die neue Hippie-Bewegung zu kreieren,
- daß auch der berüchtigte Sektenführer Charles Manson, dessen Anhänger sich durch die Hollywood Hills mordeten, Teil dieser Community war,
- daß ein italienisches Forensiker-Team schon vor einigen Jahren zu dem Schluß kam, daß Paul McCartney jemand ganz anderes ist, obwohl sie eigentlich diese These widerlegen wollten,
- daß die Beatles weit über 50 versteckte Hinweise auf den Tod McCartneys lancierten,
- daß es deutliche Anzeichen darauf gibt, daß Lennons Mörder kein geistig verwirrter Attentäter, sondern ein per MK-Ultra abgerichteter CIA-Auftragskiller war?

Diese und weitere überraschende, aber auch erschreckende Fakten, die Mainstream-Gazetten und die Musikpresse verschweigen, lesen Sie in unserer Ausgabe "Geheimakte Beatles - Die dunkle Seite der Pop-Titanen". Jede Wette: Nach der Lektüre dieses Heftes werden Sie die Fab Four mit ganz anderen Augen sehen!<<

19.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Dudenhöffer nennt Grünen-Pläne zur Rettung des E-Autos Geschwätz**

Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer hat scharfe Kritik an den Partei-Plänen zur Rettung des E-Autos geübt. Der Name Robert Habeck stehe "für die Bauchlandung des Elektroautos in Deutschland, nun will er das Ganze mit einer von Tesla abgekupferten Idee retten - mit gerade mal 1.000 Euro Ladestrom-Guthaben und einer hoch komplizierten Abwicklung", sagte Dudenhöffer der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ).

"Und was bedeutet `Social Leasing`, ab welchem Einkommen soll das greifen, wie wird das nachgewiesen? Das sind Verwaltungsabläufe, die sich noch nicht einmal Schildbürger hätten ausdenken können und nicht mehr als Wahlkampf-Geschwätz", kommentierte der Fachmann

die Vorschläge der Grünen.
Die von der SPD geplanten Steuergutschriften beim Kauf eines E-Autos seien zwar "besser als der substanzlose Habeck-Vorschlag, werden das Steuer aber auch nicht herumreißen", so Dudenhöffer. "Was zählt, ist der Preis des Autos beim Verkäufer - die Fahrzeugsteuern kennt kaum jemand. Man sucht also einen Weg ohne öffentliche Verschuldung, leistet sich dafür aber eine Verringerung des Steueraufkommens. Das ist suboptimal."
Der von Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeschlagene "Made in Germany-Bonus", also die Erstattung von zehn Prozent der Investitionen, "geht am Autokäufer vorbei", sagte er der "NOZ". "Zwar lassen sich dadurch Autos kostengünstiger produzieren - aber für wie lange? Für ein paar Monate bringt das nichts, es müßte ein 10- oder 15-Jahresplan sein - das ist aber völlig unrealistisch und eher nettes Wahlkampf-Marketing nach dem Motto: Wir tun was, egal was." Der ebenfalls von Scholz vorgeschlagenen EU-weiten Prämie räumte Dudenhöffer keine Chance ein. "Das wird absolut nicht funktionieren - nie und nimmer würden alle 27 EU-Länder zustimmen."
Die von der CSU ins Spiel gebrachte E-Auto-Prämie von 4.000 Euro, allerdings nur für deutsche Produkte, nannte der Fachmann einen "guten Vorschlag - ohne das Adjektiv `deutsch`". Denn, so Dudenhöffer: "Wenn wir Elektromobilität wollen, dürfen wir chinesische oder französische Autos doch nicht ausklammern. Das klingt eher nach Donald Trump."
"Am besten" wäre eine allgemeine Kaufprämie, wie sie Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil ins Spiel gebracht habe. "Aber auch nur dann, wenn sie mit einer Gesamtstrategie kombiniert wird." Es reiche nicht, "nur ein paar Euro rauszuschießen. Man muß den Menschen zeigen, daß das Elektroauto langfristig gewünscht ist und die neue Form der Mobilität darstellt. Ein 4.000-Euro-Scheck alleine reicht da nicht."
Scharfe Kritik äußerte Dudenhöffer am Vorhaben von Unions-Kandidat Friedrich Merz, das EU-Verbrennerverbot nach der Wahl zu kippen.
"Da wird der Bock zum Gärtner gemacht. Das Verbrenner-Aus zu kippen bedeutet, den Menschen zu sagen: Bitte kauft keine E-Autos!"
Auch Beatrix Keim, Direktorin beim Center Automotive Research (CAR), sagte der "NOZ": "Ich halte eine Prämie für nötig, vor allem für den privaten Bereich. Allerdings keine Abwrackprämie - der Einstieg in die E-Mobilität kann ja durchaus auch über einen Zweitwagen geschehen, das würde durch ein solches Modell einer Abwrackprämie aber ausgebremst." Eine Prämie sollte sich - ähnlich wie in Frankreich, Norwegen oder auch den USA - nach dem Haushaltseinkommen und dem Preis des Autos richten. "Wer sich ein Fahrzeug über 50.000 Euro leisten kann, braucht vielleicht nicht unbedingt einen Zuschuß", so die Expertin.
Bei der Förderung des E-Autos gehe es auch "um das Wohl einer der wichtigsten Industrien, nicht nur bei uns im Lande, auch in Europa", ergänzte Keim. Anders als Dudenhöffer sieht sie aber im Vorstoß des Bundeskanzlers für eine Prämie auf EU-Ebene, die auf die Staatshaushalte umgelegt werde, "womöglich einen Ansatz". Es habe sich gezeigt, daß die Menschen ihre Innovationswilligkeit honoriert haben möchten. "Ich glaube, mit einer neuen Förderung, besserer Ladeinfrastruktur und günstigerem Ladepreis kann Deutschland sehr schnell wieder zum Vorreiter bei der E-Mobilität werden."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Die Deindustrialisierung in Deutschland geht weiter**
Die Hiobs-Botschaften häufen sich. Fast alle Betriebe der Auto- und Chemieindustrie und viele andere Branchen melden Umsatzverluste und Gewinneinbrüche. Sie wollen Standorte schließen und zehntausende Mitarbeiter entlassen, weil die Produktion in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist.
Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
Hauptgrund sind zu hohe Energiekosten durch die Energiewende. Hinzu kommt, daß die

Energieversorgung immer unsicherer wird. Die teure Zufallsenergie von Wind- und Solaranlagen kann kein Industrieland sicher versorgen. Mit der geplanten Schließung der Braunkohlenkraftwerke wird die Nutzung des letzten heimischen Energieträgers aufgegeben. Sichere Energie muß Deutschland dann vollständig importieren und wird so leicht erpreßbar. Die Industrie braucht preiswerten Strom, der verläßlich rund um die Uhr verfügbar ist. Daher verlegen Firmen, die noch genügend Kapital haben, ihre Produktion in Länder mit einer preiswerten und sicheren Energieversorgung.

Energie vervielfacht unsere Leistung

Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Der Mensch ist ein schwaches Wesen. Seine Leistung liegt bei 100 Watt. Ein Kilowatt ersetzt die Leistung von 10 Menschen. Diese Leistung steht im Mittel jedem Einwohner in Deutschland rund um die Uhr als Strom zur Verfügung. Das heißt, jeder von uns verfügt mit der Nutzung von Strom über 10 Arbeitssklaven. In den USA sind es über 20. China hat inzwischen europäische Werte erreicht. Hinzu kommt die Leistung aus Treib- und Brennstoffen.

Unseren Wohlstand können wir nur halten und vermehren durch mehr Energie, die Geräte und Maschinen antreibt und Arbeitskräfte ersetzt. Diese Energie muß bezahlbar und jederzeit verfügbar sein. Nur so können wir die sozialen Lasten, die Renten- und Pflegekosten schultern. Auch die Industrie braucht für eine wettbewerbsfähige Produktion mehr preiswerte Energien, die Maschinen mit größerer Leistung und wachsender Automatisierung antreiben.

Hohe Energiekosten und schwankende Verfügbarkeit sind Gift für unseren Wohlstand. Die Energiewende zeigt das immer deutlicher. Seit mehr als 15 Jahren wandert die Industrie aus Deutschland ab. Dies wird deutlich, wenn man sich die Reinvestitionsquote ansieht. Das sind die Investitionen geteilt durch die Abschreibungen in Prozent. Die Quote liegt seit vielen Jahren bei 90 Prozent. Das heißt, 10 Prozent der Anlagen wurden nicht erneuert. Dafür wurde im Ausland investiert. Mit der Ampelpolitik ist die Quote auf fast Null abgesackt. Die Industrie wagt in Deutschland keine Investitionen mehr.

Subventionen retten die Industrie nicht

Mit Subventionen will Wirtschaftsminister Habeck wieder Investitionen ankurbeln. Die Chip-Fabriken in Dresden und Magdeburg sind ein Beispiel. Für den Bau der Fabriken wurden viele Milliarden Euro an Subventionen bereitgestellt. Doch trotz der hohen staatlichen Zuschüsse konnten die investitionswilligen Firmen wohl keine ausreichende Rendite mit den hohen und unsicheren Energiekosten in Deutschland errechnen. Sie haben ihre Ansiedlungspläne zurückgezogen.

Investitionen in Produktionsbetriebe sollten grundsätzlich mit privatem Kapital finanziert werden. Damit übernehmen die Kapitalgeber auch das Risiko von Verlusten. Minister, die mit Subventionen die Industrie stützen und erhalten wollen, gehen dagegen kein Risiko bei falschen Entscheidungen ein. Sie werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Klimaprojekte ohne Erfolgskontrolle

Bei vielen mit Steuern finanzierten Projekten zur Energiewende und zur Weltklimarettung ist dies der Fall. Geld fließt auf Antrag der Projektträger. Eine Kontrolle über die Verwendung und den Erfolg des Projektes findet in vielen Fällen nicht statt. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach festgestellt und bemängelt. Es wird Steuergeld verschleudert. Die zuständigen Minister werden jedoch nicht belangt.

Energievernichtung zur Klimarettung geht weiter

Der bisherige Finanzminister Lindner hat in einem Positionspapier die Lage in Deutschland recht schonungslos dargestellt. Danach sind viele Gesetze überflüssig. Sie binden Fachkräfte in den Firmen für fragwürdige Dokumentationen, vergrößern die staatlichen Verwaltungen und schränken die freie Entscheidung immer mehr ein. Das gilt nach Lindner auch für die Energie- und Klimapolitik.

Doch er will trotzdem die Energiewende zur Weltklimarettung, wenn auch mit Abstrichen, beibehalten. Er will vor allem die CO2-Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verringern, ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe einzuschränken. Das CO2 soll aus dem Abgas separiert und unterirdisch langfristig gespeichert werden (CCS: Carbon Capture and Storage). Das Verfahren verbraucht knapp die Hälfte des erzeugten Kraftwerkstroms. Es ist ein Beispiel für Energievernichtung statt für Energienutzung.
Energievernichtung finden wir bei vielen Projekten der Energiewende. Am größten ist sie bei grünem Wasserstoff als Energieträger. Wird Wasserstoff mit Windstrom erzeugt, gespeichert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder verstromt, gehen 80 % des eingesetzten Windstroms verloren. Die Vergütungskosten von knapp 10 Cent/kWh für den Windstrom steigen auf 50 Cent für den nach der Speicherung wieder erzeugten Strom.
Weiter muß Strom vernichtet werden, wenn zu viel erzeugt wird. Sonst wird das Netz überlastet. Die vielen Wind und Solaranlagen erzeugen bei Sonnenschein und Starkwind bereits jetzt Überschußstrom, der zunächst nach dem EEG teuer vergütet und dann kostenpflichtig entsorgt wird. (negative Börsenpreise). Bis Ende Oktober dieses Jahres war dies an 498 Stunden der Fall. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage muß mehr Strom vernichtet werden. Das Speichern von Strom hat hohe Verluste. Ausreichende Stromspeicher sind nicht bekannt.

Keine Kehrtwende der Energiepolitik

Herr Lindner und die CDU mit Herrn Merz an der Spitze wollen weiter mit der Energiewende das Klima retten. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik ist daher nicht in Sicht, wenn Herr Merz die Regierung übernimmt. Die einzige Partei im Bundestag, die die Energiewende beenden will, ist die AfD. Auch die Neugründungen WerteUnion und BSW tendieren in Richtung der etablierten Parteien in dem Thema Energieversorgung. In der derzeitigen politischen Landschaft wird es daher eine Fortführung der Energiewende geben, die die Deindustrialisierung weiter treibt und Wohlstand vernichtet.
Wir brauchen wieder eine realistische Energiepolitik, die auf preiswerten und jederzeit verfügbaren Energieträgern beruht. Das können nur heimische Energieträger sein. Braunkohle ist noch für viele Jahrzehnte vorhanden. Sie muß weiter zur Stromerzeugung genutzt werden. Statt Braunkohlekraftwerke zu schließen, müssen sie ausgebaut werden.
Weiter müssen wir durch Fracking die Öl- und Gasvorkommen im Schiefergestein in Deutschland erschließen. Dann brauchen wir nur noch Steinkohle zu importieren, die reichlich auf der ganzen Welt vorhanden ist. Nur so können wir wieder zu einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung kommen, die De-industrialisierung stoppt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig macht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Sawsan Chebli irritiert mit Botschaft an Migranten: "Demographie wird Fakten schaffen"**

"Demographie wird Fakten schaffen": Mit diesem Satz aus ihrem Instagram-Posting hat die ehemalige Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli Irritationen ausgelöst. Es liest sich wie eine Kampfansage an die deutsche Gesellschaft.

Christopher Mang

Mit einem Instagram-Posting hat die ehemalige Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli eine Welle der Empörung ausgelöst. Cheblis Post beginnt mit einer düsteren Bestandsaufnahme: "Was wir in Deutschland erleben, macht vielen Angst. Die AfD wird immer stärker, rechte und rechtsextreme Stimmen immer lauter."
Chebli schreibt von einer "Debatte über die Staatsbürgerschaft" und vergleicht sie mit "dunkelsten Zeiten". Ihr Vorwurf: Es werde zwischen "deutschem Blut und nicht-deutschem Blut" unterschieden. Immer mehr wollten auswandern. "Es ist unfaßbar, daß wir so weit gekommen sind", so Chebli.

"Bitte gebt nicht auf! Es ist auch euer Land. Demographie wird Fakten schaffen. Engagiert euch, erhebt eure Stimme - selbst wenn sie nicht hören wollen", schreibt sie an die dritte und vierte Generation von Migranten adressiert.
Übersetzt: Wir werden euch zahlenmäßig überholen, ob es euch paßt oder nicht. SPD-Politikerin Sawsan Chebli ist gebürtige Palästinenserin - und verbreitet seit dem 7. Oktober immer wieder Propaganda und Falschinformationen gegen Israel. Unter anderem teilte sie auf X Beiträge, die von "Neuem israelischem Nazismus" sprachen und Israel einen "Genozid an den Palästinensern" oder "Apartheid" vorwarfen. 2016 erklärte sie in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, daß die Scharia "absolut kompatibel" mit der Demokratie sei.
In einem Interview mit der taz beklagte Chebli, daß man von der deutschen Öffentlichkeit seit dem 7. Oktober "kaum Empathie und Solidarität, sondern Ausgrenzung, Mißtrauen und immer öfter puren Haß" erfahre. Wegen des "antipalästinensischen Rassismus" überlege sie, Deutschland zu verlassen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.468/…): >>**"Mamaaa, kann ich Insta?"**
Dumme Deutsche, verdummte Deutsche. Vorabdruck aus der Februarausgabe von COMPACT-Magazin. Nivellierung, Stillosigkeit und Sprachverhunzung verrichten das Zerstörungswerk an unserer Kultur bis in den alltäglichen Umgang hinein.
_ von *Werner Bräuninger*
Die Agonie, die über unserem Land liegt, spiegelt sich in Zukunftspessimismus und nachlassender Tatkraft wider. Vonnöten wäre ein Revitalisierungsprogramm, das durch alle Schichten geht und sämtliche Lebensbereiche umfaßt. Die allgemeine Nivellierung aber, die die Kartellparteien seit Jahren zu verantworten haben, geht einher mit dem Abstieg des Landes und seiner seit Jahren ungebremsten Höllenfahrt. So ist es kein Wunder, daß Infantilisierung und Verflachung heute zu großen Teilen unseren Alltag bestimmen.
Vom Fleisch
Waren unsere jungen Mädchen etwa bis zur Jahrtausendwende noch natürlich schön, so kehrte danach die Unsitte des Tätowierens und des von afri-kanischen Naturvölkern übernommenen Piercings bei uns ein. Zu förmlichen Schlauchbooten bis ins Groteske aufgespritzte Lippen gehören bei Frauen und Mädchen heute fast schon zur Normalität im Straßenbild, ebenso wie unnatürlich lange, künstliche Wimpern und Fingernägel oder sogenanntes Body Tuning. Das Ergebnis erinnert manchmal an untote Zombies, wie man sie aus schlechten Horrorfilmen kennt.
Glaube niemand, daß die ihre individuelle Identität noch gar nicht entdeckt habenden Teenies auf solche Weise nicht auch in ihrem natürlichen Denken beeinträchtigt würden, selbst wenn es sich vermeintlich "nur" um Äußerlichkeiten handelt. In der Folge werden diese Bedauernswerten oft zu gewohnheitsmäßigen Exhibitionisten, Narzißten oder pathologischen Individuen. Und spätestens dann, wenn die sich selbst durch solcherlei angebliche Verschönerungen zunächst beglückt Wähnenden einmal zu altern beginnen und das Bizarre ihrer freiwilligen Selbstverstümmelungen noch krasser zutage tritt, wird das böse Erwachen kommen und der Katzenjammer groß sein.
Unter unförmigen Hoodies werden nicht selten Bierbäuche versteckt.
Das merkwürdige Pendant findet sich in weit verbreiteter Fettleibigkeit, die vor allem in den USA grassiert. Vorbei die Zeit, da die drahtigen jungen US-Offiziere und GIs ihre Panzer mit dem fremdartig wirkenden weißen Stern in die kapitulierenden deutschen Städte lenkten, wo sie den von Krieg und Bombenterror ausgezehrten Deutschen wie ein Symbol völliger Überlegenheit erschienen; für die deutschen Frauen nicht zuletzt unter dem Signum des Eros, in etwa so, wie die siegreiche Wehrmacht im Juni 1940 von den Franzosen wahrgenommen

wurde. Das heutige Deutschland aber ist ebenfalls längst von feist-fetten, ständig Fast Food in sich hineinstopfenden jungen Frührentnern bevölkert.

Lumpen und Latschen

Wir erleben heute, daß Frauen jeglicher Gesellschaftsschicht in offenen Flipflops, also Badelatschen, in die Bürotürme der Großstädte schlurfen; untrügliches Zeichen für den Verlust jeglichen Gefühls für Stil. Wer hätte es früher gewagt, als es noch verbindliche Dresscodes gab und selbst die nie besonders modeaffinen Deutschen mit einem halbwegs funktionierenden inneren Stilkompaß ausgestattet waren.

In Frankreich, Italien oder Spanien sieht man hingegen noch heute weitaus öfter Frauen im schicken Kostüm und eleganten hohen Schuhen. Männer, oder was von ihnen noch übrig blieb, lassen ihre bunten, lappigen Shirts aus der Hose heraushängen, und unter unförmigen Hoodies werden nicht selten Bierbäuche versteckt. Alberne, meist bunte Basecaps sieht man auf den Häuptern von Typen nahezu aller Altersklassen, genau wie wollene Mützen im Sommer.

Seit Jahren trifft man in Finanzunternehmen so gut wie nur noch Männer in blauen Anzügen, zu denen weiße Sneakers (Schleicher!) getragen werden, eine freiwillige Selbstuniformierung, die noch grotesker wirkt, wenn auch ältere Semester sich dieser Unsitte unterwerfen; einer macht es dem anderen nach. Angeblich, so heißt es, soll mit diesen "Schleichern" dem "zu formalen Look" eine "lässige Note" verliehen werden.

Ein Alfred Herrhausen, stets gekleidet wie ein Gentleman, würde im Grabe rotieren. Tatsächlich scheint die stilmäßige Verwahrlosung in Deutschland ganz besonders ausgeprägt zu sein. Der Autor erinnert sich noch daran, daß Großvater und Vater bis weit in die 1970er Jahre hinein an Sonntagen Anzug und Krawatte trugen. Bei den Familienfeiern westlich orientierter Perser trifft man sich noch heute in guter Kleidung, vom Greis bis zum Enkel; eine in diesem Falle wohldosierte kulturelle Aneignung würde uns Deutschen ganz sicher nicht schaden.

Kanak Sprak

Was den Deutschen an Stil fehlt, scheinen sie mit kaum von ihnen selbst verstandenen Phrasen und Anglizismen in ihrer Alltagssprache kompensieren zu wollen: "Governance", "Allyship", "point taken", "wording", "kick off", "onboarding", "best practice" oder "roadmap" sind ihre kryptischen Mantren. Dieser aus den USA übernommene Sprachmüll steht exemplarisch und wie ein Gleichnis für die völlig heruntergekommene Berliner Republik.

Viele Halbwüchsige sinken sogar so weit hernieder, daß sie den singenden orientalischen Slang der zugewanderten Fremden übernehmen und deutsche Worte ganz bewußt falsch aussprechen, umgekehrter Kolonialismus also. In dämlicher "Kanak Sprak" werden auf den Schulhöfen zudem die pseudocoolen Handgesten der Rapper adaptiert, die an Sinnlosigkeit kaum zu überbieten sind. Lag der unselige Bolschewik und Spitzbart Walter Ulbricht daher so falsch, als er 1965 fragte, ob wir denn "jeden Dreck, der vom Westen kommt, kopieren müssen? Das "yeah yeah yea" und wie das alles heißt"?

Was den Deutschen an Stil fehlt, scheinen sie mit Anglizismen kompensieren zu wollen.

Völlige Verarmung der deutschen Sprache ist das traurige Resultat. Zita, letzte Kaiserin von Österreich, war noch mit über 80 Jahren in der Lage, ihren abenteuerlichen Lebensweg vor einer Kamera zu schildern; völlig frei sprechend, ohne je ins Stocken zu geraten, sämtliche Namen und Jahreszahlen ohne jegliche Notizen oder einen Teleprompter präsent zu haben - und das in einem Deutsch, wie man es besser kaum sprechen kann.

Und ein Thomas Dehler, einst Vorsitzender der heute völlig maroden FDP, konnte noch 1963 ohne Umschweife im Fernsehen erklären, weshalb er nur "aus dem barocken Geist und Lebensgefühl seiner oberfränkischen Heimat zu verstehen" sei. Wer würde sich heute so definieren und überdies überhaupt kapieren, was Dehler mit einer solchen Aussage meinte?

"Mamaaa, kann ich Instaaa?", hallt es heute durch ungezählte Kinderzimmer, in denen bereits

die jüngsten unentwegt apathisch an ihren Smartphones herumspielen. Durch den exzessiven Einsatz von KI wird die Nivellierung noch weiter Fahrt aufnehmen und vor allem das schleichende Aussterben des Journalisten- und Redakteurberufes zur Folge haben. Alle Antworten scheinen heute bereits wie vorgestanzt und austauschbar zu sein.
In TV-Shows bezeichnen sich alle plötzlich als "Familienmenschen", "machen gerne Party", sind "für jeden Spaß zu haben", bereit zum "Pferde stehlen", die größten Spießer charakterisieren sich als "spontan", "ausgeflippt" und "crazy", und es muß permanent betont werden, daß man "aufeinander aufpassen" müsse. Eine neue Unsitte ist es auch, bei jeder unpassenden Gelegenheit das Adverb "tatsächlich" voranzustellen, schlimmer noch als das längst in Mode gekommene, wie freundlich zu sich selbst gesprochene "genau", das keinen Widerspruch zuläßt.
Inflationär werden auch Begriffe aus der Sportwelt entlehnt, man "spielt in einer Liga" oder gar in der "Champions League", man ist "Teamplayer", hat ein "Heimspiel", sieht alles "sportlich", wird das nächste Projekt schon "wuppen" oder das Ding "rocken". Dümmlich, beliebig, sinnentleert, unwürdig einer einst großen Kulturnation.
"Deutschland gilt immer mehr als Europas Flachland." Friedrich Nietzsche
Sogenannte Comedians werfen ihre pseudo-aufrührerischen und nach Systemkritik klingen sollenden Albernheiten ins abgestumpfte Publikum. Einzig Lisa Eckhart, ein sibyllinisches Orakel, absolviert virtuos ihre Programme, ohne einen einzigen Versprecher. Schonungslos führt die androgyne Schönheit in vollendeter Sprache und mit mephistophelischem Witz, der nichts und niemanden verschont, die Herrschenden aller Couleur vor.
Das machte sie zur bevorzugten Zielscheibe des Deplatformings, der Cancel Culture und der Drohungen der Antifa. Täuscht es einen oder werden auch schauspielerische Darstellungen von Jahr zu Jahr flacher, ebenso, wie zahlreiche Konsumartikel zugleich wesentlich kleiner sind und doch teurer verkauft werden?
Herr Schamlos
"Es gibt wohl keinen anderen Politiker in Deutschland, der es so gut versteht, sich selbst zu inszenieren wie Markus Söder. Sein größter Trumpf: Scheinbar nichts ist ihm peinlich. Wo andere längst beschämt den Rückzug antreten würden, geht der CSU-Chef nicht noch einen, sondern mindestens drei Schritte weiter. Besonders zu Weihnachten scheint er jegliche Hemmungen zu verlieren: Söder verschenkt Christbaumkugeln mit seinem Gesicht darauf und zeigt sich online im ebenfalls von seinem Konterfei gezierten "Markus-Söder-Weihnachtspullover". Und jetzt, kein Scherz, singt der bayerische Ministerpräsident auch noch." (Berliner Morgenpost, 25.12.2024)
Es wären noch zig weitere Unsitten zu nennen, die dem Normalbürger offensichtlich gar nicht mehr auffallen, wie etwa das Feiern von Halloween, diesem Unsinn keltisch-irischen Ursprungs samt seines kommerziellen Brimboriums, der bis ins unverhohlen Satanistische hineinreicht.
Oder nehmen wir die Namensvergabe: Wählen Eltern für ihre Söhne heute die wunderschönen Namen Siegfried (der nach dem Sieg den Frieden bringt), Reinhard (der reinen Herzens ist) oder Ulrich (der Huldreiche) aus, so werden sie entweder als Ewiggestrige abgetan oder als Hinterwäldler belächelt. Nennt man den Sprößling aber Enzo, Carlo oder Frederic - nichts anderes als die ausländischen Entsprechungen von Heinz, Karl und Friedrich also -, so wird solches niemals von irgendwem hinterfragt, und man steht vermeintlich an der Spitze des Progressiven.
"Deutschland gilt immer mehr als Europas Flachland" schreibt Nietzsche 1889 in der Götzen-Dämmerung. Heute würde er an seinem Land verzweifeln.
*_ Werner Bräuninger (*1965) ist Autor zahlreicher Sachbücher zu Themen der Zeitgeschichte, darunter "Dux: Mussolini oder der Wille zur Macht" (2018). In COMPACT 1/2025 schrieb*

er über die Friedensweihnacht im ersten Kriegswinter 1914.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Karlspreis an von der Leyen: Ein Hohn!**
Von *Sven Eggers*
Es war die absurdeste Nachricht der abgelaufenen Woche. Die Entscheidung, Ursula von der Leyen mit dem Karlpreis der Stadt Aachen zu ehren, schreit zum Himmel. Sie ist als Gesicht abgewirtschafteter Parteien nun wirklich gänzlich ungeeignet.
Ursula von der Leyen kommt nun wahrlich ganz und gar nicht beliebt oder auch "einend" daher, wie es der Karlspreis eigentlich zum Ausdruck bringen will. Die Erbin einer Familiendynastie wurde von Kindesbeinen an standesgemäß aufgebrezelt und pflegt seither den "diskreten Charme der Bourgeoisie" (Luis Bunuel), um sich vom Pöbel abzugrenzen.
Unvergessen, wie sie 2014 als frischgebackene BRD-Verteidigungsministerin im pinkfarbenen Jäckchen und auf Pumps im afrikanischen Dschungel aufkreuzte, um 150 Kilometer nördlich von der malischen Hauptstadt Bamako die deutschen Truppen zu besuchen. Seit sie in Brüssel das Zepter schwingt, redet sie fast nur noch Englisch.
Korrupt und undurchsichtig
Als Präsidentin der EU-Kommission ist sie in mehrere Korruptionsfälle verstrickt. Besonders im Zusammenhang mit der Verhandlung über Impfstoffverträge mit Pfizer in der Corona-Zeit hat sie ganz offenkundig massiv Schuld auf sich geladen. Sie dealte offenbar über Handykommunikation mit Pfizer-CEO Albert Bourla Vereinbarungen über Milliarden von Euro aus, ohne Transparenz oder vorgeschriebenen Verfahrenswege zu beachte. Diese Vorgehensweise hat mittlerweile zu mehreren Klagen geführt, darunter eine von der Europäischen Staatsanwaltschaft, die gegen sie wegen mutmaßlicher Korruption, Amtsmißbrauchs und der Vernichtung öffentlicher Dokumente ermittelt.
Die EU bestellte Milliarden von Impfdosen, von denen viele ungenutzt blieben, was erhebliche finanzielle Belastungen für die Mitgliedsstaaten bedeutete. Auch fiel wird die Entscheidung, so viele Dosen zu bestellen, ohne eine transparente Verhandlungsbasis. Entsprechende Nachrichten auf ihrem Handy wurden gelöscht.
Und so sind derzeit mehrere Verfahren gegen von der Leyen anhängig. Ihre Eignung für eine Auszeichnung mit Karlpreis wäre in normalen Zeiten schlicht nicht gegeben. Die Verleihung dieses Preises, immerhin dotiert mit einer Million Euro, an jemanden wie Ursula von der Leyen ist schändlich wie schädlich, verdeutlicht aber auch, wie gleichgültig den Verantwortlichen das ist.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump: Massenabschiebungen ab Tag 1**
Von *Daniell Pföhringer*
Der neue US-Präsident will schon am ersten Tag nach seiner Amtseinführung mit seinem groß angelegten Remigrationsprogramm beginnen. Das bestätigte nun sein "Grenz-Zar" Tom Homan. …
Der neue US-Präsident Donald Trump wird schon einen Tag nach seiner Amtseinführung mit groß angelegten Abschiebungen von illegalen Migranten beginnen. Dies bestätigte nun der künftige Chef der für die Sicherheit der US-Grenzen zuständigen Einwanderungsbehörde ICE, Trumps sogenannter Grenz-Zar Tom Homan.
Die ICE werde "ab dem ersten Tag" mit Festnahmen gegen Bedrohungen für die öffentliche und nationale Sicherheit vorgehen, so Homan gegenüber der Washington Post. "Wir werden Leute im ganzen Land festnehmen, ungehindert durch irgendwelche Richtlinien früherer Regierungen." Außerdem sagte er: "Wir haben einen zielgerichteten Plan, das durchzusetzen."
Zugleich wies er Medienberichte zurück, die bereits konkret Städte genannt hatten, in denen

die Aktion durchgeführt werden solle. Verschiedene Zeitungen hatten berichtet, daß am kommenden Dienstag in Chicago die erste "groß angelegte Razzia gegen Migranten" beginnen und bis zum Ende der Woche dauern solle. Anschließend solle es Durchsuchungen in New York, Los Angeles, Denver und Miami geben.
Homan dazu: "Warum genau Chicago genannt wurde, weiß ich nicht." Und weiter: "Wir gukken uns diese Indiskretion an und werden auf dieser Basis dann eine Entscheidung treffen." Es sei "unglücklich, denn jeder, der Operationen der Sicherheitsbehörden durchsticht, setzt deren Mitarbeiter größeren Risiken aus", so Trumps Grenz-Zar zur Washington Post.
Die örtliche Polizei in Chicago hatte bereits erklärt, sich den Mitarbeitern der Bundesbehörden nicht entgegenstellen zu wollen. Allerdings werde die Stadt auch keine Informationen mit den Mitarbeitern der Migrationsbehörden des Bundes teilen.
Schätzungsweise leben in den USA derzeit mindestens elf Millionen Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere. "Trumps Pläne, illegale Einwanderer abzuschieben, könnten für etwa 20 Millionen Familien direkte Folgen haben", so die Bild-Zeitung.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2025 (x1.468/…): >>**USA: Ungeimpfte Soldaten werden rehabilitiert**
Von *Daniell Pföhringer*
Wie versprochen: Unter Trump werden tausende Soldaten, die sich während der Corona-Zeit nicht die Spritze verpassen lassen wollten, entschädigt und wieder in Dienst gestellt. Das bestätigte nun der designierte US-Verteidigungsminister Peter Hegseth. Auch bei uns müssen die Impf-Verbrechen gründlich aufgearbeitet werden. …
Verpassen Sie nicht unseren Livestream zur Amtseinführung von Donald Trump auf Deutsch. Montag, 20. Januar, ab 18 Uhr hier.
Während der Corona-Krise wurden mehrere tausend Soldaten wegen Mißachtung der Covid-Impfpflicht aus der Armee entfernt. Doch nun erhalten sie nicht nur eine offizielle Entschuldigung, ihnen wird auch rückwirkend der Sold gezahlt - und sie werden mit ihrem letzten Dienstgrad wieder eingestellt.
Dies erklärte nun Trumps designierter Verteidigungsminister Peter Hegseth. In einer Anhörung vor dem US-Senat erklärte er, "zehntausende Soldaten" seien aufgrund der "experimentellen Impfung" rausgeschmissen worden. "Man wird sich bei ihnen im Verteidigungsministerium von Präsident Trump entschuldigen und sie mit Gehalt und Rang wiedereinstellen." Am Montag findet die Amtseinführung des neuen US-Präsidenten statt. Danach soll sofort mit der Rehabilitation der Soldaten begonnen werden.
Trump hatte bereits im Wahlkampf versprochen, daß die ungeimpften Soldaten der US Army wieder in Lohn und Brot gebracht werden sollen: "Ich werde jeden Patrioten, der vom Militär gefeuert wurde, mit einer Entschuldigung und einer Gehaltsrückzahlung wieder anstellen." Er sei gegen die Corona-Impfpflichten gewesen.
Corona-Verbrecher auf die Anklagebank! Auch bei uns müssen die Impf-Verbrechen gründlich aufgearbeitet werden. ...<<

20.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Faeser zahlt Syrien-Heimkehrern 1.700 €: Zeit für Remigration ohne Bonus!**
Es ist unfaßbar, wie Innenministerin Faeser (SPD) unser Steuergeld mit vollen Händen in aller Welt verteilt: Bis zu 1700 Euro können Syrien-Rückkehrer beim Bundesamt für Migration für Flüchtlinge (BAMF) beantragen - die Behörde gehört zum Geschäftsbereich des Faeser-Ministeriums.
Doch zusätzlich zur faktischen Rückkehrprämie kann auch die Übernahme von Flugtickets und sonstigen Reisekosten beantragt werden. Pro Familie kann eine Summe von bis zu 4000

Euro ausgezahlt werden. Wohlgemerkt: Davon profitieren auch ausreisepflichtige Syrer - also Menschen, die hier gar kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben.
Im vergangenen Jahr erhielten sogar kriminelle abgeschobene Afghanen dank der damaligen Ampel-Regierung ein "Handgeld" in Höhe von 1000 Euro - zu den Profiteuren gehörte auch der Vergewaltiger einer 11-Jährigen. Besonders an diesem skandalösen Beispiel zeigt sich übrigens die himmelschreiende Verlogenheit der CDU: Nach außen empörten sich auch CDU-Politiker über das Vergewaltiger-Handgeld, doch in einer Bund-Länder-Schelte hatten auch CDU-geführte Innenministerien den Vorschlag unterstützt.
Dieses falsche Spiel betreibt die CDU seit Jahren immer und immer wieder - deshalb muß jedem klar sein: Mit einem Kanzler Merz wird sich an der Kuschelpolitik gegenüber illegalen Migranten und Gewalttätern nicht das Geringste ändern! Schon deshalb nicht, weil die CDU es gar nicht erwarten kann, mit SPD und Grünen ins Bett zu steigen.
Nur die AfD sagt ganz klar: Es ist Zeit für konsequente Rückführungen ohne jegliche Prämien! Es müssen alle rechtlichen Spielräume genutzt werden, um illegale oder straffällige Migranten in ihre Heimat zurückzuführen. Wir können es uns nicht leisten, daß ganze ausländische Großstädte vom Bürgergeld leben, während unsere Rentner verarmen, unsere Familien in Existenznot geraten und unsere Straßen und Brücken verfallen. Es ist Zeit, daß unser Land und unsere Interessen wieder an erster Stelle stehen!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Studie der Uni Duisburg: Schüler mit Migrationshintergrund erhalten geschönte Noten**
Eine Studie der Universität Duisburg-Essen räumt mit dem linksgrünen Narrativ auf, daß Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule systematisch benachteiligt würden. Die Untersuchung kommt vielmehr zu dem Ergebnis, daß Migrantenkinder von Lehrern oft sogar besser benotet werden, als es ihre Leistungen bei einer Anonymisierung der Tests hergeben würden.
Professorin Julia Bredtmann sagte, die Studie zeige, "daß in den deutschen Schulen keine systematische Diskriminierung bei der Notenvergabe von Schulkindern mit Migrationshintergrund stattfindet."
Eine weitere Erkenntnis aus der Studie ist, daß in Klassen, in denen überproportional viele sozial benachteiligte Kinder mit schlechten Leistungen sind, Kinder mit Migrationshintergrund deutlich bevorzugt werden. Besonders ausgeprägt ist demnach die Bevorteilung bei Schülern mit türkischem Migrationshintergrund, während Schüler polnischer Herkunft ähnlich wie deutsche Schüler benotet werden.
Daß Schüler mit Migrationshintergrund laut PISA-Studie schlechter abschneiden als Kinder ohne Migrationshintergrund, liegt laut Bredtmann vor allem auch an deren schlechten Sprachkenntnissen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Sawsan Chebli (SPD) ermutigt Migranten: "Demographie wird Fakten schaffen - das ist euer Land!"**
Diese Botschaft an Migranten klingt wie eine Kampfansage an die deutsche Gesellschaft: "Demographie wird Fakten schaffen", kündigt Sawsan Chebli (SPD) mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland an. Was die gebürtige Herzblut-Palästinenserin damit auf Instagram sagen will, dürfte übersetzt wohl so lauten: Wenn wir erst in der Mehrheit sind, haben die Biodeutschen nicht mehr viel zu melden!
Die frühere Berliner Senats-Staatssekretärin für "Bürgerschaftliches Engagement" rief ihre Anhänger dazu auf, nicht aufzugeben. Deutschland sei auch "euer Land", und die Veränderung der Bevölkerungs-Struktur werde schon bald Fakten schaffen.
Offenbar hat die Vorzeige-Muslima der Genossen mit einer Vorliebe für teure Rolex-Uhren ihren "Sarrazin" gut gelesen. Der Erfolgsautor warnte schon vor 15 Jahren: "Deutschland

schafft sich ab!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.471/…): >>**CDU-Chef Merz pöbelt über die AfD: "Wenn man sich eine solche Natter an den Hals holt, wird man erwürgt"**

Angesichts fallender Umfragewerte scheint der "schwarz-grüne" Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) zunehmend die Nerven zu verlieren. Erneut schloß er eine Zusammenarbeit mit der AfD aus. Daß Robert Habeck ("Grüne") auch unter ihm als Kanzler Wirtschaftsminister werden könne, schloß Merz dagegen nicht aus.

Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Hannover sagte Merz mit Blick auf die AfD: "Wenn man sich eine solche Natter an den Hals holt, dann wird man von dieser Natter erwürgt."

Niemand dürfe glauben, fügte Merz unter Hinweis auf die Entwicklung in Österreich hinzu, "daß man eine solche rechtspopulistische Partei in der Regierungsverantwortung zähmen, domestizieren oder gar zur Vernunft bringen" könne.

"Wir wollen aussuchen können"

Daß Robert Habeck auch in einer von der Union geführten Bundesregierung Wirtschaftsminister bleiben könne, schloß Merz ausdrücklich nicht aus: "Wir wollen aussuchen können."

Peinlicher geht’s nimmer: "Mit Blick auf eine Regierungsbildung" sagte Merz weiter, wolle er Habecks "bisherige Art der Amtsführung" nicht dulden. Der Ökosozialist sei wie Olaf Scholz (SPD) "hauptverantwortlich" für die Wirtschaftskrise und für die schwache Rolle, die Deutschland derzeit auf europäischer Ebene spiele. "Das wird beendet", tönte der Unions-Kanzlerkandidat. Im Klartext: Lieber Robert, mach mich bitte trotzdem zum Kanzler!

Tja, Herr Söder: So schautes aus!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Sexismus-Intrige bei den "Grünen": Steckt das "Team Habeck" dahinter?**

Eine Sexismus-Intrige erschüttert die Berliner "Grünen": Im Zuge der Affäre um offenbar völlig aus der Luft gegriffene sexuelle Belästigungsvorwürfe gegen den "Grünen- Bundestagsabgeordneten" Stefan Gelbhaar hat die bisherige Berliner Bezirksabgeordnete der Ökosozialisten, Shirin Kreße, am Wochenende ihren Parteiaustritt erklärt. Sie gilt als mutmaßliche Drahtzieherin der Intrige.

"Ich bin am Samstag aus der Partei Bündnis90/Die Grünen ausgetreten, habe alle parteiinternen Ämter niedergelegt, mein Mandat in der BVV Mitte niedergelegt und meinen Job in einem Grünen-Abgeordnetenbüro gekündigt", zitiert die Deutsche Presse-Agentur (dpa) die ultralinke "Grünen-Politikerin". Zu weiteren Details machte sie keine Angaben. Kreße gehörte der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte an und war dort Vorsitzende der "Grünen-Fraktion".

Hintergrund der Sexismus-Intrige bei den Hauptstadt-Ökosozialisten sind Belästigungsvorwürfe gegen den Berliner Bundestagsabgeordneten der "Grünen", Stefan Gelbhaar. Diese sind allem Anschein nach zumindest teilweise frei erfunden.

Recherchen des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) legen den Verdacht nahe, daß die Vorwürfe u.a. von einer "Grünen-Bezirkspolitikerin" erhoben wurden, die es gar nicht gibt. Gelbhaar sagte dazu der "Berliner Zeitung": "Das Ganze ist ein unfaßbarer Vorgang."

Im Dezember hatten mehrere Frauen dem RBB zum Teil eidesstattlich versichert, von Gelbhaar belästigt worden zu sein. Am vergangenen Freitag (17. Januar) zog der RBB Teile seiner diesbezüglichen Berichterstattung zurück und berichtete über Zweifel an der Identität einer Person. Der Sender geht mittlerweile fest davon aus, daß die "Informantin" nicht diejenige gewesen ist, für die sie sich ausgegeben hat.

Gelbhaar selbst hatte die Vorwürfe gegen ihn stets bestritten und als "frei erfunden" bezeichnet.

Cui bono - wem nützt es?

Nachdem der Druck auf ihn immer größer geworden war, verzichtete Gelbhaar Ende Dezember auf seinen Platz auf der Landesliste für die Bundestagswahl. Nun hat er Strafanzeige erstattet.
Besondere Brisanz gewinnt der Fall dadurch, daß kein anderer als Robert Habecks Wahlkampfleiter Andreas Audretsch Gelbhaars Platz auf der Landesliste einnahm - was ihm ein Bundestagsmandat sichern dürfte. "Grünen-Insider" sprechen von einer gezielten und skrupellosen Intrige mit dem Ziel, einen engen Habeck-Vertrauten in den Deutschen Bundestag zu hieven. Der sonst so redselige Kanzlerkandidat der Ökosozialisten schweigt sich zu den Vorgängen aus.
"Wenn es in den Kram paßt, ist das Prinzip des Faktenchecks offenbar egal, dann nehmen die Grünen einem Menschen aufgrund von Gerüchten Karriere und persönliche Reputation. Ein unglaublicher Vorgang, bei dem man sich sofort fragt: Cui bono?", stellte die frühere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zutreffend fest.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**AKW-Betreiber glaubt nicht an Reaktivierung abgeschalteter Meiler**
Die Betreiber der letzten deutschen Atomkraftwerke stehen einer möglichen Reaktivierung ihrer abgeschalteten Meiler skeptisch gegenüber. "Seit 2011 ist allen hier klar: Der Betrieb dieses Kraftwerks ist endlich", sagte Heiko Ringel, Standortleiter von RWE im bayerischen Gundremmingen, dem "Spiegel". "Aus der Phase der Traurigkeit sind wir längst heraus", so Ringel. "Man glaubt in der Belegschaft nicht an eine Reaktivierung."
RWE habe die Genehmigung zum Rückbau erhalten und halte diesen nicht an. "Das wäre rechtlich auch nicht zulässig", sagte Ringel. Gundremmingen war einst das größte Kernkraftwerk Deutschlands; Block C ging Ende 2021 vom Netz, als einer der sechs letzten deutschen Atommeiler. Der Chef der E.ON-Atomtochter PreussenElektra, Guido Knott, sagte, man habe 2023 deutlich gemacht, daß der Ausstieg inmitten der Energiekrise "ein großer Fehler" gewesen sei.
Nun jedoch will PreussenElektra die eigenen Kraftwerke erklärtermaßen "schnell und möglichst effizient" rückbauen. Der EnBW-Konzern aus Baden-Württemberg hatte bereits zuvor erklärt, daß er keine Grundlage mehr sehe, seine Meiler wieder in Kraft zu setzen. "Der Rückbau-Status unserer fünf Kernkraftwerke ist praktisch gesehen irreversibel", hieß es. "Eine Diskussion über die weitere Nutzung der Kernkraft hat sich für uns vor diesem Hintergrund erledigt." Im aufkommenden Bundestagswahlkampf stellen sowohl CDU und CSU als auch AfD und FDP eine Renaissance der Atomenergie in den Raum.
Die Union kündigt an, eine Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke zu prüfen. Die AfD will wieder in die Kernkraft einsteigen. Die FDP will eine Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Meiler ermöglichen, die Entscheidung darüber aber den Betreibern überlassen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Ifo-Institut befürwortet Prüfung von AKW-Reaktivierung**
Das Ifo-Institut in München hat sich dafür ausgesprochen, nach der Bundestagswahl eine Rückkehr zur Atomkraft zu prüfen. "Die neue Bundesregierung sollte unabhängig prüfen lassen, ob eine Reaktivierung von Kernkraftwerken möglich wäre - und zu welchen Kosten", sagte Karen Pittel, Leiterin des Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen am Ifo-Institut, dem "Spiegel".
Deutschland hätte mit der Atomenergie eine zusätzliche Quelle für wetterunabhängigen, CO2-freien und günstigen Strom. Allerdings geht die Ökonomin davon aus, daß der Bund für eine Renaissance der Kernkraft zahlen müßte.
"Wahrscheinlich müßte der Staat eine Reaktivierung der Atomkraftwerke subventionieren - oder zumindest eine bestimmte Vergütung für den Strom über mehrere Jahre garantieren", so

Pittel. Die Professorin dämpfte Erwartungen, wonach eine Wiederinbetriebnahme der drei zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke die Großhandelspreise für Strom in Deutschland deutlich senken könnte. Denn der Preis an den Strombörsen wird immer durch das teuerste Kraftwerk gesetzt.
"Das sind in der Regel Gaskraftwerke, wenn die Erzeugung aus erneuerbaren Energien nicht ausreicht", sagte Pittel. "Drei zusätzliche Atomkraftwerke würden den Preis insgesamt nur marginal beeinflussen." Auch dem Neubau von Atommeilern steht die Wissenschaftlerin skeptisch gegenüber. "Ein neues Kernkraftwerk in der Größenordnung von Isar 2 würde nach bisherigen Erfahrungen in Europa 15 bis 20 Milliarden Euro kosten", so Pittel. Bis ein solcher Reaktor fertig sei, könnten leicht 20 Jahre vergehen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Leipziger Schule schafft Sportnoten ab: Es geht um "noch viel mehr" als Leistung**
Eine Schule in Leipzig schafft Noten im Sportunterricht ab. Anstatt an vorgegebenen Standards gemessen zu werden, soll auf die individuelle Leistungsverbesserung geschaut werden. Das Projekt ist nicht das einzige seiner Art. In Sachsen wurden in elf Grundschulen testweise Noten in mehreren Fächern abgeschafft.
Marie Rahenbrock
Das bischöfliche Montessori-Schulzentrum in Leipzig hat die Noten im Sportunterricht abgeschafft. Das berichtet die Leipziger Volkszeitung am Montag. Anstatt die Leistung der Kinder nach vorgegebenen Richtlinien zu beurteilen und dementsprechend Noten zu vergeben, soll die individuelle Leistungssteigerung beurteilt werden. Die Sportlehrerin Lena Glücklederer sagt zu der Zeitung, daß bei der Benotung "der Fokus daher stark auf der Leistung" liege, weil es vorgegebene Standards gebe.
Zu dem Schulzentrum gehören eine Grundschule, ein Gymnasium und eine Oberschule. Insgesamt besuchen 870 Kinder das Schulzentrum. Die Motivation für den Sportunterricht sei sogar gestiegen, weil der Druck der Benotung nicht mehr da sei, so Sebastian Heider, der Leiter des Schulzentrums. "Zum Sport gehört Leistung, ohne Frage - aber darüber hinaus noch viel mehr", sagt er. Die Universität Leipzig begleitet das Projekt wissenschaftlich.
Zu Beginn der Sportstunde spielen die Schüler der 5c Fangen. Wer gefangen wird, muß sich auf den Boden legen und den Körper so stark anspannen, daß er von zwei anderen Schülern hochgehoben werden kann. Welchem Schüler das gelingt, der darf wieder mitspielen. Am Ende der Sportstunde werden mehrere Plakate aufgestellt. Die Schüler sollen sich zu dem Plakat stellen, das ausdrückt, was für sie beim Fangenspielen das Wichtigste war. Laut der Leipziger Volkszeitung gibt es die Schilder "Körpererfahrung", "Wagnis", "Leistung", "Kooperation" oder "Gesundheit".
Ein Schüler stellt sich zwischen den Schildern "Leistung" und "Gesundheit" auf, denn er sagt: "Die Übung ist gut für den Körper, aber man muß sich auch anstrengen." In einem Heft sollen Schüler und Lehrer dokumentieren, was gut läuft und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Im Rahmen der Initiative "Bildungsland Sachsen 2030" werden in insgesamt elf Grundschulen in Sachsen in Fächern wie Sport, Englisch, Religion oder Musik und Kunst keine Noten gegeben. Statt dessen soll es alternative Bewertungsformen geben, wie das Land Sachsen auf seiner Internetseite mitteilt. Das Projekt startete nach den Herbstferien 2024.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Hartlages BRD-Sprech _ Unseredemokratie**
Von *Manfred Kleine-Hartlage*
Unter Demokratie verstand man bis vor Kurzem eine Staatsform, die sich durch bestimmte objektive Merkmale auszeichnet: insbesondere durch freie Wahlen, das Nichteingreifen des Staates in die politische Willensbildung des Volkes, freie Medien, garantierte Freiheitsrechte für alle Bürger und eine politisch neutrale Justiz, die unter anderem dafür sorgt, daß diese

Spielregeln allseits eingehalten werden.
Zur Demokratie gehört insbesondere, daß der Staat nicht zur Beute partikularer Macht- und Pfründenkartelle wird, die ihre Positionen dazu mißbrauchen, Kritiker mundtot zu machen und Andersdenkende von der politischen Willensbildung auszuschließen, um ihre eigene Macht und ihren Zugriff auf den Geldbeutel des Bürgers zu verewigen. Demokratie, die diese Bezeichnung verdient, muß eine res publica, eine öffentliche Angelegenheit, sein, zu der mithin jeder Zutritt hat. Ein demokratischer Staat gehört allen. Um so beunruhigender ist es, daß es ein herrschendes Kartell gibt, dessen Politiker den Begriff "Demokratie" gewohnheitsmäßig mit vorangestelltem besitzanzeigendem Fürwort verwenden.
Unter ihrer Demokratie verstehen sie eine weltumspannende Beutegemeinschaft.
Sicherlich kam es auch früher schon vor, daß Politiker gelegentlich von "unserer Demokratie" sprachen. Damals aber war es eine gefühlige Kuschelphrase, die ein wohliges Wir-sind-doch-alle-eine-Familie-Gefühl vermitteln sollte, und diese virtuelle Familie war gemeint, wenn hin und wieder von "unserer Wirtschaft", "unserer Gold-Rosi" oder eben "unserer Demokratie" die Rede war.
Neu ist heute die Selbstverständlichkeit, mit der "unsere" und "Demokratie" zu einem schier unauflöslichen Wortmonstrum zusammengeschweißt werden. Deutsche Establishment-Politiker kennen offenbar gar keine Demokratie, sondern nur eine "Unseredemokratie".
Es ist derselbe penetrante Gleichklang der Phraseologie, den wir auch aus anderen Zusammenhängen kennen: Es gibt keinen "Krieg" mehr, sondern einen "russischen Angriffskrieg" und kein "Klima", sondern einen "menschengemachten Klimawandel". Man stirbt nicht an einer gewissen Krankheit, sondern "an oder mit" ihr. Und so gibt es auch keine Demokratie mehr, die den obigen Kriterien entsprechen müßte, sondern eine, deren herausragendes Merkmal darin besteht, "unsere" zu sein. Wessen denn?
Wenn von "unserer Demokratie" die Rede ist, dann regelmäßig in Kontexten, in der von deren "Bedrohung" durch jenen Teil des Volkes die Rede ist, der die etablierten Parteien nicht mehr wählt und den ihnen lobhudelnden Medien nicht mehr glaubt. "Wir" - das sind also nicht etwa alle Deutschen (und nicht einmal alle "hier Lebenden").
Wir erinnern uns an jenes kürzlich erschienene Foto, auf dem Robert Habeck so finster dreinschaut wie das KI-generierte Phantombild eines Serienmörders, garniert mit der Zeile "Finger weg von unserer Demokratie, Herr Musk". Es handelte sich um ein Titelbild des Spiegel - eines Blattes, das eingestandenermaßen mit Millionensummen von Bill Gates gesponsert wird, einem Amerikaner (wie Musk) und Multimilliardär (wie Musk). Der Unterschied: Gates ist ein Globalist mit totalitären Neigungen und Gesinnungsgenosse deutscher Kartellpolitiker, Musk ist von alldem das Gegenteil. Ergo gehört Gates zu jenem mysteriösen "Wir" und Musk nicht. Es ist keine Frage der Nationalität, des Kontostandes oder des Wohn- oder Geburtsorts, sondern der Gesinnung: "Wir" - das sind das herrschende Kartell und seine Sponsoren, die woke Blase und deren Mitläufer.
"Unsere (also ihre) Demokratie" ist nicht das, was das Grundgesetz darunter versteht, sondern das Gegenteil: Sie soll nicht die Grundlage einer Republik im Sinne einer öffentlichen Angelegenheit und nicht einmal territorial begrenzt sein. Unter ihrer Demokratie verstehen sie das Eigentum einer weltumspannenden Gesinnungs- und Beutegemeinschaft, die weder die Interessen noch die Würde noch die Freiheit noch das Eigentum der ihr unterworfenen Untertanen zu achten braucht, ja nicht einmal ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit.
_ Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch "BRD-Sprech" angelehnt.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2025.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31772" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Trotz Ampel-Aus: Die politische Veränderung kommt nicht von "oben"!**

Die Flüchtlings- und Corona-Krise haben in weiten Teilen der Bevölkerung Fragen und Bedenken aufgeworfen. Bei etlichen wurde sogar das Grundvertrauen in die Politik erschüttert. Die immer spürbarer werdende Meinungszensur und auch das Bekanntwerden von Mängeln in der Justiz und im Strafvollzug lassen zunehmend Zweifel aufkommen, ob die Politik mit den von ihr verordneten Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen wirklich zum Wohl und im Sinne der Bevölkerung entscheidet.

Der Beziehungsfaden zwischen Politik und dem Volk, das die Politik eigentlich vertreten soll, ist in weiten Kreisen spürbar gerissen. Immer mehr Menschen gehen daher auf die Straße zum Demonstrieren. Sie fühlen sich von der Politik, von "denen da oben", nicht verstanden und daher auch nicht richtig vertreten. Um diese Situation besser zu verdeutlichen, betrachten wir diese drei Beispiele:

1. Geschäftsmodell Flüchtlingskrise

Die Flüchtlingskrise ist für Deutschland auch finanziell eine enorme Belastung: Etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr kostet die Unterbringung von Asylsuchenden, Kriegsflüchtlingen sowie abgelehnten, aber trotzdem geduldeten Asylbewerbern. Das Land Berlin zahlt allein knapp eine Milliarde Euro im Jahr - mehr als 2,7 Millionen Euro pro Tag. Wer profitiert von dieser Krise? Zum Beispiel Sicherheitsdienste: Die Zahl der Beschäftigten stieg 2023 auf 280.000. BDSW-Sprecherin (BDSW = BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT) Silke Zöller hat den Eindruck, daß sich "Flüchtlingsunterkünfte zu einer Geldmaschine" entwickelt haben.

Daß bei einer solchen Goldgräberstimmung nicht alles legal abläuft, ist klar: Das Landeskriminalamt Berlin überprüfte im vergangenen Jahr 514 Mitarbeiter von 204 Sicherheitsunternehmen in 85 Flüchtlingsunterkünften. Bilanz: 300 der 514 Mitarbeiter waren polizeilich auffällig, ohne Schulung oder noch unter 18 Jahren. Sollten angesichts dieser katastrophalen Zustände nicht die Verantwortlichen bis hin zu den Regierenden gründlichst unter die Lupe und in Regreß genommen werden?

2. Ein "Bürgerrat" zur Meinungskontrolle

Nancy Faesers Innenministerium zahlte knapp 60.000 Euro Steuergeld für Zensurpläne. Das geförderte "Forum gegen Fakes", das u.a. auch von der Bertelsmann-Stiftung unterstützt wird, gründete am 15. März 2024 einen "Bürgerrat". Dieses undurchsichtige, 120-köpfige Gremium gegen "Desinformation" wünscht sich von der Regierung eine gesetzlich verpflichtende Bürgerbelehrung, Medienaufsicht und Internet-Kontrolle. Zusätzlich wird eine Vorzensur empfohlen.

Jeder Text, der von Journalisten und Bürgern in Social-Media-Plattformen gepostet wird, soll von der künstlichen Intelligenz vorher geprüft und ggf. gelöscht werden. Wer dagegen verstößt, kann sogar vor Gericht landen. Gefordert wird ein autoritärer Staat, der offiziell entscheidet, was richtig oder falsch ist - ganz entsprechend der UNO-Agenda 2030. Wollen wirklich alle Bürger diesen totalitären Bürgerrat mit handverlesenen Mitgliedern und KI-Kontrolle?

3. Reiner Fuellmichs unmenschliche Haftbedingungen

Die schrecklichen Haftbedingungen von Dr. Reiner Fuellmich im Göttinger Hochsicherheitsgefängnis Rosdorf kamen bei einem Interview mit dessen Rechtsanwälten ans Licht. Diese Aussagen schockierten, weil sich keiner vorstellen konnte, daß derartiges in deutschen Gefängnissen möglich ist. Die Vollzugsbeamten sagten gegenüber Rechtsanwalt Dr. Fuellmich, sie hätten noch nie erlebt, daß ein Angeklagter wie er wegen eines einfachen Vergehens 11 Monate in Einzelhaft gehalten und an Händen und Füßen gefesselt zu den Gerichtsverhand-

lungen gebracht wird.
Bei der Rückkehr vom Gericht wird Dr. Fuellmich jeweils vollständig entkleidet, um eine gründliche und peinliche Leibesvisitation durchzuführen. Seit 11 Monaten erleidet der international anerkannte Anwalt Isolationsfolter. Dr. Fuellmich ist es strengstens untersagt, mit anderen Insassen zu sprechen. Sein einziger Kontakt zur Außenwelt ist der Anwalt. Für Besuche oder Telefonate mit seiner Familie stehen Dr. Reiner Fuellmich pro Monat nur drei Stunden Zeit zu. Laut Fuellmichs Ärzten ist seine Gesundheit inzwischen stark angegriffen. Weiß die deutsche Bevölkerung von diesen Zuständen, hat sie sich für diese entschieden oder hätte sie hier gerne ein korrigierendes Wörtchen mitzureden?
Fazit: Zum Glück gibt es Friedensaktivisten und Visionäre, Gerechtigkeitskämpfer und Pioniere, die angesichts einer versagenden Politik die unzufriedenen, ja zunehmend wütend werdenden Massen in friedliche, konstruktive Bahnen lenken! Als Ausweg aus politischen Fehlentscheidungen von Volksvertretern zeigte Rechtsanwalt Ralf Ludwig bei der Demo 2024 in Berlin auf, daß die politische End-Entscheidungskompetenz und damit die Macht wieder beim Volk liegen muß. Das heißt, daß bei allen politischen Entscheidungen nicht die Politiker, sondern das Volk das letzte Wort haben MUß. Hier Auszüge aus Ralf Ludwigs Rede:
"(…) Es wird behauptet, wir hätten eine Demokratie. Dabei haben wir nur eine repräsentative Demokratie. (…) Das Einzige, was die repräsentative Demokratie euch erlaubt, ist, daß ihr diejenigen, die euch beherrschen, alle vier Jahre auswählen dürft - aber auch nur aus einem kleinen Kreis derjenigen, die euch beherrschen. Ihr habt überhaupt keine Chance, über die Inhalte der Politik, über die Maßnahmen der Politik, über die Regeln der Politik zu entscheiden, obwohl ihr und ich die Bevölkerung dieses Landes seid. " –
"Ich glaube, wir müssen über die Bundesländer gehen. Wir haben nämlich in jedem Bundesland eine eigene Verfassung. Und da es eigene Verfassungen sind, ermöglicht jede der Verfassungen im Bundesland, daß wir diese Verfassungen ändern. (…) Das heißt, wir können aber in den Bundesländern diese Macht an uns greifen."
Soweit die Ausführungen von Ralf Ludwig über einen völlig legalen und vor allem friedlichen Weg zu einer echten Volks-Demokratie, in der wirklich das Volk bestimmen kann. Dieser Weg über die demokratisch beschlossenen Änderungen der Landesverfassungen ist völlig gewaltfrei und juristisch einwandfrei. Damit wäre die volle Verantwortung und alle Macht beim Volk, was ja der eigentliche Grundgedanke einer Demokratie ist.<<
Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Satanische Beatles: 10 entlarvende Aussagen**
Von *Valentina Schacht*
Die Beatles präsentierten sich erst als Schwiegermutters Lieblinge, dann sangen sie von Liebe und Frieden. Doch in Wirklichkeit waren sie von Anfang an mit dem Teufel im Bunde, wie die nachfolgenden Zitate belegen. Weitere Enthüllungen finden Sie in unserer derzeit wieder stark nachgefragten Kult-Ausgabe "Geheimakte Beatles". Alles über die dunklen Seiten der Pop-Titanen. Hier mehr erfahren.
1. Antichrist
"Also, ich bin auch ein Antichrist. Aber sie (die Beatles) sind derart antichristlich, daß es sogar mich schockiert, was gar nicht so einfach ist." (Beatles-Pressesprecher Derek Taylor, Saturday Evening Post, 8.8.1964)
2. Populärer als Jesus
"Das Christentum wird vergehen. Es wird verschwinden und schrumpfen. (…) Wir sind momentan populärer als Jesus." (John Lennon, London Evening Standard, 4.3.1966)
3. Gottlos
"Wahrscheinlich erwecken wir den Eindruck, antireligiös zu sein. (…) Keiner von uns glaubt an Gott." (Paul McCartney, Hit Parader, Januar 1970)

4. Pakt mit dem Teufel
"Ich habe dem Teufel meine Seele verkauft." (John Lennon zu Tony Sheridan, zitiert in: "Lennon - The Definitive Biography" von Ray Coleman, 1986)
5. Besessen
"Er (John Lennon) las ständig etwas über das Okkulte und den Tod. Nach Monaten merkte ich, daß das eine große Sache in seinem Leben war und er wegen seiner Besessenheit wirklich viel Energie investierte." (Lennons ehemaliger persönlicher Assistent Frederic Seaman in seinem Buch "Lennon Geborgte Zeit, 1991)
6. Crowley-Fans
"Crowleys Schriften über Magick, Mystik, Sexualität und Drogen trafen den Zeitgeist, und Crowley wurde bald zu einer Art antinomischer Ikone der Gegenkultur und der Flower-Power-Generation. Tatsächlich integrierten die Beatles ihn in das Coverbild ihres Albums 'Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band' (1967), wo er als Zweiter von links in der hinteren Reihe zu sehen ist." (Henrik Bogdan und Martin P. Starr: "Aleister Crowley und die westliche Esoterik", 2014)
7. Helter Skelter
"Dabei spielte das 'Weiße Album' der Beatles für (Charles) Manson eine entscheidende Rolle. Das ganze Album verkünde die Revolution, und das Stück 'Helter Skelter' formuliere das Hin und Her in der Gesellschaft, das Manson provozieren wollte: Reich und Arm, Schwarz und Weiß gegeneinander aufhetzen, um dann selbst das Kommando zu übernehmen." (Die Tagespost, 25.8.2019)
8. Horus-Auge
"Das Cover des 'With The Beatles' - Albums zeigt ihre Gesichter halb im Schatten. Dies ist das 'Ein-Auge-des-Horus', das heute in der Musikindustrie eine Epidemie darstellt." (Nikolas Pravda in seinem Buch "Der Musik-Code", 2020)
9. Tu, was Du willst!
"Das Album ('Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band') wurde 20 Jahre nach dem Tod des Autors (Aleister Crowley) veröffentlicht, was viele zu der Annahme veranlaßt hat, daß die Band ihre Treue zu dem Autor unterstrich, als sie 'Es war heute vor 20 Jahren, als Sgt. Pepper der Band das Spielen beigebracht' sang. Andere meinen, diese Behauptung sei durch Lennons mittlerweile berüchtigtes Interview mit David Sheff im 'Playboy' aus dem Jahr 1980 untermauert worden. In dem Interview scheint er Aleister Crowleys berühmtestes Mantra 'Tu, was du willst, sei das ganze Gesetz' zu reproduzieren, wenn er sagt: ‚Die ganze Idee der Beatles bestand darin, zu tun, was du willst, richtig'?" (Far Out, 9.6.2020)
10. Hymnen an Luzifer
"Im Song 'Lucy In The Sky With Diamonds' verweist Lennon möglicherweise auf Luzifer, der wie ein glänzender Diamant am Himmel erstrahlt. (…) Im Song 'Letting Go' von der LP 'Venus and Mars' bringt auch Paul McCartney Luzifer ins Spiel (Textzeile: 'like a lucifer she'll always shine')." (Joseph Holder in seinem Buch "Geheimsache 'Paul Is Dead'?", 2021)
Okkultismus, Geheimdienste, Adorno und Tavistock: In unserer momentan wieder stark nachgefragten Kult-Ausgabe "Geheimakte Beatles" finden Sie Fakten zu Lennon, McCartney & Co., die der Mainstream verschweigt. Wußten Sie zum Beispiel, daß die Beatles in den USA in einer Kommune mit Söhnen von Militärs und CIA-Agenten herumhingen? Dies und vieles mehr lesen Sie nur bei uns.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Feierliche Amtseinführung von Donald J. Trump: So läuft der Tag in Washington ab!**
Was für ein historischer Tag! Die Welt schaut auf die US-Hauptstadt Washington, wo Donald Trump (78) am Montag (20. Januar) als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt wird. Seine nach vier Jahren triumphale Rückkehr ins Weiße Haus markiert einen Neubeginn in der

Weltpolitik. Man könnte, wenn der Begriff nicht klima-ideologisch vergiftet wäre, tatsächlich vom "Great Reset" sprechen. Alle wichtigen Infos über das Event des Jahres, wie der Tag ablaufen wird.

Amtseinführung nicht unter freiem Himmel

Am Freitag hatte Trump angekündigt, daß seine Amtseinführung nicht wie sonst üblich unter freiem Himmel, sondern in der Kuppelhalle des Kapitols stattfinden werde. Grund für die Verlegung sind historisch eisige Temperaturen, die für Montag in Washington D.C. erwartet wurden. Es ist das erste Mal seit 40 Jahren, daß eine Vereidigung nicht an der Westseite des Kapitols auf einer eigens dafür errichteten Tribüne stattfindet. Auch der große konservative US-Präsident Ronald Reagan war seinerzeit aufgrund der Witterung im Kapitol vereidigt worden.

Washington im Ausnahmezustand

Fast 8.000 Soldaten der Nationalgarde sind im Einsatz. Dazu kommen Tausende Bundesagenten und Polizisten. Die US-Hauptstadt ist komplett abgeriegelt.

Bereits am Wochenende war Trump mit Familie in einer Präsidenten-Maschine der US-Airforce vom warmen Florida ins kalte Washington geflogen. Im National Golf Club in Sterling (US-Bundesstaat Virginia) schauten seine Frau Melania und er einem Feuerwerk zu.

- Geplant ist, daß Trump am Morgen (Ortszeit) an einem Gottesdienst teilnimmt. Anschließend werden Trumps Vorgänger Joe Biden und seine Frau Jill den neuen Präsidenten und dessen Frau Melania im Weißen Haus empfangen.

Im Anschluß wird Trump in der Kuppelhalle des Kapitols um 12 Uhr Ortszeit den Amtseid ablegen. Dieser wird ihm vom Richter des Obersten Gerichtshofs, Brett Kavanaugh, abgenommen. Wie bei seiner ersten Amtseinführung im Jahr 2017 steht Donald Trump der New Yorker Erzbischof Timothy Kardinal Dolan bei der feierlichen "Inauguration" zur Seite.

Im Glanze Abraham Lincolns

Der 47. Präsident der USA wird seinen Amtseid durch gleichzeitiges Auflegen seiner linken Hand auf zwei Bibeln ablegen. Mit der Lincoln-Bibel erweist er dem ersten republikanischen US-Präsidenten (1861-1865) die Ehre. Der Sklavenbefreier Abraham Lincoln hatte diese Ausgabe der Heiligen Schrift bei seiner Vereidigung 1861 benutzt. Die zweite ist Trumps eigene Bibel, die ihm 1955 seine Mutter geschenkt hatte.

- Dann wird der Präsident die folgenden 35 Worte der Eidesformel sprechen: "Ich, Donald John Trump, schwöre, daß ich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten getreulich ausführen und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften wahren, schützen und verteidigen werde. So wahr mir Gott helfe."

Sobald der 47. Präsident der USA eingeschworen ist, legt er sofort mit den Amtsgeschäften los. Im President's Room gleich neben der Senatskammer im US-Kongreß will Trump rund 100 Nominierungen, Memoranden und Verfügungen unterschreiben. Im Anschluß werden Trump und sein Vize-Präsident J. D. Vance an einem Mittagessen des Joint Congressional Committees.

Auch Trumps berühmter Müllwagen ist dabei

Nach dem Kongreßlunch soll, dem letzten Stand zufolge, trotz der eisigen Kälte nun doch die traditionelle Parade zum Weißen Haus stattfinden. Donald Trump und First Lady Melania wollen hier ein Stück zu Fuß auf der Prachtallee Pennsylvania Avenue gehen.

- In der Parade soll laut Medienberichten Trumps legendärer "MAGA-Müllwagen" mitfahren, mit dem er samt greller Warnweste für Furore in der Endphase des Wahlkampfes sorgte, nachdem Joe Biden Trump-Anhänger als "Müll" bezeichnet hatte.

Am Abend finden in der US-Hauptstadt mehrere Bälle statt. Es wird erwartet, daß Trump dort auf einigen erscheinen und reden wird.

Neuer Spendenrekord

Zu den traditionellen Gästen der Zeremonie gehören die noch lebenden US-Präsidenten und ihre Ehefrauen. Laut CNN haben sowohl der frühere Präsident George W. Bush und seine Ehefrau Laura als auch Bill und Hillary Clinton ihre Teilnahme bestätigt. Barack Obama will alleine kommen, seine Frau Michelle sagte ohne Begründung ab.

Auch der scheidende Präsident Joe Biden und die noch amtierende Vizepräsidentin Kamala Harris wollen an der Zeremonie teilnehmen.

Prominente Plätze werden bei der Vereidigung auch Amerikas Tech-Größen haben - allen voran der künftige Präsidentenberater Elon Musk. Neben ihm soll Amazon-Chef Jeff Bezos sitzen, der ebenfalls zunehmend die Nähe von Trump sucht. Außerdem darf Mark Zuckerberg kommen, nachdem er mit seinem Meta-Konzern (Facebook, Instagram) Zensur und "Wokeness" abgeschworen hat.

Die Tickets für die Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung waren hoch begehrt. Selbst Großspender, die sechsstellige Beträge geben, haben keine Garantie auf einen der begehrten VIP-Plätze bei der Zeremonie. Laut "New York Times" übertrifft das Spendenaufkommen von mehr als 170 Millionen Dollar alle bisherigen Rekorde.

AfD dabei - deutsche Regierungsvertreter unerwünscht

Prominente Zusagen aus dem Ausland gab es u.a. von Argentiniens Präsident Javier Milei und Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der als damaliger Außenminister im US-Wahlkampf 2016 Trump als "Haßprediger" verunglimpft hatte, ist ebenso wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht eingeladen. Deutschland wird aber durch AfD-Chef Tino Chrupalla und AfD-Fraktionsvize Beatrix von Storch prominent vertreten. Daß die AfD eingeladen ist, darf man getrost als Hinweis werten, auf wen der neue US-Präsident in Deutschland setzt.

"Der Amtseinführung von Präsident Donald Trump beizuwohnen, zeigt einmal mehr, daß wir unsere interessengeleitete Politik umsetzen", sagte Chrupalla vor seinem Abflug nach Washington und prophezeite: "Diese Präsidentschaft wird die Welt nachhaltig verändern.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Trump als 47. US-Präsident vereidigt**

Donald Trump ist am Montag als 47. US-Präsident vereidigt worden. Er kehre mit der "Zuversicht und dem Optimismus in das Amt des Präsidenten zurück, daß wir am Beginn einer spannenden neuen Ära des nationalen Erfolgs stehen", sagte er bei seiner Amtseinführung in Washington. Weiter sprach er von einer "Woge des Wandels".

Unmittelbar nach seiner Vereidigung plant Trump die Unterzeichnung einer Reihe sogenannter Executive Orders, die er ohne Zustimmung des US-Kongresses beschließen kann. Damit werde er die "vollständige Wiederherstellung Amerikas und die Revolution des gesunden Menschenverstands" einleiten, sagte er weiter.

"Meine heutige Botschaft an die Amerikaner ist, daß es für uns an der Zeit ist, wieder mit Mut, Kraft und der Energie der größten Zivilisation der Geschichte zu handeln." Zu seinen ersten Anweisungen sollen laut US-Medienberichten unter anderem die Entsendung von Truppen an die Grenze zu Mexiko sowie die Fertigstellung der Grenzmauer gehören. Außerdem könne es bereits am Dienstag großangelegte Razzien gegen Migranten ohne gültige Aufenthaltspapiere geben, hieß es.

Auf die Ankündigung neuer Zölle werde er aber demnach zunächst verzichten. Trumps Amtseinführung war angesichts des kalten Wetters in Washington vom üblichen Veranstaltungsort vor dem Kapitol in die Rotunde des Kongreßgebäudes verlegt worden. Neben zahlreichen Schaulustigen waren der scheidende Präsident Joe Biden sowie seine Vizepräsidentin Kamala Harris zugegen. Trump selbst hatte vor vier Jahren die Vereidigung seines Nachfolgers Joe Biden boykottiert, weil er seine Wahlniederlage nicht akzeptierte.

Aus Deutschland hatten sich AfD-Chef Tino Chrupalla und die stellvertretende Fraktionschefin Beatrix von Storch angekündigt. Auch der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, war vor Ort. Die Bundesregierung wurde durch den deutschen Botschafter Andreas Michaelis vertreten. Einladungen an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) oder andere Mitglieder der Bundesregierung hatte es nicht gegeben.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Biden begnadigt Fauci am Tag der Machtübergabe**

Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit hat Präsident Joe Biden eine Reihe von Persönlichkeiten begnadigt, die möglicherweise unter einer erneuten Trump-Präsidentschaft mit Untersuchungen konfrontiert gewesen wären. Darunter auch der Virologe Dr. Anthony Fauci.

Von *Redaktion*

Präsident Joe Biden hat am Montag, dem Tag der Amtseinführung des designierten Präsidenten Donald Trump, eine Reihe von Begnadigungen ausgesprochen. Zu den Begnadigten gehören der pensionierte Generalstabschef Mark Milley und der Corona-Hardliner Dr. Anthony Fauci. Gegen Letzteren gibt es mittlerweile konkrete Vorwürfe, während Anhörungen vor dem Kongress mehrmals gelogen zu haben, etwa, wenn es um die Finanzierung von Gain-of-Function-Forschung ging. Das zeigen mehrere im Laufe der vergangenen Jahre veröffentlichten Regierungsdokumente.

Die Begnadigungen umfassen auch eine Vielzahl von Personen, die an der Untersuchung des Sonderausschusses zum 6. Januar - beteiligt waren. Neben Milley und Fauci gilt die Begnadigung für "Mitglieder des Kongresses und Mitarbeiter, die im Sonderausschuß tätig waren, sowie für die Polizeibeamten des US-Kapitols und der Stadtverwaltung von Washington, die vor dem Sonderausschuß ausgesagt haben". Bemerkenswert ist jedoch, daß der Sonderberater Jack Smith, der ehemalige FBI-Direktor Christopher Wray und der Generalstaatsanwalt Merrick Garland nicht von der Begnadigung betroffen sind.

"Diese Begnadigten haben jeweils bedeutende Beiträge zur Verbesserung ihrer Gemeinschaften geleistet", erklärte das Weiße Haus in einer Mitteilung.

Die Schritte wurden ausdrücklich als Schutzmaßnahme gegen mögliche "Racheaktionen" des neuen Präsidenten Trump gerechtfertigt. Laut dem US-amerikanischen Begnadigungsrecht dürfen Präsidenten Strafen für bundesrechtlich Verurteilte verkürzen oder vollständig aufheben - auch nach deren Verbüßung.

Während der Pandemie war US-Immunologe Dr. Anthony Fauci das Gesicht der Corona-Bekämpfung. Aufgrund seiner Empfehlungen zu Maskenpflicht und Schulschließungen geriet er stark in die Kritik. Die Republikaner fordern seit Langem, daß Fauci seine persönlichen E-Mails und Telefonaufzeichnungen offenlegt. Fauci war von 1984 bis 2022 Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) und spielte eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung zahlreicher Infektionskrankheiten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Amtseinführung: Das sagte Trump beim ersten Mal**

Von *Daniell Pföhringer*

Mit Spannung erwarten wir die Amtseinführung von Donald Trump …

Heute wird Donald Trump als US-Präsident vereidigt: ein Ereignis von weltpolitisch größter Bedeutung, daß Sie heute ab 17 Uhr live auf COMPACT mitverfolgen können - und zwar mit deutscher Simultanübersetzung. …

Schon am 20. Januar 2017 hielt Trump bei seiner ersten Amtseinführung eine großartige Rede, in der er vor allem den Patriotismus beschwor - und allen Amerikanern die Hand reichte. Wir haben die Ansprache unter der Überschrift "Alle Macht dem Volke" in unserem Trump-Spezial dokumentiert haben. Es folgen Auszüge:

"Wir, die Bürger Amerikas, sind nun in einer großen nationalen Kraftanstrengung vereint, um

unser Land wiederaufzubauen und seine Versprechen für all unsere Menschen einzulösen. Gemeinsam werden wir den Kurs Amerikas und der Welt für viele, viele Jahre bestimmen. Wir werden Herausforderungen begegnen. Wir werden mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Aber wir werden es schaffen.
Die heutige Zeremonie hat jedoch noch eine ganz besondere Bedeutung, weil wir heute nicht allein die Macht von einer Regierung an die nächste übergeben - oder von einer Partei an die andere -, sondern wir übergeben die Macht von Washington zurück an euch, das Volk.
Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt den Ertrag des Regierens für sich beansprucht, während das Volk die Kosten trug. Washington florierte, aber das Volk hatte nichts von dem Reichtum. Politikern ging es immer besser, aber die Arbeitsplätze verschwanden und die Fabriken schlossen. Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger unseres Landes. Und während sie in Washington feierten, hatten die sich abmühenden Familien überall in unserem Land wenig zu feiern. All das ändert sich, genau von hier und jetzt an. (…)
Amerika wird wieder gewinnen - gewinnen wie nie zuvor! Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückholen. Wir werden unsere Grenzen zurückholen. Wir werden unseren Wohlstand zurückholen. Wir werden zwei einfache Regeln befolgen: amerikanisch kaufen und Amerikaner einstellen. Wir werden uns um Freundschaft und Wohlwollen bei den anderen Ländern der Welt bemühen, aber wir werden das in dem Verständnis tun, daß jede Nation das Recht hat, ihr eigenes Interesse voranzustellen.
Wir streben nicht an, irgendwem unsere Lebensweise aufzuzwingen. Wir wollen sie vielmehr leuchten lassen als Beispiel für alle, die uns folgen möchten. Das Fundament unserer Politik wird die absolute Treue zu den Vereinigten Staaten von Amerika sein, und durch die Loyalität zu unserem Land werden wir die Loyalität zueinander wiederentdecken. Wenn ihr eure Herzen dem Patriotismus öffnet, bleibt kein Raum für Vorurteile."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump: Seine Antrittsrede auf Deutsch**
Von *COMPACT Redaktion*
Die Worte, die US-Präsident Donald Trump gestern anläßlich seiner Amtseinführung an alle Welt richtete, gelten jetzt schon als historisch. Wir dokumentierten sie nachfolgend im Original (Zwischenüberschriften stammen von der COMPACT-Redaktion). …
Vizepräsident Vance, Sprecher Johnson, Senator Thune, Oberster Richter Roberts, Richter des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, Präsident Clinton, Präsident Bush, Präsident Obama, Präsident Biden, Vizepräsidentin Harris und meine Mitbürger, das goldene Zeitalter Amerikas beginnt genau jetzt.
Amerika an die erste Stelle
Ab diesem Tag wird unser Land erblühen und weltweit wieder respektiert werden. Wir werden das Vorbild aller Nationen sein und uns nicht länger ausnutzen lassen. Während jeder einzelnen Sekunde der Trump-Administration werde ich Amerika an die erste Stelle setzen. Unsere Souveränität wird zurückgewonnen, unsere Sicherheit wird wiederhergestellt. Die Waage der Gerechtigkeit wird neu ausbalanciert. Die grausame, gewaltsame und ungerechte Politisierung des Justizministeriums und unserer Regierung wird ein Ende haben.
Unsere oberste Priorität wird es sein, eine stolze, wohlhabende und freie Nation zu schaffen. Amerika wird bald größer, stärker und außergewöhnlicher sein als je zuvor.
Ich kehre ins Präsidentenamt zurück, voller Zuversicht und Optimismus, daß wir uns am Beginn einer neuen Ära des nationalen Erfolgs befinden. Ein Wandel erfaßt das Land. Sonnenlicht strömt über die Welt, und Amerika hat die Gelegenheit, diese Chance wie nie zuvor zu nutzen. Doch zuerst müssen wir ehrlich über die Herausforderungen sprechen, denen wir gegenüberstehen.

Von korrupter Elite lösen

Diese Herausforderungen sind zahlreich, aber sie werden durch den großen Schwung, den die Welt jetzt in den Vereinigten Staaten von Amerika erlebt, überwunden werden. Während wir uns heute versammeln, steht unsere Regierung vor einer Vertrauenskrise.

Seit vielen Jahren hat eine radikale und korrupte Elite Macht und Reichtum von unseren Bürgern abgeschöpft, während die Fundamente unserer Gesellschaft gebrochen und scheinbar völlig zerfallen sind.

Wir haben jetzt eine Regierung, die nicht einmal einfache Krisen im Inland bewältigen kann, während sie gleichzeitig in eine unaufhörliche Reihe katastrophaler Ereignisse im Ausland stolpert. Sie schützt unsere großartigen, gesetzestreuen Bürger nicht, sondern bietet gefährlichen Kriminellen Schutz, darunter vielen, die illegal aus Gefängnissen und psychiatrischen Einrichtungen aus aller Welt in unser Land gekommen sind. Unsere Regierung hat unbegrenzte Mittel zur Verteidigung fremder Grenzen bereitgestellt, weigert sich jedoch, die amerikanischen Grenzen oder, noch wichtiger, ihr eigenes Volk zu schützen.

Unser Land kann in Zeiten von Notfällen keine grundlegenden Dienste mehr leisten, wie zuletzt in North Carolina deutlich wurde, wo die wunderbaren Menschen so schlecht behandelt wurden. Oder in anderen Staaten, die immer noch unter einem Hurrikan leiden, der vor vielen Monaten stattfand. Und vor kurzem in Los Angeles, wo wir tragischerweise zusehen mußten, wie Brände wüteten, ohne daß auch nur der geringste Schutz geleistet wurde.

Die große Rückgängigmachung

Unser öffentliches Gesundheitssystem funktioniert nicht in Katastrophenzeiten, obwohl dafür mehr Geld ausgegeben wird als in jedem anderen Land der Welt. Und unser Bildungssystem lehrt unsere Kinder, sich ihrer selbst zu schämen und in vielen Fällen unser Land zu hassen, trotz der Liebe, die wir ihnen so verzweifelt entgegenbringen wollen. All das wird sich ab heute ändern - und es wird sich sehr schnell ändern.

Meine kürzliche Wahl ist ein Mandat, um einen schrecklichen Verrat und all die vielen Betrügereien, die stattgefunden haben, vollständig rückgängig zu machen und den Menschen ihren Glauben, ihren Wohlstand, ihre Demokratie und vor allem ihre Freiheit zurückzugeben. Ab diesem Moment ist Amerikas Niedergang vorbei.

Unsere Freiheiten und das herrliche Schicksal unserer Nation werden nicht länger verweigert, und wir werden sofort die Integrität, Kompetenz und Loyalität der amerikanischen Regierung wiederherstellen. In den vergangenen acht Jahren wurde ich mehr geprüft und herausgefordert als jeder Präsident in unserer 250-jährigen Geschichte, und ich habe auf diesem Weg viel gelernt.

Die Reise, unsere Republik zurückzuerobern, war alles andere als einfach, das kann ich Ihnen sagen. Diejenigen, die versuchen, unsere Sache zu stoppen, haben versucht, mir meine Freiheit und sogar mein Leben zu nehmen. Vor wenigen Monaten, in einem wunderschönen Feld in Pennsylvania, durchschlug eine Kugel eines Attentäters mein Ohr. Doch ich fühlte damals - und ich glaube heute noch stärker - daß mein Leben aus einem bestimmten Grund gerettet wurde. Gott hat mich gerettet, damit ich Amerika wieder großartig mache.

Hoffnung, Wohlstand, Sicherheit

Deshalb werden wir jeden Tag unter unserer Regierung amerikanischer Patrioten jede Krise mit Würde, Kraft und Stärke angehen. Wir werden mit Entschlossenheit und Schnelligkeit handeln, um Hoffnung, Wohlstand, Sicherheit und Frieden für Bürger aller Rassen, Religionen, Hautfarben und Glaubensrichtungen zurückzubringen. Für die amerikanischen Bürger ist der 20. Januar 2025 ein Tag der Befreiung.

Es ist meine Hoffnung, daß unsere kürzliche Präsidentschaftswahl als die größte und folgenreichste Wahl in der Geschichte unseres Landes in Erinnerung bleiben wird. Wie unser Sieg gezeigt hat, vereint sich die gesamte Nation rasch hinter unserer Agenda, mit dramatischen

Unterstützungszuwächsen aus nahezu allen Teilen unserer Gesellschaft: Jung und Alt, Männer und Frauen, afroamerikanische, hispanische und asiatische Amerikaner, Menschen aus städtischen, vorstädtischen und ländlichen Gebieten. Und sehr wichtig: Wir haben einen überwältigenden Sieg in allen sieben Swing-Staaten errungen und die Popular Vote mit Millionen Stimmen Vorsprung gewonnen.

Die gehörten Stimmen

An die afroamerikanischen und hispanischen Gemeinschaften: Ich danke Ihnen für die enorme Liebe und das Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Stimme entgegengebracht haben. Wir haben Rekorde aufgestellt, und ich werde das niemals vergessen. Ich habe Ihre Stimmen während des Wahlkampfs gehört und freue mich darauf, in den kommenden Jahren mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Heute ist Martin Luther King Day, und in seiner Ehre werden wir gemeinsam daran arbeiten, seinen Traum zu verwirklichen. Wir werden seinen Traum wahr werden lassen.

Die nationale Einheit kehrt nun nach Amerika zurück, und das Vertrauen und der Stolz steigen wie nie zuvor. Bei allem, was wir tun, wird meine Regierung von einem starken Streben nach Exzellenz und unermüdlichem Erfolg inspiriert sein. Wir werden unser Land nicht vergessen, unsere Verfassung nicht vergessen und Gott nicht vergessen.

Heute werde ich eine Reihe historischer Durchführungsverordnungen unterzeichnen. Mit diesen Maßnahmen werden wir die vollständige Wiederherstellung Amerikas und die Revolution des gesunden Menschenverstands einleiten. Genau diesen gesunden Menschenverstand.

Notstand Südgrenze

Zuerst werde ich an unserer Südgrenze den nationalen Notstand ausrufen. Jegliche illegale Einreise wird ab sofort gestoppt, und wir werden mit dem Prozeß beginnen, Millionen und Abermillionen von kriminellen Ausländern in die Länder zurückzuschicken, aus denen sie gekommen sind. Wir werden meine "Remain in Mexico-Politik" wieder einführen. Ich werde die Praxis von "Catch and Release" beenden, und ich werde Truppen an die Südgrenze entsenden, um die katastrophale Invasion unseres Landes zurückzuschlagen.

Unter den Anordnungen, die ich heute unterzeichne, werden wir auch die Drogenkartelle als ausländische Terrororganisationen einstufen. Und durch die Anwendung des "Alien Enemies Act" von 1798 werde ich unsere Regierung anweisen, die volle und immense Macht der föderalen und staatlichen Strafverfolgung zu nutzen, um die Präsenz aller ausländischen Gangs und kriminellen Netzwerke zu eliminieren, die verheerende Verbrechen auf amerikanischem Boden begehen, einschließlich unserer Städte und Innenstädte.

Als Oberbefehlshaber habe ich keine höhere Verantwortung, als unser Land vor Bedrohungen und Invasionen zu schützen - und genau das werde ich tun. Wir werden dies auf einem Niveau tun, das noch nie zuvor gesehen wurde.

Als Nächstes werde ich alle Mitglieder meines Kabinetts anweisen, die enormen Befugnisse, die ihnen zur Verfügung stehen, zu nutzen, um die historische Inflation zu bekämpfen und die Kosten und Preise rasch zu senken. Die Inflationskrise wurde durch massive Ausgaben und eskalierende Energiepreise verursacht. Deshalb werde ich heute auch den nationalen Energie-Notstand ausrufen. Wir werden bohren, meine Damen und Herren, bohren!

Aus für Green New Deal

Amerika wird wieder eine Fertigungsnation werden. Und wir haben etwas, das keine andere Fertigungsnation je haben wird: die größten Öl- und Gasreserven der Welt. Und wir werden sie nutzen. Wir werden sie nutzen. Wir werden die Preise senken, unsere strategischen Reserven wieder auffüllen - und zwar bis an die Spitze - und amerikanische Energie in die ganze Welt exportieren.

Wir werden wieder eine reiche Nation sein, und es ist dieses flüssige Gold unter unseren Füßen, das dabei helfen wird. Mit meinen heutigen Maßnahmen werden wir den Green New

Deal beenden und das Mandat für Elektrofahrzeuge zurücknehmen, um unsere Autoindustrie zu retten und mein heiliges Versprechen gegenüber unseren großartigen amerikanischen Automobilarbeitern einzuhalten. Mit anderen Worten, Sie werden in der Lage sein, das Auto Ihrer Wahl zu kaufen. Wir werden wieder Autos in Amerika bauen, und zwar in einem Tempo, das sich vor ein paar Jahren niemand hätte träumen lassen.
Ich werde sofort mit der Überarbeitung unseres Handelssystems beginnen, um amerikanische Arbeiter und Familien zu schützen. Anstatt unsere Bürger zu besteuern, um andere Länder zu bereichern, werden wir Zölle und Abgaben auf ausländische Länder erheben, um unsere Bürger zu bereichern.
Zu diesem Zweck richten wir den External Revenue Service ein, der alle Zölle, Abgaben und Einnahmen eintreiben wird. Es werden gewaltige Summen in unsere Staatskasse fließen - aus ausländischen Quellen. Der amerikanische Traum wird bald wieder aufblühen und gedeihen wie nie zuvor.
Um Kompetenz und Effizienz in unsere Regierung zurückzubringen, wird meine Administration ein brandneues "Department of Government Efficiency" schaffen.
Meinungsfreiheit gilt!
Nach Jahren illegaler und verfassungswidriger Versuche der Regierung, die freie Meinungsäußerung einzuschränken, werde ich auch eine Anordnung unterzeichnen, die alle Regierungszensur sofort beendet und die freie Rede in Amerika zurückbringt. Nie wieder wird die immense Macht des Staates genutzt, um politische Gegner zu verfolgen - etwas, wovon ich persönlich ein Lied singen kann.
Wir werden das nicht zulassen. Es wird unter meiner Führung nie wieder passieren. Wir werden faire, gleiche und unparteiische Gerechtigkeit unter der verfassungsmäßigen Herrschaft des Rechts wiederherstellen, und wir werden Recht und Ordnung in unsere Städte zurückbringen.
Diese Woche werde ich auch die Regierungspolitik beenden, die versucht, Rasse und Geschlecht in jeden Aspekt des öffentlichen und privaten Lebens sozial zu konstruieren. Wir werden eine Gesellschaft schaffen, die farbenblind ist und auf Leistung basiert. Ab heute wird es die offizielle Politik der Regierung der Vereinigten Staaten sein, daß es nur zwei Geschlechter gibt: männlich und weiblich.

Friedensstifter und Einiger

In dieser Woche werde ich auch alle Mitglieder der Streitkräfte wieder einsetzen, die ungerecht aus unserem Militär entlassen wurden, weil sie sich gegen das COVID-Impfmandat ausgesprochen haben - mit voller Nachzahlung. Und ich werde eine Anordnung unterzeichnen, die sicherstellt, daß unsere Krieger nicht mehr gezwungen werden, sich radikalen politischen Theorien und sozialen Experimenten zu unterziehen, während sie im Dienst sind. Das wird sofort beendet. Unsere Streitkräfte werden befreit, um sich auf ihre einzige Aufgabe zu konzentrieren: Amerikas Feinde zu besiegen.
Wie im Jahr 2017 werden wir erneut das stärkste Militär aufbauen, das die Welt je gesehen hat. Wir werden unseren Erfolg nicht nur an den Schlachten messen, die wir gewinnen, sondern auch an den Kriegen, die wir beenden - und vielleicht am wichtigsten, an den Kriegen, die wir gar nicht erst beginnen.
Mein stolzestes Vermächtnis wird das eines Friedensstifters und Einigers sein. Das ist, was ich sein möchte: ein Friedensstifter und ein Einiger. Ich freue mich, sagen zu können, daß gestern, einen Tag bevor ich mein Amt antrat, die Geiseln im Nahen Osten zu ihren Familien zurückkehren.
Amerika wird seinen rechtmäßigen Platz als die großartigste, mächtigste und respektierteste Nation der Erde zurückerobern und die Bewunderung der ganzen Welt inspirieren. In Kürze werden wir den Golf von Mexiko in den Golf von Amerika umbenennen, und wir werden den

Namen des großen Präsidenten William McKinley auf den Mount McKinley zurückbringen, wo er hingehört.
Präsident McKinley machte unser Land durch Zölle und Talent reich. Er war ein natürlicher Geschäftsmann und gab Teddy Roosevelt die Mittel für viele der großartigen Dinge, die er tat, einschließlich des Panamakanals, der leider törichterweise an das Land Panama übergeben wurde. Die Vereinigten Staaten - denken Sie nur daran - gaben mehr Geld aus, als je zuvor für ein Projekt ausgegeben wurde, und verloren 38.000 Leben beim Bau des Panamakanals. Wir wurden sehr schlecht behandelt durch dieses törichte Geschenk, das niemals hätte gemacht werden dürfen.
Das Versprechen Panamas an uns wurde gebrochen. Der Zweck unseres Deals und der Geist unseres Vertrags wurden völlig verletzt. Amerikanische Schiffe werden massiv überladen und in keiner Weise fair behandelt - und das schließt die United States Navy ein. Und vor allem: China betreibt den Panamakanal, und wir haben ihn nicht an China gegeben. Wir haben ihn an Panama gegeben, und wir werden ihn zurückholen.

Endlich gesunden!

Meine Botschaft an die Amerikaner heute lautet vor allem: Es ist an der Zeit, daß wir wieder mit dem Mut, der Kraft und der Vitalität der größten Zivilisation der Geschichte handeln. Während wir unsere Nation befreien, werden wir sie zu neuen Höhen des Sieges und des Erfolgs führen. Wir werden uns nicht abhalten lassen.
Gemeinsam werden wir die chronische Epidemie von Krankheiten beenden und unsere Kinder sicher, gesund und frei von Krankheiten halten. Die Vereinigten Staaten werden sich wieder als eine wachsende Nation betrachten - eine, die unseren Wohlstand vermehrt, unser Territorium erweitert, unsere Städte aufbaut, unsere Erwartungen erhöht und unsere Flagge in neue und wunderschöne Horizonte trägt. Wir werden unser manifestes Schicksal in den Sternen weiterverfolgen, indem wir amerikanische Astronauten entsenden, um die Sterne und Streifen auf dem Planeten Mars zu pflanzen.
Ehrgeiz ist das Lebenselixier einer großen Nation, und gerade jetzt ist unsere Nation ehrgeiziger als jede andere. Es gibt keine Nation wie unsere. Amerikaner sind Entdecker, Erbauer, Innovatoren, Unternehmer und Pioniere. Der Geist der Grenze ist in unsere Herzen geschrieben. Der Ruf des nächsten großen Abenteuers hallt aus unseren Seelen wider.
Unsere amerikanischen Vorfahren verwandelten eine kleine Gruppe von Kolonien am Rand eines riesigen Kontinents in eine mächtige Republik der außergewöhnlichsten Bürger der Erde. Niemand kommt uns nahe.

Beschworener Zusammenhalt

Wenn wir zusammenarbeiten, gibt es nichts, was wir nicht erreichen können, und keinen Traum, den wir nicht verwirklichen können. Viele Menschen dachten, es sei unmöglich, ein solches historisches politisches Comeback zu inszenieren. Aber wie Sie heute sehen, bin ich hier. Das amerikanische Volk hat gesprochen. Ich stehe jetzt vor Ihnen als Beweis dafür, daß man niemals glauben sollte, daß etwas unmöglich ist. In Amerika ist das Unmögliche das, was wir am besten können.
Von New York bis Los Angeles, von Philadelphia bis Phoenix, von Chicago bis Miami, von Houston bis hier in Washington, D. C.: Unser Land wurde von Generationen von Patrioten aufgebaut, die alles gegeben haben für unsere Rechte und unsere Freiheit. Sie waren Bauern und Soldaten, Cowboys und Fabrikarbeiter, Stahlarbeiter und Bergleute, Polizisten und Pioniere, die immer weiter marschierten, vorwärts gingen und sich durch keine Hürde besiegen ließen.
Nach allem, was wir gemeinsam durchgemacht haben, stehen wir an der Schwelle zu den vier größten Jahren der amerikanischen Geschichte. Mit Ihrer Hilfe werden wir das Versprechen Amerikas erneuern und die Nation wieder aufbauen, die wir lieben - und wir lieben sie so

sehr. Wir sind ein Volk, eine Familie und eine ruhmreiche Nation unter Gott.
Für jeden Elternteil, der für sein Kind träumt, und jedes Kind, das von seiner Zukunft träumt: Ich bin mit Ihnen. Ich werde für Sie kämpfen. Und ich werde für Sie gewinnen. Wir werden gewinnen wie nie zuvor.
Ab diesem Tag werden die Vereinigten Staaten von Amerika eine freie, souveräne und unabhängige Nation sein. Wir werden mutig stehen. Wir werden stolz leben. Wir werden kühn träumen, und nichts wird uns im Weg stehen, denn wir sind Amerikaner. Die Zukunft gehört uns, und unser goldenes Zeitalter hat gerade erst begonnen.
Vielen Dank. Gott segne Amerika.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump will JFK-Akten "in den nächsten Tagen" freigeben!**
Von *Daniell Pföhringer*
Am Vorabend seiner Amtseinführung hat Donald Trump eine Bombe platzen lassen: Alle noch unter Verschluß gehaltenen Akten zum Kennedy-Attentat von 1963 sollen freigegeben werden - und zwar schon "in den nächsten Tagen"! Dann kann man den Inhalt der Akten mit unseren Rechercheergebnissen in COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" vergleichen. …
"Vor der Mega-MAGA-Party kam die Hammer-Ankündigung", schreibt heute die Bild-Zeitung und meint damit die Aussage Donald Trumps in einer Rede, die er gestern, am Vorabend seiner Amtseinführung, vor rund 20.000 Anhängern in der Capitol One Arena in Washington D. C. hielt.
"So ganz nebenbei" habe der neue Präsident in seiner Ansprache ein Vorhaben angekündigt, "daß die US-Sicherheitsbehörden ins Schwitzen bringen dürfte". Doch was sagte Trump bei der Großveranstaltung? Bild zitiert ihn wie folgt:
"In den nächsten Tagen werden wir die restlichen Akten zu den Attentaten auf Präsident John F. Kennedy, seinen Bruder Robert Kennedy und Dr. Martin Luther King Jr. sowie zu anderen Themen von großem öffentlichem Interesse zugänglich machen."
Tatsächlich hatte der Republikaner schon während seiner ersten Amtszeit einige Dokumente im Zusammenhang mit dem JFK-Attentat in Dallas 1963 veröffentlicht. "Letztlich beugte er sich jedoch dem Druck von CIA und FBI und hielt einen Großteil der Dokumente mit Verweis auf nationale Sicherheitsbedenken unter Verschluß", schreibt Bild. Sowohl im Fall von JFK als auch bei Robert Kennedy und Martin Luther King haben wir mit COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" die offiziellen Theorien längst widerlegt.
Neue Besen kehren gut
Daß Trump nun offenbar keine Rücksicht mehr auf die Bedenken der Dienste nehmen will, hat seinen Grund: Mit Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard und dem designierten FBI-Direktor Kash Patel sind zwei ausgewiesene Gegner des Tiefen Staates an Bord der neuen US-Administration.
Gabbard saß von 2013 bis 2021 für die Demokraten im Repräsentantenhaus, bewarb sich bei den Vorwahlen ihrer Partei 2020 sogar um eine Präsidentschaftskandidatur. Die passionierte Surferin, die als Soldatin im Irak und in Kuwait im Einsatz war, vertritt außenpolitisch einen strikten Anti-Interventionismus und plädiert für den Abzug aller US-Truppen aus dem Ausland.
Ihren Austritt bei den Demokraten begründete die 43-Jährige im Oktober 2022 so: "Ich kann nicht länger in der heutigen Demokratischen Partei bleiben, die unter der vollständigen Kontrolle einer elitären Kabale von Kriegstreibern steht, die von feiger Wokeness getrieben sind, die uns spalten, indem sie jedes Thema durch die Brille des Rassismus betrachten und anti-weißen Rassismus schüren."
Patel war schon in der ersten Trump-Regierung als leitender Beamter tätig und sitzt derzeit im

Vorstand der Trump Media Technology Group. Der 44-jährige Sohn indischer Einwanderer ist Autor des Buches "Government Gangsters: The Deep State, the Truth and the Battle for Our Democracy" (auf Deutsch: Regierungsverbrecher: Der Tiefe Staat, die Wahrheit und der Kampf für unsere Demokratie), das eine Liste von Personen enthält, die ins Visier genommen werden sollen - laut Klappentext eine "Blaupause, die uns dabei helfen soll, das Weiße Haus zurückzuerobern und diese Gangster aus der gesamten Regierung zu entfernen".
Der Jurist aus New York drohte in einem Interview mit Steve Bannon in dessen Sendung War Room 2023 Fake-News-Journalisten an: "Wir werden Sie verfolgen, sei es strafrechtlich oder zivilrechtlich - wir werden das schon herausfinden." Associated Press nannte Patel vor der US-Wahl einen "großspurigen Wahlkampfhelfer, der den ehemaligen Präsidenten verherrlicht und gleichzeitig Verschwörungstheorien (…) fördert".
Zudem sitzt künftig mit dem bekannten Querdenker Robert F. Kennedy Jr. der Sohn von Robert "Bobby" Kennedy und Neffe von JFK als Gesundheitsminister mit am Kabinettstisch. Ihm hatte Trump während des US-Wahlkampfes persönlich zugesagt, für Aufklärung über die Morde an seinem Vater und seinem Onkel zu sorgen. Hier steht der neue US-Präsident natürlich besonders in der Pflicht.

Die Einzeltäter-Lüge

Die offizielle Theorie zum tödlichen Anschlag, der am 22. November 1963 in Dallas auf JFK verübt wurde, ist schon längst nicht mehr haltbar, wie wir in unserer Spezial-Ausgabe "Attentate des Tiefen Staates" belegen. Zuletzt hatte sogar der ehemalige Personenschützer des damaligen US-Präsidenten Zweifel daran angemeldet. Paul Landis, inzwischen fast 90 Jahre alt, stand bei dem Attentat nur wenige Meter von Kennedy entfernt.
Zentraler Punkt seines Enthüllungsbuches "The Final Witness", das 2023 zum 60. Jahrestag des JFK-Mordes erschien, ist die berüchtigte "magische Kugel". Die offizielle Theorie besagt: Sie soll Kennedy von hinten getroffen haben und dann den Körper von Texas-Gouverneur John Connally durchdrungen haben, der in der Limousine direkt vor dem Präsidenten saß. Doch die angebliche Laufbahn der Kugel widersprach allen physikalischen Gesetzen, verlief im Zickzack und traf Connally an gleich sechs verschiedenen Stellen …
Die Widersprüche der "magic bullet" wurden bereits in Oliver Stones Spielfilm "JFK - Tatort Dallas" (1991) offengelegt. Während dieser Blockbuster ein Millionenpublikum fand, blieb Stones Nachfolgefilm "JFK Revisited" von 2021 ein Geheimtip und wurde in Deutschland nur in kleinen Programmkinos gezeigt.
Kein Wunder: Was im Spielfilm auch Fiktion hätte sein können, weist Stones Doku aus dem Jahr 2021 anhand von Originaldokumenten und neuen Zeugenaussagen nach. COMPACT ist die bisher einzige deutsche Publikation, die die sensationelle neue Recherche von Oliver Stone umfangreich nachzeichnet. Sie steht im Fokus unserer Recherchen in COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates".
Die "magische Kugel" mußte deswegen eine derart verrückte Flugbahn einschlagen, weil die offizielle Tatversion davon ausgeht, daß Lee Harvey Oswald ein Einzeltäter war. An seinem angeblichen Schußort fand man aber nur drei Patronenhülsen - deswegen durfte es nur drei Kugeln geben, die für alle Treffer verantwortlich waren. Alle Widersprüche lösen sich jedoch auf, wenn man von mindestens einem weiteren Schützen ausgeht, der nicht - wie Oswald - hinter Kennedy, sondern vor ihm postiert war.

Der Ring der Verschwörer

In COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" finden Sie weitere elektrisierende Fakten aus der kriminaltechnischen Untersuchung und aus der Befragung wiederentdeckter Augenzeugen, die Stone vorgenommen hat. Der größte Hammer: Offensichtlich hat Oswald gar nicht auf Kennedy gefeuert. Er war nicht der "erste" Schütze, neben dem es einen zweiten oder dritten gab - er war gar kein Schütze, sondern ein reiner Sündenbock.

Bei unserer Arbeit zu dieser besonders brisanten Spezial-Ausgabe sind wir streng kriminalistisch vorgegangen - und haben auf diese Weise nicht nur den Mord an John F. Kennedy unter die Lupe genommen, sondern unter anderem auch die Attentate auf dessen Bruder Robert "Bobby" Kennedy und auf Martin Luther King, zu denen Trump "in den nächsten Tagen" ebenfalls die Akten freigeben will.
Zum JFK-Anschlag präsentieren wir in "Attentate des Tiefen Staates" auch den Ring der Verschwörer:
"CIA-Offizier George Joannides, der Oswald in Kontakt mit antikommunistischen Exilkubanern gebracht hatte; William Harvey, Attentats-Spezialist der CIA; David Atlee Philipps, der mit Oswald vor dem Attentat gesehen wurde. Besonders von Interesse sind die Aussagen von E. Howard Hunt, der in seinen 21 Dienstjahren bei der CIA an fast allen schändlichen Operationen in Südamerika beteiligt war. Auf dem Sterbebett bekannte der 88-Jährige, an einem Geheimdienstkomplott zur Ermordung JFKs mitgewirkt zu haben."
Hinzu kommt der Schütze, der Kennedy von vorne (!) in den Kopf geschossen hat. Er stand auf dem Grashügel in der besten Schußposition, als sich die Wagenkolonne des Präsidenten näherte. Die Sensation: Der Mann hat die Tat gestanden - und zwar mit vielen Details, die nur der Täter wissen konnte. Man muß jedoch tief graben, um auf Files zu stoßen - denn der Mann wurde weggesperrt, und alle seine Mitwisser wurden umgebracht. Eine unglaubliche Geschichte - wir haben sie in COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" aufgedeckt.
Vergleichen Sie unsere Infos mit den Akten!
Um so gespannter warten wir - und sicherlich alle, die unsere Spezial-Ausgabe "Attentate des Tiefen Staates" schon gelesen haben - auf die von Trump für die nächsten Tage angekündigte Freigabe der Akten zu JKF, Bobby Kennedy und Martin Luther King. Dann wird klar, wie stark sich unsere Rechercheergebnisse mit den Informationen aus den Geheimpapieren dekken. Falls Sie das Heft noch nicht kennen: Besorgen Sie sich jetzt COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates", um unsere Recherchen mit den Angaben aus den Akten zu vergleichen.
Wir gehen den wahren Tätern auf den Grund: In COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" widerlegen wir nicht nur die offiziellen Versionen zu den Attentaten auf John F. Kennedy, Bobby Kennedy und Martin Luther King, sondern schreiben auch die Wahrheit über die Morde an Marilyn Monroe, John Lennon, Uwe Barschel, Jürgen Möllemann, Jörg Haider und vielen anderen. Besorgen Sie sich jetzt diese hochbrisante Ausgabe, um unsere Rechercheergebnisse mit den Angaben aus den bald von Trump freigegebenen US-Geheimakten zu vergleichen.<<

21.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Statt Migranten-Bonus in der Schule: Für uns kommst DU zuerst!**
Die Wahrheit ist schockierend: Migrantenkinder werden in deutschen Schulen bei der Notenvergabe bevorzugt, während unsere eigenen Kinder immer mehr benachteiligt werden. Studien zeigen, daß Lehrer Migranten bessere Noten geben, um Nachteile auszugleichen. Doch was ist mit den Chancen unserer Kinder?
Diese Praxis ist nichts anderes als eine gezielte Ideologisierung unseres Bildungssystems, getragen von den etablierten Parteien. Die Folge? Eine ganze Generation junger Deutscher wird ihrer Zukunft beraubt, während Migranten mit künstlich verbesserten Noten bevorzugt werden. Das ist nicht fair, das ist ungerecht - und es muß ein Ende haben!
Die AfD steht für eine klare Wende: Leistung vor Ideologie! Wir fordern ein gerechtes Bildungssystem ohne Bevorzugung und Remigration statt Integration um jeden Preis. Unsere Schulen dürfen nicht länger Spielball linker Experimente sein - unsere Kinder verdienen eine

echte Zukunft!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Matthias Moosdorf (AfD): AfD-Bundestagsfraktion begrüßt erste Maßnahmen des neuen US-Präsidenten Trump**

Nur wenige Stunden nach seiner Vereidigung hat US-Präsident Donald Trump wie angekündigt eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Ausrufung des nationalen Notstands zur Grenzsicherung gegen illegale Einwanderung, Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und der WHO, Bürokratieabbau, Rückkehr zur Anerkennung von zwei Geschlechtern und diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine.

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Matthias Moosdorf, erklärte dazu in einer Pressemitteilung: "Wir begrüßen die jüngsten Schritte der neuen US-Regierung unter Präsident Donald Trump. Diese Entscheidungen decken sich in vielerlei Hinsicht mit unseren politischen Zielen und fördern die nationale Souveränität.

Auch die Entscheidung, aus internationalen Abkommen wie dem Pariser Klimaabkommen auszutreten, wird von der AfD-Fraktion positiv bewertet. Diese Schritte unterstreichen den Vorrang nationaler Interessen und eine Entlastung von überbordender Bürokratie. Auch wir fordern einen konsequenten Bürokratieabbau und einen effizienteren Einsatz öffentlicher Mittel.

Die Rückkehr zur Anerkennung von zwei Geschlechtern entspricht dem traditionellen Verständnis der AfD-Bundestagsfraktion. Die Entscheidung zur Rückkehr zur Zweigeschlechtlichkeit ist ein wichtiger Schritt, der den biologischen Tatsachen Rechnung trägt und unser Verständnis einer stabilen und bewährten Gesellschaftsordnung unterstützt.

Besonders hervorzuheben sind auch die diplomatischen Bemühungen Trumps zur Beendigung des Krieges in der Ukraine. Die AfD-Fraktion unterstützt die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung dieses Konflikts und betont, daß nationale Souveränität und diplomatische Lösungen im Vordergrund stehen müssen, wenn es um die Lösung internationaler Konflikte geht.

Wir begrüßen Entscheidungen, die zu mehr nationaler und internationaler Sicherheit beitragen und die Grundlage für eine souveräne Zukunft schaffen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Zahl der Privatschulen in Deutschland nimmt zu**

Die Zahl der Privatschulen in Deutschland nimmt zu. Im Schuljahr 2023/24 waren rund 3.800 allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag anläßlich des Internationalen Tages der Bildung am 24. Januar mitteilte. Das war knapp jede achte allgemeinbildende Schule (12 Prozent). Zugleich gab es knapp 29.000 öffentliche allgemeinbildende Schulen. Die Zahl der Privatschulen ist laut Destatis in den vergangenen zehn Jahren um 8 Prozent gestiegen: Im Schuljahr 2013/2014 hatte es gut 3.500 Privatschulen gegeben.

Im selben Zeitraum ging die Zahl der öffentlichen Schulen um 4 Prozent zurück (2013/14: 30.300 Schulen). Der Anteil der Privatschüler blieb nach Angaben des Bundesamtes im Zehn-Jahres-Vergleich weitgehend konstant: Im Schuljahr 2023/24 ging wie in den Jahren zuvor seit 2013/14 knapp ein Zehntel (9 Prozent) der Kinder und Jugendlichen, welche allgemeinbildende Schulen besuchten, auf Privatschulen. Insgesamt waren das 2023/24 rund 801.100 von insgesamt knapp 8,8 Millionen Schülern.

Im Schuljahr 2013/14 hatten 730.400 der insgesamt 8,4 Millionen Schüler eine Privatschule besucht. Diese Konstanz ist den Statistikern zufolge unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Privatschulen durchschnittlich kleiner als die öffentlichen sind und die Schließungen von öffentlichen Schulen durch Vergrößerungen der verbliebenen öffentlichen Einrichtungen ausgeglichen wurden. Für einen Platz an einer Privatschule muß häufig Schulgeld gezahlt

werden. Für rund 595.000 Kinder und Jugendliche wurde in der Lohn- und Einkommensteuer 2020 Schulgeld geltend gemacht.
2.032 Euro im Jahr zahlten deren Eltern im Durchschnitt für einen kostenpflichtigen Privatschulplatz, so das Statistische Bundesamt. Für knapp 7 Prozent kostete der Platz mindestens 5.000 Euro im Jahr, knapp ein Viertel (23 Prozent) machte zwischen 2.000 und 5.000 Euro steuerlich geltend, knapp die Hälfte (48 Prozent) zwischen 500 und 2.000 Euro und für 22 Prozent beliefen sich die Gebühren auf weniger als 500 Euro im Jahr. Deutliche Unterschiede zeigen sich auf regionaler Ebene: Am höchsten war das durchschnittlich steuerlich geltend gemachte Schulgeld in Hessen mit 3.230 Euro je Kind, am niedrigsten in Sachsen mit 1.239 Euro.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 21. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Fast eine Million Verdachtsfälle: Chemie-Professoren kritisieren Paul-Ehrlich-Institut**

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Regierungsinstitut veröffentlicht Liste mit 975.000 Fällen von Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen / Bochumer Professor: Andere Impfungen mit solchen Daten wären schnell gestoppt worden / Frühere Veröffentlichung hätte "Hetze gegen Ungeimpfte" verhindert

Laut Chemie-Professoren wußte das für die Überwachung von Impfschäden verantwortliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) bereits wenige Wochen nach Start der Corona-Impfungen von der Gefährlichkeit der Präparate. Bereits im Januar 2021 war das dem Gesundheitsministerium untergeordnete Institut über mindestens zehn Todesfälle in Verbindung mit der Impfkampagne informiert, erklärte Professor Gerald Dyker von der Ruhruniversität Bochum in einem Interview mit der Journalistin Milena Preradovic. (17. Januar) Hätte es sich dabei damals um eine Grippeimpfung gehandelt, hätte das PEI die Impfkampagne bei einer derart hohen Zahl von Todesfallmeldungen gestoppt, vermutet Dyker.

Ende November 2024 hatte das PEI eine Liste mit insgesamt 975.000 Verdachtsfällen von Nebenwirkungen nach Anwendung von COVID-19-Impfstoffen aus der Zeit vom 27. Dezember 2020 bis zum 31. Dezember 2023 veröffentlicht. Dies seien "sehr viele Verdachtsfälle", sagte der Professor für Organische Chemie. Es handle sich dabei nicht nur unter anderem um Herzmuskelentzündungen, Aneurysmen oder Thrombosen sondern auch um Todesfälle in zeitlicher Nähe zu den "experimentellen Impfungen".

"Wäre die Liste Anfang 2022 mit den damals bereits vorhandenen Einträgen veröffentlicht worden, dann hätte es die Hetze gegen Ungeimpfte überhaupt nicht gegeben", erklärte Dyker. Jeder "Ungeimpfte" hätte auf die zahlreichen offiziellen Nebenwirkungsdaten verweisen können.

Die jetzige Veröffentlichung der Liste sei eine "Überraschung", erklärte Professor Jörg Matysik von der Universität Leipzig in dem Interview. Er vermutet, die Veröffentlichung sei nicht "von oben" erlaubt worden, sondern von "mutigen, ehrlichen Mitarbeitern" des Instituts durchgeführt worden. Der Datensatz sei technisch nicht aufbereitet worden. Deshalb sei es schwierig, mit den Daten zu arbeiten.

Die Tabelle war am 28. November ohne jegliche Ankündigung oder mediale Begleitung auf der Website des PEI veröffentlicht worden. Die Rechtsanwältin Franziska Meyer-Hesselbarth hatte bereits im August 2024 einen Eilantrag gegen das PEI zur Freigabe von Behördendaten zu Impfnebenwirkungen gestellt. Das Verwaltungsgericht Darmstadt hatte den Antrag am 4. November jedoch wegen nicht nachgewiesener "besonderer Dringlichkeit" abgelehnt.

Matysik wirft dem PEI zudem eine "katastrophale" Vorabprüfung der mRNA-Corona-Präparate vor. In einer Befragung vor dem Bundesverwaltungsgericht erfuhr der Leipziger Professor für Analytische Chemie vom obersten Prüfer der Impfchargen, welche Prüfschritte das PEI an den Impfstoffen vornahm. Die ph-Wert-Prüfung erlaube eine "Riesentoleranz" zwischen den Werten von 6,9 bis 7,9. An seinem Universitätslabor wäre dies völlig "undenk-

bar", betonte Matysik. Dort betrage die Toleranz beim ph-Wert lediglich 0,1. Bei der Identitätsprüfung der mRNA-Präparate werde nur per PCR-Test überprüft, ob die Gene enthalten sind, die drin sein sollten - aber nicht, ob es noch zusätzliche verunreinigende Bestandteile wie DNA gibt.
Beim Integritätstest der Impfstoffe reiche es, wenn 50 Prozent der RNA die richtige Länge hat, alle kürzeren Bestandteile würden ohne jeden Beleg für "unwirksam" erklärt, kritisierte er. Im PEI vorhandene hochmoderne Geräte, wie Sequenzierer der neuesten Generation, würden nicht eingesetzt, weil sie laut PEI "zu empfindlich" seien. "Das ist nicht akzeptabel", sagte Matysik.
Beide Chemie-Professoren forderten das Ende von politischen Weisungen für das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert Koch-Institut (RKI). Wissenschaft müsse unabhängig von Regierungsvorgaben und von Einflußnahme durch Interessengruppen sein. In Offenen Briefen stellten Dyker, Matysik und weitere Chemie-Professoren bereits mehrfach kritische Fragen an das PEI - so auch kürzlich in der Berliner Zeitung. Darin warfen sie dem PEI vor, keine "Warnung an die Bevölkerung" ausgesprochen zu haben, obwohl es frühzeitig über zahlreiche Nebenwirkungen bis hin zu Todesfällen in Zusammenhang mit den Corona-Impfstoffen informiert war.
In einer von Multipolar initiierten repräsentativen Umfrage im Herbst 2024 ermittelte das Institut Forsa, daß 19 Prozent aller Geimpften von Nebenwirkungen durch die Corona-Präparate berichteten. Hochgerechnet auf die deutsche Gesamtbevölkerung entspricht dies mehr als zwölf Millionen Menschen.
Die Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti (BSW) erfuhr im Oktober 2024 durch eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, daß die Quote der Verdachtsmeldungen auf Nebenwirkungen bei Corona-Impfungen mehr als 20 mal höher liegt als bei allen anderen Impfstoffen zusammengerechnet. Der öffentlich-rechtliche Südwestrundfunk (SWR) hatte dem PEI im November in einem Beitrag des Wirtschaftsmagazins "Plusminus" vorgeworfen, seiner gesetzlichen Pflicht zur Überprüfung von Impfnebenwirkungen seit 2020 nicht nachzukommen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Explodierende Strompreise: Niedersächsisches Stahlwerk stellt Produktion ein**
Dunkelflaute und Strompreise von bis zu 583 €/MWh zwingen GMH-Gruppe, die Stahlproduktion in Niedersachsen einzustellen. Geschäftsführerin Großmann warnt: Ohne zuverlässige Energieversorgung drohen Produktionsstopps, Kurzarbeit und eine Abwanderung ins Ausland.
Marius Marx
Die jüngste Dunkelflaute hat erneut drastische Auswirkungen auf die deutsche Industrie. Am Montag stieg der Day-Ahead-Strompreis in Deutschland auf bis zu 583 Euro pro Megawattstunde, was das Elektrostahlwerk der GMH Gruppe in Niedersachsen zwang, die Produktion von grünem Stahl einzustellen. Die Geschäftsführerin Anne-Marie Großmann äußerte in einem LinkedIn-Beitrag daraufhin scharfe Kritik an der deutschen Energiepolitik, die ihrer Meinung nach keine verläßliche Grundlage für eine wettbewerbsfähige Industrie biete.
"Abgeschaltete Atomkraftwerke, fehlende Gaskraftwerke und explodierende Netzentgelte zerstören unsere Wettbewerbsfähigkeit", erklärte Großmann. Bereits seit Jahresbeginn produziert das Werk nur eingeschränkt und setzt auf Kurzarbeit. Großmann warnte zudem, daß ohne politische Gegenmaßnahmen weitere Produktionsstopps und eine Verlagerung ins Ausland drohen könnten. Bereits heute stünden eine Vernichtung von Wertschöpfung in Milliardenhöhe und "zwei Jahre ohne Wirtschaftswachstum" zu Buche, so Großmann weiter.
Kritik an der deutschen Energiepolitik ist in jüngerer Vergangenheit immer wieder laut geworden. Erst im vergangenen Dezember schlug der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) Peter Adrian aufgrund der zunehmend labilen Stromversorgung öffentlich Alarm. Zudem haben auch andere Stahlwerke, wie Feralpi in der Nähe von Dresden,

in der Vergangenheit aufgrund extremer Preisschwankungen ihre Produktion einstellen müssen.
Zunehmend untragbar sind die Kosten für die Produktion von grünem Stahl auch für den deutschen Industrieriesen ThyssenKrupp, wie Apollo News Ende November berichtete. Experten und Branchenvertreter fordern daher ein Umdenken bei der Energiepolitik, um stabile Strompreise zu gewährleisten und den Einsatz von Erdgas als Brückentechnologie zu ermöglichen. Die Abhängigkeit von Wind- und Solarenergie führt laut Branchenanalysten zu einer immer stärkeren Wetterabhängigkeit der Stromerzeugung, die insbesondere in Dunkelflauten zu erheblichen Preissteigerungen führt.
Die GMH Gruppe sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland daher zunehmend gefährdet und appelliert an die neue Bundesregierung, ihre Priorität auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu legen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Weidel: "Mit neutralen Medien wäre die AfD vorn!"**
Von *Sven Eggers*
AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel gibt sich im Wahlkampf sehr offen, läßt auch etablierte Medien an sich heran, wie zuletzt die Sonntagsausgabe der Neuen Zürcher Zeitung. Keine Frage: Sie ist die Persönlichkeit der Stunde. …
Die NZZ am Sonntag staunt eingangs ihrer riesigen Reportage über die AfD-Spitzenfrau: "Bereits jeder fünfte Deutsche wählt die Alternative für Deutschland, sie selbst liegt bei den Umfragen fürs Kanzleramt Kopf an Kopf mit Unionskandidat Friedrich Merz." Das Totschweigen funktioniere nicht mehr, hält das Blatt fest. "Jede Ausgrenzung ist ein Bumerang", bestätigt auch Weidel. Denn in den Augen unzufriedener Bürger unterstreiche jeder Boykott, daß das Polit-Establishment nach sechzehn Jahren lähmender Merkel-Einmütigkeit und drei Jahren "Ampel-Pfusch" lediglich einen Neuanfang nach Kräften verhindern wolle.
Weidel als Vorreiterin
Auf der Suche nach dem Grund für den Weidel-Erfolg hält sie NZZ fest: "Kritik, die andere verschweigen oder vorsichtig andeuten, spitzt sie genußvoll zu. 2016 löste sie damit ihren ersten großen Shitstorm aus. Auf dem Höhepunkt des Hypes um die Willkommenskultur bezeichnete sie Kanzlerin Angela Merkel für 'selbstverständlich mitschuldig' an der Vergewaltigung und Ermordung deutscher Frauen durch junge Migranten." Die NZZ zur weiteren Entwicklung:
"Inzwischen gehört das Merkel-Bashing zum Mainstream. Aber nicht nur der nötige Migrationsstop hat es inzwischen in die Medien und Absichtserklärungen honoriger Parteien geschafft. Auch andere Forderungen, für die Alice Weidel Prügel bezogen hatte, werden inzwischen gefahrlos diskutiert: Wiedereinführung der Atomkraft und Kampf gegen die erstickende Bürokratie."
Was notiert die NZZ noch zur AfD-Kandidatin? "Politische Korrektheit gehört für sie 'auf den Müllhaufen der Geschichte'." Und: "Die kumulierte Dummheit der 'Fridays for Future-Bewegung' findet sie beängstigend und daß Amerika seine Waffen in Deutschland stationiert und ohne deutsche Erlaubnis abfeuern darf, schlicht unglaublich. 'Mutter aller Sünden' freilich bleibt für sie Angela Merkels Einwanderungspolitik. Denn importiert worden sei 'ein marodierender, grapschender und Messer stechender Mob, an den wir uns gewöhnen sollten'."
Interessant ist, was die NZZ zum Vater von Alice Weidel notiert: "Er stammte, wie die AfD-Scharfmacher Björn Höcke und Beatrix von Storch, aus einer Vertriebenen-Familie und kann bis heute den Verlust seiner schlesischen Heimat nicht verwinden. Ein Skandal für ihn auch, daß die Alliierten im Zweiten Weltkrieg die deutschen Städte in Schutt und Asche legten und im Winter 1948 Deutschland beinah aushungerten." 2013 sei die heutige Kanzlerkandidatin dann, entsprechend vom Papa geprägt, in die AfD eingetreten.

Über Weidels Anfänge in der AfD lesen wir: "Den beiden Parteigründern, dem liberal-konservativen Professor Bernd Lucke und Alexander Gauland, kam ihr Fachwissen gelegen. Sie konnte verunsicherte Bürger mit Zahlen statt mit Stammtischparolen vom nötigen Austritt Deutschlands aus der EU überzeugen. Ihre These: Mit der Abschaffung der D-Mark, einer der härtesten Währungen der Welt, habe Deutschland das Kommando über den Markt verloren."

Etablierten schlottern die Knie …

Heute sei sie aus der AfD nicht mehr wegzudenken. Der NZZ fällt auf: "Inzwischen befolgt der Bundestag bei ihren Reden ein eingespieltes Ritual. Kaum stemmt sie beide Hände gegen die Kanten des Rednerpults, bearbeiten Bundeskanzler Olaf Scholz und die Regierungsspitzen geradezu hektisch ihre Handys."

Sie sei mittlerweile eine Scharfmacherin, ihre Sätze seien "allesamt fettgedruckt", so die NZZ. Versuche, sie aus dem Weg zu räumen, seien ausnahmslos gescheitert. Sie sei geradezu "aufgeblüht": "Dazu beigetragen hat auch das Glanzresultat, mit dem sie im Herbst als Kanzlerkandidatin nominiert wurde. Inzwischen haben auch die Machos in der Partei eingesehen: Eine Alice Weidel macht die Partei diverser und weiblicher, so wie das der Zeitgeist will." Mit Erfolg: "Es sind blutjunge Menschen, die jetzt in Scharen der AfD beitreten, für sie die einzige Garantin für eine weniger düstere Zukunft."

Ihr Ziel sei es, die AfD zur stärksten Partei Deutschlands zu machen. "Mit neutralen Medien hätte ich die CDU schon längst überholt." Zu zahnlos seien deren Konzepte, zu deutlich Friedrich Merz' alleiniges Interesse am Machterhalt. Weidel als Kanzlerin, ob nun 2025 oder 2029? Die NZZ schließt: "So, wie sie dasitzt, gespannt wie ein Bogen, ist ihr alles zuzutrauen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31785" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Das wuchert in Adern von Geimpften - Interview mit Bestattungsunternehmer John O'Looney**

(Interviewer:) Wir sind hier bei John O' Looney. Er ist Bestatter und leitet das Milton-Keynes-Familien-Bestattungsunternehmen hier in Milton Keynes, England. John, vielen Dank, daß wir hier sein dürfen!

(John O'Looney:) Sehr gern.

(Interviewer:) Kommen wir gleich zur Sache. Wann haben Sie zuerst Verdacht geschöpft, daß während der Pandemie merkwürdige Dinge geschahen?

(John O'Looney:) Nun, um ehrlich zu sein, von Anfang an. Da war eine Familie, die mich Ende November, Anfang Dezember 2019 aufsuchte. Sie sagten, sie hatten jemanden verloren in einem benachbarten Bezirk. Und sie waren verärgert darüber, daß das Krankenhaus ihnen nicht erlaubte, ihren Angehörigen in einem Aufbahrungsraum zu sehen.

Also sagte ich: "Machen Sie sich keine Sorgen, ich werde ihn umgehend abholen." Denn es ist wichtig, daß man das ohnehin tut, aus ersichtlichen Gründen. Als ich im Krankenhaus in Northampton war, um diese Person abzuholen, fragte ich das Personal in der Leichenhalle: "Warum haben Sie dieser Familie verwehrt, ihren geliebten Menschen zu sehen?"

Und normalerweise läuft es so ab: Wenn Menschen auf einer Krankenhausstation sterben, werden sie in die Leichenhalle des Krankenhauses gebracht. Dort gibt es einen Aufbahrungsraum ähnlich einer Kapelle. Dort können die Menschen ein wenig Zeit mit dem Verstorbenen verbringen, während dieser in Frieden ruht und nicht leidet. Und ich dachte, sie würden den Raum vielleicht neu einrichten oder dekorieren. Aber er öffnete die Tür; er sagte kein einziges Wort. Und in diesem Aufbewahrungsraum befand sich ein Pandemiezelt.

Ich schätze, der Raum war 2,50 x 4,50 m groß. Und dieses Pandemiezelt füllte den Raum ziemlich aus. Also fragte ich ihn, wofür das wohl sei? Ich vermutete bereits, daß es zusätzliche Kapazitäten bieten sollte. Und er sagte, daß ihnen mitgeteilt worden sei, daß etwas Schreckliches bevorstünde, wobei er den Namen COVID nicht erwähnte.

Wie auch immer, das war meine erste Erfahrung. Es war die erste Dezemberwoche im Jahr

2019. Ich könnte in meinem Buch nachsehen, um das genaue Datum zu nennen.
Wie auch immer, um es kurz zu machen: Corona kam im Januar in die Nachrichten. Und ich war erschrocken und als Bestattungsunternehmer in meinen 50ern besorgt. Hier ist eine Krankheit - sie sagten uns, daß diese Menschen in China umfallen. Uns wurde Filmmaterial davon gezeigt. Boris Johnson sagte, jeder würde jemanden verlieren. Ich war besorgt. Ich bin ein Ex-Raucher. Ich bin in meinen 50ern. Ich hatte schon immer etwas Atemwegsbeschwerden, bin auch Asthmatiker.
Also machte ich mir Sorgen, weil ich mit diesen Leuten in Kontakt sein würde. Und im Laufe der nächsten 12 bis 16 Wochen begann ich allmählich, das Narrativ zu durchschauen, und das war nicht das, was sie uns im Fernsehen zeigten.
Es waren mehrere Dinge. Eines der wichtigsten Dinge war, daß ich im März 2020 einen Anruf von einem Mann namens John erhielt. Und er sagte: Ich arbeite für ein staatlich gefördertes Unternehmen, also auf Ministerebene. Einer der Regierungsminister hatte diese Firma. Und er sagte, seine Aufgabe sei es, im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung alle Bestattungsunternehmen anzurufen.
Und ich sagte: "Gut. Was möchten Sie wissen? Ich helfe gerne." Er sagte: "Ich muß Ihnen einige Fragen stellen. Ich werde Sie jeden Montag anrufen und fragen, wie viele Sie aufnehmen können, wie groß Ihre Kapazität ist, wen Sie aufgenommen haben, woher diese kommen und wie viele an COVID verstorben sind." Und das habe ich gerne beantwortet, warum auch nicht? Und ich bemühte mich, diese Informationen herauszufinden, da ich wußte, daß er mich am Montag anrufen würde, um diese Informationen über jeden Verstorbenen detailliert zu erhalten.
(Interviewer:) Aber liegt es an Ihnen, das zu bestimmen? Haben Sie die Mittel, das festzustellen, so etwas wie einen PCR-Test?
(John O'Looney:) Ja. Also, das war zu der Zeit, als die Ärzte nicht mehr kamen und man uns sagte, das sei zur Schonung des NHS (National Health Service, staatliches Gesundheitssystem im Vereinigten Königreich). Ganz unvermeidbar wurde ich also bei Sterbefällen gerufen. Und sie sagten mir, ob es ein COVID-Todesfall oder eben kein COVID-Todesfall sei. Sie nannten mir alle Umstände, und ich habe einfach aktiv nachgefragt.
Und der montägliche Anrufer begann umgehend, mich zu lenken. Und damit meine ich, daß ich ihm sagte, ich hatte jemanden aus dem örtlichen Pflegeheim abgeholt. Es ist eine große Einrichtung mit fast hundert Betten. Und es war kein Arzt anwesend. Es war kein COVID-Test durchgeführt worden. Der Mann war also nicht mit COVID verstorben. Ich sprach mit dem dortigen Personal, das mir bestätigte, daß es sich um einen Patienten mit beginnender Demenz handelte. Er war schon seit fünf Jahren dort. Als ich dann die Familie traf, bestätigte sie mir dies ebenfalls.
Und dieser Anrufer sagte sofort, er müsse ihn als COVID-Todesfall registrieren. Und ich dachte mir, wozu forsche ich so gründlich nach, wenn sie eigentlich nur die Zahlen fälschen wollen? Das tat er das ganze Jahr 2020 hindurch. Und er sagte: "Nun, mir wurde gesagt, daß ich das tun soll." Weil es dort einen Mann gab, der einen PCR-Test gemacht hatte, der positiv war, der nicht an COVID gestorben ist, der aber trotzdem gestorben ist. Von diesem Zeitpunkt an wurde jeder, der in dieser Einrichtung starb, als COVID-Todesfall eingestuft.
(Interviewer:) Wegen dieses einen Testergebnisses?
(John O'Looney:) Ja, sie wurden angewiesen, das so zu tun. Keiner von ihnen starb an COVID. Das bedeutete also, daß es keine Zunahme an normalen Todesfällen gab, aber eine Menge an COVID-Todesfällen. Ich meine, ich bin seit 18 Jahren Bestatter, und ich kann Ihnen sagen, daß 2020 das einzige Jahr war, in dem es keinen einzigen Wintergrippetoten gab, nicht einen. Jeder Einzelne war an COVID gestorben.
Gegen Ende 2020, im Oktober, rief mich dieser Mann dann erneut an und gab offen zu - man

lernte sich ja im Laufe der Zeit kennen, wenn man jeden Montag von jemandem angerufen wird, mit dem man eine Minute oder zwei Gespräche führt, man lernt sich kennen. Und er gab offen zu, er wisse nicht, warum er den Job mache, denn alle würden dasselbe sagen: Es gibt keine COVID-Todesfälle. Und das hat er mir gegenüber offen zugegeben. Und Ende Oktober sagte er: "Ich werde nicht mehr anrufen, John." "Warum nicht?", fragte ich. Er sagte, es sei nicht nötig.
Also, warum ist es im Oktober 2020 nicht mehr nötig? Weil sie es wußten! Sie wußten es. Und ich denke, Dr. Reiner Füllmich hat es perfekt ausgedrückt: "Die Impfstoffe gab es nie wegen COVID. COVID gab es wegen der Impfstoffe." Sie haben also so viele COVID-Todesfälle präsentiert, daß bis 2021 alle sagten: Rettet mich!
(Interviewer:) Okay, ja.
(John O'Looney:) Und in dem Moment, als sie diese Impfungen hatten, begannen die Menschen, sofort zu sterben. Ja, es war eine 300 %ige Steigerung. Sie begannen, hier vor Ort am 6. Januar, mit der Impfung - und die Todesrate nahm sprunghaft zu. Sie nannten es die zweite Welle. Aber das war sie nicht, das war sie nicht. Es waren Menschen, die geimpft wurden und fast sofort danach starben.
(Interviewer:) Und sie nennen es immer noch Long-COVID ...
(John O'Looney:) Nein, es ist ein Impfschaden. Ja, das ist die Quintessenz. Und als sie die Altersgruppen abarbeiteten, begannen sie mit einer Art Zuckerbrot. Sie sagten, nur die meistgefährdeten Personen sollten geimpft werden, nur die über 70-Jährigen, nur die über 60-Jährigen, dann die über 50-Jährigen, dann die über 40-Jährigen und dann die über 30-Jährigen, und sie arbeiteten die Liste ab - und die Sterbefälle korrelierten zeitlich perfekt mit der Gruppe der Liste, die gerade dran war, die Impfung zu erhalten.
Diese Altersgruppen waren genau jene, die dann gerade von Covid hinweggerafft wurden. Es war aber nicht Covid, es war ein Impfschaden. Und ich habe sie über das gesamte Jahr 2020 gewaschen und bekleidet, als es sonst niemand tat. Ich holte sie aus den Leichensäcken, wusch sie, bekleidete sie, und ich trug nie eine Maske, nie.
(Interviewer:) Sie sagen also, daß Sie eine Zunahme von Sterbefällen immer jüngerer Menschen beobachtet haben und sich das perfekt mit dem vorgesehenen Impfplan deckte?
(John O'Looney:) ... ja, 100 % ja! Sie wissen es. Und dann, im September 2021, rief mich ein Mann namens Mark Sexton an, ein pensionierter Polizeibeamter hier in Großbritannien. Und ich war ziemlich offen, ich gab Interviews und warnte die Leute, sich impfen zu lassen, weil diese Kinder, … sie starben nach der Impfung.
(Interviewer:) Haben Sie irgendwelche offiziellen ..?
(John O'Looney:) Nein, sie gaben es niemals zu. Es war immer ein COVID-Tod oder eine Thrombose usw.
(Interviewer:) Ich meine, kam jemals ein Beamter und sagte, hören Sie auf mit dieser Fehlinformation?
(John O'Looney:) Oh ja, ich bekam Druck von mehreren Seiten. Nun, alle Bestattungsunternehmer hier im Vereinigten Königreich brauchen keine Lizenz. Es gibt keine Gesetzgebung. Jeder kann ein Bestattungsunternehmen eröffnen. Es ist schwieriger, einen Süßwarenladen zu eröffnen, weil man Dinge verkauft, die konsumiert werden. Als ich hier anfing, war ich vorher schon 10 Jahre lang Bestatter bei Co-op Funeralcare gewesen, einem der großen Bestattungsunternehmen.
Und das war großartig, bis die Bank zusammenbrach - sie hatten eine Genossenschaftsbank und die brach zusammen - und ich hatte das Gefühl, es ging nur noch ums Geld. Also habe ich mich vor acht Jahren selbständig gemacht. Und ich erinnere mich, daß ich bei der Gründung dachte, ich lasse mich lizenzieren und legitimieren.
Es gibt keine Lizenz, man braucht sie nicht, jeder kann es machen. Aber es gibt zwei Dach-

verbände. Der eine heißt NAFD (National Association of Funeral Directors, Britischer Berufsverband der Bestattungsunternehmer) und der andere SAIF (National Society Of Allied And Independent Funeral Directors, Britischer Berufsverband der Bestattungsunternehmer), und ich war Mitglied der SAIF. Sie setzten sich mit mir in Verbindung und sagten, daß ich sie in Verruf bringe, wenn ich meine Meinung sage.
(Interviewer:) Wann war das?
(John O'Looney:) Das war gegen Ende des Jahres 2020. Ich sagte: "Es sterben Menschen, die geimpft wurden. Sie müssen sich dessen bewußt sein, denn Sie haben weitere Bestatter, die Mitglieder sind." Sie wollten aber nicht zuhören und haben mich schließlich rausgeschmissen, weil ich nicht die Klappe halten wollte.
(Interviewer:) Sie haben sich also zu den Auswirkungen der Impfstoffe bereits 2020 geäußert?
(John O'Looney:) Nein, das war Anfang 2021. Aber ich hatte mich lautstark geäußert, daß es keine COVID-Todesfälle gab. Es ist sehr schwierig. Die Menschen sind sehr gutgläubig. Wenn Sie also zum Beispiel ins Krankenhaus gehen und Ihnen gesagt wird, Ihre Mutter sei an COVID gestorben, warum sollten Sie das nicht glauben?
Ich habe schon sehr früh festgestellt, daß es nach folgendem Muster lief: Die Leute kamen und sagten: "Ich habe meine Mutter durch COVID verloren". Okay. Also ging ich los und holte ihre Mutter, wusch sie, zog sie an, und es ging mir gut. Ich bin nie krank oder mit Übelkeit aufgewacht, obwohl uns gesagt wurde, es sei tödlich und man müsse eine Maske tragen. Aber das gleiche Muster wiederholte sich jedes Mal: Niemand ging jemals mit COVID ins Krankenhaus. Sie haben sich COVID dort eingefangen.
Sie kamen also mit einem Harnwegsinfekt oder einer Brustinfektion oder weil sie gestürzt waren. Und dann wurden sie mit einem PCR-Test getestet, mit 45 Zyklen. Kary Mullis (1944-2019 - amerikanischer Biochemiker) hat ausführlich darüber gesprochen. Es ging darum, falsch-positive Tests zu erhalten. Und dann, obwohl sie asymptomatisch waren, wurden sie auf eine COVID-Station gebracht.
Und man hat sie mit Medikamenten wie Remdesivir (Experimenteller Arzneistoff mit virostatischen Eigenschaften) und Midazolam (Beruhigungsmittel aus der Gruppe der Benzodiazepine, wird vor allem in der Anästhesie eingesetzt, um Patienten vor operativen Eingriff zu beruhigen und während der Eingriffe zu sedieren) vollgepumpt und sie umgebracht und nannten es dann einen COVID-Tod.
(Interviewer:) Genau. (Dr.) Annie Bukacek ist die erste Ärztin, die ich in den USA gefunden habe, die uns von den Bonuszahlungen erzählt hat, die man bekam, wenn man Patienten als COVID-Patienten gelistet hat. Gab es das hier auch?
(John O'Looney:) Ja natürlich, und ob! Sie bekamen viel Geld für jeden, den sie an die Beatmungsmaschine angeschlossen haben, was unweigerlich die Lunge aufbläst und nicht hilft. Es zerstört die Lunge. Ich weiß, daß Pharmafirmen den Krankenhäusern riesige Rabatte auf sämtliche pharmazeutische Produkte angeboten haben, wenn sie ihnen Remdesivir abnahmen. Ärzte und Krankenhauspersonal haben sich an mich gewandt und es mir gesagt. Ich habe die Kontaktdaten von 100 Krankenschwestern auf meinem Handy.
Einige weinten am Telefon, weil sie wußten, was los war. Die meisten von ihnen haben die Krankenpflege verlassen, weil sie wußten, was da abging! Welche Folgen können Sie bei einem Patienten erwarten, wenn Sie ihm Remdesivir geben? Ich würde dringend raten, nach den Nebenwirkungen von Remdesivir zu googeln - eine wirklich gute Website ist Drugs.com - Keuchen, Engegefühl in der Brust, Atembeschwerden, Nierenfunktionsstörung, Leberfunktionsstörung.
Und ich erinnere mich, wie ich diese Leute abgeholt habe in Leichensäcken. Und diese Leichensäcke schwammen halb mit Gewebsflüssigkeiten aus Ödemen. Das hatte ich noch nie gesehen. Und ich erinnere mich, daß ich damals dachte: Was ist die Ursache dafür? Dieses

COVID muß schrecklich sein. Aber es war das Remdesivir. Denn das Remdesivir zerstört die Nieren, so daß der Körper keine Flüssigkeit mehr verarbeiten kann. Du füllst dich also auf und ertrinkst, und das ist deine "Atemwegserkrankung". Und im Endstadium des Nierenversagens ertrinkt man. So stirbt man an Nierenversagen, indem man ertrinkt.
(Interviewer:) Und das Krankenhaus hakt es als COVID ab.
(John O'Looney:) Klar, sie bekommen tausend und abertausend Pfund dafür.
(Interviewer:) Sicher.
(John O'Looney:) Ja, das ist krank!
(Interviewer:) Genau, mir ist kein Wort dafür eingefallen.
(John O'Looney:) Ja, das ist krank. Und das geschah zu der Zeit, als die Regierung viele ermutigt hat, jeden Donnerstagabend an der Türschwelle für den NHS mit Töpfen und Pfannen zu klappern, (Kampagne im Vereinigten Königreich während Corona 2020) während sie die Mütter und Väter gemäß Richtlinien umbringen, die tödlich sind, zum Töten gedacht.
(Interviewer:) Töpfe, Pfannen und TikTok-Tanzvideos.
(John O'Looney:) Ja genau. So überlaufen waren sie.
Also Mark Sexton rief mich Anfang September 2021 an, wo er mich zu einem Treffen an einem Ort namens Birdcage Walk in Westminster einlud. Es war der Sitzungssaal eins. Einige sehr berühmte Leute waren anwesend, einige kannte ich, und von einigen hatte ich bereits gehört: Dr. Tess Lawrie, Prof. Dolores Cahill, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Dr. Sam White, Dr. C. Stephen Frost. Die Anwältin Anna de Buisseret war da. Es gab einen Rechtsanwalt, Francis Hoar.
Und ein weiterer Anwalt namens Philip Hyland und eine Reihe anderer Leute; insgesamt etwa 18 Leute. Einige von ihnen waren auf dem Bildschirm am Ende des Tisches zu sehen. Dieser Tisch, das werde ich nie vergessen, war ziemlich dick, solide Eiche. Ich habe noch nie an so einem Tisch gesessen: wahre Opulenz, wissen Sie? Und der Vorsitzende der Sitzung war ein gewisser Sir Graham Brady (britischer konservativer Abgeordneter für Altrincham und Sale West und seit dem 1. Mai 1997 ununterbrochen im Parlament. Er ist Vorsitzender des Ausschusses der Konservativen Partei von 1922).
Zu dieser Zeit war ich mit Politik nicht besonders vertraut, wahrscheinlich genauso wenig wie der Durchschnittsbürger. Aber er war der Beauftragte des sogenannten 1922-Komitees. Das ist eine Gruppe hochrangiger Abgeordneter, die im Hintergrund auf einem schwarzen Platz sitzen, im Schatten versteckt. Und sie wählen und entlassen Premierminister wie Boris Johnson, Liz Truss, Rishi Sunak. Sie entscheiden, wann es Zeit ist, zu gehen und wen sie einstellen. Es gibt also niemanden, der ranghöher ist, denn er (Sir Graham Brady) war der Präsident dieses Ausschusses.
Er ist also der Chef dieses Ausschusses. Und er hat sich angehört, was wir gesagt haben. Und wir hatten alle fünf bis zehn Minuten Zeit. Und ich sagte, was ich bis dahin wußte, nämlich, daß es keine COVID-Todesfälle gab. Sie haben die Leute als COVID-Tote bezeichnet, und in dem Moment, als sie anfingen, sie zu impfen, fielen die Leute um und starben. Und dann konnte ich fast nicht glauben, als ich hörte, was diese Wissenschaftler, Ärzte und Mediziner, die rings um den Tisch saßen, voraussagten. Sie sagten, die Zahl der Krebserkrankungen würde in die Höhe schnellen.
Ebenso Herzkrankheiten und Blutgerinnsel - und sie gingen auf die Mechanismen ein, um zu erklären, warum. Und sie legten Sir Graham Unmengen von A4-Bögen mit Beweisen vor. Und er gab offen zu, daß dies weit über seiner Gehaltsklasse lag und er es nicht verhindern konnte. Und ich saß da, konnte es nicht fassen, ich war ja zu diesem Treffen eingeladen worden. Ich hatte das überwältigende Gefühl, endlich hört jemand zu, bevor ich den Raum betreten hatte.
Wissen Sie, ich bin seit 18 Jahren als Bestattungsunternehmer tätig. Ich führe ein erfolgrei-

ches Geschäft. Ich habe einen wirklich guten Ruf. Meine Bücher sind gut. Warum sollte ich das alles aufs Spiel setzen wollen? Warum sollte ich das zu einem Zeitpunkt aufs Spiel setzen, wo uns gesagt wird, daß es eine Pandemie gibt? … Ah, da ist ein Bestatter, der behauptet, es gibt keine … Genau das passierte nämlich. Und er (gemeint ist Sir Graham Brady) gab offen zu: "Das übersteigt bei weitem meine Gehaltsstufe, ich kann das nicht aufhalten."
Und ich ging da rein und dachte, endlich hört mir mal jemand zu. Und als ich wieder herauskam, wußte ich, daß dies eine gezielte Agenda ist. Und Sir Graham - das Treffen ging von 14:00 bis etwa 15:30; ich glaube, wir hatten etwa anderthalb Stunden - und er war um 16 Uhr immer noch da wegen der Ernsthaftigkeit dessen, was gesagt wurde. Und es waren einige Leute da, medizinische Fachleute, sie wußten, wer sterben würde. Sie waren sehr, sehr aufgeregt, besonders Sucharit Bhakdi. Er war ziemlich aufgeregt, weil er wußte, was passieren würde! Und es ist genau das, was sich ereignete.
Ich glaube, die Sterberate liegt bei 20-25 % und mancherorts sogar noch höher, offensichtlich je nachdem, welche Chargen wo eingesetzt worden sind. Sie töten Menschen in verschiedenen Gebieten in unterschiedlichem Ausmaß. Die Agenda 2030 ist sehr real. Und ich habe nie daran geglaubt. Ich war nie ein Verschwörungstheoretiker. Ich bin einfach ein Bestatter von Beruf. Ich saß mit am Tisch und hörte, was Sir Graham sagte. Er hat offen zugegeben, daß es über seiner Gehaltsstufe liegt und er es nicht aufhalten kann.
(Interviewer:) Als Bestatter sind Sie auch ein Einbalsamierer, das ist ja Teil des Jobs.
(John O'Looney:) Ich kann Einbalsamierungen vornehmen. Ich beschäftige einen Einbalsamierer in Vollzeit, der das für mich erledigt. Als ich anfing, hatte ich natürlich keine Angestellten und habe alles selbst gemacht. Im Laufe der Zeit habe ich dann jemanden eingestellt, der das für mich erledigt. Aber ich gehe ständig ein und aus. Ich arbeite mit ihm und um ihn herum.
(Interviewer:) Und wann haben Sie bemerkt, daß etwas seltsam war? Erklären Sie die Vorgehensweise des Einbalsamierungsprozesses in Bezug auf das, was Sie entdeckt haben.
(John O'Looney:) Okay. Es gibt zwei Arten von Tod. Es gibt einen plötzlichen Tod, der unerwartet eintritt, und es gibt einen erwarteten Tod. Der Unterschied zwischen den beiden ist zum Beispiel, wenn man Krebs im Endstadium hat und weiß, daß man sterben wird. Es beginnt mit einer Prognose und man wird schließlich immer kränker und ist dann auf palliative Pflege angewiesen. Das ist ein erwarteter Tod.
Wenn jemand hingegen überfahren wird oder plötzlich - bei guter Gesundheit - tot umfällt, ist das ein unerwarteter Tod. Und das bedeutet, daß ein Gerichtsmediziner eingeschaltet wird. Dann wird die Leiche zum pathologischen Institut gebracht, das in der Regel am Krankenhaus angeschlossen ist, und sie führen eine so genannte Obduktion durch.
Das heißt, sie schneiden dich in der Mitte durch, nehmen dein Brustbein heraus, entnehmen alle Organe, untersuchen sie, machen Blöcke (fixierte Gewebestücke für die Herstellung von Referenzschnitten höchster Qualität für histologische Färbungen oder immunhistochemische Nachweise) und Objektträger und führen Tests und toxikologische Untersuchungen durch. Und wenn sie damit fertig sind, packen sie die Organe in einen Plastikbeutel.
Der Beutel kommt wieder rein, und du wirst zugenäht. Wenn sie sich den Kopf ansehen müssen, schneiden sie am Rücken entlang, heben die Kopfhaut ab, schneiden rundherum, schneiden ein V in die Rückseite, um die Kopfhaut später wieder richtig ausrichten zu können, und nehmen das Gehirn heraus. Und das Gehirn wird normalerweise dann in den Bauchraum zurückgelegt, weil es sonst auslaufen würde. So funktioniert das.
(Interviewer:) Und man wird dann auch völlig ausgeblutet?
(John O'Looney:) Ja, für eine Obduktion muß das sein, weil man einfach in Stücke geschnitten wird.
(Interviewer:) Sind die Blutgefäße mit etwas gefüllt?

(John O'Looney:) Nein. Wie wir darauf gestoßen sind, kam so: Während des Einbalsamierungsprozesses gibt es zwei Arten der Einbalsamierung, und sie korrelieren perfekt mit einem Obduktions-Fall oder dem, was wir einen "klaren Fall" nennen. Ein klarer Fall ist ein erwarteter Todesfall, bei dem keine Obduktion durchgeführt wird und der Körper im Wesentlichen intakt ist. Das schließt das Kreislaufsystem ein. Bei der Einbalsamierung nutzen wir dieses Kreislaufsystem.
Wir machen also einen Einschnitt unterhalb der Kragenlinie in die Halsschlagader, haben eine L-förmige Düse an einer Pumpe und schneiden die Arterie halb durch. Wir führen die L-förmige Düse ein, binden sie ab, schalten die Pumpe ein und pumpen Formaldehyd in den Körper, um ihn zu konservieren. Die Flüssigkeit ist ebenfalls rosa und gibt den Menschen ihre Farbe zurück, und sie sehen dann nicht mehr schlimm aus, sondern wirklich gut. Bei einer Obduktion kann man das natürlich nicht machen, weil sie zerhackt worden sind. Ja. Und das Kreislaufsystem ist völlig zerhackt und verletzt. Wenn ich es also dort hineinpumpen würde, würde es überall rauslaufen, weil alles durchgeschnitten ist.
Aber in dem Fall läuft es dann so, daß man die Fäden zieht und den Hohlraum dort öffnet, wo der Gerichtsmediziner obduziert hat. Man nimmt den Beutel mit den Organen heraus, und dann bleibt ein leerer Hohlraum übrig, in den man sehr gut hineinsehen kann, weil er leer ist. Und man kann die durchtrennten Arterien manuell anvisieren.
So gibt es zum Beispiel eine Oberschenkelarterie, die in jedem Bein verläuft, die Hauptarterie. Und Sie können sie dort sehen. Es ist wie ein durchgeschnittener Strohhalm. Sie ist sehr deutlich. Man kann sie anvisieren und Flüssigkeit in sie einleiten. Und während die Flüssigkeit hinunterläuft, kann man sehen, wie die Zehen rosa werden. So weiß man, daß die Flüssigkeit dort ist, wo sie hin soll. Dann geht man zum nächsten Bein über, spült und wiederholt den Vorgang für jedes Körperglied.
Als wir das taten, hatten wir einen jungen 30-jährigen Mann. Er war in wirklich guter Verfassung. Wir alle waren einmal 30! Er war in seinen besten Jahren. Und wir wurden gefragt, weil er jung war und einen großen Bekanntenkreis hatte: Könnt ihr ihn einbalsamieren? Eine Menge Leute wollen ihn sehen. Klar. Wir haben ihn geöffnet. Er hatte eine Obduktion hinter sich. Und seine Arterien waren total verstopft.
Also hat mein Einbalsamierer seine Pinzette genommen, um die Verstopfung herauszuziehen. Und er zog und zog und zog, heraus kam ein komplettes weißes, faseriges, tintenfischartiges Gerinnsel, das sich über die gesamte Länge des Beins erstreckte, vom oberen Teil bis hinunter zum Knöchel. Und weil es so ist, daß die Gefäße immer enger werden, je weiter man zum Knöchel hinuntergeht, ist es also kein Problem, ein großes Gerinnsel hochzuziehen, da es sich um ein großes, langes, kegelförmiges, keilartiges Gebilde handelt.
Wenn Sie es in die andere Richtung ziehen würden, wäre das nicht möglich. Aber man kann es hochziehen. Und das war der Moment, als wir es zum ersten Mal bemerkten. Und wir haben etwa ein halbes Pfund aus diesem jungen Burschen herausgeholt. Ich kann Ihnen die Fotos zeigen und sie Ihnen zur Verfügung stellen, wenn Sie wollen. Es ist natürlich ziemlich beunruhigend ... Nun, ich bin seit 18 Jahren Bestatter.
Zu diesem Zeitpunkt waren es 14 oder 15 Jahre. Ich hatte sieben Jahre lang für den Gerichtsmediziner bei der Leichenbergung gearbeitet. Ich habe also viel Erfahrung damit, wie das Innere und Äußere von Menschen aussieht, denn ich habe sie in Einzelteilen von der Straße aufgelesen, wenn sie erschossen oder von einem Lastwagen überfahren wurden. Ich weiß, was normal ist und was nicht. Und ich kenne vielleicht nicht den lateinischen Ausdruck für jeden Nerv und jede Faser, aber ich kenne mich mit dem Körper aus.
Mein Einbalsamierer ist vom "British Institute of Embalmers" zertifiziert; er ist "BIE-registriert". Und er macht das jetzt seit 25 Jahren. So etwas hatte auch er noch nie gesehen. Ich wußte also schon Mitte 2021, was passiert war. Und so schickte ich eine E-Mail an meinen

örtlichen Gerichtsmediziner, in der Hoffnung, eine Datenspur zu finden.
Und ich sagte zu ihm: "Hören Sie, wir hatten diesen jungen Mann hier, wir haben ihn bei Ihnen abgeholt. Ich weiß, er wurde obduziert und Sie haben die Obduktion durchgeführt. Wir haben eine Menge wirklich ungewöhnlicher weißer Faserklumpen in ihm gefunden. Ich weiß, daß Sie diese gesehen haben müssen, weil Sie ihn vor uns bekommen haben. Wir haben Proben genommen. Möchten Sie diese Proben haben? … Was ist das?" Ich bekam keine Antwort auf diese E-Mail, was sehr ungewöhnlich war. Sonst bekam ich immer binnen einer Stunde eine Antwort.
(Interviewer:) Kein Interesse.
(John O'Looney:) Genau. Vier Tage später erhielt ich einen Anruf von einer der Bürodamen. Diese Damen sind Büroangestellte. Sie arbeiten nicht mit Verstorbenen, sie schauen nicht auf das Physische, sie müssen auf die Zahlen schauen und wissen, daß etwas nicht stimmt. Ob man ihnen gesagt hat, daß es COVID ist und sie es glauben, ich weiß ich nicht, aber ...
(Interviewer:) Das war Ihr Büro?
(John O'Looney:) Nein, das des Gerichtsmediziners. Und sie sagte: "Oh, hallo John, es geht um deine E-Mail, die du neulich geschickt hast. Ich habe mit dem Pathologen gesprochen, und er sagte mir, ich solle dir ausrichten, mach dir keine Sorgen. Das ist völlig normal, dieses Zeug wächst postmortal in den Menschen. Nach dem Tod füllen sich bei manchen Menschen die Arterien mit Gummi."
(Interviewer:) Ich habe dieses Argument in den Kommentarspalten gesehen, so unter dem Motto: "Ach, Quatsch, das ist doch ganz normal."
(John O'Looney:) Ja, es gibt verschiedene Arten von Gerinnseln. Aber ich hätte sie schon einmal gesehen. Ich würde doch nur Bedenken über etwas äußern, das ich noch nie gesehen habe.
(Interviewer:) Du machst das seit 18 Jahren!
(John O'Looney:) Es war nicht einmal eine Abwandlung des Spektrums, was ich erwartet hätte zu sehen. Und ich habe verschiedene Proben. Ich werde sie Ihnen zeigen, Sie können einen Blick darauf werfen. Mein BIE-registrierter Einbalsamierer hat genau das Gleiche gesagt. Er sagte: "So etwas habe ich noch nie gesehen. Das ist grauenhaft."
(Interviewer:) Sie können also eindeutig sagen, daß Sie in Ihrer frühen Karriere - in Ihrer Karriere noch nie …
(John O'Looney:) Niemals! Ich habe noch nie etwas gesehen, das diesem Zeug auch nur annähernd gleicht!
(Interviewer:) Und dann kommen diese Fälle einfach rein.
(John O'Looney:) Ja, laufend. Und jetzt ist das Alltag. Wir finden das ständig in den Menschen. Aber was ich jetzt beobachte ist, weil ich mich geäußert habe. Ich weiß, daß der Gerichtsmediziner weiß, daß ich mich geäußert habe, und ich vermute, daß sie die Leichen reinigen, bevor sie sie an mich weitergeben, allerdings nur die Obduktionsfälle. Also sie können das nicht mit jemandem machen, den sie nicht obduziert haben. Also ich finde diese Gerinnsel nicht mehr bei den Obduktionsfällen.
Wenn ich Sie jetzt auf einen Tisch legen und Ihren Körper betrachten würde, dann wäre das ein sehr einfacher Aufbau. Der menschliche Körper ist sehr einfach. Sie haben eine Hauptarterie in jedem Bein und in jedem Arm. Mit etwas Übung ist es sehr einfach, diese zu säubern, und man wird schnell effizient dabei. Und ich weiß, daß sie das tun, denn wir finden das jetzt nicht mehr bei Obduktionsfällen. Aber bei den normalen Fällen schon.
Und hier ist die Erklärung für jeden, der auch nur am Rande etwas mit Ingenieurwesen zu tun hat oder sich ein physikalisches Konzept vorstellen kann. Stellen Sie sich vor, Sie schneiden eine Arterie auf, setzen eine Pumpe ein, pumpen mit Druck die Flüssigkeit hinein.
Und wenn Sie dann die Düse herausziehen, entsteht für einen Moment ein Gegendruck. Und

der spuckt diese Gerinnsel wie Spaghetti aus der Halsschlagader heraus. Es sind Gerinnsel in der Größe der Halsschlagader, weil sie auf die Größe des Gefäßes anwachsen, in dem sie sich befinden.
Ich habe mich mit verschiedenen Leuten in Verbindung gesetzt. Ich weiß, was es ist. Es ist der Mechanismus (des Körpers), der für die Gefäß-Reparatur einsetzt. Und den haben sie mit dieser Gentherapie gekapert und lassen diesen auf Hochtouren laufen, so daß Narbengewebe gebildet wird, und es wächst und wächst, bis es verstopft. Und was passiert dann?
Man hat einen Herzinfarkt. Oder man hat einen Schlaganfall. Oder man erfährt, daß man Lungenkrebs hat, weil man kurzatmig ist, weil die Lunge voll davon ist. Aber das ist es gar nicht. Es sind diese weißen Gerinnsel. Ihr Körper wird durch die Gentherapie gezwungen, diese zu produzieren.
(Interviewer:) Okay. Also möglicherweise eine Gegenreaktion. Es klingt, als seien diese tintenfischartigen Gerinnsel so groß wie die Arterien selbst.
(John O'Looney:) Nicht die volle Größe. Denn wenn man darüber nachdenkt, brauchen wir den Blutkreislauf zum Leben. Wenn zum Beispiel Ihr Blutdruck steigt und Sie kurzatmig werden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß dieses Zeug in Ihnen wächst und Ihre Arterien verengt.
(Interviewer:) Aber man ist noch am Leben.
(John O'Looney:) Ja, genau. Und wenn es zu dem Punkt kommt, an dem man das Leben nicht mehr aufrechterhalten kann, dann hat man einen Schlaganfall.
(Interviewer:) Ja, genau. ... Ich dachte, das würde für die Theorie "sie wachsen, nachdem du tot bist" sprechen. Aber nein, man kann mit diesem in sich wachsenden Zeug leben.
(John O'Looney:) Hören Sie, es wurde uns gesagt, daß Ärzte nicht mehr zu Todesfällen kommen, weil sie den NHS (National Health Service) schützen und die Sicherheit der Ärzte gewährleisten müßten. Das bedeutete, wenn jemand in einem Pflegeheim starb, riefen sie den Arzt an, und dieser ließ den Bestatter anrufen, damit er die Leiche abholt. Ich war dann innerhalb einer halben Stunde vor Ort. Oft traf ich die Familie und sagte: "Ich weiß, es ist ein schwieriges Gespräch. Es ist Wochenende. Ich werde Ihre Mutter nach Hause bringen. Soll ich Ihre Mutter einbalsamieren lassen, damit sie in perfektem Zustand ist? Meistens sagten sie ja.
Ich war also dabei, die Verstorbenen innerhalb einer Stunde nach ihrem Tod einzubalsamieren. Wären sie ansteckend gewesen, hätte ich COVID bekommen und wäre gestorben. Sie wären sicherlich nicht innerhalb einer Stunde nach ihrem Tod mit diesen weißen Klumpen gefüllt gewesen, wenn sie erst nach dem Tod wachsen würden. Nichts wächst in deinem Körper, wenn du stirbst. Nichts! Verwesung, Schimmel, vielleicht eine Art von Schimmelsporen könnte wachsen, wenn du anfängst, dich aufzulösen, und wir zur Erde zurückkehren, von der wir gekommen sind.
Das ist ein natürlicher Prozeß. Weißer "Gummi" in Ihren Arterien ist kein natürlicher Prozeß! Und ich habe so etwas vor der Einführung des Impfstoffs nie gesehen! Erst etwa ab Mitte 2021. Und nun gehöre ich zu einer Gruppe von Bestattern und Einbalsamierern, es werden immer mehr, die alle davon sprechen, daß sie genau das sehen. Richard Hirschman und viele, viele andere.
(Interviewer:) Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen.
(John O'Looney:) Ja. Ich kann Ihnen eine E-Mail-Liste mit Namen geben. Es ist eine wachsende Zahl.
(Interviewer:) Waren Sie der erste in England?
(John O'Looney:) Ich war wahrscheinlich einer der ersten weltweit.
(Interviewer:) Weltweit.
(John O'Looney:) Warum war das so? Ich denke, weil ich es gesehen habe. Wenn man etwas

sieht, ich würde es vielleicht so beschreiben: Stellen Sie sich vor, Sie stehen vor einem Hügel, der sich mitten auf dem Weg befindet und Sie reden mit Leuten, die mit dem Rücken zu diesem Hügel stehen und Sie sehen einen außer Kontrolle geratenen Müllwagen anrollen. Stehen Sie dann einfach da und sagen nichts, bis er kommt und gehen dann einfach aus dem Weg oder sagen Sie: Moment, was macht denn dieses Müllauto da?!
Ich sehe hier ein echtes Verbrechen historischen Ausmaßes vor mir, und die Menschen sterben voller tintenfischartiger Klumpen, die unnatürlich sind. Ich habe sie noch nie gesehen. Seit ich mich geäußert habe, äußern sich immer mehr Leute in gleicher Weise. Ist das nun Massenhysterie oder ist da wirklich etwas dran?
Und was noch beunruhigender ist als die Tatsache, daß ich diese Klumpen finde, ist die Reaktion der Leute, die eigentlich dafür bezahlt werden, uns zu schützen. Sie tun es ab und ignorieren es, dabei kann ich Ihnen unzählige Röhrchen und Beweise zeigen, physische Beweise, über die sie nicht einmal reden wollen.
Es spiegelt sich auch in den Zahlen der Übersterblichkeit wider. Bei den unter 14-Jährigen ist sie um etwa 30 % gestiegen. Es ist nicht zu leugnen, und diese Leute tun immer noch so, als gäbe es das alles nicht. In der Zwischenzeit erleben wir in allen Industrieländern, in denen diese Übersterblichkeit auftritt, eine noch nie dagewesene Anzahl junger gesunder Männer aus anderen Ländern. Sie ersetzen uns durch Männer von außerhalb des Landes. In Amerika gibt es viele Millionen - Millionen strömen nach Amerika. Genau das Gleiche passiert in Europa. Warum ist das so? Was ist da los? Niemand will darüber sprechen. Nein, nein. Das ist natürlich besorgniserregend.
Nun, ich habe zwei Möglichkeiten. Entweder ich sage nichts und mache weiter mein Geschäft, oder ich erhebe die Stimme, denn ich möchte tatsächlich eine Zukunft für meine Kinder haben, und ich erkenne, was hier gespielt wird. Und ich habe mit einer wachsenden Anzahl von Menschen gesprochen. Ich glaube, immer mehr Menschen sehen das so. Was werden wir dagegen tun? Denn hier haben wir keinen zweiten Verfassungszusatz (Zweiter Verfassungszusatz in den USA: das Recht, Waffen zu tragen). Niemand hat irgendwelche Waffen. Was könnten wir denn tun, außer unsere Zustimmung zu verweigern und ihnen den Rücken zuzukehren? Ich denke, genau das wird es sein.
(Interviewer:) Also, die Leute, die das einfach so abtun, während die Beweise sich häufen und immer größer werden … Machen diese Leute sich etwas vor? Oder sind einige von ihnen tatsächlich so böse - wohl wissend, was vor sich geht?
(John O'Looney:) Es gibt verschiedene Leute mit unterschiedlichen Interessen. Geld war schon immer der Hauptgrund für solch ein Verhalten. Um Ihnen eine Vorstellung davon zu geben: Die Ärzte erhielten hier für jede Impfung 10 Pfund bis zu einem Maximum von 100 Impfungen pro Tag, bevor sie besteuert wurden. Also 1.000 Pfund täglich, steuerfrei, 5.000 britische Pfund pro Woche, steuerfrei. Sie waren also hinter diesem Betrag her. Ihre Praxen wurden mit Boni bezahlt.
Wenn sie also das Level von 60 % ihrer Patienten erreichten, bekamen sie eine hohe Bonuszahlung. Wenn sie 70 % erreichten, bekamen sie einen weiteren Bonus. Die Pharmaunternehmen bieten hohe Rabatte auf Medikamente an, wenn sie Mittel wie Midazolam und Remdesivir einnehmen. Und diese Leute folgen natürlich einfach den Richtlinien der Regierung. Sie tun, was man ihnen sagt. Nach dem Motto, es ist eine Pandemie im Gange, wir haben die Chance, einen Haufen Geld zu verdienen. Und warum sollten wir das nicht tun?
(Interviewer:) Nun, vielleicht aus Furcht vor Gott?
(John O'Looney:) Nun ja, aber ich glaube nicht, daß sie es eher erkannten. Ich glaube, die meisten Menschen sind von Natur aus gut. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch hier kommen Menschen mit unterschiedlichstem Lebenswandel an: Idioten sterben, Arschlöcher sterben, Vergewaltiger sterben, Mörder sterben, Menschen, die gut sind, sterben, Menschen, die

schlecht sind, sterben. Aber die große Mehrheit von uns ist im Grunde genommen gut. Daher denke ich, daß es sehr schwierig ist, die Menschen davon zu überzeugen, daß die Leute in der Gesellschaft, denen wir am meisten vertrauen, in Wirklichkeit eine Bevölkerungsreduktion orchestrieren.
(Interviewer:) Eine Reduktion, ja?
(John O'Looney:) Ja. Das ist der Fall. Und die Agenda 2030 ist sehr, sehr real. Ich hatte Ärzte hier, die mir gegenüber offen zugegeben haben - eine ganze Reihe von Ärzten, nicht einer, nicht zwei, sondern ein Dutzend Allgemeinmediziner, die hergekommen sind, um Einäscherungspapiere auszufüllen. Und sie haben tatsächlich an diesem Gerät da vorne gestanden und sie dort ausgefüllt. Und es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich mit ihnen zu unterhalten - ich habe sie gefragt, ob sie einen Anstieg der Sterberate bei Geimpften feststellen. Und sie haben alle den gleichen Blick. Und dieser Blick ist universell. Sie schauen so, weil sie entsetzt darüber sind, daß Sie es wissen. Und dann schauen sie auf den Boden. Jeder von ihnen mit genau dem gleichen Blick, denn sie wissen es! Sie wissen es!
(Interviewer:) Und dann gehen sie nach Hause und schlafen wieder gut?
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Und dann bedanken sie sich bei mir und sagen, es war schön, mich zu sehen. Sie nehmen einen Scheck und gehen zur Tür hinaus, als hätten wir über das Wetter gesprochen. Die letzte war eine Allgemeinmedizinerin, die hier war. Sie fragte: "Hatten Sie viel zu tun?" Und ich sagte: "Ja sicher, natürlich bin ich beschäftigt! Wir haben eine Menge Geimpfte, die sterben, nicht wahr?"
Sie sagte: "Ja, ja, was für eine schreckliche Welt!" Das war ihre Antwort, es ist eine schreckliche Welt. Aber es ist eine schreckliche Welt, die sie möglich machen. Es ist zu spät! Diese Menschen sind jetzt geimpft worden. Sie sind tickende Zeitbomben, verstehen Sie? Es wurde gesagt, daß einige von ihnen in der Anfangsphase Placebos erhalten haben. Und die Idee dahinter war, sie als Impfbefürworter zu rekrutieren. Lassen Sie mich das erklären. Wenn Sie sich impfen lassen würden und ein Placebo bekämen, welche Nebenwirkungen hätten Sie dann?
(Interviewer:) Null.
(John O'Looney:) Keine. Sie gehen also nach Hause und erzählen jedem, wie wunderbar es war ...
(Interviewer:) Das ist in Ordnung. Ja. Sehen Sie mich an, ich bin gesund.
(John O'Looney:) … und es macht Ihnen nichts aus, sich die nächste zu holen … und die nächste, und die nächste. Und jedes Mal spielst du russisches Roulette, klick! Wie oft kann man das machen, bevor man einen tödlichen Schuß bekommt, bevor man die klumpenbildende Spritze bekommt oder die, die den Krebs verursacht?
Auf dem Treffen in Westminster wurde detailliert erklärt, wie das Ganze abläuft. Mit dem Krebs ist es so, daß dieser ständig in unser aller Körper wächst und unser Immunsystem, unsere T-Zellen, halten ihn in Schach. Und die gottgegebenen T-Zellen, die im Körper umherwandern, bemerken, oh, da ist eine Krebszelle, und sie töten sie. Und diese Gentherapie - denn es sind keine Impfstoffe, sondern eine Gentherapie - schaltet diese Reaktion aus. Deshalb haben wir so viele Menschen, die Krebs im Stadium 4 haben.
(Interviewer:) Weil unsere Krebsbekämpfungszellen ausgeschaltet wurden ...
(John O'Looney:) Ja, der Krebs wächst unkontrolliert. Es gibt keine T-Zellen, die ihn bekämpfen, weil sie ausgeschaltet wurden. Und so geschieht es. Und das habe ich sogar hier im Beerdigungsinstitut festgestellt. Die Situation mit dem Krebs vor der Covid-Spritze sah anders aus. In einem kleinen Bestattungsunternehmen wie dem meinen …
Also bei einem großen Bestattungsunternehmen, da gibt es so viele Leute, daß meine Aufgabe im Hintergrund und am Tag der Beerdigung liegen würde. Ich würde also die Familie erst am Tag der Beerdigung kennenlernen. Aber hier mache ich alles. Der erste Anruf, den ich entge-

gennehme, ist der eines verweinten Verwandten: Ich habe meine Mutter verloren. Also fahre ich mit meiner Frau zu dem Haus und wir holen sie ab, und ich beginne sofort, eine Beziehung aufzubauen.
(Interviewer:) Ich kann das sehen, all diese Karten und Briefe hier.
(John O'Looney:) Ja! Ich hänge sie dort hin, damit die Leute Vertrauen gewinnen. Ich weiß, was ich tue. Ich habe es nicht nötig, mich selbst zu loben. Ich weiß, wie schwer es für jemanden ist, seine Mutter, seinen Vater oder ein Kind hier zu lassen. Deshalb hänge ich diese Zettel auf, weil ich weiß, daß sie sie lesen werden und es ihnen dann besser geht, ihre Mutter oder ihren Vater mir zu überlassen. Ich verbringe viel Zeit in diesem Büro und denke darüber nach, was ich für andere Menschen tun kann. Deshalb habe ich auch meine Stimme erhoben. Ich habe das nicht für mich getan, wissen Sie. Ich höre Leute, wie sie mir sagen: "Wir zahlen dir ein Rednergehalt."
Ich will kein Geld von niemandem dafür, daß ich das tue. Wieviel Geld habe ich von Ihnen verlangt? Das will ich nicht. Ich bin Hunderte von Kilometern gefahren, um vor Leuten zu sprechen - ich habe es aus eigener Tasche bezahlt. Ansonsten fühlt es sich an wie Blutgeld. Es geht nicht um das Geld. Und ich bin bereit, meinen Arsch aufs Spiel zu setzen, um alle vor dem zu warnen, was sie tun. Denn ich will nicht, daß Menschen sterben. Ich freue mich über alte Männer und alte Damen, die ein erfülltes Leben hatten und ein nachklingendes Vermächtnis hinterlassen haben. Ich will keine Leute in ihren 30ern und 40ern, die zwei- und dreijährige Kinder zurücklassen! Und das erlebe ich jetzt regelmäßig.
Um auf die Sache mit dem Krebs zurückzukommen: Wie ich schon sagte, baue ich eine Beziehung zur Familie auf, weil meine Frau und ich sie die ganze Zeit über begleiten, sogar am Tag der Beerdigung. Man lernt sie also kennen und fragt: "Was ist mit Ihrer Mutter passiert?" Und sie sagen: "Oh, sie hatte Krebs." Und ich sage: "Nun, was ist passiert?". Und dann erzählen sie mir die Krebsgeschichte. Und es war normalerweise eine zwei-, fünf- oder 10-jährige Geschichte. Und jetzt sind es 16 Wochen oder 12 Wochen.
(Interviewer:) Das ist kein Scherz, ja?
(John O'Looney:) Ja. Und ich spreche nicht von den üblichen 60-, 70-Jährigen. Es sind 30-, 40-, 50-Jährige! Menschen, die üblicherweise nicht an Krebs sterben, sterben jetzt in einem Bruchteil der Zeit.
(John O'Looney:) Ja. Und es ist gut dokumentiert. Es ist weltweit so gut dokumentiert, daß sie die Zahlen ständig verheimlichen. Sie formulieren sie um. Hier in Großbritannien heißen sie ONS-Daten; Office of National Statistics. Und sie formulieren sie um, um die Zahlen zu verschleiern, weil sie es wissen. Sie wissen es, und sie lügen und schüchtern die Zeugen ein und verdächtigen sie.
Und warum reden wir immer noch darüber? Wenn nur ich darüber reden würde, würde ich mich selbst betrachten und mich fragen: Bin ich ein Verschwörungstheoretiker? Es ist keine Verschwörung! Das ist es nicht. Es sind zahlreiche, sehr angesehene Leute, weitaus klügere als ich, sprechen jetzt endlich offen darüber und geben zu, daß es ein Problem gibt. Aber ich habe es gesehen. Warum habe ich es früher gesehen? Nicht, weil ich besonders klug bin. Ich bin ein Bestatter.
Also weiß ich, wen ich in die Särge lege. Ich weiß, wer üblicherweise sterben würde und ich weiß, in welcher Anzahl und wann und in welchem Alter, weil ich das schon so lange mache. Es gibt also eine Veränderung in diesem Muster, und ich sehe die Beweise physisch, und dann werde ich zu Treffen mit Politikern eingeladen, die offen zugeben, daß das weit über ihrer Gehaltsklasse liegt und sie es nicht aufhalten können.
Es ist entsetzlich. Und das wird als Verbrechen historischen Ausmaßes in die Geschichte eingehen! Dies ist ein himmelschreiendes Verbrechen! Und ich fühle mich sowohl entsetzt, als auch sehr privilegiert, daß ich zu den Menschen gehörte, die zuerst geschrien haben, denn ich

hoffe, daß ich viele Menschen gerettet habe. Wir werden sehen. Wir werden es sehen.
(Interviewer:) Wer war der Politiker, der aus dem Land gejagt wurde?
(John O'Looney:) Andrew Bridgen.
(Interviewer:) Ja, haben Sie mit ihm gesprochen?
(John O'Looney:) Ja, oft. Er ist gut. Ja, er weiß Bescheid. Er weiß, worum es geht. Er weiß es. Und sie haben ihn runtergemacht und zum Schweigen gebracht. Einer der leitenden Minister, die ihn in die Politik eingeführt haben, hat ihn sogar beschimpft und gesagt: "Sie können sagen, was Sie wollen. Sie werden bald an Krebs sterben." Ja, das hat er tatsächlich zu ihm gesagt. Was mich am meisten enttäuscht, ist, daß wir alle davon ausgehen, daß wir sehr ähnlich ticken, was aber nicht der Fall ist.
(Interviewer:) Denken Sie?
(John O'Looney:) Ja, ja. Ich dachte irgendwie, ich wäre wie alle anderen: Mr. Durchschnitt. Und das bin ich eindeutig nicht. Ich bin ganz anders gestrickt. Was hier vor sich geht, gilt für alle Bestattungsunternehmen. Warum bin ich der Einzige, der sich besorgt äußert? Zumindest in diesem Land. Ich habe ein paar andere kurz an die Öffentlichkeit kommen sehen. Ich habe mit vielen von ihnen gesprochen, die sich privat an mich gewandt haben. Aber wie viele sprechen tatsächlich offen darüber? Nicht viele, und das enttäuscht mich, weil sie wissen, was vor sich geht. Das ist nicht nur hier der Fall.
(Interviewer:) Sind sie verlegen, wenn Sie mit ihnen unter vier Augen sprechen?
(John O'Looney:) Sie sind verängstigt, ja. Sie sind sehr, sehr verängstigt.
(Interviewer:) Und es muß ihnen auch ein bißchen peinlich sein.
(John O'Looney:) Das ist so eine Sache. Wenn ich Sie fragen würde, wie lange Sie ein himmelschreiendes Verbrechen verschweigen können, bevor Sie sich dieses Verbrechens mitschuldig machen, wie lange hätten Sie eine akzeptable Rechtfertigung, selbst unter Zwang? Würden Sie das Geheimnis einen Monat, drei Monate, sechs Monate, ein Jahr, 18 Monate, zwei Jahre, drei Jahre für sich behalten, bevor Sie mitschuldig werden?
Und wenn Sie eine Zahlung erhalten, sind Sie mitschuldig an diesem Verbrechen. Welche Dauer könnte man akzeptabel verteidigen? Könnten Sie sagen, ich dachte, ich könnte meinen Job verlieren, ich hatte Angst? Okay, Angst: vier Jahre lang? Angst, bis 5.000 Menschen tot sind, bis zu 10.000 Toten? Bis zu welchem Punkt geht das?
Mitte 2020 wußte ich, daß wir belogen wurden. Ich wußte nicht, warum. Im Laufe der Zeit wurde es immer klarer. Und dann habe ich natürlich ein fantastisches Netzwerk von Informationen, die ich von Leuten erhalte, die mich haben sprechen sehen. Und ich habe mich mit Leuten getroffen, von denen ich nie gedacht hätte, daß ich einmal mit ihnen sprechen würde. Alex Jones, Robert Kennedy Jr. und so weiter und so fort, Politiker, Polizei und Militär: Warum haben sie sich mit mir beschäftigt? Ich weiß es wirklich nicht. Ich denke, sie hören zu, was ich sage, und mein Standpunkt ist unbestreitbar.
Ich bin an der Front. Ich sah und sehe immer noch, wer stirbt und woran, und was in diesen Menschen drin ist. Und es ist unbestreitbar. Und sie wissen, daß ich aufrichtig bin mit dem, was ich sage. Aufrichtigkeit strömt aus Menschen heraus. Man kann sehen, wenn jemand aufrichtig und ehrlich ist, und man kann sehen, wenn er es nicht ist. Denn wir alle haben diese Eigenschaft in uns als Menschen.
Ich glaube, als menschliches Wesen hat man fünf oder sechs Begegnungen mit Menschen, und dann hat man sich schon eine Meinung über sie gebildet. Und man kann erkennen, ob jemand unehrlich ist. Wenn wir den Politikern zuhören, sehen wir, daß sie nicht ehrlich sind. Sie lügen. Und deshalb ... Die Wahrheit ist heute solch eine Seltenheit, daß es sehr leicht zu erkennen ist, wenn jemand tatsächlich die Wahrheit sagt. Und ich glaube, das ist der Grund, warum die Leute sich mit mir beschäftigt haben. Es gibt nichts Besonderes an mir, in keiner Art und Weise. Ich bin einfach sehr ehrlich und sachlich, und ich habe keine Angst davor, was sie mir

antun könnten. Ich habe keine Angst, weil sie uns bereits alle umbringen.
(Interviewer:) Richtig, richtig.
(John O'Looney:) Die Konsequenzen, die Stimme nicht zu erheben, sind viel schwerwiegender, als wenn man sich diesen Satanisten, diesen Dämonen entgegenstellt und ihnen die Stirn bietet. Denn wenn man das tut, ermächtigt man sich selbst. Und sobald man diese Leute konfrontiert, die wissen, daß man weiß, was sie tun, knicken sie ein. Sie verwelken wie eine Blume in der Sonne. Ja, ich habe es am eigenen Leib erfahren. Ich habe auf einer COVID-Station gelegen und habe zugesehen, wie sie Menschen umgebracht haben.
(Interviewer:) Sagen Sie das noch mal.
(John O'Looney:) Ich habe auf einer COVID-Station gelegen und zugesehen, wie sie aktiv Menschen getötet haben.
(Interviewer:) Also, dieses sogenannte Todesprotokoll, mit den falschen Medikamenten und dem Remdesivir und ...
(John O'Looney:) Ja, ich habe es gesehen! Die Leute müssen nur ... Und genau da liegt das Problem. Jedenfalls haben sie hier eine wirklich wichtige PsyOp (Psychologische Kriegsführungsoperation) durchgezogen.
(Interviewer:) Okay, der Name ...
(John O'Looney:) Das Medikament wird hier unter verschiedenen Markennamen angeboten. Ich glaube, Veklury® ist einer, und Remdesivir ist das britische Pendant.
(Interviewer:) Richtig. Gibt es nicht auch Midazolam?
(John O'Looney:) Midazolam ist ein Beruhigungsmittel. Es wird also hauptsächlich in Pflegeheimen eingesetzt. Gewöhnlich gibt es in Pflegeheimen zwei Gruppen Menschen: chronisch körperlich Behinderte, die sich nicht selbst versorgen können und körperlich sehr Fitte, die aber geistig behindert sind. Die Zeiten sind vorbei, in denen man solche Menschen ans Bett fesselt.
(Interviewer:) Sicher, sicher.
(John O'Looney:) Das wird chemisch mit Medikamenten wie Midazolam gemacht. Midazolam ist auch in einem der Medikamentencocktails drin, die bei der Todesstrafe verabreicht werden, eine von vier oder fünf verwendeten Medikamenten bei der tödlichen Injektion. Und es ist ein Beruhigungsmittel.
Es werden also bestimmte Mengen in diesen Pflegeheimen verwendet. Und hier im Vereinigten Königreich, wo wir ein NHS, ein nationales Gesundheitssystem haben, wird vieles davon mit öffentlichen Geldern bezahlt. Es muß also online veröffentlicht werden. Für diese öffentlichen Gelder gibt es Konten. Man kann einen Antrag auf Veröffentlichung stellen, und es wird Rechenschaft abgelegt. In den Jahren 2020 und 2021 wurde zwischen 300 und 1.000 % mehr Midazolam verwendet. Okay. Und es wurde alles verwendet.
(Interviewer:) Das ist sehr brisant!
(John O'Looney:) Ich könnte mich nicht mehr im Spiegel ansehen, im Wissen, daß ich mich mitschuldig am Tod von Kindern und unschuldigen Menschen gemacht hätte. Also, wissen Sie, ich bete die meisten Tage, normalerweise auf dem Weg zur Arbeit im Auto. Und ich habe wirklich das Gefühl, daß ER mich führt. Und das bedeutet nicht, daß ich ein religiöser Spinner bin. Es bedeutet nur, daß ich gerne nach einem moralischen Kompaß lebe und die Menschen so behandle, wie ich glaube, daß es IHN ehren würde, und daß ich versuche, diese Erde ein bißchen besser zu verlassen, als sie war, als ich auf die Welt kam.
(Interviewer:) Wunderbar. Ja. John O' Looney, ich danke Ihnen vielmals für dieses Interview! Es war mir ein Vergnügen.
(John O'Looney:) Mir auch. Ich danke Ihnen. Danke, daß Sie zugehört haben.
(John O'Looney:) In Großbritannien wird wirklich alles vom Gerichtsmediziner erledigt. Und wenn ich zum Beispiel darum gebeten werde, die weißen Blutgerinnsel - ich habe Proben, die

ich Ihnen zeigen kann - zur Analyse wegzuschicken, gibt es keinen Ort, an den man sie schikken könnte. Denn alle Labore werden von der Regierung betrieben. Es gibt kein privates Labor, wie es in Amerika der Fall wäre.
(Interviewer:) Um diese Proben zu analysieren, die Sie gesammelt haben?
(John O'Looney:) Ja. Ich habe also jede Menge dieser weißen Faserklumpen, die ich aus den Arterien der Verstorbenen, verstorbener Menschen herausgezogen habe. Ja ...
(Interviewer:) Wäre es für uns koscher, das zu sehen?
(John O'Looney:) Ja. Ja, natürlich. Ja. Ich kann sie holen. Okay.
(John O'Looney:) Jedes dieser Fläschchen steht also für eine Person.
(Interviewer:) Im Ernst?
(John O'Looney:) Ja.
(Interviewer:) Jetzt schaue ich mir das hier an, und es ist fast das Gleiche wie in dem Video, nur daß es in dem Video rot ist.
(John O'Looney:) Ja. Sie sind also zunächst rot, wenn sie herauskommen. Aber wenn man sie dann abwäscht, sind sie darunter weiß. Sie sind in Formalin konserviert, das ist Formaldehyd. Wenn sich Spuren von Blut darauf befinden, werden sie im Formaldehyd verbrannt und werden schwarz. Die weißesten Exemplare sind also diejenigen, die am saubersten waren, als sie in die Lösung kamen. Diejenigen, die einen Hauch von Schwarz aufweisen, sind Reste von Blut, denn sie stammen offensichtlich aus Arterien.
Und Sie werden feststellen, daß sie alle mehr oder weniger die gleiche Größe haben. Das liegt daran, daß sie alle aus den Halsschlagadern, speziell im Hals entnommen wurden. Keiner dieser Fälle war also obduziert worden. Und wir haben die Einbalsamierung nur ausgehend von der Halsschlagader vorgenommen. Wie ich bereits sagte, entsteht beim Einsetzen der Pumpe und beim Zurückziehen der Pumpe ein Gegendruck, und das hier wird aus den Arterien "ausgespuckt". Das sind also keine Arterien. Das ist das, was in den Arterien war.
(Interviewer:) Und so etwas haben Sie vor der Impfung nie gesehen?
(John O'Looney:) Niemals! Niemals! Und ich habe einen BIA-registrierten Einbalsamierer, der seit 25 Jahren einbalsamiert, der das auch noch nie gesehen hat. Und unzählige andere Ärzte und Einbalsamierer, mit denen ich gesprochen habe. Ich werde jetzt jede Woche zu Treffen eingeladen, virtuellen Treffen, an denen bis zu 100 Fachleute teilnehmen. Sie alle sehen es jetzt. Leider wird es für viele zu spät sein.
(Interviewer:) Hat dieses Zeug eine Art ... Geht es nur mir so, oder hat es einen seltsamen, unheimlichen Anblick? Sehen Sie sich das an.
(John O'Looney:) Das ist wirklich so. Wenn man es aus den Arterien herauszieht, ist es sehr unheimlich. Wenn man weiß, wo es herkommt … ja, ganz sicher.
(Interviewer:) Ich meine, es sieht fast so aus, als ob es halb lebendig ist, wenn wir es betrachten.
(John O'Looney:) Nun, ich habe ein paar Tests damit gemacht. Wir haben versucht, Spannung hindurchzuleiten, sie geht nicht durch. Wir haben es auch mit einem Magneten versucht, um zu sehen, ob es magnetisch ist, das hatte keinerlei Wirkung. Aber die Wirkung ist eindeutig, daß die Arterien blockiert werden.
(Interviewer:) Richtig, richtig.
(Kameramann:) Ich habe gehört, daß die Leute sagen, es sei das Spike-Protein.
(John O'Looney:) Nun, ich bin irgendwie … Ich habe mich mit einer Gruppe von Leuten zusammengetan, die ziemlich ... man sollte sagen, Experten sind. Und ich kann nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber sie vermuten, daß die Gentherapien, um die es sich bei diesen Impfstoffen handelt, die Fähigkeit des Körpers, Narbengewebe zu produzieren, aktiviert haben. Und das ist Narbengewebe: Fasern, die produziert werden, um beschädigte Gefäße zu reparieren. Aber sie bringen es zum Überdrehen.

Es repariert also nicht nur ein Gefäß. Es wächst weiter, bis es das Gefäß blockiert. Man hat sich also den natürlichen Prozeß des Körpers zunutze gemacht und ihn in den Turbomodus versetzt mit dem Ziel, die Menschen zu töten. Und wie sieht dieser Tod aus, wenn man eine verstopfte Arterie hat, was passiert dann? Man bekommt einen Herzinfarkt. Man bekommt einen Schlaganfall. Das sind normale Todesfälle.
(Interviewer:) Und schauen Sie sich die übermäßig große Anzahl von Herzinfarkten, Schlaganfällen und Blutgerinnseln an.
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Natürlich!
(Interviewer:) Kürzlich rief mich ein Freund in meinem Alter an; ein gesunder Mann, aktiv, stark - stark wie ein Ochse - und sagte: "Ja, ich bin kurzatmig, ich hatte Probleme. Ich bin schließlich zum Arzt gegangen, und sie haben diese langen Gerinnsel in meinem Bein gefunden." Und er hat alle Booster bekommen.
(John O'Looney:) Ja, ja. Und es sind keine herkömmlichen Gerinnsel. Die bekommt man also nicht mit Heparin und ähnlichen Medikamenten weg. Es wird nicht funktionieren. Es ist eine völlig andere Formel. Ja, es wird nicht funktionieren.
(Interviewer:) Du brauchst eine Operation.
(John O'Looney:) Ich habe gesehen, wie sie von lebendigen Patienten entfernt wurden. Ich habe Videos davon erhalten. Dr. Richard Hirschman wird Ihnen mehr darüber erzählen, wenn Sie mit ihm sprechen. Er hat mit einem Chirurgen zusammengearbeitet. Er hat sie aktiv aus lebendigen Patienten, also aus Geimpften herausgezogen. Es ist also so etwas wie das am schlechtesten gehütete Geheimnis des Gesundheitswesens. Ja, sie wissen es alle. Sie wissen alle ...
(Interviewer:) Sie wissen es alle.
(John O'Looney:) Ja, sie wissen es. Ich würde sagen, 90 % von ihnen wissen es. Ich denke, ein guter Anhaltspunkt ist, daß vor kurzem die Zahlen über COVID-Impfauffrischungen veröffentlicht wurden. Und 71 % der NHS-Mitarbeiter haben eine Auffrischungsimpfung verweigert. Wir sprechen also von mindestens 7 von 10. Sie wissen, daß Sie sich nicht impfen lassen sollten. Das sagt doch eigentlich alles, was man wissen muß, oder nicht? Ich würde vermuten, daß 30 % wahrscheinlich Büroangestellte, Reinigungskräfte und so weiter sind. Sie kennen die klinischen Ergebnisse der Geimpften nicht. Aber 71 % der NHS-Mitarbeiter ...
(Interviewer:) ... haben die Boosterimpfung abgelehnt.
(John O'Looney:) Ja, sie haben sie abgelehnt.
(Interviewer:) Weil sie es wissen.
(John O'Looney:) Ja, natürlich wissen sie es! Ich hatte sie genau an dieser Stelle hier stehen. Ich zeige Ihnen jetzt mein Telefon. Natürlich kann ich diese Namen und Adressen aus juristischen Gründen nicht veröffentlichen. Aber ich habe auch Krankenschwestern gebeten, sich bei mir zu melden, als ich das sah, was ich gesehen habe.
(Interviewer:) Oha. Das ist eine Liste derer, die sich zu diesem Thema an Sie gewandt haben?
(John O'Looney:) Ja. Ja! Wie ich schon sagte, es sind die Geimpften, die sterben. Ich hatte schon Krankenschwestern, die am Telefon geweint haben. Einige von ihnen haben mir zum Beispiel gesagt, daß sie 12 Patienten auf der Station mit Blutgerinnseln in den Armen hatten. Das sind Zahlen, die einfach nur … Das ist unmöglich. Es ist statistisch unmöglich, es sei denn, die Impfung hat das hervorgerufen.
Aber was noch beunruhigender ist, ist die Reaktion der Leute, die dafür bezahlt werden, uns zu schützen. Sie wissen es, sie wissen es! Ich hatte Ärzte, die genau an dieser Stelle standen. Sie geben es offen zu. Ich hatte einen anderen Arzt, der stand dort. Sie geben zu, sie geben es offen zu. Sie geben es offen zu. Und sie sind entsetzt. Und dann haben sie alle den gleichen Blick, sie schauen auf den Boden und sagen dann: Alle wissen es. Und mit "alle" meinen sie, daß es alle Ärzte wissen. Also werden sie dir Spritzen verabreichen, die sie sich selbst nicht

geben würden. Ja, weil sie es müssen, weil es ihr Job ist.
Wissen Sie, mein Sohn ist 13, fast 14, und er geht seit zwei Jahren auf eine örtliche weiterführende Schule. Vor zwei Jahren kam er auf die weiterführende Schule. Und ich habe präventiv die Schule angeschrieben. Ich habe ihnen eine E-Mail geschickt, wo ich schrieb: "Ich weiß, daß Sie eine Impfrichtlinie haben. Sie fassen mein Kind nicht an!" Damit sie in Kenntnis gesetzt sind, denn ich bin nicht zugegen. Und mein Sohn war erst 11, glaube ich, als er dort auf die Schule kam. Und sie haben nicht auf meine E-Mail geantwortet.
Wie auch immer, ich glaube, vier Tage später erhielt ich einen Anruf. Und sie sagte zu mir: "Hallo, ich heiße Sarah und bin die Impf-Krankenschwester an der Hazeley School." Hazeley School in Milton Keynes, um das festzuhalten. Ich sagte also "Hallo". Und ich nahm mir die Zeit, ihr zu erklären, was ich als Bestattungsunternehmer gesehen hatte, wie die Geimpften starben und welche Begegnungen ich gehabt hatte. Und ich dachte, sie würde mich für einen Spinner halten. Aber sie sagte: "Ja, ich kenne die Risiken."
Und ich sagte: "Okay." Ich sagte: "Also Sarah, können Sie mir sagen, ob Sie selbst Kinder haben?" Sie sagte: "Ja, ich habe zwei." Ich glaube, sie waren 10 und 8 Jahre. Ich fragte: "Und würden Sie Ihre Kinder impfen lassen?" Sie sagte: "Oh nein." Ich sagte: "Okay." Ich sagte: "Sie kennen also die Risiken. Sie haben selbst zwei Kinder, die Sie nicht impfen lassen würden, aber meine schon?" Sie sagte: "Ja, das ist mein Job." Die sind verdammt wahnsinnig. Diese Leute sind wahnsinnig, sie sind wahnsinnig - weil es ihr Job ist. Sie sehen darin kein Unrecht. Es ist ihr Job. Und das ist ein häufiges Thema, das ich immer wieder höre. Nun, sie wissen es, aber es ist ihr Job.
(Interviewer:) Und sie weiß es nicht nur, sondern für sie ist es so eine Selbstverständlichkeit.
(John O'Looney:) Nun, sie würde es nicht mit ihren eigenen Kindern machen lassen, aber mit deinen Kindern. Und dann freundlich lächeln. Und sie haben dort Unterricht. Eine der gefährlichsten Impfungen für junge Menschen ist die HPV-Impfung, richtig? Lassen Sie mich Ihnen eine Geschichte erzählen. Ich habe die Frau, die an der Entwicklung dieses Impfstoffs beteiligt war, in Westminster getroffen. Sie war in ihren 20ern und beriet die Regierung, okay?
Und ich fragte sie, wie es dazu kommen konnte, daß sie jetzt als angebliche "Verschwörungstheoretikerin" auf unserer Seite stehe. Also erzählte sie mir die Geschichte: Sie war an der Entwicklung des HPV-Impfstoffes beteiligt. Als er kurz vor der Fertigstellung stand, bemerkte sie, daß er zwar einen winzigen Schutz gegen Gebärmutterhalskrebs bieten würde, denn dafür wurde er entwickelt; für junge Mädchen und gegen Gebärmutterhalskrebs.
Ein Prozent ist aber - ein Prozent ist genug, um das Etikett zu erhalten, um es als Mittel gegen Krebs zu kennzeichnen. Das Gleiche gilt für Statine (Arzneistoffe, die als Cholesterinsenker bzw. Lipidsenker eingesetzt werden), die nur ein Prozent Nutzen haben, aber das genügt schon.
(Interviewer:) Nur ganz kurz, ist der HPV-Impfstoff nicht derjenige, der nur für ein sexuell aktives Mädchen von Bedeutung sein könnte?
(John O'Looney:) Ja, so ist es.
(Interviewer:) Ja, genau.
(John O'Looney:) Sie geben ihn also 12-, 13-jährigen Mädchen.
Jedenfalls sagte sie, daß es zwar einen gewissen Schutz gegen Gebärmutterhalskrebs biete, aber die Unversehrtheit des Gebärmutterhalses gefährdet. Und das würde bedeuten, daß diese Mädchen schwanger werden könnten, aber wenn sich das Baby entwickelt und es ins zweite oder dritte Trimester der Schwangerschaft kommt und das Gewicht nach unten drückt, würde der Gebärmutterhals reißen.
(Interviewer:) So daß sie im Grunde unfruchtbar würden.
(John O'Looney:) Ja, sie würden das Kind verlieren. Also ging sie zu ihren Chefs und erklärte das. Und ihr Chef sagte: "Psst, psst!" Sie ist aber ein intelligentes Mädchen. Sie hat keinen

Staub aufgewirbelt, sie ging einfach weg. Dann hat sie den Impfstoff optimiert, so daß er einen viel besseren Schutz gegen Krebs bot und den Gebärmutterhals überhaupt nicht schädigte. Und dann ging sie zurück zu ihrem Chef, nicht mit einem Problem, sondern mit der Lösung, denn Chefs mögen keine Probleme, sie wollen Lösungen. Und sie haben sie sofort entlassen: "Räumen Sie Ihren Schreibtisch!"
(Interviewer:) Unter dem Motto: "Wir sind darauf aus, Menschen zu töten, also kommen Sie uns nicht in die Quere!"
(John O'Looney:) Also, es funktioniert folgendermaßen: Ein totes Baby ist für "Big Pharma" 40.000 Dollar wert, weil sie die Organe dieser Kinder entnehmen. Sie "ernten" also die Leber, um neue Leber-Medikamente zu entwickeln. Was glauben Sie, wie sie ein Leber-, Nieren- oder Herzmedikament herstellen? Sie machen das aus abgetriebenen Föten; MVs. Ja, genau dafür sind sie da. Der HPV-Impfstoff wurde also entwickelt, um die Zahlen niedrig zu halten und um die Nachfrage nach toten Babys für "Big Pharma" zu decken. Ja! Ja!
Als ich noch als Bestattungsunternehmer für Co-op Funeral Care (größter Bestattungsdienstleister im Vereinigten Königreich) gearbeitet habe, habe ich den so genannten "Baby-Run" gemacht. Ich mußte dazu zum John Radcliffe Hospital in Oxford (großes Lehrkrankenhaus in Oxford, England). Ich fuhr einmal im Monat dorthin und holte zwischen einem und vier Babys ab. Sie waren immer aus dem vierten bis sechsten Schwangerschaftsmonat. Sie waren also Frühchen. Und es war offensichtlich, warum sie starben, denn ihre Lungen waren noch nicht entwickelt.
Aber jedes einzelne von ihnen war vollständig obduziert worden, denn sie ernten die Organe der Babys ab. Und das ist es, worum es geht. Jetzt bieten sie diesen HPV-Impfstoff auch noch für die Jungs an. Ich habe noch keinen Jungen mit einem Gebärmutterhals gesehen. Ja, das heißt also: "Leute, laßt Eure Kinder auf gar keinen Fall impfen!" Und das habe ich von der Frau, die an der Entwicklung dieser Impfstoffe beteiligt war. Also: "Tun Sie es nicht. Tun Sie es nicht!"
(Interviewer:) Dann sind Sie also für Null Impfungen?
(John O'Looney:) Nun, wenn man an die Evolutionstheorie glaubt, haben wir uns über eine Reihe von Jahren entwickelt. Wir haben ein gottgegebenes Immunsystem, das uns gegen alles schützt. Warum brauchen wir all diese Impfstoffe, vor allem, wenn ihre Nebenwirkungen nachgewiesen sind? Schauen Sie sich die Autismus-Rate an. Sie korreliert in den Industrieländern mit der Impfrate.
Warum sollten Sie also Ihrem Kind so etwas geben wollen? Ich kann Ihnen sagen: Mein Kind wird nie wieder geimpft werden. Ich würde mich nie wieder impfen lassen. Ich hatte alles bis hin zu COVID, alles. Ich bin kein "Verschwörungstheoretiker". Ich habe mich gegen Lungenentzündung impfen lassen, als COVID angekündigt wurde, weil ich keine Lungenentzündung bekommen und sterben wollte. Weil sie sagten, daß es einen sonst umbringt.
(Interviewer:) Haben Sie sich auch gegen Grippe impfen lassen?
(John O'Looney:) Ich hatte sie (die Impfungen) in der Vergangenheit, aber jetzt nicht mehr. Das letzte Mal war tatsächlich gegen die Schweinegrippe, und da ging es mir richtig, richtig schlecht. Sie brachten den Schweinegrippe-Impfstoff auf den Markt, ich wurde geimpft und wäre fast gestorben. Ich war wirklich sehr, sehr krank. Also nein, von nun an werde ich gar keine Impfung mehr nehmen. Und sie schicken mir immer noch SMS und fragen mich. Auch heute kam eine mit: "Wollen Sie eine Grippeimpfung?" - Man hat bei diesen SMS keine Antwortmöglichkeit, aber wissen Sie, die bekomme ich nicht!
(Interviewer:) Ich habe einen Freund, der sich entschieden hat, sich, seine Frau und seine Kinder nicht mehr impfen zu lassen, nachdem er eine ähnliche Reaktion auf die Schweinegrippeimpfung hatte. Er ist fast gestorben.
(John O'Looney:) Mir ging es (damals) wirklich elend, richtig elend, ja.

(Interviewer:) Und deswegen haben sie diesen Impfstoff auch vom Markt genommen!
(John O'Looney:) Das war, wie ich aus zuverlässigen Quellen erfahren habe, ein kleiner Übungslauf. Ein kleiner Übungslauf.
(Interviewer:) Das kann ich mir vorstellen.
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Lassen Sie Ihre Kinder nicht impfen, überhaupt nicht, Null. Nein, keine. Keine. Ich hatte noch ein anderes Erlebnis. Ich ging in eine Apotheke vor Ort, um Medikamente für ein Rückenleiden abzuholen. Und eine Frau mit einem Schlüsselband kam herein. Sie hatte einen alten Herrn bei sich, der nicht ihr Vater war. Sie war offensichtlich eine Angestellte der Stadt, und er litt an früh einsetzender Demenz. Sie war seine Betreuerin. Sie kam herein und verkündete: "Ich bin hier wegen der Grippeschutzimpfung von Tom." Jedenfalls saß er da, wie betäubt, Gott segne ihn, und sie ging weg und ließ ihn allein.
Also eine "tolle" Betreuerin. Jedenfalls sträubten sich bei mir die Nackenhaare, und ich ging (zu ihr) rüber und sagte: "Hören Sie, mein Name ist John. Ich bin ein lokaler Bestattungsunternehmer, ich hoffe, das stört Sie nicht. Aber ich konnte nicht umhin zu bemerken, was Sie sagten. Ich habe schon viele Menschen daran sterben sehen." Und wieder dachte ich, sie würde schockiert und entsetzt sein. Sie sagte: "Ja, ich kenne die Risiken." Und ich dachte 'okay' und sagte: "Warum wollen Sie, daß er das bekommt?" Sie sagte, das sei ihr Job. Wissen Sie, wenn man so ist wie diese Leute, ist es einem egal.
Sie werden gut dafür bezahlt, Menschen zu vergiften. Und sie wissen genug, um sich selbst nicht impfen zu lassen. Unter uns leben ganz andere Menschen. Und der schlimmste Fehler, den wir machen können, ist zu glauben, daß diese Menschen so sind wie wir, daß sie ein moralisches Bewußtsein und einen moralischen Kompaß haben, daß sie dir nicht schaden würden. Sie tun es, weil es ihr Job ist, das zu tun. Es ist ihnen egal. Es geht um Geld. Es geht um Papiergeld.
(Interviewer:) Ich frage mich, ob die Antwort auf diese reflexartige Reaktion "es ist mein Job" nicht … ein Schlag auf die Nase sein sollte.
(John O'Looney:) Nun, das wurde in Nürnberg gesagt. All diese Leute fragten: "Warum habt ihr das getan?" "Weil uns befohlen wurde, es zu tun, und weil es unser Job war." Das ist keine Entschuldigung.
(Interviewer:) Nein. Nein.
(John O'Looney:) Es geht darum, Menschen zu retten. Es ist die Wahrheit, die uns frei machen wird, denn wenn die Menschen die Wahrheit erfahren, drehen sie all diesen Leuten den Rükken zu.
(Interviewer:) Das ist alles, was es braucht.
(John O'Looney:) Ja. Und wir sollten ihnen den Rücken kehren und zurückkehren zu zur Basisgemeinschaft (politische oder gesellschaftliche Initiative, die aus der Basis der Bevölkerung entsteht), wo man sich kennt: er ist der Klempner, er ist der Pommes-Verkäufer, er ist der Bestatter, der schneidet die Haare. Und wir brauchen diese Leute nicht. Sie brauchen uns. Wir sind ihre Macht. Was haben sie denn ohne uns? Gar nichts!
(Interviewer:) Und wir müssen das nicht über das digitale Bankensystem laufen lassen, um den Bestatter und den Klempner zu bezahlen.
(John O'Looney:) Nun, deshalb wollen sie uns versklaven. Es ist eine schreckliche Sklaverei. Wissen Sie, wenn die Leute hingehen - und sie haben es wieder getan. Es ist sehr raffiniert; einfach: piep, piep, piep ... Warten Sie, bis Sie Ihren CO2-Fußabdruck verbraucht haben, und dann wird Ihre Karte gesperrt.
(Interviewer:) Ja. Oder Sie haben sich gegen etwas geäußert.
(John O'Looney:) Ja. Ja, natürlich, das Sozialkreditsystem. Wissen Sie, in China werden sie aus ihren eigenen Wohnungen ausgesperrt.
Wenn Sie ein elektronisches Türschloß haben und Sie sich außerhalb ihrer Reihenfolge äu-

ßern sagen oder die Straße in die falsche Richtung gehen, können Sie aus ihren eigenen Wohnungen ausgesperrt werden!
Die Menschen müssen aufwachen und das erkennen, bevor es passiert! Erst versuchen zu reagieren, wenn wir schon versklavt sind, ist sinnlos!
(Interviewer:) Das ist richtig. Verlaßt dieses System also und zahlt mit Bargeld, Leute!
(John O'Looney:) Ja, zahlt mit Bargeld, zu 100 %! Genau, ja. Schön, Sie kennenzulernen, Dan.
(Interviewer:) Ja, ebenso, John. Ich danke Ihnen vielmals.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**WEF-Jetset bibbert vor Donald Trump: Von der Leyen (CDU) beschwört "Zusammenhalt"**
Zum Auftakt des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos bibbert der Globalisten-Jetset, und das nicht wegen der Kälte in den Schweizer Alpen sondern aus Angst vor dem neuen (alten) US-Präsidenten Donald Trump.
EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen (CDU), sozusagen die "Heilige Ursula" der selbsternannten Planeten-Retter, rief die Europäer verzweifelt zum "Zusammenhalt" auf. Wohl aus der berechtigten Sorge heraus, daß andere Länder die Bevormundung aus Brüssel endgültig satt haben könnten und den USA folgen im Kampf gegen Wokeness-Terror, Massenmigration, Klimaschwindel und Regenbogen-Tyrannei.
Fast schon trotzig verteidigte von der Leyen das von Trump aufgekündigte Pariser Klimaabkommen und bekräftigte die irrsinnigen EU-Pläne zum Verbrenner-Aus und zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Zugleich warnte die EU-Chefin vor einem Handelskrieg mit den USA. Ihre Rede beim WEF klang wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde.<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**TRUMP LEGT FURIOS LOS: Kampf gegen Massenmigration, Gender-Irrsinn und Klima-Hysterie**
Jetzt geht es Schlag auf Schlag! Unmittelbar nach seiner feierlichen Vereidigung als 47. Präsident der USA unterzeichnete Donald Trump Dutzende Dekrete. Für die Südgrenze der USA wurde der Notstand verhängt. In den ersten Großstädten (u.a. Chicago, Baltimore) sollen bereits Remigrations-Razzien anlaufen.
Noch während der gestrigen Feierlichkeiten schaffte der 47. US-Präsident Fakten, setzte Zeichen. Donald Trump unterschrieb eine, wie er zuvor angekündigt hatte, "Rekordzahl an Beschlüssen".
Man könnte von einem "Great Reset" sprechen - nur anders, als ihn sich die woke Regenbogen-Mafia vorgestellt hat. Die wichtigsten Präsidenten-Dekrete im Überblick:
- MIGRATION: Zur Eindämmung der illegalen Masseneinwanderung gilt an der Südgrenze der USA ab sofort der nationale Notstand. Dem Verteidigungsminister wird die Befugnis erteilt, zur Unterstützung von Polizei und Nationalgarde Soldaten zu entsenden. Kein illegaler Migrant soll mehr über die Südgrenze in die USA gelangen, lautet das erklärte Ziel.
Gleichzeitig ordnete Trump den Ausbau von Grenzbefestigungen zu Mexiko an. Das Heimatschutzministerium wird angewiesen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Migranten ohne Bleiberecht abzuschieben. Erste Remigrations-Razzien in Großstädten wie Chicago und Baltimore sollen laut Medienberichten noch in dieser Woche starten.
- STAATSBÜRGERSCHAFT: Die automatische US-Staatsbürgerschaft für in den USA geborene Migrantenkinder, deren Eltern keinen Aufenthaltsstatus haben, wird abgeschafft. Trump will dieses Recht auf die amerikanische Staatsangehörigkeit qua Geburt auch für Kinder von Eltern beenden, die sich zwar legal, aber nur temporär in den USA aufhalten.
- KRIMINALITÄT: Zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität will Trump Kartelle, die nicht nur Drogenhandel betreiben, sondern in Menschenschmuggel und Waffenge-

schäfte verwickelt sind, als ausländische Terrororganisationen einstufen und bekämpfen.
- GENDER-GAGA: Trump ordnete an, daß der Politik der Vereinigten Staaten fortan die Annahme zugrunde liegen soll, daß es nur zwei Geschlechter gibt: männlich und weiblich. Offizielle Dokumente wie Pässe und Visa müssen künftig wieder das "korrekte biologische Geschlecht" ausweisen.
- KLIMASCHWINDEL: Die USA kündigen das Pariser Klima-Abkommen auf. Zur Ausweitung der heimischen Energieproduktion hat Trump den nationalen Energienotstand erklärt. Damit sollen die Nutzung natürlicher Ressourcen wie Öl, Gas, Kohle sowie Uran für die Kernenergie vereinfacht und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden - zum Beispiel auch für den Bau von Pipelines.
Trump dekretierte, die Förderung und Produktion natürlicher Vorkommen wie Öl und Gas in Alaska zu "maximieren" und Projekte schneller zu genehmigen.
- WIRTSCHAFT: Um die Wirtschaft zu stärken, will Trump die Inflation senken - unter anderem durch die Ausweitung der Öl- und Gasproduktion, um die Kosten für Verbraucher und Industrie zu senken. Mit Blick auf die Außenwirtschaftsbeziehungen soll die Einführung von Zöllen geprüft werden. Im Fall von Kanada und Mexiko hatte Trump bereits angekündigt, Zölle in Höhe von 25 Prozent ab dem 1. Februar verhängen zu wollen.
Außerdem will Trump gegen hohe Gebühren für amerikanische Schiffe im Panamakanal vorgehen. "Wir holen ihn zurück", bekräftigte der Präsident und schloß ein militärisches Vorgehen zur Übernahme der Kontrolle über den Kanal nicht aus. Der Golf von Mexiko soll in "Golf von Amerika" umbenannt werden.
- SONSTIGES: Alle mehr als 1.000 Trump-Anhänger, die nach dem Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 verurteilt worden waren, werden begnadigt. Noch offene Strafverfahren sollen eingestellt werden.
Nordamerikas höchster Berg wird wieder Mount McKinley heißen. Die Umbenennung in "Mount Denali" durch Barack Obama wird zurückgenommen.
Um sein Versprechen "America First" einzulösen, hat Trump außerdem den erneuten Ausstieg aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angeordnet.
Nach seiner Vereidigung hielt Donald Trump eine leidenschaftliche Rede, versprach den Amerikanern ein "goldenes Zeitalter" und die entschlossene Umsetzung seiner Politikwende.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Trumps Mega-Beschlüsse innerhalb von 24 Stunden: So konsequent wird auch die AfD handeln!**
Es ist ein Hammer nach dem anderen: Mit einem "Feuerwerk der Entscheidungen", wie Medien es nennen, setzt US-Präsident Trump innerhalb von 24 Stunden eine knallharte Politikwende durch. Die USA treten aus dem Pariser Abkommen aus - ein Super-Gau für die totalitären Menschheitserzieher unserer Zeit. Über Bundesbehörden wird ein Einstellungsstopp verhängt, Programme für "Diversität" werden gestoppt. Ein weiteres Dekret ordnet an, daß in allen Entscheidungen der US-Politik nur noch von zwei Geschlechtern ausgegangen werden soll - das war es mit dem Gender-Wahn.
Allein 78 Dekrete aus der Biden-Regierungszeit wurden aufgehoben. Und auch beim Thema Migration räumt Trump auf - und wie. Das amerikanische Asylprogramm wird suspendiert - und an der Südgrenze zu Mexiko wird der Notstand ausgerufen. Mexikanische Drogenkartelle werden als ausländische Terrororganisation eingestuft. Die Amerikaner werden es Trump danken, denn eine klare Mehrheit der US-Bürger unterstützt seine Agenda: 87 Prozent der Amerikaner sind für die Abschiebung von kriminellen und illegalen Migranten.
Wie phantastisch wäre es, wenn auch in Deutschland innerhalb von kürzester Zeit so viele vernünftige Entscheidungen getroffen würden? Doch das ist gar nicht so schwer: Alles, was

wir dafür tun müssen, ist das Ankreuzen der AfD bei der Bundestagswahl! Sorgen wir dafür, daß die AfD zur stärksten politischen Kraft aufsteigt, damit auch Deutschland "großartig gemacht" und unsere eigenen nationalen Interessen zum Maßstab gemacht werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.471/…):

>>**Trump stellt per Dekret die Meinungsfreiheit wieder her: Zensur "in einer freien Gesellschaft nicht hinnehmbar!"**

Mit einer weiteren Anordnung zur "Wiederherstellung der Redefreiheit und Beendigung der staatlichen Zensur" hat US-Präsident Donald Trump die Meinungsfreiheit in den USA reanimiert. In dem diesbezüglichen präsidialen Dekret wird auf den ersten Zusatzartikel in der US-Verfassung verwiesen. Darin ist das Recht des amerikanischen Volkes auf freie Meinungsäußerung im öffentlichen Raum ohne Einmischung der Regierung verankert.

In dem Dekret wird ausgeführt: Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von "Desinformationen" und "Falschinformationen" habe die (amerikanische) Bundesregierung die verfassungsrechtlich geschützten Meinungsäußerungsrechte von US-Bürgern verletzt, um die von der Regierung bevorzugte Darstellung zu wichtigen Themen der öffentlichen Debatte zu begünstigen. "Eine staatliche Zensur der Meinungsäußerung" sei aber "in einer freien Gesellschaft nicht hinnehmbar".

Um das Recht auf verfassungsmäßig geschützte Meinungsäußerung sicherzustellen, darf nunmehr kein Beamter, Angestellter oder Beauftragter der US-Bundesregierung dagegen verstoßen. Es sollen "geeignete Maßnahmen" zur Korrektur früheren Fehlverhaltens der Biden-Administration ergriffen werden, betont die Anordnung des Präsidenten.

Glückliches Amerika - endlich wieder frei durchatmen ohne Angstkloß im Hals!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Trump begnadigt rund 1.500 Kapitol-Stürmer**

US-Präsident Donald Trump hat nach seinem Amtsantritt am Montag rund 1.500 Menschen begnadigt, die für die Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar 2021 angeklagt waren. Darunter sind auch die Anführer der für gewöhnlich als rechtsextreme Milizen eingestuften Gruppierungen "Proud Boys" und "Oathkeepers", die wegen "aufrührerischer Verschwörung" als Rädelsführer zu Haftstrafen von 22 bzw. 18 Jahren verurteilt worden waren.

Die verurteilten Teilnehmer des Kapitolsturms, den Trumps ehemaliger Chefstratege im Weißen Haus als "Coup" bezeichnet hatte, nannte der Präsident "Geiseln". Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl 2020 hatte Trump seine Anhänger dazu aufgerufen, am 6. Januar 2021 - dem Tag, an dem die Wahlergebnisse vom Kongress ratifiziert werden sollten - nach Washington zu kommen. In einer Rede kündigte er an, man werde die Pennsylvania Avenue hinunter und zum Kapitol zu gehen.

Wenn man nicht kämpfe, werde man sein Land verlieren. Während der laufenden Sitzung zur Ratifizierung der Wahlergebnisse marschierten seine Anhänger - teils bewaffnet - zum Parlamentsgebäude, überwanden die Schutzvorrichtungen und drangen in die Sitzungsräume und Büros ein. Die Sitzung beider Parlamentskammern mußte unterbrochen und die Abgeordneten evakuiert werden. Zum Teil beschädigten sie Gegenstände; fünf Personen kamen ums Leben.

Angesichts der Wiederwahl Trumps war Sonderermittler Jack Smith, der die Ermittlungen über die Rolle Trumps beim Kapitolsturm leitete, im November 2024 zurückgetreten.

In seinem Abschlußbericht sieht Smith genug Beweise für eine Verurteilung Trumps. "Die zulässigen Beweise reichten aus, um eine Verurteilung vor Gericht zu erreichen und aufrechtzuerhalten", heißt es in dem 137-seitigen Bericht. In einem zuvor veröffentlichten Bericht hatte Smith Trumps Bemühungen geschildert, bei der Wahl 2020 das Narrativ eines weitverbreitetem Wahlbetrugs zu zeichnen.

Der Sonderermittler warf ihm darin vor, gewußt zu haben, daß seine Darstellung falsch ist. So soll Trump einem Mitarbeiter zufolge zu Familienmitgliedern an Bord von Marine One gesagt

haben, daß es keine Rolle spiele, ob man die Wahl gewonnen oder verloren habe; man müsse immer noch weiterkämpfen. Der Sonderermittler beschrieb weiter, daß Trump sich beim Sturm auf das Kapitol über Stunden geweigert habe, seine Anhänger auszubremsen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Trump unterzeichnet Dekret zum Austritt aus Pariser Klimaabkommen**

Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat US-Präsident Donald Trump nach seinem Amtsantritt am Montag ein Dekret zum Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Zugleich wies er die Behörden an, Ausgaben aus dem hunderte Milliarden Dollar schweren "Inflation Reduction Act" zu stoppen, mit dem sein Amtsvorgänger Joe Biden unter anderem erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff, Energiespeicher, E-Autos und Wärmepumpen förderte.

In einem Memorandum wies er seine Minister an, keine neuen Windenergieprojekte mehr zu genehmigen. Zudem erklärte der US-Präsident einen "nationalen Energienotstand". Damit werden den Bundesbehörden Notfallbefugnisse erteilt, um die Förderung und den Transport von fossilen Energieträgern auszuweiten.

Auch weite Teile der Wildnis von Alaska sollen nun nicht mehr von Ölbohrungen ausgenommen sein. "Wir werden bohren, Baby, bohren, und all die Dinge tun, die wir tun wollten", sagte Trump vor seinen Anhängern in der Capital One Arena in Washington. Um übereilte Entscheidungen zu vermeiden, muß vor dem Wirksamwerden des Austritts aus dem Pariser Klimaabkommen eine Karenzzeit eingehalten werden.

Bis zum Ende dieser Wartezeit kann die USA wie die weiteren 194 Unterzeichnerstaaten an den UN-Klimakonferenzen teilnehmen, bei denen Abschlußerklärungen nur einstimmig verabschiedet werden. Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad und höchstens 2,0 Grad zu begrenzen. Zudem bekennen sie sich dazu, Klimaresilienz zu fördern und Finanzströme mit den Klimazielen in Einklang zu bringen.

Die Vertragsstaaten des Abkommens müssen regelmäßig Klimaschutzpläne erarbeiten, in denen sie ihren geplanten Beitrag zum Klimaschutz aufschlüsseln, und über ihre Fortschritte bei der Umsetzung berichten. Der Klimaschutzplan der Biden-Administration hätte die USA laut dem von Wissenschaftlern erstellten "Climate Action Tracker" auf einen 2-Grad-Pfad gebracht, wenngleich die begonnenen Maßnahmen nur für eine Begrenzung der Erderhitzung auf höchstens 3 Grad ausgereicht hätten. Zum Ende der ersten Amtszeit Trumps waren die USA noch auf einem Pfad für eine über 4 Grad heißere Welt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Im Tal der CIA-Hippies**

Von *Daniell Pföhringer*

Im Laurel Canyon nahe Los Angeles bildete sich ab Mitte der 1960er Jahre eine Szene, die die aufkommende Flower-Power-Bewegung maßgeblich prägen sollte. Die wichtigsten Protagonisten hatten eines gemein: Sie kamen allesamt aus Militär- und Geheimdienstfamilien. Mehr dazu in "Geheimakte Beatles: Die dunkle Seite der Pop-Titanen". …

Am 7. Februar 1964 betraten die Beatles zum ersten Mal amerikanischen Boden. Auf dem John F. Kennedy International Airport wurden am Flughafen John F. Kennedy in New York City von einer begeisterten Menge empfangen. Man könnte diesen Moment beinahe als Urknall einer globalen Kulturrevolution bezeichnen.

Nicht einmal ein halbes Jahrzehnt sollte es dauern, bis sich die Popmusik zum zentralen Medium einer sich permanent modernisierenden Welt emporschwang. Einige Orte in Kalifornien wie San Francisco oder die Hollywood Hills wirkten als regelrechte Teilchenbeschleuniger der Hippies, die diese explosive Entwicklung nicht nur begleiteten, sondern ihr sogar erst den Boden bereiteten.

Tatsächlich pflegten vor allem John Lennon und Paul McCartney - die sich später, wie auch George Harrison, in den USA niederlassen sollten - intensive Kontakte zu einer Gruppe prominenter Musikerkollegen, die sich zu dieser Zeit im Laurel Canyon, einer in den Santa Monica Mountains gelegenen Schlucht nahe Los Angeles, sammelten.
Hier wurde quasi der Hippie-Sound kreiert, doch die Gegend wurde auch als Ort des Schreckens bekannt. Schließlich wohnte auch Sektenführer Charles Manson in dem Tal. Und das La-Bianca-Anwesen am Cielo Drive, wo drei seiner Jünger am 9. August 1969 die hochschwangere Schauspielerin Sharon Tate und vier weitere Menschen brutal abschlachten, lag nur einen Katzensprung davon entfernt. Manson war kein Fremdkörper in der Laurel-Canyon-Community, sondern bewegte sich dort wie ein Fisch im Wasser.

Hippie-Sound und MK-Ultra

Die Musikszene im Laurel Canyon war durchaus vielgestaltig, doch die maßgeblichen Akteure dort hatten eine erstaunliche Gemeinsamkeit: Sie kamen allesamt aus Militär- oder Geheimdienstfamilien. Die drei prominentesten Beispiele:
- Frank Zappa: Der Rockmusiker ("Bobby Brown Goes Down") lebte mit seiner Gefolgschaft in einem Blockhaus im Herzen des Tals. Sein Vater Francis arbeitete beim Edgewood Arsenal in Maryland. Dort führte das US-Militär zwischen 1948 und 1975 Versuche an Soldaten durch, um chemische Kampfmittel zu testen. Eine Abteilung beschäftigte sich auch mit psychochemischer Kriegführung, auch "Drogenwaffen" genannt. Vieles spricht dafür, daß jener Teilbereich zu MK-Ultra gehörte. Im Rahmen dieses geheimen CIA-Programms wurde unter anderem mit LSD experimentiert. Damit kannte sich auch Sohn Frank gut aus - und das nicht nur, weil er quasi im Edgewood Arsenal aufgewachsen war.
- John Philipps: Der Singer-Songwriter der Hippie-Kultband The Mamas and The Papas komponierte mit "California Dreaming" nicht nur den größten Hit der eigenen Band, sondern schrieb auch "San Francisco" für Scott McKenzie, die inoffizielle Hymne der Blumenkinder. Im Laurel Canyon hing er nicht nur mit Frank Zappa und seiner Blockhütten-Kommune herum, sondern auch mit Manson und seiner sogenannten Family.
"Vor dieser Zeit war auch Philipps ein Kind des Militär- und Geheimdienstkomplexes", schreibt Investigativjournalist Nikolas Pravda in seinem Enthüllungswerk "Der Musik-Code": "Als Sohn des US-Marine-Corps-Captains Claude Andrew Philipps und einer Mutter, die sich als Hellseherin mit telekinetischen Kräften bezeichnete, besuchte John eine Reihe von Eliteschulen für Militärs in der Region Washington D. C. und schaffte es sogar, an der renommierten US Naval Academy in Annapolis aufgenommen zu werden."
- Jim Morrison: Der wohl berühmteste Bewohner der Waldsiedlung wurde als Rock-Poet und charismatischer Frontmann der alles überragenden Band The Doors ("Light My Fire"). Er wohnte eine Zeit lang in einem Haus am Rothdell Trail hinter dem Laurel Canyon Country Store und soll ein begeisterter Anhänger des britischen Okkultisten Aleister Crowley gewesen sein.
Mit The Doors schrieb er Geschichte - doch das kann man auch von seinem Vater sagen: Navy-Admiral George Stephen Morrison hatte nämlich das Kommando über jene Schiffe, die im August 1964 in den fingierten Tonkin-Zwischenfall verwickelt waren, mit dem sich die USA in den Vietnamkrieg bugsierten.

Die Beatles mittendrin

Diese Liste ließe sich noch weiter fortführen, denn auch die Väter von David Crosby (The Byrds, Crosby, Stills & Nash), der Singer-Songwriter Jackson Browne, die Mitglieder der Folk-Rock-Band America Gerry Beckley, Dan Peek und Dewey Bunnell, Mike Nesmith (The Monkees), Cory Wells (Three Dog Night) und einigen weiteren Laurel-Canyon-Größen gehörten zum US-amerikanischen Militär- und Geheimdienstkomplex.
Sogar der Abkömmling eines Vertreters der Organisierten Kriminalität tummelte sich im Tal

der CIA-Hippies: Der Rockmusiker und Songwriter Warren Zevon war ein Sohn von William "Stumpy" Zevon, einem Mitarbeiter des berüchtigten Gangsterbosses Mickey Cohen in Los Angeles.
In diesem Umfeld bewegten sich also auch zeitweise die Beatles - und einiges spricht dafür, daß der Aufstieg der vier Jungs aus Liverpool kein Zufall war, sondern ein Produkt strategischer Planung, bei dem auch die Szene im Laurel Canyon eine nicht unerhebliche Rolle spielte.<<

22.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Scholz beleidigt Musk als rechtsextrem: Zeit für die Abwahl des Pöblers im Kanzleramt!**
Jetzt verliert der Kanzler der Deindustrialisierung endgültig die Nerven: Kurz vor seiner krachenden Abwahl und einer absehbaren Erdrutsch-Niederlage der SPD fährt Olaf Scholz eine Pöbel-Attacke nach der anderen. Sogar ein Mitglied der gerade erst vereidigten US-Regierung wird von Scholz als "rechtsextrem" stigmatisiert: Elon Musk. Zwar gebe es Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa, behauptete Scholz beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Diese gelte auch für Elon Musk. Was man allerdings nicht akzeptiere, sei die Unterstützung von "rechtsextremen Positionen".
Welche ausländische Regierung wurde von den etablierten Parteien eigentlich noch nicht als rechtsextrem diffamiert? In den Niederlanden, in Ungarn, in Italien, in den Vereinigten Staaten, demnächst auch in Österreich und in unzähligen weiteren Ländern amtieren längst Regierungen, die hierzulande als "rechtsradikal" denunziert und in den Berichten des Inlandsgeheimdienstes vermerkt würden.
Viel fehlt nicht mehr, bis das politische Establishment einschließlich "Verfassungsschutz" behaupten wird, daß die ganze Welt mehr oder weniger von "Nazis" regiert wird und nur der in Deutschland weiterhin bestehende "bunte" Mainstream von der CDU bis zu den Grünen dagegen opponiert.
Im Übrigen: Wenn die Meinungsfreiheit laut Scholz bei rechtsextremen Positionen endet - was ist dann mit linksextremen und islamistischen Positionen? Daß er darüber schweigt, zeigt bereits die durchschaubare Absicht: Der Bundeskanzler mißbraucht die weltpolitische Bühne beim Weltwirtschaftsforum in Davos, um billige Wahlkampfparolen zu verbreiten und die von Musk unterstützte AfD anzuschießen.
Das ist unwürdig und zeigt die Nervosität eines Bundeskanzlers, der mit seiner extrem bürgerfernen Politik am Ende ist. Es ist Zeit für die Abwahl des Pöblers im Kanzleramt, die Bedeutung des Begriffs "Meinungsfreiheit" offenkundig nicht kennt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Sparbuch-Abzocke: Habeck eiert weiter rum - "Details klären wir später"**
Robert Habeck bleibt sich treu: Der ökosozialistische Kanzlerkandidat haut irgendein ideologisches Ding raus und weiß nicht, wie der neue "grüne Mist" funktionieren soll: "Die Details klären wir später", bekräftigte er in der ARD-Sendung "Maischberger" und meinte damit seinen abstrusen Vorstoß im Wahlkampf, auf Kapitalerträge (z.B. Sparbuchzinsen, Dividenden) Sozialabgaben (Krankenkasse) zu erheben.
Trotz mehrfacher Nachfragen von Moderatorin Sandra Maischberger blieb Habeck eine Antwort auch gestern Abend (21. Januar) schuldig. Am Ende gab er zu, keine Details über die Steuerpläne nennen zu können. Ein Vorgeschmack auf das Kompetenzteam eines Kanzlers Friedrich Merz (CDU)!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Zwei Tote und mehrere Verletzte nach Messerangriff in Aschaffenburg**
Am Mittwochmittag sind im Park Schöntal in Aschaffenburg bei einem mutmaßlichen Mes-

serangriff zwei Personen getötet und weitere schwer verletzt worden. Das teilte die Polizei Unterfranken mit. Medienberichten zufolge soll auch ein Kind unter den Opfern sein. Die Beamten nahmen einen Tatverdächtigen fest.
Nach Angaben der Polizei gibt es keine Hinweise auf weitere Tatverdächtige. Es bestehe keine Gefahr für die Bevölkerung, hieß es. Der Bereich um den Tatort wurde weiträumig abgesperrt und der Bahnverkehr im Stadtgebiet vorläufig eingestellt. Medienberichten zufolge sollte so verhindert werden, daß ein Tatverdächtiger über Bahngleise flieht.
Augenzeugen werden gebeten, sich über den Polizeinotruf oder bei einer Polizeidienststelle zu melden. Ein Portal für sachdienliche Bilder und Videos soll eingerichtet werden. Informationen zum Tathintergrund gab es zunächst nicht. Die Behörden bitten die Bürger, auf Spekulationen zu verzichten. Die Polizei will die Öffentlichkeit weiter informieren, sobald bestätigte Informationen vorliegen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Klimasekte entsetzt über Trumps Paris-Kündigung**
Der "Klimaforscher" Mojib Latif hat den von US-Präsident Donald Trump angekündigten Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen kritisiert.
"Das ist ein völlig falsches Signal in die Welt hinein und wird anderen Ländern ein Beispiel sein", sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
"Die Botschaft lautet: Wir ziehen beim Klimawandel nicht die Bremse, wir beschleunigen noch. Das wirft die internationalen Klimaschutzbemühungen noch weiter zurück."
Der Wissenschaftler vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel fügte hinzu: "Wenn man zynisch wäre, könnte man sagen: Das macht den Kohl auch nicht mehr Fett. Aber wir müssen jetzt aufpassen, daß wir nicht alles verlieren, nicht nur beim Umweltschutz, sondern auch bei der Demokratie. Das macht mich zutiefst besorgt."<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 22. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Recherche: Großteil der Ärzteverbände gegen Corona-Aufarbeitung**
Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer
Magazin "Cicero" sammelt Stimmen von mehr als einem Dutzend Kammern und Berufsverbänden / Leitungspersonal will sich oft nicht positionieren / Drei Verbände fordern Aufarbeitung: "unbequem" aber "bitter nötig"
Die organisierte Ärzteschaft Deutschlands sieht die Aufarbeitung der Corona-Krise mehrheitlich als Randproblem an. Dies geht aus einem Bericht des Magazins "Cicero" hervor. (11. Januar) Angestoßen wurde die Recherche (archivierte Version) von der Zahnärztekammer Niedersachsen, die auf ihrer Versammlung am 8. November 2024 eine politische Aufarbeitung der Corona-Krise gefordert hatte.
Die Aufklärungsbereitschaft der Kammer erwies sich jedoch als Ausnahme wie das Magazin infolge von Anfragen an weitere Ärzteorganisationen feststellte. Im Überblicksartikel des "Cicero" kommen mehr als ein Dutzend Vertreter von ärztlichen und zahnärztlichen Kammern sowie von ärztlichen Berufsverbänden zu Wort. Wenn überhaupt eine Aufarbeitung gefordert werde, dann geschehe dies in aller Regel mit Blick auf eine neue "Pandemie", heißt es in dem Beitrag. Forderungen nach einer "tabulosen Analyse" der Corona-Maßnahmen seien in Medizinerkreisen selten.
So faßte der Marburger Bund laut Pressestelle noch gar keine Beschlüsse zur Aufarbeitung. Der Verband der Leitenden Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen Deutschlands ist bis heute davon überzeugt, daß der "Krisenmodus" in der Corona-Zeit ohne wirkliche Alternative gewesen war. Auch bei der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin hat das Thema "Aufarbeitung der Corona-Krise" noch nicht offiziell auf der Tagesordnung gestanden.
Laut Pressestelle wird es lediglich intern besprochen. Man werde noch "einige Wochen" benö-

tigen, um sich zu positionieren. Die Deutsche Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin sehe sich ebenfalls nicht zu einer Positionierung in der Lage. Auch der Berufsverband der Augenärzte (BVA) verzichtet darauf, eine Stellungnahme abzugeben, "inwieweit ihm eine Aufarbeitung wichtig ist".
Der Verband der niedergelassenen Ärzte (Virchowbund) hält es zwar "für dringend erforderlich, daß die Covid-19-Pandemie endlich aufgearbeitet wird". Allerdings sei die Stoßrichtung laut "Cicero" eine völlig andere als die der niedersächsischen Zahnärzte. Dem Virchowbund gehe es um eine bessere Vorbereitung auf eine neuerliche Pandemie. "Die Bundeshauptversammlung hat große Sorge, daß wir nicht, wie nach der Spanischen Grippe, wieder 100 Jahre Zeit haben, um uns vorzubereiten", heißt es in der zitierten Stellungnahme.
Eine ähnliche Position nimmt der Berufsverband der Deutschen Dermatologen (BVDD) ein. Dem BVDD gehe es bei einer Aufarbeitung ebenfalls in erster Linie "um ein besseres Management bei künftigen Pandemien". Der Zentralverein homöopathischer Ärzte (DZVhÄ) wollte sich überhaupt nicht äußern. Auch die Hufelandgesellschaft für Integrative Medizin & Gesundheit steuerte keine Positionierung bei.
Lediglich zwei der vom "Cicero" angefragten Ärztegemeinschaften fordern eine Aufklärung der Vorgänge aus der Corona-Zeit: Der Berufsverband der Frauenärzte begrüßt eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Entscheidungsprozesse und Handlungsabläufe, wie BFV-Präsident Klaus Doubek zitiert wird. Die Landeszahnärztekammer Brandenburg positioniert sich ähnlich. Nach Ansicht des ihr vorstehenden Cottbuser Zahnarztes Jürgen Herbert muß die Corona-Krise dringend "transparent aufgearbeitet" werden: "Auch wenn das unbequem ist."
Dem mehrheitlich beschlossenen Aufarbeitungsantrag der Zahnärztekammer Niedersachsens ging ein Referat des Zahnarztes Ulrich Keck voraus. Darin hatte er aus den Erkenntnissen der Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts (RKI) zitiert und das Agieren der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Karl Lauterbach (SPD) kritisiert.
Zahlreiche Corona-Maßnahmen seien von den RKI-Fachleuten intern abgelehnt, aber von Regierungspolitikern wie Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Unterstützung der RKI-Leitung durchgesetzt worden, kritisierte Keck. Die 2G- und 3G-Regeln hatten "keine wissenschaftliche Grundlage" und seien "reine Willkür der Regierung" gewesen. Gesundheitsminister Lauterbach sei früh vom RKI informiert worden, daß die millionenfach verimpften mRNA-Präparate nicht vor Weitergabe des Coronavirus schützten. Trotzdem habe der SPD-Politiker diese Information nicht öffentlich gemacht.
Die für das "Desaster" Verantwortlichen müßten endlich zur Verantwortung gezogen werden, forderte der niedersächsische Zahnarzt in der Rede. Alle Menschen, die durch die Corona-Maßnahmen geschädigt wurden, müssen entschädigt und öffentlich von den Verantwortlichen um Verzeihung gebeten, alle maßnahmenkritischen Fachleute rehabilitiert werden. Eine Aufarbeitung der Corona-Krise sei "bitter nötig".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Drei Gewalttaten, Psychiatrie statt Abschiebung - und nun: Doppelmord mit Messer**
Ein 28-jähriger afghanischer Migrant, längst ausreisepflichtig und mehrfach straffällig, verübte am Mittwoch in Aschaffenburg eine grausame Messerattacke. Zwei Menschen starben, darunter ein Kleinkind. Die Frage, die bleibt: Warum wurde nichts unternommen?
Christopher Mang
Trotz abgelehntem Asylantrag und diverser Gewalttaten blieb der Täter in Deutschland
Ein ausreisepflichtiger afghanischer Migrant, der 2022 nach Deutschland einreiste, hat in Aschaffenburg eine unfaßbare Bluttat begangen. Mit einem Küchenmesser attackierte er mehrere Menschen und tötete zwei von ihnen - darunter ein Kleinkind.
Der 28-jährige Afghane Enamullah O. attackierte laut Polizei gezielt eine Kindergartengruppe mit einem Küchenmesser. Unter den Opfern befinden sich ein zweijähriger marokkanischer

Junge, der noch vor Ort seinen Verletzungen erlag, sowie ein 41-jähriger Mann, der bei dem Versuch, die Kinder zu schützen, sein Leben verlor.
Drei weitere Menschen wurden verletzt, darunter ein dreijähriges syrisches Mädchen, das schwer am Hals verletzt wurde und sich weiterhin im Krankenhaus befindet. Eine Erzieherin brach sich beim Fliehen den Unterarm. Alle Verletzten sind außer Lebensgefahr. Der Anblick des Tatortes war so verstörend, daß mehrere eingesetzte Polizisten psychologisch betreut werden mußten.
Der Täter war den Behörden kein Unbekannter. Seit seiner Einreise 2022 fiel Enamullah O. mehrfach strafrechtlich auf - mindestens dreimal wandte er Gewalt an. Jedes Mal landete er zur psychiatrischen Behandlung in Einrichtungen. Dreimal wurde er wieder entlassen.
Sein Asylantrag wurde abgelehnt, und er erhielt keinen Schutzstatus. Und doch konnte er frei herumlaufen - bis zu jenem schrecklichen Mittwoch, an dem er zwei Menschen das Leben nahm und weitere schwer verletzte.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Messerangriff: Afghane attackiert Kindergartengruppe und tötet zwei Menschen**
In Aschaffenburg kam es am Mittwoch zu einer tödlichen Messerattacke: In einem Park in der Innenstadt attackierte ein Afghane eine Kinderkrippengruppe, zwei Menschen wurden getötet, darunter ein Kind.
Von *Redaktion*
Am Mittwochmittag kam es zu einem Angriff in Aschaffenburg: Zwei Menschen wurden tödlich verletzt.
Im bayerischen Aschaffenburg ereignete sich am Mittwochmittag ein Angriff mit Toten und Verletzten. Laut der Polizei soll ein 28-jähriger Afghane mehrere Personen in einem Park mit einem Küchenmesser attackiert haben. Dabei wurden zwei Personen getötet, darunter ein Kind. Der Tatverdächtige war ausreisepflichtig.
Kurz nach 13 Uhr teilte die Polizei mit, zwei Personen seien durch die Stiche tödlich verletzt worden. Es handelt sich demnach um einen 41-jährigen Mann sowie einen zweijährigen marokkanischen Jungen. Zwei schwer verletzte Opfer werden zudem derzeit in einem Krankenhaus behandelt, teilte die Behörde dann gegen 14 Uhr auf X mit. Darunter ein Kind.
Laut einem Bericht des Main-Echos soll sich zum Tatzeitpunkt eine Kinderkrippe in dem Park aufgehalten haben. Der 28-Jährige soll der Gruppe zunächst gefolgt sein, ehe er die fünf Kleinkinder und deren Erzieherinnen angriff, als diese den Park verlassen wollten. Dabei soll er die Kleinkinder bewußt angepeilt haben. Der 41-jährige deutsche Mann soll eingegriffen haben, um die Kinder zu schützen.
Die Hintergründe der Tat sind derzeit unklar. Nachdem die Opfer gegen 11.45 Uhr angegriffen wurden, konnte die Polizei zwei Personen festnehmen. Derzeit befindet sich jedoch nur der verdächtige Afghane in Gewahrsam, gegen die zweite Person konnte sich ein Tatverdacht nicht erhärten. Sie wurde als Zeuge vernommen.
Der Tatverdächtige war ausreisepflichtig. Er hatte selbst eine eigenständige Ausreise beantragt, wie Innenminister Joachim Hermann in einem Statement mitteilte.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Hammerbande: Lebenszeichen aus dem Untergrund**
Von *Michael Brück*
Sechs Linksextremisten, die sich am Montag der Polizei gestellt haben, sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft. Weitere Führungspersonen der Hammerbande sind schon länger eingesperrt, im Februar beginnt zudem der Berufungsprozeß gegen Kommandoführerin Lina Engel. Die Struktur der berüchtigten Hammerbande gilt als zerschlagen. Und doch gibt es jetzt ein Lebenszeichen aus dem Untergrund, es droht sogar die Bildung eine dritten Hammerbanden-Generation. In COMPACT-Spezial "Antifa. Die linke Macht im Untergrund" haben wir be-

reits hingesehen, als die Behörden noch geschlafen haben. Wir enttarnen die Netzwerke und nennen die Täter, ihre Unterstützer und ihre Finanziers beim Namen.
Nachdem sich sieben Mitglieder der Hammerbande am Montag überraschend der Polizei gestellt hatten, erließen die Richter des Bundesgerichtshofes bis Dienstagnachmittag gegen sechs Linksextremisten Haftbefehle. Vorgeworfen wird Nele A., Paul M., Paula P., Luca S., Moritz S. Und Clara W. die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gegen Paul M., Spitzname "Bolle", wird zudem wegen eines brutalen Überfalls auf eine patriotische Gaststätte im Jahr 2019 in Eisenach ermittelt.
In den letzten fünf Jahren konnten die Ermittlungsbehörden, federführend aktiv war die Soko Linx des sächsischen Landeskriminalamtes, die Strukturen der Hammerbande ausleuchten, schrittweise Führungspersonen festnehmen und letztendlich fast die gesamte Bande (zumindest vorläufig) hinter Gitter bringen. Die erste Generation der Hammerbande um Lina Engel und Johann Guntermann, sowie die Nachfolgestruktur zumeist etwa 10 Jahre jüngerer Linksextremisten, sind aus dem Verkehr gezogen (oder unter massiver staatlicher Überwachung) und stellen für Patrioten in absehbarer Zeit keine direkte Gefahr dar. Doch eine dritte Generation könnte sich bereits im Entstehen befinden.

Linksextremes Grußwort aus dem Untergrund

Auf der Liste der Festgenommenen fehlt jedoch ein Name: Emilie Samira Dieckmann, nach der nicht nur die ungarischen Behörden, sondern auch die deutsche Polizei fahnden. Die 22-jährige Thüringerin ist seit den Überfällen im Februar 2023 in Budapest untergetaucht und hat sich als einzige bekannte Tatverdächtige nicht der Polizei gestellt. Zudem wird ihr eine große Nähe zum im November 2024 verhafteten Johann Guntermann nachgesagt, der als Mastermind der Bande galt.
Statt sich der Polizei zu stellen, veröffentlichte jener Personenkreis, der sich nun mutmaßlich um Emilie Samira Dieckmann gebildet hat, unter dem Titel "Grußwort einiger weiterhin Untergetauchter für heute" eine Botschaft aus dem Untergrund. Darin heißt es: "Gerade im Angesicht steigender Repression sind die Erfahrungen der letzten zwei Jahre für uns als Bewegung wertvoll. Auf diese können wir aufbauen und das Leben im Untergrund ausbauen.
Deshalb darf der Moment des selbstbestimmten Stellens nicht als eine Niederlage verstanden werden" - eine offene Ankündigung der im Untergrund verbliebenen Linksextremisten, ihre Strukturen zu festigen. Und möglicherweise die nächsten Überfälle zu planen.

Jetzt braucht es eine bundesweite Großfahndung

Bereits in der Entstehungsphase der Hammerbande ab 2016 zeigten sich die Behörden nachsichtig und gingen nicht konsequent gegen deren Führungspersonen vor, obwohl insbesondere Johann Guntermann seit dem Jahr 2010 durch zahlreiche politisch linksmotivierte Straftaten in Erscheinung. Nur einem zufälligen Fahndungserfolg in Eisenach war es zu verdanken, daß die Behörden überhaupt schrittweise auf die konspirativ agierende Gruppierung aufmerksam wurden.
Nachdem es nun ein halbes Jahrzehnt gedauert hat, die Strukturen zu zerschlagen, darf der Staat nicht zusehen, wie sich mit den wenigen verbliebenen Mitgliedern eine neuer Zusammenschluß bildet, in dem sich junge Linke zu brutalen Gewalttätern radikalisieren und die dritte Generation der Hammerbande heranwächst. Jetzt braucht es massive Fahndungsmaßnahmen und größtmöglichen staatlichen Druck, um die Strukturen endgültig zu zerschlagen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Merkel hofft auf Merz**
Von *Sven Eggers*
Nun also Aschaffenburg! Und die Schuldigen sehen einfach zu. Schlimmer noch: Die CDU macht auch noch Wahlkampf mit Angela Merkel. Am vergangenen Wochenende wurde die

Hauptverantwortliche in Düsseldorf auf einer Wahlveranstaltung gefeiert. …
Die nordrhein-westfälische CDU hatte am vergangenen Samstag Besuch. 1.300 Parteimitglieder feierten Angela Merkel geradezu euphorisch und demonstrierten, daß unter Merz eben kein Politikwechsel angedacht ist. Diese CDU-Veranstaltung war entlarvend. Auf einer großen Video-Leinwand wurde die Grenzöffnerin allen Ernstes als "Kapitänin" gefeiert, als eine Frau, die "wie keine andere für Weitblick und Stabilität" gestanden und im Dienst "für Freiheit, Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft" gewirkt habe.

Gefeierte Phrasen

Die Altkanzlerin betete die üblichen Phrasen herunter: "Auch die beste Politik allein wird nicht funktionieren, wenn wir uns nicht bewußt sind, daß wir als Bürgerinnen und Bürger eine Verantwortung für diese Freiheit haben."
Das CDU-Publikum feierte solche Binsen mit großer Begeisterung. Als sie dann noch ihren Wahlaufruf herunterbetet, wird der Beifall zum Orkan:
"Auch wenn ich nicht mehr aktiv im Wahlkampf tätig bin, dann wünsche ich natürlich der CDU - allen Kandidatinnen und Kandidaten - das Allerbeste, damit die christlich-demokratische Union zusammen mit der CSU stärkste politische Kraft in Deutschland wird und daß Friedrich Merz dadurch das Mandat erhält, Bundeskanzler zu werden."
Haben Wüst, Merz und Parteifreunde wirklich vergessen, wie verheerend die Politik der Rautenfrau gewesen ist und wie blutig die Folgen bis heute sind? Eben daran hat COMPACT in der Ausgabe 12/2024 erinnert.
Denn die Zuwanderung nach Deutschland war besonders mit dem Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 sprunghaft angestiegen. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Ein Faktor bei der Auslösung dieser Krise waren die US-geführten und -unterstützten Kriege im Nahen Osten, insbesondere in Libyen und Syrien ab 2011.

Lock-Angebote

Daß Deutschland zum Zielort zahlloser Flüchtlinge wurde, ist durch mehrere Entscheidungen der Bundesregierung unter der CDU-Kanzlerin zu erklären. Von wesentlicher Bedeutung für diese Entwicklung war zunächst die im März 2015 erfolgte Erhöhung von Sozialleistungen für Asylbewerber. Im Wesentlichen regelte die Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 1.3.2015, daß anerkannte Asylbewerber nach einer gewissen Übergangszeit deutschen Sozialhilfeempfängern beziehungsweise Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt wurden, um ein "menschenwürdiges Existenzminimum" temporär im Land befindlicher Flüchtlinge zu gewährleisten.
Aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 5. September 2016 erfahren wir, welche Auswirkungen diese Gesetzesänderung in Deutschland auf die Zahl der Leistungsempfänger hatte: "Rund 975.000 Personen bezogen zum Jahresende 2015 in Deutschland Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Gegenüber dem Vorjahr (363.000 Personen) entspricht dies einem Plus von 169 Prozent." Das war seit 2010 die sechste Erhöhung in Folge.
Für den Staatshaushalt bedeutete diese Neuregelung eine regelrechte Kostenexplosion. Die Statistiker weiter: "Gegenüber dem Vorjahr stiegen 2015 die staatlichen Ausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG um rund 120 Prozent auf fast 5,3 Milliarden Euro brutto. (…)
Im Jahr 2010 hatten die Ausgaben für Asylbewerberleistungen 815 Millionen Euro betragen."
Diese Fakten machen deutlich, daß die deutsche Bundesregierung zu Beginn der Flüchtlingskrise 2015 monetäre Anreize setzte, nach Deutschland zu kommen. Die Großzügigkeit sprach sich offenbar in Windeseile herum, wie die steigende Zahl von Asylanträgen ab 2015 zeigt.

Verheerende Willkommenskultur

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Faktum von Bedeutung. Die beschriebene Erhöhung der Asylleistungen geschah, nachdem ein Jahr zuvor die Mittel des UN-

Welternährungsprogramms (WFP), mit denen die Flüchtlingslager in Syrien finanziert worden waren, trotz internationaler Proteste, deutlich gekürzt wurden. Diese Kürzung wurde am 4.12.2014 im Ausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages thematisiert.
Im Webarchiv des Bundestages lesen wir dazu: "Anfang der Woche hatte das WFP die Einstellung der Nahrungsmittelhilfe für syrische Flüchtlinge in der Grenzregion Syriens angekündigt, da nicht mehr genug Geld für das Verteilen von Lebensmittelgutscheinen zur Verfügung stehe. Grund sei, daß einige Geberländer zugesagte Mittel nicht an das WFP überwiesen hätten. Um welche Länder es sich handelt, sei jedoch nicht bekannt, sagte der Vertreter des Auswärtigen Amtes. (…) Fraktionsübergreifend bezeichneten die Abgeordneten im Ausschuß die Unterfinanzierung des WFP als skandalös."
Aus der sich ab 2014 ständig verschärfenden Finanzlage der UN-Hilfsprogramme ergab sich in der Folge ein massiver "Fluchtdruck". Gleichzeitig lockte Deutschland durch seine erhöhten Sozialleistungen eben diese Flüchtlingsströme nach Zentraleuropa - und sorgte durch die von Politik und Medien öffentlich zur Schau gestellte "Willkommenskultur" für eine zunehmende Popularität Deutschlands als Zielland.

Fremdwort Abschiebung

Zur Jahresmitte 2023 hielten sich 279.000 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland auf, während im ganzen Jahr 329.120 neue Erstanträge auf Asyl gestellt wurden. Nach Angaben des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag wurden im Jahr 2023 insgesamt 16.430 Ausländer aus Deutschland abgeschoben, während "31.330 Abschiebungen im Jahr 2023" aufgrund verschiedenster Verfahrenshindernisse "nicht vollzogen" werden konnten. Diese Zahlen machen deutlich, daß die Asylkrise in Deutschland auch rund zehn Jahre nach der fatalen Entscheidung zur Grenzöffnung immer noch nicht ausgestanden ist.
Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Vorgänge in Asylunterkünften Anfang 2015 in Ungarn. Zahlreiche Flüchtlinge, die aus Syrien und den umliegenden Gebieten nach Europa gereist waren, weigerten sich damals, sich dort registrieren zu lassen. Ihr Zielland war - aus den genannten Gründen - Deutschland. Hätten sie sich in Ungarn registrieren lassen, wären sie Gefahr gelaufen, später dorthin zurückgeschickt zu werden, so wie es die Dublin-Regeln der Europäischen Union vorsahen.

Merkels Rechtsbruch

In der Folge kam es zu tumultartigen Szenen in den magyarischen Auffanglagern und zu teils gewalttätigen Übergriffen auf Grenzpolizisten. In eben dieser Situation fand die "Grenzöffnung" durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Anfang September 2015 beschloß sie ohne vorherige Konsultation des Bundestages die Aussetzung geltender Asylregeln und -Gesetze und verkündete, Flüchtlinge aus Ungarn auch ohne ordentliche Registrierung nach Deutschland einreisen zu lassen. Dies war ein klarer Bruch geltenden Rechts.
Wie genau es zu dieser Entscheidung gekommen war, wurde erst Anfang März 2017 bekannt. In einem Artikel mit dem Titel "Fast hätte Merkel die Grenze geschlossen" schildert die Welt minutiös die Geschehnisse: "Die Kanzlerin begründete die Grenzöffnung vom 4. September mit einer humanitären Notlage als Ausnahme. Bis heute fragen sich viele: Warum blieb sie auch in den folgenden Monaten dabei? Angela Merkel, so scheint es, hatte nie vor, die Grenze zu schließen. Nun aber stellt sich heraus: Sie hatte diese Absicht sehr wohl."
Denn: "Die Zurückweisung von Flüchtlingen wurde in der Großen Koalition vereinbart. (…) Demnach gab es am Samstag, dem 12. September, um 17:30 Uhr eine Telefonkonferenz, an der Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtschef Peter Altmaier, Innenminister Thomas de Maizière (alle CDU), der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sowie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und SPD-Chef Sigmar Gabriel teilnahmen."

Angst vor Bildern

Sodann: "In dieser Telefonkonferenz vereinbarten sie nicht nur, am Folgetag um 18:00 Uhr Grenzkontrollen einzuführen. Vielmehr einigten sich die Spitzenpolitiker ebenfalls darauf, daß Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden sollen. Auch der Einsatzbefehl, den die Führung der Bundespolizei schrieb, wies in seiner ursprünglichen Fassung die Polizeidirektionen ausdrücklich an, Migranten ohne notwendige Papiere 'auch im Falle eines Asylgesuches' zurückzuweisen.

Dafür wurden in der Nacht zum Sonntag Polizeibeamte aus der ganzen Republik an die Grenze beordert. Es wurden Busse und sogar Hubschrauber eingesetzt. Bei der konkreten Einsatzplanung im Innenministerium am Sonntag, dem 13. September, äußerten Beamte allerdings rechtliche Bedenken. Sodann verließ Innenminister de Maizière die Beratungen und rief Angela Merkel an. Die Kanzlerin traf keine Entscheidung, sondern verlangte von ihrem Minister Zusagen, daß die Grenzschließung vor Gerichten Bestand haben würde und es außerdem keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder vom Einsatz der Bundeswehr gegen Flüchtlinge gebe."

Innenminister de Maizière erörterte daraufhin mit Staatssekretären, führenden Beamten und Polizeiführern, ob diese Garantien gegeben werden könnten. Er verließ die Sitzung noch ein weiteres Mal für ein Telefonat. Diesmal holte er die Meinung des Koalitionspartners SPD ein. Die Welt: "Ohne die geforderten Garantien waren weder die Kanzlerin noch der Innenminister bereit, die am Vortag bereits mit dem Koalitionspartner vereinbarte Grenzschließung für Flüchtlinge anzuordnen." Die Schließung der Grenzen wäre also möglich gewesen. Sie war sogar bereits vorbereitet, wurde aber in letzter Minute von den politisch Verantwortlichen verhindert - weil sie gerade nicht "politisch verantwortlich" sein wollten.

Merkel bereut nichts

Die besondere und verheerende Rolle der damaligen Bundeskanzlerin bei der Ingangsetzung der Asylkrise soll durch persönliche Äußerungen der Kanzlerin deutlich gemacht werden. Noch im September 2015 erklärte sie während einer Fraktionssitzung der CDU/CSU: "Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da." Im August 2020 wird Angela Merkel - immer noch Bundeskanzlerin - von der Zeit zu ihrer damaligen Entscheidung erneut interviewt: Gefragt nach ihrer Entscheidung, im Jahr 2015 Geflüchteten in Deutschland Schutz gewährt zu haben und die Grenzen offen zu halten, sagte Merkel: "Ich würde die wesentlichen Entscheidungen wieder so fällen."

Als Affront gegenüber der deutschen Bevölkerung wurde auch eine Äußerung Merkels auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2017 wahrgenommen. Als Erwiderung auf Kritik von AfD-Politikern an ihrer Flüchtlingspolitik erklärte sie damals, zitiert in der Welt: "Es gibt keinerlei Rechtfertigung, daß sich kleine Gruppen aus unserer Gesellschaft anmaßen zu definieren, wer das Volk ist. Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump! Was sagt die internationale Presse?**

Von *Sven Eggers*

Der jetzt schon legendäre Auftritt von US-Präsident Donald Trump rund um seine Amtseinführung hat Linke und Woke völlig aus der Fassung gebracht. Medien im In- und Ausland sind in heller Aufregung. …

Der Spiegel, früher ein Nachrichtenmagazin, benötigt beispielsweise keine drei Absätze, um das Codewort "Massendeportationen" zu spielen. Dem neuen Präsidenten wird darüber hinaus vorgeworfen, eine "Horrorshow" abgeliefert zu haben. Horchen wir mal rein in die Welt der Relotius-Nachfolger:

"Wir können nicht in diesen Dienstag starten, ohne den gestrigen Tag Revue passieren zu las-

sen. Donald Trump ist wieder da."
Es sei "nichts Gutes" zu erwarten: "Die Inauguration als Feierstunde der amerikanischen Demokratie, die das Land nach einem Wahlkampf wieder zusammenführt, hat Trump nun zum zweiten Mal zur politischen Horrorshow gemacht." Und so faßt der Spiegel Trumps Ziele zusammen: "Ausrufung des nationalen Notstands im Süden, um die Grenze zu Mexiko dichtzumachen. Massendeportationen." Noch Fragen?
Das polnische Nachrichtenportal wPolityce sieht’s weit weniger aufgeregt: "Man kann viel über Trumps Politik sagen (…) aber man kann nicht sagen, daß sie 'verrückt', chaotisch oder schlecht durchdacht sei. Diejenigen, die dies behaupten, verkennen die neue Realität. Wir erleben eine Rückkehr der Staatspolitik im klassischen Sinne, bei der es vor allem um Interessen und Stärke und weniger um Werte geht."
In der französischen Tageszeitung Le Monde analysiert ein Historiker die neue Lage und kommt zu dem Schluß: "Die Europäer, die es gewohnt sind, die USA als Verbündete zu sehen, sollten ihre Positionierung vielleicht noch einmal überdenken. Das ist eine Frage, bei der einem schwindelig wird, da sind wir uns einig. Doch der neue Präsident zwingt uns, sie uns zu stellen." Daß französischen Medienschaffenden "schwindelig" wird, ist nicht nur eine launige Vorstellung, sondern sei der Mainstream-Journaille auch von ganzem Herzen gegönnt.
Denen schwindelt's …
Das Magazin De Standaard aus Belgien will es mal so richtig wissen: "Die Werte, die Trump wegfegt, bilden die Grundlage unserer stärksten Kraft. Es ist Zeit für Widerstand." La Stampa aus Rom empfand die Trump-Rede wie folgt: "Sie war voll von Drohungen und Beleidigungen gegenüber Joe Biden, der nur zwei Meter entfernt saß. Zuweilen war sie auch surreal. Trump malte ein Bild eines fiktiven Amerikas als dekadente Nation und behauptete dann, er werde jedes einzelne amerikanische Problem sofort lösen. Unverzüglich." Tja.
Wird sich jemand zur ausgiebigen Schadenfreude bekennen, wenn er die fast schon verzweifelte Schreibe der französischen Libération vernimmt? "Viele von uns saßen vor dem Bildschirm und hatten das Gefühl, in einer Zeitschleife gefangen zu sein, und suchten verzweifelt nach dem Knopf, mit dem wir den Alptraum - denn um einen Alptraum handelt es sich hier - beenden konnten."
Die spanische Zeitung El Mundo, die in Madrid erscheint, setzt tatsächlich noch auf die EU als Gegenpol zu Trump. Man glaubt es kaum: "Die EU muß eine Einheit bleiben, in der mit Vernunft die Gleichheit, die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt werden." Na, dann mal los! Bei Le Figaro wird’s dann peinlich: "Im Angesicht von Trump mußt du, schönes Europa, deinen Kopf erheben! Wirf dich Amerika nicht zu Füßen, um sein Gas oder seine teuren Kampfflugzeuge zu kaufen. Das wird dir nichts nützen, sondern nur dazu führen, daß die neuen 'MAGA-Eliten" dich noch mehr verachten. Du hast durchaus die Fähigkeit, um Amerika in der Gesundheits-, Verteidigungs- und Finanzindustrie einzuholen. Anstatt zu jammern, mach dich an die Arbeit."
Das nervige bundesdeutsche Portal T-Online übt sich im Angstverbreiten: "Von nun an gilt also das Gesetz des Stärkeren. Das ist Trumps unmißverständliche Botschaft dieser Rede. Europa tut gut daran, daraus so schnell wie möglich seine Lehre zu ziehen. Viel lauter können die Warnsignale für den europäischen Kontinent nicht mehr werden. Die Staatengemeinschaft muß nun stärker werden, eigenständiger. Denn nur so können die Europäer gemeinsam Trump etwas entgegensetzen. In den kommenden vier Jahren muß gelten: 'Europe First'."
Meloni statt von der Leyen
Deutlich realistischer, aber auch mit aufgeregten Worten, kommt die Rheinpfalz aus Ludwigshafen daher: "Die Gästeliste zur Zeremonie spiegelt Washingtons neue politische Allianzen wider - und Trumps Nähe zu Rechtspopulisten: Meloni statt von der Leyen, Farage statt Macron oder Scholz. Trump spaltet den gesamten Westen. Und Europa hat die trumpfreie Zeit

nicht genutzt, um seine Kräfte zu bündeln, um europäische Interessen gegen ein aggressives 'America First' zu verteidigen. Schlimmer noch: Der Alte Kontinent ist so zerstritten und schwach wie lange nicht - und trifft jetzt auf einen kraftstrotzenden US-Präsidenten, der zu allem entschlossen ist."
New Yorks Wall Street Journal gibt sich weniger hektisch: "Der 45. und nun 47. Präsident hat eine Botschaft voller Bestreben und Optimismus verkündet, die die meisten Amerikaner begrüßen werden. Wenn dies seine wirklichen Pläne widerspiegelt, hat Trump die Chance, sein Amt in vier Jahren als Erfolg zu verlassen. Die Rede war auch deshalb bemerkenswert, weil sie das Beste aus Amerikas Vergangenheit mit Ambitionen für die Zukunft verknüpfte. Diese Verbindung ist für eine Wiederbelebung Amerikas von entscheidender Bedeutung."
Die Frankfurter Rundschau sorgt sich angesichts der "Machtfülle" des neuen Präsidenten: "Die Mehrheit seiner Landsleute hat ihn gewählt, Milliardäre huldigen ihm und die Republikaner folgen ihm nahezu blind. Auch der Wille und die Energie in Trumps Lager sind groß, den angekündigten Epochenbruch zu erreichen."
Großbritanniens Times: "Donald Trump hat die Welt nicht im Unklaren über seine Absichten gelassen. Der 47. Präsident der Vereinigten Staaten nutzte seine Amtseinführung, um klarzumachen, daß er sein weitreichendes Mandat zur Umgestaltung der USA voll ausschöpfen will. Dies war kein technokratisches Machtprogramm, sondern eine uneingeschränkte 'America first-Agenda' eines gestärkten Präsidenten, der mit der Absicht ins Weiße Haus zurückkehrt, seine Macht umfassend zu nutzen."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31793" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Wie die Medien zum Propagandaorgan einer rücksichtslosen Mobilfunklobby wurden**
Der Zulauf bei den alternativen Medien ist enorm. Das ist keineswegs ein Zufall, sondern begründet sich darin, daß sich immer mehr Menschen durch die Leitmedien nicht ausreichend informiert, ja sich sogar belogen fühlen. Wie sehr die Leitmedien ihre Rolle als kontrollierende Macht im Staat verlassen haben und zum verlängerten Arm der Großfinanz wurden, zeigt das Thema Mobilfunk. Schauen Sie, wie kritisch die Leitmedien noch Anfang der 1990er Jahre zum Thema Mobilfunk und Sendemasten berichteten: …
Moderatorin: Für alle Handybenutzer sind sie ein wahrer Segen. 6.000 gibt es davon in Deutschland. Die Rede ist von Telefonmasten. Sie werden aufgestellt, um Funklöcher zu stopfen.
In Mainz-Bischofsheim allerdings machen sie ein ganzes Dorf verrückt. Denn seitdem dort ein Telekommast steht, klagen die Anwohner über schlaflose Nächte und stechenden Kopfschmerz.
Sprecher: Alltag für Siggi Ebenhoch. Er ist auf dem Weg in seinen Keller. Hier spielt sich mittlerweile sein ganzes Leben ab, beschränkt auf wenige Quadratmeter, wie in einem Verlies. Nur hier hinter dicken Mauern fühlt sich Ebenhoch noch sicher. Selbst wenn draußen die Sonne scheint, traut er sich nur selten in den oberen Teil seines Hauses.
Siggi Ebenhoch: Seitdem wir im Keller schlafen, stellen wir fest, daß das Schlafen besser funktioniert. Aber das ist ja keine Sache. Wir kaufen ein tolles Haus, engagieren uns und werden ausgebombt wie im Krieg, nur nicht mit Bomben, sondern mit Strahlen.
Sprecher: Schuld soll dieser Sendemast sein, keine 100 Meter entfernt. Die Strahlungen, die von dem Mast ausgehen, zerstören das Leben von Siggi Ebenhoch. Die Werte im Freien sind tausendfach höher, als der Durchschnittswert. Das hat Siggi Ebenhoch überprüfen lassen, testet es mittlerweile sogar selber. Dagegen herrschen im Keller fast Normalwerte. Es ist der einzige Platz, der vor dem Turm schützt.
Doch Siggi Ebenhoch kann sich nicht immer in seinem Verlies verstecken. Der Friseurmeister betreibt zusammen mit seiner Frau im oberen Stockwerk einen Frisiersalon. Aber nur für ein

paar Stunden hält er es dort aus. Dann kommen die Beschwerden, starke Kopfschmerzen - nur mit Medikamenten auszuhalten.
Siggi Ebenhoch: Ich merke, wenn ich hochgehe, da fliegt mir der Kopf weg. Und weil man eben schon belastet ist, spürt man es auch wesentlich schneller. Jemand, der noch nicht belastet ist, kann schon mal hochgehen, der braucht erst einige Zeit, bis er es spürt.
Sprecher: Aber nicht nur die Menschen leiden, auch der Familienhund hat Probleme.
Frau Ebenhoch: Nicht nur uns geht es schlecht, wie Kopfschmerzen, endlos Schlafstörungen, sondern auch unser Henry hier macht das extrem mit, daß es eben mehrmals in der Woche zu Übelkeit bis Erbrechen kommt.
Sprecher: Seit Monaten kämpft Siggi Ebenhoch für den Abriß der Hochfrequenzanlage. Die elektromagnetischen Strahlen macht er für seine Schmerzen verantwortlich. Er sagt, daß selbst der Hersteller vor den Strahlen warnt und deshalb empfiehlt, solche Anlagen weit entfernt von Menschen aufzustellen. Wohl zu Recht, denn in unmittelbarer Nähe überleben nicht einmal Insekten. Haufenweise liegen tote Fliegen direkt neben der Quelle, innerlich verbrannt durch die Bestrahlung.
Bei Betreiber der Anlage der Deutschen Telekom bestreitet man aber, daß der Telefonmast für die gesundheitlichen Probleme verantwortlich ist.
Ulrich Lissek, Telekom: Wir können, das sagt der bisherige Stand der medizinischen Forschung, keinen Zusammenhang zwischen Mobilfunkfrequenzen und einem, wie auch immer gearteten, Unwohlsein oder irgendwelchen körperlichen Beeinträchtigungen bei Anwohnern feststellen. Das ist weltweit in der Form wissenschaftlich gesichert.
Sprecher: Das stimmt nicht ganz. Der Naturwissenschaftler Professor Peter Sem hat sich mit elektromagnetischen Strahlungen intensiv beschäftigt. Nach seinen Erkenntnissen besteht durchaus eine Gefahr.
Prof. Peter Sem, Elektro-Smog Experte: Von so einem Sendemast gehen sogenannte gepulste elektromagnetische Felder aus. Diese wiederum, das ist inzwischen belegt, bewirken Änderungen im biologischen System, so z.B. auch am Gehirn von Tieren und von Menschen.
Stellen Sie sich vor, sie gucken eine Person an, gucken dann wieder weg und Sie bekommen das Bild von dieser Person nicht mehr aus Ihrem Gehirn los, obwohl sie weggeguckt haben. So ähnlich können elektromagnetische Felder wirken, sind auch noch aktiv, wenn der eigentliche Reiz abgeschaltet ist, bis zu einer halben Stunde nachher.
Sprecher: Doch Telekom hin, Wissenschaft her, der Expertenstreit hilft Siggi Ebenhoch wenig. Er hat die Schmerzen seit der Mast vor seinem Haus steht und er ist nicht allein.
Siggi Ebenhoch: Am Anfang habe ich gedacht, ich bin ein Einzelkämpfer, weil es sehr schwierig ist natürlich,
Menschen eine Gefahr klarzumachen, die nicht riecht, die man nicht sehen kann und man einfach denken kann, das ist überhaupt nichts.
Sprecher: Mittlerweile ist die ganze Siedlung alarmiert. Keiner will den Telefonmast.
Passant: Ich habe sehr starke Schlafstörung, teilweise, werde nachts wach, bin hellwach und kann nicht weiterschlafen.
Passant: Seitdem der Turm steht, haben wir vermehrt Kopfschmerzen, können schlechter schlafen und machen uns natürlich sehr viel Gedanken wegen dem Kleinen …
Sprecher: Die Mitstreiter machen Siggi Ebenhoch Mut. Er will nicht aufgeben und alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen um weiter für den Abriß der ...
(Moderation:) Damals in den Anfängen der Mobilfunktechnik (1G) war also bereits schon klar, daß diese Technik mit ihren 6.000 Telefonmasten gesundheitliche Beeinträchtigungen für Mensch und Natur mit sich bringt. Doch die Mobilfunktechnik wurde dem zum Trotz in einer unglaublichen Ignoranz gegenüber den signalisierten Beschwerden und Bedenken massiv beworben und weiter entwickelt. Mit der von 6.000 auf 60.000 erhöhten Anzahl der Sen-

demasten brachte das 3G-UMTS-Netz noch größere Probleme mit sich. Einige Dutzend detaillierte und anerkannte Studien dokumentierten die Schädigungen. Auch hierüber berichteten die Leitmedien seinerzeit noch kritisch und somit zum Wohl für Mensch und Umwelt.
Trotz Gesundheitsschäden - Einführung von UMTS (3G)
Mobilfunk im Kreuzfeuer - Wie gefährlich sind die Strahlen?
Es war Hans Eichels dickstes Ding. Dahinter verblaßt sogar sein Poker um die Steuerreform. Die Versteigerung der UMTS-Lizenzen spielte fast 100 Milliarden Mark in die Bundeskasse - von so was kann ein Finanzminister nur träumen.
Was aber ist die Kehrseite der Medaille?
Damit UMTS in Deutschland richtig funktioniert, muß das Mobilfunknetz viel enger geknüpft werden, als heute. Experten rechnen mit 60.000 neuen Sendemasten, viele davon in Wohngebieten. Wie gefährlich die Strahlung dieser Sendeanlagen für Menschen und Tiere ist, darüber streiten die Fachleute.
Ein Beitrag von Sebastian Bösel und Wolfgang Huhn:
Champagner auf ein Milliarden Geschäft, Ende vergangener Woche in Mainz. Fast drei Wochen steigerten die Mobilfunkanbieter um die wertvollen UMTS-Lizenzen. Am Ende, Gesamtgebot für die Frequenzen: 98,8 Milliarden Mark.
"Wir sind begeistert, wir freuen uns für e-plus dabei sein zu können und in dem Markt eine ganz wichtige Rolle spielen zu können."
"Ich fühl mich ganz klasse, weil wir haben lange darauf hin gearbeitet, wir haben uns gut darauf vorbereitet. Jetzt haben wir das Ziel erreicht, haben die Lizenz und demnächst fangen wir dann an zu arbeiten, daß die Kunden einen Service bekommen."
Am Rande der Versteigerung Demonstration von Bürgern, die Angst haben vor der neuen Technik. Sie fürchten mehr Strahlenbelastung durch UMTS. Denn für die neue Mobilfunkgeneration müssen die Anbieter ein völlig neues Netz aufbauen.
"Die bestehenden Mobilfunknetzbetreiber werden ihre Netze verdichten müssen. Neue Netzbetreiber werden neue Netze aufbauen und wir rechnen damit, daß langfristig für eine flächendeckende gute UMTS-Versorgung in Deutschland bis zu 60.000 neue Antennen notwendig sind."
60.000 neue Antennen für das neue System! Für manche sind es jetzt schon zu viele.
Eine Bürgerinitiative in Kassel. Treffpunkt: Eine Kirchengemeinde. Nicht der Glaube eint sie, sondern die Angst vor einer Mobilfunkantenne. Seit einigen Wochen steht die Antenne in ihrem Stadtteil.
"Nach den ganzen Informationen, die wir jetzt in dieser kurzen Zeit zusammengetragen haben, kann ich einfach nicht anders denken, als wie, daß es gefährlich ist. Es ist gefährlich, hab ein kleines Kind mit fünf Jahren, ich möchte mein Kind nicht diesen Strahlen aussetzen."
Proteste gegen die Antennen im ganzen Land. Doch sind die Strahlen wirklich eine Gefahr?
"Also nach heutigem wissenschaftlichem Kenntnisstand, sind bei Einhaltung der national, wie auch international empfohlenen Grenzwerte - und diese enthalten ein hohes Schutzniveau - gesundheitliche Gefährdungen auszuschließen."
Das stimmt nicht, sagt Josef Altenweger, Bauer im bayrischen Schnaitsee. Direkt neben seinem Hof, steht ein Sendemast. Anfang der 90er Jahre wurde der mit Mobilfunk bestückt. Dazu kam ein weiterer Mobilfunkmast. Seitdem klagen Bauer Altenweger und die Nachbarn über Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Alles nur Einbildung, könnte man sagen, doch da sind noch die Kühe:
"Ungefähr 1993 hab’ ich das erste Mal im Stall gemerkt, daß die Tiere sich nicht mehr so normal verhalten wie eigentlich früher. Dann habe ich gesagt, da muß irgendwas los sein. Weil die Milchleistung ist gefallen und die Kalbungen waren nicht mehr normal - es waren Fehlgeburten dabei, viele Mißbildungen - und dann habe ich gesagt, ich muß das dem Veteri-

närtierarzt melden."
Der amtliche Tierarzt untersucht Stall, Tiere und Futter. Er findet nichts, was die Fehlgeburten, Mißbildungen und Verhaltensstörungen erklären könnte. Er vermutet einen Zusammenhang mit der Mobilfunkstrahlung. Der Amtstierarzt macht Videoaufnahmen von den Verhaltensstörungen. Professor Wolfgang Löscher von der tierärztlichen Hochschule in Hannover, analysiert und veröffentlicht die Auffälligkeiten von Schnaitsee. Daraufhin melden sich Landwirte aus ganz Deutschland, mit ähnlichen Fällen.
"So, daß sich eigentlich diese erste Beobachtung bestätigte, durch Beobachtungen in anderen Betrieben. Und auch hier wieder auch viel der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Errichten von Mobilfunksendern und dem erstmaligen Auftreten dieser Störung in ansonsten gesunden Betrieben."
In Schnaitsee macht das Bundesamt für Strahlenschutz Messungen und gibt Entwarnung. Die Strahlung weit unter den Grenzwerten, also kein Zusammenhang zwischen der Mobilfunkanlage und den kranken Rindern.
"Da die Werte mit dem Faktor 100 oder 1.000 unterhalb der Limits liegen, sahen wir keinen Anlaß hier weiter nach einer Kausalität zu suchen."
Doch die Grenzwerte, an denen sich das Bundesamt orientiert, taugen nichts. Das sagen immer mehr Fachleute, wie auch Meßtechnikexperte Prof. Günter Käs.
"Unsere gegenwärtigen Grenzwerte sind deswegen völlig unzureichend, weil sie sich nur an Wärmewirkungen orientieren. Das heißt, es wird versucht eine Überhitzung des Gewebes zu vermeiden. Alle anderen biologischen Effekte, die mit Wärmewirkungen nichts zu tun haben und bei sehr geringeren, viel geringeren Intensitäten stattfinden, werden dabei außer Acht gelassen."
Bestätigung vor 3 Wochen in Salzburg, auf einem internationalen Mobilfunkkongreß: Über 40 Studien geben Hinweise. Mobilfunkstrahlung kann auch weit unterhalb der bestehenden Grenzwerte wirken. In Versuchen kam es zu Hirnschäden bei Tieren, DNA, also Erbgutveränderungen in der menschlichen Zelle, Tumorwachstum und Krebs bei Mäusen.
Die Konferenz fordert in einer Resolution drastische Senkung des Grenzwertes. Unterzeichnet wurde die Resolution auch von der Bundesdeutschen Ärztekammer. Ihre Konsequenz aus den vorliegenden Studien: " (…) daß wir präventiv, aus Vorsorge für die Bevölkerung, eben hier auf eine deutliche Verminderung des Grenzwertes drängen."
"Ist das nicht fahrlässig von Seiten des Bundesamtes für Strahlenschutz, an den gegenwärtigen Grenzwerten festzuhalten?"
"Ich halte das für sorglos, ja, wenn man daran festhält. Und sie werden von uns dringend aufgefordert sich mit den wissenschaftlichen Ergebnissen - und es handelt sich um seriöse wissenschaftliche Ergebnisse, das sei hier betont - auseinander zu setzen."
Und nicht nur damit. Die von den staatlichen Strahlenschützern zur Seite gelegte Akte Schnaitsee, muß wohl wieder geöffnet werden. Denn eine gerade fertig gestellte Studie birgt brisantes. Zwei Jahre lang untersuchten Tiermediziner Bauernhöfe in Bayern und Hessen. Höfe mit und ohne Mobilfunkbelastung. Mit erschreckendem Ergebnis:
Auf den Höfen mit Mobilfunkbelastung, eindeutig mehr Mißbildungen. Und die Tiere verhalten sich anders. Sie zeigen Störungen im Weide-, Freß- und Liegeverhalten. Report Mainz liegen Teilergebnisse der Studie vor, eingereicht für eine Tiermedizinertagung in Freiburg. Das Fazit der Wissenschaftler: Die Ergebnisse weisen auf "(…) Zusammenhänge zwischen Strahlenexposition und Verhalten hin. Es wird vermutet, daß die Strahlenwirkung einer chronischen Streßbelastung ähnelt.
Unglaublich: Im Bundesamt für Strahlenschutz weiß man gar nichts von der sogenannten Schnaitseestudie.
"Von unserer Seite ist der Fall abgehakt. Die Meßdaten wurden von unserer Seite strahlenhy-

gienisch bewertet."
Risiko Mobilfunk abgehakt? Besser nicht! Die neue Studie spricht für dringenden Klärungsbedarf. Doch stattdessen: Die Konzerne feiern schon ihre neue Mobilfunkgeneration. Forschung über mögliche gesundheitliche Risiken von UMTS: Bislang Fehlanzeige!
(Moderation:) Wie krass die Leitmedien von ihrer Rolle als kritisches Kontrollorgan abgewichen sind, zeigt nun diese Sendung aus 2018 zum Thema Mobilfunk 5G. Hier finden sich keinerlei Bedenken für Mensch und Umwelt mehr, wohl aber die Ankündigung von 800.000 neu zu erstellenden Sendemasten und das Schließen sämtlicher Funklöcher, als sei dies das Normalste der Welt:
Video Youtube "5G braucht 800.000 Sendeanlagen"
Die Bundesnetzagentur hat heute die Weichen für den neuen Mobilfunkstandard 5G gestellt. Die Behörde legte die Regeln für die Versteigerung der Lizenzen im kommenden Jahr fest. Bis Ende 2022 sollen dann mindestens 98 % aller deutschen Haushalte Zugang zu schnellem Internet haben.
Achim Berg, Präsident Branchenverband Bitkom: Wir brauchten fast 800.000 Funkmasten um Deutschland flächendeckend mit 5G auszustatten.
(Sprechstimme:) Das Ziel des flächendeckenden 5G-Mobilfunkausbaus wurde trotz anfänglicher Bedenken inzwischen weiter zementiert, wie zdf heute am 11. September 2023 meldete, wird nun im Internet-Zeitalter angestrebt, daß bis in den letzten Winkel ein Gutes Netz verfügbar sein muß.
(Sprechstimme:) Das Handelsblatt berichtete am 27. November 2024 sogar, daß Funklöcher durch Satelliten geschlossen werden sollen.
(Moderation:) Wohl gemerkt, jede Kritik an der gepulsten Mikrowellenstrahlung fällt völlig unter den Tisch. Und das, obwohl es weltweit inzwischen zig Tausende alarmierende Studien gibt. Kla.tv berichtete schon seit Anbeginn seines Bestehens und wiederholt sehr detailliert hierüber:
Wen wundert es da, daß sich immer mehr Menschen bei alternativen Medien informieren und auch nicht mehr bereit sind, ihre Zwangsgebühren an Beitragsservice, Serafe und dergleichen zu entrichten?!<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Dekrete-Beben geht weiter: Donald Trump verbietet Regenbogen-Flagge an offiziellen Gebäuden!**
Und weiter geht’s: Gerade zwei Tage im Amt, hat US-Präsident Donald Trump per Dekret eine "One-Flag-Policy" angeordnet. Demnach darf nur noch die Nationalfahne (stars & stripes) an US-Regierungsgebäuden und amerikanischen Auslandsbotschaften wehen. Die sieben roten und sechs weißen Streifen symbolisieren die 13 Gründungsstaaten, die 50 weißen Sterne auf blauem Grund die aktuell 50 Bundesstaaten. Transfahnen und andere linke Ideologie-Symbole sind ab sofort verbannt!
Der US-Präsident will der Einwanderungsbehörde außerdem die Befugnis erteilen, Migranten in Schulen und Kirchen festzunehmen, um Abschiebungen durchzuführen. "Kriminelle werden sich nicht länger in Amerikas Schulen und Kirchen verstecken können, um einer Verhaftung zu entgehen", heißt es in einer in Washington veröffentlichten Erklärung.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Trump Revolution: Die brachiale Radikalkur**
Rückzug aus dem Pariser Abkommen, Austritt aus WHO, Entschädigung für Impfgegner, Windpark-Beschränkungen, Bekenntnis zu zwei Geschlechtern, Ausweitung der Öl- und Gasexploration - niemals zuvor hat ein Präsident innerhalb von 24 Stunden das Ruder so deutlich rum gerissen.
Liste der wichtigsten Änderungen unter Präsident Trump:

Energie und Klima

Rückzug aus dem Pariser Abkommen: Wiederaufnahme des Prozesses zum Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015, der ein einjähriges Verfahren erfordert.

Steigerung der inländischen Energieproduktion: Inanspruchnahme von Notstandsbefugnissen zur Überprüfung und Rücknahme von Klimaregulierungen, die als Belastung für die Energieproduktion angesehen werden.

Ausweitung der Öl- und Gasexploration: Erschließung neuer Gebiete, einschließlich Offshore-Regionen und Alaska. Trump versprach außerdem, die strategische Erdölreserve wieder auf ihre volle Kapazität aufzufüllen.

Windpark-Beschränkungen: Die Erschließung neuer Gebiete für Windparkinvestitionen wurde gestoppt, mit dem Hinweis auf die Auswirkungen auf die Naturlandschaften und den begrenzten Nutzen für die Verbraucher.

Änderungen für Elektrofahrzeuge: Subventionen und Ausnahmeregelungen zur Förderung von Elektrofahrzeugen wurden abgeschafft, Statt dessen liegt der Fokus auf benzinbetriebenen Autos.

Medien

Faktenchecker weg: Order zur sofortigen Wiederherstellung der Freien Rede und des Verbots von Zensur durch Regierungsbehörden

Corona

Wiedereinstellung von Impfgegnern: Anweisung zur Wiedereinstellung mit Nachzahlung für Militärpersonal, das wegen Verweigerung von COVID-19-Impfungen entlassen wurde.

Austritt aus der WHO: Unterzeichnung einer Order zum Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation, nachdem zuvor Kritik an der Institution geäußert worden war.

Begnadigungen

Trump begnadigte etwa 1.500 Personen, die an den Ereignissen im Kapitol am 6. Januar beteiligt waren, vollständig und wandelte die Strafen von 14 weiteren Personen um.

Einwanderung

Ausnahmezustand an der Grenze: Trump erklärte den Ausnahmezustand an der südlichen Grenze, entsandte Streitkräfte und nahm das Projekt der Grenzmauer zwischen den USA und Mexiko wieder auf.

Abschiebungen: Ausweitung der Vollstreckungsbefugnisse, um mit der Massenabschiebung von Personen zu beginnen, die als "Kriminelle" gelten.

Ende der Staatsbürgerschaft durch Geburt: Erließ eine Order zur Abschaffung der automatischen Staatsbürgerschaft für Kinder, deren Eltern keine legalen oder temporären Einwohner sind, einschließlich Touristen und Visuminhaber.

Überprüfung der Asylpolitik: Setzte die Umsiedlung von Flüchtlingen für sechs Monate aus, beendete die "Fang-und-Freilassen-Politik" und setzte die "In-Mexiko-bleiben-Politik" wieder in Kraft, die Asylsuchende verpflichtet, in Mexiko auf Gerichtsverhandlungen zu warten

Todesstrafe für illegale Einwanderer: Order an das Justizministerium, die Todesstrafe für illegale Einwanderer zu fordern, die wegen Verstümmelung oder Mord an Amerikanern verurteilt wurden.

Kartelle und Banden als terroristische Organisationen eingestuft: MS-13, Tren de Aragua und mexikanische Drogenkartelle wurden zu ausländischen terroristischen Organisationen erklärt, was beschleunigte Abschiebungen im Rahmen des Enemy Alien Act ermöglicht.

Geschlechter- und Kulturpolitik

Geschlechterpolitik: Ankündigung einer offiziellen US-Politik, die nur zwei Geschlechter (männlich und weiblich) anerkennt und vorschreibt, daß Regierungsdokumente diese Definitionen widerspiegeln.

Abschaffung von DEI-Initiativen: Beendigung von Initiativen für Vielfalt, Gleichberechtigung

und Inklusion ("DEI", "Diversity, Equity and Inclusion") in Bundesbehörden und Militäreinsätzen unter Berufung auf eine Fokussierung auf eine leistungsorientierte Regierungsführung und die Vermeidung "radikaler politischer Theorien".<<

23.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Brandmauertote in Aschaffenburg: Die CSU hat es ermöglicht, die AfD verhindert es!**

Und wieder lesen wir unerträgliche Nachrichten: Ein zweijähriger Junge ist tot - erstochen von einem ausreisepflichtigen Afghanen, der im CSU-regierten Bayern trotz drei vorheriger Gewalttaten nicht abgeschoben wurde. Mitten in einem Stadtpark attackiert der Afghane eine Kindergarten-Gruppe mit einem Messer.

Ein mutiger 41-jähriger Mann, der dazwischengehen wollte, wurde ebenfalls erstochen. Drei weitere Menschen müssen schwerverletzt im Krankenhaus behandelt werden, darunter ein zweijähriges Mädchen. Wieder wird unendliches Leid über Familien gebracht - und wieder heucheln, lügen und betrügen die dafür verantwortlichen Parteien mit Betroffenheitsphrasen, um dann zur Tagesordnung überzugehen.

Das sind die Fakten: Im Bayern von CSU-Ministerpräsident Söder gab es im Jahr 2023 eine lächerlich geringe Abschiebequote mit nur 2.364 abgeschobenen Personen. Zum Vergleich: Zum Stichtag 28.02.2023 hielten sich 39.496 vollziehbar Ausreisepflichtige in Bayern auf. Noch nicht einmal sechs Prozent der Ausreisepflichtigen vom Februar wurden also abgeschoben!

Im Umkehrschluß: In 94 Prozent der Fälle hat die CSU geltendes Recht nicht durchgesetzt. Das bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen, das dem CSU-geführten Innenministerium von Joachim Herrmann nachgeordnet ist, zeigt sich in einer Pressemitteilung vom März 2024 dennoch zufrieden über die Situation und schreibt lapidar: "Mit Rückblick auf das Jahr 2023 läßt sich feststellen, daß die humanitäre Lage in Ländern wie Syrien und Afghanistan zu nicht unerheblichen Zugängen aus diesen Ländern führt, wohingegen Rückführungen in diese Staaten aktuell nicht möglich sind."

Und auch nach den entsetzlichen Mordtaten von Aschaffenburg schämt sich die Union nicht bei ihrem Versuch, die Zustände zu verharmlosen und die Ursachen auf perverse Weise zu verschleiern. "Es sind immer wieder Männer. Nicht Frauen." - das schreibt die CDU-Abgeordnete Julia Klöckner, die einmal stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende war, über den afghanischen Messertäter von Aschaffenburg.

Das ist das wahre Gesicht der CDU - allen heuchlerischen Ankündigungen von Merz und Söder zum Trotz. Solange die Union an ihrer sogenannten Brandmauer festhält und sich dadurch zum Steigbügelhalter von Grünen und SPD macht, wird es auch immer wieder Brandmauertote wie in Aschaffenburg geben. Deshalb muß die AfD bei der Bundestagswahl unbedingt zur stärksten Kraft in Deutschland werden - damit die zur Routine gewordenen Schreckensnachrichten endlich aufhören!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Buntes Deutschland: Wohlhabenden Großeltern aus den USA droht Abschiebung - Aber Messer-Migranten dürfen bleiben!**

Irrenhaus Deutschland: Das wohlhabende aus den USA stammende Rentner-Ehepaar Dennis (71) und Deborah (70) Lorance aus dem grünschwarzen Baden-Württemberg wollte den Lebensabend mit den Enkelkindern und der Familie in Deutschland verbringen, niemandem zur Laßt fallen. Der Antrag der beiden vermögenden US-Bürger auf ein Bleiberecht wurde abgelehnt. Mit einem Eilantrag wehren sie sich nun gegen ihre drohende Abschiebung.

So haben sie sich ihren neuen Lebensabschnitt nicht vorgestellt: Deborah und Dennis Lorance müssen womöglich schon wieder Abschied nehmen. Das hatten sie vor anderthalb Jahren

schon einmal getan. Allerdings um von den USA nach Deutschland überzusiedeln.
Im August 2023 brachen die Eheleute im US-Bundesstaat North Carolina ihre Zelte ab, verkauften u.a. Haus und Autos, sagten ihrem Freundeskreis "Adieu", um nach Baden-Württemberg in die Nähe ihrer beiden Töchter im mittelalterlichen Bad Wimpfen (Kreis Heilbronn) zu ziehen. Jetzt droht der Traum vom Leben mit den Enkeln und der Familie an der Auslegung des Aufenthaltsrechts durch deutsche Bürokraten zu scheitern.
Denn geht es nach der Ausländerbehörde des Kreises Heilbronn und dem ihr übergeordneten Regierungspräsidium, deutet vieles darauf hin, daß die beiden nicht dauerhaft in Deutschland leben dürfen. Obwohl sie genügend Geld besitzen, amerikanische Renten beziehen, krankenversichert sind und ihre Kinder als Bürgen haben!
Man faßt sich nur noch an den Kopf: Migranten dürfen hunderttausendfach in die deutschen Sozialsysteme einwandern, selbst Messer-Killer dürfen bleiben und ein US-Ehepaar, das für sich selbst sorgen kann und einfach nur bei der Familie in Deutschland leben will, soll abgeschoben werden! Vielleicht, weil beide "weiße alte Leute" sind, womöglich gar Donald Trump gewählt haben könnten?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Korruptionsverdacht: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Thüringer BSW-Minister!**
Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat Ermittlungen gegen die beiden Thüringer BSW-Minister Katja Wolf (Finanzen) und Steffen Schütz (Infrastruktur) bestätigt. Gegen beide Minister der sogenannten "Brombeer-Koalition" von Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) laufe ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung, teilte die Behörde mit.
Gegenstand des Verfahrens ist demnach "die Prüfung der Umstände eines gemeinsamen Auslandsaufenthaltes der genannten Abgeordneten in der Zeit vom 29.12.2023 bis 2.1.2024". Nach eigenen Angaben ermittelt die Staatsanwaltschaft aufgrund einer anonymen Anzeige.
Der Justizausschuß des Thüringer Landtags hatte zuvor die Immunität der beiden BSW-Politiker, die auch Landtagsabgeordnete sind, aufgehoben. Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht ein Aufenthalt Wolfs auf dem Anwesen von Schütz auf Mallorca. Wolf war seinerzeit Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach.
Bei der Bewerbung Eisenachs als Standort für ein "Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" war die Marketingfirma von Schütz involviert. Den Zuschlag erhielt am Ende allerdings Halle.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Weidel bietet Merz in offenem Brief Pakt für "Migrationswende an**
Nach dem Messerangriff von Aschaffenburg mit zwei Toten bietet AfD-Chefin und -Kanzlerkandidatin Alice Weidel Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) in einem offenen Brief eine Zusammenarbeit in der Migrationsfrage an. Das berichtet die "Bild" (Freitagausgabe) unter Berufung auf das Dokument.
Weidel reagiert in dem zweiseitigen Schreiben direkt auf die Ankündigung von Merz, der am Donnerstag ein Sofortprogramm für seinen "ersten Tag als Kanzler" angekündigt hatte: "Die Zurückweisung aller Migranten ohne gültige Einreisepapiere an den deutschen Grenzen."
Weidel schreibt laut "Bild" an Merz: "Die kommende Sitzungswoche im Deutschen Bundestag bietet dafür eine Gelegenheit, die nicht ungenutzt verstreichen darf."
Die nächste Bundestagssitzung ist am kommenden Mittwoch. Weidel weiter: "In staatspolitischer Verantwortung appelliere ich daher an Sie: Lassen Sie uns ohne weiteres Zögern die erforderlichen Beschlüsse fassen, um in die Tat umzusetzen, was die Bürger jetzt mit Recht von der Politik erwarten."
Der von Merz angekündigte "migrationspolitische Kurswechsel" sei "ein gutes Zeichen", so Weidel laut "Bild". AfD und Union teilten "offenbar die Lageeinschätzung". Weidel bietet an,

über folgende Punkte abstimmen zu lassen: "Lückenlose strenge Grenzkontrollen und ausnahmslose Zurückweisungen illegaler Migranten, substantielle Abschiebungen und Rückführungen in Verantwortung des Bundes, zusätzliche Kompetenzen für die Bundespolizei und für unbedingten Abschiebegewahrsam".
Unter indirektem Verweis auf die Brandmauer der Union zur AfD schreibt Weidel, vieles von dem, was Merz nun angekündigt habe, "hätte auf Grundlage von Initiativen meiner und Ihrer Fraktion" längst beschlossen werden können. Weidel: "Zu einem koordinierenden Gespräch stehen meine Fraktion und ich Ihnen jederzeit zur Verfügung." Aus Unions-Kreisen hieß es der "Bild" zufolge, man nehme das Schreiben zur Kenntnis.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.472/…): >>**"Aschaffenburg ist bunt": Linkes Bündnis veranstaltet eigene Gedenk-Aktion nach Anschlag**
In Aschaffenburg veranstaltet das Bündnis "Aschaffenburg ist bunt" am Donnerstagabend eine eigene Gedenk-Aktion nach der Attacke. "Wir bejahen ausdrücklich die Vielfalt und möchten dieses gute Miteinander bewahren", heißt es in einer Ankündigung.
Marie Rahenbrock
Das Bündnis "Aschaffenburg ist bunt" hat auf seinem Facebook- und Instagram-Account am Mittwochabend gepostet, daß es am Donnerstagabend um 18 Uhr ein stilles Gedenken nach der Attacke geben wird, bei dem ein zweijähriger Junge von einem Afghanen getötet und ein dreijähriges Mädchen mit einem Messer verletzt wurde. Auch ein 41-jähriger Mann wurde getötet, der die Kinder zu schützen versuchte.
Laut "Aschaffenburg ist bunt" wird es bei der Versammlung im Park Schöntal, in dem der Anschlag stattfand, keine Ansprachen oder Plakate geben. Statt dessen werden Kerzen in den Händen gehalten. Im Einladungstext heißt es: "Laßt uns angesichts des Schreckens und der Trauer in dieser schweren Zeit Rücksichtnahme, Solidarität und Zusammenhalt zeigen. Wir wollen zusammen leben und wir zeigen es - wieder und wieder. Es ist unser stärkstes Mittel gegen den Haß."
Die Veranstaltung wird von dem Bündnis zusammen mit dem linken Kneipenkollektiv "Hannebambel" veranstaltet, wie auf Instagram bekannt gegeben wurde. Das Kneipenkollektiv wurde 1986 gegründet, um "eine Alternative zum Leben und Arbeiten innerhalb des Kapitalismus" zu ermöglichen. Nach eigener Aussage setzt sich das Kneipenkollektiv für soziale Gerechtigkeit und Emanzipation ein und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsoffenheit und Fundamentalismus, wie es auf der Internetseite heißt.
Das Bündnis "Aschaffenburg ist bunt" setzt sich für eine "aktive Willkommenskultur" ein. Mit Stand vom 16. Januar hat das Bündnis 325 Organisationen und 587 Einzelpersonen als Unterstützer. Zu den unterstützenden Organisationen gehören unter anderem Schulen aus Aschaffenburg, evangelische und katholische Kirchen, SPD-Ortsvereine, die "Omas gegen Rechts" und pro familia Aschaffenburg. Auf der Webseite des Bündnisses heißt es, daß viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen respektvoll zusammenleben. "Wir bejahen ausdrücklich die Vielfalt und möchten dieses gute Miteinander bewahren", heißt es zum Selbstverständnis.
Weiter schreibt das Bündnis auf seiner Webseite: "Wir treten ein für einen respektvollen Umgang, Toleranz, Weltoffenheit und eine aktive Willkommenskultur. Wir stellen uns entschieden gegen Personen und Gruppierungen, die unsere vielfältige Gesellschaft spalten wollen, die einfache Antworten auf komplexe Fragen geben und mit Hilfe von Feindbildern Ängste in der Gesellschaft bedienen. Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus dürfen in Aschaffenburg keine Chance haben."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Illegal und kriminell: Der Mörder von Aschaffenburg**

Von *Michael Brück*

Nach dem grausamen Terroranschlag von Aschaffenburg werden immer mehr Details bekannt. Auch über den Täter, der als Opfer seines Blutbades gezielt eine Kindergartengruppe ausgesucht hatte und so viele Kinder wie möglich töten wollte. Dabei hätte sich Enamullah O. überhaupt nicht mehr in Deutschland aufhalten dürfen - der Afghane war vollziehbar ausreisepflichtig.

Doch wie so oft haben die Behörden versagt. Und die regierenden Politiker, denn sie tragen die Schuld an diesen Zuständen. In der neuen COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" reißen wir den Verantwortlichen die Maske vom Gesicht.

Mannheim, Solingen, Magdeburg und nun Aschaffenburg. Schon wieder hat ein importierter Terrorist zugeschlagen, schon wieder ließen ihn die Behörden bis zu seiner brutalen Tat gewähren. Dabei hätten längst alle Alarmglocken schrillen müssen, um Enamullah O. wahlweise unverzüglich aus dem Land zu schaffen oder ihn dauerhaft wegzusperren. Der Afghane, dessen Alter mit 28 angegeben wird (möglicherweise ist er aber auch älter) und der in einer Asylunterkunft im bayrischen Untermain lebte, kam erst im November 2022 über Bulgarien nach Deutschland und stellte Anfang 2023 einen Asylantrag.

Obwohl gemäß der Dublin-Verordnung Bulgarien als Ersteinreiseland für die Bearbeitung des Antrages zuständig gewesen wäre, durfte sich Enamullah O. zwei Jahre lang weiter in der Bundesrepublik aufhalten. Er schloß sich dem florierenden Geschäft der Drogenhändler an und beging in der kurzen Zeit mindesten drei Gewaltstraftaten. Kurzzeitig saß er offenbar auch in der Psychiatrie, wurde dort aber entlassen, eine Gefahr für die Gesellschaft bestand nach Ansicht von Gutachtern nicht. Ein verhängnisvoller Fehler.

Diese Einwanderungspolitik tötet. Es reicht!

Wie bei ähnlichen Vorfällen in der Vergangenheit vergießen die Politiker der etablierten Parteien wieder Krokodilstränen und sind mit ihren Gedanken natürlich - wie immer - bei den Opfern. Oder wohl eher bei der nächsten Wahl, denn sie hoffen, daß die Menschen sich von diesen Phrasen weiter blenden lassen. Tatsächlich hat sich selbst nach der Anschlagsserie des letzten halben Jahres nichts, aber überhaupt nichts, geändert, allen Beteuerungen von Scholz, Merz und Co zum Trotz.

Ganz im Gegenteil, es dürften Ablenkungsmanöver gewesen sein, damit nicht noch mehr Bürger ihr Kreuz bei oppositionellen, patriotischen Parteien - zur Bundestagswahl allen voran die AfD - setzen. Leider zeigt sich jedoch, daß es den etablierten Parteien durchaus gelingt, sich aus der Verantwortung zu stehlen, ansonsten würde eine CDU nicht an der 30 %-Marke anzutreffen sein, sondern um die 5 %-Hürde kämpfen. Und die SPD wäre längst vollständig abgewickelt.

Tatsächlich dürfte aber auch der Aschaffenburger Terroranschlag manche linksgrüne Utopie platzen lassen: Bei der letzten Stadtratswahl im Jahr 2020 erzielte die CSU 30 % der Stimmen, die SPD 27 % (für Bayern ein sehr hoher Wert) und die Grünen kamen immerhin noch auf 20 %, während die AfD mit 5,3 % nur knapp über dem Wert der Ökopartei ÖDP (4,6 %) lag. Am 23. Februar 2025 dürfte das zumindest, und dafür sind keine allzu großen prophetischen Künste erforderlich, deutlich anders aussehen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31796" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Schweizer Bundesamt für Gesundheit wußte über Corona-Lügen Bescheid (Transition News deckt auf)**

Im März 2024 wurden in Deutschland die RKI-Files veröffentlicht. Das sind mehr als 200 schriftliche Protokolle der Sitzungen des Krisenstabes des Robert-Koch-Institutes (RKI) während der Corona-Zeit. Ihre Veröffentlichung löste eine große Debatte aus. Kla.TV hat bereits

in einigen Sendungen darüber berichtet und hochrangige Experten zu Wort kommen lassen. Die Experten bezeugten, daß die Regierung die Bevölkerung bewußt belogen hat. Beispielsweise waren die potentiell tödlichen Auswirkungen der Covid-Spritzen bereits vor Impfbeginn bekannt. (www.kla.tv/RKI-Protokolle)
Wie sieht dies in der Schweiz aus? Die Protokolle der Taskforce des Schweizer Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind schon seit einiger Zeit öffentlich einsehbar. Die Taskforce des BAG ist nicht zu verwechseln mit der wissenschaftlichen Taskforce, welche der Bundesrat damals eingesetzt hatte. Von dieser sind keine Protokolle vorhanden.
Bei der Taskforce des BAG handelte es sich um kein wissenschaftliches Institut, sondern um ein weisungsgebundenes Gremium, in dem, neben dem Bundesamt für Gesundheit, verschiedene, weitere Bundesstellen vertreten waren. Obwohl schon länger einsehbar, hat sich bislang offenbar niemand einer Analyse der BAG-Protokolle angenommen. Nun hat aber der alternative Nachrichtensender Transition News die Protokolle der BAG-Taskforce aus dem Zeitraum August bis Oktober 2021 ausgewertet.
In diesen Zeitraum fällt die Einführung der Zertifikatspflicht vom 13. September 2021, welche wesentlich zur Spaltung der Gesellschaft, sowie zu einer starken Diskriminierung aufgrund des Impfstatus beitrug. Hat die Taskforce des BAG über die Gründe der Zertifikatspflicht diskutiert? War diese Einführung gerechtfertigt? Was war ihr bekannt und wie sahen ihre Handlungen aus? Diesen Fragen ging Transition News aufgrund der Protokolle nach.
"Zentral in der Argumentation bei der Verhängung der Zertifikatspflicht war die Bettenauslastung. Die Schweizer Behörden erklärten immer wieder, das Ziel der Maßnahmen sei, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Viele BAG-Protokolle beginnen mit einer Übersicht über die Bettenauslastung. In diesem Zusammenhang muß man wissen, daß Gesundheitsökonomen empfehlen, die Bettenauslastung so zu steuern, daß im Durchschnitt eine Auslastung von 80 % resultiert, insbesondere auf den Intensivstationen. (…)
Gemäß BAG-Protokoll betrug nun diese Auslastung am 1. September 2021 genau 80 % (…)."
Auch die Wochen davor und danach sahen nicht viel anders aus. Die Bettenauslastung schwankte zwischen 74 % und 84 %. Das BAG wußte also genau, daß das Argument der Überlastung der Spitäler nur vorgeschoben war, um die Einführung einer Zertifikatspflicht und dementsprechend einen indirekten Impfzwang zu rechtfertigen.
Transition News schreibt weiter: "Die Medien berichteten auch, die WHO rechne in Europa mit 236.000 Todesfällen durch Covid-19 von Ende August bis zum 1. Dezember 2021, eine Zahl, die selbst nach offizieller Lesung komplett abseits der Realität war." Abseits der Realität unter anderem auch deshalb, weil die Corona-Zahlen durch die Zählweise von "Corona-Toten" extrem geschürt wurden. So sagte Ignazio Cassis, damals Schweizer Bundespräsident, in der Diskussionssendung ARENA am 7. Januar 2022 Folgendes:
"Wer in einem Autounfall stirbt und Corona-positiv ist, der ist ein Corona-Toter." Und dann stutzte der Moderator und fragte nach, und Cassis sagte: "Doch, das ist so, das hat die WHO so gemacht, durch ihre Klassifizierung." "Diese große Angstmache wurde von den Behörden nicht korrigiert, obwohl sie genau wußten, daß keine Überlastung des Spitalsystems drohte. Die Presse lieferte damit dem federführenden Bundesrat, Gesundheitsminister Alain Berset, die Rechtfertigung für die Zertifikatspflicht, die vermutlich nur deshalb eingeführt wurde, weil man weiteren Druck auf Ungeimpfte ausüben wollte."
Weiter steht im Protokoll vom 4. August 2021: "Ebenfalls ein Thema waren neue Daten aus den USA, wonach auch Geimpfte bei einer Infektion ansteckend sind. Sie seien in solchen Fällen gleich ansteckend wie Ungeimpfte, sagte Masserey (Erklärung: Gemeint ist Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle im Bundesamt für Gesundheit BAG). Allerdings passiere es selten, daß sich Geimpfte infizierten. Sollten sich diese Erkenntnisse bestätigen, werden sich rechtliche Fragen zum Covid-Zertifikat stellen." Diesem Thema wurde in

den folgenden Protokollen weder nachgegangen, noch wurde es ausgewertet.
Normalerweise wurden kritische Stimmen in den Protokollen nur kurz zusammengefaßt. Doch nicht hier, wie Transition News schreibt: "Bemerkenswerterweise hat das BAG am 27. Oktober 2021 protokolliert: "Harvard-Studie von Prof. SV Subramanian gibt zu reden (68 Länder und 2947 Landkreise in den USA): kein erkennbarer Zusammenhang zwischen Anteil der vollständig geimpften Bevölkerung und der Entwicklung der Fallzahlen.
Sogar ein geringfügiger gegenteiliger Effekt wurde festgestellt (z.B. Israel)." Trotzdem hat Bundesrat Alain Berset am gleichen Tag im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen SRF behauptet, man könne mit dem Zertifikat zeigen, daß man nicht ansteckend ist. Das ist das, was später als "Impflüge" in die Geschichte der Coronazeit einging."
Das BAG wußte also um diese Lüge. Die mit mRNA- gespritzten Personen waren genauso ansteckend wie die nicht gespritzten Personen. Somit hätte eine Zertifikatspflicht eine Ausbreitung nicht verhindert. Und doch hat das BAG diese Täuschungen gedeckt und mittels Projekten, Werbung, Videos, Flyern, etc. weiterverbreitet.
Dies ist nur ein Bruchteil von dem, was bisher von den Protokollen ausgewertet wurde. Den vollständigen Artikel von Transition News, sowie den Link zu den Protokollen finden Sie unterhalb der Sendung. Forschen Sie selbst weiter nach, und helfen Sie mit, eine Aufarbeitung der Geschehnisse auch in der Schweiz weiter voranzutreiben. Denn genauso wie in Deutschland wurde auch in der Schweiz die Bevölkerung von der Regierung getäuscht.
Obwohl das BAG, und somit auch die Schweizer Regierung über die Corona-Lügen Bescheid wußte, welche eine Zertifikatspflicht zu keiner Zeit gerechtfertigt hätten, haben sie wider besseren Wissens gehandelt. Wäre es da nicht dringend angesagt, daß sie persönlich Rechenschaft darüber geben müßten? Helfen Sie bei dieser Aufarbeitung außerdem mit, indem Sie diese Sendung weiterverbreiten.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Nächstes Präsidenten-Dekret: Trump schickt Diversitäts-Beauftragte in Zwangsurlaub!**
Die neue US-Administration von Donald Trump hat die verantwortlichen Bundesbehörden angewiesen, die Angestellten von sogenannten Diversitäts-, Gleichstellungs- und Integrationsprogrammen in bezahlten Zwangsurlaub zu schicken. Das bestätigte die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, auf X. Bis Freitag sollen Listen mit Vorschlägen für Personalabbaumaßnahmen erstellt werden.
Zuvor hatte die Bundesbehörde für die Personalverwaltung OPM mitgeteilt, daß die Maßnahme "alle Angestellte der DEIA-Büros" betreffe. Die Abkürzung DEIA steht für Vielfalt, Teilhabe, Inklusion und Barrierefreiheit ("diversity, equity, inclusion und accessibility").
Die Programme würden die US-Bürger "nach Ethnien spalten, Steuergelder verschwenden und zu beschämender Diskriminierung führen", hieß es in der OPM-Mitteilung. Konkret sind alle Behördenleiter gehalten, entsprechende Schulungen abzusagen, damit verbundene Auftragnehmer zu kündigen und Websites und Social-Media-Konten mit entsprechender Werbung zu löschen.
Bereits im Wahlkampf hatte er gegen diese Programme sowohl in der Bundesregierung als auch in der Geschäftswelt gewettert und argumentiert, diese würden weiße Menschen diskriminieren - vor allem Männer.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x343/79) = Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14, Seite 79.

x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.

Internet

x1.002	https://www.bmu.de/ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) - März 2021
x1.426	https://www.compact-online.de – Dezember 2024
x1.427	https://www.kla.tv - Dezember 2024
x1.428	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2024
x1.429	https://deutschlandkurier.de – Dezember 2024
x1.430	https://apollo-news.net/ - Dezember 2024
x1.431	https://www.mmnews.de/ Dezember 2024
x1.433	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2024
x1.434	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Januar 2025
x1.468	https://www.compact-online.de – Januar 2025
x1.469	https://www.kla.tv - Januar 2025
x1.470	https://afdkompakt.de/ - Januar 2025
x1.471	https://deutschlandkurier.de – Januar 2025
x1.472	https://apollo-news.net/ - Januar 2025
x1.473	https://www.mmnews.de/ Januar 2025
x1.474	https://multipolar-magazin.de/ - Januar 2025
x1.475	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Januar 2025

x1.476	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Februar 2025

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014